DEUTSCHE GESCHICHTSQUELLEN
DES 19. UND 20. JAHRHUNDERTS

BAND 48

DEUTSCHE GESCHICHTSQUELLEN DES 19. UND 20. JAHRHUNDERTS

HERAUSGEGEBEN
VON DER HISTORISCHEN KOMMISSION
BEI DER BAYERISCHEN AKADEMIE
DER WISSENSCHAFTEN

BAND 48

VANDENHOECK & RUPRECHT IN GÖTTINGEN

KURT RIEZLER

Tagebücher, Aufsätze, Dokumente

Eingeleitet und herausgegeben von
Karl Dietrich Erdmann

VANDENHOECK & RUPRECHT IN GÖTTINGEN

K 3175

ISBN 3-525-35817-2

Schutzumschlag: Karlgeorg Hoefer
© Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen 1972 – Printed in Germany – Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, das Buch oder Teile daraus auf foto- oder akustomechanischem Wege zu vervielfältigen
Satz und Druck: Gulde-Druck, Tübingen. Einband: Hubert & Co., Göttingen

INHALT

Vorwort 7

I. Kurt Riezler — ein politisches Profil (1882—1955) 19

II. Tagebücher (1910—1918) 163

III. Aufsätze (1916) 507

IV. Dokumente (1915—1919) 677

Verzeichnisse

a) der Schriften Kurt Riezlers 739

b) der benutzten Archive und Nachlässe 743

c) der abgekürzt zitierten Literatur 744

Personenregister 755

VORWORT

I.

Der Name Kurt Riezler wird in der deutschen Geschichte genannt, wo von Bethmann Hollweg, dem Kanzler des Ersten Weltkrieges, die Rede ist. Seine Tagebuchaufzeichnungen werfen neues Licht auf die Julikrise 1914, die deutschen Kriegsziele, das Verhältnis von staatlicher Führung und Oberster Heeresleitung, die innere Auseinandersetzung in Deutschland. Sie lassen vor allem die Persönlichkeit Bethmann Hollwegs aus der Sicht des Mitarbeiters und Gesprächspartners deutlich werden. Das ist für die historische Forschung um so wertvoller, als Bethmann Hollwegs eigener Nachlaß dem Zweiten Weltkrieg zum Opfer fiel. Aber das historische Interesse an Kurt Riezler kann sich nicht beschränken auf seine Umwelt und die Geschehnisse, die sich in seinen Tagebüchern spiegeln. Der Reflex selber und die Person des Reflektierenden sind als solche bemerkenswert. Gewiß, Kurt Riezler ist, obwohl er 1918 als Geschäftsträger in Moskau und 1919 bei der Niederwerfung der Räteherrschaft in Bayern zeitweilig amtliche Verantwortung getragen hat, eine Figur am Rande des staatlichen und politischen Geschehens. Für die Geschichte des politischen Denkens in Deutschland jedoch ist sein Leben aufschlußreich. Der Impuls seines Daseins war die Reflexion. Ihm war in hohem Grade das Bedürfnis und die Fähigkeit eigen, Erlebtes und Durchdachtes im Wort zu fixieren. Sich selbst hat er als Philosoph verstanden. Ob er sich mit griechischer Geschichte oder Erkenntnistheorie, mit staatlichen Geschäften oder Ontologie, mit dem deutschen Schicksal oder mit Ästhetik befaßte — die Mitte seines Denkens war die Frage nach dem Gefüge des menschlichen Miteinander. Wie er sich als Münchener Student in seiner Erstlingsschrift mit den Beziehungen zwischen den griechischen Staaten und ihren wirtschaftlichen Lebensbedingungen befaßt hatte und wie er als Sterbender noch einmal Platons Timaios zu lesen begehrte, wo der Bericht über Entstehung und Zusammenhang der Welt mit Gedanken über den besten Staat eingeleitet wird, so war sein Leben bezogen auf die πόλις, auf Politik, in diesem umfassenden, nicht technischen Sinn, auch dann, wenn im Vordergrund seines Interesses andere Aspekte seines Daseins standen. Es ging ihm um die Nation, um die deutsche Nation insbesondere, ihre Aufgabe, ihre staatliche Verwirklichung, ihre gesellschaftliche Grundlage. Was dieser gebildete Deutsche aus einer alten bayerischen Bürgerfamilie hierüber gedacht hat in der Stufenfolge seines durch das deutsche Schicksal bestimmten persönlichen Schicksals, ist in seiner individuellen Ausprägung von typischer Bedeutung.

Um die in dem vorliegenden Band veröffentlichten Tagebücher, Schriften und Dokumente aus der Zeit seiner amtlichen Tätigkeit von der Person ihres Verfassers her zu verdeutlichen, war es daher geboten, einleitend das politische Profil Kurt Riezlers zu zeichnen. Dessen Konturen ergeben sich aus dem Entwicklungsgang seines Lebens von den Bildungsvoraussetzungen der Münchener Jugend her über den Staatsdienst vor und im Ersten Weltkrieg, die Tätigkeit des Publizisten und Frankfurter Universitätskurators in der Weimarer Zeit bis zum Lehramt des Emigranten in Amerika.

II.

Kurt Riezler hat eine Reihe von Jahren vor dem Ersten Weltkrieg begonnen, Tagebuch zu führen, wann genau, ist nicht feststellbar. Überliefert sind einige Notizen aus den Jahren 1910 und 1911 in Abschrift und die Originalaufzeichnungen für die Zeit vom 7. Juli 1914 bis zum 12. November 1918. Ob Riezler auch später ähnliche Aufzeichnungen gemacht hat, ist eine offene Frage. Es handelt sich um Bleistiftnotizen, die formlos und zumeist in Eile in Schreibheften oder Taschenbüchern, gelegentlich auch auf losen Blättern niedergeschrieben wurden, fast immer spontan und ohne Abstand, um Eindrücke und Gedanken festzuhalten, so wie sie sich ergaben. Sie haben die Frische und Farbigkeit des Momentes, sie sind scharf im Urteil über Menschen und Dinge und zeigen unverstellt die Stimmungen und Anschauungen des Verfassers. Diese Notizen waren für ihn selbst, nicht für andere bestimmt. Riezler verfügte, daß sie nach seinem Tode vernichtet werden sollten. Am 6. September 1955 starb er in München. Seitdem hat sich um die Tagebücher Kurt Riezlers eine Legende gesponnen. Wie kommt es, daß sie trotz der Testamentsverfügung veröffentlicht werden? Warum werden sie erst jetzt veröffentlicht? Dies ist der Hergang:

Des in der römischen Wohnung Kurt Riezlers befindlichen Nachlasses nahm sich sein Bruder Walter, Archäologe und Musikwissenschaftler, in der Nähe Münchens wohnend, an. Nach Kenntnisnahme der Tagebücher kamen ihm alsbald Zweifel, ob und in welchem Umfang er dem ihm erteilten Auftrag, sie zu verbrennen[1], nachkommen sollte. Er wurde in seinen Bedenken von den verschiedensten Seiten bestärkt, zuerst von den Freunden. Als Theodor Heuss erfuhr, „daß Kurt so etwas wie politische Erinnerungen niedergeschrieben" habe, schlug er vor, die Papiere „nicht gleich zu verbrennen, sondern in Erwägungen mit einzutreten, an denen ich mich dann auch gern beteilige, wieweit man das Atmosphärische des Politischen oder dort, wo bestimmte facts dargestellt sind, die Dinge zu-

[1] Hierzu zahlreiche Briefe von Walter Riezler an Theodor Heuss im Theodor Heuss Archiv und an Walter Goetz im Nachlaß Walter Goetz.

nächst sichert."[2] Die Lektüre der Niederschriften vom Juli 1914, die er im Original entzifferte, ohne sie mit jedem Wort lesen zu können, bestärkte ihn in seiner Meinung: „Diese Art von Tagebuch ist ja psychologisch sehr interessant und hat auch etwas Ergreifendes in der Art, wie Kurt, wie es scheint, zum ersten Mal intim Bethmann studiert und seine verborgenen Züge entdeckt. Atmosphärisch ist das Ganze wichtiger als das auf Tag oder Stunde abgestellte ‚Quellenmaterial' und nach meiner Meinung für sich publikationsfähig, doch muß Kurt selber vorher für das Bewußtsein heutiger Leser als ergiebig erst wieder einigermaßen sichtbar geworden sein."[3] Er riet, eine Abschrift anzufertigen und sie dem mit Kurt Riezler politisch befreundeten, damals 90jährigen Historiker Walter Goetz zur Verfügung zu stellen, der mit einem Essay über Bethmann befaßt sei. So geschah es. Der alternde Walter Riezler unterzog sich mit Hilfe der ihn betreuenden Frau Pick-Duisberg, der ein großes Verdienst für die Erhaltung der Tagebücher zukommt, der Mühe, die eilig und erregt hingeworfenen, manchmal einer „Geheimschrift" ähnelnden Notizen in Maschine zu übertragen[4]. Theodor Heuss und Walter Goetz erhielten auf diese Weise nach und nach Kenntnis von großen Teilen des Tagebuchs. Auch Goetz war der Meinung, es sei „kaum zu verantworten, daß man eine so wichtige historische Quelle nicht zugänglich machen" solle[5]. In einem für Walter Riezler im Sommer 1957 verfaßten und Theodor Heuss zur Kenntnis gegebenen Gutachten rühmte er den Aussagewert und erklärte unter Betonung des sowohl wissenschaftlichen wie auch öffentlichen Interesses an der Freigabe, „daß die Deutsche Geschichtswissenschaft ein Anrecht auf die Erhaltung und — früher oder später — auf die Veröffentlichung dieser Tagebücher besitzt: es darf nicht verlorengehen, was diese Aufzeichnungen enthalten und was für das deutsche Volk in vieler Hinsicht entscheidende Aufklärung über sein Schicksal und dessen Ursachen bringt. Wer auf die politische Erziehung unseres Volkes hofft und dann auf einen neuen Aufstieg, kann auf diese Gedanken nicht verzichten, denn Bethmann Hollweg und Riezler haben im Weltkrieg nicht nur sehr häufig die täglichen Lagen miteinander besprochen und ihre Stellungnahme formuliert, sondern auch die Mängel der politischen und militärischen Führung sich klargemacht und ihre grundsätzlichen Einwände festgestellt. Was noch wichtiger ist, sie haben die Lage Deutschlands bei einem leidlichen Frieden und bei einer vollen Niederlage erörtert, ohne irgendein nationales Vorurteil, ob es sich nun um Deutschland oder seine Gegner handelte. Bethmann sowohl wie Riezler sind grundsätzlich konservativ eingestellt, aber sie können sich die Zukunft Deutschlands nicht ohne den Eintritt der Sozialdemokratie in den deutschen Staat denken, deshalb auch nicht ohne das Allgemeine Wahlrecht für Preußen, womit sich die Feindschaft der

[2] Theodor Heuss an Walter Riezler, 13. 1. 1956, Nachlaß Walter Riezler.
[3] Theodor Heuss an Walter Riezler, 5. 11. 1956, Nachlaß Walter Riezler.
[4] Walter Riezler an Theodor Heuss, 28. 12. 1958, Theodor Heuss Archiv.
[5] Walter Riezler an Theodor Heuss, 4. 7. 1957, Theodor Heuss Archiv.

preußischen Konservativen und der Militärs gegenüber Bethmann Hollweg zur Genüge erklärt."[6]

Im Besitze dieses Gutachtens zog Heuss, um seine Meinung abzusichern, den Rat anderer Historiker heran. Damit geriet die Frage von den Freunden an die Zunft. Deren einhelliges Votum lautete, die Aufzeichnungen der Forschung zugänglich zu machen. Im Oktober 1957 sprach Heuss mit Hans Rothfels. Er notierte nach dem Gespräch: „Rothfels ... war unter allen Umständen gegen eine Vernichtung der Niederschrift."[7] Inzwischen hatte er die in seinen Händen befindlichen Teilabschriften der Tagebücher dem Direktor des Max-Planck-Instituts für Geschichte in Göttingen, Hermann Heimpel, übergeben. Dieser trug die Sache am 3./4. Oktober 1957 der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften vor. Peter Rassow, Köln, wurde als Leiter der Abteilung „Deutsche Geschichtsquellen des 20. Jahrhunderts" damit beauftragt, die Frage der Publikation zu prüfen. Walter Riezler war mit diesem Verfahren jedoch keineswegs einverstanden. Er hielt es für durchaus verfrüht, daß die Historische Kommission sich jetzt schon daran machte, die Möglichkeiten der Herausgabe zu überprüfen[8], während Heuss froh darüber war, „daß die Sachen jetzt etwas in den ‚fachlichen Gang' gekommen" seien[9]. Auf Verlangen Walter Riezlers schickte Rassow die Unterlagen an diesen nach wenigen Tagen zurück. Er hatte sie aber lange genug in Händen gehabt, um seinerseits ein ausführliches Votum zu formulieren[10]. Zu der ihm vorliegenden Abschrift stellte er fest, sie enthalte „so viele Lese- und Schreibfehler, daß sie für eine Publikation keine genügende Grundlage bilden würde. Ein Herausgeber müßte die Originalniederschrift vor sich haben und eine eigene Abschrift anfertigen". Den Quellenwert sah er in den Aufschlüssen zur Person Bethmann Hollwegs und zur politischen Geistes-

---

[6] o. D., Text Nachlaß Goetz; von Walter Riezler mit Begleitbrief vom 3. 8. 1957 an Theodor Heuss geschickt, Theodor Heuss Archiv.

[7] Aufzeichnung von Theodor Heuss, Bonn 29. 10. 1957, „Zu den Tagebuchnotizen von Kurt Riezler", Theodor Heuss Archiv. — Rothfels war Riezler während der Emigration in den Vereinigten Staaten wiederholt begegnet. Im und unmittelbar nach dem Kriege hatte er von einer Veröffentlichung, die Riezler damals erwogen zu haben schien, abgeraten. Es ging dabei besonders um die Äußerungen zum Juli 1914 und zum Juli 1917. Von dieser, durch die politische Situation des Krieges bedingten Meinung war Rothfels in der veränderten Lage der Nachkriegszeit schon 1956 Walter Riezler gegenüber abgerückt. Hierzu die oben genannte Aufzeichnung von Theodor Heuss vom 29. 10. 1957 und vom gleichen Datum Auszug eines Briefes von Hans Rothfels an Hermann Heimpel in einem Schreiben von Hermann Heimpel an Theodor Heuss, Göttingen 31. 10. 1957; davon Abschrift in den Akten Rassow der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften.

[8] Walter Riezler an Walter Goetz, 18. 10. 1957, Nachlaß Goetz. Ders. an Theodor Heuss, 14. 11. 1957, Theodor Heuss Archiv.

[9] Theodor Heuss an Peter Rassow, 11. 11. 1957. Abschrift in Akten Rassow der Historischen Kommission.

[10] Gutachten über die Tagebuchaufzeichnungen von Kurt Riezler, o. D., Durchschlag in Anlage zu Brief Peter Rassow an Theodor Heuss, 7. 11. 1957; Durchschlag in Akten Rassow der Historischen Kommission.

geschichte Deutschlands. Er befürwortete eine kritische Edition mit ausführlicher Einleitung und Kommentierung und eine Deponierung der Tagebücher im Bundesarchiv Koblenz. Dieses bemühte sich um den Nachlaß Riezler, allerdings zunächst mit ebensowenig Erfolg wie das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn. Auch die Historische Kommission stieß jetzt auf wachsende Bedenken Walter Riezlers. Im März 1959 erklärte dieser, „daß an eine Veröffentlichung bis auf weiteres nicht zu denken" sei „wegen der Schonungslosigkeit der Angriffe auf die Gegner, deren unmittelbare Nachkommen noch leben (zum Teil, wie die Familie Tirpitz, mir persönlich nahestehen)"[11].

Nach dem Tode von Peter Rassow (gest. 1961) übernahm als dessen Nachfolger in der Historischen Kommission der Herausgeber u. a. die Aufgabe, die Bemühungen um die Zugänglichmachung der Tagebücher wieder aufzunehmen. Nach wiederholten Besuchen bei Walter Riezler in Ebenhausen wurden ihm diese dank der verständnisvollen Vermittlung durch Frau Pick-Duisberg von Walter Riezler im Oktober 1962 übergeben, und zwar die Originale nebst der von Walter Riezler veranlaßten maschinenschriftlichen Transkription. Im August 1963 folgten einige Nachtragsstücke. Nach Auskunft von Frau Pick-Duisberg ist anzunehmen, daß der 1965 verstorbene Walter Riezler die Aufzeichnungen aus der Zeit vor dem Weltkrieg, deren Inhalt vornehmlich privater Natur gewesen sei, verbrannt hat, nachdem die von ihm für historisch wichtig erachteten Teile abgeschrieben worden waren. Die Tagebücher wurden dem Herausgeber mit der Auflage ausgehändigt, daß keine Veröffentlichung, auch nicht auszugsweise, erfolgen sollte ohne Genehmigung von Walter Riezler. Das Plazet zu einer Edition wurde jedoch nicht erteilt. Ferner wurde vereinbart, daß nichts erfolgen sollte ohne die Zustimmung der in den Vereinigten Staaten lebenden Tochter von Kurt Riezler, Mrs. Mary White.

Eine vom Herausgeber aufgrund der Originalniederschriften angefertigte Transkription des größten Teils des Tagebuchs wurde im April 1964 vom Herausgeber Mrs. White in New York übergeben. Es ist Mrs. White zu danken für das Verständnis, das sie dem Interesse der Wissenschaft an der Veröffentlichung der Tagebücher entgegengebracht hat. Wenn sie sich damals noch nicht entschließen konnte, die Zustimmung zu einer Edition zu geben, so lag der Grund darin, daß sie sich zunächst mit den ihr bis dahin unbekannten Aufzeichnungen inhaltlich vertraut machen wollte und daß sie das Urteil in Amerika lebender Freunde Kurt Riezlers einzuholen gedachte. Dazu kommt ein weiteres Moment. Riezler ist in seiner Familie sehr zurückhaltend gewesen in Äußerungen über sich selbst. „Uns gegenüber", so bekannte Walter Riezler einmal, „war er stets freundlich und hilfsbereit, ruhig und beherrscht (was er ja sonst nicht immer gewesen sein soll) — aber von dem, was in ihm menschlich vorging, erfuhren wir nichts."[12] Besonders schweigsam sei er im Hinblick auf seine frühere

[11] Walter Riezler an Theodor Heuss, 23. 3. 1959.
[12] Walter Riezler an Theodor Heuss, 25. 9. 1955, Theodor Heuss Archiv.

politische Tätigkeit gewesen. „Er dachte nicht gerne an diese Zeit zurück, sah sie vielleicht für verloren an, jedenfalls für einen Seitenweg, der ihn von dem eigentlichen Zentrum seines Wesens ablenkte. Je älter er wurde, desto ausschließlicher war er um die philosophischen Probleme bemüht."[13] In dieser Distanzierung von der eigenen politischen Vergangenheit sah Walter Riezler den Grund für die Verfügung seines Bruders, nichts von den Papieren zugänglich zu machen, „obwohl sie, wie er sagte, ‚ein gefundenes Fressen für junge Historiker' wären"[14]. Auch von seinen Schriften aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg hat der alte Kurt Riezler nichts mehr wissen wollen[15]. Seine amerikanische Familie sah in ihm den Philosophen, als den er sich selber begriff. Man kann nur Respekt haben vor dem Zögern der Tochter, die von der Frage bewegt war, wie das Bild Riezlers, das sich aus der politischen Überlieferung ergeben würde, sich zu seiner späteren Selbstdarstellung und seinem eigenen Selbstverständnis verhalte. Ihre Bedenken wurden auch durch verschiedene Freunde Kurt Riezlers, die sich auf Bitte des Herausgebers in den folgenden Jahren bei ihr für eine Veröffentlichung der Tagebücher verwandten, nicht zerstreut. Nach dreieinhalb Jahren, Ende 1967, wurde die Transkription an den Verfasser nach Kiel zurückgeschickt. Die Frage der Editionsgenehmigung blieb dabei weiter unentschieden.

Inzwischen war mit Genehmigung des Bruders und der Tochter im September 1964 aufgrund der Aufzeichnungen Kurt Riezlers eine Studie des Herausgebers über Bethmann Hollweg erschienen[16]. Die sich hieraus ergebenden neuen Aspekte zur deutschen Kriegspolitik ließen in der Folgezeit bei deutschen und ausländischen Historikern ein mit Ungeduld geäußertes Verlangen wach werden, Zugang zu den Tagebüchern zu erlangen, über die jedoch weder die Historische Kommission noch der Herausgeber irgendeine Verfügungsberechtigung besaßen. Es liegt wohl in der Menschennatur, daß die wachsende Ungeduld bei einigen Historikern und auch in gelegentlichen deutschen und ausländischen Presseäußerungen zu unfairen Verdächtigungen führte. Diese hinzunehmen, gehörte zu dem Preis, der zu zahlen war, wenn man, nachdem die Sicherstellung der Tagebücher gelungen war, daran festhalten wollte, durch strikte Beachtung der eingegangenen Verpflichtungen den Weg für eine trotz allem erhoffte Genehmigung zur Veröffentlichung offenzuhalten. Diese wurde am 8. Februar 1968 erteilt, nachdem durch Äußerungen bzw. Veröffentlichungen amerikanischer Historiker bekannt geworden war, daß diese Zugang zu der vom Herausgeber hergestellten Transkription der Tagebücher erhalten hatten. Ich möchte Mrs. White für ihren verantwortungsvollen Entschluß danken, der nicht leicht war und nicht leicht sein konnte. Es ist hierdurch für die historische Forschung eine Quelle zugänglich ge-

[13] Walter Riezler an Hans Rothfels, Rom, 27. 10. 1955.
[14] Ibid.
[15] Walter Riezler, Briefentwurf an Theodor Heuss, 6. 8. 1956, Nachlaß Walter Riezler.
[16] K. D. Erdmann, Zur Beurteilung Bethmann Hollwegs, GWU 15 (1964).

worden, die ihre Bedeutung für die politische Geschichte, aber insbesondere für die Erschließung der Persönlichkeit Kurt Riezlers hat. Auf Wunsch von Mrs. White sind aus der Veröffentlichung lediglich einige kurze Stellen rein privater Natur ausgeschlossen worden, die die Beziehungen zwischen Kurt Riezler und seiner Frau Käthe geb. Liebermann betreffen. Nach der Veröffentlichung werden die Tagebücher dem Bundesarchiv in Koblenz zur Aufbewahrung übergeben.

In Ergänzung zum Tagebuch bringt die vorliegende Edition eine Auswahl von Aufsätzen, die Riezler im Jahre 1916 in der Europäischen Staats- und Wirtschafts-Zeitung veröffentlichte. Diese Zeitschrift stand unter dem Einfluß von Friedrich Naumanns Mitteleuropaidee. Riezlers Beiträge sind eine unmittelbare Ergänzung zu seinen gleichzeitigen Tagebuchnotizen über einen kommenden Frieden und die gesellschaftliche und politische Neugestaltung Deutschlands. Wie diese kurzlebige Zeitschrift waren auch die anonymen Artikel Riezlers vergessen, bis Ernst Deuerlein auf ihren hohen Quellenwert aufmerksam machte, der aber allerdings wohl weniger darin zu sehen ist, daß sie eine Interpretation der Ziele Bethmann Hollwegs darstellen, als vielmehr den Entwurf eines politischen Konzepts, für das Riezler den zögernden, skeptischen Kanzler und die Parteien der Mitte hatte aktivieren wollen.
Die Tätigkeit Riezlers im Reichsdienst hat ihre Spuren in den amtlichen Archiven hinterlassen. Neben Aufzeichnungen zur belgischen und polnischen Frage aus der Zeit seiner Tätigkeit bei Bethmann Hollweg werden von den zahlreichen Berichten, die er als Leiter der Abteilung für russische Angelegenheiten bei der Deutschen Gesandtschaft in Stockholm in den Jahren 1917 und 1918 geschrieben hat, einige Stücke vorgelegt, die für die Beurteilung der russischen Revolution und der deutschen Politik ihr gegenüber durch Riezler besonders aufschlußreich sind. Das gleiche gilt für die Berichterstattung Riezlers aus Moskau im Jahre 1918, wo er als Legationsrat und zeitweilig als Leiter der Gesandtschaft von verantwortlicher Stelle aus durch seine Berichte und Ratschläge die deutsche Ostpolitik zu beeinflussen versucht hat. Für die Mitwirkung Riezlers bei der Bekämpfung der Rätebewegung in Bayern im Jahre 1919 sind neben den Akten des Auswärtigen Amtes die der Reichskanzlei aufschlußreich. Auch aus dieser Zeit wird das politische Denken Riezlers durch einige Aktenstücke dokumentiert. Den Abschluß der Edition bildet sein Gesuch um Entlassung aus dem aktiven Dienst, das er nach der Beschlußfassung der Reichsregierung über die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages an den Reichsminister des Äußeren richtete.

III.

Bei der Durchforschung der Archive nach Riezler-Dokumenten ist dem Herausgeber vom Präsidenten des Bundesarchivs ebenso bereitwillige Unterstützung zuteil geworden wie von den Leitern des Theodor Heuss Archivs und des Bayerischen Militärarchivs sowie vom Direktor des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes und seinen Mitarbeitern. Ihr über das Amtliche hinausgehendes Interesse an der Sache ist der Edition in hohem Maße zugute gekommen. Hingegen versagten die Behörden der DDR dem Herausgeber den Zugang zu den Akten der Reichskanzlei aus der Kriegszeit, die sich im Deutschen Zentralarchiv Potsdam befinden. Der Bitte um Übersendung einzelner Aktenstücke in Photokopien wurde jedoch teilweise entsprochen. Da die Potsdamer Akten in der neueren Kriegszielforschung wiederholt ausgewertet wurden, konnte hierfür auf Literatur zurückgegriffen werden.

Aus den privaten Korrespondenzen Riezlers ist nur weniges erreichbar gewesen. Im Nachlaß Kurt Riezler gibt es neben den hier veröffentlichten Tagebüchern nichts, was für die Einleitung oder Kommentierung hätte herangezogen werden können. Für die Jugend Riezlers bis zum Ersten Weltkrieg hin fehlen alle privaten Papiere. Eine Korrespondenz mit Conrad Haußmann im Ersten Weltkrieg und in den ersten Nachkriegsjahren konnte in dessen Nachlaß benutzt werden. Einiges bietet das Theodor Heuss Archiv. Aufschlußreich für die letzten Lebensjahre Kurt Riezlers in den Vereinigten Staaten sind Briefe an den befreundeten Frankfurter Gräzisten Karl Reinhardt. Ich bin Frau Reinhardt zu großem Dank verpflichtet, daß sie mir Einsicht gewährt hat.

Die wichtigste Quelle für das politische Denken Riezlers ist sein umfangreiches Schrifttum, das mit dem Ziele der Vollständigkeit erfaßt wurde, wenn auch angenommen werden muß, daß das im Anhang dargebotene Schriftenverzeichnis den einen oder anderen Artikel Riezlers nicht enthält, da er seine Aufsätze oft anonym oder pseudonym erscheinen ließ.

Freunde und Kollegen Kurt Riezlers haben die Arbeit gefördert, sei es beim Erwirken der Editionsgenehmigung, sei es durch Mitteilungen über seine Person, insbesondere Frau Toni Stolper, Lucy Baroness Wangenheim, Sir Maurice Bowra, Arnold Brecht, Kurt von Fritz, Georg Hohmann, Max Horkheimer, Karl Löwith, Karl Rheindorf, Hans Rothfels und Hans Staudinger. Zu danken habe ich auch Günther Abramowski, Willy Albrecht, Karl-Ludwig Ay, Winfried Baumgart, Immanuel Birnbaum, Karl Bosl, Walter Bußmann, Ernst Deuerlein, Kurt Hahn, Alfred Heuß, Uvo Hölscher, Eberhard Jäckel, Konrad H. Jarausch, Georg Kalmer, Paul Kluke, Helmut Krausnick, Axel Kuhn, Rudolf Lill, Wolfgang Mommsen, Ulrich Noack, Eberhard Pikart, Clemens Graf Podewils, Hagen und Ingrid Schulze-Bidlingmaier, Johannes Spörl, Martin Stallmann, Eberhard von Vietsch, Walter Vogel, Martin Vogt und Egmont Zechlin für Gespräche, Hinweise und Hilfe bei der Materialerschließung.

Zum Zustandekommen der vorgelegten Edition haben im Laufe der Jahre der Ungewißheit und des Wartens manche Mitarbeiter des Historischen Seminars der Universität Kiel größere und kleinere Beiträge geleistet beim Herstellen der Skripten sowie beim Sichten und Zubereiten des Materials. Am Entstehen des Kommentars haben neben Elke Rieper und Rudolf Sünnemann großen Anteil Dr. Jürgen Blunck, Rainer Hudemann, Dr. Klaus-Dieter Schwarz und besonders Frau Agnes Blänsdorf, ohne deren kenntnisreiche und umsichtige Assistenz die Edition heute noch nicht vorläge. Die biographische Einleitung wurde kritisch durchgesehen von ihr und von Frau Ute Meyn. In meinen Dank für alle Hilfe sei eingeschlossen Frau Koch, die mit großer Sorgfalt die Texte geschrieben hat.

I

Kurt Riezler — ein politisches Profil 1882—1955

I.

Das deutsche Bürgertum hat in dem Jahrhundert zwischen den Freiheitskriegen und dem Ersten Weltkrieg im staatlichen Leben Deutschlands nicht die Stellung errungen, die seiner wirtschaftlichen und geistigen Bedeutung entsprochen hätte. Die Revolution der Paulskirche war vor den Widerständen, denen sie begegnete, in sich zusammengebrochen, und im System des monarchischen Konstitutionalismus hat das Bürgertum die parlamentarischen Chancen, die sich boten, nicht zu nutzen verstanden. Es hat die Auseinandersetzung mit der aristokratisch-ständischen Gesellschafts- und Herrschaftsordnung, die in der Verfassungsbewegung des frühen 19. Jahrhunderts begonnen hatte, nicht zu Ende geführt, weil es sich gegen die Klassenbewegung der sozialistischen Arbeiterschaft mit der alten Oberschicht in einer Interessengemeinschaft von Besitz und Bildung verbunden sah. Das ungelöste Staats- und Gesellschaftsproblem wurde in der wilhelminischen Epoche durch einen übersteigerten Nationalismus zugedeckt, der über die kontinentale Begrenzung des Bismarckreiches hinaus zur Weltmachtstellung strebte. Um die Jahrhundertwende entfaltete sich jedoch innerhalb des Bürgertums eine Bewegung, die gerade um der Weltstellung Deutschlands willen die durch die Entwicklung der Industriegesellschaft gebotenen politischen und gesellschaftlichen Reformen forderte. Friedrich Naumann ist die zentrale Figur dieser Bestrebungen. Mit seinen Büchern über „Demokratie und Kaisertum" vor dem Kriege und über „Mitteleuropa" im Kriege hat er Zielvorstellungen formuliert, die für die bürgerliche intellektuelle Jugend eine faszinierende Synthese von nationalem Geltungswillen und innerer Reform darstellten. Die Impulse dieser Bewegung haben in die Weimarer Republik und durch die Zeit des Nationalsozialismus hindurch auf die veränderte Situation der Bundesrepublik eingewirkt. Die bürgerliche „Revolution" hat in Deutschland verspätet stattgefunden. Sie hat sich als ein von Kriegen und Staatsumwälzungen begleiteter Prozeß in einem Zeitraum vollzogen, der der Lebensspanne Kurt Riezlers entspricht.

Kurt Riezler, bürgerlich nach Herkommen und Bildungsgang, aber schon in jungen Jahren im Umkreis derer sich bewegend, die die Macht im kaiserlichen Deutschland verwalteten, hat sich in diesen Prozeß zögernd, aber dann energisch hineingefunden und ihn, solange er in Deutschland war, zu seinem Teil gefördert. Sein politischer Entwicklungsgang ist aufschlußreich, gerade weil seine Ausgangsposition durch einen ausgesprochenen Nationalismus, Konstitutionalismus und gesellschaftlichen Konservativismus gekennzeichnet ist. In diese Position waren jedoch von vornherein auch Elemente mit einbeschlossen, die den Ansatz für eine kritische Korrektur darstellten. Von ihnen aus gelangte er im Weltkrieg und in den Nachkriegsjahren in Auseinandersetzung mit seiner Zeit handelnd und schreibend zur Humanisierung seines Nationsbegriffes, mit Vorbehalt zur

Parlamentarisierung seines Staatsbegriffes und mit Entschiedenheit zur Demokratisierung seines Gesellschaftsbegriffes.
So spiegelt sich im Entwicklungsgang Riezlers ein Ideenkampf, der für die Geschichte des politischen Denkens im Bürgertum charakteristisch war. Das Interesse an den besonderen individuellen Zügen dieses typischen Prozesses in der Person Riezlers liegt nun nicht in irgendeiner herausragenden politischen Leistung, die mit diesem Namen verbunden wäre, obwohl der Einschlag seines Wirkens aus dem Zusammenhang der deutschen Ostpolitik im Kriege und aus der Innenpolitik in der Zeit der Nachkriegswirren nicht herausgelöst werden könnte. Er hat als politischer Schriftsteller auch kein Orientierung setzendes Werk geschaffen, obwohl für das historische Verständnis seiner Zeit einige seiner Schriften unumgehbar sind. Ihn kennzeichnet jedoch eine singuläre Spannweite des Geistes. Ausgerüstet mit einer philologisch-historischen Gelehrsamkeit klassischer Prägung, vertraut mit den Fragen der griechischen und der neueren Philosophie, aufgewachsen und sein Leben hindurch sich bewegend in der Atmosphäre der großen Kunst, hat er sich in die Grenzgebiete naturwissenschaftlich erkenntnistheoretischer Problemstellungen ebenso eingearbeitet, wie er sich den jeweiligen politischen Informationsstand seiner Zeit präsent hielt. Dieser umfassende Besitz an Wissen, Methoden, Erlebnissen wurde gleichsam auf die Probe gestellt, als er sich für ihn in der Mitte seines Lebens durch seine handelnde Teilnahme am staatlichen und politischen Geschehen aktualisierte. Er hat Werke strenger Gelehrsamkeit geschrieben und war zugleich ein Dilettant im Burckhardtschen Sinne des Wortes, daß er viele Bereiche des Geistes liebte und zu ihnen Zugang suchte und fand. Er war umfassend gebildet, nicht ohne den Hochmut der Bildung. Er haßte das Banausentum, das wissenschaftliche nicht weniger als das politische, konnte hart, wegwerfend, ungerecht sein gegen Menschen und Dinge. Eben deswegen hatte er Feinde, war aber auch in hohem Maße begabt für Freundschaft, für Geselligkeit und für den Enthusiasmus des Gesprächs, das dem Augenblick Dauer verleiht. Sein Leben intensivierte sich im Wort, im unmittelbar situationsbezogenen, aktuellen des am politischen Geschehen handelnd Teilnehmenden wie im reflektierenden des systematischen Denkers. Um daher den Riezler der Tagebücher aus dem Kriege und um den Publizisten der Weimarer Zeit und den Philosophen seiner späten Jahre verstehen zu können, ist es erforderlich, sich die Elemente und die Struktur seines politischen Weltbildes in einiger Ausführlichkeit zu vergegenwärtigen, wie sie sich in seinem Bildungsgang geformt und in seinen Vorkriegsschriften ihren ersten systematischen Ausdruck gefunden haben.

Kurt Riezler wurde am 12. Februar 1882 in München geboren. Die Vorfahren waren seit Jahrhunderten im Walsertal seßhaft gewesen. Riezler hat sich immer als Altbayer gefühlt, gerade auch dann, wenn er, wie in der Rätezeit, die bayerischen Zustände mit Hilfe der Preußen kurieren wollte. Der Urgroßvater hatte als Händler und Makler einiges Vermögen

erworben und war durch Heirat mit der Erbin des Bankhauses Ruedorffer in München seßhaft geworden. Dessen beide Söhne Franz Xaver und Josef, der Großvater Kurt Riezlers, waren Mitbegründer der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank[1] und an der Entwicklung des privaten Versicherungswesens beteiligt. Die Riezlers gehörten zu den angesehenen Bürgerfamilien der Stadt. Franz Xaver spielte als Magistratsrat und als Mitglied des bayerischen Landtags auch im öffentlichen Leben eine Rolle. Von ihrem Wohlstand zeugte das von Klenze erbaute Palais in der Brienner Straße. Aber durch den Zusammenbruch des Bankhauses Ruedorffer in den fünfziger Jahren gingen Vermögen und Besitz der Familie verloren. Kurt Riezler hat die Erinnerung an diesen Namen und an die in ihm verkörperte Tradition des unternehmenden Bürgertums gepflegt. Er bediente sich gerne des Namens Ruedorffer als Pseudonym für seine Schriften. Der Vater, Heinrich Riezler, war als Prokurist einer Industriefirma in bescheidener Stellung tätig. In seinen Mußestunden malte er und musizierte mit seiner Frau Etha, die aus der künstlerisch vielseitig begabten Würzburger Familie Heffner stammte. Der um vier Jahre ältere Bruder Kurt Riezlers, Walter[2], hat sich als Archäologe, Musikkritiker und Beethovenbiograph einen Namen gemacht[3]. Der Vater verstarb früh, 1899. Sein Bruder Emanuel Riezler, Major im bayerischen Kriegsministerium[4], übernahm die Vormundschaft[5]. Aber auch ein weiterer Bruder des Vaters, der wegen seiner Verdienste um die Erforschung der bayerischen Geschichte persönlich geadelte Ritter Sigmund von Riezler[6], nahm sich seiner an[7].

So verbanden sich im Traditionsfeld der Familie, in der Kurt Riezler heranwuchs, praktische Tüchtigkeit, Teilnahme an Aufgaben des Staates und wissenschaftlich-künstlerische Interessen. Entsprechend dieser Tradition wurde er auf intellektuell anspruchsvolle Schulen geschickt, das Luitpold-, dann das Theresien-Gymnasium in München. Hier erwarb er den sicheren Umgang mit der griechischen Sprache, die Voraussetzung seiner späteren historischen und philosophischen Interessenrichtung. In den Jahren 1901 bis 1905 studierte er an der Universität München, und zwar zunächst klassische Philologie mit der Berufsabsicht, sich „dem altphilologischen Unterrichtsfach auf königlich-bayerischen Gymnasien zu widmen". Er erwog auch

[1] Für diese Angaben: 100 Jahre Bayerische Versicherungsbank 1835—1935 (München o. J. [1936]). — P. Koch: Pioniere des Versicherungsgedankens. 300 Jahre Versicherungsgeschichte in Lebensbildern 1550—1850 (1968).

[2] Nachruf in: Süddeutsche Zeitung 25. 1. 1965.

[3] Über das künstlerische Leben in der Familie handschriftliche Aufzeichnungen Walter Riezlers in dessen Nachlaß.

[4] Nachruf in: Münchener Neueste Nachrichten 2. 8. 1938.

[5] Militärakte Kurt Riezlers, Kriegsarchiv München, Pers. Akte Nr. 47102.

[6] Nachruf von Karl Alexander von Müller, in: Münchener Neueste Nachrichten 31. 1. 1927.

[7] Karl Alexander von Müller: Mars und Venus, S. 25, erwähnt Briefe Kurt Riezlers an seinen Onkel Sigmund aus der Kriegszeit. Leider war es nicht möglich, diese Briefe ausfindig zu machen.

den Gedanken einer Habilitation für klassische Philologie. Im Jahre 1903 bezeichnete er sich als „Studierenden der Geschichtswissenschaften" und 1906 lautete seine Angabe „Historiker"[8]. Es war standesüblich, daß der Sohn einer solchen Familie Reserveoffizier wurde. Die Dokumente des noch erhaltenen Militäraktes von Kurt Riezler sind ein Zeugnis dafür, in welchem Maße in jener versunkenen Welt der Monarchie auch das bürgerliche Honoratiorentum im Dienste des Landesherrn die Anpassung an bestimmte ständisch geprägte Verhaltensnormen als geboten empfand. So versicherte Kurt Riezler, daß er „nie einen Ehrenhandel, dessen standesgemäße Erledigung angezweifelt werden könnte", gehabt habe, und gab zu Protokoll, daß er „keiner geheimen Gesellschaft oder irgendeiner Verbindung, deren Zweck dem Staate unbekannt oder von demselben nicht gebilligt oder den Interessen des Staates fremd ist, weder angehöre noch je angehören werde". Obwohl er sich nicht gerade mit besonderer Regelmäßigkeit den obligaten Reserveübungen unterzog, wie die zahlreichen Dispensgesuche von seiner Hand zeigen, entwickelte er ein sehr deutliches Bewußtsein der Zugehörigkeit zu seiner Truppe, dem angesehenen 2. kgl. bayerischen Infanterieregiment[9]. Wo sich die militärische Denkweise als politisches Kraftmeiertum darstellte, reagierte er jedoch äußerst empfindlich. Charakteristisch für seinen Lebensstil ist es auch, daß er sich keiner studentischen Verbindung anschloß. Für seine intensiven Studien gewidmete Universitätszeit heben sich zwei Momente heraus: die entschiedene Hinwendung zur Geschichte und die Leidenschaft des philosophischen Dialogs. Hier formten sich die Grundelemente seines politischen Denkens.

Seine Promotion am 1. März 1905 mit klassischer Philologie als Hauptfach und Geschichte und Wirtschaftsgeschichte als Nebenfächern erfolgte aufgrund einer Untersuchung zur griechischen Wirtschaftsgeschichte, die ihm den Fakultätspreis für 1903/04 eingetragen hatte[10]. Zu seinen Lehrern zählten der Nationalökonom Lujo Brentano und der Althistoriker Robert Pöhlmann. Der Ehrgeiz des 22jährigen griff hoch. Wenn Pöhlmann in seinem berühmten Werk über antiken Sozialismus und Kommunismus nach der Überzeugung Riezlers für „die Geschichte der sozialen Frage im Altertum eine bahnbrechende und erschöpfende Darstellung" gefunden hatte[11], so wollte Riezler nichts weniger als nun für die Frage der wirtschaftlichen Entwicklung Griechenlands seinerseits die Skizze eines neuen Gesamtkonzepts anbieten[12].

---

[8] Militärakte Kurt Riezlers, s. o. Anm. 5.

[9] Vgl. Tgb. 1. 9. 1914 und 16. 10. 1915.

[10] Thema der Preisschrift: „Interpretation der pseudoaristotelischen Ökonomik, systematische und geschichtliche Würdigung der darin enthaltenen Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik"; als Buch unter dem Titel: Über Finanzen und Monopole im alten Griechenland. Zur Theorie und Geschichte der antiken Stadtwirtschaft (Berlin 1907).

[11] Finanzen und Monopole, S. 47.

[12] „Wenn der Übermut zu guter Letzt nach dem Ganzen zu greifen wagt, so soll der Zweifel bedenken, daß gerade die Opposition schließlich die Wahrheit zutage fördert", heißt es in dem Geleitwort der Schrift. Gegenüber wissenschaftlichen Autoritäten, die —

Neben ihrem anerkannten wissenschaftlichen Wert bleibt diese frühe Arbeit aber gerade für das uns hier leitende Interesse an dem politischen Denken Riezlers zu beachten. Für ihn war die alte Geschichte ein Experimentierfeld der Grundformen des menschlichen Zusammenlebens. Man spürt in der Behandlung des historisch entrückten Stoffes eine aktuelle Problemstellung. Analogien und Kontrastbeobachtungen zu zeitgenössischen Phänomenen fließen ihm leicht in die Feder. Sie laufen sämtlich darauf hinaus, das eigene Gewicht und die Eigengesetzlichkeit der raumübergreifenden arbeitsteiligen Wirtschaft gegenüber dem jeweils begrenzten staatlichen Bereich zu betonen. Riezlers These: Der Antike Staat, innerlich und äußerlich auf zu schmaler Grundlage stehend, sei nicht fähig gewesen, „ein der natürlichen Wirtschaftsentwicklung entstammendes Wirtschaftsgebaren zu entwickeln“[13]. Seine ökonomische Tyrannis habe vielmehr „durch gewaltsame, nur auf den Augenblick berechnete Eingriffe jede natürliche Entwicklung aus ihren Bahnen“ geworfen[14]. Der Ertrag aus Krieg und Raub sei die vornehmste Gruppe von Einkünften gewesen. Da nun das Willkürhandeln des Staates der wichtigste Faktor des Wirtschaftslebens gewesen sei, habe es im ökonomischen Denken der Griechen niemals zur Konzeption rein wirtschaftlicher Zusammenhänge kommen können. So richte sich die wirtschaftstheoretische Reflexion z. B. bei Platon und Aristoteles primär auf den Staat. Diese Theorie sei geleitet gewesen von der Frage, was sein soll. Im Gegensatz hierzu suche das moderne ökonomische Denken, zu einer „Konzeption rein wirtschaftlicher Zusammenhänge, Ursachen und Bedingungen“ zu gelangen[15].

---

wie Bücher — die Hauswirtschaft in den Mittelpunkt der Entwicklung stellten oder wie Beloch und Eduard Meyer umgekehrt von einer „Entwicklung im Sinne moderner Verkehrs- und Volkswirtschaft sprachen“, setzte Riezler bei der Stadtwirtschaft an, d. h. er sah in der politischen Lebensordnung des alten Griechenland zugleich den ausschlaggebenden wirtschaftlichen Faktor. Einer der besten heutigen Kenner der griechischen Antike, Alfred Heuß, hält diese Erstlingsschrift Riezlers „sowohl in Ansehung des jugendlichen Autorenalters wie hinsichtlich des damaligen Forschungsstandes für eine außergewöhnliche Arbeit. Man hat dies zu betonen, obwohl der Evolutionismus, von dem aus der Verfasser seine Urteile fällt, längst überholt ist und man seiner Relativierung von Staat und Wirtschaft als zweier selbständiger Pole heute nicht mehr viel abgewinnen kann. Aber Riezler hat in bezug auf das von ihm bearbeitete Material mit großer Unvoreingenommenheit geurteilt und hiermit einen gewaltigen Schritt in eine Richtung getan, welche ihn bei Fortsetzung seiner wissenschaftlichen Wanderung sehr bald an den Punkt gebracht hätte, den die Wissenschaft mit Hasebroek und dem von diesem als Ausgangspunkt benutzten Max Weber erst 20 Jahre später erreicht hat. Man muß Riezler als Vorläufer von beiden bezeichnen, auch wenn er meines Wissens für die beiden keine Rolle gespielt hat. Seine Frontstellung gegen die Eduard Meyersche Überschätzung der ökonomischen Valenz des antiken Griechentums ist durch Max Weber bestätigt worden. Seine Polemik gegen Bücher nimmt die Stoßrichtung von Eduard Meyer auf, ohne sich an seine Thesen zu fesseln. Die geistige Selbständigkeit des Autors ist im höchsten Grade beachtlich“. (Alfred Heuß in einem für den Verfasser geschriebenen Votum vom 31. 7. 1969.)

[13] Finanzen und Monopole, S. 91 f., Anm. 2.

[14] Ibid.

[15] Ibid.

Da in der griechischen Antike „der Staat der erste Faktor allen Lebens" gewesen sei, habe sich „der Wille zu Reichtum, Ruhm und Freiheit" ganz natürlich als „Streben nach politischer Herrschaft" geäußert, wohingegen „bei uns die freie Konkurrenz den Erwerbstrieb in ein Streben nach neuen Entdeckungen und Erfindungen, der Kraftersparnis einer Maschine, größerer Schnelligkeit der Verkehrsmittel, neuen Absatzgebieten umsetzt"[16].

Dieses durch die staatliche Lebensordnung der Polis bestimmte Wirtschaftsleben geriet aber nach Riezler von etwa 700 v. Chr. an in eine Krise, als unter anderem infolge der Kolonisationsbewegung „der Kreis von Konsumption und Produktion auch des notwendigen Massenbedarfs über den Rahmen der Polis" hinausgriff. Die wirtschaftliche raumübergreifende arbeitsteilige Entwicklungstendenz stand im Gegensatz zur begrenzten und autarken Polis. Gegenseitige wirtschaftliche Verflechtungen und damit Abhängigkeiten entstanden. Damit stellte sich als historisches Problem, dessen zeitgeschichtliche Relevanz in der präsentischen Diktion Riezlers sichtbar wird, die Frage, wie das Mißverhältnis zwischen staatlicher Begrenztheit und wirtschaftlicher Verflechtung behoben werden konnte:

„Wie wird sich dazu der Staat stellen, wird er eine Möglichkeit finden, seine Formen der neuen Bewegung anzupassen oder wird er gezwungen sein, durch Gewaltmittel die Entwicklung aus ihren natürlichen Bahnen zu werfen, um sich selbst zu erhalten. Formen sind Organismen und verteidigen sich wie diese. Der innerste Lebenstrieb dieser Staaten ist Unabhängigkeit. Aber es gibt keine politische Unabhängigkeit bei wirtschaftlicher Abhängigkeit! Die Produktionsteilung aber, die sich auf den Lebensbedarf erstreckt, bringt notwendig eine wirtschaftliche Abhängigkeit mit sich. Sollte es möglich sein, durch ein Netz von Bündnissen einen Gleichgewichtszustand zu erreichen, der, weil der eine auf den anderen angewiesen ist, die politische Abhängigkeit des einzelnen nicht notwendig mit sich bringt? Ist das unerreichbar, so gibt es nur zwei Möglichkeiten, unter denen die Polis unabhängig weiter bestehen kann: entweder möglichste Abschließung von allem Verkehr, Wiederherausreißen der heimischen Wirtschaft aus dem Zuviel des fremden Bedarfs oder Expansion und politische Beherrschung der Gebiete, von deren Produktion man abhängt ..."[17]

Von drei Möglichkeiten also ist die Rede. Die erste, Gleichgewicht, stellt offensichtlich in der Situation das zu erstrebende Optimum dar: Eigendasein der Staaten und zugleich internationale wirtschaftliche Arbeitsteilung. Falls dieser Weg sich als nicht gangbar erweist, ergibt sich die Alternative: gewaltsame Abschließung oder imperiale Expansion. Den Weg einer willkürlichen Autarkie hat Sparta gewählt. Er erwies sich im Grunde als nicht gangbar, da er der raumübergreifenden Entwicklungstendenz der Zeit entgegenstand. Den anderen Weg ging Athen. Aber auch das athenische Beispiel schreckt. Athen scheiterte an seiner Unfähigkeit, das Interesse der Beherrschten mit dem eigenen zu verbinden. Rom hingegen — und hierfür bezieht sich Riezler auf die politische Geographie Ratzels — verstand

[16] Finanzen und Monopole, S. 93.
[17] Ibid., S. 78.

„den engen Gesichtskreis ... zu erweitern und die Unterworfenen sich durch Teilnehmenlassen an den Gütern der Herrschaft zu verschmelzen. Das Hinausgehen über den Horizont des engen Raumes machte Rom schließlich groß, das Unvermögen dazu vernichtete Athen“[18].
Würde dem Deutschen Reich die Erhaltung des Gleichgewichts gelingen? Oder würde es zugleich mit dem wirtschaftlichen Ausgreifen den Weg der politischen Machtexpansion gehen? Würde es in diesem Falle in der Behandlung der Abhängigen wie Athen versagen oder wie Rom imstande sein, kluge Herrschaft auszuüben? Riezler stellte in seiner Doktorarbeit diese Fragen noch nicht expressis verbis. Aber das von ihm bei der Untersuchung der griechischen Wirtschaftsgeschichte entwickelte Bezugssystem von Vorstellungen und Begriffen liegt auch der historisch-politischen Beurteilung seiner Gegenwart zugrunde, der er sich bald darauf zuwandte. Die in seiner Erstlingsschrift gestellte Alternative Athen oder Rom beschäftigte ihn als Frage an die deutsche Politik noch im Weltkrieg[19].
Es ist bemerkenswert für das Denken Riezlers, daß er von vornherein ein wirtschaftlich-politisches Gesamtkonzept entwickelte. Die Altertumskunde als Gesamtwissenschaft bot hierfür bessere Voraussetzungen als die damalige Fachhistorie mit ihren oftmals auf das staatliche oder gar diplomatische Kräftespiel der Oberfläche sich isoliert einstellenden Interessen.

Dieses erste wissenschaftliche Ringen um die Deutung eines historisch-politischen Phänomens von den ihm zugrunde liegenden Lebensmächten her war begleitet von einem intensiven Prozeß des philosophischen Fragens. Im Freundesgespräch wurden die Welt- und Lebensdeutungen, die sich in der Geschichte der Philosophie anboten, kritisch abgetastet. Es ging damals schon im Kerne um die ontologische Frage nach dem Sein, die zum Mittelpunkt werden sollte, um den das Denken des Philosophen Riezler kreiste. Wir besitzen aus jener frühen Zeit keine Aufzeichnungen von ihm und keine Zeugnisse über ihn. Aber zwei Jahrzehnte später hat er selber an einen Freund gewendet jene frühen Bemühungen in die Erinnerung zurückgerufen. Dieser aufschlußreiche Rückblick sei hier im Zusammenhang angeführt:

„... Denkst Du noch unserer ersten knabenhaften Mühen? Wir waren, wenngleich schwankend und tastend, doch auf dem rechten Wege. Die Tage liegen so weit weg, als wären sie nie und nirgendwo. Wir kamen uns so groß vor, als wir Kant entdeckten und aus ihm unser Recht bewiesen hatten, die Öde der damaligen Universitätsphilosophie mit ihrem Messen und Belauschen von Empfindungen, Vorstellungen und Assoziationen in die Ecke zu werfen. Wir rangen mit der Terminologie der Wesensschau und begriffen schließlich, daß die erschauten Wesen — aus dem Nebel in das Licht gezogen — im besten Falle platonische Ideen waren. Wir dachten, wir wären mit diesen Einsichten ein Stück weitergelangt. Dann aber begann der schwerere Kampf, den wir weder zu entscheiden, noch durch einen schlechten oder guten Frieden auszugleichen wußten, der Kampf des hellenischen Erbes in uns gegen die Vernunft oder, wenn Du willst, der Kampf unserer

[18] Ibid., S. 82.
[19] Tgb. 17. 2. 1915

Sinne und unserer Freude an den Sinnen gegen Kant, der Kampf um die Einheit der Natur und des Geistes. Weißt Du noch, was wir da die Tage und Nächte, hilflos und doch mit redlichem Bemühen, hin- und hergesprochen haben? Neulich, als ich am Campo dei Fiori zwischen den Trödelbuden und den schreienden Händlern vor der Statue des Giordano Bruno stand, überfiel mich die Erinnerung an eines dieser Gespräche. Weißt Du noch? Wir waren so enttäuscht, als wir bei Bruno — gerade bei ihm, denn er war doch einer der wenigen, die in die Mitte ihrer Mühen das Wunder des Schönen gestellt und mit den Augen philosophiert haben — den Satz entdeckten: e a che dunque ne servono gli sensi? Dite! Ad eccitar la ragione solamente! Wir stellten dem ein Fragment des Philolaos entgegen: ‚Die Seele liebt den Körper, weil sie ohne ihn sich nicht der Sinne bedienen kann.' Wir gaben dem Philolaos recht. Die Sinne waren uns mehr als der Paraklet des Denkens. Schon mit dem Gleichnis des Phaidros begann uns die Verirrung. Seitdem schien uns die Einheit der Welt zerstört. Wir wollten nicht die Vernunft den Sinnen, den Geist der Natur entgegenstellen, die einen verehren und die anderen entwerten. Aber schließlich irrten wir doch nur hilflos die Grenzen der Erkenntnis entlang. Wir fuhren vergeblich mit der Stange im Nebel herum und suchten die Richtung einer Sonne, die wir nicht sahen.
Das ist es, was ich immer noch tue; den geheimen Punkt suchen, in dem der Geist und die Natur, das moralische Gesetz in uns und der bestirnte Himmel über uns oder, wenn Du willst, Freiheit und Notwendigkeit, das Wunder des Auges und das der Zahl im Innersten zusammenhängen ..."[20]

Aus dieser Erinnerung ist festzuhalten als konstitutiv auch für das politische Denken Riezlers die frühe Absage an die platonische Ideenlehre: das eigentliche Sein der Dinge, das Leben, liegt nicht jenseits ihrer, sondern in ihnen. Riezler entscheidet sich für eine Immanenzphilosophie. Er wird später, im Bannkreis der Existenzphilosophie stehend, sein Parmenides-Buch schreiben. Seine Absage an die platonische Ideenlehre war zugleich eine Absage an die ratio als das Maß der Dinge: die Welt der Natur und der Geschichte steht nicht unter der Norm einer vorgegebenen Vernunft und ihrer Gesetze. In der Konsequenz dieser Entscheidung lag es, daß Riezler später ausdrücklich jede naturrechtliche Staats- und Gesellschaftsphilosophie verwarf. Wie ist aber bei Leugnung einer normativen Vernunft das Verhältnis von Natur und Geist, und das heißt auf das Politische gewendet, das Verhältnis von Macht und Ethik zu bestimmen? Was ist das Ziel der Macht? Welche Schranken sind ihr geboten? Wo liegt die Grenze zwischen dem politisch Erlaubten und Unerlaubten? Diese Fragen sind ein thematisches Grundelement im politischen Denken Riezlers, ohne daß er je für sich selbst eine abschließende Antwort gefunden hätte. Wenn Riezler sich im Umgang mit diesen Fragen gelegentlich gern in einer machiavellistischen Pose präsentiert, so hängt dies auch mit jener philosophischen Grundentscheidung zusammen. Zunächst aber wurde für seine politische Philosophie von unmittelbarer Bedeutung die Entdeckung Kants. Von dessen transzendentalphilosophischem Ansatz her versuchte er wenige Jahre nach seinem historischen Erstlingswerk die methodische Grundlage für eine Theorie der Politik zu gewinnen.

---

[20] Kurt Riezler, Gestalt und Gesetz, Entwurf einer Metaphysik der Freiheit (1923) S. 4 f.

Als drittes Element seiner politischen Bildung neben der historischen und philosophischen Grundorientierung erwarb sich Riezler nach Abschluß seiner Universitätsstudien eine unmittelbare Anschauung der europäischen Welt. Er bereiste Rußland, Frankreich, Italien, Österreich-Ungarn, den Balkan, Belgien, die Schweiz. Im Jahre 1906 hat er neben seinem Dasein als Privatgelehrter für ein halbes Jahr in der Redaktion der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung auf dem Gebiet der auswärtigen Politik mitgearbeitet. Aus der Beobachtung der Mächte dieser Zeit stammt sein erster größerer politischer Aufsatz „Die Weltpolitik im Jahre 1906". Er leuchtet die Ereignisse dieses Jahres ab: Algeciras, panamerikanischer Kongreß, britische Wahlen u. a. Dies alles ist klug und genau beobachtet, braucht aber hier nicht referiert zu werden. Bemerkenswert sind die Leitbegriffe des Berichts, die an „Finanzen und Monopole" erinnern. Im Hinblick auf die erste Marokkokrise stellt Riezler die Frage, ob „die Systeme von Bündnissen und Feindschaften, auf denen das sogenannte europäische Gleichgewicht und mit ihm der Friede ruht, eine wesentliche Erschütterung erfahren" hätten[21]. Stehen die Zeiger der Zeit auf Krieg? Die Antwort: Die unaufgeschlossenen Gebiete, in denen die Nationen sich wirtschaftlich festzusetzen bemühen, seien „noch ausgedehnt genug, um auf Jahre hinaus zu verhindern, daß das Nebeneinander des Kampfes sich in ein Gegeneinander kehre"[22]. Für die Frage Krieg oder Frieden mißt er dem Faktor der bewußten menschlichen Entscheidung nur eine geringe Bedeutung bei. Die von der Diplomatie erbauten „zierlichen Kartenhäuser" halten Erschütterungen nicht stand. Um eine Diagnose der Zeit auf aussagekräftige Faktoren zu stützen, müsse man in der „Tiefe nach jenen Strömungen schauen, die nicht immer sichtbar doch das eigentlich Leitende der Politik bleiben und letzten Endes die großen Entscheidungen verursachen"[23]. Wir kennen den Befund schon aus seiner Interpretation der griechischen Geschichte. Zwei Tendenzen widerstreiten einander. Auf der einen Seite wird die Kultur immer „kosmopolitischer", sie strebt zur „Weltkultur", die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten intensivieren sich, und das internationale Kapital überspringt die politischen Grenzen. Auf der anderen Seite verstärkt sich im Gegensatz hierzu der Sondergeist der Nationen, nationale Gefühlsgegensätze werden schärfer, und wirtschaftspolitisch lassen sich die Staaten vom Streben nach einer gewissen Autarkie leiten. Solche Rivalitäten nationaler „Organismen" hielt Riezler im übrigen für eine Naturgegebenheit. Er lehnte es ab, sie moralisierend zu beurteilen. Was das Reich anbetraf, so brauchten solche elementaren Vorgänge wie der Aufeinanderprall deutscher Waren und französischen Kapitals in Marokko oder wie die Entwicklung der Gegensätze zwischen Deutschland und England keineswegs zum Kriege zu führen. Er glaubte sogar gerade im deutsch-britischen Verhältnis trotz der natürlichen Rivalitäten Symptome eines sich stärkenden Solidaritätsgefühls beobach-

[21] Op. cit. S. 4. [22] Ibid., S. 13. [23] Ibid., S. 7.

ten zu können. Insgesamt hielten in seinem Bild der Weltlage im Jahr der ersten Marokkokrise die beiden Haupttendenzen der Epoche, die kosmopolitische und die nationale, einander die Waage. Noch gelang es, das Gleichgewicht zu bewahren.

Als Riezler diese erste Analyse der politischen Weltlage veröffentlichte, stand er bereits im Dienst des Auswärtigen Amtes. Seit dem 1. Oktober 1906 war er neben zwei weiteren Kollegen in dem damals noch sehr bescheiden zugeschnittenen Pressereferat unter Otto Hammann tätig[24]. Hammann hatte Riezler „wegen seines ungewöhnlichen Wissens auf historischem und kulturellem Gebiete und wegen seiner schriftstellerischen Begabung in den Dienst des Auswärtigen Amtes übernommen"[25]. Der so Beurteilte stand seinem Chef, wenn man späteren Tagebuchnotizen folgt, mit distanzierter Wertschätzung gegenüber. Er hielt Hammann für „bokkig, eigensinnig, unbequem", aber von „großem Zug"[26]. Durch einen Artikel über den „Reichstag und die Presse"[27] zog Riezler auch die Aufmerksamkeit des Kaisers auf sich. Als sich dieser danach erkundigte, wer den „vorzüglichen" Aufsatz geschrieben habe, wurde ihm mit dem Namen Kurt Riezler die Auskunft zuteil, es handle sich um einen „philologisch und philosophisch vorgebildeten jungen Mann, der kürzlich wegen seiner in mehreren Zeitungsartikeln über russische Zustände bewiesenen schriftstellerischen und politischen Begabung in das Pressereferat des Auswärtigen Amtes als Hilfsarbeiter berufen wurde"[28]. Randnotiz: der Kaiser sei befriedigt darüber, „daß eine so tüchtige Kraft für das Pressebüro gewonnen sei".

Das Tätigkeitsfeld dieses Büros umfaßte Innen- und Außenpolitik. Einige Episoden lassen die Art der Tätigkeit Riezlers und seinen politischen

---

[24] Hierzu W. Vogel, Die Organisation der amtlichen Presse- und Propagandapolitik des Deutschen Reiches, in: Zeitungswissenschaft 16, H. 8/9 (1941).

[25] Militärakte Kurt Riezlers, s. o. Anm. 5, Beurteilung vom 18. 8. 1908.

[26] Tgb. 11. 7. 1914.

[27] Die Grenzboten, Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst, 65 (29. 11. 1906) S. 497—501. Dieser Artikel diente der Verteidigung Bülows gegen Presseangriffe nach dessen Rede über auswärtige Politik vom 14. November. Sowohl den Alldeutschen wie den Sozialdemokraten wird in diesem Artikel utopisches Denken vorgeworfen. Der spätere Theoretiker der Politik als der „Erforderlichkeit des Unmöglichen" preist den „Instinkt des Möglichen", wie er sich bei Engländern und Franzosen finde. Diese politische Tugend fehle den Deutschen: „Schließlich macht es eben der Deutsche mit seinem Vaterlande wie mit seinen Frauen: er liebt eine Frau nicht ... als das fatale Verhängnis, das sie nun einmal ist; er liebt — und nicht nur der deutsche Jüngling — das Bild, die Idee, die er sich von ihr macht —. Und während die Männer des Geistes diesen Idealismus als des deutschen Volkes größte Eigenschaft preisen, werden sowohl die Frauen als die Politiker nichts tun können, als ihn zu beklagen" (S. 501).

[28] Staatssekretär Tschirschky, 3. 12. 1906; PA, Deutschland 126/3. Die Presse in Deutschland, Bd. 8. — Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung brachte im Laufe des Jahres 1906 auf ihrer Titelseite eine Reihe von informierenden Artikeln über die inneren Vorgänge in Rußland. Behandelt werden Sitzungen der Duma, innere Reformen, bes. Agrarreform, Parteien, Unruhen etc. Vermutlich bezieht sich Tschirschky auf diese Berichte.

Standort erkennen. Nach den Reichstagswahlen 1907 machte sich Riezler im Sinne der Politik des konservativ-liberalen Bülow-Blocks nützlich. So nahm er im Auftrage Hammanns Fühlung mit Friedrich Naumann, um diesen von einer zu radikalen publizistischen Agitation in der preußischen Wahlrechtsfrage zurückzuhalten. Riezler hat über dieses Gespräch berichtet. Er machte Naumann klar, daß sich die Regierung nicht der Notwendigkeit einer gewissen Reform der Dreiklassenwahl verschlösse, aber nur in bestimmten Grenzen. Denn „sie wisse ganz gut, daß die Liberalen mit der Forderung des Reichstagswahlrechts für Preußen keinen Hund in Preußen hinter dem Ofen hervorlocken könnten. Kein Politiker glaube, daß seine Einführung möglich oder wünschenswert sein werde", und wie Riezler annehme, Naumann selber auch nicht[29].

Es war noch ein weiter Weg, den Riezler mit Bethmann Hollweg zurückzulegen hatte, bis es nach einem Jahrzehnt in der kaiserlichen Osterbotschaft 1917 zur verspäteten Ankündigung der preußischen Wahlreform kam. Die Person Naumanns scheint Riezler nicht sonderlich beeindruckt zu haben. Irgendwelche persönlichen Beziehungen haben sich zwischen den beiden Männern nicht entwickelt. Sie waren in ihrem Temperament und ihrem geistigen Stil zu verschieden, obwohl ihre Anschauungen schließlich in mancher Hinsicht konvergierten. Der Name Friedrich Naumann spielt jedenfalls in den Aufzeichnungen und Schriften Riezlers keine Rolle. Die menschliche Verbindung zu seiner Gedankenwelt stellten später nach dem Kriege zwei seiner Freunde her, die auch Freunde Naumanns gewesen waren, Theodor Heuss und Gustav Stolper.

Als Riezler unter Bülow diente, war er noch weit von Naumanns Ideen entfernt. Bülow quittierte den Bericht, den Riezler ihm über sein Gespräch vorlegte, mit der Randbemerkung „sehr gut"[30]. Riezler wußte den eitlen Bülow zu nehmen[31]. Dieser schätzte ihn und beauftragte ihn mit dem Entwurf von persönlichen und amtlichen Schreiben und gelegentlich auch von Reichstagsreden. Riezler zeigte sich in solchen Redeentwürfen als Anwalt entschiedener Kolonialpolitik und Flottenrüstung[32]. Nun han-

---

[29] Aufzeichnung Riezlers vom 25. 8. [1907], Theodor Heuss Archiv.

[30] Randbemerkung zur genannten Aufzeichnung.

[31] So war Riezler eifrig bemüht, im Hinblick auf die von Bülow beabsichtigten Finanzgesetze Plänen des Reichsschatzamtes entgegenzuwirken, „die Modernisierung der Reichsfinanzreform zu einem persönlichen Programm des Reichsschatzsekretärs zu stempeln". Handschriftliche Aufzeichnung Riezlers vom 29. 8. [1908], Theodor Heuss Archiv; dazu eine Randbemerkung Bülows: „durchaus einverstanden". Angekündigt wurde die Finanzreform in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, 10. 9. 1908, entsprechend den Vorschlägen des Pressereferats. Erst nachträglich erschien ein programmatischer Aufsatz des Reichsschatzsekretärs Sydow in der Deutschen Rundschau, 25. 9. 1908.

[32] Im Theodor Heuss Archiv handschriftlicher Entwurf Riezlers, undatiert, für eine Rede Bülows im Reichstag 13. 12. 1906 zur Begründung des Nachtragshaushalts für den Hottentotten-Krieg. Ferner ein maschinenschriftlicher Entwurf, undatiert und ungezeichnet, für eine Stellungnahme Bülows gegenüber einer eventuellen Interpellation zur Beschränkung der Flottenrüstung; dieser Entwurf als Anlage zu einem handschriftlichen Konzept Riezlers für ein Schreiben Bülows an den deutschen Botschafter in London,

delt es sich hier um Auftragsarbeiten, deren Aussage sich nicht mit der Meinung desjenigen decken muß, der den sprachlichen Entwurf liefert. Andererseits deutet nichts darauf hin, daß damals Riezler, als Anfänger nur in untergeordneter Stellung im Auswärtigen Amt tätig, Vorbehalte gegenüber der Politik Bülows im allgemeinen oder der Art der deutschen Flottenrüstung im besonderen gehabt hätte. Erst aus seiner späteren, nach dem Sturze Bülows in der Zeit seiner Zusammenarbeit mit dem Reichskanzler Bethmann Hollweg entwickelten Kritik an der Politik und an der Person Bülows[33] erklären sich die sehr abfälligen Bemerkungen über Riezler in den Erinnerungen des Fürsten Bülow. Darin heißt es: „Im Pressebüro diente während meiner Kanzlerzeit in den letzten Jahren ein jüngerer Beamter, Dr. Riezler, der sich durch lebhaft zur Schau getragene Bewunderung für mich hervortat. Er übertrug nach meinem Rücktritt diesen Enthusiasmus auf meinen Nachfolger . . . Riezler gehörte zu den strebsamen Leuten, die jeden lieben können und jeden lieben, der das Füllhorn der Gnaden in der Hand hält." Aber Bülow läßt auch den Grund seines Mißfallens erkennen, das in so offenem Gegensatz steht zu der aktenkundigen Anerkennung, die er dem jungen Mitarbeiter während seiner Kanzlerzeit gezollt hatte. Riezler, so fährt er fort, „verleugnete aber seine Dankbarkeit für mich, als er nicht lange vor dem Ausbruch des Weltkrieges unter dem Pseudonym Ruedorffer ein ‚Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart' betiteltes Buch veröffentlichte, in dem er meine Politik mit liebloser Schärfe kritisierte und auf ihrem dunklen Hintergrund die raschen und glänzenden Erfolge meines Nachfolgers um so heller erstrahlen ließ"[34].

Diesem Zeugnis sei ein anderes gegenübergestellt. Im Jahre 1908 begegneten sich in Berlin Kurt Riezler und der um einige Jahre jüngere Theodor Heuss. Beider Lehrer war Lujo Brentano gewesen. Über den Eindruck, den er von Riezler gewann, berichtet Heuss:

„Er bewegte sich am Randgebiet des Auswärtigen Amtes, beobachtete und gab auch dem, der das wünschte, in Pressedingen seine Ratschläge. Ich gehörte nicht zu seinen Kunden. Aber ihn dabei zu erleben, war sehr reizvoll. Die Bewunderung für seine sehr weite, immer parate und nie aufdringliche Bildung wurde die zweite Etappe in unserer Beziehung, auch die, wie es schien, schwerelose Kraft der geistigen Kombinationen, das seinem Denken im Gespräch nicht nur den Charakter des Elastischen, sondern schier des Eleganten zu geben vermochte. Es fiel ihm etwas ein, und das hätte bei seinem geistigen Reichtum zu spielerischer Artistik werden können. Das aber geschah nicht. Der scharfe Sarkasmus, der ihm immer zur Verfügung stand, der manchmal verletzen konnte (und wohl auch manchmal verletzen sollte), war die Waffe der Notwehr gegen das Subalterne und gegen das geschraubte Pathos; die waren ihm verhaßt."[35]

Graf Metternich, 28. 10. 1907. Der Entwurf ist teilweise in Bülows Äußerung im Reichstag, 10. 12. 1908, übernommen worden. Bülow antwortete Haußmann, der für internationale Rüstungsbeschränkungen zur See plädiert hatte.

[33] Zur politischen Kritik s. u. die beiden politischen Hauptschriften Riezlers aus den Jahren 1913 und 1914; zur Kritik an der Person Bülows Tgb. 22. 2. u. 4. 7. 1916, 13. 7. 1916, 10. 4. 1917.

[34] Bülow, Bd. 3, S. 24 f.

[35] Theodor Heuss, Ein Gedenkwort für Kurt Riezler, in: Neue Rundschau 67 (1956). Vgl. auch dessen Erinnerungen, S. 69.

Der Kanzlerwechsel von Bülow zu Bethmann Hollweg bedeutete für Riezler menschliche und politische Bereicherung. „Bethmanns Charakter fesselt mich von neuem an den Beruf", so lautet die erste überlieferte Tagebucheintragung. Dem bohrenden Ernst Riezlers und der problembewußten Vielschichtigkeit seines historisch-philosophisch-politischen Denkens war die Natur Bethmann Hollwegs gemäß. Was ihn an dieser Figur mehr und mehr faszinierte, war, wie die Tagebücher ausweisen, die Spannweite einer Existenz, die aus einer zögernd grüblerischen Nachdenklichkeit heraus gerade in problemgeladenen, pessimistisch stimmenden Situationen den Entschluß zu entschieden verantwortungsbewußtem Handeln fand. Die „Hamletgeste" des Kanzlers entsprach seiner eigenen Doppelneigung zum kontemplativen und aktiven Leben, wobei für ihn das Begreifenwollen der stärkere Lebensimpuls blieb selbst in seiner politisch aktiven Lebensperiode.

Zu den fesselnden Aspekten seines Amtes gehörte, daß es ihm Gelegenheit gab, seine Weltkenntnis durch Anschauung zu erweitern. 1909 wurde er für drei Monate nach Paris und London beurlaubt. 1912 führte ihn ein Kurierauftrag nach Konstantinopel. Anfang 1914 reiste er nach Shanghai, hin auf dem Landwege über Sibirien, zurück über Suez. Aus diesen Jahren ist eine in Paris verfaßte Denkschrift über die dortige Pressepolitik zu erwähnen[36]. Sie ist der erste Hinweis auf den sich später schärfer ausprägenden machiavellistischen Zug im politischen Profil ihres Verfassers. Es ging ihm um die Frage, wie man Einfluß auf die französische Presse gewinnen könne. Dabei fielen Seitenhiebe auf die demokratische Publizistik in Deutschland, namentlich das Berliner Tageblatt, dessen Pariser Korrespondent „seine Seele um die Nachrichten des französischen Pressebüros" verkaufe. Sollte man Subventionen empfehlen? Riezler riet ab. Auf diesem Gebiet könne Deutschland mit Rußland niemals gleichziehen. „Personen und Nachrichten" seien wirksamer. Man müsse die persönlichen Beziehungen zu den Journalisten pflegen. Gegenüber den bedeutenderen unter ihnen — er nennt den Namen Tardieu — sei das Aufgabe der Botschaft. Aber sich des Schwarms der kleinen Geister anzunehmen, „wäre Aufgabe eines Agenten, der über reichliche Mittel verfügen, Zeit und Beweglichkeit haben müßte, um sich mit diesen Leuten abzugeben. Wer Zeit hat, das persönliche Leben dieser oft antastbaren Persönlichkeiten zu verfolgen und zu registrieren, wird sich auch gewiß mit der Zeit eine Art Einfluß sichern können". Dieser Ratschlag lief darauf hinaus, persönliche Dossiers über das Privatleben von Journalisten anzulegen, um Pressionen ausüben zu können. Eine solche Äußerung darf freilich ebensowenig übersehen wie überbewertet werden. Im Grunde kam es Riezler darauf an, die „Aristokratie" der Presse, wie er sie nannte, die wenigen wirklich Meinung bildenden großen Journalisten, durch Überzeugung zu gewinnen. Das galt insonderheit für die einheimische Presse. Er hat es am Ende seines Lebens in amerikanischen Vorlesungen rückschau-

[36] 4. 11. 1909. PA, Deutschland 126a secr., Bd. 2.

end auf seine Tätigkeit im Pressebüro des Auswärtigen Amtes als die Quintessenz seiner damaligen Erfahrungen dargestellt, daß es sich lohne, die große Presse, auch die oppositionelle, nicht nur zu informieren, sondern ins Vertrauen zu ziehen und zum Mitspieler zu machen[37]. Riezler ist selber vom Metier gewesen, als Mitarbeiter der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung und später als Mitbegründer und maßgeblicher journalistischer Mitgestalter politischer Zeitschriften. Als Werke politischer Publizistik sind auch die beiden Schriften anzusehen, die er kurz vor dem Kriege neben seiner Tätigkeit im Pressebüro herausbrachte: „Die Erforderlichkeit des Unmöglichen. Prolegomena zu einer Theorie der Politik und zu anderen Theorien", 1912 geschrieben, 1913 veröffentlicht, und „Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart", 1913 geschrieben, 1914 am Vorabend des Weltkrieges veröffentlicht. In diesen beiden Büchern werden die Elemente seiner politischen Bildung, die sich ihm aus seinen historischen und philosophischen Studien und aus seinen Erfahrungen als Reisender, als Journalist und als Mitarbeiter im Pressebüro ergeben hatten, zu einem politischen Weltbild zusammengefügt, ausgebaut und systematisiert.

II.

Diese beiden eng zusammengehörenden Bücher stellen die theoretisch-empirische Voraussetzung dar für das Verständnis der Kriegstagebücher Riezlers wie seines späteren politischen Wirkens. Was sagen sie aus?
Wenn sich ein Buch über Politik, die nach Bismarck die „Lehre vom Möglichen"[1] ist, unter dem Titel „Erforderlichkeit des Unmöglichen" präsentiert, so muß das einiges Stirnrunzeln auslösen[2]. Es ist jedenfalls ein sehr deutscher Titel, der eher Metaphysik als Methodik der pragmatischen Analyse in Aussicht stellt. In der Tat, in diesem Buch geht es um theoretische Spekulationen und erst in der folgenden Schrift um politische Realitäten. Riezler greift nach dem Ganzen. Das wollte er für eine bestimmte Epoche der Geschichte schon als Historiker in seiner Dissertation. Diesmal verschreibt er sich der „höchsten Aufgabe der Philosophie, die Einheit des Alls nach Ideen" zu suchen[3], in concreto: den Ort des Politischen in einem theoretischen Gesamtkonzept der Weltgesetzlichkeit zu bestimmen. Ansatzpunkt seiner Überlegungen ist die Erkenntnistheorie, wie sie in der

[37] Riezler behandelt dieses Thema in Political Decisions (1954), S. 13 ff. Dort einige aufschlußreiche Beispiele über den Umgang mit der Presse aus den Erfahrungen Riezlers im Pressebüro des Auswärtigen Amtes.

[1] Im Gespräch mit dem Journalisten Friedrich Meyer von Waldeck am 11. 8. 1867. Bismarck, Die gesammelten Werke (Friedrichsruher Ausgabe) 7, S. 222. Unter Berufung auf Bismarcks „Realpolitik" sprach Stresemann später von der „Politik des Erreichbaren", Vermächtnis 1, S. 54.

[2] Vgl. I. Geiss, Zur Beurteilung der deutschen Reichspolitik im Ersten Weltkrieg, in: Schieder, Erster Weltkrieg, S. 230.

[3] Op. cit. S. 6.

Kurt Riezler vor dem Ersten Weltkrieg

Kantischen Transzendentalphilosophie vorlag. Obwohl Riezler auf eine thematische Auseinandersetzung mit der Philosophie seiner Zeit verzichtet, läßt sich aus ihr der Ansatz seiner Theorie der Politik verstehen. Die Transzendentalphilosophie Kants war von der Frage geleitet gewesen, wie naturwissenschaftliche Erkenntnis möglich sei. Vorausgesetzt wurde dabei, daß es eine Naturwissenschaft entsprechend der Newtonschen Methode tatsächtlich gab. Die analoge erkenntnistheoretische Frage, wie historisch-politische Erkenntnis möglich sei, war von Kant jedoch nicht zum Problem erhoben worden, obwohl er sich mit sehr dezidierten Ansichten zu Geschichte und Politik zu Wort gemeldet hatte. Nach der reichen Entfaltung der historisch-politischen Wissenschaft im 19. Jahrhundert setzte um die Wende zum 20. Jahrhundert ein Streit um die rechte Methode der Geschichtswissenschaft ein. Im Zusammenhang damit stellte sich jetzt das von Kant ausgesparte Problem, was die Eigentümlichkeit kulturwissenschaftlicher im Unterschied zu naturwissenschaftlicher Erkenntnis ausmache und wie Geschichte als Wissenschaft möglich sei. Die Neu-Kantianer sahen das Objekt der Kulturwissenschaft im Unterschied zum Objekt der Naturwissenschaft durch seinen Wertbezug konstituiert. Der prinzipiellen Unterschiedlichkeit der Objekte entsprach eine postulierte Unterschiedlichkeit der Erkenntniswege: ideographische gegen nomothetische Methode. Man kann nun sagen, daß das gesamte philosophische Denken Riezlers von seinen Anfängen her einen Versuch darstellt, diesen von den Neu-Kantianern artikulierten Gegensatz von Natur und Geschichte vom transzendentalphilosophischen Ansatz her in verschiedenen Anläufen spekulativ zu überwinden. Einen ersten derartigen Anlauf stellt seine Theorie der Politik in der „Erforderlichkeit des Unmöglichen" dar.

Für Riezler ist der Zusammenhang der Dinge ein Zusammenhang von Gesetzmäßigkeiten. Das gilt für Natur und Menschenwelt gleichermaßen. Aber den Begriff der Gesetzmäßigkeit will Riezler nicht ausgerichtet sehen nach der Kategorie der kausalen Determiniertheit. Das Kausalgesetz erachtet er zwar als zutreffend und praktisch verwendbar für jenen Aspekt der Wirklichkeit, der sich durch die Frage nach der notwendigen Abfolge der Dinge in der Zeit erschließt. Die Ergiebigkeit dieses Gesetzes für die Erfassung des Zusammenhangs der Wirklichkeit insgesamt jedoch hält er für begrenzt. So könne menschliches Handeln, obwohl kausal bedingt, durch seine kausale Bestimmtheit nicht zutreffend verstanden werden. Dem Begriff der Kausalität stellt Riezler den Begriff der Finalität gegenüber, der Bestimmtheit durch Zwecke, d. h. nicht durch ein Vorher, sondern ein Nachher in der Zeit. Dieses Nachher der Zwecke als der Triebkraft des zeitlichen Geschehens sieht Riezler nicht dadurch in Frage gestellt, daß der Zweck als Zweckvorstellung zeitlich vorhergehende Wirkursache einer nachfolgenden Handlung ist. Riezler hat sich in späteren Schriften eingehender mit dem Problem der Willensfreiheit und der naturwissenschaftlichen Diskussion über den Geltungsbereich des Kausalgesetzes befaßt. Jetzt, in seiner Theorie der Politik, postuliert er eine gedachte Einheit der Welt

auch in ihren Naturzusammenhängen von der Finalität her, die weder theologisch noch metaphysisch, sondern immanent verstanden wird. Eigentlich handelt es sich hier um eine ästhetische Betrachtungsweise, die in der späteren Geschichtsphilosophie Riezlers noch deutlicher zum Ausdruck kommt. Alles Seiende — so spekuliert er — ist erfüllt von dem „Pathos", sich selbst in der ihm gemäßen Form zu vollenden. „Pathos" ist ein für Riezler charakteristischer, oft wiederkehrender Begriff. Er bezeichnet mit ihm die formenden Kräfte schlechthin in der anorganischen, der organischen und in der seelisch-geistigen Natur. Die Nähe zur Lebensphilosophie, zum élan vital Bergsons ist spürbar. Das „Pathos" Riezlers ist jedoch kein blind stoßender Seins- und Lebensdrang. Er ist zielgerichtet auf Höherformung und eine in der Idee zwar geforderte, aber in Wirklichkeit nie erreichte „Einheit der Welt" als „Einheit eines höchsten Zweckes"[4]. Hier hat das paradoxe Postulat von der „Erforderlichkeit des Unmöglichen" seine Stelle. Es gilt für die geschichtliche Welt überhaupt, insbesondere für den Bereich des Politischen.

Vor dem Hintergrund dieses Weltkonzeptes entwickelt Riezler seine politische Anthropologie. Er stellt sie in betonten Gegensatz zur Rousseauschen Auffassung vom Menschen[5]. Sie ist von der Anschauung geleitet, daß der Mensch unter dem Gesetz steht, sich selbst zu verwirklichen. Der Wille zum Glück wird dabei als Leitmotiv ebenso verworfen wie der Wille zur Macht[6]. Dem eigenen Gesetz zu folgen, gilt ihm als Naturgesetz der Menschenwelt und zugleich als ethische Forderung sowohl für den einzelnen wie für die dem einzelnen vorgegebenen und ihn als Familie, Volk, Nation, Staat umschließenden Gruppen. Der ästhetischen Position Riezlers entspricht es, wenn er dabei den Begriff des Pathos mit dem ebenso häufig verwendeten des Tragischen koppelt. Hier sei, um Riezler selbst zu Wort kommen zu lassen, ein charakteristischer Auszug zu seiner Anthropologie wiedergegeben:

„Das tiefe Rätsel der Persönlichkeit können Worte umschreiben, aber Worte nicht lösen. Daß der Mensch sich in seinem tiefsten Empfinden einer eigenen Gesetzlichkeit, die er als solche nicht begreift, dunkel bewußt ist, daß ihr nachzuleben höchstes Glück der Erdenkinder sei, daß, eher als von ihr abzuweichen, Menschen den Tod dulden und die schlimmsten Mühen, und wissen, daß sie alles verlieren können, wenn sie bleiben, was sie sind, ohne doch erkennen zu können, was sie denn eigentlich seien: das haben allerorts und zu allen Zeiten alle Menschen empfunden und in allen Sprachen umschrieben. Wir nennen es Charakter, bewundern es als Persönlichkeit, empfinden das Glück, ein Selbst zu sein. Wir reden von einem Gewissen, das uns sagt, was uns frommt, von Treue gegen uns selbst, fühlen ein seltsames Kontinuitätsbedürfnis, wollen heute sein, was wir gestern waren, und gestern gewesen sein, was wir morgen werden wollen. Wir empfinden Reue, wenn wir an einem rätselhaften Gesetze unseres Selbst uns versündigen, das wir nicht kennen, wir suchen ewig dieses Selbst und hoffen ewig, es zu finden, glücklich, es zu betätigen und unglücklich, es zu vermissen. Keine stoffliche Einheit ist es, keine, die sich irgendwie als Dingeinheit vorstellen ließe, keine Form, die einmal erreicht und dann festgehalten wird: eine Form viel rätselhafterer Art, zu deren Wesen es gehört, zu sein, indem sie sich entfaltet, zu werden und ewig unvollkommen niemals zu erreichen: ein

[4] Ibid., S. 58. [5] Ibid., S. 65. [6] Ibid., S. 84.

Etwas von tiefer Tragik also, und unausdenkbar ... Ewig hin- und hergeworfen zwischen Ausdehnung und Beschränkung, zwischen dem Streben nach Mannigfaltigkeit und dem nach Einheit als den beiden Richtungen der unendlichen Synthese, gelangt der Mensch, getrieben von einem tiefsten Pathos, niemals zu irgendeiner Art letzter Erfüllung. Dasselbe Pathos, das ihn aus der Ruhe zum Kampf treibt, ihn zwingt, sich auszudehnen und zu erweitern, um zu sein, treibt ihn aus dem Kampf zur Ruhe, auf daß er sich in ihr wiederfinde und läßt auch hier ihn nicht beharren. Der Mönch auf der Säule und der Reiter im Kampf suchen, der Form nach, ein und dasselbe."[7]

Eine solche Passage im Jugendstil ist aus der Distanz der Zeit heraus heute kaum noch lesbar, aber sie ist charakteristisch für Riezler vor dem Ersten Weltkrieg, und nicht nur für ihn.

Wo ist im Rahmen einer solchen Anthropologie der logische Ort für die Ethik? Gibt es für das „Pathos" der Selbstverwirklichung überhaupt noch die Unterscheidung von Gut und Böse, wenn Riezler feststellt, daß „für alles was geschieht, ein Standpunkt möglich" sei, „von dem aus es gut ist"? Riezler stellt sich diese Frage zwar. Er möchte auf die ethische Unterscheidung nicht verzichten. Auch wird das Ziel allen Strebens, von ihm als Einheit der Zwecke definiert, mit der Vokabel „das höchste Gut" bezeichnet. Aber diese Vokabel hat in der Philosophie Riezlers nichts mehr gemein mit dem theologischen Topos des summum bonum. Riezler, der von Hause aus Katholik war, setzt an die Stelle des heilsgeschichtlichen Prozesses der Erlösung durch und auf das summum bonum hin, das doch als summum ens zugleich die höchste, einzig wirkliche Realität besitzt, einen säkularen Evolutionsprozeß, dessen spekulativ erdachtes Ziel zwar als erforderlich, zugleich aber als unmöglich, d. h. in jeder Hinsicht als ein non ens betrachtet wird. Auf dem Wege zu diesem nie erreichbaren Ziel bezeichnet Riezler die verschiedenen Grade der Selbstverwirklichung als das Gute und weniger Gute und darum auch relativ Schlechte. Es bleibt unklar — und Riezler ist sich dessen bewußt —, wie von einem non ens, einem „Unmöglichen" her substantielle ethische Unterscheidungskriterien gewonnen werden können. Daher seine Neigung, in der Beurteilung von Konflikten antagonistischer Prozesse von Selbstverwirklichung in den Begriff des Tragischen auszuweichen.

Personale und kollektive Prozesse der Selbstverwirklichung greifen ineinander. Hier liegen Konfliktsmöglichkeiten zwischen individuellem und überindividuellem Ethos. Die halbe Politik handle davon, meint Riezler[8]. Für ihn gilt als Kriterium der Wertunterscheidung in solchen Konflikten die Erkenntnis, „welche der gegensätzlichen Forderungen, weil dem tieferen Ansatz und einer reicheren Erfüllung entspringend und daher näher zum höchsten Ziele führend der anderen zu weichen hätte"[9]. Über solche Einsicht verfügen wir aber nicht, stellt er fest. Als Richtmaß möchte er sich daher darauf beschränken, daß das individuelle Persönlichkeitsrecht dem Anspruch vom Menschen geschaffener Zweckorganisationen übergeordnet, „aber dem tieferen Ethos des Volkes"[10] unterworfen sei —

[7] Ibid., S. 83 f. [8] Ibid., S. 177. [9] Ibid., S. 178. [10] Ibid., S. 178.

wobei für den Genius besondere Gesetze gelten mögen. Was ist aber das „tiefere Ethos des Volkes"? Gibt es Unterscheidungsmerkmale, die dem einzelnen kritische Distanz ermöglichen? Riezler verfügt über solche Kriterien, wie wir sehen werden. Sie entstammen seinem humanistischen Erbe. Sie sind nicht abgeleitet aus seiner Prämisse von der Erforderlichkeit des Unmöglichen, haben aber im Rahmen seiner politischen Philosophie ihren bestimmten logischen Ort. Neben das Ethos der individuellen und überindividuellen Lebensformen tritt nämlich als dritte Dimension der ethischen Reflexion „die ethische Idee". Riezler versteht darunter den „Versuch, das eigene im Kampf mit der Umwelt sich unsicher entfaltende Gesetz als Idee zu sichern"[11] — aber auch umgekehrt, die „Idee eines allgemeinen Gesetzes der Welt" zu setzen und das eigene danach zu formen. Es wäre jedoch falsch, so argumentiert er, hier einen Gegensatz zu sehen zwischen einem „Werte setzenden Geist" und einer „blinden und bösen Natur"[12]. Denn die mit jeweiligem Anspruch auf absolute Gültigkeit auftretenden ethischen Systeme, die sich nicht als auf bestimmte Lebensformen beschränkt verstehen, möchte Riezler gleichsam dadurch entlarven, daß er sie als heroische Versuche des Geistes deklariert, das Gesetz eben der je besonderen Lebensform zur Idee zu steigern und zum „Gesetz der Welt" zu erweitern[13].

Das ist ganz aus der Weltsicht des Historismus gedacht. Die Geschichte hat in ihrem Verlauf viele ethische Systeme und Rechtsideen hervorgebracht, die unbedingt gelten wollen. Sie alle sind erst verstehbar aus Ort und Zeit ihrer besonderen geschichtlichen Verankerung. Sie sind geprägt durch den Willen zur Selbstverwirklichung der Zeit und des Volkes, dem sie entstammen, stellen aber als Elemente des Bewußtseins und des reflektierten Gedankens eine mögliche Korrektur dar gegenüber dem elementaren Drang zum Selbstseinwollen der Völker.

Fragen wir uns, was Riezler im engeren Bereich der politischen Theorie, für die er im Schlußkapitel seines Buches einen Grundriß zeichnet, über das „Pathos" der Selbstverwirklichung des Volkes und vielleicht dessen kritische Steigerung und Korrektur zu sagen hat. An den Anfang stellt er die These von der Irrationalität der Gegenstände, mit denen es die politische Wissenschaft zu tun hat — zu Recht, insofern der Satz „Individuum est ineffabile" auch für historische Individualitäten wie Staat und Volk gilt. Zu Unrecht aber schiebt er mit einer großen Handbewegung die im europäischen Denken angestellten Versuche beiseite, „rationale Formulierungen" für Legitimation und Zweckbestimmung von Macht zu finden. Weder „die Rousseausche Geometrie des Staates noch die Lehre der englischen Rationalisten vom Glücke der Meisten als dem Zweck des Staates" scheinen ihm diskussionswürdig und auch nicht „der auf jene aufgebaute Glaube von Möglichkeit und Wünschbarkeit eines ewigen Friedens"[14].

---

[11] Ibid., S. 181 f.
[12] Ibid., S. 182.
[13] Ibid., S. 183.
[14] Ibid., S. 198 f.

Dieser Absage an das westeuropäische Staatsdenken entspricht — der Tradition des deutschen Historismus folgend — ein Bekenntnis zum organologischen Volksbegriff. Riezler legt dabei den Akzent auf das unstatische, dynamische Moment im Organismusbegriff[15]. Für ihn liegt das Wesen des Volkes nicht „in einem irgendwie greifbar Vorhandenen, in einer erreichten Erfüllung: es liegt immer in einer Zukunft die es sucht ... Es gehört zum Wesen dieses Wesens, Ansatz zu sein und Aufgabe"[16]. Was ist diese Aufgabe? Hier die Antwort Riezlers: „Der Idee nach ... will jedes Volk wachsen, sich ausdehnen, herrschen und unterwerfen ohne Ende, will immer fester sich zusammenfügen und immer Weiteres sich einordnen, immer höhere Ganzheit werden, bis das All unter seiner Herrschaft ein Organisches geworden. Für jeden Einzelnen ist sein Volk ein Weg zu Gott als zum All, den er, der zeitlich beschränkte, nicht zu Ende gehen kann, der einzig richtige, der allein wahre Weg — und wenn die Völker aufhören, an sich als an diesen einzig wahren Weg zu glauben, so beginnen sie aufzuhören, Völker zu sein"[17]. Eine erschreckende Aussage, aber vom damaligen Riezler in vollem Ernst gemeint. Er hat sie in seinem zweiten Buch ein Jahr später wörtlich wiederholt[18]. Ist sie Feststellung oder Programm? Als feststellende Aussage enthält sie Richtiges und Falsches. Sie ist orientiert an einem Nationsbegriff, der durch die Ideen von Sendung

---

[15] Eine Quelle der Inspiration ist ihm hierfür Dostojewski gewesen. In beiden Büchern findet sich zur Unterstützung seiner eigenen Thesen folgender Auszug aus dem Roman „Die Dämonen": „Vernunft und Wissen haben im Leben der Völker stets nur eine zweitrangige, eine untergeordnete, eine dienende Rolle gespielt — und das wird ewig so bleiben! Von einer ganz anderen Kraft werden die Völker gestaltet und auf ihrem Wege vorwärts getrieben, von einer befehlenden und zwingenden Kraft, deren Ursprung vielleicht unbekannt und unerklärlich bleibt, die aber nichtsdestoweniger vorhanden ist. Es ist die Kraft des drängenden Willens im Volke, sein eigenes Ende zu erreichen, und die sich dabei doch zu gleicher Zeit ständig dieses Endes erwehrt. Es ist die Kraft einer ungeheuren Bejahung des Lebens und zugleich einer ungeheuren Verneinung des Todes. Es ist die Kraft der ewig fließenden Wasser des Seins, von denen die Schrift sagt, und mit deren Versiegen die Apokalypse so furchtbar droht. Es ist der ästhetische Trieb, wie die Künstler, es ist der moralische Trieb, wie die Philosophen ihn nennen. Ich sage einfach: es ist der Trieb zu Gott. Das ewige Ziel der ganzen Bewegung eines Volkes, jedes besondere Ziel in jedem Abschnitt seiner Geschichte liegt immer und einzig in seinem Suchen Gottes, in seinem Trieb nach Gott — nach seinem Gott, unbedingt nach seinem eigenen Gott, so wie der Glaube an diesen Gott als den einzig wahrhaftigen dann zum Symbol des ganzen Volkes wird. Noch nie ist es vorgekommen, daß zwei oder mehrere Völker ein und denselben Gott gehabt hätten. Jedes Volk hat stets seinen eigenen Gott gehabt. Wenn die Götter sich vermischen, dann vermischen sich auch die Völker und sterben dahin mit ihren Göttern. Je stärker und größer aber ein Volk ist, desto eigener gehört ihm auch sein Gott an. Nie noch hat es ein Volk ohne Religion gegeben, nie noch ohne Gut und Böse. Jedes Volk hat seinen eigenen Begriff von Gut und Böse und sein eigenes Gut und sein eigenes Böse. Wenn bei vielen Völkern die Begriffe von Gut und Böse gemeingültig zu werden beginnen, dann verwischt sich und verschwindet der Unterschied zwischen Gut und Böse und die Völker gehen zugrunde." Zit. Erforderlichkeit des Unmöglichen, S. 215 f.; Grundzüge, S. 9 f.

[16] Erforderlichkeit des Unmöglichen, S. 202.

[17] Ibid., S. 203. [18] Grundzüge, S. 9.

und Erwählung bestimmt ist. Diese Ideen lassen sich als charakteristische Elemente im nationalen Selbstverständnis der europäischen Westmächte, der Vereinigten Staaten und Rußlands nachweisen. Riezler hat in seinem zweiten Buch hierzu die bekannten Sachverhalte anschaulich dargelegt. Auch Österreich hatte sein spezifisches Sendungsbewußtsein. Es sah seine Mission in der Gestaltung einer die Nationalitäten überspannenden politischen Ordnung. Was aber Deutschland betrifft, so ist von den Freiheitskriegen bis in den Ersten Weltkrieg hinein die verbissene Bemühung um Artikulierung einer „deutschen Sendung" aus dem Dilemma nicht herausgekommen, daß auf der einen Seite die Universalität von politischen Ideen und Verfassungsvorstellungen, wie sie aus der Aufklärung heraus im Westen entstanden waren, im deutschen Staatsdenken als rationalistisch und unhistorisch verworfen wurden, daß sich aber andererseits gerade von der historischen Auffassung der Staaten und Völker als organisch-naturhafter Gebilde her keine nationale Sendung in Richtung auf eine universale Ordnungsidee ableiten ließ.

In diesem Dilemma stand auch Riezler. Sein vom Organismusgedanken her unter Verwerfung der westeuropäischen Staatsphilosophie entwickelter, zum Universalismus tendierender Nationalismus war ein Widerspruch in sich selbst — wie der paradoxe Titel seines Buches. Denn wenn man seine Aussagen als Programm nimmt, was besagen sie konkret? Waren sie eine Aufforderung zur territorialen Expansion, gar zum Eroberungskrieg? So müssen sie prima vista verstanden werden. Dieser Eindruck wird verstärkt durch das, was Riezler etwa zu dem viel erörterten Schulfall der Beteiligung Preußens an den polnischen Teilungen ausführte. Der Staat, so erklärte er, könne sich aus „Rücksichten seiner Sicherung gegen außen" zur Eroberung gedrängt sehen[19]. Preußen habe unmöglich das gesamte polnische Territorium Rußland überlassen können. Allerdings wollte er „die Forderung der Gerechtigkeit" für Polen als „Postulat des autonomen Geistes" gelten lassen. Hier stehe eben „Recht gegen Recht"[20]. Riezler argumentierte aus der Tradition der Idee der Staatsräson: auch der Ethiker müsse einen „Kern von Wahrheit ... in dem sogenannten Machiavellismus anerkennen". Darunter verstand er die Forderung, um des höheren Gutes der Selbstverwirklichung willen „auch der Idee nach Böses zu tun"[21]. Was er am konkreten Fall Polen exemplifizierte, entsprach sei-

[19] Erforderlichkeit des Unmöglichen, S. 222.

[20] Ibid., S. 225.

[21] Ibid., S. 188. — Die frühe Beschäftigung mit dem Polenproblem ist für Riezler deshalb von Bedeutung, weil er sich später im Kriege sehr intensiv mit der Neugründung eines polnischen Staates befassen sollte. Einer der Gründe, warum Deutschland im Kriege keine Lösung dieses für eine deutsche Sendung nach Meinung Riezlers ausschlaggebenden Problems gelingen konnte, lag aber ohne Zweifel gerade in der Belastung Preußens durch seine polnischen Gebiete. So wird man die Argumentation Riezlers zur Polenfrage aus dem Jahre 1912 zwar verstehen als Überlegungen, die in der Staatsräson wurzeln. Sie sind aber kein Zeugnis erleuchteter Staatsvernunft. Die Polen betreffende Stelle lautet im Zusammenhang: „Wenn zuzugeben ist, daß aus raumpolitischen Rücksichten apodik-

ner allgemeinen Theorie, daß das Verhältnis der Staaten untereinander fundamental durch Feindschaft bestimmt sei. Darüber äußerte er sich in der erbarmungslosesten Weise:

„Völker nun mögen durch Jahrhunderte freundlich nebeneinander hergehen, wenn ihre Wege sich nicht kreuzen; irgend wann einmal, vielleicht erst einem nie erreichten Ende zu, müssen die Wege sich kreuzen, und die Völker, wenn sie immerzu fortschreiten, sich schließlich feindlich begegnen. Denn sie sind alle Wege zu dem Einen All und ringen um das gleiche Ziel, und so bedeutet des Einen Erreichung des Anderen Untergang. So ist alle Freundschaft zwischen Völkern, wenn sie nicht Ansatz zur Bildung neuer Völker ist, nur Aufschub der Feindschaft. Wäre die Entwicklung der Völker nicht an den begrenzten Raum dieser Erde gebunden, stünde es ihnen frei, sich nebeneinander über die unendlichen Sterne hin zu entfalten, so könnte dieser Aufschub der Feindschaft in die Unendlichkeit verlängert werden, aber bliebe auch dann der Idee nach immer noch Aufschub. Der mögliche Entfaltungsraum ist beschränkt, die Allheit ist für Völker nur als Menschheit erreichbar, und jeder Aufschub ist auf dieser Erde, wenn die Völker nicht stehen bleiben wollen, begrenzt. Da also den Beziehungen der Völker der Idee nach Feindschaft zugrunde liegt, und alle Freundschaft immer nur Folge der Konstellation ist, die Staaten aber der Idee nach auf die Völker eingestellt sind, ist Feindschaft auch für die Beziehungen der Staaten untereinander erstes und unterstes Gesetz."[22]

Riezler war sich der Paradoxie seiner gedanklichen Konstruktion, die er für die tragische Grundfiguration der Welt hielt, voll bewußt. „Das Postulat einer einzigen allumfassenden Ordnung" hatte für ihn „ewige Geltung" — aber es bleibt prinzipiell unerreichbar und damit im Grunde unverbindlich, denn: „der Organismus ... ist ein Prozeß, der einer feindlichen Umwelt bedarf"[23].

---

tischen Charakters die preußische Regierung, welche Rußland nicht an die Grenzen von Brandenburg rücken und die schlesische von den preußischen Provinzen vollauf trennen lassen konnte, sich an der Teilung Polens beteiligen mußte, so stellte die aus keiner Schuld abzuleitende Konstellation des Wirklichen sie vor die Aufgabe, den neuen durch Verschiedenheit der Sprache, Religion und politischer Erinnerungen abgesonderten Volksteil als Ganzes sich einzugliedern oder sein Eigenleben zu zerstören. Da das erste nicht gelang oder nicht gelingen konnte, weil dieser neue Volksteil kein ganzes, sondern nur Teil eines solchen war und kein gegen die russischen Polen gerichteter Partikularismus der preußischen Polen entstehen konnte oder die Tendenz zum deutschen Nationalstaat der preußischen Politik solche Duldung unmöglich machte — mußte der zweite Weg begangen werden, und da die kulturelle Bewältigung nicht gelang, schließlich die spröde Einheit des fremden Volkes in ihrer stärksten Lebensbedingung, der Einheit des Raumes, angegriffen werden. Als Postulat des autonomen Geistes, der die Einheit der Weltordnung, welche sein Ziel ist, voraussetzen muß, mag die Forderung der Gerechtigkeit bestehen bleiben, in der Verkettung des Wirklichen aber steht Recht gegen Recht; ein jeder muß seinen Weg gehen und nicht an der Schuld der Menschen, sondern am Entwurf der Welt selbst liegt es, wenn diese Wege sich kreuzen. Die Polen aber, als Volk ohne Staat, drängen zu staatlichem Eigenleben und keine Einsicht in das einstige Elend des polnischen Staates und in die heutigen Wohltaten der Zugehörigkeit zu Preußen, würde sie von solchem Drange erlösen. Heute sind sie, dank der organischen Möglichkeiten, die der preußische Rechtsstaat ihnen nicht vorenthalten konnte, ein Staat im Staate geworden, und ohne Aussicht auf Lösung muß der notwendige Kampf weitergekämpft werden." Erforderlichkeit des Unmöglichen, S. 224 f.

[22] Ibid., S. 227 f.

[23] Ibid., S. 229.

Solche Äußerungen scheinen sich vorbehaltlos einzufügen in den Chor der Stimmen, die im Wilhelminischen Deutschland Macht glorifizierten und die Ausdehnung der Nation forderten[24]. So hat etwa der Alldeutsche Paul Liman den Ausführungen der „Prolegomena" über das Expansionsstreben der Nationen Lob gezollt[25]. Über diesen schrillen Tönen dürfen allerdings nicht die von Riezler vorgetragenen Argumente gegen Eroberung und Krieg und einen sich selbst genügenden Nationalismus überhört werden, die in den „Prolegomena" noch schwach artikuliert sind, aber in den „Grundzügen" voll zum Tragen kommen.

Riezler hat in dem Streben nach Macht um der Macht willen keine Legitimation für die räumliche Expansion von Staaten gesehen. Eine die Volksgrenzen exzessiv überschreitende Eroberung hielt er für unerlaubt. So verurteilte er — in absonderlichen Sprachfiguren — diejenigen, die „weit über das Pathos ihrer Völker hinaus eine überschwengliche auswärtige Politik als Selbstzweck treiben und wie Napoleon I. Welten erobern wollen, ohne der Seele ihrer Völker Zeit zu lassen, zur Weltseele zu werden"[26]. Im Rahmen einer organologischen Staats- und Volksidee, wie wir sie bei Riezler feststellten, sind in der Tat welterobernde, völkerüberspringende Missionskriege, wie sie die Söhne der Revolution führen, nicht zu legitimieren. Legitimes äußeres Wachstum sah er gebunden an eine humane Vertiefung der nationalen Kultur. Auf die Kunst bezogen hieß dies, daß sie das Nationale dann am besten fördere, wenn ihr das am allgemeinsten Menschliche gelinge. Goethe und Shakespeare führt er als Beispiel an. Sie verkörpern die höchsten humanen Möglichkeiten der beiden Völker und gehören eben darum der Menschheit an. Hier im Bereiche der Kunst, die für Riezler als die höchste Erfüllung der menschlichen Möglichkeiten gilt, widerlegt er seine eigene These von der notwendigen Feindschaft der Nationen gegeneinander, ohne daß er freilich für seine politische Theorie jetzt schon die Konsequenzen daraus gezogen hätte.

Zur Innenpolitik sind die „Prolegomena" weniger explizit. Die Äußerungen Riezlers zu Verfassungsfragen sind vage. Sie orientieren sich an einem allgemeinen Freiheitsbegriff, lassen jedoch deutlich seine Vorliebe für solche Staaten erkennen, „in welchen in einer Dynastie, Oberschicht oder Beamtenschaft die Gesamtgesinnung Pflicht und die politische Einsicht Tradition" geworden sind[27]. Unter solcher Voraussetzung kann und darf und soll das Volk selber unpolitisch bleiben. Politisch begabte und erfolgreiche Völker wie die Briten züchten den Typ des praktischen, begabten Mittelmaßes. Mannigfaltige, gegensätzliche Individualität kann sich hier nur schwer entfalten. Denn „die großen politischen Zeiten und Völker sind nicht die Zeiten der großen Individuen und der besten Entstehungsmöglichkeiten des Genies. Politische und individuelle Kultur sind nicht paral-

[24] Hierzu K. Wernecke, Der Wille zur Weltgeltung (1970).
[25] Paul Liman, Der Kronprinz. Gedanken über Deutschlands Zukunft (1914), S. 246.
[26] Erforderlichkeit des Unmöglichen, S. 228.
[27] Ibid., S. 234.

lel, und mancher Künste, wie der deutschen Musik, Entstehung und Blüte ist mit politischem Elend eng verkettet. Einst war Deutschland das Land, da jeden Augenblick der Genius entstehen konnte"[28]. Für seine Zeit galt es Riezler als die „verzweifelste Aufgabe" der deutschen Politik, „daß sie inmitten aller Notwendigkeiten und Bedürnisse des äußeren Kampfes den Weg finde und festhalte, der in dem ungreifbaren Gesetz der Volkspersönlichkeit gegeben ist"[29]. Was aber war dieses Gesetz? Die Antwort, die Riezler in dieser Theorie der Politik gab, könnte man, an Thomas Mann erinnernd, Betrachtungen eines Unpolitischen nennen: „zu verhüten nämlich, daß die politische Form, die Deutschland endlich gefunden, mit ihren eigenen Bedürfnissen und ihren wirtschaftlichen Folgen das tiefere Wesen des Volkes, das in einer unpolitischen Kultur sich geprägt hat, ... langsam zerstöre, an seiner Stelle aber nichts als eine äußerlich tüchtige Mittelmäßigkeit zu setzen vermöge."[30] Mit einem solchen ästhetisch unpolitischen Kulturbegriff, in dem das Rätsel gelöst erscheint, gleichzeitig national und universal zu sein, grenzt er seine Position ab gegenüber denen, die die Nation politisieren wollen, sei es, daß die einen von „allgemein anwendbaren Verfassungsformen" das Heil in Deutschland erwarten oder daß die anderen in „äußerlich teutonischen Gebärden" das Wesen des Deutschen verzerren. Zwischen Scylla und Charybdis einer Politisierung der Nation durch die Alldeutschen und die Linksparteien möchte der Vorkriegs-Riezler den Kurs des deutschen Selbstverständnisses in Richtung auf Fichtes human-nationale Urvolkideologie steuern. Ein verzerrter Nachklang dieser Ideologie ist das Kaiserwort vom deutschen Wesen, an dem die Welt genesen solle. Riezler erspart uns die Peinlichkeit nicht, in seinen „Grundzügen der Weltpolitik" lesen zu müssen, daß dies als eine „überaus präzise und glückliche Wendung" zu betrachten sei — obwohl er sich alsbald hiervon ironisch distanziert. „Dem gebildeten Deutschen der Gegenwart", schreibt er, „auch dem, der hoch denkt von dem Deutschtum und seiner Mission und das Pathos des nationalen Willens in sich trägt, erscheint die Erwartung abgeschmackt, daß an einer Expansion der Schultze und Lehmann das Wesen der Welt genesen solle und die Mission erfüllt sei, wenn an allen Ecken und Enden der Welt rote Bärte und schwarzweißrote Fahnen im Winde flattern."[31] So will Riezler seinen Fichte nun doch nicht verstanden wissen. Extensives Wachstum wird erst durch intensive Vertiefung des national-humanen Selbstseins legitimiert.

Die paradoxe Theorie der Politik als der Erforderlichkeit des Unmöglichen findet ihre empirische Ergänzung in einer Analyse der weltpolitischen Tendenzen, wie sie sich Riezler am Vorabend des Ersten Weltkrieges darstellten. In seiner Schrift über die „Grundzüge der Weltpolitik der Gegenwart" werden als theoretische Axiome noch einmal bestätigt die Ablehnung der westlichen Staatstheorien, die Notwendigkeit des Sendungs-

[28] Ibid., S. 244 f. [29] Ibid., S. 245 f. [30] Ibid., S. 246. [31] Grundzüge, S. 22.

und Erwählungsbewußtseins der Nationen, die Feindschaft als das Grundverhältnis der Völker zueinander und als Staatszweck nicht die bloße Selbsterhaltung des Volksorganismus, sondern dessen Entfaltung, Wachstum, Ausdehnung. Jedoch wird die im ersten Buch nur anklingende Kritik an einem extensiven Nationalismus und seiner spezifischen Erscheinungsform in Deutschland jetzt präzisiert und verschärft. An die Adresse eines unorganischen Imperialismus gerichtet heißt es: „Wenn ein Volk sich erobernd über die Länder ausdehnt, wird es dadurch nicht zur Nation. Im Gegenteil, wenn es bei Ausbreitung und Eroberung nicht zur festgefügten Nation wird, scheint es gerade an dieser Ausbreitung zugrunde gehen zu müssen und zerfällt“[32]. Deutschland befindet sich „in einer Periode geistigen Niedergangs“[33]. Es beginnt an einer „Weltherrschaft des deutschen Geistes“[34] zu zweifeln und überschätzt „die Macht der Gewalt“. Die „Erfahrung Napoleons I. von der impuissance de la force“ hat es nicht verstanden. Seinem Geltungsdrang mangelt es an „Urteil und Zielsicherheit“. Der deutsche Nationalismus, maßlos und von „der Sehnsucht zur Macht gepackt“, zeigt die „Manieren eines jungen Hundes“[35]. Ihm „fehlt der politische Sinn“. Er ist nicht frei von „Neid und Ressentiment“, den schlechten Beratern eines „Emporkömmlings“, der es nicht versteht, „die Dinge reifen“ zu lassen[36]. Der deutsche Nationalismus ist „vornehmlich extensiv“, will „Ausdehnung der deutschen Macht“ ohne Verständnis für die Grenzen und Rücksichten, die sich aus den komplizierten Zusammenhängen von Weltpolitik und Kolonialpolitik ergeben, operiert mit Zahlen über die wirtschaftliche Expansion, aber „vergißt, sich zu fragen, ob diesem Wachstum in die Breite auch ein Wachstum in die Tiefe entspreche, ob sich das deutsche Wesen vertieft oder nicht etwa verflacht habe“[37].

Riezlers Verdikt richtet sich aber über spezifisch deutsche Erscheinungsformen hinaus jetzt gegen den Nationalismus überhaupt: „Die großen geistigen Konzeptionen, an denen die Eigenart der Völker und ihrer Kulturen sich gebildet hat, gehören früheren Zeiten an; unsere Zeit hat keine aufzuweisen, durch die das innere Wesen der Völker sich umgeformt, weitergebildet, vertieft hätte.“[38] Ist auf eine Erneuerung zu hoffen, die „auf die Extensität des Nationalismus dämpfend wirken“ könnte[39], oder beginnt „der Quell zu versiegen“[40]? Für Riezler hängt das „Schicksal Deutschlands“ an dieser Frage[41]. Der „Niedergang der Völker“ hat immer „mit dem Niedergang ihrer Kulturen begonnen“. Könnte es sein, schließt Riezler diesen Gedankengang, „daß die Nationen aufhören, die Träger der Ideen zu sein“, und daß sich damit eine „Dämmerung des Nationalismus selbst“ ankündigt[42]? So gelangt Riezler dazu, durch eine auf empirischer Beobachtung des tatsächlichen zeitgenössischen Nationalismus beruhende Kritik das nationalistische Ansinnen seiner politischen Theorie in

[32] Grundzüge, S. 12. [33] Ibid., S. 31. [34] Ibid., S. 31. [35] Ibid., S. 111.
[36] Ibid., S. 112. [37] Ibid., S. 113. [38] Ibid., S. 113. [39] Ibid., S. 114.
[40] Ibid., S. 115. [41] Ibid., S. 115. [42] Ibid., S. 115.

Frage zu stellen. Nicht daß er es preisgegeben hätte. Diese Kritik entspringt dem ureigenen „Pathos" des Nationalismus selbst.

Hinzu kommt in diesem zweiten Buch neben den verstärkt ausgesprochenen Vorbehalten gegenüber einem aus sich selbst heraus fragwürdig werdenden Nationalismus die Konfrontation des Nationalismus mit der großen Gegentendenz des Zeitalters, dem Kosmopolitismus. Dieses Motiv ist im Zusammenhang der Entwicklung von Riezlers historisch-politischen Vorstellungen nicht eigentlich neu. Wir begegneten ihm in seiner Dissertation zur griechischen Geschichte als dem Antagonismus zwischen dem Selbstseinwollen der Polis-Staaten und den übergreifenden wirtschaftlichen Verflechtungen. Jetzt in den „Grundzügen" erscheint das Widereinander der Tendenzen des Nationalismus und Kosmopolitismus als fundamentales Kompositionsschema: Riezler läßt die führenden Nationen Revue passieren und dann die kosmopolitischen Haupttendenzen: Religionen, allgemeines Kulturideal, Kapital, internationales Recht, Arbeiterbewegung. Hier gelingt ihm eine kenntnisreiche, anschauungsgesättigte, nuancierte, auch heute noch lesenswerte Analyse seiner Zeit[43].

Zu den kosmopolitischen Tendenzen der Zeit gehört nach Riezler, daß nach modernem Verständnis der Krieg als ein Übel verdammt werde. Es sei dahingestellt, wie weit diese Aussage als Feststellung einzuschränken ist. Für die Einstellung Riezlers ist als charakteristisch hervorzuheben, daß er sich die humanitäre Verurteilung des Krieges nicht zu eigen macht. Er will entschieden kein Pazifist sein und hält es mit denen, die „den Krieg nicht nur für etwas Notwendiges, sondern auch unter Umständen für etwas Gutes" ansehen[44]. Etwas anderes ist es, ob ein Krieg heute noch lohnend, praktikabel, wünschenswert sein kann.

Nach den „Grundzügen" Riezlers erscheint der Krieg in der Tat als unzeitgemäß. Riezler argumentiert zunächst mit dem kosmopolitischen Faktor der Wirtschaft: Wie in der griechischen Oekumene, so ist heute die Welt „ein einziges, in sich zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet geworden", eine „dicht verwachsene Hecke . . ., in der an jeder Stelle Zweige vieler Stämme untrennbar verschlungen und verbunden sind"[45]. Die Selbständigkeit der einzelnen nationalen Wirtschaften verringert sich. Autarkie ist nicht mehr erreichbar. Es entsteht eine „wirtschaftliche Interessengemeinschaft der zivilisierten Welt"[46]. Natürlich bleiben in ihr nationale Rivalitäten bestehen. Aber der Austrag der Rivalität nimmt gemäßigtere Formen an. Der Krieg lohnt sich schließlich nicht mehr.

Der weltwirtschaftlichen entspricht eine weltpolitische Interessenverflechtung. Gewiß gibt es antagonistische Mächtegruppierungen; aber es habe

---

[43] Leo Strauss vergleicht Riezlers Analyse der Zeit mit Burkes Darlegung der europäischen Situation 1791 in den „Gedanken über die Französische Revolution" in: Social Research 23 (1956), S. 10. Das ist fast noch überschwenglicher, als wenn ein zeitgenössischer Kritiker ihn auf eine Rangstufe mit Clausewitz stellen wollte; E. Neukamp, in: Zeitschrift für Politik IX (1916), S. 302.

[44] Grundzüge, S. 151. [45] Ibid., S. 158 f. [46] Ibid., S. 160 f.

sich, so meint Riezler, „bei allen speziellen politischen Problemen der letzten Jahre herausgestellt, daß diese Gruppierungen ... sich überhaupt nur äußerst selten in ganz reiner Scheidung gegenüberstehen. In amerikanischen und ostasiatischen Fragen kommt die Scheidung überhaupt kaum zum Ausdruck: in den Fragen des nahen Orients haben wir in den letzten Jahren Deutschland und England, Frankreich und Deutschland, Rußland und Italien zusammenstehen sehen“[47]. Das Gegeneinander wird zu einem Nebeneinander der wirtschaftlichen Expansion in den — noch! — unerschlossenen Räumen Asiens, Afrikas, Südamerikas. Hier sind „Wachstumsmöglichkeiten gegeben ..., welche die politische Eroberung, also das Gegeneinander, nicht zur unbedingten Voraussetzung haben“[47a]. Riezler gibt im Jahre vor dem Weltkrieg dem Frieden eine gute Chance. Denn: „Die Möglichkeit der parallelen Expansion muß ... dem politischen Charakter der Zeit das Gepräge friedlichen Nebeneinanderarbeitens, friedlicher Lösungen entstehender Konflikte geben. Wenn Konflikte zwischen zwei Staaten entstehen, so haben, solange die Möglichkeit paralleler Expansion besteht, beide Staaten ein Interesse, sich zu vertragen: weil bei einem Kompromiß beide noch profitieren können. Es entsteht seltener die reine Situation des Gegeneinander, das ‚Entweder Ich oder Du!‘ Die allgemeine Konstellation unserer Zeit läßt zumeist die Antwort zu: ‚Wir beide! Du das und ich das!‘ Es ist dies auch der normale Verlauf der politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart“[48]. Freilich — eines Tages wird die Möglichkeit der parallelen wirtschaftlichen Expansion in unerschlossenen Räumen beendet sein. Die Flächen der Erde, über die noch nicht verfügt ist, schrumpfen. Jedoch werden inzwischen, so sieht es Riezler, andere Faktoren gegen den Krieg wirken. Mit zunehmender Industrialisierung verlagert sich das Schwergewicht des nationalen Expansionsdranges von dem Streben nach Ausweitung des staatlichen Territoriums auf wirtschaftliches Wachstum. Während aber nun territoriale Expansion notwendig auf Kosten anderer geht, führt die Verflechtung des Welthandels dazu, daß das wirtschaftliche Gedeihen des einen auch dem anderen zugute kommt. Das „Nebeneinander“ führt zum „Miteinander“ oder gar zu einem „Ineinander“. Riezler erörtert in diesem Zusammenhang eingehender das Prinzip der „offenen Tür“, die Meistbegünstigungsklausel und den britischen Freihandel.

Er ist des Lobes voll für die von aufgeklärtem Eigeninteresse geleitete Vernunft der britischen Handelspolitik: „Das englische Weltreich läßt, nicht aus Edelmut, sondern aus wohlverstandenem eigenen Interesse ... die anderen Völker an dem wirtschaftlichen Ertrag der weiten, von ihm beherrschten Länder partizipieren. Es ist dies ... das grandioseste Beispiel einer weitsichtigen Mäßigung, das die Geschichte der großen Weltreiche zu verzeichnen hat ... es ist schon Weisheit, sein eigenes Interesse nicht durch jene menschliche Habgier zu schädigen, die nur daran denkt, dem Rivalen alles vorzuenthalten“[49]. Die Ausführungen Riezlers über Wirt-

[47] Ibid., S. 188. [47a] Ibid., S. 191. [48] Ibid., S. 192. [49] Ibid., S. 202.

schaft und Handel lassen den geschulten Nationalökonomen erkennen. Eine eindeutig determinierende Wirkung im Sinne der Friedensgewährleistung möchte er den ökonomischen Faktoren aber keineswegs zuschreiben. Zwar hat Europa z. Z. noch die Möglichkeit einer gewissen Ruhe, „die europäischen Gegensätze bleiben aufgehoben“[50]. Es gibt jedoch neuralgische Punkte, an denen sich der Kampf entzünden kann. Zu ihnen zählt er die Meerengen, Elsaß-Lothringen, die strategischen Ausgänge der Adria, die Beherrschung des Mittelmeeres[51]. Daß aus dem Nationalitätenproblem Österreich-Ungarns ein Krieg entstehen könnte, hielt er nicht für wahrscheinlich, obwohl er die Möglichkeit nicht bestritt[52].
Gegen die Wahrscheinlichkeit eines Krieges führt Riezler nun neben den beiden ökonomischen Argumenten der Möglichkeit paralleler Expansion und der allgemeinen Interessenverflechtung als wesentliches die Eigenart des modernen Krieges selbst an. Die Lasten des Krieges seien so gewachsen, daß sie schon für den Sieger in keinem Verhältnis mehr zu einem möglichen Gewinn stünden. Ein verlorener Krieg aber bedeute unter europäischen Großmächten „menschlicher Voraussicht nach den politischen und wirtschaftlichen Ruin“[53]. Die Kosten-Ertragsrechnung ist das eine Element des Kriegskalküls. Ein zweites Element ist die Abschätzung der Sieges- und Verlustchancen. In dieser Abschätzung wiederum spielen zwei Faktoren eine Rolle. Man kann die Siegeschancen durch verstärkte Rüstungsanstrengungen erhöhen. Dadurch wird aber die Kostenertragsrechnung ungünstig beeinflußt. Oder man kann die Siegeschancen durch Bündnisbildungen steigern. Die Effizienz von Bündnissen ist aber im vornhinein nur schwer zu berechnen. Namentlich bei der Konfrontation von Bündnisgruppen mehrerer Staaten sind zu viele sich überschneidende Interessen im Spiel. An keinem Streitfall sind alle Mächte des Bündnissystems gleich stark interessiert. Dadurch wird die Vorausberechnung kriegerischer Erfolge erschwert. Die Bündnissysteme der europäischen Großmächte sind daher nach der Auffassung Riezlers nicht von Eroberungsabsichten geleitet. Sie tendieren auf „Gleichgewicht“. Sie „verdunkeln ... jede Kalkulation und sind schon deshalb eminent friedenerhaltend“[54].

Nun stellt Riezler aber doch diese Überlegungen in einer Zeit überhitzter Rüstungen an. Deren Nutzen schätzt er im Kalkül nicht so hoch ein, daß zielbewußter Kriegswille hinter ihnen vermutet werden könnte. Sie entscheiden nicht mehr eigentlich über Nützlichkeit oder Schädlichkeit eines Krieges, sondern sie verschieben allenfalls „die Grade der Schädlichkeit für den einen und für den anderen Teil“. Sie wollen nicht im wirklichen Kriege verwendet werden, wollen aber beeindrucken und haben daher ihr Gewicht im diplomatischen Kräftespiel. Nach Riezler ist der „Bluff“ zum „Hauptrequisit der diplomatischen Methode geworden“[55]. Psychologische Faktoren spielen hinein: „Wenn zwischen zwei streitenden Teilen

[50] Ibid., S. 211. [51] Ibid., S. 210. [52] Ibid., S. 67 f.
[53] Ibid., S. 216. [54] Ibid., S. 224. [55] Ibid., S. 221.

niemand den Krieg will, so wird nicht immer der Mächtigere, das heißt der, der den Krieg leichter vertragen kann, siegen, sondern derjenige, der mit der Behauptung, daß er bereit sei, loszuschlagen, länger aushält, also mehr Ruhe, Haltung, Hartnäckigkeit und Geschmeidigkeit hat"[56]. Wenn aber die Rechnung für den, der das Risiko des Spiels mit dem Feuer wagt, nicht aufgeht? Hier, und nicht in wirtschaftlichen Interessenkonflikten oder Eroberungsabsichten, sieht Riezler eine ernsthafte Gefahr für den Frieden, den im Grunde alle europäischen Großmächte in ihrem Verhältnis zueinander bewahrt sehen möchten. Es ist wie eine Vorwegnahme der Julikrise 1914, wenn Riezler schreibt:

„Hat eine Regierung sich, durch die Methode des Bluffs verleitet, zu weit vorgewagt oder, wie man sagt, festgeblufft, so ist sie vielleicht nicht mehr imstande, einen Rückzug, auch wenn er sachlich richtig wäre, anzutreten — die Rücksicht auf persönliche Interessen, der Ehrgeiz der Regierungen oder der zu erwartende Entrüstungssturm der Nationalisten kann einen Krieg herbeiführen, den das sachliche Interesse allein nie gerechtfertigt hätte. Daher liegt die Kriegsgefahr unserer Zeit in der inneren Politik solcher Länder, in der eine schwache Regierung einer starken nationalistischen Bewegung gegenübersteht."[57]

In dieses ganze Kalkül Riezlers über die Chancen von Krieg und Frieden spielt, entsprechend seiner Ablehnung des humanitären Pazifismus, keine ethische Reflexion hinein, kein Schrecken vor den Greueln des Tötens, kein Mitgefühl für die Opfer. Für das „organisierte Mitleid" hat er nur Verachtung. Riezler war nach dem Zeugnis eines Freundes tief beeindruckt von Nietzsche[58]. Seine Philosophie des Nationalismus und des Krieges steht in dessen kaltem Licht.

Hier sei an ein Wort Thomas Manns über Nietzsche erinnert. Er hat einmal in bezug auf „den Urheber wohl der faszinierendsten und farbenvollsten philosophischen oder lyrisch-kritischen Produktion unseres Zeitalters" die Frage gestellt, wo „das Verhängnis, das über den Wegen des deutschen Geistes waltet, die Tendenz zum intellektuellen Abgrund, an dessen Rande alles Verantwortungsgefühl des Gedankens für seine Folgen im Menschlich-Wirklichen erlischt", deutlicher werde als bei ihm, der persönlich „eine zarte, komplizierte, tief leidensfähige Künstlernatur, fremd aller Brutalität und primitiven Gesundheit" gewesen sei[59]. Diese Frage drängt sich — unter Zurechtrückung der Dimensionen — auch für den jungen Kurt Riezler der Vorkriegszeit auf: ein auf leise Töne eingestimmtes Gehör, dem das Gedröhn des teutonischen Nationalismus zuwider ist; ein subtile Nuancen wahrnehmendes Auge, dem die grelle Kontrastmalerei nationalistischer Weltanschauung Schmerzen bereitet; ein Skeptiker, Zweifler und kein Gläubiger; ein Zögerer eher als ein Täter; und doch in seiner Theorie ein Verkünder der sich selbst genügenden Nation als des Maßes der Din-

[56] Ibid., S. 221.
[57] Ibid., S. 222.
[58] Leo Strauss, Social Research 23 (1956), S. 13.
[59] Ansprache zu Heinrich Manns siebzigstem Geburtstag, 2. 5. 1941, in: Thomas Mann—Heinrich Mann, Briefwechsel (1968), S. 208 f.

ge, der Feindschaft als des Grundverhältnisses der Völker, der „Weltherrschaft" als des idealen, legitimen, wenn auch nie erreichbaren Zieles der Staaten.

Wie stellte sich unter den widersprüchlichen Prämissen dieser politischen Weltsicht die besondere Lage Deutschlands als Macht unter Mächten am Vorabend des Ersten Weltkrieges dar? Riezler teilte die Meinung der Zeit, daß Deutschland seit vollzogener Reichsgründung unter dem Zwang zur Weltpolitik stünde: Um für die rapide wachsende Bevölkerung Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, war es angewiesen auf Industrialisierung und Warenexporte. Die deutsche Politik konnte daher nicht mehr, wie unter Bismarck, primär Kontinentalpolitik sein, der die weltpolitischen Rücksichten untergeordnet wurden. Aber andererseits war die deutsche Weltpolitik bedingt durch die besondere geographische Lage Deutschlands. Ohne konsolidierte kontinentale Basis war sie nicht denkbar. Nun konnten aber gerade die Auswirkungen der Weltpolitik die kontinentale Position Deutschlands gefährden. Das war unter Bülow der Fall gewesen — ohne daß Riezler den Namen in diesem Zusammenhang erwähnte —, als Deutschland sich gleichzeitig mit Frankreich wegen Nordafrika, mit Rußland wegen der Türkei und mit England wegen der Flotte verfeindete und in der ersten Marokkokrise in vollkommene Isolierung geriet. Riezler sprach von einem Circulus vitiosus[60].

Wie konnte man ihm entrinnen? Der Gedanke an eine Konsolidierung der Basis durch territoriale Expansion in Europa schied für das „von Ländern einer entwickelten und alten staatlichen Kultur" ringsum eingeschlossene Deutschland aus[61]. Es blieb der Weg einer situationsgerechten Rüstungs- und Außenpolitik. Zu beiden Fragen hat sich Riezler in dezidierter Weise geäußert. Da er mit Bethmann Hollweg die Hauptgefahr für Deutschland in der wachsenden nationalen Stärke und Expansionskraft Rußlands sah, gab er der Heeresrüstung eindeutige Priorität vor dem Flottenbau. Denn man könne sich „vielleicht eine deutsche Weltpolitik ohne eine überragende Stellung zur See, aber gewiß keine ohne eine solche Stellung zu Lande denken"[62].

Riezler hat den Erbauer der Schlachtflotte, den „Lügengeist" Tirpitz, wie er ihn zu nennen pflegte, aus ganzer Seele gehaßt. In ihm sah er das Verhängnis der deutschen Politik. Für richtig hielt er die unter Bethmann Hollweg durchgeführte große Heeresvermehrung vom Jahre 1913. Außenpolitisch mußte à tout prix versucht werden, den Alpdruck der Koalition zu lockern, auch um den Preis eines zeitweiligen Zurückweichens. Auf diesem Punkt bestand Riezler mit Nachdruck. Er sah in dem deutsch-französischen Marokkoabkommen von 1909, das hier im einzelnen nicht dargelegt zu werden braucht, ein solches Zurückweichen. Es habe den wohltätigen Effekt gehabt, daß die diplomatische Einkreisung Deutschlands durchbrochen und danach begrenzte weltpolitische Erfolge im vor-

[60] Grundzüge, S. 107. [61] Ibid., S. 103. [62] Ibid., S. 107.

deren Orient und auch in Marrokko möglich geworden seien[63]. Riezlers weltpolitisches Konzept für Deutschland war auf England hin orientiert. Was er, durch das ganze Buch sich hinziehend, über England sagt — die Vorbildlichkeit seines Nationalismus, die naive Ungebrochenheit seines Weltsendungsbewußtseins, die Klugheit und Behutsamkeit seiner politischen Methodik, die Weitsicht seines wirtschaftlichen Lebens und Lebenlassens —, ist ein adäquater ideologischer Hintergrund für Bethmanns politische Bemühungen. Es war eine auf Ausgleich mit England bedachte Politik, in der aber auf dem Kontinent die Kalkulation des Krieges und die taktische Herbeiführung von Kriegsrisiko-Situationen nach Riezler durchaus ihren Platz haben konnten. Aufschlußreich hierfür ist, was er in seinem Tagebuch über das bei Kiderlen vermutete Risikokalkül in der zweiten Marokkokrise schreibt[64]. Riezler scheint sogar zu denen zu gehören, die, rückblickend auf die erste Marokkokrise 1905, der Meinung waren, daß, wenn Deutschland schon unter Preisgabe der Bismarckschen Kontinentalpolitik Frankreichs kontinentalen Aspirationen in Nordafrika entgegentreten wollte, es dann auch die Gunst des Augenblicks, nämlich die durch Niederlage und Revolution bedingte Lähmung Rußlands, hätte ausnutzen sollen, um mit Ausspielen des Kriegsrisikos „unter dem Druck seiner militärischen Überlegenheit das erschrockene Frankreich zu einem Separatabkommen zu zwingen"[65].

Insgesamt plädierte er nicht für eine Politik der großen Erwartungen und der lauten Reden, sondern der kleinen Schritte und des behutsamen Vorgehens. „Wir sind ein junges Volk", so schrieb er in dem Entwurf eines Briefes von Bethmann Hollweg an den Historiker Karl Lamprecht, „haben vielleicht allzuviel noch den naiven Glauben an die Gewalt, unterschätzen die feineren Mittel und wissen noch nicht, daß, was die Gewalt erwirbt, die Gewalt allein niemals erhalten kann. Erst vor einigen Tagen hat Edmond Rostand bei der Gründung einer französischen Gesellschaft für Kulturpropaganda von dem Imperialismus der Idee gesprochen und dabei gesagt: C'est au moment qu'on veut redoubler de force, qu'il faut redoubler de grâce. Für diese Seite des Imperialismus scheinen mir noch nicht alle Deutschen reif zu sein"[66]. Einen Imperialismus also meinte Riezler, der seine „Bewegungen mit Kraft, aber ohne Heftigkeit ausführt", der die „leisen und stillen Allüren" für die erfolgreichen hält, so

[63] Ibid., S. 108. — Riezler war in der Tat ein loyaler und geschickter Interpret der Politik des neuen Reichskanzlers. Aus Gesprächen mit ihm gewann Theodor Heuss damals „den Eindruck des großen Ernstes, mit dem der neue Kanzler das Bülowsche Erbe zu liquidieren bemüht war". Erinnerungen, S. 167.

[64] Tgb. 29. 5., 29. 7., 30. 7. u. 1. 8. 1911.

[65] Grundzüge, S. 105.

[66] Bethmann Hollweg an Lamprecht 21. 6. 1913, veröffentlicht von Lamprecht in Vossische Zeitung 12. 12. 1913, abgedruckt in Ruedorffer, Grundzüge, S. 251 Anm. 20. Konzept des Briefes von der Hand Riezlers in DZA Potsdam; vgl. K. Wernecke, Der Wille zur Weltgeltung (1970), S. 306 Anm. 115.

etwa, wie es im Unterschied zu den robusten Methoden des Nationalismus der neuen Weltmächte das „ältere und gebildetere England" tue[67]. Deutschland war erst spät in den Kreis der großen Mächte eingetreten[68]. Durch Zeit und Lage waren seine Stellung auf dem europäischen Kontinent fixiert und seinem weltpolitischen Ausgreifen Grenzen gesetzt. So endet denn das Deutschlandkapitel seines Buches mit dem Appell, die „Extensität des Nationalismus" zu dämpfen und sich auf sich selbst und auf seine kulturelle Substanz zu besinnen. Aber es war ein Appell wider alle Hoffnung. Riezler besaß keinen Glauben an die Möglichkeit einer inneren Erneuerung der sich nach außen wendenden Nation. Der Quell war versiegt. Jenseits des Nationalismus sah er „ein Zeitalter eines neuen Kosmopolitismus folgen"[69].

Wie wurde nun die Schrift Riezlers, von der man trotz des Pseudonyms Ruedorffer wußte, daß sie aus der Nähe des Kanzlers stammte[70], unter dem Aspekt Krieg oder Frieden von den damaligen Lesern aufgenommen? Dazu besitzen wir einige Äußerungen von zeitgenössischen Historikern verschiedener politischer Couleur. Hermann Oncken gab 1915 eine ungemein positive Besprechung der „Grundzüge". Besonders einleuchtend schienen ihm die Ausführungen über die Kalkulation des Krieges. Aber in einem Punkte habe der Verfasser sich geirrt, darin nämlich, daß er den Ausgleich, das Nebeneinander der Kräfte „für das wahrscheinlichere oder jedenfalls vom Standpunkt der deutschen Politik wünschenswertere hielt"[71]. Auch Dietrich Schäfer sah in dem Buch ein Plädoyer für den Frieden. Der Verfasser habe „auseinandergesetzt, daß ein großer Krieg höchst unwahrscheinlich sei, weil die Völker durch ihre Interessen und internationalen Anschauungen viel zu eng miteinander verknüpft und sich bewußt seien, daß sie durch einen Krieg sicher viel verlieren würden, der Gewinn aber zweifelhaft sei"[72]. Ähnlich erinnert sich Hans Rothfels, die Schrift sei damals als „ein Dokument deutscher Programmatik aufgefaßt worden, dessen optimistische Grundidee . . . nicht mehr mit Kriegen rechnete"[73]. Und Siegfried A. Kaehler stellte die „verwunderlichen Sätze" Riezlers, daß Rüstungen nicht mehr um Eroberungen willen erfolgten und Kriege nicht mehr gefochten, sondern nur mehr kalkuliert würden, in den Rahmen einer Vorlesungsbetrachtung über Sekurität und Op-

---

[67] Grundzüge, S. 229. [68] Ibid., S. 101. [69] Ibid., S. 115.

[70] Die Alldeutschen Blätter 24, Nr. 51, 10. 12. 1914, sprechen, ohne den Namen zu nennen, von einem Legationsrat, einem Wissenden, „der aufs allergenaueste weiß, wo das Schilfrohr wächst, aus dem bisher die deutschen Friedens- und Verständigungsschalmeien geschnitten worden sind". Die Zeitschrift für Politik 9 (1916), S. 296, stellt fest, daß das Buch „in der letzten Zeit recht bekannt geworden sei", u. a. „weil dem Verfasser nahe Beziehungen zum deutschen Reichskanzler nachgesagt" wurden.

[71] Weltwirtschaftliches Archiv 5, Teil 1 (1915), S. 431 ff.

[72] Schäfer, S. 169.

[73] 26. Versammlung deutscher Historiker in Berlin 1964, Beiheft GWU, S. 72.

timismus als eines Elements in der Lebensstimmung der Wilhelminischen Zeit[74].

In der Zeitschriftenliteratur liegen zwei größere Besprechungen vor, die sich in charakteristischer Weise gegenseitig aufheben und zugleich ergänzen. Auf der einen Seite wird in einer Doppelrezension der „Zeitschrift für Politik" an dem Buch gerügt, daß in der Gegenüberstellung der beiden Zeittendenzen der Kosmopolitismus gegenüber dem Nationalismus mit deutlichem „Mißwollen" behandelt werde[75] bzw. daß in dem Buch die ethische Dimension zu kurz komme, obwohl doch für den Verfasser „der Krieg nur eine spezielle Form des Kampfes, nicht aber den nationalen Kampf schlechtweg" bedeute und er damit die Frage nach der Überwindung des Krieges überhaupt aufgeworfen habe[76].

Eben dies machten nun umgekehrt die „Alldeutschen Blätter" dem Buche Ruedorffers zum Vorwurf[77]. Sie rückten die „Grundzüge" nicht zu Unrecht in die Nähe der ein Jahr zuvor erschienenen Schrift von Hans Plehn mit dem bezeichnenden Titel „Weltpolitik und kein Krieg". Ihr hämischer Hauptvorwurf gegen das Buch Ruedorffers, in dem sie „das Vademecum der jüngsten deutschen Auslandspolitik schlechthin" zu erblikken meinten, lautete, daß der Verfasser „von der Unwahrscheinlichkeit eines Krieges" ausgegangen sei und daß er, irregeleitet von kosmopoliti-

---

[74] Ich verdanke Walter Bußmann Einsicht in dieses Vorlesungsmanuskript Kaehlers aus dem Jahre 1943 oder 1944. Auch Hans Herzfeld interpretierte in seiner Schrift über „Die deutsche Rüstungspolitik vor dem Weltkriege" (1923) Riezler in ähnlicher Weise. Er schrieb den „Grundzügen der Weltpolitik" einen Anteil daran zu, daß in Deutschland vor 1914 „eine völlig irreführende, friedens- und hoffnungsselige Atmosphäre" entstanden sei (S. 147). Herzfeld stellte eine gewisse Übereinstimmung fest zwischen dieser Anschauung Riezlers und der des Engländers Norman Angell in seinem vielbeachteten Buch „The Great Illusion" (deutsch: „Die falsche Rechnung. Was bringt der Krieg ein?", 1913). Dennoch sind die Unterschiede zu beachten. Mit Recht betont Lothar Burchardt, daß sich Riezler anders als Angell „durchaus zu machtpolitischen Gedanken bekannt" und den Wert einer starken Armee betont habe, „mochte sie auch nur als außenpolitischer Trumpf gedacht sein". L. Burchardt, Friedenswirtschaft und Kriegsvorsorge. Deutschlands wirtschaftliche Rüstungsbestrebungen vor 1914 (1968), S. 13.

Eine knappe und genaue Interpretation gab Leo Strauss, der die „Grundzüge" erst nach dem Tode Riezlers las: „... he reached the conclusion that the national interest of Germany, as well as the national interests of all the other great European powers, required for the foreseeable future the preservation of peace, and he tried to enlighten his fellow citizens and especially his superiors about the possibilities of avoiding that conflict we now call the First World War. He payed special attention to the fact that there was still sufficient room for the parallel, not conflicting expansion of the white race in Asia and Africa. He even visualised the possibility that the end of the period of parallel expansion might coincide with the emergence of a state of things in which war would have become altogether impractible because all great powers would have to lose much more from war than they could possibly gain from it." Social Research 23 (1956), S. 9.

[75] W. Schumann in: Zeitschrift für Politik 9 (1916), S. 300.

[76] E. Neukamp, ibid., S. 308 f.

[77] Sg [= Franz Sonntag], „Grundzüge der Weltpolitik", in: Alldeutsche Blätter 24, Nr. 51 (19. 12. 1915).

schen Strömungen, statt die „Imponderabilien der Volks-, besser der Rassenseele in sein politisches Weltbild einzubeziehen", sich damit begnügt habe, „die Welt zu einem großen Handelshaus zu machen", „in dem unter tunlichster Ausschaltung aller gewaltsamen Konflikte letztlich nur um Absatzmärkte und Handelsverträge gefeilscht" werde. So absurd diese Kritik an Riezler durch seine alldeutschen Gegner erscheinen mag, so richtig war daran die Erkenntnis, daß die Schrift das genaue Gegenteil war von einer Vorbereitung oder Einstimmung auf einen Eroberungskrieg. Nun kamen allerdings die „Alldeutschen Blätter" nicht um die Feststellung herum, daß in den „Grundzügen" manches stand, was ihnen gefallen mußte. So lesen wir, daß „Herr Rüdorffer ... über Begriff und Wesen des Nationalstaats eine sehr zutreffende und der Form nach sogar außerordentlich schöne Sprache" führe. In der Tat hatte Riezler ja, wie wir sahen, das nationalistische Grundkonzept seiner Theorie des Politischen in die „Grundzüge" übernommen. Aber es war vom alldeutschen, naturalistisch-rassistisch infizierten Volksbegriff her nicht nachzuvollziehen, daß ein ausgesprochener Nationalist kosmopolitische Sachverhalte der modernen Welt so unbefangen registrierte und Überlegungen über Nutzen und Nachteil des Krieges in so rational unterkühlter, skeptischer und durchaus unemotionaler Weise anstellte. Dieses Buch war jedenfalls keine Kriegsfanfare.

III.

Den Juli 1914 erlebte Riezler in täglichem Umgang mit Bethmann Hollweg auf dessen märkischem Gut Hohenfinow[1]. Gelegentlich wurde er mit kurzen Aufträgen nach Berlin entsandt. Die Gesprächsnotizen, die er sich damals in seinem Tagebuch machte, geben in Ergänzung zu den bisher bekannten amtlichen und nichtamtlichen Materialien zur Julikrise aus unmittelbarer Nähe den bisher genauesten Einblick in die Überlegungen und Empfindungen des Reichskanzlers. Ältere Auffassungen über die Lagebeurteilung durch Bethmann Hollweg sind aufgrund des Zeugnisses dieser Quelle zu berichtigen[2]. Das wichtigste Ergebnis: Bethmann Hollweg glaubte in einer Zwangslage zu sein und keine andere Wahl zu haben, als Österreich-Ungarn gegen die serbisch-russische Herausforderung zu unterstützen, wenn anders Deutschland nicht Gefahr laufen wollte, seinen letzten Bundesgenossen zu verlieren[3]. Er war sich dabei der Risiken, die in der so herbeigeführten europäischen Krise lagen, in vollem Umfang bewußt. Nicht erst im Verlauf der Julikrise gelangte er zu der Einsicht, daß sich an einem österreichisch-serbischen Krieg ein Weltkrieg entzünden könnte. Vielmehr rechnete er mit dieser Möglichkeit schon in dem Augen-

[1] Riezler war unter Bethmann Hollweg avanciert: 1910 Legationsrat; 1913 Umwandlung seiner außeretatmäßigen in eine ständige Hilfsarbeiterstelle.
[2] Hierzu K. D. Erdmann, Zur Beurteilung Bethmann Hollwegs, GWU 15 (1964).
[3] Tgb. 7. 7. 1914; s. auch 23. 7. 1914.

blick, als er den Österreichern den Blankoscheck zum Vorgehen gegen Serbien gab. Dabei sah er es von vornherein als möglich, wenn nicht als wahrscheinlich an, daß im Falle eines allgemeinen Krieges England an der Seite Frankreichs und Rußlands stehen würde[4], ohne daß er deshalb auf die Bemühung um die Neutralität Englands verzichtet hätte. Wenn derart in seinem Kalkül von Anfang an die Entstehung eines Weltkrieges als mögliche Konsequenz des deutschen Vorgehens gesehen wurde, so war doch die gegnerische Koalition, auf die sich Deutschland einstellen mußte, so überwältigend und die Siegeschance in der Sicht Bethmann Hollwegs so ungewiß, daß für die deutsche Politik im Juli 1914 alles darauf ankam, die Krise unter Kontrolle zu halten und am Kriege vorbeizusteuern. Es ist hier nicht zu schildern, aus welchen in der militärisch-politischen Führungsstruktur des Reiches gelegenen Gründen es Bethmann Hollweg nicht gelungen ist, die Krise diplomatisch zu meistern. Daß er es versucht hat, dem Krieg als der Konsequenz seines eigenen Vorgehens zu entgehen und ihn nicht etwa planmäßig herbeizuführen, wird durch Riezler bestätigt.

Unter dem besonderen Aspekt unserer Überlegungen zu Riezler sind seine Aufzeichnungen vom Juli 1914 aufschlußreich dafür, wie der Theoretiker des kalkulierten Kriegsrisikos das aktuelle Krisenmanagement beurteilte[5]. Dafür, daß er es beeinflußt habe, gibt es keine Anzeichen. Dazu hätte auch sein Informationsstand, zumindest wie er sich zu Anfang der Krise darstellte, nicht ausgereicht. So war er über das düstere Lagebild, das Bethmann Hollweg ihm am 7. Juli, dem Tage nach dem entscheidenden Schritt der Unterstützungszusage an Österreich, gab, überrascht, ja erschrocken. Er gab sich keiner Täuschung darüber hin, „was für ein Glücksspiel ein Krieg und gerade dieser Krieg" sein werde[6]. Aber trotz seiner Illusionslosigkeit im Kalkül der Kriegschancen hat er sich mit der Politik Bethmann Hollwegs vollkommen identifiziert. Für die Wahl des

---

[4] Damit wird der Interpretation der Julikrise durch Fritz Fischer, der der Reichsleitung die Absicht zuschreibt, daß sie unter Einkalkulierung der britischen Neutralität bewußt einen großen europäischen Kontinentalkrieg habe herbeiführen wollen, die Voraussetzung entzogen. Bestätigt wird durch das Tagebuch die Gegenthese Egmont Zechlins von der seit Mitte Juni 1914 bestehenden deutsch-britischen Vertrauenskrise; vgl. Anm. 2 zu Tgb. 7. 7. 1914. Wie vor kurzem veröffentlichte Dokumente aus dem Nachlaß Tirpitz zeigen, war auch die Marineleitung im Juli 1914 davon überzeugt, daß im Falle eines Krieges England an der Seite Frankreichs und Rußlands eingreifen werde, ebenso Unterstaatssekretär Zimmermann; V. E. Berghahn/W. Deist, Kaiserliche Marine und Kriegsausbruch 1914. Neue Dokumente zur Juli-Krise, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1 (1970). Auch Moltke rechnete schon 1913 mit der Gegnerschaft Englands selbst für den Fall, daß Deutschland auf eine Verletzung der belgischen Neutralität verzichtete, auch wenn er in der Kriegsausbruchkrise den Versuch befürwortete, England durch Zusicherung der Integrität Belgiens zum Stillhalten zu bewegen; Belege bei Wende, S. 15 ff.

[5] Vgl. zum folgenden die scharfsinnig durchgeführte Analogie zwischen Riezlers Krisentheorie und der Julikrise bei A. Hillgruber, Riezlers Theorie des kalkulierten Risikos und Bethmann Hollwegs politische Konzeption in der Julikrise 1914, HZ 202 (1966).

[6] Tgb. 14. 8. 1914.

Zeitpunktes in der Herbeiführung der Krise sprach für Riezler die Überlegung, daß mit dem österreichischen Bundesgenossen in einem Krieg, der sich an einer deutschen Sache entzündet hätte, nicht gerechnet werden konnte, jetzt aber in der serbischen Frage ein Lebensinteresse Österreichs unmittelbar auf dem Spiel stand[7]. Riezler hat ein halbes Jahr später dem Historiker Karl Alexander v. Müller gegenüber das Kalkül der Julikrise rückschauend so zusammengefaßt: „Wenn man mit dem Zweibund eine diplomatische Machtprobe wagen wollte, konnte dafür nur eine südöstliche Frage in Betracht kommen, das heißt eine, bei der Österreich als erster beteiligt war und Deutschland hinter ihm stand."[7a] Das Ziel dieser Machtprobe war nach Riezler die Sprengung der Entente, wobei festzustellen ist, daß sich in den Juliaufzeichnungen keine Andeutung von territorialen Expansionsabsichten findet. Das entspricht dem, was in den „Grundzügen" über die Notwendigkeit gesagt ist, den Alpdruck der Koalitionen abzuwälzen. Riezler notierte nach einem Kanzlergespräch: „Kommt der Krieg aus dem Osten, so daß wir also für Österreich-Ungarn und nicht Österreich-Ungarn für uns zu Felde zieht, so haben wir Aussicht, ihn zu gewinnen. Kommt der Krieg nicht, will der Zar nicht oder rät das bestürzte Frankreich zum Frieden, so haben wir doch noch Aussicht, die Entente über diese Aktion auseinander zu manövrieren."[8] Man könnte aus dieser Formulierung, isoliert betrachtet, eine Präferenz für den europäischen Krieg herauslesen[9]. Eine solche Interpretation verbietet sich jedoch aus dem Zusammenhang der Aufzeichnungen. Nach einem Berlin-Besuch vom 10. Juli 1914 zog Riezler für sich folgendes Fazit aus der Lage: „Ein schnelles fait accompli, und dann freundlich gegen die Entente, dann kann der Choc ausgehalten werden. Und mit gutem und erdrückendem Material, das keine Einwände zuläßt, gegen die serbischen Umtriebe herausrücken."[10] Das hieß schnelle militärische Aktion gegen Serbien, Unterstützung einer diplomatischen Beschwichtigung gegenüber den Entente-Mächten durch Maßnahmen psychologischer Propaganda. „Unsere Lage ist schrecklich", vermerkte er am 14. Juli, aber „wenn der Krieg kommen sollte ... wird das ganze Volk folgen, getrieben von Not

---

[7] Tgb. 7. und 8. 7. 1914.

[7a] Müller, Mars und Venus, S. 36 f.

[8] Tgb. 8. 7. 1914.

[9] So Fischer, Krieg der Illusionen, S. 693, und Geiss, Deutsche Reichspolitik, S. 232 f., beide in Polemik gegen die von mir in dem oben genannten Aufsatz (s. o. Anm. 2) gegebene Interpretation. Diese wird jedoch aufgrund der Einsichtnahme in die Tagebücher Riezlers bestätigt von F. Stern: Bethmann Hollweg „wollte durch eine kraftvolle Diplomatie und einen begrenzten Krieg Österreichs gegen Serbien England oder Rußland von der Entente loslösen oder — wenn das mißlingen sollte — einen allgemeinen Krieg ... riskieren". F. Stern, Bethmann Hollweg und der Krieg. Die Grenzen der Verantwortung (1968), S. 20. Ähnlich K. H. Jarausch, The Illusion of Limited War: Chancelor Bethmann Hollweg's Calculated Risk, July 1914, in: Central European History 2 (1969), S. 58. Jarausch sieht durch Riezler den Willen Bethmann Hollwegs zur Lokalisierung des Konflikts bestätigt.

[10] Tgb. 11. 7. 1914.

und Gefahr."[11] „Nur mehr aus Not", so hieß es in den „Grundzügen", würden gegenwärtig Kriege zwischen Großmächten begonnen. Es sei „für die modernen Konflikte zwischen Großmächten durchaus typisch, daß keiner der beiden streitenden Teile ein Interesse an einer kriegerischen Lösung" habe[12]. Am 20. Juli waren die Zweifel gewachsen, ob es möglich sei, die europäische Mächtekonstellation aufzulockern. Nur wenn Rußland bei der serbischen Sache von den Westmächten nicht bis zum letzten unterstützt werde und einsehe, daß es sich mit Deutschland verständigen müsse, sah er noch eine Chance für den Frieden[13]. Im Interesse einer diplomatischen Lösung der Krise begrüßte er es daher, daß die Österreicher auf Territorialerwerbungen in Serbien verzichteten. Eine Erklärung darüber werde die Russen vielleicht doch von einer Mobilisation abhalten und auf den Verhandlungsweg drängen[14]. Über den wünschenswerten Ausgang der Krise stellte er noch am Tage der Überreichung des österreichischen Ultimatums an Serbien folgende Überlegung an: „Geht die serbische Sache gut vorüber, ohne daß Rußland mobilisiert und infolgedessen ohne Krieg, so kann man sich mit einem über die Westmächte enttäuschten Rußland vielleicht ohne Gefahr über ein dann befriedigtes Österreich-Ungarn verständigen."[15] Es findet sich hier sogar eine Erwägung über den möglichen Inhalt eines eventuellen deutsch-russischen Einvernehmens: Garantie für den Bestand Österreichs mit Ausnahme des Trentino unter Verzicht auf dessen Balkanaspirationen. Da Riezler noch immer eine friedliche Lösung nicht für ausgeschlossen hielt, erschien ihm mit dem Kanzler die Kriegstreiberei des Kronprinzen und der Alldeutschen als unverantwortlich: „Wo sind nur die gebildeten Offiziere hingeraten, die Preußen groß gemacht haben?"[16] Nach Berlin zurückgekehrt, hatte Riezler noch am 27. Juli die Hoffnung nicht gänzlich aufgegeben, daß man an einem Kriege vorbeikommen könne: „Alles kommt darauf an, ob Petersburg sofort mobilisiert und vom Westen aufgemuntert oder zurückgehalten wird."[17] Der Kanzler, skeptisch, glaubte damals offenbar schon nicht mehr, die Dinge noch in der Hand zu halten. Er hatte das Gefühl, unter einem Fatum zu stehen. Die Führung der Krise war ihm entglitten.

Der Kriegsausbruch selber wirkte dann wie eine Befreiung. Beide, der Kanzler und sein Mitarbeiter, standen unter dem tiefen Eindruck der geschlossenen Kriegsbereitschaft des Volkes. Daß der Krieg ein Glücksspiel war mit nur geringen Chancen des Sieges, daß die Stunde der Begeisterung verfliegen würde und, wenn schlimme Zeiten kämen, das Ungeziefer wieder aus seinen Schlupfwinkeln hervorgetrieben würde im einzelnen Menschen wie im Staat, dessen war sich Riezler auch in diesem Augenblick bewußt. Aber das Ungewisse, das Neue, die große Bewegung reizten ihn[18]. Und nachdem der Krieg einmal da war, faszinierte ihn als Kriegsziel der Gedanke an einen Ausbau der kontinentalen Stellung des

[11] Tgb. 14. 7. 1914. [12] Grundzüge, S. 221. [13] Tgb. 20. 7. 1914.
[14] Tgb. 23. 7. 1914. [15] Tgb. 23. 7. 1914. [16] Tgb. 23. 7. 1914. [17] Tgb. 27. 7. 1914.
[18] So Bethmann Hollweg über Riezler, Tgb. 14. 7. 1914.

Reiches zu einer unangreifbaren Basis für seinen künftigen Rang als Weltmacht.

Riezler folgte dem Kanzler am 16. August 1914 in das Große Hauptquartier. Im Januar 1915 wurde er der Reichskanzlei zugeteilt und am 17. April 1915 zum Wirklichen Legationsrat und Vortragenden Rat ernannt. Er hat bis zum Sturz Bethmann Hollwegs im Juli 1917 in dessen nächster Nähe gearbeitet.

Das Bild, das sich Riezler von Bethmann Hollweg machte, hatte in der Julikrise einen Zug ins Monumentale gewonnen. Er verehrte ihn als einen großen Menschen und bewunderte die Weite, Unabhängigkeit und Originalität seines Geistes[19]. Der Zauderer schien unter dem Zwang des Fatums, das er über Deutschland und Europa verhängt glaubte, über sich hinauszuwachsen, um mit Entschiedenheit die Verantwortung für das auf sich zu nehmen, was geschehen mußte[20]. Nichts deutet bei Riezler auf eine Kritik an der deutschen Politik in der Julikrise hin. Er beklagt keine Versäumnisse, erörtert keine Alternativen. Dabei war seine Bewunderung nicht ohne Distanz. Er sah, was Bethmann an politischem Führertum mangelte. Gerissen, aber ungeschickt, verantwortungsschwer und dennoch Zweifel verbreitend, verstandesscharf, aber ohne Machtroutine, flößte er Achtung ein, aber weder Furcht noch Wärme und Freundschaft[21].

Riezler blieb durch die ihm übertragenen Aufgaben fortan in engem Kontakt mit dem Kanzler. Eine klare Abgrenzung seines Tätigkeitsfeldes bestand nicht[22]. Er wurde für die verschiedensten Dinge verwendet. So hat er Kriegszielaufgaben bearbeitet, Reichstagsreden geschrieben und besondere Missionen im Zusammenhang mit Revolutionierungsbestrebungen in Rußland und innerpolitischen Fragen in Deutschland übernommen. Er hat die Politik Bethmann Hollwegs gegenüber Trägern der öffentlichen Meinung interpretiert[23], Leitsätze für die Handhabung der Zensur in Kriegszielfragen entworfen[24] und selber zeitweise eine lebhafte publizistische Tätigkeit entwickelt. Am zutreffendsten hat man seinen Aufgabenkreis als den eines Referenten für politische Kriegführung bezeichnet[25].

Das eigentliche Leitmotiv in der Kriegstätigkeit Riezlers war die Kalkulation über Möglichkeit und Gestaltung des Friedens. Dieses Motiv wurde

[19] Tgb. 20. 7. und 15. 8. 1914.

[20] Tgb. 27. 7. 1914.

[21] Tgb. 21. 8. und 13. 9. 1914.

[22] Riezler in einem Schreiben vom 10. 10. 1914 aus dem Großen Hauptquartier an Hammann: eine „Ressorteinteilung" gebe es nicht, er sei auch nicht an allen Pressesachen beteiligt; Nachlaß Hammann, DZA Potsdam.

[23] Beispiel hierfür ist die Unterredung mit Karl Alexander v. Müller im Februar 1915, die den nicht erreichten Zweck hatte, die Süddeutschen Monatshefte für den Kanzler zu gewinnen; K. A. v. Müller, Mars und Venus (1954), S. 33 ff.

[24] Militär und Innenpolitik, Dok. Nr. 39.

[25] So St. T. Possony, Lenin. Eine Biographie (deutsch 1965), S. 263. Als „journalistischer Attaché" Bethmann Hollwegs wird er gesehen von dem Vizekanzler Clemens v. Delbrück, Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland, S. 145; C. Haußmann, S. 26, nennt ihn den „Privatsekretär" Bethmanns.

zum ersten Mal angeschlagen, als man im Großen Hauptquartier auf dem Höhepunkt der Marneschlacht über Siegespreispläne zu reden begann. Am 22. August wurde Riezler aufgefordert, dem Kanzler vorzutragen, wie er sich die Friedensbedingungen denke. Zum Angelpunkt aller Überlegungen für die Kriegsziele im Westen wurde das belgische Problem. Da an eine Wiederherstellung der Neutralität nach dem Geschehenen nicht zu denken war und eine künftige Einbeziehung Belgiens in eine westliche Gruppierung verhindert werden mußte, stellte sich die Frage, in welcher Form die jetzt gewonnene Kontrolle des belgischen Raumes im Frieden fortgesetzt werden sollte.

Bethmann schwebte damals eine Aufteilung Belgiens zwischen Holland, Frankreich und Deutschland vor. Die Überlegungen, die die amtlichen Berater des Kanzlers, der Staatssekretär des Äußeren Jagow und der Direktor der politischen Abteilung v. Stumm, anstellten, gingen in ähnliche Richtung[26]. Gegenüber Frankreich wollte Bethmann Hollweg ähnlich wie Moltke Schonung walten lassen. Auf den Ton der Aussöhnung war auch ein Aufruf an die Zivilbevölkerung des besetzten Frankreich gestimmt, für den ein Entwurf von der Hand Riezlers vorliegt[27]. Riezler hielt jedoch die Erwartung, durch Schonung zu einer Aussöhnung zu gelangen, für illusorisch. Er wollte Frankreich territorial schmälern und schlug vor, Französisch-Flandern an Belgien zu geben. Dieses sollte als „deutscher Schutzstaat" bestehen bleiben, allerdings ohne die Festung Lüttich und einige Grenzstriche, die an Holland, Luxemburg und Preußen fallen würden. In ähnlicher Weise hätte Riezler auch Holland in einem Schutz- und Trutzbund dem Reiche lose angliedern wollen[28] und insbesondere, entgegen österreichischen Aspirationen, als östliches Glacis ein als Staat wiederhergestelltes Polen. Auf dem Höhepunkt der deutschen Siegeshoffnungen zeichnete sich für ihn als Wunschbild ein zollpolitisch geeintes Mitteleuropa ab, zu dem als Kern Deutschland mit seinen Schutzstaaten und in einem weiteren Bunde Österreich gehören sollten[29]. Riezler war also entschieden für einen territorialen Ausbau der kontinentalen Stellung Deutschlands. Er hatte schon in seinen Vorkriegsschriften auf den Zusammenhang zwischen Kontinental- und Weltpolitik hingewiesen. Erst eine unangreifbare Stellung auf dem Kontinent werde dem Reich die Möglichkeit geben, mit den übrigen Weltmächten auf die Dauer erfolgreich zu konkurrieren. Insofern besteht zwischen dem politischen Konzept der „Grundzüge", die er am Vorabend des Krieges veröffentlichte, und dem ersten Umriß seiner Kriegszielvorstellungen, wie er sie im August/September 1914 formulierte, ein logischer Zusammenhang. Die politische Maxime war dort wie hier die gleiche: eine deutsche Weltmacht bedurfte der gesicherten europäischen Basis. Aber gerade wenn man diese Kontinuität betont, ist der Unterschied nicht zu übersehen, der zwischen den aus die-

[26] Tgb. 22. 8. 1914; s. ibid. Anm. 6 und 7.
[27] DZA Potsdam, RKz 2465/1.
[28] Tgb. 19. 8. und 22. 8. 1914.
[29] Tgb. 19. 8. 1914.

ser Maxime abgeleiteten politischen Vorstellungen Riezlers aus der Vorkriegs- und der Kriegszeit besteht. Von territorialen Zielsetzungen in Europa, von Gewinnung direkter oder indirekter Herrschaft über Nachbargebiete war in seinen Vorkriegsschriften nicht die Rede gewesen. Expansionsziele hatte es für das „von Ländern einer entwickelten und alten staatlichen Kultur“[30] ringsum eingeschlossene Deutschland nicht gegeben. Die Sicherung der kontinentaleuropäischen Basis für deutsche Weltmachtpolitik hatte der Verfasser der „Grundzüge“ in anderer Richtung gesucht: in einer Verstärkung der Heeresrüstung; in einer Flottenpolitik, die es vermied, England herauszufordern; in einer diplomatischen Methode, die die Einkreisung lockerte, wie in der zweiten Marokkokrise, auch wenn sie ein zeitweiliges Zurückweichen Deutschlands bedeutete[31]. Zwar erschien eine begrenzte Expansion, vom nationalistischen Grundkonzept Riezlers her gesehen, grundsätzlich als durchaus legitim, wenn auch exzessive Ausdehnung dem Gesetz individuellen Wachstums widerspricht[32]. Jedenfalls rechtfertigen solche Ziele keinen Krieg; denn — wie er lapidar in den „Grundzügen“ festgestellt hatte: „Kriege zwischen Großmächten werden nicht mehr um der durch sie zu erringenden Vorteile willen begonnen, sondern nur mehr aus Not.“[33] Nachdem aber nun das Risikokalkül in der Julikrise fehlgeschlagen und es statt der erstrebten diplomatischen Sprengung der Entente zum zwar einkalkulierten, aber unerwünschten Kriege gekommen war, gehörte Riezler zu denen, die wie Bethmann Hollweg der Meinung waren, daß in dem Maße, wie es die Kriegslage erlaubte, über den status quo hinaus im Osten und Westen für das Reich in vertretbarem Maße ein politisch-militärisch-wirtschaftliches Vorfeld zu gewinnen sei, um für die Zukunft ein für allemal den Koalitionsdruck zu beseitigen und die kontinentale Basis für Deutschland als Weltmacht zu sichern[34]. Wie sich die Vorstellungen Riezlers von dem zu erstrebenden Gewinn mit wechselnder Kriegslage modifizierten, ist hier nicht im einzelnen nachzuzeichnen. Die Tagebücher Riezlers geben auch nur unvollständig Auskunft darüber. Riezler hat diese Variationen seiner Grundvorstellungen nicht für bemerkenswert genug gehalten, um sie jeweils genau festzuhalten.

So fehlt auch jeder Hinweis auf die von ihm selbst entworfene berühmt-berüchtigte Septemberdenkschrift, die in der wissenschaftlichen Diskussion um die Kriegsziele so sehr in den Vordergrund gerückt ist[35]. Riezler hat

---

[30] Grundzüge, S. 103.

[31] Ibid., S. 108; vgl. oben S. 47 f.

[32] S. o. S. 40 u. 42.

[33] Grundzüge, S. 221.

[34] Der Riezler-Interpret Imanuel Geiss macht aus dem post hoc ein propter hoc und den Verfasser der „Grundzüge“ von 1913/14 zum Advokaten einer auf Eroberungskrieg zielenden Politik, wobei er alle Textstellen, die dagegen sprechen, unberücksichtigt läßt. Auf einem Auge blind, sieht er nur den „Sozialdarwinisten“, als den man Riezler mit Vorbehalt bezeichnen mag, aber nicht den Analytiker der kosmopolitischen Tendenzen und den Warner vor dem Krieg. Geiss, Deutsche Reichspolitik, bes. S. 229.

[35] Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 107 ff.; ders., Krieg der Illusionen, S. 752 ff.;

in seinem Entwurf diese Denkschrift ausdrücklich als vorläufig bezeichnet[36]. Sie enthält einen vorläufigen Katalog von möglichen Kriegszielen, der dem Reichsamt des Innern zur amtlichen Bearbeitung und Überprüfung übersandt wurde und von dem der Vizekanzler Delbrück alsbald feststellte, daß ihm die innere Kohärenz mangele, etwa wenn die wirtschaftliche Ausbeutung Frankreichs und gleichzeitig damit seine Eingliederung in ein europäisches Wirtschaftssystem gefordert werde. In der Tat ist diese Denkschrift, insofern sie einen Katalog von Einzelzielen darstellt, kein ein für allemal festgelegtes oder gar offizielles Programm gewesen. Aber das Ringen um die ihr zugrunde liegenden Vorstellungen hat typische Bedeutung. Es scheint, daß neben Rathenau mit seiner Mitteleuropaidee Riezler damals einen nicht unerheblichen Einfluß auf die Kriegszielvorstellungen Bethmann Hollwegs ausgeübt hat. Wenn Bethmann Hollweg in jenem Gespräch vom 22. August Belgien hatte aufteilen und Frankreich hatte schonen wollen, so spiegelt im Unterschied dazu die Denkschrift vom 9. September die Auffassung Riezlers wider: Frankreich sollte sich einem harten Frieden beugen und Belgien ein von Deutschland abhängiger Vasallenstaat werden. Ein zwischen diesen beiden Daten liegender Brief Riezlers an Hammann vom 5. September ist aufschlußreich: der Reichskanzler scheine sich der u.a. von Riezler vertretenen Lösung der belgischen Frage zuzuneigen[37]. Allerdings blieb Bethmann nicht dabei. Am 18. Oktober sprach er zwar noch von der Wiederherstellung Belgiens als eines Tributärstaates[38]. Aber unter dem Eindruck der operativen Fehlschläge im Westen hat er sich einen Monat später in einem Brief an Hammann in recht deutlicher Weise von Riezlers Vorstellungen wieder losgesagt: „Belgien ist eine harte Nuß. Ich habe anfangs die Phrase vom halbsouveränen Tributärstaat nachgeschwatzt. Jetzt halte ich das für eine Utopie. Selbst wenn wir den Bären schon erlegt hätten. Ein Ägypten ist im kontinentalen Europa doch wohl nicht möglich."[39] Diese Abfuhr für Riezler zeigt jedenfalls, wie wenig Bethmann die Septemberdenkschrift als ein bindendes Programm betrach-

---

G. Ritter, Bd. 3, S. 41 ff.; u. a. Wortlaut der Ausfertigung der Denkschrift vom 9. 9. 1914 bei W. Basler, S. 381 ff. Zum Gang der Kontroverse W. J. Mommsen, Die deutsche Kriegszielpolitik 1914—18. Bemerkungen zum Stand der Diskussion, in: Kriegsausbruch 1914 (deutsche Ausgabe des Journal of Contemporary History 3, 1967). Das von Riezler erstellte Konzept dieser Denkschrift und des begleitenden Anschreibens an Delbrück bei Zechlin, Friedensbestrebungen, in: Das Parlament, B 20 (15. 5. 1963), S. 41 ff.

[36] So von der Hand Riezlers in seinem Konzept des Anschreibens an Delbrück vom 9. 9. 1914 ausdrücklich hinzugefügt; s. Zechlin, Friedensbestrebungen, in: Das Parlament, B 20 (15. 5. 1963), S. 41. Die Vorläufigkeit aller Vorstellungen bezüglich Belgiens ergibt sich aus einem in der Handschrift Riezlers vorliegenden Entwurf eines Schreibens des Reichskanzlers an den Generalgouverneur in Belgien, Generalfeldmarschall von der Goltz, vom 7. Sept. 1914. Es solle in der Verwaltung Belgiens, dessen Schicksal offen sei, nichts geschehen, was eine zukünftige Entscheidung präjudizieren könne. PA, Ausw. Amt. Hauptquartier, Belgien 6, Bd. 1, 2; vgl. hierzu Wende, S. 28.

[37] Zit. bei Fischer, Krieg der Illusionen, S. 763.

[38] Tgb. 11. 10. 1914, Anm. 1.

[39] Text dieses Briefes vom 14. 11. 1914 bei Vietsch, Bethmann Hollweg, S. 326 f.

tete. Er kam jetzt auf seine frühere Vorstellung aus dem Gespräch mit Riezler vom 22. August zurück, nämlich Belgien zwischen den Nachbarstaaten aufzuteilen, allerdings erst, so meinte er, in später Zukunft. Für den Augenblick wolle man sich auf das Ziel beschränken, zu „annektieren, was die Soldaten und Matrosen unbedingt verlangen und was selbst ein vernünftiger dem unvernünftigen Deutschen nicht abschlagen kann. Aber möglichst wenig“[40].

Bethmann Hollweg ist in der belgischen Frage nie zu einem ganz klaren Konzept gelangt. In der Folgezeit neigte er wieder mehr der Riezlerschen Vorstellung einer indirekten Herrschaft zu, selbst wenn er gelegentlich bereit war, schon in der bloßen Selbstbehauptung des Reiches ohne jeden äußeren Gewinn eine „Gewähr für den späteren Frieden“ zu sehen[41]. Im Unterschied zu Bethmann Hollweg hatte für Riezler — bei aller Übereinstimmung in der Maxime einer kontinentalen Sicherung für das Reich — die Vorstellung eines dem Reich zugeordneten Systems von Schutzstaaten eine mehr als nur pragmatische Bedeutung. Er suchte in dieser Richtung eine „der Größe der Zeit entsprechende Idee“, eine „mögliche Form der Dauer und Gemeinsamkeit“ für Europa[42]. Solche ideologischen Gedankenspiele fanden bei Bethmann kein rechtes Echo. Er blieb in allen situationsbedingten, taktischen Variationen seiner Kriegszielvorstellungen nüchterner gestimmt als Riezler. Einig waren sich der Kanzler und sein Mitarbeiter jedenfalls in der Auffassung, daß es direkte Annexionen in Europa nur in begrenztem Umfang geben solle. Darin unterschieden sie sich von den Alldeutschen und deren Bundesgenossen in Schwerindustrie, Marine und Heer.

Immerhin war im Septemberprogramm vorgesehen, daß Frankreich das Erzbecken von Briey abtreten sollte und — „von den militärischen Stellen zu beurteilen“ — Belfort, den Westabhang der Vogesen und die flandrische Küste. Ein um das französische Longwy und einen schmalen Streifen Belgiens vergrößertes Großherzogtum Luxemburg sollte deutscher Bundesstaat werden. Die Frage der Ostexpansion blieb offen. Massiver Territorialgewinn wurde jedoch in Afrika gewünscht, wo ein zusammenhängendes Kolonialreich entstehen sollte. Das war — von heute her betrachtet —, unter welchen Vorbehalten damals auch immer formuliert, eine übersteigerte, nicht realisierbare Wunschliste. Aber sie blieb weit zurück hinter den Vorstellungen der Annexionisten.

Das Tagebuch Riezlers läßt erkennen, daß im Großen Hauptquartier die unterschiedlichen Vorstellungen darüber, ob die Sicherung Deutschlands für die Zukunft durch extensive Annexionen oder mehr durch Formen indirekter Herrschaft zu gewährleisten sei, hart aufeinanderstießen. Die Kla-

[40] Ibid. Über die jede programmatische Festlegung Bethmann Hollwegs vermeidende Einstellung vgl. Wende, Die belgische Frage.

[41] Erklärung Bethmann Hollwegs auf der Sitzung des preußischen Staatsministeriums vom 28. 11. 1914; zit. in Militär und Innenpolitik, S. 208 Anm. 5.

[42] Tgb. 4. 9. 1914.

ge über die politische Unbildung der Offiziere, ihre Engstirnigkeit, ihren Glauben an die „Dampfwalze" kehrt in den Notizen Riezlers ständig wieder. „Die Auseinandersetzungen mit den Militärs teilweise zum Verzweifeln", heißt es in einem Briefe[43]. Von dem Augenblick an, wo beim Kanzler und seinem Mitarbeiter auf dem Höhepunkt der Marneschlacht die Bemühung um eine Formulierung eigener Kriegszielvorstellungen einsetzte, wurde daher über die Pressestelle in Berlin eine intensive Gegenpropaganda gegen das alldeutsche Annexionsprogramm betrieben. Die Briefe Riezlers an Hammann aus jener Zeit sind aufschlußreich[44]. Dieser wurde aus dem Hauptquartier ermuntert, in seinen Versuchen fortzufahren, Intellektuelle gegen die Alldeutschen zu mobilisieren. Riezler scheint es zeitweise für nicht ausgeschlossen gehalten zu haben, den Alldeutschen dadurch den Wind aus den Segeln zu nehmen, daß die Regierungspropaganda zwar von extensiven Annexionen absah, aber an ihrer Stelle das von ihm propagierte System indirekter Herrschaft als eine um so wirkungsvollere Form der kontinentalen Machtkonsolidierung des Reiches in Aussicht stellte. Drei Tage nach der Formulierung des Septemberprogramms erklärte er: „Auch Wahnschaffe schreibt, daß die Leute in Berlin die Welt verteilen. Wenn indes Belgien zu einem nach außen selbständigen Vasallenstaat unter Zuteilung von französisch Flandern herabsinkt und uns militärisch und wirtschaftlich zur Verfügung steht, werden wohl die meisten zufrieden sein."[45] Und könnte man auf dieser Basis die Alldeutschen, statt den belastenden Kampf mit ihnen durchführen zu müssen, nicht vielleicht sogar vor den eigenen Karren spannen? Er hatte das Gefühl, „als würde die Sache mit den Alldeutschen schlimm. Die Kerle, deren vernünftige Forderungen jetzt Allgemeingut sind, müssen natürlich noch wilder werden, um Daseinsberechtigung zu haben. Glauben Sie", so fragte er Hammann, „daß es Sinn hat, an die Führer heranzutreten, sie zu ‚besolden'[46], zur Aufstellung eines vernünftigen Programms und zu einer Vertrauenskundgebung zu veranlassen"[47]? Einer solchen Spekulation, die Alldeutschen zügeln zu können, fehlten jedoch alle Voraussetzungen, nicht zuletzt deswegen, weil sich Riezler mit Bethmann Hollweg der Vorläufigkeit und Situationsbedingtheit aller Kriegszielvorstellungen bewußt war, die Alldeutschen aber in Verkennung der militärischen Möglichkeit mit einem Totalsieg rechneten. Daß der Sieg bald zu erreichen sei, haben Bethmann und Riezler auch auf dem Höhepunkt der Marneschlacht nicht gedacht[48], wenn sie auch die „Eventualität plötzlicher Ver-

[43] Riezler an Hammann, Gr. Hauptquartier 29. 8. 1914, s. u. nächste Anmerkung.
[44] DZA Potsdam, Nachlaß Hammann. Neben den Zitaten bei Fischer, Krieg der Illusionen, passim, verdanke ich E. Zechlin Einsicht in Fotokopien der relevanten Stücke.
[45] Riezler an Hammann, Gr. Hauptquartier 12. 9. 1914.
[46] Unleserlich, könnte auch als „bestechen" gelesen werden.
[47] Riezler an Hammann, 17. 10. 1914.
[48] Dies ergibt sich — außer aus den Tagebuchnotizen Riezlers — auch aus den bisher bekannten Quellen. Es ist daher nicht recht ersichtlich, wieso Fischer in seinem Krieg der Illu-

handlungen" nicht ganz ausschlossen und für diesen Fall vorbereitet sein wollten. Jedenfalls ist die Motivation für die schriftliche Fixierung von Kriegszielvorstellungen nicht zuletzt, vielleicht sogar primär, in der unausweichlichen Auseinandersetzung mit den Alldeutschen und ihrem annexionistischen Anhang zu suchen. So heißt es bereits elf Tage vor der Septemberdenkschrift in jenem schon erwähnten Schreiben Riezlers an Hammann vom 29. August, er habe dem Reichskanzler dargelegt, „wie schwer es sei, der telegraphisch aus Berlin avisierten Hydra alldeutscher Annektierungswut ohne positive Ziele oder ohne deren Kenntnis entgegenzuwirken"[49].

Riezler hat den Krieg hindurch die Alldeutschen als Zerstörer der deutschen Widerstandskraft bekämpft, so insbesondere in einer späteren großen Denkschrift aus dem Jahre 1916[50]. Nachdem die Alldeutschen, so heißt es dort, vor 1914 eine Stimmung erzeugt hätten, „die die Erreichung des großen Zieles der deutschen Weltherrschaft mit brennender Ungeduld nur von einem Kriege zu erwarten glaubte", seien sie von einer „Spekulation à la hausse" mit exorbitanten Annexionszielen in der Zeit der deutschen Siege vom Sommer 1914 später in der Auseinandersetzung um den U-Bootkrieg auf eine „Spekulation à la baisse"[51] umge-

---

sionen, S. 767, immer noch an seiner früheren These festhält, das Septemberprogramm sei in „Erwartung eines unmittelbar bevorstehenden deutschen Sieges im Westen" entstanden, nachdem er selber verschiedene Briefe Riezlers an Hammann benutzt hat, die das Gegenteil belegen. So gibt Riezler am 29. 8. 1914 als Meinung des Reichskanzlers wieder, „irgendwelche Beschlüsse" wegen Belgien und Polen ließen sich nicht fassen, „da wir erst am Anfang stehen, ein baldiger Friede mit Frankreich unwahrscheinlich und es völlig unklar ist, ob wir England gegenüber wirklich Bedingungen diktieren können" (zit. bei Fischer, S. 762). Und die von Fischer (S. 763) zutreffend erwähnte analoge Stelle aus einem Briefe Riezlers an Hammann vom 5. 9. 1914 lautet wörtlich: „Die französische Armee geht anscheinend nach Süden zurück (nicht nach Paris), um den Krieg in die Länge zu ziehen. Dasselbe ist sicher die Taktik Englands. Unter diesen Umständen ist vorläufig keine Aussicht auf ein Ende. Es wäre gut, die Presse auf ein langes Aushalten vorzubereiten." Im Anschreiben zum Septemberprogramm heißt es, daß „der Krieg noch nicht entschieden" sei und „es eher den Anschein" habe, „als gelänge es England, seine Bundesgenossen in einem Widerstand à outrance festzuhalten". Fischer macht daraus, „daß England ‚seine Bundesgenossen in einem Widerstand à outrance' festzuhalten versuchen werde" (S. 767). Durch solch ungenaues Lesen entsteht natürlich ein falsches Bild von der subjektiven Lagebeurteilung durch Bethmann Hollweg. So spricht Bethmann Hollweg auch nicht von dem bevorstehenden Friedensschluß, wie Fischer den Text umschreibt, sondern von der „Eventualität" plötzlicher Verhandlungen.

[49] Zit. bei Fischer, Krieg der Illusionen, S. 762. In einem Telegramm Zimmermanns an von Jagow vom gleichen Tage (29. 8. 1914) findet sich der gleiche Gedanke ausgesprochen: „Alldeutsche Stimmen finden nach den großen Kriegserfolgen fruchtbaren Boden und können politischen Rücksichten gefährlich werden. Gegenwirkung erst möglich nach Kenntnis positiver Ziele unserer Politik im Westen und Osten." Text bei C. Schön, Der ‚Vorwärts' und die Kriegserklärung (1929), S. 122 f.

[50] „Aufzeichnung über die Umtriebe der Alldeutschen", 15. 9. 1916, DZA Potsdam, RKz 1418, in Fotokopie vom Verfasser eingesehen. Referat dieser Denkschrift und Kritik an ihr bei Westarp, Bd. 2, S. 90 f.

[51] Diese Formel auch Tgb. 12. 6. 1916.

schwenkt, so als ob der Krieg verloren sei, wenn man nicht alles auf diese Karte setzte. Er vermißte bei ihnen jedes Gefühl „für die gefährdete Position des Reiches in der Mitte Europas, für die Beschränkung, die diese Situation der deutschen Politik auferlegen mußte und immer auferlegen wird". Dabei hat Riezler nie bestritten, daß es zwischen den Kriegszielvorstellungen der Alldeutschen und der von ihm vertretenen „gemäßigten Machtpolitik" des Reichskanzlers einen gemeinsamen Nenner gab, eben den Ausbau der kontinentalen Mittelstellung des Reiches. Wie schon gegenüber Hammann 1914 der Gedanke durchklang, daß es bei der Auseinandersetzung mit den Alldeutschen nicht um Bejahung oder Verneinung einer deutschen Machtpolitik ging, sondern um die Frage der adäquaten, wirkungsvollen, vernünftigen Methoden der Machtgewinnung und Machtsicherung, so hat Riezler diese Überzeugung zwei Jahre später und nach all der bitteren innerdeutschen Auseinandersetzung um die Kriegsziele am Exempel Belgiens noch einmal ausdrücklich bestätigt:

„Was die außenpolitischen Ziele selbst anlangt, sehen wir bei schärferem Zusehen gar keine so große, nach Lage der Sache ernst zu nehmende Uneinigkeit in den Hauptpunkten ... Was insbesondere Belgien anlangt, so steht als ziemlich gemeinsame Meinung fest, es soll und muß unmöglich gemacht werden, daß es als englischer Brückenkopf — politisch und militärisch — dienen kann. Wie weit dabei die belgische staatliche Unabhängigkeit geschont werden soll, ist eine reine Zweckmäßigkeitsfrage vom Standpunkt deutscher und mitteleuropäischer Interessen. Kann dasselbe Ziel ohne eigentliche Annektion wie mit Annektion erreicht werden, so sind wir gegen Annektion."[52]

Wenn für Riezler der Gegensatz zu den Alldeutschen dennoch unüberbrückbar war, so lag der Grund darin, daß er in ihnen und den hinter ihnen stehenden industriellen und agrarischen Interessenverbänden und den Parteien der Konservativen und Nationalliberalen das entscheidende Hindernis für die gesellschaftlich-politischen Reformen sah, die er in Deutschland für notwendig hielt, wenn das erstrebte Mitteleuropa eine solide innere Basis gewinnen sollte. Es galt ihm als reaktionär, mit seinen Worten als eine „Neuorientierung nach rückwärts"[53], wenn man zuerst große Gebiete annektieren wollte, um dann die Bevölkerung zu entrechten und den Grund- und Industriebesitz in deutsche Hand zu geben. Solchen Plänen mußte sich der Kanzler versagen. Das war für Riezler die Voraussetzung dafür, daß es überhaupt gelingen konnte, ein Auseinanderbrechen des Volkes im Kriege zu verhindern.

Einen zusätzlichen Ärger bereitete es dem Bayern Riezler, daß die Alldeutschen partikularistische Interessen der Landesfürsten gegen das Reich zu mobilisieren und dem König Ludwig die Vorstellung zu suggerieren trachteten, das Haus Wittelsbach habe gegen die schlappe Reichsregierung eine besondere nationale Mission zu erfüllen[54]. Die Schmähungen und Verleumdungen der Alldeutschen gegen die Reichsregierung qualifizierte er

[52] EStWZ 1 (7. 8. 1916) S. 1045, s. u. S. 588.
[53] EStWZ 1 (23. 10. 1916) S. 1356, s. u. S. 595.
[54] Tgb. 10. 8. 1916; EStWZ 1 (7. 8. 1916), s. u. S. 583 ff.

als „revolutionär-terroristische" Agitation[55]. Er stellte sich mit Entschiedenheit auf die Seite der Autorität, plädierte für die Sammlung der Kräfte und war darum mit Bethmann Hollweg der Überzeugung, daß der Versuch gemacht werden müsse, die Massen der Industriearbeiterschaft in den Staat hineinzuholen. In seinen Vorstellungen über die notwendigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Reformen ging er dabei schließlich über Bethmann Hollweg hinaus.

Zunächst standen seine amtlichen Äußerungen über die Behandlung der Sozialdemokratie in Übereinstimmung mit dem sehr behutsam und vorsichtig taktierenden Bethmann Hollweg. In einem für den Kanzler entworfenen Schreiben an Delbrück vom 19. September 1914[56] wurde die für erforderlich gehaltene Neuorientierung der Innenpolitik im Reich und in Preußen an die Voraussetzung geknüpft, daß „die feste Staatsgesinnung und das System, das die Sozialdemokratie bisher als Militarismus gebrandmarkt" habe, nicht gelockert werden dürfe. Daher zunächst keine Konzessionen. Die dilatorische Behandlung der Frage, die Delbrück vorgeschlagen hatte, wurde gebilligt. Zur Begründung mußte das Ausland herhalten: „Zur Zeit", so formulierte Riezler, „würde uns jede Geste einer innerpolitischen Umkehr, Aufhebung der Ausnahmegesetze als Zeichen der inneren Schwäche ... ausgelegt werden." Dem entsprach es, wenn er im April 1915 im Gespräch mit Gustav Mayer, als er diesem späteren Historiker der Arbeiterbewegung die Haltung der Regierung zur Wahlrechtsfrage erläuterte, nur bescheidene Konzessionen in Aussicht stellte. Er argumentierte dabei mit den besonderen Opfern, die der privilegierte Adel im Kriege gebracht habe[57]. Inzwischen hatte er jedoch auf Anforderung

---

[55] Denkschrift (s. o. Anm. 50), S. 15.

[56] DZA Potsdam, RKz 2476 (Fotokopie); s. Tgb. 20. 9. 1914, Anm. 4.

[57] Welch ungünstigen Eindruck die taktisch bedingte, unentschiedene Haltung Riezlers in der Wahlrechtsfrage auf einen Fürsprecher der Arbeiterinteressen machen konnte, bezeugt Gustav Mayer, Erinnerungen. Vom Journalisten zum Historiker der deutschen Arbeiterbewegung (1949), S. 236 f. Dort heißt es: „Am 8. April suchte ich in der Wilhelmstraße Kurt Riezler auf. Die Art, wie er meine Fragen beantwortete, konnte mich unmöglich ermutigen. Er erklärte den Zeitpunkt für eine Aufnahme der Wahlreform in Preußen für nicht geeignet, und er hielt das elsässische Wahlrecht genauso wie das Reichstagswahlrecht für indiskutabel als Ausgangspunkt für Gespräche über diesen Punkt. Führte man das allgemeine Stimmrecht in Preußen ein, so würde dies hier die Machtverhältnisse zwischen den Klassen völlig umgestalten, also die historischen Grundlagen revolutionieren, auf denen der preußische Staat stehe. Ich möge mir doch vergegenwärtigen, daß gerade in diesem Augenblick so viele Söhne des alten Adels ihr Blut für Deutschland hingäben. Wäre ein solcher Moment der geeignete, um den Junkern eine Schmälerung ihrer Rechte zuzumuten? Riezler bestritt nicht etwa, daß die Reform kommen werde und daß sie der Regierung ermöglichen müßte, gelegentlich auch einmal mit einer Linksmehrheit zu regieren. Doch er wollte mir und durch mich auch zweifellos anderen in die Erinnerung rufen, daß noch immer sehr einflußreiche Elemente eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie für untunlich ansähen und daß diese Partei die Reaktion stärken würde, wenn sie nicht mit sich handeln ließe. Mir war natürlich klar, daß Riezler sich zu mir anders geäußert hätte, wenn Bethmann gleich mir der Ansicht gewesen wäre, daß die ungeheuren Opfer an Blut — wahrhaftig nicht nur an blauem — gerade zugunsten der baldigen Zu-

Bethmanns im September/Oktober 1914 seine eigenen Überlegungen über den „Kurs der inneren Politik" zu Papier gebracht[58]. Hier plädierte er in der Wahlrechtsfrage nur für das Zugeständnis der geheimen und direkten Stimmabgabe. Die „Änderung des ganzen Wahlsystems" in Preußen sollte der Zukunft überlassen bleiben. Das war nicht viel. In deutlichem Unterschied aber zu jenem Entwurf des Kanzlerbriefes vom 19. September erklärte Riezler in dieser Denkschrift die „aristokratisch-militärische Grundlage" des preußischen Staates für überholt. Er hielt die Abschaffung aller Ausnahmeregelungen, die sich gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen richteten, für erforderlich, ob es sich um Polen, Dänen, Jesuiten oder Sozialdemokraten handelte, und er schlug vor, die höhere Beamtenlaufbahn für breitere Volksschichten zu öffnen, allerdings mit dem für Riezlers Denkstil charakteristischen Zusatz, wo Schranken bestehen bleiben müßten, sei „der Schein der Schranke zu beseitigen"[59]. Bei solchem Vorbehalt war der Klang der großen Worte, die Riezler gebrauchte, wenn er davon sprach, daß die durch den Krieg für die Nation gewonnenen Arbeiter jetzt auch für den Staat gewonnen werden müßten, nicht recht überzeugend. Und wenn er pathetisch an Bethmann Hollweg appellierte, initiativ zu werden und „selbst die Fahne der innerpolitischen Einigung" zu entfalten, so wirkte das Bild dieser Geste künstlich und übersteigert. Er hatte recht, und es war wohl auch selbstkritisch gemeint, wenn er — über dieser Denkschrift „brütend" — feststellte, daß „die Geste ... noch nicht gefunden" sei, auf keiner Seite[60].

Riezler ist sich in steigendem Maße der revolutionären Dynamik des Krieges bewußt geworden. Er hielt es für notwendig, diese Dynamik von Staats wegen aufzufangen und sie mit Hilfe substantieller Zugeständnisse zu kanalisieren. Scharf und eindeutig war er in der Verurteilung einer blinden Interessenspekulation der alten Oberschicht, die den nationalen Aufschwung vom August 1914 mit Unbehagen registriert hatte und auf einen Rückfall der Sozialdemokratie in die alte Staatsfeindschaft hoffte, um sich selbst von allen Zugeständnissen dispensieren zu können[61]. Und kommentarlos notierte er in seinem Tagebuch die für sich selbst sprechende infame Äußerung des kaiserlichen Flügeladjutanten Caprivi, der die Freiwilligenmeldung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Frank und dessen Tod bei den Kämpfen in Lothringen als „Trick" bezeichnete[62]. In Abwehr gegen den Annexionismus der Alldeutschen und

sage einer weitgehenden Wahlreform in Preußen sprachen." Mayer berichtete Eduard David über dieses Gespräch. Dazu dessen Kriegstagebuch, hrsg. Susanne Miller (1966), S. 119. — Conrad Haußmann gegenüber rühmte Riezler am 9. Mai 1916 die geschickte Behandlung von Sozialdemokratie und Gewerkschaften durch Bethmann Hollweg; vgl. Haußmann, S. 61 ff.

[58] Tgb. 25. 9. 1914 und ibid., Anm. 4.

[59] Vgl. die ähnliche Notiz Tgb. 24. 12. 1914.

[60] Tgb. 25. 9. 1914.

[61] Vgl. besonders die rückschauende Betrachtung in der beginnenden Kanzlerkrise, Tgb. 11. 3. 1917.

[62] Tgb. 13. 9. 1914; dazu ibid. Anm. 4, Riezler an Hammann, 12. 9. 1914.

gegen das Beharren der Oberschicht auf ihren Privilegien schloß sich für Riezler die äußere Kriegszielvorstellung des um Deutschland als Kern organisierten Mitteleuropa mit der Überzeugung von der Notwendigkeit tiefer innerer Veränderungen der Gesellschaft in einem Bilde zusammen. In der abgekürzten Sprache des Tagebuchs: „Es gibt nur eine Rettung, die liegt in den Vereinigten Staaten von Mitteleuropa mit Polen, getragen von den Arbeitermassen und einer übernationalen Bewegung."[63]

Das war als außen- und innenpolitische Programmatik die Quintessenz einer Reihe von Aufsätzen, die er im Jahre 1916 in dichter Folge veröffentlichte. Sie waren nach seinen beiden Vorkriegsbüchern die zweite Stufe einer zusammenhängenden Darlegung seiner historisch-politischen Vorstellungen. Diese Aufsätze wurden anonym veröffentlicht in der seit März 1916 in München erscheinenden Wochenschrift „Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung". Deren Zweck war, „Material für die kommenden Friedensverhandlungen und für die Diskussion darüber zu sammeln". Die „Frage eines mitteleuropäischen Zusammenschlusses" und die „Gestaltung der mitteleuropäischen Wirtschaft" sollten das Gesicht der Zeitung bestimmen[64]. Die Entstehung und Zielsetzung dieser Zeitschrift standen in sachlichem Zusammenhang mit der damals unter Beteiligung von Wahnschaffe, Hammann und Riezler offiziös betriebenen Gründung des „Deutschen Nationalausschusses für einen ehrenvollen Frieden". Er sollte ein Gegengewicht darstellen gegen den von dem Historiker Dietrich Schäfer geleiteten sehr aktiven Kreis von extremen Nationalisten, der sich als „Unabhängiger Ausschuß für einen deutschen Frieden" präsentierte. Der „Deutsche Nationalausschuß" suchte demgegenüber im Sinne Bethmann Hollwegs in der Kriegszieldiskussion eine mittlere Lösung zwischen Status quo und alldeutschem Annexionismus — sehr zum Mißfallen der Obersten Heeresleitung, die sich übergangen fühlte[65]. Zu den Gründungsmitgliedern gehörte Heinrich v. Frauendorfer, einer der beiden Herausgeber der Europäischen Staats- und Wirtschafts-Zeitung. Vor dem Kriege war er als bayerischer Staatsminister für Verkehrsangelegenheiten in politische Auseinandersetzungen geraten, nachdem er sich gegen ein Verbot des sozialdemokratischen Süddeutschen Eisenbahnerverbandes eingesetzt hatte[66]. Wegen die-

---

[63] Tgb. 22. 11. 1916.

[64] Frauendorfer an Lujo v. Brentano, München 18. 2. 1918, BA, Nachlaß Brentano.

[65] Dazu Nicolai, S. 114.

[66] In einem Bericht des Staatsministeriums für Verkehrsangelegenheiten an das Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußeren vom 2. 12. 1904 (GStA München MA I 741) findet sich folgende für das Denken Frauendorfers charakteristische Stelle: „Auf der anderen Seite aber bildet gerade eine selbständige und mächtige Arbeitsvereinigung, die wie der Süddeutsche Verband unter dem Einflusse des gemäßigteren Sozialismus *von Vollmar*'scher Richtung steht, ein nicht zu unterschätzendes Gegengewicht gegen die Ausbreitungsbestrebungen des Hamburger Vereins, der als norddeutscher Verband naturgemäß von der in Norddeutschland vorherrschenden utopischen und radikalen Strömung der Sozialdemokratie, die in *Bebel* ihre Verkörperung findet, beeinflußt wird ...

ser Frage war es 1912 zur Demission des Gesamtministeriums gekommen und in der anschließenden Landtagswahl zu Wahlbündnissen der liberalen Parteien mit den Sozialdemokraten gegen das Zentrum. Danach hatte das Zentrum die Wahl gewonnen, und Hertling war Ministerpräsident geworden. Mit einer Unterstützung durch die bayerischen Staatsbehörden konnte die neue Zeitschrift demnach nicht rechnen[67]. Der zweite Herausgeber, Edgar Jaffé, Professor an der Handelshochschule München, Sachverständiger beim Generalgouvernement in Brüssel und Mitherausgeber des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, hatte sich in verschiedenen Publikationen mit der Frage befaßt, welche Auswirkung der Krieg auf die Wirtschafts- und Sozialordnung in Deutschland haben werde. Er rechnete mit einer verstärkten wirtschaftlichen Funktion des Staates, deren Zweck im Unterschied zum „Manchestertum" der Sozialdemokratie „nicht die größere Glückseligkeit des einzelnen, sondern die Stärkung der organisierten Gesamtheit ... zu dem Ende größter Leistungsfähigkeit" sei, deren Erfolge dann erst indirekt auch dem einzelnen zugute kämen[67a]. Auf der Basis einer solchen Gemeinschaftsideologie plädierte er für die Schaffung von Reichsmonopolen, für ein über Deutschland hinausgreifendes geschlossenes Handelsgebiet, für eine Absage an das Prinzip der freien Konkurrenz, das „der innersten Wesenheit des deutschen Volkes" nicht entspräche[67b], für eine Mischwirtschaft aus unternehmerischen und staatswirtschaftlichen Elementen, auf die hin er die konservative Idee des sozialen Königtums, die katholische Wirtschaftsanschauung, zünftlerisch-mittelständische Forderungen und die genossenschaftliche Bewegung hin konvergieren sah. Er forderte die Mitbestimmung der Arbeiter für Organisation und Führung der Betriebe[67c] und ein aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern

---

Wie die Erfahrung der Jahrhunderte lehrt, können Volksbewegungen tiefgreifenden sozialen Charakters, wenn sie einmal einen gewissen Umfang gewonnen haben, durch Gewaltmaßregeln nicht mehr unterdrückt werden; ja es besteht sogar Gefahr, daß sie durch solche Maßnahmen gefördert und, weil in ihrer ruhigen Entwicklung gehemmt, zu einem revolutionären Abschlusse gedrängt werden."

[67] Die Zensurakte im Militärarchiv läßt erkennen, daß Versuche der EStWZ, eine bevorzugte Behandlung durch die bayerischen Behörden zu erlangen, ohne Erfolg blieben.

[67a] E. Jaffé, Die ‚Militarisierung' unseres Wirtschaftslebens, in: Archiv f. Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 40 (1915), S. 523.

[67b] Ibid., S. 537.

[67c] Diesen Gedanken entwickelte Jaffé in einem Aufsatz über „Die Vertretung der Arbeiterinteressen im neuen Deutschland" in einem von Friedrich Thimme und Carl Legien herausgegebenen Sammelband bürgerlicher und sozialistischer Verfasser über „Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland" (1915). Darin heißt es: „Das Interesse der Arbeiter an dem Gedeihen und damit an der richtigen Organisation und Führung der Betriebe ist mindestens ebenso groß wie das der Unternehmer oder der leitenden Beamten; es ist sicher größer und lebenswichtiger als das der lediglich mit ihren Kapitaleinschüssen beteiligten Aktionäre. Trotzdem entspricht der verhältnismäßige Anteil an der Leitung und Organisation der Unternehmungen nicht diesen Tatbeständen. Der Kapitalbesitzer hat auf dem Wege über die Generalversammlung, als Großaktionär durch die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat, eine einigermaßen seiner Bedeutung entsprechende Möglichkeit der Beeinflussung, die mit den Unternehmern liierten Banken oder Finanziers besitzen eine

zusammengesetztes „Berufsparlament". Jaffés Wirtschafts- und Gesellschaftskonzeption wie die der Europäischen Staats- und Wirtschafts-Zeitung überhaupt steht im Zusammenhang der gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen, die sich nach dem Kriege durchzusetzen suchten[67d]. Beide Herausgeber waren übrigens später Minister in der Revolutionsregierung von Kurt Eisner. In deren Zeitschrift also stellte Kurt Riezler seine machtpolitischen Kriegszielvorstellungen unter die Perspektive gesellschaftspolitischer Veränderungen. In seinem Nationsbegriff akzentuierte er dabei stärker, als er es 1913 in den „Grundzügen" getan hatte, die kosmopolitischen Bezüge, und in seinem Gesellschaftsbegriff gab er sozialistischen Zielsetzungen Raum.

Es trug der Zeitschrift sofort heftigen Protest ein, daß der anonyme Leitartikler Riezler entgegen den in der Kriegszeit aufgepeitschten nationalistischen Emotionen gleich in der ersten Nummer forderte, es käme darauf an, die „Gemeinsamkeiten der heute miteinander Kämpfenden" zu betonen[68]. Gerade jetzt im Kriege wollte Riezler den Staat an die „ethischen Urteile der Individuen" gebunden wissen, deren Bewußtsein bestimmt sei durch ein „gesteigertes Gefühl der Einheit der Menschheit". Überhaupt korrigierte er seine frühere Vorstellung von der Relation zwischen Nation und Menschheit. Indem Riezler sich daran erinnerte, daß die deutsche Nationsidee aus dem Kosmopolitismus des 18. Jahrhunderts entstanden sei, wurden ihm Nation und Menschheit zu Wechselbegriffen. „Der Gedanke der Nation" erschien ihm jetzt geradezu als „etwas ganz Belangloses, oder noch gar nicht über ein instinktives Zusammenhangsgefühl zum Gedanken Gelangtes, oder ganz Unsinniges, Pervertiertes, je nachdem, wenn er sich dazu versteigt, durchsetzen zu wollen, daß nur noch diese eine und neben ihr keine andere Nation existiert"[69]. Welch ein Abstand gegenüber der „Erforderlichkeit des Unmöglichen"! Hatte er doch damals in der Toleranz eines Volkes gegenüber anderen eine Ursache des Niedergangs sehen wollen, da jedes Volk an sich selbst als an das einzige wahre Volk glauben müsse[70]. Und während er früher mit dem Menschheitsbegriff lediglich die Zielrichtung bezeichnet hatte für das prinzipiell unbegrenzte Machtstreben der nationalen Organismen, so definierte er jetzt die Relation zwischen den beiden Begriffen von der anderen Seite her: „Nation ist von vornherein der Ausdruck für den Individualisierungsvorgang der Menschheit. Das Wort Nation hat also nur einen

---

solche oft sogar weit über die Grenze ihrer wirklichen Beteiligung hinaus. Die Arbeiterschaft aber entbehrt so ziemlich jeder Möglichkeit einer Einflußnahme ..." Jaffé, op. cit. S. 111.

[67d] Vgl. „Der Aufbau der Gemeinwirtschaft. Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums vom 7. Mai 1919" in: Deutsche Gemeinwirtschaft. Schriftenreihe hrsg. von E. Schairer, H. 9 (1919). Verf. Wichard von Moellendorff, unter Wissell Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium

[68] EStWZ 1 (11. 3. 1916); s. u. S. 509 ff.

[69] EStWZ 1 (26. 11. 1916) S. 1510; s. u. S. 673.

[70] Erforderlichkeit des Unmöglichen, S. 213.

Sinn, wenn man mehrere Nationen nebeneinander denkt und für notwendig hält."[71] Diesem neuen Verständnis der Nation entsprach es ebenso wie den nationalpolitischen Notwendigkeiten, wenn Riezler nach der Proklamation des polnisches Staates in Revision eigener früherer Anschauungen von Preußen jetzt eine positive Nationalitätenpolitik gegenüber den Polen in den Ostprovinzen verlangte[72].

Trotz dieses Abstandes von seiner früheren Position konnte Riezler immer noch von der „Unterwerfung des ganzen Planeten" als dem Ziel einer „durch den richtigen Begriff der Nation gezügelten und geleiteten Weltpolitik" sprechen[73]. Allerdings fügte er einschränkend hinzu: „nicht zugunsten einer einzigen Nation, sondern zur Erfüllung des Menschheitszweckes". Was hat sich Riezler bei diesen Widerprüchen gedacht? Hat er überhaupt die Herrschaft über den Planeten durch eine einzige Nation — wenn auch nicht ausschließlich zugunsten dieser einen Nation — für möglich gehalten? Und hat er geglaubt, daß eine solche Herrschaft Deutschland zufallen könnte?

Hier ist zunächst daran zu erinnern, daß nach seiner theoretischen Ausgangsposition die Idee der Weltherrschaft für die Nationen als Äußerung ihres missionarischen Selbstbewußtseins erforderlich, daß sie aber praktisch unmöglich ist, da die Vorstellung einer einzigen beherrschenden Weltmacht im Widerspruch steht zum Begriff der Macht, die ihrem Wesen nach antagonistisch ist[74]. Diesem theoretischen Begriff einer notwendigen Mächtepluralität entspricht das Bild der Welt, wie es Riezler sich für die Zeit nach einem deutschen Siege, d. h. nach Errichtung der deutschen Hegemonie über Mitteleuropa, vorstellte[75]. Für Rußland, so meinte er, stünden große innere Umwälzungen bevor, aber abgesehen von Polen und dem Baltikum sei „der Zusammenhalt des russischen Volkes und Reiches doch ein außerordentlich starker". Es werde seinen Anspruch auf Zugang zum freien Meere verwirklichen. Für Frankreich, das als staatlicher Organismus die Bewährungsprobe des Krieges bestanden habe, erwartete er eine stärkere Industrialisierung. Dabei werde es in einen engen Verkehr mit Mitteleuropa treten bei Wiederaufleben der alten Interessengegensätze zu England. Insgesamt werde die heroische Anstrengung des Krieges in Frankreich einen inneren Regenerationsprozeß einleiten. Auch für Italien rechnete er mit einer Orientierung auf das mitteleuropäische Kraftzentrum hin. Was England anging, so stellte er fest, daß das britische Reich keinerlei Auflösungstendenzen zeige. Durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht wüchsen England neue militärische und moralische Kräfte zu. Die entscheidenden Kämpfe stünden noch bevor. Das Ziel des Krieges mit dieser Weltmacht beschränkte sich für ihn auf die Sicherung der Freiheit

[71] EStWZ 1 (26. 11. 1916), S. 1510; s. u. S. 673.
[72] EStWZ 1 (23. 10. 1916), S. 1359; s. u. S. 603. Vgl. o. S. 38 f., Anm. 21.
[73] EStWZ 1 (26. 11. 1916), S. 1510; s. u. S. 673.
[74] Erforderlichkeit des Unmöglichen, S. 229 f.
[75] „Wo stehen wir", EStWZ 1 (11. 3. 1916); s. u. S. 509 ff.

der Meere. Gegenüber dem im Fernen Osten erstarkenden Japan werde Deutschland gut daran tun, seine Interessen zurückzustecken, weil es seine „weltpolitischen Kräfte" konzentrieren müsse und weil ein zukünftiges Japan einen Teil der Macht der Vereinigten Staaten binden werde. Diese würden durch ihre „tiefer liegenden Interessen" an die Seite der Gegner Deutschlands gedrängt. Riezler nahm an, daß die USA, ob sie offen in den Krieg einträten oder nicht, wirtschaftlich gestärkt aus ihm hervorgehen würden. Der südamerikanische Markt z. B. werde ihnen zufallen, nachdem sich die beiden Hauptkonkurrenten England und Deutschland im Kriege gegenseitig geschwächt hätten. Fazit: Das hier von Riezler skizzierte Bild der Staatenverhältnisse, wie es als Ergebnis des Krieges erwartet wurde, zeigt das von Deutschland geführte Mitteleuropa als Macht unter Mächten. Es entspricht dem Weltbild der Neurankianischen Historiker, die das europäische Staatensystem durch ein Weltstaatensystem überlagert und abgelöst sahen. Aus gelegentlichen Äußerungen Riezlers ergibt sich, daß er die relative Stärke Europas in diesem System nicht besonders hoch einschätzte, im Gegenteil: Europa werde „Amerikas wegen . . . nach dem Kriege sehr schwach sein"[76]. Wir können also feststellen: weder in der Theorie Riezlers noch in dem Erwartungshorizont seiner konkreten Prognose war Raum für eine deutsche Vorherrschaft über die Welt. Wenn er dennoch der Überzeugung war, zum Sinn des Krieges gehöre der „Kampf mit England um die Weltherrschaft"[77] und das deutsche Volk müsse sich „an das Gesicht der Weltherrschaft" gewöhnen[78], so hieß das konkret: Deutschland muß, um die in ihrem Ende unabsehbare Rivalität mit England bestehen zu können, in der Gestaltung seines mitteleuropäischen Herrschaftsbereiches ähnlich wie jenes in seinem Weltreich Methoden der indirekten Herrschaftsausübung erlernen, die den Beherrschten einen Bereich der Eigenständigkeit und Freiheit lassen. Damit würde das neue Deutschland, wenn es ihm gelänge, einen solchen Herrschaftsstil zu entwickeln, hinter die sich selbst genügende territorialstaatlich militärische Herrschaftsform Preußens zurückgreifend, an ältere universalistische Reichstraditionen anknüpfen[79]. Publizistisch, nach außen hin, vertrat Riezler die Verwirklichung von Völkerfreiheit geradezu als eine besondere deutsche Aufgabe: „Jede Nation achtet sich selbst in der sorgsamen Schonung der anderen Völker. Nicht mehr schrankenlose Ausdehnung der Herrschaft eines Volkes über die anderen, sondern Gemeinbürgschaft der verschiedenen Völker für ihre Existenz und die in ihnen lebenden kulturellen Ideen gegenüber dem Ansturm großer nivellierender Weltreiche: das ist die Idee, die aus dem in diesem Kriege im Keime entstandenen neuen Mitteleuropa sich erhebt."[80] Solche Sätze erinnern an die „deutsche Sendung", um deren Formulierung sich liberale und konservative Professoren als Gegenideologie gegen den Westen im

[76] Tgb. 8. 11. 1914. [77] Tgb. 1. 8. 1916. [78] Tgb. 21. 8. 1914.
[79] EStWZ 1 (16. 11. 1916), S. 1440 f., s. u. S. 619—623; ähnlich Tgb. 22. 11. 1916.
[80] EStWZ 1 (16. 11. 1916), S. 1439, s. u. S. 618.

Kriege bemühten[81]. Sie stellen die propagandistische Nutzanwendung von Leitsätzen dar, die er selber gelegentlich für die Handhabung der Pressezensur aufgestellt und in denen er verkündet hatte, der deutsche Sieg bedeute „für die fremden Völker die Freiheit von russischer Despotie und englischer Welthegemonie und nicht Unterdrückung“[82]. Riezler glaubte aber selber nicht recht an das, was er verkündete. Er hat sich in seinen Tagebüchern mit einem gehörigen Schuß Sarkasmus von seiner eigenen Ideologie distanziert. Zum Gesicht der Weltherrschaft gehörte für ihn Einsicht in die Macht der Scheinbarkeiten, Beherrschung der Methoden von Freiheits- und „Kulturklimbim“, Verzicht auf Säbelgerassel und Gefühl für die stillen Methoden der Machtausübung. Solche Einsichten und Attitüden müsse das deutsche Volk lernen. Das sei erforderlich. Aber dieses Erforderliche — so könnte man in Umkehrung seines Buchtitels die Quintessenz seiner Tagebuchaussagen über Weltherrschaft zusammenfassen — war unmöglich: Denn sich an das Gesicht der Weltherrschaft zu gewöhnen, ist für den Deutschen schwierig[83], er hat kein Talent dazu[84], zum Kampf um die Weltherrschaft sieht sich der Deutsche gegen seinen Willen gezwungen[85], und dem Kanzler selbst, dem es obläge, eine entschiedene Führungsrolle zu übernehmen, ist Weltherrschaft „traditionell unsympathisch“[86].

Hier meldet sich Kritik an dem von ihm so verehrten Bethmann Hollweg an. „Ein wirklich dezidiert aktiver Zug, eine leidenschaftliche Aktion ist nicht in unserer Politik“, stellte Riezler angesichts der Halbheiten und des unentschlossenen Hin und Her in der polnischen Sache resigniert fest[87]. Der Krieg hatte sich in den beiden Jahren seit dem Scheitern der Marneschlacht nicht günstig weiterentwickelt. Zwar behaupteten sich Deutschland und seine Bundesgenossen. Man hielt Belgien und Polen als Unterpfand des künftigen Mitteleuropa fest in der Hand. Aber um die machtpolitischen Voraussetzungen für die endgültige Selbstbehauptung dieses sich abzeichnenden Mitteleuropa unter deutscher Führung zu schaffen, forderte Riezler innenpolitisch den Durchbruch nach vorne auf der Basis eines klaren gesellschaftspolitischen Programms, heraus aus den Halbheiten und Unklarheiten, die dazu geführt hatten, daß die „besonnene Machtpolitik“ Bethmann Hollwegs der Linken suspekt erschien, weil sie „Machtpolitik“, während sie der Rechten nicht paßte, weil sie „besonnen“ war[88]. Riezler forderte das Ende des Burgfriedens, die offene Auseinandersetzung um die äußeren und innerpolitischen Kriegsziele[89]. Er beschwor den Kanzler, die Konsequenzen aus der Erkenntnis zu

---

[81] Vgl. L. Dehio, Gedanken über die deutsche Sendung, in: ders., Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert (1955).

[82] S. o. S. 55, Anm. 24. [83] Tgb. 21. 8. 1914. [84] Tgb. 13. 12. 1914. [85] Tgb. 4. 10. 1915. [86] Tgb. 16. 7. 1915. [87] Tgb. 22. 11. 1916. [88] EStWZ 1 (17. 6. 1916); s. u. S. 568 ff.

[89] Diese Forderung wird im Kriegstagebuch schon am 2. 12. 1915 notiert. S. auch Tgb. 19. 2. 1916. Die öffentliche Diskussion der Kriegsziele wurde mit gewissen Einschränkungen am 27. 11. 1916 freigegeben. Nach Riezlers Meinung sollte die Freigabe der

ziehen, daß Machtpolitik nur mit den Massen und nicht gegen ihre Interessen geführt werden konnte. Die Achtung nationaler Eigenständigkeit in einem neuen Europa als Voraussetzung deutscher Machtpolitik sah Riezler eher mit Hilfe der politischen Linken als mit der Rechten gewährleistet. Deshalb sein Kalkül mit einer übernationalen Massenbewegung der Arbeiter und seine Erwartung, daß „eine furchtbare Dämmerung des Nationalismus" kommen werde[90]. Riezler bot dem Kanzler hierfür drängend und werbend den Grundriß eines Programms an, in dem sich die machtpolitische Perspektive Mitteleuropas mit der gesellschaftspolitischen des Sozialismus verband.

Dieses Programm entwarf er in den Eingangsnummern der Europäischen Staats- und Wirtschafts-Zeitung, besonders in zwei Aufsätzen über „Weltpolitik und Sozialismus"[91]. Dahinter stand die Überzeugung, daß die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft zwangsläufig in Richtung des Sozialismus verlaufen werde[92]. Er stellte die Prognose, daß die kriegswirtschaftlichen Lenkungsbefugnisse des Staates bei der späteren Umstellung auf die Friedenswirtschaft nicht rückgängig gemacht werden könnten. Riezlers Sozialismusversion war primär gemeinwirtschaftlich[93]. Aber er dachte auch an eine Vergesellschaftung von Produktionsmitteln. So hielt er es für unvermeidlich, daß die gesamte Energiewirtschaft in den Besitz der Allgemeinheit kommen werde. Er dachte über ein notwendiges Kohlenhandelsmonopol hinaus an eine mögliche Verstaatlichung der Kohlenbergwerke[94]. Um eine Gleichmäßigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung in Mitteleuropa zu gewährleisten, sei die Bildung übergreifender staatlich gelenkter Kartelle erforderlich. Im Interesse der Konsumenten wie der Arbeiter könne aber die große Macht, die sich in solchen Kartellbildungen verkörpere, nicht in die Hände von privaten Interessenten gegeben werden. Er hielt es für unmöglich, „daß die ungeheueren Anstrengungen, welche von ganzen Völkern bei dieser Umordnung ihrer Volkswirtschaft und bei dem Ausgleich ihrer Volkswirtschaft unternommen werden, nicht notwendigerweise als Konsequenz haben werden, daß die Allgemeinheit auch die Hand über den so entstehenden neuen Wirtschaftsbildungen behalten wird". Auf die Frage, wie das Verhältnis privatwirtschaftlicher

---

Kriegszieldiskussion auch für den Pazifismus gelten; s. Aufzeichnung des Kapitäns z. See Boy-Ed in: Militär und Innenpolitik, S. 447, Anm. 8.

[90] Tgb. 22. 11. 1916.

[91] EStWZ 1 (30. 3. u. 6. 4. 1916); s. u. S. 541 ff.

[92] Tgb. 26. 3. 1915.

[93] Erster Niederschlag solcher Gedanken Tgb. 7. 10. 1914 anläßlich eines Besuchs des Vizekanzlers v. Delbrück im Großen Hauptquartier; vgl. dazu ibid. Anm. 2. Gelegentlich spricht Riezler von „Staatssozialismus", Tgb. 26. 3. 1915. Die Idee einer staatlich kontrollierten zukünftigen „deutschen Gemeinwirtschaft" mit gemischten Unternehmungen unter Mitbeteiligung von Staat oder Kommunen vertrat auch der dem Deutschen Nationalausschuß angehörende Adolf v. Harnack in: An der Schwelle des dritten Kriegsjahres. Rede gehalten am 1. August 1916 in der Philharmonie zu Berlin (1916), S. 12 f.

[94] EStWZ 1 (6. 4. 1916), S. 185.

und sozialistischer Elemente in der kommenden Gesellschaft sein werde, gab er die Antwort, daß die sozialisitischen Elemente „wohl immer mehr das Vorherrschende sein und damit der kommenden Epoche im Gegensatz zu früheren die charakteristische Gestalt und Färbung geben" würden[95]. Er wog die den Sozialismus fördernden und hemmenden Kräfte gegeneinander ab. Die konservativen Parteien, ökonomisch bestimmt durch den landwirtschaftlichen Großgrundbesitz und durch bestimmte Kreise des industriellen Unternehmertums mit ihren Hilfskräften in Kirche, Beamtenschaft und der militärischen Führungsschicht besäßen einen an ihrer Zahl und ihrer Vermögenskraft gemessen unverhältnismäßig hohen Einfluß auf den Staat. Den Grund hierfür sah Riezler darin, daß gerade diese Kreise „dem Staate für seine reinen Machtzwecke auch nach außen hin am leichtesten die Mittel aus dem gesamten Volksvermögen zur Verfügung" stellten[96]. Er malte dann eine zukünftige Möglichkeit aus, die man als die faschistische Alternative der Entwicklung bezeichnen könnte. Sie bestand darin, daß sich die konservativen Beherrscher des Staates „scheinbar sozialistischer Formen" der Wirtschaft bedienen könnten, um sie mit einem Geiste zu erfüllen, der sie erst recht ihren Interessen dienstbar machen würde. Um diese Alternative zu vermeiden und um die effektive Ablösung der gegenwärtig den Staat beherrschenden konservativen Schichten auch tatsächlich herbeizuführen, war aber nach Riezler bei den Sozialdemokraten und ihren potentiellen liberalen Bundesgenossen die Entwicklung eines positiven Verhältnisses zum Staat, zu seiner Selbstbehauptung und äußeren Machtentfaltung erforderlich. Das Verständnis des Staates als einer Macht, die sich nach außen entfalten will, die Lehre vom Primat der Außenpolitik war für Riezler in der Tradition des Historismus der Angelpunkt auch seiner Sozialismusprognose. Er wußte, daß Revolutionen als „Umwälzungen des politischen Überbaus" das Ergebnis gesellschaftlicher Veränderungen sind und dort eintreten, wo wie in Frankreich 1789 eine erstarrte staatliche Tradition diesen Veränderungen nicht nachzukommen vermag. Die prima causa dieser Veränderungen selbst aber sah er im Krieg. Aus der Entstehungsgeschichte des Feudalismus und des Kapitalismus glaubte er ablesen zu können, daß stets „der Krieg der Geburtshelfer der neuen Gesellschaften gewesen" sei[97]. Nichts von dem humanen und christlichen Motivationshintergrund der bürgerlichen Sozialreformer wird in den Sozialismusreflexionen Riezlers spürbar, nicht in seinen Kriegsaufsätzen und nicht in seinem Tagebuch. Wo er über persönliche Begegnungen mit sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführern berichtet, geschieht es leicht in einem herablassend patronisierenden Ton. Gewerkschaftler, z. B. die zu Bethmann kamen, unter ihnen Leipart, der seinen einzigen Sohn bei Ypern verloren hatte, hinterließen den Eindruck, daß es „Kerle" mit Idealismus seien[98]. Nachdem jene Aufsätze über

[95] EStWZ 1 (30. 3. 1916); s. u. S. 541 ff.
[96] EStWZ 1 (6. 4. 1916), S. 186.
[97] EStWZ 1 (30. 3. 1916), S. 128; s. u. S. 545.
[98] Tgb. 4. 3. 1915.

Weltpolitik und Sozialismus erschienen waren, sprachen Riezler und Frauendorfer mit Gewerkschaftsführern über die Monopole. Riezler war angetan. Er fand, es seien „ausgezeichnete Kerle", die ihn sogar an die „echten alten Preußen" erinnerten[99].

Dem Kanzler hat Riezler seine wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Perspektiven vorgetragen mit der radikalen Quintessenz, daß „Ostelbien gebrochen" und der Schwerindustrie die „Unterlage ihres Machtbewußtseins", die Verfügung über Rohstoffe, weggenommen werden müsse, um die „Herrschaft eines Dutzend hinter den Kulissen" zu verhindern[100]. Würde aber die Sozialdemokratie der ihr von Riezler zugedachten historischen Aufgabe gerecht werden? Würde die Spaltung der Partei bei den Mehrheitssozialdemokraten den Weg frei machen für die Entwicklung eines klaren Staats- und Machtwillens? Riezler hatte nur wenig Hoffnung. Zwar habe sich seit dem August 1914 gezeigt, „daß die Sozialdemokratie das Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich läßt". Aber dieses „Defensiv-Prinzip" war nach Riezler nicht genug. Und daran, daß die Sozialdemokratie über das Status-quo-Denken hinaus dem Kriegsziel der mitteleuropäischen Machtkonsolidierung des Reiches zustimmen würde, war im Grunde nicht zu denken[101].

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß Riezler einen Brückenschlag zwischen den in der deutschen Geschichte antagonistischen Strömungen des Nationalismus und Sozialismus forderte. Dieses „deutsche Programmm" erinnert an die nationalsoziale Bewegung Friedrich Naumanns, nur daß Riezler, der sich gelegentlich auf Naumann berief, entschiedener bereit war, sozialistische Konsequenzen aus der machtpolitischen Bejahung der Demokratie zu ziehen.

Aber der Kanzler folgte ihm hierin nicht. Zwar notierte sich Riezler im Laufe der Jahre zahlreiche Äußerungen Bethmann Hollwegs, die erkennen lassen, daß er es nicht für möglich hielt, ein zukünftiges Deutschland ohne tiefgehende Änderung der Machtverhältnisse zu entwickeln; zwar wurden ihm Junker und Industrielle mehr und mehr zum Inbegriff einer Verhaltensweise, mit der sich deutsche Politik nicht machen ließ, während die breiten Schichten des Volkes, die die Last des Krieges trugen, sein Herz gewannen. Aber Riezler spürte, wie Bethmann mehr und mehr zwischen die Fronten geriet, trotz einiger rhetorisch glänzender Anläufe, die Massen von rechts und links hinter sich zu bringen[102]. Und angesichts der Zukunftsperspektiven, die ihm Riezler in immer erneuter Bemühung vor Augen führte, winkte er resigniert ab: „Bei dem ganzen Aufbau des Staates ist nicht viel mehr als ein Vermitteln möglich, ohne Vorangehen im Kampf."[103] Er wußte, daß die Welt, der er angehörte, zugrunde ging, und die neue, die kommen könnte, vemochte er nicht in seinen Willen aufzunehmen. So stellte Riezler seine „steigenden Einwände gegen

[99] Tgb. 7. 7. 1916. [100] Tgb. 14. 6. 1916. [101] EStWZ 1 (6. 4. 1916).
[102] Z. B. Bethmann Hollwegs Reichstagsreden vom 5. u. 6. 6. 1916; s. Tgb. 17. 6. 1916.
[103] Tgb. 25. 1. 1917.

den so vortrefflichen Kanzler" fest, dem das „dämonisch Aktive" fehle[104]. „Entwurf glänzend — Ausführung schwach", so formulierte er seine Kritik an Bethmann Hollweg ein andermal, der ganz und gar nicht das war, was Riezler — am Wort sich berauschend — in dieser Umbruchszeit von einem politischen Führer für Deutschland erwartete: „Posaune der Zukunft" zu sein[105] und zu wirken wie eine „in die Welt geschleuderte Granate"[106].

Wie stand es aber mit Riezler, wenn man ihn an seinen eigenen starken Worten mißt? Wie weit war er selbst in Übereinstimmung mit der machtpolitischen und gesellschaftspolitischen Zukunftsvision, auf die hin er den Kanzler zu aktivieren suchte? Was das Konzept Riezlers in seinen sachlichen Zielvorstellungen angeht, so ist hier eine große Folgerichtigkeit festzustellen, bei allen situationsbedingten Schwankungen im einzelnen. In der Beziehung zu Belgien etwa konnte er sich über ein bloß völkerrechtliches Verhältnis hinaus eine lockere verfassungsmäßige Bindung an das Reich denken, wenn er auch diesen im Februar 1915 formulierten Gedanken später nicht weiter verfolgt hat[107]. Als man in der allgemeinen militärischen Ratlosigkeit des Jahres 1915 nach Sonderfriedensmöglichkeiten in Ost und West Ausschau hielt, wäre er — den Vorstellungen Bethmanns entgegenkommend — bereit gewesen, Teile Belgiens an Frankreich zu geben und es auf einen flandrischen Reststaat zu reduzieren[108]. Spätere Tagebuchnotizen[109] lassen erkennen, daß er einer flämisch-wallonischen Teilung zustimmte, wie sie in der deutschen Verwaltungspraxis in Belgien tatsächlich vorbereitet wurde. In den Aufsätzen des Jahres 1916 erschien seinem Grundkonzept entsprechend Belgien wieder als ein indirekt beherrschtes Land, ohne daß hier noch die Rede gewesen wäre von dessen Erweiterung durch das französische Flandern. Er war aber auch bereit, Belgien ganz und gar herauszugeben, falls sich dies als der einzige Weg zeigen sollte, der zum Frieden führte[110]. Sein Wunschbild blieb bei alledem die indirekte Zuordnung dieses Landes zum Reich. Auch seine Vorstellungen über das Schicksal Polens schwankten im einzelnen. Er hielt die austropolnische Lösung ebenso wie ein deutsch-österreichisches Kondominium für schlecht, aber konnte beides als Möglichkeiten für den Augenblick akzeptieren, sei es, daß er für später an einen engeren deutsch-österreichischen Bund dachte, der den deutschen Einfluß auf ganz Polen sicherte, sei es, daß er mit dem Gedanken einer Auflösung Österreich-Ungarns spielte[111], durch die Polen dann in den deutschen Herrschaftsbereich fallen würde. Notfalls aber hielt er es für gerechtfertigt, wie Belgien im Westen so Polen im Osten als Kaufpreis für einen Sonderfrieden herzugeben[112]. Ebenso war seine Mitteleuropavorstellung offen. Es

[104] Tgb. 19. 1. 1916.
[105] Tgb. 17. 2. 1915.
[106] Tgb. 28. 4. 1915.
[107] Denkschrift vom 15. 2. 1915; s. u. Dok. 1.
[108] Tgb. 16. 10. 1915.
[109] Tgb. 10. 3. 1916, 18. 2. 1917, 24. 2. 1917.
[110] Tgb. 14. 6. 1917.
[111] S. u. S. 81 f.
[112] Zu dieser Formel Tgb. 12. 6. 1916.

stand für ihn weder der territoriale Umfang fest — zeitweilig dachte er an Einbeziehung Frankreichs oder auch Skandinaviens oder gar eines im Rahmen des vielvölkischen Habsburger Reiches zu verwirklichenden großserbischen Nationalstaates — noch die Art der zollpolitischen Bindungen; er schwankte zwischen Zollunion und Vorzugszöllen. Aber auf den Grundgedanken kam er immer wieder zurück: die Voraussetzung für eine zukünftige deutsche Weltmachtstellung blieb für ihn das um Deutschland gruppierte Mitteleuropa.

Mit der gleichen Beharrlichkeit hat er gegenüber Bethmann Hollweg seine Vorstellung von einer notwendigen und zu befördernden gesellschaftspolitischen Umschichtung, einer wirtschaftspolitischen Sozialisierung und einem innerpolitischen Machtwechsel vertreten, obwohl er in der zunächst praktisch anstehenden Frage der preußischen Wahlrechtsreform die taktisch bedingte Abfolge der einzelnen zögernden Schritte Bethmann Hollwegs mitvollzog.

Dennoch hat diese ganze Vorstellung etwas Unverbindliches. Sie wirkt konstruiert und unrealistisch. Denn der Gedanke eines föderativen Europa unter deutscher Hegemonie[113] steht bei Riezler gegen besseres Wissen und das Gesellschaftsbild gegen seine innere Neigung. Er glaubte im Grunde so wenig wie Bethmann Hollweg daran, daß Deutschland zur Herrschaft berufen sei, daß die Deutschen imstande seien, das Verhältnis von Macht und Geist zu lösen. Er fürchtete, daß im Streben nach Weltherrschaft das deutsche Volk sich selber verlöre[114]. Und was sein Verhältnis zu den Arbeitern anlangte, so sagte ihm Bethmann Hollweg einmal unter dem Eindruck einer gemeinsamen Besprechung mit Gewerkschaftlern auf den Kopf zu, er sei ja „gar nicht demokratisch". Riezler gab ihm recht. „Mir ist die neue Entwicklung", so notierte er, „aber auch die längst vor dem Krieg begonnene im Grunde ein Greuel. Es kommt die Zeit der Schönheit der Massen. Das Individuum nur mehr möglich als Träger oder Führer von Massengefühlen. Nichts mehr von der Pracht des Singulären."[115] In tiefster Seele stand er der Welt, in der er lebte und die er in ihren Notwendigkeiten zu erkennen bemüht war, fremd gegenüber.

Eine Gestalt „aus dem Kreise des Lorenzo di Medici in unserer Mitte, in diese unsere Zeit beurlaubt", so hat Theodor Heuss seinen Freund gesehen, wenn über „die schöne Landschaft seines Antlitzes mit ihrer durchgeistigten und souveränen Kühnheit . . . in müden Stunden dann doch auch die Wolken der Resignation hinweggingen"[116]. Selbstkritisch hat Riezler mitten in der Geschäftigkeit des Großen Hauptquartiers diese Fremdheit festgestellt: er sei „infolge der Philosophie doch entsetzlich blasiert in politischer Beziehung — eigentlich immer noch so träumerisch unin-

[113] Tgb. 7. 7. 1915; s. u. S. 56 f., 67 ff.

[114] Tgb. 11. 10. 1914 und zur Kommentierung dieser Stelle Erdmann, Zur Beurteilung Bethmann Hollwegs, S. 539 f.

[115] Tgb. 4. 3. 1915. [116] Th. Heuss, Gedenkwort, S. 15 f.

teressiert“[117]. Überhaupt zieht sich durch das Tagebuch, im Unterschied zu dem zur Schau gestellten Optimismus seiner Zeitschriftenaufsätze aus der Kriegszeit, ein Ton von Hoffnungslosigkeit. Der Grund dafür ist aber nicht nur die Illusionslosigkeit, mit der er, in der menschlichen Nähe zum illusionslos schwerblütigen Kanzler lebend, die Ausweglosigkeit der tatsächlichen deutschen Situation sich klar machte, um sie dann in kühnem gedanklichen, gewaltsamen Entwurfe zu überspringen. Das Bild der Welt als solcher, wie sie sich dem Philosophen Riezler darstellte, ließ keinen Raum für die Hoffnung.

Es sind aus dem Kriege keine philosophischen Aufzeichnungen überliefert, aber verstreute Notizen in den Tagebüchern sind aufschlußreich. Wenn das „Prinzip Hoffnung“, in der jüdisch-christlichen Prophetie und Eschatologie verankert, seinen Doppelausdruck gefunden hat in heilsgeschichtlichen oder universalgeschichtlichen Entwürfen eines sinnerfüllten Weltzusammenhangs, so sagte sich Riezler von dieser theologisch-philosophischen Überlieferung los. Er las Hegel und fand ihn „grandios“, aber „durchaus verdammenswert — schließlich ein elendes Ruhebett, gemacht für trostbedürftige Gemüter. Alles einzelne ist von sich aus gesehen im Recht, das Ganze nie, es ist Resultat der Verkettung des elenden Zufalls ...“ Er möchte „den Dingen die Maske von dem rohen Antlitz reißen“ und dem Hegelschen Weltsinn „die wahrhaft tragische Weltanschauung, hart und roh und trostlos“, entgegensetzen[118]. Er hielt die christliche Weltdeutung für eine „Benebelung des Urteils“: es sei schief zu glauben, daß eine von Gott geschaffene Welt — „glatt, eben und schön“ — durch menschliche Schuld in Unordnung gerate. Denn ihm erschien Gott „mit sich selbst uneins“. Gegen christliche Theologie und idealistische Philosophie vollzog er in der Nachfolge Nietzsches die Wendung zur Tragödie und zum griechischen Mythos als des „Symbols des vielfachen inneren Zwiespaltes der Gottheit“.

Der modernen Flucht in den Mythos haftet immer ein sentimentalischer Zug an. Es ist eine Weltschau des Als ob, eine bewußt angenommene Attitüde, oder — um es mit Schlüsselworten aus der Sprache Riezlers zu sagen — Pathos, Gebärde, Scheinbarkeit. War die politische Vision Riezlers eine Fata Morgana oder eine reale Utopie, ein Gaukelbild des Scheins oder ein praktikabler Handlungsentwurf? Hätte er es nicht sehen müssen, daß weder für Belgier und Polen noch für die politische Linke in Deutschland ein kaschierter Imperialismus in Gestalt eines wiederbelebten europäisch umgedeuteten Reichsmythos tragbar war? Er hat es sich selber deutlich genug eingestanden, daß etwa diese deutsche Idee, mit der man den Briten „den Freiheitswind aus den Segeln nehmen“ wollte[119], ebenso wie die Polenkonstruktion Verlegenheitslösungen waren, an denen man im Kriege hoffnungslos herumbastelte, weil man in den Krieg hineingegangen war, ohne vorher zu wissen, was man konkret erreichen wollte[120]. So orien-

[117] Tgb. 25. 9. 1914. [118] Tgb. 31. 5. 1915. [119] Tgb. 25. 9. 1914. [120] Tgb. 18. 8.1914.

tierte sich denn Riezler, aus seinen „Scheinbarkeiten" zurückgerufen, zuletzt doch an der Politik Bethmann Hollwegs, an seiner nüchternen pragmatischen Art, die Dinge zu sehen. Er wußte, daß es zu Bethmann Hollweg keine Alternative gab. Darum hielt er ihn bei allen Vorbehalten für ein „Geschenk des Himmels"[121]. Er wurde für ihn als Charakter und Intelligenz zur Kontrastfigur schlechthin gegenüber all den menschlichen Unzulänglichkeiten, die er ringsum in der militärischen, staatlichen und parlamentarischen Führungsschicht beobachtete. Das offizielle Deutschland bietet in den Figuren, wie sie Riezler in seinen Notizen vor sich aufbaut, ein Panorama der Dummheit, Absurdität, Eitelkeit und Intrige: Am Kaiserhof ist man so ungebildet, daß in einem offiziellen Schriftstück die Anspielung auf Dürers Ritter, Tod und Teufel wegfallen muß, weil niemand weiß, worum es sich dabei handelt[122]. Der Bayernkönig, der „alte Esel"[123], kann nicht davor bewahrt werden, daß er den alldeutschen Intriganten auf den Leim geht. Bülow, der „schleimige Gaukler", bringt es mit der Neuauflage seines Buches über die deutsche Politik fertig, daß die Presse, daß Konservative, Alldeutsche und Liberale wie „Kröten und Frösche laut quakend vor Freude in den langentbehrten Sumpf dieser Phrasen hüpfen"[124]. Tirpitz, der „Vater der Lüge", hat nichts anderes im Sinn, als durch Diffamierung des Kanzlers von dem Desaster seiner eigenen Flottenpolitik abzulenken. Das Militär ist infiziert von der „Dummheit uniformierter Sozialistenfresser"[125]. Im Hauptquartier feiert „der Begriff des rein Militärischen ... Orgien"[126]. Falkenhayn, „nicht ohne Genialität", aber dabei „ungezogen, taktlos, ungebildet, leichtfertig"[127], „ganz unpolitisch und ohne Urteil"[128], wird eben darum auf Betreiben Bethmann Hollwegs durch Hindenburg und Ludendorff abgelöst. Man kam vom Regen in die Traufe. Riezler war anfangs von dem Heerführer im Osten ganz beeindruckt. Er testiert ihm „ruhige Größe ohne Genialität, Nerven, Gottvertrauen"[129], weniger Talent als Charakter[130]. Später heißt es vom Chef der Heeresleitung: „Hindenburg unterschreibt alles"[131], nämlich was Ludendorff ihm vorlegt. Dieser ein großer Stratege? Vielleicht, aber „politisch ahnungslos und überaus ungebildet, nervös und jäh", würde er, „wenn frei losgelassen Deutschland binnen kurzem in den Abgrund stürzen"[132]. Unter den Parlamentariern hält er die Konservativen für unbelehrbar und die Nationalliberalen für „Trottel"[133], besonders Bassermann, „eine eitle Blase", die „platzt, wenn man sie ansticht"[134]. Selbst von den Parlamentariern der Mitte erhält nur der Fortschrittler Haußmann, den er in seinen Briefen als verehrter oder lieber Freund anredet, einmal ein karges Lob[135]. Eine Zentrumsfigur wie der „betrieb-

---

[121] Tgb. 6. 7. 1916. [122] Tgb. 28. 7. 1915. [123] Tgb. 10. 6. 1915.
[124] Tgb. 4. 7. 1916. [125] Tgb. 23. 7. 1914. [126] Tgb. 20. 9. 1914.
[127] Tgb. 16. 10. 1915. [128] Tgb. 22. 11. 1914. [129] Tgb. 23. 12. 1914.
[130] Tgb. 15. 8. 1915. [131] Tgb. 22. 11. 1916. [132] Tgb. 22. 11. 1916; vgl. auch Tgb. 11. 3. 1917.
[133] Tgb. 17. 12. 1915. [134] Tgb. 15. 8. 1915.
[135] Korrespondenz im Nachlaß Haußmann. Sie beginnt 1915 und intensiviert sich nach

same Erzberger"[136] lag ihm ganz und gar nicht, und die mit Wohlwollen bedachten rührenden „Kerle" oder „Leute" von der Linken waren nicht mehr brauchbar, seit sie durch die russische Februarrevolution „eine rote Wolke in die Nase gekriegt" hatten[137]. Und welches Bild bietet ihm die höhere Beamtenschaft? Helfferich, „sehr klug, aber ohne instinktive Größe", repräsentiert einen typischen Mangel an bürgerlichem Selbstbewußtsein gegenüber der Feudalschicht; er „zieht arg nach rechts — seltsam, auch einer der Bürgerlichen, die sich nach dieser Seite hin sozial schwach fühlen und nicht innerlich unabhängig genug sind, um ihren geraden Weg zu gehen"[138]. Der Ressortleiter der deutschen Außenpolitik, Staatssekretär von Jagow, erscheint als „witzig . . . fein, klug und boshaft" und antisemitisch. „Der Haß kann ihm sogar Leidenschaft geben. Zu komisch — das Ressentiment des Krautjunkers gegen die begüterten jüdischen Mitbürger."[139] Dabei hob Jagow sich noch vorteilhaft ab gegen seinen Nachfolger Zimmermann, einen „unfähigen Tropf"[140], „Korpsstudent und Prolet"[141]. Ist in dieser Massa perditionis kein Gerechter? Die Kabinettschefs Valentini und Müller allenfalls. Mit einigen Amtskollegen scheint Riezler sich gut verstanden zu haben, wie mit von Mutius, von Stumm, Grünau. Aber Lob kommt ihm nicht leicht aufs Papier. Relativ gut schneidet der Kaiser ab als Person. Aber welche Heuchelei liegt in einem System mit „Chlorgas als militärischem Kampfmittel" und dazu „Christentum an allerhöchster Stelle"[142]! Dabei hielt Riezler, der sich gern machiavellistisch gab, „Verbrechen im Dienste der Sache" für gerechtfertigt[143]. Wir müßten „leichtfertiger sein und verbrecherisch"[144]. Er selbst schlug einmal Hindenburg vor, man solle den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch ermorden[145]. Was ihn mit Ekel erfüllte, war die „Heuchelei", „die Entrüstung über England, verbunden mit Nachahmung der englischen Methoden"[146]. Mit vielleicht mehr ästhetischer als moralischer Bewunderung sprach er bisweilen vom Volk, von der Tapferkeit, Leidensfähigkeit und dem Opfersinn der Massen. Der Aufbruch des August 1914, wo alles von einer großen Sache hingerissen war, hat auch ihn ergriffen. Aber wie schnell war die idealistische Aufbruchsstimmung verflogen, und wie tief sah er die Gefährdung in einem Land, wo der „miles furiosus" der Götze der Gebildeten ist[147], in einem Volk,

---

Ende des Krieges in der Zeit der Verfassungsentstehung und der Parteikonsolidierung. Haußmann gehörte mit der Reichstagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei zu den parlamentarischen Stützen für die innere Ausgleichspolitik Bethmanns. Riezler bat ihn gelegentlich um Vermittlung zu Politikern der Linken. In der Kriegszielpolitik erklärte sich Haußmann gegenüber Riezler dahin einverstanden, „daß die Festigung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsgebiets mit Deutschland als Kern eine Hauptfrucht des Krieges wie der Entwicklung werden soll und daß uns die lärmenden Gedankengänge eines einäugigen Kraftmeiertums schädliche Katzenjammerenttäuschungen künstlich zu schaffen drohen . . .". Haußmann an Riezler, Stuttgart 23. 2. 1915. Nachlaß Haußmann, 54.

[136] Tgb. 24. 7. 1917. [137] Tgb. 23. 3. 1917. [138] Tgb. 21. 9. 1916.
[139] Tgb. 7. 1. 1915. [140] Tgb. 31. 1. 1917. [141] Tgb. 8. 5. 1917.
[142] Tgb. 28. 7. 1915. [146] Tgb. 28. 7. 1915. [144] Tgb. 30. 3. 1915.
[145] Tgb. 23. 12. 1914. [143] Ibid. [147] Tgb. 12. 1. 1917.

das dem Dilettantismus, sofern er Uniform trägt, „unerschütterlich glaubt“[148]!
In dieser politischen Landschaft gab sich Riezler persönlich für die Zukunft keine sonderlichen Berufschancen. Er spürte, wie ihm, dem Mann von Käthe Liebermann, der atmosphärische Antisemitismus der konservativen Führungsschicht das Atmen erschweren würde[149]; wie ihm diese ganze bürokratische Welt, in der er sich als Berater des Auswärtigen Amtes und der Reichskanzlei zu bewegen hatte, im Grunde nicht lag. Er litt darunter, daß er selber keine eigene politische Verantwortung trug und daß ihn die Geschäftigkeit der Tage nicht zur konzentrierten philosophischen Arbeit gelangen ließ, die er deutlicher denn je als die ihm gemäße erkannte.
Da riß ihn der Sturz Bethmann Hollwegs in eine große politische Aufgabe, die ihn bis zum Ende des Krieges absorbierte.

IV.

Der Sturz Bethmann Hollwegs war der Anfang vom Ende des wilhelminischen Systems. In einer militärisch-politischen Situation, die nach dem Fehlschlagen des U-Bootkrieges und angesichts der Chancen, die sich aus der russischen Revolution ergeben mochten, nach Klarheit, Maß und Konsequenz in der Führung des hungernden, kriegsmüden Volkes verlangte, wurde durch ein verhängnisvolles Zusammenspiel zwischen Oberster Heeresleitung und einer Reichstagsmehrheit, an dem sich zurückhaltend auch die Sozialdemokraten beteiligten, der Kanzler zum Rücktritt gezwungen, ohne daß die Kanzlerstürzer eine gemeinsame überzeugende personelle und programmatische Alternative hätten bieten können. Michaelis war eine Verlegenheitslösung und die Friedensresolution des Reichstags so zweideutig, daß man mit ihr beinahe jede Forderung und jeden Verzicht decken konnte. Der Sturz Bethmann Hollwegs hat einen Zug ins Groteske. Er war durchaus ohne Vernunft. So hat ihn Riezler empfunden. Schien es nicht eben noch möglich, daß der in der Wahlrechtsfrage jetzt energisch vorstoßende Kanzler im Reichstag unter Einschluß der bündnisfähig gewordenen Sozialdemokraten eine tragfähige Linke[1] als politische Basis endlich gewinnen würde? Bethmann Hollweg — so meinte er — „stürzte in dem Augenblick, als sein Jahre langer Kampf gegen den herrschenden Geist durchgedrungen war“[2]. Daß der Kaiser, der den Kanzler gehalten hätte, durch Oberste Heeresleitung und Reichstag gezwungen wurde, ihn fallenzulassen, kam seiner Abdankung gleich. Riezler empfand es als beschämend, daß sich preußische Offiziere wie Hindenburg und Ludendorff zu einem solchen Schritt hergeben konnten. Zwar war Riezler kein Freund des parlamentarischen Regierungssytems, das er für funktionsuntüchtig

[148] Tgb. 9. 1. 1917. [149] Tgb. 18. 8. 1914.
[1] Tgb. 4. 3. 1917.
[2] Tgb. o. D. [Aufzeichnung über 2. 7.—14. 7. 1917].

hielt[3]. Er dachte von Hause aus durchaus elitär: eine kleine Schicht von Gebildeten und Berufenen trägt die Verantwortung. Ein Koalitionsministerium aus Parlamentariern zu bilden, schien ihm unnötig. „Besser, die sachlich besten Leute aus dem Privatleben ziehen ... anknüpfen an die große preußische Tradition der Humboldt und Gneisenau und Stein."[4] Und wenn er eine Demokratisierung des preußischen Wahlrechts für unumgänglich hielt, so mußte das für ihn nicht notwendigerweise Parlamentarisierung bedeuten. Die Perspektivenlosigkeit der Parteien in der Kanzlerkrise war auch nicht dazu angetan, das Ansehen des Reichstages in seinen Augen zu erhöhen. Gegenüber Haußmann äußerte er seine Zweifel, ob es gelingen werde, die Oberste Heeresleitung „und ihre parlamentarischen Söldlinge von weiteren Torheiten zurückzuhalten". Über den Interfraktionellen Ausschuß der Mehrheitsparteien, den ersten Ansatz zur Ausübung einer Parlamentskontrolle über die Regierung, sprach er wegwerfend: „Von der Aktionsfähigkeit des ‚Sowjet' halte ich nichts. Der einzige Betriebsame ist E[rzberger]. Der aber ist in der ganzen Krise ebenso wie Stresemann nur ein Agent der Prätorianer gewesen und wird den ‚Sowjet' durch aufregende und falsche Gerüchte beherrschen. In summa: Ihr berühmter Sowjet ist eine ziemlich lächerliche Institution."[5] Dennoch erschien ihm der Bankrott des bestehenden Regimes so vollständig, daß er sich Haußmann gegenüber zögernd zum Regime des Parlamentarismus bekannte, „denn verworrener als das jetzt herrschende System kann es nicht sein"[6]. Und er beschwor ihn, dafür zu sorgen, „daß die Stresemann und Consorten den neugeborenen Parlamentarismus nicht schon in der Wiege depravieren"[7].

Den Grund der Krise, in der sich Deutschland befand, sah er in der Unvereinbarkeit des Bethmannschen Konzepts einer auf „die breite Masse gestützten besonnenen Machtpolitik" mit der bestehenden Staatsstruktur, der geistigen Disposition und den wirtschaftlichen Interessen der führenden Schichten[8]. Einen Ausweg sah er nicht: „ein Wunder, wenn Deutschland nicht an seinem phantastischen Kaiser, an der Unbildung seiner Hofschicht, der Psychose, die seine Intellektuellen ergriffen hat, und insbesondere der Blindheit der Herren Soldaten und dem Glauben, daß sie alles verstehen, zugrunde geht"[9]; „alles morsch, blind, ahnungslos, wie von Gott geschlagen"[10]. Wie kann man „eine Gesellschaft von Irrsinnigen in den Bahnen der Vernunft" halten[11]? Und ist „die notwendige Rücksicht auf den herrschenden Wahnsinn" ein Ausweg; ist es eine Lösung, „den am wenigsten irren Weg zu nehmen, mitzugehen und so zu tun, als wäre es der Weg der Vernunft"[12]?

---

[3] Tgb. 18. 1. 1916: Parlamentarismus als eine schlechte Maschine.
[4] Tgb. 19. 5. 1917.
[5] Riezler an Haußmann, 5. 8. 1917. Nachlaß Haußmann, 26.
[6] Haußmann, S. 130.
[7] Riezler an Haußmann, 5. 11. 1917. Nachlaß Haußmann, 54.
[8] Tgb. 11. 3. 1917.
[9] Tgb. 8. 5. 1917.
[10] Tgb. 13. 5. 1917.
[11] Tgb. 9. 5. 1917.
[12] Tgb. 9. 5. 1917.

Ist in diesem düsteren Bild, das sich für Riezler in der inneren Szenerie Deutschlands um die Mitte 1917 ergibt, nicht wenigstens die Aussicht auf einen Frieden im Osten Anlaß zur Hoffnung? Riezler hat in den Jahren 1917 und 1918 verantwortliche Stellen in der deutschen Rußlandpolitik in den Vertretungen in Stockholm und Moskau bekleidet. Um zu verstehen, welche Linie er verfolgte, ist es erforderlich, von den Voraussetzungen seines Rußlandbildes auszugehen.

Schon in jungen Jahren hat Riezler Rußland ein besonderes Interesse gewidmet. Er hat das Land bereist und sich mit Artikeln über innere russische Verhältnisse 1906 seine journalistischen Sporen verdient. Es entsprach dem konservativen Grundhabitus seines Denkens, wenn ihn die Weite des Landes und die unerschlossenen Möglichkeiten dieses Volkes faszinierten[13]. Dostojewskis messianische Rußlandgläubigkeit inspirierte ihn, wie wir sahen, zu seiner eigenen Nationsidee. Rußland war ein Land der Zukunft. Mit seiner wachsenden Macht lastete es auf Deutschland. Das galt für das zaristische, würde aber für ein freies Rußland erst recht zutreffen: „Es bekommt nach zwei Jahrzehnten eine schreckliche Kraft."[14] Rußland erschien ihm vor dem Kriege als unbesiegbar, ja es habe „mehr als alle Völker der Gegenwart Grund, an seine Ewigkeit zu glauben"[15]. Größe und Tiefe waren die Zukunftsattribute, die er auch dem revolutionären Rußland zuschrieb, in Kontrast gegen die Negativfolie der „englisch-amerikanischen Phrasenwelt"[16].

Der Sinn des Krieges gegen Rußland bestand für ihn darin, daß es ein „Präventivkrieg"[17] gegen seine wachsende „Sprengkraft" war[18]. Wie sollte sich Deutschland gegen den russischen Druck in Zukunft absichern? Zu dieser Frage läßt sich bei Riezler eine Doppellinie verfolgen. Die eine zielte auf den Ausbau der mitteleuropäischen Machtstellung Deutschlands unter Zurückdrängung Rußlands und Zuordnung Polens zum Reich, die andere auf eine Verständigung mit Rußland auf Kosten anderer Staaten. Die mitteleuropäische Lösung, die für Riezler, wie wir sahen, das primär zu erstrebende Kriegsziel darstellte, schloß in sich eine festere wirtschaftlich-politische Verbindung zwischen Deutschland und Österreich. Für die alternative Lösung einer Verständigung mit Rußland würde Österreich letztlich den Preis zu zahlen haben. Vor der russischen Generalmobilmachung, als die Frage noch offen war, ob sich der allgemeine Krieg vermeiden ließe und Deutschland mit einem diplomatischen Erfolg aus der Krise des Juli 1914 herauskommen könne, erwog Riezler den Gedanken einer deutsch-russischen Verständigung unter Garantie eines um Trient verkürzten und auf seine Balkanaspirationen verzichtenden Österreich[19]. Als um die Wende 1914/15 eine Remislösung mit Rußland in den Kreis der Erwägung trat, schienen ihm Österreich und die Türkei als „Liquida-

[13] Grundzüge, S. 68. [14] Tgb. 1. 4. 1917. [15] Grundzüge, S. 69.
[16] Tgb. 6. 4. 1917. Für seine stärkere kulturelle Zuneigung zu Rußland im Gegensatz zu England vgl. auch Tgb. 27. 9. 1915.
[17] Tgb. 1. 8. 1916. [18] Tgb. 20. 7. 1914. [19] S. o. S. 54.

tionsmasse" in Frage zu kommen[20]. Er spielte mit dem Gedanken einer „Aufteilung" Österreichs[21] und sprach von einem „langsamen Ausverkauf im Osten, in Reihenfolge Afghanistan, Persien, Türkei, Österreich"[22]. Auch Polen konnte je nach Lage Druckmittel und Angebot sein[23]. Unter diesem Aspekt bezeichnete er das geplante Polenmanifest einmal als „Bluff gegen die Russen"[24]. Er konnte sich auch eine Preisgabe der Polen denken: wenn man sie „nicht befreien kann, was sich in Zukunft schwer rächen wird und mehr als anderes die große deutsche Zukunft begräbt, so wird eben durch einen Verrat der Polen an Rußland die Möglichkeit der alten preußisch-russischen Konstellation wieder heraufgeführt"[25]. Freilich: eine Verständigung mit Rußland ohne Ausbau Mitteleuropas bedeutete für Riezler, daß Deutschland auf lange Sicht zu einem russischen Vasallenstaat absinken werde[26], so nahe eine solche Verständigung „vielleicht für die flüchtige Konstellation des Friedensschlusses" liegen mochte[27].

Aus der gedanklichen Alternative — Verfolg der Mitteleuropaidee oder Verständigung mit Rußland — konstruierte sich Riezler in der Zeit der Polenproklamation einen gedanklichen Ausweg[28]: gerade die Schaffung des polnischen Staates eröffne für das hierdurch konsolidierte spätere Mitteleuropa die Möglichkeit einer Verständigung mit dem zukünftigen Rußland, von dessen schließlicher innerer Erneuerung und Stärkung infolge des Krieges er überzeugt war. Riezler sah — mit Hoetzsch gegen Schiemann — die russische Einheit, von einigen Randgebieten abgesehen, tief und fest in der Geschichte begründet, wenn der Krieg auch zu vorübergehenden Auflösungserscheinungen führen mochte, die Deutschland taktisch ausnutzen konnte.

Diese Perspektive eröffnete sich, als sich im Januar 1915 der russische Sozialist und Publizist Dr. Parvus Helphand über die Deutsche Botschaft in Konstantinopel an die Reichsregierung wandte, um deutsche Unterstützung für die russische Revolutionsbewegung zu gewinnen. Als Doppelziel wurde der Sturz des Zarentums und die Aufteilung Rußlands in kleinere Staaten genannt[29]. Helphand wurde nach Berlin gerufen. Riezler, der mit ihm verhandeln sollte[30], schien nicht überzeugt, daß die Revolutionierung Rußlands bisher von Deutschland aus mit besonderem Geschick betrieben worden sei[31]. Er machte dem Kanzler am 19. Januar auf der Fahrt nach Berlin eigene Vorschläge[32]. Was Riezler im Rahmen des ihm erteilten Auftrages in der Folgezeit eigentlich getan hat und

---

[20] Tgb. 7. 1. 1915. [21] Tgb. 20. 2. 1915.
[22] Tgb. 7. 3. 1915; ferner Tgb. 4. 4. 1915, 21. 7. 1915. [23] Tgb. 7. 7. 1915; 21. 7. 1915.
[24] Tgb. 16. 7. 1915. [25] Tgb. 6. 9. 1916. [26] Tgb. 27. 9. 1915.
[27] Tgb. 11. 10. 1915.
[28] Vgl. hierzu „Polen, der Frieden und die Freiheit", EStWZ 1 (16. 11. 1916); s. u. S. 605 ff.
[29] Unterstaatssekretär Zimmermann an Staatssekretär Jagow, Berlin 9. 1. 1915, in: Zeman, Germany and the Revolution, Dok. 1.
[30] Staatssekretär Jagow an AA, Großes Hauptquartier 13. 1. 1915; ibid., Dok. 2.
[31] Tgb. 11. 1. 1915. [32] Tgb. 20. 1. 1915.

wie weit seine Verantwortung reichte, bleibt unklar. Die Akten des Auswärtigen Amtes schweigen sich darüber ebenso aus wie das Tagebuch[33]. Im Rahmen des Auswärtigen Amtes war Gesandter v. Bergen mit dieser Aufgabe befaßt. Soweit es den eigenen Mitarbeiterstab des Reichskanzlers betraf, scheint Riezler als Referent für politische Kriegführung diese Aufgabe zusätzlich zu seinen anderen Obliegenheiten wahrgenommen zu haben. Gelegentlich vermerkt das Tagebuch „Arbeit an der russischen Revolution" und, nach einem Gespräch mit Jagow, daß hier die „einzige Möglichkeit eines wirklich guten Herauskommens" liege[34]. Wichtiger als alle Spekulationen über einen Umsturz in Rußland schienen jedoch vor der Februarrevolution die Bemühungen um einen Separatfrieden mit der Zarenregierung. Die Unterstützung der subversiven Bewegungen hatte die Funktion eines taktischen Mittels, um das zaristische Rußland unter dem Doppeldruck der Front und der drohenden Revolution verhandlungsbereit zu machen. Man hat nicht den Eindruck, als habe sich Riezler mit der russischen Revolution als solcher etwa durch ein Studium ihrer theoretischen Schriften besonders ernsthaft befaßt. Jedenfalls lassen die Tagebücher nichts davon erkennen. Ihn interessierte nur die Auswirkung des russischen Geschehens auf Deutschland.

Durch den Zarensturz verschärften sich die Spannungen im Reich. Den Sozialdemokraten warf Riezler vor, daß sie die russische Revolution zur Erpressung benutzten: „Die Leute schwach, wie immer die Linke, und ohne Mut gegen die sogenannte Stimmung." Auf der anderen Seite das Wutgeheul der Militärs, die dem Kanzler vorwürfen, er tue nichts „gegen die sogenannte Verherrlichung der russischen Revolution"[35]. Den Grund für das Scheitern Bethmann Hollwegs mit seinem Konzept der mittleren Linie sah Riezler nicht zuletzt darin, daß sich infolge der Februarrevolution die Risse, die durch das deutsche Volk gingen, zur unüberbrückbaren Kluft vertieften.

Pessimistisch beurteilte er auch die äußere Lage Deutschlands trotz des sichtbaren Schwindens der russischen militärischen Kraft. Zu deutlich sah er, daß der Krieg nach der Intervention der Vereinigten Staaten nicht mehr zu gewinnen war. Die Gefahr des Verhungerns drohte[36]. Die russische Revolution sei ein Jahr zu spät gekommen, notierte er resigniert am Tage der amerikanischen Kriegserklärung. Gerade darum war keine Zeit zu verlieren. So drängte er darauf, seit die Nachrichten von der Revolution kamen, so schnell wie möglich im Osten Frieden zu schließen, jetzt, sofort, unter ehrenvollen Bedingungen. Deutschland solle „für die Freiheit Partei ergreifen", die nächste Regierung werde sozialistisch sein und einen Frieden des internationalen Sozialismus proklamieren[37]. Allerdings zwei-

[33] Das Ergebnis der Besprechungen, die Helphand in Berlin u. a. mit Riezler geführt hat, ergibt sich aus einem Memorandum Helphands vom 9. 3. 1915; Text bei Scharlau-Zeman, S. 361 ff.

[34] Tgb. 4. 6. 1915, Anm. 1. [35] Tgb. 28. 3. 1917. [36] Tgb. 1. 4. 1917.

[37] Tgb. 28. 3. 1917; s. auch 3. 4. 1917.

felte er zu Recht, ob mit der aus der bürgerlichen Revolution hervorgegangenen Regierung der Krieg beendet werden könnte: „Mit Demokratien schwer Frieden [zu] schließen, insbesondere mit revolutionären. Die Leute agieren in Comités und sind wenig aktionsfähig."[38]
Doch einmal findet sich eine hoffnungsvollere Notiz. Am 13. April 1917 hatte er den Eindruck, daß Rußland in ein paar Wochen zu größeren Konzessionen bereit sein werde. Man wird vermuten dürfen, daß diese Notiz mit der Rückkehr Lenins nach Rußland zusammenhängt. Die Durchführung des Transportes der russischen Revolutionäre, die am 9. April Zürich verließen und am 16. April in Petersburg eintrafen, erfolgte durch das Auswärtige Amt und militärische Stellen im Auftrage der Obersten Heeresleitung. Die Anweisung zur Ermöglichung dieses Transportes war durch den Reichskanzler Bethmann Hollweg selbst erfolgt, wie dieser am 11. April in einem Telegramm an den Kaiser mitteilte[39]. Es ist anzunehmen, daß Riezler aufgrund seines Arbeitsbereiches an den Vorüberlegungen beteiligt gewesen ist, wenn er auch keine amtliche Verantwortung bei Vorbereitung und Durchführung der Reise gehabt zu haben scheint. Bei der bürokratischen Genauigkeit, mit der die administrative Behandlung dieser Reise in den Akten dokumentiert ist, hätte der Name Riezler auftauchen müssen. Dennoch hat er sich, wie mehrere seiner Freunde bezeugen, für die Rückführung Lenins nach Rußland politisch mitverantwortlich gefühlt[40]. Es war aus der Situation heraus völlig ver-

[38] Tgb. 3. 4. 1917. [39] Hahlweg, Dok. 55.

[40] Arnold Brecht meint, daß Riezler „nicht der Vater dieses Planes gewesen sei, sondern lediglich einen ihm erteilten Auftrag ausgeführt habe". Brecht, Aus nächster Nähe, S. 325. „Fest steht" nach Arnold Brecht aufgrund von persönlichen Mitteilungen Riezlers gegenüber seinen Freunden, „daß er den Transport begleitet hat"; Brief Arnold Brechts an den Verf. vom 8. 9. 1970. Arnold Brecht lernte Riezler nach dem Kriege in Berlin kennen. Sie begegneten sich wieder in der amerikanischen Emigration. Die Tatsache des „Leninabenteuers" wird ohne Einzelheiten bestätigt durch Prof. Kurt v. Fritz, München. Kurt v. Fritz lernte Riezler erst in den Vereinigten Staaten kennen, wo sich Riezler an Aristoteles- und Platon-Seminaren lehrend beteiligte, die Kurt v. Fritz an der Columbia-Universität New York durchführte. Der Historiker K. Rheindorf, früher Professor für Geschichte an der Universität Frankfurt a. M. und seit dieser Zeit mit Riezler befreundet, nach dem Krieg in erneutem und wiederholtem Kontakt mit ihm, hatte den Eindruck, daß Lenin und Trotzkij für Riezler eine Erinnerung bedeuteten, die in seinen letzten Lebensjahren auf ihm lastete. — Eine noch nicht völlig durchleuchtete Episode der Reise Lenins ist ein planmäßig nicht vorgesehener vielstündiger Aufenthalt in Berlin, wobei ein bewußtes Verpassen des Anschlusses nach Saßnitz zur Schwedenfähre eine gewisse Wahrscheinlichkeit für sich hat; vgl. dazu St. T. Possony, Lenin, eine Biographie (deutsch 1965), S. 262 ff. Possony hält es für möglich, daß in Berlin Lenin mit Riezler zusammengetroffen sein könnte. In diesem Falle ginge dessen Notiz vom 13. 4. über die in einigen Wochen zu erwartende Konzessionsbereitschaft Rußlands möglicherweise unmittelbar auf den Eindruck seines Gesprächs mit Lenin zurück. Eine solche Spekulation dürfte jedoch abwegig sein. Lenin lag daran, sich nicht zu kompromittieren. Nach dem Tagebuch scheidet eine Begleitung des Transports für den Gesamtverlauf der Reise durch Deutschland aus; denn am 10. und 11. 4. war Riezler in Berlin. Immerhin wäre denkbar, daß er sich am 11. 4. zu dem in Berlin wartenden Zug begeben bzw. ihn auf der Fahrt nach Saßnitz begleitet hätte.

ständlich, daß Kaiser und Kanzler, Auswärtiges Amt und Oberste Heeresleitung in der prekären Kriegslage zu jedem Mittel zu greifen bereit waren, das eine schnelle Beendigung des Krieges wenigstens an der Ostfront, und zwar zu günstigen Bedingungen, in nahe Aussicht stellte. Seit September 1915 hatte der Reichskanzler glaubwürdige Nachricht, daß ein Leninscher Friede ohne Annexionen und Kontributionen „die Lostrennung nationaler Staaten, die als Pufferstaaten dienen würden, von Rußland" nicht ausschließen würde[41]. Es mochte in diesen Rahmen passen, wenn Riezler als Ziel für den Frieden mit Rußland am 1. April 1917 noch einmal feststellte: „Wir müssen Polen bekommen", und wenn er am 20. April 1917 die Nachricht beunruhigend fand, daß Ebert und die deutschen Sozialdemokraten sich der Forderung der russischen Arbeiter- und Soldatenräte nach einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen anschließen wollten[42]. Zwielichtig erscheint wiederum die Haltung Bethmann Hollwegs: den „Scheidemann-Frieden" der annexionslosen Verständigung, gegen den die Konservativen eine „wilde Demagogie" entfachten, konnte er nicht ablehnen, wenn er nicht in Petersburg das Spiel der Engländer spielen wollte[43]; aber auf Angliederung Litauens und Kurlands an das Reich wollte er auch nicht verzichten. Ihm schwebte vor, daß man diese Gebiete „als selbständige Staaten frisieren" könnte mit Verwaltungsautonomie und gleichzeitigem militärischem, politischem und wirtschaftlichem Anschluß an Deutschland[44]. Das entsprach durchaus den Vorstellungen Riezlers.

Ob und wann und wie sich solche Vorstellungen verwirklichen ließen, hing von dem Fortgang der russischen Revolution ab. Für deren Beobachtung bot der skandinavische Raum wegen der dort möglichen Kontakte zu russischen Revolutionären besonders günstige Voraussetzungen. Dorthin verlagerte sich nach dem Kanzlerwechsel die amtliche Tätigkeit Riezlers.
Am 5. August 1917 trat er in den Dienst des Auswärtigen Amtes zurück, nahm mit seiner Frau Käthe einen Erholungsurlaub in Skandinavien und sah sich in Kopenhagen und Stockholm um. Daß er den deutschen Gesandten in Kopenhagen, Graf Brockdorff-Rantzau, aufsuchte, war unerläßlich. Dieser empfing den politisch wichtig gewordenen Riezler mit etwas zu deutlichen Freundschaftsbeteuerungen, wie das Tagebuch ironisch registriert[45]. Niemand besaß einen besseren Einblick in die über Skandinavien laufenden Beziehungen zwischen Berlin und den Revolutionären in Petersburg als Brockdorff-Rantzau. Seit 1915 stand er in wiederholter

---

[41] Der deutsche Gesandte in Bern, v. Romberg, an den Reichskanzler, 13. 9. 1915, in: Hahlweg, Dok. 3. Die Information über Friedensvorschläge Lenins kam über den Esten Kesküla, einen Vertrauensmann der deutschen Regierung.
[42] Tgb. 20. 4. 1917.
[43] Tgb. 8. 5. 1917.
[44] PA, Wk 2 g, Bethmann Hollweg an Grünau, 7. 5. 1917, zit. bei Hahlweg, S. 17.
[45] Tgb. 3. 10. 1917.

Fühlung mit Parvus Helphand, befürwortete dessen Pläne und warb um finanzielle Unterstützung für sie in Berlin. Nach der Februarrevolution plädierte er dafür, auf die Karte der extremen Linken in Rußland zu setzen. Über Kopenhagen wurden Teile der Geldsummen geleitet, mit denen die Reichsregierung die Revolution der Bolschewisten in Rußland förderte. Das alles war durchaus im Sinne Riezlers. Die beiden Männer begegneten sich auch in der Überzeugung, daß dieser Krieg seine Konsequenzen haben müsse für die politisch-soziale Struktur Deutschlands. Die Vorstellung Brockdorff-Rantzaus von Deutschland als der größten Macht in der Welt mit einer kooperationswilligen, um den Thron gescharten Arbeiterschaft[46] entsprach ähnlichen Wunschbildern Riezlers. Doch erst mußte der Friede im Osten hergestellt sein. Das war nach Riezler, wie er am 3. Oktober 1917 notierte, davon abhängig, daß „ein Wunder in Gestalt eines Mannes auftritt". Dieses Wunder herbeiführen zu helfen, war der Sinn seiner neuen Tätigkeit als Leiter einer für die Bearbeitung russischer Angelegenheiten eingerichteten Abteilung bei der deutschen Gesandtschaft in Stockholm, die er an eben diesem Tag aufnahm und in die er am 1. November amtlich eingewiesen wurde[47].

Sein Verhandlungspartner in Stockholm war eine Auslandsstelle des Petersburger Zentralkomitees, die im April 1917 auf Weisung Lenins eingerichtet worden war und mit der auch Parvus Helphand in Kontakt stand. Mit drei Bolschewisten polnischer Herkunft hatte er es hier vornehmlich zu tun. Es waren „reizende Kerle", wie er sie einmal bezeichnete, nämlich Karl Radek, den er für den „rührigsten und begabtesten" hielt, „vollkommen skrupellos, aber überaus geschickt, von großer schriftstellerischer Begabung"[48], Jacob Fürstenberg-Hanecki, der das besondere Vertrauen Lenins besaß[49], aber wegen seiner politischen und gleichzeitig geschäftlichen Beziehungen zu Parvus Helphand in der Partei unter Beschuß ge-

---

[46] Brockdorff-Rantzau an Zimmermann, Kopenhagen 14. 8. 1915; diese und die wichtigsten übrigen Berichte Brockdorff-Rantzaus, soweit sie das Verhältnis zu Rußland betreffen, bei Zeman, Germany and the Revolution.

[47] Daten aus der Personalakte Riezlers. In einer Aufzeichnung des Legationsrates Nadolny vom 24. 9. und einem darauf beruhenden Erlaß des Reichskanzlers Michaelis vom 29. 9. 1917 werden Aufgaben und Zuständigkeit Riezlers umrissen (Aufzeichnung Nadolnys, Konzept für den Erlaß des Reichskanzlers Michaelis und zustimmende Stellungnahme des Gesandten v. Lucius vom 5. 10. 1917 in: PA, Deutschland 135, Bd. 18/1). Es gab an der Botschaft in Stockholm bereits einige Beamte, die mit russischen Angelegenheiten befaßt waren. Deren mehr referierende Tätigkeit sollte aktiviert werden, da „die russischen Verhältnisse jetzt einem Stadium zustreben, in dem russischerseits eine Fühlungnahme mit uns gesucht wird" (Aufzeichnung Nadolny). Daher schlug Nadolny vor, „daß wir einen besonderen politisch geschulten Beamten nach Stockholm entsenden, der für die Bearbeitung der gesamten russischen Angelegenheiten ein Büro oder eine russische Abteilung bei der Gesandtschaft einrichtet, so daß er sozusagen unser in Stockholm stationierter Vertreter für Rußland ist". Es wurde vereinbart, daß seine Arbeit völlig selbständig sein sollte unter Mitzeichnung seiner Berichte durch den Gesandten Frhr. Lucius von Stoedten.

[48] Riezler an Hertling, Stockholm 12. 11. 1917, s. u. Dok. 3.

[49] Vgl. Scharlau-Zeman, S. 183.

riet[50], und Worowski-Orlowski, ein gebildeter Ingenieur, der der wichtigste Gesprächspartner Riezlers wurde und auf ihn „einen ehrlichen und vernünftigen Eindruck" machte[51].

Bis Ende Oktober war Riezler in Stockholm mit der „russischen Revoluzzerie"[52] beschäftigt, wie er seine Tätigkeit nannte. Dann ging er für einige Tage nach Berlin, um schleunigst über Kopenhagen nach Stockholm zurückzueilen, als sich das erwartete Ereignis ankündigte. Daß er die von Deutschland geleistete Hilfestellung hierbei nicht überschätzte, zeigt sein Kommentar. Lenins Machtergreifung erschien ihm als ein „Wunder zu unserer Rettung"[53]. Damit sich dieses Wunder stabilisierte, wurde mit Geldmitteln allerdings fleißig nachgeholfen. Wie hoch die Summen waren, die nun auch über Riezler nach Petersburg geleitet wurden, läßt sich nicht feststellen. Kleinlich war man in Berlin jedenfalls nicht. Ein am Tage nach der Revolution von Riezler angeforderter Betrag von 2 Millionen Mark aus der Kriegsanleihe wurde umgehend zur Verfügung gestellt und weitere Mittel zugesagt[54].

Aber der Sieg Lenins bedeutete nicht automatisch Frieden. Er war eine Chance des Friedens. Die Kontaktstelle zwischen den Regierungen der noch im Kriege befindlichen, aber zum Frieden strebenden beiden Staaten war Stockholm. Riezler war von seiner Aufgabe der Vermittlung und Beratung wie vorher von der der Revolutionsvorbereitung absorbiert. Das Tagebuch weist für über ein Vierteljahr, vom 3. Oktober 1917 bis zum 14. Januar 1918, keine Eintragungen auf. Die Akten des Auswärtigen Amtes und der Stockholmer Gesandtschaft erlauben es jedoch, im Zusammenhang mit den Mitte Januar wieder einsetzenden, z. T. retrospektiven Tagebuchnotizen ein Bild davon zu gewinnen, wie er seine Politik der Friedensvermittlung auffaßte. Die Einschätzung dessen, was bei einem Friedensschluß im Osten herauszuholen sein würde, mußte im Zusammenhang stehen mit der Beurteilung der äußeren und inneren Kriegslage insgesamt. Wenn man die Vorstellungen Riezlers zum Ostfriedensschluß unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, erscheinen sie auffallend inkohärent. Das Wunschziel Riezlers stand fest: Konsolidierung einer mitteleuropäischen Hegemoniestellung Deutschlands durch Zuordnung von indirekt beherrsch-

---

[50] Ibid., S. 298.

[51] Riezler an AA, Stockholm 8. 12. 1917. PA, Gesandtschaft Stockholm 212; englische Übersetzung bei Zeman, Germany and the Revolution, Dok. 100.

[52] Tgb. 14. 1. 1918.

[53] Tgb. 14. 1. 1918.

[54] Zeman, Germany and the Revolution, Dok. 72 u. 78. Zur Frage der finanziellen Unterstützung der Revolution durch Berlin allgemein neben zahlreichen Dokumenten bei Zeman: G. Katkov, German Foreign Office Documents on Financial Support to the Bolsheviks in 1917, in: International Affairs 32 (1956) und Scharlau-Zeman, S. 267—277. — Später, als Riezler schon in Moskau war, spricht Staatssekretär Kühlmann gelegentlich von einem „Riezlerfonds"; Zeman, Germany and the Revolution, Dok. 129. Über die finanzielle Unterstützung der kommunistischen Regierung und der Gegenrevolutionäre s. auch Baumgart, Deutsche Ostpolitik, S. 213, Anm. 19.

ten Nachbarstaaten und im Zusammenhang damit eine Verlagerung der Herrschaftsordnung von der bisherigen großagrarisch-industriellen Führungsschicht auf ein breiteres demokratisches Fundament. Riezler hat sich darum bemüht, die Weichen für den Ostfrieden so stellen zu helfen, daß hier eine Teilverwirklichung dieser Zielvorstellung erreicht wurde. Die Voraussetzung dafür mußte aber sein, daß Deutschland den Krieg nicht nur im Osten siegreich beendete, sondern sich auch im Westen zum mindesten behauptete. In dieser Hinsicht zeigt aber nun der Stimmungshintergrund, wie er sich aus den Tagebuchnotizen vom Oktober und dann wieder vom Januar, Februar und März ergibt, düstersten Pessimismus: Riezler hält den Untergang Europas für besiegelt[55]. Der Krieg endet in Revolutionen ringsum; was Europa jetzt erlebt, ist erst der Anfang einer allgemeinen Katastrophe[56]. Das Geschehen ist sinnlos, menschlichem Zugriff nicht mehr faßbar. Auch der Sieger ist verloren[57]. Und nach dem Frieden von Brest Litowsk, im April 1918, auf dem Höhepunkt der Westoffensive Ludendorffs, die mit den im Osten freigewordenen Divisionen in letzter Zusammenballung aller deutscher Kraftreserven geführt wurde: Die Offensive wird nicht den erwarteten Erfolg bringen; man wird sich festrennen wie vor Verdun[58].

Hätte nicht die logische Konsequenz aus einer solchen Beurteilung der Kriegslage darin bestehen müssen, durch einen Verzicht auf alle direkten und indirekten Eroberungsabsichten im Osten einen auch für die kriegsmüden Völker im Westen überzeugenden Frieden abzuschließen, mit einem solchen Exempel bewaffnet um die öffentliche Meinung in der Welt zu werben und gestützt auf die jetzt im Westen zusammengefaßte Defensivkraft des deutschen Heeres mit dem klaren Angebot eines Status-quo-Friedens den Kampf um die Selbstbehauptung zu führen? Bei Riezler findet sich nichts von solchen Überlegungen, die ja nicht nur rückschauende Weisheit sind, sondern der Auffassung entsprachen, wie die deutsche Linke das sowjetische Angebot des Friedens ohne Annexionen und die eigene Friedensresolution des deutschen Reichstages verstanden wissen wollte. Der Streikbewegung in Deutschland, dem wachsenden Aufbegehren im Innern konnte nur dann erfolgreich entgegengewirkt und damit auch das Standvermögen des Reiches gefestigt werden, wenn sich die politische Führung in der Lage zeigte, mit einer den Massen einleuchtenden Konzeption zur Beendigung des Krieges die Arena des Kampfes um die öffentliche Meinung gegebenenfalls auch auf einem internationalen Forum entschlossen zu betreten. Es ist hier nicht der Ort darzulegen, aus welchen historischen, gesellschaftlichen und psychologischen Gründen die deutsche Führungsschicht nicht imstande war, das der Situation Angemessene zu tun. Bemerkenswert ist, daß auch Riezler bei allem Unbehagen am Wilhelminischen Deutschland und trotz seiner „Revoluzzerie" sich nicht zu

[55] Tgb. 3. 10. 1917.
[56] Tgb. 14. 1. 1918.
[57] Tgb. 24. 1. 1918.
[58] Tgb. 15. 4. 1918.

lösen vermochte von seinen eigenen Wunschbildern und von den traditionellen Verfahrensweisen der Diplomatie.

So sah er es nach der Oktoberrevolution als seine wichtigste Aufgabe an, dafür zu sorgen, daß der Friede im Osten als Sonderfriede auf dem Wege direkter Verhandlung von Regierung zu Regierung zustande kam und nicht auf dem Wege unmittelbarer Verständigung zwischen den russischen Revolutionären und den deutschen Sozialisten oder auf dem Wege einer internationalen Sozialistenkonferenz. Seine erste Reaktion auf die Revolution war am 8. November eine Warnung vor „allen öffentlichen Kundmachungen freundlicher Verständigung mit Rußland“[59]. Am gleichen Tag bekundete der zweite gesamtrussische Kongreß seine Bereitschaft zu einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen unter Appell an die Arbeiter und Werktätigen aller Nationen. Riezler versuchte, über Worowski die Petersburger Bolschewisten davon zu überzeugen, daß mit einer Revolution in Deutschland nicht zu rechnen sei. Dem Vorwärts wollte er die Aufgabe zuschreiben, im Namen der sozialdemokratischen Partei zu erklären, daß das deutsche Proletariat nicht daran denke, den „Sieg des kriegslustigen englisch-amerikanischen Kapitalismus durch Arbeitseinstellung herbeizuführen“. Riezlers Verständnis von der Rolle, die die Arbeiter jetzt zu spielen hätten, führte ihn zu der Forderung: „Unsere Sozialdemokratie muß helfen, Weg internationaler Sozialistenverständigung abzuschneiden.“[60] Zunächst sah es freilich so aus, als liefen die Dinge in die entgegengesetzte Richtung. Wenige Tage nach der Oktoberrevolution vereinbarte Parvus Helphand in persönlichen Unterredungen mit Ebert und Scheidemann in Berlin und mit Radek und Worowski in Stockholm einen Austausch gegenseitiger Sympathieerklärungen. Auf Massenversammlungen in Dresden und Barmen sollte in einer Resolution die Solidarität mit den russischen Revolutionären in der „Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand zur Vorbereitung eines demokratischen Friedens bekundet werden“. Das geschah. Aber die Antwort der bolschewistischen Außenstelle auf eine Grußadresse des sozialdemokratischen Parteivorstandes wurde durch Riezler nur an Scheidemann und nicht an den zweiten Adressaten Haase übermittelt, und ihre Weitergabe wurde durch das Auswärtige Amt so verzögert, daß sie nicht mehr rechtzeitig zu den beiden Kundgebungen am 19. November in Dresden und Barmen gelangte, um dort verlesen werden zu können. Das waren kleine Tricks, die aber Parvus Hel-

[59] Riezler an AA, Stockholm 8. 11. 1917, Tel. Nr. 1794. PA, Gesandtschaft Stockholm 212. Eine ähnliche Warnung hatte er schon am Vorabend der Revolution, am 5. November, aus Stockholm an Haußmann gerichtet: „Rußlands Zustand ist der langsamer, aber völliger Auflösung, schlimmer und unheimlicher, als wir ihn nach allen Meldungen uns auszumalen vermögen. Es geht den Russen so schlecht, sie kommen sich so verprügelt vor, daß sie gar kein Verständnis für freundliche Worte von unserer Seite haben und sich solche nicht anders erklären können, als daß wir im Begriffe stehen, von den Engländern ebenso verprügelt zu werden, wie sie von uns verprügelt sind — weswegen sie natürlich vorziehen, diesen Moment abzuwarten.“ Nachlaß Haußmann, 54.

[60] Riezler an AA, Stockholm 9. 11. 1917, Tel. Nr. 1804. PA, Europa Gen. Nr. 1, Bd. 28.

phand zeigten, daß seine und der Reichsregierung Wege sich zu trennen begannen[61]. Übrigens schätzte Riezler die Fähigkeiten von Parvus Helphand nicht gering ein; ja er war sogar geneigt, ihn als Kapazität über Lenin zu rangieren[62]. Aber er war keinesfalls gewillt, die deutsche Regierungspolitik gegenüber Rußland, an deren Orientierung er nun selber mitbeteiligt war, dadurch stören zu lassen, daß der eifrige und geschickte Vermittler zu den russischen Sozialisten hin jetzt nach der Oktoberrevolution den Gedanken eines sozialistischen Friedens auch zugunsten Rußlands und gegen den preußisch-deutschen Obrigkeitsstaat zu vertreten bereit war. Höchste Alarmstufe war für Riezler gegeben, als sich tatsächlich Scheidemann von Parvus Helphand Anfang Dezember bewegen ließ, nach Stockholm zu reisen, um mit Worowski die Möglichkeiten eines sozialistischen Friedens zu erörtern, obwohl damals schon die Regierungsverhandlungen in Brest Litowsk begonnen hatten. Bei seiner Ankunft in Stockholm am 11. Dezember wurde Scheidemann von dem durch Kühlmann instruierten Riezler abgefangen und — nachdem er zuvor von Brockdorff-Rantzau auf einem Zwischenaufenthalt in Kopenhagen bearbeitet worden war — dahin gebracht, daß er sich der Regierungslinie anschloß. „Er sieht ein", so berichtet Riezler über das Ergebnis nicht ohne Genugtuung, „daß jede Sozialistenkonferenz einzig aussichtsreiche Verhandlungen verzögern und gefährden müsse."[63] Riezler hat sich ebenso wie gegen den Gedanken eines sozialistischen Friedens auch gegen einen anderen Versuch gewandt, die Reichsregierung beim Geschäft des Friedenschließens wenn nicht auszuschließen, so doch zu umgehen. Es ging darum, ob nicht

---

[61] Vgl. dazu Scharlau-Zeman, S. 284 ff.

[62] S. u. Dok. 4.

[63] Riezler an AA, Stockholm 11. 12. 1917, Tel. Nr. 2002. PA, Gesandtschaft Stockholm 212. — Riezler hat allerdings später, nachdem fest stand, daß ein Sonderfriede mit Rußland in der Art, wie ihn Deutschland forderte, durch eine internationale Konferenz nicht mehr verhindert werden konnte, aus taktischen Gründen der Reichsregierung den Rat gegeben, sich nicht mit dem Odium zu belasten, eine Sozialistenkonferenz am deutschen Veto scheitern zu lassen. In den Berichten Riezlers an den Reichskanzler Hertling taucht in diesem Zusammenhang noch ein ganz anderer Gedanke auf, der, gerade weil mehr beiläufig und problemlos vorgetragen, besonders zu vermerken ist. Er nimmt Bezug auf die von der Revolutionsregierung verkündete Absicht, Dokumente aus den Archiven des zaristischen Rußland über die Entstehung des Krieges zu veröffentlichen. Riezler ist nun überzeugt, daß „für die Regierungen der Entente" die Aussicht, durch die Russen und die deutschen Sozialdemokraten mit solchen Dokumenten konfrontiert zu werden, „wenig Verlockendes habe" (Riezler an Hertling, Stockholm 13. 1. 1918, PA, Großes Hauptquartier 260, Sozialisten Nr. 37, Bd. 1). Er rechnete damit, daß „die Erörterung der Schuldfrage, die bisher eine Frage der Ententesozialisten war, nach der Publikation der russischen Geheimarchive leicht zu einer deutschen Forderung werden könnte" (Riezler an Hertling, 30. 12. 1917, PA, Wk 2 c, Bd. 12). Riezler hatte also ein gutes Gewissen im Rückblick auf die Rolle Deutschlands in der Julikrise 1914. Wahrscheinlich hätte er dreieinhalb Jahre nach Kriegsausbruch kaum mit solcher Blindheit des guten Gewissens das ostmitteleuropäische Hegemonialkonzept für das Deutsche Reich vertreten können, wenn er der Meinung gewesen wäre, daß Deutschland um solcher Eroberungsabsichten willen den Krieg angezettelt hätte.

Besprechungen über die Bedingungen eines Ostfriedens zwischen Bolschewiki und Vertretern der deutschen Mehrheitsparteien geführt werden sollten, die im Juli 1917 die Friedensresolution des Reichstags beschlossen hatten. Der Plan ging offensichtlich auf eine Initiative Erzbergers zurück, während sich die Russen reserviert zeigten. Vertrauensleute Erzbergers tauchten in Stockholm auf[64]. Schließlich verlief die Sache im Sande, nicht zuletzt infolge der Warnungen Riezlers sowohl nach seiten der russischen wie der deutschen Regierung hin.

Während Riezler das Seine dazu beitrug, den internationalen Sozialismus und die Reichstagsmehrheit beim Zustandekommen des Friedens auszuschalten, hat er seine russischen Gesprächspartner davon zu überzeugen versucht, daß nur unmittelbare Verhandlungen von Regierung zu Regierung zum Erfolg führen könnten. Er hat dabei richtig einkalkuliert, welche Grenzen den Bolschewiki für eine Verständigungsmöglichkeit gegenüber den skandinavischen und deutschen Sozialdemokraten gezogen waren. Die „Abneigung des Lenin und Trotzki gegen Branting, Scheidemann, Parvus" ließ sich „zur Erreichung direkter Verhandlungen" ausnutzen[65]. Er war nicht unzufrieden mit dem Fortgang der Dinge. „Die Bolschewiki sind großartige Kerle", meldete er Anfang Dezember nach Berlin, „und haben alles sehr schön und brav gemacht"; und er fügte hinzu: „Kann man nicht erfahren, was man ihnen in finanzieller Hinsicht suggerieren soll?"[66] Als Mittelsmann zwischen Riezler und den russischen Revolutionären in Stockholm fungierte Alfons Paquet, damals Vertreter der Frankfurter Zeitung in der schwedischen Hauptstadt. Er führte in seiner Wohnung die persönliche Begegnung zwischen Riezler und Worowski herbei. Hier fanden in der ersten Dezemberhälfte die entscheidenden Besprechungen statt[67]. Es kam, wie von Riezler erhofft und mitbewirkt, am 15. Dezember zum Abschluß eines Waffenstillstandes an der Ostfront und dann zu Verhandlungen über einen Separatfrieden, nicht im neutralen Ausland, wie Worowski vorgeschlagen hatte, sondern im Frontgebiet im deutschen Hauptquartier Oberost in Brest Litowsk.

Das war der angemessene Ort für das Diktat eines Friedensvertrages, der im Grundkonzept auch den Vorstellungen Riezlers entsprach. In einem Bericht an den Reichskanzler Hertling[68] hatte er am 3. Dezember, dem Tag der Eröffnung der Waffenstillstandsverhandlungen, sein Bild der Ausgangslage gezeichnet: das zaristische Rußland werde durch zentrifugale Kräfte auseinandergerissen. Die Bolschewiki seien weder in der Lage, dem

---

[64] Tgb. 14. 1. 1918, Anm. 5.

[65] Riezler an AA, Stockholm 3. 1. 1918, Tel. Nr. 14, PA, Wk 2 c, Bd. 12.

[66] Riezler an Nadolny, Stockholm 3. 12. 1917, PA, Rußland 63 Nr. 1, Bd. 6.

[67] Gespräche vom 8., 10. und 14. Dezember. Hierüber kurze Notizen in den unveröffentlichten Tagebüchern Paquets aus der Stockholmer Zeit. Ich habe Winfried Baumgart dafür zu danken, daß er mir Einsicht in eine maschinenschriftliche Abschrift gab Riezler über die Besprechungen s. u. Dok. 7 u. 8.

[68] Riezler an Hertling, Stockholm 3. 12. 1917, s. u. Dok. 6.

Selbständigkeitsverlangen der Völker Rußlands entgegenzutreten, noch entspreche die Behauptung der alten Reichseinheit ihrem theoretischen Internationalismus. So werde „die Herrschaft der Bolschewiki bei einiger Dauer zu einem vorübergehenden Zerfall Rußlands führen". Die Unabhängigkeit Finnlands, die Selbständigkeit der Ukraine, des Kaukasus und Estlands hielt er für möglich und im deutschen Interesse liegend, jedoch mit einer einschränkenden Warnung: die deutsch-russischen Beziehungen sollten nicht durch den Friedensvertrag „für alle Zeit mit dem weiteren Schicksal dieser Völker" belastet werden. Daß die Eigenstaatlichkeit der Ukraine dann doch friedensvertraglich festgelegt wurde, hat Riezler entgegen seiner eigenen Ausgangswarnung nicht nur hingenommen, sondern selber für notwendig erachtet, um den Russen, als sie die Verhandlungen hinauszögerten, die Pistole auf die Brust zu setzen. Aber Riezler war sich der Problematik dieses künstlichen Staatsgebildes bewußt, dem er nur eine geringe Lebensdauer zubilligte. Er spürte, wie sehr eine solche Neugestaltung im ostmitteleuropäischen Raum durch den polnisch-ukrainischen Antagonismus belastet sein mußte[69]. Daß aber Polen, Litauen, Kurland, in der Hand der deutschen Armee befindlich, in welcher Form auch immer, dem Herrschaftsbereich Deutschlands bzw. Österreichs eingefügt werden sollten, bedurfte für ihn keiner besonderen Erörterung. Dies war ja auch das Minimum, das für politische Leitung und Oberste Heeresleitung, für Kühlmann und Ludendorff, bei allen sonstigen Gegensätzen fest stand. Riezlers Phantasie konnte sich an dem Gedanken entzünden, daß dieses alte Rußland, dessen Druck so lange auf Deutschland gelastet hatte, wenigstens vorübergehend auseinanderbrach und daß sich in dem Nationalitätenraum zwischen Finnischem Meerbusen und Adria eine große politische Gestaltungsaufgabe anbot[70]. Aber wie sah die Wirklichkeit aus? Riezler zog noch vor Abschluß der Brest Litowsker Verhandlungen Bilanz[71]: Die besetzten Ostgebiete würden wegen der verständnislosen Militärverwaltung „völlig wegbrechen". Die austropolnische Lösung, auf die sich Wien und Berlin einigten, galt ihm „als unmöglich". Er warnte vor deutschen Wünschen nach Annexion eines polnischen Grenzstreifens, die damals im Zusammenhang mit der austropolnischen Lösung neuen Auftrieb erhielten[72], weil sie die Möglichkeit einer zukünftigen positiven Entwicklung des Verhältnisses zu Polen blockierten. Die litauische Staatsschöpfung schien ihm „fragwürdig". Er sah zu genau, daß hier wie in Kurland das Selbstbestimmungsrecht, unter dem Protektorat der Besatzungsmacht durch nicht repräsentative „Volksräte" praktiziert, zur Farce wurde. Und wenn die baltischen Barone, ermuntert von der Obersten Heeresleitung, den

[69] Riezler an Hertling, Stockholm 24. 1. 1918, s. u. Dok. 10.

[70] Tgb. 29. 1. 1918. In einem Bericht an Hertling, Stockholm 3. 12. 1917, sprach er von einem „vorübergehenden Zerfall Rußlands"; s. u. Dok. 6.

[71] Tgb. 11. 2. 1918.

[72] Geiss, Grenzstreifen, S. 130 ff. Riezler war der Meinung, Deutschland solle seine „eigenen Grenzwünsche möglichst zurückdrängen". Riezler an v. Bergen, Stockholm 21. 2. 1918; s. u. Dok. 13.

Kaiser zu bewegen suchten, auch Livland und Estland mit dem Reich zu verbinden, so wußte er, daß dies geschehen sollte „nur zum Schutze der unhaltbaren dortigen Güterverteilung". Die Oberste Heeresleitung war nach Meinung Riezlers in der Hand der Schwerindustrie[73]. In den Plänen eines deutschen Zugriffs auf Livland und Estland sah er die gleiche Allianz kapitalistischer und großagrarischer Interessen am Werk, die sich auch im Innern der notwendigen Erneuerung entgegenstellte. Er war im Hinblick auf das zukünftige Verhältnis gegenüber Rußland entschieden dagegen, daß Deutschland sich an der baltischen Küste in Livland und Estland festsetzte, wenn er auch mit ihrer Loslösung von Rußland rechnete[74].

Das Mißvergnügen Riezlers blieb nicht verborgen. Offenbar sah man auf der deutschen Vertretung in Stockholm die deutsche Rußlandpolitik mit anderen Augen an als im Großen Hauptquartier. So beschwerte sich Ludendorff über die Illoyalität des Gesandten von Lucius und seines Mitarbeiters Riezler[75]. Das Auswärtige Amt deckte aber die Getadelten[76]. Tatsächlich befürworteten von Lucius und Riezler in der taktischen Behandlung des kommunistischen Rußland ein Verhalten, das sogar eher der Linie Ludendorffs als der Kühlmanns zu entsprechen schien. Für eine Verständigung mit dem kommunistischen Rußland sah Riezler keine Voraussetzung gegeben. Er wurde nicht müde darzulegen, daß ein solcher Wunsch illusionär sei, da es von der Basis der Leninschen Ideologie her keine Möglichkeit der gegenseitigen Respektierung, des Ausgleichs mit dem „imperialistischen" Deutschland geben könne[77]. Diese von Rußland her gesehen prinzipielle Unmöglichkeit, sich mit Deutschland wirklich zu verständigen, werde durch kein noch so großes Entgegenkommen gegenüber der Ausgangsposition, die die russischen Unterhändler in Brest Litowsk eingenommen hatten, aufgehoben. Die kommunistischen Machthaber könnten daher nur in einer Zwangslage dem Frieden zustimmen, und in diese Zwangslage müßten sie gebracht werden.

Daß sich Kühlmann darauf einließ, mit Trotzkij die Generalprinzipien eines allgemeinen Friedens vor dem Forum der Weltöffentlichkeit zu diskutieren, sagte Riezler nicht zu. Kühlmann hat es später in seinen Erinnerungen als die Absicht seiner Diskussionstaktik bezeichnet, „auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker fußend den Punkt des annexionslosen Friedens zu unterhöhlen ... Mein Plan war, Trotzki in eine rein akademische

---

[73] Tgb. 11. 2. 1918.

[74] Vgl. hierzu H.-E. Volkmann, Die deutsche Baltikumpolitik zwischen Brest-Litowsk und Compiègne (1970), S. 150. Riezler befürwortete — vergeblich — die Reise einer estnischen Delegation nach Berlin, wo sie sich gegen die livländische Ritterschaft für eine nach ethnischen Gesichtspunkten zu vollziehende Teilung Livlands und für die Gewährung des Selbstbestimmungsrechts an die Esten einsetzen wollte.

[75] v. Lersner im Auftrage Ludendorffs an AA, Gr. Hauptquartier 30. 12. 1917. PA, Deutschland 135 Nr. 18, Bd. 2.

[76] v. d. Bussche an v. Lersner, Berlin 8. 1. 1918. PA ibid.

[77] Tgb. 14. 1. 1918; aus den Telegrammen und Berichten aus Stockholm bes. Tel. Nr 376, 26. 1. 1918, PA, Gesandtschaft Stockholm 212.

Diskussion über das Selbstbestimmungsrecht der Völker und seine mögliche praktische Anwendung zu verstricken und, was wir an territorialen Zugeständnissen durchaus brauchten, uns durch das Selbstbestimmungsrecht der Völker hereinzuholen"[78]. Riezler hatte damals offenbar den Eindruck, daß Kühlmann in dem rhetorischen Duell mit Trotzkij nicht besonders reüssiert hatte. Ihm schien dessen Taktik „allzu schlau", „zu machiavellistisch"[79]. Den General Hoffmann hingegen, den Vertreter der Obersten Heeresleitung bei den Verhandlungen, der das akademische Rededuell kurzerhand zu Ende bringen wollte, nahm er in Schutz vor den Angriffen der Linken, die er sich aus deren „gründlichem Mißverstehen der Bolschewiki" erklärte, so als ob Nachgeben zum Frieden führen könnte[80]. Riezler wußte, wie schwach die deutsche Position in der zentralen Frage des nationalen Selbstbestimmungsrechtes war. Er wußte, daß sich hiermit eine Annexion von Litauen und Kurland nicht begründen ließ. Ebenso deutlich sah er aber auch, daß auf der anderen Seite der Selbstbestimmungsgedanke dem kommunistischen Parteiinteresse untergeordnet wurde. In den von Lenin und Stalin formulierten Direktiven für die russische Delegation zur Konferenz von Brest Litowsk wurden unter den Vorbedingungen für die Durchführung von allgemeinen Volksabstimmungen u. a. genannt: Räumung der betroffenen Gebiete von Besatzungstruppen und Rückführung der Flüchtlinge und Ausgewiesenen[81]. Diese Bedingungen galten Riezler als schlechthin unannehmbar. Denn ihre Erfüllung hätte bedeutet, diesen Raum an die lettischen und litauischen „Prätorianertruppen"[82] der Kommunisten auszuliefern.

Da für die Russen ein Frieden auf der Grundlage ihres Sechspunkteprogramms nicht zu haben war, sie aber auch nicht die Möglichkeit besaßen, den Krieg wiederaufzunehmen, verlegten sie sich auf die Taktik des Hinauszögerns. Berichte über Demonstrationen und Streiks in Österreich und Deutschland ermutigten dazu[83].

In dieser Situation wurde Riezler über die einzuschlagende Taktik konsultiert. Staatssekretär Kühlmann ließ ihn um ein schriftliches Gutachten bitten[84] und nach Berlin rufen[85]. Riezler meinte, man müsse mit Trotzkij jetzt

[78] R. v. Kühlmann, Erinnerungen (1948), S. 523 f.; zit. bei Baumgart, Ostpolitik, S. 20.
[79] Tgb. 14. 1. 1918.
[80] Tgb. 29. 11. 1918. So auch v. Lucius: „Hoffmann habe nach seiner Meinung recht gehabt, wenn er an den Degen schlug", Paquet, Stockholmer Tagebuch, S. 86, s. o. Anm. 67.
[81] Von Brest Litowsk bis Rapallo, Bd. 1, Dok. 25. Analog in dem von Joffe zur Eröffnung der Konferenz von Brest Litowsk am 20. 12. 1917 vorgetragenen Sechspunkteprogramm, ibid., Dok. 52.
[82] So im Bericht Riezler an Hertling, Stockholm 28. 1. 1918, s. u. Dok. 12.
[83] Resolution über den Frieden auf dem 3. gesamtrussischen Sowjetkongreß 14. (27.) 1. 1918, in: Von Brest Litowsk nach Rapallo, Bd. 1, Dok. 121.
[84] v. d. Bussche für Riezler, Nr. 145, 26. 1. 1918: „Staatssekretär wünscht Gutachten, welche Taktik Ihrer Ansicht nach Mittelmächte gegen Bolschewiki einschlagen sollten". PA, Gesandtschaft Stockholm 212.
[85] Tgb. 29. 1. 1918. Aus dem Stockholmer Tagebuch Paquets (28. 1. 1918) ergibt sich, daß Riezler damit rechnete, nach Brest Litowsk entsandt zu werden.

„Fraktur reden“[86]. Er war schon nach dem einleitenden beiderseitigen Austausch von Grundsatzerklärungen, der in der ersten Konferenzphase vom 20. bis 28. Dezember stattgefunden hatte, zu der Meinung gelangt, es sei „der Zeitpunkt für ein Anziehen der Zügel gekommen“[87]. Die erbetene Stellungnahme erfolgte am 28. Januar in einem Bericht an den Reichskanzler Graf Hertling[88] und in einem Gutachten vom 2. Februar 1918[89]. Riezler schlug vor, die Russen zu einem klaren Ja oder Nein zu zwingen, und zwar in ultimativer Form unter Androhung der Aufkündigung des Waffenstillstandes. Schon vorher hatte Riezler dafür plädiert, „auch den deutschen Arbeiter mit dem Gedanken einer Wiederaufnahme des Krieges im Norden auszusöhnen“[90]. Ein baldiger Friedensschluß mit der Ukraine würde geeignet sein, die Ernsthaftigkeit eines solchen Ultimatums zu unterstreichen. Riezler gab sogar — in dem Gutachten — zu bedenken, ob nicht die deutschen Friedensforderungen im Zusammenhang mit dem Ultimatum verschärft werden könnten. Es ist offen, ob er damit dem Verlangen der Obersten Heeresleitung nach Räumung von Estland und Livland von russischen Truppen Rechnung tragen wollte. Eine Wiederaufnahme des Krieges mußte scharfen Protest bei der deutschen Linken und auch beim österreichischen Bundesgenossen, der am Ende der Kräfte stand, erwarten lassen. Es war daher wenig überzeugend, wenn Riezler für die öffentliche Begründung eines solchen ultimativen Vorgehens das Selbstbestimmungsrecht gegen die Bolschewiki und ihre Revolutionsabsichten in Anspruch nehmen wollte. Wußte er doch, daß vor dem Hintergrund der deutschen Annexionsabsicht in den baltischen Ländern dieses Argument in einer apologetischen Proklamation ebenso widersprüchlich erscheinen mußte wie in den dialektischen Künsten Kühlmanns gegenüber Trotzkij. In einem Bericht an den Reichskanzler nannte er die Dinge beim Namen: Was in Brest Litowsk den Russen zugedacht wurde, war ein „Gewaltfriede“[91].

Wie reagierte Kühlmann auf die Ratschläge Riezlers? Daß man „zu einer energischen Sprache“ übergehen müsse, entsprach seiner eigenen Ansicht[92]. Für den Fall, daß Trotzkij sich weigern sollte, die deutschen Bedingungen anzunehmen, plädierte er gegenüber dem Reichskanzler am 10. Februar für „Kündigung des Waffenstillstandes“[93]. Das mußte nicht unbedingt Wiederaufnahme der Kriegshandlungen bedeuten, mit der Riezler rechnete. Wegen der von der Obersten Heeresleitung und dem Kaiser geforderten Räumung Estlands und Livlands wollte er es aber nicht zum Abbruch der Verhandlungen mit Rußland kommen lassen. Er war entschlossen, eine an

[86] Tgb. 11. 2. 1918.
[87] Riezler an AA, Nr. 262, Stockholm 2. 2. 1918, PA, Gesandtschaft Stockholm 212.
[88] S. u. Dok. 12.
[89] Tgb. Beilage 5, s. u. S. 501 ff.
[90] Riezler an AA, Tel. Nr. 376, Stockholm 26. 1. 1918, PA, Gesandtschaft Stockholm 212.
[91] Riezler an Hertling, Stockholm 8. 3. 1918; s. u. Dok. 14.
[92] Kühlmann an Hertling, 30. 1. 1918, in: Von Brest Litowsk nach Rapallo, Bd. 1, Dok. 126.
[93] Kühlmann an Hertling, 10. 2. 1918, ibid., Dok. 138.

ihn im Sinne der Forderung der Obersten Heeresleitung ergangene Weisung des Kaisers nicht auszuführen. Eine neue Lage entstand, als Trotzkij in der Sitzung des gleichen Tages die Unterzeichnung des vorgelegten Vertrages verweigerte, aber den Kriegszustand mit Deutschland und seinen Verbündeten für beendet erklärte. Bedeutete diese Erklärung Krieg oder Frieden? Hart prallten die gegensätzlichen Meinungen in der deutschen Führung gegeneinander. Da stellte sich einmal die völkerrechtliche Frage, ob nun nach der russischen Ablehnung des Friedensvertrages und der einseitigen Friedenserklärung der Waffenstillstand noch bestünde oder nicht und ob mit dieser Erklärung etwa der Kriegszustand beendet sei. Hierzu liegt keine schriftliche Äußerung Riezlers vor. Er befand sich damals noch zu Konsultationen in Berlin. Wichtiger als die völkerrechtliche war die politische Frage, ob Deutschland nun zu militärischen Aktionen schreiten sollte und gegebenenfalls mit welchem Ziele. Die Oberste Heeresleitung und der Kaiser wollten eine formelle Feststellung, daß durch das Verhalten der Russen der Waffenstillstand aufgehoben und der Kriegszustand wiederhergestellt sei, um den Vormarsch wiederaufzunehmen, das Baltikum zu besetzen, Petersburg unter Druck setzen und der Bolschewistenherrschaft den Todesstoß versetzen zu können. Kühlmann vertrat die gegenteilige Auffassung[94]: zwar bestehe der Kriegszustand fort, aber der Waffenstillstand sei durch die russische Erklärung nicht aufgehoben. Militärische Aktionen hielt er aus bündnispolitischen und innenpolitischen Gründen für unzweckmäßig. Zudem fürchtete er — zu Unrecht, wie sich herausstellen sollte —, daß es Monate dauern werde, bis die Operationen in die Nähe Petersburgs vorgetragen werden könnten, daß die russische Regierung möglicherweise nach dem Ural ausweichen werde und daß es jedenfalls unmöglich sei, „die Leute an den Tisch zu zwingen und zur Unterschrift zu nötigen". Der Reichskanzler Hertling war wie die Oberste Heeresleitung im Gegensatz zu Kühlmann der Meinung, daß Deutschland jetzt nach der Erklärung Trotzkijs militärische Handlungsfreiheit besitze. Als Operationsziel akzeptierte er mit gewisser Vorsicht Estland und Livland. Das Argument des Bolschewistensturzes als Ziel der militärischen Operation jedoch wurde von ihm auf der entscheidenden Sitzung des Kronrates vom 13. Januar 1918 nicht vertreten[95].

Von seiten Riezlers liegt zu der Situation, wie sie sich aus der unerwarteten Erklärung Trotzkijs vom 10. Februar ergeben hatte, keine gutachtliche Äußerung vor. Wie er aber die am 18. Februar gegen den Ratschlag Kühlmanns wiederaufgenommenen militärischen Operationen, die im Bolschewistenlager zum Triumph Lenins über Trotzkij und damit am 3. März in Brest Litowsk zur russischen Unterschrift unter den Vertrag führten, tatsächlich beurteilte, ergibt sich aus seiner politischen Korrespondenz. Was die militärische Aktionsfreiheit und Aktionsnotwendigkeit anging, so

[94] Kühlmann an Hertling, Tel. Nr. 32, Brest Litowsk 10. 2. 1918. Text bei Hahlweg, Brest Litowsk, S. 65 ff.

[95] Sitzungsniederschrift in: Von Brest Litowsk bis Rapallo, Bd. 1, Dok. 149.

war er der Ansicht, daß nichts anderes übrigbleibe, als dem Bolschewismus die für Deutschland wichtigsten Gebiete „Schritt für Schritt" abzuringen[96]. Einen Versuch zu unternehmen, die Bolschewistenherrschaft in Rußland zu stürzen, wie es die Oberste Heeresleitung und der Kaiser wünschten, hielt Riezler jedoch für falsch. Denn er war der Überzeugung, daß der Fortbestand der bolschewistischen Regierung zur Gewährleistung chaotischer Zustände in Rußland zumindest bis zum Abschluß eines allgemeinen Friedens im deutschen Interesse liege.

Wie hat Riezler überhaupt den wahrscheinlichen Fortgang der Entwicklung in Rußland gesehen? Welche Chancen sah er für Revolution und Gegenrevolution? Wenn man seine Äußerungen in den vier Monaten vom Umsturz bis zum Frieden von Brest Litowsk Revue passieren läßt, so ergibt sich folgendes Bild: Seine erste unmittelbare Reaktion auf den Petersburger Umsturz war die Sorge, daß „die Bolschewiki jeden Tag gestürzt werden" könnten. Deshalb empfahl er „sofortiges Zugreifen", um Waffenstillstand und Frieden herbeizuführen auch unter Konzedierung von allgemeinen, „der revolutionären Ideologie nicht widersprechenden Formeln"[97]. Er rechnete mit einer „vermutlich kurzen Herrschaft der Bolschewiki"[98]. Einige Tag später schloß er die Möglichkeit nicht mehr aus, daß sich das Regime mehrere Wochen halten könnte. Dem Land werde dann eine Schreckenszeit bevorstehen, schlimmer als sie Frankreich in der Revolution erlebt habe, aber Rußland werde dann jedenfalls, selbst wenn der Abschluß eines Waffenstillstandes nicht gelingen sollte, militärisch und wirtschaftlich aus den Berechnungen des Krieges ausscheiden[99]. Später werde sich irgendwann die Gegenrevolution durchsetzen und „die Theoretiker und Ideologen in ihre Studierzimmer zurücktreiben"[100]. Es lag nach der Meinung Riezlers nicht im deutschen Interesse, daß dies zu früh geschehe. So warnte er noch am 26. November davor, sich durch „die Freude über den Mut und die Entschlossenheit der bolschewikischen Regierung" dazu verleiten zu lassen, „den optimistischen Angaben der hiesigen Bolschewiki über die Dauer ihrer Regierung allzuviel Glauben beizumessen". Er wollte ihnen damals nur wenige Monate geben, bis mit dem Abschluß des Friedens ihre raison d'être verschwunden sei. Wegen der Ungewißheit des Regimes hielt er es für einen schweren politischen Fehler, wollte man „die Zukunft der russisch-deutschen Beziehungen auch nur scheinbar an das Schicksal und die Herrschaft der jetzigen russischen Regierung" binden. Deshalb solle man sich — unter Zurückweisung aller Verständigungsideologie, wie sie den Bemühungen Scheidemanns und Erzbergers zugrunde lag — auf eine „zurückhaltende Behandlung der geschäft-

---

[96] Brief Riezlers an v. Bergen, Stockholm 21. 2. 1918; s. u. Dok. 13.
[97] Riezler an AA, Tel. Nr. 1799, Stockholm 8. 9. 1917, PA, Wk Nr. 2, Bd. 51.
[98] Riezler an AA, Tel. Nr. 1804, Stockholm 9. 11. 1917, PA, Europa Gen. 82 Nr. 1, Bd. 28.
[99] Riezler an Hertling, Stockholm 11. 11. 1917, s. u. Dok. 3.
[100] Riezler an AA, Stockholm 16. 11. 1917, PA, Gesandtschaft Stockholm 212.

lichen Fragen durch die Vertreter der Staatsmacht" beschränken, um den „Übergang zu guten Beziehungen auch mit einer neuen Regierung und dem nicht bolschewistischen Rußland" zu ermöglichen[101].

Wenn Riezler die Chancen für eine Konsolidierung der Bolschewistenherrschaft bei kürzerer oder längerer Dauer insgesamt doch gering veranschlagte, so konnte er sich hierfür auf Vermutungen auch der Bolschewiki selber berufen, mit denen er es in Stockholm zu tun hatte — trotz des von ihnen zur Schau getragenen Optimismus. Sie alle seien von dem „schließlichen Sieg der Reaktion" überzeugt[102].

Während des Höhepunktes der Konferenz von Brest Litowsk im Januar 1918 entwarf Riezler in einem längeren Bericht an den Reichskanzler Hertling ein Bild der Situation in Rußland[103]. Er rechnete jetzt nicht mehr mit der Wahrscheinlichkeit, daß die erwartete Rückkehr „geordneter Zustände" bald erfolgen werde. Die Parole von Freiheit und Revolution, tief in der russischen Geistesgeschichte des 19. Jahrhunderts verwurzelt, habe noch nichts von ihrer werbenden Kraft eingebüßt. So sei „die russische Revolution keine Reihe von Zufällen, sondern eine elementare geistige und materielle Freiheitsbewegung", die, was immer kommen möge, Rußland und das russische Volk gründlich umgestalten werde. Nirgendwo entdeckte er eine Gewalt, die an ihre Stelle treten könnte. Wahrscheinlicher als eine Gegenrevolution schien ihm auf absehbare Zeit eine Fortdauer der Anarchie unter einer „Reihe schnell abwirtschaftender Pöbelregierungen". Er gab einer anarchistischen Opposition gegen Lenin eine größere Chance als einem gemäßigten Sozialismus oder gar einem bürgerlichen Parlamentarismus[104]. Für die Zukunft allerdings werde Deutschland die Verbindung mit dem bürgerlichen Rußland suchen müssen. So nützlich es für den Augenblick erscheine, daß Rußland schwach sei, so verlange das wirtschaftliche Interesse Deutschlands doch auf die Dauer „die Wiederaufrichtung einer leidlichen Ordnung". Hier mochte die Ukraine einen Ansatz bieten, obwohl Riezler auf lange Sicht eher mit ihrer Rückkehr nach Rußland rechnete.

Wie sich die Verhältnisse zwischen den Völkern des ehemaligen Zarenreiches gestalten würden, schien ihm offen. Vielleicht werde Rußland noch auf Jahrzehnte ein Balkan bleiben[105]. Trotz zurückhaltender Beurteilung

---

[101] Riezler an Hertling, Stockholm 26. 11. 1917, s. u. Dok. 5. Dieser Bericht wurde vom AA den deutschen Länderregierungen zur Unterrichtung zugestellt, wie sich aus einer informatorischen Aufzeichnung des AA vom 3. 12. 1917 ergibt; zit. aus dem Sächsischen Landeshauptarchiv in Dresden bei G. Rosenfeld, Sowjetrußland und Deutschland 1917 bis 1922 (1960), S. 30.

[102] Riezler an Hertling, Stockholm 3. 12. 1917, s. u. Dok. 6. In diese Richtung weist auch eine pessimistische Äußerung Radeks zu Paquet. Er prophezeite unter dem Eindruck einer Reise nach Rußland, daß die Macht der Bolschewiki nicht lange mehr dauern werde. Stockholmer Tagebuch (s. o. Anm. 67) 25. 12. 1917.

[103] Riezler an Hertling, Stockholm 24. 1. 1918; s. u. Dok. 10.

[104] Riezler an Hertling, Stockholm 8. 3. 1918, s. u. Dok. 14.

[105] Riezler an v. Bergen, Stockholm 21. 2. 1918; s. u. Dok. 13.

der Chancen einer Gegenrevolution für die nahe Zukunft hielt es Riezler, als von gegenrevolutionärer Seite vorsichtig ein Fühler nach Deutschland ausgestreckt wurde, im Interesse einer weitergezogenen Perspektive für richtig, behutsam darauf einzugehen. Ein Abgesandter Kornilows wandte sich im Februar 1918 mit der Anfrage an ihn, „ob Deutschland bereit sei, mit konterrevolutionärem Zentrum im Dongebiet" in Verbindung zu treten[106]. Das nahm er zum Anlaß, um wenige Tage nach Abschluß des Friedens von Brest Litowsk in einem Bericht an Hertling grundsätzlich die Frage anzuschneiden, welche Stellung Deutschland überhaupt gegenüber konterrevolutionären Bewegungen einnehmen solle[107]. Bei einem Sieg der Gegenrevolution, deren Chancen allerdings nur langsam zu wachsen schienen, müsse damit gerechnet werden, daß sich der Vertrag von Brest Litowsk nicht aufrechterhalten lasse. Daher schien ihm ein Sturz der Bolschewiki vor dem allgemeinen Ende des Krieges dem politischen Interesse Deutschlands zu widersprechen. Die Bolschewiki hatten also — nach dem Verständnis Riezlers — ihre Rolle im Interesse Deutschlands noch nicht ausgespielt. Wie die Förderung der Revolution als zweckmäßig erschienen war, um den inneren Zusammenbruch Rußlands zu beschleunigen und zum Sonderfrieden im Osten zu gelangen, so war jetzt der Fortbestand der Bolschewistenherrschaft auf Zeit erforderlich, um die durch den Vertrag von Brest Litowsk in Osteuropa errichtete deutsche Vorherrschaft zu sichern. Mit einer lapidaren, auf jede ideologische Verkleidung verzichtenden Formulierung Riezlers: „Der uns durch die Taktik und das Wesen der Bolschewiki aufgezwungene Gewaltfriede bedarf zu seiner Rechtfertigung und Festigung auch weiterhin der Bolschewiki." „Eine weitere Dauer der großrussischen Anarchie" lag also nach Riezler im deutschen Interesse und nicht „die Förderung oder Duldung von Gegenbewegungen". Allerdings zog er zum Schluß eine Alternative in die Überlegungen ein: wenn man zu dem Eindruck gelange, daß sich die Gegenrevolution durchsetze, müsse man sich rechtzeitig mit ihr verständigen. Denn den Frieden von Brest Litowsk werde „ein von den Bolschewisten befreites Rußland nie vergessen". Unter diesem Aspekt erscheine dann der Vertrag „als zukünftige Liquidationsmasse". Die hier theoretisch formulierte Alternative wurde für Riezler zur tatsächlichen politischen Entscheidungssituation, als er einen Monat nach Brest Litowsk aus dem jetzt für die russischen Angelegenheiten unwichtiger gewordenen Stockholm nach Moskau entsandt wurde.

Ein zehntägiger Zwischenaufenthalt in Berlin vom 8. bis 18. April hinterließ deprimierende Eindrücke: Verfehlte Außenpolitik in Estland und Livland zugunsten der 5 % Deutschen mit ihrem 65%igen Anteil am Grund und Boden, kaum mehr verschleierte Militärdiktatur, ein altersschwacher Kanzler, keine politische Führung vorhanden, militärische Aussichten der

[106] Riezler an AA, Tel. Nr. 492, Stockholm 28. 2. 1918, PA, Gesandtschaft Stockholm 212.
[107] Riezler an Hertling, Stockholm 8. 3. 1918; s. u. Dok. 14.

großen Westoffensive düster, nach außen hybride Überschätzung der eigenen Leistung und Kraft von den oberen Schichten bis ins Kleinbürgertum hinunter und gleichzeitig im Innern die Bereitschaft, sich der Militärdiktatur zu unterwerfen. Und wenn Riezler sich schon bei früherer Gelegenheit notiert hatte, das deutsche Volk werde wohl noch einmal durch die Herrschaft der Alldeutschen hindurch müssen[108], so formulierte er jetzt eine Prognose, die aus den Beobachtungen des Augenblicks in eine ferne, dunkle Zukunft zu weisen schien: „Es beginnt das große ‚ruere in servitium'"[109], die Begierde, sich in die Knechtschaft zu stürzen.

Riezler übernahm an der jetzt in Moskau nach dem Friedensschluß eingerichteten diplomatischen Vertretung den Posten des Botschaftsrates. Ihm eilte der Ruf voraus, daß er ein besonderer Kenner östlicher Verhältnisse sei[110]. Da er einige Tage vor dem Gesandten Graf Mirbach eintraf, hatte er als erster Gelegenheit, bei einem Besuch auf dem Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten am 22. April sich ein Bild von der politischen Ausgangslage für die Arbeit der deutschen Vertretung zu verschaffen. Sie war schlecht für die Deutschen, da in sich widerspruchsvoll. Der Volkskommissar Tschitscherin und sein Stellvertreter Karachan ließen ihn dies durch eine Demonstration an der Karte „ohne jeden Vorwurf, mit stummer, aber wirksamer Anklage" spüren. Es war Frieden und doch Krieg. Die deutschen Truppen hatten ihren Vormarsch durch die Ukraine in großrussisches Gebiet hinein fortgesetzt. Nun waren zwar die Grenzen zwischen der Ukraine und Rußland noch nicht festgelegt, aber die Oberste Heeresleitung versuchte inzwischen vollendete Tatsachen zu schaffen. Die Intervention in der Ukraine zur Unterwerfung der Kommunisten wurde zum Vorstoß in das Kohlenbecken des Donezgebietes und in die Krim[111]. Das war — in der undiplomatischen Sprache des Tagebuches — ein „direkter Raubzug nach Friedensschluß"[112]. Riezler befand sich in keiner angenehmen Situation, als sich seine Uninformiertheit über die militärischen Vorhaben und Operationen in dieser seiner ersten Begegnung mit den Leitern der russischen Außenpolitik herausstellte, obwohl der Kommunikationsweg zur Obersten Heeresleitung durch deren Vertreter in Moskau, den Major Freiherrn von Bothmer, der der Deutschen Mission zugeteilt war, unmittelbar gegeben war. Dieses peinliche Vorkommnis ist kennzeichnend für die allgemeine Doppelgleisigkeit der deutschen Ostpolitik im Jahre 1918[113]. Oberste Heeresleitung und politische Leitung verfolgten verschiedene Ziele. Staatssekretär Kühlmann suchte einen Modus vivendi

[108] Tgb. 22. 2. 1916. [109] Tgb. 15. 4. 1918. [110] Bothmer, S. 21.

[111] Materialien zur deutschen Intervention bei J. Bunyan, op. cit.

[112] Tgb. 24. 4. 1918.

[113] Dies ist der leitende Gesichtspunkt in der vortrefflichen Darstellung von Baumgart, Deutsche Ostpolitik 1918, Von Brest Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges (1966). Dieses vor allem auf den Akten des Auswärtigen Amtes beruhende Werk bietet eine zuverlässige Grundlage für die Behandlung sowohl der verschiedenen Aspekte der deutschen Ostpolitik wie ihres Phasenablaufs und dabei auch der Mission Mirbachs und Helfferichs.

mit den Bolschewiki. Denn sie allein von allen miteinander rivalisierenden Gruppen in Rußland waren auf den Vertrag von Brest Litowsk angewiesen, wahrscheinlich nicht auf die Dauer, aber doch jedenfalls — mit den Worten Lenins und der Prawda — für eine „Atempause", für einen „Zwischenakt", der es ihnen erlaubte, einen Ausweg aus den inneren Wirren zu finden und ihre Macht zu konsolidieren. Deshalb durfte die Regierung der Bolschewiki nicht ihrer lebenswichtigen Ressourcen in solchem Maße beraubt und in den Augen des russischen Volkes nicht so diskreditiert werden, daß ihnen darüber die Existenzgrundlage entzogen wurde. Wenn es für Kühlmann keine Alternative zu den Bolschewiki gab, weil jede andere Regierung den Vertrag von Brest Litowsk in Frage stellen würde, so bedeutete das nicht einen Verzicht darauf, sich über die Entwicklung gegenrevolutionärer Gruppierungen auch mit Hilfe von Agenten sorgfältig zu informieren, vorsichtig Fühlung zu nehmen, wo sich diese anbot, und etwa vom Juni 1918 an gegenrevolutionäre Bestrebungen auch in gewissem Umfang zu unterstützen[114]. Finanzmittel sind beiden Seiten zugeflossen[115]. Die Bolschewiki sollten im Innern ihre Hände nicht freibekommen, aber sie sollten nicht fallen. Um so mehr würden sie auf Deutschland angewiesen sein, und um so eher konnte man hoffen, über Brest Litowsk hinaus durch Zusatzverhandlungen weitere vertragliche Vorteile aus Rußland herauszupressen.

In dieser Zielsetzung, Vorteile über das im Vertrag von Brest Litowsk Erreichte hinaus zu gewinnen, waren politische und militärische Führung sich einig; auch in der Überzeugung, daß das Chaos in Rußland hierfür eine willkommene Voraussetzung schuf. Aber die Oberste Heeresleitung traute der Methode der harten Faust mehr als der gerissenen Verhandlung, und sie glaubte, daß es erforderlich sei, der Bolschewistenherrschaft demnächst den Todesstoß zu versetzen. Dahinter ist ein doppeltes Motiv erkennbar. Sie meinte zu sehen, daß die gegenrevolutionären Kräfte ohnehin die Chance hätten, demnächst die Oberhand zu gewinnen. Hier müßte

---

[114] Vgl. hierzu Baumgart, Ostpolitik, S. 213 f. Anm 19; ferner ibid., Anhang, Dok 1, eine Denkschrift des AA von Anfang Mai 1918. Darin finden sich folgende Sätze: „Wir haben zunächst in Großrußland nur das eine Interesse, die zersetzenden Kräfte zu fördern und das Land noch auf lange hinaus schwach zu halten ... Es darf nicht übersehen werden, daß der Frieden von Brest Litowsk nur von den Bolschewisten, und auch nicht einmal von allen, ratifiziert worden ist, daß dagegen die übrige extreme Linke, namentlich die Sozialrevolutionäre sowie die Sozialdemokraten sich gegen seine Ratifizierung ausgesprochen haben, und daß die weiter rechts stehenden Parteien ihn ebensowenig gutheißen. Es liegt daher in unserem Interesse, daß die Bolschewiki zunächst am Ruder bleiben ... Das russische Verkehrswesen, die Industrie und die ganze Volkswirtschaft müssen in unsere Hand kommen. Es muß gelingen, den Osten für uns auszubeuten ... Wenn unsere Politik diese Linie verfolgt, schließt das nicht aus, daß wir für alle Fälle mit der Zeit auch vertraulich mit anderen Parteien, die sich uns nähern wollen, Fühlung nehmen."

[115] Vgl. Memorandum von Legationsrat Trautman, 5. 6. 1918. Es handelt sich um eine Summe von 40 Millionen Mark zur Verwendung nach beiden Seiten hin. Zeman, Germany and the Revolution, Dok. 133.

sich Deutschland einschalten, um nicht das gegenrevolutionäre Rußland dem Einfluß der Entente zu überlassen. Dazu kam ein militanter Antibolschewismus, die Vorstellung, Deutschland gegen die revolutionäre Infizierung abschirmen zu müssen, der zur ideologischen Rechtfertigung der Annexionspolitik in Estland und Livland, der Intervention im finnischen Bürgerkrieg und der Okkupation Südrußlands diente. Wie sich der Gegensatz zwischen Oberster Heeresleitung und Auswärtigem Amt in den verschiedenen Bezirken der Ostpolitik damals entwickelte, ist hier nicht im einzelnen darzulegen.

Um die Stellung Riezlers auf diesem innerdeutschen Kampffeld zu bestimmen, wird man davon ausgehen, daß die persönliche Feindschaft, zu der sich der Antagonismus in der politisch-militärischen Zielsetzung zwischen Kühlmann und Ludendorff gesteigert hatte, seinen Reflex fand in dem Mißtrauen und der gegenseitigen Ablehnung im persönlichen Verhältnis zwischen Riezler und dem Vertreter der Obersten Heeresleitung in Moskau, Major von Bothmer[116]. Die beiden Männer waren schon einmal auf ostpolitischem Boden einander begegnet, und zwar im Jahre 1915, als Riezler im Auftrage Bethmann Hollwegs nach Lodz geschickt worden war, um dort Informationen über Polen zu sammeln. Sie waren damals — Bothmer zufolge — über die Frage aneinandergeraten, wer eigentlich an der verfahrenen Kriegslage schuld sei, die Politiker oder die Generale[117]. Jetzt in Moskau entrüstete sich Riezler über „dumme und ungebildete Offiziere, die glauben, nach acht Tagen Aufenthalt in Moskau in glänzender Unkenntnis große Exposés über die in Rußland zu treibende Politik an die OHL senden" zu müssen. Ihm paßte der Kasinobetrieb der Gesandtschaft nicht. Die Offiziere gingen ihm — noch mehr als die Kaufleute — auf die Nerven, und er ließ es sie spüren. Bothmer umgekehrt fühlte sich von Riezler abgestoßen. Daß der ehemalige Gehilfe Bethmann Hollwegs immer noch für den aus der Macht gestürzten ehemaligen Reichskanzler eintrat, wußte er zu würdigen. Aber die ganze Anschauungswelt Riezlers war ihm zuwider. Suspekt waren ihm dessen „stark demokratischen innerpolitischen Auffassungen, die ihn die Frankfurter Zeitung besonders schätzen" ließen und ihm „die zwar oft geistreiche, positiven Handlungen aber ebensooft abgeneigte Art des deutschen Liberalismus einbrachten"[118]. Zum Gegensatz in der politischen Überzeugung kam eine ausgesprochene persönliche Abneigung: „Riezler ... politisch liberal, körperlich nicht ausreichend gepflegt, eifersüchtig und voller Angst, daß wir Soldaten Politik treiben könnten ... Jedenfalls ist das ganze Diplomatenvolk so, wie man sich diese Leute vorstellt. Nur Riezler ist insofern eine

[116] Bothmer war bevollmächtigter Vertreter der Obersten Heeresleitung für Fragen des Eisenbahnverkehrs und des Kriegsgefangenenaustausches.

[117] Bothmer, S. 21. Im Unterschied hierzu scheint Riezler bei seinem Besuch in Lodz einen positiven Eindruck von den Generalstabsoffizieren gewonnen zu haben. Tgb. 25. 1. 1915.

[118] Bothmer, S. 21.

Ausnahme, als ihm die unbedingt nötige Lebensart und Körperkultur abgehen. Man könnte ihn für alles Mögliche halten, nur nicht für einen Geheimen Legationsrat. Journalist, Kaufmann mittlerer Sorte etc. könnte eher passen ... Der ganze Mensch ist jedenfalls sehr wenig sympathisch, dabei so sehr unappetitlich."[119] Diese vielleicht schärfste Ablehnung, die Riezler, soweit aus schriftlichen Formulierungen bekannt, erfahren hat, ist hier wiedergegeben, weil sie außer dem Gegensatz von miles und homo politicus, den der ebenso unsoldatische wie unbürokratische Riezler selber bei jeder Gelegenheit artikuliert hat, noch auf einen anderen düsteren Zusammenhang hinzudeuten scheint. Der Generalstabsoffizier von Bothmer war engagierter Antisemit[120]. Ein Topos der antisemitischen Kasinosprache war das Bild vom schmutzigen Juden. Wurde hier die Persönlichkeit Riezlers, des Mannes von Käthe Liebermann, der schon früher den Antisemitismus in seiner Umgebung empfindlich registriert hatte und der in seinem Verhältnis zum Personenkreis der kommunistischen Führer bemüht war, sich allein vom rationalen Kalkül des politisch Zweckmäßigen bestimmen zu lassen, indirekt zum Gegenstand antisemitischer Haßkomplexe der Art, wie sie ihn zwei Jahrzehnte später veranlassen sollten, aus Deutschland zu emigrieren?

Hinter der gegenseitigen persönlichen Antipathie stand bei Bothmer und Riezler in den ersten Wochen der Moskauer Tätigkeit eine unterschiedliche Beurteilung der russischen Lage und der notwendigen deutschen Einstellung dazu. Major von Bothmer und sein militärischer Kollege bei der Botschaft, Major Henning, Vertreter des Kriegsministeriums, hatten sich schon nach vierzehn Tagen Aufenthalt in Moskau, so berichtete Bothmer, eine andere Auffassung von der Lage gebildet als die Diplomaten. In wiederholten Denkschriften und Eingaben sagten sie den baldigen Zusammenbruch der Bolschewistenherrschaft voraus, so daß der instruktionsgemäßen Zusammenarbeit mit ihr die Voraussetzung fehlte und eine energische Förderung der Gegenrevolution erforderlich schien, um das Feld des zukünftigen Rußland nicht der Entente zu überlassen.

Riezler hingegen stellte sich zunächst auf eine längere Zusammenarbeit mit der Sowjetregierung ein[121]. So war er bemüht, seinen Stab zu vervollständi-

---

[119] Zit. bei Baumgart, Ostpolitik, S. 209 Anm. 6. Das Zitat stammt aus dem Originalmanuskript des Tagebuches. Es fehlt in der veröffentlichten Buchfassung, die — nach Baumgart — eine Überarbeitung mit mancherlei Auslassungen und Zusätzen darstellt.

[120] Das bezeugt z. B. folgende Tagebuchnotiz: Die kommunistische Regierung ist für ihn eine „Judenbande"; er möchte „gern mal ein paar 100 der Judenbengels nebeneinander ... an der Kremlmauer hängen sehen. Möglichst so, daß der Tod langsam eintritt, um die Wirkung zu erhöhen"; zit. bei Baumgart, Ostpolitik, S. 221 Anm. 45.

[121] An seine Frau schrieb er: „Die Bolschewiki werden sich halten, die Gegenrevolution sitzt zwar rings um sie herum, in den eigenen Bureaus, hat aber weder Schneid noch Macht. Lenin macht alles, ein religiöser Fanatiker, völlig bedürfnislos für sich persönlich, seine Idee völlig unbedenklich, ein Conspirator ersten Ranges ... Sie bekriegen systematisch den ‚Kapitalismus', aber sie können nur die Institution zerstören und seine Organisation zerschlagen, ihn aber nicht aus den Trieben der Menschen reißen, weswegen er

gen. Unter anderem beantragte er, Alfons Paquet nach Moskau zu berufen[122]. Zwischen beiden hatte sich in der Stockholmer Zeit ein freundschaftliches persönliches Verhältnis entwickelt. Sie verband das gleiche Interesse an den russischen Dingen. Beide waren politisch tätige Naturen, ohne von der Politik im Innersten absorbiert zu werden. Beide verband die Überzeugung von der Notwendigkeit sozialer Veränderungen auch in Deutschland. Und wenn Paquet Radek gegenüber einmal erklärte, „aus Gründen einer aristokratischen geistigen Arbeit" ein überzeugter Bourgeois zu sein, „mit einem Einschlag von europäischem Imperialismus"[123], so sind die Anklänge an Riezler spürbar. Paquet folgte dem Ruf und kam Ende Juni als erster Korrespondent deutscher Zeitungen in das revolutionäre Rußland. Zugleich übernahm er die Funktion des Presseattachés an der deutschen Gesandtschaft. In seiner inneren Offenheit für das Phänomen des Kommunismus stellte er im Personenkreis der deutschen Vertretung den Gegenpol zu den Militärs dar. Wenn er dann in dem Moskauer Sommer 1918 zu einer fundamentalen Bejahung der Revolution gelangte, bei allen Vorbehalten gegenüber dem revolutionären Terror, so war dies eine Wandlung, in der ihm Riezler allerdings nicht zu folgen vermochte[124].

Während sich die Besetzung des Presseressorts nach Riezlers Wunsch vollzog, hatte er weniger Glück mit der handelspolitischen Abteilung. Er hätte sie gern mit einem Mann wie Hjalmar Schacht besetzt. Auf dem noch unbekannten Gelände der möglichen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen einem kapitalistischen und einem sozialistischen Land waren neue Wege zu suchen. Das konnte nicht im fernen Berlin geschehen. „Wir sollten", so schrieb Riezler an Nadolny, „so schnell wie möglich eine gute Kommission nach Moskau senden; Verhandlungen in Brest oder Berlin ergeben nur Papier, da nur hier die konkrete Probe gemacht werden kann. Also lassen Sie uns bitte nicht im Stich ..."[125] Aber Riezler fühlte sich im Stich gelassen. Zwar erhielt die handelspolitische Abteilung einen Leiter, Dr. List. Aber die Wirtschaftsverhandlungen wurden zum Mißvergnügen der

---

nur im Verborgenen desto mächtiger und rings um die schlechtbezahlten ist eine enorme Bestechlichkeit. Das ganze Wirtschaftsleben geht zum Teufel ... Wunderglaube und Fatalismus ganz Orient. Ich sagte Tschitscherin, ich sähe, daß ihre Herrschaft auf den schnellen Automobilen ruhe, aber daß sie alle Autos kaputtfahren und nie reparieren — er lachte und sagte, das Kaputtfahren ginge allerdings schneller als das Reparieren ... Jedes andere Land wäre längst kaputt, aber Rußland verträgt ein unbeschreibliches Chaos und die Karre läuft immer noch schlecht und recht weiter." Auszug aus Abschrift eines Briefes von Riezler an seine Frau, Mai 1918. Nachlaß Haußmann, 54.

[122] Riezler an Nadolny, 14. 5. 1918, PA, Deutschland 135, Bd. 3.

[123] Zit. bei Baumgart, Einleitung zu Paquet Tagebuch, S. 20.

[124] Diese Wandlung spiegelt sich in A. Paquet, Im kommunistischen Rußland, Briefe aus Moskau (1919) und ders., Der Geist der russischen Revolution (1920). Vgl. auch seine Moskauer Aufzeichnungen in Paquet Tagebuch.

[125] Riezler an Nadolny, 14. 5. 1918, s. o. Anm. 122. Tgb. 24. 4. 1918 und ibid. Anm. 9, Aufzeichnung über eine Besprechung von Mitarbeitern der Mission unter Vorsitz von Riezler über Finanzfragen.

Gesandtschaft in Berlin geführt im Zusammenhang mit der Vorbereitung einiger Ergänzungsabkommen zum Friedensvertrag von Brest Litowsk.
Der deutsche Gesandte Graf Mirbach war bei allen Qualitäten eines Diplomaten alter Schule als Persönlichkeit offensichtlich doch nicht in der Lage zu verhindern, daß die Moskauer Vertretung über die Entwicklung der militärischen Operationen wie über die Verhandlungen zum Ergänzungsabkommen nur unzureichend informiert wurde. Der Grund hierfür wird wohl nicht zuletzt darin erblickt werden müssen, daß Graf Mirbach und Riezler, nachdem sie einige Wochen die Moskauer Szene beobachtet hatten, zu einer Lagebeurteilung gelangten, die von dem Bild erheblich abwich, das man sich auf dem Auswärtigen Amt von der russischen Situation und von den Erfordernissen der deutschen Ostpolitik machte. In den Berichten des Grafen Mirbach spiegelt sich diese Wandlung[126]. Die Eindrücke seiner ersten Wochen in Moskau faßte er dahin zusammen, daß man dem Regime trotz aller Schwierigkeiten „die Aussicht auf eine gewisse Stabilität nicht absprechen" könne[127]. Die Frage nach der Stabilität der Kommunistenherrschaft machte er am 4. Mai zum Gegenstand einer Unterredung mit Tschitscherin. Sie war das Thema auch eines Gespräches mit Lenin am 16. Mai. Mirbach hatte den Eindruck, daß es Lenin darauf ankam, „die Schwierigkeiten seiner Lage möglichst plastisch herauszuarbeiten": Zunehmende Zahl von Gegnern im eigenen Lager, Hunger, Fortdauer des Kriegszustandes mit der Ukraine und Finnland. Seinen gleichzeitig betont vorgetragenen Optimismus begründete Lenin mit der Machtlosigkeit seiner Gegner und ihrer nur im Negativen gemeinsamen Zielsetzung[128]. Gab es mögliche Katalysatoren der zersplitterten, wirkungslosen Opposition? In seinem Bericht vom 20. Mai gab Mirbach das Stichwort „Entente". Sie verfüge noch aus der Kriegszeit über einen „riesigen politischen Apparat" im Lande und finanziere die unterschiedlichen Oppositionsgruppen. Aber das sollte nicht heißen, daß sich die Bolschewistenherrschaft „nicht noch gewisse Zeit schlecht und recht zu halten vermöchte"[129]. Noch hielt Mirbach gemäß der politischen Linie des Auswärtigen Amtes den Versuch der Zusammenarbeit mit Lenin für das richtige und warnte vor der antibolschewistischen Berichterstattung der Soldaten Henning und Bothmer, die eine Intervention befürworteten[130]. Eine Woche später verzeichnete er allerdings eine weitere „Abwärtsbewegung", und am 1. Juni schien ihm die Stellung des Regimes „ernstlich gefährdet". Waren die Hungerkrawalle und „Unruhen agrarsozialen Charakters", von denen er berichtete, Anzeichen einer „eventuell anbrechenden Götterdämmerung"[131]? Am nächsten Tag zog er die politische Konsequenz, die

[126] Sie sind herausgegeben von Baumgart, Mission des Grafen Mirbach.
[127] Bericht vom 30. 4. 1918, a.a.O., S. 78.
[128] Bericht vom 16. 5. 1918, a.a.O., S. 80. [129] Bericht vom 20. 5. 1918, a.a.O., S. 82.
[130] Tel. Mirbach an Kühlmann, 24. 5. 1918; vgl. Baumgart, Ostpolitik, S. 217 Anm. 30. Auch der im Juni nach Moskau kommende Militärattaché konspirierte von Anfang an mit den zaristischen Gegnern der Bolschewisten. [131] Ibid., S. 86.

auf eine Totalrevision der deutschen Rußlandpolitik hinzielte. Man habe sich, so meinte er, „sehr behutsam auf eine eventuell notwendige Umgruppierung einzurichten", und er nannte den Preis für die deutsche Orientierung eines neu erstehenden konterrevolutionären Rußland: „die Revision des Brest Litowsker Vertrages bis zur Unkenntlichkeit". Konkret hätte das den Verzicht auf die politischen Pläne Deutschlands in Livland und Estland bedeutet und als Conditio sine qua non schließlich das Zugeständnis einer „Wiedervereinigung" der Ukraine mit Rußland.

Der Hintergrund für diese Empfehlung zu einer Umorientierung der deutschen Rußlandpolitik waren Gespräche, die Legationsrat von Bassewitz und besonders Riezler mit Vertretern verschiedener Oppositionsgruppen führten. Riezler hatte mit den Beauftragten des früheren Landwirtschaftsminister Kriwoscheïn zu tun, die eine bürgerliche Gruppierung vertraten, aber auch mit Abgesandten der provisorischen sibirischen Regierung des Admirals Koltschak. In diesen Unterredungen wurde Riezler bestätigt, was er als Alternative einer möglichen deutschen Rußlandpolitik bereits von Stockholm aus in jenem Bericht an Hertling vom 8. März formuliert hatte und was er ohne Zweifel auch dem Gesandten vortrug: der Vertrag von Brest Litowsk müsse als Liquidationsmasse verwendet werden, um im Falle eines Sturzes der Bolschewiki die Gegenrevolution für eine Orientierung auf Deutschland hin zu gewinnen. Aber wenn im Kalkül Riezlers damals als der optimale Terminus post quem für den auch von ihm immer erwarteten Sturz der Bolschewikenherrschaft der allgemeine Friedensschluß erschienen war, so gewann er zweieinhalb Monate später gegen Ende Mai 1918 mit Mirbach den Eindruck, daß die Tage der Sowjetregierung gezählt seien und Deutschland daraus die politische Konsequenz zu ziehen habe[132]. Was fällt, soll man stürzen. Vielleicht erinnerte sich der Nietzsche-Verehrer an diese Maxime, wenn er nun in der Folgezeit eine zielbewußte Unterstützung der Gegenrevolution befürwortete, die auch den Gedanken an eine militärische Intervention Deutschlands nicht ausschloß. Aus Briefen Riezlers an Diego von Bergen ergibt sich seine Beurteilung der Lage[133]. Am 4. Juni sprach er von der „Agonie" der Bolschewisten, die allerdings noch einige Wochen dauern könne. Es bestünde die Gefahr, daß die Entente mit Hilfe der tschechoslowakischen Armee in Sibirien und gestützt auf ihre eigenen im Norden gelandeten Interventionstruppen ein bürgerliches Rußland wiederherstelle. In diesem Falle würden auch in der Ukraine Skoropadskyj und die Kadettenpartei ihre ukrainische Verkleidung abwerfen und sich offen für Großrußland entscheiden. Um dem zuvorzukommen, solle Deutschland mit der Gegenrevolution in Sibirien Kontakt halten, die Kadetten zu gewinnen suchen und sich politisch

[132] Auch publizistisch hat Riezler damals behutsam den Gedanken vertreten, daß man sich auf eine Verständigung auch mit der „russischen Bourgeoisie" einrichten müsse. N (Priv. Tel.), Für eine deutsch-russische Verständigung, Frankfurter Zeitung Nr. 175, 26. 6. 1918, 1. Morgenblatt; vgl. dazu Baumgart in Paquet Tagebuch, S. 5 Anm. 37.

[133] Briefe vom 4. u. 25. 6. 1918; s. u. Dok. 15 u. 16.

darauf einstellen, Livland, Estland und die Ukraine an Rußland zurückzugeben. Riezler sah die Bedenken: Es war keine angenehme Aussicht, ein imperialistisches Rußland wiederherstellen zu helfen. Aber er hielt es nicht für möglich, dieser Konsequenz auszuweichen und die Augen vor dem Notwendigen zu verschließen. Als Gewinn eines solchen Verzichts rechnete er sich neben der Chance, die Entente politisch zu überspielen, die Aussicht auf einen Wirtschaftsvertrag aus, der die russischen Bodenschätze und Verkehrswege „schon für die Kriegszeit" Deutschland zur Verfügung stellen könnte. Militärisch solle sich Deutschland auf jede Eventualität durch geheime Bereitstellung von Kavallerie für ein Eingreifen in Richtung Moskau vorbereiten. Ein etwas späterer Bericht Mirbachs vom 13. Juni hatte den gleichen Tenor: Das bolschewistische System liege in „Agonie", mit Hilfe der Tschechoslowaken scheine eine „von ententefreundlichen Elementen geführte Gegenrevolution zu siegen", das oktobristisch-kadettische Ministerium der Ukraine werde sich für Großrußland entscheiden, daher als Konsequenz für die deutsche Politik kein absolutes Nein gegen „die von dem gesamten Rußland mit erkennbarer Kraft erstrebte Revision des Brester Friedens"[134].

Waren mit solchen Äußerungen der Gesandte und sein Botschaftsrat auf die Linie der Militärs eingeschwenkt? Diese empfanden es jedenfalls so. Ihr Gefühl des Triumphes[135] war auch nicht ganz unberechtigt. Hatten sie doch schon seit längerem den bevorstehenden Sturz der Bolschewistenherrschaft angekündigt. Aber die Konsequenz, die Riezler und mit ihm Mirbach daraus zogen, nämlich den Vertrag von Brest Litowsk zu revidieren, Nord- und Südrußland wieder zu vereinigen, lag außerhalb ihrer Perspektiven. Aufschlußreich ist eine Denkschrift Ludendorffs an den Reichskanzler vom 9. Juni[136]. Gegen die Sowjetregierung empfahl er militärisch Pressionen durch die Ukraine, durch eine zu schaffende georgische Armee[137] und durch die aufständischen Kaukasuskosaken. Politisch wollte er die Unterstützung der gegenrevolutionären Bestrebungen auf die „rechtsstehenden" Gruppen konzentriert wissen, um sie so zu beeinflussen, „daß die monarchische Bewegung ganz nach unseren Wünschen marschiert". Wie das geschehen sollte, verriet er nicht. Vierzehn Tage später forderte die Oberste Heeresleitung in Kenntnis der Berichte Mirbachs die militärische Intervention[138].

---

[134] Baumgart, Mission des Grafen Mirbach, S. 90.

[135] Tagebucheintragung Bothmers vom 5. 6. 1918, s. Baumgart, Ostpolitik, S. 218 Anm. 34.

[136] Der Chef des Generalstabes des Feldheeres an den Reichskanzler, Großes Hauptquartier 9. 6. 1918, PA, Deutschland 131, Bd. 40. Text in englischer Übersetzung bei Zeman, Germany and the Revolution, Dok. 134.

[137] Hierzu die Untersuchung von W. Baumgart, Das „Kaspi-Unternehmen" - Größenwahn Ludendorffs oder Routineplanung des deutschen Generalstabs?, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 18 (1970).

[138] Hindenburg an Reichskanzler, Spa 26. 6. 1918, zit. bei Baumgart, Ostpolitik, S. 83. In diesem Schreiben heißt es: „... Vom militärischen Standpunkt muß ich fordern: ...

Es gab nunmehr drei Positionen in der deutschen Rußlandpolitik: den interventionistischen Antibolschewismus der Obersten Heeresleitung mit dem gleichzeitigen Streben nach weiteren direkten und indirekten Annexionen über den Vertrag von Brest Litowsk hinaus[139]; das Bestreben des Auswärtigen Amtes, auf der Basis einer Kooperation mit dem sowjetischen Rußland die Brest Litowsker Position auszubauen; und schließlich das Konzept Mirbach-Riezler mit der Bereitschaft, Brest Litowsk abzubauen, um die Voraussetzung für eine Beeinflussung der Gegenrevolution im deutschen Sinne zu gewinnen. Das Auswärtige Amt setzte sich nach harter Auseinandersetzung zwischen Berlin und dem Großen Hauptquartier gegen die Oberste Heeresleitung durch[140]. Aber auch die Vorschläge der Moskauer Gesandtschaft wurden verworfen. Zwar hatte Kühlmann die vorsichtige Empfehlung Mirbachs vom 2. Juni, sich „sehr behutsam auf eine eventuell notwendige Umgruppierung einzurichten", mit einem „Einverstanden, aber sehr behutsam" quittiert[141]; es wurden auch die Mittel für die Unterstützung der Gegenrevolution erhöht. Aber Berlin war nicht bereit, die Sowjetregierung fallenzulassen. Auch ein nochmaliger Vorstoß, den Mirbach[142] und Riezler[143] am 25. Juni in getrennten Briefen an von Kühlmann und von Bergen unternahmen, blieb ohne Erfolg. In dem Schreiben Riezlers wurde die doppelte Abgrenzung seiner Position gegenüber dem Auswärtigen Amt und gegenüber der Obersten Heeresleitung deutlich: es sei unmöglich, „den Frieden im Osten rein auf die Bajonette zu stützen", und es führe praktisch zu nichts, mit den Bolschewiki zu verhandeln; denn „von dem Chaos haben wir nichts".

In seinem Eindruck, daß bei den chaotischen Zuständen in Moskau die Atempause, die der Vertrag von Brest Litowsk den Bolschewiki verschafft hatte, allmählich zu Ende gehe, wurde Riezler bestärkt durch das, was er auf dem am 4. Juli 1918 beginnenden fünften gesamtrussischen Sowjetkongreß als Zeuge in der Großfürstenloge des Bolschoj-Theaters erlebte. Sozialrevolutionäre Redner griffen mit Leidenschaft die Außenpolitik Lenins an. Es kam zu tumultartigen Demonstrationen gegen die Bolschewiki und gegen die deutschen Diplomaten. „Nieder mit Brest! Nieder mit Mirbach! Nieder mit den Lakaien Deutschlands!" — solche Rufe fanden auf dem Kongreß ein breites Echo, wenn es auch der überlegenen Dialektik Lenins gelang, die Mehrheit von der Richtigkeit seiner Politik zu über-

daß wir Großrußland gegenüber uns zu militärischem Eingreifen bereitstellen, das zum Ziel haben wird, die wichtigsten Verkehrspunkte und Eisenbahnlinien in Besitz zu nehmen, und daß wir dort eine Regierung zu schaffen suchen, die gewillt und in der Lage ist, mit uns gegen die Entente vorzugehen."

[139] Vgl. bes. auch eine Aufzeichnung des Obersten Haeften über die Zielvorstellungen Ludendorffs, wahrscheinlich Ende Juni 1918. Sie liefen auf ein „Super-Brest" hinaus, wie der Inhalt der Aufzeichnung zutreffend bezeichnet wird von Baumgart, Ostpolitik, S. 86.

[140] Hierzu Baumgart, Ostpolitik, S. 80—85.

[141] Baumgart, Mission des Grafen Mirbach, S. 88 Anm. 113.

[142] Baumgart, ibid., Nr. 12.

[143] Riezler an v. Bergen, 25. 6. 1918, s. u. Dok. 16.

zeugen, die es ablehnte, die Chancen der Revolution einem neuen Krieg zu opfern[144]. Die Tumulte im Bolschoj-Theater waren der Auftakt zu den Gewalttaten der nächsten Tage. Am 6. Juli wurde Graf Mirbach ermordet[145].

Mit dem Tod Mirbachs fiel die Gesamtverantwortung für die Führung der deutschen Mission an Riezler. Er fand sich in eine Situation gestellt, deren einzelne Faktoren und deren Entwicklungstendenz insgesamt viele Rätsel aufgaben. Seine Berichterstattung hatte deswegen etwas tastend Unsicheres, wenn auch seine Handlungsempfehlungen immer entschiedener in die Richtung der Intervention wiesen. Sicher wurde Alfons Paquet ihm nicht gerecht, wenn er die auf die Mordtat folgende „Verwirrung in Berlin" der „Unklarheit seiner endlosen Depeschen" zuschreiben wollte. Bemerkenswert aber an dem Persönlichkeitsbild Riezlers, wie es sein Mitarbeiter damals skizzierte, ist das Schweifende, Neugierige, etwas Abenteuerliche und bei aller Beschlagnahme durch die Geschäfte doch durchaus Unbürokratische seiner Wesensart: „Riezler ... steht ganz in den Dingen, läßt sich von ihnen erdrücken. Will alle Eingänge sehen, alle Kleinigkeiten ordnen. Dabei furchtbar zerstreut, auf keinen Gedanken festzulegen. Unbegreiflich, daß er stundenlang von der Botschaft verschwunden ist. Treffe ihn am Freitagmorgen mit einem ca. 18jährigen Russen mit Schülermütze (sein Sprachlehrer), der ihn auf Spaziergang begleitet. Ich gehe mit zu einem benachbarten Haus, wo er eine geheime Unterredung habe. Samstagnachmittag 6 Uhr begegne ihm, er sitzt in einer Droschke, neben ihm der Schüler. Was soll das bedeuten?"[146] Und ein paar Tage später: „Ich warne ihn ..., sich allein von der Botschaft zu entfernen, er ist der Träger der Verantwortung für die Mission."[147]

Als erstes stellte sich dem unsicher suchenden Riezler die Frage, in wessen Auftrag das Attentat erfolgt war. Die alsbald von russischer und deutscher Seite verbreitete und bis zuletzt von Riezler vertretene Version machte die Sozialrevolutionäre, die Gegner der Bolschewiki, haftbar. Riezler vermutete als Hauptverantwortlichen entweder Sawinkow, der unter Kerenskij Kriegsminister gewesen war und von dem Riezler berichtete, daß er

---

[144] Anschauliche Schilderung der dramatischen Vorgänge bei Bruce Lockhart und Sadoul. Vgl. auch das Moskauer Tagebuch Paquets.

[145] Zum Hergang des Attentats: Riezler hatte die beiden Attentäter, Mitglieder der Tscheka und mit einem Ausweis von deren Leiter Dzierżyński versehen, empfangen. Unter einem Vorwand verlangten sie den Grafen selbst zu sprechen. Die Unterredung zwischen Mirbach und den beiden Russen fand in Gegenwart Riezlers und eines weiteren Angehörigen der Gesandtschaft, Leutnant Müller, statt. Die drei Deutschen trugen keine Waffen bei sich. Riezler hat über den Hergang des Attentats nach Berlin telegraphisch nur kurz berichtet (s. u. Dok. 17). Eine spätere mündliche Schilderung aus der Rückerinnerung (s. u. Dok. 18) gibt den Vorgang genauer wieder, ohne daß sich mit völliger Exaktheit rekonstruieren ließe, wie sich die einzelnen Personen in der Zeit zwischen den ersten fehlgegangenen Schüssen und dem Entkommen der Mörder nach dem gelungenen Attentat verhalten haben.

[146] Paquet Tagebuch, Samstag 13. Juli 1918.

[147] Ibid., 14. Juli 1918.

„die Kombination der rechten Sozialrevolutionäre, Tschechoslowaken, Menschewiki, für die Entente zustande gebracht" habe[148], oder die linken Sozialrevolutionäre, die durch die Ermordung Mirbachs die Bolschewiki zum Bruch des Brester Friedens bringen wollten. Auch ein Zusammenwirken beider Gruppen hielt er für möglich. In der Tat gehörte das Attentat zur politischen Methode der Sozialrevolutionäre. Ihr Zentralkomitee hatte erst am 24. Juni beschlossen, demnächst terroristische Aktionen gegen prominente Vertreter des deutschen Imperialismus zu richten. Am 4. und 5. Juli waren öffentliche Drohungen gegen Mirbach und Riezler ausgestoßen worden. Frau Spiridonowa, die Führerin der linken Sozialrevolutionäre, und Bljumkin, der Hauptattentäter, Mitglied der Sozialrevolutionäre, haben sich zu dieser Tat bekannt, die nicht der einzige der angedrohten Terrorakte blieb. Am 30. Juli wurde Generalfeldmarschall Eichhorn, Befehlshaber in der Ukraine, ermordet. Die Vermutung Riezlers allerdings, daß „das Attentat auf den Grafen ... offenbar das Signal des Sturzes der Bolschewiki werden"[149] sollte — auch hierin folgte er der offiziellen These der Bolschewiki —, ist durch die Forschung nicht bestätigt worden[150]. Fest steht, daß die Unruhen in Moskau — von einem wirklichen Aufstand wird man wohl nicht reden können —, für die die Ermordung Mirbachs das Signal gab, von Lenin benutzt wurden, um seine sozialrevolutionären Gegner auszuschalten. Bemerkenswert ist die völlige Ergebnislosigkeit der Bemühungen Riezlers, eine Bestrafung der Attentäter und ihrer sozialrevolutionären Hintermänner zu erreichen. Zwar erschienen die höchsten Repräsentanten des Regimes auf der deutschen Gesandtschaft, um sich von der Tat zu distanzieren. Nach Radek, Tschitscherin, Karachan kam, nachdem Riezler darauf bestanden hatte, auch Lenin in Begleitung Dzierżyńskis und des Präsidenten des Zentralkomitees, Swerdlow. Er sprach der amtlichen Meldung Riezlers zufolge „sein tiefstes Bedauern", nach der späteren Rückerinnerung Riezlers „eine eiskalte Entschuldigung" aus und zeigte das Interesse des Technikers am Ablauf der Mordtat. „Kalt wie eine Hundeschnauze", vermerkt Bothmer in seinem Tagebuch, habe Lenins Beileid gewirkt[151]. Das war allerdings kaum verwunderlich, waren doch der Sowjetregierung die konterrevolutionären Verbindungen

---

[148] Riezler an AA Nr. 417, Moskau 6. 7. 1918, PA, Deutschland 131, Bd. 42.

[149] Riezler an AA Nr. 422, Moskau 7. 7. 1918, PA, Deutschland 131, Bd. 42.

[150] Baumgart läßt die Frage offen. Auf der einen Seite heißt es, daß das Attentat „Anlaß für die Bolschewisten" gewesen sei, „mit den linken Sozialrevolutionären zu brechen" (S. 44); auf der anderen Seite aber erklärt er, daß die Ermordung Mirbachs „der Anlaß zu einem Aufstand der linken Sozialrevolutionäre in Moskau" gewesen sei (S. 226). Argumente, die dagegen sprechen, daß es sich um einen planmäßig vorbereiteten Aufstand zum Sturz der Bolschewistenherrschaft gehandelt habe, bei G. Katkov, The Assassination of Count Mirbach, in: Soviet Affairs 3 (1962). Katkov hat darüber hinaus die Hypothese aufgestellt, daß die Ermordung Mirbachs letztlich auf Veranlassung Lenins selber erfolgt sein könnte. Er führt einen Indizienbeweis, der jedoch nicht zwingend ist. Vgl. dazu Baumgart, Ostpolitik, S. 224 Anm. 50.

[151] Zitat der Eintragung bei Baumgart, Ostpolitik, S. 228 Anm. 71.

der deutschen Gesandtschaft bekannt. Sie abzuleugnen hatte Riezler am Tage vor der Mordtat alle Mühe gehabt[152]. Als Sühne für die Ermordung des Botschafters verlangte die deutsche Regierung auf Vorschlag Riezlers, daß die Führer der linken Sozialrevolutionäre erschossen werden sollten[153]. Strenge Bestrafung der Schuldigen wurde versprochen. Aber drei Tage nach dem Attentat mußte Riezler berichten, daß man die Mörder habe entkommen lassen. Zwar wurde eine große Zahl von Sozialrevolutionären liquidiert, so jedenfalls ließ es die Sowjetregierung wissen[154]. Einen Einblick in diesen Vorgang hat die deutsche Gesandtschaft jedoch nicht erhalten. Über dem ganzen Geschehen lag, nach den Worten Riezlers, ein „dichter Schleier von Verlogenheit"[155]. Die Hintergründe des Mordes wurden ebensowenig aufgeklärt wie Absicht und Durchführung der Bestrafung.

Am 9. Juli fand in Berlin ein Wechsel in der Leitung des Auswärtigen Amtes statt. Kühlmann wurde durch Ludendorff zu Fall gebracht. Sein Nachfolger Hintze — von Riezler als mißtrauisch und intrigant beurteilt[156] — hielt mit Konsequenz an der bisherigen Linie der vom Auswärtigen Amt betriebenen Ostpolitik fest. Das führte bei ihm und bei Riezler zu einer sehr unterschiedlichen Reaktion auf die Lage, in der sich nach dem Mord an Mirbach die Sowjetregierung befand. Deren Schwierigkeiten waren groß: Bedrohlicher noch als die sozialrevolutionären Unruhen in Moskau waren ein Aufstand im Norden des Landes, der erst nach vierzehn Tagen niedergeworfen werden konnte, und der Abfall Murawjows, des sozialrevolutionären Kommandeurs der roten Truppen an der Wolga. Riezler erwartete den „Sturz der Bolschewiki in wenigen Tagen". Deswegen empfahl er, die Beziehungen bis zur völligen Sühne des Mordes zeitweilig abzubrechen[157]. Dieser Schritt wurde von den militärischen Mitgliedern der Gesandtschaft lebhaft begrüßt[158]. Knapp vierzehn Tage nach dem Attentat und dem Aufstand der Sozialrevolutionäre wagte Riezler die Feststellung: „Die Bolschewiki sind tot. Ihr Leichnam lebt, weil die Totengräber sich nicht zu einigen vermögen, wer ihn begraben soll."[159] Er schlug vor, Deutschland solle seine schützende Hand von den Bolschewiki durch

[152] Riezler an AA Nr. 437, Moskau 8. 7. 1918, PA, Deutschland 131, Bd. 42; s. u. Dok. 19.

[153] Riezler an AA Nr. 433, Moskau 8. 7. 1918, PA, Deutschland 131, Bd. 42.

[154] Riezler an AA, Moskau 19. 7. 1918, PA, Deutschland 131, Bd. 43.

[155] Riezler an AA, Moskau 21. 7. 1918, PA, Deutschland 131, Bd. 44. — Schon am 8. Juli notiert sich Paquet in seinem Tagebuch: „Ich habe den Eindruck, daß die Bolschewiki die Tat nachträglich gutheißen . . . Radek sagt mir heute schon, daß sie wenig gegen die S. R. machen können, weil sie ihre Rache fürchten. — Und wir? Unsere Rache?"

[156] Tgb. 13. 9. 1918.

[157] Riezler an AA Nr. 457, Moskau 10. 7. 1918, s. u. Dok. 20.

[158] Tgb. 28. 8. 1918.

[159] Riezler an Hertling, Moskau 19. 7. 1918, PA, Deutschland 131, Bd. 44, s. u. Dok. 21. Die Formulierung Riezlers geht wohl zurück auf einen Ausspruch Trotzkijs, den sich Bothmer am 13. 7. in sein Tagebuch notierte: „Wir sind eigentlich schon tot. Es fehlt nur noch jemand, der uns begräbt." Zit. bei Baumgart, Ostpolitik, S. 216.

irgendeinen Akt sichtbar zurückziehen und sein Prestige der neuen Ordnung zur Verfügung stellen.

Im Auswärtigen Amt dachte man ganz anders. Den Mord an Mirbach wollte man nicht zum Anlaß eines Bruches nehmen. Im Gegenteil, man erwog, gegebenenfalls eine militärische Intervention zur Stützung der Sowjetherrschaft vorzuschlagen[160]. Und wenn Riezler es für geboten hielt, zum Schutz der Gesandtschaft, aber auch als Demonstration und als Orientierungspunkt für die Gegenrevolution ein Bataillon deutscher Truppen nach Moskau zu legen[161], so wurde ihm nur erlaubt, diesen Gedanken als Anfrage, aber nicht als Forderung bei der Sowjetregierung vorzubringen. Die interventionistische Intention Riezlers wurde von Radek klar durchschaut[162]. Lenin benutzte die willkommene Gelegenheit, um die Demarche Riezlers, der aufgrund der Weisung des Auswärtigen Amtes bereits die Schärfe genommen war, als ein Ansinnen zurückzuweisen, Rußland auf den Status eines okkupierten Landes herunterzudrücken. Gleichzeitig drohte er mit dem revolutionären Volkskrieg gegen Deutschland, um auf diese Weise seine Reputation bei den sozialrevolutionären Gegnern des Brest Litowsker Friedens zu verbessern[163]. Der Schutz der deutschen Gesandtschaft im Innern wurde schließlich einer nicht uniformierten Wachmannschaft in Stärke von zwei Kompanien übertragen[164]. Mit der äußeren Bewachung der Gesandtschaft wurden Rotarmisten betraut, wobei der Wunsch der Gesandtschaft, hierfür Abteilungen der lettischen Regimenter der Roten Armee zu verwenden, nicht immer erfüllt wurde.

Mit diesen lettischen Truppen hatte es seine besondere Bewandtnis. Sie hatten als besonders zuverlässige Stützen des Regimes in der Zeit der Revolution gegolten. Daher hatte Riezler in der Zeit der Brest Litowsker Verhandlungen das sowjetische Verlangen nach Repatriierung dieser „Prätorianertruppen" als indiskutabel bezeichnet. Jetzt aber hielt Riezler die Letten wegen ihrer sozialrevolutionären Sympathien für nicht mehr absolut zuverlässig im Sinne des Regimes. Die Haltung der Letten, so meldete er dem Auswärtigen Amt am 10. Juli, könne für den Fall neuer innerer Kämpfe „entscheidend" sein[165]. Sie seien von dem Wunsche beseelt, nach Estland zurückzukehren. Da nun der Schlüssel zu ihrer Heimat in deutscher

---

[160] Entwurf einer Weisung an Riezler, 11. 7. 1918, PA, Deutschland 131, Bd. 42. Vgl. hierzu Baumgart, Ostpolitik, S. 225 f.

[161] Riezler an AA, Moskau 14. 7. 1918, PA, Deutschland 131, Bd. 42. Paquet nannte dies „das erste klare Telegramm". Die Anregung dazu schrieb er sich selber zu. Über die Lage dachte er ähnlich wie Riezler: „Es kriselt bei den Bolschewiki." Lunatscharski habe gesagt: „Wir werden gehen, — aber wir werden die Tür hinter uns zuschmeißen, daß man es hören wird." Paquet Tagebuch, 14. 7. 1918.

[162] Paquet Tagebuch 19. 7. 1918.

[163] Erklärung Lenins in der Sitzung des gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees, 15. 7. 1918, in: Von Brest Litowsk bis Rapallo, Bd. 1, Dok. 246.

[164] Note Tschitscherins an Riezler, 15. 7. 1918. Von Brest Litowsk bis Rapallo, Bd. 1, Dok. 247.

[165] Riezler an AA, Nr. 451, Moskau 10. 7. 1918, PA, Deutschland 131, Bd. 42.

Hand liege, könne das Angebot von Amnestie und Heimkehr ein Mittel sein, diese revolutionäre Elitetruppe für den Fall einer deutschen Intervention zumindest zu neutralisieren. Riezler fand für diesen Gedanken die Unterstützung der Offiziere bei der Gesandtschaft. Der Militärattaché Major Schubert und Major Henning wurden im gleichen Sinne bei der Obersten Heeresleitung und beim Kriegsministerium vorstellig. Tatsächlich wurde Riezler ermächtigt, den Letten Amnestie in Aussicht zu stellen trotz des Einspruchs von Ludendorff, der in diesem Fall nicht über die machiavellistische Fähigkeit Riezlers verfügte, ideologische Vorbehalte hinter dem politischen Kalkül zurücktreten zu lassen. Als das Auswärtige Amt Riezler die gewünschte Autorisierung erteilte, dachte es an die Sicherung der Gesandtschaft, Riezler aber darüber hinaus an die Kräftekonstellation für den Zeitpunkt des Sturzes der Bolschewistenherrschaft.

Diesen Augenblick herbeiführen zu helfen, war der Sinn einer ganzen Reihe von Eingaben, die Riezler in der zweiten Julihälfte, solange er noch der vorläufige Leiter der Gesandtschaft war, nach Berlin richtete. Sie sprechen für sich selbst[166]. Riezler hatte seine Verbindungen nach allen Seiten hin: zu den Don-Generalen, zu einer kadettisch-monarchisch orientierten, auf Industrie, Handel und Grundbesitz gestützten Offiziersgruppe in Moskau, zur provisorischen sibirischen Regierung, die ihrerseits in Petersburg Kräfte für einen Aufstand sammelte, wobei Rechtsmonarchisten und die Kirche eine Rolle spielten, und nicht zuletzt zu den lettischen Truppen in der Roten Armee. All diesen Verbindungen und Projekten haftete ein höchster Grad von Ungewißheit an. Was hinter all diesen Gruppen an tatsächlicher organisatorischer, politischer und militärischer Kraft stand, konnte überhaupt nicht mit irgendeinem Grad an Sicherheit geschätzt werden. Immerhin glaubte Riezler, von einer wachsenden antibolschewistischen Strömung und von einem elementaren Friedensbedürfnis im Lande ausgehen zu können, das, von deutscher Seite geschickt ausgenützt, gegen die Entente gewendet werden könnte. Voraussetzung dafür war, wie Riezler immer wieder betonte, daß sich Deutschland bereit zeigte, Konzessionen an die Wiederherstellung der russischen Einheit zu machen. Die Koordination dieser verschiedenen Unternehmungen konnte nach Riezler nicht gelingen ohne Rückhalt an deutschen Truppen, deren tatsächliches Eingreifen er aber nicht für unbedingt notwendig erachtet zu haben scheint. Auf die an den Militärattaché gerichtete Frage, was an Kräften eigentlich erforderlich sei, um eine solche Interventionspolitik militärisch von deutscher Seite zu unterstützen, erhielt er die Antwort: für Moskau ein kriegsstarkes Bataillon, für Petersburg Demonstrationen an der Demarkationslinie. Im übrigen kam es nach Meinung Riezlers auf die Letten an; sie waren ja das „Zünglein an der Waage". Wenn man die Letten „weder passiv noch aktiv benutzen" wollte, hielt er außer Bahnschutz sechs Stoßdivisionen für erforderlich.

---

[166] S. u. Dokumente Nr. 21 ff.

Man gewinnt aus den Akten den Eindruck, daß die Zeit und Energie Riezlers in der zweiten Julihälfte vornehmlich von solchen konspirativen Aktivitäten für eine „deutsche Konterrevolution", wie er das erwartete Ereignis einmal nannte, in Anspruch genommen wurden. Das erklärt sich z. T. auch daraus, daß sich die Gesandtschaft aus den eigentlich politischen Geschäften, um die es damals zwischen Moskau und Berlin ging, nämlich den Verhandlungen über einen Ergänzungsvertrag zu Brest Litowsk, ausgeschaltet fühlte. Mit Schärfe erhob er beim Auswärtigen Amt Protest dagegen, daß man ihn nicht ausreichend informiere[167]. Aber es war eigentlich nicht verwunderlich, daß man ihn bei dem immer wieder zutage tretenden Antagonismus in der ostpolitischen Konzeption überging, wurde doch im Auswärtigen Amt zeitweilig der Plan erwogen, nicht nur keine Hand zu leihen für den Sturz der Bolschewisten, sondern, falls sie stürzten, ihnen wieder in den Sattel zu helfen[168].

Die Spannungen zwischen dem Auswärtigen Amt und Riezler wurden unerträglich. Man wird seine retrospektive Tagebuchnotiz, daß er mit großer Freude die Ernennung Helfferichs zum Nachfolger Mirbachs zur Kenntnis genommen habe, für einen echten Ausdruck seiner Empfindungen ansehen. Wenn er auch von früher her seine Vorbehalte gegenüber seinem neuen Chef hatte — Helfferich galt ihm doch als eine politische Figur von Format. Dieser hatte sich selber für den Posten vorgeschlagen, offensichtlich in der Überzeugung, in das verworrene Feld der deutschen Ostpolitik klare Konturen hineinbringen zu können. Staatssekretär Hintze aber hätte ihn gewiß nicht entsandt, wenn er nicht der Meinung gewesen wäre, in Helfferich eine Stütze seiner eigenen Politik zu gewinnen. Riezler, kränkelnd, mißmutig, aus Rußland wegdrängend[169], hat ihn noch am Abend seiner Ankunft in Moskau am 28. Juli eingehend über die Lage informiert. Seine eigene letzte politische Meldung nach Berlin hatte die Frage der für eine Intervention zum Sturz der Bolschewisten notwendigen deutschen Truppenstärke behandelt. Offensichtlich gelang es nun Riezler, in Kürze Helfferich davon zu überzeugen, daß die Beurteilung der Lage, wie sie sich ihm in Moskau gebildet hatte, und die politischen Konsequenzen, die er daraus zu ziehen vorschlug, richtig seien. Natürlich war es Helfferich, der in den knapp zehn Tagen seines Moskauaufenthaltes, während dem er nur einmal die Gesandtschaft verließ, da die Russen nicht für seine Sicherheit aufkommen wollten, unmöglich, sich aus eigener unmittelbarer Information ein Bild zu verschaffen. Er war primär auf das angewiesen, was ihm auf der Gesandtschaft vorgetragen wurde. Aus seinen Berichten spricht

---

[167] Riezler an AA, Tel. Nr. 542, Moskau 22. 7. 1918, PA, Deutschland 131, Bd. 44; Tgb. 28. 8. 1918.

[168] Vgl. hierzu Baumgart, Ostpolitik, S. 225 f.

[169] Paquet notiert an diesem Tage: „Riezler schluckt Medizin auf Medizin, sein Gesicht wird täglich faltiger und bitterer, der Intellektuelle, — Intrigant aus Hilflosigkeit, und in sicherer Erwartung von ‚Gasangriffen' in der Heimat. Er will in 8—10 Tagen auf Urlaub gehen." Paquet Tagebuch, 28. 7. 1918.

Riezler. Die Vorschläge, die Helfferich alsbald dem Auswärtigen Amt unterbreitete und die von Hintze sofort verworfen wurden, entsprachen denen Riezlers: Abbruch der diplomatischen Beziehungen, Modifikation des Brester Friedens, Verhandlungen mit den bürgerlichen Parteien, Bemühungen um die lettischen Truppen, militärische Unterstützung für die Gegner des Regimes. Und so war auch die Reaktion Hintzes die gleiche: Es soll am Frieden von Brest Litowsk und also an der Regierung Lenins festgehalten werden. Man wird zugeben, daß Hintze die negative Chance der Gegenrevolution wahrscheinlich zutreffender beurteilte als Riezler und Helfferich, wenn er „die Zusammenfassung mehrerer Gruppen zu einer einheitlichen Aktion für unmöglich" hielt und, was ein deutsches militärisches Engagement anlangte, die Ansicht vertrat, „daß jeder Beginn einer militärischen Unterstützung unsererseits alsbald Kräfte erforderlich machen würde, die von der Obersten Heeresleitung keinesfalls zur Verfügung gestellt werden könnten"[170]. Andererseits ist nicht zu bestreiten, daß nicht nur die deutschen Beobachter in Moskau, sondern die Bolschewisten selber ihre Lage als äußerst gefährdet betrachteten. Den schlagenden Beweis dafür, daß sie sich aus eigener Kraft nicht mehr halten zu können glaubten, sah Helfferich in dem am Abend des 1. August durch Tschitscherin übermittelten Gesuch um militärische Hilfe gegen die britische Intervention in Archangelsk. Er empfahl, auf das Ersuchen zum Schein einzugehen, die notwendigen militärischen Vorbereitungen zu treffen, „im letzten Augenblick aber mit Kosakenführer Front gegen Bolschewiki zu machen"[171]. Man kann sich denken, wie lebhaft der zum Finassieren neigende Riezler einem solchen bedenkenlosen taktischen Kalkül zugestimmt haben wird, wenn sich auch nicht aufzeigen läßt, ob und inwieweit er selber etwa als Urheber hinter diesem Vorschlag steckte. Das Murmansk-Unternehmen, von dem sich Ludendorff den Zugriff auf Petersburg erhoffte, das aber die politische Reichsleitung in loyaler Weise durchgeführt sehen wollte, ist nie zustande gekommen. Es wurde von den Kriegsereignissen überholt. Aber die Planung dieses Unternehmens ist der Punkt, an dem sich nun ein erbitterter Gegensatz zwischen Helfferich und Hintze in voller Schärfe entzündete. Der Streit führte schließlich dazu, daß Helfferich eine Entscheidung über die Ostpolitik von höchster Stelle verlangte. In der fortdauernden Attentatsgefahr für die Moskauer Diplomaten fand man in Berlin einen Anlaß, den unliebsamen Helfferich zurückzurufen. So gelangte die Leitung der Gesandtschaft noch einmal in die Hand Riezlers. Riezler hat den Grund für die Rückbeorderung Helfferichs in den politischen Differenzen gesehen[172] und sich auch dem Grafen Keßler gegenüber später so geäußert[173]. Graf Keßler, Rußlandreferent bei der Botschaft in Bern, war

[170] Hintze an Helfferich, Berlin 2. 8. 1918, PA, Deutschland 131, Bd. 44 a.
[171] Helfferich an AA, Nr. 622, Moskau 2. 8. 1918, PA, Deutschland 131, Bd. 44 a.
[172] Tgb. 12. 9. 1918.
[173] Keßler, Tagebücher, 15. 10. 1927, S. 546. — Zur Rückbeorderung Helfferichs vgl. Baumgart, Ostpolitik, S. 246.

übrigens damals an den Verhandlungen zum Ergänzungsvertrag[174] beteiligt, die von Helfferich wie von Riezler für abwegig und falsch gehalten wurden. Vielleicht geht auf jene Zeit und auf jenen Gegensatz das bissige Urteil zurück, das Keßler über die politischen Fähigkeiten Riezlers fällte. „Riezler", so notierte er, „ist der für Politik als organisiertes Handeln am wenigsten begabte Kopf, der mir vorgekommen ist. Sein ganzes Denken mündet von Natur in organisiertes Nichthandeln, organisierte Impotenz, die irisierend und verführerisch sich als höhere Weisheit ausgibt. Daß Bethmann dieses Gaukelspiel jahrelang ertragen hat, beweist auch seine mangelnde Begabung. Bismarck oder Napoleon hätten Riezler nach dem ersten Vortrag zum Teufel gejagt."[175]

Die Zeit in Rußland lief aus. Helfferich hatte auf seinen Antrag, die Gesandtschaft verlegen zu dürfen, die Order erhalten, zu bleiben, es sei denn, Leben und Sicherheit der Botschaftsangehörigen gerieten in Gefahr. Auf der Gesandtschaft war man empört darüber, daß die Frage des Bleibens oder Gehens, die politisch zu entscheiden war, zu einer Angelegenheit persönlichen Schneids gemacht wurde. Aber Riezler wurde der Entscheidung enthoben, denn der nach Deutschland zurückbeorderte Helfferich ordnete noch am Tage seiner Abreise am 6. August die Verlagerung der Gesandtschaft nach Petersburg in die Reichweite deutscher Truppen an oder, wie Helfferich und Riezler meinten, in ein mögliches Aktionszentrum der Gegenrevolution. Es war daher ein politischer Gegenzug, wenn nunmehr Hintze die Weisung gab, bis hinter die Demarkationslinie zu gehen. Der Aufbruch erfolgte in Hast, ohne klare Anweisung an den in Moskau zurückbleibenden Teil des konsularischen Personals. Auf russischer Seite war man erbost. Radek erklärte: „Riezler wird nicht nach Rußland zurückkehren, das ist nach dem jetzt Geschehenen unmöglich."[176] Man rätselte an den Gründen für den Weggang der deutschen Gesandtschaft. Lenin meinte, es handele sich um eine Panik Riezlers. Daß man auf deutscher Seite an Intervention dachte, hielt Radek für unfaßbar[177].

Und doch hat Riezler noch auf der jetzt anhebenden abenteuerlichen Reise der Gesandtschaft mit den Stationen Petersburg, Helsinki, Reval, Pleskau den Gedanken an Gegenrevolution und Intervention weitergesponnen. Von Petersburg meldete er, daß sein sibirischer Gewährsmann wohlbehalten in Omsk angekommen sei, daß die „deutsche Orientierung" dort Aussicht habe und daß bei seiner in zwei Wochen erwarteten Rückkehr die Frage nach „deutscher Hilfe bei Putsch in Petersburg beantwortet" werden müsse[178]. Es war der 9. August 1918. Am Tage zuvor hatte

---

[174] Analyse dieses Vertragswerks und seiner politischen Relevanz bei W. Baumgart, Die „geschäftliche Behandlung" des Berliner Ergänzungsvertrags vom 27. August 1918, in: Historisches Jahrbuch 89 (1969).

[175] Keßler, Tagebücher, 28. 3. 1919, S. 165.

[176] Paquet Tagebuch, 12. 8. 1918.

[177] Ibid., 11. 8. 1918.

[178] Riezler an AA, Nr. 672, Petersburg 9. 8. 1918, PA, Deutschland 131, Bd. 45.

die deutsche Front im Westen zum erstenmal in der Abwehr nicht standhalten können. Dies war der „schwarze Tag", der den militärischen Zusammenbruch einleitete und den rivalisierenden Plänen in der deutschen Ostpolitik, die doch alle den Sieg voraussetzten, den Boden entzog.

Ende August war Riezler wieder in Berlin, im September zu einem Erholungsurlaub in Oberstdorf. Hier zog er rückschauend in seinem Tagebuch Bilanz über die Rußlandmission: das Spiel war verloren!
Hätte es gewonnen werden können? Riezler kritisierte die Ostpolitik der Reichsregierung im Kerne nicht deswegen, weil sie die Sowjetregierung unterstützte, sondern weil sie, unfähig sich gegenüber der Obersten Heeresleitung durchzusetzen, dies nicht konsequent genug tat und weil sie dann aber, „nachdem die Dinge ... ihren Gang genommen", den Zeitpunkt verfehlte, entschlossen auf die Karte der Gegenrevolution zu setzen. Hat Riezler die Lage richtiger eingeschätzt als Kühlmann, Hintze und der „unglückselige russische Referent" im Auswärtigen Amt, Nadolny? Es fällt auf, daß in den Berichten und Notizen Riezlers zur russischen Frage aus der Stockholmer und Moskauer Zeit nirgends der Versuch gemacht wird, das Phänomen der Revolution von einer Analyse der besonderen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten Rußlands her in den Griff zu bekommen. Waren es die Bolschewiki, waren es die Sozialrevolutionäre, war es das demokratisch-liberale Bürgertum, denen von der ökonomisch-sozialen Struktur Rußlands her gesehen die größere Chance zuzusprechen war? Welche Rolle spielte bei alledem der elementare Vorgang der Agrarrevolution? Die Überlegungen Riezlers zu einer „deutschen Gegenrevolution", seine Bemühungen, die verschiedenen unzusammenhängenden konterrevolutionären Gruppen zusammenzuführen, blieben im vordergründig taktischen Kalkül. Es wird bei ihm keine durchdachte Konzeption sichtbar, wie ein nicht bolschewistisch geführtes Rußland denn eigentlich hätte aussehen können, das ja in gar keinem Fall das alte zaristische Rußland gewesen wäre. Denn war es nicht die Erwartung Riezlers selber seit Kriegsbeginn und deutlicher jetzt im Angesicht des herannahenden Zusammenbruchs der Mittelmächte, daß das Signum der Zeit die Revolution in Europa sein werde? So fragt man sich, ob nicht Riezlers Konzept einer deutschen Gegenrevolution langfristig im Gegensatz zu seiner eigenen Diagnose der Zeit stand. Unter dem Aspekt der ökonomisch-sozialen Bedingungen der Zeit und der ideologischen Vorbereitung in der russischen Geistesgeschichte des 19. Jahrhunderts — das hat Riezler selber deutlich gesehen — war die Revolution unvermeidlich und kein Zufall. Andererseits war es aber in der russischen Krisensituation des Sommers 1918 keineswegs sicher, ob sich nun gerade die leninistische Version der Revolution würde behaupten können. Das Land war von Hungerrevolten erschüttert; von Süden, Osten und Westen lastete der Druck der Gegenrevolution und der Intervention der Entente auf ihm; das sowjetische Lager war gespalten durch die tiefe Feindschaft der Bolschewiken und der Sozialrevolu-

tionäre. Wenn sich Bothmer am 13. Juni als Ausspruch Trotzkijs notierte: „Wir sind eigentlich schon tot“[179], oder wenn Helfferich am 4. August zu berichten wußte, daß Lenin vorgeschlagen habe, Moskau zu verlassen, da das Spiel für den Augenblick verloren sei[180], und wenn damals die Lage von den Sowjets als so kritisch betrachtet wurde, daß sie sich mit einem militärischen Hilfegesuch an Deutschland wandten[181], dann ist die zu jener Zeit von Riezler vertretene Überzeugung, daß ein solches Eingreifen den Sturz der Bolschewistenherrschaft herbeiführen werde, nicht als schlechthin phantastisch zu verwerfen. Die Frage nach den nicht realisierten Möglichkeiten der Geschichte ist für den Historiker nicht nur legitim, sondern unumgänglich, um das Gewicht der tatsächlich gefällten Entscheidungen und des tatsächlichen historischen Ablaufs als der Realisierung einer Möglichkeit unter anderen richtig einzuschätzen. Der Spielraum der Möglichkeiten war allerdings begrenzt: begrenzt im Hinblick auf die russische Szenerie. Hier sei noch einmal an die Lagebeurteilung Hintzes erinnert, der keine Chance sah, die rivalisierenden Tendenzen der Gegenrevolution zu einer tatkräftigen Aktion zusammenzuführen. Begrenzt aber auch im Hinblick auf die inneren Möglichkeiten der deutschen Politik. Es war unter den Gegebenheiten der Herrschaftsstruktur und Machttradition in Deutschland kaum denkbar, daß es zu einer solch freiwilligen Selbstbeschränkung hätte kommen können, wie sie Riezler mit seiner Forderung nach Rückwärtsrevision des Brest Litowsker Friedens und nach Wiedervereinigung Rußlands für geboten hielt. Aber selbst gesetzt den Fall, daß die Riezlersche Politik von den russischen und deutschen Voraussetzungen her gesehen möglich gewesen wäre, die allgemeine Entwicklung der Kriegslage ging darüber hinweg. Das Scheitern der deutschen Westoffensive im Sommer 1918 entzog allen drei Versionen der deutschen Ostpolitik, wie sie die Oberste Heeresleitung, das Auswärtige Amt und Riezler mit Mirbach und Helfferich vertraten, den Boden.

V.

Ende September riefen ihn Freunde aus dem Auswärtigen Amt von seinem Erholungsaufenthalt in den Bergen nach Berlin zurück[1]. Ein Regierungswechsel stand bevor. Hertling hatte abgewirtschaftet. Die schwierige bevorstehende Aufgabe des Friedensschlusses zu lösen, war er nicht der Mann. Riezler sollte sich darum bemühen, daß Bethmann Hollweg sich für eine Rückkehr in das Kanzleramt zur Verfügung stellte. Als er ihn deswegen in Hohenfinow aufsuchte, erfuhr er eine schroffe Ablehnung. Von den vergeblichen Überredungsversuchen Riezlers abgesehen hätte aber auch die innerpolitische Situation seine Rückkehr nicht erlaubt. Unter den

[179] Zit. bei Baumgart, Ostpolitik, S. 216.
[180] Ibid., S. 237 f. [181] S. o. S. 115.
[1] Tgb. 24. 9. 1918.

anderen, die als Reichskanzler in Frage kamen, hielt Riezler Ebert für den besten. Die sich jetzt stellende Aufgabe hieß nicht, der Niederlage auszuweichen, sondern nur mehr „den völligen Zusammenbruch zu vermeiden". Aber wie sollte das gelingen, nachdem Ludendorff die Nerven verloren hatte und auf sofortigen Frieden drängte? In tiefster Depression gestand sich Riezler am 6. Oktober 1918 ein, daß der deutsche Welttraum auf immer zu Ende sei. Sein eigenes politisches Denken und Wirken war von diesem Traum erfüllt gewesen. Aber noch war für den 36jährigen Riezler mit diesem Eingeständnis die politische Phase seines Lebens nicht beendet. Er resignierte nicht. Drei konkrete Aufgaben glaubte er zu erkennen, die sich der deutschen Politik demnächst stellen würden: die Abwehr der Revolution, die Erneuerung der Verfassung und aus dem Zerfall der Donaumonarchie heraus die Vollendung des deutschen Nationalstaates durch Eingliederung der Deutschen Österreichs und Böhmens in das Reich.

Unter der neuen Regierung des Prinzen Max von Baden wurde er „Kabinettschef" des Staatssekretärs des Auswärtigen, von Solf. Er war voller Kritik an dieser ersten parlamentarischen Regierung: der Prinz ein Dilettant, Solf zu schwach und der kollegialische Führungsstil zu schwerfällig. Riezler hat im Oktober 1918 neben Kurt Hahn, dem engen Mitarbeiter des Prinzen Max von Baden, und anderen an der Formulierung der deutschen Noten an den amerikanischen Staatssekretär Lansing mitgearbeitet, die zu den bekannten, später im Versailler Friedensvertrag nicht eingehaltenen Vorvereinbarungen über die Grundlagen des Friedens führten. Riezlers zögernde Natur war dabei von solchen Bedenken gequält, daß die anderen seinen Beitrag nicht gerade als sonderliche Förderung empfanden[2].

Mitte Oktober wurde es Riezler klar, daß der Kaiser abdanken sollte, um die Dynastie zu retten. Aber unter dem Einfluß des „tölpelhaften Erzberger" wich die Regierung dem Entschluß aus, bis es zu spät war. Doch auch Riezler lebte noch in Täuschungen. Der Traum vom größeren Reich ließ sich so schnell nicht aus dem Herzen reißen. Durch die Zerschlagung Rußlands, so meinte er, hätte Deutschland wenigstens freie Hand im Osten gewonnen, um Deutsch-Österreich und Deutsch-Böhmen eingliedern zu können. Darüber hinaus müsse die Möglichkeit, auch „volksfremde anliegende Staaten" dem Reich anzugliedern, durch die Art der neuen Verfassungskonstruktion offengehalten werden[3].

Mit wenigen Notizen über die Revolution endet das Tagebuch. Die bürgerlichen Parteien hätten das Feld der Auseinandersetzung verlassen, ein „elendes Schauspiel"; die zentrale Frage sei, ob Liebknecht sich durchsetzen werde oder „Ebert und seine Leute" sich zu behaupten vermöchten. Riezler hat das chaotische Bild der Revolution, wie es damals alle Welt tat, nach russischen Analogien gedeutet: die nach dem Zusammenbruch der

[2] Nach mündlichen Mitteilungen von Kurt Hahn an den Verf.: Man habe damals Kurt Riezler als das „Ermüdungsgift" bezeichnet.

[3] Tgb. 22. 10. 1918.

alten Ordnung unter den Arbeiter- und Soldatenräten errichteten Republiken schienen ihm „mehr oder minder bolschewistisch" zu sein.

Der Verlauf der Dinge hat gezeigt, daß dieser drei Tage nach der Revolution gewonnene Eindruck falsch war. Die Arbeiter- und Soldatenräte in Deutschland waren keine russischen Sowjets, am allerwenigsten der Berliner Zentralrat. Im Gegensatz zur russischen Revolution setzten sich die Räte in Deutschland für die Ablösung der revolutionär legitimierten interimistischen Herrschaft des Rates der Volksbeauftragten durch eine demokratisch legitimierte verfassungsmäßige Neuordnung ein. Allerdings konnte das Werk der verfassunggebenden Nationalversammlung nur gewährleistet werden in Abwehr radikal-revolutionärer Erhebungen. Eine dieser Erhebungen war im April 1919 die Proklamation einer Räteregierung in Bayern[4]. Sie wurde getragen von Unabhängigen und Anarchisten. Riezler sah diesen Vorgang im Zusammenhang mit der allgemeinen Revolutionswelle, die er, ausgehend von der bolschewistischen Revolution in Rußland, als Folge des Zusammenbruchs der Mittelmächte vorhergesehen hatte. Am 21. März hatte Bela Kun die Räterepublik in Ungarn ausgerufen. Für Prag erwartete Riezler ähnliches[5]. Durch die Räteherrschaft in München wurde nicht nur das von der Volksmehrheit geforderte politische Ordnungsprinzip der parlamentarischen Demokratie in Frage gestellt, sondern auch im Verhältnis Reich-Länder die zentralisierende Tendenz einer solchen demokratischen Neuordnung.

Riezler, damals Referent für deutsche Angelegenheiten in der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, hat für sich selber in Anspruch genommen, der Urheber des Plans gewesen zu sein, den Sitz der legitimen bayerischen Regierung Hoffmann nach dem nördlichen Bayern zu verlegen[6]. Riezler sprach am 5. April mit Ebert darüber. Dann begab er sich „mit einem Koffer voll Geld" nach München[7]. Als am 7. April die Räterepublik proklamiert wurde, wich die Regierung nach Bamberg aus. Dorthin sollte auf Antrag Erzbergers ein ständiger Vertreter der Reichsregierung entsandt werden[8]. Riezler erhielt dieses Amt. Er schien für die hier zu lösende Aufgabe in dreifacher Weise prädestiniert: wegen seiner bayerischen Herkunft, seiner Erfahrung im Umgang mit der Revolution und seiner entschiedenen Befürwortung einer militärischen Intervention des Reiches. In der Tat hat er von seinem Bamberger Posten aus alles darangesetzt, eine solche Intervention zum Sturz der Räteherrschaft in seiner Vaterstadt München herbeizuführen. Dort war nach einem mißglückten, von der Regierung Hoffmann veranlaßten Versuch, die Räte mit Hilfe

---

[4] Zum Gesamtablauf als letzte zusammenfassende Darstellung A. Mitchell, Revolution in Bayern 1918/19 (deutsch 1967).

[5] Keßler, Tagebücher, 1. 4. 1919, S. 167.

[6] Riezler an Ministerialdirektor Valentiner, Preuß. Ministerium f. Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Frankfurt 18. 3. 1933, BA, R 21/341 Nr. 161.

[7] Keßler, Tagebücher, S. 169 f.

[8] Protokoll der Sitzung der Reichsregierung, Weimar 10. 4. 1919, BA, R 43/I 1348.

bayerischer republikanischer Truppen zu stürzen, am 13. April die Macht in die Hände der Kommunisten geraten. Den Grund dafür, daß dies geschehen konnte, sah Riezler in dem kompromißbereiten Abgleiten der bayerischen Sozialdemokratie nach links[9]. Dieser Sachverhalt ist, zunächst was München angeht, richtig beobachtet. Aber er verlangt nach einer Erklärung. Hatte doch das Signum der bayerischen Sozialdemokratie vor dem Kriege im Unterschied zu der Sozialdemokratie in Norddeutschland gerade darin bestanden, daß sie nach rechts hin zur parlamentarischen Kooperation mit bürgerlichen Parteien bereit gewesen war. Man wird die Ursache für die Richtungsänderung wohl vor allem in dem Schock und der tiefen Erschütterung sehen müssen, den die Ermordung Kurt Eisners in der Münchener Arbeiterschaft ausgelöst hatte. Es war daher verständlich, daß die Regierung Hoffmann sich möglichst allein mit Hilfe eigener republikanischer Soldatenwehren ohne die Intervention von Freikorps zu behaupten suchte. Riezler sah das Motiv: „Mißtrauen, Angst vor Konterrevolutionären und Agitation der Unabhängigen gegen Noskes und Epps weiße Garde."[10] Aber er war zugleich überzeugt, daß es ohne die Freikorps nicht ging, und er wurde in dieser Überzeugung bestärkt durch den mißglückten Versuch der Bamberger Regierung, die Machthaber in München aus eigener Kraft zu stürzen. Schließlich erlangte er die verdeckte Zustimmung Hoffmanns zur Anwerbung von bayerischen Freiwilligen für das von dem ehemaligen Kommandeur des königlich-bayerischen Leibregiments, Oberst von Epp, aufgestellte Freikorps. Vor allem aber hielt Riezler den Einsatz nichtbayerischer und gerade auch preußischer Truppen in Bayern für erforderlich, und zwar nicht nur aus militärischen, sondern auch aus militärpolitischen bzw. verfassungspolitischen Gründen. Die Interventionstruppen aus dem Reich sollten nicht nur dafür sorgen, daß die Räteherrschaft kompromißlos und mit Härte niedergeworfen wurde, sondern auch eine Gewähr dafür bieten, daß endlich auch in Bayern das Reichsgesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr vom 6. März 1919 zur Geltung gelangte und die Aufstellung reichsunabhängiger Truppen unterbunden wurde. Dabei stieß er auf den Widerstand vor allem des Ministers für militärische Angelegenheiten im Kabinett Hoffmann, Schneppenhorst. Aber es gelang ihm, Hoffmann zu einem Hilfegesuch an die Reichsregierung zu bewegen. Er hatte schon vorher für diesen Fall um die Vollmacht gebeten, eine Zusage geben zu können[11]. Der Außenminister im Kabinett Scheidemann, Graf Brockdorff-Rantzau, machte sich dieses Gesuch zu eigen und setzte sich beim Reichspräsidenten Ebert für eine Reichsintervention in Bayern ein[12]. Es wurde in diesem Sinne entschieden. Riezler empfahl nun, bei Maßnahmen zur Kontrolle der Intervention und

[9] Aufzeichnung vom 26. 4. 1919; s. u. Dok. 32.
[10] Riezler an AA, Weimar, Nr. 9, Bamberg 13. 4. 1919, BA, R. 43 I/2212.
[11] Aufzeichnung über Telefonat Riezlers aus Bamberg durch v. Prittwitz, 14. 4. 1919, PA, Bayern 50, Bd. 17.
[12] Entwurf Tel. Reichsminister an Riezler, 14. 4. 1919, PA, Bayern 50, Bd. 17.

Durchführung des Reichswehrgesetzes beim bayerischen Kriegsministerium „nicht anzufragen, sondern Maßregeln mitzuteilen; den Bayern muß bei Aufstellung ihrer Volkswehr die Hand geführt werden“[13]. Er mahnte, bei Verhandlungen über die Angliederung der bayerischen Volkswehren an die Reichswehr „scharf aufzupassen“; denn „es dürfte immer noch versucht werden, in Soldatenrats- und Gerichtsbarkeitsfragen etwas Großbayerisches einzuschmuggeln“[14].

Die von Generalleutnant von Oven geleitete Aktion preußischer, württembergischer, badischer Freiwilligentruppen und des Freikorps Epp führte am 1. und 2. Mai zur Eroberung Münchens. Sinnlose Geiselerschießungen durch Rätetruppen lösten grausame, unkontrollierte Gegenaktionen aus. Riezler redete einem gezielten weißen Terror das Wort. Als die Aktion anlief, hieß es in einer Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes:

„Geheimrat Riezler hält es für unbedingt erforderlich, daß auf Leitung auch der sozialdemokratischen Partei in Bayern seitens der Reichsorganisation Einfluß genommen wird, da die bayerischen Führer bei ihrer unproduktiven Tätigkeit völlig versagt hätten. Er hält es ferner für sehr erwünscht, daß schon während der militärischen Aktion in der Bolschewistenbekämpfung erfahrene Persönlichkeiten nach Bayern geschickt werden, da dort derartige Organisationen überhaupt nicht bestehen und es unbedingt geboten erscheint, die Kommunistenführer auch unschädlich zu machen.“[15]

Einige Tage nach der Eroberung der Stadt registrierte er mit Kälte und der überlegenen Attitüde eines Mannes, der weiß, wie Geschichte gemacht wird, die öffentliche Empörung über begangene Gewalttaten: „Nach meinen Eindrücken ist das Benehmen der preußischen Kommandos in München geschickt und zweckmäßig ... Die Münchener Spartakisten kämpften hartnäckig und hinterhältig. Trotz Disziplin und Ruhe der Reichswehr können und müssen bei den notwendigen und zahlreichen Erschießungen auch Unschuldige mit unterlaufen. Mit einer Übertreibung und Ausbeutung solcher Fälle und Empörung über sie muß gerechnet werden.“[16] Noch drei Wochen nach der Eroberung der Stadt empfahl er, die Marinebrigade Ehrhardt in München zu lassen, da „die bayerischen Truppen noch nicht in der Lage“ seien, „München ohne preußische Hilfe in Ordnung zu halten“[17]. Es war für seine bayerischen Landsleute nicht schmeichelhaft, wenn er damals feststellte: „Die bayerische Armee verlotterte schneller und gründlicher als die Truppenteile der anderen Stämme, das Heeresgut ward gründlicher verschludert, die Korruption der Soldatenräte war zügelloser ... Nun könnte es mit preußischer Hilfe wieder aufwärts gehen.“[18] Daß der Dichter Ernst Toller ähnlich wie der Kommunistenführer Leviné vom

[13] Riezler an AA, Nr. 22, Bamberg 19. 4. 1919, PA, Bayern 50, Bd. 17.
[14] Riezler an AA, Nr. 41, Bamberg 28. 4. 1919, PA, Bayern 50, Bd. 17.
[15] Berlin 19. 4. 1919, PA, Bayern 50, Bd. 17.
[16] Riezler an AA, Nr. 51, Bamberg 6. 5. 1919, PA, Bayern 50, Bd. 17.
[17] Riezler an AA, Nr. 62, Bamberg 21. 5. 1919, PA, Bayern 50, Bd. 17.
[18] Gajus [Riezler], Die ‚Befreiung‘ Bayerns, in: Deutsche Nation 1, Heft 6 (Juni 1919); s. auch Keßler, Tagebücher, 5. 4. 1919, S. 170.

bayerischen Standgericht zum Tode verurteilt werden würde, hielt Riezler für unwahrscheinlich. Aber er empfahl der Reichsregierung auf deren Anfrage — entgegen seiner sonstigen Interventionsfreudigkeit —, in einem solchen Falle nichts zu unternehmen. Er gab einen juristischen Grund an: Einen Aufschub der Vollstreckung könne — gegebenenfalls — das Ministerium nicht verfügen, da das Gesetz die Vollstreckung binnen 24 Stunden fordere. Diesem juristischen Argument fügte er als eigentlich politisches Motiv hinzu: „Da nach Lage in München jedes Schwanken und Nachgeben bei Truppe und Bevölkerung nur gefährliche Unsicherheit hervorruft, empfehle ich, von derartigem Schritt bei der bayerischen Regierung abzusehen. Im Falle Levinés hätte die bayerische Regierung auch auf Wunsch des Reiches nicht begnadigen können. Falls sie begnadigen kann, wird sie es ohne solche Schritte tun und trägt dann allein die Verantwortung."[19]

Nach dem Sturz der Räteherrschaft in Bayern kam es — analog zu Weimar — in Bamberg unter Hoffmann zu einer Koalition von Sozialdemokraten, Demokraten und Bayerischer Volkspartei. Eine sozialdemokratisch-bürgerliche Zusammenarbeit war auch nach Riezler notwendig. Sie entsprach den Erwartungen und Einsichten, wie sie sich bei ihm in der Nähe Bethmann Hollwegs gebildet hatten. Aber in seine Beurteilung des Verhältnisses von Regierung und Parteien spielten immer noch trotz Parlamentarismus bestimmte konstitutionelle Denkgewohnheiten hinein. Ihm schwebte vor, daß der vom Vertrauen des Parlaments getragene Regierungschef in eigener Verantwortung sich seine Regierung zusammenstellte, die auch unter der Voraussetzung einer Parteienkoalition im Parlament keineswegs dem Proporz dieser Parteien entsprechen müßte. Keinesfalls aber sollte die Zusammensetzung der Regierung einer parlamentarischen Koalition durch die Parteien selber ausgehandelt werden. Riezler war also nicht bereit, aus der parteienstaatlichen Struktur des Parlaments die Konsequenz einer parteienstaatlichen Regierungsbildung zu ziehen[20]. Im Grunde gab er dem amerikanischen System der Präsidialdemokratie den Vorzug vor dem Parlamentarismus.

Noch von Bamberg aus reichte er eine Denkschrift[21] ein, die, vom Beispiel der bayerischen Regierungsbildung ausgehend, grundsätzlich das Verhältnis von Reich und Ländern unter dem Aspekt des parlamentarischen Institutionenaufbaues und der Kompetenzverteilung betrachtete. Riezler hielt es für in sich widersprüchlich, in den Ländern die ganze Apparatur einer demokratisch-parlamentarischen Staatlichkeit aufzubauen, wenn man

[19] Riezler an Reichskanzlei, Nr. 3, Bamberg 8. 6. 1919, BA, R 43 I/2666. — Ernst Toller wurde zu fünf Jahren Festung verurteilt wegen Hochverrats unter Zubilligung ehrenhafter Motive; vgl. seine Autobiographie Eine Jugend in Deutschland (1933, ro-ro-ro 1963).

[20] In Ergänzung zu der im folgenden angeführten Denkschrift: Gajus [Riezler], Kabinettsbildungen; ders., Die Koalitionsregierung, beides in: Deutsche Nation 1 (1919), März; ders., Ein Versuch, in: Deutsche Nation 1 (1919), April.

[21] Riezler an AA, Nr. 7, Bamberg 17. 6. 1919, PA, Bayern 50, Bd. 18.

zugleich ihren staatlichen Zuständigkeitsbereich zugunsten des Reiches schmälerte. Das war in seinen Augen eine substanzleere Scheinkonzession an den Föderalismus, die aber geeignet war, Parlamentarismus und Demokratie zu diskreditieren. Staatliche Institutionen, die keine adäquaten Aufgaben besitzen, verfallen in dem Leerlauf der Beschäftigung mit sich selbst. Deswegen hielt Riezler die Regelung des Verhältnisses von Reich und Ländern, wie sie sich damals aus der Arbeit der Nationalversammlung abzuzeichnen begann, für den „denkbar unglücklichsten Mittelweg" zwischen dem Einheitsstaat und dem Föderativstaat. Der alten Länderherrlichkeit weinte er nicht nach. In der einzigen positiven Äußerung Riezlers zum Vorgang der Novemberrevolution lobte er die „erfrischende Frechheit", mit der „die Arbeiter- und Soldatenräte in dem Porzellanladen des bisherigen deutschen Bundesstaates und seiner Verfassung herumtrampeln"[22]. Aus der Reichspolitik Riezlers in Bamberg läßt sich ablesen, daß in dieser Alternative für ihn das Primat beim Einheitsgedanken lag. Seine Vorstellungen bewegten sich in der Nähe der Verfassungskonzeption des dezentralisierten Einheitsstaates, wie er von Hugo Preuß vertreten wurde. Riezler hat noch vor der Inkraftsetzung der Weimarer Verfassung für das Reich (14. August 1919) und der Bamberger Verfassung für Bayern (15. August 1919) mit Klarsicht auf einen schwerwiegenden Konstruktionsfehler im Reich-Länder-Verhältnis hingewiesen, der für das Schicksal Deutschlands verhängnisvoll werden sollte. Schon zum Auftakt der Verfassungsarbeit der Nationalversammlung im Februar 1919 hatte sich Riezler publizistisch über die „Schwierigkeit, das föderative Prinzip und das parlamentarische System zu vereinen", geäußert[23]. Wenn es schon im Kriege infolge der Beherrschung des preußischen Abgeordnetenhauses durch die Konservativen zu einem für das Reich schädlichen Antagonismus zwischen dem staatlichen Willen des größten deutschen Landes und dem der Reichsführung unter Bethmann Hollweg gekommen war, so mußte die Übereinstimmung des Parlamentswillens in Reich und Ländern erst recht in einem parlamentarischen Bundesstaat Voraussetzung sein für dessen Lebensfähigkeit. Für den Augenblick war eine solche Übereinstimmung durch das Übergewicht der Sozialdemokraten im Reich und in den Ländern gegeben.

„Gelingt das in Zukunft nicht mehr", so schrieb Riezler in Voraussicht kommender Konflikte, „so wird der Streit zwischen Parteien als Streit der Einzelstaaten gekämpft werden, und ebenso wie die Konservativen des preußischen Landes alles, was ihrem Konservatismus nicht paßte, im Namen des heiligen Rechts Preußens bekämpften, so wird ein künftig in Bayern herrschendes Zentrum alle ihm nicht genehmen Reichshandlungen nicht im Namen des Zentrums, sondern im Namen des bayerischen Löwen, pochend auf dessen Eigenart und Eigenrecht, ablehnen. Dann erst wird sich zeigen, ob der Bundesstaat nicht mehr mit dem Parlamentarismus im Reiche, sondern auch mit dem Parlamentarismus der Einzelstaaten vereinbar ist."[24]

[22] Riezler an Haußmann, Berlin 14. 11. 1918, Nachlaß Haußmann, 116.
[23] Gajus [Riezler], Zur deutschen Frage, in: Deutsche Nation 2 (Februar 1919).
[24] Ibid., S. 13.

Das Verhältnis Bayerns und des ganzen südlichen Deutschland zum Reich stellte sich damals vor der Unterzeichnung des Versailler Vertrages aber noch unter einem viel besorgniserregenderen Aspekt dar. Was würde geschehen, wenn die Reichsregierung die Unterschrift unter den Vertrag verweigerte und die Franzosen entlang der Mainlinie vorrückten, um Süddeutschland zu besetzen und vom Norden zu trennen? Sollten die süddeutschen Regierungen im Lande bleiben oder, wie es die Reichsregierung vorschlug, ins unbesetzte Deutschland ausweichen[25]? Riezler ist gemeinsam mit den preußischen Vertretern in München, Graf Zech, und in Stuttgart, Graf Moltke, bemüht gewesen, die süddeutschen Regierungen zu veranlassen, im Falle der Besetzung ihr Land zu verlassen, um Handlungsfreiheit zu bewahren. Da Stuttgart, Darmstadt und Karlsruhe ablehnten, versuchte er, wenigstens für Bayern diese Eventualität offenzuhalten. Wenn er sich mit Entschiedenheit gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages aussprach, so konnte er das, weil er zutiefst von der bayerischen Reichstreue überzeugt war. Das bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages im Vordergrund stehende Argument, die Verweigerung gefährde die Reichseinheit, zog für ihn nicht. Das Risiko schien ihm kalkulierbar. Denn, so argumentierte er gegenüber der Regierung:

„Frankreich hat außer einer vorübergehenden Erleichterung der Lebensmittellage nichts zu bieten. Es muß das Odium der schwersten Steuern und Kontributionen und der Okkupation auf sich nehmen und kann nur Haß, nicht Liebe säen und ernten. Auch im Falle eines erzwungenen Sonderfriedens würde nach meiner festen Überzeugung der Süden in dem Augenblick zum Reiche drängen, in dem die französische Besatzung das Land wieder verläßt. Auch bei einer Vereinigung Bayerns ⟨mit den Deutschen des schon jetzt in seine Kronländer zerfallenden Österreich⟩[a] kann Frankreich die Wiedervereinigung mit dem Norden nur durch Okkupation verhindern. Letzten Endes wird eine französische Okkupation des Südens — über freilich schwerste Jahre hinweg — mit einer Verjüngung des Reichsgedankens abschließen und ist für die deutsche Einheit kaum gefährlicher als die Unterzeichnung eines vernichtenden Friedens, bei dem die Berliner Führung das Odium der Verelendung zu tragen hätte . . ."[26]

---

[a] ⟨⟩ verbessert aus dem in der Vorlage wohl irrtümlich abgeschriebenen ⟨mit den schon jetzt in seine Kronländer zerfallenden Deutschen Österreichs⟩.

[25] Vgl. hierzu: Akten der Reichskanzlei, Kabinett Scheidemann, Dok. 92, 95, 96, 107, 108.

[26] Reichsministerialsache RK 5756, Berlin 5. 6. 1919; Wiedergabe eines Telegramms Riezlers an die Reichskanzlei aus Bamberg vom 1. 6. 1919, BA, R 43 I/2212. — Diese Reaktionsweise ist typisch für den zum Risikokalkül geneigten Riezler. Analog reagierte er zwei Jahre später auf das Londoner Ultimatum. Er plädierte für Nein. Sein Kalkül lautete: „Nunmehr ist die Situation klar. Unter allen Umständen Nein. Die Unterschrift soll uns nur der letzten Handhaben aus dem Friedensvertrag berauben und führt doch automatisch die Franzosen ins Ruhrrevier — und zwar dann nach unserer Unterschrift rechtmäßig. Dann hat auch England keine Möglichkeit mehr, in eine andere Politik einzuschwenken. Sie haben ja unterschrieben und wir haben unterschrieben. Ich bin entsetzt, daß trotz dieser klaren Lage alles wankt. Das ist einfach katastrophal. Wenn wir nicht unterschreiben, wird zwar das Ruhrrevier statt in 14 Tagen sofort besetzt, aber in wenigen Monaten wird mit uns verhandelt werden und zwar auf wahrscheinlich besserer Basis — wenn wir es einigermaßen geschickt machen." Riezler an Haußmann, Freitag 11 Uhr [o. D., 7. Mai 1921], Nachlaß Haußmann, 116. Als nach dem Kapp-Putsch die Reichsregierung vor der Frage stand, Truppen zur Niederwerfung des Aufstandes im Ruhrgebiet in die neu-

Der Friede wurde unterzeichnet, und Riezler zog die Konsequenzen. Nach dem Rücktritt des Kabinetts Scheidemann und der Ermächtigung der Nationalversammlung an die Regierung Bauer, die Unterschrift zu leisten, reichte er am 23. Juni von Bamberg aus seinen Abschied ein[27]. Auffallend ist in der sehr knappen Begründung die innenpolitische Pointierung gegen eine in Kommissionen und Fraktionen beratende, kollegial geführte Außenpolitik. Dem Gesuch wurde am 14. Juli stattgegeben und Riezler zum 1. Oktober 1919 zur Disposition gestellt.

In dem Protest Riezlers gegen den neuen Stil der Außenpolitik verbarg sich noch ein anderes, in einem vertraulichen Schreiben an Conrad Haußmann ausgesprochenes Motiv. Es war seine Gegnerschaft gegen Erzberger. Riezler war der Überzeugung, daß dessen „Geschwätzigkeit und hemmungslose Geschäftigkeit in auswärtigen Dingen vernichtend" gewirkt habe in der Situation vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages. Er, Riezler, habe sich „wegen dieser Vorgänge zur Disposition stellen lassen"[28]. Vollends diskreditierte sich Erzberger in den Augen Riezlers durch seine gegen die deutsche Behandlung des päpstlichen Friedensangebotes gerichtete bekannte Enthüllungsrede in der Nationalversammlumg vom 25. Juli 1919.

„Sie können sich kaum denken", so gab Riezler seiner Entrüstung Ausdruck, „mit welchem Erstaunen und dann mit welcher Empörung ich den Bericht über die denkwürdige Sitzung der Nationalversammlung gelesen habe, in der der Herr Reichsfinanzminister die ahnungslosen Zuhörer mit ‚Enthüllungen' überrumpelt und hineingelegt hat. Sie wissen, daß ich nicht der Revolution bedurfte, um Demokrat zu sein, daß ich die schwerindustriell-alldeutschen Einflüsse vor Matthias Erzberger erkannt und in einer Zeit hartnäckig und rücksichtslos bekämpft habe, als der heutige Reichsfinanzminister noch in Angelegenheit von außerpolitischer Bedeutung für die Sonderinteressen der Schwerindustrie wirkte. Sie wissen, daß ich der Wilhelmstraße in dem Augenblick den Rücken gekehrt habe, als dort, — von Alldeutschen und Schwerindustriellen lebhaft begrüßt — in Herrn Michaelis ein dem Machtwillen Ludendorffs genehmer Reichskanzler einzog, infolge einer Intrigue, deren Ausführung — nachweislich — Tag für Tag zwischen Erzberger und Ludendorff verabredet wurde. Ich darf also wohl für mich das Recht in Anspruch nehmen, nicht mißverstanden zu werden. Was liegt vor? Erzberger hat seine persönliche Integrität sowie seine politische Discretion gegen einige Anklagen zu verteidigen. Da er offenbar weder die eine noch die andere zu entkräften vermag, will er beide in einer großen Sensation begraben. Er verkündet der erstaunten Nationalversammlung, daß der Nuntius am 30. August unter Vorlage eines englischen Telegramms, also gleichsam im Namen Englands, den Frieden angeboten, die Regierung Michaelis' aber nach dreiwöchentlicher Untätigkeit ablehnend geantwortet habe. Die gewünschte Wirkung tritt ein. Die Linke, betört, empört, und in Unkenntnis des nur dem Reichsfinanzminister bekannten wahren Sachverhalts, legt sich fest, desgleichen die sozialdemokratischen Minister, alle in ehrlicher Ueberzeugung. Mir aber, der ich die wahre Sachlage kenne, will nicht in den Kopf, daß das die reine Demokratie sein soll, die Bauer für das neue Deutschland in Anspruch genommen hat."[29]

---

trale Zone einmarschieren zu lassen, plädierte Riezler in der Kabinettssitzung vom 1. April im Sinne von Geßler u. a. für den Einmarsch unter Einkalkulierung der Risiken, die sich aus einer evtl. dann erfolgenden Kündigung des Versailler Vertrages durch Frankreich ergeben könnten. Akten der Reichskanzlei, Kabinett Müller I, Dok. 8.

[27] PA, Personalakte Riezler; s. u. Dok. 34.

[28] Riezler an Haußmann, Berlin 8. 8. 1919, Nachlaß Haußmann, 116.

[29] Riezler an Haußmann, Berlin 8. 8. 1919, maschinenschriftlich, Nachlaß Haußmann, 116.

Erzberger, der wußte, wie der Verlauf der Dinge in Wirklichkeit gewesen war[30], habe die Nationalversammlung getäuscht. Die demokratische Regierung werde durch solche Vorgänge in den Augen des Auslandes, das genau wisse, daß Erzberger die Unwahrheit gesagt habe, diskreditiert und verliere ihre Verhandlungsfähigkeit.
Ob Riezler mit seiner Vermutung recht hatte, die Enthüllungsrede Erzbergers sei der Versuch gewesen, von den gegen seine persönliche Integrität erhobenen öffentlichen Vorwürfen abzulenken, sei dahingestellt. Riezler hat in wohlverstandener politischer Disziplin keinen öffentlichen Kampf gegen Erzberger ausgefochten. Aber er war von tiefer Sorge erfüllt um eine nicht von Privatinteressen korrumpierte Politik. Deshalb richtete er an Haußmann die Forderung, Erzberger durch die Demokratische Partei über den Ministerpräsidenten zu veranlassen, gegen die Ankläger gerichtlich vorzugehen. Die Linke dürfe sich nicht „dem Vorwurf aussetzen, untätig zugesehen zu haben und sich erst zu rühren, wenn es gar nicht anders geht — also von der Rechten gezwungen. Sie muß zeigen, daß es ihre Sache ist, für die Reinheit der Demokratie einzutreten"[31]. Das zu fordernde „risorgimento morale" dürfe nicht den Gegnern der Republik überlassen bleiben. Denn „ein Panama oder eine Dreyfusaffaire der Linken wäre der Anfang vom Ende der neuen Demokratie"[32].

Dieser neuen Demokratie hat Riezler noch einmal für kurze Zeit in einem anderen staatlichen Amt gedient. Am 15. November 1919 wurde er im Rang eines Gesandten Leiter des Büros des Reichspräsidenten. Riezler schätzte Ebert als eine politische Figur. Das ist seinen Tagebuchaufzeichnungen aus dem Kriege zu entnehmen. Und er hat später „die überlegene Geschicklichkeit und Erfahrung" gerühmt, „mit der der Reichspräsident zur Vermeidung von Konflikten in der Stille zu intervenieren" verstehe[33]
Aber die Unterschiede des Charakters und der Begriffswelt zwischen dem pragmatisch nüchternen, bürgerlich ehrbaren und rechtschaffenen Ebert und dem geistreich vieldeutigen, phantasievoll schweifenden und mit der Amoralität der Staatsräson kokettierenden Riezler waren zu tiefgreifend,

---

Dieses Schreiben trägt den handschriftlichen Vermerk Riezlers „ganz vertraulich"; das Tagesdatum offensichtlich korrigiert zu einem früheren Datum. In dem Briefe vom gleichen Datum (s. o. Anm. 28) heißt es: „Ich sende Ihnen anbei einen Brief, den ich vor einigen Tagen diktiert, dann aber nicht abgeschickt habe."

[30] Das wird durch die neuere Forschung im wesentlichen bestätigt. Vgl. K. Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie (1962). Aufgrund von Beiträgen von Wilhelm Michaelis (Sohn des Reichskanzlers) und K. D. Erdmann in GWU 1956, 1957 und 1960 sowie der Untersuchungen von W. Steglich hat Epstein das Kapitel „Erzberger und die päpstliche Friedensnote" in der deutschen Ausgabe seiner 1959 in den USA zuerst erschienenen Erzbergerbiographie neu gestaltet. In diesem Kapitel genaue Analyse des Forschungsstandes.

[31] Riezler an Haußmann, 8. 8. 1919, s. o. Anm. 29.

[32] Ibid. Zum Erzberger-Prozeß vgl. K. Epstein, a.a.O.

[33] Riezler an den Oberbürgermeister von Hamburg, Petersen, Berlin 1. 2. 1924. Aus dem Theodor Heuss Archiv, veröffentlicht von E. Pikart in VfZG 15 (1967) S. 215.

als daß sich ein enges vertrautes Arbeitsverhältnis hätte ergeben können. Arnold Brecht, damals Beamter in der Reichskanzlei, traf in den Kabinettssitzungen regelmäßig mit Riezler zusammen, an denen dieser zur Information des Reichspräsidenten teilnahm. Brecht versuchte in kollegialem Gespräche mit Riezler dessen ungeduldige Haltung gegenüber der neuen, von unten emporgestiegenen demokratischen Führungsschicht zu dämpfen und den sarkastischen Kritiker zu einer „gutmütigeren" Haltung zu bewegen. Das gelang offensichtlich nicht. „Riezler", so berichtet Brecht, „hatte für diese Auffassung weder Neigung noch Geduld. Er irritierte Ebert durch seine komplizierte Vortragsweise und kritische persönliche Haltung, und Ebert irritierte ihn durch seine einfache, unkomplizierte Denkungsart, die für Riezler zu simpel war."[34]

Daß der Kapp-Lüttwitz-Putsch etwas mit dem Ausscheiden Riezlers aus seiner Tätigkeit bei Ebert zu tun gehabt habe, wird von dem Beobachter „aus nächster Nähe", Arnold Brecht, bestritten[35]. Dennoch mag ein politisches Moment hineingespielt haben. Der Name Riezler taucht nämlich im Zusammenhang der von dem demokratischen Vizekanzler Schiffer unternommenen Bemühungen auf, durch Verhandlungen und teilweises Entgegenkommen Kapp und Lüttwitz zum Rücktritt zu bewegen[36]. Die bürgerlichen Parteien, aber auch einige führende Sozialdemokraten wie die preußischen Minister Hirsch und Südekum bevorzugten diesen Weg vor dem schroffen Nein, das von der aus Berlin geflohenen Reichsregierung kam. Riezler hat sich unter dem Eindruck einer Falschmeldung von einem unmittelbar drohenden Spartakistenaufstand in Berlin gegenüber der Reichsregierung in Stuttgart dafür eingesetzt, daß man dem General Lüttwitz noch für mindestens 24 Stunden den Oberbefehl über die Truppen lassen solle. Er meinte, „Lüttwitz brauche ja dadurch den Folgen seiner strafbaren Handlung nicht entzogen zu werden. Er würde sich ja ohnehin eine Kugel durch den Kopf schießen"[37]. Riezler hatte offensichtlich über-

---

[34] Brecht, S. 326. [35] Ibid., S. 325.

[36] Hierzu J. Erger, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20 (1967) S. 256.

[37] Aufzeichnung des damaligen Reichsinnenministers Erich Koch-Weser, Stuttgart 16. März 1920, abends 9 Uhr, BA, Nachlaß Koch-Weser. Der Anfang dieser Aufzeichnung lautet im Zusammenhang: „Als gerade die Sitzung zu Ende ist, ruft Riezler mich an, für 9 Uhr sei ein Ultimatum der Spartakisten an Lüttwitz gestellt. Berlin werde heute nacht angegriffen werden, wenn das Ultimatum nicht angenommen werde. Die Einigung zwischen der alten und neuen Regierung sei dabei gleichgültig. Hilfe sei nur möglich, wenn Lüttwitz sich heute noch und morgen als Befehlshaber am Kampfe beteilige. — Ich teilte das den noch Versammelten — Ebert, Bauer und Noske — mit. Bauer erklärte, daß das unmöglich sei, weil es Verwirrung stifte. Es könne ohne Schwierigkeiten ja dadurch Hilfe geschaffen werden, daß unser Ultimatum angenommen werde, daß Lüttwitz zurücktrete und General Seeckt oder ein anderer den Befehl übernehme. — Ich teilte das erneut Riezler mit, er erklärte aber, er fürchte, die Truppen würden einem anderen General nicht folgen. Müsse er abtreten, so würden die Truppen glauben, daß ihre Führer sie verlassen hätten, und nicht mehr kämpfen. Er rate dringend, Lüttwitz noch heute und morgen das Kommando zu belassen. Lüttwitz brauche ja dadurch den Folgen seiner strafbaren Handlung

triebene, romantische Vorstellungen vom militärischen Ehrenkodex, und er sah nicht, daß ein Kampf der Reichswehr unter dem Putschgeneral Lüttwitz gegen die Arbeiter die demokratische Republik endgültig diskreditieren mußte. Wenn schließlich nach dem sang- und klanglosen Zusammenbrechen des Kapp-Unternehmens in den neugebildeten Regierungen des Reiches und Preußens u. a. die Namen Schiffer, Hirsch und Südekum fehlten, so war es kaum verwunderlich, daß auch der Taktierer Riezler aus seiner Funktion beim Reichspräsidenten Ebert ausschied[38]. Am 11. April 1920 wurde er zur Disposition gestellt. Seitdem hat er kein politisches Amt mehr bekleidet.

VI.

Eine aktive Mitarbeit in Partei oder Parlament lag Riezler nicht. Zwar hatte er bei Haußmann im Dezember 1918 wegen eines Mandats zur Nationalversammlung sondiert. Damals an den Verfassungsberatungen der Ministerialbürokratie insonderheit zum Reich-Länder-Verhältnis beteiligt, hätte ihn die Aufgabe gelockt, diese Arbeit im parlamentarischen Rahmen weiterzuführen[1]. Aber eine intensive nachhaltige Bemühung stand

---

nicht entzogen zu werden. Er würde sich ja ohnehin eine Kugel durch den Kopf schießen. — Als er das sagte, trennte die militärische Ueberwachungsstelle Berlin die Verbindung, die trotz aller Bemühungen nicht wieder hergestellt werden konnte." Riezler hat später rückschauend die Dinge anders dargestellt, und zwar so, als habe er die Reichsregierung vor diesem Bluff gewarnt. In einem Aufsatz „Die Schuld der Oberschicht" in Deutsche Nation 4, Heft 8 (1922) S. 621 heißt es: „Als die Lüttwitz und Bauer ihre Sache am Dienstag der Kappwoche verloren gaben, erfanden sie eine Rote Armee im Anmarsch auf Berlin und hofften, durch den Vorschlag einer gemeinsamen Front gegen solche akute Gefahr billig davonzukommen. Gar mancher in Berlin fiel darauf herein. Ich erlaubte mir, den Wortführern diesen Vorschlag, bei dessen Ablehnung mit dem weißen Terror gedroht wurde, als letzten Bluff zu bezeichnen und wurde in meiner Wohnung festgehalten, um diese Ansicht nicht nach Stuttgart zu überbringen. Das Telephon wirksam zu sperren, vergaßen die Herren." Im Vergleich der beiden Versionen ist der am Abend des gleichen Tages angefertigten Aufzeichnung Koch-Wesers der Vorzug zu geben.

[38] Riezler selber hat sich dazu einmal geäußert in einem nach seiner Entlassung aus dem Amt des Frankfurter Universitätskurators an Prof. Platzhoff gerichteten Brief vom 3. 12. 1933. Dabei ist die Situation zu bedenken, in der der Brief geschrieben wurde. Riezler rechnet das Ausscheiden aus seinem Amt bei Ebert auf die Haben-Seite seiner politischen Laufbahn. Er sei aus dem Amt geschieden „in Folge von Differenzen mit dem Reichspräsidenten Ebert, die sowohl einer von Ebert ohne mein Wissen vollzogenen Ernennung des sozialdemokratischen Abgeordneten Köster zum Aussenminister, als auch die Behandlung sozialdemokratischer Denunziationen gegen die politische Gesinnung von Reichswehroffizieren betrafen". Dieser Brief in Anlage zu einem Schreiben Riezlers an Kultusminister Rust vom 16. 1. 1934. Dieses im Durchschlag als Anlage zu Brief Riezlers an den Reichsminister des Äußern v. Neurath, 17. 1. 1934, PA, Personalakte Riezler.

[1] In einem Brief Riezlers an Haußmann, Berlin 18. 12. 1918, heißt es: „Die bisherigen Beratungen, an denen ich mich lebhaft beteiligt habe, haben für mich nur die enorme Schwierigkeit festgestellt. Wir sind zu arm, um uns den Bundesstaat im alten Sinne zu leisten, und zu bunt in der Stimmung, um den Einheitsstaat aufrichten zu können. Die Zwischenwege sind sehr schwierig. Die Sozis haben sehr starke unitarische Tendenzen,

nicht dahinter. Er sei für das Wagnis der freien Politik zu ehrgeizlos gewesen, berichtet Theodor Heuss, „vielleicht auch mißtrauisch gegen seine Begabung, das ‚Volk' in freier Werbung zu erreichen"[2]. Für die aktive Politik, so meinte Riezler einmal in Selbstironie, sei er „wohl doch nur in Revolutionen zu gebrauchen"[3].

Der Schwerpunkt seiner Existenz verlagerte sich in die philosophische Reflexion. Sein Status als zur Disposition gestellter Reichsbeamter gab ihm die äußere Möglichkeit dazu. Aus dieser Rückwendung zur Philosophie ist in den ersten Nachkriegsjahren neben Aufsätzen in philosophischen Fachzeitschriften das 1923 abgeschlossene Werk „Gestalt und Gesetz" entstanden. Sein philosophisches Denken bewegte sich um die Begriffe Determination und Freiheit. Dieses philosophische Urproblem hatte schon der Thematik des erkenntnistheoretischen Teils seiner Jugendschrift über die „Erforderlichkeit des Unmöglichen" zugrunde gelegen. Den Erlebnis- und Erfahrungshintergrund seiner spezifischen Behandlung dieses Problems bildete auch jetzt seine intensive beobachtende, diskutierende, warnende und mahnende Teilnahme an der Politik. Das vordergründige, an der Oberfläche der Zeit sich abspielende Geschehen versuchte er auf tiefer wirkende Gesetzmäßigkeiten zurückzuführen. Dabei blieb er als Person gebunden an dieses besondere Volk, dessen individuelle nationale Gestaltwerdung die politische Hauptthematik seines Lebens blieb — gerade jetzt nach Niederlage und innerem Zusammenbruch. Er lebte in Berlin, bewegte sich in den politischen Klubs der Reichshauptstadt und versuchte, als Publizist seine Stimme zur Geltung zu bringen. In den Memoiren und Tagebüchern, die das politisch gesellige Leben Berlins der zwanziger Jahre schildern, pflegt der Name Riezler aufzutauchen, so bei Harry Graf Keßler, Arnold Brecht, Theodor Heuss und Toni Stolper. Die stärksten sachlichen und menschlichen Beziehungen unter seinen politischen Gesprächspartnern ergaben sich zu Theodor Heuss. Kristallisationspunkt war der politische Freundeskreis um die alsbald nach der Revolution gegründete, seit Januar 1919 erscheinende Monatsschrift Die Deutsche Nation. Zu den Herausgebern gehörten neben Kurt Riezler u. a. der wegen sachlicher und literarischer Qualitäten besonders geschätzte spätere Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard W. v. Bülow, der Historiker Walter Goetz, der befreundete Conrad Haußmann, der Publizist Harry Graf Keßler, der demokratische Politiker und spätere Hamburger erste Bürgermeister Carl Peter-

---

aber keine praktischen Einblicke in die Schwierigkeiten ihrer Durchsetzung. — Ich bin nur mehr zu dem Zwecke im Amt, bei dem Verfassungswerk mitzuwirken, und würde, um das weiter zu können, mich sehr gerne um einen Sitz in der Nationalversammlung bewerben. Leider ist die Verwirrung bei der Centralleitung der deutschen demokratischen Partei, wo man noch nicht weiss, wer Koch und wer Kellner ist, sehr gross, anscheinend auch ihr Einfluss auf die Provinz sehr gering. Mit den Münchener Herren habe ich keine Fühlung. Vielleicht können Sie mir einen Rat geben, wie und wo man diese Geschichte anpackt." Nachlaß Haußmann, 116.

[2] Heuss, Gedenkwort, S. 15.

[3] Ibid.

sen, der von den Nationalliberalen zu den Demokraten gestoßene Staatsrechtler und spätere Reichsminister verschiedener Regierungen Eugen Schiffer. Diese Gruppe um die Zeitschrift verstand sich als ein „Kreis von Männern ..., die die Fehler des alten Regimes aus unmittelbarer Nähe erlebt und bekämpft haben und den Glauben an die deutsche Nation und ihre ewige Jugend auch in der Wirrnis des Neuen nicht zugrunde gehen lassen wollen"[4]. Mit einer scharfen Absage an den „überlebten Klassenkampf" verband die Deutsche Nation ein Bekenntnis zur Zusammenarbeit von Bürgern und Arbeitern und zur sozialen Republik auf demokratischer Grundlage. Riezler hat durch zahlreiche Artikel und kleinere Beiträge das Gesicht dieser Zeitschrift entscheidend mitgeprägt. Er war im engen Kontakt zu Conrad Haußmann bemüht, die Zeitschrift in Verbindung mit der demokratischen Partei zu führen. Im Redaktionsprogramm hieß es, die Deutsche Nation wolle „diejenigen um sich sammeln, die rückhaltlos dem neuen Staate dienen"[5]. Die Parteiorganisation wurde zur Abonnentenwerbung herangezogen, und zwar in Württemberg offenbar mit einigem Erfolg. Conrad Haußmann nahm gelegentlich an Redaktionssitzungen teil. Trotz solcher Unterstützungen durch die Partei war die Zeitschrift ein publizistischer Fehlschlag. Daß ein Rettungsversuch durch Theodor Heuss[6], der im Jahre 1923 die Schriftleitung übernahm, mißlang und die Zeitschrift im Jahre 1925 ihr Erscheinen einstellen mußte, ist charakteristisch für das Schicksal der wegschmelzenden demokratischen Mitte der Weimarer Republik. Kurt Riezler hat sich gelegentlich die Formulierung Conrad Haußmanns zu eigen gemacht, daß die Aufgabe der Demokratie darin bestehe, „das deutsche Volk mit Staatsgeist, den deutschen Staat mit Volksgeist zu erfüllen"[7]. Das war nun ganz aus dem Geiste Friedrich Naumanns gesprochen. Ist dieses Bekenntnis als eine idealistische Zielsetzung zu bewerten, die in den materiellen Interessenkonflikten der Zeit keinen Bestand haben konnte, oder hätte sie den Rahmen für eine realistische Einschätzung der deutschen Lage abzustecken vermocht? Theodor Heuss war offensichtlich gerade von dem Realismus Riezlers beeindruckt. Über seine Wiederbegegnung mit ihm berichtet er:

„Die Bewunderung wurde zur Liebe, als wir Jahre hindurch in einem politischen Freundeskreis publizistische Dinge besprachen, berieten, in den Jahren nach 1918; hier lernte ich den großen, illusionslosen Ernst seines Urteils kennen, der die Phantasie, was denn das Wünschbare sei, unter die Kontrolle der Nüchternheit nahm, was denn das Mögliche sei. Sein Temperament war durch die Verantwortung gezügelt, auch in den Jahren, da er in keiner beamteten Verantwortung mehr stand. Er sah die Dinge realistisch mit den Erfahrungen des Mannes, der helläugig durch wichtige Jahre in der staatlichen Apparatur gestanden hatte und um die Grenzen ihrer Funktionsfähigkeit wußte."[8]

---

[4] Impressum des 1. Heftes, Januar 1919.
[5] Deutsche Nation 4, H. 12 (Dezember 1922) S. 978.
[6] Theodor Heuss, Erinnerungen, S. 300.
[7] Deutsche Nation 6, H. 6 (Dezember 1924) S. 389.
[8] Heuss, Gedenkwort, S. 15.

Einige Gesprächspartner aus dem Kreis um die Deutsche Nation fanden sich später um den Deutschen Volkswirt wieder zusammen. Herausgeber dieser Zeitschrift, die sich, 1926 begründet, bald zum führenden Organ der Wirtschaftspolitik in Deutschland entwickelte, war Gustav Stolper. Zu der von ihm geladenen Tafelrunde des Dienstagkreises gehörten Bernhard W. v. Bülow, der einige Mitarbeiter aus dem Auswärtigen Amt einführte, und als „wesentliches Segment" der dem Hause Stolper eng befreundete Theodor Heuss und Kurt Riezler, der, wie Frau Toni Stolper sich erinnert, „zum geistigen Rang, zur geschärften Sach- und Personenkritik und zum Funkeln des Gesprächs" beitrug[9]. Gustav Stolper, der frühere Mitherausgeber des Österreichischen Volkswirt, war aus seiner Wiener Heimat ins Reich gekommen, weil er sich hier für seine liberalsozialen, unter dem Eindruck Friedrich Naumanns entwickelten Anschauungen eine breitere Wirkungsmöglichkeit versprach als in Österreich, das für eine „Bürgerlich-Demokratische Partei" — so der Name einer gescheiterten Parteigründung Stolpers — zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen keinen Raum bot. Ein Bewunderer Friedrich Naumanns, hatte Stolper im Kriege dessen politisches Mitteleuropakonzept von der wirtschaftlichen Seite her untermauert[10]. Nach dem Kriege war für ihn aus der Auflösung der Donaumonarchie die Forderung nach der Vereinigung Deutsch-Österreichs mit dem Reiche erwachsen. Im Deutschen Volkswirt hat sich auch Riezler für den Anschlußgedanken eingesetzt. Dieser war für ihn eine durch die veränderte geschichtliche Situation bedingte Variationsform der Mitteleuropaidee. Ähnlich ist sein soziales Republikanertum eine durch die neue Verfassungslage bedingte Fortentwicklung seiner innenpolitischen Zielvorstellungen aus der Bethmann-Zeit, die sich auf eine nationale Integration von Bürgertum und Arbeitertum richteten. Unter Beiseitelassung nur tagesgebundener Äußerungen des Publizisten Riezler erhebt sich die Frage nach Kontinuität und Diskontinuität im Denken dieses gebildeten deutschen Bürgers, dessen intellektuelles Profil sich im Wilhelminischen Deutschland ausgeprägt hatte und der in der Weimarer Zeit zu den entschiedenen Vernunftdemokraten gehörte.

Wie hat sich der Publizist Riezler selber in der Weimarer Zeit zu dem Staatsbeamten und Diplomaten Riezler der Wilhelminischen Zeit gestellt? Da ist zunächst zu bemerken, daß er wenig mitteilsam war, was die Geschehnisse anlangte, deren Zeuge er gewesen war oder an denen er mitgewirkt hatte. Am liebsten schwieg er über das, was er wußte. Seine Vernehmungen vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß waren unergiebig. Über die Julikrise 1914 verweigerte er die Aussage. Nach Einzelheiten der Politik Bethmann Hollwegs befragt, antwortete er apologetisch oder ausweichend: er habe zwar allgemeine Gespräche mit ihm geführt, könne aber „unmöglich aus derartigen gelegentlichen Besprechungen

[9] Toni Stolper, Ein Leben in Brennpunkten unserer Zeit, Wien, Berlin, New York, Gustav Stolper 1889—1947 (²1960) S. 204.

[10] Gustav Stolper, Das mitteleuropäische Wirtschaftsproblem (1917).

heute aus der Erinnerung Aussagen machen, welche als authentische Kundgebungen den verstorbenen Reichskanzler verpflichten könnten“[11]. Und als ein Ausschußmitglied ihn fragte: „Dann trifft die Auffassung, die weitverbreitet war, daß Sie die rechte Hand des Herrn von Bethmann Hollweg gewesen seien, nicht zu?“, gab er zur Antwort: „Nein, insbesondere nicht in Fragen der auswärtigen Politik.“[12] Sein Bemühen, Spuren zu verwischen, erklärt sich wohl zum einen aus der bis zu seinem Tode nicht abgelegten Scheu, sich zu dekuvrieren[13], zum anderen aber auch aus der dienstlichen Zurückhaltung des beamteten Wissensträgers. Als er 1925 als Zeuge zum Münchener Dolchstoßprozeß geladen wurde, bewirkte er von der Reichsregierung, daß die vom Gericht beantragte Entbindung von der Schweigepflicht abgelehnt wurde[14]. Es lag ihm nichts daran, sich als Eingeweihter interessant zu machen, und er hielt die Zeit noch nicht für gekommen, alle Einzelheiten des vergangenen Geschehens offen darzulegen.

Um so intensiver knüpfte er in seinen öffentlichen Aussagen an den politischen Reflexionsprozeß an, der sich in seinen Schriften und Aufsätzen aus der Vorkriegs- und Kriegszeit niedergeschlagen hatte.

Im Jahre 1920 schrieb er ein distanzierendes und zugleich weiterführendes Nachwort zu einer Neuauflage der „Grundzüge der Weltpolitik“. Es erschien als eigene Schrift unter dem Titel „Die drei Krisen, eine Untersuchung über den gegenwärtigen Weltzustand“. Darin hieß es:

„Ich habe in der ... Neuauflage dieses Buches ... kein Wort geändert. Was ich damals schrieb, kann heute nur Wert haben, wenn es inWahrheit und Irrtum als Zeugnis der

---

[11] Sitzung 2. Unterausschuß 6. 7. 1923, PA, Akten betr. 2. Unterausschuß, Friedensmöglichkeiten, Bd. 52, S. 3.

[12] Ibid., S. 6.

[13] Das ist von seinen Freunden bezeugt. So schrieb sein späterer Kollege aus der Frankfurter Zeit, Prof. K. Rheindorf, an den Verf.: Riezler schwieg stets, „wenn bei unseren Erörterungen amtlicher Vorgänge auch er persönlich als Beteiligter oder nahestehender Beobachter apostrophiert wurde. In solchen Fällen habe ich nicht weiter gefragt, denn ich spürte, daß ich bei ihm eine empfindliche Stelle in seinem Leben berührt hatte ... Die Ursachen für Riezlers Verhalten in solchen Gesprächen sind heute schwer zu finden. Damals, als unsere Themen noch der jüngsten Vergangenheit angehörten, und viele derer noch lebten, die zusammen mit Riezler im auswärtigen Dienst gewesen waren oder noch waren — z. B. B. W. v. Bülow, F. v. Prittwitz und Gaffron, die beide Riezler nahegestanden haben —, konnte ich öfter bis oft diese Ursachen kennenlernen. Sie liegen u. a. auch in seiner Laufbahn im Auswärtigen Amt, in das er als Outsider gekommen war ...“ Brief Rheindorf an Verf., 31. 3. 1966.

[14] Riezler an Staatssekretär Kempner, Reichskanzlei 24. 10. 1925, BA, R 43 I/1230. — Die Reichsregierung beschäftigte sich in der Ministerratssitzung vom 26. 10. 1925 mit der Angelegenheit. Im Protokoll heißt es: „Das Reichskabinett beschloss einstimmig, diese Genehmigung zu versagen, indem es von der Ueberzeugung ausging, dass solche Genehmigungen zu Vernehmungen von Beamten, die durch ihre Stellung intime Kenntnis von hohen politischen Dingen erhalten, nur in ganz besonderen Ausnahmefällen erteilt werden sollen, da andererseits beim Vorliegen der Gefahr, dass solche Dinge durch spätere Zeugenaussagen in der Oeffentlichkeit bekannt werden möchten, ein glatter Geschäftsgang der Reichsregierung gerade in den politisch wichtigsten Dingen überaus erschwert werden würde.“ Protokollauszug ebda.

Zeit stehen bleibt wie es geschrieben war. Es kann davon Zeugnis ablegen, daß der Verfasser durch seine Jugend nicht vor manchen Irrtümern bewahrt blieb, denen ältere, erfahrenere und weisere Politiker und Schriftsteller verfallen sind; aber es kann insbesondere vor dem Auslande, das der Geistesverfassung des vorkriegerischen Deutschland die Schuld an der Katastrophe des Krieges zu geben geneigt ist, dafür zeugen, daß in Deutschland die Fragwürdigkeit des allgemeinen Weltzustandes wie jeder kriegerischen Kalkulation, die Kurzsichtigkeit jeder chauvinistischen Rechnung wie der Charakter und die Gefahren eines modernen Krieges nicht mit derselben tragischen Blindheit übersehen wurde, mit der gefeierte Staatsmänner einst dem Zaren aller Reußen silberne Schwerter überreicht haben ..."[15]

Riezler fühlte sich durch den Krieg bestätigt und widerlegt. Bestätigt in seiner Kalkulation, „daß nach menschlichem Ermessen ein Krieg zweier Koalitionen in seinem Ausgang unübersehbar, und infolge furchtbarer, in ihrer Wirkung unerprobter Waffen, infolge des Einsatzes der gesamten Volkskräfte und unvergleichlicher Opfer an Gut und Blut auch für den Sieger ... nicht nur eine gefährliche, sondern auch schlechte Rechnung sein müßte"[16]; widerlegt aber in seinem Grundansatz, insofern dieser Krieg „gegen alles bisherige, gegen die Organisation der Welt in Nationen, gegen den bürgerlichen Staat, mit Gräbern und Ruinen ein erschütterndes Zeugnis ablegt"[17].

Im Mittelpunkt seines politischen Denkens stand auch jetzt die Idee der Nation. Der Titel seiner Zeitschrift war Bekenntnis und Programm. Es erinnert an die „Erforderlichkeit des Unmöglichen", wenn er nach wie vor die Nation als ein „nie Abgeschlossenes, nie Beruhigtes, einem unendlichen Ziel immerfort Zustrebendes" bezeichnete. Aber das Selbstverständnis dieses Dynamismus war nicht mehr das gleiche, und sein Ziel wurde jetzt in anderer Richtung gesucht. Riezler hatte ja schon vor dem Kriege — noch ganz im nationalen Herrschaftstraum befangen — ein Zeitalter des Kosmopolitismus heraufsteigen sehen. Im Kriege hatte er über die Nation hinweg an die Gemeinsamkeiten der Miteinanderkämpfenden erinnert. Ähnlich erklärte er jetzt, der Krieg habe die Völker gelehrt, daß die Bewohner der Schützengräben in ihrem menschlichen Leiden, Empfinden, Begehren und daß die Staaten einander „ähnlicher" seien, „als sie glauben"[18]. Die Nationen sollten sich begreifen „als Wege zur Menschheit, ... deren keiner der einzige und allein wahre ist"[19]. Einen Schritt darüber hinaus stellte es dar, wenn er nunmehr geradezu das Organisationsprinzip des Nationalstaates verantwortlich machte für die Rivalität der Bündnisse, für den Krieg und damit für die Verdrängung Europas aus dem Zentrum der Welt. Das war keine Absage an die Nation, aber ein entschiedener Schritt über den souveränen Nationalstaat hinaus. Riezler forderte die Umgestaltung des Völkerbundes zu einem europäischen Gremium mit wirklicher Entscheidungsbefugnis. Das hieß für ihn europäisches Parla-

---

[15] J. J. Ruedorffer [Riezler], Die drei Krisen (1920) S. 8 Anm. 1.
[16] Ibid., S. 11 Anm. 1. [17] Ibid., S. 47. [18] Ibid., S. 36.
[19] Deutsche Nation 1, H. 4 (April 1919) S. 11.

ment und Beschlußfassung nach Mehrheitsprinzip[20]. Riezler dachte also an eine supranationale Lösung des europäischen Staatenverhältnisses. Analoges forderte er für die Wirtschaft. Zwischen Frankreich und Deutschland sollte eine „sachliche Verständigung ... zustande kommen, um die wirtschaftlich rationelle Zusammenarbeit zwischen Kohle, Koks, Minette und Stahl in dem durch neue Grenzen getrennten lothringisch-rheinischen Industriegebiet wieder möglich zu machen"[21]. Darüber hinaus entwarf er die Vision eines wirtschaftlich vereinigten Europa:

„Die Vernunft würde gebieten, daß die europäischen Staaten sich alsbald mit dem Plane zusammenfänden, in der gemeinsamen Not ihre Wirtschaft da, wo es nötig ist, gemeinsam zu betreiben, nicht in einem theoretischen Riesengebäude, sondern Stück für Stück, so wie die praktischen Probleme sich aufdrängen, durch kleine praktische Abreden, besondere Abkommen oder wo es, wie auf dem Gebiete des Zahlungswesens, nötig ist, durch internationale Institutionen, nur mit dem einen Gedanken, alles Hemmende aus dem Wege zu räumen und in gleichen Rechtsgrundlagen freier Betätigung, in Verkehr, Paß- und Zahlungswesen, durch Zollvereinfachung und freie Listen wenigstens die Vorbedingungen rationeller Wirtschaftbedingungen zu schaffen. Gelingt dies auf dem einen, so wird dies auch auf anderen Gebieten gelingen, und da die drängende Not eine gemeinsame ist, kann immerhin die Erfahrung das heute noch verblendete Europa zwingen, anzuerkennen, daß das Leid des einen heute auch das Leid des anderen, daß der beschrittene Weg der richtige ist und Stück für Stück ausgebaut werden muß zu einer europäischen Wirtschaftsunion, die, einmal entstanden und gedeihend, die geistige und politische Verfassung des Zeitalters in ihren Bann zwingen müßte. Ein heute noch überschwenglicher Gedanke und doch aufgezwungen durch Not und Gefahr."[22]

Der Gedanke einer wirtschaftlichen Einigung und einer kulturell-politischen Schicksalsgemeinschaft Europas war nicht schlechthin neu. Riezler hatte sich schon im Zusammenhang der Überlegungen zum September-Programm der deutschen Kriegsziele 1914 und in der Europäischen Staats- und Wirtschafts-Zeitung 1916 zu ihm bekannt. Aber er erschien jetzt von den Hegemonial- und Weltmachtvorstellungen der Kriegszeit gelöst. Als Ziel für die „wahre nationale Bewegung" bezeichnete er: „Gleiches Recht und gleiche Achtung unter den anderen großen Völkern der Erde. Mehr wollen wir nicht."[23] Er plädierte für eine „paneuropäische Gesinnung"[24] und forderte, aus der Erkenntnis der nationalen Ursachen, die zur Katastrophe des Krieges geführt hatten, die supranationalen Konsequenzen zu ziehen.

Hier erhebt sich freilich die Frage, ob eine solche Bekundung europäischer Gesinnung nicht einfach als Symptom eines frustrierten Nationalismus zu gelten habe und ob die parallele Berufung auf gleiches Recht und Selbstbestimmung nicht zu allen Zeiten typische Reklamationen der Besiegten seien; ob also in dieser Lage Deutschlands nach dem Weltkrieg eine solche Beschwörung Europas und eine solche Berufung auf das Recht keine Überwindung, sondern eher eine Bestätigung des nationalen Interesses

[20] Ibid., S. 58 f.; Gajus [Riezler], Ein Versuch, in: Deutsche Nation 1, H. 4 (April 1919).
[21] Drei Krisen, S. 63.
[22] Ibid., S. 65.
[23] Deutsche Nation 6, H. 2 (Juli 1924) S. 12.
[24] Drei Krisen, S. 60.

darstellten. Riezler hat das unumwunden zugegeben, ja sein Hauptargument daraus gemacht:

„Deutschland hat heute und für alle Zeit keine andere als eine paneuropäische Politik zu betreiben. Es hätte auch in den Dezennien vor dem Kriege klug daran getan, keine andere zu betreiben oder auch nur zu erträumen. Man kann keine Weltpolitik in allen Erdteilen treiben, im Herzen Europas mit weithin offenen Grenzen, inmitten feindlicher, im Rücken geschützter Nachbarn. Unreife Träume haben sich grauenhaft gerächt. Wenn vor dem Kriege die politischen Meinungen in Deutschland haltlos zwischen den beiden gleich gedankenlosen Extremen schwankten, auf der einen Seite dem dummen Glauben an die bloße Gewalt und noch mehr an seine leere Geste, auf der anderen Seite dem frommen Kinderwahn der internationalen Güte, sind wohl heute oder sollten die einen wie die anderen geheilt sein und begreifen, daß europäische Gesinnung nicht nur nach der ideellen Tradition des deutschen Geistes, sondern nach nüchternstem Interesse die wahre Nationalgesinnung des Deutschen ist."[25]

Riezler war dabei ein entschiedener Revisionist, was den Status Deutschlands in Europa anging. In seinen Schriften finden sich alle bekannten Argumente gegen Versailles und die übrigen Pariser Vorortverträge: das Ziel Frankreichs die Zerstückelung und wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands, die Reparationslast ökonomisch untragbar, die einseitige Abrüstung Deutschlands eine Verewigung des Gegensatzes von Siegern und Besiegten, die Verweigerung des Anschlusses ein Bruch des Selbstbestimmungsrechts und die neue Grenzziehung im Osten eine Manipulation der Gegner zur Schaffung unüberbrückbarer Gegensätze zwischen Deutschland und seinen Nachbarn. Wenn man wie Riezler das Ziel des Anschlusses verfolgte und die Revision der Grenzen zu Polen hin forderte, so lief das auf einen Ausbau der mitteleuropäischen Stellung Deutschlands hinaus. Welcher Antagonismus aber zwischen den Zielsetzungen Europa und Mitteleuropa bestand, das zeigt die Geschichte zweier gleichzeitig fehlgeschlagener Projekte: des Briandschen Plans für eine Föderierung Europas (1930) und des deutsch-österreichischen Zollunionsprojektes (1931). Riezler wollte beides, die territoriale Revision und die europäische Einigung. Er ist sich der in der damaligen Situation gegebenen Unvereinbarkeit dieser beiden Zielsetzungen nicht wirklich bewußt gewesen. Allerdings ist er auch nicht der Illusion verfallen, als gäbe es einen gangbaren Weg zu einem „Umbau in toto"[26] des bestehenden Zustandes. Er befürwortete eine Politik der behutsamen Revision Schritt um Schritt in der Frage der Rheinlandräumung, der Reparationen, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Frankreich. Die Außenpolitik Rathenaus und Stresemanns wurde von ihm gegen ihre nationalen Kritiker publizistisch unterstützt. Bemerkenswert ist, wie nüchtern der engagierte Verfechter des Anschlußgedankens die prinzipielle Zielsetzung gegen die Frage ihrer praktischen Realisierbarkeit abwog. Vor den außenpolitischen Aspekt rückte für ihn die innenpolitische Frage nach der psychologischen Bereitschaft der Deutschen für den Anschluß. Seine „Kritik des deutschen Nationalgefühls" wandte sich wegen der Anschluß-

[25] Ibid., S. 70 f.
[26] So schon in Drei Krisen, S. 62.

frage gegen die Deutschnationalen und die Konservativen im preußischen Osten. Sie „wären begeisterte Anschlußfreunde", so erklärte er, „wenn die Österreicher in ihrer Mehrheit protestantisch und konservativ wären . . . Der Anschluß war in dem Augenblick in den Kreisen der Rechten unpopulär, als die Linke ihn als nationale Forderung auf ihren Schild geschrieben"[27].

Bei Riezler führte die Entwicklung der Nationalidee infolge der Erfahrungen des Krieges von einem hybriden Sendungsbewußtsein zu einer nüchternen Einschätzung der Stellung Deutschlands in der Welt. Es ist die Entwicklung von Fichte zu Humboldt. Wenn die „Erforderlichkeit des Unmöglichen" mit dem Fichte-Wort von den Deutschen als dem „Urvolk", dem „Volk schlechtweg", endete, so sah er nun mit Wilhelm von Humboldt die Aufgabe der Deutschen darin, die ruhige Mitte Europas zu sein[28].

Riezler blieb in all diesen Überlegungen im Hinblick auf die innenpolitische Szene Deutschlands pessimistisch gestimmt. „Nichts ist politisch so dumm, daß es in Deutschland nicht geschehen könnte", bemerkte er 1925 zur Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten[29]. Allerdings finden sich in den relativ ruhigen Mitteljahren der Weimarer Republik zwischen Inflation und Weltwirtschaftskrise gelegentlich Äußerungen der Zuversicht. Sogar die Wahl Hindenburgs schien ihm — in einer List der Vernunft gleichsam — nach einer gewissen Zeit „zur Genesung unseres seelisch kranken und zerrissenen Volkes helfen" zu können, wenn sie einen Weg öffnete für die Annäherung der Konservativen an den Weimarer Staat. Aber im Grunde hatte er kein Zutrauen in die Macht der Vernunft. Einer rationalen Außenpolitik gab er wenig Chancen, weil er nicht nur in Deutschland den Staat als den Sachwalter des Gemeinwohls von partikularen Gruppeninteressen umstrickt sah, und zwar unabhängig von den verschiedenen Staatsformen. Den Überlegungen Riezlers zu den inneren Verhältnissen Deutschlands liegt die liberale Denkfigur der Polarität von Staat und Gesellschaft zugrunde. Nicht als ob er die Institution „Staat" und ihre Träger für irgendeine historische Zeit von eigenen Interessen gelöst gesehen hätte. Aber die Entwicklung in Deutschland vom 19. zum 20. Jahrhundert hatte nach Riezler doch dahin geführt, daß der Spielraum für Selbstbestimmung und freie Entscheidung des Staates mehr und mehr eingeschränkt worden war durch die den Gang der Politik in allen Einzelschritten beeinflussende Fremdeinwirkung partikularer Interessen. Das konnten „korrumpierte Einzelne sein, eine Dynastie, eine Oberschicht, eine Klassenorganisation oder eine von Sonderinteressen geleitete Partei"[30]. Was das z. B. für die Riezler im Rückblick immer wieder beschäftigende Vorgeschichte des Krieges bedeutete, sei mit seinen Worten ausgesagt:

---

[27] Deutschland und der Anschluß Österreichs. Zur Kritik des deutschen Nationalgefühls, in: Deutscher Volkswirt, 1. Jahrg., 2. Halbbd., 29. 7. 1927, S. 1379 f.

[28] Drei Krisen, S. 71. [29] Hindenburgs Wahl, in: Deutsche Nation 6, H. 5 (Mai 1925).

[30] Drei Krisen, S. 41.

„Wenn überhaupt, so hätte die deutsche Politik nach 1909 den Weltkrieg nur dann vermeiden können, wenn sie, sei es nach der russischen oder nach der englischen Seite, einen radikalen Rückzug angetreten, auf die Flotte verzichtet oder vor dem ersten Balkankrieg den Russen Konstantinopel und ihre Balkanansprüche freigegeben hätte: wo ist der Vermessene, der zu behaupten wagt, daß eine solche Politik den Parlamenten, Parteien, Vereinen und der Gesamtheit ihrer Maschinerie hätte abgerungen werden können, einem Volk, das jeden seiner Staatsmänner der Schwäche zieh und den uniformierten Demagogen als Heros bejubelte? Nicht nur diese, viele kleinere Rückwärtsbewegungen waren unausführbar. Es gab keinen politischen Beamten des deutschen Reiches, der je seinen Fuß auf den Boden Ostasiens gesetzt und, wenn nicht die Rückgabe des Tsingtauer Vorpostens an China, so doch wenigstens seine Entfestigung für wünschenswert und klug gehalten hätte; aber auch keinen mit der Lagerung der Machtverhältnisse in Deutschland nur leidlich Vertrauten, der einen solchen Rückzug gegen Stürme der Entrüstung für durchsetzbar angesehen hätte. In kritischster Lage donnerte der Führer der Konservativen vor den Wahlen 1912 auf England zeigend sein ‚Dort steht der Feind' einer Regierung entgegen, die in der Verständigung mit England den einzigen Ausweg sah, und die Worte, mit denen der Reichskanzler ihm entgegnete, gelten für diesen wie für zahllose andere Fälle. Immer dasselbe Schauspiel: der Wille zur Vernunft umrankt, überwuchert, tausendfältig behindert durch jene fatalen Mechanismen der Meinungsmache, und niemand soll glauben, er sage ein irgendwie Wesentliches, wenn er einem Einzelnen die Schuld gibt, Tirpitz oder dem Kaiser, Bassermann, Heydebrand oder sonstwem. Jene Mechanismen, einstmals freilich von Menschen nach den geheimen Neigungen der Zeit geschaffen, aber seitdem eigengesetzlich und eigenwillig da, schaffen sich nunmehr Menschen: Machthunger und Ehrgeiz bieten sich ihnen an, der Name tut nichts zur Sache, und repräsentative Marionetten stempelt die Maschine zu Führern heroischer Größe."[31]

Jene Mechanismen der Meinungsmache waren im kaiserlichen Deutschland gestützt worden durch die Interessen der Großlandwirtschaft und der Industrie und durch nationalistische Organisationen wie Flottenverein, Kolonialverein und Alldeutscher Verband. Riezler hatte schon in seiner Analyse des kalkulierten Risikos vor dem Kriege darauf hingewiesen, wie der Spielraum des Kalküls und die rationale Handhabung der Krise durch das Vorhandensein einer organisierten nationalistischen Bewegung beeinträchtigt seien. Solchen Interessen standen andere gegenüber in einem Gewirr von sich kreuzenden Meinungen, Aktionen, Organisationen, die alle versuchten, sich den Staatswillen zu unterwerfen: „Die Vielgestaltigkeit der ineinandergreifenden Geschehensreihen, ihre wirre Verflochtenheit, die Größe des politischen Aktionsgebiets, seine Desorganisation, wie die allgemeine Labilität der staatlichen Zustände, haben die moderne Form des Schicksals zu einer ungeheuren Fatalität des Geschehens heranwachsen lassen, die ein im Kleinen tüchtiges und tätiges, im Großen blind geschobenes Geschlecht kaum zu erkennen, geschweige denn wirksam bekämpfen zu können scheint."[32] Bethmann Hollwegs Politik erschien ihm als der Versuch, Staatsvernunft gegen die Fatalität zur Geltung zu bringen, aber er war in Halbheiten hineingedrängt worden, in Widerspruch mit sich selbst geraten und gescheitert.

Durch die Revolution war die Sache nicht besser geworden. Im Gegenteil. Sie hatte erst recht das Tor geöffnet für den unkontrollierten Versuch or-

[31] Ibid., S. 34 f. [32] Ibid., S. 46.

ganisierter Interessen, sich den Staatswillen dienstbar zu machen: „Heute schwanken, zwischen Legien und Stinnes, halbfreie Regierungen, vielfach wechselnd, einen unsicheren Pfad."[33] Und auch jetzt sah Riezler die Hauptschuldigen auf der nationalistischen Rechten. Nach dem Rathenau-Mord, der ihn zutiefst erschütterte[34], hat er in einem leidenschaftlichen, vielleicht seinem eindrucksvollsten Artikel überhaupt die „Schuld der Oberschicht" gegeißelt, schärfer als je zuvor. Er machte sie verantwortlich, zwar nicht unmittelbar für den Mord, aber für die verworrene Vorstellungswelt, aus der die Mörder handelten. Für schuldig erklärte er

„diejenigen, die wider besseres Wissen die Dolchstoßlegende aufgebracht, genährt und unterstützt, die dem General Ludendorff gestattet haben, die Ursache unserer Niederlage auf die Formel zu bringen: ‚Der Zusammenbruch der Heimat im zeitlichen Zusammenfall mit einer militärischen S p a n n u n g an der Front', die nicht geruht haben, Jünglingen und Knaben zu erzählen, daß Juden, Sozialisten und Demokraten das herrliche Reich und eine ungebrochene Armee an den Feind verraten hätten, die für später Möglichkeiten des Widerstandes vorgespiegelt haben, an die sie selbst nicht glaubten. Wer hat die Stirn zu leugnen, daß nicht alles das, und noch viel mehr, täglich geschrieben und gepredigt wurde? Ist irgend jemand von denen, die es auch auf der Rechten besser wußten und besser wissen konnten, dagegen aufgetreten? Die jungen Leute, die über Rathenau zur Vehme saßen und ihn am Tage der Sonnenwendfeier erschossen, haben in dem letzten Buch des Generals Ludendorff lesen können, daß die internationale Judenschaft den Krieg entfesselt habe, um uns zu vernichten, daß die deutschen Juden unsere Niederlage gewünscht und gefördert, daß die Germanen Wotans vor ihrer Berührung mit dem römischen Reich eine hohe eigene Kultur besessen hätten. Wie sollten sie, da sie selbst nichts gelernt haben, und in den Häusern, in denen sie verkehrten, ja bei vielen ihrer Lehrer, zwar nicht auf diese, aber immerhin auf verwandte Ansichten stießen, dem auf den Schild erhobenen Verfasser dieses Unsinns nicht glauben? Unzählige Zeitungen haben die Herren, denen die deutsche Industrie die Vertretung ihrer Interessen und die dazu bestimmten Gelder überläßt, zusammengekauft. Hat eine von diesen Zeitungen gewagt, zu widersprechen, oder auch nur zu kritisieren? Kümmert sich einer von den Herren, die da Geld geben, darum, was für dieses Geld geschrieben wird? Man überläßt das den Herren Hugenberg ..."[35]

Helfferich, der wußte, wie es im Kriege zugegangen war, wurde von Riezler aufgefordert, die Wahrheit gegen Geschichtsklitterungen Ludendorffs zu bezeugen. Er schwieg[36]. Riezler klagte an:

„Erst die Grundstimmung der Oberschicht macht aus der Dummheit der einzelnen ein Schicksal der Nation. Man leugne doch nicht: in 4/5 der Oberschicht des platten Landes im Norden und Osten geht man über den Mord, ohne die Bedeutung des Ermordeten für die nationale Sache auch nur zu ahnen, ja ohne länger als fünf Minuten an die innerpolitischen Rückwirkungen zu denken, mit dem Wort ‚ein Jude weniger' zur Tagesordnung über. Die Abwehr der Getreideumlage ist wichtiger ... Das konservative Preußen endet in der Gefangenschaft der Wulle und Gräfe, in der Sorge um den Getreidepreis

[33] Ibid., S. 35.
[34] Kurt Riezler hat ein eindrucksvolles Rathenau-Bild gezeichnet im Deutschen Biographischen Jahrbuch, Bd. 4 (1929) S. 218—223.
[35] Die Schuld der Oberschicht, in: Deutsche Nation 4, H. 8 (August 1922) S. 619 f.
[36] K. Riezler, Ludendorff und Bethmann, in: Deutsche Nation 3, H. 12 (Dezember 1921); ders., Noch einmal: Die Wahrheit und der General, in: Deutsche Nation 4, H. 1 (Januar 1922).

und der Wut gegen die Juden, dieser unfruchtbarsten und subalternsten aller Einstellungen des Geistes und Gemütes. Ein großes Erbe schmählich ist vertan."[37]

Riezler scheute sich nicht, direkt und ohne Abstriche das Regime der Republik als plutokratisch zu bezeichnen: „In Deutschland ist seit der Revolution eine Plutokratie von einer offenen und geheimen Macht über den Staat entstanden, wie sie vor dem Kriege undenkbar war."[38] Eine Einbruchstelle des plutokratischen Einflusses in die Politik sah er im Proporzwahlsystem, ebenso in der Steuergesetzgebung und in der Inflation, die einen Mann wie „Stinnes zum Ankauf seiner Zeitungen und Cellulosefabriken befähigt" habe und „den Kleinen immer kleiner, den Großen immer größer werden ließ"[39].

Wie sollte dem abgeholfen werden? Es gab Überlegungen zur Reform der parlamentarischen Regierungsweise, und wir sahen, wie Riezler sich mit dem Problem der Regierungsbildung beschäftigte. Die Änderung des Wahlrechts war eine andere Forderung, die Riezler in der Weimarer Zeit wiederholt aufgriff. Er bediente sich zur Formulierung des Problems demokratischer Willensbildung gern der Rousseauschen Terminologie des „Gesamtinteresses" und des „Gesamtwillens". Aber im Gegensatz zu Rousseau war er ein entschiedener Anhänger des Repräsentativsystems: „Nirgends ist ein Mittel entdeckt oder versucht worden", meinte er, „den Gesamtwillen und das Gesamtinteresse auf andere Weise ausfindig zu machen und zu sichern."[40] Scharf distanzierte er sich von der ständischen Ideologie. Anstelle der Parteien etwa Berufsvertretungen setzen zu wollen, „hieße den Bock zum Gärtner machen und den Gesamtwillen nicht retten, sondern abdanken lassen"[41]. Hier schlägt der alte liberale Parteibegriff durch, wie ihn einst Eugen Richter gegen Bismarck vertreten hatte, wonach sich Parteien verstehen sollten als konkurrierende Entwürfe des Gesamtwillens, aber nicht als Vertretung von Sonderinteressen. Es ist von diesem idealistischen Ansatz her zu verstehen, wenn Riezler an die „Individuen" appellierte und an ihre „Gesamtgesinnung", „die, die Gefahr jener Überwucherung des Staates erkennend, die politischen Parteien wie jene Organisationen selbst in ihren Bann zwingt und jeden Gesamtwillen aus der Umklammerung befreit"[42]. Charakteristischerweise taucht in diesem Zusammenhang auch der Begriff der „politischen Bildung" auf[43].

Aber Riezler war nun doch Realist genug, um die Bildung eines politischen Gesamtwillens nicht allein der Gesinnung und Einsicht zu überlassen. Er war überzeugt, daß der bürgerliche Staat in seiner bisherigen Form durch den Krieg nicht weniger widerlegt sei als die Organisation der Welt in Nationen: „Die bisherige Weltordnung, im Politischen das Nebeneinander und Gegeneinander der Nationalstaaten, im Wirtschaftlichen die kapitalistisch-individualistische Ordnung, scheint sich selbst ad absurdum geführt

[37] Die Schuld der Oberschicht, in: Deutsche Nation 4, H. 8 (August 1922) S. 623 f.
[38] Das Schicksal der sozialistischen Wirtschaftspolitik in Rußland und Deutschland, in: Deutsche Nation 4, H. 5 (Mai 1922), S. 326.
[39] Ibid., S. 810. [40] Drei Krisen, S. 42. [41] Ibid. [42] Ibid. [43] Ibid., S. 43.

zu haben und zu führen."[44] So wiederholte er im Jahre 1919 seine schon im Kriege formulierten Vorschläge zu einer staatlichen Teilsozialisierung. Geleitet von der Idee des Gesamtwillens, wollte er die „Wirtschaftsmächte", die sich zwischen Individuum und Staat geschoben hatten, beiseite drängen, um die Mediatisierung des Bürgers gegenüber dem Staat aufzuheben. Daher forderte er die „Unterjochung des Kapitals unter die Zwecke des Staates". In dessen Verfügung sollten „die in privater Hand monopolisierten ... Wirtschaftszweige ... gegeben werden"[45].

Solche Gedanken standen in Übereinstimmung mit der damaligen Programmatik der Deutschen Demokratischen Partei[46]. Sie traten später, da schon in der Nationalversammlung und erst recht in den nachfolgenden Reichstagen die parlamentarische Realisierungsmöglichkeit fehlte, in den Hintergrund. Auch Riezler hat sich in den folgenden Jahren der Republik mit dem allmählichen Verebben seiner Publizistik nicht mehr hierfür eingesetzt. Die Sozialisierung schied als konkrete Zielsetzung ohnedies aus, wenn man wie Riezler die Bethmannsche Politik der Diagonalen auch unter den Bedingungen der Weimarer Republik für die einzig praktikable hielt[47]. Und sie wurde als liberaler Programmpunkt vollends unmöglich, wenn man an einen Zusammenschluß der Demokraten mit der Deutschen Volkspartei dachte. Eben hierfür setzte sich Riezler 1928 aus staatspolitischen Überlegungen um einer parlamentarischen Stärkung der bürgerlichen Mitte willen ein, selbst wenn sich dann eine „linksdemokratische Gruppe" abspalten sollte[48].

Die letzte Kundgebung seines politischen Denkens vor der Öffentlichkeit war am 11. August 1928 eine Rede in der Paulskirche zur Bundesverfassungsfeier des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold[49]. Die Republik schien damals gefestigt. Die Rede gab sich optimistisch, aber sie endete mit einem Nachklang von Resignation. Sie war, wie die Frankfurter Zeitung kommentierte, ein „mannhaftes Bekenntnis zum republikanisch-demokratischen Nationalstaat", in der Substanz aber ein Katalog offener Fragen: Wird Friede oder Krieg sein? Wie läßt sich der Anschluß bewirken? Wie das Reich-Länder-Verhältnis fortentwickeln auf das Ziel des dezentralisierten

---

[44] Ibid., S. 49.

[45] Gajus [Riezler], Ein Versuch, in: Deutsche Nation 1, H. 4 (April 1919) S. 11 f.

[46] In deren Gründungsaufruf vom 16. 5. 1918 hieß es: „... Die Zeit erfordert die Gestaltung einer neuen und sozialen wirtschaftlichen Politik. Sie erfordert, für monopolistisch entwickelte Wirtschaftsgebiete die Idee der Sozialisierung aufzunehmen ..." Abgeschwächter im Leipziger Programm vom 15. 12. 1919. Texte in Ursachen und Folgen, Bd. 3, Nr. 638 a und b.

[47] U. a. in: J. J. Ruedorffer [Riezler], Bethmann Hollweg, ein Nachruf, in: Deutsche Nation 3, H. 2 (Februar 1921).

[48] In einem Brief Riezlers an Theodor Heuss, Frankfurt 1. 6. 1928, heißt es: „Ich meine auch, daß man ohne Rücksicht auf die große Presse versuchen soll, die Fusion mit der Volkspartei durchzusetzen. Für unsere ganze politische Entwicklung wäre es ein wahrer Segen. Man lasse ruhig, wenn es nicht anders geht, eine linksdemokratische Gruppe sich abspalten." Theodor Heuss Archiv.

[49] Frankfurter Zeitung, Nr. 599, 12. 8. 1928, 1. Morgenblatt.

Einheitsstaates hin[50]? Und als das Wichtigste: Wie kann der Staat als Volksstaat fest gegründet werden? Riezler fand eindringliche Formulierungen für sein altes Problem der Mediatisierung des Staatsbürgers durch das organisierte Interesse und die Herstellung eines Gemeinwillens:

„Die Zeiten sind vorbei, in denen der einzelne nichts anderes war als Individuum und Staatsbürger. Der einzelne als einzelner bedeutet heute wenig oder nichts, er bedeutet etwas als Mitglied einer Partei, einer Schicht, eines Interessen- oder Berufsverbandes. Diese Organisationen von Sonderinteressen, in die jeder einzelne verflochten ist, sind längst in die politischen Parteien eingedrungen und haben sich so zwischen den einzelnen und das Ganze des Volkes geschoben. Es genügt nicht mehr, daß der einzelne als einzelner sich dem Staate als dem Ganzen verbunden fühlt. Diese Verbundenheit muß in den Verbänden selbst als tägliche Auseinandersetzung zwischen dem Sonderinteresse und dem Allgemeininteresse lebendig sein. Hier erst stehen wir vor der eigentlichen Feuertaufe des demokratisch-parlamentarischen Staates."

Das Verhältnis Staat und Gesellschaft war ein Gesinnungsproblem für ihn, wie früher so auch jetzt, aber mit einem auffallenden Unterschied zwischen dem Paulskirchenredner und dem Publizisten der „Deutschen Nation"! Im Kriege und in den Anfangsjahren der Republik hatte er sich um die Frage bemüht, wie die Bildung des politischen Gesamtwillens beim einzelnen und seine Effektivierung gegenüber dem Staat durch Kontrolle und Ausschaltung übermächtiger wirtschaftlicher Sonderinteressen freigesetzt werden könne. Nichts mehr von solchen Überlegungen zur Gesellschaftsreform in der Paulskirche! Die Quintessenz seiner Rede reduzierte sich auf einen personalen Anruf an seine Zuhörer zum Selbstsein. Es war eine Predigt politischer Moral, gut formuliert, aber für diesen Anlaß und für diese Zuhörerschaft nicht eindringlich, über die Köpfe hinweg, und jedenfalls in der Kernaussage unpolitisch. Wenn er verkündete: „Das Wesentliche aber liegt in dem Person-Sein und -Werden, in dem Seiner-selbstbewußt- und Innesein und -werden", so mag der Zuhörer sich gefragt haben, was denn nun eigentlich zu geschehen habe, um dieser demokratischen Republik in dieser Gesellschaft ein dauerhaftes Fundament zu schaffen. Die existentielle Formel vom Selbstsein half da nicht weiter. Riez-

[50] In der Rede hieß es: „Die Lösung ist der Einheitsstaat bei starkem Ausbau der Selbstverwaltung der Provinzen." Voraussetzung dafür schien Riezler: „Die noch bestehende Doppeltheit zwischen der Reichs- und der preußischen Regierung und den beiden Parlamenten muß fallen." Die Unerläßlichkeit einer politischen Übereinstimmung von Reichs- und Länderwillen hatte er schon 1919 betont (s. o. S. 124) und die Notwendigkeit der Verschmelzung von Reich und Preußen 1924 dem Hamburger Bürgermeister Petersen dargelegt, notfalls auf dem Wege eines Staatsstreichs zu vollziehen (vgl. E. Pikart, Ein Brief Kurt Riezlers an den Hamburger Bürgermeister Petersen vom 1. 2. 1924. Dokumentation. VfZG 15, 1967). Aber während Riezler in diesem Brief eine derartige Wiederherstellung der preußischen Hegemonie unter Einschmelzung der kleineren Länder als Voraussetzung dafür ansah, die verbleibenden größeren süddeutschen Länder mit einem erhöhten Charakter von Staatlichkeit zu begaben wie neuen Reservatrechten und dergleichen, sah er in der Paulskirchenrede eine Aushöhlung der Länder und eine Beschränkung ihrer Kompetenzen als zwangsläufig an. Im Denken Riezlers spiegelt sich also die Vielfalt gegensätzlicher Möglichkeiten einer nie realisierten Reichsreform.

ler selber hatte nach seiner Rede ein Gefühl des Unbehagens. Er schrieb seinem Freund Heuss, daß er glaube, nicht verstanden worden zu sein[51]. Die Paulskirchenrede war sein endgültiger Abschied von der aktiven Teilnahme an der Politik. Die politische Frage nach dem, was geschehen soll, reduzierte sich für ihn auf die ontologische Frage nach dem Sein. Auf diese konzentrierte sich jetzt seine Existenz vollends.

VII.

Als Riezler die Paulskirchenrede hielt, war er geschäftsführender Vorsitzender des Kuratoriums der Universität Frankfurt am Main. Die Verwaltungsstruktur dieser Stiftungsuniversität, aus bürgerlicher Initiative im Jahre 1914 gegründet, unterschied sich von den traditionellen preußischen Staatsuniversitäten. Die Leitung oblag einem Kuratorium unter dem ex officio Vorsitz des Oberbürgermeisters. Das Amt des geschäftsführenden Vorsitzenden gab seinem Träger im Rahmen dieser Kollegialbehörde große Einflußmöglichkeiten. Riezler wurde aufgrund seiner Erfahrungen im Staatsdienst gewählt, aber auch wegen des wissenschaftlichen Namens, den er sich inzwischen gemacht hatte. Der preußische Kultusminister Bekker führte ihn am 4. Juni 1928 als einen Mann ein, „der mit der Handhabung der Verwaltung wie mit der Mentalität des akademischen Lebens aufs engste vertraut sei und selbst als ein Akademiker von Rang sich vorstelle“[1]. Gleichzeitig wurde der neue Kurator — ein Novum in der Geschichte der Unterrichtsverwaltung — zum Honorarprofessor ernannt und damit Mitglied des Lehrkörpers der Philosophischen Fakultät. Er hatte große Dinge vor mit dieser Universität[2]. Sein Freund und Kollege, der Altphilologe Karl Reinhardt, berichtet darüber:

„Sein Plan war, ihr Schwergewicht nach der Seite der Forschung zu verschieben. Universitäten, fand er, habe man genug auf einem Haufen: Marburg, Gießen, Frankfurt, Heidelberg, gleich einer Sperrfortkette ... des deutschen Geistes. Die vor der Öffentlichkeit geheimgehaltenen Aussichten schienen nicht ungünstig. Billige Schlösser im Odenwald gab es zu kaufen, künftige Stätten der Einkehr, der Zusammenkünfte, des lebendigen Kontaktes. Der phantastische Gedanke, eine Art Princeton in Deutschland zu schaffen, war seiner Verwirklichung gar nicht einmal so fern, wie es heute und lange hinaus wohl scheint.“[3]

Festgehalten sei, daß Riezler der Ruf nachging, sich für Studenten eingesetzt zu haben, „denen aus politischen oder anderen Gründen Unrecht drohte“[4], und daß die Nationalsozialisten in seiner Personalpolitik den

[51] Brief ohne Datum, Theodor Heuss Archiv.

[1] Frankfurter Zeitung 5. 6. 1928, Nr. 414, 2. Morgenblatt.

[2] Sein Wirken als Kurator im einzelnen darzustellen, ist hier nicht der Ort. Dazu sei verwiesen auf die aus der Feder von Paul Kluke zu erwartende Geschichte der Universität Frankfurt.

[3] K. Reinhardt, Kurt Riezler, in: Die Neue Rundschau 6 (1955) S. 555.

[4] Max Horkheimer an den Verf., 20. 12. 1969.

Grund dafür suchten, ihn 1933 zu entlassen[5]. In seiner Amtszeit wurden u. a. berufen der Gestaltpsychologe Max Wertheimer, die Soziologen Mannheim und Horkheimer, der Historiker aus dem Georgekreis Kantorowicz und der religiöse Sozialist und Religionsphilosoph Paul Tillich. Der Versuch, Heidegger nach Frankfurt zu ziehen, scheiterte. Das Verhältnis Riezlers zu Heidegger war ambivalent — eine Haßliebe. In „Sein und Zeit", 1927 erschienen, ein Jahr vor Riezlers Berufung nach Frankfurt, fand er sich im existentiellen Ansatz der Frage nach dem Menschen unmittelbar getroffen. Die Absage an alle Spekulationen über einen vorgegebenen Weltsinn, die Reduzierung der Geschichte auf Geschichtlichkeit und der ontologischen Frage nach dem Sein auf die nach dem Dasein des Menschen, die radikale Rückverweisung des je einzelnen auf sich selbst — solche Gedanken entsprachen seinem eigenen Denk- und Lebensertrag. Dies hatte ihn in der Paulskirchenrede dahin geführt, die Darlegung des Notwendigen in den Appell zum Person-Sein ausmünden zu lassen. Was ihn abstieß, war die prätentiöse Sprache Heideggers, das Starren auf das Nichts und 1933 dessen intellektuelle Kapitulation vor der nihilistischen Gewalt. Riezler hat später den bewußten Versuch gemacht, durch den Entwurf einer Anthropologie über Heidegger philosophisch hinauszugelangen. Damals von Frankfurt aus hat er um ihn geworben[6].

Zum nächsten Freundeskreis Riezlers in Frankfurt gehörten neben Reinhardt, Kantorowicz und Wertheimer der Literaturwissenschaftler Max Kommerell und im benachbarten Marburg der Philosoph Karl Löwith. Dieser Kreis von Gelehrten, fern der Politik, trat an die Stelle der zunächst schmerzlich vermißten Berliner Dienstagabende bei Gustav Stolper. Riezler war ein Freund der sachbezogenen intellektuellen Bemühungen in der Gesprächsrunde. Davon zeugt auch seine Frankfurter Lehrtätigkeit. Es gab da eine Serie von kollektiv veranstalteten Seminaren, an denen mit ihm andere Kollegen verschiedener Fakultäten beteiligt waren. Karl Rheindorf erinnert sich an ein Seminar, in dem der Begriff der Wahrheit in den einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen abgehandelt wurde: „Teilnehmer waren Mitglieder des Lehrkörpers, u. a. der von Riezler hochgeschätzte Wertheimer, Paul Tillich, Karl Mannheim, der theoretische Physiker Madelung, der Jurist Hermann Heller und sein Kollege de Boor. Dazu Assistenten und ältere qualifizierte Studenten. Dieses ‚Weisheitsseminar', wie die Studenten es nannten, endete meistens tief in der Nacht. Die Geschehnisse des 30. Januar 1933 haben die Teilnehmer in alle Winde

[5] Ein Aktenbestand aus dem preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, die Universität Frankfurt betreffend, befindet sich im Bundesarchiv; darunter auch die Akten zur Entlassung Riezlers 1933/34, BA, R 21/341.

[6] Nachdem Riezler 1933 wegen nationaler Unzuverlässigkeit aus dem Amt entlassen worden war, hat er sich im Kampf um seine Beamtenrechte gegenüber akademischen Behörden und Ministerien darauf berufen, daß er sich als Kurator eingesetzt habe für die Berufung von Heidegger, Carl Schmitt, Neumann und Bäumler, die „hervorragendsten Wortführer des Nationalsozialismus"; Riezler an Walter Platzhoff, 3. 12. 1933; s. o S. 129, Anm. 38.

zerstreut."[7] Riezler hat in den fünf Frankfurter Jahren seine Lehrtätigkeit zunehmend intensiviert. Sie begann im Wintersemester 1928/29 mit einer einstündigen Vorlesung über „Dynamik der metaphysischen Probleme" und endete für das Sommersemester 1933 mit der Ankündigung einer dann nicht mehr zustande gekommenen vierstündigen Vorlesung über philosophische Anthropologie und eines Seminars über die Lehre von den Affekten. Leider ist von seinen Vorlesungsmanuskripten, soweit ersichtlich, nichts erhalten geblieben. Es liegt indessen in Schriften und Aufsätzen eine dichte Abfolge von philosophischen Äußerungen Riezlers vor. Ihre fachlich kritische Würdigung gehört in den Zusammenhang der Philosophiegeschichte[8]. Man wird Riezler aber kein Unrecht tun, wenn man feststellt, daß er auch im philosophischen Bereich nicht zu denen gehörte, die über sich selbst hinauswirkende Antworten auf die Fragen der Zeit zu geben vermochten. Aber aus der Breite seiner Bildung und Weltkenntnis und aus der Tiefe seines Problembewußtseins verstand er zu fragen und in seinem Fragen seine Zeit zu verdeutlichen.

Ist das Schicksal zwangsläufig? Und das hieß für Riezler mehr als alles andere: mußte es 1914 zum Kriege kommen? Er hat darauf mit einem klaren Nein geantwortet: Es mußte nicht so sein, daß das Reich mit Flottenbau und Expansion im Orient und in Afrika eine Weltpolitik verfolgte, die es in gleichzeitigen Gegensatz brachte zu allen anderen europäischen Großmächten; es mußte nicht so sein, daß es in einer schon aussichtslosen Kriegslage den einzigen Kanzler stürzte, der allenfalls imstande gewesen wäre, einen Frieden des Ausgleichs herbeizuführen. Aber daß es so kam, war auch nicht von ungefähr. In dem Gewirr nicht beherrschbarer Einflüsse war der Spielraum der Entscheidungsmöglichkeiten so eng geworden, daß gegenüber dem „Fatum" die Freiheit, das Vernünftige tun zu können, unterlag.

Gibt es überhaupt die Möglichkeit einer nicht von außen, sondern aus sich selbst bestimmten Entscheidung, auch abgesehen von der Frage nach ihrer Durchsetzbarkeit? Riezler hat in seinen philosophischen Schriften der zwanziger Jahre versucht, die Möglichkeit der Selbstbestimmung des Willens aus Freiheit gegenüber einer am naturwissenschaftlichen Gesetzesbegriff orientierten kausalen Determiniertheit zu erweisen. Damit kam er auf das erkenntnistheoretische Ausgangsproblem zurück, das er schon in seiner Vorkriegsschrift über die „Erforderlichkeit des Unmöglichen" umkreist hatte. Er tat es jetzt in ständiger Bezugnahme auf die von Forschern wie Planck und Einstein geführte Diskussion um den naturwissenschaftlichen Gesetzesbegriff und warnte vor der Scharlatanerie, aus dessen Veränderung und Differenzierung voreilige Rückschlüsse auf eine theoretische Begründbarkeit von Freiheit zu ziehen. Und insoweit in der Naturwissenschaft anstelle der strengen Determiniertheit der Begriff statistischer Regel-

[7] Brief an den Verf., 27. 12. 1965.

[8] Die bisher eindringlichste Würdigung gab Leo Strauss, Kurt Riezler 1882—1955, in: Social Research 23 (1956) S. 1—34.

mäßigkeit tritt, der den Willkürcharakter von Einzelvorgängen offen läßt, sah Riezler hierin keineswegs eine Analogie zum Begriff der geschichtlichen Freiheit, sondern allenfalls zum geschichtlichen Fatum, das aus im einzelnen nicht determinierten Zufälligkeiten zusammengewachsen ist. Riezler wollte aber, ohne den Zwangscharakter des Kausalgesetzes zu bestreiten, seine Wertigkeit als Aussage über die Welt begrenzen. Das Kausalgesetz erschien ihm als „peripher": es vermag die Welt nur zu erschließen, insofern sie von außen angeschaut wird. Er erkannte es als heuristisches Prinzip an. Aber daß es der Wirklichkeit insgesamt zugrunde liege, galt ihm als Hypothese, nicht beweisbar und nicht widerlegbar, weil wir niemals das Ganze in den Griff bekommen. „Niemand", so bekannte er, „kann mich verpflichten, diesen Glauben, der einer unbekannten Gesamtheit eines Weltgeschehens eine besondere, ja absonderliche Struktur auferlegen will, zu teilen, ich teile diesen Glauben nicht."[9] Nicht also als ob „von der Betrachtung der Geschichte eine Widerlegung der Kausalität zu erwarten" wäre[10], aber die Reflexion auf die Geschichte und die ihr eigentümliche Gesetzmäßigkeit führe zur „Entlarvung der Kausalität als eines Sonderfalls möglicher Determinationssysteme"[11]. Wie einst Vico gegen Descartes die innere Einsichtsmöglichkeit in Geschichte gegen eine mathematische Welterklärung als den eigentlichen Ansatzpunkt zum Verstehen der Welt angesehen hatte, so trat nun Riezler gleichsam als ein neuer Vico auf. Eine der charakteristischen Stellen sei hier im Zusammenhang wiedergegeben:

„Die kausale Determination erhob den Anspruch unbedingter Geltung für das Ganze der Welt. Dieser Anspruch lastete, drückend und verbildend, auf allen Versuchen, Natur und Geist in einem Gesamtentwurf zu meistern. Er lastete auf der Problematik aller derjenigen Einzelwissenschaften, die es wie die Biologie und die Psychologie mit dem Rätsel des Lebendigen und dem Zusammenhang von Physis und Psyche zu tun haben. Sein Druck reichte darüber hinaus bis in die Mitte der Historie, wo wohl die Praxis sich faktisch von ihm gelöst hat, die Theorie aber die Autonomie der Geschichte statt durch Bestreitung der kausalen Determination, durch eine Verwischung ihres klaren Inhaltes zu verteidigen pflegt. Auf all diesen Gebieten befreit die Entlarvung der Kausalität als eines Sonderfalls möglicher Determinationssysteme von einem Wust schiefer Worte und erlöst den Geist aus seinem bisherigen Dilemma, sein Eigenrecht nur um den Preis eines nicht wieder zu heilenden Gegensatzes zwischen seinem Reich und der Natur behaupten zu können. Wenn die Kausalität als Sonderfall möglicher Determination weder für die anorganische noch für die organische Natur verpflichtend ist, können wir hoffen, daß aus einer und derselben breiteren und allgemeineren Determination für den Sonderfall der uns bekannten toten Natur die kausale, für das Reich des Lebendigen die ihr eigene in einer und derselben Welt hervorgehe. Weder unsere physikalisch-chemischen noch unsere biologischen Kenntnisse setzen uns heute in den Stand, in das Innere der Natur zu sehen, oder ein solches Innere wenigstens zu leugnen. Die einzige Stelle, wo uns ein Blick in ein Inneres halb geöffnet wird, ist die Menschenseele. Die Menschenseele aber wächst doch wohl aus der lebendigen Natur, sie fortsetzend, heraus. Wie, wenn wir es unternähmen, jenen gesuchten Faktor ... aus der seelischen Geschichte des ringenden Menschenwesens und sei-

[9] Gestalt und Gesetz, S. 165.
[10] Hypothese der Kausalität, S. 123.
[11] Krise des physikalischen Weltbegriffs, S. 23.

ner werdenden und entstehenden Formungen zu bestimmen und so für eine freilich vermessene Spekulation über das Weltganze das bisherige Verhältnis zwischen Natur- und Geisteswissenschaften umzukehren? Vielleicht, daß die Anwendung geisteswissenschaftlicher Kategorien auf die Natur zu leisten imstande ist, was die Anwendung der Kategorien einer vergangenen Naturwissenschaft auf die Welt des Geistes nicht leisten konnte, Natur und Geist in der Breite ihrer Mannigfaltigkeit aus einer Einheit zu begreifen."[12]

Riezler hat im vollen Bewußtsein des intellektuellen Risikos eine hier nicht weiter zu beschreibende naturphilosophische Spekulation über die Kosmogonie der in Geschichte und Natur einheitlich verstehbaren Welt gewagt. Das geschah im Schlußkapitel seines Werkes über „Gestalt und Gesetz. Entwurf einer Metaphysik der Freiheit" (1924)[13]. Für das politische Denken Riezlers von Belang ist der dabei verwendete Schlüsselbegriff der „Gestalt", der ihm aus der Philosophie Max Wertheimers zugewachsen war[14]. Dieser Begriff findet seinen unmittelbar einleuchtenden Ort im Bereich des künstlerischen Schaffens. Riezler verwendete ihn aber für den gesamten Bereich der Geschichte einschließlich solcher Phänomene wie Nation und Staat sowie für die organische Natur. Er glaubte, ihn sogar auf die anorganische Natur übertragen zu können, und zwar nicht nur im symbolhaften Sinn, sondern als Bezeichnung einer Determination, die er für ursprünglicher und umfassender hielt als die kausale[15]. Das soll hier auf sich beruhen. Was aber war nun im Denken Riezlers die Funktion des Gestaltbegriffs für die Beurteilung von historisch-politischen Phänomenen?

[12] Krise des physikalischen Weltbegriffs, S. 23 f.

[13] Vgl. auch in „Krise des physikalischen Weltbegriffs" den Schlußabschnitt über „Das Weltbild der Geschichte und die Natur", bes. S. 24 ff.

[14] Max Wertheimer, Drei Abhandlungen zur Gestalttheorie (1920).

[15] Von den hier nicht zu referierenden Spekulationen Riezlers über das Verhältnis von Natur und Geist sei ein Eindruck vermittelt mit den sibyllinischen Worten Riezlers selbst aus einem Abschnitt in „Gestalt und Gesetz": „Wenn wir von dem Menschen nicht mehr wüßten als von dem Modell des Uranatoms (nämlich nichts als die Zahl der kreisenden Elektronen), wir vermöchten keine Geschichte zu schreiben, die doch immer Darstellung der individuellen Gestaltung als einer unwiederholbaren Einzigkeit ist. Niemand kann uns verwehren, umgekehrt zu folgern: Wüßten wir von dem Mikrokosmos der Natur so viel wie von dem Menschen, vermöchten wir in ein Inneres der Gestalt zu sehen, die wir nicht kennen, so würde uns vielleicht auch dieser Mikrokosmos zu einer unwiederholbaren Einzigkeit, die entsteht und vergeht, strebt und vernichtet, und wir sähen, daß die dynamische Gesetzmäßigkeit, deren eherne Notwendigkeit wir bestaunen, nichts ist als der Widerschein der großen Gemeinsamkeiten dieser ringenden Gestaltungen in der Besonderheit unseres Denkens ... So behauptet denn die hier entwickelte Metaphysik, nicht die Zahl, sondern Leidenschaft und Schicksal der Gestalt sei das Wesen der Welt. Die Ringe der Schöpfung sind ineinandergefügt, und die Ketten all dieser Ringe sind verwirrt. Gestalten steigen auf und tauchen unter, Ansätze, kaum entstanden, werden erstickt und ungeborene Welten harren. In uns unzugänglichen Raum- und Zeitmaßen wogt ein unermeßlicher Kampf auf und ab. Wir Menschen stehen auf dem Rücken einer breiteren Schöpfung, die wir fortsetzen, indem wir mit den uns gegebenen Mitteln um die Erhöhung der Gestalt ringen. Jene breitere Schöpfung ist für uns Notwendigkeit, dies Ringen ist unsere Freiheit. Diese unsere Freiheit kann nicht jene Notwendigkeit durchbrechen, des Menschen Wille nicht der Geltung der Naturgesetze Einhalt tun. Hier sind wir gebunden ..." Gestalt und Gesetz, S. 339 ff.

Im Gestaltbegriff erscheint Freiheit als Gesetzlichkeit. Sie ist „Zwang durch sich selbst. Werden können, was man werden soll“[16], „innere Bestimmtheit einer um ihre Erhöhung ringenden Gestalt“[17]. Eine solche Aussage führte noch nicht über das Gesetz der Selbstverwirklichung hinaus, das dem Nationalismus der „Erforderlichkeit des Unmöglichen“ zugrunde gelegen hatte. Riezler unternahm es aber nun, für den Bereich des Historisch-Politischen den Begriff der Gestalt von dem des Organismus abzugrenzen. Wenn der junge Riezler die „Ganzheit“ des Volkes naiv als „innere Gesetzlichkeit eines Organischen“ angesehen und als Analogie das Bild des Baumes verwendet hatte[18], so warnte er jetzt vor der Übertragung eines „undefinierten Organismusbegriffs“ auf die Gestaltenwelt der Geschichte[19]. Denn die „Gestalt als ein Ringen um die Gestalt“ könne schlechterdings nur begriffen werden, „wenn das Vorhergehende nicht sein Nachfolgendes kraft eherner Gesetze eindeutig determiniert, sondern nur seine Möglichkeiten limitiert“[20]. Mit der Abgrenzung gegenüber einem historischen Organismusbegriff und mit dieser Korrektur früherer eigener Anschauungen zog Riezler zugleich eine Trennungslinie gegenüber dem heraufkommenden Biologismus in der Politik. Und noch in anderer Hinsicht gelangte er über seine frühere Position hinaus. Der Ausschließlichkeitsanspruch der Nation, wie ihn Riezler in der „Erforderlichkeit des Unmöglichen“ ausgesprochen hatte, war ihm, wie wir sahen, im Kriege und erst recht in der Weimarer Zeit fragwürdig geworden. Diesen Anspruch hatte der junge Riezler mit der Idee der Finalität begründet, aber einer Finalität, die anstelle der idealistischen Vorstellung eines sinnvollen Zweckzusammenhangs des Weltganzen für ihn auf die Absolutsetzung der einen Nation gerichtet war. Die Idee einer so verstandenen Finalität wurde in den Schriften Riezlers zur Ontologie und Ästhetik durch eine fundamental andere Sichtweite abgelöst.

Bevor Riezler 1935 diesen Abschluß seiner Gestalttheorie vorlegen konnte, war er selbst von der Aggression eines auf Ausschließlichkeit gerichteten Nationalismus getroffen worden. Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung geriet er in den Verdacht der Kommunistenfreundlichkeit und pazifistischer Gesinnung. Hiergegen verwahrte er sich in einer dem preußischen Kultusministerium übersandten Aufzeichnung[21] unter Hin-

[16] Gestalt und Gesetz, S. 173.

[17] Ibid., S. 339. [18] Erforderlichkeit des Unmöglichen, S. 202.

[19] Krise des physikalischen Weltbegriffs, S. 9. Dort heißt es: „Die praktische Geschichtsschreibung betrachtet Menschen, Völker und Staaten als um Gestaltung ringende Gestalten. Dieser Betrachtung legte die Theorie der organologischen Schule einen freilich vagen und zumeist undefinierten Organismusbegriff zugrunde, gebildet an dem Gleichnis der Pflanze. Aber dieses Gleichnis, allzu äußerlich, führt in die Irre. Das Imperium Romanum entfaltete sich nicht aus Romulus und Remus, wie die Eiche aus der Eichel. Es hat mannigfache Gestaltungen durchlaufen und hätte von manch einer zu anderen abbiegen können, getrieben von einer anderen Verkettung der äußeren Begebenheiten oder von anderen Entwürfen und Ideen seiner schöpferischen Männer. Seine ‚prospektive Potenz‘ war breiter als seine Wirklichkeit.“

[20] Ibid., S. 10. [21] Aufzeichnung vom 17. 3. 1933, BA, R 21/341, Nr. 162.

weis auf seine Moskauer und Bamberger Tätigkeit und sein mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrags begründetes Entlassungsgesuch vom Juni 1919. Aber die Partei verlangte seine Absetzung. Als am 1. April 1933 eine SA-Abteilung die Universität besetzte, um sie von „Juden und Marxisten" zu säubern[22], wurde Riezler in Schutzhaft genommen. Er erkaufte seine Freilassung am gleichen Tag mit einem ihm unter Androhung weiterer Unruhen in der Universität abgepreßten Gesuch um Beurlaubung vom Kuratoramt für das Sommersemester[23]. Als illusorisch erwies sich die gleichzeitig bekundete Absicht, seine Vorlesungstätigkeit als Honorarprofessor fortzusetzen. Seine definitive Entlassung erfolgte aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, das sich gegen solche richtete, „die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten"[24]. Über den damaligen Zustand an der Universität Frankfurt schrieb Riezler:

„Wenn die Studentenschaft von sich aus bestimmen kann, wer zum Examen zugelassen wird, wenn die Studenten angehalten werden, die Vorlesungen der Dozenten nach politisch deutbaren Auslassungen zu überwachen oder gar sich anmaßen, über deutschen und undeutschen Geist von Büchern oder Lehrern auf Grund ihrer tagesgebundenen Vorstellungen zu befinden, wenn durch Drohung mit Störung der Vorlesungen ein Druck auf die Dozenten, durch Drohung mit Nichtzulassung zum Examen ein Druck auf die Studenten ausgeübt werden darf, wenn derartig blamable Elaborate wie die Grundsätze der Studentenschaft gegen den undeutschen Geist auch nur vorübergehend offiziell aushängen können — so ist die Freiheit der Lehre praktisch zerstört und jede offizielle Aufrechterhaltung bleibt ein leeres Wort."[25]

Die nächsten Jahre lebte er wieder in Berlin. In dieser Zeit erschien die wissenschaftlich sehr beachtete, wenn auch nicht unumstrittene Parmenides-Interpretation[26] und der „Traktat vom Schönen: Zur Ontologie der Kunst", von seinen Freunden zu Recht als sein bestes Buch betrachtet. Wir wollen ihm einige Schritte auf diesem Wege in die innere Emigration folgen, der für unseren historisch-politischen Gedankengang zwar ein Umweg ist, aber im Ergebnis einen neuen Ausblick auf Riezlers politische Ausgangsfrage nach der Nation freigibt.

---

[22] Der Rektor der Universität Frankfurt, i. V. Madelung, an Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Frankfurt 1. 4. 1933, BA, R 21/341, Nr. 160.

[23] Riezler an den Vorsitzenden des Kuratoriums, Frankfurt 1. 4. 1933, BA, R. 21/341, Nr. 158.

[24] § 4 des Gesetzes vom 7. 4. 1933, RGBl. I Nr. 34. Einzelheiten über Beurlaubung und nachfolgende Entlassung in den Akten des Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, BA, R. 21/341.

[25] Aus dem für Karl Reinhardt gefertigten Entwurf eines Briefes an das Ministerium, o. D. Vgl. K. Reinhardt, Akademisches aus zwei Epochen (1960) S. 389 f. K. Reinhardt hatte am 5. 5. 1933 seine Beurlaubung beantragt. Diese wurde ihm mit Schreiben des Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 18. Mai verweigert. Der im Nachlaß Reinhardt vorgefundene Entwurf Riezlers war als Antwort hierauf gedacht.

[26] Vgl. dazu die Besprechung von Gadamer in Gnomon 12 (1936) S. 77—86.

Die Parmenides-Interpretation, angeregt durch die Philologie Karl Reinhardts und die Philosophie Martin Heideggers, vorbereitet durch eine schon in der Studienzeit sich andeutende Hinwendung zur vorsokratischen Philosophie, kreist um die beiden Begriffe des Seins und des Seienden. Es ist für unseren Zusammenhang ohne Belang, ob sein Verständnis des schwer erschließbaren Parmenides-Textes richtig ist oder falsch. Uns interessiert das Bild der Wirklichkeit, das sich Riezler anhand dieses Textes geformt hat. Vor seinem Blick stehen jetzt, jenseits aller Unterschiede im Nebeneinander des sich wandelnden vielgestaltigen Seienden, die unwandelbar sich gleichbleibenden Lebensmächte, die das Dasein bestimmen. Diese sind „das Gefüge des Menschendaseins, ... ineinandergeschlungen, das eine im anderen gegenwärtig“[27]. Gegenüber ihrer unwandelbaren Gegenwart verblaßt im Weltbild Riezlers die Zeitdimension des Nacheinander. Die Welt gilt ihm als „Schauplatz nur der Mächte, die ineinander gegenwärtig das Dasein sind“[28]. Sie sind in ihren Gegensätzen verbunden zur „Einheit eines unerbittlichen Gefüges. Dieses Gefüge verteilt nicht Seiendes über Raum und Zeit: sondern waltet raum- und zeitlos über dem Sein alles Seienden in Raum und Zeit. In jedem ganz, ein und dasselbe. Es ist das Dasein selbst, dessen Härte und Unerbittlichkeit, Glanz und Nichtigkeit das griechische Auge, hell und tapfer, in eines schaut und als ganzes umspannt, das der griechische Mensch, ohne sich in Bilder des Trugs und Trostes zu flüchten, auszuhalten vermag — in einer nie wieder erreichten Wahrhaftigkeit des Menschen vor sich selbst“[29]. Stärker als die Philosophie verleihen Dichtung und Kunst dieser Lebensanschauung Ausdruck. Homer gibt das Beispiel: Überall wo er

„vom Tode spricht, steht das Leben und seine flüchtige Pracht daneben; neben allem Lebendigen steht der Tod. Dem Süßen ist das Bittere, das Bittere dem Süßen verbunden. Das Helle und das Dunkle, Tag und Nacht sind nur zusammen. Homer trägt Sorge, daß in allem Einen sein Anderes mitgegenwärtig ist — daß da die Überlegung neben der Leidenschaft steht, die Ruhmlosigkeit neben dem Ruhm, das Erlahmen neben dem Aushalten, die Furcht neben dem Mute. Alle die Kämpfe der Ilias geben nicht Vorgänge oder Verläufe um des Vorgangs willen: um des blinkenden Lebens willen, das da in dem einen aufglänzt, in dem anderen in den Staub sinkt — die und die ferne Stadt hat ihn geboren als Stolz seines Vaters, wie kein anderer wußte er die Rosse zu bändigen und nun trinkt die Erde sein schwarzes Blut — um des strahlenden Muts willen, in dem da der eine weit voraus und allein vorwärtsdringt — um der zitternden Furcht willen, in der da die anderen wie eine Herde sich drängen. Homers glänzendste Helden, Achill wie Hektor sind zugleich die Wissenden: Im Glanz seines Sieges spricht Achill dem vergeblich um sein nichtiges Leben Bettelnden von dem eignen nahen Tod seiner selbst, des doch soviel besseren; im Abschied von Andromache verkündet Hektor Ilions Untergang; im Übermaß des unversöhnlichen Zorns erhebt sich Achill, wissend um das Ganze des Daseins, über die Besonderheit des Augenblicks — aber in diesem Wissen des Achill wie des Hektor ist das Nichtwissen der anderen und die Blindheit der Sterblichen mit da: dergestalt also, daß in der konkret bestimmten Besonderheit eines kleinen Geschehens oder Sagens das Ganze des Daseins durchsichtig wird, das da je zwischen Wissen und Verblendung, Leben und Tod, hell und dunkel, im Haben gefährdet und im Mangel bedürftig, schwebend gespannt ist — und dank dieser Transparenz sagen wir ‚So ist es‘ und meinen mit diesem

[27] Parmenides, S. 17. [28] Ibid., S. 20. [29] Ibid., S. 21.

‚es' nichts anderes, als das Ganze des Daseins, und nichts anderes als dieses Ganze, und die Wahrhaftigkeit vor ihm ist die Wahrheit Homers."[30]

Riezler hat dieses Thema weitergeführt in einer Untersuchung über „Das homersche Gleichnis" und besonders in seinem „Traktat vom Schönen". Dieses Werk war als Einleitung zur Ontologie gedacht, deren Kernstück die Geschichte sein sollte[31]. Um Geschichte, d. h. um Politik, geht es Riezler also im Grunde, wenn er von Kunst redet. Die abstrakte Frage, wodurch das Gute in der Kunst gut sei, findet die abstrakte Antwort: durch die „Mitgegenwart des anderen". Besser als in der nicht immer klar umgrenzten Begriffssprache Riezlers kommt das, was er sagen will, in Bildern und Gleichnissen zutage. Anstelle von vielen anderen sei hier im Wortlaut angeführt, was Riezler über die Gestalt der griechischen Säule aussagt — als Beispiel auch für die leuchtende Sprachkraft, die Riezler in den dunklen Jahren der inneren Emigration gewann:

„Sehr viele, sehr verschiedene Jahrhunderte, durch das ganze Altertum hindurch und bis in unsere Tage haben die Säule des griechischen Tempels bewundert, und übernommen. Nichts scheint leichter nachzuahmen. Alles kann gemessen werden, ein relativ rohes Handwerk bedarf keiner technischen Fertigkeit, die der Nachahmende nicht hätte besitzen und erwerben können. Worin liegt der Unterschied der Qualität, die eine griechische Säule des 6. und 5. Jahrhunderts von der römischen, die griechische und römische zusammen von der klassizistischen trennt — und zwar nicht etwa nur durch den Gesamtzusammenhang, in dem die Säule steht, sondern durch die Säule selbst für sich, dergestalt, daß die antike Säule, eingebaut in eine mittelalterliche Kirche, in ihr zu leben und ihre Qualität zu bewahren vermag? — Die Säule stellt die geheimnisvolle Frage in ihrer einfachsten und reinsten Form. Der Versuch etwa, in bestimmten ‚harmonischen' Zahlenverhältnissen zwischen Höhe, Umfang, Verjüngungskurve ein geheimes Gesetz zu entdecken, also den Zahlentheoretiker zu bemühen, wo der Ästhetiker versagt, schlägt fehl. Wir müssen auch hier — trotz der Robustheit der Säule als Ding — jene seltsame ‚Verletzlichkeit' des Schönen bestaunen. Ein klein wenig anders — und aus dem schweren Stein ist das Schöne entflohen. — Da tritt in den Bemühungen der Archäologen, ein Unsagbares zu sagen, das Wort ‚schwellen' auf? Aber warum, wodurch ist die eine geschwungene Linie schwellend, die andere nicht — die eine schwellende lebendig, die andere tot? Und wenn die griechische Säule sich von der ägyptischen in der Lebendigkeit dieses ‚schwellend' unterscheidet und die Griechen durch eben dies Schwellen die Ruhe der ägyptischen Säulen bewegt haben — was ist das für ein Schwellen, das hier beseelen und in dem München Klenzes nur da sein kann, abstrakt und ohne Leben? — Diese Säule ist schwer, aber sie ist nicht nur schwer. Ihre Schwere ist fromm und geduldig und hat in dieser Frömmigkeit etwas Leichtes. Die andere, schlechtere von ungefähr gleichen Maßen ist nur schwer und als nur schwere plump. — Sie spannt sich, um etwas zu tragen und macht in solchem Spannen zugleich das Schwere sichtbar, das sie trägt und die eigene Kraft des Tragens. Sie scheint in eben derselben Verjüngung gedrückt zu werden und sich zu heben und ist zugleich schwer und leicht und keines von beiden. Ihre berühmte ‚Harmonie' ist keine Harmonie der Maße und ihrer Verhältnisse, sondern ineinandergefügte Spannung des Wider-

[30] Ibid., S. 18 f.

[31] Hierzu schreibt Leo Strauss: „This work was meant to prepare a fully developed ontology, but only to prepare it: not the phenomenon of art but the phenomenon of history would have to be the starting point for a comprehensive ontology. The analysis of art is, however, the most appropriate ‚prolegomenon to a doctrine of history', because it brings the analyst into the proper mood for his larger task." Social Research 23 (1956), S. 24 f.

standes und der Kraft, der Leistung und Anstrengung — gegenstrebige Harmonie — daher zugleich Rhythmus einer Bewegung, ja Einheit von Bewegungen. Und wenn ihre Harmonie nicht von dieser Art wäre, so wäre sie wohl auch keine Harmonie der Maße und Verhältnisse oder als solche tot. — In diesem Gedrücktwerden und Sich-strecken, Spannen und Tragen ist sie ‚lebendig' und ‚Ausdruck'. Wovon ist sie denn Ausdruck? Wodurch ist sie Ausdruck von Leben? Durch das Schwere oder durch das Leichte, durch die Ruhe oder durch die Bewegung? Aber sie ist weder Ausdruck des Schweren ohne das Leichte, noch des Leichten ohne das Schwere, noch der Ruhe ohne Bewegung, noch der Bewegung ohne die Ruhe. Sie ist gerade dadurch lebendig, daß sie Ausdruck sowohl des Schweren als auch des Leichten, des Ruhigen sowohl als auch des Bewegten ist — daß sie auf eine seltsame Weise je zwischen beiden und in diesem ‚Zwischen' beides zugleich ist."[32]

Richten wir nunmehr von der Ästhetik der „Mitgegenwart des anderen" den Blick zurück auf die geschichtliche Welt. Riezler hat, wie wir sahen, die Organismusanalogie aus seinem politischen Denken als unzureichend ausgeschieden. An ihre Stelle trat im Rahmen seiner Gestalttheorie die Analogie zum künstlerischen Schaffen. Wie dieses so galt ihm auch das politische Geschehen und Tun als Gestaltwerdung und Gestaltschöpfung jetzt im Grunde als zweckfrei. So meditiert er über die beiden griechischen Begriffe des ποιεῖν und des πράττειν, des Schaffens und des Tuns, des schöpferischen und des zweckgerichteten Handelns. Aus seinem „Weltbild der Geschichte" will er auf der jetzt erreichten Stufe seines Denkens die Idee der Finalität, „die Vorstellung der Plan- und Zweckmäßigkeit", durchaus fernhalten. „Sie trifft nicht die Mitte. Die Gestaltung ist bildnerisch, nicht zweckhaft. Sie steht auf der Seite des ποιεῖν, nicht des πράττειν. Sie gestaltet um der Gestaltung, nicht um der Zweckmäßigkeit der Gestaltung willen und kann durchaus nicht in dem progressus in infinitum der Zwecke, die immer nur Mittel sind, gefangen werden. Zweckmäßiges Handeln ist ein Sonderfall und steht als πράττειν durchaus im Dienste eines ποιεῖν."[33]

Damit, so scheint es, ist zweierlei gesagt, im Positiven und im Negativen: Wenn das Gute der geschaffenen Gestalt darin besteht, daß in dem einen das andere mitgegeben ist, so ist damit die Existenz des anderen als notwendig vorausgesetzt und jedem Ausschließlichkeitsanspruch des einen, wie er der Idee nach der „Erforderlichkeit des Unmöglichen" zugrunde lag, der Boden entzogen. Riezler hat seine Ausgangsposition weit hinter sich gelassen. Aber — so wird man kritisch fragen müssen — ist die ästhetische Analogie wirklich geeignet, das Phänomen der Nation und des politischen Handelns so zu fassen, daß die nationalistische Hybris der Selbstüberhebung hier keine Legitimierung finden kann? Und findet sich nicht noch ein Nachklang jener überspannten Paradoxie von der „Erforderlichkeit des Unmöglichen" im Anschluß an eben jene Meditation Riezlers über das Schaffen und Tun, wenn er erklärt, daß die Erhöhung der „Gestalt" durch eine „immer innigere Einheit eines immer breiter Mannigfaltigen" ihr „gedachtes Ende" finde in der „vollkommenen Einheit des unendlich-

[32] Traktat vom Schönen, S. 31 f. [33] Krise des physikalischen Weltbegriffs, S. 25 f.

Kurt Riezler einige Jahre vor seinem Tode

fach Unendlichen", wenn auch eine solche Einheit „jenseits aller Erreichung im Undenkbaren" liege[34]?
Könnte es nicht sein, daß das Verhältnis von ποιεῖν und πράττειν im Bereiche des Politischen gerade umgekehrt zu bestimmen ist, wie es Riezler tut? Das geschieht überall dort, wo der vernünftige, einsehbare, „praktische" Sinn der Politik in dem Nutzen gesehen wird, den sie stiften soll; überall also im westlichen Staatsdenken, wo von theologischen oder naturrechtlichen oder humanitären Prämissen her der Staat final auf den Menschen als seinen Zweck bezogen wird. Aber eben von solchen Prämissen vermag Riezler nicht auszugehen. Völker und Staaten stehen für ihn nicht in einem außerhalb ihrer selbst liegenden, vorgegebenen Bezugssystem. Geschichte ist sinnlos. Sie erschöpft sich im tragischen Schaupiel des Entstehens und Vergehens miteinander ringender und einander bedingender Gestalten.

VIII.

War dieser l'art pour l'art-Standpunkt gegenüber der Geschichte das letzte Wort? Bei den Olympischen Spielen in Berlin hatte er die Vision des Untergangs: „Im Circus Maximus 200 000 Menschen ... Spätkaiserliches Rom mit Imperatorauffahrt und Heil ... Das letzte ‚Friedensfest' sagte mir ein Engländer. Allmählich schiebt sich der Gegensatz der Verfassungen und Regierungen vor die nationalen Unterschiede. Künftige Kriege werden versteckte Bürgerkriege sein und in offenen enden."[1] Und im September 1938, kurz bevor er Deutschland verließ, schrieb er ebenfalls an Karl Reinhardt: „Kennen Sie eigentlich Kierkegaards sehr verhegelte Dissertation über die sokratische Ironie? Die Politik, die Stellvertreterin des ‚Schicksals' allerdings ist heute voll der blutigsten Ironie. Ich habe mir nun eingebildet, in meinem sehr abgebrühten und sinn- und vorsehungslosen Geschichtsbild wäre für alles vorgesehen — aber die Entwicklung ironisiert auch noch dieses Bild."[2] Ende 1938 emigrierte Kurt Riezler mit Frau und Tochter in die Vereinigten Staaten. Er übernahm eine Professur an der New School for Social Research in New York. Diese von amerikanischen Radikalen 1918 gegründete Lehrstätte gab manchem nach 1933 aus Deutschland vertriebenen Wissenschaftler neue Wirkungsmöglichkeiten. Riezler traf hier Kollegen und Freunde aus seinen Berliner und Frankfurter Jahren wieder, so Max Wertheimer und Karl Löwith. Wie früher in Berlin, so verkehrte er auch jetzt in dem gastlichen Hause von Gustav und Toni Stolper. Regelmäßig hielt Riezler Gastvorlesungen in Chicago. An der Columbia University in New York beteiligte er sich als Mitlehrender an Aristoteles- und Platon-Seminaren von Kurt v. Fritz, dessen Freundschaft ihn bis in seine letzten Stunden begleiten sollte.

[34] Ibid., S. 26.
[1] Kurt Riezler an Karl Reinhardt, Berlin 9. 8. [1936], Nachlaß Reinhardt.
[2] Kurt Riezler an Karl Reinhardt, Berlin 22. 9. [1938?], Nachlaß Reinhardt.

Daß der amerikanische Pragmatismus oder die amerikanische Sozialwissenschaft von Riezler als eine intellektuelle Herausforderung aufgefaßt und in das Problemfeld seines eigenen Denkens aufgenommen worden wäre, läßt sich nicht erkennen. Sein wissenschaftliches Werk in den Jahren der Emigration ist im wesentlichen eine Entfaltung der Thematik des Parmenides-Buches.

Riezler war auf der „Suche nach einer Struktur der menschlichen Existenz“[3]. Diese stellte sich ihm dar in den „Beziehungen des Anderen zu dem lebendigen Einen“[4]. In deren „Abwandlungen und Verschränkungen“ wollte er die „Breite des Menschenwesens“ erfassen[5]. Dabei gelangte er über Heidegger hinaus und empfand dies als eine Befreiung aus „der Enge ..., in der die Macht des Nichts diese neueste Philosophie festhält“[6]. Bei dieser Bemühung um die Struktur der zwischenmenschlichen Beziehungen lagen seine intellektuellen Orientierungspunkte gänzlich außerhalb der Schulsoziologie. Ihm ging es mit Montaigne um die „condition humaine“, für ihn gleichbedeutend mit „Existenz“[7], oder mit Pascal um eine „logique du cœur“[8]. Sein Spätwerk durchzieht eine Meditation über die Motive des menschlichen Handelns, eine Beschreibung der sich gleichbleibenden Triebkräfte, die in wechselnden Zeiten und Räumen die „existentielle Situation“[9] des Menschen bestimmen, wie Wille zur Macht, Eitelkeit, Liebe, Ehrgeiz, Hingabe. Wenn der junge Riezler in seinem Geschichtsdenken durch den Historismus Rankescher Prägung bestimmt war, so erinnert sein Altersvorhaben an Jacob Burckhardts „gewissermaßen pathologische“ Betrachtung des „duldenden, strebenden und handelnden Menschen, wie er ist und war und immer sein wird“[10]. Auch für Riezler ist „der Mensch ... immer derselbe“. Der frühere Theoretiker des Nationalismus hatte das Unterscheidende artikuliert. In seinem Alterswerk richtete Riezler den Blick auf das Gemeinsame und Bleibende[11] — und zwar „im Kampf gegen die ‚social sciences‘ ... und in Ansehung des völlig zerredeten humanum“[12].

Dabei verstand er sich selbst als Geschichtsphilosoph, freilich in einem besonderen Sinn[13]. Die erkenntnistheoretische Frage der zwanziger Jahre beschäftigte ihn kaum mehr. Seine Absage an Spekulationen über den Sinn der Weltgeschichte war jetzt so entschieden wie je. Wie er schon früher die idealistische Geschichtsmetaphysik abgelehnt hatte, so verwarf er aus-

---

[3] Das Nichts und das Andere, S. 87.
[4] Ibid., S. 86. [5] Ibid., S. 86. [6] Ibid., S. 87.
[7] Political Decisions, S. 2.
[8] Jack and Jull, S. 489; Man, Mutable and Immutable, S. VIII.
[9] Will to Power, S. 140.
[10] Jacob Burckhardt, Weltgeschichtliche Betrachtungen, Einleitung.
[11] Diese Thematik insbesondere in: Man, Mutable and Immutable.
[12] Kurt Riezler an Karl Reinhardt, 8. 3. 1947. Dieses Wort bezieht sich auf das Werk: Man, Mutable and Immutable.
[13] S. bes. seine Rede auf dem amerikanischen Philosophenkongreß 1946: The Philosopher of History and the Modern Statesman, in: Social Research 13 (1946).

drücklich auch die marxistische und evolutionistische Geschichtsideologie. Trost und Verheißungen der Zukunft, wie sie in solchen Deutungen als Sinn der Geschichte angeboten werden, galten ihm als Versuche, den Handelnden von der vollen Verantwortung für das, was er in einer konkreten Entscheidungssituation tut, zu dispensieren. Wie man mit der Hegelschen „List der Vernunft" alle Verirrungen, sogar die Atombombe entschuldigen könne, so sei im revolutionären Geschichtskonzept die „Periode des Übergangs" ein bequemes Mittel zur moralischen und intellektuellen Beruhigung darüber, daß der Schrecken andauert und die Verheißungen unerfüllt bleiben. Riezler entwickelte demgegenüber seine Geschichtsphilosophie vom elementaren Selbstverständnis des Handelnden selber her: Für den Handelnden ist die „Zukunft nicht nur unbekannt, sondern unbestimmt"[14], wenn auch der Handlungsspielraum durch situationsbestimmende Kräfte und Faktoren determiniert ist[15]. Die Zukunft hat für Riezler keinen Sinn, der sich aus dem Geschichtsprozeß als Ganzem ergäbe. Der Mensch, der gegenwärtige Mensch in seinem Glanz und Elend setzt ihn. —

Mit dieser Philosophie ist Riezler in Amerika ein Fremdling geblieben. Seine Briefe an Freunde in Deutschland bezeugen es. Nicht daß es ihm an Dankbarkeit gefehlt hätte gegenüber dem Land, das ihn aufnahm. „Ich sitze wieder an meinem alten Schreibtisch, dem vielumwanderten", so heißt es in seinem ersten Brief an Karl Reinhardt aus New York, „und sehe von einem 12. Stock über das nächste Haus auf den Hudson und die vernebelten Lichter auf der anderen Seite ... und finde mich ganz wohl, wenn nicht ein paar Menschen so weit weg wären ..."[16] Und an Theodor Heuss: „Uns gehts gut, ich führe ein stilles, aber ganz arbeitsames Leben, conzentriert um mein Philosophielehren, das ja von den Zeitumständen, den Controversen über die Gegenwart nicht berührt ist — eine Insel, auf die man sich aus den gelegentlichen Erregungen hin- und herstreitender Meinungen zurückziehen kann ..."[17] Er war beeindruckt von der Höflichkeit, Gutartigkeit, menschlichen Wärme und Direktheit der Amerikaner, „nur sind sie alle beschäftigt und in Eile"[18]. Gelegentlich wünschte er sich, jünger zu sein „und weniger mit Vergangenheit belastet", um in dem jungen, dynamischen Land heimisch zu werden; „wenn ich erwähne, daß ich noch Bismarck habe reden hören ... guckt mich alles an, verwundert, daß ich nicht schon längst tot bin"[19]. Durch eine energische Beschäftigung mit der amerikanischen Geschichte versuchte er dem Land näherzukommen. Aber aus der Gegenwartsphilosophie schöpfte er keine Anregungen, und der akademische Unterricht stellte bei aller von ihm geschätz-

---

[14] Ibid., S. 374.

[15] Solche gesellschaftlich determinierenden Faktoren hat Riezler in den Walgreen Lectures, Chicago, 1953, untersucht: Political Decisions in Modern Society.

[16] Kurt Riezler an Karl Reinhardt, New York 2. 2. 1939, Nachlaß Reinhardt.

[17] Kurt Riezler an Theodor Heuss, New York 10. 3. [1939?], Theodor Heuss Archiv.

[18] Kurt Riezler an Karl Reinhardt, New York 2. 2. 1939, Nachlaß Reinhardt.

[19] Kurt Riezler an Theodor Heuss, New York 10. 3. [1939?], Theodor Heuss Archiv.

ten Frische und Offenheit der amerikanischen Jugend Kontaktprobleme: „Das Lehren in der so total verschiedenen Atmosphäre hat seine Schwierigkeiten, wenn man an sich selbst festhält ... das Land ist groß und das meiste verhallt im Leeren."[20] Diese Bemerkung, daß die Rede ohne Echo verhalle, findet sich in seinen amerikanischen Nachkriegsbriefen zu wiederholten Malen, weniger als Klage denn als Äußerung einer entschlossenen Resignation, sich selbst treu zu bleiben und in der fremden Umwelt gerade auch das zu sagen, was nicht gefällt.

Um so stärker weilten seine Gedanken bei den Freunden, bei Europa, dessen nationale Unterschiede ihm von Amerika her gesehen zu verblassen schienen, und bei Schuld und Schicksal Deutschlands.

Wenn er in deprimierten Stunden des ersten Weltkrieges gemeint hatte, der Weg des deutschen Volkes werde wohl durch die Herrschaft der Alldeutschen hindurch müssen, bevor politische Vernunft wieder zur Geltung gebracht werden könne, so war diese Vision des Schreckens im Nationalsozialismus Wirklichkeit geworden. Nachdem er in der Zeit der Weimarer Republik die „Schuld der Oberschicht" für die abermalige Heraufkunft eines hybriden Nationalismus gegeißelt hatte, versuchte er während des zweiten Weltkrieges aus der amerikanischen Distanz den „deutschen Modellfall der faschistischen Revolution"[21] mit Hilfe existentialer Strukturbegriffe zu deuten, wie sie seiner damaligen methodischen Bemühung um die Erhellung der „condition humaine" entsprachen. Er glaubte, daß sich das Phänomen weder im Schema eines ökonomischen Determinismus fassen lasse — dies in Auseinandersetzung mit Harold Laski — noch daß es soziologisch hinreichend mit genügender Klarheit verdeutlicht sei, wenn man es wie üblich als eine Revolte des Kleinbürgertums bezeichne. Dabei hat Riezler weder das Faktum des Klassenantagonismus noch die Tatsache, daß der Nationalsozialismus aus der unteren Mittelschicht einen wesentlichen Teil seines Zulaufs erhielt, bestreiten wollen. Die psychologisch-politisch relevanten Faktoren sah er aber quer gelagert zu diesen ökonomischen und sozialen Gegebenheiten. Die faschistische Revolution stellte sich ihm dar als ein Flankenangriff auf die blinden, mit ihren Konflikten beschäftigten Klassen und Schichten. Riezler bewegte sich außerhalb aller terminologischen Schablonen, wenn er drei neue „Klassen" einführte, die er als die Entwurzelten, die Toren und die Fachleute (outcasts, fools, experts) bezeichnete: Der Nationalsozialismus ist eine Revolution der Entwurzelten, die aus allen historischen Gruppen und Klassen stammen, aus dem Bauerndorf nicht weniger als aus der Aristokratie oder der Universität. Diese bedienen sich der Toren, sei es, daß diese blind sind für das, was wirklich geschieht, weil sie „über politische Fragen in lediglich ökonomischen Begriffen zu denken vermögen", oder sei es, daß sie als Eisen-, Stahl- und Kohlemagnaten blind sind gegenüber sich selbst, wenn sie glauben, imstande zu sein, sich ihrerseits der Entwurzelten für ihre Zwecke bedienen zu

[20] Kurt Riezler an Theodor Heuss, New York 21. 8. [1945?], Theodor Heuss Archiv.
[21] Psychology of Modern Revolution, S. 321.

können. Deren Herrschaft, wenn sie erst im Flankenangriff gegen die Toren die Macht erobert haben, konsolidiert sich mit Hilfe der Fachleute in Armee, Verwaltung, Wissenschaft und Technik. Der Lebenshorizont der Fachleute beschränkt sich darauf, daß in dem begrenzten Feld, auf das sie sich verstehen, die Dinge funktionieren. Für das Ganze aber besitzen sie keinen Sinn und keine Verantwortung.

Das ist eine simple Erklärung für komplizierte Dinge. Aber Riezler meinte auch nicht mehr gegeben zu haben als eine „heuristische Anleitung" für die Analyse konkreter Fälle. Und zwei Schlußfolgerungen ergaben sich für ihn aus diesem begrifflichen Ansatz. Einmal eine Warnung: wenn in der Vergangenheit die Industriegesellschaft gerade in Deutschland aufgrund ihrer besonderen historischen Belastungen und infolge der Niederlage des ersten Weltkrieges für eine solche Revolution besonders anfällig gewesen war, so bestand für Gegenwart und Zukunft und angesichts der Erschütterungen des zweiten Weltkrieges die Gefahr des Faschismus auch für andere Länder. Zum anderen die Feststellung: eine entschlossene und skrupellose Minderheit, wenn sie erst an der Macht und im Besitze der modernen technischen Mittel, die Macht zu sichern, ist, kann nicht mehr von innen her alleine gestürzt werden. Dieser Einsicht entsprach es, daß Riezler in Amerika Verbindung zum deutschen Widerstand hielt. Adam v. Trott zu Solz, der in den USA um politische Unterstützung warb, fand in Riezler einen der wenigen Deutschen, denen er sich rückhaltlos anvertrauen konnte[22].

Nachdem der Nationalsozialismus von außen zum Einsturz gebracht war, beteiligte sich Riezler an der Diskussion um das zukünftige Deutschland. Und wieder beschäftigte ihn die Thematik des Nationalismus. Er trat einer simplifizierenden Generalverurteilung der deutschen Geschichte entgegen. 1914 war nicht 1939. Und es war zugleich eine Bilanz seines eigenen nationalen Engagements im und nach dem Ersten Weltkrieg, wenn er feststellte:

„Das ‚Diktat von Versailles' hätte, obwohl diese Bezeichnung ständig in ehrenrühriger Weise von der nationalistischen Opposition gegen die sozialistische Regierung verwendet wurde, nicht die explosive Kraft besessen, die es in den zwanziger Jahren hatte, wenn nicht Versailles tatsächlich ein Diktat gewesen wäre. Ein Deutscher, der diesen Ausdruck für Versailles verwandte, war vielleicht ein Nationalist. Aber er war nicht deshalb schon ein Nationalist, weil er sich gegen die Tatsache auflehnte, daß die deutsche Regierung gezwungen wurde, ihre Unterschrift schweigend unter ein Bekenntnis der Alleinschuld am Kriege zu setzen, ohne daß selbst der zaristischen Regierung daran ein Anteil zugeschrieben wurde. Weder das Diktat als solches — eine Mächtekoalition, die ihrer Einigkeit nicht sicher ist, kann nur diktieren — noch der politische Inhalt des Vertrages, sondern ein solch demütigendes Verfahren gaben der Formel ihre explosive Kraft."[23]

Die Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg stand ihm außer Zweifel. Daher hätten die Deutschen kein Recht, sich zu beklagen über das, was mit ihnen nun geschah. Aber politisch gesehen schien es ihm eine

[22] So Ch. Sykes, Eine deutsche Tragödie: Adam von Trott zu Solz (1969, nach der englischen Ausgabe von 1968) S. 233 f.

[23] Übersetzt nach Comment, S. 446.

Torheit, sie ständig daran zu erinnern, daß sie Schuld nicht nur empfinden, sondern auch bekennen sollten. Eine simple psychologische Überlegung sprach für ihn dagegen: „Von keinem menschlichen Wesen und ganz gewiß von keiner Nation kann man erwarten, das Gefühl der Scham zu verewigen, ohne einen immer abwehrenden und manchmal aggressiven Verteidigungsmechanismus zu entwickeln — eine seelische Einstellung, die kommende Demagogen mit Sicherheit ausnutzen würden."[24] Dabei war er sicher, daß für einen aggressiven Nationalismus in Deutschland keine Chancen mehr bestünden. Denn wenn er im Jahre 1947 die politische Teilung Deutschlands und die Konfrontation der Weltmächte in Deutschland für unvermeidlich hielt, so sah er zugleich das überragende Interesse Deutschlands darin, daß diese Konfrontation zwischen den USA und Rußland nicht zum Krieg führte, deren erstes Opfer Deutschland sein würde: „Das weiß jetzt jeder Deutsche ... Alle Deutschen leben in tiefster Furcht vor dem Kriege."[25] Von einem zukünftigen deutschen „Patriotismus" — Riezler bediente sich jetzt dieses Begriffs —, der nach der Einheit Deutschlands strebt, werde man daher wahrscheinlich zu hören bekommen, daß es die Aufgabe Deutschlands sei, eine „Brücke zwischen Ost und West" darzustellen. Das war eine genaue Voraussicht der Entwicklung des politischen Denkens in der Bundesrepublik. War eine solche Brückenideologie als Ausdruck eines neuen hybriden Sendungsbewußtseins, als abermaliger schändlicher Trick des deutschen Nationalismus anzusehen[26]? Die Antwort liegt in Riezlers Feststellung der kategorischen Notwendigkeit, einen Krieg zwischen den beiden führenden Weltmächten zu vermeiden, in dem es keine Sieger und keine Besiegten mehr geben werde, sondern nur noch totale Zerstörung. Riezler, der entschiedene Antikommunist, ist nie der Mentalität des Kalten Krieges verfallen. Im Unterschied zu manchen Emigrantenfreunden hat er eine parallele Verdammung von Nationalsozialismus und Bolschewismus nicht mitmachen wollen. Eine solche schien ihm zu undifferenziert[27]. Selbst für „Roosevelts Illusionen in der west-östlichen Allianz" brachte er Verständnis auf. Riezler sah „den russischen Menschen hinter den Gewaltherrschern"[28]. Für das zukünftige Zusammenleben in Europa suchte er, noch vor der endgültigen Teilung, die politische Voraussetzung in der Neutralisierung und Nichtbewaffnung Deutschlands: „Zugegeben, der Gedanke, Deuschland zu einem Machtvakuum in der Mitte Europas zu machen, ist jetzt nur ein Traum. Wir könnten jedoch in Zukunft gezwungen sein, manchen Traum zu träumen, der der Zeit weit vorauseilt ..."[29] Die Deutschlandvision des Nationalisten Riezler war einst die mitteleuropäische Hegemonie gewesen im Interesse der Weltmachtstellung des Reiches — die Erfahrungen

[24] Ibid., S. 450.
[25] Ibid., S. 451.
[26] Ibid., S. 453.
[27] Ich beziehe mich hierbei auf Mitteilungen von Frau Toni Stolper.
[28] Toni Stolper, Ein Leben, S. 429. [29] Comment, S. 454.

der Geschichte ließen den Patrioten Riezler am Ende seines Lebens an ein gewaltloses neutrales Deutschland in der Mitte Europas denken im Interesse des Friedens der Welt. Beides Träume — beides unerfüllt. Die Wirklichkeit der Geschichte sprach gegen sie.

Den in Amerika einsamer werdenden Riezler zog es in seiner Altersresignation nach Europa zurück. Schwer traf den Siebzigjährigen auf einer Deutschlandreise der Tod seiner Frau. „Er ist recht alt geworden", schrieb der besorgte Bruder Walter an Theodor Heuss, „und scheint mir resignierter zu sein als recht ist. Mit Amerika hat er sich im Grunde nichts zu sagen."[30] 1954 löste er sich aus dem Gastlande, das ihm nicht zur zweiten Heimat geworden war. Rom bestimmte er sich als letzten Wohnsitz. „Es wird Zeit, da die Sanduhr demnächst abgelaufen sein wird."[31] Er suchte sich eine Wohnung mit einem weiten Blick über die Stadt in Erwartung der Freunde. „Das erste, was ich in Rom tun werde, ist nach Griechenland zu fahren", hatte er Karl Reinhardt geschrieben. Er sah Griechenland. Dann ergriff ihn ein schneller Verfall seiner Kräfte. Im Juli 1955 wurde er in einer Münchener Klinik untergebracht, hoffnungslos vom Tode gezeichnet. Seine Tochter aus New York, sein Bruder, seine Freunde besuchten den Sterbenden. Der letzte von Verwandten und Freunden, der ihn am 5. September 1955 sprach, war Kurt v. Fritz. Er berichtet: „Als ich am Abend vor seinem Tode um 7¼ Uhr wegging, bat er mich, ihm am nächsten Tag eine griechische Ausgabe von Platons Timaeus mitzubringen. Aber als ich am nächsten Tag seinen Wunsch erfüllen wollte, war er nicht mehr am Leben. Er war in der Nacht zwischen 2 und 3 Uhr gestorben."[32]

---

[30] Walter Riezler an Theodor Heuss, Ebenhausen 17. 8. 1952, Theodor Heuss Archiv.
[31] Kurt Riezler an Karl Reinhardt, 26. 12. 1953, Nachlaß Reinhardt.
[32] Kurt v. Fritz an Verf., 15. 9. 1969.

II

TAGEBÜCHER

1910—1918

VORBEMERKUNGEN

A. Bestandsverzeichnis

19 Hefte, Schulkladden, 16,5 x 20,5 cm, zweiseitig beschrieben. 16 blaue Hefte, 1 schwarzes, 1 schwarz-weiß-marmoriertes, 1 Heft ohne Umschlag. Diese Stücke sind fortlaufend numeriert als Heft XXXI bis L. Die vorhergehenden Nummern fehlen, ebenso Nr. XXXIV, aber zeitlich schließt sich Heft XXXV an Heft XXXIII an. Die Aufzeichnungen sind in Bleistift von der Hand Kurt Riezlers für den Zeitraum vom 15. 8. 1914 bis 12. 11. 1918. Die Eintragungen selber sind fortlaufend numeriert.
19 Blätter 22 x 28,5 cm, einseitig beschrieben in Bleistift von der Hand Kurt Riezlers für die Zeit vom 7. 7. 1914 bis 14. 8. 1914; Eintragungen numeriert 1 bis 8.
1 schwarzes Heft, Taschennotizbuch, 10,3 x 16,3 cm, ohne Heftnummer und ohne Numerierung der Eintragungen, einseitig beschrieben in Bleistift von der Hand Kurt Riezlers, 21. 2. 1915 bis 10. 5. 1915.
1 schwarzes Heft, Schulkladde, 16,5 x 21 cm, ohne Heftnummer und ohne Numerierung der Eintragungen, zweiseitig in Bleistift von der Hand Kurt Riezlers beschrieben, 2. 7. 1916 bis 14. 7. 1917.
Auszüge aus den nicht vorliegenden Tagebüchern XXVII und XXVIII für die Jahre 1910 und 1911, angefertigt von Walter Riezler und Frau Pick-Duisberg, in Schreibmaschine, 6 Seiten.
In einigen Heften liegen gefaltete ein- oder zweiseitig beschriebene Blätter verschiedener Provenienz.

B. Zur Edition

1. Einige Hefte der Vorlage überschneiden sich zeitlich. Die Edition bringt die einzelnen Eintragungen in chronologischer Reihenfolge.
2. Der Abdruck des Textes erfolgt im allgemeinen genau nach der Vorlage.
3. Nur wenige gekennzeichnete Stellen sind weggelassen, insgesamt 154 Wörter. Es handelt sich ausschließlich um Eintragungen familiärer Natur. Die Weglassung erfolgt auf Wunsch der Tochter Kurt Riezlers, Mrs. White.
4. Die Rechtschreibung wird gelassen, wie sie in der Vorlage steht, auch wenn sie von der damals und heute üblichen abweicht. Nur offensichtliche Flüchtigkeitsfehler werden stillschweigend verbessert.
5. Unvollständige oder nicht ganz richtig gebaute Sätze sowie einzelne Wörter werden nur dann vervollständigt bzw. korrigiert, wenn es für das Verständnis notwendig erscheint. Alle Änderungen sind durch eckige Klammern kenntlich gemacht.

6. In den hastig hingeworfenen Notizen Riezlers sind die Wörter häufig nur flüchtig oder gar nicht ausgeschrieben. In diesen Fällen wird überall, wo der Wortlaut eindeutig erkennbar ist, stillschweigend die notwendige Ergänzung vorgenommen. In Zweifelsfällen wird die Ergänzung in eckige Klammern gesetzt. Bei üblichen Abkürzungen oder solchen, die von Riezler eindeutig als Abkürzungen gekennzeichnet sind (z. B. franz., polit., St.S.) erscheinen die Ergänzungen des Herausgebers ebenfalls in eckigen Klammern. Nicht aufgelöst sind einige wenige, stets wiederkehrende Abkürzungen (z. B. AA, RK, SM).
7. Die Interpunktion ist beibehalten, obwohl sie unvollständig und unsystematisch ist. Nur dort, wo es zum leichteren Verständnis des Textes nötig ist, werden Satzzeichen ergänzt. Die Ergänzungen sind durch eckige Klammern gekennzeichnet.
8. Die Absatzgliederung entspricht der Vorlage.
9. Die Ziffern am Kopf der Eintragungen bezeichnen die von Riezler selbst vorgenommene Numerierung der Hefte (römische Ziffern) und Eintragungen (arabische Ziffern).
10. Die Vorlage weist zahlreiche kleinere Verbesserungen und Streichungen von der Hand Kurt Riezlers auf. Diese werden nur dann vermerkt, wenn sich daraus inhaltliche Varianten oder Verdeutlichungen ergeben. Weiter hat der Bruder Kurt Riezlers, Walter Riezler, an manchen Stellen als Lesehilfe bei schwer lesbaren Wörtern seine Lesart an den Rand oder über das betreffende Wort gesetzt oder eine falsche oder für falsch gehaltene Schreibweise korrigiert. Diese Korrekturen sind immer dann vermerkt, wenn sie von unserer Lesart abweichen oder eine verschriebene Stelle sinngemäß richtig wiedergeben.
11. Die Datumszeile wird, wenn nötig, ergänzt oder verbessert. Ergänzungen erscheinen in eckigen [], Verbesserungen in spitzen ⟨ ⟩ Klammern. Bei Verbesserungen wird die von Riezler gesetzte Datierung in der Anmerkung angegeben.
12. Schreibfehler bei Eigennamen werden stillschweigend verbessert. Nur wenn ein Name völlig verschrieben oder verwechselt ist, wird in eckigen Klammern der richtige Name eingesetzt und die irrtümliche Schreibweise in der Anmerkung wiedergegeben. Die Schreibweise polnischer und russischer Namen ist unverändert beibehalten. Bei eigener Verwendung russischer Namen wird in den Anmerkungen — wie schon in der Einleitung — die übliche Transkription verwendet unter Verzicht auf die phonetische Transliteration.

Die einzelnen Stücke in zeitlicher Reihenfolge:

Nr. des Heftes	*Nr. der Eintragung*	*Datum*	
XXVII	492	2. 2. 1910	maschinenschriftliches, sechsseitiges Scriptum mit der Überschrift „Auszüge aus Tagebüchern", dahinter handschriftlich „Kurt 1910—11"; ebenfalls handschriftlich am Rand in römischen Ziffern die Nummern der Tagebücher, aus denen die Auszüge entnommen sind, sowie die arabisch bezifferten einzelnen Eintragungen. Diese handschriftlichen Vermerke stammen von Walter Riezler.
	496	19. 7. 1910	
	497	30. 8. 1910	
XXVIII	500—505	20. 1. 1911— 8. 4. 1911	
	507—514	16. 4. 1911— 9. 8. 1911	
—	—	7. 7. 1914—14. 8. 1914	Numerierung der Eintragungen außer der Reihe, 1—8. Paginierte Blätter.
XXXI	548—565	15. 8. 1914— 7. 10. 1914	blaues Heft 44 Seiten
XXXII	566—581	9. 10. 1914— 5. 12. 1914	blaues Heft 40 Seiten
XXXIII	582—583	12. 12. 1914—13. 12. 1914	Heft ohne Umschlag 40 Seiten, nur die ersten 5 Seiten beschrieben.
XXXV	584—598	23. 12. 1914—20. 2. 1915	blaues Heft 40 Seiten. Eintragungen schließen an XXXIII an.
—	—	21. 2. 1915—10. 5. 1915	schwarzes Heft 102 Seiten, die letzten 25 Seiten unbeschrieben
XXXVI	599—607 (letzte Zahl doppelt)	4. 3. 1915—25. 5. 1915	blaues Heft 40 Seiten, die letzten zwei Seiten unbeschrieben
XXXVII	608—612	31. 5. 1915— 7. 7. 1915	blaues Heft 40 Seiten, die letzten 23 Seiten unbeschrieben
XXXVIII	613—622	11. 7. 1915—23. 8. 1915	blaues Heft 40 Seiten
XXXIX	622 (doppelt) —632	24. 8. 1915—23. 10. 1915	blaues Heft 40 Seiten
XL	633—643	26. 10. 1915—25. 12. 1915	blaues Heft 36 Seiten
XLI	644—655	3. 1. 1916—19. 2. 1916	blaues Heft 40 Seiten
XLII	656—666	22. 2. 1916—24. 4. 1916	blaues Heft 40 Seiten
XLIII	667—677	28. 4. 1916—13. 7. 1916	schwarz-weiß-marmoriertes Heft 40 Seiten. Einlage Folioblätter 1—6, einseitig beschrieben, Bleistift, von Hand Kurt Riezlers, undatiert. incipit: „Die Situation stellt sich folgendermaßen dar . . .". Hiervon Schreibmaschinenabschrift mit Bleistiftvermerk von Kurt Riezler: „30. 4. 1916 als Unterlage einer Aufzeichnung für S. M. amerikanische Entscheidung" (s. Beilage 1, u. S. 488 ff.).
—	—	2. 7. 1916—14. 7. 1917	schwarzes Heft 80 Seiten, die letzten 15 Seiten unbeschrieben. Darin 6 Einlagen: 1. Gutachten des ehemaligen deutschen Marineattachés in Washington, Kapitän z. S. Karl Boy-Ed, zu Fragen des U-Boot-Krieges, 28. 8. 1916. 5 Folioblätter, Maschinenschrift (s. Beilage 2, u. S. 491 ff.).

Nr. des Heftes	*Nr. der Eintragung*	*Datum*	
			2. „Notizen über die Hetzerei L[udendorffs]“ o. D., Bleistift von Hand Kurt Riezlers, 8 Seiten 14 x 22 cm, davon 6 beschrieben (s. u. S. 444 f.). 3. „Tableau für die Wahlrechtsfrage“, für 9. 7.—11. 7. 1917, Bleistift von Hand Kurt Riezlers, 4 Seiten 17,5 x 11,5 cm, 2 Seiten beschrieben (s. u. S. 446). 4. „Ereignisse vom 17. [7. 1917]“, o. D., Bleistift von Hand Kurt Riezlers, 4 Seiten 14 x 22 cm, 2 Seiten beschrieben (s. u. S. 446 f). 5. „Die Geschichte D[eutschlands] v. 5.—15. [7. 1917]“, o. D., Bleistift von Hand Kurt Riezlers, 12 Seiten 17,5 x 11,5 cm, 5 Seiten beschrieben (s. u. S. 447 f.). 6. Zwei undatierte Aufzeichnungen Kurt Riezlers in Schreibmaschinendurchschrift auf einem DIN A 4-Blatt a) „Bethmann Hollweg nach dem Abschied“ (s. u. S. 449); b) „Von Valentini am 13. [7. 1917] eingeforderte, aber von ihm nicht benutzte Notizen für ein kais[erliches] Handschreiben zum Abgang Bethmanns“ (s. u. S. 449 f.).
XLIV	678—688	1. 8. 1916—13. 12. 1916	blaues Heft 40 Seiten, die letzte Seite unbeschrieben
XLV	689—695	29. 12. 1916—14. 2. 1917	blaues Heft 38 Seiten; die erste Seite ist sauber herausgeschnitten. Die Aufzeichnungen knüpfen mit 689 an das Vorheft an.
XLVI	696—706	18. 2. 1917—25. 3. 1917	blaues Heft 40 Seiten. Einlage Denkschrift des Barons Friedrich von der Ropp, „Zur amerikanischen Kriegsgefahr“, 19. 2. 1917; 7 Folioblätter, Maschinendurchschrift, am Rand handschriftliche Bleistiftvermerke Kurt Riezlers (s. Beilage 3, u. S. 495 ff.).
XLVII	707—722	28. 3. 1917— 9. 5. 1917	blaues Heft 40 Seiten, die letzte Seite unbeschrieben. Einlage Entwurf einer Note an die provisorische Regierung in Petersburg zur Herstellung des Friedens, o. D., Bleistift von Hand Kurt Riezlers; 1 Folioblatt, einseitig beschrieben (s. Beilage 4, u. S. 500 f.).
XLVIII	723—728	13. 5. 1917— 4. 8. 1917	blaues Heft 40 Seiten, 19 Seiten unbeschrieben, letzte Seite Notizen, die nicht zum Tagebuch gehören.
XLIX	729—737	3. 10. 1917— 8. 6. 1918	blaues Heft 40 Seiten, die letzten 6 Seiten unbeschrieben. Einlage Gutachten Kurt Riezlers zum weiteren Vorgehen der Mittelmächte gegenüber der russischen Regierung, 2. 2. 1918; 4 Folioblätter, Schreibmaschinenabschrift, 1 Blatt doppelseitig, die anderen einseitig beschrieben; Datum von Hand Kurt Riezlers (s. Beilage 5, u. S. 501 ff.).
L	738—751	17. 8. 1918—12. 11. 1918	schwarzes Heft 70 Seiten, die letzten 14 Seiten unbeschrieben.

492 Berlin, 2/2. 1910

Aber Bethmanns Charakter fesselt mich von neuem an den Beruf[1]. Nach dem seelenlosen Bülow eine Erlösung[2]. Wenn der sich nicht durchsetzt, muss jeder Idealismus an unseren Zuständen verzweifeln. Das Nachdenkliche und sachliche. Ach so deutsch. Die Hamletgeste. Die Idee des guten und ihre Macht. Wie angenehm das Gefühl mit sachlichen Argumenten etwas ausrichten zu können. Als ich neulich gegen Kemnitz[a][3] vor Wahnschaffe[4] über Elsass-Lothringen[5] richtig von der Leber weg reden konnte.

[a] „Kemnitz" handschriftlich unterstrichen.

[1] Bethmann war am 14. 7. 1909 zum Reichskanzler ernannt worden.

[2] Bernhard Fürst v. Bülow (1849—1929), 1900—1909 Reichskanzler, Dez. 1914—1916 a. o. Botschafter in Rom.

[3] wohl Hans Arthur W. A. v. Kemnitz (1870—1955), 1901 Eintritt in das Ausw. Amt, diplomat. Dienst an verschiedenen Auslandsvertretungen, 1913 ständiger Hilfsarbeiter im Ausw. Amt, 1914—1916 an der Front als Rittmeister der Reserve, dann wieder im Ausw. Amt, 1918 Vertreter des Ausw. Amtes bei der Militärverwaltung Mitau und Riga, 1920—1928 MdR (DVP).

[4] Arnold Wahnschaffe (1865—1946), 1909—1917 und Okt./Nov. 1918 Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei.

[5] Bethmann Hollweg brachte die unter seinem Vorgänger stagnierende elsaß-lothringische Verfassungsfrage voran. Anfang Februar 1910 forderte der elsaß-lothringische Landesausschuß den Status eines gleichberechtigten Gliedstaates des Reichs. Am 17. 12. 1910 legte Bethmann Hollweg dem Reichstag einen Verfassungsentwurf für das Reichsland vor. Er wurde am 26. 5. 1911 verabschiedet und trat am 1. 9. 1911 in Kraft. E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 4 (1969), S. 469 ff.

496 Berlin 19/7. 1910

Einen Aufsatz über die beiden Kanzler angefangen[1]. —
Das neueste Deutschland predigen, das dem alten näher steht, als das neue.
Bethmanns Situation durch den Ministerschub[2] stark verbessert. Er hat es begriffen. „Ein Staatsmann muss Skalpe um[a] seinen Gürtel hängen haben."
Bülow in Berlin. „Aufrichtigsten" Lobes über Bethmann voll. Vergnügt und heiter, hält hinter seinem Schreibtisch die Reden die er im Par-

[a] Handschriftlich darüber: „an".

[1] Nicht nachgewiesen. Sein späteres abschließendes Urteil: J. J. Ruedorffer, Bethmann Hollweg. Ein Nachruf, in: Dt. Nation 3 (1921). Darin heißt es: „Nicht geschichtliche, wohl aber menschliche Größe kommt ihm zu." (S. 129).

[2] Am 9. 6. 1910 wurde der Staatssekretär des Reichskolonialamtes Dernburg durch den Unterstaatssekretär v. Lindequist ersetzt, am 18. 6. der preuß. Landwirtschaftsminister v. Arnim durch den Oberpräsidenten der Rheinprovinz Frhr. v. Schorlemer und der preuß. Minister d. Innern v. Moltke durch den Oberpräsidenten von Schlesien v. Dallwitz, am 28. 6. der preuß. Finanzminister v. Rheinbaben durch den Oberbürgermeister von Magdeburg v. Lentze und der Staatssekretär des Ausw. Amtes Frhr. v. Schoen durch den Gesandten in Bukarest v. Kiderlen-Waechter. Schultheß 1910, S. 322, 328 f.; Zmarzlik, S. 12 f.

lament nicht mehr halten kann. Wahnschaffe erzählte mir gestern bei Bristol, wie Bülow ihm auseinandersetzte, was er im Falle der Annahme der Erbschaftssteuern[3] in der Wahlrechtssache[4] getan hätte. „Ich — hätte folgende Rede gehalten: Gegen eine Partei[5], die solchen — Opfermut bekundet hat, die — die Freiheitskriege geschlagen, die — eine der Säulen des Staates ist, werde ich keine Wahlreform machen. Ich werde eine Wahlreform nur mit Zustimmung dieser Partei machen."
Hammann[6] trotz Jagd gealtert, tyrannischer als je.

[3] Eine Vorlage Bülows zur Ausdehnung der Erbschaftssteuer wurde am 24. 6. 1909 im Reichstag durch die Stimmen des Zentrums und der Konservativen abgelehnt. Die Ablehnung führte zum Rücktritt Bülows. Gebhardt, Bd. 3, S. 365; Sten. Berichte, Bd. 237, S. 8801 ff.

[4] Eine Regierungsvorlage zur Reform des preuß. Dreiklassenwahlrechts vom 10. 2. 1910 wurde wegen des Widerstandes der Konservativen am 27. 5. 1910 zurückgezogen. Schultheß 1910, S. 99, 292; Gebhardt, Bd. 3, S. 366.

[5] d. h. die Konservativen, vgl. Anm. 4.

[6] Otto Hammann (1852—1928), Jurist und Journalist, unter Caprivi als Pressereferent in das Ausw. Amt berufen, leitete 1894—1916 dessen Presseabteilung.

497 Berlin 30/8. 1910

Kleinarbeit im Amt.
Die Kaiserrede[1]. Schauderhaft. Einzige Möglichkeit sich auf das preussische Bein zu stellen und durchzuhalten.
Wie töricht parlamentarisch zu handeln und unnötig antiparlamentarisch zu reden. Der „Bürger" tobt. Umgekehrt muss es gemacht werden.

[1] Trinkspruch Wilhelms II. bei der Abendtafel für die Provinz Ostpreußen am 25. 8. 1910 in Königsberg: „... als Instrument des Herrn Mich betrachtend, ohne Rücksicht auf Tagesansichten und -meinungen, gehe ich Meinen Weg, der einzig und allein der Wohlfahrt und friedlichen Entwicklung unseres Vaterlandes gewidmet ist..." Die Rede wurde in der liberalen und sozialdemokratischen Presse heftig kritisiert. Schultheß 1910, S. 338 ff.

500 Berlin, 20/1. 1911

Der Kanzler und Heydebrand[1]. Die Konservativen scheinen die Reichsversicherungsordnung[2] zu Fall bringen zu wollen. Das bedeutet, dass Heydebrand den Kanzler stürzen will. Das bedeutet Kampf, sichtbarer

[1] Ernst v. Heydebrand und der Lasa (1851—1924), 1882—1895 Landrat, 1888—1918 Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses, 1903—1918 MdR (Kons.), 1905—1918 Fraktionsvorsitzender im preuß. Abgeordnetenhaus, 1912—1918 Parteivorsitzender der Konservativen.

[2] Zusammenfassung, Reform und Ausdehnung der bestehenden Gesetze zur Arbeiterversicherung. Sie wurde am 30. 5. 1911 vom Reichstag angenommen und trat am 19. 7. 1911 in Kraft. Anfangs leisteten die Konservativen wegen der Aufnahme landwirtschaftlicher Arbeiter in die Pflichtversicherung starken Widerstand und drohten mit der Ablehnung der ganzen Vorlage. Haberland, S. 54 ff.

Kampf der Beiden, vielleicht einmal mit einer Wendung der Regierung gegen rechts und Auflösung.
Die zwei Momente die jeden solchen Umschwung beinahe unmöglich machen: Die namenlose Dämlichkeit der Liberalen und dass der Kaiser nicht durchhält.

501 Berlin, 27. 1. 1911

Am Sonntag wegen Elsass beim Kanzler, zuerst die Rede[1]. Vortrag über deutsche Frage, preussischer Sonderparlamentarismus Frankfurt Berlin, Gagern[2] gegen Oktroyirte Verfassung 1848. Dann Frage des Kanzlers nach Parteilage.
Er sagte, die Situation der Liberalen wäre jetzt besser als jemals. Bassermann[3] sehe den Himmel voller Geigen. Wären die Liberalen einigermassen geschickt, so könnten sie ihn in Fesseln schlagen. Sie sollten ihn — mit allen programmatischen Vorbehalten — unterstützen, sich in jeder Hinsicht als regierungsfähig parat halten.
Ich sagte ihm das wäre nicht zu erreichen. Diesen Epigonen käme es gar nicht auf Macht und Einfluss, sondern auf Reden in Bezirksvereinen an, und das Verlassen der gewohnten Oppositionsphrase wäre ihnen innerlich unheimlich. Sie bräuchten einen Mann der genügend Autorität und Rücksichtslosigkeit habe, um mit diesen Kleinbürgern fertig zu werden. Dörnberg[4]. Er meinte, Dörnberg[a] solle Oberbürgermeister von Berlin werden. Dieser[b] habe neulich es überhaupt abgelehnt mit d[em] Statthalter über Elsass-Lothringen zu sprechen.
Ich sagte, einfach deshalb, weil keiner von diesen Leuten heute irgend eine Ahnung davon habe, was die Fraktion in der Elsass-Lothringischen Frage tun solle.
Er meinte, man könne mit den Leuten nicht verhandeln. Mit dem

[a] „Dörnberg" handschriftlich unterstrichen.
[b] „Dieser" handschriftlich unterstrichen; am Rande handschriftlich „Weiner?"

[1] Der Regierungsentwurf vom 17. 12. 1910 für die Verfassungsreform in Elsaß-Lothringen sah vor: drei Stimmen im Bundesrat. Einführung des Zweikammersystems; Landesgesetzgebung durch die beiden Kammern unter Mitwirkung des Kaisers als dem obersten Landesherrn. Am 26. und 28. 1. 1911 fand die 1. Lesung im Reichstag statt. Am 28. 1. begründete Bethmann den Entwurf in einer ausführlichen Rede. Zmarzlik, S. 85 ff.; Sten. Berichte, Bd. 263, S. 4200 ff. — S. u. 17. 5. 1911, Anm. 1.
[2] Heinrich v. Gagern (1799—1880), Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung und seit 19. 5. 1848 deren Präsident. Gemeint ist hier wohl Gagerns Aufenthalt in Berlin Nov. 1848, bei dem er in Übereinstimmung mit der Frankfurter Nationalversammlung die Oktroyierung einer Verfassung in Preußen zu verhindern suchte. V. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution von 1848—1849, Bd. 2 (1931) S. 281 ff.; Erinnerungen aus dem Leben von Hans Viktor von Unruh, hrsg. von Heinrich v. Poschinger (1895) S. 111—113.
[3] Ernst Bassermann (1854—1917), 1893—24. 7. 1917 MdR, seit 1898 Fraktionsvorsitzender und seit 1905 Vorsitzender der Nationalliberalen Partei.
[4] Vielleicht Bernhard Dernburg (1865—1937), Bankdirektor, 1906 Direktor der Kolonialabteilung des Ausw. Amtes, 1907—1910 Staatssekretär des Reichskolonialamtes. Er galt als Mann der liberalen und freisinnigen Kreise.

Centrum könne man Geschäfte machen. Mit den Konservativen auch, obwohl mit Heydebrand nicht leicht. Von den Liberalen hat nie jemand genügende Geschäftsvollmacht.
Traurig, aber alles wahr, ich konnte nichts zu gunsten der Liberalen sagen, musste alles bestätigen.

502 Berlin, 5/2. 1911

Der Kampf mit Rom. Antimodernisteneid[1]. Der unverschämte Sylvesterbrief des Papstes an Kardinal Fischer[2]. Die Beratungen hierüber.

[1] Motuproprio „Sacrorum antistitum" vom 1. 9. 1910, das dem größten Teil der kath. Geistlichen, besonders den mit einem kirchlichen Lehramt betrauten, den jährlich zu erneuernden Eid vorschrieb, der „modernistischen" Richtung der Theologie abzuschwören, und eine enge Überwachung der theologischen Schriften und Universitätsvorlesungen vorsah. Vorangegangen waren bereits drei weitere wichtige Kundgebungen des Papstes gegen den Modernismus (Syllabus vom 3. 7. 1907, Enzyklika „Pascendi dominici gregis" vom 8. 9. 1907, Borromäus-Enzyklika „Editae saepe" vom 29. 5. 1907). Der Kampf Pius' X. (1903—1914) gegen die modernistische Theologie und damit verbunden gegen die liberalen und reformerischen Tendenzen in der kath. Kirche führte besonders in Deutschland zu heftigen Auseinandersetzungen, weil er sich hier mit der Definition des Verhältnisses zum Protestantismus und mit dem Streit um den Charakter des Zentrums und der kath. Gewerkschaftsbewegung verband. Schmidlin, Bd. 3, S. 94 ff., 138 ff.; Bachem, Bd. 7, S. 347 ff.; Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1911/I, Sp. 46 ff. (Sitzungen vom 14. und 16. 1. 1911); G. Franz-Willing, Die bayerische Vatikangesandtschaft 1803—1934 (1965) S. 100 ff.; Text des Motuproprio in Acta Apostolicae Sedis, Bd. 2, S. 655 ff.

[2] Antonius Fischer (1840—1912), seit 1902 Kardinal und Erzbischof von Köln. — Das Motuproprio vom 1. 9. 1910 hatte die Frage offengelassen, ob die Vorschriften über Zensur und Eidesleistung auch für die an staatlichen Lehranstalten angestellten Theologen gelten sollten. Kardinal Fischer, der im November 1910 zur Klärung dieser Frage in Rom war, wurde die Exemption dieser Geistlichen zugesichert. Auch die außerordentliche deutsche Bischofskonferenz in Fulda 15. 12. 1910 und Kardinal Kopp, das Haupt der „integralen" Berliner Richtung, lehnten, um Konflikte mit dem Staat zu vermeiden, die Leistung des Eides für die geistlichen Lehrer an staatl. Gymnasien und Universitäten ab. PA, Päpstl. Stuhl Nr. 6 geh., Bd. 1. Diese Zugeständnisse wurden durch ein Breve des Papstes an Kardinal Fischer vom 31. 12. 1910, veröffentlicht am 16. 1. 1911 in den Acta Apostolicae Sedis, Nr. 1, und Ende Januar in der deutschen Presse, in Frage gestellt: „ . . . Bezüglich der Verwerfung aber der Irrtümer der Modernisten nach der von Uns vorgeschriebenen Formel haben Wir zwar, als Wir mündlich mit Dir verhandelten, in wohlwollender Interpretation der Vorschrift erklärt, daß durch das Motuproprio die Priester, welche an staatlichen Lehranstalten den Religionsunterricht erteilen, zu dem Eide nicht verpflichtet würden. Wenn aber welche von diesen staatlichen Lehrern zugleich ein priesterliches Amt als Prediger oder Beichtväter bekleiden oder ein kirchliches Benefizium innehaben oder an den kirchlichen Verwaltungen und Gerichten irgendein Amt innehaben, so war und ist es nicht Unsere Absicht, diese von dem allgemeinen Gebote des Schwures auszunehmen. Jene aber, welchen es, nur in ihrer Eigenschaft als staatliche Lehrer, sich des Eides zu enthalten erlaubt ist, mögen, wenn sie auch vorgeben, daß sie sich gern dieser Erlaubnis bedienten, keinen etwaigen Verdacht an der Korrektheit ihrer Lehre aufkommen lassen, sondern mögen bestimmt zu erkennen geben, daß sie sich nur mit Bedauern den Urteilen der Menschen unterwerfen, indem sie sich feige vor der Autorität derjenigen fürchten, die nicht aus Herzensüberzeugung, sondern aus Haß gegen das katholische Bekenntnis rufen und schreien, durch diesen Glaubensschwur werde die Würde der menschlichen Vernunft verletzt und der Fortschritt der Wissenschaft verhindert. Und deshalb ist es uns in dieser Sache, außer dem erwähnten

Vielleicht die größte aller Fragen, weil hier vielleicht das kulturelle Schicksal der deutschen Zukunft durch eine Staatsaktion zu fassen ist. Aber gleichzeitig die hoffnungsloseste.
Rom will den Katholizismus noch mal centralisieren, und gleichzeitig noch mehr versteinern. Damit ruiniert es ihn als selbständige geistige Macht.
Soll der Staat diese Entwicklung hindern oder fördern?
In der katholischen Religiosität, so d. h. in der deutschen doch mehr innerlichen Art dieser Religiosität liegt auch für den Staat ein Positivum, das erhalten werden muss.
Es ist nicht ausgeschlossen, dass bei dem weiteren vom Vatikan geplanten Vorgehen, das nicht nur die Religiosität ruinieren würde, sondern auch den Lebensnerv des Centrums bedroht[3], diese katholische Religiosität sich trotz des protestantischen Ungeschicks sich schliesslich in einen Gegensatz zum Vatikan hinein entwickeln würde. Ist das richtig, so könnte vielleicht eine[r] sehr viel spätere[n] Zukunft dies gewährenlassen der falschen vatikanischen Politik als Anfang eines deutschen Schismas erscheinen. Ist es falsch, so verliert der Staat ein Kulturpositivum das er vielleicht sich hätte erhalten können.
Die Erfahrungen aus der Zeit des Konzils und des Kulturkampfes sind nicht ohne weiteres anwendbar.
Bei der damaligen rationalistischen Welle war eine selbständige religiöse Bewegung undenkbar. Heute ist der Rationalismus zu Ende, und eine religiöse Sehnsucht vorhanden die sich nicht betätigen kann. Die Altkatholiken waren in der Verneinung.
Heute ist der Vatikan gegen die Modernisten rein negativ.
Die Encyklika pascendi[4] und der Modernisteneid enthalten lauter neins.
Bismarck hat mit dem Vatikan das Centrum zu bändigen versucht und beide nur enger aneinander gebunden.
Heute, da die Politik des Vatikans im Begriffe ist, das Centrum zu ruinieren, ist wenigstens die Möglichkeit vorhanden mit dem Centrum den Vatikan zu bändigen. Dazu muss aber der Vatikan noch weiter in seine Politik hineingelassen und hineingelockt werden. Ich habe

---

Grunde, nicht genehm, einen weiteren Nachlaß zu gewähren. Im übrigen sind Wir überzeugt, daß diejenigen, denen Wir die Gnade des Eides gewährt haben, die ersten sein werden, ihn zum Zeichen ihres männlichen Mutes zu schwören, und daß sie keine Bedenken tragen werden, wenn es nötig sein sollte, Schmach zu leiden; denn sie würden sich selbst leicht als unwürdig des christlichen Lehramts erscheinen, wenn sie sich schämten, zu den Dienern Unseres Herrn Jesu Christi zu gehören ...“ Zit. nach Schreiben des preuß. Gesandten am Vatikan Mühlberg an AA 25. 1. 1911, PA, a.a.O., Auszüge bei Franz-Willing, a.a.O., S. 117 f.

[3] Zu den Rückwirkungen des Kampfes der Kurie gegen den Modernismus auf das Zentrum und seinen Zusammenhang mit dem inneren Streit in dieser Partei um eine konfessionelle oder überkonfessionelle Orientierung vgl. Schmidlin, Bd. 3, S. 94 ff.; E. Ritter, S. 217 ff., 313 ff.; Morsey, S. 33 ff.; Bachem, Bd. 7, S. 156 ff.

[4] S. o. Anm. 1.

versucht dies Wahnschaffe und Hammann klar zu machen. Diese auch Bethmann. Es ist aber klar, dass diese fernere Perspektive gegen die Rücksichten, die nähere Perspektiven fordern, nicht aufkommen kann.

503 Berlin, 24/3. 1911

Inzwischen die ausgezeichnete Antimodernistenrede[1] und Bethmanns Erfolg gegen Rom[2]. Freilich keine Regelung auf lange, keine Ausnutzung für weitere Perspektiven. Aber es war wohl besser bei der Fraglichkeit solcher Bemerkungen skeptisch zu sein und nur ans erreichbare zu denken. Heydebrands Wut, weil Bethmann weiter ging als er[3] — und des Kanzlers Antwort gegen die Kreuzzeitung[4]. Heydebrand contra Elsass-Lothringen[5]. Der Kanzler gestern im Landtag gegen Heydebrand, als deutscher Kanzler gegen Preussen[6].

[1] Rede Bethmanns in der Debatte des preuß. Abgeordnetenhauses über den Modernisteneid vom 7. 3. 1911: Der Staat habe kein Interesse am Kampf mit der kath. Kirche und werde sich nicht in den innerkirchlichen Bereich einmischen. Durch den Modernisteneid werde aber, wenn er auf die geistlichen Lehrer an staatl. Gymnasien und an den theolog. Fakultäten der Universitäten ausgedehnt werde, der Grenzbereich zwischen Kirche und Staat berührt. Für die Aufhebung der kath.-theolog. Fakultäten bestehe kein Grund, auch wenn die dort lehrenden Professoren den Eid ablegten. Bei den Gymnasien jedoch, an denen kath. Geistliche oft auch in anderen Fächern als in Religion unterrichteten, könne es notwendig werden, den Geistlichen, die den Eid geleistet hätten, den Unterricht in Fächern wie Geschichte oder Deutsch zu entziehen. „In ähnlicher Weise wird der Staat auch bei der Übertragung anderer Staatsämter in Zukunft eine gewisse Zurückhaltung üben müssen." Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1911/III, Sp. 3459 ff.

[2] Während die Regierung sich in der Frage des Modernisteneides zunächst rein abwartend verhalten hatte, beauftragte Bethmann nach Kenntnis des Briefes an Fischer am 1. 2. 1911 Mühlberg, dem Vatikan vorzustellen, daß die Ausdehnung der Bestimmungen des Motu proprio auf die staatl. Lehranstalten zu schweren Konflikten führen müsse. Die preuß. Regierung erwarte, daß die Kurie alles tun werde, um den Frieden zwischen Staat und Kirche wiederherzustellen. Daraufhin versicherte der Vatikan durch Mühlberg und durch Veröffentlichung eines Briefes an Kopp vom 10. 2. 1911 ausdrücklich, daß die geistlichen Lehrer an staatl. Lehranstalten vom Eid dispensiert seien und auch keine Verdächtigungen gegen sie erhoben würden, wenn sie von dem Dispens Gebrauch machten. PA, Päpstl. Stuhl 6 geh., Bd. 2.

[3] Rede Heydebrands im preuß. Abgeordnetenhaus 7. 3. 1911, in der er in der Frage des Modernisteneides der Regierung zum Abwarten riet. Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1911/III, Sp. 3455 ff. In einem auf Heydebrand zurückgeführten Artikel in der Kreuz-Zeitung, Nr. 115, Morgen-Ausgabe, 9. 3. 1911, „Zu der Debatte über den Modernisteneid", wurde die Rede Bethmanns vom 7. 3. 1911 kritisiert, besonders die oben Anm. 1 zit. Äußerungen. Die Regierung, hieß es, scheine den Wünschen der Linken ganz nachzugeben.

[4] Nicht nachgewiesen.

[5] Rede Heydebrands im preuß. Abgeordnetenhaus 23. 3. 1911 gegen den Vorschlag Bethmanns, Elsaß-Lothringen drei Stimmen im Bundesrat zu geben, die nicht mitgezählt werden sollten, wenn durch sie Preußen die Mehrheit erhielte. Heydebrand sah darin „eine ganz außerordentliche Schwächung des preußischen Einflusses im Deutschen Reiche". Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1911/IV, Sp. 4784 ff.

[6] Rede Bethmanns im preuß. Abgeordnetenhaus 23. 3. 1911: „... eine Macht wie Preußen kann ihre Stellung im Reiche und die Prärogative, die ihr die Reichsverfassung verspricht, nur wahren, wenn sie jetzt und in Zukunft jederzeit bereit ist, Opfer zu bringen, die das Wohl des Reiches fordert ..." Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1911/IV, Sp. 4809 ff.

504 Berlin, 28/3. 1911

Vorgestern Meldung erstattet, über eine neue Enzyklika interconfessionelle Vereine, Mitarbeit von Katholiken an nicht katholischen Blättern ect. gegen Centrum, das bei Durchführung ruiniert wäre[1]. Diese Meldung gestern von Kopp bestätigt[2]. Kopp scharf gegen Vatikan. Frage was tun. Kiderlen[3] will Vatikan durch Gesandten warnen, falls Warnung unfruchtbar abberufen. Dies wäre m. E. falsch. Encyklika s o l l erscheinen. Preussen kann hinterher Gesandten, weil ihm vorher abermals nichts mitgeteilt worden, zur Verteidigung seiner Würde abberufen, das übrige aber Centrum und Episkopat überlassen, die sich in diesem

[1] Vgl. die Aufzeichnung Riezlers vom 27. 3. 1911 in PA, Päpstl. Stuhl 6 geh., Bd. 3: Wie er aus Zentrumskreisen erfahre, sei in den nächsten Tagen mit dem Erlaß einer neuen Enzyklika zu rechnen. „Das Centrum, das, nach in Rom erhaltenen Versicherungen, bis nach den Wahlen sich sicher glaubte, ist durch diese Nachricht überrascht und konsterniert. Die Encyklika soll das Verhältnis der Laien zu kirchenpolitischen Fragen behandeln. Die selbständige Beschäftigung mit solchen wird den Laien untersagt. Die Bestimmung, durch die seinerzeit der Sillon unterdrückt wurde, werde verallgemeinert, die Mitarbeit an interkonfessionellen Vereinigungen und Organisationen und an nicht katholischen Blättern wird untersagt. Desgleichen werden die Bestimmungen, durch die der Vatikan vor einigen Jahren eine politische Organisation der spanischen Katholiken, die sich nicht der kirchlichen Organisation angliederte, im Keime unterdrückte, auf die ganze katholische Welt ausgedehnt. — Dadurch würde das Centrum gezwungen, sich diöcesan zu organisieren und den Bischöfen zu unterstellen. Der Abg. Porsch soll vorgestern in Breslau darüber unterrichtet worden sein. Er hat daraufhin gestern eine Unterredung mit Kopp gehabt. Kopp soll Porsch durch die Versicherung beruhigt haben, daß der deutsche Episkopat sich in diesem Falle zur Wehr setzen würde. Nach der Unterredung mit Kopp soll Porsch, der über die Möglichkeit einer Einigung des deutschen Episkopats gegen Rom sehr pessimistisch denkt, sich etwas zuversichtlicher ausgesprochen haben. In den Kreisen der Kölner Richtung wird dieser neue Vorstoß als direct gegen das Centrum gerichtet angesehen — das, nach dem Ausdruck eines Kardinals, bei dem Antimodernisteneid und der Borromäusencyclika den Vatikan, der auf seine Hilfe baute, im Stich gelassen hat." — Nach einem Bericht Mühlbergs an Bethmann vom 5. 4. 1911 handelte es sich um bloße Gerüchte, die Anfang März im Zusammenhang mit einem Schreiben des Kardinal-Staatssekretärs an die „Unione elettorale cattolica italiana" über das Verhalten der ital. Katholiken bei den Wahlen in Italien aufgetaucht waren. An den Erlaß einer Kundgebung, wie Riezler sie skizziert, werde nicht gedacht. PA, Päpstl. Stuhl 6 geh., Bd. 3. Zu den Auseinandersetzungen im Zentrum und in der kath. Gewerkschaftsbewegung zu dieser Zeit vgl. neben der in Anm. 3 zum 5. 2. 1911 zit. Lit. E. Deuerlein, Der Gewerkschaftsstreit, in: Theologische Quartalsschrift 139 (1959) S. 40 ff.

[2] Das wird auch betont im Telegramm Bethmanns an Mühlberg vom 4. 4. 1911: Auch Kopp halte eine solche Enzyklika für möglich oder sogar wahrscheinlich und habe, wie er dem Kultusminister angezeigt habe, den Papst persönlich durch einen Brief vor einem solchen Schritt gewarnt. PA, Päpstl. Stuhl 6 geh., Bd. 3. — Georg v. Kopp (1837—1914), Kardinal, 1887 Fürstbischof von Breslau und damit Mitglied des österr. Herrenhauses, 1884 Mitglied des preuß. Staatsrats und 1886 des preuß. Herrenhauses. Kopp vermittelte seit dem Kulturkampf, an dessen Beilegung er maßgeblich beteiligt war, zwischen dem Staat und der Kurie. Obgleich er einer der wichtigsten Vertreter des „Integralismus" war und den interkonfessionellen Gedanken bekämpfte, bemühte er sich in der Frage des Modernisteneides und im Gewerkschaftsstreit, Konflikte zwischen Staat und Kirche zu verhindern. Schmidlin, Bd. 3, S. 94 ff., passim; E. Ritter, S. 313 ff., passim.

[3] Alfred v. Kiderlen-Waechter (1852—1912), seit 1879 im diplomatischen Dienst, 1910 bis 1912 Staatssekretär des Äußeren.

Falle zur Wehr setzen müssen. Dazu scheint Kanzler — Gott sei Dank — zu neigen. Das Centrum soll als Organisation erhalten, aber von Rom möglichst losgelöst werden. Kiderlen meinte, wenn die Partei nicht existierte müsse sie erfunden werden. Bismarckisch-auswärtiger Gesichtspunkt. Diesmal aber vielleicht richtig.

Berlin, 30/3. 1911

Kopp hat einen Brief[1] an den Papst geschrieben, scharf — über seine Eindrücke bei vorgestriger Unterredung mit dem Kanzler über Stimmung im Centrum etc.

[1] Brief nicht nachgewiesen, erwähnt im Telegrammwechsel zwischen Bethmann und Mühlberg 4.—5. 4. 1911. Vgl. 2. 4. 1911, Anm. 2.

Berlin, 2/4. 1911

Die Instruktion an Mühlberg[1] die Kiderlen wollte, Anfrage ob richtig, Warnung etc. ist nicht abgegangen[2]. Gott sei Dank. Kübel- nicht tropfenweise muss die Sache über die deutschen Katholiken kommen.

[1] Otto v. Mühlberg (1847—1934), seit 1872 im Dienst des Ausw. Amtes, bis 1880 auf verschiedenen diplomatischen Posten im Ausland, seit 1884 im Ausw. Amt tätig, 1902—1907 Unterstaatssekretär, 1908—1919 preuß. Gesandter beim Heiligen Stuhl.

[2] Tatsächlich wurde Riezlers Information vom 27. 3. 1911 am 4. 4. an Mühlberg weitergeleitet und dieser um Aufklärung gebeten. Am 5. 4. antwortete Mühlberg, er habe schon Anfang März, als derartige Gerüchte aufgetaucht seien, den Vatikan warnend auf die Folgen aufmerksam gemacht. Es sei ihm damals wie auch jetzt versichert worden, eine Kundgebung dieser Art sei nicht geplant. PA, Päpstl. Stuhl 6 geh., Bd. 3.

505 Berlin, 8/4. 1911

Neulich erzählte mir der Kanzler bei irgendeinem Anlass: als der Kaiser wieder einmal sich über die sozialdemokratische Gefahr geäussert und Sozialistengesetz befürwortet, habe er ihm gesagt, man soll nur sehen, dass das Volk physisch und psychisch gesund und kräftig bleibe, dann überwinde es die Sozialdemokratie von selber.
Der echte Bethmann, er sagt das nicht nur dem Kaiser gegenüber, sondern glaubt daran. Vom Standpunkt des deutschen Volkes ist es richtig, von dem des Kaisers falsch.

507 Goslar, Ostermontag, 16/4. 1911

Ich kann das Glück einer reinen Betrachtung auch im Trubel der Aktion nicht entbehren — und finde doch zwischen beiden keinen Mittelweg. Das contemplative verbazt mir die Politik und die Politik verbazt die Kontemplation.

Vom politischen Standpunkt welcher Wahnsinn meine Aufsätze über Dinge von denen der Politiker schweigt[1]. Vom contemplativen wie unzugänglich, wie geniert.
Und dann in Berlin, welch schrecklicher Zwang zur Maske. Und dann hinterher auch noch einsehen zu müssen, welche Maske man da und dort hätte aufsetzen sollen.
Es ist ein Zeichen des Verfalls, wenn die Furcht vor dem Lächerlichen in einem Lande zur Macht wird. La peur du ridicule hat Frankreich umgebracht[2], indem es das meiste grade und echte, all das, wodurch der Mensch direkt mit der Natur zusammenhängt — was zumeist ungehobelt ist — unmöglich macht. Russlands Kraft und menschlicher Reichtum liegt darin, dass dort noch beinahe nichts menschliches lächerlich ist. In Deutschland ist das echte bis jetzt nur in Berlin W[est] lächerlich. Deshalb hat Berlin W[est] auch keine Zukunft.

[1] Philosophische Aufsätze aus der Zeit vor dem Weltkrieg nicht feststellbar.
[2] Vgl. das differenziertere Urteil über Frankreich in „Grundzüge", S. 77—87. Das „Urteil des durchschnittlichen Reichsdeutschen" unterschätze „die lebendigen Kräfte der Tiefe" in diesem Volk (S. 83).

508 Berlin, 17/5. 1911

Heute interessante Situation: Bei den Kompromissverhandlungen über Elsass-Lothringen weigert sich der Fortschritt das Pluralwahlrecht das die Kommission herausgestrichen, wieder in das Gesetz hineinzubringen, wird aber das Gesetz im übrigen auch mit dem Pluralwahlrecht annehmen. Das Pluralwahlrecht ohne die Stimmen des Freisinns hineinzubringen ist schwer[1].
Die Regierung vor der Frage, ob sie auf die Pluralwahlstimmen verzichten soll. Das Gesetz würde dann mit Sozial[demokratie] Freisinn Centrum gegen die rechten Nationalliberalen und die beiden Konservativen Parteien angenommen. Für die Stellung des Kanzlers in Preussen unmöglich. Er hat auch zu fest an den Pluralstimmen festgehalten, um sie nun wieder fallen lassen zu können. Trotzdem hat er Hammann erklärt, es würde doch früher oder später mit den Sozialdemokraten gearbeitet werden müssen.
Diesmal und in dieser Frage aber unmöglich. Obwohl die Pluralstimmen fragwürdig.
Der Kanzler wäre vor dem Kaiser und in Preussen geliefert.

[1] Vgl. 27. 1. 1911, Anm. 1. Die Regierungsvorlage für die Verfassungsreform in Elsaß-Lothringen vom 17. 12. 1910 sah für die 2. Kammer des Landtages allgemeine, direkte und geheime Wahlen vor, das Wahlrecht sollte jedoch durch Wohnsitz- und Berufskautelen sowie durch Altersplurälstimmen eingeschränkt werden. Dieser Punkt wurde in der am 28. 1. 1911 gebildeten Reichstagskommission für die Elsaß-Lothringische Verfassungsreform heftig umstritten. Die Konservativen lehnten die gesamte Vorlage ab und verhielten sich bei der Diskussion von Abänderungsvorschlägen passiv, die Mittelparteien setzten Veränderungen durch, so den Wegfall der Pluralstimmen. Haberland, S. 81 ff., 92 ff.

509 Berlin, 19/5. 1911 früh

Die Situation wieder verschoben. Die Freikonservativen gegen die Altersspluralstimmen. Aus einer nur in der allgemeinen Verstimmung[a] und bei Gamp[b][1] verständlichen Dummheit.
Damit ist die Durchdrückung der Altersspluralstimmen so gut wie aussichtslos.
Bethmann hat sich die Lage mit der ihm üblichen selbständigen und gewissenhaften Sachlichkeit zurecht gelegt. Er sagt: „Die Altersspluralstimmen sind sachlich fragwürdig. Jedenfalls unerheblich. Um der persönlichen Stellung des Kanzlers willen, darf das Gesetz an diesem nicht scheitern. Dass die Sozialdemokraten dafür stimmen, ist kein sachlicher Grund dagegen. Den Choc, den meine Stellung beim Kaiser oder in Preussen dadurch erhält kann ich aushalten[c], so gehe ich wenigstens ohne mir innerlich etwas vergeben zu haben. Ich hinterlasse dann wenigstens meinem Nachfolger ein besseres Sopha als mein Vorgänger mir. Die eigenen Fehler muss man eher machen, als sie gegen seine eigene Natur hinterlassen. Alles könne man verlieren, wenn man bleibe was man ist."
Ungeheuer anständig! Das entwaffnet alle, die um der persönlichen Stellung des Kanzlers willen gegen die Nachgiebigkeit waren, wie Hammann, der gestern noch sehr [unsicher][d] war.
Möglich dass auch die Kombination, der ganze Reichstag gegen die Konservativen Bethmann reizt, der behauptet in den nächsten 6 Jahren könne nicht konservativ regiert werden und gegen rechts immer zurückgehalten werden muss.

[a] „stimmung" handschriftlich unterstrichen, am Rand handschriftlich: „? wirrung".
[b] In der Vorlage „Gampe", handschriftlich unterstrichen.
[c] Am Rand handschriftlich: „kann ich ihn nicht aushalten".
[d] In der Vorlage: „ungesicher".

[1] Karl Frhr. v. Gamp-Massaunen (1846—1918), seit 1874 in der preuß. Staatseisenbahnverwaltung, 1878—1895 Hilfsarbeiter im preuß. Ministerium der öffentlichen Arbeiten und im Handelsministerium, 1884—November 1918 MdR, Vorsitzender der Reichstagsfraktion der Freikonservativen, 1894—1918 Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses.

510 Berlin, 29/5. 1911

Marokko. Die Franzosen in Fes[1]. Scheinen Absicht zu haben, Sultan militärische Macht aufzurichten, Blockhäuser anlegen, Strassen sichern, alles durch scherifische Truppe französische Instrukteure.
Spanier wollen Alkassar[a] auf Strasse Tanger-Fes besetzen[2]. Dann können

[a] „Alkassar" handschriftlich unterstrichen.

[1] Fez wurde am 21. 5. 1911 von den Franzosen besetzt. — Riezler analysiert die deutsche Politik in der 2. Marokkokrise in: Grundzüge, S. 107—111.
[2] In Larrasch gelandete spanische Truppen nahmen am 8. 6. 1911 El Ksar el Kebir ein. Schultheß 1911, S. 561.

Franzosen schwer mehr zurück. Im A.A. richtige Ansicht, dass wir was ordentliches von den Franzosen trotz deren Willen uns zu compensieren, nur bekommen, wenn wir Faustpfand besetzen. Der Kanzler sollte dem Kaiser darüber, auf Grund einer Aufzeichnung des A.A.[3] mündlich Vortrag halten — hat aber wohl selbst noch Bedenken. Inzwischen kann S.M. dazwischenfahren und alles verderben. Leo Delbrück[4], bei dem er in Madlitz[b] zur Jagd war, erzählte ihm, in Paris habe man ihm gesagt, wir könnten alle[s] haben an kolonial[en] Kompensationen, was wir wollten, auch eine Milliarde (!!), wenn wir sie nur in Marokko nicht stören. Der Kaiser meinte, wir sollten ein Angebot machen[5].
Er will nicht ran Schriftchen[c] zu schicken[6]. Und doch geht es nicht, ohne. Wenn wir anbieten, kriegen wir nichts, ausser Presserummel und Kriegsgeschrei.

---

[b] In der Vorlage irrtümlich: „Machlitz".
[c] Muß wohl heißen: „Schiffchen".

[3] Evtl. ein Vorentwurf zur Aufzeichnung Zimmermanns vom 12. 6. 1911, von der auch ein Entwurf vom 30. 5. 1911 existiert. PA, Marokko 4 geh., Bd. 20. Sie schlägt, ähnlich wie die Aufzeichnung Kiderlens vom 3. 5. 1911, ein selbständiges Auftreten Deutschlands in Marokko vor in Form der Entsendung deutscher Schiffe in die Häfen von Agadir und Mogador; durch diese „Faustpfänder" könne man Frankreich zu Kompensationen zwingen. GP, Bd. 29, Nr. 10549 u. 10572.
[4] wohl Ludwig Delbrück, Inhaber des Bankhauses Delbrück, Schickler u. Co., Hofbankier des Kaisers und Aufsichtsratsmitglied bei Krupp, auf dessen Gut Madlitz häufig kaiserliche Jagden stattfanden.
[5] Vgl. die Randbemerkung des Kaisers in einem Artikel des Temps vom 25. 5. 1911: „Dr. Leo Delbrück [gemeint ist Ludwig D.], der eben aus Paris zurück ist, sagte mir, es sei ihm von verschiedenen maßgebenden Personen erklärt worden, wir könnten von ihnen verlangen an Kolonialabtretungen, was wir wollten, wir würden es sofort erhalten. Ja, sogar eine Milliarde würde man uns blechen, wenn wir sie nur in Marokko nicht stören wollten. Machen wir also ein ordentliches Angebot." GP, Bd. 29, Nr. 10576, Anm. Diese Mitteilungen Delbrücks hatten einen wesentlichen Einfluß auf die Haltung des Kaisers. Ibid., Nr. 10607, 10609, 10639.
[6] Nach einer Aufzeichnung Kiderlens vom 11. 5. 1911 hatte der Kaiser zu diesem Zeitpunkt Kiderlens Marokkoprogramm, „auch mit Schiffen für Agadir", bereits gebilligt. Jäckh, Bd. 2, S. 122. Jedoch hatte sich der Kaiser im April spontan gegen die Entsendung deutscher Kriegsschiffe nach Marokko ausgesprochen, und während der folgenden Wochen hegte er schwere Bedenken gegen Kiderlens Programm. Am 26. 6. bewilligte er die Entsendung des „Panther" (statt der in der Aufzeichnung des Ausw. Amtes vom 12. 6. geforderten vier Kriegsschiffe). GP, Bd. 29, Nr. 10538, 10576.

511 Berlin, 29/7. 1911

Inzwischen Marokko. Heute müssen Bethmann und Kiderlen zum Kaiser, der an Bethmann sehr unzufrieden telegrafiert hat und Kiderlen hat sagen lassen, er erwarte, dass er ihm in Swinemünde Vortrag halte[1].

---

[1] Zu dem Gespräch zwischen Kaiser und Kiderlen vgl. Tgb. 1. 8. 1911.

Diesmal muss S.M. zu allem ja und amen sagen. Die beiden werden wohl fest bleiben und wenn sie abgehen[2], und die Politik rückwärts orientiert wird, kommt Novembersturm[3] in verstärkter Auflage wieder und das enttäuschte Volk wird fürchterlich. Diesmal muss durchgebogen werden.
Kiderlen informiert niemand, nicht einmal den Kanzler vollständig. Er erzählt wenns ihm passt, aber nicht, wenn er gedrängt wird. Bethmann sagte gestern, er wolle Kiderlen abends feste zu trinken geben, damit er endlich sagt was er eigentlich will[4].

---

[2] Im Juli war es zu einem Konflikt zwischen dem Kaiser und Kiderlen gekommen. In der Furcht, die Marokkokrise könne zum Krieg führen, wandte sich der Kaiser gegen Kiderlens harte Politik. GP, Bd. 29, Nr. 10600 f., 10608 f. Dieser antwortete am 17. und 19. 7. mit zwei Rücktrittsgesuchen für den Fall, daß der von ihm befürwortete Kurs nicht befolgt werde. Jäckh, Bd. 2, S. 127 ff. Der Kanzler stellte sich vor Kiderlen und reichte das Gesuch nicht weiter. Kiderlens Abgang, schrieb er diesem, würde seinen eigenen Rücktritt bedeuten. Ibid., S. 131. Anscheinend hatte Kiderlen den Kanzler für seine Marokkopolitik gewonnen. Deren unerwartete Wirkung, die Auslösung einer europäischen Krise, erschreckte Bethmann jedoch und ließ ihn Ende Juli gegenüber den Intentionen Kiderlens mißtrauisch werden. Vietsch, S. 130 ff.

[3] Anspielung auf die „Daily-Telegraph"-Affäre vom November 1908.

[4] Zum Verhältnis zwischen Kiderlen und Bethmann in der Marokkokrise vgl. Hammann, Bilder, S. 86 f.: Kiderlen habe über seine Verhandlungen mit Cambon größte Verschwiegenheit gewahrt und auch den Kanzler nur gelegentlich und unvollkommen unterrichtet. Für den Kanzler mit seinem starken Verantwortungsgefühl sei dadurch die Zeit bis zur Beilegung der Krise zu einer wahren „Leidenszeit" geworden. Denn es lastete „trotz allem Vertrauen in die überlegenen diplomatischen Fähigkeiten und Erfahrungen des Staatssekretärs schwer auf der gründlichen und gewissenhaften Natur des Kanzlers, daß er an einen Mann gebunden war, der sein Geschäft eigensinnig und rücksichtslos betrieb ... Bei einem Vorhalt an den Staatssekretär wegen seines Mangels an Mitteilsamkeit hätte der Kanzler befürchten müssen, daß Kiderlen ihn mit einem Rücktrittsgesuch beantworten würde".

512 Berlin, 30/7. 1911

Gestern Bethmann und Kiderlen zusammen abends allein[1].
Bethmann wollte viel trinken und trinken machen um Kiderlen zum Reden zu bringen. Was der aber sagte war sehr ernst, sodass der Kanzler

---

[1] Zu dieser Aussprache vom 29. 7. 1911 liegt auch eine Aufzeichnung Hammanns vom 30. 7. 1911 vor: „ ... Vorgestern habe ich den Kanzler vom Bahnhof abgeholt. Er fürchtete die kaiserliche Ungnade gegen Kiderlen wegen der kritischen Lage, die infolge der Entsendung des ‚Panthers' nach Agadir eingetreten ist. Er hofft, daß Kiderlen, bei dem er sich zum Abendessen angesagt hat, ihm nun reinen Wein über den Stand der Besprechungen mit dem französischen Botschafter Jules Cambon einschenken wird. Das Ergebnis der Unterhaltung bei und nach Tisch war eine schlaflose Nacht des Kanzlers. Cambon hatte am Nachmittag die Forderung des ganzen französischen Congo abgelehnt und statt dessen einen ungenügenden Gebietsaustausch um Kamerun vorgeschlagen. Was Cambon angeboten hatte, sagte Kiderlen nicht genau, zeigte vielmehr Neigung, die Forderung des ganzen französischen Congo, nachdem sie einmal gestellt war, als Prestigesache zu behandeln.

glaubt K[iderlen] ziehe nicht nur den Krieg in Betracht, sondern wolle es darauf anlegen.
Kiderlen hatte vorher mit Cambon[2] gesprochen, der anscheinend sehr ungünstige Instruktionen aus Paris hatte, so wird er sich in der ersten Wut sehr kriegslustig ausgesprochen haben[3].
Bethmann wird nicht vollkommen informiert. Kiderlen lässt sich von niemandem hineinsehen, sagt der Kanzler solle sich einen anderen suchen wenn er ihm nicht traue.
Tatsächlich liegt die Situation so:
Kiderlen hat den Kongo verlangt. Die Franzosen wollen ihn nicht geben. Seine Bedeutung für uns ist zweifelhaft. Lindequist[4] hält nicht viel davon, will Dahomey haben. Kiderlen will aber kriegen, was er verlangt hat. Die englische Einmischung scheint ihn kolossal geärgert zu haben, sodass er nach der drohenden Rede von Lloyd George[5] Cambon sagte, jetzt könne Deutschland gegenüber dem englischen Einschüchterungsversuch seine Forderungen nicht mehr ermässigen.
Bei der letzten Unterredung muss nun Kid[erlen] zu Cambon gesagt

---

Kiderlen hatte erfahren, daß Cambon nur widerwillig seiner Pariser Instruktion folgte und sie erst auf wiederholte Weisung seiner Regierung ausführte. Seine Antwort auf die Erklärung Cambons ging ungefähr dahin: Nach den Pariser Preßtreibereien und der Einmischung Englands sei deutsches Entgegenkommen nicht wohl möglich; es werde dann nichts anderes übrigbleiben als die Rückkehr zur Algecirasakte, d. h. Räumung der französischen Militärstationen in Marokko zu verlangen. Der Kanzler war namentlich durch eine Bemerkung Kiderlens beunruhigt, die ungefähr lautete: ‚Unser Ansehen im Auslande ist heruntergewirtschaftet, wir müssen fechten.' Daraus entnahm Bethmann Hollweg den Verdacht, daß es Kiderlen auf Krieg ablege. Auf die Gefahr hin, daß England und Rußland an der Seite Frankreichs teilnehmen? Dennoch stellte ich dem tief erregten Kanzler vor: das Schlimmste sei jetzt Schlappheit; die nächste Aufgabe sei, den Kaiser ruhig zu halten. Sonst könne leicht eine innere Situation entstehen, beinahe so unheilvoll als ein Krieg. Kiderlen gehe bestimmt nicht auf Krieg aus, jetzt ihn wegen seines Eigensinns und seiner Verschlossenheit fallen zu lassen, werde den schlechtesten Eindruck machen. Der Kanzler gab das zu, wollte sich aber doch auf der Reise mit Kiderlen nach Swinemünde zum Empfang des Kaisers nach seiner Heimkehr noch vergewissern, daß das ‚Wir müssen fechten', nur meine, auch aufs Äußerste vorbereitet zu sein ..." Vgl. Hammann, Aufzeichnungen, S. 547 f. Verkürzte Wiedergabe auch bei Jäckh, Bd. 2, S. 83.

[2] Jules Martin Cambon (1845—1935), seit 1897 im franz. diplomatischen Dienst, Botschafter in Washington, Madrid, 1907—1914 in Berlin.

[3] Die Unterredung fand am 28. 7. statt. Cambon lehnte im Auftrag seiner Regierung die Forderung ab, die Kiderlen ihm gegenüber am 15. 7. erhoben hatte, nämlich die Abtretung des ganzen franz. Kongo an Deutschland. Kiderlen beharrte auf seiner Forderung und erklärte, Deutschland werde nötigenfalls die Durchführung der Algecirasakte verlangen. Cambon drohte für den Fall mit einer europäischen Konferenz. GP, Bd. 29, S. 304 Anm.

[4] Friedrich v. Lindequist (1862—1945), 1907 Unterstaatssekretär, Juni 1910—3. 11. 1911 Staatssekretär im Reichskolonialamt. Zu seiner Einstellung zur Marokkofrage vgl. sein Schreiben vom 8. 5. 1911. GP, Bd. 29, Nr. 10690.

[5] Rede Lloyd Georges im Londoner Mansion House vom 21. 7. 1911, in der er eine deutliche Warnung an Deutschland richtete, sich in Marokko festzusetzen. Schultheß 1911, S. 354 ff., und GP, Bd. 29, Nr. 10621; weitere Dokumente zur Haltung Englands ibid., S. 197 ff. — David Lloyd George (1863—1945), 1908 brit. Schatzminister, Mai 1915 Munitionsminister, Juni 1916 Kriegsminister, Dez. 1916—Okt. 1922 Premierminister.

haben, wenn Frankreich nicht nachgebe, würden wir eben die Zurückziehung ihrer Truppen aus Marokko verlangen.
Das aber können die Franzosen nicht tun und darin liegt die Kriegsgefahr.
Kiderlens Eigensinn ist zur Zeit der grösste politische Faktor. Er ist elementar und nicht zu bekämpfen. Bei dem Vertrauen das er geniesst kann ihn weder der Kanzler noch der Kaiser gehen lassen.
Der zweite Faktor ist die echt deutsche idealistische und richtige[a] Überzeugung, dass das Volk einen Krieg nötig hat. Diese Überzeugung teilt auch Bethmann.
Deshalb hat er auch Kiderlen zugegeben, dass wir durchhalten und das Kriegsrisiko tragen müssen. Nur auf den Krieg ablegen will er es nicht. Das wollte er sich von Kiderlen bestätigen lassen. Diese Meinung K[iderlen] könne es möglicherweise auf den Krieg ablegen, hat Hammann ihm ausgeredet. Mit Recht. Kiderlen glaubt an den Erfolg.
Der Kaiser? Kiderlen ist geladen und bereit S.M. den Krempel vor die Füsse zu werfen. Deshalb wollte Bethmann den Kaiser auch vor Kiderlen sehen. Bethmann ist aber ebenfalls entschlossen durchzuhalten und nötigenfalls zurückzutreten.
Dies muss sich nun heute entscheiden.

[a] „richtige" handschriftlich unterstrichen, Fragezeichen am Rand.

513 **Berlin, 1. 8. 1911**

Der Kaiser war in Swinemünde sehr klein. Kiderlen kam sehr vergnügt zurück[1].
Er muss bei der ganzen Marokkoaktion irgendwelche Hintergedanken haben, die er weder Bethmann, der schon Verdacht geschöpft hat, noch seinen Räten, die unter seinem Druck stehen, verrät.
Heute fiel mir folgender Plan ein, den er vielleicht hegt und der manches erklären würde.
Zuerst Kongo verlangen, sich nichts abhandeln lassen, unter Hinweis auf die englische Intimidation, die das unmöglich macht. Wenn die Franzosen, was wahrscheinlich ist, nicht nachgeben, dann verlangen, dass sie aus Marokko herausgehen, was sie nicht können. Mit der Akte von Algesiras versuchen[a]. Ultimatum stellen. Gehen sie dann nicht heraus, nicht Krieg führen, sondern von Agadir versuchen, die Kalifs in Schutzrecht aufnehmen etc. Gegenüber einem englischen Verlangen dann

[a] „Akte" und „versuchen" handschriftlich unterstrichen, am Rand ein Fragezeichen.

[1] Die Unterredung fand am 30. 7. abends „in größerem Kreise an Deck" statt. Über den Inhalt vgl. Müller, Der Kaiser, S. 87 f.; GP, Bd. 29, S. 305 Anm.: danach hielt Kiderlen einen „ziemlich burschikosen Vortrag", der Kaiser war „sehr still. Stimmt aber zu. Im ganzen ein trübes Bild". Kiderlen konnte den Kaiser für das Festhalten an der Forderung des franz. Kongo und den Gedanken des „Kriegsrisikos" gewinnen, scheint aber zugleich betont zu haben, daß er einen Krieg für „unopportun" halte und es nicht darauf anlege.

herauszugehen, oder einem ähnlichen französischen, sind wir in der Lage die Schuld an allen Folgen unseres Vorgehens an Frankreich abzugeben, das uns weder Kompensationen [geben] noch selbst herausgehen wolle.
Gibt es Krieg kämpfen wir gegen eine fremde Herausforderung, gibt es keinen, so bleiben wir im Jus.
Und haben etwas durchgesetzt, das Frankreich und England gemeinsam nicht dulden zu können erklärt haben.
Damit ist der Bann gebrochen.
Eine solche Absicht würde Kanzler und Kaiser allmählich hineinziehen und für Kriegsfall die nötige eherne[b] Tatsache schaffen. Die These scheint mir richtig, aber unbeweisbar.

[b] „eherne" handschriftlich unterstrichen, am Rand handschriftlich in Klammern und mit Fragezeichen versehen: „Schein".

514 Berlin, 9/8. 1911

Die Franzosen geben nach im Kongo[1]. Lindequist auf Dahomey versessen, will, auch verärgert über Kid[erlens] persönliche Behandlung, Abschied nehmen. Ist heute beim Kanzler, der ihn davon abbringen will, in Hohenfinow[2].

[1] Am 2. 8. 1911 unterbreitete Cambon Kiderlen ein franz. Angebot, Teile des „mittleren Kongos und einige ozeanische Inseln" an Deutschland abzutreten. GP, Bd. 29, Nr. 10683.
[2] Vgl. das Schreiben Lindequists anBethmann vom 5. 8. 1911 (GP, Bd. 29, Nr. 10690), in dem er seine von Kiderlen abweichende Konzeption darlegt. In einem Schreiben an Kiderlen vom 7. 8. 1911 beschwerte sich Lindequist über dessen Auftreten einige Tage zuvor in seinem Bureau, „das ich unter Wahrung des Gastrechts nicht auf der Stelle in der Weise beantwortet habe, wie man es sonst in solchen Fällen zu tun pflegt". Er habe eine Entschuldigung erwartet, da diese nicht gekommen sei, verbitte er sich mit diesem Brief ein für allemal „einen derartigen Ton, wie Sie ihn mir gegenüber anzuschlagen beliebt haben und wie man ihn sonst nur bei der Rekrutenausbildung zu hören pflegt". Jäckh, Bd. 2, S. 138. Der Vorfall ist auch von Hammann dargestellt: Lindequist habe als guter Kenner der westafrikanischen Gebiete den Besitz des franz. Kongo nicht hoch eingeschätzt und zum Erwerb von Dahome geraten. „Als er dann wieder einmal im August auf seinen Wunsch zurückkam, war Kiderlen in seiner abschlägigen Antwort sehr kurz angebunden, worauf jener ein Rücktrittsgesuch einreichte, das er sich auch vom Kanzler in Hohenfinow nicht ausreden ließ." Ohne Kiderlens „autokratische Art der Behandlung" hätte sich der Streit trotz der bleibenden sachlichen Meinungsverschiedenheit wohl vermeiden lassen, so führte er am 3. 11. 1911 zum Rücktritt Lindequists. Hammann, Aufzeichnung vom 12. 11. 1911; ders., Bilder, S. 88.

Foliobogen S. 1, Nr. 1 Hohenfinow 7. 7. 14

Gestern mit dem Reichskanzler herausgefahren. Das alte Schloss, die wundervollen ungeheuren Linden, die Alleen wie ein gotisches Gewölbe. Überall lastet noch der Tod der Frau[1]. Melancholie und Beherrschung in Landschaft und Menschen.

[1] Bethmanns Frau Martha, geb. v. Pfuel, starb am 11. 5. 1914.

Abends auf der Veranda unter dem Nachthimmel langes Gespräch über die Lage. Die geheimen Nachrichten, die er mir mitteilt, geben ein erschütterndes Bild. Er sieht die englisch[-]russischen Verhandlungen über eine Marineconvention, Landung in Pommern sehr ernst an, letztes Glied in der Kette[2]. Lichnowsky[3] viel zu vertrauensselig. Der liesse sich von den Englaendern hereinlegen. Russlands militärische Macht schnell wachsend; bei strategischem Ausbau Polens die Lage unhaltbar. Österreich immer schwächer und unbeweglicher; die Unterwühlung von Norden und Südosten her sehr weit vorgeschritten. Jedenfalls unfähig, für eine deutsche Sache als unser Verbündeter in den Krieg zu ziehen. Die Entente weiss das, wir infolgedessen völlig lahmgelegt.
Ich ganz erschrocken, so schlimm sah ich [die Lage] nicht an. Die geheimen Nachrichten bekommt man ja nicht, wenn man nicht ganz richtig zur Zunft gehört — und alles
S. 2
hochpolitische und noch dazu militärische ist „ganz geheim".
Der Kanzler spricht von schweren Entscheidungen. Ermordung Franz Ferdinands. Das amtliche Serbien beteiligt. Oesterreich will sich aufraffen. Sendung Franz Josefs an den Kaiser mit Anfrage wegen casus foederis[4].

---

[2] Im Juni 1914 fanden engl.-russ. Besprechungen über eine Marinekonvention statt, über die das Ausw. Amt in Berlin durch den zweiten Sekretär der russ. Botschaft in London, den Baltendeutschen Benno v. Siebert, laufend informiert wurde. Danach war vorgesehen, daß im Kriegsfall die engl. Flotte die Landung eines russ. Expeditionskorps in Pommern decken sollte. In Berlin lösten diese Nachrichten ernste Besorgnis aus. Man befürchtete eine aggressivere russ. Außenpolitik und einen immer festeren Zusammenschluß der Entente, der Deutschland bald jede außenpolitische Bewegungsfreiheit nehmen würde. Die Tatsache, daß Grey auf die wiederholten Anfragen Lichnowskys hin nur pauschal die Existenz von Militärabkommen leugnete, führte zu einer schweren Vertrauenskrise zwischen Berlin und London, deren Gefährlichkeit auch Grey Anfang Juli sah. — Lichnowsky, der Ende Juni zu mündlichem Bericht in Berlin weilte, galt dem Ausw. Amt als zu leichtgläubig und ungenügend informiert. Zechlin, Kabinettskrieg, S. 347 ff.; Cecil, S. 177 ff.

[3] Karl Max Fürst v. Lichnowsky (1860—1928), 1912—1914 deutscher Botschafter in London.

[4] Am 4. 7. sandte Berchtold Graf Hoyos nach Berlin mit dem Auftrag, dem österr. Botschafter Szögyény ein Handschreiben Franz Josephs und ein ausführliches Memorandum zur Balkanfrage vom 2. 7. auszuhändigen und ihm mündlich mitzuteilen, Österreich halte den Moment für gekommen, „eventuell mit Serbien abzurechnen"; Szögyény solle sondieren, wie man sich in Berlin dazu stellen würde. Hoyos führte diesen Auftrag am Vormittag des 5. 7. aus. Hantsch, Bd. 2, S. 573. Am Mittag dieses Tages überreichte Szögyény die beiden Dokumente dem Kaiser. Dieser versicherte nach anfänglichem Zögern, Deutschland werde bei einem Krieg Österreichs gegen Serbien an der Seite Österreichs stehen, auch wenn daraus ein Krieg mit Rußland entstehe, er müsse aber noch mit dem Kanzler beraten. Am Nachmittag des 5. 7. und am 6. 7. fanden in Potsdam eine Reihe von Besprechungen zwischen dem Kaiser und den im Augenblick verfügbaren militärischen und politischen Beratern statt, bei der die Antwort des Kaisers grundsätzlich gebilligt wurde. Der Kanzler war am 5. 7. aus Hohenfinow herbeigerufen worden; am Nachmittag empfing ihn der Kaiser zusammen mit Zimmermann in Potsdam. Am 6. 7. bestätigte der Kanzler in einer Unterredung mit Hoyos, Szögyény und Zimmermann den vom Kaiser ausgestellten „Blankoscheck" für das österr. Vorgehen gegen Serbien: Österreich müsse selbst beurteilen, was zu geschehen habe; es könne dabei — „wie auch immer [seine] Ent-

Unser altes Dilemma bei jeder oesterreichischen Balkanaktion. Reden wir ihnen zu, so sagen sie, wir hätten sie hineingestossen; reden wir ab, so heisst es, wir hätten sie im Stich gelassen. Dann nähern sie sich den Westmächten deren Arme offen stehen, und wir verlieren den letzten mässigen Bundesgenossen[5]. Diesmal ist es schlimmer wie 1912[6]; denn diesmal ist Oesterreich gegen die serbisch-russischen Umtriebe in der Verteidigung. Eine Aktion gegen Serbien kann zum Weltkrieg führen[7]. Der Kanzler erwartet von einem Krieg, wie er auch ausgeht, eine Umwälzung alles Bestehenden. Das Bestehende sehr überlebt, ideenlos. „alles so sehr alt geworden". Heydebrand habe gesagt, ein Krieg würde zu einer Stärkung der patriarchalischen Ordnung und Gesinnung führen. Der Kanzler empört über solchen Unsinn. Überhaupt ringsherum Verblendung, dicker Nebel über dem Volke. In ganz Europa das gleiche. Die Zukunft gehört Russland, das wächst und wächst und sich als immer schwererer Alb auf uns legt.

S. 3

Der Kanzler sehr pessimistisch über den geistigen Zustand Deutschlands. Elender Niedergang der politischen Oberfläche. Die Individuen als solche immer kleiner und unbedeutender, nirgends wird etwas Grosses und Gerades gesagt. Versagen der Intelligenz, der Professoren. Mein Einwand[:] Zeit der Spezialentwicklung, aber der Kollektivgrösse. Die neue Schönheit noch nicht gesagt.

Der Kanzler ein Kind der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts und einer

---

scheidung ausfallen möge — mit Sicherheit darauf rechnen, daß Deutschland als Bundesgenosse und Freund der Monarchie hinter ihr stehe". Im Verlauf des Gesprächs empfahl er ein sofortiges Einschreiten gegen Serbien als die beste und radikalste Lösung der Balkanfrage; vom internationalen Standpunkt aus sei der jetzige Augenblick dafür günstiger als ein späterer. Geiss, Julikrise, Bd. 1, S. 83 ff. Zur Beurteilung der Situation vgl. auch die neuerdings von V. R. Berghahn und W. Deist veröffentlichten Dokumente aus dem Nachlaß Tirpitz: Kaiserliche Marine und Kriegsausbruch 1914. Neue Dokumente zur Juli-Krise, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen (Januar 1970), S. 37 ff.

[5] In den Balkankrisen 1912/13 hatte sich Deutschland wiederholt gegen ein österr. Vorgehen gegen Serbien ausgesprochen. Dahinter stand die Furcht vor einem Krieg mit Rußland und den Westmächten und eine andere Konzeption der Balkanpolitik. Die Folge war eine zunehmende Verstimmung in Wien, das sich im Stich gelassen fühlte, Deutschland für das sinkende außenpolitische Prestige Österreich-Ungarns verantwortlich machte und an dem Wert des Bündnisses zu zweifeln begann. So äußerte Berchtold am 21. 7. 1913 Tschirschky gegenüber, durch das Versagen der deutschen Bündnishilfe stehe Wien völlig isoliert da „und könnten wir ebensogut dem anderen Groupement angehören". Hantsch, Bd. 2, S. 460, 419 ff.; Fischer, Krieg der Illusionen, S. 289 ff., 600 ff.

[6] Anspielung auf den zweiten Balkankrieg 1912, in den Österreich Ende 1912 einzugreifen gedachte, um eine territoriale Vergrößerung Serbiens zu verhindern.

[7] Von dieser Eventualität sprach am 9. 7. 1914 auch Zimmermann gegenüber einem Vertreter der Marineleitung: „Die Entscheidung [Österreichs] wird wahrscheinlich auf die lange Bank geschoben. Kommt es zum Einmarsch österreichischer Truppen, so werden wohl sämtliche Großmächte bemüht sein, den Krieg zu lokalisieren, d. h. Rußland zurückzuhalten. Gelingt das nicht und kommt es zum großen Kontinentalkriege, so müssen wir damit rechnen, daß England auf unserer Gegenseite steht." Dok. Nr. 4 der oben Anm. 4 zit. Veröffentlichung von Berghahn-Deist.

besseren Bildung. Seltsam, dass er mit der alten Humanitätsgesinnung, seinem Ernst und seiner Unfähigkeit zu aller Scheinbarkeit in dem neudeutschen Milieu zur Macht gelangen und sich gegenüber Parlamentariern und Schiebern behaupten konnte. Er ist indes keineswegs eindeutig. Seine Gerissenheit wohl ebenso gross wie sein Ungeschick. Beides vermischt und sich abwechselnd.

S. 4, Nr. 2 Hohenfinow 8. 7. 14

Botschaft Kaiser Franz Josef durch Hoyos[1] überreicht[2]. Hoyos bei Zimmermann[3]. Vielleicht entschliesst sich der alte Kaiser doch nicht, meint der Kanzler[4]. Kommt der Krieg aus dem Osten, so dass wir also für Oesterreich-Ungarn und nicht Oest[erreich]-Ungarn für uns zu Felde zieht, so haben wir Aussicht, ihn zu gewinnen. Kommt der Krieg nicht, will der Zar nicht oder rät das bestürzte Frankreich zum Frieden, so haben wir doch noch Aussicht, die Entente über diese Aktion auseinanderzumanoeuvrieren.

[1] Alexander Graf Hoyos, Frhr. zu Stüchsenstein (1876—1937), 1912—1917 Legationsrat und Kabinettschef im österr.-ungar. Außenministerium.
[2] Vgl. 7. 7. 1914, Anm. 4.
[3] Arthur Zimmermann (1858—1940), seit 1910 Ministerialdirigent der Polit. Abt. des Ausw. Amtes, 1911 Unterstaatssekretär, 25. 11. 1916—5. 8. 1917 Staatssekretär des Äußeren. — Am Vormittag des 5. 7., gleich nach seiner Ankunft in Berlin (vgl. 7. 7. 1914, Anm. 4), suchte Hoyos Zimmermann auf. Nach den vorhandenen kurzen Berichten über diese Unterredung sprach Hoyos eigenmächtig von der Absicht Österreichs, Serbien überraschend anzugreifen und Europa vor ein fait accompli zu stellen. Serbien solle vollständig aufgeteilt werden. Hantsch, Bd. 2, S. 572; Geiss, Julikrise, Bd. 1, S. 80 und Nr. 39, 42.
[4] In diesem Sinn äußerte sich Bethmann am 5. 7. auch gegenüber Falkenhayn: Er glaube nicht, „daß es der österreichischen Regierung mit ihrer immerhin gegen früher entschiedeneren Sprache Ernst ist". Geiss, Julikrise, Bd. 1, Nr. 23.

S. 5, Nr. 3 Hohenfinow 11. 7. 14

Zwei Tage in Berlin. Mit allerlei Aufträgen. In Oesterreich scheinen Differenzen zwischen Berchtold[1] und Tisza[2] über die Methode[3]. Kaum möglich, ihnen von Berlin aus die Hand zu führen. Sie wollen anschei-

[1] Leopold Graf v. Berchtold (1863—1942), 19. 2. 1912—13. 1. 1915 österr. Außenminister.
[2] Stefan Graf Tisza v. Boros-Jenö und Szeged (1861—1918), 1903—1905 und 1913—1917 ungarischer Ministerpräsident.
[3] Am 7. 7. 1914 beschloß der österr.-ungar. Ministerrat den Krieg gegen Serbien. Die Mehrheit war wie Berchtold für rasches Handeln ohne diplomatische Vorverhandlungen. Tisza, der anfangs einen Krieg gegen Serbien abgelehnt hatte, gab schrittweise nach, setzte aber durch, daß zunächst konkrete Forderungen an Serbien gestellt werden sollten; erst nach deren Ablehnung sollte ein Ultimatum gestellt und mobilisiert werden. Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates, Nr. 1. Tschirschky teilte diese Beschlüsse und die Differenzen zwischen Berchtold und Tisza am 8. 7. mit. Geiss, Julikrise, Bd. 1, Nr. 39, 52; Hantsch, Bd. 2, S. 574 ff.

nend ein kurzes Ultimatum und falls Serbien ablehnt, einrücken. Anscheinend brauchen sie furchtbar lange, um zu mobilisieren. 16 Tage sagt Hoetzendorff[4]. Das ist sehr gefährlich. Ein schnelles fait accompli, und dann freundlich gegen die Entente, dann kann der Choc ausgehalten werden. Und mit gutem und erdrückendem Material, das keine Einwände zulässt, gegen die serbischen Umtriebe herausrücken.
Das Bohren des Auswärtigen Amtes gegen Hammann. Der Kanzler schimpft auf die Diplomaten. Das Gewerbe verdirbt die Menschen, er traue keinem weder inländischen noch auslaendischen. Wenn er einen um Auskunft über einen anderen bitte, so bliebe kein gutes Haar an ihm, und wenn es der beste Freund ist. Hammann wenngleich bockig, eigensinnig, unbequem, darf den Diplomaten nicht geopfert werden. Er hat grossen Zug, kann über die Zeitungen hinaus über ⟨die wirklichen Volksempfindungen⟩[a] greifen und ist, falls es Krieg giebt, völlig unentbehrlich, um das Volk zu rufen.

[a] In der Vorlage: das wirkliche Volksempfindungen.

[4] Mitteilung Berchtolds an Tschirschky, enthalten im Tel. Tschirschkys an Jagow 8. 7. 1914; Geiss, Julikrise, Bd. 1, Nr. 52. — Franz Graf Conrad v. Hoetzendorff (1852—1925), 1906—1911 und 1912—März 1917 Chef des österr.-ungar. Generalstabs, dann bis Juli 1918 Kommandant der Heeresgruppe Conrad an der ital.-österr. Front, Juli—November 1918 Oberster sämtlicher Leibgarden.

S. 6 Hohenfinow 14/7. [1914]

Gestern und heute ein wenig an alten Gespinsten gearbeitet. In die Landschaft versponnen. Aber völlig unmöglich seit ich hier bin und in die grossen Fragen hineinsehe, deren Ernst alles überschattet. Unsere Lage ist schrecklich. Wenn der Krieg kommen sollte und die Schleier dann fallen, wird das ganze Volk folgen, getrieben von Not und Gefahr. Der Sieg ist die Befreiung. Der Kanzler meint, ich wäre zu jung, um nicht dem Reiz des Ungewissen zu unterliegen, des Neuen, der grossen Bewegung. Für ihn ist die Aktion ein Sprung ins Dunkle und dieser schwerste Pflicht. Kiderlen hat immer gesagt wir müssen fechten. Berchtold überlegt sich den Zeitpunkt, ob vor oder nach der Reise Poincarés[1] nach Petersburg. Besser vorher, dann ist grössere Chance, dass Frankreich, plötzlich vor der Wirklichkeit des Kriegstraums erschrocken in Petersburg zum Frieden mahnt. Oesterreich hat sich denn auch heute dazu entschlossen. Aber die ungarische Ernte muss vorher herein[2].

[1] Raymond Poincaré (1860—1934), 1913—1920 Präsident der franz. Republik.
[2] Diese Überlegungen Berchtolds über das Datum für die Überreichung des Ultimatums an Serbien teilte Tschirschky am 11. 7. mit (Geiss, Julikrise, Bd. 1, Nr. 72): Die Note dürfe nicht während des Aufenthaltes Poincarés in Petersburg (21.—23. 7.) übergeben werden, damit den Franzosen und Russen keine Gelegenheit gegeben werde, gemeinsam ihre Haltung zu besprechen. Berchtold war für den 24. 7., da bis dahin die Erntearbeiten in Österreich-Ungarn beendet sein würden. Am 13. 7. teilte Tschirschky mit (ibid., Nr. 82), Berchtold sei nun doch für die Übergabe vor der Abreise Poincarés aus Paris

Italien kokettiert mit Russland[3]. Es will als Preis das Trentino. § 7 des Vertrages. Wohl schon für die Neutralität[4]. Man kann indes nicht vorher[5] mit ihm reden. Es wird alles in Petersburg verraten.
S. 7
Es kennt den Zustand Oesterreichs, die Erfolge der russischen Unterwühlung bei allen Slawen, sieht auch alles scheusslich aus, und unterschätzt die Elasticität dieses alten Staates[6], der viel mehr inneren Zank etc verträgt, als alle anderen Staaten. Wenn im Falle des Krieges England gleich loslegt, geht Italien keinesfalls mit, sonst und im weiteren Verlauf nur, wenn unser Sieg sicher ist oder es ihn für sicher hält. Es bleibt nichts anderes über, als in Rom sofort sehr siegessicher auftreten. Es kommt darauf an, dass Italien wenigstens soweit an unseren Sieg glaubt, dass es vorzieht, in Paris Petersburg etc zum Frieden zu mahnen und der Entente keine Hoffnungen auf seine Hilfe macht. Vor einem Krieg an unserer Seite hat es furchtbare Angst. Es will sich höchstens nourrir de charogne. Es kann auch gar nicht, wenn sich die Kriegsfeindschaft der Sozialisten mit den Irredentanationalisten verbindet.

(18. 7.). Auf diese Meldung scheint sich Riezler hier zu beziehen. Am 14. 7. lagen in Berlin aber zwei weitere Telegramme Tschirschkys vor, man habe sich an diesem Tag in Wien über das Ultimatum geeinigt und beschlossen, es am 19. 7. fertigzustellen und am 25. 7. in Belgrad überreichen zu lassen (ibid., Nr. 91, 92).

[3] Vgl. das Telegramm Flotows vom 14. 7. 1914: San Giuliano habe erklärt, Italien werde bei weiteren Komplikationen Österreich nicht gegen Serbien unterstützen können. Kompensationsansprüche werden hier nicht erwähnt. Geiss, Julikrise, Bd. 1, Nr. 88. Im Anschluß an dieses Telegramm schrieb Jagow jedoch am 15. 7. an Tschirschky, er möge Berchtold dringend nahelegen, Italien durch Kompensationsangebote wenigstens neutral zu halten. Als einzige „vollwertige" Kompensation werde für Italien allerdings wohl nur das Trentino in Betracht kommen (ibid., Nr. 101).

[4] 1887 garantierten sich Italien und Österreich gegenseitige Konsultation bei einer zeitweiligen oder dauernden Veränderung des Status quo „in den Gegenden des Balkan oder der ottomanischen Küsten und Inseln im Adriatischen und Ägäischen Meer" und sahen für diesen Fall ein Übereinkommen vor, das nach „dem Grundsatz einer wechselseitigen Kompensation für jeden territorialen oder sonstigen Vorteil ... den Interessen und wohlbegründeten Ansprüchen beider Partner Genüge leisten" sollte. Diese Abmachung wurde als Artikel VII in den dritten Dreibundvertrag von 1891 aufgenommen. Vgl. F. Fellner, Der Dreibund. Europäische Diplomatie vor dem ersten Weltkrieg (1960) S. 20 ff., 92.

[5] d. h. vor Übergabe des Ultimatums. In diesem Sinn instruierte Jagow am 11. 7. 1914 Flotow: „wegen seiner Hinneigung zu Serbien" empfehle es sich nicht, San Giuliano über das geplante Ultimatum an Serbien zu unterrichten. Geiss, Julikrise, Bd. 1, Nr. 71.

[6] Vgl. dazu Riezler, Grundzüge, S. 64—68.

S. 8, Nr. 5 Hohenfinow 20. 7. [1914]

Wieder[a] in Berlin gewesen.
Am 23. die k.k. Demarche in Belgrad. Wir haben unsere Unterstützung eindeutig zugesagt. Sehr ernste Stimmung. Eine schwere Decke von noch offener Trauer und grösster Verantwortung über den Menschen und

[a] Nach „wieder" das Wort „einmal" gestrichen.

allen Gesprächen, nur hier und da durchbrochen von dem Bedürfnis der Kinder nach Fröhlichkeit. Der Kanzler entschlossen und schweigsam. Seltsamer Mensch. Er hat gar nichts gewinnendes, ausser bei sehr gutem Wein, Musik und guten Gesprächen, aber sehr viel innerlich verpflichtendes. Aber das ist nichts für unsere Politiker. In vielem kleinen unerträglich im grossen bewundernswert. Ich bitte ihm im stillen manches ab. Ich habe ihn ⟨im Grunde⟩[b] für einen sehr klugen und gebildeten Beamten gehalten. Das ist ganz falsch. Er ist gross als Mensch und durch die Weite und Unabhängigkeit seines Geistes. Er ist ganz frei von alle den Vorurteilen und Engheiten und ganz unabhängig von alle dem, was allgemeine Meinung und Suggestion ist. Sein Urteil bewegt sich völlig frei, er sagt lauter niegesagtes und niegehörtes. Wenn er nur nicht die schreckliche Eigenschaft hätte, auch bei fester eigner Meinung Zweifel zu mimen, Dinge zu sagen die er selbst nicht glaubt, um den Widerspruch des anderen zu hören.

S. 9

Abermals über die ganze Lage. Russlands wachsende Ansprüche und ungeheure Sprengkraft. In wenigen Jahren nicht mehr abzuwehren, zumal wenn die jetzige europäische Constellation bleibt. Gelingt [es] sie zu ändern oder zu lockern, so muss überlegt werden, ob und wie das ganze jetzige Bündnissystem umgestossen und verändert werden muss. Aber ob das möglich ist? Nur wenn Russland bei der serbischen Sache von den Westmächten nicht bis zum letzten unterstützt, einsieht, dass es sich mit uns verständigen muss. Aber auch dann wird Russland sehr teuer sein. Es ist zu mächtig geworden und muss schon aus innerpolitischen Gründen und als Gegengewicht gegen die revolutionären Strömungen Panslavismus machen.

Ob es soweit kommen musste? Der Kanzler denkt mit einer gewissenhaften Selbstzermarterung über die möglichen eigenen Fehler nach. Ob er 1912, nachdem der Kaiser in der Frage der drei Panzerkreuzer für Tirpitz[1] entschieden hatte, auf dem eingereichten und abgelehnten Abschied hätte bestehen sollen[2]. Dann wäre Tirpitz oder irgend ein Politiker dieses Schlages Kanzler geworden. Viele sagen, Tirpitz verhindere die Verständigung mit England nur deshalb, um sie als Kanzler selbst

[b] ‹ . . .› nachträglich eingefügt.

[1] Alfred v. Tirpitz (1849—1930), 1892—1895 Chef des Stabes beim Oberkommando der Kriegsmarine, 1897—1916 Staatssekretär des Reichs-Marineamtes, 1917 Mitbegründer der Vaterlandspartei, 1924—1928 MdR (DN).

[2] Die auf Tirpitz zurückgehende Flottennovelle vom Mai 1912 sah den Bau von drei zusätzlichen großen Schlachtschiffen vor. Aus Furcht vor der Verschlechterung des Verhältnisses zu England wandte sich Bethmann seit Herbst 1911 gegen Tirpitz' Forderung. Als während der Verhandlungen mit Haldane der Kaiser am 5. 3. 1912 dem Kanzler befahl, ohne Rücksicht auf England die Novelle dem Reichstag vorzulegen, reichte Bethmann am 6. 3. ein Abschiedsgesuch ein. Der Kaiser lehnte dieses ab und einigte sich mit dem Kanzler auf der Linie, daß der Termin für den Bau der Schiffe offenbleibe und die Novelle vorerst nicht veröffentlicht werde. Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 1, S. 200 ff., 314 ff.; Ritter, Bd. 2, S. 209 ff.; Hubatsch, S. 85 ff.

machen zu können. Aber er kann sie nicht machen, weil niemand ihm traut. Der Mann überhaupt ein Rätsel — er weiss genau, dass durch alle seine Dreadnoughtbauten unser Kräfteverhältnis zu England sich gar nicht verschiebt, da

S. 10

die Englaender das doppelte bauen und immer bauen können. An den englischen Mannschaftsmangel mit dem die Marine die ganzen Zeitungen füllt, kann er unmöglich selber glauben. Ein grosses Organisationstalent, ein politisches Kind[,] aber sehr gerissen in der Mache und tief unwahrhaftig. Bei der Nebenpolitik der Marine überhaupt keine auswaertige Politik mit leidlicher Begleitung durch die Zeitungen zu machen. Und beim Kaiser gegen ihn nichts durchzusetzen. Für Tirpitz die Marine Selbstzweck. Auch Tsingtau, das „Kulturcentrum" im Osten als Flottenstation nur Selbstzweck, militärisch und politisch unhaltbar. Aber wenn einer sagte — was in Ostasien jeder politisch denkende weiss — dass wir um Japans willen besser daran thäten, den Posten aufzugeben, er würde von der Pressemeute der Marine zerrissen. Und hätte Kaiser Reichstag und Volk gegen sich.

Die früheren Fehler, gleichzeitig Türkenpolitik gegen Russland, Marokko gegen Frankreich Flotte gegen England, alle reizen und sich allen in den Weg stellen und keinen dabei wirklich schwächen. Grund: Planlosigkeit, Bedürfnis kleiner Prestigeerfolge und Rücksicht auf jede Strömung der öffentlichen Meinung. Die „nationalen" Parteien, die mit dem Radau über die auswaertige Politik ihre Parteistellung halten und festigen wollen.

S. 11, Nr. 6 Hohenfinow 23. 7. 14

Die Oesterreicher haben auf Drängen der Ungarn, die keinen slavischen Machtzuwachs wollen, beschlossen, in Serbien keine Territorialerwerbung zu erstreben[1]. Das ist gut, weil eine Erklärung darüber die Russen vielleicht doch von einer Mobilisation ab= und auf den Verhandlungsweg drängt. Aber doch charakteristisch für den ganzen Jammer der oesterreichischen Politik, die von den ererbten Alluren der Weltmacht nicht lassen, aber doch nichts thun, ja sich nicht einmal resigniert behaupten kann. Wir werden ewig hinter diesem schwachen Staat herhinken und unsere jugendliche Kraft an die Verzögerung seines Verfalles setzen müssen.

Der Kanzler erzählt mir, Sasonow[2] habe neulich zu Robby Mendelssohn[3] gesagt: si l'Allemagne lâche l'Autriche, je lâcherai immédiatement

[1] Sitzung des österr.-ungar. Ministerrates vom 19. 7. 1914. Vgl. Geiss, Julikrise, Bd. 1, Nr. 144; Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates, Nr. 2.

[2] Sergei Dmitrijewitsch Sasonow (1860—1927), 1910—1916 russ. Außenminister.

[3] Robert Franz v. Mendelssohn (1865—1935), Berliner Bankier, leitete bis 1933 das Bankhaus Mendelssohn & Co., 1921—1931 Präsident des deutschen Industrie- und Handelstages, seit 1931 Präsident der Internationalen Handelskammer. Mendelssohn war zusam-

après la France. Er scheint über derartige Möglichkeiten nachzusinnen. Es wäre besser als ein Abkommen mit England, mit Russland zu einem dauernden Ausgleich zu kommen. Die Schwierigkeiten vielleicht noch grösser, Russland weit[a] anspruchsvoller. Ja, wenn es nur die Balkanaspirationen Oesterreichs, nicht aber Oesterreichs Bestand antasten wolle. Die Balkanaspira-

S. 12

tionen fallen weg, wenn wir sie nicht stützen. Oesterreich selbst müssen wir halten. Greift Russland an die Südslawen, so sind wir verloren. Also höchstens ein deutsch-russisches Einverständnis über die Erhaltung Oesterreichs. Garantie mit Ausnahme des Trentino. Aber das doch sehr künstlich und ohne Gewähr der Dauer. Ein Eingehen auf die Bemerkung Sasonows zu Robby Mendelssohn unmöglich, Sasonow würde nur zum Scheine verhandeln und über London nach Wien Kenntnis geben, um Oesterreich abzusprengen. Geht die serbische Sache gut vorüber, ohne dass Russland mobilisiert und infolgedessen ohne Krieg, so kann man sich mit einem über die Westmächte enttäuschten Russland vielleicht ohne Gefahr über ein dann befriedigtes Oesterreich-Ungarn verständigen. Wangenheim[4] müsste dann bei Giers[5] sondieren.

Wie sollen, wenn Krieg kommt, die Sozialdemokraten behandelt werden? Sich sofort ihrer versichern, selbst und menschlich mit ihnen verhandeln, von den Militärs Garantien gegen die Dummheiten uniformierter Socialistenfresser geben lassen. Der Kanzler will dies thun[6]. Es scheint

---

[a] Ursprünglich „noch", gestrichen.

men mit den Banken Bleichröder, Berliner Handelsgesellschaft und Disconto-Gesellschaft führend in den Bankbeziehungen zu Rußland. Er galt vor 1914 als der wichtigste Vertrauensmann Rußlands auf dem Berliner Börsenmarkt und hatte 1906 die deutschen Anleihen an Rußland besorgt. G. W. F. Hallgarten, Imperialismus vor 1914 (²1963) Bd. 1, S. 278, 478.

[4] Hans Frhr. v. Wangenheim (1859—1915), 1909—1912 Gesandter in Athen, 1912—1915 Botschafter in Konstantinopel.

[5] Michail Nikolajewitsch Giers (1856—1924), russ. Gesandter in Peking, München, Bukarest, 1912—1914 in Konstantinopel, 1915—1917 in Rom.

[6] Seit 1906 bestanden Pläne, bei Kriegsausbruch die Führer der Sozialdemokraten und der nationalen Minderheiten festzunehmen. Einheitliche Vorschriften darüber bestanden jedoch nicht, so daß die Ausführung dem Gutdünken der Militärgouverneure überlassen blieb. Es war bekannt, daß ein Teil von ihnen an scharfe Maßnahmen dachte. Daher wandte sich Bethmann schon am 18. 7. 1914 an die zuständigen preuß. Minister und Staatssekretäre der Reichsämter, um sie zur Besprechung der Frage unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Innern, v. Delbrück, einzuladen. Er empfahl dabei dringend, von der Verhängung des Belagerungszustandes über das ganze Reichsgebiet abzusehen. Er sei überzeugt, „daß diese Maßregel verhängnisvolle Folgen für die Einheitlichkeit, Tiefe und Stärke des patriotischen Empfindens zeitigen könnte und daß ihr auf dem militärischen Gebiete vielleicht liegender Nutzen nicht den Schaden ausgleicht, den sie auf politischem und ideellem Gebiet zeitigen würde. Insbesondere erachte ich es für ausgeschlossen, den Kriegszustand über Berlin zu verhängen." Der Reichskanzler an den Kriegsminister, 18. 7. 1914; DZA Potsdam, RdI 12215/1. Bei den kommissarischen Beratungen am 24./25. 7. wurde den Forderungen Bethmanns nicht nachgegeben, jedoch beschlossen, der SPD möglichst weit entgegenzukom-

aber, dass die Militairs sich weigern werden, den Belagerungszustand und seine Handhabung aus den Händen zu geben. Mobilmachung Transporte, Geheimnisse Verteidigungskrieg betonen.

S. 13

Der Kanzler meint, wenn Krieg käme, käme er durch eine russische Mobilmachung ab irato, also vor eventuellen Verhandlungen. Dann ist kaum mehr etwas zu verhandeln, weil wir dann sofort, um überhaupt noch gewinnen zu können, losschlagen müssen. Dann aber fühlt das ganze Volk die Gefahr und steht auf.

Briefwechsel des Kanzlers mit dem Kronprinzen. Der, von lauter alldeutschen und gänzlich ungebildeten Offizieren umgeben, hat wieder einige kriegslustige Depeschen an alldeutsche Redner und Schriftsteller losgelassen[7]. Der Kanzler empört, läßt Maltzahn[8] zu rede stellen und bittet den Kaiser, der auf Nordlandsreise, telegraphisch seinem Sohne alle solche Depeschen eindeutig zu verbieten. Der Kaiser thut es[9]. Der Kronprinz schreibt einen langen Brief, verlangt Krieg und Sozialistengesetz, Kampf und Gewalt. Dumme Redensarten. Wo sind nur die gebildeten Offiziere hingeraten, die Preussen gross gemacht haben?

Lange unter den grossen Linden gesessen und gegangen und über alles nachgedacht. Was wird werden? Wird das deutsche Volk gerettet werden oder untergehen? Die Natur unbewusst und unbekümmert in ihrer Sonne, grösser als das grösste Geschehen.

---

men und von Verhaftungen abzusehen. Schellenberg, S. 30 ff.; Groh, S. 152 f., 170 ff.; Fischer, Krieg der Illusionen, S. 698; Delbrück, S. 100 ff.; Militär und Innenpolitik, Bd. 1, Dok. 76 f.

[7] Es handelt sich um zwei zustimmende Telegramme des Kronprinzen an Prof. Gustav Buchholz anläßlich dessen Festrede zum Geburtstag Bismarcks und zu der aggressiv nationalistischen Broschüre: Des Deutschen Reiches Schicksalsstunde, von Oberstleutnant a. D. H. Frobenius. Sie wurden in der Presse veröffentlicht. Vgl. Rosner, S. 134 f. Der Briefwechsel Bethmanns mit dem Kronprinzen ist nicht bekannt; ein Brief Bethmanns an den Kronprinzen wird erwähnt im Schreiben des Kanzlers an den Kaiser vom 20. 7. 1914: Er habe den Kronprinzen dringend gebeten, von öffentlichen Kundgebungen abzusehen. DD, Bd. 1, Nr. 84.

[8] Hans Jaspar Frhr. v. Maltzahn (1869—1929), preuß. Landrat, Mitglied des preuß. Abg.-Hs. (Dt.-Kons.), Anfang 1914—Juni 1916 politischer Berater des Kronprinzen.

[9] Bethmann an Wilhelm II. 20. 7. 1914: Er möge wegen der gespannten Situation und der noch zu erwartenden Verwicklungen dem Kronprinzen alle öffentlichen Äußerungen zur Politik untersagen. Der Kaiser kam dem am 21. 7. nach. DD, Bd. 1, Nr. 84, 105, 132 f.

S. 14, Nr. 7 Hohenfinow 25. 7. 14

Gestern nachmittag in Berlin, heute früh wieder hier. Der Kanzler die letzten Tage beinahe immer am Telefon. Anscheinend Vorbereitungen auf alle Eventualitäten, Besprechungen mit den Militairs über die nichts

gesagt wird. Handelsflotte ist gewarnt[1]. Havenstein[2] finanzielle Mobilmachung[3]. Bis jetzt durfte nichts gemacht werden, was nach aussen hervortritt. Grosse Bewegung. Die oesterreichische Note[4] nicht geschickt, viel zu lang. Die ersten Telegramme über die Aufnahme der oesterreichischen Mitteilungen an die Grossmächte sind da[5], in einer Stunde geht es nach Berlin. Was will das Schicksal? Aber das Schicksal ist zumeist ganz dumm und unbewusst und verheddert sich in lauter Zufällen. Wer es packt, der hat es. Aber es ist in dieser verflucht verwirrten modernen Welt so vielgestaltig geworden, weder zu berechnen noch zu greifen. Zuviel Faktoren auf einmal.

[1] Am 20. 7. 1914 warnte Jagow auf Veranlassung Wilhelms II. die HAPAG und den Norddeutschen Lloyd, Österreich werde demnächst ein Ultimatum an Serbien richten; da es zu einem Krieg kommen könne, sei es ratsam, die Schiffe rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Geiss, Julikrise, Bd. 1, Nr. 147, 162; Cecil, S. 189.

[2] Rudolf Havenstein (1857—1923), seit 1890 im preuß. Finanzministerium, 1908—1923 Präsident des Reichsbankdirektoriums.

[3] Am 17. 7. wurden Erlasse zur Mobilmachung von Post, Telegraphenwesen, Banken und Wirtschaft in ihrer Endfassung konzipiert und am 18. 7. dem preuß. Kriegsministerium zugesandt. Geiss, Juli 1914. Die europäische Krise und der Ausbruch des Ersten Weltkrieges, dtv 293 (1965) S. 77. Zur finanziellen Mobilmachung insbesondere K. Roesler, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg (1967).

[4] Ultimatum an Serbien vom 23. 7. 1914, Text in DD, Bd. 4, Anhang I, S. 93—96.

[5] Wien ließ am 24. 7. das Ultimatum durch seine Botschafter in Rom, Paris, London, Petersburg und Konstantinopel mitteilen und erläutern; vgl. Geiss, Julikrise, Bd. 1, Nr. 157. Im Laufe des 24. und 25. 7. trafen in Berlin Telegramme der deutschen Botschafter in Rom, London, Paris, Belgrad und Petersburg über die Reaktion der dortigen Regierungen ein. Ibid., Nr. 271, 275, 276, 278, 280, 281, 283.

S. 15 Berlin 27. 7. 14

Sonnabend mit Reichskanzler zurückgefahren. Im Zug die ersten Telegramme über die Wirkung in Paris Petersburg London Rom. Nicht ungünstig. Hauptsache, dass Sasonow, wütend, doch vermieden hat sich festzulegen[1]. Paris bestürzt[2]. Englands Kälte: ein oesterreichisch-serbischer Conflict geht mich nichts an[3]. Italiens Erpressungsversuche[4]. Man hat sich offenbar noch nicht verständigt. Alles kommt darauf an ob Peters-

[1] Pourtalès an Jagow 25. 7. 1914: Er habe den Eindruck gewonnen, daß Sasonow trotz seiner „sehr erregten Stimmung" zu „temporisieren" wünsche und an ein bewaffnetes Einschreiten Rußlands erst für den Fall denke, daß Österreich territoriale Erwerbungen auf Kosten Serbiens machen wolle. Geiss, Julikrise, Bd. 1, Nr. 283, 357.

[2] Telegramme Schoens an Jagow 24. 7. 1914: Frankreich sei gewillt, sich nicht einzumischen, es müsse aber auf Rußland Rücksicht nehmen. Geiss, Julikrise, Bd. 1, Nr. 278, 284.

[3] Lichnowsky an Jagow 24. 7. 1914: „... solange es sich um einen ... lokalisierten Streit zwischen Österreich und Serbien handele, ginge ihn, Sir E. Grey, die Sache nichts an, anders würde die Frage aber, wenn die öffentliche Meinung in Rußland die Regierung zwinge, gegen Österreich vorzugehen ..." Geiss, Julikrise, Bd. 1, Nr. 281.

[4] Telegramme Flotows 24. u. 25. 7. 1914: Rom deute das Vorgehen Österreichs als aggressiv; wenn es zum Krieg komme, sei der casus foederis für Italien nicht gegeben. Falls Österreich sich auf dem Balkan ausdehne, habe Italien Anspruch auf Kompensationen. Geiss, Julikrise, Bd. 1, Nr. 276, 359.

burg sofort mobilisiert und vom Westen aufgemuntert oder zurückgehalten wird. Der Kanzler wie immer sehr skeptisch gegen erste günstige Eindrücke. Militärpartei in Petersburg. Im Zuge lange über das deutsche Volk, sein Schicksal, seine Tugenden und Schwächen. Der Kanzler sieht ein Fatum, grösser als Menschenmacht, über der Lage Europas und über unserem Volke liegen.
Die Ankunft in Berlin. Bewegung auf den Strassen. Unter den Linden Menschenmengen vor den Depeschen des Lokalanzeigers, auf die Antwort Serbiens wartend. Die Menschen aber noch nicht völlig erwacht aus dem Traum des Friedens, der ihnen noch eine Selbstverständlichkeit scheint, noch ungläubig erstaunt und neugierig.
S 16
Abends und Sonntags Menschen mit Liedern. Der Kanzler meinte zuerst, nur halbwüchsige Burschen die sich der Gelegenheit zu Radau und Aufregung freuen und ihre Neugierde spazieren tragen. Es werden aber mehr und mehr und die Töne werden echter, der Kanzler schliesslich tief bewegt, ergriffen und befestigt, zumal aus dem ganzen Reich die Nachrichten kommen. Ein ungeheurer, wenn auch wirrer Betätigungsdrang im Volke[,] eine Gier nach grosser Bewegung, aufzustehen für eine grosse Sache, seine Tüchtigkeit zu zeigen.
Die Nachrichten deuten alle auf Krieg. In Petersburg offenbar schwere Kämpfe um die Mobilmachung[5]. Englands Sprache geändert[6] — offenbar hat man in London plötzlich gesehen, dass die Entente einen Riss bekommt, wenn man zu lau gegen Russland ist. Lichnowski hat völlig die Haltung verloren. Gefahr, dass Frankreich und England aus Angst vor einer Verstimmung Russlands Unterstützung zusagen, vielleicht ohne recht daran zu glauben, dass Mobilisation für uns Krieg ist, und alles für einen Bluff halten, den sie mit einem Gegenbluff beantworten.
Morgen sollte socialdemokratische Demonstration für den Frieden sein[7].

---

[5] Am 24./25. 7. wurde in Petersburg die Teilmobilmachung in den vier Militärbezirken Kiew, Odessa, Kasan und Moskau sowie der Ostsee- und Schwarzmeerflotte beschlossen, weiter sollte am 26. 7. die „Verordnung über die Kriegsvorbereitungsperiode" im ganzen Reich in Kraft treten. Geiss, Julikrise, Bd. 1, Nr. 286, 361. Diese Beschlüsse wurden am 26. und 27. 7. von Pourtalès dem Ausw. Amt mitgeteilt, gleichzeitig berichtete er, Sasonow wolle offensichtlich Zeit für Verhandlungen gewinnen. Weiter lag ein Bericht des Generals Chelius über die Stimmung im russ. Hauptquartier vor. Ibid., Bd. 2, Nr. 416 f., 429, 441 f.
[6] Am 27. 7. 1914 lagen dem Ausw. Amt vier dringende Telegramme Lichnowskys vom 26. und 27. 7. vor, die warnten, an die Möglichkeit der Lokalisierung des Krieges zwischen Serbien und Österreich zu glauben. Grey lasse keinen Zweifel daran, daß jedes militärische Vorgehen gegen Serbien den Weltkrieg bedeute. Halte Berlin Wien nicht zurück, werde England sich unbedingt auf die Seite Rußlands und Frankreichs stellen. Geiss, Julikrise, Bd. 2, Nr. 432, 495, 497 u. bes. 498.
[7] Ein am 25. 7. im Vorwärts veröffentlichter Aufruf des Parteivorstandes der SPD forderte zu großen Friedensdemonstrationen in allen Städten am 28. 7. auf. Er verurteilte die „frivole Kriegsprovokation der österreichisch-ungarischen Regierung" und verlangte, die deutsche Regierung solle sich nicht einmischen. Dok. u. Mat. II, Bd. 1, S. 11 f. Zum Verlauf der Demonstration vgl. Kuczynski, S. 54 ff.

Wäre verhängnisvoll. Cambon glaubt sowieso, die Socialdemokraten würden nicht marschieren. Natürlich giebt es wieder Generale, die
S. 17
gleich eingreifen und schiessen und „es den Roten zeigen[“] wollen. Für den ersten Tag der Mobilmachung sollen alle socialdemokratischen Führer festgenommen werden. Gott sei Dank, hat der Kanzler energisch eingegriffen[8]. Im übrigen werden die Sozialdemokraten von allen Seiten bearbeitet[9].
Ungeheure Bewegung im Amt. Keiner schläft mehr. Den Kanzler sehe ich nur Sekunden. Er ist ganz verändert, hat keine Minute Zeit zu grübeln und ist daher frisch, aktiv und lebendig und ohne jede Unruhe.

[8] Vgl. 23. 7. 1914, Anm. 6.
[9] Am 25. 7. sprach Delbrück im Auftrag des Kanzlers mit dem Sozialdemokraten Albert Südekum, am 26. 7. waren Haase und Otto Braun im preuß. Innenministerium, am 28./29. 7. verhandelte Bethmann mit Südekum. Zweck dieser Aussprachen war, eine starke Agitation der SPD für den Frieden zu verhindern und festzustellen, ob die Partei in einem Deutschland „aufgezwungenen“ Krieg den Kriegskrediten und dem Burgfrieden zustimmen würde. Groh, S. 172 ff.; Zechlin, Kriegsrisiko, S. 174 ff.; Kuczynski, S. 78 ff.; Delbrück, S. 105.

S. 18, Nr. 8 Berlin 14. 8. 14

Die Zwischenzeit nicht eine Minute für eine Notiz. Nachträglich kaum möglich irgend etwas darüber zu sagen. Heute zum erstenmal wieder leidlich ausgeschlafen — aber doch ist alles noch ganz wirr.
Krieg, Krieg, das Volk ist aufgestanden — es ist als wenn es vorher gar nicht dagewesen wäre und jetzt auf einmal da ist gewaltig und rührend. Ein jeder ist aus seinem Winkel gekrochen, scheinbar grösste Verwirrung und doch sinnvollste Ordnung und nun sind schon Millionen über den Rhein gezogen.
Von allem das unvergesslichste das Volk selbst. Alle förmlich glücklich, einmal einer grossen Sache hingerissen leben zu können. Und das stumme ganz und gar selbstverständliche Vertrauen. Alle halten den Atem an, aber keiner zweifelt, scheint nur einen Augenblick daran zu denken, was für ein Glücksspiel ein Krieg und gerade dieser Krieg ist. Gottvertrauen oder Leichtherzigkeit Glaube oder Verblendung — es gilt ganz gleich, denn nur so k ö n n e n wir wenigstens siegen.
Wie seltsam die Menschenseele. Alles kleinliche und leere[a] scheint auf einmal verschwunden, sogar Bassermann schien gehoben ⟨und von etwas erfüllt⟩[b]. Aber es ist natürlich nur wie der Sturm das Ungeziefer aus der Luft scheucht — wenn es wieder stiller wird, kriecht alles wieder aus seinem Schlupfwinkel hervor — das halbe und schlechte kommt
S. 19
im Staate wie in den einzelnen Menschen wieder herauf.

[a] Ursprünglich „grämliche“, gestrichen. [b] ‹. . .› nachträglich eingefügt.

548 15/8 [1914][a]

Bald nachher kam die erste Meldung über russische Mobilisierungen[1]. Nun musste mit Hochdruck gearbeitet werden. Fünf Tage hintereinander bis 5 oder 6 Uhr morgens. Die Frage wie weit dem englischen Vermittlungsvorschlag[2] entgegengekommen werden sollte. Lichnowsky zitternd wie Espenlaub, nur Verständnis für die englische These und ohne Haltung ohne Würde.

Flotow[3] (noch dazu mit einer stockrussischen Frau)[4] in schön aufgeputztem Telegramm scheinbar gut, aber sicher ganz unzulänglich. Es war gleich klar Italien geht nicht mit. Sie deuteln an dem Bündnisvertrag. San Giuliano[5] behauptet, sie wären vorher nicht informiert gewesen[6].

Die Oesterreicher, (wildgewordene Bureaukraten, eigensinnig und dumm) halten sie hin, statt ihnen mit einer Geste das Trentino zu bieten[7]. Alles ist der Ansicht, dass, wenn man (ihnen weder) weder mit dieser Aus-

[a] Die Eintragung schließt inhaltlich an die vom 27. 7. 1914 an. S. u. Anm. 1.

[1] Die russ. Generalmobilmachung wurde am 30. 7., 15 Uhr, für den 31. 7. beschlossen. Geiss, Julikrise, Bd. 2, Nr. 810. Eine erste Bestätigung darüber erhielt Moltke am 31. 7., kurz vor 7 Uhr morgens. Um 11.40 Uhr traf in Berlin ein Telegramm von Pourtalès ein, das die russ. Maßnahmen meldete. Ibid., S. 431, 875.

[2] Gemeint sind wohl die Telegramme Lichnowskys vom 1. 8. 1914 (Geiss, Julikrise, Bd. 2, Nr. 983, 986, 1003, 1011), in denen er ankündigte, England werde neutral bleiben und sich auch für die Passivität Frankreichs verbürgen, wenn Deutschland Frankreich nicht angreife bzw. eine Erklärung über die Achtung der Neutralität Belgiens abgebe. Diese Mitteilungen, die auf einem Mißverständnis beruhten, riefen in Berlin am 1. 8. große Aufregung hervor; der Kaiser und die Regierung drängten Moltke, den Vormarsch im Westen zu stoppen. Ibid., Bd. 2, Nr. 1000.

[3] Hans v. Flotow (1862—1935), 1904—1907 Botschaftsrat in Paris, 1907—1910 Vortragender Rat im Ausw. Amt, 1910—1913 Gesandter in Brüssel, 1913—1915 Botschafter in Rom.

[4] Flotow war mit der russ. Gräfin Marie Keller geb. Schahokowskoy verheiratet; ihr erster Mann, der russ. General Theodor Keller, war im russ.-japanischen Krieg gefallen. Vgl. Bülow, Bd. 3, S. 83.

[5] Antonio Marchese di San Giuliano (1850—1914), 1905—1906 und 1910—1914 ital. Außenminister.

[6] Am 3. 8. erklärte Italien offiziell seine Neutralität und begründete diese mit Artikel III des Dreibundvertrages, der nur bei einem unprovozierten Angriff zur Bündnishilfe verpflichtete. Die russ. Intervention sei die Antwort auf die österr. Kriegserklärung an Serbien. Zechlin, Das ‚schlesische Angebot', S. 347. In zwei Telegrammen vom 3. 8. teilte Flotow diese Entscheidung mit. In einer scharfen Auseinandersetzung habe San Giuliano ihm gegenüber behauptet, „wir hätten das Spiel mit Österreich abgekartet, um Italien vor ein fait accompli zu stellen. Man könne aber nicht eine Großmacht in einen solchen Konflikt verwickeln, ohne sie vorher zu befragen". Geiss, Julikrise, Bd. 2, Nr. 1111. Flotow hielt es aber für möglich, Italien noch für eine Verschiebung des Kriegseintritts zu gewinnen. Ibid., Nr. 1108.

[7] Vgl. 14. 7. 1914, Anm. 3. Seit dem 27. 7. 1914 drängte Deutschland, Österreich solle Italien Kompensationen anbieten. In Wien lehnte man Konzessionen vor allem in der Frage des Trentino, das allgemein als das einzige diskutable Angebot für Italien galt, ab. Geiss, Julikrise, Bd. 2, Nr. 500, 564, 750, 1111; Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates, S. 159 ff.

einandersetzung mit Italien, noch mit der ganzen serbischen Aktion so lange gezögert hätte, alles mit einem diplomatischen Erfolg zu erledigen war. Die oesterreichische Aktion musste unmittelbar nach dem Mord, im Schatten dieses Mordes erfolgen, nicht als überlegte That, nicht als vorbereitete diplomatische Demütigungsaktion.
Aber es ist gut so. Das Volk ist unzerstörbar. Mag es Niederlagen erleiden, auch sie werden ihm zum Segen gereichen, wenn es tüchtig ist. Der im Volke losbrechende Sturm unvergleichlich, hat alle zweifelnden, alle halben, ängstlichen mitgerissen. Alle Auslaender, die ich sah, hatten Thränen in den Augen. Die Überraschung der zweifelnden Staatsmänner über das Volk. Die Sozialdemokratie. Bethmann hat geheim mit Südekum[8], Drews[9] als Vertreter von Loebell[10] mit Haase[11] verhandelt[12]. Der ungeheure Eindruck der Reichstagssitzung. Die unbewusste aber tiefe Wirkung von Bethmanns Ernst[13]. Die tiefe sittliche Qual aus der jeder Entschluss kommt — Verantwortung und Pflicht. Und gerade das hat die besten Eigenschaften dieses unerschöpflichen Volkes gerufen.
Der Kanzler überhaupt der Einzige der auf der Höhe der Situation. Ich habe ihn verehren gelernt, seiner ganzen Haltung wegen, die ganz Sache und in gar nichts persönlich und blosse Geste ist. Wie er es wortlos trägt dass[b] er das deutsche Volk in diesen Krieg führen musste.

---

[b] Das folgende Wort „gerade" ist gestrichen.

[8] Albert Südekum (1871—1944), sozialdemokratischer Redakteur und Kommunalfachmann, 1900—1918 MdR, November 1918—1920 preuß. Finanzminister. — Die Verhandlungen fanden am 28./29. 7. statt. Bethmann erhielt die Bestätigung, daß die SPD sich bei Ausbruch des Krieges loyal verhalten würde; die SPD erfuhr, daß keine scharfen Maßnahmen gegen sie geplant waren. Weiter wurde vereinbart, daß Bethmann die Parteiführung von Zeit zu Zeit persönlich informieren würde. Groh, S. 174 f.; Quellen aus der Reichskanzlei abgedruckt bei Dieter Fricke, Neue Dokumente über die Rolle Albert Südekums, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (1956) S. 757 ff.

[9] Wilhelm Drews (1870—1938), 1914 Unterstaatssekretär im preuß. Innenministerium, 1917—1918 preuß. Innenminister.

[10] Friedrich Wilhelm v. Loebell (1855—1931), seit 1883 im preuß. Verwaltungsdienst, 1904—1909 Chef der Reichskanzlei, 1914—1917 preuß. Innenminister.

[11] Hugo Haase (1863—1919), Rechtsanwalt, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, 1913—1916 1. Vorsitzender der SPD, 1917 Mitbegründer und bis 1919 Vorsitzender der USPD.

[12] Unterredung vom 26. 7. Außer Haase war noch Otto Braun anwesend. Gegenstand des Gesprächs waren die sozialdemokratische Demonstration vom 28. 7. (vgl. 27. 7. 1914) und die Kriegsgefahr. Haase, S. 25; Protokoll der Reichskonferenz der Sozialdemokratie Deutschlands vom 21., 22. und 23. September 1916, S. 60.

[13] Reichstagssitzung vom 4. 8. 1914 mit der Rede Bethmanns zum Kriegsausbruch und der einstimmigen Annahme der Kriegskredite. Sten. Berichte, Bd. 306, S. 3 ff.

549 Bad Ems, 18. Aug. 1914

Gestern hier[1] angekommen nach 24 stünd[iger] Fahrt von Würzburg. Überall Hurrageschrei und Begeisterung, desto lauter je weiter südlicher und westlicher wir kamen. Im Zug alles voll Flügeladjutanten, gut aussehende energische Kerle. Nun hier. SM. und der Reichskanzler 30 km weit weg in Coblenz. Darüber grosse Misstimmung der hier in die zweite Staffel zurückgeschobenen Diplomaten; sie werden es natürlich durchsetzen in die erste Staffel zu kommen, sie werden den Geschäftsverkehr so lange erschweren, bis die anderen selber danach schreien dass wir hinüber kommen.
Über die Kriegslage nichts zu erfahren, die Militairs schweigen absolut, sie werden aber schon dafür sorgen dass diplomatisch durchgehalten wird.
Die Fülle der schwierigen politischen Probleme. Gestern abend kam noch das japanische Ultimatum läuft 6 Tage. Mitteilung an Amerika. Vorschlag Neutralisierung[2]. Aber Wilson[3] und Bryan[4] werden keinen Sinn für die weltpolitischen Interessen der Ver[einigten] Staaten haben. Kein Versuch, durch die Trusts und Interessenten zu wirken. Nichts vorbereitet.
Dann wegen der Polen. Die Oesterreicher wollen gleich eine Verwaltung einrichten, möglichst konservativ. Sie wollen natürlich die ganze Geschichte annektieren oder alles teilen und uns ein Stück diesseits der

---

[1] Am 16. 8. wurde das Große Hauptquartier, zu dem neben dem Kaiser die OHL, der Chef des Admiralstabes, der Reichskanzler, die Staatssekretäre des Äußeren und des Reichsmarineamtes und der preuß. Kriegsminister mit ihrer Umgebung sowie das Militär- und Marinekabinett gehörten, von Berlin nach Koblenz verlegt, am 30. 8. von dort nach Luxemburg. RA, Bd. 1, S. 179 ff.

[2] Das japan. Ultimatum, am 17. 8. in Berlin überreicht und bis zum 23. 8. befristet, verlangte die sofortige Zurückziehung oder Abrüstung der deutschen Kriegsschiffe in den ostasiatischen Gewässern und die bedingungslose Übergabe von Kiautschau an Japan; dieses solle später vielleicht an China zurückgegeben werden. Schultheß 1914/II, S. 1006. Zu den Beratungen darüber im Großen Hauptquartier am 17. 8. 1914 vgl. Pohl, S. 13 f. Man einigte sich, folgendermaßen vorzugehen: „Es soll zunächst der amerikanische Botschafter in Beantwortung des vor drei oder vier Tagen an die amerikanische Regierung gerichteten Ersuchens auf Neutralisierung der Gewässer des Stillen Ozeans angegangen werden. Die Beantwortung des Ultimatums soll bis zum Ablauf desselben am 23. August verschoben werden." Werde der an die USA zu richtende Vorschlag nicht angenommen, solle das Ultimatum abgelehnt werden. — Die USA bemühten sich Anfang August um die Neutralisierung Chinas und des Pazifik. Nachdem England mitgeteilt hatte, die Neutralisierung des Pazifik werde kaum möglich sein, wohl aber sei die Erhaltung des Status quo in China wünschenswert, erhielt der amerik. Botschafter in Berlin am 11. 8. den Auftrag zu erkunden, ob Deutschland bereit sei, an der Begrenzung der Kriegszonen und der Beibehaltung des Status quo in China mitzuarbeiten. Die deutsche Antwort, vom 13. 8., lautete: Deutschland suche keinen Krieg mit Japan und schlage vor, England, Deutschland und Japan sollten sich durch Vermittlung der USA einigen, keinen Krieg im Pazifik zu führen. Der Vorschlag wurde von Wilson jedoch nicht weiter verfolgt. Foreign Relations 1914, Suppl., S. 165 ff.; Link, Bd. 3, S. 191 ff.

[3] Woodrow Wilson (1856—1924), 1913—1921 Präsident der USA.

[4] William Jennings Bryan (1860—1925), März 1913—24. 6. 1915 Außenminister der USA.

Weichsel geben[5]. Unannehmbar. Wir können nur ein freies Polen vertragen[a]. Auch hier nichts vorbereitet. Es hätten doch vorher, noch vor der Gewährung der Unterstützung, den Oesterreichern die Bedingungen wegen Polen gestellt werden müssen[6]. Eine Frage von ganz unausdenkbarer Schwierigkeit, aber nun noch gänzlich verfahren. Und keiner von den Diplomaten hat das Bestreben sich wirklich innerlich in diese Frage zu vertiefen. Das „konservative" Polen des Grafen Berchtold[7] natürlich ein Unfug.
Die Diplomaten entrinnen nie dem Gesichtskreis der äusseren Routine — alles als ob es nur Minister gäbe und alles andere tote Figuren, die sich lediglich auf dem Schachbrett schieben liessen.
Gestern abend lange gesessen Jagow[8] Stumm[9] Radowitz[10] Grünau[11]. Nirgends Perspective[,] nicht ein Wort jenseits der gewöhnlichen Routine. Das Geheimsystem beruht auf der Angst vor dem Hineinsehen in die Unfähigkeit. Langes Gespräch antisemitischen Inhalts. Meine Einsicht in die Unhaltbarkeit meiner künftigen Situation. Wie seltsam diese

---

[a] Randbemerkung, beginnend in der Höhe des Satzes: „Sie wollen ... Weichsel geben": „Natürlich geht es, da ein oesterreichisches Polen ein freies vorbereitet und dies, wenn Oesterreich zerfällt, sich an Deutschland anlehnen muss."

[5] Seit Anfang August bemühte sich Österreich um die Zustimmung Berlins zur Angliederung Polens an Österreich in Form eines neuen polnisch-galizischen Reichslandes. Deutschland wurde eine Verbesserung der Ostgrenze angeboten. Am 13. und 15. 8. überreichte der österr. Botschafter Vorschläge zur Abgrenzung der Militärverwaltungen in den eroberten Gebieten: Die Gouvernements Kielce und Radom sollten unter österr., Kalisch und Petrikau unter deutsche Verwaltung gestellt werden. Nach der Eroberung Warschaus sollte ein österr. Generalgouverneur dorthin übersiedeln und die deutsche Verwaltung sich ganz zurückziehen. Ritter, Bd. 3, S. 124 ff.; Conze, S. 64 f.

[6] Das Ausw. Amt in Berlin beantwortete die österr. Vorschläge ausweichend. Man wollte die polnische Frage vorerst offenhalten und versuchen, Spannungen mit Österreich zu vermeiden. Eine einheitliche deutsche Konzeption für die Zukunft Polens bestand nicht: Die militärische Leitung war für die Proklamation eines selbständigen poln. Staates als Mittel der Kriegspropaganda. Der Kaiser hatte bereits am 31. 7. 1914 Hutten-Czapski seinen „Entschluß" mitgeteilt, ein selbständiges Polen zu errichten, „mit welchem im Bunde Deutschland für immer gegen Rußland gesichert sein würde". Zimmermann war für einen poln. Pufferstaat zwischen Deutschland und Rußland; Bethmann, Delbrück und Loebell lehnten diesen Gedanken aus innerpolitischen Bedenken ab. Ritter, Bd. 3, S. 33 f.; Conze, S. 64 f.; Hutten-Czapski, Bd. 2, S. 145 f.

[7] Berchtold an Szögyény 18. 8. 1914: Die „einflußreichen konservativen Kreise" Polens seien für die Angliederung an Österreich, fürchteten aber eine deutsche Besatzung ebensosehr wie die russische. Daher möge Deutschland bald eine Erklärung abgeben, daß Polen eine nationale unabhängige Verwaltung unter Angliederung an Österreich erhalten werde. Ritter, Bd. 3, S. 125 f.

[8] Gottlieb v. Jagow (1863—1935), 11. 1. 1913—22. 11. 1916 Staatssekretär des Ausw. Amtes.

[9] Wilhelm v. Stumm (1869—1935), Vortragender Rat im Ausw. Amt, 1911—1916 Direktor der polit. Abt. des Ausw. Amtes, 1916—1918 Unterstaatssekretär.

[10] Wilhelm v. Radowitz (1875—1939), 1914—1917 Vortragender Rat in der Polit. Abt. des Ausw. Amtes, 20. 11. 1917—Okt. 1918 Unterstaatssekretär der Reichskanzlei.

[11] Werner Frhr. v. Grünau (1874—1957), Legationssekretär, 1914—1916 Vertreter des Reichskanzlers und des Ausw. Amtes im Großen Hauptquartier, 4. 10. 1916—1918 beim Kaiser.

Verlobung[12]. Das mysteriöse in ihr und in meiner Liebe zu ihr. Nach dieser harten Zeit muss mein Leben sich ändern. Es hat keinen Sinn, von dritter Stelle aus, wenn sie noch so interessant zuzusehen sind, Fehler zu beobachten, wenn man nie Aussicht hat die Dinge selber zu machen.
Aus der Zeit in Berlin zwischen Hohenfinow und hier[,] über die ich nichts aufschreiben konnte, noch nachzutragen:
Seltsam auf der Gegenseite eigentlich entscheidend, die Gewissenlosigkeit der russischen Grossfürsten, die vielleicht dem Zaren eine deutsche Mobilmachung vorgelogen, jedenfalls aber Undinge über die Stärke Russlands erzählt haben, die Millionen an den Lieferungen verdienen — auf der anderen Seite, das sich grämen um die sittliche Verantwortung auf der deutschen Seite — die letzte englische Demarche wegen Vermittlung in Wien[13], Zeitgewinn, ihre Erfüllung ein diplomatischer Sieg Englands, „die Verantwortung für einen Weltkrieg kann um dieser kleinen Differenz willen nicht übernommen werden[“][b] Dazu die weite Perspektive Hypokrisie und Kälte der englischen Politik. Dazu aber auch die moralische Wucht der deutschen Haltung.
Wie die Engländer sich täuschen, bilden sich wirklich ein, es würde sich in Berlin Revolution einstellen, sie könnten uns aushungern. Die Ununterrichtetheit des Insulaners.

[b] Randbemerkung, am oberen Rand der Seite über das Zitat geschrieben: „Der zum Fenster in die Reichskanzlei einsteigende Jagow.“

[12] Riezler heiratete am 11. 5. 1915 Käthe Liebermann, die Tochter des Malers Max Liebermann.
[13] Am 29. und 30. 7. erneuerte Grey seinen Vorschlag, den serbisch-österr. Konflikt durch Vermittlung beizulegen: Deutschland solle Österreich drängen, nach Besetzung einiger Faustpfänder den Konflikt mit Serbien durch die vier nicht beteiligten Großmächte schlichten zu lassen, die sich verpflichten würden, für die Erfüllung der österr. Forderungen zu sorgen. Deutschland drängte Wien am 29. und 30. 7., diesen Vorschlag nicht einfach abzulehnen, kam aber am 31. 7., nach der Nachricht von der russ. Mobilmachung, nicht mehr darauf zurück, obgleich Grey an diesem Tag seinen Vorschlag noch einmal wiederholte. Geiss, Julikrise, Bd. 2, Nr. 952 f., 965, 1051, 1060. Zitat nicht nachgewiesen.

550 Coblenz 19. 8. [1914]

Gestern übergesiedelt, da sich die Trennung als unhaltbar erwies[1].
Abends langes Gespräch über Polen und die Möglichkeit einer loseren Angliederung von anderen Staaten an das Reich — mitteleuropäisches System von Differentialzöllen. Gross Deutschland mit Belgien Holland Polen als engen, Oesterreich als weiten Schutzstaaten[2].

[1] Vgl. 18. 8. 1914, Anm 1.
[2] Zu Riezlers Mitteleuropaidee sowie zu den Kriegszieldiskussionen im Großen Hauptquartier im August-September 1914 und der „Septemberdenkschrift“, an deren Abfassung Riezler beteiligt war, s. o. S. 56 ff. Der Mitteleuropagedanke war schon vor der Abreise nach Koblenz (16. 8.) zwischen Delbrück und Bethmann besprochen worden. Dem Kanzler

Polen: da wird gesagt, Oesterreich wäre zu schwach, uns Schwierigkeiten zu schaffen, da wir in der Lage wären, Italien loszulassen und sie gegen Russland allein kämpfen zu lassen. Habe aber doch das Gefühl dass ein wieder zu recht drehen der polnischen Sache, die einmal von den Oesterreichern in ihrem Sinn aufgezogen wird, sehr schwierig.

waren zu dieser Zeit auch die Mitteleuropaideen Rathenaus bekannt. Der Rahmen des mitteleuropäischen Systems, wie ihn Riezler hier skizziert, deckt sich allerdings weder mit den Vorschlägen Rathenaus, der an einen Zusammenschluß zwischen Deutschland, Frankreich, Österreich-Ungarn, dem Balkan und Belgien dachte, noch mit den Ausführungen in der Septemberdenkschrift, die einen Verband bestehend aus Deutschland, Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen und evtl. Italien, Schweden und Norwegen empfiehlt. Weiter erwogen Rathenau und auch Bethmann sowie auch später Riezler selbst im Gegensatz zu dieser Aufzeichnung Riezlers ein besonders enges Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn innerhalb des weiteren mitteleuropäischen Bundes. Zechlin, Friedensbestrebungen, in: Das Parlament B 20/63; ders., Kabinettskrieg, S. 394 ff.; Ritter, Bd. 3, S. 594.

551 Coblenz 21. 8. [1914]

Noch kein Brief von ihr.

Über den Fortgang der Operation erfährt man hier wenig. Nur im allgemeinen, dass die Sachen sehr gut stehen. Das Militair thut furchtbar geheim.

In tausend Details beginnen die Reibungen. Belgische Contributionen[1]. Das Wüten der Militairs gegen die Dänen in Schleswig, wo doch Dänemark das einzige Zufuhrland ist. Die Verzweiflung in Berlin darüber. Die händeringenden Telegramme Loebells Delbrücks etc.[2].

[1] Am 21. 8. wurde anscheinend zum ersten Mal im Auswärtigen Amt und in der Reichskanzlei die Frage beraten, in welcher Höhe Belgien Kontributionen auferlegt werden könnten. Jagow an Delbrück, 21. 8. 1914, PA, Wk 14 b, Bd. 1: Delbrück möge feststellen lassen, welche völkerrechtlichen Möglichkeiten für die Erhebung von Kontributionen in Belgien bestünden und wie groß die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes sei. Am 28. 8. übersandte Delbrück eine detaillierte Aufstellung über die Frage, die zur Grundlage der Stellungnahme des Auswärtigen Amtes wurde. In den folgenden Wochen ergaben sich wiederholt Differenzen zwischen der Reichsregierung und der OHL, die an ihren sehr viel höheren Forderungen festhalten wollte. Wende, S. 22 f.; Schriftwechsel in PA, Gr. Hauptquartier 28, Bd. 1.

[2] Trotz der Anweisungen des preuß. Kriegsministers vom 25. und 31. 7. 1914, die Vertreter der Sozialdemokratie und der nationalen Minderheiten möglichst nachsichtig zu behandeln (vgl. 23. 7. und 27. 7. 1914), hatte der Oberpräsident von Schleswig-Holstein, v. Bülow, eine Reihe politisch verdächtiger Personen, Redakteure und „Fahrwasserkundige" festnehmen und mehrere dänische Zeitungen verbieten lassen. Delbrück, durch den Reichstagsabg. H. P. Hanssen über die Vorkommnisse informiert, wandte sich empört an den Reichskanzler. In Übereinstimmung mit diesem forderte der preuß. Innenminister Loebell seit dem 13. 8. den Oberpräsidenten auf, die Verhafteten freizulassen und sich an die Verfügung vom 25. 7. zu halten. Da dieser der Anordnung nicht nachkam und auch Richtlinien Loebells für das Verhalten gegenüber den Dänen in Nordschleswig vom 22. 8. nicht annahm, wurde er am 24. 8. verabschiedet und durch v. Moltke ersetzt. Vgl. K. Alnor, Die schleswigsche Frage und der Weltkrieg (= Handbuch zur schleswigschen Frage, hrsg. K. Alnor, Bd. 2) (1926—1929) S. 663 ff.

Der Kanzler gar keine Gewandtheit sich mit den Militairs zu stellen, ihnen zu imponieren, etwas zu erfahren. Der grosse Verstand und der Mangel an Machtroutine. Achtung aber keine Furcht flösst er ein. Und was das seltsame ist keine Wärme und Freundschaft.
Die Sache wird immer wilder werden mit den Reibungen.
Die Schwierigkeit, die der Deutsche hat, sich an das Gesicht der Weltherrschaft zu gewöhnen, das er nach einem Siege zeigen m u s s. Wie uns seit Jahrhunderten die Bescheidenheit im Blute liegt!
Die Militairs haben allerdings nichts von Bescheidenheit, heute haben sie die Contributionsziffern für Belgien mitgeteilt, wollen 480 Millionen von der Provinz Flandern erheben. Keine Ahnung von modernem Geldverkehr, meinen in Brüssel noch alles Gold der belgischen Bank zu finden.

552 Coblenz 22. 8. [1914]

Der Jesuit Tirpitz. Renaissancehafte Persönlichkeit. Eigentlich sind die Kerle an der ganzen Konstellation schuld mit der Verhinderung jedes agreement (Haldane vor drei Jahren[1]) haben aber eine derartige Verlogenheit.
Gestern die aegyptische Revolution. Das Anerbieten des Khedifen, aber die 200 eng[lischen] Offiziere müssen beseitigt werden[2]. Die Verschwörermiene des RK in unserer Gerichtsstube.

---

[1] Richard Burdon Lord Haldane of Cloan (1856—1928), 1905—1911 engl. Kriegsminister. — Hinweis auf die Verhandlungen mit Haldane Febr. 1912 über Flottenbau und ein deutsch-engl. Neutralitätsabkommen. Gebhardt, Bd. 3, S. 370 f.

[2] Bei Kriegsausbruch entwickelte die OHL dem Ausw. Amt die Grundzüge eines Programms zur Entfesselung einer Aufstandsbewegung im russ. Reich und im engl. Empire. Ägypten galt dabei neben Indien als wichtige Schlüsselposition. Fischer, Weltmacht, S. 148 f.; Zechlin, Friedensbestrebungen, in: Das Parlament, B 24—25/61. Ägypten unterstand formal der Türkei, militärisch wurde es seit 1882 von England kontrolliert. Am 6. 8. 1914 unterstellte der Ministerrat das Land dem militärischen Schutz Englands, ohne den in der Türkei weilenden Khediven zu befragen. England ließ dem Khediven mitteilen, daß seine Rückkehr nach Ägypten nicht erwünscht sei. Am 22. 8. 1914 telegraphierte der deutsche Botschafter in der Türkei an das Ausw. Amt, ihm sei ein Angebot des Khediven vorgetragen worden, nach dem dieser bereit sei, in Ägypten einen Aufstand gegen die engl. Herrschaft vorzubereiten. „Es wurde darauf folgende Idee erwogen: Zerstörung des Suezkanals, Erhebung der ägyptischen Regimenter, die vorher deutschen Offizieren unterstellt werden müßten ... Gewaltsame Beseitigung der 200 englischen Offiziere [in der ägypt. Armee] und Vernichtung der 4000 englischen Truppen." Zur Eintragung Riezlers vgl. die Stellungnahme zu diesem Telegramm, die Jagow am 22. 8. 1914 aus Koblenz an das Ausw. Amt in Berlin schickte: Die ägypt. Armee scheine sich ganz in engl. Hand zu befinden. „Eine Insurgierung erscheine daher erst möglich nach Beseitigung englischer Offiziere und Besatzung. Dies könnte schwer durch aktive deutsche Offiziere geschehen. Man müßte Abenteuerexistenzen wählen." Wenn der Khedive bereit sei, „seine Person einzusetzen", und die Voraussetzungen günstig erschienen, könnte man den Plan unterstützen. Am 25. 8. sandte daraufhin Zimmermann Instruktionen an den Botschafter in Konstantinopel, in denen die Unterstützung ägypt. Aufstandsversuche dringend empfohlen und zu einer diesbezüglichen Absprache mit der Türkei geraten wurde. PA, Wk 11 g, Bd. 1.

Die Marine führt nur gegen England Krieg, hat jede Aktion in der Ostsee abgelehnt.
Es beginnen schon die Siegespreispläne. Jagow will Belgien aufteilen. Wir haben uns heute die Karte angesehen. Ich predige immer Errichtung von Vasallenstaaten.
Heute liess mich der Kanzler kommen[3][,] frug mich nach Friedensbedingungen und meinen Ideen — erzählt auch dass Moltke kurz vor dem Krieg gesagt habe, kein Dorf wollen wir ihnen wegnehmen (den Franzosen) (l'appétit aber käme en mangeant)[4]. Der Kaiser hätte bereits gesagt, Belgien müsse annektiert werden[5]. Er habe ihn zunächst reden lassen, ihm nur später den Floh ins Ohr gesetzt, dort wären so viele Katholiken. Belgien wollen die Militairs verschwinden machen, es zu erhalten setze er nicht mehr durch. Daher Aufteilung zwischen Holland Frankreich und uns.
Ich habe ihm gegen das letztere und gegen die Phantasie einer Schonung und Versöhnung mit Frankreich[6] gesagt, es wäre falsch zu rechnen, dass Frankreich sich nun mit uns versöhnen würde, weil das das Vernünftigste wäre, die Elastizität Frankreichs wäre enorm, seine Vitalität wäre

---

[3] Zu den im folgenden referierten Kriegszielvorstellungen Riezlers und Bethmanns vgl. oben S. 56 ff. Riezler berichtet in seinen Briefen an Hammann vom 22. 8., 29. 8. und 5. 9. 1914 von den Gegensätzen zwischen dem Kanzler und den Annexionsforderungen der Militärs. Er selbst halte direkte Annexionen größeren Stils für undurchführbar und sei für ein System wirtschaftlicher und militärischer Angliederung oder Unterordnung. Auch der Kanzler neige dazu. Feste Beschlüsse könnten jedoch noch nicht getroffen werden, da der Kriegsausgang noch offen und weit entfernt sei.

[4] Ähnlich Moltke an Jagow 2. 8. 1914, unter Bezugnahme auf die letzten englischen Vermittlungsangebote: Wenn Englands Neutralität davon abhänge, daß Deutschland bei einem Sieg über Frankreich maßvoll vorgehe, so könne „diese Zusicherung unbedingt in bündigster Form gegeben werden. Für uns kommt es nicht darauf an, Frankreich zu zertrümmern, sondern nur darauf, es zu besiegen". Geiss, Julikrise, Bd. 2, Nr. 1070. — Helmuth Graf v. Moltke (1848—1916), 1906—14. 9. 1914 Chef des Generalstabes.

[5] Am 9. 9. 1914 schrieb Bethmann an Delbrück: „S. M. der Kaiser kommt immer von neuem auf den Gedanken zurück, daß eventuell von Belgien und Frankreich zu annektierende Gebietsteile evacuiert und mit Militärkolonien in der Form von Landzuwendungen an verdiente Unteroffiziere und Mannschaften besiedelt werden müßten." Zechlin, Friedensbestrebungen, in: Das Parlament, B 20/63, S. 42.

[6] Bethmann erwog Ende August, Frankreich auf der Basis eines Bündnisangebots für einen Separatfrieden zu gewinnen. Diesen Gedanken vertrat auch der Kaiser. Dabei wurde auch der Plan diskutiert, Frankreich als Kompensation für die eventuelle Abtretung des Gebietes von Longwy-Briey an Deutschland die belg. Industriegebiete anzubieten. Zechlin, Kabinettskrieg, S. 376 ff. Im Gegensatz hierzu wird in der Septemberdenkschrift vom 9. 9. 1914 (vgl. Anm. 2 zum 19. 8. 1914) nur noch von der „Sicherung" gegen Frankreich gesprochen: es soll durch Annexion und Schleifung der Festungen und vor allem durch eine in Raten zahlbare Kriegsentschädigung für die „nächsten 15—20 Jahre" militärisch unschädlich gemacht werden; weiter ist ein Handelsvertrag vorgesehen, „der Frankreich in wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland bringt, es zu unserem Exportland macht und uns ermöglicht, den englischen Handel in Frankreich auszuschalten". Nach dem Scheitern der Marneschlacht kam Bethmann wieder auf den Gedanken an einen Separatfrieden unter möglichster Schonung Frankreichs zurück. Zechlin, Friedensbestrebungen, in: Das Parlament, B 20/63, S. 23 ff.; B 20/61, S. 284 ff.

ganz in der Phantasie, was es seit 70 geleistet hätte, Finanzimperialismus etc. Daher Frankreich unter Einbeziehung der Hälfte von Belgien stärker wäre, als zuvor, zumal diese Gebiete volkreich sind und fruchtbarer an Kohle und Kindern.
Meine Idee gestern dem Kanzler und dann beim Essen Jagow und Stumm auseinandergesetzt: Belgien ohne Lüttich bestehen lassen als deutschen Schutzstaat, ein Stück von Limburg an Holland, die Südecke an Luxemburg und Preussen, französisch Flandern zu Belgien und Belgien durch ein Schutz und Trutzbündnis in loser Form an Deutschland gekettet.
Die anderen sprechen von einem Korridor nach Antwerpen, den wallonischen Rest als kleinen und schwachen Staat[7].
Mein Einwurf, dass dieser nach Frankreich tendieren würde.
Das gab der Kanzler zu und meinte wir müssten die Hand drauf legen.
Ich sagte, ich käme immer wieder auf die Notwendigkeit zurück eine Form loserer Angliederung an das Reich zu finden, auch Hollands wegen, das man nur haben kann, wenn man seine Freiheit schont. Auch hier Schutz und Trutz eventuell koloniale Gemeinsamkeit, wirtschaftliche Vorteile für die Holländer etc.
Gestern war der König von Bayern[8] da. Abends Hoftafel, ich auch befohlen. Das fremde Milieu. Die anscheinend durchaus schwachen Köpfe in der Umgebung des Kaisers. Der Kaiser selbst sehr frisch und doch imponierend in seiner Haltung. Der König, wie mir heute der für Hertling[9] unvermeidliche Franzl Stockhammern[10] verriet — nur mit

[7] So sprach sich auch Bethmann nach einer Aufzeichnung von Tirpitz am 27. und 28. 8. dafür aus, den Streifen nördlich von Antwerpen, Namur und Lüttich zu annektieren, das südliche Belgien aber — unter Preisgabe des Gedankens, Teile von Belgien an Frankreich zu geben — als Pufferstaat bestehen zu lassen. Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 65, 68 f. Am 5. 9. teilte Riezler Hammann mit, der Kanzler neige jetzt zu der von Riezler vorgeschlagenen Lösung, „daß Belgien nur Lüttich verlieren, aber nicht annektiert werden, sondern unter Anschluß von franz. Flandern uns wirtschaftlich angegliedert und militärisch als Schutzstaat (Besatzungsrecht der Häfen) in der Macht behalten werden soll, (gegen England), äußerlich aber bestehen bleiben muß". S. o. S. 60 Anm. 44. — Die hier und oben im Text skizzierten Gedanken Riezlers decken sich weitgehend mit den Ausführungen über Belgien in der Septemberdenkschrift vom 9. 9. 1914. Das gilt auch für die Äußerungen über Holland.
[8] Nach Janßen, Macht und Verblendung, S. 22, fand der Besuch König Ludwigs III. im Großen Hauptquartier am 26. 8. statt. Ludwig III. (1913—1918) wollte dem Kaiser selbst die bayer. Kriegsziele vortragen: den Anschluß des ganzen Elsaß sowie Belgiens und der holländ. Rheinmündung an Bayern. Hertling und Lerchenfeld, die den König begleiteten, konnten ihn während der Reise davon abbringen, diese Forderungen unverhüllt vor dem Kaiser zu erheben, versprachen ihm jedoch, die bayer. Wünsche beim Reichskanzler zu „lancieren". Bethmann, der bereits über die bayer. Forderungen informiert war, sprach darüber auch mit Ludwig III. Er hörte die Wünsche des Königs ruhig und anscheinend verständnisvoll an, so daß dieser „sehr befriedigt" das Hauptquartier verließ. Hertling schlug dem Kanzler vor, Elsaß-Lothr. zwischen Bayern, Baden und Preußen aufzuteilen. Vgl. Janßen, a.a.O., S. 21 ff.
[9] Georg Graf v. Hertling (1843—1919), 1912—1917 bayer. Ministerpräsident, 1. 11. 1917 bis 30. 9. 1918 Reichskanzler.
[10] Franz Xaver v. Stockhammern (1873—1930), bayer. Legationsrat, seit 1907 im bayer.

Mühe zurückgehalten, die von seiner Regierung generell angemeldete Forderung für eine Vergrösserung Preussens[a] gleich bei S.M. zur Sprache zu bringen und zu spezifizieren.
Die Oesterreicher nach wie vor furchtbar ungeschickt und verbohrt — wollen in ihrer Hybris noch die Rumänen reizen[11].
Der bayr[ische] General der den Kirchenstaat wieder herstellen wollte.
Die Italiener müssen, weil sie in 44 Jahren nichts gelernt haben, in eine niedere Klasse zurückversetzt werden, wie ein Sekundaner.
Mit oder durch Gewalt geht alles, sagt derselbe General, auf den Einwand, dass man ja die ganze Bevölkerung aus dem herzustellenden Kirchenstaat evacuieren müsste. Warum nicht evacuieren?

---

[a] Verbesserung von der Hand Walter Riezlers: „Bayerns".

Ministerium des Äußeren, Kabinettschef der Ministerpräs. Graf Podewils und Graf Hertling, 1914—1917 diplomatische Tätigkeit in der bayer. Gesandtschaft in Bern und Rom und zugleich für besondere Aufträge dem Reichskanzler zur Verfügung gestellt, Juli 1917 bis Okt. 1918 im Ausw. Amt Berlin, seit 1921 Sekretär Bülows, Mitarbeiter an den Denkwürdigkeiten.

[11] Mit der Begründung, Rumänien sei nicht rechtzeitig informiert worden und daher völlig ungerüstet, erklärte Bratianu am 4. 8., das Land könne über wohlwollende Neutralität gegenüber den Mittelmächten nicht hinausgehen. Ein späterer Kriegseintritt Rumäniens sei jedoch nicht ausgeschlossen. Hantsch, Bd. 2, S. 671 ff. — Mit Riezlers Eintragung könnte folgendes gemeint sein: Während Deutschland Österreich drängte, Rumänien durch Konzessionen in der Bukowina entgegenzukommen, forderte die ungar. Regierung militärische Verteidigungsmaßnahmen in Siebenbürgen zum Schutz gegen einen eventuellen russ. oder rumän. Einfall, ein Schritt, vor dem der österr. Gesandte in Bukarest dringend warnte, da dann der Krieg mit Rumänien von selbst beginnen würde. Conrad, Bd. 4, S. 768 f.

553 Coblenz 27. 8. [1914]

Heute war Helfferich[1] da, wegen ungefährer Orientierung über Kriegsentschädigung und über belgische Kontributionen[2], sprach über alles mögliche.
Möglichkeit raffinierte Continentalsperre nach Niederwerfung Frankreichs und Belgiens etc.

---

[1] Karl Helfferich (1872—1924), Direktor der anatolischen Eisenbahn in Konstantinopel, seit 1908 Direktor der Deutschen Bank, 1915 Staatssekretär des Reichsschatzamtes, 1916 bis 1917 Leiter des Reichsamts des Innern und Vizekanzler, 1918 Gesandter in Moskau.

[2] Vgl. 21. 8. 1914, Anm. 1. Helfferich wurde Ende August 1914 ins Große Hauptquartier gerufen und von dort nach Brüssel gesandt, um dem zum belg. Generalgouverneur ernannten von der Goltz und dem Chef der Zivilverwaltung, v. Sandt, bei der Einrichtung der Okkupationsverwaltung und besonders bei der Ordnung finanzieller Fragen (Bankenkontrolle, Kontributionen) behilflich zu sein. Vgl. Helfferich, Bd. 1, S. 112. Helfferichs Stellungnahme zur Kontrolle und Ausbeutung des belg. Finanzwesens durch Deutschland in seiner Aufzeichnung für das Ausw. Amt vom 28. 8. 1914, in PA, Großes Hauptquartier 28, Verwaltung besetzter Gebiete, Bd. 1; zit. bei Wende, S. 22.

554 Luxemburg, 1/9. [1914]

Am 30. hierher[1] gefahren, durch das in Vormittagssonne halbnebelig liegende Moseltal. Tiefster verträumter Friede. Die Natur weiss von nichts, spielt auch alles gar keine Rolle für sie, sie thut ihre Pflicht ruhig durch die Jahrtausende.
Hier ein kleines Städtchen über einer tiefen Schlucht, Mischung von Frankreich Holland Deutschland. Alte enge Strassen. Wir wohnen in einem verlassenen Palais. Elegance alter Tanten. Wir haben die Zimmer verteilt und die Salons als Bureaus eingerichtet. Der Reichskanzler Stumm, Mutius[2] Radowitz Grünau und ich auch Zech[3], Sell[4] ist zur Front.
Wenninger[5], der bayr[ische] Militärbevollmächtigte erzählte mir von den Kämpfen der I. Division[6]. Furchtbar, ich habe das Gefühl, ich muss hin. Mutius sagt, ich darf nicht, sonst würde die Position der anderen auch unhaltbar.
Wegen Belgien konnte ich nichts mehr sagen, es liegt noch alles in weiter Ferne, da England sicher durchhält[7]. Aber ein grosses mitteleuropäisches Wirtschaftssystem muss um uns herum cristallisiert werden, desgl[eichen] ein loser Verband mit Schutz und Trutzbündnissen. Das ist die Hauptsache.
Ich bin durch die Aktion ringsherum in einer Art geistigen Schlummers.
Die Kabelverbindung zwischen Russland und Frankreich, abschneiden oder bestehen lassen? Günstiger die Leute mit einander verkehren zu lassen oder nicht? Unbeantwortete Frage? Das beste: auffangen.

---

[1] Am 30. 8. 1914 wurde das Große Hauptquartier von Koblenz nach Luxemburg verlegt. Vgl. 18. 8. 1914, Anm. 1.

[2] Gerhard v. Mutius (1872—1934), Botschaftsrat, Vetter Bethmanns.

[3] Ernst Lothar Julius Graf v. Zech-Burkersroda (1885—1945), verheiratet mit Tochter Bethmanns, 1909 Attaché im Ausw. Amt, 1913 Legationssekretär in Wien, 1914 Geschäftsträger in Cetinje, Aug. 1914 Adjutant des Reichskanzlers im Großen Hauptquartier, 1917 bis 1921 preuß. Geschäftsträger, 1921—1922 Vertreter der Reichsregierung in München, 1922—1925 Gesandter in Helsinki, 1928 im Haag.

[4] Maximilian Frhr. v. Sell, Major, war an das Ausw. Amt zur Verfügung des Reichskanzlers abgeordnet.

[5] Franz Ritter v. Wenninger, General, bayer. Militärattaché in Berlin, seit. Aug. 1914 als bayer. Militärbevollmächtigter im Großen Hauptquartier.

[6] Die I. bayer. Infanterie-Division unter Generalleutnant Ritter v. Schoch nahm an der erfolgreichen Schlacht der 6. und 7. Armee (unter Kronprinz Rupprecht und Generaloberst v. Heeringen) in Lothringen vom 20.—22. 8. teil. Vom 25.—27. 8. setzte ein Gegenangriff der Franzosen ein, der abgewehrt werden konnte. RA, Bd. 1, S. 263 ff., 568 ff.

[7] Vgl. Riezler an Hammann, 29. 8. 1914, o. S. 60 Anm. 44, sowie den von Riezler entworfenen Brief Bethmanns an v. d. Goltz vom 7. 9. 1914, in dem deutlich Zweifel am Sieg über England formuliert werden; deshalb müsse die belgische Frage in jeder Beziehung offengehalten werden. PA, Gr. Hauptquartier, Belgien 6, Bd. 1, 2; zit. bei Wende, S. 28 f., 76.

555 Luxemburg 4./9.[1914]

Gestern per Auto nach Longwy[1]. Schöne klare Sonne. Auf der Feste die auf einem Hügel ein viereckiges Städtchen umschliesst, kein Stein mehr auf dem andern. Die Württemberger, der Hauptmann der erklärte. Dann über Virton nachhause, in Longuyon die Franctireurs die schossen, die zerbrannten Dörfer, in denen nur mehr Frauen und Kinder, die Schlachtfelder von französischen Bekleidungsstücken übersät. Die fröhlich grüssenden Gefangenen.
Darüber die stille Natur die ihre Pflicht thut, unbekümmert.
Die Menschen heute haben alle keine einzige, der Grösse der Zeit entsprechende Idee. Es ist doch der Untergang Europas, wenn Europa bei dieser Gelegenheit keine mögliche Form der Dauer und Gemeinsamkeit findet. Aber wie das machen — die Militairs haben den blinden Glauben an die Dampfwalze, ganz veraltete Annexionsideen, wirtschaftlich machen sie die haarsträubendsten Dinge; zerstören Städte und wollen dann Contributionen einziehen.
(Meine dunkle Zukunft — mit den Heiratsplänen und allem Drum und Dran. Seltsam — ein so blindes Vertrauen in den Instinkt, der ja sagt.)

[1] Die Festung Longwy war am 26. 8. 1914 eingenommen worden.

556 Daselbst 9./9. [1914]

Heute ein Tag mit schwerer Gewitterstimmung. Überall wird gekämpft, die Franzosen leisten noch verzweifelt Widerstand.
Die Oesterreicher sind offenbar in schlimmer Lage, wollen unsere Hilfe, um uns die Verantwortung für ihre Niederlage zuzuschieben[1], werden von uns auf die Rumaenen gewiesen, denen gegenüber sie nachwievor hochmütig[2]. Die Leute sind von Gott geschlagen.

[1] Die österr. Offensive in Galizien vom 23. 8. 1914 endete mit einer schweren Niederlage bei Lemberg (8.—12. 9.); die Österreicher mußten sich hinter Weichsel und Dunajec zurückziehen und Ostgalizien preisgeben. Seit dem 28. 8. wandten sich die Oberbefehlshaber mit der dringenden Bitte um Hilfe an die deutsche OHL, die es jedoch ablehnte, Verstärkungen zu schicken, da die Entscheidung im Westen noch nicht gefallen und Ostpreußen noch nicht gesichert sei. Daraufhin wandte sich am 8. 9. Berchtold an seinen Botschafter in Berlin, Hohenlohe, an Tschirschky, an den österr. Militärattaché Bienerth und den österr. Vertreter bei der OHL, Graf Stürgkh, sie sollten bei der OHL, beim Kaiser, beim Ausw. Amt und beim Kanzler mit Beschwerden und dringenden Forderungen vorstellig werden. In Übereinstimmung mit der Instruktion Berchtolds hielt z. B. Hohenlohe Zimmermann vor, „daß die Verantwortung für ein Fehlschlagen des ganzen Feldzuges auf Deutschland falle, das uns sozusagen im Stiche lasse". PA, Wk geh., Bd. 1; Conrad, Bd. 4, S. 743 ff.; Ritter, Generalstäbe, S. 546 ff.
[2] Vgl. 22. 8. 1914, Anm. 11. Das Ausw. Amt drängte seit Anfang September Österreich, den territorialen und nationalen Wünschen der Rumänen entgegenzukommen. Berchtold lehnte jedoch am 7./8. 9. in einer Instruktion an Hohenlohe Konzessionen „aus politischen

In solcher Zeit wird ein Mann wie Waldthausen[3] ebensowenig abberufen, als Lichnowsky früher in London.
Wenn die Rumaenen auf die andere Seite gehen, bricht unsere türkische Kombination[4] zusammen.
Im Westen ist die Einkesselung misslungen. Joffre[5] nicht ungeschickt. Auch da wird furchtbar gekämpft.
Heute regnet es, seit 4 Wochen zum erstenmal. Ich bin von tiefster Melancholie erfasst, weiss nicht warum.
Das dynamische — die Realität des höchsten Gutes.

---

wie aus ethischen Gründen" ab, man würde dadurch nur den Eindruck der Schwäche erwecken und weitere Ansprüche der Rumänen herausfordern. Am 9. 9. wies Bethmann Tschirschky erneut an, Berchtold zum Nachgeben zu drängen. Gerade weil eine militärische Unterstützung Österreichs durch Deutschland zur Zeit nicht möglich sei, müsse Österreich Rumänien gewinnen, „eventuell auch unter großen Opfern". PA, Wk geh., Bd. 1; Janßen, Kanzler und General, S. 23; Schmidt, S. 60 f.; Torrey, S. 229 f.; Tisza, S. 76 ff.

[3] Julius Frhr. v. Waldthausen (1858—1935), 1912—1914 deutscher Gesandter in Bukarest. Er wurde Mitte September abberufen, sein Nachfolger wurde Frhr. von dem Bussche.

[4] Deutschland hatte am 2. 8. 1914 ein geheimes Militärbündnis mit der Türkei abgeschlossen und drängte seitdem auf einen baldigen Kriegseintritt. Es war vorgesehen, von der Türkei aus Operationen gegen das englische Empire im Vorderen Orient zu unternehmen und durch einen türkisch-bulgarischen Vormarsch durch rumänisches Territorium Rußland von Süden her anzugreifen. Trumpener, S. 12 ff.

[5] Joseph J. C. Joffre (1852—1931), 5. 8. 1914—Dez. 1916 franz. Oberbefehlshaber.

557 Daselbst 13/9 [1914]

Ich werde den Eindruck nicht los, dass die französische Führung der unsrigen überlegen ist. Trotzdem ist infolge des glänzenden Durchschnitts nichts zu fürchten.
Endlich Kunde von einer indischen Revolution[1]. Die Japaner stellen die schwersten Bedingungen für ihre Hilfe, freie Einwanderung in die englischen Kolonien am Pazific, freie Hand in China etc. Habe empfohlen den Japanern scheinbar den kleinen Finger zu reichen, damit sie bis gegen Schluss zwei Eisen im Feuer behalten und das Weichwerden Englands beschleunigen, ist geschehen[2].
Der Flügeladjutant Caprivi[3] bezeichnet den Tod Franks[4] als Trick der

---

[1] Vgl. 22. 8. 1914, Anm. 1. Anfang August regte der türkische Kriegsminister Enver Pascha an, zum Zweck der Aufwiegelung Indiens gegen England von Afghanistan aus vorzugehen. Im August wurde in Berlin die Afghanistan-Expedition vorbereitet, deren erste Mitglieder am 6. 9. 1914 nach Konstantinopel abreisten. Gehrke, S. 21 ff.

[2] Näheres nicht festzustellen.

[3] Major v. Caprivi (1873—1921), 1. Generalstabsoffizier des VII. Armeekorps, Flügeladjutant des Kaisers.

[4] Ludwig Frank (1874—1914), Rechtsanwalt, gehörte zum revisionistischen Flügel der SPD, seit 1905 Mitglied des badischen Landtags, seit 1907 MdR. Er meldete sich gleich nach Kriegsausbruch als Freiwilliger und fiel im ersten Gefecht am 3. 9. 1914 bei Noisson-court in Lothringen.

Sozialdemokraten! Plessen[5] macht auch schon Angst vor der allzugrossen Annäherung an diese. Der Kaiser hat aber verboten, so zu ihm zu sprechen[6]. Jagow natürlich ist das ein Greuel. Er hat auch schon wieder beim Kaiser gedämpft.
Der Kanzler mit seinem ewigen Gejammer, ein zu eigentümliches Schauspiel. Neulich bezeichnete Stumm den Zeitpunkt des Krieges als den günstigsten, worauf ihm der Kanzler ins Wort fiel — Sie meinen den am wenigsten ungünstigen. Er glaubt es nicht selber, redet aber immer so, aus Gewohnheit aus Manie und hofft, man widerspricht. Nur in wirklich schlimmen Situationen hört er auf das Handeln mit Gejammer zu begleiten.

[5] Hans Georg v. Plessen (1841—1929), Generaloberst, 1892—1918 Generaladjutant Wilhelms II. und Kommandant des Kaiserl. Hauptquartiers.
[6] Vgl. Riezler an Hammann, 12. 9. 1914 (s. o. S. 60 Anm. 44): „Beim Kaiser fangen natürlich schon die reaktionären Angstschreier wegen der sozialdemokratischen Gefahr zu bohren an, er hat sich das aber verbeten. Wie blöd die Leute sind, können Sie daraus ersehen, dass einer der Flügeladjudanten den Tod von Frank als einen Propagandatric auffassen will."

558 Daselbst 20./9.[1914]

Es sind offenbar taktische Fehler gemacht worden, wir mussten zurück, nun wird alles an den rechten Flügel geworfen. — Neulich habe ich das Leibregiment bis gegen Namur begleitet — sah doch wenigstens ein klein wenig von dem Getriebe. Der improvisierte Bahnbetrieb.
Vorgestern waren die Oesterreicher da, Hohenlohe[1] und Larisch[2] und ein General. Sie jammern furchtbar über die Übermacht.
Sie wollen natürlich unsere Hilfe ohne Concession an Rumaenien — wir ringen hier mit ihnen wegen Rumaenien[a], haben aber gar keinen Einfluss auf die Frage, ob ihnen Hilfe bewilligt wird, das ist rein militärische Frage[3]. Überhaupt der Begriff des reinmilitärischen feiert hier Orgien.

[a] Über „Rumaenien" von Walter Riezler „Bessarabien" geschrieben.
[1] Gottfried Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst (1867—1932), österr.-ungar. Generalmajor und Diplomat, 1902—1907 Militärattaché in Petersburg, 1907—1908 Legationsrat an der österr. Botschaft in Berlin, 20. 8. 1914—1918 österr.-ungar. Botschafter in Berlin.
[2] Friedrich Graf v. Larisch-Moennich, 1908—1911 österr. Legationssekretär in München, seit 1911 Legationsrat bei der österr.-ungar. Gesandtschaft in Berlin.
[3] Vgl. 9. 9. 1914. Am 16. 9. wurde Feldmarschalleutnant Marterer in Sondermission nach Deutschland geschickt, um Hilfe für die Ostfront zu erbitten. Am 19. 9. traf er mit Hohenlohe im Großen Hauptquartier ein. Zu dieser Zeit war der Anlaß ihrer Reise bereits überholt: am 16. 9. hatte die OHL beschlossen, Hindenburg mit der neuen 9. Armee den Österreichern zur Hilfe zu schicken, am 18. 9. war der Operationsplan von Ludendorff und Conrad besprochen worden. Conrad, Bd. 4, S. 776 ff. Der Kaiser, der Kanzler und Falkenhayn drängten die Österreicher, die Kooperation Rumäniens gegen Rußland zu gewinnen, notfalls auch durch weitgehende Zugeständnisse. Marterer deutete an, Wien werde Rumänien evtl. den Gerichtsbezirk Suczawa anbieten. Tisza und Berchtold hatten sich in den

Jagow mit seinem nackten preussischen Verstand. Viel judicium und auch Schlauheit. Aber doch kein System, keine überragende Perspective. Ausserdem rächt sich, dass alle die Leute nicht an die Macht der Scheinbarkeiten glauben.
Die Oesterreicher hochmütig starrsinnig und beschränkt, wie von Gott geschlagen.
Ich bekomme hier die innere Politik und den Briefwechsel mit Delbrück über Siegespreis und Vorbereitung dazu zu bearbeiten[4] — der Kanzler ist seltsam[,] er hört in dieser Frage immer.
Aber wir wissen zu wenig, wie es innerpolitisch in den feindlichen Ländern aussieht — man weiss nicht, wo man versuchen soll, anzusetzen —
ich glaube dass England durchhält — dann müssen wir eine europäische Konstellation mit einer modernen Art der Kontinentalsperre einrichten und abwarten, bis dies und die Wirkung unserer Bemühungen in Indien Afghanistan[5] etc zu einem Ziele führt.

vorhergehenden Tagen davon überzeugt, daß Konzessionen an Rumänien notwendig werden könnten, und die Abtretung von Suczawa und evtl. einen Sonderstatus für die in Ungarn lebenden Rumänen ins Auge gefaßt. Doch wollte man Forderungen der Rumänen abwarten, statt Angebote zu unterbreiten. PA, Wk geh., Bd. 1; Janßen, Kanzler und General, S. 23; Schmidt, S. 67 f.; Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates, S. 177 ff.; Hantsch, Bd. 2, S. 676 ff.

[4] Bezugnahme auf die Denkschrift Bethmanns vom 9. 9. 1914 und die anschließende Korrespondenz mit Delbrück über die Kriegsziele und besonders das Mitteleuropaprojekt (vgl. 19. 8. 1914, Anm. 2). Der Kanzler hatte Delbrück beauftragt, die einzelnen Forderungen in seinem Amt näher ausarbeiten zu lassen. Am 12. und 13. 9. wurde daneben von Bethmann und Delbrück die Frage der Neuorientierung der Innenpolitik nach dem Kriege aufgeworfen und weiter diskutiert, zum Teil im Zusammenhang mit der Kriegszielfrage. Schriftwechsel in den Akten der Reichskanzlei Nr. 2476, DZA Potsdam; die Briefe vom 9., 13. und 16. 9. von Zechlin in der Beilage 20/63 zum Parlament veröffentlicht; weitere Auszüge bei Zechlin, Kabinettskrieg, S. 423 ff.; Ritter, Bd. 3, S. 594; Fischer, Weltmacht, S. 108 ff., 310 ff.; Gutsche, S. 214 ff.; Richter, S. 48 f. Die Entwürfe für die Briefe des Kanzlers an Delbrück sind von Riezler geschrieben.

[5] Vgl. 13. 9. 1914, Anm. 1.

559 Daselbst 23. 9. 14

Der Kanzler war heute morgen unleidlich. Trotz der Nachricht von dem U Boot das 3 engl[ische] Kreuzer erledigt hatte[1]. Das Gejammer wird zur Manie. Wenn ich ihm Pressenachrichten vorlege auslaendische, die von einer inneren Erlahmung in Frankreich sprechen, wird er ganz unhöflich und sagt, ich glaube gar nichts mehr. Sagt man ihm pessimistisches, so wird er kräftig und zäh. Sonst aber macht er eine Miene, so kläglich — er weiss es selbst gar nicht.

[1] Am 22. 9. versenkte das U-Boot „U 9" unter Kapitänleutnant Weddingen innerhalb einer Stunde drei englische Kreuzer (Abukir, Hogue, Cressy). Die Nachricht weckte in Deutschland überschwengliche Hoffnungen auf die Erfolgsaussichten der U-Boote. Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 108; Groos, S. 48 ff.

Das tragische in diesem heroischen Kampf des Deutschtums ist, dass uns beinahe nichts schlimmeres passieren könnte, als nach allen Seiten zu siegen — namentlich England gegenüber. Wir haben kein Talent, diese Erbschaft anzutreten und werden ekelhaft und dumm darüber werden. Das einzige was wir könnten ist die engl[ischen] Flottenstützpunkte nehmen und eine Art Hansareich. Handel durch Militarismus unterstützt — den Englaendern aber alle nichttropischen Kolonien lassen.
Das einzig mögliche im Falle des Sieges, der ja ganz unwahrscheinlich ist — das einzige was nicht unseren sofortigen Untergang bedeuten würde.

560 25. 9. 14

Morgen geht es hier[1] weg.
Wir amusieren uns in antienglischen statements in denen wir den Englaendern den Freiheitswind aus den Segeln nehmen wollen. Der Erfolg der U Boote[2] hat sogar Stumm flammende Worte für Jagow eingegeben. Interview[3]. Aber doch eigentlich systemlos. Rumaenien auch ja ganz klug, aber doch systemlos behandelt — die Leute haben guten aber exacten Verstand.
Heute RK lange über den neuen Kurs der inneren Politik. Ganz ohne Vorurteile. Gegen den Kastengeist. Ich soll ein Exposé über die ganze Frage machen und brüte nun.
Auflösung des Reichstags mit der Begründung neuer Aufgaben, neuer Zeit, zweifelhaft! Die Kriegsentschädigung zu endgültiger Lösung der Finanzfragen. Monopole mit Hilfe der Kriegsentschädigungen[4].

---

[1] Am 26. 9. 1914 wurde das Große Hauptquartier von Luxemburg nach Charleville verlegt.
[2] Vgl. 23. 9. 1914, Anm. 1.
[3] Zusammenhang nicht geklärt.
[4] Vgl. 20. 9. 1914, Anm. 4. Riezlers Vorarbeiten könnten sich evtl. in einem weiteren Brief Bethmanns an Delbrück vom 22. 10. 1914 über die Frage der inneren Reform niedergeschlagen haben. DZA Potsdam, Reichskanzlei Nr. 2476; Richter, S. 50. Die von Riezler angeführten Stichworte kehren in einer undatierten, unsignierten Denkschrift wieder, die mit Datumsvermerken vom 27. und 28. 10. und am Rande der ersten Seite mit dem Kurzzeichen Riezlers versehen ist. Es kann wegen der gedanklichen Übereinstimmung mit der Tagebucheintragung vom 25. 9. 1914 und aufgrund stilistischer Merkmale mit Sicherheit angenommen werden, daß die Denkschrift von Riezler stammt. Sie geht davon aus, daß der Krieg gezeigt habe, daß sich die breiteren Schichten des Volkes als fähig erwiesen hätten und sich fähig glaubten, diesen Staat und seine Idee zu tragen. Die bisherige aristokratisch-militärische Grundlage des preuß. Staates sei überholt. Es sei unvermeidlich geworden, ihm eine breitere Fundierung zu verschaffen. Jedoch müsse diese Umwandlung organisch erfolgen, „ohne Umwälzung", und „das innere Wesen dieses Staates intakt lassen". Die wichtigsten Forderungen lauten: Neuregelung der Nationalitätenpolitik, Wahlrechtsreform in Preußen in Form des geheimen und direkten Wahlrechts, Förderung der politischen Bildung des Volkes, Öffnung der höheren Beamtenlaufbahn für breitere Schichten und die „Umgestaltung der Arbeiterbewegung", besonders durch die Heranziehung der

Es ist seltsam — es ist so schwer sich in den Stil der Zeit hineinzudenken. Die Geste ist noch nicht gefunden, auf keiner Seite.
Franzosen und Englaender ohnmächtiges Geschimpfe. Die Lektüre der Zeitungen macht ganz trostlos.
Mein persönliches Schicksal doch furchtbar merkwürdig. Ich bin infolge der Philosophie doch entsetzlich blasiert in politischer Beziehung — eigentlich immer noch so träumerisch uninteressiert. Ich wäre es nicht, wenn ich leiten könnte, oder wirklich eine Sache nicht nur anregen sondern auch weiterführen — so gut das mit dem RK geht, so stoss ich mich doch immer an der kahlen Denkweise der anderen. Ausserdem bin ich dem [Staatssekretär] ein Greuel.
Seltsam die Herbststimmung.

Gewerkschaften zur Zusammenarbeit mit der Regierung. Daneben werden wirtschaftliche Aufgaben genannt, darunter die, auf der Grundlage von Monopolen, für deren Finanzierung evtl. ein Teil der einkalkulierten Kriegsentschädigungen herangezogen werden sollte, eine endgültige Regelung der Reichsfinanzen und der finanziellen Beziehungen zwischen dem Reich und den Einzelstaaten zu erreichen. Der Regierung wurde empfohlen, sich mit Hilfe dieses Programms die Initiative bei den innerpolitischen Kämpfen der nächsten Jahre zu sichern und zu versuchen, die Mittelparteien darauf zu einigen. Deshalb sollten einzelne Parteiführer evtl. zu Regierungsämtern herangezogen werden; auch sei eine Auflösung des Reichstages zu erwägen, um die Annahme der vorgeschlagenen Reformen zu sichern. DZA Potsdam, Reichskanzlei Nr. 2476, Blatt 152 ff. (Photokopie); ausführlich wiedergegeben bei Gutsche, S. 216 f., und in: Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 1, S. 425 ff.

561 Charleville 30. 9. [1914]

Immer noch die unentschiedene Schlacht, immer noch die Umfassungsmöglichkeit rechts. Hier das hellblaue Zimmer der M^lle Prévost, die komische Einrichtung.
Denkschrift über innere Politik[1].
Der RK heute ganz richtig, dass die gemeinsame Anspannung und ihr Schauspiel — etwas ganz neues gewaltiges ist, viel grösser als 1813.
Ich erwiderte, wenn es nur den Ausdruck in der Literatur fände, aber alles so mittelmässig. Die Thermopylen eine Lappalie — nur bedeutend wegen der Verse.
Das tragische in unserem Verhältnis zu England. Mein Hass gegen diese westeuropäische Freiheitsphrase. Es wäre doch schrecklich, wenn die Herrschaft dieses flachen Geistes die Welt auf ewig gefangen halten sollte.
Es ist doch nach allem klar, dass der deutsche Geist noch nicht sein letztes Wort gesprochen hat.

---

[1] Vgl. 25. 9. 1914, Anm. 4.

562 Charleville 1/10 [1914]

Heute Sedan. Wundervoller Herbsttag. Bellevue[schlösschen], die alte Dame. Die Ardennenhügel im Schleier. Auf der Anhöhe, wo der Kaiser 1870 die Kapitulation empfing[1]. Die Franzosengräber, der Zentrumsbrief[2], Baur[3].
Es ist wahrscheinlich, dass die Sache Frankreich gegenüber wenn nicht in der Linie Amiens Verdun, so doch in der Linie Toul Paris endgültig zum Stehen kommt. Daher hier Gespräche über die Frage, ob es möglich ist mit Frankreich zu einem Abschluss zu kommen und sich schlüssig zu werden, gegen wen man eigentlich Krieg führen will.
Vielleicht wäre es am leichtesten zuerst mit Russland abzuschliessen, wenn die Russen in Galicien geschlagen sind. Dann aber gelingt die türkische Combination nicht mehr, und die ist nötig gegen England[4].
Seltsam alle Leute ⟨von zu hause führen gegen England Krieg⟩[a].
Tirpitz (der Vater der Lüge) und die Uboote. L'homme néfaste mit der Schlachtflotte, hätten wir heute an Stelle der unbrauchbaren grossen Kästen die kleinen Kreuzer etc.!! Schuld S.M. Schlachtflottenparaden.
Portugal fängt nun auch an[5]. Man soll doch nicht warten, bis solche Staaten den Krieg erklären. Man will Spanien darauf hetzen[6]. Ich bin soweit von K.[7] weg. Seltsame Empfindungen darüber.
Heute Heydebrands Knappe, der Rittmeister von Kessel[8] M[itglied] d[es] A[bgeordnetenhauses] hier. Sorgen wegen der Sozialdemokratie. Wenn sie national wird, grosse Stärkung der radikalen Linken.

---

[a] Von Riezler korrigierter Satz, ursprünglich: „... von zuhause erklären, dass wir gegen England Krieg führen."

[1] In Schloß Bellevue bei Frénois unterzeichneten Moltke und Wimpffen am 2. 9. 1870 die Kapitulationsurkunde. Genaue Schilderung des Ortes und Abbildung bei G. Hilte, Der französische Krieg von 1870 und 1871 (1873), S. 392 f.

[2] Evtl. Hinweis auf Erzbergers Memorandum über die Kriegsziele vom 2. 9. 1914. Epstein, S. 126 f.; Ritter, Bd. 3, S. 36 f.

[3] Ludwig Baur, MdR (Zentrum), seit 1903 Theologieprofessor in Tübingen, 1914—1916 Feldgeistlicher. Oder Dr. Hugo Baur, Zentrumsabg. im bad. Landtag.

[4] Vgl. 9. 9. 1914, Anm. 4.

[5] Portugal, das mit England verbündet war, hatte am 8. 8. 1914 erklärt, vorerst neutral bleiben zu wollen. Seit dem 17. 8. berichtete der deutsche Gesandte in Lissabon über Vorbereitungen für den portugiesischen Kriegseintritt. Am 8. 9. 1914 teilte er mit, es werde ein Expeditionskorps für Frankreich gerüstet. Die Nachricht traf am 27. 9. in Berlin ein. PA, Wk geh., Bd. 1 und 2.

[6] Tel. Jagow an Ausw. Amt, 3. 10. 1914, mit Instruktion für den deutschen Botschafter in Madrid: Er möge König und Regierung über die Haltung Portugals unterrichten „und zur Stellungnahme gegen Portugal bewegen. Niederlage Englands, dessen Seeherrschaft durch U-Boote ernstlich in Frage gestellt, würde Spanien Weg nach Portugal und Gibraltar öffnen." PA, Wk geh., Bd. 2.

[7] Käthe Liebermann, die Verlobte Riezlers.

[8] Kurt v. Kessel (1862—1921), Kgl. preuß. Rittmeister a. D., Mitglied d. preuß. Abg.-Hs. (Dtsch-Kons.). Durch seine Frau, eine geborene v. Bethmann Hollweg, war er mit dem Reichskanzler verwandt, als früherer Offizier des Garde du Corps in Potsdam verfügte er über gute Beziehungen zur Umgebung des Kaisers.

563 Daselbst 4./10. [1914]

Heute langes Gespräch mit Mutius über die Frage, was geschehen soll, wenn die Sache im Westen zum stehen kommt. Ergebnis nach einem weiteren Sieg über die Russen, Brief Pourtalès[a] an Krivoschein[1], persönlich sorgenvoll, ohne Erwähnung Oesterreichs — aber nicht weiterführen, sondern dann versuchen mit dem gegen Russland schon jetzt misstrauischen Frankreich sich zu setzen.
Portugals Kriegserklärung bevorstehend[2], ist ja sehr gut, für den Frieden (sur le dos du Portugal) mit England.
Heute in Fort Les Ayvelles. Die parkartige Landschaft, die zerfallenen Kasematten.

[a] Lesart unsicher.
[1] Alexandr Wassiljewitsch Kriwoscheïn (1858—1923), 1908—1915 russ. Landwirtschaftsminister. — Friedrich Graf v. Pourtalès, 1907—1914 dt. Botschafter in Petersburg, dann Leiter der Rußland-Abt. im AA. — Brief von Pourtalès an Kriwoscheïn nicht bekannt. In einem Brief an Jagow vom 17. 11. 1914 erwähnt Pourtalès, nach einer Mitteilung des ehemaligen türk. Gesandten in Rußland sei Kriwoscheïn „sehr gegen den Krieg". Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 12.
[2] Vgl. 1. 10. 1914. Am 3. 10. 1914 teilte die OHL dem Ausw. Amt telefonisch mit, nach dem Bericht des Militärattachés in Madrid stehe die Kriegserklärung Portugals unmittelbar bevor. Seit dem 9. 10. 1914 meldete der deutsche Gesandte in Lissabon jedoch, die Kriegsbegeisterung in Portugal flaue ab. PA, Wk geh., Bd. 2. Der Krieg mit Portugal begann am 9. 3. 1916 durch eine deutsche Kriegserklärung. Schultheß 1916/I, S. 95 f.

564 Daselbst 6. 10. [1914]

Es geht nicht vorwärts im Westen. Was soll geschehen wenn die Sache endgültig im Westen zu stehen kommt. Allgemeine Frage. Russland den kleinen Finger reichen und dann mit Frankreich verhandeln, Erzgebiet Briey gegen einen Anteil an Belgien, Kriegsentschädigung, bis dahin Occupation des Nordens als Basis gegen England. Wirtschaftsunion. Unter grossen Phrasen eine neue Form Europas. Versteckte Hilfe gegen England[1].
Der Vater der Lüge baut vor, dass ihm die blöde Schlachtflottenpolitik nicht vorgeworfen wird. Er entschuldigt sich quasi, lügt aber dabei nach Noten. Stumm hat ein Schreiben vom Jahr 1909 kommen lassen, wo ihm geraten wird, Uboote und Kreuzer an Stelle der Dreadnoughts zu bauen[2].

[1] Vgl. 19. 8. 1914, Anm. 2. Zu der Bedeutung, die das Projekt der mitteleuropäischen Wirtschaftsunion unter Einschluß von Belgien und Frankreich als Kampf- und Druckmittel im Krieg gegen England in den Überlegungen der deutschen Regierung im Herbst 1914 einnahm, vgl. bes. Zechlin, Kabinettskrieg, S. 392 ff.
[2] Schreiben Bülows an Tirpitz vom 11. 1. 1909, an dessen Vorberatung Stumm teilgenommen hatte. Entgegen dem Vorschlag Tirpitz', das Bautempo für die großen Schlachtschiffe heraufzusetzen, regte Bülow eine „Neuverteilung unserer Schiffsbauten" zugunsten der Torpedo- und U-Boote, Minen- und Küstenbefestigungen an. GP, Bd. 28, Nr. 10251.

Er versteckt sich hinter dem R[eichs]kanzler, weil der gewünscht hatte, die Flotte zunächst zu sparen[3]. Würde der Kanzler sagen, einsetzen, so würde er gleich zurückzuppen.
Die Tragik — dass es keinen natürlichen Siegespreis giebt, ausser dem wirtschaftlichen, dass weder die poln[ische], noch die belg[ische] Frage lösbar ist.

[3] Die deutsche Flotte erhielt Anfang August den Auftrag, sich zunächst defensiv und abwartend zu verhalten. Diese Anordnung wurde am 6. 10. vom Kaiser wiederholt: die Entwicklung der Kriegslage mache es erforderlich, die Flotte möglichst unversehrt zu erhalten, daher solle die Schlacht mit den überlegenen feindlichen Streitkräften vermieden werden. Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 28 ff., 125 f. Bethmann sprach sich im August und September wiederholt dafür aus, die deutsche Flotte nicht einzusetzen, anfangs, weil er hoffte, bald mit England Frieden schließen zu können, Ende August mit der Begründung, man müsse beim Friedensschluß England gegenüber ein Druckmittel in der Hand haben. Pohl, S. 37 f., 39 ff.; Tirpitz, a. a. O., S. 109. Von diesen Äußerungen des Kanzlers ausgehend, verbreiteten Tirpitz und die von ihm beeinflußten Kreise das Gerücht, die für die deutsche Öffentlichkeit enttäuschende Passivität der Flotte sei die Schuld des „anglophilen" Kanzlers, der schon vor 1914 den Flottenbau in der Hoffnung auf eine Verständigung mit England nach Kräften hintertrieben habe und jetzt beim Friedensschluß die Flotte an England „verkaufen" wolle. Tirpitz, Erinnerungen, S. 254 ff., 265 f., 398; ders., Pol. Dok., Bd. 2, S. 1 ff., passim.

565 Das[elbst] 7. 10. [1914]

Heute früh kam Delbrück an mit Wahnschaffe. Er erzählte beim Thee von der Regulierung unseres Wirtschaftslebens durch den Staat, der Versorgungsfrage — alles muss jetzt der Staat machen, die Materialien an die Industrie verteilen die Ausfuhr in die Hand nehmen. Prämien für Einrichtung der Dreschmotoren für Spiritus etc etc. Alles auf dem Weg zum Zukunftsstaat. Es fehlt nur noch die Beseitigung des arbeitslosen Einkommens, als allmählich durchzuführend[1].

[1] Clemens v. Delbrück (1856—1921), 1909—22. 5. 1916 Staatssekretär im Reichsamt des Inneren und Stellvertreter des Reichskanzlers, 1914—1916 Vizepräsident des preuß. Staatsministeriums. — Delbrück hat seine Reise ins Große Hauptquartier und durch Belgien (7. bis 16. 10.) ausführlich geschildert in: Die wirtschaftliche Mobilmachung, S. 143 ff., ohne jedoch auf die dabei geführten politischen Gespräche näher einzugehen. Eine Darstellung Delbrücks über die Maßnahmen zur Regulierung der Kriegswirtschaft im Herbst 1914 befindet sich ibid., S. 115 ff. Vgl. dazu auch das Kapitel: Der Beginn der Kriegswirtschaft . . ., in: Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 1, S. 393 ff. Dort auch verschiedene Zitate, aus denen eine ähnliche Einschätzung wie bei Riezler („Weg zum Zukunftsstaat") spricht. So führte Delbrück in der 3. Sitzung der Kommission für den Reichsetat am 3. 3. 1915 aus: Erst der Krieg habe ein neues Wirtschaftssystem ermöglicht, auf das die Regierung schon lange zugesteuert sei, ein System „nicht im Sinne der alten Staatsmonopole, sondern im Sinne von Monopolen, die in Form von staatlich kontrollierten oder mitverwalteten Syndikaten oder in Form von gemeinwirtschaftlichen Betrieben die Aufgaben übernehmen sollten, die bis dahin dem freien Wettbewerb überlassen waren" (S. 411). Zu Riezlers Befürwortung eines weitgehenden „Staatssozialismus" vgl. oben S. 71 ff. und die unten S. 509 ff. abgedruckten Aufsätze von 1916.

Abends über die Wirtschaftsunion[2]. Das Gerede von Jagow, der gar nichts davon versteht, aus vollster Unkenntnis die oberflächlichste Einrede macht und eine ungeheure agrarische Angst hat, immer wieder auf die Konkurrenz von Ungarn zurückkommt.
Heute gingen die politisierenden Offiziere im Generalstab bis auf Ariovist zurück, um für die Evacuation von Belgien[3] zu sprechen.
Jagow der kleine hinterlistige wird versuchen ganz langsam in der Zollunionsfrage Schwierigkeiten über Schwierigkeiten [zu] machen, scheinbar immer halb dafür sein.
Er ist ganz und gar vieux style — als solcher gut aber k a h l.
Der König von Spanien hat auf die Aufforderung gegen Portugal loszugehen, nebst Hinweis auf Gibraltar[,] mit leider unmöglich geantwortet. Die anderen haben schon auf das schwerste gedroht und Mitgehen verlangt"[4].

" Gestrichen: „Dass wir uns nun aber dahintersetzen mit Bestechungen und Propaganda keine Rede davon."

[2] Vgl. 20. 9. 1914, Anm. 4. Das Mitteleuropaprojekt wurde auf Anweisung Bethmanns in Delbrücks Ressort näher ausgearbeitet. Ein Zweck der Reise Delbrücks ins Große Hauptquartier war, den Kanzler über den Stand der Vorarbeiten zu informieren. Nach seinem eigenen Bericht betonte Delbrück dabei die vielfachen technischen Schwierigkeiten, die mit dem Projekt verbunden seien, und die in den vorbereitenden Diskussionen aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten. „Es gelang mir, dem Reichskanzler klarzumachen, daß die Sache noch nicht spruchreif sei, daß ich unter allen Umständen Zeit haben müsse, sie im einzelnen technisch durchzuarbeiten, daß es zweckmäßig sei, wenn bei der weiteren Bearbeitung zunächst von einer Beteiligung der anderen Ressorts abgesehen werde und deren Zuziehung erst dann erfolge, wenn zwischen dem Herrn Reichskanzler und mir Einigkeit erzielt sei. Dabei machte ich kein Hehl daraus, daß, wenn die wirtschaftliche Annäherung an Österreich-Ungarn in irgendeiner Form durchgeführt werden solle, die Zustimmung der anderen Ressorts nur zu erreichen sein werde, wenn der Herr Reichskanzler selbst mit einem ganz bestimmten Programm und dem unerschütterlichen Willen hervorträte, dieses zur Durchführung zu bringen. Die Angelegenheit ist dann, solange ich im Amt war, weiterbearbeitet worden, ohne daß seitens des Reichskanzlers die von mir gewünschten programmatischen Erklärungen erfolgt wären." Delbrück, S. 127 f. In einem schriftlichen Bericht über das Ergebnis der Beratungen in seinem Ressort vom 20. 10. 1914 hob Delbrück hervor, daß das Projekt von der Mehrheit der Ressortchefs abgelehnt werde. Zechlin, Kabinettskrieg, S. 434 ff.; Übersicht über die Diskussionen auch bei Fischer, Weltmacht, S. 313 ff.

[3] Vgl. 22. 8. 1914, Anm. 5.

[4] Vgl. 1. 10. 1914. Am 7. 10. 1914 erhielt das Ausw. Amt die Antwort des Königs auf die deutsche Anfrage vom 3. 10. 1914: Ein aktives Vorgehen Spaniens gegen Portugal sei zur Zeit nicht möglich. „Denn England und Frankreich würden sofort Balearen und Kanarische Inseln besetzen, alle spanischen Häfen bombardieren und Verbindung Spaniens mit Marokko unterbinden. Beide Mächte hätten bereits bei Kriegsbeginn für den Fall, daß Spanien auf deutsche Seite träte, offen damit gedroht. Beide forderten jetzt fortgesetzt spanische Unterstützung, die verweigert sei und weiter verweigert werde ... König scheint geneigt, nach tatsächlicher Schwächung Englands einzugreifen." PA, Wk geh., Bd. 2. — Alfons XIII. (1886—1941), 1902—1931 König von Spanien.

566 Charleville 9. 10. 14

Antwerpen gefallen[1].
Nachmittags mit dem Kanzler Delbrück und Wahnschaffe in Rethel und in Machault bei der 1. Kompanie[2].
Rethel ein Trümmerhaufen. Die friedliche sanftmütige Park und Weidelandschaft.
Im Auto über die Wirtschaftsunion und die agrarischen Bedenken[3], ditto über die Sozialdemokratie[4]. Delbrück sehr vernünftig.
Der Kanzler abends vom Kaiser zurück. Der hatte beim Essen zur Feier von Antwerpens Fall eine Rede gehalten, das müsse nun deutsch bleiben und die Diplomaten würden aufgehängt, wenn sie nicht dafür sorgten. Jagow sagte, das wäre noch milde.

---

[1] Die Eroberung Antwerpens am 9. 10., mit der die letzte und größte belg. Festung in deutsche Hand fiel, galt als ein eindrucksvoller Beweis für die militärische Überlegenheit Deutschlands und weckte noch einmal Hoffnungen auf einen baldigen entscheidenden Sieg im Westen. RA, Bd. 5, S. 221 ff.; Zechlin, Kabinettskrieg, S. 437 f. Zu dem Abendessen beim Kaiser und dessen Rede vgl. Tirpitz, Erinnerungen, S. 417 f.: „Es waren zum Abendessen geladen so viele, als Platz vorhanden war. Vor der Suppe wurde diesmal Sekt eingeschenkt. Der Kaiser hielt eine Rede, in der er zunächst den Herrn der Heerscharen pries und dann Moltke, der den Plan erdacht, und Beseler, der ihn ausgeführt, dann drei Hurras! ... Der Kaiser sagte übrigens zu Bethmann und Jagow, daß sie, die Diplomatie, nicht wieder verlieren sollte, was das deutsche Schwert erworben. Verlegenes Lächeln der beiden ...“

[2] Schilderung dieses Ausflugs in die Ardennen und die Champagne bei Delbrück, S. 149 f. Bei der in Machault stationierten Kavalleriekompanie befand sich Bethmanns ältester Sohn.

[3] Vgl. 7. 10. 1914, Anm. 2. Nach Delbrücks Darstellung stieß das Projekt der mitteleuropäischen Zollunion besonders beim Reichsschatzamt, beim preuß. Finanzminister und vor allem beim preuß. Landwirtschaftsminister auf Ablehnung. Vgl. Delbrück, S. 125 ff., und den bei Zechlin, Kabinettskrieg, S. 434 ff. zit. Bericht Delbrücks an Bethmann vom 20. 10. 1914.

[4] Delbrück empfahl seit Anfang September, alles zu versuchen, um jetzt die SPD für den Staat zu gewinnen (vgl. die in Anm. 4 zum 20. und 25. 9. 1914 zit. Literatur). Über die Möglichkeit, durch innerpolitische Reformen deren rechten Flügel zu stärken und die Partei im nationalen, demokratischen und sozialreformerischen Sinn umzuformen, hatte er am 24. 8. mit David und Wahnschaffe am 2. 10. 1914 mit Cohen beraten. Dok. u. Mat. II, Bd. 1, S. 38 ff.; Kuzcynski, S. 207 ff.; David, Kriegstagebuch, S. 22 ff. Um der SPD entgegenzukommen, wurden im Herbst 1914 eine Reihe von Ausnahmebestimmungen gegen die Partei aufgehoben, so das Verbot, sozialdemokratische Schriften und Zeitungen auf Bahnhöfen und im Heer zu verkaufen, und das Verbot für Eisenbahner, den freien Gewerkschaften anzugehören; den Ressorts des preuß. Staatsministeriums wurde anheimgestellt, nun auch Sozialdemokraten in Gemeinde-, Schul- und sonstigen Ehrenämtern zu bestätigen; der „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ stellte für die Dauer des Krieges seine Tätigkeit ein. Schellenberg, S. 37.

567 10. 10. 14

König von Rumaenien tot[1].
Treutler erzählte, er hätte den Kaiser mit dem Prinzen im Garten getroffen, der Kaiser sagte, wir sind eben dabei die Botschaften an kommandierende Generale zu verteilen. Er erzählte von der Wut in der Armee gegen das Amt. Treutler sagte ganz richtig, das käme daher, dass niemand von den Herren etwas davon verstehe.
Nachmittags im Garten mit Mutius über die persönlichen Schwierigkeiten, wie der Kanzler gehandicapt ist, in der Behandlung der Menschen, wie er aber doch weitaus der beste ist, der weiteste an Perspective Enthousiasmus, [an] Verstand und Bildung, auch an politischem iudicium.

[1] König Carol I. von Rumänien aus dem Hause Hohenzollern-Sigmaringen (geb. 1839, seit 1881 König von Rumänien) starb am 10. 10. 1914. Er verfocht bis zu seinem Tode das Bündnis Rumäniens mit den Mittelmächten. Sein Nachfolger wurde sein Neffe Ferdinand. Torrey, S. 229 ff.

568 11. 10. 14

Heute abend lange beim Kanzler.
Er las mir eins der Kampflieder von Déroulède[a] vor, concis stramm, voll Glut — er hatte es in der Bibliothek des Herrn Prévost gefunden. Wir sprachen von Frankreich, von dem feu sacré und der Gewalt des Hasses. Es ist ganz unmöglich dies Volk anders als wirtschaftlich zu vernichten.
Wäre der Vernunft irgend eine Macht zuzutrauen, so müssten wir uns mit den Leuten verständigen, sur le dos du Belge — ½ Belgien gegen das Erzgebiet und die Kolonien, und stille Kooperation gegen England[,] Zufuhr etc.[,] einzuleiten unter grossem Kulturklimbim.
Der Kanzler wiederholt: Denken Sie sich eine Lösung des belgischen Problems aus. Er hat recht, das Problem ist furchtbar[,] viel schlimmer als das polnische, beinahe unlösbar[1].
Die Niederlande werden nichts haben wollen. Frankreich vergrössern geht nicht an. Annexion, was die Militairs natürlich wollen, geht nicht an, 7 Millionen kann man nicht evacuieren[2]. Die Kriegsereignisse werden nie vergessen. Ein Kurassieroffizier erzählte von den Erschiessungen in kleinen Städten, alle Männer vom 16.—60. Lebensjahr, 1000e reihen-

[a] Ursprünglich „Baudelaire". Von Riezler gestrichen und durch „Déroulède" ersetzt.

[1] Zur Diskussion der belg. Frage vgl. 22. 8. 1914. Am 18. 10. erteilte Bethmann Zimmermann den Auftrag, zusammen mit Delbrück die Möglichkeiten für die Lösung des belg. Problems eingehend zu prüfen: „Zu dieser [Lösung] gehört in erster Linie die Wiederherstellung Belgiens als eines Tributärstaates, der der Form nach möglichst frei bleiben, faktisch aber uns sowohl in militärischer als in wirtschaftlicher Beziehung zur Verfügung stehen muß." Fischer, Weltmacht, S. 125 f., 327; Wende, S. 27.
[2] Vgl. 7. 10. 1914.

weise auf den Wiesen erschossen, jede 10. Leiche lag einen Schritt vor. Die Frauen mussten sie begraben. Niemand wagt gegen militairische Notwendigkeiten etwas zu sagen. Grauenhaftes Missverständnis, wegen der von gewissenlosen Dummköpfen vorbereiteten levée en masse[3]. Aber unheilbar. Es bleibt nichts anderes, als der militairische Schutzstaat.

Es liegt eine furchtbare Tragik in dem Krieg. Vielleicht auch in dem Schicksal des deutschen Volkes. Kein Zweifel, dass es an seiner politischen Herrschaft, wenn es siegt, intellectuell zu grunde gehen wird. Nietzsches prophetisches Wort bei der Reichsgründung[4].

Man muss eigentlich nachher sein Leben dem unmöglichen Versuch widmen, das alte Deutschland in das neue zu ergiessen, dem zukünftigen Idealismus zu leben.

Der Kanzler sprach vom Kaiser. Er sei innerlich gebrochen, schwelge in der Vorstellung eines Deutschland als Waffenlager weil sein Lebensinhalt der Friede ihm entzogen. Der Kronprinz ist ganz traurig. Unter den Militairs kein Heros. Aber die Schönheit der kollektiven Tüchtigkeit.

Ich antwortete dem Kanzler auf seine Skepsis wegen der Befähigung Deutschlands zur Weltherrschaft, es würde schreckliche Dinge geben, schliesslich aber würde das Volk sich die Eigenschaften erwerben die es brauche.

Er sagte, es wäre eine Tragödie, das deutsche Schicksal — ich antwortete sie würde auf lange Zeiträume gespielt und der fünfte Akt würde gut enden.

Eigentlich aber hat er recht.

Nur ist es nicht so traurig, als er als Sohn der Humanitätszeit es ansieht — Völker vergehen und der Schoss der Erde ist unerschöpflich. Was liegt daran. Es ist alles nur Schauspiel des Ewigen und das tragische gehört mit in seinen Spielplan.

---

[3] Hinweis auf den von deutscher Seite mit Erbitterung und Härte beantworteten Franktireurs-Krieg in Belgien. Die Deutschen machten dafür die belg. Regierung verantwortlich, die Anfang August in unklaren und widersprüchlichen Erlassen die Garde civique non active mobilisiert hatte, was nach der Auffassung der Deutschen auf den Aufruf zur unorganisierten levée en masse hinauslief. Darstellung aus deutscher Sicht in WUA, 3. Reihe, Bd. 2, S. 129 ff., aus belg. Sicht bei Pirenne, Histoire, Bd. 4, S. 289 ff.; zusammenfassende Untersuchung der Frage bei F. Petri und P. Schöller, Zur Bereinigung des Franktireurproblems vom August 1914, in: VfZG 9 (1961) S. 234 ff.

[4] Unzeitgemäße Betrachtungen. Erstes Stück: David Strauss, der Bekenner und der Schriftsteller, I: mit dem Sieg über Frankreich und der Reichsgründung drohe „die Niederlage, ja Extirpation des deutschen Geistes zugunsten des ‚deutschen Reiches' ". Zit. nach Friedr. Nietzsche, Werke in drei Bänden, hrsg. K. Schlechta (²1960) S. 137.

569 12. 10. 14

Es wäre viel besser, der Kaiser wäre auf dem oestlichen Kriegsschauplatz. Dort wird eine andere altmodischere Art Krieg geführt. Hier der Hintergrund neuer raffinierter Mordmaschinen, unheilbaren Hasses

der Bevölkerung, der Executionen in Belgien und der blutrünstigen Erzählungen davon ist das denkbar ungünstigste. Warschau mit Befreiungsklimbim wäre viel besser — da könnte die innerlich trostlose Stimmung, hier übertönt durch die martialische Gebärde[,] durch neue Hoffnungen friedlicher Zwecke abgelöst werden.
Die Führung im Westen war doch offenbar ohne Genialität. Ob es da nicht besser wäre, auf der Linie stehen zu bleiben und den Zusammenbruch Frankreichs abzuwarten. Pfand haben wir ja genug.
Polen muss doch an Oesterreich fallen. Übergangsstadium [für] gänzlichste Befreiung unter deutschem Schutz[1].

[1] Vgl. die Randbemerkung in der Eintragung vom 18. 8. 1914.

570 19. 10. [1914]

Vom 14.—16. in Brüssel und Antwerpen[1].
Nie vergessen die Fahrt von Brüssel nach Antwerpen, die zerschossenen Dörfer, Tomatenfelder[a] mit toten Kühen[,] zerstampft, die geplünderten Läden. Die wundervolle Kathedrale in Mecheln, die Granaten drin. Das Fort Wavre St. Cathérine.
Die Unterredung bei Sandt[2]. Die Erzählungen der Untergebenen von seinen bürokratischen Schattenseiten. Belgien muss aber ganz mit Scheinbarkeit regiert werden. Die Ordnung der Pressesachen, dass alles davon abhängt, ob es gelingt, den Hass des Landes auf England abzulenken. Die Ernährungsfrage — worin die Englaender aus ihrer Angst heraus schnell nachgegeben haben[3].

[a] Nicht sicher lesbar.

[1] Riezler begleitete Bethmann, der sich zur Besprechung der belg. Frage am 14./15. 10. in Brüssel aufhielt. Delbrück, S. 162.

[2] Maximilian v. Sandt (1861—1918), Regierungspräsident in Aachen, Ende Aug. 1914 bis 1917 Chef der deutschen Zivilverwaltung in Belgien, dann bis 1918 in Warschau.

[3] Nach der Eroberung Belgiens fiel den Deutschen die Aufgabe zu, für die Ernährung der Zivilbevölkerung zu sorgen. Da Deutschland infolge der engl. Blockade selbst knapp an Lebensmitteln war, konnte es nichts an Belgien abgeben. Die Entente war zunächst nicht bereit, Lebensmittel für Belgien zu senden oder durchzulassen, da dies indirekt Deutschland zugute käme und man so auch noch die deutschen Truppen in Belgien mitversorge. Eine Lösung bahnte sich auf Initiative des am 1. 9. von Brüsseler Notablen gegründeten Comité Central de Secours et d'Alimentation an. Die erste Schwierigkeit war, eine Aufhebung der engl. Blockade für die Lebensmitteltransporte nach Belgien zu erlangen. Im Oktober verhandelten das Comité und die USA darüber mit England, das nach einigem Zögern seine Einwilligung gab, nachdem Deutschland am 17. 9. und 16. 10. zugesagt hatte, daß die für Belgien bestimmten Lebensmittel nicht beschlagnahmt würden. Die Fragen des Ankaufs und der Finanzierung wurden bald darauf durch die Vermittlung Herbert Hoovers und der von ihm ins Leben gerufenen Commission for Relief in Belgium geregelt. Cecil, S. 192 ff.; Pirenne, La Belgique, S. 132 ff.; Foreign Relations 1914, Suppl. S. 809 ff.; George J. Gay und H. H. Fisher, Public Relations of the Commission for Relief in Belgium, Documents (Stanford 1929) Bd. 1, S. 2 ff.

571 22/10 [1914]

Heute ein Brief von Maltzahn an den Kronprinzen. Maltzahn ist ihm zugegeben als Vertreter der Politik seines Vaters. Der Brief ist Zeugnis der wüstesten Intrigen gegen den Kanzler, Bericht aus Berlin, dass alles gegen ihn sei. Angriffe wegen der Höchstpreise auf Getreide. Natürlich die Agrarier dahinter[1].
Sprach mit Kanzler über diese Angriffe, sagte die Konservativen besorgt um ihren künftigen Einfluss werden ihn nicht wegen kommender liberaler Politik sondern beim Friedensschluss im Gewand der Nationalisten angreifen.
Er ist aber entschlossen, nach dem Krieg unter keinen Umständen konservative Politik zu machen, über der Frage des preussischen Wahlrechts eventuell zu gehen und auch Radau zu machen.
Ich sagte ihm, auch meinem Gefühl nach müsse er so handeln. Endet dieser Krieg in Reaktion so führt er zu Krise.
Er gab mir meinen[a] alten Satz zu, dass wir bisher der Form nach konservativ, dem Wesen nach liberal regierten, und dass es umgekehrt sein müsste.
Der Haushalt hier wächst sich zu einem argen Männerkloster aus. Es liegt natürlich eine ungeheure Spannung über allen Gesprächen, aber doch viel über die nächstliegenden Fragen hinausgehende Perspective.
Neulich war Tirpitz abends da, der Vater der Lüge. Er sondert auf alle Anfragen schleimige Massen aus, die in wechselnden Farben schillern. Er möchte natürlich am liebsten mit England Frieden machen,

[a] Nicht sicher lesbares Wort.

[1] Maltzahn wurde im August 1914 dem Hauptquartier der Kronprinzenarmee zugeordnet. In der zweiten Oktoberhälfte hielt er sich in Berlin auf. Er stand in enger Beziehung zu führenden Konservativen, die schon zu dieser Zeit den Sturz Bethmanns wünschten und den Kontakt zum Kronprinzen suchten, der bereits Anfang September einen Vorstoß gegen Bethmann unternommen hatte. Herre, S. 54 f.; Westarp., Bd. 2, S. 300 ff. Zur Frage der Höchstpreise für Getreide vgl. Westarp, Bd. 2, 375 ff.; E. von Oldenburg-Januschau, Erinnerungen (1936) S. 195 ff.: Delbrück ging bei der Regelung der Ernährungsfrage von dem Grundsatz einer möglichst sparsamen und gerechten Verteilung aus und trat, auch aus Rücksicht auf den Burgfrieden, für mäßige Preise für Getreide und Kartoffeln ein sowie für eine weitgehende Reglementierung der Produktion. Das führte zu Differenzen mit den Konservativen und dem Bund der Landwirte, die die staatliche Kontrolle auf Handel und Verkauf beschränken wollten und zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion vor allem die Festsetzung möglichst hoher Preise für Getreide und Kartoffeln forderten. Da sie bei Delbrück nicht durchdrangen, versuchten sie, sich direkt an den Kaiser zu wenden, wobei Maltzahn seine Vermittlung anbot. — Zu dem Brief Maltzahns an den Kronprinzen, dessen Text nicht bekannt ist, vgl. Westarp, Bd. 2, S. 307: Bethmann bat Wahnschaffe am 22. 10. 1914 telegraphisch um einen Bericht über die Frage der Getreidepreise und die möglichen Hintergründe des Briefes von Maltzahn. Am 23. 10. erwog er in einem weiteren Telegramm an Wahnschaffe ein Disziplinarverfahren gegen Maltzahn. Wahnschaffe bestätigte Bethmann in einem Bericht vom 23. 10., „daß in großindustriellen Kreisen und von den extremen Konservativen allerdings gegen Euer Exzellenz gearbeitet wird. Diese Kreise befürchten von Euer Exzellenz zu weites Entgegenkommen gegen demokratische Wünsche nach Friedensschluß ..."

möglichst bald ohne die Flotte zu riskieren, aber die Volksstimmung trotzdem gegen England zu dirigieren und dann eine grosse Flotte zu bauen.
Er salviert sich natürlich, er wäre sehr bedenklich gewesen in bezug auf diesen Krieg, die Schwierigkeiten wären unterschätzt worden. So hat er es schon 1911 gemacht, aber trotzdem war er der Haupthetzer. Er salviert sich immer. Nun hat er einen leichten elegischen Ton wegen der Erfolge der U Boote[2].
Der Kaiser hat auch schon eingesehen, dass keine Dreadnoughts mehr gebaut werden dürfen.

[2] Vgl. 23. 9. 1914, Anm. 1. Zu den überraschenden Erfolgen einzelner deutscher U-Boote im Herbst 1914 und die dadurch geweckten Hoffnungen vgl. Spindler, Bd. 1, S. 1 ff.; Pohl, S. 71 ff.

572 25/10 [1914]

Nun werden im schwarzen Meer die Kanonen losgehen[1]. Ob Italien ruhig[a] bleibt — es hat den letzten Vorwand. Ob es nicht richtig wäre, den Leuten jetzt zu sagen, wir hätten ein Interesse daran, ihnen nach dem Kriege die Herrschaft über das Mittelmeer zu versprechen.
Dies Männerkloster wird allmählich schrecklich. Man hängt immer denselben Gedanken nach, weil wenig zu thun ist. Sieht nichts von dem Schönen des Kriegs. Stellt doch menschl[ich] hohe Anforderung dieses Männerkloster.
Neulich der Staatssek[retär][2] 1 Stunde mit mir über Amtsinterna Hammann etc. Vieles was ich zur Verteidigung sagen könnte, ist zu sehr Anklage. Er log wie gedruckt. Er ist nicht ohne Feinheit — aber ganz vieux jeu.

[a] Über „ruhig" von Walter Riezler „neutral" geschrieben.

[1] Am 22. 10. teilte der türk. Kriegsminister dem deutschen Botschafter mit, der Eintritt der Türkei in den Krieg werde nun erfolgen, und zwar durch einen Angriff auf die russ. Schwarzmeerflotte ohne vorherige Kriegserklärung. Am gleichen Tage erteilte er der türk. Flotte den Geheimbefehl: „Die türkische Flotte soll die Seeherrschaft im Schwarzen Meer erringen. Suchen Sie die russische Flotte auf und greifen Sie sie ohne Kriegserklärung an, wo Sie sie finden." Die Flotte lief am 27. 10. aus, am 29. 10. erfolgten die ersten Gefechte. Am 30./31. 10. kehrten die Schiffe nach Konstantinopel zurück. Trotz starker Widerstände innerhalb der türk. Regierung gegen den Kriegseintritt und einer entschuldigenden Note an Rußland führte der Vorfall dazu, daß vom 2.—5. 11. Rußland, England und Frankreich der Türkei den Krieg erklärten. Trumpener, S. 51 ff.; Lorey, S. 44 ff.
[2] i. e. Jagow, vgl. 7. 10. 1914.

573 26/10 [1914]

Heute war der König von Sachsen[1] da — da ist der richtige Mann am richtigen Platze. Ein frischer Biedermann, sehr komisch aber doch ganz angenehm.

[1] Friedrich August III., König v. Sachsen (1865—1932), regierte von 1904—1918. Nach Müller, S. 66, fand der Besuch des Königs im Großen Hauptquartier am 22. 10. statt.

27/10 [1914]

Heute früh kam die Nachricht von einer oesterreichischen Niederlage bei Iwangorod[1]. Anscheinend, weil sie den Ruhm für sich haben wollten. Die Führer verlieren die Nerven, wenns etwas gefährlich ist und dann geht alles rückwärts. Vielleicht grosses Debacle.
Den Herren in Wien wird das Herz in die unterste Hose fallen — sie werden wahrscheinlich Frieden machen wollen. Die Gefahr liegt darin, dass sie von England und Frankreich einen leidlichen Frieden mit Russland erlangen, und Russland sich mit ganzer Kraft auf uns wirft. Sie können ja einen halben Frieden machen, sich verpflichten nicht mehr zu attackieren und dafür Schonung zu erlangen.
Da die Oesterreicher sicher schlapp werden, entsteht die Frage, ob wir versuchen sollen uns mit den Russen zu setzen. Es ist sehr gefährlich, weil die Anregung sicher in Wien bekannt wird und zum Vorwand dient. Will Russland? Sehr fraglich!
Militärisch wohl noch nicht notwendig. Politisch wünschenswerth, weil wir uns doch über Oesterreich später mit Russland verständigen müssen, der polnische Plan[2] bei dem unaufhaltsamen Zerfall Oesterreichs unausführbar geworden ist.
Ich sprach lange darüber mit dem Kanzler. Keine Methode über den Weg der Anregung. Schwierig ja gefährlich.

[1] Schlacht vom 22.—26. 10., bei der die 1. österr. Armee fast ganz aufgerieben und Hindenburgs 9. Armee von Warschau aus zum Rückzug gezwungen wurde. Das bedeutete das Scheitern der großangelegten deutsch-österr. Offensive an der Weichsel, durch die man nach der österr. Niederlage von Lemberg (vgl. 9. 9. 1914, Anm. 1, und 20. 9. 1914, Anm. 3) die Lage im Osten zu wenden hoffte. RA, Bd. 5, S. 471 ff.
[2] Mit dem „polnischen Plan" dürfte die austro-polnische Lösung der Polenfrage — Bildung eines national geeinigten poln. Staates und dessen Angliederung an Österreich — gemeint sein, die Berchtold im August 1914 vorgeschlagen hatte (vgl. 18. 8. 1914). Bethmann neigte zu dieser Lösung. Bei den Überlegungen über einen Separatfrieden mit Rußland im Winter 1914/15 wurde dieser Gedanke fallengelassen, da ein unabhängiges Polen in jeder Form auf den Widerstand Rußlands stoßen mußte. Ritter, Bd. 3, S. 124 ff.; Fischer, Weltmacht, S. 128 ff.; Zechlin, Kabinettskrieg, S. 434.

574 28/10 [1914]

Anscheinend nicht so schlimm[1]. Völlige Unklarheit. Missstimmung mit den Bundesbrüdern. Niemand weiss ob und wer gesiegt hat. Wir werden die Sache halten, vorausgesetzt, dass es in absehbarer Zeit im Westen vorwärts geht. Also noch keine Demarche in Russland nötig, sehr schwierig, die Disposition der Gegner einzuschätzen. Russland in Händen der Grossfürst[1a] Partei guerre à outrance, wohl mit mehr Hass gegen

[1] Vgl. 27. 10. 1914.
[1a] Nikolai Nikolajewitsch (1856—1929), Aug. 1914—Sept. 1915 russ. Oberbefehlshaber.

Oesterreich als gegen uns. Die Möglichkeit einer Verständigung mit Russland allein, wohl da — in Frankreich nicht solang kein Regierungswechsel.
Die türkische Flotte ausgelaufen, mit dem Auftrag mit der russischen Kravall zu finden. Zweischneidigkeit der Massregel. Die Kanonen müssen von alleine losgehen — wenn die Provokation zu stark ist, dann schieben die Türken schliesslich noch die Schuld auf uns.
Ich glaube, Pohl[2], das mittlere Seepferd, hat noch Instruktion der Goeben geschickt, es solle eine russische Stadt beschossen werden. Wenns nur gut geht[3].

[2] Hugo v. Pohl (1855—1916), Chef des Admiralstabes bis Febr. 1915, dann bis Jan. 1916 Chef der Hochseeflotte.
[3] Vgl. 25. 10. 1914, Anm. 1. Der deutsche Panzerkreuzer „Goeben", unter dem Kommando von Admiral Souchon, lief am 11. 8. zusammen mit der „Breslau" in den Bosporus ein und wurde zur Vermeidung weiterer Verwicklungen auf Drängen der türk. Regierung formal der Türkei übergeben; Souchon wurde offiziell zum Kommandanten der türk. Flotte ernannt. Trumpener, S. 25 ff.; Lorey, S. 1 ff. Eine Instruktion Pohls an die „Goeben" ist nicht bekannt. Am 29./30. 10. wurden die Hafenanlagen von Sewastopol, Odessa, Noworossisk und Feodosia beschossen. Lorey, S. 46 ff.

575 30/10 [1914]

Die Kanonen im schwarzen Meer sind losgegangen. Näheres wissen wir nicht.
Heute ununterbrochen Kanonendonner. Ich glaube, es wird ein grosser Versuch[1] gemacht. Wenn es nur gelingt.
Es sah trübe aus die letzten Tage. Des Ostens wegen[2]. Das Getreide in Sicherheit bringen.
Armes grosses Deutschland — vielleicht wird es durch eine Niederlage grösser.
Zur Weltherrschaft ist es mit dieser Unbildung nicht geeignet. Es muss ganz andere Alluren annehmen.
Bülow sitzt in Berlin und hetzt. Er ist mit Tirpitz der Hauptschuldige. Jetzt hofft er auf eine Konferenz, wo er das Vaterland soll retten können[3].
Jagow widerspricht mir immer — wie früher klug, kahl verdorben, etwas mesquin und bösartig wie die körperlich benachteiligten. iudicium hat er. Zähigkeit auch.
Der Kanzler. Das Grau seiner Persönlichkeit ohne Leuchtkraft — aber

[1] Kämpfe bei Ypern (10. 10.—18. 11. 1914), durch die Falkenhayn noch eine Entscheidung an der Westfront zu erzwingen hoffte. Nach beiderseitigen großen Verlusten wurden die Angriffe eingestellt. Damit wurde der Krieg im Westen zum Stellungskrieg. Janßen, Kanzler und General, S. 29 ff.
[2] Vgl. 27. 10. 1914.
[3] Vgl. 26. 11. 1914.

bedeutend. Ungeschickt und gerissen. Ganz aufs praktische gerichtet und mit theoretischen Alluren. Seltsame Mischung. Wie unwillig und jammernd geht er an den Gedanken einer Vergrösserung Deutschlands — statt den Impuls zu mimen und die Schuld, wenn es nicht kommt, von vornherein auf die Militairs abzulenken.

576 2/11/14

Die Angriffe im Westen gehen sehr langsam. Noch ist Hoffnung. Geht es nicht, haben wir[,] wenn wir im Westen nichts entbehren können[,] den Krieg verloren.
Seltsam. Wirtschaftlich und politisch durch die Türkei die Beunruhigung Englands in Kolonien Handel U Boote etc hätten wir ihn gewonnen. Vielleicht nötig die Taktik ganz zu ändern. Verteidigen und trachten, ungebrochen zu bleiben. Dann können wir ihn, wenn wir den längeren Atem haben, immer noch gewinnen.
Sprach darüber mit RK, sagte ihm meine Furcht, Militairs betrachteten Krieg als Selbstzweck, führten ihn um der Schönheit willen — wäre gut, wenn sie den ganz veränderten politischen Gesichtspunkten Rechnung trügen.
Sprach über die Politik im Falle einer Niederlage. Ich meinte, wir müssten eng an Russland bleiben, Konferenz erstreben, bei der wir unter der Hand vorher mit Russland dahin uns verständigt hätten, dass wir Oesterreich nicht gegen Russlands Forderungen schützten, Russland uns freie Hand liesse den Forderungen der anderen zu widerstehen. Kanzler meinte, wir gerieten dann in russische Vasallenschaft; das ist richtig und für später sehr bedauerlich; wäre aber doch der beste Ausweg im Notfall und vielleicht später reparierbar.
Nach einer Niederlage müssen überall neue Männer her.
Deutschland wird von Kaufleuten regiert. Mit Methoden im Ausland à la Roselius[1], des Agenten in Rumaenien der neulich da war. Allg[emeiner] Niedergang der Welt. Amerikanisierung Europas.
Obs für den deutschen Gedanken gut ist?
Seltsam[,] persönlich empfinde ich eine langsame Loslösung vom Nationalismus[a], fühle das Individuum gegenwaertig und künftig zu bedrückt von Staat und Praxis etc. Traurige Aspekte.

---

[a] Ursprünglich „Individualismus", gestrichen.

[1] Dr. Ludwig Roselius (1874—1943), Generalkonsul und Großkaufmann in Bremen, gründete nach Kriegsausbruch eine Einkaufsorganisation, deren Schwerpunkt auf dem Balkan lag. Bei Kriegsbeginn ging er im Einverständnis mit dem Ausw. Amt nach Bukarest, um dort mit Hilfe anscheinend großer Bestechungsgelder die öffentliche Meinung zugunsten Deutschlands zu beeinflussen. Torrey, S. 236 ff.

577 Daselbst, 8/11 [1914]

Inzwischen auf drei Tage in Berlin. Dorthin geschickt wegen Erkundung über Intriguen Volksstimmung, ev[entuell] notwendig Kommen des Kanzlers nach Berlin.
Die Reise war sehr seltsam. In Berlin schien mir die Stimmung getragen von einer grossen ernsten Begeisterung der kleinen Leute, des grossen „Volks"[,] von einer gar nicht zu erschütternden Zuversicht in den Sieg der gerechten Sache und der Tapferkeit — dagegen in den oberen Schichten viel mangelnde Nerven, Flaumacherei etc, bei der Regierung, viel Arbeitsfreude Initiative, Hilfe nach allen Seiten, viel besser als im Frieden weil kein Parlament[1] und mehr Disciplin.
Tirpitz hat überall herumgeulkt und einen kolossalen Schleim hinterlassen[2], er möchte gerne Frieden, der eine Art Waffenstillstand mit neuer Rüstung gegen England werden müsste. Das sucht er aber anderen Leuten in den Mund zu legen. Sonst hetzt er furchtbar gegen den Kanzler, der unvorbereitete Krieg müsste von denselben Leuten beendigt werden, die ihn begonnen hätten etc.
Bülow und er haben sich anscheinend wohl über die Methode wie sie beide ihre verschieden beschmutzten Hände gemeinsam in Unschuld waschen wollen.
Der alte Kessel, Oberkommandierender in der Mark liess mich kommen, er ist so traurig weil er die „nationalen" Zeitungen massregeln soll — national heisst er die rechtsstehenden, die anderen sind die demokratischen und thun nur so. Ich versuchte, gewiss ohne dauernden Erfolg, ihm die taktische Notwendigkeit klar zu machen[3].
Dann Loebell. Er hielt eine lange Rede zu gunsten einer Verständigung mit Russland. Schien sehr staatsmännisch gespickt. Gründe innere Politik, Polenfrage etc[4].
Alle wollen Flotow durch Bülow ersetzen, geben aber zu, dass der nicht

---

[1] Der Reichstag war nach der Sitzung vom 4. 8. 1914 vertagt worden und trat erst am 2. 12. 1914 wieder zusammen. Sten. Berichte, Bd. 306, S. 1 ff., 13 ff.
[2] Tirpitz hielt sich seit dem 16. 8. im Großen Hauptquartier auf. Ende Oktober/Anfang November machte er von dort aus eine Informationsreise nach Wilhelmshaven, Kiel und Berlin. Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 152 ff.
[3] Gustav v. Kessel (1846—1918), seit 1909 Oberkommandierender in den Marken, übte die Zensur in Berlin und der Mark Brandenburg aus. Er stand nach Westarp, Bd. 2, S. 181, den Konservativen nahe. Bethmann hatte Kessel Ende Oktober 1914 angewiesen, die Tägliche Rundschau wegen des Artikels „Unsere Diplomatie und der Krieg" in der Ausgabe vom 26. 10. 1914 (Nr. 515, Morgenblatt) mehrere Tage zu verbieten. Aufgrund von Kessels Einwendungen erhielt die Zeitung nur eine Verwarnung. Vgl. Militär und Innenpolitik, Bd. 1, Nr. 88.
[4] Vgl. die Denkschrift Loebells vom 29. 10. 1914 über die Kriegsziele, teilweise abgedruckt bei Volkmann, S. 187 ff.: Der Hauptfeind Deutschlands sei England, die Auseinandersetzung mit ihm müsse jetzt oder später ausgekämpft werden. Das Ziel des Krieges müsse die weltpolitische Bewegungsfreiheit Deutschlands sein, dazu sei eine dauernde Schwächung Frankreichs und Belgiens und der Erwerb eines zusammenhängenden Kolonialreiches not-

besser ist. Er ist ganz stereotyp und krankhaft eitel, ich sollte es beim Kanzler betreiben, der will es aber nicht, weil Bülow dort doch nur für Kronprinz in Rom[,] bis der ev[entuell] als Retter des Vaterlandes erscheinen könnte[,] arbeiten würde. Die anderen machen geltend, er würde sich dort verbrauchen[5].
Sehr interessant ein Abend[,] Essen im Autoclub mit Wahnschaffe Rechenberg[6] Helfferich [Falkenhayn][a][7] über Zollvereinsfrage. Rechenberg (übrigens alles mit einem [Geheimrat] Schönebeck[8] aus dem Reichsamt d[es] I[nneren]) noch leidenschaftlich für glatte Zollunion mit Oesterreich-Ungarn und Frankreich der dann die kleinen Staaten beitreten müssten, ganz neues Europa — sagt wenn man viel gewinnen will, muss man auch manches aufgeben, auch[b] einen Teil der Souveränität etc. Die anderen viele gute Einwände, wirtschaftliche und politische, Rechenberg, der doch ein politischer Kopf ganz stur, immer wieder — ich dachte

[a] In der Vorlage: „Falkenhaim".

[b] Ursprünglich „z. B."; gestrichen.

wendig. Dagegen empfahl Loebell die Verständigung mit Rußland, das der gegebene Bundesgenosse Deutschlands sei. Interessengegensätze bestünden nicht, zu fordern sei nur ein besserer Grenzschutz Ostpreußens am Njemen und am Narew. Alle weiteren Veränderungen im Osten seien abzulehnen, auch die Schaffung eines polnischen Staatswesens in jeder Form, da man damit nur innerpolitische Schwierigkeiten in Preußen hervorrufen und das Verhältnis zu Rußland belasten würde.

[5] Die Forderung, den deutschen Botschafter in Rom, v. Flotow, durch Bülow zu ersetzen, wurde im Herbst 1914 von vielen Seiten erhoben; nach Jagows Darstellung glaubte „fast jedermann in seiner Entsendung das einzige Mittel zu sehen . . ., um Italien von der Teilnahme am Krieg fernzuhalten". Bülow verfügte durch seine frühere Tätigkeit als Botschafter in Rom (1894—1897), seine Heirat mit einer italienischen Gräfin und regelmäßige Winteraufenthalte in Rom über gute Beziehungen zu Italien. Bethmann und seine Mitarbeiter, besonders Jagow, wehrten sich erbittert gegen die Ernennung Bülows. Ende November gab Bethmann dem allgemeinen Drängen nach und vereinbarte mit Bülow, daß dieser als außerordentlicher Vertreter Deutschlands nach Rom gehen sollte. Bülow trat sein Amt am 14. 12. an; Flotow blieb offiziell Botschafter, überließ aber Bülow aus Gesundheitsgründen die Geschäfte und zog sich nach Neapel zurück. Fr. Frhr. Hiller v. Gaertringen, Fürst Bülows Denkwürdigkeiten — Untersuchungen zu ihrer Entstehungsgeschichte und ihrer Kritik. (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, Nr. 5, 1956) S. 59 f.; Bülow, Bd. 3, S. 194 ff.; Thimme, Bülow, S. 212 ff., 235 ff.; Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 160 f.

[6] Albrecht Frhr. v. Rechenberg (1861—1935), seit 1893 im Kolonialdienst, 1900 Konsul in Moskau, 1905 Generalkonsul in Warschau, 1906—1912 Gouverneur von Deutsch-Ostafrika. Er stand in Verbindung mit Rathenau und gehörte zu den Männern, die im August 1914 das Projekt der mitteleuropäischen Zollunion anregten. Kurz nach Kriegsausbruch berief ihn Delbrück ausschließlich zur Bearbeitung des Mitteleuropaplans als Hilfsarbeiter in das Reichsamt des Innern. Bei den dort durchgeführten Ressortberatungen waren er und Schönebeck unter den wenigen, die die möglichst baldige und möglichst enge Zollunion mit Österreich empfahlen. Vgl. 7. 10. 1914, Anm. 2; Zechlin, Friedensbestrebungen, in: Das Parlament B 20/63, S. 45; ders., Kabinettskrieg, S. 404 ff., passim; Fischer, Weltmacht, S. 313 ff. Rechenberg war 1914—1918 Mitglied des Reichstags (Zentrum); 1922 Gesandter in Warschau.

[7] Arthur v. Falkenhayn (1857—1929), Bruder des Generals, Geheimrat im preuß. Innenministerium.

[8] v. Schönebeck, Referent im Reichsamt des Innern, bearbeitete zusammen mit Rechenberg das Mitteleuropprojekt. S. o. Anm. 6.

darüber nach und kam zu dem Schluss, dass eine solche Union, der keine politische und ideelle Einheit[,] nicht einmal der Ansatz zu einer solchen, entspräche, lebensunfähig ist[,] einen furchtbaren Wirrwarr hervorbringen müsste, eigentlich auf das einigende Band der katholischen Kirche angewiesen wäre. hinc illae lacrimae.
Das andere Project, vertreten durch [Falkenhayn][a]. Preferentialzölle. Doppeltarife der mitteleuropäischen Staaten, Minimaltarife für die meistbegünstigten. 40 % Abschlag für die Teilhaber am Zollbund. Brauchbar aber agrarischer Hintergedanke, weiter Zollerhöhung, sodass die 40 % hereingeholt werden. Daher wohl Modification nötig. Festlegung von Maximaltarifen, gemeinsame[,] eventuell Kampfbündnis gegen amerikanische Zollkriegserklärung — Schaffung eines Kristallisationspunkts in gemeinsamer Zollberatung etc aus dem später das einige Gebilde werden kann. Diese Kombination lässt politisch jeden Rückweg offen. Das aber geht wegen Amerika nicht mit Oesterreich allein, sondern muss Frankreich in sich begreifen, Amerikas wegen, weil Europa nach dem Kriege sehr schwach sein wird.
In Berlin ein Kreis von Konservativen der Gerüchte aussprengt, der Kaiser mache die Generale nervös, spräche überall dazwischen etc, gleichzeitig den Kronprinzen in den Himmel lobt etc.
Als ich hier zurück war, sagte mir der Kanzler, Falkenhayn[9] wäre jetzt jeden Tag da, wäre sehr pessimistisch, frage wegen Waffenstillstand etc. Gründe Riesen-Verluste im Westen, Mangel an Munition, die erst wieder in 4 Wochen reichlich. Der Kanzler fuhr zum Württemberger[10] und will eigene Eindrücke haben.
Ich kann mir nicht denken, dass die Dinge so schlecht stehen sollen. Wir müssen doch die Defensive im Westen halten können und Truppen für den Osten entbehren können um zu siegen.
Wenn Friedensideen nachgegeben werden soll, dann zunächst Schein eines Herantretens an Frankreich sur le dos de la Belgique „zur Rettung Europas", dann im Schatten dieses Versuchs mit Russland. Technisch enorm schwierig.

[9] Erich v. Falkenhayn (1861—1922), 1913—1915 preuß. Kriegsminister, 14. 9. 1914—29. 8. 1916 Chef des Generalstabs. Nach dem Scheitern der Angriffe auf Ypern (vgl. 30. 10. 1914) erkannte Falkenhayn, daß der entscheidende Sieg im Westen nicht mehr möglich war, und drängte auf Separatfrieden mit Rußland oder Frankreich. Zechlin, Friedensbestrebungen, Parlament B 20/61, S. 274 ff.; Janßen, Kanzler und General, S. 49 ff.
[10] Albrecht Herzog v. Württemberg (1865—1939), Oberbefehlshaber der 4. Armee, die nordöstl. von Ypern kämpfte. Er war ein Gegner Falkenhayns.

578 22/11 [1914]

Seither immer die gleiche Stimmung.
Zunächst Nervosität wegen der Kämpfe bei Ypern, enorme Verluste. Gefahr des Verblutens. Die Militairs, ja, es wäre Ehrenfrage geworden.

Aber politisch unsinnig. Misstrauen gegen die Militairs, die natürlich Schlachten gewinnen wollen. Da aber niemand klar hineinsehen, und auch viel für einen energischen Versuch im Westen spricht[1]. Schliesslich aber hat die Entwicklung dem Kanzler, der allen Militairs zuredete doch die Kämpfe einzustellen und bereits vor 14 Tagen verfügbares nach Osten zu werfen, recht gegeben, es ist hier nichts erreicht worden und im Osten hätten zwei Korps mehr den Ausschlag gegeben — jetzt hat man sie hingeworfen hoffentlich nicht zu spät[2].
Sonst Situation sehr schwierig wegen Haltung Falkenhayns. Der ist Pessimist von Natur[,] Waffenstillstand im Westen, Frieden im Osten haben will[3]. Schwierigkeit für den Kanzler gegenüber dieser Stimmung und Haltung der entscheidenden militärischen Persönlichkeit, die ent-

---

[1] Vgl. 8. 11. 1914, Anm. 9. Am 4. 11. befahl Falkenhayn einen neuen Angriff auf Ypern, der allerdings nur noch das taktische Ziel verfolgte, die deutsche Front zu begradigen. Zur Kritik dieser verlustreichen und erfolglosen Kämpfe, für die man eilig aufgestellte und schlecht ausgebildete Reservekorps ins Feld schicken mußte, vgl. Janßen, Kanzler und General, S. 28 ff.

[2] Zu diesem ersten Eingriff des Kanzlers in die Landkriegführung vgl. die Tagebucheintragung des Generaladjutanten v. Plessen vom 16. 11.: „Der Reichskanzler läßt mich rufen. Er ist sehr besorgt über die enormen Verluste bei Ypern. Wünscht meinen Einfluß, daß man aufgibt, die Stellung dort auch mit Gewalt durchbrechen zu wollen. Ich bin genau derselben Ansicht . . .“ Anscheinend verwandte sich der Kanzler auch für die Verlegung von Truppen nach dem Osten, denn am gleichen Tag sprachen Plessen und Lyncker, der Chef des Militärkabinetts, über diese Anregung mit dem Kaiser, der unverzüglich Plessen mit dem Vorschlag zum Generalstab sandte, sofort Kräfte für den Osten freizumachen (RA, Bd. 6, S. 93 f.). Riezler hat — einer Mitteilung von Ulrich Noack an den Herausgeber zufolge — im Oktober 1914 für Bethmann Hollweg ein Gutachten verfaßt, „in welchem er für Abbruch aller offensiven Operationen an der Westfront, besonders in Flandern, und für Einsatz aller verfügbaren Kräfte an der Ostfront plädierte“. Riezler gab in seiner späteren Frankfurter Kuratorzeit dem Privatdozenten Noack Einblick in dieses Gutachten, das im Nachlaß nicht aufgefunden werden konnte. — Am 3. 11. hatten Hindenburg und Ludendorff den Plan für einen großen Umfassungsangriff entworfen; am 10. 11. begann die Offensive, die am 14. 11. bei Kutno zu Anfangserfolgen führte. Vom 4. bis 7. 11. hatte Falkenhayn, überzeugt von der Aussichtslosigkeit der Situation im Westen, den Entschluß gefaßt, nach einem Teilerfolg bei Ypern den Schwerpunkt in den Osten zu verlegen. Als er vom 9. 11. an mit dringenden Forderungen Hindenburgs um Verstärkung der Ostfront konfrontiert wurde, konnte er jedoch wegen der gleichzeitigen Kämpfe bei Ypern nur zögernd und begrenzt Truppenteile aus der Westfront herausziehen. Erst am 18. 11. ordnete er an, mit der Verlegung einzelner Korps nach Osten zu beginnen. Zu dieser Zeit hatte er aber schon trotz des Erfolges von Kutno die Hoffnung auf entscheidende Fortschritte im Osten verloren. Janßen, Kanzler und General, S. 35 ff.

[3] Vgl. dazu den Brief Bethmanns an Zimmermann vom 19. 11. 1914 mit dem Bericht über eine entscheidende Aussprache mit Falkenhayn vom 18. 11.: Falkenhayn erkläre, daß die militärische Niederwerfung der drei feindlichen Mächte unmöglich sei, und schlage vor, Rußland oder Frankreich für einen Sonderfrieden zu gewinnen. Gelinge dies, könne man den wichtigsten Feind, England, besiegen. Obwohl der Kanzler sich dagegen wehrte, Falkenhayns pessimistische Beurteilung der Lage zu übernehmen, glaubte auch er nach diesem Gespräch, daß die Chance für den militärischen Sieg über die Entente geschwunden sei und man die Verständigung mit Rußland ins Auge fassen müsse. Zechlin, Friedensbestrebungen, in: Das Parlament B 20/61; Janßen, Kanzler und General, S. 49 ff.; Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 13.

scheidenden politischen Zwecke mit ruhigen Nerven durchzuhalten. Er muss seine Entschlüsse auf verlässlicher Aussage der militärischen Stellen aufbauen. Dies sagte ich auch als erste Notwendigkeit dem Flügeladjutanten Mutius[4]. Falkenhayn gerissen schlau, persönlich politisch sachlich ganz unpolitisch und ohne Urteil ausserdem wechselndes Temperament.
Kanzler erzählt mir, Falkenhayn habe ihm nach der Sitzung vom 4. August gesagt, wenn wir auch darüber zu grunde gehen, schön wars doch. Mögliche Motive seines Drängens nach Frieden, Gefühl der Unzulänglichkeit Unsicherheit seiner militairischen Talente. Sicherheitsventil um, wenn es schief geht, sagen zu können, ich habe rechtzeitig zum Frieden geraten, die politische Leitung hat nicht gewollt[5]. „Mit einem zerbrochenen Instrument (der Armee) kann ich keinen Krieg führen". Er widerspricht sich auch, sagt auf die Mahnung doch bei Ypern nicht nutzlos anzugreifen, die Truppen liessen sich nicht halten, sagt zur Begründung seines Pessimismus, sie wären nicht mehr vorzubringen etc. Vielleicht auch die Hoffnung mit Hilfe der im Osten verwendeten Korps hier noch einen Sieg und Ausweg aus der verfahrenen Situation erreichen zu können. Neid gegen Hindenburg — auch lauter schwer einzuschätzende Momente. Kein offener Charakter.
Auch er scheint es, will Krieg gegen England. Meint wenn wir Frankreich und Russland billig ausscheiden, würden wir mit England fertig[6]. Aber wie, wenn das dann misslingt? Dann ist der ganze Krieg verfehlt[.] Wir lassen die einzigen heraus, von denen wir einen Siegespreis erhalten können. Die Aussagen der Marine, die den deutsch-englischen Gegensatz verewigen will, Angst hat vor einem agreement etc[,] natürlich unzuverlässig.
Die politische Unbildung hier ist grauenhaft. Die Verderblichkeit der alten Ladenhüter aus Bismarckscher Zeit, die für eine Verständigung mit Russland ins Feld geführt werden. Loebell, der wie mir Rechenberg

---

[4] Maximilian v. Mutius (1865—1942), Oberstleutnant, später Generalmajor, Diensttuender Flügeladjutant des Kaisers.

[5] Vgl. den oben Anm. 3 zit. Brief Bethmanns: Falkenhayn habe bei der Unterredung „jedenfalls eine ausgesprochene Kriegsfreudigkeit nicht mehr" gezeigt. „Inwieweit dabei auch noch andere Kalküls mitsprechen, will ich hier nicht erörtern . . ." Der General sei geneigt, alle Schwierigkeiten, die sich für eine Verständigung mit Rußland ergeben könnten, gering einzuschätzen, „wobei der Wunsch, für alle Fälle die Schuldfrage günstig zu regulieren, wohl mitspricht."

[6] Dazu Bethmann an Zimmermann (s. o. Anm. 3): Der General glaube, daß nach einem Sonderfrieden mit Rußland „Frankreich klein beigäbe. Dann würden wir England, wenn es uns nicht völlig zu willen wäre, dadurch niederzwingen, daß wir es, gestützt auf Belgien, durch Blockade aushungerten, auch wenn dazu Monate erforderlich sein sollten . . ." „In dieser Niederwerfung Englands, als auch vom Volksempfinden gefordert, erblickt General von Falkenhayn, wie mir scheint, die einzige, aber auch die ausreichende Sicherung vor erneuten Kriegen." Von Frankreich und Rußland wolle Falkenhayn neben eventuellen kleinen Grenzberichtigungen nur eine „ausreichende" Kriegsentschädigung.

erzählte[7], bei einer Sitzung über die Zollunion, tiefe Weisheit aus Bismarck vom Jahre [18]52 loslässt. Niemand hat von dem ganz veränderten Russland eine Ahnung. Der russische Hass gegen das Deutschthum hat eine tiefe, halb mystische Quelle[,] wir stören die russische Seele, repräsentieren alles was sie aufrüttelt. Dann das politische. Die Russen haben das Gefühl von Rechts wegen gegen das schwache Oesterreich und die noch schwächere Türkei historisch Recht zu haben, überall aber finden sie Deutschland im Wege. Wir haben Frieden wenn wir nachgeben, Oesterreich oder die Türkei lachieren, sinken aber dann zu einem Vasallenstaat Russlands herab. Ebenso wie zur See England gegenüber, wenn wir den weltpolitischen Ehrgeiz aufgeben, nur dass dies erträglicher und für unsere Existenz ganz ungefährlich ist. Vielleicht ist eines von beiden geographisches Schicksal. Vielleicht ist der heroische Versuch dieses Krieges uns eine unantastbare Weltmachtstellung[a] I. Ranges zu sichern, halb unmöglich und daher das Volk in seinem Drange so rührend und tragisch. Der Weg ist sehr schmal. Aus allen Discussionen über die Frage, nach welcher Seite dieser Krieg geführt und zu Ende gebracht werden soll, geht das klar hervor. Schlimm, dass gerade die Militairs erklären, wir können nach allen drei Seiten nicht fertig werden. Die Koalition sprengen, uns für einen künftigen Krieg nach Osten den Rücken im Westen decken, müsste das mindeste sein, wenn nicht, dann West und Ost wirtschaftlich so schwächen. Russland kommt wieder solange wir ihm nicht die Expansion nach Balkan und Konstantinopel öffnen.

Der schmale Pfad eines möglichen deutschen Aufstiegs zur Weltherrschaft: Verschiedene Möglichkeiten ringsum Deutschland, d. h. nach Nordwest und Südost ein System kleiner Staaten, deren freies Leben durch Deutschland gesichert wird. Das aber nur durch leichte Hand Freiheitsgerede, kleine Machtmittel möglich. Das würde unsere wirtschaftliche Vormacht in Europa garantieren. Das wäre gangbar, wenn wir politisch Talent [hätten], das haben wir nicht.

Diese politische Möglichkeit geht an der Unbildung der Deutschen insbesondere dem politischen Gewicht der Meinung des unpolitischen Soldaten zugrunde.

Das zweite ist das Erbe Englands, bei Sprengung des französisch russischen Bundes und Anschluss an einen von beiden.

Das dritte ist Verständigung mit England Teilung des Welthandels, und militärische Hegemonie in Europa. Dieser Weg war gangbar ohne die Flotte vielleicht, sicher ohne die Verbohrtheit der Englaender.

---

[a] Ursprünglich „Weltherrschaft", gestrichen.

[7] Vgl. 8. 11. 1914.

579 26/11. [1914]

Gestern sagte mir der Kanzler wieder, er thäte sich so schwer den Krieg gegen Russland durchzuhalten bei der ständigen Aussage von Falkenhayn, wir könnten nicht. Schwere der Verantwortung für ihn das Durchhalten zu erzwingen. Die Leute kämen dann und sagten, sie hätten rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht.
Ich erwiderte, die Verantwortung, den Krieg gegen Russland, der von allen Kriegen der wichtigste wäre vielleicht zwei Monate vor dem Zusammenbruch Russlands zu stoppen[,] wäre eine nicht minder grosse Verantwortung.
Schliesslich gestand er Russland wäre schon gekommen, durch Etatsrat Andersen[1], König von Dänemark[2], Kaiserin Mutter[3], die für ihren Zaren Revolution fürchte[a][4].
Der Kaiser wäre ganz weich, Weihnachtsstimmung, die militärische Umgebung predigt Frieden mit Russland.
Ich riet ihm, hinzuhalten, eventuell auch eine Antwort zu verschweigen, das Eingehen darauf nicht selbst abzulehnen, sondern durch die Umstände als unmöglich erweisen zu lassen.
So wird es wohl auch kommen.
Detail[:] Andersen behauptet, Grey[4a] wollte Deutschland Einflusssphäre

---

[a] Randbemerkung: „erwies sich später als vom Wunsch erzeugte irrige Meldung".

[1] Hans Niels Andersen (1852—1937), dänischer Reeder, Staatsrat und Generalkonsul, Direktor der 1897 von ihm gegründeten „Ostasiatischen Kompanie", bekannt als Vertrauensmann des dän. Königshauses und des Zaren, befreundet mit Ballin.
[2] Christian X., 1912—1947 König v. Dänemark.
[3] Maria Feodorowna (1847—1929), Mutter Nikolaus' II., Tochter des dän. Königs Christian IX. Zu ihrer Haltung Zechlin, Friedensbestrebungen, Parlament B 20/61, S. 279.
[4] Andersen teilte am 18. 11. dem deutschen Gesandten in Kopenhagen, Brockdorff-Rantzau, und am 20. 11. Ballin in Berlin mit, er habe auf Veranlassung König Christians in London wegen Friedensmöglichkeiten sondiert. Das engl. Kabinett sei Verhandlungen nicht abgeneigt. König Christian sei bereit, in London und Petersburg zu vermitteln. Eine Niederschrift Ballins über dieses Gespräch wurde am 24. 11. in Charleville dem Kaiser, Falkenhayn und Bethmann vorgelegt. Obwohl in Ballins Bericht der Nachdruck auf der möglichen Verständigung mit England lag, griff man im Großen Hauptquartier die Möglichkeit von Verhandlungen mit Rußland auf. Bethmann vermutete, der dän. Vorschlag gehe auf eine Anregung der Zarinmutter zurück; er hatte am 9. 11. eine Meldung erhalten, nach der diese aus Furcht für den Thron ihres Sohnes an der Entfernung des Großfürsten Nikolai aus seinem Amt als russ. Oberkommandierender hinarbeite und den Frieden wolle. Über die Beantwortung des dän. Angebotes entstand eine heftige Meinungsverschiedenheit zwischen dem Kanzler und Falkenhayn: Während Falkenhayn drängte, diese Chance sofort zu nutzen, glaubte Bethmann, man müsse die Antwort hinausschieben, bis die Entscheidung im Osten gefallen sei, und dann einen Friedensvorschlag Rußlands abwarten. Am 25. 11. gab er jedoch der Forderung Falkenhayns nach, eine Sondierung in Petersburg durch Andersen vorzubereiten. Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 14 ff.; Zechlin, Friedensbestrebungen, in: Das Parlament B 20/61, S. 277 ff.
[4a] Sir Edward Grey (1862—1933), 1905—Dez. 1916 engl. Außenminister.

in China zugestehen. Natürlich, sie wollen uns zwischen Japan und sich schieben[5].
Diese Annäherung doch nur ein Zeichen, dass Russland schwach ist und England Angst vor Zusammenbruch der französischen Nerven hat.
Machen wir jetzt Frieden so müssen wir in 10 Jahren den Krieg allein unter ganz ungünstigen Bedingungen schlagen.
Der Kanzler sehr heftig gegen die Lügenmanier der Tirpitz und Falkenhayn, die nur an [sich] persönlich denken. Auch Hindenburg suchen sie schon wieder klein zu machen und die östlichen Verdienste auf andere, Mackensen[6], zu verteilen.
Besuch Rechenbergs. Hinter der Zollunion die grossdeutsche Idee, ausserdem eine internationale Kombination bei der die Kirche gute Geschäfte macht[7].
Intriguen Bülow. Wunderbar, wie er von allen Seiten melden lässt, in Rom wünsche man ihn, im Figaro steht, Deutschlands bester Mann etc. Der Vatikan hilft ihm, durch Meldungen aus Rom Flotow zu desavouieren. Warum? Weil der Vatikan Konferenz in Rom will und weiss dass Bülows Hintergedanke der gleiche ist und auf seine Hilfe hofft. Natürlich ganz richtige Hoffnung. In Berlin sind sie alle dafür[8].

[5] Vgl. den Bericht Ballins über seine Unterredung mit Andersen am 20. 11.: Grey habe Andersen gegenüber Interesse an einem baldigen Frieden mit Deutschland gezeigt, und zwar „in der Form eines festen, weitgreifenden Bündnisses". „Ich erwiderte Andersen, wie man sich denn die Regelung der großen Kompensationsfragen dächte. Andersen wollte nicht mit der Sprache heraus, deutete aber an, daß England und Deutschland doch in China ein riesengroßes Gebiet hätten, auf welchem sie die Entschädigungsfrage nötigenfalls lösen könnten. Er sagte wörtlich: ‚Geld sei doch nur ein Wertmesser und könne ebenso gut ersetzt werden durch eine große Interessensphäre in Ostasien'." Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 14.

[6] August v. Mackensen (1849—1945), preuß. Generalfeldmarschall, seit Nov. 1914 Oberbefehlshaber der Hindenburg unterstellten 9. Armee, im Frühjahr 1915 der 11. Armee, seit 1916 einer deutsch-bulgarischen Heeresgruppe an der rumänischen Front (Heeresgruppe „Mackensen"), Mai—Nov. 1918 Oberbefehlshaber des Besatzungsheeres in Rumänien.

[7] Vgl. 8. 11. 1914.

[8] Zu Bülow vgl. 30. 10. und 8. 11. 1914. Nach Meldungen des deutschen Gesandten beim Vatikan, v. Mühlberg, vom 14. und 15. 11. 1914 beschäftigte sich der neue Papst Benedikt XV. (1914—1922) intensiv mit der Friedensfrage: Er habe Mühlberg wissen lassen, daß er nach Kriegsschluß mit einem großen internationalen Friedenskongreß rechne und erwarte, daß der Vatikan zu diesem zugezogen werde. Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 11. Bethmann lehnte einen allgemeinen Friedenskongreß ausdrücklich ab. Vgl. ibid. Nr. 15 u. 20 und den Brief Bethmanns an Bülow vom 30. 11. 1914, Bülow, Bd. 3, S. 195.

580 Berlin, 29/11. [1914]

Gestern 11 Uhr mit dem Kanzler abgefahren. Abends lange im Salonwagen über die ganze Situation besonders über die dänische Vermittlung geplaudert. Auch viel über Diplomaten, deren Misstrauen, viel über das Elend mit Falkenhayn — empfahl ihm eine Formel für die Antwort an den König von Dänemark, die ihm gefiel, „mit Rücksicht auf

die hohe Vermittlung gern entgegennehme und nach Massgabe des Inhalts beantworte["][1] — sonst noch gesagt, er solle contra Friedenswünsche von Falkenhayn sich auf Hindenburg etc stellen und vor irgendeiner Entscheidung Kriegsrat zusammenberufen — ausnützen das natürliche Gewicht des Kronprinzen von Bayern[2].

[1] Bethmanns Vorschlag für die Antwort an Andersen vom 30. 11. 1914 lautete: „... Wir führen einen Verteidigungskrieg. Als Angegriffene müssen wir abwarten, daß unsere Gegner uns die Hand zum Frieden bieten. Andererseits ist unsere militärische Lage auch derart, daß wir nicht um Frieden [zu] bitten brauchen. Die hohe Wertschätzung, die Seine Majestät der Kaiser für den König von Dänemark hegt, schließt jedoch von selbst aus, Anerbietungen desselben kurzerhand abzulehnen. Seine Majestät wird vielmehr etwaige Friedensvorschläge, die ihm durch Vermittelung des Königs von Dänemark seitens einer unserer Gegner zugehen sollten, im Einvernehmen mit seinen Verbündeten mit der der Person und hohen Stellung des Vermittlers angemessenen Sorgfalt prüfen und ihrem Inhalt nach behandeln." Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 20.

[2] Kronprinz Rupprecht von Bayern (1869—1955), dessen 6. Armee an den Kämpfen bei Ypern beteiligt war, glaubte, Falkenhayn grobe Fehler nachweisen zu können, und gehörte seit Okt./Nov. 1914 zu den schärfsten Kritikern des Generals. Janßen, Kanzler und General, S. 29. f.; Rupprecht v. Bayern, Bd. 1, S. 194 ff.

581 Berlin 5/12 [1914]

[...] Bethmanns Reichstagsrede. Der wirklich grosse Eindruck[1].
Überall der Ruf: Falkenhayn muss weg. Allgemein: gewissenloser Spieler. Habe das dem Kanzler gesagt. Er hörte zu, stand auf, lief im Zimmer herum, sagte nur, ja er wäre sich darüber klar — der Mann müsste weg[a][2]. Am gleichen Tag bestellte er abends Beseler[3].
Die Leute alle sehr betrübt, weil die Blütenträume nicht alle reifen wollen. Befürchtung dass falls der Krieg infolge schlechter Führung nicht gut ausgeht, Revolution ausbricht. Ich sagte dem Kanzler, S.M. müsse in Frage Falkenhayn begreifen, dass es um seinen Thron geht[b].

[a] Randbemerkung: „zwei Jahre später!" „ging nicht".
[b] Randbemerkung: „wird übrigens alles nicht so heiss gekocht".

[1] Rede vom 2. 12. 1914, Sten. Berichte, Bd. 306, S. 17 ff. Nach einem Brief Bethmanns an Hammann wurde die Rede von Riezler bearbeitet. Vietsch, S. 327.

[2] Zu der verbreiteten Mißstimmung gegen Falkenhayn vgl. Sweet, S. 248; Zechlin, Friedensbestrebungen, in: Das Parlament B 20/63; Janßen, Kanzler und General, S. 56 ff., passim; ibid., S. 112, und Janßen, Treutler, S. 169 f., auch über die häufigen Anspielungen auf die „Spielernatur" Falkenhayns, der in seinen jungen Jahren Spielschulden gemacht hatte. — Bethmann wurde Anfang Dezember in seinem Mißtrauen gegen Falkenhayn bestärkt, einmal durch Ballin, der sich erbot, selbst beim Kaiser die Entlassung Falkenhayns anzuregen, außerdem durch Hertling und Lerchenfeld, die vorschlugen, Falkenhayn durch Ludendorff zu ersetzen. Bethmann versicherte ihnen, er werde sich zu gegebener Zeit an den Kaiser wenden.

[3] Hans Hartwig v. Beseler (1850—1921), kommandierender General des III. Reservekorps der 1. Armee, die zunächst im Westen kämpfte und sich durch die Eroberung von Antwerpen auszeichnete und Ende November an die Ostfront verlegt wurde, 1915—1918 Generalgouverneur von Warschau. In einer Aufzeichnung für Zimmermann vom 5. 1. 1915 über die Versuche, Falkenhayn zu entfernen, nennt Bethmann Beseler als einen der möglichen Nachfolger. Text bei Zechlin, Friedensbestrebungen, in: Das Parlament B 20/63, S. 49 f.

582 12. 12. 14

[...]
Der Kanzler bei Hindenburg. Der hofft kein[en] entscheidenden Sieg gegen die Russen, sagte ihm, wenn Russland ein Friedensangebot macht, nehmen Sie es an, sagt nur die Russen würden allmählich mürbe, sehr skeptisch gegen Falkenhayn[1].
Alle sagen dass der kein Ansehen in der Armee mehr hat. Der Kanzler scheint entschlossen, etwas gegen ihn zu machen, zum Kaiser zu gehen[2]. Max Mutius aber sagte ihm, er könne das nicht thun in dem Augenblick wo er aus dem Osten zurückkomme. Dann spreche nur der Osten aus ihm. Lyncker[3] begreift nichts.
Ich sage dem Kanzler erneut, es gäbe, wenn die übertriebenen Hoffnungen enttäuscht würden, ein schlimmes Erwachen, Suche nach den Schuldigen. Sei Vertrauen in die militärische Leitung da, dann ginge alles, wenn nicht, wird alles auf deren Unfähigkeit geschoben, geht gegen die Kommandogewalt und den Thron.
Er sagt das Plessen und Lyncker, die es zu begreifen scheinen und versprechen nicht zuzulassen, dass die Stelle des Kriegsministers besetzt wird und so der Rückweg für Falkenhayn verbaut wird[4].
Gefahr, dass der, als Spielernatur, sich inzwischen durch einen Erfolg retten will. Inzwischen verstärkt er seine Position durch Publication

[1] Der Kanzler suchte Hindenburg am 6. 12. in Posen auf. Er unterrichtete Hindenburg über den beabsichtigten Separatfrieden mit Rußland und erkundigte sich nach der Möglichkeit eines baldigen entscheidenden Sieges im Osten, den er für die Vorbedingung hielt. Im Gegensatz zur Eintragung Riezlers heißt es im RA, Bd. 6, S. 415, die beiden Generale hätten dem Kanzler erklärt, ein entscheidender Erfolg gegen Rußland sei möglich, falls genügend Kräfte eingesetzt würden. Janßen, Kanzler und General, S. 60. Vgl. auch Tgb. 31. 12. 1914.

[2] Bethmann hatte am 7. 12. eine Unterredung mit Falkenhayn, bei der er erklärte, ohne größere militärische Erfolge im Osten sei der Friede mit Rußland nicht möglich. Falkenhayn dagegen führte aus, das Heer sei „ein zertrümmertes Werkzeug", mit dem entscheidende Operationen nicht mehr geführt werden könnten; man könne froh sein, wenn es gelänge, „sich auf allen Fronten zu behaupten". Bethmann war nun entschlossen, auf einen Wechsel in der OHL hinzuarbeiten. Am 8. 12. wandte er sich deshalb an Plessen und Lyncker. Das Militärkabinett, das Falkenhayns Berufung betrieben hatte, lehnte jedoch die Vorschläge des Kanzlers ab. Janßen, Kanzler und General, S. 61 f.; Zechlin, Friedensbestrebungen, in: Das Parlament B 20/63, S. 27 f.

[3] Moritz Frhr. v. Lyncker (1853—1932), Generaloberst, Generaladjutant Wilhelms II., 1908—1918 Chef des kaiserlichen Militärkabinetts, 1918—1919 Präsident des Reichsmilitärgerichts.

[4] Am 12. 12. unternahm der Kanzler einen neuen Vorstoß bei Plessen und Lyncker gegen Falkenhayn, der ebenfalls erfolglos blieb. Daraufhin gab Bethmann, „stark verstimmt", zunächst weitere Versuche auf. Lyncker hatte am 9. 12. durchgesetzt, daß Falkenhayn, der seit dem 14. 9. die Geschäfte des Generalstabschefs führte, endgültig zum Chef des Generalstabes des Feldheeres ernannt und diese Ernennung öffentlich bekanntgegeben wurde. Das Amt des preuß. Kriegsministers, das er bislang verwaltet hatte und auf das Bethmann ihn wieder beschränken wollte, behielt er bei. Janßen, Kanzler und General, S. 62; ders., Wechsel in der OHL, S. 341; Zechlin, Friedensbestrebungen, in: Das Parlament B 20/63, S. 28.

seiner Ernennung zum Generalstabschef, die überall schlechten Eindruck macht.
Vorgestern lange bei E. Cassirer[5] über die Zukunft des deutschen Geistes. Problem des Sinns der Weltgeschichte. Deutscher Beruf. Schwanken zwischen Form und Freiheit, nie mit der Form fertig werden, und immer die Freiheit (d. h. die neue Form suchen) unendlicher Ansatz. Dies richtig.

[5] Ernst Cassirer (1874—1945), durch seine Studien zur Transzendentalphilosophie für Riezler von Bedeutung.

583 (Berlin)[a] 13. 12. 14

Immer noch hier. [...] Fürst Bülow von unverbesserlicher Unverschämtheit — er konnte es kaum aushalten vor Ungeduld ehe er nach Rom ernannt wurde — wütend auf Jagow, in dem er den Sitz des Widerstandes vermutete — kommt zu Jagow klagt ihm vor, wie ungern er nach Rom gehe, aber die patriotische Pflicht etc[1].
Die Tragik in der Entwicklung des modernen Deutschland — siegt es, so werden alle Kräfte absorbiert für Aufgaben, für die der Deutsche kein Talent hat — Weltherrschaft die seinem Geiste seiner Grösse entgegen ist. Die Bücher, die heute in den Schützengräben erdacht werden, werden dann nicht mehr geschrieben. Endet der Krieg unentschieden, so werden die Anstrengungen nicht geringer. Seltsames Schicksal. Die gewaltsame Geste unserer Nationalisten, auch unserer Politik erzwungen durch die geographische Lage. Das durch sie gestellte politische Problem inmitten grosser und kleiner Staaten an und für sich nur oder jedenfalls am besten lösbar durch eine Vormacht der Freiheit für die kleinen Staaten[,] wirtschaftliche Hegemonie etc und die dazu gehörige Methode. Dazu aber fehlt jetzt jede Begabung. Wenn sie erworben sein wird wird es zu spät sein. Das ist die Tragik dass das causale Ineinandergreifen der verschiedenen Entwicklungsreihen nicht Ausdruck eines Planes oder Sinnes sondern zufällig ist, die Tragik der auseinanderfallenden Zeitpunkte.

[a] Von der Hand Walter Riezlers hinzugefügt.

[1] Vgl. 8. 11. 1914, Anm. 5.

584 Charleville 23/12 [1914]

Am 17ten von Berlin aus mit Solf[1] in Posen[2]. Nachmittags lange Unterredung mit dem Vertreter von Ludendorff, dem Oberstleutnant Hoff-

[1] Wilhelm Solf (1862—1936), seit 1894 in der Kolonialabt. des Ausw. Amtes, Dienst in den Kolonien, seit 1911 Staatssekretär des Reichskolonialamtes, Okt.—Dez. 1918 Staatssekretär des Ausw. Amtes, 1920—1928 Botschafter in Tokio.
[2] Seit dem 4. 11. das Hauptquartier von Ober Ost.

mann[3] einem glänzenden Kerl, ⟨aber noch grössere Schnauze⟩[a]; Ludendorff war aber nach Berlin gefahren zu Falkenhayn[4].
Grosse Wut auf Falkenhayn. Das spielerische seiner Natur. Die Leichtfertigkeit etc. Der Wahnsinn von Ypern. Wenn er 14 Tage vorher Truppen nach dem Osten abgegeben hätte wären die Russen ganz erledigt[5].
Abends mit Hindenburg. Ruhige Grösse ohne Genialität. Nerven Gottvertrauen, Sachlichkeit. Geste des Überblicks. Nachher noch lange mit Hoffmann. Frage des russischen Friedens. Er hält es für ausgeschlossen, Russland mit den gleichen Truppen weiter hinter zu treiben, als schon geschehen ist, Oesterreich kann sie nicht alle aus Galizien vertreiben.
Ich legte ihm nahe, Ermordung Grossfürst Nikolai, der Seele des Widerstandes. Allgemeine Übereinstimmung dass ohne ihn Russland zusammenbrechen wird.
Angst dass die Japaner kommen. Details über die Rolle des Glücks in den Schlachten. Tannenberg etc.
Enorme Hartnäckigkeit der Russen, sie laufen nie. Gute Pioniere. Zähigkeit Lebensverachtung. Brüchigkeit Oesterreichs Verrat bis hoch hinauf. Czechen etc.
Am 20./21. mit dem Hofzug hierher[6]. Abends und frühmorgens an der Hoftafel. Deprimierender Eindruck der kais[erlichen] Umgebung. Meistens Dummköpfe.
Seit 21. hier.
Tirpitz hat ein Interview an die United Press gegeben[7], wo er die Idee einer Blockade Englands vorweg nimmt und den Zusammenbruch seiner Schlachtflottenpolitik durch Inanspruchnahme der U Boote zu

---

[a] ⟨...⟩ nachträglich eingefügt.

[3] Max Hoffmann (1869—1927), Oberstleutnant, 1914—1916 Erster Generalstabsoffizier des Oberkommandos Ost, seit 1916 Chef des Generalstabes Ober Ost, Vertreter der OHL in Brest-Litowsk, 1920 Abschied.

[4] Dort fand am 17. 12. eine Aussprache zwischen Falkenhayn, Bethmann und Ludendorff über den Stand der Friedenssondierungen in Rußland und das weitere Vorgehen an der Ostfront statt. RA, Bd. 6, S. 310, 409, 418 f.

[5] Vgl. 22. 11. 1914.

[6] Der Kaiser hatte Ende November zu einem Besuch an der Ostfront und einem Aufenthalt in Berlin mit seiner persönlichen Umgebung Charleville verlassen. Er kehrte am 21. 12. zurück.

[7] Interview mit Dr. v. Wiegand vom 22. 11. 1914, am 22. 12. 1914 veröffentlicht. Tirpitz kündigte darin indirekt eine deutsche Unterseeblockade rings um England an und betonte die Leistungsfähigkeit und Stärke der deutschen U-Boot-Flotte. Wiegand bezeichnete Tirpitz als den „stärksten Mann in der deutschen Regierung" und den „möglichen nächsten Reichskanzler". Das Interview, das dem Ausw. Amt erst zur Zensur vorgelegt wurde, als es schon im Ausland erschienen war, rief beim Kanzler, beim Kaiser und bei der Marineleitung Empörung hervor, da es in die geheimgehaltenen und noch nicht abgeschlossenen Diskussionen über den Einsatz der U-Boote eingriff und der beginnenden „U-Boot-Bewegung" in der Öffentlichkeit Auftrieb geben mußte. Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 621 ff.; Müller, S. 76 f.; Bethmann Hollweg, Bd. 2, S. 121.

verdecken sucht; Wut Pohls darüber[8]. Ausserdem lässt er sich als zukünftigen Kanzler feiern.
Übrigens hat er Harden[9] gesagt, als Kanzler würde er ihn für die auswaertige Politik bis Friedensschluss zuziehen.
Lange Spaziergänge mit Jagow die Maas lang. Über Hammans Nachfolge, sehr komisch. Er hat keine Ahnung, dass es ausser Diplomaten noch ein Volk giebt.

[8] Vgl. Pohl, S. 93 f.
[9] Maximilian Harden (eigentlich Maximilian Felix Ernst Witkowski) (1861—1927), Publizist, Herausgeber der Wochenschrift Die Zukunft (1892—1922).

585 Charleville, 24/12 [1914]

Gestern lange mit dem Kanzler im Garten. Er frug mich, was nach dem Krieg werden wird. Ansturm auf den Thron wegen Kommandogewalt? Ob aller alter Kram wiederkehrt? Er hätte doch recht gehabt, in seiner Rede von der Befreiung und einer neuen Zeit ohne die alte dumpfe Atmosphäre zu reden[1]. Ich sagte ihm, dass er das musste, dass die Form in der die neue Zeit käme, abhinge von den Ereignissen, die heute niemand abschätzen könne. Neue Sozialpolitik unter der Devise, Aufstieg der Begabten in höhere Klasse. Fallen der Schranken, (dem Scheine nach, in Wahrheit bleiben sie ja doch bestehen).
Er sagte, er verstünde nicht, wie man nach diesem Kriege noch soll leben können! Schwer und beladen wie immer, seltsamer Mann.
Abends lange mit Jagow. Nachricht über wachsenden Einfluss von Witte[2]. Versuch via Ballin[3] und Robby Mendelssohn Fäden zu ihm zu spinnen[4].

[1] Reichstagsrede vom 2. 12. 1914: Der Kriegsausbruch habe eine nie gesehene Einigkeit im deutschen Volk hervorgerufen. „Und, meine Herren, wenn ein ruhmvoller, wenn ein glücklicher Friede erkämpft sein wird, dann wollen wir diesen Geist hochhalten als das heiligste Vermächtnis dieser furchtbar ernsten und großen Zeit. Wie vor einer Zaubergewalt sind die Schranken gefallen, die eine öde und dumpfe Zeit lang die Glieder des Volkes trennten, die wir gegeneinander aufgerichtet hatten in Mißverstand, Mißgunst und in Mißtrauen. Eine Befreiung und eine Beglückung ist es, daß nun einmal dieser ganze Wust und Unrat weggefegt ist, daß nur noch der Mann gilt, einer gleich dem anderen, einer dem anderen die Hand reichend für ein einiges, heiliges Ziel ... Wenn der Krieg vorüber ist, werden die Parteien wiederkehren ... Aber kämpfen wollen wir dafür — und ich an meinem Teile verspreche es Ihnen —, ... daß es in diesem Kampfe nur mehr Deutsche geben darf." Sten. Berichte, Bd. 306, S. 20.
[2] Graf Sergej Juljewitsch Witte (1849—1915), 1905—1906 russ. Ministerpräsident.
[3] Albert Ballin (1857—1918), seit 1899 Generaldirektor der HAPAG, Freund Wilhelms II., bemühte sich vor dem Krieg um eine deutsch-engl. Verständigung und war seit November 1914 an Friedenssondierungen in England und Rußland beteiligt (vgl. 26. 11. 1914, Anm. 4).
[4] Im Dezember erhielt die deutsche Regierung die Nachricht, daß der als deutschfreundlich bekannte Graf Witte in Petersburg Einfluß gewonnen habe und vielleicht das Finanzministerium übernehmen werde. Um Kontakte zu Witte herzustellen, wandten sich Jagow am 24. 12. an Mendelssohn, der in Bankbeziehungen zu Witte stand, und der Kanzler am 25. 12. an Ballin. Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 25 f.; Zechlin, Friedensbestrebungen, in: Das Parlament B 22/63, S. 8 ff.

Angebot eines Franzosen, uns einen militärischen Erfolg zu verschaffen, dadurch Frankreich von England freizumachen. Schleierhaft, wenig glaubwürdig. Versuch, paar Tage darauf Meldung dass fehlgeschlagen.

586 Charleville, 29/12. [1914]

Schlimme Tage. Weihnacht verlief still und traurig. Nur die Feier für die Leute war gut gemacht. Der Kanzler sprach einfach und vornehm.
Angriffe der Franzosen — abgeschlagen[1]. Vivianis Rede[2]. Das Fatum der Phrase, unter der Frankreich steht.
Eigentlich zum erstenmal wirklich trübe Gedanken über den Ausgang. Allgemeines Verbluten. Möglichkeit Absprengens Oesterreich[s] um wenigstens das Trentino und Siebenbürgen zu retten.
Nur an die Japaner glaube ich noch nicht.

[1] Auf die Nachricht von deutschen Truppenverschiebungen an die Ostfront hin (vgl. 22. 11. 1914, Anm. 2) begannen die Franzosen Mitte Dezember eine Offensive auf der ganzen Front, besonders im Artois und in der Champagne, die ergebnislos verlief und Ende Dezember eingestellt wurde. RA, Bd. 6, S. 380 ff.
[2] René Viviani (1863—1925), seit 1906 wiederholt Minister, 1913—1915 franz. Ministerpräsident, 1920/21 Vertreter Frankreichs im Völkerbund. — In der Regierungserklärung vom 22. 12. 1914 in der Chambre des Députés erklärte er, der Friede hätte gerettet werden können, wenn Deutschland es gewollt hätte. Nun müsse der Kampf „ohne Gnade bis zur endgültigen, durch einen völlig siegreichen Frieden gesicherten Befreiung Europas" durchgeführt werden. Als Kriegsziele nannte er die Rückkehr Elsaß-Lothringens zu Frankreich, die materielle und politische Wiederherstellung Belgiens, Entschädigung für die franz. Kriegsopfer und die Vernichtung des preuß. Militarismus. Schultheß 1914/II, S. 704 f.

587 Charleville 31/12/14

Die Personalfrage wieder brennend[1]. Die Kombination Moltke Ludendorff geht nicht; soll ganz ausgeschlossen sein. Wieder Zusammenhang der Personalfrage mit der Generalidee der Kriegführung. Sollen die neu verfügbaren Truppen nach Russland geworfen werden, trotz der Aussichtslosigkeit rein militärisch Russland zum Frieden zu zwingen, in der Hoffnung also, dass es moralisch zusammenbricht. Doch wohl, weil der Möglichkeit im Westen fertig zu werden, nicht zu trauen ist.

[1] Vgl. 12. 12. 1914. Bethmann erwog zu dieser Zeit einen neuen Vorstoß beim Kaiser, um einen Wechsel in der OHL zu erwirken. Der Anstoß dazu ging von Major v. Haeften aus, der am 28. 12. von Hindenburg und Ludendorff ins Große Hauptquartier geschickt worden war. Haeften wandte sich zunächst an Falkenhayn, um diesen für eine neue große Winteroffensive im Osten zu gewinnen und ihn zu bewegen, dafür die Heeresreserven freizugeben, die Falkenhayn im Frühjahr im Westen einzusetzen dachte. Von Falkenhayn abgewiesen, wurde er zwischen dem 29. 12. und 1. 1. wiederholt beim Kanzler vorstellig und empfahl ihm, die Ablösung Falkenhayns durchzusetzen. Hindenburg dachte zu dieser Zeit an die Rückberufung Moltkes, dem dann später, sobald die Russen geschlagen seien, Ludendorff beigegeben werden könnte. Bethmann war gegen die Ernennung Moltkes. Janßen, Kanzler und General, S. 67 ff.; Zechlin, Friedensbestrebungen, in: Das Parlament B 20/63, S. 28 ff.

588 Ebenda ⟨2. 1. 1915⟩[a]

Traurige Sylvester. Sass noch lange mit Stumm, ich kann die Sorge wegen Italien nicht los werden, das dann Rumaenien mit sich zieht, den türkischen Friedensschluss im Gefolge hat.
Ausserdem hält Oesterreich nicht durch. Angst vor Separatfrieden Oesterreichs, das von Gott geschlagen, zu allen Dummheiten fähig ist. Nur das Wie nicht zu sehen. Da die Russen den Siegespreis von Oesterreich haben wollen, ist ohne Abtretung Galiziens kein Friede zu haben, würde Oesterreich vielleicht thun, aus Angst sonst auch noch das Trentino an das über alles verhasste Italien zu verlieren — kann es aber auch mit uns haben. Nur seltsam, dass die Franzosen seit einigen Wochen wieder so hoch sind.
Heute soll die grosse Personalfrage bei S.M. vorgetragen werden. Gestern beim Kanzler über die Form gesprochen in der. Die schwierige Mentalität des Kaisers. Bedrohung der Kommandogewalt[1]! Marschall[2] (Militärkabinett) und Lyncker kämpfen wie Löwen für Falkenhayn, den sie erfunden haben[3].
Dann lange über die Möglichkeit und Notwendigkeit aus diesem Kriege den Idealismus für das neue Deutschland zu retten — damit das neue Deutschland, wenn auch praktisch im Grunde das alte, wenigstens in der Idee ein neues würde. Ich muss Brief an Trott[4] darüber machen, Universitätsreform und gute Ausnahmeschulen.

[a] In der Vorlage irrtümlich: 2/12.

[1] Am 3. 1. 1915 ließ sich Bethmann vom Kaiser empfangen, um die Ersetzung Falkenhayns durch Ludendorff zu empfehlen. Um sich nicht Einmischung in die kaiserliche Kommandogewalt vorwerfen zu lassen, motivierte er seinen Antrag hauptsächlich mit Bedenken gegen die „Ämter-Kumulation" in der Hand Falkenhayns (vgl. 12. 12. 1914, Anm. 4), der das Kriegsministerium allzusehr vernachlässige. Der Kaiser lehnte es strikt ab, Falkenhayn zu entlassen, war allerdings bereit, einen neuen Kriegsminister zu ernennen. Da damit keine Änderung im Sinne Bethmanns erreicht war, zog der Kanzler seinen Antrag vorerst zurück. Zechlin, Friedensbestrebungen, in: Das Parlament B 20/63, S. 28 f., 49; Janßen, Kanzler und General, S. 68 f.

[2] Ulrich Frhr. v. Marschall (1863—1923), preuß. Generalmajor, seit 1912 Abteilungschef im Militärkabinett, seit Juli 1918 Chef des Militärkabinetts.

[3] Zum Eintreten Marschalls und Lynckers für den mit ihnen befreundeten Falkenhayn vgl. Zechlin, Friedensbestrebungen, in: Das Parlament B 20/63, S. 28 f.; Janßen, Kanzler und General, S. 62, 69, 79.

[4] August Frhr. v. Trott zu Solz (1855—1938), 1909—5. 8. 1917 preuß. Kultusminister, 1917—1919 Oberpräsident von Hessen-Nassau.

589 ⟨7. 1. 1915⟩[a]

Die Personalfrage geht nicht. Der Kaiser dagegen. Gar kein Verständnis für den Ernst einer Rückwirkung auf das Volk. Angeborenes Autokratengefühl. Böse auf Plessen und Lyncker weil sie mit dem Kanzler überhaupt darüber gesprochen, wird aber weiter verfolgt.

[a] In der Vorlage irrtümlich: 7/12. Darüber von der Hand Walter Riezlers: 7. 1. 15.

Heute war August Eulenburg[1] da. Feiner alter Mann, er erzählte von 70, war als Adjutant des Kronprinzen bei Sedan dabei[,] auch bei der Abfassung der Emser Depesche.
Dann allerlei médisance. Jagow war sehr witzig — er ist doch sehr fein, klug und boshaft. Der Hass kann ihm sogar Leidenschaft geben. Zu komisch — das Ressentiment des Krautjunkers gegen die begüterten jüdischen Mitbürger.
Nachrichten aus Russland, wo Offiziere und Waffen etc zu mangeln beginnen. Die Masse freilich ungeschlagen. Aber noch ein Stoss mit frischen Truppen, aus einer neuen Gegend, dann muss die mürbe Armee weichen. Das muss geschehen, ehe Italien sich entscheidet. Solange muss es hingehalten werden, wenn das gelingt, kann mehr verlangt werden als Neutralität.
Viel über die italienische Politik gesprochen. Die[b] Linie, Trentino gegen Erzwingung eines Separatfriedens mit Frankreich, möglich, falls Tunis dazugegeben wird und die Möglichkeit einer Abwehr eines Einmarsches in Oesterreich vorgespiegelt bleibt. Problem, das Trento nicht nur gegen die Neutralität zu geben, durch Festigkeit beim Verhandeln und leise Drohung einer künftigen feind[lichen] Politik[2]. Wedel[3] geht nach Wien, um dort auf Abtretung zu drängen[4]. Amüsant die Rolle des Papstes.
Der hat kolossal Angst vor Bruch der Neutralität durch Italien, Unmöglichmachung seiner Korrespondenz, Abreise seiner Gesandten — dadurch Aufwerfung dieses ganzen Problems — will uns deshalb helfen

---

[b] Ursprünglich „Meine", gestrichen.

[1] August Graf zu Eulenburg (1838—1921), persönlicher Adjutant des Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen, 1870/71 Führer der 3. Armee, Minister des königlichen Hauses.

[2] Diese nicht ganz klare Stelle könnte sich auf die Vorschläge für die Verhandlungen mit Italien beziehen, die Bethmann am 5. 1. 1915 an Jagow sandte: Die Abtretung des Trentino als Preis für die Neutralität Italiens könne man Österreich nicht zumuten. „Ein Erfolg in Wien wäre vielleicht zu erzielen, wenn Italien irgendwelche Gegenleistung gewährte, sei es durch direkte Teilnahme am Kriege auf unserer Seite, sei es dadurch, daß es durch Drohung mit Eingreifen Frankreich zum Frieden zwänge. An einer Zertrümmerung Frankreichs haben wir kein Interesse und könnten ihm einen ehrenvollen Frieden gegen entsprechende Kriegsentschädigung und Abtretung eines Teiles seiner Kolonien ‚Congo' gewähren. Bei Absplitterung Frankreichs würden wir den Krieg gegen Rußland und England mit sicherem Sieg beenden können. Es wären dann eine relative Schwächung Frankreichs, ein Damm gegen die slavische Gefahr und eine Erschütterung der englischen Weltherrschaft erreicht. Dieses Ergebnis würde auch Italiens Interessen entsprechen, zumal Österreich, wie es auch kommen mag, geschwächt aus dem Kriege hervorgehen wird. Italiens Mittelmeerstellung würde erstarken." PA, Deutschland 128 Nr. 1, Bd. 39.

[3] Karl Fürst Wedel (1842—1919), General der Kavallerie, 1902—1907 Botschafter in Wien, 1907—1914 Statthalter in Elsaß-Lothringen.

[4] Da man sich in Berlin wenig Erfolg von Verhandlungen mit Berchtold versprach, wurde Wedel in Sondermission nach Wien gesandt. Seine Reise blieb erfolglos. Janßen, Kanzler und General, S. 72, Anm. 3; Hantsch, Bd. 2, S. 709 f.; Burián, S. 27 ff.; Bericht Wedels vom 21. 1. 1915 in PA, Deutschland 128 Nr. 1 geh., Bd. 40.

die Neutralität Italiens zu erkaufen, wird aber ebenso gegen ein Mitgehen mit uns auftreten. Verrät uns den italienischen Plan, Einmarsch in Trentino Triest etc mit Schutz dieser Gebiete vor der slawischen Gefahr zu begründen[5].
Meine Angst ist Separatfriede Oesterreichs aus Angst vor Italien und Rumaenien. Abtretung Galiziens. Oesterreich muss Angst haben alles zu verlieren. Die Russen machen dann nicht Frieden mit uns[,] wir können dann die Grenze nicht halten. Dies die immer noch vorhandene Möglichkeit eines Zusammenbruchs.
Es hängt nun alles davon ab, ob wir die Russen vor dem Losschlagen Italiens und Rumaeniens offenkundig schlagen durch den Einsatz der neuen Korps[6]. Es ist noch ein Trumpf, den wir zu vergeben haben; ist vielleicht militärisch noch eine Partie remis möglich, diplomatisch durch Ausnutzung der in Oesterreich und der Türkei sich bietenden grossen Liquidationsmasse, immer noch etwas ganz leidliches.

[5] Diese Befürchtungen der Kurie teilte Mühlberg am 4. 1. 1915 mit. Der Kardinalstaatssekretär glaube nicht, „daß Italien Österreich sofort den Krieg erklärt, es würde vielmehr zuerst voraussichtlich an Österreich das Verlangen stellen, daß die italienischen Truppen Dalmatien, die adriatische Küste und das Trento besetzen, um diese Gebiete vor einem serbisch-russischen Einfall zu schützen." Die Kurie verfolge den Plan, Österreich dazu zu bewegen, Italien den Schutz der genannten Gebiete zu übertragen und ihm als Lohn dafür bei siegreichem Kriegsausgang ein noch abzugrenzendes Stück des Trento anzubieten. Der Papst sei bereit, einen hohen Geistlichen in diesem Sinn in Wien vermitteln zu lassen. PA, Deutschland 128 Nr. 1, Bd. 39.
[6] Vgl. 31. 12. 1914, Anm. 1.

590 ⟨11. 1. 1915⟩[a]

Fürst Wedel hier, sehr netter alter Herr, erzählte von dem russisch-türkischen Krieg den er miterlebt, geht zuerst nach München, zu Prinz Leopold[1] dann mit diesem Wien[2]. Gleichzeitig der Kardinal van Rossum[3], als Mönch, um vom Vatikan aus auf Abtretung des Trentino zu drängen.
Ich glaube aber die Rechnung stimmt nicht. Oesterreich wird sich sagen,

[a] In der Vorlage irrtümlich: 11/12.

[1] Prinz Leopold v. Bayern (1846—1930), Bruder König Ludwigs III., Generalfeldmarschall, seit April 1915 Führer der 9. Armee, seit August 1916 Oberbefehlshaber Ost.
[2] Wedel wünschte, Prinz Leopold, den Schwiegersohn des österr. Kaisers, mitzunehmen. Das wurde jedoch von der Regierung in München abgelehnt. Statt dessen begleitete ihn der ehemalige bayer. Ministerpräsident Graf Podewils. Janßen, Kanzler und General, S. 72, Anm. 3.
[3] Willem van Rossum (1854—1932), Holländer, Redemptorist, Professor der Dogmatik, seit 1895 Tätigkeit in Rom, 1911 Kardinal, 1912 päpstlicher Legat beim Eucharistischen Weltkongreß in Wien und Gast des Kaisers, seit 1918 Präfekt der Propaganda; Organisator des kath. Missionswesens, das er nach dem 1. Weltkrieg neu ordnete. Er wurde der Kurie von deutscher Seite für die angebotene Vermittlung in Wien (vgl. 7. 1. 1915, Anm. 5) vorgeschlagen. PA, Deutschland 128 Nr. 1 geh., Bd. 39.

es bekommt Galizien sowieso nicht wieder und es ist nur die Frage ob es das Trentino noch dazu verliert, Rumaenien? Es hat sicher Verabredung mit Italien.
Russland Separatfrieden? Der König von Dänemark hat an den Zaren geschrieben[4]. Russland soll Wut auf England und Friedensbedürfnis haben. Wenn es indes Frieden schliessen wird, wird auch es Separatfrieden mit Oesterreich schliessen wollen, um dann uns gegenüber mit mehr Nachdruck verhandeln zu können.
Heute war Ganghofer hier. Schrecklicher Bayer. Der Münchner Kitsch par excellence. Wollstrümpfe. Goldene Brille und coiffeur aux grandes idées.
Rossum ist krank, an seiner Stelle geht Pacelli[5].
Unser Ungeschick, russische Revolution[6] vor[zu]bereiten. Leere Spielerei mit der Wünschbarkeit [der Ermordung][7] Nikolai Nikolajewitsch.

[4] Vgl. 26. 11. 1914, Anm. 4. Am 8. 1. 1915 telegraphierte der deutsche Gesandte in Kopenhagen, auf Vorschlag Andersens habe König Christian an den Zaren geschrieben, wenn Nikolaus glaube, daß er, Christian, zur Wiederherstellung des Friedens beitragen könne, möge der Zar ihn benachrichtigen. Dann werde er Andersen zu Verhandlungen nach Petersburg schicken. Andersen glaube, „daß bei dem Zaren sicher Friedensdispositionen vorhanden, rechnet auf günstigen Einfluß Kaiserin-Mutter, die in den Briefen an Prinz Waldemar wiederholt den Wunsch nach Frieden geäußert." Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 34.
[5] Tel. Mühlbergs vom 11. 1. 1915, PA, Deutschland 128 Nr. 1 geh., Bd. 39. Die Intervention der Kurie verlief ergebnislos. Ibid., Bd. 41. — Eugenio Pacelli (1876—1958), Erzbischof v. Sardes, seit 1914 Sekretär für außerordentliche Angelegenheiten in der Kurie, 1917—1925 Nuntius in Bayern.
[6] Riezler wurde Mitte Januar nach Berlin gesandt, um mit dem nach dort gerufenen Parvus Helphand Verbindung aufzunehmen. Fischer, Weltmacht, S. 127; Zeman, Germany and the Revolution, Nr. 1 f. S. o. S. 82 f.
[7] Vgl. 23. 12. 1914.

591 nachts, 17/1 [1915]

Kann nicht schlafen, schreckliche Zahnschmerzen. Ganz wirr im Kopf. Daher halb träumend über das Relativitätsprincip nachgedacht. Einheitlicher Massstab bleibt Forderung, weil Einheit der Welt Forderung. Er ist da, ob man absolute Zeit oder Lichtgeschwindigkeit als solchen annimmt. Lichtgeschwindigkeit Product aus Raum und Zeit — das ganze heisst, dass man nicht mehr mit Raum sondern mit Raumzeitsystem rechnet.
Die Karpathentransporte haben angefangen, brauchen aber wegen der eingleisig[en Strecke] drei Wochen[1]. Meine Angst dass es dort zu Erfolgen, aber zu keinen Entscheidungen kommt. Was dann. Dann muss eben ausgehalten werden bis Sommer d. h. z. m.[a] bis zum Beweis, dass

[a] Die beiden letzten Abkürzungen nicht sicher lesbar, bedeuten vielleicht „zum mindesten".
[1] Österreich bereitete seit Anfang Januar 1915 eine neue Offensive in den Karpaten mit dem Ziel der Befreiung Galiziens vor und forderte deutsche Hilfe an. Am 8. 1.

mit der Kitchenerarmee unsere Linie im Westen nicht zu durchbrechen ist.
Amusantes Spiel mit Italien. Oesterreichs Misstrauen [gegen] Bülow, dass der auf Kosten Oesterreichs billige Erfolge haben will[2], der habsburg[ische] Hochmut, die Hoffnungsseligkeit; nun haben wir ihnen die Hilfe in den Karpathen versprochen, nun sind sie gleich wieder hoch. Das Misstrauen gegen Bülow ja wohl richtig. Il Principe in sein[en] Telegramm[en] in alter Pracht.
Die Uboot Blockade. Der Kaiser von Müller[3] bearbeitet hat neulich für Aufschub entschieden. Erst wenn die Kriegslage sich mehr auf unsere Seite neigt[4].
Tirpitz macht in der Oeffentlichkeit Propaganda dafür um dann sagen zu können, das A.A. habe es abgelehnt.
Abends langes Gespräch, ich schlug vor, es mit englischen Völkerrechtsbrüchen zu begründen. Als Mahnung für die Neutralen, ihre Interessen gegen England zu wahren.
Technische Schwierigkeiten, bei Nacht ganz unwirksam, eigentlich Bluff[,] nach 8 Tagen ist der Schrecken vorüber.

---

wurde beschlossen, Divisionen von der deutschen Ostfront in die Karpaten zu schikken und eine gemischte deutsch-österr. Südarmee unter General v. Linsingen zu bilden. RA, Bd. 7, S. 10 f.; Janßen, Kanzler und General, S. 66 ff.

[2] Vgl. 7. 1. 1915. Die österr.-ungar. Regierung lehnte die Abtretung des Trentino ab und äußerte deutlich ihr Mißtrauen gegen Bülow, der die ital. Ansprüche unterstütze. Hantsch, Bd. 2, S. 710 ff.; Privatschreiben Berchtolds an Bethmann vom 6. 1. 1915, PA, Deutschland 128 Nr. 1 geh., Bd. 39.

[3] Georg Alexander v. Müller (1854—1940), Admiral, 1906—1918 Chef des Marinekabinetts.

[4] Der Einsatz von U-Booten gegen den feindlichen Überseehandel wurde seit Anfang Oktober 1914 diskutiert und seit November von Pohl befürwortet. Der Kanzler und das Ausw. Amt hatten schwere Bedenken wegen der möglichen Wirkung auf die Neutralen, besonders die USA und Italien, und rieten daher zu warten, bis die Position Deutschlands auf dem Kontinent eindeutig gesichert sei. Am 9. 1. 1915 entschied der Kaiser nach einer Konferenz mit Pohl und dem Kanzler im Sinne der Reichsregierung. Birnbaum, S. 22 f.; Spindler, Bd. 1, S. 58; Ritter, Bd. 3, S. 146 ff.

592 Berlin, 20. 1. 15[a]

Gestern mit Kanzler hierhergefahren. Heinrichs[1] in Halle in den Zug. Vortrag wegen Hungersnot. Es geht aber nur mit den energischsten Massregeln. Liebknecht — aufgefangener Funkspruch vom Eiffelturm, die ganze Sozialdemokratie in Deutschland wäre gegen den Krieg. Energisches Vorgehen, von den Sozialdemokraten herauswerfen verlangen,

---

[a] In der Vorlage irrtümlich: 20. 1. 14.

[1] Adolf Heinrichs (1857—1928), 1914—1918 Unterstaatssekretär im preuß. Staatsministerium.

dann zum Militär einziehen und wegen Geisteskrankheit in ein Lazarett, beobachten[2].
Parteinahme des Königs von Spanien über uns[3], aber der englische Druck, durch Seeherrschaft Finanzen etc. Der Mann kann sich nicht rühren.
[...]
Der Kanzler sagte gestern im Salonwagen, wir wären doch weiter als vor 1 1/2 Monaten, richtig, weil Russland mürber wird. Ich mache Vorschläge wegen Organisation russischer Meutereien durch procentuale Beteiligung polnischer Juden. Wichtigkeit auch politisch, da Russland für eventuelle Verhandlungen immer noch in bester Position, durch unser Interesse, bald mit u[nseren] Truppen nach Westen zu kommen, und Italien.
Überhaupt unser Siegesweg noch verteufelt schmal. Die mögliche Kombination und zeitliches Ineinanderfallen der Ereignisse nicht abzusehen.

[2] In einem Artikel für die Weihnachtsnummer des Labour Leader hatte Liebknecht ausgeführt, in der deutschen Arbeiterbewegung herrsche stärkere Opposition gegen den Krieg, als man allgemein annehme. Dok. u. Mat. II, Bd. 1, S. 81. Im Anschluß daran veröffentlichte der Rotterdamsche Courant vom 16. 1. 1915 einen Artikel seines Londoner Korrespondenten: „Liebknecht teilte den Führern der Internationale mit, daß unter den deutschen Sozialisten eine Bewegung gegen den Krieg sich bemerkbar mache und daß die sozialistischen Vereine nahezu ohne Ausnahme seinen Standpunkt teilten und sich gegen den Krieg erklärten." Diese Nachricht wurde in Frankreich als Funkspruch verbreitet. Bethmann beriet am 21. 1. 1915 in Berlin mit den Vorsitzenden der SPD über das mögliche Vorgehen gegen Liebknecht. David, Kriegstagebuch, S. 98 f. Zu seiner Einstellung vgl. den bei Schellenberg, S. 44 f., zit. Brief des Kanzlers an einen Mitarbeiter der Reichskanzlei von Mitte Januar 1915: „Südekum hat mir in Berlin gesagt, daß sie Liebknecht unter allen Umständen aus der Partei herausschmeißen würden ... Lassen die Revisionisten die Intransigenten zu lange ungeschoren, so entsteht die Gefahr, daß die Radikalen Oberwasser bekommen, zumal wenn die allgemeine Volksstimmung abflauen sollte. Die Revisionisten werden dann ins Mauseloch kriechen, da ihnen die Geschlossenheit der Partei immer noch der Götze ist, den sie anbeten. Die Regierung kann, wenn sie diese Geschlossenheit nicht selbst fördern will, nur eingreifen, wenn sie des stillschweigenden Einverständnisses des rechten Flügels sicher ist."
[3] Tel. Ratibors aus Madrid vom 15. 1. 1915 über ein Gespräch mit dem König, der seiner Bewunderung für die militärischen Leistungen Deutschlands Ausdruck verliehen habe und mit der Niederlage Frankreichs und Englands rechne. „Dann werde auch für Spanien der Augenblick der Entscheidung kommen." PA, Wk 2 geh., Bd. 2.

593 Posen, 25. 1. 15

Am 22. früh hierher[1] gefahren. Langes Gespräch mit Hoffmann. Ludendorff ist in den Karpathen[2] soll aber heute 25. zurückkommen. Möglichkeit russischer Revolution, das loslassen der Lodzer Revolutionäre[3].

[1] Vgl. 23. 12. 1914, Anm. 2.
[2] Vgl. unten Anm. 4.
[3] Vgl. 11. 12. 1914 und 10. 1. 1915. Zu den Plänen, durch nationale Revolutionen in

Politische Wichtigkeit der Frage, wegen starker Verhandlungsposition Russlands auch im Falle einer weiteren Niederlage.
Dann anderes. Erfahre folgendes[:] Hindenburg hat einen Brief an S.M. geschrieben mit 3 Anliegen, die neuen Korps[,] Ludendorff zurück und Ernennung von Generalstabschef wegen Unvereinbarkeit der beiden Ämter Kriegsminister und Generalstabschef in einer Hand. Die ersten 2 Anliegen hat er erhalten, das letzte in Form der Ernennung eines neuen Kriegsministers[4]. Ich sollte erkunden, ob die Gerüchte, dass der Karpathenplan von Falkenhayn und Conrad ausgeheckt, Ludendorff übertragen dass er sich bei dieser schwierigen Aufgabe kompromittiere[,] richtig sei. Gerücht ist Unsinn, Plan geht von Ludendorff aus, als Stützung der Oesterreicher gedacht. Der Westen kommandierte Ludendorff dazu, was der Osten sich so erklärt, dass Ludendorff abwesend sein soll, wenn die Neue Armee in Anwesenheit des Kaisers und Falkenhayns einsetzt, dergestalt also, dass ein Teil des Ruhmes auf Falkenhayn fallen soll.
Habe den Leuten hier klargemacht, dass sie nicht so wild, namentlich nicht mit unbewiesenen Kombinationen gegen die Position Falkenhayns anrennen sollen weil diese dadurch nur gestützt wird.
Abends an der Rede über die Bestimmung der Deutschen[5] geschrieben.
Nächsten Tag nach Lodz[6]. Guter Eindruck der Generalstabsoffiziere. Mackensen echt aber wie es scheint anständig. Besuch bei Reichters[7]. Das Lächerliche der dortigen prorussischen Stimmung. Schrecklich undisciplin[i]ertes Milieu.
Am nächsten Tag bei Morgen[8] Generalkommandant I. R[eserve]-korps.
Die verschiedenen Aussagen über die Brüchigkeit der Russen. Doch er-

---

den russ. Randstaaten Rußland zu schwächen, vgl. Zechlin, Friedensbestrebungen, in: Das Parlament, B 24 u. 25, 1961; Fischer, Weltmacht, S. 155 ff., 173 ff.; Zeman, Germany and the Revolution, S. 1 ff. Die „Lodzer Revolutionäre" sind in der Literatur nicht bekannt.

[4] Vgl. 17. 1. 1915, Anm. 1. Am 8. 1. 1915 wurde Ludendorff zum Chef des Stabes der neuen deutsch-österr. Südarmee in den Karpaten ernannt. Hindenburg protestierte am 9. und 12. 1. in Briefen an den Kaiser gegen die Versetzung Ludendorffs, verlangte den Einsatz der neuen Reservekorps im Osten (vgl. 31. 12. 1914, Anm. 1) und übte scharfe Kritik an Falkenhayn. Für den Fall, daß Falkenhayn nicht abgesetzt werde, ersuchte er um Enthebung von seinem Posten. Der Kaiser, über den neuen Vorstoß gegen Falkenhayn sehr erregt, bat Hindenburg am 18. 1., von seiner Abschiedsdrohung keinen Gebrauch zu machen. Am 20. 1. beorderte der Kaiser vier neue Korps in den Osten und berief Ludendorff in seine frühere Stellung zurück. Das bisher von Falkenhayn mitverwaltete Kriegsministerium wurde General Wild v. Hohenborn übertragen. Janßen, Kanzler und General, S. 71 ff.; Zechlin, Friedensbestrebungen, in: Das Parlament B 20/63, S. 30 ff.

[5] Näheres nicht festzustellen.

[6] Lodz wurde am 6. 12. 1914 von der 9. Armee unter Mackensen eingenommen. Am 2. 1. 1915 verlegte Mackensen das Armee-Oberkommando in die Stadt. RA, Bd. 6, S. 257 ff.; Bd. 7, S. 162. Nach Bothmer, S. 20 f., fuhr Riezler nach Lodz, um im Auftrag des Kanzlers Material über die polnische Frage zu sammeln.

[7] Name nicht sicher lesbar, nicht geklärt.

[8] Curt Ernst v. Morgen (1858—1928), Generalleutnant der Infanterie, seit 8. 11. 1914 Kommandierender General des I. Reservekorps, lag im Januar 1915 auf dem Gut Nie-

staunliche Leistung. Geschimpfe auf die Oesterreicher. Das Radziwillsche Schloss[9], wundervoller Speisesaal, schönstes Porzellan.
Abends wieder in Lodz. Diplomatengerede. Wenn mans richtig vorbringt, hören die Soldaten wenigstens andächtig und gläubig zu.
Heute hier. Kalisch ein Trümmerhaufen. Der blödsinnige miles, die Russen haben es arrangiert um uns mit den Polen zu verbrennen[10].

borow des Fürsten Janusz Radziwiłł. Oberst Bauer, Der Große Krieg in Feld und Heimat. Erinnerungen und Betrachtungen (1921) S. 68.

[9] Vgl. Anm. 8. Das Schloß gehörte zu den schönsten und reichsten der Gegend. Mackensen ließ es zum Schutz vor Zerstörungen und Plünderungen bewachen. Hutten-Czapski, Bd. 2, S. 174.

[10] In Kalisch wurden am 14. 8. 1914 deutsche Truppen von Zivilisten beschossen, worauf die Stadt bombardiert und zum großen Teil zerstört wurde. Die Hintergründe, besonders die vermutete Beteiligung russ. Spitzel, sind nicht geklärt. Die Zerstörung hatte in Polen und im Ausland eine sehr negative Wirkung. Conze, S. 58, Anm. 34.

594 **Berlin, 6. Feb. 15**

Seitdem hier. S.M. wurde es langweilig nun fährt er etwas herum, um dann in den Osten zu gehen. Endlich die U-Bootblockade[1]. Vielleicht hat sie doch einigen Erfolg.
Gestern abend mit Ballin beim Kanzler zu Tisch. Ballin mit sehr traurigen Untertönen. Er sieht einen 40jährigen Hass der Englaender voraus — hat aber keinen Sinn für die machtpolitische Seite.
Der Kanzler sagt, nach dem ganzen Krieg ganz neue Leute, neue Grundstimmung nötig, frei von der Anschauung in der die alte Generation aufgewachsen, das wiederholt er immer und es hat, angesichts der ungeheuren Umgestaltung der ganzen Zusammenhänge, viel Wahres.
Liebknecht, den Kessel absolut verhaften wollte, wird nicht verhaftet, sondern eingezogen[2]. Kessel aufgehetzt von seinen Untergebenen, ich vermute die wollten den Verfassungsbruch[3] um eine Neubelebung ihrer Agitation gegen die Sozialdemokraten. Er hat vor der Untersuchungskommission, als Grund seiner Untauglichkeit starke nervöse Anfälle

[1] Proklamation vom 4. 2. 1915, die die Gewässer rings um England und Irland einschließlich des Kanals zum Kriegsgebiet erklärte, die Versenkung aller dort nach dem 18. 2. angetroffenen feindlichen Handelsschiffe ankündigte und die Neutralen vor den auch ihrer Schiffahrt dort drohenden Gefahren warnte. Ritter, Bd. 3, S. 152 ff.; Birnbaum, S. 23; Schultheß 1915/I, S. 66.

[2] Vgl. 20. 1. 1915. Liebknecht wurde am 7. 2. 1915 zum Landsturm eingezogen und erhielt das Verbot, an Versammlungen teilzunehmen und Agitation in Wort und Schrift zu betreiben. H. Wohlgemuth, Burgkrieg, nicht Burgfriede! Der Kampf Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und ihrer Anhänger um die Rettung der deutschen Nation in den Jahren 1914—1916 (Berlin/Ost 1963) S. 92 f.

[3] S. o. Anm. 2. Liebknecht konnte als Mitglied des Reichstags nicht verhaftet werden. Art. 30 f. der Reichsverf. von 1871.

angegeben. Ich habe dem Kanzler geraten, das gelegentlich im Parlament zu sagen, dann ist der Mann erledigt.
Ballin berichtet, Andersen hätte Grey gesprochen[4] der lieber heute als morgen Frieden schliessen wolle. Schwierigkeit Belgien. Grey soll gesagt haben, er würde unter Umgehung des russ[ischen] Kabinetts den Zaren fragen und dann falls dieser einverstanden, Tyrell[5] schicken. Hierbei kann nicht ganz der Andersensche Wunsch Vater seiner Angaben[a] sein.
Nach Ballins Weggang langes Gespräch mit dem Kanzler darüber. Belgien. Mittlere Linie möglich? Jammern über die Bureaus, die nichts politisch brauchbares zu wege bringen. Sehr schwierig. Ich sagte ihm, England würde nur Frieden schliessen, wenn seine Kombination erhalten und das Gleichgewicht gewahrt bleibe. Das bedeutet Aufschub und Wiederholung des Kampfes in einem Jahrzehnt, aber ohne Oesterreich. Aber vielleicht ist die Wandlung der technischen Bedingungen ein Vorteil für uns.

[a] Ursprünglich „Gedanken", gestrichen.

[4] Aufzeichnung Ballins vom 4. 2. 1915 über den Bericht, den der aus London kommende Andersen ihm am Abend des 4. 2. gab, abgedruckt bei Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 45: Andersen habe in London mit den Mitgliedern des königlichen Hauses und Grey gesprochen. Grey sei nach Andersens Überzeugung an einem baldigen Friedensschluß gelegen. Über die Friedensbedingungen habe er sich nicht klar geäußert, „nur darauf hingewiesen, daß ihm die Lösung der belgischen Frage allerdings schwierig erscheine, aber hinzugefügt, es würde sich auch hierfür ein Modus finden". „Andersen hat während seines Aufenthaltes in London aus Kopenhagen die telegraphische Mitteilung erhalten, daß sein Besuch in Petersburg zu Ende des Monats erwünscht sei und davon Sir Edward Grey Kenntnis gegeben. Dieser hat ihm darauf gesagt, daß er den britischen Botschafter in St. Petersburg angewiesen habe, unter Umgehung des Kabinetts den Zaren wissen zu lassen, daß England eine gemeinschaftliche Fühlungnahme mit Deutschland über die Wiederherstellung des Friedens durchaus sympathisch sei. Diese Fühlungnahme denkt man sich so, daß zunächst auf neutralem Gebiet zwei Vertrauensleute zusammenkommen sollten, als welchen englischerseits Grey seinen Unterstaatssekretär Sir William Tyrell ins Auge gefaßt hat . . ."
[5] Sir William George Tyrrell (1866—1947), engl. Diplomat, wechselnd im diplomatischen Dienst und im Außenministerium tätig, Privatsekretär Greys.

595 Berlin 11. 2. [1915]

Vorgestern abend kleines Diner beim Kanzler mit August Stein[1] Hammann, Helfferich, Havenstein Solf. Der Kanzler, der erlöst von der drückenden Atmosphäre der Jagow[-]Stummschen Skepsis in diesem anderen Kreis sich gehen liess, redete wie immer, alle Sorgen und Zweifel vor sich hertragend und darauf wartend dass die anderen mit Argumenten widersprechen. Innerliches Kopfschütteln über den seltsamen Mann. Defensive Energie.
Er hat ja mehr Machtwillen, als die klugen Skeptiker im A.A. — aber doch auf dem Grunde seiner Seele die Vorstellungen ererbt aus der Zeit eines kleineren Deutschland.

[1] August Stein (1851—1920), Journalist und Publizist, Leiter des Berliner Büros der Frankfurter Zeitung.

Die anderen aber haben keinen Machtwillen. Politik ist aber Sache des Willens. Immer noch in der Geschichte hat der Verstand gegen den Willen verloren.
Jagow ist vielleicht ebenso klug als Kiderlen. Den Willen aber hatte Kiderlen vor ihm voraus. Man darf doch nicht von vorneherein sagen, ach das werden wir nicht durchsetzen.

596 Berlin 17/2. [1915]

Heute die Entscheidung in Ostpreussen[1]. Grosse Spannung die letzten Tage.
Habe dem Kanzler ausgeführt, er dürfe sich nicht durch das elende Gerede der Bassermann und Consorten etc[,] überhaupt durch die ganze politische Oberschicht und ihre Unverbesserlichkeit darüber täuschen lassen, dass unten das Volk voller Sehnsucht nach einem besseren ideellen Deutschland zu allem fähig ist, wenn man es ruft, und die „Politiker" über den Haufen wirft. Dazu soll Hammann von seinen übrigen Geschäften losgelöst werden, anfangen zu praeparieren damit man im innern wieder aktionsfähig ist. Jetzt geschieht nichts.
Das Volk ist jetzt flüssiges Material. ⟨Es muss Richtung bekommen⟩[a]. Die Ideen die jetzt als Richtlinien gegeben werden, gehen nie mehr unter, sie mögen wieder verdunkelt werden, kommen aber immer wieder. Bethmann muss noch Posaune der Zukunft werden, dann rettet er uns noch v[or] dem schrecklichen Wirrwarr und der allgemeinen Desorientierung, die infolge mangelnder Führer sicher eintritt — dann wird das Volk weiter helfen.
Der seltsame Mann — den Kopf hat er dazu aber nicht den Machtwillen, er muss immer gedrängt und aufgemutzt werden. Wir haben gesiegt, nun lässt er wieder seinen Sorgen freien Lauf.
Die Leute im A.A. Politik Sache des Willens, mehr als der Klugheit — sie haben eigentlich alle noch nicht den Willen zu einem neuen stärkeren Deutschland — noch nichts von dem Ideal. Wie das zurückwirkt.
Aber die Leute die ein neues politisches Ideal haben, haben ein greuliches, undeutsches widerwärtiges. Überhaupt dass es gar keinen Begriff des Deutschen mehr giebt — oder nur einen ganz schlechten, Gemisch aus dem trivialisierten Bismarck und dem undeutschesten was es giebt dem Wotan Richard Wagners. Auch so wenig Selbstbesinnung, und Stolz.

---

[a] In der Vorlage: „Es muss in Richtung bekommen." Ursprünglich: „in Bewegung"; „Bewegung" gestrichen und ersetzt durch „Richtung bekommen".

[1] Am 7. 2. begann die Winterschlacht in Masuren. Am 17. 2. umzingelten die deutschen Truppen die russ. 10. Armee im Waldgebiet von Augustow und vernichteten bis zum 22. 2. 1915 erhebliche Teile von ihr. Der Sieg konnte jedoch strategisch nicht ausgenutzt werden. RA, Bd. 7, S. 226 ff.

Welch Schauspiel, das unbewusste deutsch werden der deutschen Sozialdemokratie in der der allerdeutscheste Idealismus sich in dem „Drahtverhau" der aus dem England und Frankreich der 60er Jahre überkommenen Dogmen verfangen hatte.
Kaum hat Hindenburg gesiegt, gehen die Nationalliberalen los um bei einer Erörterung der Kriegsziele ihren grossen Wahlfisch zu fangen[2]. Und welche Sippe — Schwachköpfe und unlautere Geschäftsleute Bassermann Paasche[3]. Zum Speien!

[2] Die Nat.lib. waren an der Vorbereitung der Kriegszieldenkschrift der fünf Wirtschaftsverbände beteiligt, die am 10. 3. 1915 dem Reichstag übergeben wurde. Gleichzeitig erhoben sie die Forderung nach Freigabe der Kriegszieldiskussion. Thieme, S. 56 ff.; Claß, S. 343 ff.; Westarp, Bd. 2, S. 42 ff.; Kruck, S. 76 ff.
[3] Hermann Paasche (1851—1925), Geh. Regierungsrat, Professor für Volkswirtschaft in Marburg und Charlottenburg, 1881—1884 und 1893—1918 MdR (Nat.lib.), 1912—1918 Vizepräsident des Reichstags.

597 Berlin 17/2 [1915], abends

Eben noch abends 10 Uhr zum Kanzler[a] gerufen und 2 Stunden allein bei ihm. Seltsamer Mann. Lange über das zukünftige Deutschland. Der arme, er ist immer mit den elenden Parlamentariern zunächst in Berührung und gerät in Versuchung, die für das Volk zu halten, er sagt Sachen wie[:] die einzigen die Idealismus haben sind die Sozialdemokraten etc. Ich erwidere ihm, dass die Parteiführer nicht das Volk sind sondern ein elendes Gesindel, das an der Wand quietscht, wenn die Regierung das Volk ruft.
Es sind Leute an der Arbeit die Falkenhayn als Generalstabschef für so gefährlich halten, dass sie um ihn da wegzuhaben ihn als Ersatz Bethmanns montieren wollen. Der Kaiser mehr als je vernarrt in Falkenhayn. Der Kanzler stellt die Frage so, ob Falkenhayn ein grösseres Übel als Generalstabschef als als Reichskanzler wäre, spricht von seiner Pflicht dann zu gehen etc. Man muss das halt erwägen etc. „Sie wissen selbst" mir fehlt die Kraft und Leichtigkeit gerade mit den Kerlen à la Bassermann fertig zu werden. Mit denen, auch mit den Konservativen kann ich nicht arbeiten. —
Er sass da, und legte Patience. Die innere Politik, die man nach dem Kriege machen müsse mache der Kaiser nicht. Ich sagte ihm, dann treten wir in innere Krisen und redete ihm zu[,] ohne Rücksicht auf die schliesslich thatsächliche Entwicklung und den Kaiser, noch vor das Volk hin zu treten und ihm die Richtlinien zu geben[,] eventuell in einer Rede vor den Studenten zu Bismarcks Geburtstag — die Idee ginge nie mehr zu grunde, das Volk würde sich dann schliesslich doch zurecht finden.

[a] Ursprünglich: „Zu seiner Excellenz", gestrichen.

Er ist dieser Tage in solcher Stimmung, Italiens wegen[1] und des elenden Eindrucks den die Nationalliberalen machen[2], dass ich beinahe daran verzweifle ob es möglich sein wird, den freudlosen, sorgeumgebenen Mann zu halten. Als politischer Kopf ersten Ranges, als Temperament beinahe unmöglich: Seltsames Gemisch. Entwurf glänzend. Ausführung schwach.
Die gute Note an Amerika in der U Bootsache[3] ein Werk Helfferichs. Der Entwurf Krieges[4] unmöglich.
Wir gehen doch noch an der Jurisprudenz zu grunde. So wie wir sie treiben, tötet sie die Productivität. Sie ist auch gar nicht rechtsbildend, nur rechtsbewahrung und interpretierend.
Dann trug ich ihm meine belgische Sache vor mit dem grösseren Reichsgedanken und der Forderung einer elastischen Ausgestaltung der Reichsverfassung etc. (in dem Votum niedergelegt, das ich besitze[])][5].
Dionys von Halikarnass sagte über Rom und Athen, Athen ging zugrunde an der Sprödigkeit seiner Verfassung, weil es nur unterwerfen konnte. Rom gründete ein Imperium weil es seinen Staatsbegriff zu dehnen verstand und die Unterworfenen mit einbeziehen konnte.
Lebhafter Telegrammverkehr zwischen Bülow und Falkenhayn. Bülow hetzt feste — zuckt bei jeder Gelegenheit mit den Achseln über Bethmanns Mangel an Gerissenheit. Dabei giebt es immer noch eine Menge Leute, in Sonderheit unter den nat[ional]lib[eralen] Trotteln, die Bülow, der aus Leichtsinn und Ruhmsucht nichts gemacht hat als Fehler

---

[1] Seit Januar warnten die Vertreter Deutschlands und Österreichs ihre Regierungen, Italien werde bald auf seiten der Entente in den Krieg eintreten, falls Österreich nicht hinreichende Konzessionen anbiete. Die österr.-ungar. Regierung lehnte es zu dieser Zeit noch mit Entschiedenheit ab, Italien entgegenzukommen. Berchtold, der sich bereit gezeigt hatte nachzugeben, war deshalb am 10. 1. 1915 gestürzt worden. Sein Nachfolger, Baron Burián, sprach sich gegen jede territoriale Konzession an Italien aus. Valiani, S. 328 f.; Zechlin, Das ‚schlesische Angebot', S. 349 ff.; Hantsch, Bd. 2, S. 715 ff. Zu Bethmanns Einschätzung der Lage vgl. Janßen, Kanzler und General, S. 87: „Mitte Februar begann sich im Auswärtigen Amt eine Resignation auszubreiten ... Es wurde schon (wenigstens als Drohung) erwogen, Österreich-Ungarn fallenzulassen ..."

[2] Vgl. 17. 2. 1915.

[3] Antwort auf eine amerik. Note vom 12. 2. 1915 zur Proklamation des U-Bootkrieges vom 4. 2. 1915 (vgl. 6. 2. 1915), in der die USA Deutschland darauf aufmerksam gemacht hatten, daß eine „kritische Lage" im Verhältnis zwischen den beiden Mächten entstehen würde, wenn „irgendein Kauffahrteischiff der Vereinigten Staaten zerstört oder der Tod eines amerikanischen Staatsangehörigen verursacht würde." — Die deutsche Antwortnote vom 16. 2. 1915 betonte, daß die U-Bootkommandanten angewiesen seien, amerik. Handelsschiffe nicht anzugreifen. Die Note schloß mit dem Hinweis, „daß die deutsche Regierung, falls die amerikanische einen Weg finden würde, die Beachtung der Londoner Seekriegserklärung auch von seiten der mit Deutschland kämpfenden Mächte zu erreichen, aus der also geschaffenen neuen Sachlage gern die Folgerungen ziehen würde". May, S. 123 ff.; Ritter, Bd. 3, S. 155 ff.; Spindler, Bd. 1, S. 107 ff., 120 ff.

[4] Johannes Kriege (1859—1939), Jurist, 1911—1918 Leiter der Rechtsabt. des Ausw. Amtes.

[5] S. u. Dok. 1.

über Fehler[,] als den grössten lebenden auswärtigen Politiker halten. Unsere Ahnungslosigkeit in Politik ist grotesk.
Tirpitz beim Kaiser erledigt. S.M. hat die Lüge satt. Tirpitz in der Flottenleitung von dem eitlen Pohl bei Seite geschoben, thut nichts als Klönen und Hetzen.
Nun wollen ihn die Nat[ional]lib[eralen] auf den Schild heben.
Hammann sagte ihn jetzt zu stürzen ginge des Volkes wegen nicht an. Bethmann desgleichen.
Ich meinte, ob man ihn nicht doch wegen der verfehlten Schlachtflottenpolitik stürzen könnte.
Ich machte den Kanzler scharf, er soll nicht durch Neu- und Ersatzbauten der Notwendigkeit das Flottengesetz zu ändern präjudizieren lassen. Angst vor dem Interesse der Marine an Schlachtflotten. U Boote und Kreuzer beschäftigen keine Admirale.

598 Berlin. 20/2 [1915]

Gestern abend fährt der Kanzler nach Tisch zu Burian[1]. Abends bei ihm zum Essen allein. Er war infolge der italienischen Sache derartig schwer beladen, dass ich mich kaum gegen das vollständige Verstummen wehren konnte.
Die Oesterreicher wollen unter keinen Umständen das Trentino abtreten. Sie könnten es nicht, der eigenen öffentlichen Meinung willen etc.
Burian machte bei seinem Januarbesuch im Hauptquartier[2] die Bemerkung, wenn schon Italien loslegte, wäre das noch nicht das Ende der Donaumonarchie die immer eine bewundernswerte Zähigkeit bewiesen und immer wieder eine Lösung gefunden hätte. Er meint also dann Frieden mit Russland.
Vielleicht w i l l Burian den Zusammenbruch. Auch Tisza[3]. Loslösung Ungarns.
Dann bleibt uns nichts über als den Separatfrieden mit Russland früher

---

[1] Stephan Baron Burián v. Rajecz (1851—1922), 13. 1. 1915—22. 12. 1916 österr.-ungar. Minister des Äußeren, 1916—1918 Finanzminister, 16. 4.—24. 10. 1918 wieder Minister des Äußeren. — Bethmann fuhr am 20.—21. 2. 1915 zusammen mit Falkenhayn zum k. u. k. Oberkommando nach Teschen, wo sich auch Burián aufhielt. Vgl. 21. 2. 1915. Zu Buriáns Haltung vgl. 17. 2. 1915, Anm. 1, sowie Janßen, Kanzler und General, S. 72 f.
[2] Burián war Ende Januar im deutschen Großen Hauptquartier, um sich dem Kaiser und der deutschen Reichsregierung vorzustellen. Dabei wurde auch die ital. Frage diskutiert. Burián versprach zwar auf das Drängen der Deutschen hin, mit Italien weiterzuverhandeln, lehnte aber die Abtretung des Trentino ab. Bericht Bethmanns an Ausw. Amt, 26. 1. 1915, PA, Deutschland 128 Nr. 1 geh., Bd. 41; Burián, S. 31 f.
[3] Tisza lehnte Konzessionen jeder Art an Italien und Rumänien ab und hatte entscheidend zum Sturz Berchtolds (vgl. 17. 2. 1915 abends, Anm. 1) beigetragen. Zu seiner Einstellung vgl. Zechlin, Das ‚schlesische Angebot', S. 350; Hantsch, Bd. 2, S. 709 ff.; Tisza, S. 140 ff.

als Oesterreich zu schliessen[,] ihm Galizien und die Bukowina anzubieten, kurz uns mit Russland über die Aufteilung Oesterreichs zu verständigen. Ob das möglich ist? Ist Russland soweit in Händen seiner Bundesgenossen, dass es dann noch weiter gegen uns kämpft. Defensiv halten wir die Grenzen wenn Russen nicht über oesterreichischen Boden marschieren.
Zusammenbruch Oesterreichs das wäre wenn Ungarn verschont bleibt und die Deutschen nebst Böhmen uns lose angegliedert werden. Das günstige der grossen Liquidationsmasse.
Ob die Berater Franz Josefs nicht auf den Untergang der Monarchie bewusst lossteuern oder das Gefühl haben, dass Oesterreich seine Selbständigkeit uns gegenüber nur durch Treubruch und kommende Feindschaft wahren kann. Echte Wiener, im Habsburger Interesse auch durchaus richtige Politik.
Wir hätten uns bei dem öfteren Ersuchen Oesterreichs um militärische Hilfe in Galizien nicht ohne die Gegenleistung des Trentino in die Hand der Oesterreicher geben sollen — nun haben wir kein Druckmittel. Das aber ist Schuld der Militairs die die politische Leitung dabei nicht gefragt haben.
Der alte Kaiser will halt absolut nicht. Auch Papchen hat ihm geschrieben, aber ohne Erfolg[4].
Es ist alles die Schlacht an der Marne. Wenn wir die gewannen, ging alles.

---

[4] Vgl. Tel. Mühlbergs vom 19. 2. 1915: Der Vatikan wirke weiter auf Österreich ein. „Der Papst habe sogar ein eigenes Handschreiben an den Kaiser Franz Joseph gerichtet. Leider erfolglos." PA, Deutschland 128 Nr. 1 geh., Bd. 42.

Ergänzungstagebuch 21. 2. 15.

RK. von Teschen zurückgekommen[1]. Burian hat geredet wie ein Wasserfall. Die Oesterreicher behaupteten immer noch, die Situation stünde besser als Bülow berichte. Der will den Italienern das Geschenk machen in Rom weiter gefeiert leben. Der Kaiser will nicht. Alles ist versucht, der Papst hat geschrieben[2]. Die Schratt ist in Bewegung gesetzt[3].
Bemerkung des Grafen Thurn, „es würde eben dem Kaiser viel leichter

---

[1] Vgl. 20. 2. 1915. Zu den Gesprächen in Teschen vgl. Zechlin, Das ‚schlesische Angebot', S. 355, und den Bericht vom 22. 2. 1915 in PA, Deutschland 128 Nr. 1 geh., Bd. 43. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos. Burián führte wieder aus, die Abtretung des Trentino sei aus prinzipiellen Gründen der habsburgischen Staatsräson unmöglich: sie würde „den ersten Schritt zur Auflösung des Reiches" bedeuten.
[2] Vgl. 20. 2. 1915.
[3] Katharina Schratt, Hofburgschauspielerin, mit Kaiser Franz Joseph befreundet, versuchte, dessen Widerstand gegen die Abtretung des Trentino zu brechen. Ihre Rolle und die Hintergründe sind nicht ganz geklärt. Zechlin, Das ‚schlesische Angebot', S. 358, 370.

werden, wenn wir etwas mittrügen von dem Opfer"[4]. Schlesien[,] 30 000 Seelen des Kreises Leobschütz wäre im Notfall erträglich[5].
Falkenhayn, der jetzt so stark ist, dass er immer mitgefragt werden muss, hat schliesslich zugestimmt. Man müsste es für den Fall dass der Friede Oesterreich nicht eine anderweitige Entschädigung bringt. Das lässt sich ja wieder zurecht drehen.

[4] Vgl. den oben Anm. 1 zit. Bericht vom 22. 2. 1915: „In einer Unterhaltung während des Frühstücks hat der Botschafter Graf Thurn dem Herrn Reichskanzler angedeutet, eine große Schwierigkeit liege darin, daß Österreich-Ungarn allein das Opfer bringen solle. Die Sache würde wesentlich leichter sein, wenn Deutschland sich zu einer Grenzregulierung an Österreich-Ungarn etwa im Umfang des halben Gebietes, das an Italien abzutreten wäre, bereiterklären würde." — Graf Douglas v. Thurn und Valsássina, österr.-ungar. Gesandter beim k. u. k. Armeeoberkommando.
[5] Den Vorschlag, Österreich eine Grenzberichtigung in den oberschlesischen Kreisen Leobschütz oder Pleß anzubieten, falls es auf keine andere Weise zur Abtretung des Trentino zu bewegen sein sollte, unterbreitete Bethmann am 17. 2. 1915 dem preuß. Staatsministerium. Auf dieser Sitzung wurde darüber noch kein Beschluß gefaßt. Zechlin, Das ‚schlesische Angebot', S. 352 ff.

Weiter Sorge um Italien. 27/2/15.
Oesterreich will nicht. Der Kaiser und der Hochadel, an deren ererbtem politischen Hochmut Oesterreich zu grunde geht. Meine Angst vor Separatfrieden. Sasonow hat in der Duma nichts gegen Oesterreich gesagt[1]. Die Angst Wiens vor dem Berliner Schlepptau. Der Kanzler will scheints an die schlesische Abtretung nicht heran[2]. Jagow meint, die Oesterreicher geben doch noch nach.
Die Note an Amerika[3]. Falkenhayn sah in der ersten amerikanischen Note[4] die Kriegsdrohung, meinte, das wäre wirtschaftlich u. s. w. unser Ende und war dafür alles nachzugeben[5]. Die schliesslich höfliche aber

[1] Rede Sasonows bei der Eröffnung der russ. Duma am 9. 2. 1915. Schultheß 1915/II, S. 1085 ff.
[2] Vgl. 21. 2. 1915, Anm. 5.
[3] Vgl. 17. 2. 1915 abends. Die deutsche Note vom 16. 2. 1915 wurde am 20. 2. 1915 beantwortet: die USA unterbreiteten Deutschland und England einen vermittelnden Vorschlag, nach dem Deutschland auf den U-Bootkrieg gegen Handelsschiffe verzichten und England die Einfuhr von Lebensmitteln nach Deutschland zulassen sollte. Diese Note wurde in Berlin mit großer Erleichterung aufgenommen und am 28. 2. 1915 beantwortet: Deutschland erklärte sich grundsätzlich bereit, den Vorschlag anzunehmen. Ritter, Bd. 3, S. 157 f.; Foreign Relations 1915, Suppl., S. 118, 129, 140; Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 319 ff.
[4] Note vom 12. 2. 1915, vgl. 17. 2. 1915 abends, Anm. 3.
[5] Falkenhayn hatte sich durch Pohl von der Wirksamkeit und den Erfolgen der U-Boote überzeugen lassen und der Proklamation vom 4. 2. 1915 zugestimmt. Die amerik. Note vom 12. 2. 1915 schien ihm den Bruch zwischen Deutschland und den USA anzukündigen, falls der U-Bootkrieg durchgeführt werde, mit unabsehbaren Folgen für die deutsche Stellung im Osten, auf dem Balkan und gegenüber Italien. Dieses Risiko müsse auf jeden Fall vermieden werden. Ritter, Bd. 3, S. 154, 156 f.; Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 309 ff.

in der Sache feste Antwort[6] vom Kanzler mit Müh und Not und aller Energie beim Kaiser durchgedrückt. Telefonisch. Treutler[6a] brauchte aber die energischen Worte des Kanzlers gar nicht wiedergeben, und brachte dem Kaiser bei die Note sei nach seinen Vorschlägen umgearbeitet, der nun meint und erzählt, sie sei von ihm.
Heute ist Staatsministerialsitzung wegen der schlesischen Concession[7]. Der Kanzler hat sich also doch entschlossen.
Ich bohre immer an einer deutschen Vorherrschaft über Mitteleuropa und alle kleinen Staaten unter dem Deckmantel einer mitteleuropäischen Confoederation ohne Einbusse an deutscher Macht.
Der Kronprinz hat ein wütendes Telegramm geschickt wegen des Artikels der Norddeutschen über die Kriegsziele, man solle die Alldeutschen reden lassen, weil man die Flaumacher reden lasse[8].

---

[6] Gemeint ist die deutsche Antwortnote vom 16. 2. 1915. Bethmann telegraphierte am 14. 2. 1915 den Entwurf des Ausw. Amtes an den Kaiser, der sich in Lötzen im Hauptquartier Hindenburgs aufhielt, ohne vorher die Zustimmung Tirpitz' und des Admiralstabschefs eingeholt zu haben. Nach einer Protesteingabe des letzteren beim Kaiser gegen die allzu große Nachgiebigkeit im Entwurf des Kanzlers fand am 15. 2. in Lötzen eine Besprechung beim Kaiser statt, an der Falkenhayn, Müller und Treutler teilnahmen. Der Entwurf Bethmanns wurde an einigen Stellen abgeändert und verschärft, im wesentlichen aber angenommen. Am 16. 2. 1915 telegraphierte Bethmann den korrigierten Text des Ausw. Amtes, den der Kaiser ohne weitere Einwände akzeptierte. Tirpitz, a.a.O., S. 309 ff.; Müller, S. 88 ff.; Spindler, Bd. 1, S. 107 ff.

[6a] Carl Georg v. Treutler (1858—1933), 1914—1917 Vertreter des Reichskanzlers und des AA beim Kaiser.

[7] Vgl. 21. 2. 1915. Zu der Sitzung vgl. Zechlin, Das ‚schlesische Angebot', S. 536 f.: Man einigte sich, Österreich für die Abtretung des Trentino zunächst eine Kompensation in Russisch-Polen anzubieten (Kohlengebiet von Sosnovice), falls das jedoch nicht ausreiche, dem Kaiser eine Gebietsabtretung in Schlesien vorzuschlagen.

[8] Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 52, 1. Ausgabe, 21. 2. 1915, Artikel „Das Kriegsziel", der sich gegen die Forderung des Haushaltsausschusses des preuß. Abgeordnetenhauses vom 17. 2. 1915 nach Freigabe der Kriegszieldiskussion wandte. Daraufhin telegraphierte am 26. 2. 1915 der Kronprinz an den Kanzler: „... Ob es zeitgemäß ist, schon jetzt über das Kriegsziel zu reden, ist Ansichtssache. Unterbindet die Zensur die Diskussion dieser Frage, so darf selbstverständlich niemand mehr in der Angelegenheit schreiben. Leider ist das Gegenteil der Fall. Flaumacher und weltfremde Idioten schreiben ungehindert spaltenlangen Unsinn. Verweise auf Schriften der Professoren v. Liszt und Delbrück ..." Westarp, Bd. 2, S. 186 f.; Zechlin, Friedensbestrebungen, in: Das Parlament B 20/63, S. 36.

B[erlin]. 2/3. [1915]

Gegen Hindenburg wird mit dem Hinweis gearbeitet, er spreche immer von m e i n e n Armeen u.s.w. Das Wort Wallenstein soll gefallen sein.

599 Berlin, 4. 3. 15

Für die Zwischenzeit siehe das schwarze Buch.
Gestern waren die Gewerkschaftler bei Bethmann. Der Vorsitzende des

Holzarbeiterverbandes[1] hat bei Ypern den einzigen Sohn verloren. Bethmann sehr beeindruckt von dem Idealismus der Kerle, sagte am Schluss — ich hoffe dass all das Blut nicht umsonst geflossen ist, und dass wir uns in Zukunft alle besser verstehen werden. „Sie sollten gesehen haben, wie da die Augen der Leute leuchteten, als sie das zusagten." Ich wäre gar nicht demokratisch, da aber läge die Zukunft bei den Leuten. Ich sagte, meine Demokratie habe allerdings Grenzen. Tante Clara[2], doch ja mein Schwager viel zu demokratisch.
Seltsamer Mann. Im Grunde hat er natürlich recht. Mir ist die neue Entwicklung, aber auch die längst vor dem Krieg begonnene im Grunde ein Greuel. Es kommt die Zeit der Schönheit der Massen. Das Individuum nur mehr möglich, als Träger oder Führer von Massengefühlen. Nichts mehr von der Pracht des Singulären.
Schon die Politik lässt kaum mehr dem einzelnen Aktionsziele. Das Verhängnis oder Schicksal nudelt sich, von der Masse getragen, durch sein Eigengewicht weiter. Kein Mann kann das Steuer herumwerfen, mit dem Schiff kreuz [und] quer mit oder gegen die Wellen und Winde manoeuvrieren. Höchstens die Segel halten damit der Wind voll hinein bläst.
Regieren symbolisch handeln. Auch für die auswaertige Politik, in der noch Raum für das Genie des Einzelnen zu sein scheint, kein Aktionsraum des Genies oder wenig. Italien etc. elementare Faktoren. Es sieht nur immer noch so aus, als wäre alles Tric des Einzelnen. Aber nur zum Teil ist es auch so.
Die haarsträubende Unbildung in den oberen Schichten — ich sehe w[enn] Bethmann fällt, die gedanken[-] und ideallosen Geschäftspolitiker à la Bassermann[a] die politische Oberfläche ohne Konkurrenz bestimmen. Unendlicher Kater der die Nation befallen wird.
Wie ungeschickt wir sind. Wir wollen so oft das Gute und bewirken das Böse. Das Phänomen[b] Luther, dieser heroische rührende urdeutsche — Taperhannes, der die Kirche gerettet hat, die er zerstören wollte.
Politik eigentlich die Kunst, das böse zu thun und das Gute zu erreichen. — Weise genug zu sein, um zu wissen wie alles verkettet ist, durch Bosheit die bösen Willen zum Guten zu leiten. Der Kirche verwandt — daher denn diese so gut zur Politik taugt. Aber man muss das Gute im Herzen haben. Die meisten, die die bösen Mittel haben, haben das Gute nicht im Herzen — Bülow. Andere umgekehrt. Bismarcks Grösse dass er beides hatte.

---

[a] Die folgenden Worte: „die Sache in die Hand bekommen" sind gestrichen.
[b] Nicht sicher lesbar.

[1] Theodor Leipart (1867—1947), 1893—1908 2. Vorsitzender, 1908—1918 1. Vorsitzender des Deutschen Holzarbeiterverbandes.
[2] Clara v. Pfuel, unverheiratete Schwägerin Bethmanns. Sie lebte in der Familie Bethmanns und führte nach dem Tode ihrer Schwester das Haus. Sie hieß in eingeweihten Kreisen die „Reichstante".

Ergänzungstagebuch 5/3 [1915]

Besuch des Kanzlers bei Hindenburg. Danach soll die Situation folgende sein:
Ein Vorwärtskommen gegen die sehr starken Russen auf der ganzen Front von Memel bis Bukowina nicht mehr möglich. Infolgedessen will Hindenburg Frieden. Aber wie[1].
Ich will den Kanzler überzeugen dass es eine gemeinsame deutsch[-]russische Linie giebt, die mit oder ohne Separatfrieden funktionieren kann, eventuell auch auf einem Kongress innegehalten werden kann. Man muss die Russen dazu verführen durch finanzielle Schiebungen, durch einen langsamen Abbau unserer türkischen Position zu gunsten Russlands. Wenn Russland so stark ist, wie es sich gezeigt hat, können wir doch die türkische Position nicht mehr halten und haben nur die Möglichkeit eines langsamen Ausverkaufs unserer östlichen Position zuerst der Türkei, dann Oesterreichs. Wenn Russland unsere Forderungen an den Westen unter der Hand unterstützt, können wir ihm dazu die Gegenleistung einer Sanierung der russischen Finanzen aus der französi[schen] Kriegsentschädigung, Überweisung der russischen Titres[2] an uns zu billigem Kurse, billiger Überlassung an Russland, konzedieren.
Grosse Sorge wegen Italien.
Burian dilatiert[a]. Der Kanzler hat daraufhin telegrafiert, er möge schnell zusagen, sonst würde er um eine Audienz beim alten Kaiser bitten[3].

---

[a] Folgendes ist gestrichen: „Wien ist unverständlich. Sein Handeln ist eigentlich nur verständlich."

[1] Unterredung vom 4. 3. 1915. Vgl. Zechlin, Das ‚schlesische Angebot', S. 359; ders., Friedensbestrebungen, in: Das Parlament B 23/63, S. 14 f. u. Nr. 42; Janßen, Kanzler und General, S. 90 f.; ders., Treutler, S. 225; Valentini, S. 227.

[2] Titres, frz. = Effekten. Zu den franz. Kapitalanlagen in Rußland vgl. George W. F. Hallgarten, Imperialismus vor 1914, Bd. 2 (1951) S. 242 ff.; Fischer, Krieg der Illusionen, S. 613 ff.

[3] Am 28. 2. 1915 hatte Bethmann Burián als Kompensation für die Abtretung des Trentino das Kohlengebiet von Sosnovice angeboten. Am 5. 3. telegraphierte Tschirschky, Burián habe noch keine Antwort darauf gegeben und zögere die Entscheidung hinaus. Bethmann wandte sich daraufhin mit ernsten Vorstellungen an Hohenlohe und telegraphierte am 6. 3. an Tschirschky, er solle Burián noch einmal den Ernst der Lage klarmachen. „Wenn Baron Burián auch jetzt noch mit der Antwort zögere, müßten E. E. Ihre Bemühungen, ihn zu solchen zu bewegen, einstellen und mich bitten, selbst nochmals mit ihm persönliche Aussprache zu halten. Die Gefahr sei zu imminent, die Verantwortung zu groß. Ich würde diesenfalls bitten, am Sonntag nach Wien kommen und auch eine Audienz bei Kaiser Franz Joseph nachsuchen zu dürfen." PA, Deutschland 128 Nr. 1 geh., Bd. 44; vgl. auch Zechlin, Das ‚schlesische Angebot', S. 359 f.

[Erste Eintragung] 7/3. [1915][a]

Oesterreich giebt nach[1]. Gott sei Dank. Zech sagte es mir auf der Strasse. Der Kanzler ist sehr vergnügt. Diesmal war doch der Druck zu stark, als dass er nicht die Freude der Lösung empfände.
Aber Bülows Taktik mit dem leichten und zu frühen Zusagen an Italien hat die Sache unglaublich erschwert. Oesterreich glaubt, Bülow habe um seiner römischen Position willen das Trentino zu schnell vielleicht unnötig verschenkt[2].

[a] Ursprünglich „6/3"; „7" durchgeschrieben.
[1] In der Nacht vom 6. zum 7. 3. 1915, kurz nach Mitternacht, traf in Berlin das Telegramm aus Wien ein, in dem mitgeteilt wurde, Österreich sei bereit, mit Italien über die Abtretung des Trentino zu verhandeln. Als Gegenleistung wurde neben dem Kohlengebiet von Sosnovice eine neue deutsche Anleihe in Höhe von etwa 200 Mill. Mark verlangt. Tschirschky an Ausw. Amt, 6. 3. 1915; PA, Deutschland 128 Nr. 1 geh, Bd. 45; Zechlin, Das ‚schlesische Angebot', S. 361.
[2] Vgl. 7. 1. und 17. 1. 1915.

[Zweite Eintragung] 7/3 [1915]

Die Oesterreicher lassen sich das Trentino teuer bezahlen, Sosnowice und eine Anleihe[1].
Nach der militärischen Lage wenig Aussicht dass wir in Ost und West noch vorwärts kommen. Die anderen auch nicht, habe daher die Impression dass sich die Sache dem Frieden zuneigt. Wir können auch auf dem Kongress ein hohes Spiel spielen wenn uns vorher die Formierung einer deutsch-russischen eventuell noch dazu japanischen Linie gelingt.
Basis für Russland langsamer Ausverkauf im Osten, in Reihenfolge Afghanistan Persien Türkei Oesterreich, reicht für 100 Jahre. Jetzt status quo Türkei, Versicherung späterer Verständigung und langsamen Abbaus unserer Orientpolitik. Keine Unterstützung oesterreichischer Balkanansprüche. Aber russische Garantie des status quo in Oesterreich. Ausserdem finanzielle Hilfe.
Grenzberichtigung in Polen, russische diplomatische Unterstützung unseres Drucks nach Westen.
Mit Japan englische Entschädigung für Kiautschau.

[1] Vgl. 7. 3. 1915, Erste Eintragung, Anm. 1.

9/3 [1915]

Beim Oberkommando Ost sind sie heute wieder hoffnungsvoller. Sie greifen an und hoffen die Russen zu werfen[1]. Gestern sprach ich nochmal mit dem Kanzler und Stumm über die russische Linie.

[1] Vgl. 5. 3. 1915. Nachdem die deutsche Ostfront mehr und mehr in die Abwehr gedrängt worden war, entschloß sich Hindenburg Anfang März, Offensivschläge an verschiedenen Stellen zu führen. Der erste deutsche Gegenstoß gegen die Russen erfolgte vom 5. bis 12. 3. 1915. RA, Bd. 7, S. 276 ff.

Stumm sagte mir, der Kanzler hätte Friedensgedanken[,] wohl um herauszubringen, ob das Gespräch das er kurz vorher mit dem Kanzler über Frieden mit Russland [führte,] auf meine Instigation zurückging.
Der Kanzler erzählte, der Zar soll Frieden wollen, aber fürchten wir verlangten ganz Polen. Rantzau[2] erhält Anweisung an Scavenius[3] von wirtschaftlichen Concessionen und Grenzberichtigungen, die wir von Russland fordern würden, zu sprechen[4].
Witte liess, „um frei zu sein", sein Guthaben bei Mendelssohn nach Schweden überschreiben. Er wünschte telegrafisch Bescheid, wenn die Überweisung vollzogen sein [würde], „damit er wüsste, wann er frei wäre"[5].
Ich möchte den Kopf frei haben um über Deutschland zu schreiben.

[2] Ulrich Graf v. Brockdorff-Rantzau (1869—1928), 1912—1918 deutscher Gesandter in Kopenhagen.
[3] Erik Scavenius (1877—1940), 1909—1910 und 1913—1920 dän. Außenminister.
[4] Vgl. Bethmann an Brockdorff-Rantzau, 6. 3. 1915: Er habe von „privater Seite" erfahren, „der Zar wäre zum Frieden geneigt und eventuell bereit entsprechenden Privatbrief an S.M. den Kaiser zu schreiben, nur fürchte er auf Unnachgiebigkeit bei uns zu stoßen wegen Einflusses ‚deutscher Militärpartei'. Auch fürchte er zu schwere Bedingungen Deutschlands, namentlich Forderung der Abtretung Warschaus. Andererseits würde er geneigt sein uns gewisse Grenzkonzessionen zu machen, nicht aber Österreich, weil dieses von Rußland geschlagen". Die Quelle Bethmanns läßt sich nicht ermitteln. Bethmann beauftragte Brockdorff-Rantzau, streng vertraulich mit Scavenius zu sprechen und ihm anzudeuten, „daß unsere Bedingungen nicht schwer sein und nur kleinere Konzessionen zum Schutz unserer östlichen Grenze (nicht aber Warschau), sowie finanzielle und Handelsvertrags-Bedingungen im Auge haben würden". Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 52; Zechlin, Friedensbestrebungen, in: Das Parlament B 22/63, S. 14 ff.
[5] Vgl. 24. 12. 1914. Witte hatte am 7. 2. in einem Brief an Mendelssohn gebeten, sein deutsches Konto auf eine dänische oder schwedische Bank zu übertragen. Man habe beschlossen, ihn, falls es zu einer Friedenskonferenz komme, als Delegierten dorthin zu schicken; er könne das Mandat aber nur annehmen, wenn niemand ihm vorwerfen könne, er spreche aus persönlichem Interesse für den Frieden mit Deutschland. Deutscherseits war man bereit, Wittes Guthaben ausnahmsweise freizugeben. Mendelssohn an Jagow, 16. 2. 1915, Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 47; Zechlin, Friedensbestrebungen, in: Das Parlament B 22/63, S. 12 f.

11/3 [1915]

Andersen kam aus Petersburg zurück. Was er sagt steht im absoluten Gegensatz zu allem was wir bisher sonst hörten. Von Frieden keine Rede. Witte ohne Einfluss. Der Zar Sasonow siegesbewusst und zuversichtlich[1].

[1] Vgl. 11. 1. 1915. Auf den Vorschlag des dän. Königs hin erklärte sich der Zar im Januar 1915 bereit, Andersen zu einer Aussprache über die Friedensfrage Ende Februar in Petersburg zu empfangen (Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 43). Andersen kehrte am 8. 3. zurück und berichtete dem dän. Außenminister Scavenius. Dieser unterrichtete Brockdorff-Rantzau über das Gespräch, und dessen Wiedergabe scheint Riezlers Ausführung zugrunde zu liegen. Brockdorff-Rantzau an AA, 10. 3. 1915, Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 54. Ein weiteres ähnliches Telegramm Brockdorff-Rantzaus über seine eigene Unterredung mit Andersen vom 11. 3. 1915 traf am 12. 3. in Berlin ein (ibid., Nr. 55). Vgl. auch Zechlin, Friedensbestrebungen, in: Das Parlament B 22/63, S. 21 f.

Also nichts zu machen — wenn es nicht möglich ist, durch Italien einen Congress einberufen zu lassen, wobei Italien zur Rettung der europäischen Civilisation den dem Frieden Widerstrebenden mit den Waffen bedroht. Gefährlich.
(Wieder an der Kategorienlehre[2] gearbeitet. Gott einen unsichtbaren[a] aber festen Sockel zu bauen. Welche Härte und Diesseitigkeit aus der Vorstellung der Milliarden Welten und der Beschränktheit aller Geltungen und Wahrheiten mit Ausnahme des κινεῖ ὡς ἐρούμενον folgt.) (pilosophische Notiz).

[a] Nicht sicher lesbar.

[2] Die Frage der Erkenntniskategorien ist ein Grundproblem in den späteren philosophischen Schriften Riezlers.

13/3. [1915]

Gestern abend lange mit Hammann und Stegemann[1].
Die nüchterne Ansicht von der Kriegslage. Vor der Gewissheit dass die Dardanellen gehalten werden oder gefallen sind[2], jeder Friede unmöglich. Im Westen äusserste Vorsicht geboten. Wir können mit einem Opfer von 100 000 Mann durchbrechen, dann geht aber Joffre mit der einen Hälfte der Armee nach Paris mit der anderen in das Festungsviereck, in der Absicht in die Zange zu nehmen. Das will er an und für sich lieber als standhalten in der jetzigen Stellung, muss aber aus politischen Gründen bleiben.
Nachher kam Oppersdorf[3], der intrigante Schwätzer, beinahe alldeutsch für Annexion Belgiens und Halbpolens. Das ist die Kirche.
Witte ist tot[4]. Wohl englisches Strychnin. Ach nein[a]. Ausserdem ein schlauer Kunde weniger. Geliebt hat uns dieser Mann doch auch nicht. Wie primitiv die Leute sind, die das annehmen.

[a] Nicht sicher lesbar.

[1] Hermann Stegemann (1870—1945), Historiker und Schriftsteller, verfaßte im 1. Weltkrieg als Schriftleiter beim Berner Bund vielbeachtete Berichte über die militärische Lage; seit 1922 Professor in München. — Stegemann reiste Anfang Februar 1915 im Einverständnis mit der Schweizer Regierung nach Deutschland, um in Form eines Interviews eine amtliche Zusicherung, Deutschland respektiere die Neutralität der Schweiz, zu erhalten. Zu diesem Zweck sprach er am 2. und 5. 2. 1915 mit Jagow und Bethmann. Am 8. 3. 1915 reiste er wieder nach Berlin und wurde am 11. 3. von Bethmann empfangen. Bethmann an Treutler, 14. 3. 1915, in Janßen, Treutler, S. 225; H. Stegemann, Erinnerungen aus meinem Leben und aus meiner Zeit (1930) S. 272 ff.

[2] Die Entente hatte am 19. 2. 1915 eine Flottenoperation gegen die Dardanellen begonnen, die in Deutschland große Sorgen auslöste. Guinn, S. 48 ff.; Janßen, Kanzler und General, S. 88 ff.; Trumpener, S. 141 ff.

[3] Johannes Georg Graf v. Oppersdorf (1866—1935), schlesischer Gutsbesitzer, kath. Geistlicher; Mitglied des preuß. Herrenhauses, 1907—1918 MdR, zunächst Zentrum, 1912 aus der Zentrumsfraktion ausgeschlossen, seitdem fraktionslos.

[4] Witte starb plötzlich am 13. 3. 1915, vermutlich an einem Gehirntumor. Zechlin, Friedensbestrebungen, in: Das Parlament B 22/63, S. 22 f.

14/3 [1915]

Andersen kommt, bringt doch anderes, was er ausdrücklich Brockdorff nicht sagen wollte[1].

[1] Vgl. 11. 3. 1915. Am 11. und 13. 3. teilte Brockdorff-Rantzau mit, daß Andersen zu persönlicher Berichterstattung am 16. 3. in Berlin sein werde. Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 55, 56. In einem weiteren Telegramm vom 13. 3. berichtete Brockdorff-Rantzau über eine neue Aussprache mit Andersen, bei der er den Eindruck gewonnen habe, daß Andersen mehr wisse, als er bisher gesagt habe. So habe er über seine Audienz beim Zaren erzählt, der anscheinend großes Interesse an einem indirekten Gespräch mit Wilhelm II. habe. PA, Wk 2 geh., Bd. 4.

15/3 [1915]

Die Englaender verhandeln immer mit den Türken über Separatfrieden. Die Türken haben angefragt, was sie thun sollen. Wir haben geantwortet, sie möchten zum Schein weiterverhandeln[1]. Seither sind die Dardanellenangriffe[2] etwas gestoppt. Ganz gute Politik. Wenn uns die Türken verraten, bekommen sie Fusstritt und wir verständigen uns mit den Russen. Verraten sie uns nicht, dann die Englaender und Russen dadurch nicht enger befreundet werden.
Heydebrand hat uns die Landtagssitzung vom 18. Mai wieder eingebrockt[3]. Ob man ihm zum Dank dafür nicht zu diesem Datum die Wahlrechtsvorlage[4] bringt? Vielleicht neigt sich der Krieg bis dahin dem Ende zu. Dann ist es zu machen. Aber programmatisch — breitere Grundlage des politischen Lebens in Preussen. Wenn das geschieht ist der Kanzler nicht mehr zu werfen.

[1] Am 6. 3. berichtete der deutsche Botschafter in der Türkei in mehreren Telegrammen über engl. Angebote an die Türkei, einen Separatfrieden mit England und Frankreich zu schließen. Diese Versuche, die Angriffe auf die Dardanellen, die nur das Ziel verfolgten, die Balkanstaaten und die Türkei einzuschüchtern, und der Druck auf die Neutralen müßten als „das Ensemble eines mit ungewöhnlichem Raffinement vorbereiteten und durchgeführten Bluffs“ angesehen werden. Am 7. 3. antwortete das Ausw. Amt: „Unser Vertrauen zur Pforte ist so fest, daß wir gegen ein vorsichtiges Weiterspinnen der Friedensfäden nichts einzuwenden haben. Wenn die Pforte, ohne sich zuweit vorzuwagen, bei unseren Gegnern den Glauben an die Möglichkeit einer Verständigung erweckt, werden diese ihre Karten vielleicht aufdecken und mit ihren Ideen über den künftigen Friedensschluß herauskommen. Außerdem würde die Stoßkraft ihrer Aktion gegen die Dardanellen gelähmt und Zeit gewonnen, worauf es wegen des stockenden Munitionsnachschubes jetzt vor allem ankommt.“ Am 10. 3. antwortete Wangenheim, die Türkei werde sich an diese Richtlinien halten; das Bombardement der Dardanellen sei seit dem 9. 3. auch bereits abgeflaut. PA, Wk 2 geh., Bd. 3 u. 4.
[2] Vgl. 13. 3. 1915, Anm. 2.
[3] Das preuß. Abgeordnetenhaus trat vom 9. 3. 1915—1. 6. 1915 nicht zusammen. Am 18. 5. wurde lediglich die Tagesordnung für die Sitzung vom 1. 6. 1915 erlassen. Sten. Berichte Abg.-Hs. 1914—1915, Bd. 7.
[4] Bethmann hatte im Dezember 1914 Loebell beauftragt, die Frage der preuß. Wahlrechtsreform erneut bearbeiten zu lassen, so daß die Vorlage gleich nach Friedensschluß gebracht werden könne. Patemann, S. 20 ff.

17/3 [1915]

Heut ist Andersen da[1]. Ich glaube nicht dass er was bringt. Der Mann hat sich in Petersburg so als Friedensmensch geriert, dass ihn alles hat abfallen lassen. Ausserdem hat er den Zaren beleidigt, weil er zuerst mit den anderen Menschen gesprochen hat.
Italien wieder prekär. Sie wollen die sofortige Abtretung des Trentino[2]. Natürlich weil sie Oesterreich nicht trauen. Oesterreich kann sie nicht geben, weil es dann Italien gegenüber vollkommen wehrlos ist.
Ein ganz schmaler Weg. Ich kann mich grosser Skepsis nicht erwehren. Lage überaus prekär.
Wenn die Friedensbemühungen angehen — alles Sache des Bluffs. Der Kanzler wird sich mit seinem Verstande zu einer ihm nicht liegenden Methode zwingen müssen. Schwierige Arbeit. Es muss ihm immer wieder gesagt werden.
Es giebt viele Leute, die da sagen, Bülow könne bluffen, der wäre der richtige Mann für Verhandlungen. Vielleicht[,] aber zu unzuverlässig und nur als ausführendes Organ. Der Mann hat schon eine zu miserable Politik gemacht — Eitelkeit und Schein.

[1] Vgl. 14. 3. 1915, Anm. 1. Zu der Unterredung zwischen Bethmann und Andersen am 17. 3. vgl. Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 59, und PA, Wk 2 geh., Bd. 4: Nach Andersens Darstellung habe der Zar zwar einen Separatfrieden abgelehnt, sich aber nicht abgeneigt gezeigt, über den dän. König weiter über den Frieden zu sprechen. Bethmann empfahl dem Kaiser dringend, Andersen zu empfangen, da das von Vorteil für die weiteren Verhandlungen Andersens in Petersburg wäre.
[2] Vgl. 7. 3. 1915. In den Verhandlungen über die Abtretung des Trentino, die seit dem 9. 3. geführt wurden, verlangte Italien die sofortige Übergabe. Am 14. 3. erklärte der ital. Botschafter in Berlin Jagow, auf dieser Basis müsse man in spätestens 14 Tagen zum Abschluß kommen, sonst sehe Italien die Verhandlungen als gescheitert an. Burián dagegen erklärte, daß eine Abtretung mit sofortiger Wirksamkeit „nicht diskutiert werden könne“ (Tel. an Hohenlohe, 15. 3. 1915). Valiani, S. 331 f.; Burián, S. 42 f.

600 B[erlin] 20. 3. [1915][a]

Siehe das schwarze Buch.
Der Kanzler gestern mit Andersen zum Kaiser abgefahren[1].
Italien wieder ausserordentlich wackelig. Bülow scheint zu Sonnino[2] anfangs halb so geredet zu haben, als könnte Italien das Trentino doch gleich bekommen. Burian dagegen auf das Verlangen, statt in Güte zu erklären, warum das nicht geht, brüsk abgebrochen zu haben. Daraufhin haben die Italiener gestern ihre Presse die Forderung einer sofortigen Übergabe aufstellen lassen. Das ist immerhin[b] schlimm. Ausserdem ist

[a] Aus „19. 3.“ verbessert. [b] Nicht sicher lesbar.

[1] Vgl. 17. 3. 1915, Anm. 1. Bethmann und Andersen wurden am 19. 3. 1915 vom Kaiser empfangen. Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 59 f. Der Kaiser befand sich zu dieser Zeit im Großen Hauptquartier in Charleville.
[2] Sidney Baron Sonnino (1847—1922), 1914—1919 ital. Außenminister.

der Generalstabschef an die französische Grenze gefahren, wohl zu Besprechungen mit den Franzosen.
Die Sache ist übel. Misstrauen beider Teile. Das Trentino die strategische Position. Wer sie hat, kann weiter erpressen oder Erpressungen immer noch zur Not etwas standhalten. Oesterreich kann es nicht[c] sofort räumen. Sprach gestern im Reichstag mit Helfferich, der dabei auf den Gedanken kam, Übergabe zu treuen Händen der Schweiz. Wird wohl nicht gehen, weil es die Schweiz der Möglichkeit von Zwischenfällen wegen, nicht thun wird, sagte ihm aber doch, er solle es gleich Zimmermann schreiben, was er auch that.
Amerika kann sich nicht aufschwingen etwas gegen England zu thun — ich sagte Kanzler er soll eine grosse Note, historisches Dokument an die Amerikaner richten, wo er ausgehend von der U Bootblockade die ganze Schraube der sich steigernden Völkerrechtsbrüche durchgeht, und schliesslich auf die Aushungerung und die in dem Falle nötige Evacuierung Belgiens etc kommt.

[c] Das folgende Wort „geben" ist gestrichen.

601 B[erlin] 26. 3. [1915]

Ernährungssorgen. Am 1. Juni die Kartoffeln zu Ende. Es muss dann möglich werden, statt Kartoffeln billiges Fleisch staatlich zu liefern.
Volksstimmung. Wie seltsam jetzt, da in Ost und West nichts vorwärts geht. Die unbeschäftigten Leute in den Clubs drehen alles ins Schlechte. Müdigkeit aller Orten. Aber doch im Volk namentlich Zuversicht. Mangelnde Nerven in Berlin W[est].
Der Weg in den sozialistischen Staat. Er kommt desto schneller, je mässiger der Ausgang ist. Die enormen Aufgaben nach dem Krieg sind nur durch Staatssozialismus zu bewältigen[1].

[1] Vgl. dazu Riezlers Artikel in der EStWZ 1 (1916), unten S. 535 ff., 541 ff., und oben S. 71 ff.

Ergänzungstagebuch B[erlin] 30/3 [1915]

Vorgestern lange mit dem zurückgekehrten Kanzler. Niemand im Hauptquartier denke den Krieg zu Ende. Der Kanzler war bei der dritten Armee[1]. Dort der Stabschef[2] — entwickelte mit jener Nüchternheit, die dem Kanzler immer imponiert — die militärische Situation würde nicht besser werden etc.

[1] Die 3. Armee unter Generaloberst v. Einem stand an dem Frontabschnitt zwischen Reims und den Argonnen (Hauptquartier Vouziers). Sie mußte vom 19. 2.—20. 3. 1915 den Hauptangriff der Franzosen während der Winterschlacht in der Champagne aushalten. RA, Bd. 7, S. 42 ff. Zu dem Besuch des Reichskanzlers in Vouziers am Nachmittag des 22. 3. vgl. K. v. Einem, Ein Armeeführer erlebt den Weltkrieg. Persönliche Aufzeichnungen. Hrsg. Junius Alter (1938) S. 112 f. [2] Generalleutnant Ritter v. Hoehn.

Man darf ihm nicht optimistisch entgegnen, sonst wird er scheu. Er giebt indes zu, dass im Falle einer occulten Verständigung mit Russland wir gut herauskommen. Sonst müssen wir die Miene machen, als könnten wir diesen Zustand jahrelang ertragen — Ernährung weitausschauend organisieren, damit drohen, zuerst Frankreich dann Belgien langsam zu evacuieren. Ich habe eine Note an Amerika über die Schraube entworfen[3], worin auch das angedeutet wird.
Ich habe sie dem Kanzler gegeben — es müsste vieles darin anders gemacht werden, wozu ich die Details nicht beherrsche, ist auch gefährlich — aber doch erwägenswert.
Ich habe den Kanzler au fond sehr gerne — er hat aber doch hie und da in der Intimität, wo er immer den advocatus diaboli spielt, geradezu groteske und perverse Allüren — in solcher Zeit.
Er jammert um das Gegenteil zu hören.
Affäre Falkenhayn. Missstimmung die sich [von] Januar ab gelegt hatte wieder stärker geworden drückt so auf die Fürsten, dass die ihrerseits anfangen sich den Gedanken zu überlegen, an den Kaiser heranzutreten[4].
Sehr schwierig für Wilh[elm] II.
Sie werden wohl zuerst an den Kanzler kommen — der muss es ablehnen aber dem Kaiser melden, ihm klar machen, wie sehr er die Imponderabilien seiner Kronen gefährdet.
Nachrichten aus Wien. Furchtbare Stimmung. Wenn uns nur der weiche Cement dort nicht abbröckelt. Stimmung des Adels gegen Deutschland. Verstimmung der oberen Militairs. Ungeschicklichkeit der Unsrigen. Englands Liebäugeln mit Oesterreich.
Stimmung hier. Berlin W[est] keine Nerven. Die Arbeiter sehr kriegsmüde. Die Sozialdemokratie auf dem besten Wege sich zu spalten. Aber Schwierigkeit, einen Umschlag der Stimmung bei der Friedenssehnsucht der Massen und langen Dauer des Kriegs zu verhindern.
Unser Idealismus. Wir denken schon es geht nicht mehr, weil wir sehen,

---

[3] Vgl. 20. 3. 1915. Der Entwurf Riezlers ist nicht bekannt.

[4] Vgl. dazu Rupprecht v. Bayern, Bd. 1, S. 324 (Aufz. vom 6. 4. 1915): „Prinz Max von Baden, der bei mir speiste, erzählte, daß in Berlin allgemein eine große Verstimmung gegen Falkenhayn bestehe, und daß, wovon mir mein Vater nichts mitgeteilt hatte, der Großherzog von Oldenburg nach München gereist sei, um eine Zusammenkunft der deutschen Fürsten anzuregen, die dem Kaiser vorstellen sollten, daß das Vertrauen des deutschen Volkes auf die Leistungen der O.H.L. geschwunden und ein Wechsel in der Person des Chefs des Großen Generalstabes angezeigt sei. Mein Vater habe den Minister v. Hertling zu der Besprechung beigezogen, und man sei auf den Ausweg verfallen, die Sache im Bundesrate zur Sprache zu bringen und zu diesem Zwecke den Ausschuß für militärische Angelegenheiten einzuberufen." Nach einem Brief Lerchenfelds an Hertling war Bethmann durch den preuß. Gesandten in Oldenburg über die Reise des Großherzogs nach München (vgl. dazu auch 1. 4. 1915) unterrichtet worden. Lerchenfeld selbst legte Bethmann in einem langen Gespräch am 1. 4. 1915 alle Bedenken gegen Falkenhayn dar und drängte ihn, für einen Wechsel in der OHL zu sorgen. Sonst sei die Stellung des Kanzlers und auch des Kaisers gefährdet. Lerchenfeld an Hertling, 3. 4. 1915, GStA München, Bestand MA 957 b; Bethmann an Treutler, 4. 4. 1915, in Janßen, Treutler, S. 226 ff.

dass nicht mehr alles zum besten ist bei der Armee, dort und da die Maschine brüchig wird und stöhnt.
Unsere Gegner, gewohnt dass vieles nicht klappt, sind glücklich, weil es immer noch verhältnismässig klappt.
Wir müssen uns zur Objectivität zwingen. Es kommt nicht darauf an, ob uns die Knochen weh thun, sondern ob sie nicht den anderen noch weher thun als uns. Wir können selbst nah am Ende sein, wenn nur der andere noch näher ist und wir die letzte Puste haben.
Nicht dass in unserer Kraftsuppe Wasser ist, darf uns traurig machen — sondern dass in unserem Wasser mehr Kraftsuppe ist, als in der der anderen, soll uns trösten.
Schiefe Perspektive aus Idealismus.
Die Kämpfe Friedrichs des Grossen sahen von innen aus gesehen viel schlimmer aus. Die Soldaten liefen massenhaft davon. Nur der grösste Wille siegt. Die fabelhafte Leistung Russlands. Der eiserne Wille Nicolais und seine Wurstigkeit.
Frage darin. Wir müssen leichtfertiger sein und verbrecherisch! Ach du mein Kanzler, grosses Kind. Aber zäh wie altes Schuhleder ist er.
Nun sind die Militärs endlich soweit — dass [sie] die Wichtigkeit der serbischen Nordostecke eingesehen haben. Die einzige Möglichkeit, Rumaenien und Bulgarien mitzubringen und Russland wirklich zu liefern[5].
Prinz Adalbert[6] war im Hauptquartier um den Kaiser zu überzeugen, dass die Flotte nicht eingesetzt werden dürfe.
Tirpitz soll der Ansicht sein, man müsse jetzt wo viele englische Schiffe beschädigt sind, den Angriff versuchen.
Es wird furchtbar geschimpft über die Führung bei allen bish[erigen] Seegefechten aber Pohl wird wohl nicht besser sein[7].
Unbegreiflich vor dem Krieg die militärische Überschätzung Oesterreichs, der Mangel an militärischem Einfluss in Wien. Befestigung nach Norden, statt nach Süden. Aber alles wohl fliessend aus der eigenen Überhebung.

---

[5] Das Ausw. Amt und auch Bethmann drängten zu einer Operation gegen Serbien, um den Verbindungsweg zur Türkei herzustellen, Bulgarien für ein Zusammengehen mit den Mittelmächten und Rumänien für wohlwollende Neutralität zu gewinnen. Falkenhayn lehnte aus Mangel an verfügbaren Kräften bis Mitte März eine Offensive in Serbien ab. Am 15. 3. teilte er mit, er plane eine Operation gegen Serbien, machte sie jedoch vom Mitgehen Bulgariens abhängig. Seit dem 21. 3. verhandelte er mit der österr. Heeresleitung über eine Verlegung von Truppenteilen von der Karpatenfront nach Serbien, aber es wurde keine Einigung erzielt. Janßen, Kanzler und General, S. 94 ff.

[6] Prinz Adalbert v. Preußen (1884—1948), Sohn Wilhelms II., Korvettenkapitän, begab sich am 25. 3. 1915 zum Kaiser, um eine Denkschrift Pohls vom 23. 3. 1915 zu überbringen, in der dringend geraten wurde, die Flotte zurückzuhalten. Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 224 ff.

[7] Am 2. 2. 1915 wurde Pohl, bislang Chef des Admiralstabes, als Nachfolger v. Ingenohls zum Chef der Hochseestreitkräfte ernannt. Sein eigener Nachfolger wurde Admiral Bachmann. Hubatsch, S. 114.

1/4 [1915]

Hertlings Brief an den Kanzler[1]. Dummes Gerede. Wunsch nach Bundesratsausschuss. Es würde Revolution geben, wenn ein den Opfern nicht entsprechender Friede abgeschlossen würde.
Wir wissen, dass alldeutsche Leute[2] dem König von Bayern insinuiert haben den Kanzler zu stürzen. Der König hat die Leute hinausgeworfen — sie sollen es dann noch einmal versucht haben unter Ausnutzung der Nichtberücksichtigung bay[erischer] Wünsche bei der elsass lothringischen Frage[3].
Die Fürsten wollen zum Kaiser contra Falkenhayn[4]. Sehr schwierige Situation für den Kanzler. Er muss versuchen die Demarche ohne Erfolg zu verhindern und dem Kaiser raten, sie nicht kommen zu lassen, sondern Falkenhayn vorher zu stürzen.
Italien sammelt Armee an der Nordostgrenze!! Sie werden dann doch ein Ultimatum stellen und das Trentino doch haben wollen.

---

[1] Im März 1915 fuhr der Großherzog v. Oldenburg als Wortführer der Annexionisten nach München, um den bayer. König zu überreden, sich an die Spitze aller deutschen Fürsten zu stellen und in ihrem Namen dem Kaiser zu erklären, „daß es so nicht weitergehen könne". Gegen ein solches Vorgehen über den Kopf des Reichskanzlers hinweg machte jedoch Hertling verfassungsrechtliche Bedenken geltend und empfahl statt dessen, die Einberufung des Bundesratsausschusses für die Auswärtigen Angelegenheiten zu verlangen. Zu diesem Zweck schrieb er am 28. 3. 1915 an den Kanzler (Text GStA München, VII, 50; Auszüge bei Janßen, Macht und Verblendung, S. 45 f.). Hinsichtlich der Kriegsziele heißt es in dem Brief: „Seine Majestät der König ist nach wie vor der Meinung, daß durchgehalten werden muß, bis ein dauernder und ehrenvoller Frieden gesichert ist, und daß bei den ungeheuren Opfern an Gut und Blut, welche gebracht wurden, es nicht genügen kann, zu dem Status quo ante zurückzukehren." Die Sitzung des Bundesratsausschusses fand am 7. 4. statt. Janßen, a.a.O., S. 44 ff.
[2] Vgl. Anm. 1.
[3] Zu den Ansprüchen König Ludwigs auf Elsaß-Lothringen vgl. 22. 8. 1914, Anm. 8.
[4] Vgl. 30. 3. 1915, Anm. 4.

4/4 [1915]

Die Stimmung hier ist mehr als mulmig. Die Oesterreicher lassen sich in den Karpathen dauernd zurückdrängen. Italien ist ganz stur.
Bülow berichtet sehr pessimistisch, aber mit Absicht[1]. Vom Papst wissen wir durch Erzberger[2], er wäre gar nicht mehr beunruhigt.
Leider ist aber weder Bülow noch dem Papst völlig zu trauen. Bülow macht jeden italienischen Bluff hier mit. Der Papst der für Frieden

---

[1] Vgl. 17. und 20. 3. 1915. Zum Urteil über Bülow vgl. Janßen, Treutler, S. 229.
[2] Matthias Erzberger (1875—1921), Volksschullehrer, seit 1903 MdR (Ztr.), 1918 Staatssekretär im Kabinett des Prinzen Max. — Erzberger ging im Februar 1915 nach Rom, um über den Vatikan einerseits auf die ital. Neutralisten, andererseits auf die Christlich-Soziale Partei in Wien einzuwirken, die einen gewissen Einfluß auf Burián ausübte. Erzberger hatte am 3. 4. eine Audienz beim Papst, über die er Bethmann telegraphisch einen optimistischen Bericht gab. Epstein, S. 141 ff., 146 f.

war, kann aber jeden Augenblick gegen inneritalienische Vorteile für Krieg sein — trotz seines dadurch bedrohten Souveränitätsrechts, der Abberufung der Gesandten etc.
Der Kanzler ist ganz guter Dinge — trotz der jetzt gerade nicht sehr hoffnungsvollen Lage oder vielleicht gerade wegen ihr.
Falkenhayn der Leichtfertige, sagt, es ginge ausgezeichnet er hätte ein Korps nach den Karpathen geschickt[3].
Wenn Wien nicht zusammenkracht, heisst es aushalten, sich von der Vorstellung des 70er Krieges lösen und an den siebenjährigen erinnern.
Wenn Gefahr eines Wiener Zusammenbruchs näher rückt, dann Verständigung mit Russland über Oesterreich. Aus Deutsch[-]Oesterreich Böhmen Ungarn Belgien Dänemark, ein um den deutschen Bundesstaat herumgelegter Staatenbund, lose, wirtschaftlich, Vorzugszölle — gemeinsame Kolonien gemeinsame höchste Zollgrenzen.

[3] Seit dem 23. 3. mußten die Österreicher unter den Angriffen der Russen ihre Truppen immer wieder zurücknehmen. Conrad erhielt am 26./27. 3. die Zusage, daß ein neues deutsches Korps, das Beskidenkorps unter General v. d. Marwitz, zu seiner Unterstützung aufgestellt werden sollte. RA, Bd. 7, S. 128 ff.

602 8/4 [1915]

schwarzes Buch
Bessere Nachricht aus Indien, Afghanistan etc[1].
Auch Italien. Bülow malt schwarz aber lässt den deutschen Blättern sagen, es solle pessimistisch gemalt werden, natürlich damit dann sein Erfolg gross da steht. Erzberger der dort war, berichtet viel besser. Sonnino sagte zu Erzberger, St. Franz[2] war Dolmetscher[,] bis dat qui cito dat. Erzberger antwortete bis accipit qui cito accipit[3]. Ein vor-

[1] Vgl. 20. 9. 1914. Die deutsche Afghanistan-Expedition hatte im Herbst 1914 neben der Gewinnung der schiitischen Oberhäupter in Karbala und Naǧaf den Auftrag bekommen, die Ölleitungen der APOC (Anglo-Persian Oil Company) zwischen Ahwāz und Abadan zu zerstören. Ein anglo-indischer Vorstoß vom Schatt-el-Arab aus hatte im November 1914 die Durchführung dieses Auftrags unmöglich gemacht. Als aber im Frühjahr 1915 eine türk. Offensive gegen Mesopotamien begann, stieß auch die deutsche Expedition vor. Am 13. 3. brach sie von Amara auf, am 22. 3. zerstörte sie Teile der APOC-Leitungen ca. 30 km südl. von Ahwāz. Andere Teile wurden von Araberstämmen zerstört. Gehrke, S. 93 f.
[2] Franz v. Stockhammern. Er trug diesen Spitznamen wegen seiner ausgedehnten kirchlichen Studien und seiner streng religiösen Gesinnung. Hutten-Czapski, Bd. 1, S. 435.
[3] Die Unterredung fand am 6. 4. statt. Erzberger suchte Sonnino zu überreden, auf der von Österreich angebotenen Basis zu verhandeln und an der Neutralität festzuhalten; Deutschland sei bereit, die Garantie für den Vollzug der Abmachungen zu übernehmen. „Meiner Meinung, daß rasch abgeschlossen werden müsse, schloß er sich mit dem Hinweis darauf an, er habe schon vor Monaten zum Fürsten Bülow gesagt: ‚Bis dat, qui cito dat' — eine Bemerkung, die ich mit: ‚Bis accipit, qui cito accipit' quittierte." Erzberger faßte nach der Unterredung seine Meinung dahingehend zusammen, daß ital.-österr. Verhandlungen durchaus noch Aussicht auf Erfolg hätten und eine Bindung Italiens an die Entente noch nicht stattgefunden habe. Erzberger, S. 28; Epstein, S. 147 f.

trefflicher Schullehrer — Italien dilatiert. Oesterreich gegenwärtig über alles Lob erhaben. Die Italiener sagen nie ganz, wie viel sie wollen, schieben es den Oesterreichern zu, anzubieten. Verkehrte Welt.
Wahnschaffe erzählte von herrlicher Sitzung des Kanzlers mit den südd[eutschen] Ministerpräsidenten[4]. Elsass Lothringen. Sehr gut gemacht.
Der Kanzler entwickelte das Problem in allg[emeinen] Zügen. Teilung, Zerschlagen. Natürlich kein Machtzuwachs, sondern schwere nationale Aufgabe.
Hertling: natürlich kein Machtzuwachs, eher Opfer, aber Bayern wolle gerne das Elsass. Confessionelles Moment.
Darauf Baden, nein[,] Preussen das wäre zu ertragen Bayern nie — Sachsen ebenso heftig. Vitztum[5] sagt in diesem Falle müsse Sachsen Kompensation verlangen etc.
Der Kanzler hat die Bayern sehr gut auf die anderen Bundesbrüder auflaufen lassen.

---

[4] Im Anschluß an die Geheimsitzung des Bundesratsausschusses für die Auswärtigen Angelegenheiten am 7. 4. (vgl. 1. 4. 1915, Anm. 1) berief der Reichskanzler die Ministerpräsidenten von Baden, Bayern, Sachsen und Württemberg zu einer Geheimkonferenz über Elsaß-Lothringen am 8. 4. 1915 ein. Zu dieser vgl. Janßen, Macht und Verblendung, S. 48 ff., und den ibid., S. 297 ff., abgedruckten Bericht des badischen Staatsministers v. Dusch über die Sitzung. Bethmann schlug die Aufteilung des Reichslandes vor (die nordöstl. Teile an Bayern, der Kreis Mühlhausen und die nördl. angrenzenden Kantone bis Neu-Breisach an Baden, der Rest an Preußen). Die Aufteilung begründete er damit, daß die Forderung der Elsaß-Lothringer nach Autonomie nur den Abfall des Landes vorbereiten würde, auch fehlten dem Land die Grundlagen für die Existenz als selbständiger Bundesstaat. Die Teilung solle den drei beteiligten Ländern keinen Machtzuwachs bringen, „sondern lediglich die Beseitigung der bestehenden Gefahren und den engen Anschluß an das Reich bezwecken, die sich als Übernahme einer nationalen Pflicht darstelle". Hertling übernahm diese Argumentation, glaubte aber „nach Informationen aus dem Elsaß . . ., daß die Angliederung des ganzen Elsaß an Bayern gute Aufnahme finden würde, insbesondere der Klerus (sic!) werde sich willig anschließen. Der jetzige Plan, Bayern nur einen ‚ganz kleinen Teil' des Elsaß zu geben, würde die Aufgabe der Teilung nicht erfüllen." Der bad. Ministerpräs. lehnte jede Aufteilung ab; er befürwortete die Beibehaltung des status quo „unter Schaffung neuer — früher leider aufgegebener — Machtmittel (Diktaturparagraph) zur Abwehr separatistischer Tendenzen." „Äußersten Falles glaube er, daß Baden auch einer Angliederung an Preußen zustimmen würde." Der sächs. Ministerpräs. empfahl ebenfalls die Angliederung an Preußen, „das ohnehin die Hegemonie im Reiche habe, unter der wir uns alle wohlbefinden". Kompensationswünsche werden in den bei Janßen benutzten Quellen über diese Sitzung nicht genannt, doch war allgemein bekannt, daß Sachsen im Falle einer Vergrößerung Bayerns Kompensationen forderte (ibid., S. 51 f.).

[5] Christoph Graf Vitzthum v. Eckstadt (1863—1944), 1909—1918 sächs. Minister des Innern und Äußern.

603 Charleville 13/4. [1915]

Gestern hierher gefahren. Wundervoller Frühling. Ruhe. Stimmung west-oestlichen Divans. Milder Gleichmut. Gottes Wille in der Sonne[a].
Gestern abend die italienische Forderung[1]. Unverschämt. Görz Gradiska, dalmatinische Inseln, Trento bis Klausen, Triest unabhängig[,] sofortige mise en effet.
Bestürzung Wut.
Grund dafür dass Oesterreich immer schwächer wird, Italiener Unvermeidlichkeit vollkommener Auflösung annehmen.
Kanzler und Stumm halten Situation noch nicht für verloren. Ein Teil Bluff. Wir wissen dass Italiener sich abhandeln lassen.
Das gemeine ist, dass trotz zunehmender Schwäche Oesterreichs wir die Sache halten können, ja sogar noch entscheidend siegen können durch Zusammenbruch Frankreichs Russlands falls! Italien Rumaenien ect gehalten wird. Das b e i n a h e .
Ich glaube dass Italien für den Fall Losschlagens erhebliche Concessionen von Frankreich Corsica Tunis in der Tasche hat, fürchte es ist zum Krieg entschlossen. Dann wird sich Oesterreich an England um Schutz wenden und England Separatfrieden mit Russland vermitteln. Russland das sich dann von England und Frankreich für Weiterkämpfen hoch bezahlen lassen kann, wird weiterkämpfen.
Für diesen Fall müssen wir Vorkehrungen treffen, um die Grenze halten zu können, zuvörderst aber alles verfügbare nach den Karpathen werfen und zwar möglichst weit westlich, um unseren versprengten Truppen im Falle Separatfrieden Oesterreichs Rückzug zu erleichtern.
Kanzler gut bei Posten, will nach Möglichkeit auf Oesterreich drücken [sich] à tout prix mit Italien zu verständigen.

---

[a] Nicht sicher lesbar.

[1] Memorandum vom 10. 4. (am 11. 4. in Berlin überreicht) mit den Forderungen: sofortige Abtretung des Trentino an Italien, ebenso der Städte Gradiska und Görz, Berichtigung der Ostgrenze Italiens, Abtretung einer Anzahl dalmatinischer Inseln; Triest und seine Umgebung werden ein unabhängiger Staat, die Stadt wird Freihafen; Anerkennung der vollen Souveränität Italiens über Valona; Österreich erklärt sein völliges Desinteressement an Gesamtalbanien. Italien stellte als Gegenleistung volle Neutralität während des ganzen Krieges in Aussicht. Österr.-Ungar. Rotbuch, S. 128 ff.

604 Charleville 18/4 [1915]

Immer noch wundervolle Sonne. Ein Frühlingstag in dessen Ruhe Liebheit aller Krieg verschwindet. Die ewige Welt geht ihren Gang. Es ist nichts grosses, was vor ihr nicht klein wäre.
Es wurde auf Oesterreich gedrückt, seine Antwort so zu formulieren, dass Rom nicht abbrechen kann. Die oesterr[eichische] Antwort ist nun da, sie ist das ungeschmeidigste, was sich denken lässt, spricht das

Wort inacceptable immer wieder aus, gleichzeitig soll aber Burian mündlich haben durchblicken lassen, es wäre nicht sein letztes Wort[1]. Wie ungeschickt! Hier natürlich grosse Wut darob! Ausserdem wackelt Griechenland wieder auf neue Versuchungen der Entente hin[2]. Kurz und gut, es sieht aus, als würde das ganze südöstliche Haus, das ja immer e i n w e n i g Kartenhaus war zusammenstürzen.
Gestern lange mit dem Kanzler zusammengesessen, um ihm mein neues Europa, d. h. die europäische Verbrämung unseres Machtwillens, auseinanderzusetzen. Das mitteleuropäische Reich deutscher Nation. Das bei Aktiengesellschaften übliche Schachtelsystem, das deutsche Reich eine AG. mit preussischer Aktienmajorität, jede Hinzunahme neuer Aktionäre würde diese Mehrheit, auf der, als auf der preussischen Hegemonie[,] das Reich steht, zerstören. Daher um das deutsche Reich herum ein Staatenbund, in dem das Reich ebenso die Majorität hat wie Preussen im Reich — daher d[enn] Preussen auch in diesem Staatenbund die thatsächliche Leitung hat. Die belgische Frage so lösen, dass sie dieser zukünftigen Entwicklung nicht im Wege steht, sondern sie im Gegenteil selbst heraufführen hilft.
Dann Oesterreich so behandeln, dass es von selbst hineinwächst. Das wird es und muss es.
Dann den europäischen Gedanken in Skandinavien und Holland stärken. Man braucht gar nicht von Anschluss an die Centralmacht zu reden. Der europäische Gedanke, wenn er sich weiter denkt, führt ganz alleine zu solcher Konsequenz. Ditto die Ermüdung und der nach dem Kriege zu erwartende Pazifismus. Man muss der Welt den ewigen Frieden versprechen.
Im Momente, da durch Herausbleiben Italiens die Entwicklung[a] sich übersehen lässt, müssen wir mit dem europäischen Programm herauskommen. Neuer Begriff des Gleichgewichts. Nicht das von Kant[b] gekennzeichnete der Englaender das einem so equilibrierten Hause gleicht,

---

[a] Das folgende Wort „abgeschlossen" ist gestrichen. [b] richtig: cant.

[1] Zum deutschen Druck auf Österreich vgl. Janßen, Kanzler und General, S. 106, 109. Die österr. Antwort vom 16. 4. 1915 lehnte die meisten ital. Forderungen ab, so namentlich die auf Triest, Görz, Gradiska, Albanien und die dalmatinischen Inseln bezüglichen. Hinsichtlich des Trentino beanstandete sie die von Italien vorgeschlagene Abgrenzung und verweigerte außerdem die sofortige Abtretung. Doch sei die Regierung bereit, die Verhandlungen über die Kompensationsfrage mit Italien in freundschaftlicher Weise fortzusetzen. Österr.-Ungar. Rotbuch, S. 134 ff.

[2] Der Angriff der Entente auf die Dardanellen (vgl. 13. 3. 1915) hatte die Neutralität Griechenlands für einige Tage in Frage gestellt, da der Premierminister Venizelos der Entente drei Divisionen zur Eroberung Konstantinopels in Aussicht gestellt hatte. Der neutralistische König Konstantin erzwang jedoch den Rücktritt des Ministers am 6. 3. 1915. Janßen, Kanzler und General, S. 88, Anm. 15. In der zweiten Aprilhälfte unterbreitete die Entente Griechenland erneut weitgehende Versprechungen für den Fall, daß das Land in den Krieg gegen die Türkei eingriffe. Unter dem Eindruck der alliierten Erfolge an den Dardanellen Ende April verlangte die öffentliche Meinung in Athen den Kriegseintritt des Landes, und auch der König wurde schwankend. Mühlmann, OHL, S. 103.

dass[,] wenn ein Sperling sich auf diese eine Ecke setzt, es zusammenstürzt.
Aeneis Vers 567[3][:]
solvite corde metum Teucri secludite curas.
Res dura et regni novitas me talia cogunt
moliri et late finis custode tueri.
Das kann der deutsche Militarismus nach dem Krieg der Welt zurufen.
Dies Mitteleuropa ist wirtschaftlich und politisch die welthistorische Aufgabe. Sie kann durch das Losgehen Italiens wenn wir die Sache trotzdem militärisch halten, nicht in jedem Falle vereitelt vielleicht sogar gefördert werden.
Mein Gleichmut.

[3] Der Vers findet sich in Buch I, 562—564.

605 Charleville 28/4 [1915]

Inzwischen 8 Tage in Berlin. Die italienische Brühe[a] nicht so heiss, als sie hier in der Stagnation erschien. Die Italiener verhandeln weiter und ziehen hin. Conrad und Burian in Berlin[1]. Ganz geheim. Natürlich gehen sie ins Adlon und die ganze Stadt weiss es.
Unsicherheit in Berlin. Das mangelnde Vertrauen der forschen Leute in die Kraft des Kanzlers. Dazu kommt, dass das Volk keine Ahnung hat, was auswaertige Politik ist und alles dazwischen holkt nach eigenem Urteil. Lächerlich diese Discussion der Kriegsziele, die eine Discussion der Affekte ist. Das Misstrauen gegen den Kanzler ganz natürlich. In einer solchen Zeit muss ein Mann wirken wie eine in die Welt geschleuderte Granate. Er muss hauen, und wenn er zweimal daneben haut und einmal richtig, dann geht es doch vorwärts.
Seine schreckliche Belastung. Aber alle seine schlechten Eigenschaften haben ein gutes. Die Nichtpolitiker haben das Vertrauen, dass wenn der Mann etwas fordert, dass es dann wirklich notwendig ist und errungen werden kann etc. Das war schon beim Kriegsbeginn ein wichtiges Plus.
Gestern im Salonwagen mit Helfferich und dem Kanzler lange die Zollunionfrage mit Oesterreich besprochen. Übereinstimmung darüber dass alles eine politische Frage:

[a] Nicht sicher lesbar.

[1] Am 24. 4. 1915 zur Aussprache über die geplante deutsch-österr. Offensive in Galizien und die ital. Frage. Conrad und Falkenhayn beschlossen, an der Schlacht in Galizien festzuhalten, trotz der Gefahr, daß Italien Österreich in den Rücken fiel. Bethmann bestand Burián gegenüber darauf, die Verhandlungen mit Italien müßten so geführt werden, daß dessen Kriegseintritt „unter allen Umständen vermieden werde". Burián weigerte sich, vor den Italienern ohne weiteres zu kapitulieren, wobei er darauf hinweisen konnte, daß Italien zwei Tage zuvor auf die letzte österr. Note kritisch, aber nicht ablehnend geantwortet habe. Er suchte — vergeblich — eine deutsche Garantie gegen einen ital. Angriff zu erhalten, für den die Monarchie nicht gerüstet war. Janßen, Kanzler und General, S. 108 f.; Aufz. Bethmanns über die Konferenz vom 25. 4. 1915 in PA, Wk 15, Bd. 1.

unbedenklich in zwei Fällen 1.) wenn Oesterreich siegreich aus dem Krieg hervorgeht, 2.) wenn ganz geschlagen und seiner Aussenposition verlustig, so dass es künftig, ausser der tschechischen Frage keine besonderen Gegensätze zu Russland keinen eigenen Balkanehrgeiz haben kann.
Das zweite tritt nur ein, wenn Italien losgeht und müsste dann zur Angliederung der Reste an uns, in der bekannten losen Form führen.
War alles gut und richtig und zu Ende gedacht was der Kanzler und Helfferich sagten.
Dann über die finanzielle Situation. 2—3 Milliarden neue Steuern, falls keine Kriegsentschädigung. Kriegskosten des letzten Monats 1,8 Milliarden. Verschwendung der Intendanten, der grosszügige miles.
Es wird aber alles wieder gehen.
Hauptangst die [man] haben muss, ist die vor dem wahnsinnigen politischen Unverstand der Herrschaft der blinden Affekte. Armes Deutschland. Naives Land. Ideologen der Gewalt und solche der Bescheidenheit. Welch Schauspiel. Wie Frankreich sich in verschwenderischem Wahnsinn verblutet! Russland seine Menschen einem Traum nachhetzt. England beleidigt[,] weil ihm sein moralisches Recht des guten Geschäfts strittig gemacht wird.
Der Zusammenbruch des Völkerrechts — die Chlordämpfe nie wieder aus der Kriegführung zu verbannen. Aus der Richtung kommen die grössten Umwälzungen der ganzen Aspekte von Welt und Mensch.

Ergänzungstagebuch 10. 5. [1915]

Lange nichts eintragen können. Zuviel Bewegung. Dazu [...] morgen meine eigne Hochzeit.
Ende April wieder Hauptquartier[1]. Alles um Italien. Das Würgen etc. in Wien. Psychologisch ja ganz verständlich, dass der habsburg[ische] Hochmut jahrhunderte alt sich nicht durch einen rechtzeitigen weisen Entschluss freiwillig bricht.

[1] In Charleville. Vgl. 28. 4. 1915, auch zu Italien.

606 Berlin 16. 5. [1915][a]

Noch bis 5. Mai in Charleville[1].
Gespräch mit Helfferich über Belgien. Wundervoller Frühling. Autofahrten. Mit Helfferich an die Front, Champagne, Fort Berry bei Reims.

[a] In der Vorlage: „1905".

[1] Im Großen Hauptquartier. Am 7. 5. 1915 wurde dieses nach Pleß in Oberschlesien verlegt, im Zusammenhang mit dem Entschluß Falkenhayns vom April 1915, die Entscheidung zunächst in einer großen deutsch-österr. Offensive in Galizien zu suchen. Vgl. dazu Janßen, Kanzler und General, S. 104 ff.

Die Lager der Truppen in der Champagne. Wie das deutsche Gemüt sich in kleinen Häuschen mit Vorgärten austobt, auf den Giebeln steht dann Hiddek. (Hauptsache ist d. d. Englaender Keile kriegen).
Bei Reims heisser Frühlingsnachmittag nach Regen. Die Granaten. Das hin und her der Kolonnen. Die wundervolle Heimfahrt an dem wolkigen Frühlingsabend, in der weichen breiten Weidenlandschaft.
In Berry Bouillon mit dem Kanzler, in Givet mit Helfferich. Die tristen Ardennendörfer noch zusammengeschossen, die blühenden Obstbäume zwischen den Trümmern.
Auf der Fahrt lange mit Helfferich über die Eventualität gesprochen, dass wir keinen Frieden mit England bekommen und auf dem Gebiet stehen bleiben müssen, ja auf die Enteignung des deutschen Eigentums in England etc mit der Austreibung der Belgier und Franzosen antworten müssen.
Helfferich der seine politische Tradition erst aus dem neuen Deutschland hat, überhaupt innerlich nicht zum alten gehört, hat am meisten den modernen Machtwillen. Der Kanzler von all den Menschen des alten Deutschlands, die also in der Atmosphäre von 70 und 80 gross geworden sind und denen zumeist ein deutsches Weltreich ein widersinniger undenkbarer Gedanke ist, der einzige, der mit den Erlebnissen allmählich umlernt. Lange mit ihm über den inneren Sinn des Krieges gesprochen, nach dem er als Geschöpf der alten Humanitätskultur immerfort sucht.
Die Tölpelhaftigkeit innere Ideallosigkeit der Alldeutschen. Schreckliche Aspekte. Wenn wirklich die Welt in Zukunft dem Ruin[b] verfallen soll, so ist die Frage dieses Krieges ob und wie sehr, zwischen der hohlen nichtssagenden englisch amerikanischen Plattheit die die Gegenwart international beherrscht und zeichnet, ein deutscher Geist nicht nur für sich bestehen, sondern der Welt ein Signum aufdrücken soll.
Die ganzen Tage in Charleville, die kommenden in Berlin überschattet von der italienischen Frage. Da das Kabinett aus Angst vor der Gasse und in der Idee die „Konjunktur" bis zur Zertrümmerung Oesterreichs auszunützen, den Krieg will, hatten wir die Hoffnung beinahe aufgegeben. Das Ringen mit Oesterreich um die Konzessionen. Das Auf und Ab in Wien zwischen Übermut und Verzweiflung. Burian-Sturian der auf alles Drängen immer versichert, er werde den psychologischen Moment erfassen und ihn so gut erfasst, dass er ihn um einige Stunden verpasst.
Immer mehr muss in Wien abgepresst werden, schliesslich bleibt als einzige Hoffnung, dass die oesterreichischen Konzessionen so stark sind, dass das Ministerium es nicht mehr wagt, den Krieg in der Öffentlichkeit zu begründen[2].

---

[b] Nicht sicher lesbares Wort.

[2] Italien kündigte am 4. 5. den Dreibund, dennoch gingen die Verhandlungen mit Wien weiter. Am 2. 5. erklärte sich Burián zu entgegenkommenden Formulierungen hinsichtlich

Die Feier in Quarto. Gott sei Dank, sagt wohl eine Drohung P a p c h e n s König und Ministerium im letzten Moment ab[3].
Nun ist Giolitti[4] als Retter erschienen, das Ministerium gestürzt und gute Aussicht[5]. Nun wieder die Sorge, dass die Oesterreicher ihre Konzessionen rückgängig machen.
Der Kanzler sehr gut wie immer in solcher Zeit. Auf der Rückfahrt und sonst viel gesprochen über die Politik die wir befolgen müssen, falls Italien und mit ihm Rumaenien losschlagen. Fest bei Oesterreich bleiben. Wenn es nicht zu halten ist, so wird der Friede auf seinen Trümmern geschlossen, die Hauptsache Deutsch Oesterreich und Ungarn ohne Siebenbürgen und Kroatien fallen in unseren Machtbereich. Ihm nur keine Handhabe zu einem Separatfrieden bieten. Die alte Perfidie der Wiener Hofburg wird nur darauf warten. Die öffentliche Meinung in Oesterreich und Ungarn muss nach uns als nach dem Retter schreien.
Am 11ten geheiratet. Mitten in der Angst um Italien. [...] Dann nach Weimar. Dort sehr, sehr schön. Tiefurt Belvedere. Die weiche und doch kräftige Landschaft. Wie einfach und der Natur nahe das Malerische all dieser Menschen, daher der directe Verkehr mit Gott.
Wie unglücklich wir sind, unter dem Ansturm der Quantitäten und den heillos verwickelten Zusammenhängen, die nur auf gar nicht zu Ende zu denkenden Umwegen zu Gott führen. Der ordentliche Goethe, keine Minute verloren. Die Reinheit. Meine Gewissensbisse, Zeitverschwendung und nach allen Seiten zerfliessen.

Albaniens und des Gebietes nordwestlich von Triest (am Isonzo) bereit. Am 5. 5. teilte er nach Rom mit, Österreich sei bereit, sein Desinteressement an Albanien zu erklären, doch könne es einer sofortigen Übergabe der an Italien abzutretenden Gebiete nicht zustimmen. Am 8. 5. telegraphierte Bethmann an Bülow, Österreich sei nun bereit, „letzten Endes alles zu bewilligen". Daraufhin vereinbarten Bülow und Erzberger mit dem österr. Botschafter in Italien ein sehr weitgehendes Angebot, das am 10. 5. überreicht und nachträglich von Burián akzeptiert wurde: Abtretung des Trentino sowie des Isonzogebietes einschließlich Gradiska; volle städtische Selbstverwaltung, Freihafen und eine ital. Universität für Triest; Valona; freie Hand im restlichen Albanien; weitere Verhandlungen über die noch offenen Fragen Görz und dalmatinische Inseln; deutsche Garantie für das Abkommen. Österr.-Ungar. Rotbuch, S. 157 ff.; RA, Bd. 8, S. 3 f.; Epstein, S. 153 f.

[3] Am 5. 5. fand die Enthüllung des Garibaldi-Denkmals in Quarto bei Genua statt. Viktor Emanuel III. (1900—1944) hatte seine Teilnahme angekündigt, sagte aber in einem Telegramm vom 3. 5. ab. Schultheß 1915/II, S. 954; Rosen, S. 348 f.

[4] Giovanni Giolitti (1842—1928), vor dem 1. Weltkrieg wiederholt Minister und Ministerpräsident, seit 1882 Mitglied des Parlaments, Führer der liberalen Parlamentsmehrheit und seit Ausbruch des 1. Weltkriegs Verfechter der Neutralität Italiens. 1920/21 wieder Ministerpräsident.

[5] Giolitti kehrte am 9. 5. aus seinem Ferienort Cavour nach Rom zurück, beunruhigt durch Nachrichten über den bevorstehenden Kriegseintritt Italiens, und verursachte den Rücktritt Salandras am 13. 5. 1915. Die Intervention Giolittis blieb jedoch ohne Folgen: am 16. 5. lehnte der König den Rücktritt Salandras ab, am 20. 5. bestätigte das Parlament mit großer Mehrheit seine Politik. Rosen, S. 348 ff.

607 Berlin 22. 5. 15[1]

Italien entschieden[2]. Alles Vernünftige dagegen. Furchtbares Schauspiel. D'Annunzio[3] der Strassenpöbel. Terrorismus[4].
Nun entscheidende Entschlüsse in der Kriegführung. Die Türkei droht mit Separatfrieden, falls nicht die Nordostecke freigemacht wird. Das war für Mitte Mai zusammen mit den Bulgaren geplant, ist das einzige sichere Mittel die Rumaenen zu halten[5].
Indes kaum möglich, weil zuerst die Russen weitergeschlagen und die Erfolge ausgenützt werden sollen, alles trotzdem verfügbare aber gegen Italien gehen soll[6].
Dann müssten wir aber von Oesterreich die Bereitwilligkeit erzwingen, die Rumaenen für Mitgehen territorial zu entschädigen — gleich jetzt, nicht für Neutralität, da Neutralität in dieser Zeit viel gefährlicher zu halten, als mitgehen, und sich das Beispiel Italiens sonst wiederholt.
Ein Losschlagen Rumaeniens gegen uns und türkischer Separatfriede würde im Innern eine nicht auszuhaltende Unruhe über die Führung der auswaertigen Politik hervorrufen.
Schreckliches Schauspiel das die Welt bietet. Ideeller Zusammenbruch. Taumel des Hasses. Die gemeine Gewalt der modernen Welt, die Unbildung des Pöbels in den Händen der Presskonzerne.

---

[1] Vermutlich falsche Datierung. Die ital. Kriegserklärung und der Aufruf Kaiser Franz Josephs erfolgten am 23. 5. 1915.

[2] Am Nachmittag des 23. 5. überreichte der ital. Botschafter in Wien Burián die Kriegserklärung Italiens. Österr.-Ungar. Rotbuch, S. 201 f.

[3] Gabriele d'Annunzio (1863—1938), ital. Dichter und nationalistischer bzw. faschistischer Politiker, 1898—1900 Kammer-Abg., Mai 1910 wegen finanzieller Schwierigkeiten ins „freiwillige Exil" nach Frankreich, kehrte Anfang 1915 zurück, um für den ital. Kriegseintritt zu wirken, im Krieg Offizier. 1919 unternahm er einen Handstreich auf Fiume und regierte dort bis 1921, lebte dann am Gardasee und war aktiv an der faschistischen Bewegung beteiligt.

[4] d'Annunzio war an den großen Demonstrationen für die ital. Intervention beteiligt, die seit dem 12. 5. in Rom und anderen großen Städten Italiens stattfanden. Rosen, S. 358 f.; Epstein, S. 155.

[5] Vgl. 30. 3. 1915. Die Operation gegen Serbien wurde Mitte April für die zweite Maihälfte ins Auge gefaßt. Mitte Mai wurde der Plan aus verschiedenen Gründen fallengelassen. Infolge des ital. Kriegseintritts drängte Österreich, lieber alle Kräfte gegen Italien zu konzentrieren; Bulgarien erklärte, daß es lediglich Neutralität üben könne, und auch die Türkei betonte, ein Sieg über Rußland würde größere Wirkung auf den Balkan ausüben als ein Feldzug gegen Serbien. Am 21. 5. kamen die deutsche und die österr. Heeresleitung überein, die Offensive gegen Rußland mit allen Kräften fortzusetzen und an den übrigen Fronten defensiv zu bleiben. Janßen, Kanzler und General, S. 116 ff.

[6] Abmachung der deutschen und österr. Heeresleitung vom 21. 5. 1915 (vgl. Anm. 5). Die Verteidigung gegen Italien sollte an den Isonzo vorverlegt, die dortigen österr. Truppen sollten durch einige deutsche Divisionen verstärkt werden. Falkenhayn hoffte, nach dem Sieg von Gorlice durch einen neuen Angriff das russ. Heer für den Rest des Sommers zermürben zu können. Falkenhayn, S. 84 ff.

Die Plünderung in London[7], gleichzeitig amtliche Publikation über deutsche Greuel ohne Zeugenaussagen[8]. Die ganze Welt gegen uns.
Was hilft uns der Mantel des Rechts in den wir uns hüllen. Deutschland zieht sich ideell in sich zurück.
Die englisch-französische Phrase die die Welt beherrscht.
Nirgends haben mehr einzelne die Führung, ausser bei uns und in der Türkei — auch die Russen haben sich so in ihre Siege hineingelogen, dass sie nicht zurück können, ohne durch das Eingeständnis den Rückschlag im Inneren und die Revolution zu beschleunigen.
Die scheussliche Seite dieser Massenwirkungen — durch die allgemeinen Lebensbedingungen sind die gemeinsten Eigenschaften, Lüge Heuchelei etc die mächtigsten geworden. Infolge der allgemeinen Unbildung und der Minderheit der modernen Machtmittel fehlt der Macht auch noch der aesthetische Stil.
Das Problem der deutschen Weltbezwingung, überhaupt einer grossen politischen Rolle der Deutschen mit seiner ganzen Tragik — dass nämlich das beste am Deutschen sein Idealismus und seine gerade Tapferkeit der Politik widerstreben — zeigt sich schon jetzt: er verfügt über alle die modernen Machtmittel nicht, hat nirgends eine Phrase für sich[,] hat nur ein Mittel, die Gewalt. Wie soll er aber mit der[,] selbst wenn er die ganze Welt niederzwänge, sie dann beherrschen.
Das moralische sich aufrecken Oesterreichs! Der ausgezeichnete Aufruf[9]. Seltsam. Sollte das alte Oesterreich noch einmal innerlich wachsen.

[7] Am 14. 5. fanden in London und in anderen engl. Städten Ausschreitungen gegen Deutsche statt. Schultheß 1915/II, S. 766.
[8] Vermutlich sind die Veröffentlichungen des franz. Untersuchungsausschusses gemeint, der Material über die angeblich unmenschliche Kriegführung der Deutschen und ihr Verhalten gegenüber der Zivilbevölkerung sammelte. Schultheß 1915/I, S. 273 ff.
[9] Unmittelbar nach der ital. Kriegserklärung erließ Kaiser Franz Joseph am 23. 5. ein Manifest „An meine Völker" über den ital. „Treubruch". Unter Hinweis auf die eigenen Friedensbemühungen und die Angebote, die aber „Italiens Begehrlichkeit ... nicht zu stillen" vermochten, verkündete er, er vertraue auf seine Truppen und Völker im Kampf gegen den „neuen heimtückischen Gegner im Süden". Text bei Wippermann, Europ. Krieg, Bd. 2, S. 623.

607 B[erlin] 25. 5. 1915

Die italienische Kriegserklärung[1]. Bülows Telegramme an die Presse über seine Rolle. Bethmanns gute Haltung bei Bekanntgabe der oesterreichischen Konzessionen im Reichstag, schlicht und einfach[2]. Grosser Erfolg seines menschlichen Charakters — hilft aber wenig dem Staatsmann. Die Leute unruhig, sie wollen ein gerissenes Luder haben. Doch grosses Kopfschütteln über die auswaertige Politik, Gerede von einem

[1] Vgl. 22. 5. 1915, Anm. 2.
[2] Rede im Reichstag vom 18. 5. 1915 mit der Wiedergabe des Angebots an Italien vom 10. 5. (vgl. 16. 5. 1915, Anm. 2). Sten. Berichte, Bd. 306, S. 138.

Zusammenbruch ohne gleichen. Daher auch Rumaenien immer wichtiger — wenn wir das noch gegen uns haben und die Türkei abfällt, dann reisst im Innern die Geduld bei dem grossen politischen Unverstand und deutlichen Schein des Rechts. Schliesslich aber ist es doch die Lage Deutschlands in der Mitte Europas. Die ganze ursprüngliche Rechnung ist durch die Schlacht an der Marne ins Wanken geraten. Schliesslich kann sich für die Entstehung dieses Kriegs Bethmann auf die Not der Konstellation berufen, die er übernahm, und auf die Antwort, die Moltke Anfang Juli gab. Er sagte eben ja!, wir würden es schaffen[3].
Man will Rumaenien durch ein Ultimatum, das nach den hoffentlich noch eintretenden Siegen in Galizien mit weicher Hand gestellt werden soll, zum Mitgehen bringen. Wenn das glückt, wird die ganze Sache geworfen. Wenn nicht, so will es das Schicksal eben anders, und wir werden dann auch noch durchkommen.
Ob sich unsere Menschen langsam erschöpfen!
Die rumaenische Sache wird schwer sein, weil wohl die Angst der Rumaenen vor der Rückwirkung des italienischen Kriegsschauplatzes sehr gross sein wird.
Rede RKs am Freitag[4]. Mein Entwurf sehr schwach, aber in der Tonart das einzig mögliche.
Ruhe Haltung und Stolz in der allgemeinen Verwirrung.

---

[3] Das Zitat nicht nachgewiesen. Zu Moltkes Auffassung im Sommer 1914, daß Deutschland einen Krieg gegen Rußland jetzt noch bestehen könne, vgl. Zechlin, Kriegsrisiko, S. 165 ff., 191 ff.; Geiss, Julikrise, Bd. 1, Nr. 12, 15. Bethmann hat sich auch in einem Gespräch mit Haußmann Anfang 1918 auf das bei Riezler zit. Wort Moltkes berufen. Nach einer Aufz. Haußmanns vom 24. 2. 1918 sagte er: „Ja, Gott, in gewissem Sinne war es ein Präventivkrieg. Aber wenn der Krieg über uns hing, wenn er in zwei Jahren noch viel gefährlicher und unentrinnbarer gekommen wäre und wenn die Militärs sagen, jetzt ist es noch möglich, ohne zu unterliegen, in zwei Jahren nicht mehr!...." Zit. bei Steglich, Friedenspolitik, Bd. 1, S. 418, Anm. 3.
[4] Rede im Reichstag vom 28. 5. 1915 über den ital. Kriegseintritt. Sten. Berichte, Bd. 306, S. 141 ff.

608 B[erlin] 31. 5. 15

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren dass sich auch der Balkan zu unseren Ungunsten zusammenzieht, wenn wir nicht bald in Galizien und gründlich siegen.
Der Einwand gegen unsere mit beschränkten Mitteln und Methoden bis vor d[em] Krieg arbeitende Diplomatie für alle solche Länder viel richtiger — nun werden Geld und Menschen heruntergeworfen aber die in diesen Dingen gewandten Menschen fehlen.
Welche Tragik, einzig in der Geschichte, quantitativ wie qualitativ mit nichts vergleichbar, wenn wir den mit solcher Anstrengung, solchen staatlichen, schliesslich in der Leitung auch menschlichen Tugenden ge-

führten Krieg an die englische Meisterschaft in der Benutzung menschlich minderwertiger Mittel teilweise vielleicht sogar ganz verlieren.
U Bootkrieg. Das wiederholte blowen neutraler Schiffe ist dem Kanzler auf die Nerven gefallen, er ging schliesslich zum Kaiser, um betreffende Instruktion an die Marine, der Kaiser liess Tirpitz und Bachmann[1] kommen — die sagen natürlich, solche Instruktion macht den U Bootkrieg wirkungslos etc[2].
Hegel Philosophie der Geschichte Einleitung gelesen.
Welch grandioser Gedanke, das ganze als wirklich gutzuheissen alles einzelne als partikulares Material dieses vernünftigen Weltgeistes anzusprechen.
Grandios als Vorstellung, durchaus verdammenswert — schliesslich ein elendes Ruhebett, gemacht für trostbedürftige Gemüter. Alles einzelne ist von sich aus gesehen — im recht, das ganze nie, es ist Resultat der Verkettung des elenden Zufalls, der Zusammenhänge mit unendlich anderen, gegen die, Sitz nur im einzelnen habend, das göttliche ankämpft.
Das die wahrhaft tragische Weltanschauung, hart und roh und trostlos. Alles jämmerlicher Zufall. Aber in allem das göttliche, das immer von neuem sich gegen diese Ketten wehrt. Den Dingen die Maske von dem rohen Antlitz reissen — aber damit auch erst das göttliche Auge aufdecken, das auch dieses rohe Antlitz belebt.
Keine Zeit so geschaffen wie diese, für diese Lehre. Die enorme Quantität an Brutalität und Heuchelei, directe und indirecte Bosheit, alles in jeder Nation verbrämt mit Ideen besseren und schlechteren.
Das Schauspiel des glücklichen, gemeinen von Gott am weitesten entfernten Amerika, dessen moralische Entrüstung unbewusst und bewusst Sache des Geschäfts ist.
Die Verlogenheit ringsum — wohl auch bei uns — aber bei uns doch überall zumal im Volk die Seele, diese deutsche Grösse, die Gott sucht.
Bei uns noch die Naivität und im russischen Volk, sonst nirgends. Die Englaender am weitesten von Gott entfernt. Dabei die glücklichsten auf ihrer Insel.
Aber wir wären eine entsetzliche Nation wenn nicht alles so hart für uns wäre.

---

[1] Gustav Bachmann (1860—1943), 2. 2.—3. 9. 1915 Chef des Admiralstabes.

[2] 7. 5. 1915 Versenkung der „Lusitania", 29. 5. des amerik. Dampfers „Nebraska". Bethmann drängte seit Anfang Mai bei der Marine, Vorsorge gegen Angriffe auf neutrale Schiffe zu treffen. Am 29. 5. wandte er sich über Treutler und Falkenhayn direkt an den Kaiser wegen entsprechender Instruktionen an die U-Boote. Am 31. 5. fand in Pleß eine Konferenz beim Kaiser statt, an der Bachmann, Tirpitz und Falkenhayn teilnahmen. Trotz des Einspruchs der beiden Admirale entschied der Kaiser im Sinne des Kanzlers. Eine kaiserliche Weisung vom 1. 6. schrieb vor, nur dann anzugreifen, wenn es ganz sicher sei, daß es sich um ein feindliches Schiff handele. Es solle lieber ein feindliches Schiff durchgelassen als ein neutrales versenkt werden. Spindler, Bd. 2, S. 100 ff.; Müller S. 105 f.; Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 344 ff.; Ritter, Bd. 3, S. 159 ff.

609 B[erlin] 4. Juni 1915.

Arbeit an der russischen Revolution[1]. Gespräch mit Jagow. Einzige Möglichkeit eines wirklich guten herauskommens Zusammenbruch Russlands.
Rumaenien laviert. Auf die Frage was sie für Mitgehen verlangen, erwiderte Bratianu[1a], Mitgehen wäre noch nicht in Frage, er könnte nicht, hoffte für später etc. Darauf werden sie nach ihrem Preis für Neutralität plus Durchfahrt gefragt[2].
Habe Kanzler und Jagow immer wiederholt wie wichtig Unternehmungen auf Riga eventuell Petersburg mit Flotte, bei jetziger prekärer Stimmung in Russland sind[3]. Gute Gelegenheit für Eingriff der pol[itischen] Leitung. Die Marine natürlich führt den Krieg nur gegen England, stur, dumm, statt die Zusammenhänge zu sehen.
Bei längerer Kriegsdauer bekommen wir Schwierigkeit mit der Sozialdemokratie. Darüber mit Wolfg. Heine[4]. Wir werden bald anfangen müssen, wie Frankreich mit Mitteln der Censur aufzupeitschen. Was die Zeitungen übrigens schon thun, denn das Siegesgerede könnte nicht viel toller sein.
Die Oesterreicher sind doch ganz fertig. Es geht nur mehr, wo wir sind.

---

[1] Riezler war zu dieser Zeit beauftragt, einer Nachricht Hohenlohes nachzugehen, in der Schweiz gebe es ein Komitee russ. Sozialrevolutionäre sowie ein „Polnisches Revolutionäres Comité", die großangelegte Pläne für eine Revolution in Rußland vorbereiteten. Am 6. 7. reichte er die damit zusammenhängenden Schriftstücke mit der Bemerkung zurück, „daß nach meinen Erkundigungen hinter der erwähnten Idee keine nennenswerte Gruppe von Revolutionären steht". PA, Wk 11 c, Bd. 7.

[1a] Ionel Bratianu (1864—1927), 1914—1918 rumän. Ministerpräsident.

[2] Vgl. 25. 5. 1915. Auf einer deutsch-österr. Konferenz in Pleß am 24./25. 5. 1915 war beschlossen worden, in Rumänien zu sondieren, um welchen Preis das Land an der Seite der Mittelmächte in den Krieg eintreten bzw. wohlwollende Neutralität wahren oder Munitionstransporte in die Türkei durchlassen würde. In den folgenden Verhandlungen erklärte Bratianu, daß ein Kriegseintritt momentan nicht möglich sei; das Maximum sei die Neutralität und vielleicht eine spätere Kooperation. Dabei machte er deutlich, daß die rumän. Neutralität durch Konzessionen, und zwar in Ungarn, sehr erleichtert werden würde. Anfang Juni trat eine Unterbrechung der Gespräche ein, da Österreich territoriale Konzessionen als Preis für die Neutralität ablehnte. Schmidt, S. 179 ff.

[3] Eine solche Operation wurde seit Frühjahr 1915 von Hindenburg und Ludendorff empfohlen, von Falkenhayn jedoch abgelehnt. Janßen, Kanzler und General, S. 134 ff.

[4] Wolfgang Heine (1861—1944), Rechtsanwalt, gehörte zum rechten Flügel der SPD, 1898—1918 MdR, Mitarbeiter der Sozialistischen Monatshefte.

610 B[erlin] 10. Juni [1915]

Wegen Riga ist Reichskanzler bei Falkenhayn vorstellig geworden. Ob es geht — fraglich.
Amerika. Jagow gestützt auf alle Diplomaten behauptet, es sei diesmal kein Bluff. Vielleicht haben sie recht — jedenfalls würde das Ab-

brechen der Beziehungen schon eine derartige Suggestion auf die noch bleibenden Neutralen ausüben — Holland gefährden und Rumaeniens mitgehen unmöglich machen.
Also muss die Marine nachgeben. Die öffentliche Meinung in diesem Falle sehr schlimm.
Der Kanzler hatte verlangt, dass die Uboote während der Verhandlungen mit Amerika Passagierdampfer schonen — nach langem Geklöne der Marine, die immer alles als technisch nicht ausführbar angiebt, hatte der Kaiser im Sinne des Kanzlers verfügt. Darauf haben Tirpitz und Bachmann ihre Demission eingereicht. Der Kaiser von Müller beraten, hat das sehr energisch zurückgewiesen. — Kommandogewalt. Wegen eines kais[erlichen] Befehls mitten im Krieg das Schwert niederlegen[1].
Nun ist die amerikanische Note da[2], ausserdem Bryans Rücktritt[3] — über dessen Dessous hier leider wegen der schlechten Verbindungen nichts bekannt.
In Galizien neue Offensive bevorstehend[4]. Stellt sich heraus, dass es nicht weiter geht — so muss alles herumgeworfen werden und die serbische Nordostecke[5] forciert werden.
Wir kommen natürlich in Belgien und Polen unaufhaltsam in das Germanisieren hinein[6]. Holland sehr schlimm wegen Belgien[7]. Die Versuche Bissing in politischen Grenzen zu halten[8].
Der alte Esel, der König von Bayern mit seiner Rede über die Rheinmündung[9], that noch das letzte.

---

[1] Vgl. 31. 5. 1915. Mit Rücksicht auf die scharfe Reaktion der USA auf die Versenkung der „Lusitania" ersuchte Bethmann am 2. 6. den Chef des Admiralstabes, auch die feindlichen großen Passagierdampfer zu schonen, von denen in der Verfügung vom 1. 6. nicht die Rede war. Als Bachmann dies ablehnte, erwirkte der Kanzler am 5. 6. eine Weisung des Kaisers in seinem Sinn. Als der Kaiser trotz des energischen Einspruchs von Tirpitz und Bachmann bei dieser Verfügung blieb, reichten beide am 6. 6. Abschiedsgesuche ein. Diese wurden am 8. 6. vom Kaiser in schroffer Form abgelehnt. Die von Riezler zit. Worte des Kaisers decken sich nicht wörtlich, wohl aber inhaltlich mit den kaiserlichen Randbemerkungen zu den Abschiedsgesuchen und der Kabinettsordre vom 8. 6. Müller, S. 106 f.; Ritter, Bd. 3, S. 161 ff.; May, S. 205 ff.; Dokumente bei Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 348 ff.

[2] Die Note vom 9. 6. 1915, am 10. 6. in Berlin überreicht, beharrte auf dem Standpunkt der 1. amerik. Note zur Versenkung der „Lusitania" vom 13. 5. 1915, daß es amerik. Bürgern möglich sein müsse, ausländische Schiffe zu benutzen, und sprach die Erwartung aus, daß die deutsche Regierung die Zusicherung geben werde, für ihre Sicherheit zu sorgen. Foreign Relations 1915, Suppl., S. 393 ff., 436 ff.

[3] Bryan trat bei der Behandlung des Lusitania-Falles für eine Form ein, die nicht das Risiko eines Bruches mit Deutschland einschloß und auch gegen die Rechtsbrüche auf engl. Seite protestierte. Er geriet deswegen in Gegensatz zu Wilson und trat am 6. 6. zurück. May, S. 146 ff.; Link, Bd. 3, S. 410 ff.

[4] Vgl. 22. 5. 1915, Anm. 5 u. 6. Am 3. 6. wurde beschlossen, die Operationen in Galizien über San und Dnjestr hinaus, wo sie Ende Mai zum Stehen gekommen waren, mit neuen Verstärkungen fortzusetzen. Mitte bis Ende Juni wurde der größte Teil Galiziens befreit. RA, Bd. 8, S. 198 ff.

[5] Vgl. 30. 3. und 22. 5. 1915.

[6] Vgl. für Polen Conze, S. 125 ff.; für Belgien Gatzke, S. 84 ff.

[7] Seit dem 8. 5. 1915 machte der deutsche Gesandte in Holland darauf aufmerksam, daß die Befürchtung, Deutschland werde Belgien annektieren, das Land sehr beunruhige und eine für Deutschland gefährliche Stimmung hervorrufe. Es gebe bereits Stimmen, die offen einen Anschluß Hollands an die Entente und den Kriegseintritt auf deren Seite befürworteten. PA, Niederlande 60, Bd. 5. Vgl. auch den bei Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 345, abgedruckten Brief Bethmanns an Treutler vom 30. 6. 1915.

[8] Moritz Ferdinand Frhr. v. Bissing (1844—1917), General der Kavallerie, 28. 11. 1914—1917 Generalgouverneur von Belgien. Bissing war direkt dem Kaiser unterstellt und von der Reichsregierung unabhängig. Er verfolgte seine eigene Politik in Belgien, die davon ausging, daß Belgien militärisch und politisch fest an Deutschland gebunden werden müsse, und schon durch die Verwaltung im Krieg die Grundlagen dafür schaffen wollte. Bethmann dagegen glaubte bald nicht mehr, daß eine direkte Beherrschung Belgiens möglich sein werde, und suchte alles zu vermeiden, was den Anschein erwecken könnte, Deutschland wolle Belgien annektieren. Vgl. Ritter, Bd. 3, S. 434 ff., und bes. Wende, Die belgische Frage.

[9] Rede König Ludwigs III. beim Festmahl des Bayerischen Kanalvereins zu Fürth, in der er „einen direkten Ausgang vom Rhein zum Meer" forderte. Bethmann war über diese Rede sehr aufgebracht, weil sie die annexionsfreudigen Kreise in ihrem Kampf gegen ihn bestärken mußte, vor allem aber, weil er eine neue Belastung des Verhältnisses zu Holland befürchtete. Janßen, Macht und Verblendung, S. 60 f.; Text bei Schultheß 1915/I, S. 215 f.

611 B[erlin] 23. 6. [1915]

Grosse Treibereien. Gegensätze zur Marine, die die innerpolitischen Gegner des Kanzlers gegen die Gefahr der Aufgabe des UBootkrieges mobil macht[1]. Der Kanzler verliert immer mehr die Verbindung nach rechts. Die Rechte ganz unsinnig, ganz beherrscht von der Gewaltphrase — Westarp[2] schimpft wie wild auf den Kanzler[3], Wangenheim[4] hält Reden[5], Heydebrand erklärt dem Kanzler auf Befragen, man müsse doch

[1] Die Beantwortung der amerik. Note vom 10. 6. 1915 (vgl. 10. 6. 1915) führte zu einem scharfen Gegensatz zwischen Bethmann und der Marineleitung. Bethmann hielt es für notwendig, Konzessionen zu machen und notfalls den U-Bootkrieg ganz aufzugeben, um den Bruch mit den USA zu vermeiden. Die Marineleitung lehnte kategorisch weitere Einschränkungen des U-Bootkrieges ab. Bei der rechten nationalen Mehrheit löste die Note vom 10. 6. große Erregung aus, die noch durch das Nachrichtenbüro des Reichsmarineamtes und den Admiralstab geschürt wurde. Man verlangte eine harte Antwort und versuchte durch die Presse, durch Eingaben und persönliche Vorstellungen den Kanzler unter Druck zu setzen. Zu dieser „ersten inneren U-Boot-Krise" vgl. Ritter, Bd. 3, S. 175 ff.; May, S. 210 ff.; Link, Bd. 3, S. 431 ff.; Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 359 ff.; Westarp, Bd 2, S. 107 ff.

[2] Kuno Graf v. Westarp (1864—1945), preuß. Landrat, 1908—1920 Oberverwaltungsgerichtsrat in Berlin, 1908—1918 MdR, 1913—1918 Fraktionsführer der Konserv. Partei.

[3] Vgl. Westarp, Bd. 2, S. 107 ff.; Kreuz-Zeitung, 16. 6. 1915, Nr. 301, Beilage, „Zum Tauchbootkrieg"; 19. 6. 1915, Nr. 307, „Weddingen und die amerikanische Note".

[4] Konrad Frhr. v. Wangenheim (1849—1926), 1893 Gründer, ab 1898 Vorsitzender des Bundes der Landwirte, Mitglied der Deutsch-Konserv. Partei.

[5] Rede auf dem Verbandstag der Pommerschen Genossenschaften vom 16. 6. 1915, Kreuz-Zeitung, Nr. 304, 17. 6. 1915, Abendausgabe, „Freiherr v. Wangenheim über das Durchhalten": „... Und wir können nur den einen Wunsch, die eine dringende Forderung aussprechen, daß nicht irgendein leitender Staatsmann etwa aus Besorgnis über die Zukunft, welche uns wirtschaftlich bevorsteht, nun dahin gelangen könnte, einen vorzeitigen Frieden

der Türkei Aegypten zurückgeben und wenn der Krieg zwei Jahre lang dauern sollte etc. Auf der anderen Seite wird die Linke immer misstrauischer wegen Eroberungskrieg.
Bei den Konservativen Angst um die innere Politik. Sie möchten gerne Dallwitz[6] haben, sehen aber dazu keine Möglichkeit. Tirpitz und Bülow trauen sie auch nicht. Der Kaiser hat Tirpitz ganz durchschaut und will ihn unter keinen Umständen.
Der Kanzler kann seine Haltung gegenüber Amerika auf das Einverständnis der milites zu Lande stützen[7]. Ich selbst möchte meinen, wir kämen ohne nachgeben mit Humanitätsphrasen und Druck gegen England durch[a]
Situation in Oesterreich. Hass der Hofburg auf Berlin. Das Volk zu Deutschland.
Geht die Balkansache schief, sind da die grössten Dinge zu holen. Seit dem Krieg mit Italien kann ja Oesterreich auch nicht mehr ausbrechen, seit der russischen Niederlage[8] sind ja auch die Russen nicht mehr so gefährlich.

[a] Danach folgendes gestrichen: „Rumaenische Frage grosse Sorge. Die Leute unterstützen offenbar die Öffnung der Dardanellen mit dem Hintergedanken, bei . . .".

zu schließen, oder eine schwächliche Nachgiebigkeit zu zeigen, gegenüber den Drohungen, welche heute von jenseits des großen Teiches zu uns herüberkommen. Auch gegenüber der Großmäuligkeit der Vereinigten Staaten wollen wir festhalten an dem, was wir als richtig erkannt haben, aber wollen die Opfer an Gut und Blut nicht gebracht haben, um einen schwächlichen vorzeitigen Frieden zu haben."

[6] Hans v. Dallwitz (1855—1919), 1910—1914 preuß. Innenminister, 1914—1918 Statthalter von Elsaß-Lothringen.

[7] Falkenhayns Votum gab bei der U-Boot-Diskussion im Mai/Juni 1915 den Ausschlag. Wie der Kanzler trat er für die Einschränkung bzw. zeitweilige Unterbrechung des U-Boot-Krieges ein, weil ihm der Bruch mit den USA vor allem im Hinblick auf die unentschiedene Haltung der neutralen Balkanstaaten ein zu großes Risiko schien. Janßen, Kanzler und General, S. 123 ff.; Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 359 ff., 366.

[8] Vgl. 10. 6. 1915, Anm. 4.

612 7/7 [1915]

Sehr merkwürdig Italien. Die Italiener haben seit sechsten Juni 6 Gefangene von uns. Sie wollen es unter keinen Umständen wahr haben. Sonnino hat Giers, der ihn auf diese Sonderbarkeit angeredet hat, erwidert, das wären wohl ein paar bayrische Freiwillige, die unter die Oesterreicher geraten wären. Dem Schweizer Gesandten hat er gesagt, der Abbruch der Handelsbeziehungen zu Deutschland sei doch ganz unsinnig. Eigentlich könnte Italien doch zum Dreibund zurückkehren, etc. Entzückende Naivität.
Alles dreht sich um die Dardanellen. Die serbische Aktion soll jetzt unmöglich sein, weil zuerst das koncentrische Vorgehen gegen Warschau[1].

[1] Am 2. 7. hatten Falkenhayn und Hindenburg beschlossen, die Russen zwischen Bug, Weichsel und Narew anzugreifen und zu zermürben. Das Ausw. Amt dagegen bestürmte

Falkenhayn meint, dass in fünf bis 6 Wochen die Russen so geschlagen sind, dass Rumaenien und Bulgarien Ruhe halten und alles durchlassen, meint, dass wenn wir die Truppen abziehen, die Oesterreicher genau wie vorher von den Russen geschlagen werden, er meint es oder er sagt so. Wenn man nur seiner Aussage trauen könnte. In 14 Tagen bis 3 Wochen — muss entschieden werden, wohin mit den im Osten entbehrlichen Truppen.
Es steht folgendes fest: Wir bekommen keinen Frieden mit Russland, solange der Balkan schwankt und die Westmächte die Öffnung der Dardanellen halbwegs glaubhaft in Aussicht stellen können. Russland kann nicht zurück, solange es die Hoffnung hat, durch das Zauberwort Konstantinopel alle inneren Sorgen doch noch überwinden zu können.
Das Halten der Dardanellen durch türkische Eigenproduktion[2] erlöst nicht von der Sorge Bulgarien.

---

den Kanzler, er solle jetzt, nachdem Galizien gesichert sei, eine Operation gegen Serbien fordern. Bethmann schwankte, unterbreitete jedoch am 4. 7. Falkenhayn noch einmal die möglichen Folgen einer türkischen Niederlage an den Dardanellen und hob dabei besonders hervor, daß Rußland nicht Frieden schließen werde, solange es noch auf die Eroberung der Dardanellen hoffen könne. Auch werde man nur durch einen Sieg im Südosten Bulgarien zum Kriegseintritt bewegen und Rumänien ruhig halten können. Falkenhayn antwortete am 6. 7., für einen Feldzug in Serbien würde man den größten Teil der Truppen an der russ. Front abziehen müssen. Dann würden die Russen vermutlich Galizien zurückerobern und durch diesen Erfolg Rumänien, vielleicht auch Bulgarien auf ihre Seite ziehen. Wenn die Türkei nur noch fünf bis sechs Wochen durchhalten könnte, „dann wird Niederlage Rußlands aller Wahrscheinlichkeit nach so offenbar sein, daß wir mit Bestimmtheit eine unseren Zwecken günstigere Stellungnahme der beiden Balkanstaaten erwarten dürfen". PA, Wk geh., Bd. 19; Auszüge bei Mühlmann, OHL, S. 117—119; Janßen, Kanzler und General, S. 134 ff.; Bethmann, Bd. 2, S. 13. Zur mündlichen Besprechung der Angelegenheit fuhr der Kanzler am 10. 7. ins Große Hauptquartier (vgl. 11. 7. 1915). — Riezler wurde auf die Dringlichkeit des serb. Feldzuges auch von Grünau in einem Brief vom 4./5. 7. 1915 hingewiesen. Falkenhayn sei gegen die Aktion, aber alle jüngeren Offiziere im Generalstab seien von ihrer Notwendigkeit überzeugt. Jetzt sei sie zwar wegen der Lage an der russ. Front nicht möglich, doch Ende des Monats müsse es möglich sein, Truppen für Serbien freizumachen. „Ich glaube, der Kanzler sollte ... das ganze Gewicht seiner Persönlichkeit einsetzen, um für diesen Zeitpunkt die Operation gegen Serbien durchzusetzen." Am 7. 7. jedoch riet er, unter Bezugnahme auf das Schreiben des Kanzlers an Falkenhayn vom 4. 7., in einem zweiten Brief an Riezler ab, weiter bei Falkenhayn auf die Aktion gegen Serbien zu drängen. Zur Zeit sei sie tatsächlich unmöglich, und es sei aus psychologischen Gründen besser, Falkenhayn nicht mehr darauf anzusprechen. „Serbien ist für Falkenhayn zu einem roten Tuch geworden." Das Ausw. Amt müsse aufhören, bei jeder Gelegenheit ihr „ceterum censeo, Serbien" anzuführen. Briefe im Nachlaß Riezlers. — Am 7. oder 8. 7. 1915 legte Riezler im Auftrag des Kanzlers dem bayer. Gesandten die Argumente gegen einen serb. Feldzug im jetzigen Augenblick dar und rechtfertigte ausführlich die Entscheidung Falkenhayns. Lerchenfeld an Hertling, 8. 7. 1915, GStA München, MA III, Nr. 2691/6.

[2] Ende Juni kamen Nachrichten aus Konstantinopel, daß infolge des türk. Munitionsmangels die Dardanellen verloren seien, falls nicht unverzüglich Nachschub eintreffe. Rumänien weigerte sich jedoch, Munition für die Türkei durchzulassen. Dieser Sachverhalt hatte den Anstoß zur neuerlichen Forderung des Ausw. Amtes nach einem Feldzug gegen Serbien gegeben. Vom 7. 7. an lauteten die Nachrichten jedoch günstiger: Die Türkei könne sich mit Hilfe ihrer eigenen Munitionsproduktion noch eine ganze Weile allein helfen. Mühlmann, OHL, S. 117, 122; Janßen, Kanzler und General, S. 137.

Ganz abgesehen von dem Eindruck in Konstantinopel, dass uns das Schicksal der Türkei gleichgültig. Sie schwanken alle.
Der Kanzler muss die Sache durchsetzen — es hilft nichts. Ist der Balkan gelöst, prasseln alle Gegner zusammen.
Zech ist fort. Daher ich ständig beim Kanzler. Seltsamer Mann — heute spielte er wieder derart advocatus diaboli, dass ich mich nur mit Mühe der schlimmsten Gedanken über das grausame Endspiel erwehren konnte. Was soll das werden, wo mit Verwegenheit, Halsstarrigkeit (die hat er ja) ohne zu grosses Verantwortlichkeitsgefühl, nicht mit der steten Frage, ob die Ablehnung sich verantworten lässt, verhandelt werden muss. In einer Situation wo nur der Wille und die dämonische Menschennatur die zu versetzenden Berge versetzen kann.
Die tiefen Differenzen, die das Volk trennen. Schiffer[3] und Erzberger wollen parlamentarische Staatssekretäre haben.
Neulich lange Verhandlungen mit Scheidemann[4]. Gefahr der Kreditablehnung in der Augustsitzung[5]. Wunsch vorherige Ankündigung. Guter praktischer Kopf — aussenpolitisch ein Kind.
Ich machte dem Kanzler Vorschlag man solle gleichzeitig mit der Eroberung von Warschau die Russen wissen lassen, Oesterreich dränge auf ein Manifest über die Befreiung Polens, ein Schritt von dem man nicht zurück könne[6]. Wir hätten kein Interesse daran, könnten uns aber dem Wunsch nur entziehen, wenn wir den Frieden mit Russland in Aussicht stellen könnten.

---

[3] Eugen Schiffer (1860—1954), seit 1904 Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses und seit 1912 MdR (Nat. lib.), 23. 10. 1917 Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt. — Schiffer schrieb am 27. 6. 1915 an Wahnschaffe, zur Erhaltung des Vertrauens zwischen Parlament bzw. Volk und Regierung sei es notwendig, eine bessere Verbindung zwischen dem Reichstag und der Regierung herzustellen, und zwar durch die Ernennung von Parlamentariern zu Staatssekretären ohne Portefeuille. Erzberger sei mit diesem Vorschlag einverstanden. Zit. bei Grosser, S. 113, dort auch Genaueres zu Schiffers Konzeption einer „engeren Fühlungnahme zwischen Regierung und Parlament".

[4] Philipp Scheidemann (1865—1939), seit 1903 MdR (SPD), 1912 und 1918 Vizepräsident des Reichstags, seit 1911 Mitglied des Parteivorstandes der SPD, 1918 Staatssekretär im Kabinett des Prinzen Max v. Baden.

[5] In der Reichstagssitzung vom 20. 8. 1915 stimmte die SPD erneut für die Kriegskredite. Die Zustimmung wurde in der Fraktion am 17. 8. mit 68:31 Stimmen beschlossen. Sten. Berichte, Bd. 306, S. 229 ff.; Fraktionsprotokolle SPD, Bd. 2, Nr. 375. Im Sommer 1915 machte sich in der SPD starke Kritik an der Außen- und Innenpolitik Bethmanns geltend. Ibid., Nr. 374; David, Kriegstagebuch, S. 124 ff. Auch David, der am 13. 7. eine Unterredung mit Bethmann hatte, erklärte, daß die Zustimmung der Partei zu neuen Kriegskrediten fraglich werde, wenn die Regierung nicht in der Frage der Friedensbereitschaft und der Wahlrechtsreform den Wünschen der Partei entgegenkomme. David, Kriegstagebuch, S. 137.

[6] Vgl. 16. und 21. 7. 1915.

613 Pless 11. 7. 15

Auf zwei Tage hierher[1] gefahren mit RK im wesentlichen wegen Durchsetzens der serbischen Aktion[2]. Anscheinend muss der Beschluss zu den Vorbereitungen bereits jetzt getroffen werden, auch wenn das jetzt bevorstehende concentrische Vorgehen auf Warschau noch Wochen dauert. Befürchtung dass man sich innerlich schon jetzt auf Aktion im Westen einstellt — wenn man nur wüsste ob dort Entscheidung möglich! Dann liesse sich die Unterlassung der serbischen Sache ja discutieren.
In der Bahn lange mit dem Kanzler. Kaiser und Falkenhayn müssen begreifen, dass Schlüssel in Bulgarien, dass kein Friede möglich, solange Russen und Franzosen die Balkanhoffnung noch leuchtet[3].
Über russische Frage — man kann aus Angst vor der zurückkehrenden Armee keinen Frieden schliessen — zudem ist der Liberalismus für Fortsetzung des Krieges, in der Hoffnung, dabei Parlamentarisierung etc unter dem Deckmantel des Durchhaltens durchzusetzen.
Hiesiges Milieu. S.M. in der Schlosspracht[4]. Ganz weiss sehr ernst geworden. Alles in bester Stimmung für den Kanzler. Wut auf die Treiber, in Sonderheit Bülow — auch auf die Annexionisten[5]. Valentini[6] schreibt Bohlen[7], Hugenbergs[8] Treiben gefährde seine Stellung bei Hofe. Ich habe ihm noch einiges passende dazu versetzt. Valentini macht einen sehr guten, konkreten vernünftigen Eindruck, fest und anständig mit angenehmer Komik. Volles Verständnis für die innere Lage und das grosse Vertrauen das die Gesinnung des Kanzlers in den grossen Massen hat.
Viel zu wenig zu essen. Ebenso anständige als unbegabte Leute im Gefolge des Kaisers aber ausser Plessen wenig Falschheit. Treutler vertritt die Politik mit Anstand, aber wohl zu schwach an Geiste, ohne Imponierung. Wäre für einen wirklich Gebildeten leicht, in dieser doch profund ungebildeten Umgebung.
Sehr komisch, der Hochmut der Operationsabteilung.
Enorme Stellung Falkenhayns, der alles machen kann beim Kaiser. Mystisches Verhältnis zum Generalstabschef. Aber er redet ebenso wenig drein, wie dem Kanzler in die Politik — spricht aber natürlich immer davon, dass ER den Krieg führe.

---

[1] In Pleß befand sich seit dem 7. 5. das Große Hauptquartier, vgl. 16. 5. 1915, Anm. 1.
[2] Vgl. 7. und 12. 7. 1915. Erst Anfang August stimmte Falkenhayn einer Operation gegen Serbien zu. Janßen, Kanzler und General, S. 148 ff.
[3] Vgl. 7. 7. 1915, Anm. 1.
[4] Der Kaiser wohnte im Schloß Pleß, das einem seiner Freunde, dem Fürsten Pleß, gehörte. Müller S. 101.
[5] Vgl. 23. 6. 1915, Anm. 1.
[6] Rudolf v. Valentini (1855—1925), 1908—1918 Chef des kaiserlichen Zivilkabinetts.
[7] Gustav Krupp v. Bohlen und Halbach (1870—1950), Jurist, im badischen Staatsdienst, seit 1898 im Ausw. Amt, bis 1906 diplomatischer Dienst bei verschiedenen deutschen Auslandsvertretungen, dann Heirat mit der Tochter und Erbin Friedrich Alfred Krupps und Übernahme der Leitung der Krupp-Werke, seit 1909 Mitglied des preuß. Herrenhauses.
[8] Alfred Hugenberg (1865—1951), Direktor der Krupp-Werke, seit 1916 Aufbau des Hugenberg-Konzerns, Mitbegründer des Alldeutschen Verbandes, seit 1919 MdR (DN).

Was könnte ein solcher schlesischer Magnat wie der Fürst Pless[9] machen, wenn Kunst oder Literatur für ihn Begriffe wären[a]. Aber die Bildung all dieser Leute endet bei der Jagd.

[a] In der Vorlage „hätte".

[9] Hans Heinrich Fürst v. Pleß, Graf v. Hochberg (1861—1938), preuß. Legationssekretär und Oberst, 1887—1891 im diplomatischen Dienst, verwaltete dann seine Schlösser Fürstenstein und Pleß in Oberschlesien.

614 Berlin 12. 7. [1915]

Heute zurückgekommen. Versuch im A.A. zu erklären, welche Schwierigkeiten der serbischen Sache entgegenstehen und dass es die denkbarst schlechte Gelegenheit ist, um auf den Tisch zu hauen. Der Kanzler hat natürlich aus 10 Gründen recht wenn er sagt, die serbische Sache ist nicht so einfach, wie der Unterstaatssekretär Zimmermann sich vorstellt[1]. Falkenhayn hat also erklärt, er verstünde die politische Situation vollkommen, er würde die Sache machen, wenn es militärisch irgend geht, behauptet auch, er hätte die Vorbereitungen getroffen — was wohl nicht wahr ist, worauf der Kanzler sagte er solle sie doch noch weiter treffen, damit die Bulgaren das sehen etc.
Langsames Aufkommen internationaler Friedenswünsche. Überhaupt wird nach dem Frieden mit einer grossen Friedensbewegung gerechnet werden müssen. Hin und her manoeuvrieren aller sozialistischen Parteien, jede will bei den anderen Friedenssehnsucht hervorrufen. In der unseren sehr viel Snobismus fühlen sich sehr geehrt, wenn sie in der auslaendischen Presse genannt werden, sie glauben die Verführer zu sein und werden die Verführten.
Erneut Krach mit der Marine. Sie haben schon wieder. Sie haben kurz nach Abgang der Note an Amerika[2] einen Artikel ganz offen in die Presse lanciert auch der Norddeutschen zur Veröffentlichung zugeschickt[3]. Die Norddeutsche hat durch einen Fehler des Grafen Wedel[4] die Sache gebracht — Gegenstand rein politisch. Ewig die gleiche Sache.

[1] Zimmermann und Jagow hatten den Kanzler gedrängt, auf dem serb. Feldzug zu bestehen. Vgl. 7. 7. 1915, Anm. 1, und das bei Janßen, Kanzler und General, S. 276 ff., abgedruckte Promemoria Zimmermanns und Jagows vom 8. 7. 1915.

[2] Deutsche Antwort vom 8. 7. 1915 auf die amerik. Note vom 10. 6. 1915 (vgl. 10. und 23. 6. 1915). Sie entstand nach zähen Verhandlungen als Kompromiß zwischen dem Ausw. Amt und der Marine. Den USA wurde darin die unbehinderte Passage einer gewissen Gruppe besonders gekennzeichneter, vorher angesagter Passagierdampfer zwischen England und Amerika angeboten. Text bei Spindler, S. 172 ff.; Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 374 ff.; Link, Bd. 3, S. 432 ff.; Ritter, Bd. 3, S. 176 f.

[3] Zu diesem aus dem Nachrichtenbüro des Reichsmarineamtes stammenden Artikel, der in verschiedenen Zeitungen erschien und sich u. a. mit dem deutsch-amerik. Verhältnis befaßte, vgl. Deist, Kontroverse, S. 106, Anm. 15. Danach ist der Artikel auf Tirpitz zurückzuführen und wurde „honoris causa" vom Admiralstab mitgezeichnet. Der Kanzler wandte sich am 17. 7. schriftlich an Tirpitz mit der Forderung, „Vorkehrungen zu treffen, um

Wenn der Kanzler heute die klare Frage an die Leute stellte, wie sich voraussichtlich nach dem Kriege die Frage von Flottenstützpunkten ausserhalb etc stellen würde, (die die Marine bisher ablehnte als doch nicht haltbar, mit Ausnahme des Tsingtaufalls unter der Wendung, der Seekrieg würde in der Nordsee entschieden), würde er nie eine klare Antwort bekommen, auf deren Sachlichkeit man rechnen könnte.

derartige Eingriffe des Nachrichtenbureaus in ein Gebiet, dessen Bearbeitung ihm nicht obliegt, zu verhindern".

[4] Georg Graf v. Wedel (1868—1950), Gesandter und Ministerialdirektor, Referent für Presse- und innere Angelegenheiten in der Polit. Abt. des Ausw. Amtes.

615 B[erlin] 16. 7 [1915]

Letzte Tage mehrmals mit RK. frühmorgens über die polnische Frage. M. E. wirft die bevorstehende Einnahme von Warschau[1] das Problem auf. M. E. werden wir ein Manifest[2] machen müssen, schon weil Oesterreich drängen wird. Ausserdem Nutzen eines solchen, als Geste der Freiheit nach aussen, als Anzeichen geheimnisvoller Pläne und besonderer Aktivität im Inneren — als Bluff gegen die Russen. RK schwankt, will nicht recht ran. Jagow auch nicht. Jagow in allem noch negativer als der Kanzler. Bei beiden Sache der Geste. Der schreckliche Eindruck, wenn es immer heisst, was wir nicht wollen. Warum immer die enormen Schwierigkeiten an die Wand malen, wenn sie auch da sind. Man braucht ja die Probleme nicht ideal zu lösen — wenn nur die Positionen selbst keine Schwächung sind.
Die Alldeutschen etc spüren natürlich ganz genau, dass dem Kanzler wie Jagow Weltherrschaft etc traditionell unsympathisch sind. Daher der Widerstand. Das Volk hat einen enormen Drang zur Macht.
Natürlich die naive Expansionssucht falsch und unheilvoll — aber überall Positionen erwerben, die durch ihre militärische Ausnutzung die politische Macht erhöhen.
Nun will Falkenhayn doch unter allen Umständen das belgische Besatzungsrecht haben[3].

[1] Sie erfolgte am 5. 8. 1915.

[2] D. h. Proklamation eines autonomen, national geeinigten Reiches Polen. Vgl. 21. 7. 1915. Bethmann schwankte hinsichtlich der Lösung der poln. Frage und hielt es für das beste, jede bindende Erklärung zu vermeiden, vor allem, um die Möglichkeit eines Sonderfriedens mit Rußland offen zu halten. Ebenso urteilte Jagow. Am 19. 7. telegraphierte er an die OHL, die poln. Frage sei „dilatorisch" zu behandeln, eine Proklamation an die Polen solle unterbleiben. Daß Österreich von neuem mit seinen Ansprüchen auf ganz Polen und dem Wunsch, den Polen in einer öffentlichen Proklamation die Wiedervereinigung im Rahmen der Donaumonarchie in Aussicht zu stellen, hervortreten werde, wurde im Juli in Berlin als sicher erwartet. Am 23. 7. wies Bethmann daher den Botschafter in Wien an, die Österreicher zurückzuhalten. Conze, S. 77 ff.; Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 121 u. 123.

[3] Falkenhayn äußerte 1915 verschiedentlich, daß man Belgien und evtl. auch Nordfrankreich als Aufmarschgebiet für einen kommenden Krieg und als Unterpfand der Sicherheit

RK hat starke Wahlrechtsschmerzen — er sagt zu dem Loebellschen Pluralrechtsentwurf[4] es sei scheusslich, gegenüber den heimkehrenden Kriegern Steuerstimmen zu verteidigen, nicht für den Minister des Innern aber für ihn. Er geht stark mit dem Gedanken um solche Steuerstimmen wegzulassen ich riet ihm dazu, so niedrige Sätze[a] zu nehmen, dass sie theoretisch jeder Arbeiter erwerben kann 3000 oder 5000 M[b][,] ausserdem jedem der den Feldzug gemacht hat die Pluralstimme ohne weiteres zu geben.

[a] Nicht sicher lesbar. [b] Verbessert aus: 8000.

vor England behalten müsse. Er verlangte seit Februar 1915 deutsches Besatzungsrecht in den Festungen und an der Küste, Beschränkung der belg. bewaffneten Macht auf eine Polizeitruppe und Übernahme der belg. Eisenbahnen durch Deutschland — Forderungen, die Bethmann für undurchführbar hielt. Wende, S. 53 f.; Janßen, Kanzler und General, S. 50, 54, 170.

[4] Vgl. 15. 3. 1915, Anm. 4. Die Denkschrift Loebells vom 26. 6. 1915 lehnte ein berufsständisches Wahlrecht und das Reichstagswahlrecht ab. Das gleiche Wahlrecht bedrohe die monarchische Ordnung und beseitige die Rechtsorientierung, die hinsichtlich der besonderen Aufgaben des Landtags in Preußen erhalten werden müsse. Das zahlenmäßige Übergewicht der großen Masse müsse so weit eingeschränkt werden, daß sie nicht die Oberhand über die besitzenden und gebildeten Stände gewinne. Vorgeschlagen wurde eine Einteilung der Wähler in vier Steuerklassen, wobei die erste vier Stimmen, die übrigen jeweils eine weniger erhalten sollten. Zusätzlich sollten eine Pluralstimme für Ansässigkeit und eine weitere für Alter (über 50 Jahre) und Familienstand (mindestens zwei eheliche Kinder) angegliedert werden. Patemann, S. 25 ff.

616 B[erlin] 21. 7. [1915]

Polnische Frage. Unerhört schwierig. Frage des Befreiungsmanifests bei der Einnahme von Warschau. Meine Gründe für die Befreiung Polens abermals dem Kanzler entwickelt. Zukunft. Liquidation Oesterreichs, gemeinsam mit Russland vorzunehmen, leichter wenn wir Russland ein grosses Stück zu bieten haben. Wiederkehr der Konstellation nach Friedr[ich] dem Grossen. Jederzeit Möglichkeit einer deutsch-russischen Linie gegen Polen, resp. Oesterreich. Enormes Verhandlungs und Ausverkaufsobject auch dann, wenn der neue Staat oder neue Teil Oesterreichs, was zu befürchten zu Russland gravitiert. Der Kanzler hat gegen eine Befreiungsgeste den Einwand, dass sie die immerhin noch vorliegende Möglichkeit eines Separatfriedens mit Russland erschwert[1]. Richtig. Die Umkehr Russlands nicht ausgeschlossen — ich fürchte aber, sie werden das heilige Russland für bedroht erklären, Riesenbewegung

[1] In dieser Zeit hatten sich die Hoffnungen auf Frieden mit Rußland verdichtet. Bethmann knüpfte ernsthafte Erwartungen an eine neue Sondierung Andersens in Petersburg. Ende Juli zeigte sich, daß Andersen nichts hatte erreichen können. Doch hielt Bethmann weiter daran fest, daß man das Verhältnis zu Rußland nicht durch Polen belasten dürfe. Conze, S. 78 ff.

inszenieren, Volkskrieg abstempeln; dieser Krieg wird das grösste Erlebnis Russlands sein, er wird Russland zur Besinnung bringen und uns dem russischen Denken als Erbfeind einprägen.
Ich frug, ob wir nicht in der polnischen Befreiungssache ganz ruhig Oesterreich in den Vordergrund lassen sollen, und den Russen zustecken, wir wären ungern herangegangen.
Einberufung eines Nationalrats für Januar, der die poln[ische] Verfassung etc beraten soll. Das lässt immer eine Rückzugslinie offen, da dieser Nationalrat vor und nach seinem Zusammentritt Argumente genug gegen die Lösbarkeit der polnischen Frage liefern wird.

617 B[erlin] 24. 7. 15.

Wütend und traurig wegen der Proklamation des Kaisers zum Jahrestag des Kriegsbeginns[1]. Hammann hat einen unmöglichen Entwurf vorgeschlagen, ganz schlapp, wirkt wie ein Signal der Erschlaffung[2]. Mädchenhaft aber nicht preussisch. Der olle Kämpe ist ganz weich geworden, ganz ohne Sinn für ausserpolitische Machtfragen —
der Kanzler mit dem krankhaften Streben nach Nüchternheit, abgestossen durch die Unbildung und Dummheit der Annexionisten wird nur zu leicht die Beute von Betrachtungen, die bezweifeln, dass unsere Situation besser wird. Dazu die allzu grosse Macht des Verantwortungsgefühls und der von ihm diktierten gefährlichen Fragestellung. Er hat sich zwar aus eigenem gegen das schlimmste gewehrt — aber ich muss ihm morgen gründlich die Wahrheit sagen.
Die Situation im Innern ist für Russland endgültig gerettet, wenn wir ein Zeichen der Schwäche geben. Die Befreiung Polens aussprechen — das ist besser. Sichtbare Forderung zur Angliederung Belgiens treffen, in dem Augenblick, wo wir im Osten 3/4 Millionen entbehren können.
Also genau das Gegenteil dessen, was Hammann empfiehlt.
Der Kanzler, wundervoll in seiner Zähigkeit und Nüchternheit — aber so ohne Kühnheit und ohne den Glauben an die Macht.
Der Kaiser von Frieden reden! wo der Krieg entstand, weil die anderen auf die friedliche Natur des Kaisers rechneten.

---

[1] Kundgebung vom 31. 7. 1915, abgedruckt in Schultheß 1915/I, S. 335 f.: Deutschland habe den Krieg nicht gewollt und kämpfe nicht aus Eroberungslust. Aber es werde aushalten bis zu einem Frieden, „der uns die notwendigen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Sicherheiten für die Zukunft bietet und die Bedingungen erfüllt zur ungehemmten Entfaltung unserer schaffenden Kräfte in der Heimat und auf dem freien Meere."

[2] Vgl. Haußmann, S. 41: „Bei August Stein. Er ist nicht so ganz mit der Proklamation einverstanden, weil er Hammanns ersten Entwurf gelesen hatte, der weit kräftiger war. Da hieß es: ‚Nicht Eroberungslust trieb uns, ich wiederhole es. Ich biete jedem die Hand zum Frieden, der ihn will. Ich gelobe es. Aber wenn mein Friedenswunsch nicht geteilt wird, dann . . .', es folgt eine Drohung. Ich frage, ob der Kaiser die Aenderung gewollt hat. Nein, der hätte auch dies unterzeichnet. Aber Bethmann wollte nicht so weit in Worten gehen, wenngleich dies auch seinem Gefühl entspricht."

618 B[erlin], 28. 7. [1915]

Zwei Tage in Pless. UBootfrage. Wie im Volk, so auch bei Hof ziemliche Wut auf Amerika, wirkt natürlich auch gegen den Kanzler. Der hat es wieder bei S.M. ganz gut gemacht[1]. Proklamation[2], wir haben noch etwas Mark hineinversetzt. Der Satz mit dem Dürerschen Reiter, der des Todes und höllischer Künste nicht achtend das finstere Tal frei anreitet, muss wegfallen, weil ihn niemand bei Hofe kennt.
Dies charakteristisch für das Verhängnis des zukünftigen Deutschland: die Unbildung der Oberschicht. Interessantes Gespräch darüber mit dem Kanzler, der, degoutiert von den Alluren der Bassermann etc Westarp erstaunt über die idealistische Kraft des niederen Volkes nicht weiss wie das neue Deutschland der Macht und Finanzherrschaft die Einheit mit Goethe finden soll. Er meint, die Zukunft könne er in den Thyssen Stinnes etc nicht finden — in der jetzigen Geistesverfassung der Krautjunker auch nicht. An den Hohenzollern sei die geistige Entwicklung vorbeigegangen oder präge sich der geistige Niedergang schneller aus — etc etc ich gebe zu, es giebt keinen Posten in Deutschland von dem aus sich das Bildungsniveau der Oberschicht ungünstiger präsentiert als von dem des Reichskanzlers. Ringsum gute und schlechte Köpfe — aber alle ohne Bildung und Perspektive.
Politische Vorbereitungen zur Einnahme von Warschau Mahnung an die Militärs zur Vorsicht[3].
Falkenhayn kann sich der Einsicht dass der ganze Krieg an Konstantinopel hängt nicht mehr verschliessen, wird durch die Bereitwilligkeit Bulgariens zu Verhandlungen über Militärkonvention langsam hineingedrängt — geht aber ungern ran, weil er einsieht, dass er im Herbst durch Unterlassung Fehler gemacht hat und die Sache Plan des A[uswärtigen] Amtes ist, ausserdem wenn der Krieg dadurch gewonnen wird, die Diplomatie leidlich herauskommt. Es muß ihm via seine Untergebenen klar gemacht werden, dass wenn er es thut, er der überlegene

---

[1] Die amerik. Note vom 21. 7. 1915 betrachtete die deutsche Note vom 8. 7. 1915 (vgl. 12. 7. 1915) als „sehr unbefriedigend" und verlangte die unbedingte Respektierung der Sicherheit der neutralen und speziell der amerik. Staatsbürger. Sollten sich Fälle wie bei der „Lusitania" wiederholen, müßten die USA sie als „vorsätzlich unfreundliche Akte" betrachten. Foreign Relations 1915, Suppl., S. 480 ff. Die deutsche Öffentlichkeit verlangte eine scharfe Entgegnung. Ähnlich reagierte der Kaiser. Der deutsche Botschafter Bernstorff riet, die Note nicht zu beantworten. Bethmann befolgte diesen Rat, erwog aber außerdem, den U-Bootkrieg vorläufig einzustellen. Nach Müller, S. 119, sprach Bethmann bei seinem Aufenthalt in Pleß nur mit diesem über die amerik. Note, nicht mit dem Kaiser. May, S. 214; Link, Bd. 3, S. 438 ff.; Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 378 ff.; Westarp, Bd. 2, S. 111.
[2] Proklamation des Kaisers zum Jahrestag des Kriegsbeginns, vgl. 24. 7. 1915.
[3] Vgl. Hutten-Czapski, Bd. 2, S. 215 ff. Auf dessen Hinweis hin richtete der Kanzler am 25. 7. ein Telegramm an Falkenhayn zur Weitergabe an das AOK 9, in dem dringend vor Zerstörungen und Repressalien in Warschau gewarnt wurde. Zu Bethmanns Bemühungen, die poln. Bevölkerung so weit wie möglich zu schonen, vgl. auch die beiden bei Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 121 u. 123, abgedruckten Telegramme an Treutler vom 4. 8. 1915.

Weltkriegsstratege ist, wenn er es unterlässt, der Zusammenbruch der Weltmachtspolitik Wilhelm II auf sein Conto kommt[4].
Die Renaissancehaftigkeit der Zeit. Die Mittel derer sich die Politik bedienen muss — das Chlorgas als militärisches Kampfmittel — und der ethische Grundton im Volk. Dazu das Christentum an allerhöchster Stelle. Überall das Verbrechen ohne die Naivität des Verbrechens. Schliesslich ergiebt sich doch aus der allgemeinen Entwicklung eine ungeheure Heuchelei, der Zwang dazu. Die Entrüstung über England, verbunden mit Nachahmung der englischen Methoden.
Ein Dilemma über das ich gerade dieser Tage, verbunden mit einigen Unternehmungen oft denken muss. Ich selbst empfinde Verbrechen im Dienst der S a c h e als durchaus richtig, durch die Härte der Welt gegeben, solche im Interesse der Person als gemein. Demselben Empfinden begegne ich bei anderen. Es ist wohl allgemein. Aber die Zeit macht es dem deutschen Geiste doch nicht möglich aus diesem Empfinden eine Ethik zu machen, offen auszusprechen.

[4] Vgl. 7., 11. und 12. 7. 1915. Falkenhayn teilte Bethmann am 23. 7. noch einmal mit, eine Operation gegen Serbien könne erst nach Beseitigung der Gefahr im Osten ins Auge gefaßt werden; sei aber Rußland niedergeworfen, werde sie überflüssig. Eine Wendung trat ein, als am 24. 7. der bulgarische Gesandte dem deutschen Ausw. Amt überraschend mitteilte, Bulgarien sei nun zum Losschlagen bereit und wolle einen Offizier zu Verhandlungen ins deutsche Große Hauptquartier senden. Es wünsche eine schleunige deutsche Aktion gegen Serbien, denn nur durch eine solche könne die Regierung die Opposition gegen den bulgar. Kriegseintritt überwinden. Am 26. 7. telegraphierte Falkenhayn sein Einverständnis zum Empfang des bulgar. Unterhändlers. Treutler teilte dem Ausw. Amt am 27. 7. aus dem Großen Hauptquartier mit, die Entwicklung sei Falkenhayn „sichtlich unbequem", aber nach dem Eindruck des hier weilenden Reichskanzlers „überzeugt er sich mehr und mehr von der absoluten Notwendigkeit der serbischen Aktion". Janßen, Kanzler und General, S. 141 ff.; Mühlmann, OHL, S. 123 ff.

619 Thorn. 15. 8. [1915]

Seit der Zeit aufgeregte Tage.
Falkenhayn ist für die serbische Sache endgültig gewonnen, wie es wenigstens scheint. Die Bulgaren verhandeln, die Militärkonvention ist vor dem Abschluss[1]. Ehe sie indes nicht marschiert sind, ist an den König Ferdinand[2] nicht zu glauben.

[1] Noch Ende Juli beantragte Falkenhayn bei der milit. Leitung Österreichs eine gemeinsame Operation gegen Serbien. Am 3. 8. begannen die Verhandlungen mit dem bulgar. Abgesandten, am 5. 8. unterbreitete Falkenhayn dem Reichskanzler und dem österr. Generalstabschef den mit Gantschew ausgearbeiteten Entwurf einer Militärkonvention. Danach sollten in vier bis sechs Wochen nach Unterzeichnung des Vertrags je sechs deutsche und österr.-ungar. sowie mindestens sechs bulgar. Divisionen an den serbischen Grenzen aufmarschieren. Der Oberbefehl sollte einem deutschen General (Mackensen) übertragen werden. Der Vormarsch des bulgar. Heeres sollte vier Tage nach der Eröffnung des Angriffs durch die Mittelmächte beginnen. Der Vertrag wurde mit kleinen Abänderungen am 6. 9. unterzeichnet. Janßen, Kanzler und General, S. 149 ff.; Mühlmann, OHL, S. 127 ff.; RA, Bd. 9, S. 161.
[2] Ferdinand I. (1861—1948), Prinz v. Sachsen-Coburg-Gotha, 1887 Fürst von Bulgarien, 1908—1918 König.

Bassermann! Telegramm an Buhl Deidesheim aufgefangen „Der lange plant zum 1. August Kundgebung gegen jede Annexion. Thut sofort Schritte dagegen in München“[3]. Ich brachte es abends dem Kanzler. Grosse Freude. Der Bassermann ist wie eine eitle Blase, er platzt, wenn man sie ansticht. Der Kanzler hat sich dann schliesslich entschlossen, die Sache bis aufs letzte auszunützen. Amusante Szene mit dem Vorstand ohne Bassermann, die er sich bestellte, um ihnen die Depesche unter die Nase zu halten[4].

Anfang August Fahrt zu Hindenburg wegen Warschau und Polenfrage — als ich in Lötzen[5] ankam, war Warschau eben gefallen. Der Generalfeldmarschall einfach, vornehm, breitspurig, gratuliert Ludendorff auf diese Nachricht hin. Ein wundervoller Mann, vielleicht weniger als Talent, denn als Charakter. Eine Stunde später kam eine Depesche von Falkenhayn, dass ihm die 9.te Armee von heute an (Tag der Einnahme von Warschau) direct unterstellt sei![6] Ungeschickt!! Ludendorff schnaubend vor Wut — Hindenburg schwer getroffen, aber ruhig in durchaus überlegener Haltung. Dann lange Gespräche darüber mit Hindenburg, Ludendorff und dem Oberst v. Eisenhart Rothe[7]. Ich eigentlich nur um Hindenburg zu sagen, dass das Volk Angriffe auf ihn nicht duldet, alle Intriguen mit grösserer Popularität erwidert. In der That — das Volk

---

[3] Franz Ritter v. Buhl (1867—1921), Mitglied der nat.lib. Partei, seit 1911 Reichsrat der bayer. Krone, Weingutbesitzer in Deidesheim und Präsident des deutschen Weinbauverbandes. — Auf das Gerücht hin, der Kaiser werde, von Bethmann beraten, eine „flaue“ Kundgebung zum Jahrestag des Kriegsausbruchs (vgl. 24. 7. 1915) erlassen, telegraphierte Bassermann am 27. 7. an Buhl: „Der Lange [Bethmann] plant auf 1. 8. Allerhöchste Kundgebung gegen jede Annexion, ist deshalb Hauptquartier. Tut sofort dagegen Schritte in München. Periculum in mora.“ Der Zweck war, durch Buhl über Hertling oder den König von Bayern Einspruch erheben zu lassen. Das Telegramm wurde von der Zensur aufgefangen und Bethmann mitgeteilt. Westarp, Bd. 2, S. 308 f.; Reiß, S. 198 f.

[4] Bethmann hatte führende Politiker der Nat.lib. am 2. 8. zu einer Besprechung über das Verhältnis der Partei zu ihm eingeladen, darunter Bassermann. Infolge des aufgefangenen Telegramms wurde die Einladung an Bassermann zurückgezogen. In der Konferenz beschwerte sich der Kanzler über die Angriffe der Partei auf seine Politik, gegebenenfalls müsse er den Kampf gegen sie „mit aller Entschiedenheit aufnehmen“. Die Vorgänge führten zu einer Krise in der Führung der Partei. Die Gruppe um Friedberg und Schiffer verlangte eine öffentliche Vertrauenserklärung der Partei für Bethmann, stieß aber auf den Widerstand Bassermanns. Die deswegen einberufene Sitzung des Zentralvorstands vom 15. 8. stellte sich mit großer Mehrheit hinter Bassermann. Reiß, S. 195 ff.; Mommsen, Regierung Bethmann Hollweg, S. 140.

[5] Hauptquartier Hindenburgs.

[6] Warschau wurde am 5. 8. genommen. Am gleichen Tag teilte Falkenhayn Hindenburg mit, die 9. Armee, die Warschau besetzt hatte, werde vorübergehend zusammen mit der Armee-Abt. Woyrsch unter den Oberbefehl des Prinzen Leopold von Bayern treten und unmittelbar der OHL unterstellt. RA, Bd. 8, S. 345. Dahinter standen sachliche Differenzen zwischen Falkenhayn und Hindenburg-Ludendorff über die Fortsetzung der Operationen gegen die Russen, bei denen der Kaiser für Falkenhayn entschieden hatte. Ludendorff, Kriegserinnerungen, S. 119 f.; RA, Bd. 8, S. 340 ff.; Janßen, Kanzler und General, S. 154 ff.

[7] Johann Friedrich Ernst v. Eisenhart-Rothe, General der Infanterie, Jan. 1915—Anfang 1917 Oberquartiermeister in Ober Ost, 1917—1918 Generalintendant des Feldheeres.

hat einen feinen Instinkt, der Neid Falkenhayns macht ‹die Liebe zu›[a] Hindenburg immer stärker — Falkenhayn mag sich auf den Kopf stellen, er kann in die Liebe des Volkes nur Arm in Arm mit Hindenburg eintreten. (Das giebt übrigens Deutelmoser[8] zu.)
Hindenburg gleich wieder von dem Thema abgehend, Polenpolitik. Der alte ruhige Mann sehr verständig was der Reichskanzler will, muss gemacht werden. Ludendorff politisch ganz ungebildet und ahnungslos. Generalgouverneurfrage mit Ludendorff. Der heftig gegen Immediatstellung[9].
Wegen all diesem in der Nacht nach Breslau, in dem Salonwagen des Kanzlers der auf dem Wege nach Pless, bis Kattowitz mitgefahren, um darüber Vortrag zu halten, dann zurück. Falkenhayn hat auf Anfrage des Kanzlers geantwortet die Entziehung der 9.ten Armee wäre nur vorübergehend.
Dann nach Berlin — polnische Verwaltungsfrage, plötzlich Befehl Warschau zu fahren[10], dort vier bewegte Tage, nun auf Rückkehr.

---

[a] ‹...› nachträglich eingefügt.

[8] Erhard Eduard Deutelmoser (1873—1956), Offizier, seit 1912 im Kriegsministerium, 1913 dort Pressechef, 1914 Pressechef im Generalstab, 1915 Begründer und 1. Chef des Kriegspresseamts der OHL, 1916—1917 Leiter der Nachrichtenabt. im Ausw. Amt, 7. 11. 1917 Pressechef beim Reichskanzler.

[9] Hindenburg und Ludendorff forderten die Unterordnung des Generalgouverneurs von Polen unter das Oberkommando Ost und fanden die Unterstützung Bethmanns. Sie scheiterte jedoch an Falkenhayn, der beim Kaiser die unmittelbare Unterstellung unter die OHL durchsetzte. Ludendorff faßte die Entscheidung als persönliche Kränkung auf. Conze, S. 87. Vgl. auch den Brief Bethmanns an Valentini vom 22. 8. 1915, in: Valentini, S. 228 f.

[10] Nach Hutten-Czapski, Bd. 2, S. 223, war Riezler am 6. 8. 1915 schon ein erstes Mal in Warschau gewesen, anscheinend hauptsächlich zur Information.

620 Berlin. 18. 8. [1915]

Vom 10.—14. in Warschau mit Drews Lewald[1] Kries[2], dem Generalquartiermeister Eisenhart vom Oberkommando Ost. Sehr interessant. Die Stadt bewegt lebendig wie in Friedenszeiten — sehr schön in der Sonne.
Besprechung über die Behandlung Warschaus. Bericht des General Grünert[3] über die ersten Tage, die Mühe die sich das Bürgercomité gab etc etc. Anerkennung aber gleichzeitig Betonung, dass die von General

---

[1] Theodor Lewald (1860—1947), seit 1891 im Reichsamt des Innern, 1910—1917 Ministerialdirektor, 1917—1918 Unterstaatssekretär, 1919—1921 Staatssekretär.

[2] Wolfgang Moritz Ludwig v. Kries (1868—1945), Jurist, preuß. Verwaltungsdienst, 1903 Landrat des Kreises Filehne, Frühjahr 1915—Nov. 1917 Chef der deutschen Zivilverwaltung in Polen.

[3] Generalmajor, Chef des Generalstabes der 9. Armee.

Scheffer[4] getroffenen Massregeln mit der Einsetzung Lubomirskis[5] principiell zu missbilligen seien. Klassisch![6]
Sonst aber alles gut gemacht, auch der Abschub der Legionäre, die am ersten Tage in Civil und mit Waffen von allen Seiten zusammenliefen und nach ihrem Führer dem General Pilsudski schrieen[7].
Die enormen Schwierigkeiten — die von allen Verbindungen abgeschlossene Stadt, nur für wenige Tage mit Lebensmitteln versehen organisieren — Brotkarte etc das alles wurde dem Bürgerkomité beigebracht. Die standen Kopf.
Einen Tag nach der Einnahme gab das Warschauer Philharmonische Orchester die Eroica. Alle Kinos, Theater geöffnet. Polizeistunde 12 Uhr.
Interessante Unterredung mit Lubomirski. Feiner Mann — offen, vorsichtig. Ich sprach mit ihm über die Stadt, sagte ihm von unseren Schwierigkeiten den Ernährungsproblemen etc kam dann auf unsere Schwierigkeit mit der polnischen Legion. Da sagte [er] — hier könne er sich sogar aufrichtig oder beinahe ganz aufrichtig äussern — man könne Bewunderung und Mitleid für den Idealismus der paar tausend jungen Leute haben, die für ihr Vaterland kämpfen, aber sie könnten nichts ausrichten in dem Kampf der Millionen[.] Über Polen würden

---

[4] Reinhard Frhr. v. Scheffer-Boyadel (1851—1925), General der Infanterie, Führer des XXV. Reserve-Korps, das am 5. 8. Warschau besetzte, später Kommandant des XXVII. Reserve-Korps, dann der Armee-Abt. Scheffer.

[5] Zdzisław Fürst Lubomirski, Vorsitzender des Warschauer Bürgerkomitees, von den Russen bei ihrem Abzug aus Warschau zum Stadtpräsidenten ernannt; Sept. 1918 Mitglied des poln. Regentschaftsrats.

[6] Leopold von Bayern, der Oberkommandierende der 9. Armee, und Scheffer-Boyadel bemühten sich bei der Besetzung Warschaus, den Einwohnern möglichst entgegenzukommen. So bestätigte Scheffer-Boyadel bei der Übernahme der Stadt das von den Russen zugelassene Warschauer Bürgerkomitee und den Stadtpräsidenten Lubomirski bis auf weiteres in ihren Ämtern. Die Maßnahme, die die Billigung Bethmanns fand, durchkreuzte den Plan des Reichsamts des Innern, den Posener Oberbürgermeister Wilms mit der Leitung der Stadtverwaltung zu beauftragen. Conze, S. 83 f.; Hutten-Czapski, Bd. 2, S. 222 ff. Nach Hutten-Czapski hat Riezler bei seinem ersten Aufenthalt in Warschau (vgl. 15. 8. 1915, Anm. 10) die Bestätigung der poln. Stadtverwaltung Warschaus gebilligt und durch seinen Bericht an Bethmann dazu beigetragen, die Ernennung von Wilms zu verhindern.

[7] Józef Piłsudski (1867—1935), Mitbegründer der poln. sozialistischen Partei, Verfechter der Unabhängigkeit Polens, Nov.—Dez. 1922 poln. Staatspräsident, seit Mai 1926 durch Staatsstreich Diktator. — Piłsudski organisierte seit 1908 paramilitärische Schützenverbände in Galizien. Daraus gingen die poln. Legionen hervor, die nach Kriegsausbruch mit österr. Unterstützung und unter österr. Befehl in Galizien aufgestellt wurden. Piłsudski versuchte, die Legionen aus der österr. Heeresorganisation herauszulösen und eine geheime Militärorganisation in ganz Polen zu schaffen. Sein Ziel war, die Bewegung für die Einigung und Unabhängigkeit Polens vor der Anlehnung an Rußland oder an die Mittelmächte zu bewahren. Am 14. 8. 1915 erschien er in Warschau, um die dortigen Vertreter der Unabhängigkeitsrichtung, die sich am 5. 8. zur Zusammenarbeit mit den Mittelmächten bereit erklärt hatten, von dieser Entscheidung abzubringen. Er wurde sofort aus der Stadt ausgewiesen. Daraufhin fand eine Demonstration seiner Anhänger statt. Conze, S. 85, 91 ff.; Hutten-Czapski, Bd. 2, S. 232 ff.

je nach Kriegslage die Grossmächte beim Friedensschluss befinden. Er wollte keine Spaltungen in dem Land, deshalb sei er gegen die Legionäre. Es sei eine schwere Schuld Oesterreichs an Polen, diese Legion geschaffen zu haben — bis zu der Entscheidung müssten sie sich neutral und als russische Untertanen verhalten. etc etc.
Unsere Soldaten haben Weisung sich nicht wie in Feindesland zu gerieren, möglichste Rücksicht etc. Aber sie werden in der Sache mild, in der Form barsch sein. Grob und gutmütig, wie wir eben sind. Höflich und hart — das wäre das richtige. Wie das gehen wird?

621 Berlin 19. 8. [1915]

Heute Rede des Kanzlers[1]. Glänzend nicht ohne Grösse — in der Ehrlichkeit und Eindringlichkeit. Er hat wirklich den Passus über Polen[2] gesagt, den ich ihm vorschlug — machte ungeheures Aufsehen.
Die ganzen Tage über die Polenfrage nachgedacht[3] — sie ist kaum lösbar. Je länger ich nachdenke, desto stärker werden meine Argumente gegen die oesterreichische Lösung. Oesterreich hat alle Attraktionskraft verloren. Das wird schon aus[a] wirtschaftlichen Gründen ein nach den Fleischtöpfen schielendes Gebilde mit stark antideutscher Tendenz, da es uns die neue Teilung — Wegscheidung der Narew- und Warthelinie[4] nie verzeiht — zumal wenn wir, was wir dann müssen, dort germaniesieren.

[a] Das folgende Wort „Russenfreundlichkeit" gestrichen.

[1] Rede im Reichstag vom 19. 8. 1915. Sten. Berichte, Bd. 306, S. 213 ff. Zu ihrer Wirkung vgl. Valentini, S. 228 (Bethmann an Valentini, 22. 8. 1915).

[2] Gemeint sein könnte folgende Stelle der Rede, in der die Frage der Zukunft Polens berührt wird: „Die gleißnerischen Versprechungen unserer Feinde ahme ich nicht nach. Aber ich hoffe, daß die heutige Besetzung der polnischen Grenzen gegen Osten den Beginn einer Entwicklung darstellen wird, die die alten Gegensätze zwischen Deutschen und Polen aus der Welt schafft und das vom russischen Joch befreite Land einer glücklichen Zukunft entgegenführen wird, in der es die Eigenart seines nationalen Lebens pflegen und entwickeln kann. Das von uns besetzte Land werden wir unter möglichster Heranziehung der eigenen Bevölkerung gerecht verwalten, die unvermeidlichen Schwierigkeiten, die der Krieg mit sich bringt, auszugleichen und die Wunden, die Rußland dem Lande geschlagen hat, zu heilen suchen." Sten. Berichte, Bd. 306, S. 219.

[3] Zum folgenden vgl. Riezlers Aufzeichnung über die poln. Frage vom 20. 8. 1915, unten Dok. 2.

[4] Diese Linie gibt in etwa den östlichen Verlauf des poln. „Grenzstreifens" an, dessen Annexion die politische und militärische Leitung Deutschlands seit Ende 1914 ins Auge gefaßt hatten. Man glaubte, in diesem Gebiet eine weitgehende Germanisierungspolitik betreiben zu müssen, um es zu einem Riegel zwischen preuß. Polen und dem neuen Staat Polen zu machen. Geiss, Grenzstreifen, S. 70 ff.

622 Berlin 23. 8. [1915]

Frage Generalgouverneur Polen. Falkenhayn will unter keinen Umständen Unterstellung unter Hindenburg, will sogar Unterstellung unter

sich selbst immer wieder in die Ordre hineinschmuggeln[1]. Die muss der Reichskanzler gegenzeichnen — das kann er nicht, wenn er nicht zum Träger und Mitschuldigen einer Zurückschiebung des Volkslieblings Hindenburg werden will, die wie alle sagen, schon jetzt eine für den Kaiser gefährliche Missstimmung erzeugt hat[2]. Falkenhayn sträubt sich gegen den stärksten Druck, macht allerlei Mätzchen, sagt, gut bin einverstanden, reiche aber meinen Abschied ein. Hin und her.

Polnische Frage. Unverschämte Ansprüche der Oesterreicher, die immer noch Condominium in Warschau wollen[3] dort Propaganda unter den Polen treiben[4], anfragen, ob der Kaiser von Nowogeorgiewsk[5] nach Warschau komme, damit ihn Erzherzog Friedrich[6] dort rechtzeitig empfange etc.

Die Frage führt zu den schwersten Differenzen mit Oesterreich — habe darüber eine Aufzeichnung gemacht, die in meinen Papieren liegt und eingereicht[7]. Kanzler frug mich nach der staatsrechtlichen Form der darin angegebenen (relativen) Lösung, antwortete: Schutzstaat mit einer Verfassung die den Agrariern die Macht giebt, deutsche[n] Prinzen als Grossherzog von Warschau, Militärkonvention, keine Freizügigkeit Zollanschluss. Kein Gebiet wegnehmen auf unserer Seite, nur das was Oesterreich concediert werden muss.

Balkan vor der Explosion — man weiss nie in welcher Richtung das Pulverfass explodiert. Der bulgarische Militärbevollmächtigte Gantschew kam gestern nach Pless zurück, brachte die Vollmacht zur Unterzeichnung der Militärkonvention aber auch einen Bündnisvertrag mit, der sich auch gegen Griechenland wendet[8]. Hass des Königs Ferdinand ge-

[1] Vgl. 15. 8. 1915, Anm. 9.

[2] Vgl. dazu Brief Bethmanns an Valentini vom 22. 8. 1915, in: Valentini, S. 228 f.

[3] Im August 1914 hatte Österreich gefordert, daß ihm nach der Eroberung Polens die Verwaltung des gesamten Gebietes überlassen werde. Dies wurde von Deutschland abgelehnt. Im Januar und April 1915 einigte man sich grundsätzlich, die Verwaltungsgebiete aufzuteilen, Österreich setzte aber durch, daß für Warschau eine Sonderregelung vorbehalten bleibe. Nach der Einnahme Warschaus forderte Österreich, die im deutschen Verwaltungsbereich liegende Stadt solle gemeinsam verwaltet werden, stieß aber auf deutscher Seite auf entschiedene Ablehnung. Am 13./14. 9. 1915 wurde ein Abkommen über die endgültige Aufteilung der Verwaltungsgebiete getroffen. Dabei erreichte Österreich, daß ihm eine Vertretung seiner Interessen in Warschau durch einen Delegierten in selbständiger Stellung zugestanden wurde. Conze, S. 68 ff., 77, 85 f.

[4] Am 17. 8. traf Graf Andrian, der spätere Vertreter Österreichs in Warschau, in Warschau ein, um am 18. 8. eine Feier zum Geburtstag Kaiser Franz Josephs zu veranstalten. Zu der kirchlichen Feier waren neben deutschen Offizieren auch Polen, vor allem Legionäre, geladen, und vor der österr. Hymne spielte man das bisher verbotene poln. Nationallied. Conze, S. 86.

[5] Die Festung Nowo Georgiewsk wurde am 20. 8. eingenommen. Der Kaiser war an diesem Tag dorthin gefahren, um bei der Übergabe der Festung anwesend zu sein. Müller, S. 123 f.

[6] Erzherzog Friedrich v. Österreich (1856—1936), 1914—2. 12. 1916 Oberbefehlshaber der österr.-ungar. Armee.

[7] S. u. Dok. 2.

[8] Vgl. 15. 8. 1915. Peter Gantschew, Oberst, bulgar. Militärbevollmächtigter bei der deut-

gen Griechenland, gleichzeitig auch gegen den Kaiser und seine Vorliebe für Griechenland. Im A.A. verschiedene Meinungen. Die Referenten der Ansicht, dass man optieren muss und zwar für Bulgarien. Jagow hat alles auf Griechenland bezügliche aus dem Vertragsentwurf entfernt. Gefährlich! Hoffen wir, dass es gut geht! Es wäre sehr schlimm, wenn daran die Hoffnung scheiterte.
Jeden Tag atemlose Hetze. Keine Besinnung möglich.
Gestern gesegelt. Abends Kleist gelesen. Welcher Abgrund trennt die Nationen. Ungeheure Grösse der geistigen Gegensätze. Niemandem voll bewusst aber in aller Instinkt. Man kann nichts anderes thun, als sich recht am Wesen des eigenen Volkes wärmen.
Die unerhörte Leistung Deutschlands, die Summe von Idealismus. Aber sie droht verloren zu gehen, weil niemand sie besingen kann. Seltsam, es sind lauter Mächte am Werke, die ihrer selbst nicht bewusst sind.
Gott sei Dank dass der Kanzler sich diesmal selbst zum Reden hingerissen hat[9]. Anständig und fest.
Die blasenhaften Nullen, wie Bassermann — seltsames Schauspiel!

---

schen OHL, führte die Verhandlungen in Pleß über die deutsch-bulgar. Militärkonvention. Text des endgültigen Bündnisvertrags vom 6. 9. 1915 bei Mühlmann, OHL, Anlage 4 u 5; der von Gantschew am 22. 8. vorgelegte Entwurf und Gegenentwürfe des Ausw. Amtes in PA, Deutschland 128 Nr. 8 geh., Bd. 15 f. In dem bulgar. Entwurf wurden für den Kriegseintritt und auch schon für wohlwollende Neutralität Gebietserwerbungen auf Kosten Serbiens und, falls diese Staaten in den Krieg eingriffen, Rumäniens und Griechenlands gefordert. Jagow bemerkte zu dem Entwurf, er sei von der Maßlosigkeit Bulgariens peinlich berührt. Man dürfe nichts unterschreiben, was sich gegen Griechenland richte, dessen Neutralität man vertraglich, durch Versprechungen in Südalbanien und Saloniki, zu gewinnen hoffe. Ähnlich heißt es in einem Promemoria des Ausw. Amtes vom 23. 8., der Vertrag mit Bulgarien dürfe das Verhältnis zu Rumänien und Griechenland nicht vorbelasten; das Ziel müsse sein, alle drei Balkanstaaten zu gewinnen, im Interesse der „Schaffung einer verbündeten Mächtegruppe in Europa von der Nordsee bis Konstantinopel". — Griechenland war seit dem zweiten Balkankrieg durch ein Defensivbündnis mit Serbien verbunden. Vgl. Mühlmann, OHL, S. 128 f., 132 ff.

[9] Gemeint sein könnte die Rede des Reichskanzlers vom 19. 8. 1915, vgl. 19. 8. 1915.

622 B[erlin] 24. 8. 15.

Noch immer giebt es wenig Menschen, die das rettungslose, endlose dieses Krieges einsehen. Wie schmal die Hoffnung ist, ihn durch Entsatz Konstantinopels vor dem Winter zu beendigen. Es ist aber doch nur möglich, nicht einmal wahrscheinlich dass die Engländer sich dann ausrechnen dass mit der Bedrohung Aegyptens die Zeit gegen sie läuft.
Wie nahe Europa an den wirklichen Untergang streift! Der Tod der frischesten Jünglinge, die Umwälzung aller Besitzverhältnisse, die Bereicherung der schlechtesten — was wird aus Deutschland werden, zumal aus einem siegreichen, das die schwierigsten Aufgaben zur Bewältigung und keine Minute Musse haben, also weder empfinden noch denken wird!

623 B[erlin] 29. 8. [1915]

Der Kanzler in Pless. Grosser Krach wegen Arabic contra Marine. Falkenhayn auf des Kanzlers Seite. Der Kaiser gegen Tirpitz entschieden[1].
Es muss erklärt werden, dass wir Passagierdampfer nicht ohne Warnung torpedieren wollen. Das geht dem deutschen Volke hart ein, wir unterbinden durch die Censur alle Kritik. Balkan ist entscheidend[2]. Das verstehen die Leute ja schliesslich.
Der Kanzler auf dem Standpunkt der Argumentation von Helfferich[3]. Der sagt, entweder geht der Krieg auf dem Continent durch die Erschlaffung der Russen etc zu Ende, dann ist es für den Ausgang gleichgültig, ob wir ein paar Schiffe mehr geblowt haben oder nicht — geht der Krieg nicht zu Ende, dann ist die Aussicht auf Handelsfreiheit auf Grund der Londoner Deklaration[4] nicht zu verscherzen — da wir dann jede Länge ertragen können.
Der Krieg wird aber nicht [im] Herbst zu Ende gehen, er wird mit dem England der Kitchener etc bis aufs letzte durchgekämpft werden müs-

---

[1] Am 19. 8. wurde der engl. Passagierdampfer „Arabic" versenkt, wobei 44 Menschen, darunter zwei Amerikaner, ums Leben kamen. Die deutsche Botschaft in den USA warnte, der Bruch mit den USA werde sich nur vermeiden lassen, wenn fortan der U-Bootkrieg strikt nach den Regeln des Kreuzerkriegs geführt werde. Um eine Verfügung in diesem Sinn zu erreichen, fuhr der Kanzler am 25. 8. nach Pleß. Bei den Besprechungen am 26. 8. lehnten Tirpitz und Bachmann die Forderung Bethmanns strikt ab, Falkenhayn unterstützte ihn. Am 27. 8. erhielt der Kanzler in einem Vortrag beim Kaiser, zu dem die beiden Admirale nicht zugezogen waren, die Ermächtigung, die von ihm vorgeschlagene Erklärung abzusenden. Daraufhin reichte Tirpitz noch am 27. 8. ein Abschiedsgesuch ein. Es wurde am 30. 8. abgelehnt, gleichzeitig wurde Tirpitz mitgeteilt, daß der Kaiser künftig auf seine beratende Mitwirkung auf dem Gebiet der Seekriegführung verzichte. Bachmann, der am 30. 8. dem Kaiser eine lange Beschwerdeschrift über den Kanzler vorlegte, wurde verabschiedet und durch Holtzendorff ersetzt. Der Kanzler reiste am 28. 8. nach Berlin zurück. Spindler, Bd. 2, S. 269 f., 274 ff.; Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 403 ff.; Link, Bd. 3, S. 570 ff.

[2] Die unentschiedene Lage auf dem Balkan war ein wesentliches Argument bei der Forderung Falkenhayns und Bethmanns, der Bruch mit den USA müsse vermieden werden. Man befürchtete, alle noch neutralen Balkanstaaten würden dann auf seiten der Entente in den Krieg eingreifen. Vgl. die unter Anm. 1 angegebene Literatur, passim.

[3] Vgl. die Denkschrift Helfferichs vom 5. 8. 1915 zum U-Bootkrieg, die in der ersten Augusthälfte als die entschiedenste Stimme für die — zumindest zeitweilige — Einstellung des U-Bootkriegs diskutiert wurde. Die Argumentation der Denkschrift deckt sich nicht ganz mit den von Riezler angeführten Überlegungen. Sie wies auf die unmittelbaren finanziellen, wirtschaftlichen und politisch-militärischen Folgen eines Bruchs mit Amerika hin. Weiter regte sie an, auf die von Wilson in seiner Note vom 23. 7. vorgeschlagene deutsch-amerik. Zusammenarbeit für die Anerkennung der Freiheit der Meere einzugehen. Durch die von Wilson angebotene Vermittlung in England werde es vielleicht möglich sein, Erleichterungen in der Blockade herbeizuführen. Text bei Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 385 ff.; Helfferich, Bd. 2, S. 321 f.; Spindler, Bd. 2, S. 180, 190 ff.

[4] Die Londoner Seekriegsrechtserklärung vom 26. 2. 1909 grenzte das Blockaderecht und die Definition der Konterbande ein. Sie wurde durch England und daraufhin auch durch die übrigen Mächte nicht ratifiziert. Text bei Spindler, Bd. 1, S. 14 ff.

sen, mit allen Mitteln und ungeheurer Erbitterung daher wir für die Zukunft die Möglichkeit des UBootkriegs offen halten müssen.
Seltsam in dieser Zeit die Oberfläche unseres politischen Lebens:
die Konservativen, die die deutsch-russische Interessengemeinschaft nicht vergessen können, Bismarck citieren, und behaupten, wir hätten keine Gegensätze zu Russland (Allerdings! so wenig, wie das Lamm zum Wolf) — bleichen Schrecken haben wegen Polen.
Die Nationalliberalen die dem Volk nichts mehr zu sagen haben, weil ihr bestes Gemeingut geworden ist, auf jeden Windhauch aus dem Volke lauern, gänzlich leer, die vorhandene Gedankenlosigkeit in leeren Kraftsprüchen zusammenfassen — getragen von persönlichen Momenten Eitelkeit, dem Emporkömmlings-Machtdurst der Schwerindustrie die durch die verschiedenen Stellen die sie zu vergeben hat, immer die Leute à la Fuhrmann[5] Stresemann[5a] anzieht.
Die Ängste der Konservativen — wie wenig ausdehnungsfähig die alte preussische Grundlage des Reiches ist!
Neue Zeit — die Zukunft würde dem Reichsgedanken gehören, langsames Hinauswachsen über das Nationale durch lose Angliederung der kleinen Staaten, aber nur wenn jetzt der Grund gelegt wird oder wenn wenigstens nichts geschieht, was sich dieser zukünftigen Entwicklung in den Weg stellt. Beherrschen aber leben lassen!
Kundgebung der Norddeutschen über Europa vom 1. April zu Bismarcks Geburtstag[6] — die gleiche Formulierung in der jetzigen Kanzlerrede[7] — aber das ist auch das einzige, was ich bisher in der Richtung durchgesetzt.
Polen würde die Probe auf das Exempel.

---

[5] Paul Fuhrmann, seit 1909 Generalsekretär der Nat. lib. Partei, im 1. Weltkrieg Mitglied des Zentralvorstands der Partei, 1913—1918 Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses, Geschäftsführender Vorsitzender des rechtsgerichteten Altnationalliberalen Reichsverbands (gegr. 1912), seit 1915 Mitglied des Hauptvorstands des Alldeutschen Verbands, reger Propagandist deutscher Annexionsforderungen.

[5a] Gustav Stresemann (1878—1929), 1902—1918 Syndikus der Verbände sächsischer Industrieller, 1914—1928 Geschäftsführendes Präsidialmitglied des deutsch-amerikanischen Wirtschaftsverbandes, 1907—1912 und seit 1914 MdR, seit 1903 Mitglied der Nat. lib. Partei, 1917 als Nachfolger Bassermanns deren Fraktionsvorsitzender.

[6] Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 91 (1. Ausgabe), 1. 4. 1915, „Zu Bismarcks 100. Geburtstag": „Wir ... haben die Aufgabe geerbt, dieses Deutschen Reiches Stellung in der Mitte Europas zu stärken und durch solche Stärkung die europäische Frage im Sinne des dauernden Friedens und der gesicherten Freiheit und Selbstbestimmung seiner Völker zu lösen. Mögen die Minister der uns feindlichen Staaten in grenzenloser Unkenntnis deutschen Wesens zu beweisen versuchen, daß ein deutscher Sieg die Unterdrückung und Vernichtung der großen wie kleinen Staaten bedeute. Wir, deren Reich nicht aufgebaut ist auf Knechtung und Vergewaltigung fremder Völker, wissen, daß ... wir es sind, die in Wahrheit für Europa und seine Freiheit kämpfen ..."

[7] Rede vom 19. 8. 1915 im Reichstag: „... dieser ungeheure Krieg, der die Fugen der Welt klaffen macht, wird nicht zu alten, vergangenen Zeiten zurückführen. Ein Neues muß erstehen! Soll Europa jemals zur Ruhe kommen, so kann das nur durch eine starke, unantastbare Stellung Deutschlands geschehen ... Die englische Politik der ‚balance of Power'

Jagow indes für die oesterreichische Lösung. Er sprach mit mir darüber und sagte, er wäre gegen meine Lösung und schrieb jetzt etwas gegen meine Aufzeichnung![8]
Die Juden, die Juden! rief er aus. Ich sagte, wir könnten die Juden aus dem polnischen Schutzstaat ebensowenig hereinlassen, oder noch leichter absichern[a] als die oesterreichischen, denn dieser polnische Staat müsste immer antisemitische Politik betreiben.
Unerhörte Schwierigkeit des polnischen Problems, das das gesamte inneroesterreichische und zugleich die Frage unseres zukünftigen Verhältnisses zu Oesterreich mitumfasst. Wahrscheinlichkeit, dass dieser Krieg mit einer Erschütterung unserer Freundschaft zu Oesterreich endet, wir also den nächsten Krieg ohne Oesterreich fechten zu müssen, Gefahr laufen.

[a] Nicht sicher lesbar.

muß verschwinden; denn sie ist, wie es der englische Dichter Bernhard Shaw neulich genannt hat, ein Brutofen für Kriege ... Wir sind es nicht, die die kleinen Staaten bedrohen. Wir wollen sein und bleiben ein Hort des Friedens, der Freiheit der großen und der kleinen Nationen. Ich sage das nicht nur mit Bezug auf die Völker germanischer Rasse. Erst die deutschen und österreichisch-ungarischen Siege in Polen haben die Balkanvölker vom russischen Druck befreit ... Wir halten ... den Kampf durch, bis jene Völker von den wahrhaft Schuldigen den Frieden fordern, bis die Bahn frei wird für ein neues, von französischen Ränken, von moskowitischer Eroberungssucht und englischer Vormundschaft befreites Europa." Sten. Berichte, Bd. 306, S. 217.

[8] Vgl. 23. 8. 1915, Anm. 7. Denkschrift Jagows über die Polenfrage vom 2. 9. 1915 bei Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 140: Polen dürfe nicht an Rußland zurückgegeben werden. Ein unabhängiger poln. Staat würde eine Schaukelpolitik zwischen Rußland und Deutschland treiben und zum Zentrum der gegen Deutschland und Österreich gerichteten Irredenta-Bewegung werden. Die Angliederung Polens an Deutschland würde infolge der dann ins Reich eingegliederten Fremdvölker ein nationales Unglück bedeuten. Die beste Lösung sei ein autonomes Polen unter österr. Oberhoheit, unter der Bedingung, daß der deutsche Einfluß in Österreich gesichert sei.

624 B[erlin] 2. 9. 15

Tirpitz Abschiedsgesuch als unzulässige Beschwerde gegen den Reichskanzler abgeschmettert[1]. Arbeit um die Nachgiebigkeit begreiflich zu machen. Die Militairs feste vorgespannt[2]. Ging besser als man dachte.

[1] Vgl. 29. 8. 1915, Anm. 1. Texte bei Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 409 f., 415 f.; Spindler, Bd. 2, S. 281; Müller, S. 126.

[2] Vgl. den Brief Falkenhayns an Bachmann vom 3. 9. 1915, der die Entscheidung Bethmanns rechtfertigt. Wenn der Kanzler aus begründeten politischen Motiven Forderungen hinsichtlich des U-Bootkrieges stelle, müsse man ihm zustimmen. Text bei Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 421.

625 Wannsee. 10. 9. 15.

8 Tage hier heraussen. Herbstsonne Stürme — gesegelt. Das Geheimnis der Natur. Ihre Weite. Der Weltkrieg zum fait divers geworden. Das Moos im Walde. Seine tausendfältige Lebendigkeit, die Breite der Gott-

heit. Spaziergänge, die Kiefern gegen das Schilf. Wieder etwas Philosophie. Die H ä r t e der Welt.
Inzwischen Bachmann durch Holtzendorff ersetzt[1]. Alle Welt weiss, dass Tirpitz Abschied erbeten hat[2], Holtzendorffs Ernennung Sieg des Kanzlers über ihn ist. Das Marineamt hetzt feste, malt Holtzendorff als Flaumacher an behauptet, er hätte vor seiner Ernennung eine Denkschrift eingereicht, in der er sich gegen die Festsetzung an der flandrischen Küste ausspricht, was nicht wahr ist etc.
Militärkonvention und Vertrag mit Bulgarien gezeichnet[3]. Letzte Tage Schwierigkeit wegen oesterr[eichischem] Oberbefehl, den Oesterreich aus Prestigegründen haben [wollte], Bulgarien aber als unmöglich hinstellte[4]. Nun geht es wohl im Balkan[5].
Nachricht aus England — unbedingtes durchhalten. Glauben an den langsamen Druck der Flotte. Diesen Glauben zu besiegen — das Allerschwerste, es steht uns noch bevor.
Polen. Oesterreichs Ansprüche auf Agitationsfreiheit in Warschau[6]. Sie wollen dort Stimmung gegen uns machen können ehe sie sich mit uns geeinigt haben um das polnische Centrum sicherer und billiger zu bekommen.

---

[1] Vgl. 29. 8. 1915, Anm. 1. Admiral Henning v. Holtzendorff (1853—1919), 1909—1912 Chef der Hochseeflotte, wurde am 3. 9. 1915 Chef des Admiralstabs (bis 1918). Er wurde von Müller vorgeschlagen, der den Gegensatz zwischen der politischen Führung und der Marineleitung beseitigen wollte. Holtzendorff galt als Gegner Tirpitz'. Spindler, Bd. 2, S. 284; Hubatsch, S. 132 ff.; Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 417 ff.
[2] Vgl. 2. 9. 1915.
[3] Am 6. 9. 1915. Vgl. 15. und 23. 8. 1915.
[4] Vgl. dazu Janßen, Kanzler und General, S. 152 f., und RA, Bd. 9, S. 161. Die Einigung erfolgte am 5. 9. 1915 durch einen Kompromiß, der der österr. Heeresleitung den Schein des Oberbefehls wahrte.
[5] Die Operationen gegen Serbien begannen am 19. 9. 1915. Am 19./21. 9. 1915 erfolgte vertragsgemäß die bulgar. Mobilmachung. RA, Bd. 9, S. 196 ff.
[6] Vgl. 23. 8. 1915. Österreich verlangte außer einem Delegierten der Monarchie in Warschau die Zulassung österr.-ungar. Zeitungen im gesamten deutschen Verwaltungsgebiet in Polen. Conze, S. 86.

627[a] B[erlin] 23. 9. 15

Schlacht bei Wilna[1]. Falkenhayn meine, es käme nichts dabei heraus. Seine jungen Leute aber geben zu, dass die Sache grossartig gemacht ist

---

[a] Nr. 626 von Riezler übersprungen.

[1] 9.—27. 9. 1915. Hindenburg hatte die Offensive trotz der Warnungen Falkenhayns unternommen. Der Versuch, die Russen einzukreisen (15.—19. 9. 1915 Umzingelung von Wilna) und vernichtend zu schlagen, mißlang, da die russ. Armee sich rechtzeitig zurückziehen konnte. Trotz der Einnahme Wilnas (18. 9.) und der Zurückdrängung der russ. Front um ca. 80 km blieb die Schlacht ohne wesentliches strategisches Ergebnis. RA, Bd. 8, S. 494 ff.; Janßen, Kanzler und General, S. 156 f.; Falkenhayn, S. 114 ff.

von Ludendorff. Auch Max Mutius gibt jetzt zu dass Falkenhayn und seinem Chef Tappen[2] strategisch nichts einfällt, Ludendorff aber wohl.
Polen. Der Kanzler hat mich 14 Tage nicht danach gefragt, ein Zeichen, dass er immer mehr damit kokettiert, das Land an Oesterreich zu geben. Heute erfuhr ich, dass er das thatsächlich thut[3]. Darauf war ich bei Jagow und brachte das Gespräch auf Polen. Der will es à tout prix an Oesterreich geben. Um Gotteswillen keine Polen — dabei meint er in erster Linie keine Juden.
Ich sage allen — man kann es discutieren, aber dann muss man Oesterreich wirtschaftlich und militärisch so herannehmen, dass es nicht aus kann, dass auch Polen nicht zu Russland tendieren kann. Wenn das möglich ist, hat die oesterreichische Lösung der polnischen Frage viel für sich — trotz alles Geschimpfes, das hier angestellt wird.
Das Hauptmotiv für meinen Vorschlag: Polen ist der einzige Fall, wo wir die für die deutsche Zukunft nötige Form des kulturell freien Schutzstaates schaffen und beweisen können. Wenn es gelingt, zeigt es den Deutschen den einzig gangbaren Weg zu dauernder Grösse.

[2] Gerhard Tappen, Generalmajor, 1914—Aug. 1916 Chef der Operationsabt. in der OHL, ab Aug. 1916 Chef des Generalstabs in der Heeresgruppe Mackensen, ab Dez. 1916 Kommandeur der 5. Ersatz-Division.
[3] Vgl. das Schreiben Bethmanns an Falkenhayn vom 11. 9. 1915, Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 140. Auch Bethmann geht hier — ähnlich wie Riezler in dieser Eintragung — von der Voraussetzung aus, daß nach dem Krieg Österreich-Ungarn politisch, wirtschaftlich und militärisch enger an Deutschland gebunden werden müsse. Zum Wiederaufleben des Mitteleuropaplans zu dieser Zeit und seiner engen Verbindung mit der poln. Frage vgl. Ritter, Bd. 3, S. 132 ff., und Sweet, S. 184 ff.

628 B[erlin] 27. 9. 15.

Aufregende Tage. Kolossale Angriffe im Westen[1]. Die Franzosen haben allein in der Champagne 94 Geschütze erobert. Die Sache soll heute nicht mehr gefährlich sein.
Unsere Stellungen je nach dem Korps mit verschiedener Sorgfalt ausgebaut. Bei manchen immer noch die alte Sorglosigkeit und Überhebung.
Im Balkan geht alles gut. Kolossaler Eindruck der bulg[arischen] Mobilisierung[2] auf die Entente, am meisten natürlich Rom. Versuche durch Tino (König von Griechenland)[3] den Schrecken Serbiens über den Auf-

[1] Herbstoffensive der Franzosen und Engländer in der Champagne und im Artois (22. 9. bis Mitte Oktober). Die deutsche Westfront war sehr gefährdet, da sie wegen der gleichzeitigen Kämpfe bei Wilna und in Serbien nur unzureichend mit Reserven versorgt werden konnte. Dennoch konnten die Angriffe aufgefangen werden. RA, Bd. 9, S. 42 ff.; Janßen, Kanzler und General, S. 157 f. [2] Vgl. 10. 9. 1915, Anm. 5.
[3] Konstantin I. v. Griechenland (1868—1923), seit 1913 König, Juni 1917 gestürzt, Dez. 1920 durch Volksabstimmung wiedergewählt, verzichtete im Sept. 1922 auf den Thron. — Der König war Deutschland gegenüber wohlwollend eingestellt und bemühte sich, auch nach dem deutschen Bündnis mit Bulgarien, Griechenland neutral zu halten. Mühlmann, OHL, S. 132 ff.

marsch der 11 Divisionen dahin auszunutzen, dass Serbien Frieden schliesst, die Donau freigiebt, Makedonien an Bulgarien überlässt, wofür es Concession in Nordalbanien, Griechenland Südalbanien bekommt. Neuer Balkanbund[.] Deutsches Patronat[4]. Schön, aber nicht ungefährlich.
Wirrwarr in Russland, trotzdem kaum abnehmende Schlagfertigkeit der Armee[5].
Frieden von dort über Nacht möglich — wahrscheinlicher aber, dass niemand mehr zu einem solchen Entschluss fähig ist. Wahrscheinlicher nach Lösung der Dardanellenfrage Friede von England her.
Ganz abgesehen von den langweiligen Expectorationen von dem Hauptfeind wer das sei etc richtet sich der Entschluss darüber gegen wen man den Krieg führt, doch ganz einfach nach der Kriegslage — England können wir ärgern aber nicht niederwerfen, (England uns auch nicht). Was für ein Blödsinn, Krieg bis aufs Messer gegen England zu predigen. Das mag angehen für einen Ressortminister, der sich in erster Linie für den Bau einer grossen Flotte interessiert.
Kolossal stark bei uns die Sehnsucht nach Russland. Heydebrand etc. Eine wirkliche deutsch russische Verständigung wäre kulturell besser für uns, als eine deutsch englische. Aber: die Russen werden sich nach diesem Kriege n i e dauerhaft mit uns verständigen, ganz gleich ob wir wenig nehmen oder viel. Nie oder nur wenn wir uns mit 50jähriger Freiheit begnügen, in diesen 50 Jahren die Türkei und Oesterreich langsam opfern und dann zufrieden sind russischer Vasallenstaat zu werden.
Beratungen über das oesterreichische Problem[6] — schwieriger als das polnische und das belgische zusammen.

---

[4] Vgl. die Telegramme Jagows an die deutschen Botschafter in Athen und in Wien vom 26. 9. 1915, Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 142 f. Die Bedingungen für den Frieden mit Serbien lauten hier: Serbien tritt Makedonien und den Negotiner Kreis an Bulgarien ab, wird im übrigen geschont und erhält Nordalbanien, Griechenland wird Südalbanien einschließlich Valona zugesagt. Am 5. 10. antwortete der deutsche Botschafter in Athen, der König habe die Sondierung in Serbien eingeleitet, es bestünden aber kaum Aussichten auf Erfolg. Ibid., Nr. 188; vgl. auch Ritter, Bd. 3, S. 101.

[5] Ende August und Mitte September fanden in Petersburg und Moskau Kundgebungen gegen die Regierung statt; am 25. 9. 1915 streikten die Arbeiter in allen Fabriken in Petersburg. In der Duma kam es in dieser Zeit zu heftigen Auseinandersetzungen. Am 5. 9. wurde Nikolai Nikolajewitsch seines Postens enthoben, der Zar übernahm selbst den Oberbefehl über die Armee. Schultheß 1915/II, S. 1126 ff.

[6] Vgl. 23. 9. 1915, Anm. 3, und 11. 10. 1915, Anm. 5. Im September fanden in den zuständigen Ressorts Beratungen über den Zusammenschluß Deutschlands und Österreich-Ungarns statt, Mitte September wurde die Frage auch in einem wirtschaftlichen Ausschuß, bestehend aus Vertretern von Industrie, Handel, Finanz und Landwirtschaft, diskutiert. Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 141; Sweet, S. 189 ff.

629 Charleville 4. Okt. [1915]

Vorgestern mit dem Kanzler hierhergefahren[1] über Namur, von Namur mit dem Auto, kalter schöner Herbsttag mit leichtem Nebel über den Ardennen. Die Grazie der Landschaft.
In Namur Treutler und Luckwald[2] an der Bahn.
Auf der Fahrt erzählt Luckwald mir und Zech von den Tagen der Offensive[3].
Hauptfehler der Leichtsinn — die dritte Armee hat obwohl sie ihre Stellung für ungünstig hielt in 11 Monaten keine rückwärtigen Stellungen gebaut — Hochmut. Fehlen der einheitlichen Leitung im Westen.
In der Eisenbahn Gespräch mit dem Kanzler über die Friedensmöglichkeit hin und her — Nachricht aus Italien Beginn des Schwankens, aus Frankreich, Sembat[4] soll gesagt haben, er warte noch das Ergebnis dieser Offensive ab, wenn die nicht vorwärts ginge zu wirklichem Erfolge, werde er eine Friedenspolitik treiben. Ich behaupte, wenn zuerst der Balkan, dann Italien erledigt wird, wird Frankreich reif — mit ihm aber kommen die anderen, wenn sie nicht in Voraussicht dieser Entwicklung früher kommen. Möglich, möglich dass England das verhindern will, in der Idee von der profitablen Länge des die europäische Konkurrenz zerstörenden Krieges und verhindern kann.
Alle Mittel daran setzen, dass an möglichst vielen Punkten die Entwicklung gegen England läuft.
Verabredungen mit der Türkei betreffend Persien und Indien[5] — Verhandlungen über Bündnis mit Persien — die verlangen Garantie[6][.]

---

[1] Der Kaiser und das Große Hauptquartier hatten sich am 20. 9. von Pleß nach Charleville begeben (bis zum 20. 10. 1915).

[2] Erich v. Luckwald, seit 1910 im Ausw. Amt, bei Kriegsausbruch Heeresdienst, 15. 7. 1915 dem „mobilen Bureau des Ausw. Amtes im Gr. Hauptquartier" zugeteilt, 4. 3. 1917 zur kommissarischen Beschäftigung ins Ausw. Amt nach Berlin (Nachrichtenabt.) einberufen, 29. 9. 1919 ohne Verwendung.

[3] Vgl. 27. 9. 1915.

[4] Marcel Sembat (1862—1922), führender franz. Sozialist, seit 1893 Abg. der Kammer; vor 1914 gehörte er zu den Vorkämpfern für eine deutsch-franz. Verständigung, von Kriegsausbruch bis Anfang 1917 war er einer der Wortführer der patriotischen Mehrheit der sozialist. Partei; 26. 8. 1914—12. 12. 1916 Minister für öffentliche Arbeiten.

[5] Bereits kurz nach Kriegsausbruch entstanden Pläne, türk. Truppen über Persien-Afghanistan nach Indien vordringen zu lassen, um dort Aufstände gegen England zu organisieren (vgl. 20. 9. 1914, Anm. 5, und 8. 4. 1915, Anm. 1), und in Persien sowie im Kaukasus Aktionen gegen die Russen einzuleiten. Am 2. 10. 1915 telegraphierte der deutsche Marineattaché in der Türkei einen Plan des türk. Kriegsministers, türk. und persische Truppen gegen England und Rußland zu verwerten. Falkenhayn gab am 4. 10. seine Zustimmung. Kurz nach dem 5. 10. kam es zu einem Abkommen darüber zwischen Enver Pascha und General von der Goltz, die dem deutschen General die polit. und milit. Leitung der geplanten Unternehmungen übertrug. Gehrke, S. 184 f.

[6] Deutschland war seit Kriegsausbruch am Aufbau einer widerstandsfähigen persischen Truppe beteiligt. Seit Anfang August 1915 forderte Persien einen formellen Bündnisvertrag mit Deutschland, in dem seine Integrität und Unabhängigkeit garantiert würde; andernfalls müsse man den Abzug der deutschen Agenten verlangen, die das Land England und

Etappenstrasse, die die persische Gendarmerie[7] von den Russen reinigen muss, die da herum schweifen. Oesterreich will mittun, hat aber innerlich Angst dass wir die Sache zu sehr ins Grosse treiben[8].
Der tragische Irrtum Englands bestünde darin, dass sie uns zur Anspannung aller Kräfte, zur Ausnützung aller Möglichkeiten zwingen, in weltweite Probleme hineintreiben — gegen unseren Willen uns das Verlangen nach Weltherrschaft aufnötigen.

Rußland gegenüber in eine unhaltbare Lage brächten. Deutscherseits zögerte man, die gewünschte generelle Garantie zu geben, und schlug die Formel vor, Deutschland werde im Falle des pers. Kriegseintritts „bei Friedensschluß nach siegreichem Krieg für die Integrität und Souveränität Persiens" eintreten. Dies wurde jedoch Mitte September von der pers. Regierung als unzureichend abgelehnt. Gehrke, S. 165 ff.

[7] Die Gendarmerie stellte den Kern der pers. Regierungstruppe dar. — Mit der „Etappenstraße" dürfte der Verbindungsweg von der Türkei nach Afghanistan und Indien durch Persien gemeint sein, auf dessen Sicherung Deutschland Wert legte. Gehrke, S. 173 f.

[8] Österreich hatte Mitte September geäußert, daß es einen Kriegseintritt Persiens als wenig nutzbringend betrachte. Anfang Oktober entschloß man sich aber doch zur Unterstützung der deutschen Persienpolitik, obgleich Burián vom Sinn der Unternehmung wenig überzeugt war. Gehrke, S. 179 ff.

630 Charleville 11. Okt. [1915]

Gestern Jagd auf den Maashöhen — das gelbe Laub — Sonne und Dunst über lang gezogenen weichen Höhen und Wellen. Wundervoll.
Grosse Spannung die ganzen Tage — momentan Gewitter. Die Bulgaren die vor 10 Tagen versprachen, sie würden am 11ten loslegen, sollen heute auf den 14ten verschoben haben[1]. Falkenhayn ist wütend, der Kaiser hat ihm von einer Demarche von uns beim König von Griechenland erzählt, wir haben bei dem angeregt, zwischen Serbien und uns zu vermitteln[2]. Falkenhayn war nicht gefragt worden — da nun die Bulgaren heute nicht loslegen, behauptet er, sie seien dadurch abgehalten und sandte ein grobes Schreiben, auf das er eine deutliche Antwort bekommen muss[3]. Er hat gar keine Ahnung von Politik — es liegt auf der Hand, dass für die bulgarische Zögerung militärische Gründe entscheidend wa-

[1] Der bulgar. Angriff auf Serbien war für den 11. 10. geplant, mußte jedoch aus innenpolitischen Gründen bis zum 14. 10. aufgeschoben werden. RA, Bd. 9, S. 230.

[2] Vgl. 27. 9. 1915.

[3] Anfang Oktober hatte Bethmann Falkenhayn gefragt, ob er mit Friedensverhandlungen mit Serbien einverstanden sei, ohne jedoch zu sagen, daß Schritte dazu bereits getan worden waren. Falkenhayn sprach sich dagegen aus. Als er nachträglich von der Demarche beim griech. König erfuhr, sandte er am 11. 10. ein schroffes Protesttelegramm an Bethmann: Es handele sich hier um eine Angelegenheit, „deren Folgen unsere Kriegführung in unheilvoller Weise beeinflussen können, unter allen Umständen aber tief berühren". Sie gegen seinen Rat zu entscheiden, „heißt die militärischen und damit im Kriege die höchsten Interessen des Vaterlandes in Gefahr bringen. Es ist daher meine Pflicht, gegen ein derartiges Vorgehen strengste Verwahrung einzulegen. E. E. darf ich zugleich bitten, mich sehr gefällig darüber unterrichten zu wollen, auf welcher Weise der Wiederholung eines solchen Vorkommnisses vorgebeugt werden kann". Daran schloß sich zwischen dem 11. und

ren — die Serben ziehen dort Teile[a] ab, die Bulgaren möchten es natürlich leichter haben, ausserdem abwarten wohin sich die in Saloniki gelandeten Truppen[4] begeben.
Der Kanzler kann Falkenhayn von oben herab abthun — wenn der in seinem Urteil so fehlgreift.
Langes Gespräch mit dem Kanzler über Oesterreich — er überlegt hin und her und weiss nicht recht, welchen Weg er wählen soll. Die Wahl ist schwierig und folgenschwer. Er erzählt mir, er habe mit Falkenhayn flüchtig darüber gesprochen, der erörtere die Dinge nicht gründlich und ernsthaft — kann jetzt, da er so viel näherliegendes im Kopf hat, auch gar nicht zu ernsthaften Gesprächen darüber angehalten werden. Falkenhayn will von einer Militärkonvention nur wissen, wenn das Bündnis staatsrechtlich erweitert und verankert wird redet ausserdem von Mitteleuropa Hereinnahme Schweiz etc[5]. Beides gar nicht so dumm, aber von ihm wohl nur so leichthin gesagt. Möchte wissen, wer ihm diese Sachen ins Ohr gesetzt hat.
M. E. ist der engere Zusammenschluss mit Oesterreich der sicherste Weg, den wir gehen können. Es ist dann wenn Oesterreich dauernd heran-

---

[a] „Teile" nachträglich eingefügt.

18. 10. ein gereizter Briefwechsel zwischen Bethmann und Falkenhayn über den Vorrang von Politik oder Militär an. PA, Deutschland 122 Nr. 16 geh., Bd. 1; Ritter, Bd. 3, S. 101 ff.

[4] Seit dem 5. 10. 1915 landeten Truppen der Alliierten in Saloniki. Es war vorgesehen, von hier aus Serbien zu unterstützen und die zögernden Balkanstaaten zu gewinnen. Mühlmann, OHL, S. 142 ff.; Guinn, S. 100 ff.

[5] Vgl. 23. und 27. 9. 1915. Seit dem 28. 8. 1915 machte sich Falkenhayn zum Fürsprecher des Mitteleuropagedankens und drängte den Kanzler, dessen Verwirklichung sogleich in Angriff zu nehmen. Er sprach von einem engen langfristigen „Schutz- und Trutzbündnis" zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei, das durch Wirtschaftsverträge unterstützt werden müsse. Den Anschluß weiterer Staaten — Schweden, die Schweiz, vielleicht Griechenland — könne man durch Handelsabkommen vorbereiten. Der Zusammenschluß solle schon während des Krieges stattfinden; sein Wert liege in erster Linie darin, daß man dadurch England die Hoffnung auf die Erschöpfung Deutschlands nähme. Bethmann bezweifelte, ob sich der mitteleuropäische Zusammenschluß jetzt im Kriege durchführen lasse und ob eine engere Union zwischen den schon jetzt verbündeten Mittelmächten überhaupt Vorteile brächte. Außerdem erschienen ihm Falkenhayns Vorschläge in sich widersprüchlich. Ritter, Bd. 3, S. 119 ff.; Sweet, S. 184 ff.; Janßen, Kanzler und General, S. 167 ff.; Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 134 f., 137, 139 f., 147. Zur Eintragung Riezlers vgl. bes. Bethmanns Brief an Jagow vom 13. 10. 1915, Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 147: „Einesteils vertritt der General mit Entschiedenheit seine bekannten mitteleuropäischen Gedanken, welche eine engere politische militärische und wirtschaftliche Verbindung der beiden Kaiserreiche zur Voraussetzung haben, andererseits lehnt er die engere militärische Verbindung mit der Begründung ab, Österreich sei ein Kadaver, an den wir uns nicht binden könnten. Die Struktur unseres eigenen Heeres werde von einer engeren Verbindung mit der schlaffen österreichisch ungarischen Armee eher Nachteile wie Vorteile haben, und die letztere wiederum werde zu schlampig sein, um von uns zu lernen. Erweise sie sich wider Erwarten kräftig genug, um Gutes von uns anzunehmen, so werde ein militärisch gekräftigtes Österreich uns die Freundschaft aufsagen und in einem nächsten Kriege gegen uns fechten. Herr von Falkenhayn hat mir deshalb bisher jeden Gedanken an eine Militärkonvention abgelehnt."

genommen und festgehalten wird, wenigstens sicher, dass nichts was unsere Existenz gefährdet passieren kann — auch dieser Weg hat manches dunkle. Alle anderen aber sind ein absolutes Herumtappen im Finstern. Dieser Krieg hat Europa so tief aufgewühlt, bringt so viel neue Faktoren, neue Kräfte und Motive aus der Tiefe — dass in der Fülle der Möglichkeiten niemand irgend eine Wahrscheinlichkeit der europäischen Entwicklung aufstellen kann. Auch so grundlegende Änderungen wie die Loslösung Englands von Frankreich oder umgekehrt sind möglich. Auf dem dünnsten Boden steht für die Zukunft die deutsch-russische Linie, so nahe sie vielleicht für die flüchtige Konstellation des Friedensschlusses liegt.
Es ist unmöglich eine Neuordnung Europas aus dem Boden zu stampfen — aber es ist notwendig den Keim ein[zu]legen, der ohne Kriege wachsen kann.
Es ist der Augenblick da die nationalstaatliche Entwicklung sich überschlägt. Entweder geht Europa zu grunde oder es entwickelt sich ein mitteleuropäischer Imperialismus der leichten Hand. Kern dazu — Deutschland und Oesterreich. Das kann nicht schief gehen und giebt die Möglichkeit des Weiterwachsens.
Ausserdem unbedingte Notwendigkeit Europa von den Rüstungen zu erretten.
Furchtbare Erzählungen von den Kämpfen an der Front. Wahrscheinlichkeit einer ungeheuren Friedensbewegung nach dem Krieg. Bassermann richtet wie immer seine Politik nach der aura popularis von vorgestern.
Auf allen Spaziergängen in der friedlichen Herbstlandschaft der ununterbrochene Kanonendonner aus der Champagne. Es liegt immer ein schwerer Druck auf allen Gemütern.

631 16. Okt. 1915.

Inzwischen haben die Bulgaren losgelegt[1] und Falkenhayn ist mit dem Versuch, die Schuld für die Verzögerung auf die Diplomatie abzuschieben, arg blamiert. Der Kanzler hat ihm sehr überlegen und vornehm geantwortet[2]. Er ist so recht das ungezogene Kind.

[1] Vgl. 11. 10. 1915.
[2] Vgl. 11. 10. 1915. Bethmann antwortete Falkenhayn: „... Der Schritt charakterisiert sich als eine rein politische Angelegenheit, die in den Kreis meiner Verantwortung fällt. Ich bin außerstande, E. E. eine Kritik hierüber zuzugestehen oder die Führung der auswärtigen Politik im einzelnen von E. E. Zustimmung abhängig zu machen. Das Bestreben, in allen den Existenzkampf Deutschlands betreffenden Fragen mit E. E. eine dauernde Verbindung und Meinungsübereinstimmung aufrechtzuerhalten, ist in allen bisherigen Phasen des Krieges von meiner Seite so entschieden bestätigt worden, daß es mir widerstrebt, durch eine Auseinandersetzung über die beiderseitigen Zuständigkeiten die Gefahr von Gegensätzen heraufzubeschwören, die dem gemeinsam angestrebten Ziel nur schädlich sein können." Ritter, Bd. 3, S. 102.

Seltsamer Mann Falkenhayn, ungezogen taktlos, ungebildet, leichtfertig — sehr gerissen, bestrickend gewandt, wenn er will, mit grossem Willen, Organisationstalent, nicht ohne Genialität. Seltsamer Gegensatz zu dem schweren Blut des Kanzlers, der an Urteil Geist und Bildung ihm ungeheuer überlegen, in seinen ersten Äusserungen immer unsicher und suchend, in seinen Endurteilen immer sicher und richtig ist, nichts, wie der andere oben hin sagt. Beide müssen innerlich eine ungeheure Verachtung für die Mentalität des anderen haben, der Kanzler in seiner rührenden Bescheidenheit sagt mir, wenn er mir irgend einen ganz dummen, obenhin gemachten Vorschlag von Falkenhayn erzählt, ich weiss nicht, bin ich denn verrückt oder ganz blind aber u.s.w.
Vorgestern Fahrt an die Front zu meinem Regiment[3]. Der erfrischendste und froheste Tag den ich seit diesem Krieg erlebt habe. Kanzler fuhr nach Lille[4], setzte mich in Douai ab. Das G[eneral] K[ommando] des I. Korps brachte mich per Auto nach Mericourt von dort ging ich zu Fuss in den Gefechtsstand des Regimentsstabs nach Vimy über eine lange Ebene, die den Höhen von Givenchy vorgelagert ist. Flieger über mir die von Schrapnells beschossen werden. Rechts und links Artillerie eingegraben. Klarer Nachmittag, dann im Unterstand des Reg[iments], Gespräch mit den mir bekannten Offizieren. Vorgestern war grosser Angriff[5] rührende Bewunderung für die Bauern, rührendes Verhältnis von Offizieren und Mannschaften (die Bodenständigkeit aller Stände, das Bauernhafte auch in den Gebildeten). Wut auf die Annektierer (Kleinkrieger). Allgemeines Bravo über das Verbot der deutschen Tageszeitung[6].
Gespensterhaft die Heimfahrt, die Leuchtkugeln auf den Höhen, das brennende Lens und die Fahrt ohne Licht im Wagen und dann im Auto an endlosen Kolonnen vorbei, fortwährendes Anrufen etc. Dann in Douai am nächsten Vormittag bei Xylander[7], lange über die Kriegslage, Zustand der Armee, Möglichkeiten im Westen. Verschiedenheiten der Truppen. Junge ungewohnte bei der Garde, die aus dem Osten

---

[3] Vgl. 1. 9. 1914.
[4] Hauptquartier des Kronprinzen von Bayern (Oberkommandierender der 6. Armee). Der Besuch fand am Nachmittag des 13. 10. statt. Der Anlaß dazu war nach der Aufzeichnung Rupprechts „eine Bagatelle, wegen der er meine Vermittlung in München wünschte, und die Sache war obendrein schon dort erledigt. In weniger denn fünf Minuten war alles erledigt". Anschließend informierte der Kanzler den Kronprinzen über die außenpolitische Lage und die poln. sowie die elsaß-lothr. Frage. Rupprecht v. Bayern, Bd. 1, S. 395 f.
[5] Vgl. 27. 9. 1915, Anm. 1. Vom 11.—13. 10. fand der letzte große Angriff der Offensive im Artois statt, von dem auch die 1. bayer. Infanterie-Division betroffen wurde. RA, Bd. 9, S. 86 ff.
[6] Die Deutsche Tageszeitung wurde wegen zweier Artikel von Graf Reventlow („Nationale Disziplin", 29. 9. 1915, Nr. 492, und 5. 10. 1915, Nr. 503) verboten. Das Verbot wurde am 13. 10. wieder aufgehoben, Reventlow jedoch unter Präventivzensur gestellt. Westarp, Bd. 2, S. 181.
[7] Rudolf Robert Oskar Ritter v. Xylander, seit 1913 General der Infanterie in Bayern, Kommandierender General des 1. bayer. Armee-Korps.

kam[8]. Nicht aus den Unterständen herausgehen beim Angriff, gefangen nehmen lassen etc. Die Franzosen merken, dass da nicht mehr alles stimmt, ziehen ihre Schlüsse daraus und kämpfen weiter. Die Hoffnung von einer regen Phantasie genährt, führt sie von Monat zu Monat weiter. Möglichkeit eines grossen Angriffs, an einer von den Franzosen gerade vernachlässigten Stelle, also überraschend. Xylander meint zwischen Compiègne und der Somme. Ich werfe ein, dass bei einem Fehlschlag alle Friedenshoffnung sich für uns verflüchtigt und die Gegner von dem schliesslichen Erfolg des Ermattungskriegs überzeugt werden.
Frühstück mit Kanzler beim Generalkommando I. bayr[ischen] Korps. Sehr gelungene Veranstaltung.
Dann wieder Charleville.
Unterredungen Kanzler mit Falkenhayn über Belgien, insbesondere über mitteleuropäische vereinigte Staaten[9].
Auf die hat sich der Generalstabschef ganz festgerannt. So wie er sie sich denkt, liegen unklare napoleonische Ideen zu grunde. Wir sollen die ganze Sache nicht nur de facto sondern auch de iure, also in ausgebildeter staatrechtlicher Form beherrschen. Einen Weg weiss er nicht anzugeben. „Der Kanzler müsse doch Herren haben, die so etwas ausarbeiten." Gewiss auf dem Papier.
Ungangbar, da Oesterreich kein Kleinstaat. Das einzige, was wir können, aber auch müssen, ist, die Dinge beim Friedensschluss so anzulegen, dass die europäische Entwicklung in diese Richtung gedrängt wird — also den Boden zu bearbeiten, die Saat auszustreuen.
Erörterung über die Schwierigkeiten der belgischen Frage, Falkenhayn will Besatzungsrecht, Eisenbahnen[10] etc. Das alles bedingt eine absolute

[8] Vgl. 27. 9. 1915, Anm. 1. Die Westfront war durch eilig aus dem Osten herbeigeholte Reserven verstärkt worden. Janßen, Kanzler und General, S. 157 f.

[9] Vgl. dazu Aufz. im Nachlaß Wild, Auszüge bei Ritter, Bd. 3, S. 120 f., und Aufz. Bethmanns vom 15. 10. 1915, PA, Wk 20 c geh., Bd. 1, Auszüge bei Sweet, S. 192 ff., wonach Falkenhayn ausführte: Das künftige Mitteleuropa sollten neben den jetzt verbündeten Mittelmächten Skandinavien, Holland, die Schweiz und evtl. die Balkanstaaten bilden. Seinen Kern müßten Deutschland und Österreich darstellen. Damit das durch Polen verstärkte Österreich sich künftig nicht gegen Deutschland wenden könne, müsse es zu einem festen „Staatenbund" mit Deutschland vereinigt werden, unter teilweiser Aufgabe seiner Souveränität. Das Verhältnis der beiden Mächte zueinander müsse ähnlich wie das zwischen Preußen und Bayern sein. Der deutsche Kaiser solle Präsident des Staatenbundes werden, ihm zur Seite könne ein Senat, gebildet aus den Vertretern der Einzelstaaten, stehen. „Nur wenn wir Österreich-Ungarn in dieser Weise beherrschen, kann eine Militärkonvention von Bedeutung sein." Ohne die politische Oberhoheit wäre jede militärische Bindung an Österreich wertlos, ja gefährlich.

[10] Vgl. 16. 7. 1915 und Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 159, Treutler an AA, 2. 11. 1915: Er habe nochmals mit Falkenhayn darüber gesprochen, ob und in welcher Form er die Aufmarschlinie Ostende—Metz aufrechterhalte. Falkenhayn habe geantwortet, daß er diese strategische Grenze für „unerläßlich" halte und „Belgien als ‚glacis' brauche für einen eventuellen Zukunftskrieg mit [den] Westmächten"; er habe sich anscheinend „vorläufig" für eine starke Besatzung in Belgien entschieden, werde aber offensichtlich noch mit sich darüber sprechen lassen. Zur Charakterisierung dieser Forderung Falkenhayns wie auch seines Mitteleuropaplans vgl. Janßen, Kanzler und General, S. 165 ff.

Gewaltherrschaft — um da dauernde Reibungen und Schwierigkeiten und die Fortdauer eines latenten Krieges zu vermeiden, muss man dann alles in der Hand haben, das aber geht nicht. Hin und her reden. Ich bin jetzt für die Annexion des Maasbogens, und Gründen eines überwiegend[a] flandrischen Staates, mit Schutzverträgen etc. Vielleicht Frankreich ein wallonisches Stück. Verzweifeltes Problem.
Balkan, Spannung ob Entente in Saloniki[11] fortfährt oder sich nach Adana[12] wendet. Das Klügste, England wird [es] aber nicht leicht haben, Frankreich mitzuziehen, da rein englisches Interesse.

[a] Nachträglich eingefügt.

[11] Vgl. 11. 10. 1915.

[12] Küstenstadt in Südost-Anatolien.

632 Berlin. 23. Okt. [1915]

Je länger der Krieg dauert, desto schwerer langsamer niedriger schleichen die Gedanken. Tage an denen die Hoffnung genährt wird, dass die dicht aufeinanderfolgenden Schläge der Balkanaktion, Gallipoli, Drohung im Orient, Unterbrechung der russischen Verbindung mit Saloniki, eventueller Friede Serbiens etc die Entente langsam abbröckeln und zusammenknicken lässt, die Ministerien stürzt etc, folgen andere, wo der unzweifelhafte Wille der anderen auszuhalten, die Unmöglichkeit abzudanken, der Hass, der tragische Irrtum über unsere Stärke etc es als das wahrscheinlichste erscheinen lassen, dass die Gegner bis zu ihrer völligen Erschöpfung die auch die unsere sein wird, aushalten — schnitte der Krieg nicht so tief in das Leben ein, kostete er nicht alle die Kräfte, die eine Nation braucht, um die ungeheuren Gewinne eines Sieges zu realisieren[,] wäre er wie andere Kriege, so hätte es Sinn die indische wie die aegyptische Drohung[1] auszuführen — so aber wäre nach solchen Opfern der volle Erfolg der Untergang, die Nation würde aufgesogen werden von der Aufgabe die sie überkäme.
Den Frieden anbieten? Bei der allgemeinen Verblendung der Gegner schwer, kaum möglich? Sich dazu entschliessen, mit der Hoffnung im Herzen, dass wenn wir noch 8 bis 14 Tage warten, ein Teil der Entente um Frieden kommt.
Bieten wir Frieden an so wird der Kriegsertrag minimal! aller Wahrscheinlichkeit nach.
Sehr schlimme Bildungsaussichten für nach dem Kriege. Alle Menschen werden von praktischen Aufgaben angezogen. Was soll Europa werden? Rüstungen über Rüstungen. Das schlimmste, dass die Koalition auch von einem verlorenen Kriege den Eindruck mit fortnimmt, dass er für sie hätte gewonnen werden können, in der Wiederholung bei Korrektur der Fehler, wahrscheinlich gewonnen werden kann.

[1] Vgl. 22. 8. 1914 und 4. 10. 1915.

Hauptfrage des Friedens: wie wird Europa vor dem Untergange gerettet. Die Entente hat eine ganz richtige einfache Lösung, die Opferung Deutschlands. Seine Wiederherabschraubung zum Puffer der ringsum gelagerten Gelüste. Wo aber ist die deutsche Lösung: Der Mitteleuropäische Bund, der aber ist bei Hinzutritt der kleinen Staaten so stark, gegen den schliessen sich die anderen zusammen. Er ist eine wirklich sichere Lösung nur, wenn ihm Frankreich beitritt. Das zu erzwingen aber ist bei dem tragischen Hass der Franzosen gegen die Vernunft nahezu eine Chimaere.
Schwere Gedanken, unsere Kräfte nehmen langsam ab, der eine Trost nur dass es bei den anderen noch schneller geht.
Ob die Entente so klug ist, nach Öffnung des serbischen Weges[2], auf Kosten Griechenlands, das wehrlos ist, den Bulgaren Saloniki Kavala etc zu bieten, gegen Hinderung der Durchfuhr?

[2] Vgl. 11. 10. 1915, Anm. 4.

633 Warschau 26/10 [1915]

Gestern früh mit Mutius hier angekommen, bei den Verwaltungsbeamten gegessen, teilweise nette tüchtige Kerle, Abwesenheit jedes Minimums an menschlicher Grazie — allgemeine Atmosphäre leicht knotig.
Abends bei Hutten-Czapski[1] Gelage, Potockisches Palais wundervoller Bau, innen alles alt bestes Directoire. Der Besitzer ist in Russland und absolut russophil[2].
Langes Gespräch mit dem jungen Fürsten Czartoryski[3] und dem süssen Juden Andrian, der hier Oesterreich diplomatisch vertritt[4].
Hoffnungslosigkeit der hiesigen politischen Detailfragen wie noch mehr, des ganzen Problems.
Hoffnungslose Verschiedenheit der Mentalität beider Völker, latinisierte classe slave. Excessivität des polnischen Nationalismus. Sie feiern hier

[1] Bogdan Graf v. Hutten-Czapski (1851—1936), poln. Magnat, Schloßhauptmann von Posen, Mitglied des preuß. Herrenhauses, seit Kriegsausbruch Referent für Ostfragen in der Polit. Abt. des Großen Generalstabs, dann zum Stab der 8., später der 9. Armee kommandiert, Anfang 1915 zur Verfügung Bethmanns gestellt, u. a. Reise nach Italien, Aug. 1915 Berater des Generalgouverneurs von Warschau, Kurator der Warschauer Universität, 1916 stellv. Regierungskommissar beim poln. Staatsrat. Er trat für eine deutsch-poln. Verständigung und — wie Mutius und Riezler — für möglichst großes Entgegenkommen gegenüber der poln. Bevölkerung bei der Verwaltung Polens ein. Vgl. dazu seine Erinnerungen und Conze, passim.
[2] Das Warschauer Palais des poln. Großgrundbesitzers Graf Józef Potocki war z. T. Offizierskasino, z. T. standen die Räume dem Generalgouverneur zur Verfügung.
[3] Prinz Olgierd Czartoryski, Schwiegersohn des österr. Erzherzogs Karl Stephan und Abkomme des größten poln. Adelsgeschlechts, war nach Hutten-Czapski (Bd. 2, S. 321, 331, 339) gegen Österreich und für eine deutsch-poln. Verständigung.
[4] Vgl. 23. 8. 1915. Leopold Ferdinand Frhr. v. Andrian-Werburg (1875—1951), 16. 12. 1915—15. 1. 1917 Vertreter Österreich-Ungarns im dt. Generalgouvernement Polen.

die Einnahme der alten polnischen Stadt Wilna[5] — hängen Karten mit den alten Grenzen Polens zu den Schaufenstern heraus, inclusive Posen, Danzig. M[einer] Ansicht nach ist die einzige Möglichkeit die polnische Politik an unserer Seite zu halten — zwischen diejenigen polnischen Wünsche die sie nur gegen uns erfüllen können, (Posen etc) eine Zwischenstufe zu legen, deren Erfüllung sie nur von uns erhoffen können, also das Land noch einmal zwischen uns und Oesterreich zu teilen.
Ein freies, international unabhängiges Polen Pufferstaat, wird binnen kurzem einen Bund mit Russland schliessen, und mit vollen Segeln in das russische Lager übergehen — von wirtschaftlichen Interessen, vom russischen Gelde getrieben — die Russen werden ihnen die Autonomie lassen, die Polen werden ihre Sehnsucht auf Posen koncentrieren können, Vorkämpfer des slavischen Dranges nach Westen werden.
Die einzige Gewalt, mit der man das Land leiten kann, die Kirche — aber der polnische Episkopat ganz demoralisiert, die Russen haben sich immer für eine möglichste Minderwertigkeit der Geistlichkeit eingesetzt.
Graf Goluchowski[6] war hier — er meint auch Polen müsste Litauen bis Suwalki und Wilna bekommen.
Der Fürst Czartoryski giebt zu, dass das Land, sich selbst überlassen zu Russland tendiert ausserdem erst ganz langsam lernen kann, sich selbst zu regieren.
Russland wird eventuell ein freies Polen zugeben, in der Erwartung dass es ihm unausweichlich wieder zufällt, dass über der Frage sich Oesterreich und Deutschland entzweien.

[5] Wilna wurde am 18. 9. 1915 von den Deutschen besetzt.
[6] Agenor Graf v. Goluchowski (1849—1921), österr.-ungar. Diplomat, Mitglied des Herrenhauses, 1895—1906 Minister des Äußeren, trat im 1. Weltkrieg für die austropoln. Lösung ein. Zu seinem Aufenthalt in Warschau Mitte Sept. 1915 vgl. Conze, S. 142 f.; Hutten-Czapski, Bd. 2, S. 251 f. und bes. den Bericht Hutten-Czapskis vom 24. 9. 1915 in PA, Wk 20 c geh., Bd. 1: Goluchowski habe als beste Lösung der poln. Frage empfohlen, daß Deutschland die Ostseeprovinzen, das Gebiet von Kowno und das Generalgouvernement Suwalki mit Ausnahme der rein poln. südlichen Teile erhalte, das übrige Kongreßpolen einschließlich der überwiegend poln. Gebiete Litauens und speziell Wilnas an Österreich komme, das im trialistischen Sinn umzugestalten sei.

634 Warschau 27/10 [1915]

Kolossales décousu, persönlich und sachlich. Der Generalgouverneur[1] ‹verständig aber schwach, ängstlich misstrauisch›[a]. Das Schwergewicht aber liegt in den kleinen Sachen, die sein Stab macht und ihm nicht vorlegt. Der Chef dieses Stabes ein General Esch[2], der Prototyp des

[a] ‹. . .› nachträglich eingefügt; ursprünglich „sehr gut", gestrichen.

[1] Am 25.8.1915 war Beseler zum Generalgouverneur in Polen ernannt worden. Conze, S. 88 ff.
[2] von der Esch, General der Infanterie, 1915 Verbindungsoffizier zwischen Ober Ost und der deutschen Zivilverwaltung links der Weichsel, Aug. 1915—Nov. 1916 Generalstabschef des Generalgouverneurs v. Beseler, dann Führer einer Infanteriedivision.

dummen miles, wütend dass die Leute hier polnisch sprechen, polnisch Theater spielen etc. — Gegner der von uns gemachten Universität[3], die er zusammen mit dem Vertreter Oesterreichs[4] am liebsten noch zu Fall bringen will — dazu ein Major a. D. v. Seidlytz[5] Hakatist[5a], der keinen Krieg gegen Russland sondern einen gegen die Civilverwaltung führt, Hakatist etc, dazu in der Presse der absolute Eigenbrödler und Querkopf Cleinow[6][,] die Civilverwaltung in ihren Chefs sehr tüchtig[,] dazu die schwankenden femininen in sich zerfallenen Polen, ohne staatliche Kraft aber mit grossen Ansprüchen, ebenso ohne Verständnis für uns, wie wir ohne Verständnis für sie sind.
Wir wollen das beste, die Taperei oder der böse Wille einzelner endlich durchquert es — die Polen trumpfen auf und wir werden in die Situation gedrängt, uns entreissen zu lassen, was wir zu bewilligen die Absicht hatten.
Komisch wie einzelne unserer Beamten in den hiesigen Salons populär sind, natürlich nur die, die äusserlich eine etwas leichtere Geste haben.
Die Polen haben alle unglaubliche Angst vor der Teilung (abgesehen von der Wiederauslieferung an Russland vor Friedensschluss). Wir können ihnen zur Zeit beide Ängste schwer benehmen. Der süsse Semit, der Oesterreich hier vertritt, Baron Andrian ist ausserordentlich unglücklich und nervös. Er hat Klagen über Klagen — es muss zugegeben werden unsere Soldaten chicanieren ihn gründlich, mehr als gut ist[7].
Auch ohne Zuthun beider Länder ringen hier in den Empfindungen und Gedanken der Menschen in tausend . . .[b] Deutschland und Oesterreich um die Seele Polens.
Oesterreich ist beunruhigt weil es hier in den Polen sogar den Wunsch wachsen sieht, Galizien mit Polen vereinigt unter deutscher Oberhoheit zu sehen. Ausserdem sagen alle Polen, die Entscheidung liege ganz bei Deutschland, Oesterreich sei abhängig, werde es immer mehr werden.

---

[b] Unlesbares Wort.

[3] Seit dem 25. 9. 1915 wurde die Wiedereröffnung der Warschauer Universität und der Technischen Hochschule von der deutschen Verwaltung und dem preuß. Kultusminister vorbereitet. Sie erfolgte am 2. 11. 1915. Conze, S. 159; Hutten-Czapski, Bd. 2, S. 253 ff.

[4] Vgl. 26. 10. 1915, Anm. 4.

[5] Gemeint ist wohl Richard v. Heynitz, Major a. D., 1915—1918 persönlicher Adjutant Beselers.

[5a] Von den Anfangsbuchstaben der Begründer des Deutschen Ostmarkenvereins (1894) abgeleitete Bezeichnung für dessen Mitglieder.

[6] Georg Cleinow (1873—1936), bis 1897 militärische Ausbildung, dann Studium (Volkswirtschaft, slaw. Geschichte), von Kriegsausbruch bis Juni 1916 Chef der Presseverwaltung Ober Ost und im Generalgouvernement Warschau, 1916—1918 im Feld, Begründer deutscher Zeitungen in Polen, nach dem Krieg Dozent an der Hochschule für Politik in Berlin. Zu Cleinow vgl. Conze, S. 84, Anm. (dort weitere Literatur) und Cleinow, Der Verlust der Ostmark (1934). Er vertrat eine betont antipoln. Richtung und erstrebte für die Zukunft ein von Deutschland abhängiges Polen.

[7] Zu den Reibereien zwischen Andrian und den Deutschen vgl. Conze, S. 86.

Es nimmt wahr, dass die Preussen die Sache lange nicht so schlecht gemacht haben, als Oesterreich als selbstverständlich annahm. Dazu sehen einige Polen ein, dass die Unteilbarkeit Kongress Polens leichter durchzusetzen, wenn alles an Deutschland als wenn alles an Oest[erreich-] Ungarn kommt.

635 29./10 [1915]

Auf der Heimreise.
Trotz der unermesslichen Schwierigkeiten des Problems fahre ich eigentlich beglückt heim: in der Erkenntnis, wir wären fähig, die uns so wenig liegende Aufgabe zu lösen, es ist erstaunlich, was für Menschen sich dieser Aufgabe schon angepasst haben in den 3 Monaten. Gerade deswegen hoffe ich, wir sollten mit ihrer ganzen Lösung betraut bleiben sie ist das grösste an Erziehung was wir erfahren können, die schwerste und gesundeste Prüfung — zumal da sie von Preussen ausgeübt werden muss und durch die Notwendigkeit sie zu lösen, das ganze preussische Wesen aufs glücklichste umgestalten wird — werden wir ihrer Herr — dann kommen alle kleinen Völker zu uns, und dann ist unsere Zukunft gerettet.
Gestern noch Unterredung mit dem Fürsten Szidlas Lubomirski, der um 12 zu mir ins Bristol kam. Unter Erinnerung an unser altes Gespräch wenige Tage nach der Einnahme von Warschau[1], wo ich ihm gleich gesagt hatte, es läge mir ferne von Politik zu sprechen, kam er unter Berufung auf die veränderte Situation umsomehr auf Politik zurück.
Er begann von der Russophilie, die seit jeher nur eine politische Orientierung war, aber kein inneres Gefühl sei und immer abnähme — (je weiter die Russen zurückgingen etc.[)] sie hätten als Polen natürlich die Tendenz möglichst viele Polen unter eine Herrschaft zu vereinigen, (Galizien!) die Teilung wäre das furchtbarste etc — das Land wäre zu

[1] Vgl. 18. 8. 1915. In einem Schreiben vom 29. 4. 1916 hielt der österr. Botschafter der deutschen Regierung vor, Riezler habe bei seinem Aufenthalt in Warschau im Oktober 1915, zu einer Zeit also, als Bethmann noch keine Einwände gegen die austropoln. Lösung erhoben habe, „von der eventuellen Einverleibung Polens in das deutsche Reich gesprochen und dabei bemerkt, daß demselben eine Sonderstellung gegeben werden könnte, wie sie z. B. Bayern hat. Er wies darauf hin, daß hierdurch die Teilung Polens vermieden werden könnte und daß bei dieser Lösung sogar weite lithauische Gebiete dem Königreiche angegliedert werden könnten. Er betonte auch, daß die deutsche öffentliche Meinung die Angliederung an die Monarchie kaum zugeben würde". Dazu erklärte Riezler, daß, „wenn sein Name genannt worden sei, dies nur in Verbindung mit einer von dem Fürsten Lubomirski herbeigeführten Unterredung über Verwaltungsfragen stehen könne. Dabei sei der Fürst auf die Zukunft Polens zu sprechen gekommen, worauf Herr Riezler erwidert hat, daß er sich nicht berechtigt fühle hierüber zu reden. Er könne den Polen nur rathen, in ihren Wünschen mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Deutschland (preußische Polenpolitik) nicht zu excessiv zu sein. Nachträglich sind Herrn Riezler selbst allerdings völlig unrichtige Gerüchte über diese Unterredung zu Ohren gekommen." PA, Wk 20 c geh., Bd. 2.

absoluter Freiheit nicht fähig, völlige Unabhängigkeit wäre schrecklich der Radikalen wegen — sie wollten nur kulturelle Selbständigkeit in enger Anlehnung entweder an Oe[sterreich-] U[ngarn] oder an uns, etc
ich sagte ihm, wir hätten nicht die Absicht zu teilen, wir wollten dem Land ehrlich helfen, im Rahmen dessen, was unsere eigenen Interessen zulassen. Unsere Verwaltung zeige, dass wir der demoralisierenden Politik Russlands entgegen auf jedes Theater verzichten, keine Spaltung begünstigen etc. Die Gefahr drohe von der Excessivität des polnischen Patriotismus und von der Befürchtung unseres Publikums sich sehr bald wieder äussernder russophiler Tendenzen. Er meinte sie wollten jenseits des Bug nur wenig, ich sagte, die Wünsche nach Osten wären nicht so gefährlich wie die nach Westen. er liess Suwalki fahren, nannte aber Grodno als polnisch, sagte wie bitter es wäre die Sosnowicer Kohle zu verlieren etc etc — ich riet ihm, wenn sie sich jetzt consolidierten, die excessiven Wünsche zurückzustellen und zu begreifen, wie gross die Widerstände in Deutschland wären das doch in dem Land 100 000 seiner Söhne begraben hätte. Er schien verständig — wenigstens einigermassen — aber er ist das Haupt der Realisten und alle anderen sind radikaler.
Der polnische Nationalismus ist grenzenlos er wird sich nie bescheiden. An der polnischen Frage wie an keiner anderen hängt die Zukunft.

636 Berlin 2. 11. [1915]

Wieder zurück. Bewegte Tage. Dem Kanzler Jagow etc berichtet. Hier strebt alles immer mehr der oesterreichischen Lösung zu. Grund: weil wir nur dann die Bedingungen über den näheren Anschluss Oesterreichs stellen können, die wir brauchen[1]. Diese Bedingungen stellt sich Falkenhayn in militärischer Beziehung übrigens naiv vor — er will Oberbefehl des Kaisers und gemeinsamen Generalstab in Berlin über beide Armeen[2].
Andrassy[3] hat hier gesagt, es wäre so viel Stoff der piquage zwischen

[1] Vgl. 23. 9., 27. 9., 11. 10. und 16. 10. 1915 sowie die Denkschrift Jagows vom 25. 10. 1915, zit. bei Fischer, Weltmacht, S. 254 f., die der austropoln. Lösung den Vorrang gibt, weil man nur so Österreich für den notwendigen engen Zusammenschluß mit Deutschland gewinnen könne.
[2] Vgl. 16. 10. 1915 sowie das Schreiben Falkenhayns an Bethmann vom 30. 10. 1915, Sweet, S. 194 f.: Er nennt hier als Bedingungen der Militärkonvention mit Österreich-Ungarn: 1. „Übertragung des gemeinsamen Oberbefehls im Kriege an den Deutschen Kaiser und infolgedessen Unterstellung auch unter die Deutsche Oberste Heeresleitung"; 2. „Gemeinsamer Generalstab unter Vorsitz des preußischen für die gemeinsamen militärischen und wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen".
[3] Graf Gyula Andrassy v. Csik-Szent-Kiraly und Krasna-Horka (1860—1929), ungar. Oppositionsführer, 1906—1910 ungar. Innenminister, 25. 10. 1918 österr.-ungar. Innenminister. Zu Andrassys Einstellung zur Mitteleuropafrage vgl. Andrassy, Diplomatie und

beiden Mächten angesammelt, das Bündnisverhältnis müsste entweder verstärkt und neu befestigt werden, oder wäre erledigt. Das ist richtig. Ob man aber den Oesterreichern stark genuge Bedingungen für die Überlassung auferlegt? Man muss sich bei dieser grossen Koncession all das erkaufen, was man im weiteren Verlauf des Krieges noch eventuell von Oesterreich wünschen kann. Ich predige allen Leuten: Oesterreich ist zu schwach, um ohne unsere eigene Hilfe uns einen ordentlichen Verlauf der pol[itischen] Entwicklung des befreiten Polens zu garantieren. Wir müssen Einfluss auf das Land behalten und mitarbeiten.
Gespräche in dieser Richtung mit RK und Jagow. Jagow kommt immer wieder auf die Juden zurück die Danzig überschwemmen.

Weltkrieg (1920) S. 171 ff. Er trat für die Erneuerung des Bündnisses zwischen den beiden Zentralmächten ein, dieses müsse jedoch lösbar sein und die Selbständigkeit der Partner bestehen lassen.

637 B[erlin] 5. 11. [1915]

Polnische Sorgen. Streitigkeiten mit Beseler der theoretisch verständig ist, praktisch aber nicht zugreift[1].
Gespräch über die an Oesterreich zu stellenden Bedingungen. Gott sei Dank dass der Kanzler auf dem Standpunkt steht, zunächst die Neufundierung des Verhältnisses zu Oesterreich wirtschaftlich etc politisch festzulegen, dann erst die polnische Frage mit Oesterreich zu discutieren. Man scheint sich endlich wirtschaftlich der Form der Präferenzzölle zuzuneigen[2].
Briands Rede[3]! Tiefes Staunen welch leidenschaftlicher Hass gegen die

[1] Beseler stimmte hinsichtlich der Zukunft Polens prinzipiell mit Bethmann überein, war aber bei der Verwaltung zunächst nicht bereit, den Polen so weit entgegenzukommen, wie Bethmann und seine Mitarbeiter es für nötig hielten. Er forderte Anerkennung der deutschen Oberherrschaft und Gehorsam. Im September verbot er z. B. die entstehende autonome poln. Justizverwaltung, löste das poln. Zentral-Bürgerkomitee auf, erließ Versammlungsverbote und ordnete die Vorzensur der Presse und aller Druckschriften an. Conze, S. 112 ff.

[2] Am 10./11. 11. 1915 fanden in Berlin Gespräche zwischen Bethmann und Burián über die poln. Frage statt. Dabei rückte Bethmann die Mitteleuropafrage in den Mittelpunkt; die Komplexe Polen, Balkan und Belgien müßten ihr untergeordnet werden. Die einzelnen Bedingungen enthält eine für das österr. Außenministerium bestimmte Denkschrift des Ausw. Amtes vom 13. 11. 1915: Nur bei der sicheren Stabilisierung des mitteleuropäischen Blocks sei ein Entgegenkommen in der Polenfrage möglich. Beginnen müsse man mit der wirtschaftlichen Annäherung, zunächst durch Präferenzzölle, später durch eine Zollunion. Folgen müßte ein langfristiger Ausbau des politischen Bündnisses und die enge militärische Zusammenarbeit. Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 165; Sweet, S. 197 ff.; Ritter, Bd. 3, S. 134 f.; Fischer, Weltmacht, S. 257 ff.

[3] Am 29. 10. 1915 fand in Frankreich ein Regierungswechsel statt. Ministerpräsident wurde Aristide Briand (bis 17. 3. 1917). Die Regierungserklärung Briands vom 3. 11. 1915 in der Kammer betonte, Frankreich werde bis zum vollständigen Sieg kämpfen. Schultheß 1915/II, S. 935 ff.

Vernunft, oder muss er so reden, weil bei der leisesten Unsicherheit die Bundesgenossen stutzig werden und die Neutralen noch weiter abrücken. Armes Frankreich. Welche Geste, die Proclamation des Princips, solange Frankreich nicht vernichtet ist, ist es siegreich.

638 B[erlin] 26. 11. 15

Vorbereitungen zum Reichstag[1]. Bearbeitung der Sozialdemokraten[2]. Wachsende Friedenssehnsucht im Lande.
Keine Friedensanzeichen ... ausser einigen Stimmen der Vernunft in England. Frankreich und Russland schwimmen in der Flut der Betörung, die sie losgelassen. Dies das verderbliche — alles scheint gar nicht mehr Menschenwerk sondern in der Hand dunkler Mächte zu sein. Welch furchtbares Instrument die Presse und das Hinabgleiten der Politik in die Masseninstinkte und ihre Atmosphäre und Unbildung. Eigenart der modernen Politik dass man Gewalten entfesselt, die nicht mehr zurückzurufen sind. Unterschied von früheren Zeiten. Zu welch tragischer Lächerlichkeit führt die Freiheit der Völker.
Gemeine Kampfformen, Lüge Hass etc ihr Einfluss auf die Kultur etc Wirtschaftskrieg. Grausamer als alle Kriege aber ohne das edle.
Ich glaube nicht mehr an gute Bedingungen. Wie soll verhandelt werden, mit der Friedenssehnsucht im Rücken! Mit dieser unpolitischen Sozialdemokratie, die dem Gegner den Rücken stärken wird — mit der Kraft der dunklen Mächte bei den anderen, die jedes Nachgeben — was ja alle die Staaten ruiniert — unmöglich macht, — bei den anderen.
Nur mit England, das nicht geschlagen und vernünftig sein wird radikale Verständigung. Keine belgische Küste — Stellung im Mittelmeer Centralafrika mit Nigeria und Witu, der Süden Südwesten an England — dies Reich wird in 30 Jahren Aeygpten mehr bedrohen als die Dreadnoughts England.
England zusagen, dass wir seine dehors wahren gegen seine Verbündeten etc.
Sorge wegen Polen. Furchtbarer Krebsschaden des politischen miles. An der Unbildung der herrschenden Schichten und dem Glauben, dass die Uniform alles versteht, gehen wir zu grunde. Versuch den Kanzler zur Aktion zu bringen — er hat keine Sprengkraft.

---

[1] Am 30. 11. 1915 begann die 6. Kriegstagung des Reichstags.

[2] Vom 23.—29. 11. fanden mehrere Unterredungen zwischen Vertretern der SPD und der Regierung statt — so am 23. 11. mit Bethmann über die Lebensmittelfrage, die Zensur, das Vereinsgesetz, die Gewerkschaftsfrage, die Außenpolitik und die Friedensfrage; ein nicht datiertes Gespräch mit Delbrück über den Belagerungszustand, die Zensur u. a.; am 26. 11. mit Helfferich über die Kriegsgewinnsteuer. Das Ziel war, durch vertrauliche Mitteilungen und entgegenkommende Formulierungen die erwartete Kritik der SPD abzuwehren und öffentliche Erklärungen der Partei im Reichstag zu vermeiden. Fraktionsprotokolle SPD, Bd. 2, S. 81, Anm. 7, und S. 83, Anm. 2.

Beratungen über seine Rede[3]. Gestern und vorgestern Entwurf gemacht. ich indes davon nicht befriedigt. Sehr schwer. Wir müssen den anderen die Maske abreissen, müssen auch in der Presse von Kriegszielen sprechen.

[3] Rede Bethmanns im Reichstag vom 9. 12. 1915. Sie enthält einen Überblick über die militärische und außenpolitische Lage und setzt sich mit der Kriegspropaganda der Entente auseinander, besonders im Zusammenhang mit deren Vorgehen in Griechenland. Sten. Berichte, Bd. 306, S. 426 ff.

639 B[erlin] 2. Dez. 1915

Die Soz[ial]dem[okraten] machen nun doch nach langem hin und her eine Interpellation über Frieden. Aber wenigstens über Friedensbedingungen[1].
Überlegungen über Friedensmöglichkeiten hin und her. Das einzige ein englischer Vernunftfriede[2].
Falkenhayn spielt den starken Mann, will sich ausgerechnet haben, dass wir noch drei Jahre aushalten können[3], behauptet grosse Schläge vorzuhaben[4].
Das schlimme ist, dass uns das im Vorhinein niemand glaubt. Es ist kaum möglich, das von wachsender Friedenssehnsucht ergriffene Land zu einem Bluff zusammenzufassen. Die anderen hoffen das aber von Monat zu Monat, dass wir kommen, oder dass unsere Bedingungen immer billiger werden. Glaubt man aber nicht an den eisernen Willen des Landes, so wird man an den der Regierung glauben müssen.

[1] Die Interpellation wurde am 9. 12. im Reichstag verlesen. Sie lautete: „Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, unter welchen Bedingungen er zu Friedensverhandlungen bereit ist?" Der Beschluß dazu wurde von der Mehrheit der Fraktion und des Parteivorstandes am 27. 11. 1915 gefaßt, um der Parteiopposition zuvorzukommen, die eine klare Kundgebung der Regierung gegen Annexionen forderte. Bethmann bat die SPD am 27. und 29. 11. dringend, von der Interpellation Abstand zu nehmen. Fraktionsprotokolle SPD, Bd. 2, Nr. 385; David, Kriegstagebuch, S. 145 ff.; Westarp, Bd. 2, S. 57; Sten. Berichte, Bd. 306, S. 425 ff.; Scheidemann, Zusammenbruch, S. 30 ff.

[2] Vgl. 26. 11. 1915. Bethmann erwog im Herbst 1915, nach Abschluß des serbischen Feldzuges mit einem Friedensangebot hervorzutreten. Im Oktober/November sondierte er deshalb vorsichtig bei den Militärs und bei den Bundesregierungen. Janßen, Kanzler und General, S. 171 f.; Ritter, Bd. 3, S. 113 f.

[3] Falkenhayn äußerte sich zu dieser Zeit sehr selbstsicher und siegesgewiß und versuchte, den Kanzler von einem Friedensangebot abzuhalten. Er erklärte Bethmann, das Menschenmaterial der Mittelmächte reiche noch drei Jahre, ebenso Rohstoffe und Lebensmittel. Zit. bei Ritter, Bd. 3, S. 607, Anm. 5 u. 8; Janßen, Kanzler und General, S. 171 ff.; RA, Bd. 10, S. 1 f.

[4] Falkenhayn faßte Ende 1915 den Plan, England oder Frankreich oder beide durch eine langfristige Erschöpfungsoffensive im Westen friedensbereit zu machen. Am 8. 12. fiel in seinem Hauptquartier zum ersten Mal das Stichwort Verdun. Janßen, Kanzler und General, S. 175 ff.; Falkenhayn, S. 176 ff.

Ich versuche die Kriegszielerörterung freizubekommen[5]. Schliesslich kann sich alles nur durch die freie Aussprache regulieren.
Trübe Stimmung. Allgemeiner Wahnsinn. Die Völker reden aneinander vorbei — die modernen Pressmittel verhindern überall die Umkehr. Geschaffene Massenstimmung[en], Kinder von Unkenntnis und Betörung, sind die eigentliche Macht. In ihren eisernen Zangen halten sogar die Italiener durch. Die heutige Organisation der Welt widerlegt sich in diesem Kriege selbst. Rüstungen Presse Demagogie.
Aber wie etwas anderes an ihre Stelle setzen? Und was?

[5] Die öffentliche Kriegszieldiskussion wurde bei Kriegsausbruch verboten. Die Freigabe erfolgte am 27. November 1916, nachdem der Kanzler, der schwere Bedenken gegen die Aufhebung der Zensur hatte, monatelang von verschiedenen Seiten bedrängt worden war. Nicolai, S. 100; Mommsen, Regierung Bethmann Hollweg, S. 151 ff.; Militär und Innenpolitik, Bd. 1, Nr. 178 ff.

640 B[erlin] 4. Dez. 1915

Es ist ganz schief, dass bei dem Einsetzen der öffentlichen Erörterungen wir die Friedensbedingungen der anderen discutieren und nicht umgekehrt. Dadurch wird es den Gegnern erleichtert, ihre Maske weiterzutragen. Wir müssen das m. E. so früh als möglich umstellen. Es giebt natürlich einen Chock, aus dem die Kriegshetzer auf der Gegenseite neue Nahrung ziehen. Das geht indes vorbei. Bei dem jetzigen Zustand sind Verhandlungen undenkbar.
Nachdenken über die enormen ideellen Gegensätze zwischen uns und Westeuropa[1]. Wir sind thatsächlich ein fremdes, der ganzen übrigen Welt entgegengesetztes, für sie unverständliches Princip. Man sieht ganz ehrlich in uns die Quelle der Unfreiheit. Wir mit ebensolcher Ehrlichkeit uns als den Hort der wahren Freiheit. Zwei verschiedene Freiheitsbegriffe: Der Westen, praktische Freiheit ohne Reglementierung, mit möglichst wenig faktischen Koncessionen des Individuums an den Staat, Freiheit des Individuums vom Staat, Freiheit durch Gleichheit, Formel der französischen Revolution.
Unsere Freiheit etwas ganz anderes. Schwierigkeit, eine der Formel von 1789 entgegenzusetzende zu finden. Am besten die Fichtes: Verwirklichung der Freiheit durch den Staat.
In allem praktischen zu jeder Concession an den Staat bereit, dessen Stärke die Grundlage einer Freiheit sein soll, in der jeder nach seinen Kräften, aber nicht gleich, gewertet und verwandt werden soll. Freiheit durch Ordnung. Staat als ein überindividuell organisches. Das organische an ihm auf die Organisation gestellt, nicht so wie in Frankreich und England, auf die Gemeinsamkeit der Gesinnung.

[1] Vgl. zum folgenden Riezler, Deutsche Mission, in EStWZ 1 (4. 5. 1916) S. 405 ff.; s. u. S. 553 ff.

Als Gegengewicht enormer Individualismus auf allen durch diese Organisationsnotwendigkeit nicht berührten Gebieten, besonders im geistigen, Abwesenheit der Konvention, keine praktische aber geistige Freiheit. Die immer mehr aufkommende Mediocrität der Gesinnung, die Schnüffelei ganz undeutsch.
In Frankreich und England Gegengewicht gegen die praktische Freiheit, die über einen Leisten gebügelten Gesinnungen, die enorme Macht der Konvention, die jeden zu denken zwingt, was alle denken.
Der Staat, nicht das Volk als erstes überindividuelles. Wahrung der geistigen Freiheit und Lebendigkeit — in ihr die grösste Gefahr.
Bei den Gegnern offenbar steigende Verwirrung. Ganz sinnlose Kriegführung, ohne Voraussicht, Fortsetzung erkannter Fehler aus Schwäche. Unbegreiflich was man im Balkan macht. Man wurstelt von Woche zu Woche. Dieser Mangel an Verstand, dieses aus der Hand in den Mund leben verlängert den Krieg. Es ist nirgends eine leitende Vernunft.

641 B[erlin] 19. Dez. 1915

Das ungeheuer langsame Tempo des Krieges. Alle Aktionen brauchen der Quantität der Kampfmittel wie des Raumes wegen ungeheure Zeit. Am 6. Okt. überschritten wir die Donau[1]. Erst Mitte Januar beginnen die Aktionen in Gallipoli[2] — frühestens im Februar die Kanonade auf den Sueskanal[3], von Indien gar nicht zu reden. Vorbereitungen für eine Offensive in Europa dauern Monate.
Dazu ist keine dieser Aktionen entscheidend. Und inzwischen verblutet sich alles. Fortdauernd starker Stimmungswechsel bei mir. Der Kanzler von bewundernswertem Gleichmut und Zähigkeit.
Abends im Autoklub Besprechung wegen stillem Bluff, langfristige, scheinbare Vorbereitungen[4] mit Scheüch[5] Stein[6] Deutelmoser. Stein erzählt von der schlechten Ernte. Sehr traurig.

---

[1] Damit begann der Serbienfeldzug (vgl. 10. 9. und 11. 10. 1915). Er wurde Ende November mit der Besetzung fast des ganzen serbischen Territoriums abgeschlossen.
[2] Seit November fanden türkisch-deutsche Vorbereitungen zu einem Angriff auf die Stellung der Entente in Gallipoli statt, die sich bis in den Dezember hinzogen. Der Angriff wurde hinfällig, als die Alliierten vom 20. 12. 1915—9. 1. 1916 Gallipoli räumten. RA, Bd. 9, S. 189 ff.
[3] Türkische Truppen unter dem deutschen Oberst Frhr. v. Kreß rückten im April 1916 gegen den Suezkanal vor, mußten aber zurückkehren. Ein zweiter, ebenfalls erfolgloser Angriff folgte Mitte Juli 1916.
[4] Zusammenhang nicht geklärt.
[5] Heinrich Scheüch (1864—1946), 1914—1916 Chef des Stabes des Kriegsministers, 1917 Chef des allg. Kriegsdepartements im Kriegsministerium, 9. 10.—Dez. 1918 preuß. Kriegsminister.
[6] Hans Karl Frhr. v. Stein und zu Nord- und Ostheim (1867—1942), kgl. bayer. Kammerherr und Wirkl. Geheimer Rat, seit Nov. 1915 Vorsitzender der Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise, Nov. 1917—Nov. 1918 Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts.

Überlegungen mit Polen. Die dortigen milites ein Skandal. Man verbietet die antirussischen Feste, die man im oesterreichischen Gebiet feiert, sperrt Schuldirektoren ein, weil sie ihre Kinder zu diesem Tage in die Messe führen. (29. Nov. Jahrestag der Erhebung gegen Russland vom Jahre 1830) Wahnsinn. Dabei rückt das polnische Problem langsam in das internationale Centrum. Wenn es so weiter geht, entwindet man langsam diesen Trumpf unserer Hand.

642 B[erlin] 21. 12. [1915]

Lange Unterredung mit Esch, dem Stabschef von Beseler. Hauptmiles furiosus. Der wurde von Lyncker namens S.M. citiert und vermahnt. Nun war er weich wie Butter. Wir haben ihm zwei Stunden lang vorgeredet, er gab vor alles zu verstehen, aber er wird es nicht begriffen haben.
Furchtbares Problem das polnische. Ich selbst habe immer wieder starke Zweifel, ob es nicht — angesichts unserer Unfähigkeit zur Bewältigung derartiger Probleme— das beste ist, das Land zu zerschlagen. Der Weg ist so schmal. Gestern abend lange beim Kanzler. Er glaubt bis August 1916 an Frieden. Hat sich eingeredet, England würde an der flandrischen Küste bleiben, wenn wir sie nicht nehmen. Unsinn. Infolgedessen glaubt er, wir kriegen die Kolonien nicht wieder. Die englische Macht steht auf ganz anderen Grundlagen.
Havenstein meint, wir und England würden uns in fünfundzwanzig Jahren erholt haben. Ich glaube früher.
Der Kanzler sagt, England würde nicht Frieden schliessen, ehe es noch Ostafrika weggenommen hat. Möglich.
Schwierigkeit, Russland einzuschätzen. Dort grosse Friedenssehnsucht, aber noch grössere Angst vor der Revolution. Ich glaube die Regierung möchte gern eine kleine Revolution haben und niederschlagen — und dann in dem allgemeinen Entsetzen Frieden schliessen.
Wie wird die Welt aussehen nach dem Krieg. Zu Tode ermattet. Ob aus dem allgemeinen, frei ausgesprochenen Entsetzen ein neuer Weg hervorgehen wird?

643 B[erlin] 25. 12. 15

Gestern abend Weihnachten. Gott, man kann sich doch eigentlich nur retten, wenn man sich in das Individuum, und das, was dieses direct an das Zeitlose bindet zurückzieht.
Gemisch von Verbrechen und Dummheit auf allen Seiten. Das nationale wie echt wie urberechtigt gross — und doch welcher Unfug von Wahnsinn wird es, durch Zeitungen Geschäft Unkenntnis —

Gleichzeitig ein tiefster Kampf der Ideen und Schicksal einer dummen Verkettung, Summe von zufällig gewordenen Kleinigkeiten — wie übrigens immer in der Geschichte.
Das schreckliche aber dass die Schicksale der Völker Menschheit Kulturen, dem Einzelmenschen entglitten, Organisationen Zeitungen Geschäften, Massen ausgeliefert sind. Wo ist das Überindividuelle in Rumaenien in Amerika? Was sind das für Staaten. Das Gemeinsame ist Dummheit und Geschäft nicht aber die Idee.

644 **3. Jan. 1916.**

Feiertage und etwas mehr Ruhe. Besuch Beselers beim Kanzler. Die alte Sache, er redet sehr gut, thut als wäre alles wunderschön. Langes Schreiben an ihn entworfen über das nötige Entgegenkommen an die polnische Freiheitsbewegung[1]. Gewissensbisse und schwere Zweifel in dieser Frage.
Es ist klar, dass dieser Weg gefährlich verhängnisvoll sein muss, wenn nicht im Posenschen ein dauernder Waffenstillstand gelingt. Dadurch müssen aber die Menschen umgekrempelt werden. Der Schriftwechsel der preussischen Minister über den neuen Kurs[2] zeigt, dass niemandem etwas einfällt. Das ist immer die alte Sache, mit etwas anderen Paragraphen. Es ist aber ganz gleichgültig, ob die sich gewohnheitsmässig bekämpfenden Organisationen dies mit oder ohne Enteignungsgesetz thun. Es handelt sich darum den nutzlos hin und her schwankenden Kampf durch einen Beharrungszustand abzulösen, wenigstens was den Boden betrifft. Deutsch polnische Ansiedelungskommission mit Befestigung des jetzt vorliegenden Besitzstandes und Abschieben des polnischen Landhungers auf Russisch Polen, wo wir viel Grund und Boden selbst in die Hand bekommen müssen.
Andere Sorge, die Frage ob im Falle der oesterreichischen Lösung auf die Polen via Wien, oder auf Wien via Warschau leichter und nützlich[er] zu wirken ist. Der Kanzler glaubt noch an das erste, ich an das zweite. Ganz gut, wenn Oesterreich nur ein Kronland draus machen will[3] —

[1] Bethmann an Beseler, 6. 1. 1916, DZA Merseburg, Ministerium des Innern, Rep. 77, Tit. 1884, Nr. 1, Bl. 2—5; zit. bei Conze, S. 145, und Basler, S. 125. Bethmann rückte darin vorsichtig von der austropoln. Lösung ab. Polen müsse so regiert werden, daß die Bevölkerung den Eindruck gewänne, „daß ein Anschluß an die Zentralmächte auch ohne vollständige staatliche Selbständigkeit keine Unterdrückung der polnischen Eigenart bedeutet". Man müsse versuchen, „an Stelle tatsächlicher Macht den Schein der Macht zu geben".

[2] Möglicherweise ist das Schreiben Loebells vom 28. 12. 1915 gemeint, dem sich eine längere Kontroverse zwischen diesem und dem preuß. Finanzminister Lentze anschloß. Loebell schlug in dem (nicht erhaltenen) Brief den Abbau der wichtigsten antipoln. Kampfmaßnahmen in Preußen noch während des Krieges vor. Geiss, Grenzstreifen, S. 101 ff.

[3] So hatte sich Burián am 10./11. 11. 1915 (vgl. 5. 11. 1915, Anm. 2) geäußert: „Polen bildet ein besonderes Kronland, das mit Galizien verbunden wird und einen eigenen Land-

aber nicht weil wir es verlangen, sondern trotzdem wir grösserer Unabhängigkeit zuneigen. Die Polen müssen wissen, dass wir für die grössere Unabhängigkeit eingetreten sind. Es wird innerhalb Oesterreichs eine starke Bewegung zu grösserer Unabhängigkeit einsetzen, die muss sich an uns orientieren.
Thronrede und preussisches Wahlrecht. Magendruck der preussischen Minister. Zu hause ist doch alles stehen geblieben[4].

tag erhält. Dafür scheiden alle polnischen Abgeordneten aus dem österreichischen Reichsrat aus. Für die gemeinsamen Angelegenheiten wird ein engerer Reichsrat gebildet, in den der österreichische Reichsrat und der polnische Landtag Delegierte entsenden ... Nur so werde es möglich sein, Polen von Wien aus in der Hand zu behalten, andererseits aber den deutschen Elementen in Österreich die von ihnen gewünschte starke Stellung zu geben." Zit. bei Conze, S. 144, Anm. 22.

[4] Thronrede zur Eröffnung des Landtags, verlesen am 13. 1. 1916 im preuß. Abgeordnetenhaus. Dazu lagen zwei Entwürfe vor: einer von Loebell, der nur darauf hinweisen wollte, daß es erst nach dem Krieg möglich sein werde, „an bestehende Einrichtungen die bessernde Hand zu legen"; ein anderer von Bethmann, der einen direkten Hinweis auf eine Wahlrechtsreform für unbedingt nötig hielt. In den vorberatenden Sitzungen des Staatsministeriums vom 2. und 3. 1. 1916 wurde Bethmanns Vorschlag mit knapper Mehrheit angenommen. — Die entscheidende Stelle in der Thronrede lautete: „Der Geist gegenseitigen Verstehens und Vertrauens wird auch im Frieden fortwirken in der gemeinsamen Arbeit des ganzen Volkes am Staate. Er wird unsere öffentlichen Einrichtungen durchdringen und lebendigen Ausdruck finden in unserer Verwaltung, unserer Gesetzgebung und in der Gestaltung der Grundlagen für die Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften." Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1916/17, Bd. 1, Sp. 1 ff.; Patemann, S. 36 ff.

645 B[erlin] 11. 1. ⟨1916⟩[a]

In der letzten Woche an der Wahlrechtserklärung herumgedoktert[1]. Meine Forderung, die Sache deutlich zu sagen, so dass sie keine Hinterthüre offenlässt, gleich bei RK eingeschlagen. Nun wird [es] glaube ich ganz gut. Gestern war Heydebrand beim Kanzler. Der erzählte mir nur, er hätte gute Haltung bewahrt, es wäre aber doch eine sehr bittere Pille gewesen. Im übrigen sagte er, wir müssten den Krieg gegen England 10 Jahre fortsetzen.
Dann grosses Gespräch über UBootfrage[2]. Falkenhayn hat vor 14 Tagen erklärt, der Krieg müsste bis zum Winter zu Ende gehen es gäbe dazu

[a] In der Vorlage irrtümlich 1915.

[1] Vgl. 3. 1. 1916, Anm. 4.

[2] Am 18. 9. 1915 hatte Holtzendorff die Einstellung des U-Bootkrieges an der Westküste Englands und im Kanal angeordnet. Nach der Beilegung der „Arabic"-Krisis (vgl. 29. 8. 1915) und der Klärung der Lage auf dem Balkan regte er Ende Oktober die Wiederaufnahme des schärferen U-Bootkrieges an, aber Bethmann und das Ausw. Amt lehnten dies ab. Eine Wende trat ein, als Ende 1915 Falkenhayn ebenfalls den unbeschränkten U-Bootkrieg forderte zur Ergänzung der von ihm geplanten Offensive im Westen (vgl. 2. 12. 1915). Spindler, Bd. 2, S. 68 ff., 85 ff.; Birnbaum, S. 46 ff.; Janßen, Kanzler und General, S. 181 ff.

keine Sicherheit, kein militärisches Mittel — Durchbruch im Westen zweifelhaft, auch unsicher ob selbst sein Gelingen Frankreich zu Boden wirft[3]. Er hat sich deshalb Tirpitz und Holtzendorff kommen lassen, um sie nach der eventuellen Wirksamkeit des UBootkrieges zu fragen. Tirpitz sagte sofort, morgen beginnen und er wäre sicher binnen weniger Monate England auf die Knie zu zwingen. Holtzendorff sagte, die pol[itische] Seite ginge ihn nichts an, man könnte auch erst im März beginnen aber dann, kraft des jetzigen technischen Standes in 4—8 Monaten wäre England friedensreif. Durch sachlichen Schaden und durch Terror[4].

Der Kanzler hat seine Bedenken geäussert, aber noch keine definitive Stellung genommen. Er hat — Treutler war noch da, — ausgezeichnet sachlich und klar darüber gesprochen. Er sieht das Eingeständnis Falkenhayns, dass militärisch nichts mehr zu machen[,] infolgedessen ein coup de désespoir darin. Er sagt, wenn wir das machen, kann England erst nachgeben, wenn es muss. Denn jedes Nachgeben wäre dann Eingeständnis der verlorenen Seeherrschaft und politische Abdankung; Abbruch der Beziehungen zu Amerika, Verprellen aller Neutralen. Wenn wir verlieren[,] würden wir wie ein toller Hund totgeschlagen[5]. Bestes Gegenargument Falkenhayns, es ist vorher überhaupt nicht an Frieden zu den-

[3] Diese Meinung vertrat Falkenhayn in Unterredungen mit Bethmann vom 30. 12. 1915 und 7. 1. 1916. Da der Krieg bis zum Winter 1916/17 beendet sein müsse, eine Aussicht auf die Entscheidung durch militärische Operationen zu Lande allein aber nicht bestehe, müsse man auf das Mittel des U-Bootkrieges zurückgreifen. „Wir können gar nicht mehr wählen, ob wir es anwenden wollen oder nicht. Wir sind ganz einfach dazu gezwungen." Das Risiko des Bruches mit den USA veranschlagte er als gering, da die Lage auf dem Balkan gesichert sei und, wie die Marine sage, England in wenigen Monaten in die Knie gezwungen werden könne. Aufz. Bethmanns vom 4. und 7. 1. 1916 bei Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 455 f., und Janßen, Kanzler und General, S. 288 f.; WUA 2, Beilagen, S. 317 f.; Falkenhayn, S. 176 ff.; Janßen, Kanzler und General, S. 181 ff.

[4] Unterredungen vom 30. 12. 1915 und 5. 1. 1916. Holtzendorff schlug als Termin den 1. April vor, Tirpitz „spätestens" den 1. März, Falkenhayn betonte, man müsse unbedingt bis Mitte März beginnen. Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 450 ff.; Spindler, Bd. 2, S. 70 ff. Ähnlich äußerte sich Holtzendorff am 4. 1. gegenüber Bethmann und in einer Denkschrift vom 7. 1. 1916. Tirpitz, a.a.O., S. 456; WUA 2, S. 138 ff.

[5] Zu Bethmanns Bedenken vgl. seine Äußerungen im Gespräch mit Holtzendorff vom 8. 1. 1916, Spindler, Bd. 3, S. 75 („Zu einem solchen Entschluß verantwortlich zu raten, dazu könne nur die Überzeugung führen, daß ein ehrenvoller Frieden für Deutschland tatsächlich auf anderem Wege aussichtslos sei ... Den U-Bootkrieg sehe er als ultima ratio an; er stelle eine solche Herausforderung dar, daß er, wenn er mit einem Mißerfolg ende, finis Germaniae bedeute".); sein Memorandum vom 10. 1. 1916, abgedruckt bei Birnbaum, S. 345 ff. (Falkenhayns Forderung sei ein Verzweiflungsakt); seine Gespräche mit Admiral v. Müller vom 11. und 12. 1. 1916, Müller, S. 146 f. (der U-Bootkrieg könne „eine Verrufserklärung der ganzen zivilisierten Welt, eine Art Kreuzzug gegen Deutschland zur Folge haben. Es sei wie ein nochmaliger Entschluß zum Kriege ... Aber so schlecht stünden wir nicht, daß wir zu einem Verzweiflungscoup greifen müßten ..." „Bethmann sah im Geiste sämtliche noch neutralen Völker vereint gegen uns, den tollen Hund unter den Völkern, aufstehen. Das sei dann Finis Germaniae ... Eventuell würde er dem Kaiser raten, sich einen Kanzler zu nehmen, der aus voller Überzeugung den Schritt des rücksichtslosen U-Bootkrieges tue ...").

ken, und auf irgendwelche Gnade haben wir auch sonst nicht zu rechnen[6]. Indessen kolossaler Schrecken der Verbündeten.
Alles die technische Frage. Man muss um diesen wahrscheinlichen Fehlern zu begegnen, alle Details erörtern und immer neue Auswege Englands ausdenken. Stimmt das technische — ist die Angabe Holtzendorffs richtig, dann vogue la galère.
Die Franzosen können nicht ohne Offensive auskommen, vor ihrem Parlament Publikum etc. Nach der Offensive wieder Hoffnung auf Friede, — von Russland her. Das würde wohl gestört. Ausserdem die Bundesgenossen, deren Nerven reichen wohl schwerlich aus.
Wenn unsere Nachrichten wirklich so lauten, dass . . .[b] eine Beendigung des Krieges in diesem Jahr nicht zu erhoffen ist, müssen wir trachten, Bewegung in die stagnierenden Gefühlsmassen zu bringen. Wenn das militärisch [nicht][c] sein kann, muss es politisch geschehen. Da ist dies Angebot eines dreiwöchentlichen Waffenstillstands zwecks unverbindlicher Verhandlungen für den Herbst 1916 ganz gut — schwer abzulehnen, da ausser England kein Staat offen sagen kann, der Termin ist zu früh. Wird es dennoch — etwa mit der Formel, die Mächte dächten nicht daran sich einen Termin zu setzen — abgelehnt, wird doch die Discussion in Fluss gebracht. Wir können dann, auf dieser Ablehnung fussend, zunächst Lüttich annektieren und so mit anderen fait accomplis drohen, sie eventuell folgen lassen. Ich werde das betreiben. Hätten wir das im vorigen Frühjahr gemacht, wäre jetzt vielleicht Frieden.

[b] Unleserliches Wort. [c] „nicht" am Rand von Walter Riezler eingefügt.

[6] Dieses Argument brachte Falkenhayn in der Unterredung mit Bethmann vom 7. 1. 1916 vor, vgl. Janßen, Kanzler und General, S. 289, und das oben Anm. 5 zit. Memorandum Bethmanns vom 10. 1. 1916.

646 B[erlin] 13. 1. ⟨1916⟩[a]

RK mächte neulich abends die Bemerkung er hoffe doch noch, dass einmal die Vernunft siegen und der Wahnsinn auch in England erkannt würde, England handelte ja töricht, den Krieg nicht abzuschliessen.
Sympathische Sinnesrichtung des in der Seele immer noch kosmopolitischen Deutschen — aber wohl England nicht angemessen.
Ich glaube nicht mehr, dass England den Krieg freiwillig beenden wird — nur wir oder seine Bundesgenossen könnten es zwingen — sogar fraglich, ob es nicht ohne die letzteren fortsetzen würde. Auf der See trägt es sich durch höhere Frachtgewinne.
Bei den Verhandlungen werden sie jedenfalls die Macht zur See, unseren wachsenden Durst nach der freien Zufuhr bis aufs äusserste ausnutzen. Sie sind leider noch unerhört stark.
Für alle diese Eventualitäten sollen wir eine immer stärker werdende

[a] In der Vorlage irrtümlich 1915.

UBootflotte aufheben, bauen bauen bauen, und sich auf eine sehr lange Kriegsdauer einrichten.
Die Times bringt den Hamiltonbericht über die Dardanellensache mit der Überschrift a splendid failure[1]. Imposant. Die glückliche Insellage — sie können sich alle Fehler gestatten (Churchill[2]). Uns bringt auch heute noch jeder Fehler in den Abgrund. Das der himmelweite Unterschied. Das wissen die anderen. Daher hoffen sie immer wieder auf irgend ein Ereignis und England zerrt sie an diesen Hoffnungen von Monat zu Monat.
Trübe Aussichten für die Dauer des Krieges und für unsere Stärke bei den Verhandlungen.

[1] Bericht Hamiltons über die Dardanellen-Operation vom August 1915, am 6. 1. 1916 vom War Office veröffentlicht. Times, 7. 1. 1916, Special Supplement, S. 17—22: „Anzac and Sulva. Full Text of Sir Dan Hamilton's Dispatch. The Story of a Splendid Failure." — Sir Jan Standish Monteith Hamilton (1853—1947), seit 1901 wechselnd im Kriegsministerium und bei der Truppe tätig, 1910 Oberbefehlshaber der Mittelmeerstreitkräfte und Generalinspekteur der Überseekräfte, 1914—1915 Kommandant der Home Defence-Armee, seit März 1915 wieder im Mittelmeer (Dardanellen, Gallipoli).
[2] Sir Winston Leonard Churchill (1874—1965), 1911—1915 Erster Lord der Admiralität, 1915 wegen des gescheiterten Dardanellenunternehmens, an dessen Planung er maßgeblich beteiligt war, kaltgestellt.

647 B[erlin] 18. 1. [1916]

Gestern abend beim Kanzler. Er las mir und Zech die ausgezeichnete ruhige und überlegte Denkschrift vor, die er in der Ubootsache gemacht hat[1]. Er führt da in seiner Art alle Gegengründe sachte und allmählich ein, stellt es im wesentlichen darauf, dass der erhofften Verminderung des feindlichen Schiffsraums um 4 Millionen Tonnen eine eventuelle Vermehrung um die 3½ Millionen Tonnen gegenübersteht, die Deutschland in amerikanischen etc Häfen stehen hat.
Die Entscheidung für S.M. wird sehr schwer. Es ist sehr schwer für ihn,

[1] Dem Inhalt nach muß es sich um die Denkschrift Bethmanns vom 29. 2. 1916 oder einen Vorentwurf dazu handeln. Text bei Bethmann, Bd. 2, S. 260 ff.; Spindler, Bd. 3, S. 94 ff. Hier heißt es, die Marine habe eine Verringerung des feindlichen Schiffsraums um 4 Mill. Tonnen durch den U-Bootkrieg errechnet, dabei aber nicht berücksichtigt, daß England Abwehrmittel entwickeln und einen Teil der Verluste durch Neubauten und durch „Rückgriff auf die in neutralen Häfen liegende deutsche Handelstonnage, die für England frei wird, wenn Amerika mit uns bricht", ersetzen würde. Man werde England zwar schädigen, aber nicht bis zum Herbst zum Frieden zwingen können. — In dem bei Birnbaum, S. 345 ff. abgedruckten Memorandum Bethmanns vom 10. 1. 1916 wird nicht mit Berechnungen über den Schiffsraum argumentiert. Im Mittelpunkt steht hier die Überlegung, daß man, bevor man zu diesem „unsicheren Spiel um Kopf und Kragen" greife, versuchen müsse, mit England Frieden zu schließen. Eine weitere, an Delbrück gerichtete Stellungnahme Bethmanns vom 9. 1. 1916 (PA, Wk 18 geh. adh. I, Bd. 1) basiert auf der Erwägung, daß der rücksichtslose U-Bootkrieg die Zufuhr der Neutralen nach Deutschland und auch die amerik. Hilfe für Belgien zum Erliegen bringen werde.

der militärischen Leitung etwas abzuschlagen was die für ultima ratio hält. Er ist aber doch schon sehr bedenklich geworden — ich glaube S.M. wird schliesslich dem Kanzler folgen. Er hat doch trotz allem sehr viel Vorsicht und Verantwortungsgefühl und man muss ihm bei allem Reden seine Zurückhaltung in der Sache sehr sehr hoch anrechnen.
Unsere Bundesgenossen sind sehr übermütig. Die Türken werden von Tag zu Tag frecher. Die k. und k. Bundesbrüder sind auch recht hoch, sollten sie wirklich Polen bekommen so habe ich eine furchtbare Angst. Das kann der Anfang vom Ende werden. Wenn wir dann wegschneiden, geht Polen gegen uns und treibt Oesterreich zu immer grösseren Ansprüchen, zu einer Anlehnung an den Westen, dem die Polen doch historisch und gefühlsmässig nahestehen — und dann rafft sich der Westen in der Hoffnung auf Oesterreich noch einmal zum Kampfe gegen uns auf.
Montenegro eine kleine Frage[2].
Aber Italien wird doch weiter kämpfen, so lange England will. Kohlen und Getreide es kann nicht los.
Europa liegt, trotz scheinbarer lebhafter Bewegung in einem Marasmus des Geistes und Willens. Überall sind es blinde Mächte d. h. rein mechanisch sich abrollende Leidenschaften, dazu der Mechanismus der Zeitungen und ihrer Geschäfte, der Parlamente ja auch der Bündnisse. Das ist das schreckliche, das mechanische.
Deutschland nach dem Kriege. Wie wird das werden? Viele Jahrgänge sind verbraucht. Steuern das ist das wenigste. Alles Geld aber, alle Menschen Gedanken werden zu praktischem gebraucht werden. Für das eigentlich wesentliche wird nichts überbleiben.
Schrecklich wie die zuhause gebliebenen Geschäftspolitiker auf dem alten Blödsinn stehen geblieben sind. Kein neuer Gedanke, keine Bewegung ausser bei den Sozis.
Die unentwegten Konservativen. Es hat etwas tragisches, dass wir, die wir dem veralteten 19. Jahrhundert neue (übrigens auf die Länge unerträgliche) Ideen über den Staat und das Individuum entgegengestellt haben, wir die einzig modernen, vielleicht wenn zuhause Dummheiten gemacht werden denselben Irrtümern des Westens verfallen, die sich in diesem Kriege überlebt haben, dem Parlamentarismus u.s.w. der längst eine Maschine und zwar eine schlechte geworden ist.

---

[2] Ende Dezember hatte Österreich einen Angriff auf Montenegro und das nördl. Albanien unternommen. Am 13. 1. wurde die montenegrinische Hauptstadt eingenommen, Montenegro bat um Waffenstillstand und Frieden. Bethmann glaubte, man müsse Montenegro, das erste feindliche Land, das zum Frieden bereit war, so behandeln, daß es als Modellfall für die Friedenspolitik der Mittelmächte dastehen könnte. Er stieß aber auf der Seite Österreichs auf große Annexionsforderungen. Die Friedensverhandlungen brachen ab, als König Nikola das Land verließ, ohne einen Bevollmächtigten zu hinterlassen, der weiter hätte verhandeln können. Ritter, Bd. 3, S. 106 f.; Mühlmann, OHL, S. 150; RA, Bd. 9, S. 322; Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 185—187, 189—194.

648 B[erlin] 19. 1. ⟨1916⟩*

Wir sind in einer so neuen Situation, alle alten Mittel und Gedanken versagen. Vielleicht versagen auch Vorsicht Zähigkeit und Überlegung. Bethmanns beste Eigenschaften.
Ein wilder Wille, der die träge Masse in Fluss bringt. Irgend eine Partei ergreifen, Polen befreien oder die Teilung Belgiens ankündigen. Handeln auch politisch, und den anderen das Gesetz des Handelns aufzwingen. Der Wille, noch mehr der Glaube, der Berge versetzt.
Bei Lichte besehen und hin und hergedreht ist wohl alles falsch, und bricht unter der Last der Bedenken zusammen. Es ist aber doch auch ebenso falsch zu warten. Vielleicht gelingt der grosse Wurf und die Masse kommt in Fluss. Dann ist Europa vielleicht doch neu zu modeln.
Meine steigenden Einwände gegen den so vortrefflichen Kanzler. Es fehlt ihm das dämonisch aktive. Und danach schreit die Zeit. Das fühlen viele ohne es zu wissen.
Aber die Persönlichkeit ist nicht zu ändern. Da würde kein Reden helfen. Und sie ist besser so, als der starke genialisch thuende Mann ohne Bildung und Urteil. Das wäre Falkenhayn.
Der soll, wie Erzberger behauptet, gesagt haben, ja Offensive im Westen, aber bei der politischen Leitung hat das ja keinen Sinn.
Dabei meint er die Neuschöpfung Europas durch napoleonische Entschlüsse[1]. Aber er selbst weiss nicht wie noch wo und würde wie der krasseste Dilettant danebenhauen.
Geistige Bewegung nach dem Kriege? Ich suche immer nach den neuen Formen. Ich glaube wir vertreten jetzt die neue Lehre, der Staat als Idol — erleben wohl aber gleichzeitig den Höhepunkt und nach dem Krieg trotz noch weiter überhandnehmenden Staatssozialismus wird sich die andere These des Individuums langsam wieder zu regen beginnen. Schliesslich ist es doch Quelle von allem, weil Träger. Der Staat durch die Übertreibung vernichtet sich selbst. Das Individuum auch. So wird die Geschichte ewig zwischen diesen beiden Polen schwanken.
Die konkrete Allgemeinheit, Staat zum Wahnsinn werdend und als solcher empfunden. Das wird die Geschichte des kommenden Jahrhunderts werden.

* In der Vorlage irrtümlich „15".

[1] Vgl. 16. 10. 1915.

649 B[erlin] 26. 1. ⟨1916⟩*

Heute ist der Kanzler mit Tirpitz Holtzendorff etc in Pless. Vortrag über die UBootfrage[1]. Hoffentlich geht es gut. Ich habe seltsamerweise nicht sonderliche Angst.

* In der Vorlage irrtümlich „15".

[1] Am 26. 1. 1916 fand in Pleß die Vorfeier zum Geburtstag des Kaisers statt, dabei

Die Aktien der oest[erreichischen] Lösung in der polnischen Frage sinken. Ich hatte eine Rede Jaworskis[2] in Lemberg ausgeladen[b], worin er sagte Oesterreich würde nach dem Kriege so stark sein, dass es Deutschland, das den Hass der Welt auf sich ziehen und sich isoliert fühlen würde, Bedingungen werde stellen können. Dies Dokument liess ich durch Stumm an Jagow geben[3]. Es hat eingeschlagen.
Ein paar Tage darauf telegrafierte Falkenhayn er hätte Erfahrungen mit den Oesterreichern gemacht etc sie würden zu gross, die zunächst in Aussicht genommene oesterreichische Lösung schiene ihm trotz aller Militärkonventionen gefährlich etc[4].
Mir ist ein Stein vom Herzen. So wird es nun wohl auf das Grossherzogtum Warschau losgehen.
Ernährungsschwierigkeiten. Wut wegen der Kartoffelpreiserhöhung[5]. Militärdiktatur verlangt[6]. Der arme Delbrück.

[b] Lesart unsicher.

waren auch der Kanzler, Tirpitz, Holtzendorff und Falkenhayn anwesend. Über ein Gespräch Bethmanns mit dem Kaiser über die U-Bootfrage zu dieser Zeit ist nichts bekannt. Nach einer Aussage Falkenhayns vom 12. 2. 1916 vermied es der Kaiser, der sich am 24. 1. im Sinne der Marine entschieden hatte, absichtlich, mit Bethmann über die U-Bootfrage zu sprechen. Müller, S. 150; Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 477. Am 15. und 18. 1. hatte Holtzendorff eine Entscheidung des Kaisers erreicht, daß vom 1. 3. an der U-Bootkrieg verschärft werden solle. Am 24. 1. hatte der Kaiser nach einem Vortrag Holtzendorffs entschieden, daß bei gleichzeitiger diplomatischer Vorbereitung bei den Neutralen die Aufnahme des unbeschränkten U-Bootkrieges zum 1. 3. 1916 sichergestellt werden sollte. Der Kanzler wurde erst nachträglich informiert. Spindler, Bd. 3, S. 76; Tirpitz, a.a.O., S. 466 ff.; Birnbaum, S. 53 ff.

[2] Władysław Jaworski (1865—1930), Professor und poln. Politiker, 1902 im Lemberger Reichsrat, 1910 in den österr.-ungar. Reichsrat gewählt, seit Beginn des 1. Weltkriegs Vorsitzender des Polnischen Obersten Nationalkomitees, trat für einen poln. Staat im Rahmen Österreich-Ungarns ein.

[3] Text der Rede nicht bekannt, erwähnt im Schreiben Jagows an Tschirschky vom 16. 2. 1916, Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 201.

[4] Treutler (für Falkenhayn) an Bethmann, 23. 1. 1916, Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 192: Österreich würde durch den Anschluß Polens und dem in Serbien, Montenegro und Albanien zu erwartenden Gebietszuwachs so groß, daß man die daraus „sich für uns ergebenden Gefahren durch eine Militärkonvention" nicht mehr werde beseitigen können. Er empfehle daher die Angliederung Polens an Deutschland, „aber ohne Eintritt in den Reichsverband". Vgl. auch Conze, S. 145 f.

[5] Am 26. 1. 1916 wurde die Erhöhung des Produzenten-Höchstpreises für Kartoffeln von 2,75 Mark auf 4 Mark mitgeteilt. Außerdem ermächtigte die Regierung die Reichskartoffelstelle, beim Ankauf für größere Städte die gesetzlichen Höchstpreise in gewissen Grenzen zu überschreiten. Frankfurter Zeitung, Nr. 25, 26. 1. 1916, 1. u. 2. Morgenblatt, „Die Kartoffelpreise".

[6] Angesichts der Schwierigkeiten bei der Lebensmittelversorgung und den seit Kriegsausbruch aufgetretenen Spannungen zwischen den zuständigen militärischen und zivilen Stellen auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik schlugen Kriegsministerium und OHL im Frühjahr 1916 die Errichtung einer Art Wirtschaftsdiktatur vor, die auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand dem wirtschaftlichen Organisationsapparat Befehle erteilen könnte. Bekämpft wurde dieser Vorschlag von Delbrück, Unterstützung fand er, außerhalb der militärischen Kreise, bei den Konservativen und einem Teil des Zentrums. Delbrück, S. 317 f.

Der Kanzler meint, überall spitzten sich die Dinge kritisch zu. Es hätte etwas Unheimliches, die Ahnungslosigkeit auch gescheiter Menschen.
Ich weiss nicht, ob das mit der Krisis richtig ist. Es kann auch sein, dass ganz Europa langsam in Marasmus versinkt.
Oesterreich ist eigentlich bankrott. Helfferich reist Samstag hin, sie erwarten ihn dort als Messias[7].

[7] Nach der Frankfurter Zeitung vom 30. 1. 1916, 1. Morgenblatt, traf Helfferich am Montag, 31. 1. 1916, in Wien ein, „zur Besprechung wirtschaftlicher und staatsfinanzieller Fragen".

650 B[erlin] 1. 2. ⟨1916⟩[a]

Hin und Her über den UBootkrieg. Der Kanzler hat sich noch nicht entschieden. Schwerstes Risiko, aber unmöglich eine erhebliche Erfolgsmöglichkeit zu leugnen. Frage, ob wir bei der allgemeinen Situation des Krieges das ungeheure Risiko, Verprellen aller Neutralen etc laufen wollen. Einschätzen der allgemeinen Kriegssituation ungeheuer schwierig. Militärisch wohl noch Erfolge zu erzielen, aber keine entscheidenden. Unsere Bundesgenossen höchstens mehr bis zu Ende des Jahres sicher. Also vorher Erfolg. Von wirklichem Gewinnen des Krieges kann nur die Rede sein, wenn England so getroffen wird, dass es Concessionen machen muss. Die Situation also auch ohne UBootkrieg und unter der Voraussetzung dass bis Ende des J[ahre]s Friede auf andere Weise erreicht wird, nicht rosig.
Immer noch furchtbare Gefahren in der Lage. Versuchung die Sterne zu befragen. Keine Überlegung bewältigt mehr die Masse der Faktoren. Seinem guten Stern vertrauen und handeln hat viel für sich. Aber die Leute die das empfehlen, sind alle so ungebildet und kenntnislos, Gefangene ihrer Phantasien. Schicksal.
Wunderbar, wie sich die Individualitäten der Völker herauswachsen — die Verschiedenheit der Welten. Ideeller Grund warum alles gegen uns ist. Enorme Stärke des Bestehenden. Wir vertreten die Zukunft, (die vielleicht gar nicht eintritt infolge der Resultate des Krieges). Die englische Weltordnung im geistigen Sinne, beherrscht eben doch die Welt[,] Nordamerika völlig.

[a] In der Vorlage irrtümlich „15".

651 B[erlin] 4. 2. 16.[a]

UBootkrieg Amerika.
Schwanken des Kanzlers. Ich weiss nicht recht warum er dies sehr grosse Risiko vielleicht doch laufen will. Pläne im Westen, deren Eindruck man dadurch verstärken will. Vielleicht vielleicht[1].

[a] In der Vorlage verbessert aus 15.

[1] Bethmann neigte in den ersten Februartagen dazu, dem uneingeschränkten U-Bootkrieg

Mein Misstrauen, dass das Hauptargument unbewusst die Scheu ist gegen alle militärischen Berater des Kaisers das Mittel abzulehnen, auf die diese nicht verzichten zu können vorgeben und nichts vorlegen zu können, was den Krieg bis Ende 1916 beendigt.
Polen. Meine Überzeugung, dass wenn wir nicht vor dem Friedensschluss ein fait accompli schaffen, wir uns dann der europäischen Behandlung der polnischen Frage aussetzen und uns ausserdem mit Oesterreich in die schlimmste Zwickmühle setzen. Schrecklichste Verkettung.
Wachsende oesterreichische Propaganda[2]. Wir werden wohl anfangen müssen uns zu wehren.
Das ist leicht. Wir müssen bloss durchsickern lassen, dass Oesterreich ein Kronland will, dass wir erhebliche Grenzteile dann nehmen müssen, dass uns ein unabhängiges Polen lieber ist. etc.
Aber wie soll die Auseinandersetzung mit Oesterreich kommen, mit dem Dickkopf Burian? Denen geht sowieso bald der Atem aus. Aber sie können wohl nicht abspringen, obwohl Tisza gute Fäden nach London haben soll.
Am besten das fait accompli sofort schaffen, Unabhängigkeit Congresspolens und Beitritt zum deutschen Bund in Sonderstellung. Kriegserklärung Polens an Russland. Bündnis mit uns. Aushebung, Fahnen Tam Tam etc. Dann kommt die Sache in die Schulbücher und geht leichter.
Ein bischen napoleonisches in unsere Politik. Ich glaube, unser bürokratischer Apparat mit dem langsamen Begreifen und Umlernen und dazu der zögernde, vorsichtig abwägende Kanzler — das geht in die jetzige Zeit nicht hinein.
Begreifliche Sehnsucht der Leute nach That Bewegung nach dem schöpferischen Genius. Aber Gott bewahre uns vor dem falschen und ungebildeten, der kann wie ein Elefant in dem Porcellanladen hausen.
Den Polen entweder gar keine Freiheit oder soviel, dass sie sich nach mehr nicht sehnen. Das halbe ist das falscheste.
Die ungeheure Lehre von der Härte, von den ewigen Abgründen, die man nicht im Nebel der Vernunftphilosophie verschleiern soll. Ewige

---

zuzustimmen. Vgl. die in Anm. 1 zum 1. 2. 1916 genannte Literatur, bes. Link, a.a.O., sowie die Aufz. Bethmanns für Zimmermann vom 19. 2. 1916 („meine vorläufigen Gedanken über den U-Bootskrieg"), PA, Wk 18 geh. adh., Bd. 2: Die Ankündigung des grundsätzlich rücksichtslosen U-Bootkrieges sei unmöglich, sie würde den Bruch mit den USA bedeuten. Vielleicht könne man jedoch von März an wieder mit dem warnungslosen Angriff auf engl. Handelsschiffe beginnen, und zwar ohne vorherige Ankündigung und vorerst unter strikter Schonung der engl. Passagierdampfer und der neutralen Schifffahrt. Lasse sich das ohne neue diplomatische Krisen ausführen, könne man den U-Bootkrieg eventuell weiter verschärfen.

[2] Über die „ziemlich unverhüllte österreichische Agitation" für den Anschluß Polens an Österreich im deutschen Generalgouvernement beklagte sich Beseler in einem Immediatbericht vom 23. 1. 1916, ähnlich auch Mutius in einem Schreiben an Jagow vom 31. 1. 1916. Zit. bei Conze, S. 146. Vgl. auch Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 201 (Jagow an Tschirschky, 16. 2. 1916).

Gegensätze. Hart wie Stahl auf Stahl. Von Ewigkeit her. Notwendig. Und es ist gut so. Gerade um der ewigen Ideen willen. Aber in allem der Kampf, gerade in dieser Erkenntnis den Blick auf die unwandelbaren leuchtenden Sterne und den Glauben an ihre schliessliche Harmonie.

652 B[erlin] 6. 2. 16[a]

Hin und her wegen Amerika. Das Reichsmarineamt hat wieder eine vorbereitete Denkschrift gegen England, (Drohung alles zu torpedieren weil Handelsdampfer bewaffnet) vorzeitig in die Presse gebracht, notdürftig gedeckt durch eine halbe Zustimmung von Kriege. Grosse Aufregung, alle Welt weiss es, wieder anfangen der Hetze. Gestern wieder abgestoppt — aber die Amerikaner haben es natürlich auch erfahren[1].
Problem, den UBootkrieg von Amerika freibekommen. Vielleicht durch ein Friedensangebot, unverbindliche Verhandlungen zum 1.ten Oktober, durch Wilson. Wird angenommen, so brauchen wir die U-boote nicht. Wird abgelehnt, so können wir sie vielleicht ohne Krieg mit Amerika verwerten.
Mit Menschen gesprochen, die aus Amerika und England kommen — kaum möglich sich eine Vorstellung von der Stimmung und Meinung zu machen. Unglaublicher Respekt und Furcht vor Deutschland. Die Kanadier glauben wirklich für die Unabhängigkeit Kanadas gegen uns zu kämpfen. Die gebildeten Leute in den Vereinigten Staaten besprechen die deutsche Gefahr.
England, das sich als Sieger (mit uns) bezeichnen könnte, glaubt es wäre besiegt, wenn es jetzt aufhört. Tragische Verkettung. Sieg der Dummheit Unbildung und Suggestion. Kein Land kann mehr eine Bewegung ausführen, politisch, zum Frieden zu, ohne annehmen zu müssen, dann ganz unter den Schlitten zu kommen.
Die Englaender glauben, wir wären wahnsinnig schlau und alles bei uns sei Berechnung. Reventlows[1a] Geschimpfe, Berechnung. (Er wird von der Censur freigelassen.) Verbot der deutschen Tageszeitung[2] auch Berechnung um den Anschein zu erwecken, wir wären friedlich. Jedes Friedensgerede deutsche Intrigue, überall so — geradezu pathologisch. Ebenso wie Reventlow jedes englische Zeitungswort für verfluchteste Schlauheit hält.

---

[a] In der Vorlage verbessert aus 15.

[1] Es handelt sich wohl um die Denkschrift vom 8. 2. 1916 (vgl. 11. 2. 1916). Am 4. 2. 1916 telegraphierte Gerard ihren Inhalt nach Washington und berief sich dafür auf Mitteilungen von zwei deutschen Journalisten. Foreign Relations 1916, Suppl., S. 159.

[1a] Ernst Graf zu Reventlow (1869—1943), Redakteur der Deutschen Tageszeitung, dem Alldeutschen Verband nahestehend, nach 1918 deutsch-völkisch, 1927 Mitglied der NSDAP.

[2] Vgl. 16. 10. 1915, Anm. 6.

Seltsam das absolute Unverständnis der Völker. Wie ungeheuer verschieden ihre Mentalität herauswächst!
Untergang der Welt durch Ausschaltung der einzelnen Vernunft, Mechanisierung der Massenbewegungen, Presse etc alles Ungeheuer, Erzeugnisse des Menschen, deren Sklave er geworden — nicht mehr zu leiten. Die Macht in die Hände blinder Gewalten gelegt durch Mechanisierung.

653 B[erlin] 11. 2. 16[a]

Geburtstag. 34 Jahre. Angst vor dem Zuspätkommen mit all dem Vielen noch zu sagenden. Wie viel bleibt liegen, versinkt wieder!
Grosse UBoothetze. Versuche mit der Zustimmung Amerikas wieder zu verschärfen. Sehr schwer. Bewaffnungsfrage. Möglich dass es geht[1]. Innere Politik Vorstoss der Konservativen[2]. Grosse Hetze gegen den Kanzler. Revolte in der Ubootfrage in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses[3]. Folge der Marinepropaganda die allen innerpoliti-

[a] In der Vorlage verbessert aus 15.

[1] Am 11. 2. 1916 veröffentlichte das Ausw. Amt eine Denkschrift vom 8. 2., die ankündigte, vom 29. 2. an würden alle bewaffneten Handelsschiffe warnungslos versenkt, und dieses mit engl. Befehlen an die Handelsschiffe über Bewaffnung und Angriffe auf feindliche Schiffe begründete. Schultheß 1916/I, S. 40 ff. Diese Denkschrift steht in engem Zusammenhang mit dem „modus-vivendi-Vorschlag", den der amerik. Staatssekretär Lansing am 18. 1. 1916 den alliierten Regierungen unterbreitete: Solange Handelsschiffe bewaffnet würden, müsse man sie, auch seitens der USA, als Kriegsschiffe betrachten und könne nicht erwarten, daß die U-Boote auf den warnungslosen Angriff verzichteten. Deshalb sollten die Alliierten generell auf die Bewaffnung von Handelsschiffen verzichten und Deutschland sich auf den Kreuzerkrieg beschränken. Die veränderte Haltung der USA zum U-Bootkrieg, die sich hier anzukündigen schien, weckte im deutschen Ausw. Amt gewisse Hoffnungen, um so mehr, als der österr. Geschäftsträger und der deutsche Botschafter aus Washington meldeten, das State Department würde eine deutsche Erklärung über den verschärften U-Bootkrieg geradezu begrüßen, sie empfehle nur, die Instruktionen an die U-Boote noch um einen Monat aufzuschieben. Der Vorschlag Lansings wurde am 16. 2. 1916 zurückgenommen. PA, Wk 18 geh., Bd. 6; Link, Bd. 4, S. 142 ff.; Hubrich, S. 164 ff.

[2] Auf die Andeutung einer preuß. Wahlrechtsreform in der Thronrede vom 13. 1. 1916 hin (vgl. 3. 1. 1916) entfesselten die Konservativen am 17. und 18. 1. 1916 in beiden Häusern des preuß. Landtags eine ausgedehnte Wahlrechtsdebatte, bei der sie ihren Widerstand gegen jede Wahlrechtsänderung in Preußen zeigten. Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1916/17, Bd. 1, Sp. 34 ff.; Verhandlungen Herrenhaus 1916/18, Sp. 29 f.; Westarp, Bd. 2, S. 258 ff.; Patemann, S. 39 ff.

[3] Die Konservativen, unterstützt von Bassermann, Spahn und Tirpitz, führten nach zweitägiger Debatte in der Verstärkten Haushaltskommission des preuß. Abgeordnetenhauses am 7. und 9. 2. 1916 einen Beschluß herbei, durch den der Präsident des Hauses ersucht wurde, Bethmann mitzuteilen, „daß die Kommission es im Interesse des Landes für schädlich erachten würde, wenn sich aus der Stellungnahme der Reichsleitung gegenüber Amerika die Konsequenz einer Einschränkung in unserer Freiheit ergibt, einen uneingeschränkten und dadurch voll wirksamen U-Boot-Krieg zu einem geeigneten Zeitpunkt gegen England aufzunehmen". Der Beschluß wurde von allen Parteien außer der SPD gebilligt und gegen scharfen Einspruch des Unterstaatssekretärs Heinrichs am 11. 2. der Presse übergeben. Westarp, Bd. 2, S. 117 ff.; May, S. 259 ff.

schen Feinden des Kanzlers in das Ohr flüstern, wir könnten England niederringen, wenn wir nur wollten — aber die Courage fehle — Lauter falsche Zahlen sind im Umlaufe 6 Wochen UBootkrieg würden genügen etc etc.
Nun haben die Hetzer, die nationalliberalen Industrieleute die anderen eingefangen die gutgläubig mitlaufen und in der Kommission feste losgelegt, Beschluss gefasst etc. Seltsam, in dem Augenblick wo die Konservativen anfangen gegen die Regierung zu gehen, wackeln alle Regierungskommissare in Preussen, von den Ministern bis zu den Geheimräten erschrocken mit den Köpfen. Der [Unterstaatssekretär] Heinrichs kam gestern um 1/25 zu mir (Wahnschaffe war verreist) und war im Begriffe, seine Zustimmung zu der Publikation des Commissionsbeschlusses zu geben. Gott sei Dank habe ich ihn noch herumgebracht, er hat in einer von uns aufgesetzten ganz energischen Erklärung Einspruch erhoben und darauf bauend hat nun die Kommission eine aufs Dach gekriegt[4].
Alle anständigen Konservativen sind der Ansicht, dass mit Recht. Nun haben wir einen kleinen Konflict.
Die Leute würden das nie wagen, wenn sie nicht die Regierung für schwach hielten[,] kommt von der namenlosen Schwäche des Gros der Regierungskommissare und von der Eigenart des Kanzlers der immer so lange als möglich Rücksichten nimmt.
In der UBootfrage schwanken zwar die ruhigsten Leute wie z. B. Helfferich. Aber es ist doch falsch, es jetzt zu machen. Nach Erfolgen im Westen, Zusammenbruch Italiens ist der Weg frei. Im Mai ist auch noch Zeit.

[4] Am 13. 2. 1916 erschien in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung (Nr. 43, 1. Ausgabe) eine Regierungserklärung gegen den Beschluß der Budgetkommission: „Die Leitung der Auswärtigen Politik und der Kriegführung ist ausschließliches verfassungsmäßiges Recht des Deutschen Kaisers. Während die OHL parlamentarischen Einflüssen überhaupt nicht unterliegen kann, gehört die parlamentarische Behandlung der auswärtigen Fragen vor das Forum des Reichstages." Bethmann antwortete außerdem in einem Schreiben an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses vom 12. 2., in dem er ebenfalls dem Abgeordnetenhaus das Recht bestritt, in außenpolit. Fragen einzugreifen. Dies führte zu neuen Diskussionen der Budgetkommission über die Zuständigkeiten des preuß. Landtags, die am 16./19. 2. 1916 durch einen Kompromiß beigelegt wurden. Schultheß 1916/I, S. 39; Westarp, Bd. 2, S. 119 f.

654 **17. 2. 16**

Polnische Frage[1]. Überlegungen ob fait accompli zu schaffen und welches, ob jetzt mit Oesterreich zu verhandeln oder nicht. Jetzt unmöglich;

[1] Vgl. 26. 1. 1916. Zur Einstellung des Ausw. Amtes zur poln. Frage zu dieser Zeit vgl. Jagows Schreiben an Tschirschky vom 16. 2. 1916, Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 201. Jagow faßt hier die Gründung eines mit Deutschland verbundenen poln. Staates ins Auge, doch könne man sich darüber jetzt noch nicht mit Österreich auseinandersetzen. Ähnlich Bethmann am 21. 2. 1916 an Beseler, Conze, S. 146.

Krieg noch zu unentschieden. Ich muss das zugeben — doch sage ich immer wieder, fait accompli vor dem Friedensschluss, sonst wird die Sache international und wahnsinnig gefährlich. Front Oesterreich Frankreich England Polen gegen uns. Wir müssen wohl anfangen den Oesterreichern entgegenzuarbeiten in Warschau, um dann uns auf etwas stützen zu können. Anweisungen dazu ausarbeiten. Deprimierender Eindruck der politischen Oberfläche. Zweifelhaft ob Dummheit oder Gemeinheit grösser. Politischer Unverstand. Hauptursache alle bürgerlichen Parteien der Rechten sind eigentlich ideell entleert sie haben nichts mehr zu sagen, ausser dem Nationalismus. Im Augenblick wo die Sozialdemokraten national werden, müssen sie hypernational werden, um überhaupt noch etwas darzustellen, müssen die Regierung als schlapp verschreien, um ihre eigne Existenzberechtigung zu unterstreichen. Das ganze Parteileben liegt schief. Veraltete Begriffe, alles überlebt aber unfähig sich umzustellen, die ganze Gruppierung ist falsch. Das Verhältnis zum Staat berührt sich rechts und links im Gegensatz zur Mitte — aber die Ähnlichkeit kommt nicht zur Geltung.

655 19. 2. ⟨1916⟩[a]

Versuchte gestern RK zu überreden, Kriegsziele zu proklamieren und dann Discussion freizugeben[1]. Er hatte sehr gute Argumente dagegen.
Aber die schreckliche Stagnation Blähungen. Das unmögliche, dass die Regierung immer negativ scheint. Dadurch wird alles unsicher und die unsicher gewordenen folgen den Alldeutschen aus Bedürfnis nach einer Fahne. Schein dass die Regierung noch weniger erstrebt als die mässigen wollen. Das nützt den Alldeutschen. Die alldeutsche Bewegung sollte sich in dem Krieg überschlagen[,] das kann sie nicht, wenn sie unterdrückt wird. Das Volk muss durch dieses Gebrüll hindurch, um sich von ihm zu erlösen.
Richtiges Gefühl der Menschen, dass der Kanzler dazu neigt, auf die Ereignisse zu warten statt von dem eigenen Willen zu erhoffen, dass er Berge versetzt. Die Menschen spüren, dass der Regierung der beseligende Glaube fehlt. Möglich dass der Kanzler recht hat und zu diesem Glauben nicht genug realer Grund ist. Möglich auch, dass wir in den Ansprüchen, die wir an unsere eigene Situation, das geordnete sichere der Verhältnisse stellen, verharrend, unsere eigene Schwäche überschätzen, die der anderen unterschätzen.
Ob ein dämonischer Wille aus den jetzigen Krisen den Kern der Vereinigten [Staaten] von Europa heraushauen kann?
Wenn die Staaten in Rüstungen verharren, unsere Alldeutschen nach dem Kriege das Wort halten, sieht es übel aus: Europa muss in eine neue Bahn oder es wird untergehen.

[a] In der Vorlage irrtümlich 1915, darüber geschrieben 16.

[1] Vgl. 2. und 4. 12. 1915.

656 22. 2. 1916

Immer noch Ubootkrieg[1]. Nun wieder an stelle der betrügerischen Taktik des stillen Torpedierens[2] Idee einer Proklamation worin das offen gesagt werden [soll]. Kriege heisst das die Desperadopolitik im Gegensatz zu der Verbrecherpolitik[3]. Frage wie der Kaiser entscheidet. Frage ob der Kanzler dann gehen soll oder nicht[4]. Meine Meinung ja. Sein Stil ist Vorsicht und kluge Überlegung, Abwarten etc. Bisher ist das System nicht schlecht gewesen. Man kann den Krieg auch anders führen, mit Wagemut, spielerisch mit Aktivität Kundgebungen und Annexion napoleonisch[,] aber das kann der Kanzler nicht. Lässt er sich zu etwas drängen, was nicht seine Überzeugung, was nicht sein Stil ist, so ist er verloren.

Das traurigste wie das Volk auseinanderfällt. Unerhört alle diese Schieber und Parlamentarier, die nichts gelernt haben und nun in Weltgeschichte dilettieren, das dümmste Zeug glauben und weitergeben und ausser Unbildung und Dummheit nur ein grosses Maul haben. Was soll werden? Es sieht eben so aus, als wären es gerade diese, die das Denken der Nation beherrschten. Es scheint beinahe unnatürlich, dass diese nicht an der Herrschaft sind, statt einer Regierung die vielleicht die unpolitischen Leute des Volkes aber kaum fünf vom Hundert der politischen Menschen hinter sich hat. Deutschland muss wohl einmal durch die Herrschaft der Alldeutschen hindurch.

Wie die grossen Worte, die schimmernde Wehr, die Marineparaden und die chauvinistische Hetzerei und Quertreiberei der Tirpitzleute, das Liebäugeln Bülows mit den Phrasen, die Politik vor dem Kriege verdorben haben, so wäre es eigentlich ganz logisch, wenn Deutschland an den blinden, gemeinen Hetzereien derer um Tirpitz, an dem ganzen Unverstand der Leute die den UBootkrieg erzwingen wollen, zu grunde ginge. Es sieht beinahe so aus, als dränge der Wille der Nation in den Abgrund. Sachlich liegt m. E. die Frage so, dass der Ubootkrieg ge-

---

[1] Vgl. 26. 1. und 11. 2. 1916. Falkenhayn und die Marineleitung hielten daran fest, am 1. 3. den uneingeschränkten U-Bootkrieg beginnen zu lassen, Bethmann lehnte dies ab. Bei einer Unterredung am 22. 2. zwischen Holtzendorff, Jagow, Zimmermann und Bethmann ließ sich keine Einigung erzielen. Daher fand am 4. 3. ein gemeinsamer Vortrag beim Kaiser statt (vgl. 7. 3. 1916). Der Kanzler befürchtete vor allem den Bruch mit den USA. Durch die deutsche Note vom 8./11. 2. hatte sich das Verhältnis zu den USA bedeutend verschlechtert, und Bernstorff warnte, ein neuer U-Boot-Angriff auf ein Passagierschiff würde den Krieg bedeuten. Am 22. 2. erwirkte der Kanzler deshalb beim Kaiser einen ausdrücklichen Befehl an die U-Boote zur Schonung aller Passagierschiffe. Link, Bd. 4, S. 99 f., 159 ff.; Birnbaum, S. 57 f.; Spindler, Bd. 3, S. 88 ff.; Müller, S. 158.

[2] Vgl. Bethmanns Denkschrift vom 19. 2. 1916 (4. 2. 1916, Anm. 1).

[3] Vgl. Krieges „Bemerkungen zu der Denkschrift des Admiralstabes" in PA, Wk 18 geh., Bd. 6, die sich nachdrücklich gegen den unbeschränkten U-Bootkrieg wendet.

[4] Am 29. 2. und 2. 3. äußerte sich Bethmann gegenüber Holtzendorff und Müller, er werde zurücktreten, falls in der Frage des uneingeschränkten U-Bootkrieges gegen ihn entschieden würde. Spindler, Bd. 3, S. 94; Müller, S. 160.

macht werden kann, wenn es auf dem Continent so aussieht, dass Amerika nichts mehr ändert, das ist in dem Augenblick der Fall, wo es im Westen vorwärts geht. Dann legt Amerika nicht los, dann brauchen die Uboote England gegenüber nicht voll wirksam sein. Wird die Lage auf dem Continent aber durch die Folgen des Ubootkrieges, Amerika etc für uns noch verschlechtert, dann nimmt England auch die grössten Leiden auf sich — dann kann der Ubootkrieg mit den vorhandenen Mitteln nicht mehr gewinnen.
Alles zusammen zu betrachten. Das können die Menschen wenig.
Seltsam. Die Zeitungen wie die Menschen machen den Eindruck als seien sie komplett verrückt geworden, als wollten sie mit Gewalt in den Abgrund der Unvernunft hinein, der sich nun als rücksichtsloser Ubootkrieg präsentiert.
Der Kanzler kolossal angefeindet. Er wird wohl, wenn er gegen die Marine nicht nachgeben will bei der nächsten Reise ins Hauptquartier wo die Sache entschieden wird, sein Amt zur Verfügung stellen müssen, wird es auch thun.
Seltsam auch Jagow, der noch eben den Kanzler mit den schärfsten Ausdrücken zur Festigkeit anspornte, ist nun, wie es scheint selber umgefallen: Opportunismus oder Pessimismus.
Ich glaube nicht dass der Kaiser gegen den Kanzler entscheidet, wenn er fest auftritt und wenn — dann kommt wohl am besten Dallwitz — nicht Bissing, wie der Kanzler will.
Der uneingeschränkte Ubootkrieg für die Menschen wie eine Orgie rücksichtsloser Gewaltanwendung an der sie sich berauschen. Wie trunken. Es haben wenn man das Geschrei hört, die Englaender beinahe recht, wenn sie immer sagen, die Deutschen sind toll geworden. Rausch an der gewaltsamen Methode. Dass es Grenzen der Gewalt giebt, dass alles davon abhängt, ob die Anwendung der Gewalt sich in den Gesamtfolgen lohnt: das will keiner bedenken.
Alle Zwischenformen des Ubootkrieges, Ausnahmen Passagierschiffe, neutrale verwirft die Marine, sie hat da immer neue Ausreden[5]. Natürlich stimmt das nicht.
Die Gewissenlosigkeit mit der gehetzt, die Leute glauben wir haben 60—200 Uboote thatsächlich haben wir 15 grosse, für die Absperrung nach dem atlantischen Ocean allein in betracht kommende. Gerede und Geraune, wenn wir die Waffe nicht anwenden, ist der auf andere Weise nicht zu beendigende Krieg verloren. (Ansicht Falkenhayns[6]. Rede von

[5] So Holtzendorff in einem Schreiben an das Ausw. Amt vom 16. 2. 1916 und in einer Denkschrift des Admiralstabs vom 19. 2. 1916 (Text in PA, Wk 18 geh. adh. 1, Bd. 2): Nur der unbeschränkte U-Bootkrieg, die Versenkung jeden Schiffes in der Kriegszone, könne und werde England in sechs Monaten friedensbereit machen. Link, Bd. 4, S. 180; Spindler, Bd. 3, S. 86 ff.

[6] Am 13. 2. hatte Falkenhayn Bethmann geschrieben: „Der uneingeschränkte U-Bootskrieg ist das einzige Kriegsmittel, durch dessen Anwendung England sicher und unmittelbar in seinen Lebensbedingungen getroffen werden kann." Die OHL habe daher nicht einmal

Roesicke in der Staatshaushaltskommission des Abg[eordneten]hauses[7].) Das muss das Ausland erfahren — vielleicht daher die frechen Reden von Asquith[8] und Sasonow[9]. Welcher Faktor die Unbildung des Auslands, die gänzliche Schimmerlosigkeit in der Beurteilung Deutschlands. Bei uns ist sie gross genug, dort aber wissen die Gebildetsten nichts von uns.

das Recht, auf den U-Bootkrieg zu verzichten. „Ist das aber der Fall, so kann auch der politischen Leitung nicht das Recht zustehen, der Kriegsleitung die Anwendung des zum Siege notwendigen Kriegsmittels unmöglich zu machen." WUA 2, Beilagen, S. 147 ff.

[7] Vermutlich Rede in einer der beiden Sitzungen der Budgetkommission vom 7. und 9. 2. 1916 (vgl. 11. 2. 1916). Das Protokoll dieser Sitzungen wurde nicht veröffentlicht und ist unter den Protokollen der Budgetkommission des preuß. Abgeordnetenhauses im Geheimen Staatsarchiv, Berlin, nicht vorhanden. — Gustav Roesicke (1856—1924), konservat. Politiker, Generalsekretär des Bundes der Landwirte.

[8] Rede im engl. Unterhaus vom 15. 2. 1916 über die militärische und politische Lage. Schultheß 1916/II, S. 92. — Herbert Henry Earl of Oxford and Asquith (1852—1928), 1908—1916 engl. Premierminister, bis 1926 Führer der Liberalen.

[9] Rede zur Eröffnung der Duma vom 22. 2. 1916. Schultheß 1916/II, S. 400 ff.

657 B[erlin] 29. 2. 1916

Alles nur noch Ubootfrage. Denkschrift hin und her[1]. Morgen geht es ins Hauptquartier[2]. Kreuzweg in doppeltem Sinne. Nur Zech und ich gehen mit.

Die Frage liegt bei der vorhandenen Zahl der Uboote sachlich klar. Es darf nichts gemacht werden, was den Krieg mit Amerika bedeutet. Hauptschwierigkeit das Temperament des Generalstabschefs der erklärt, wir hätten kein anderes Mittel zum Siege als dieses und müssten den Krieg binnen 6 oder 8 Monaten beenden[3].

Überall viel Phantasie aber geringe sachliche Kenntnisse, nirgends ausser beim Kanzler selbst Übersicht über die Weltlage. Einschätzung der Kriegslage, bei uns ebenso schief wie bei den Feinden und den Neutralen. Seltsam die Differenzen in der Auffassung. Wenn die Entente Frieden sucht, ist der Krieg für sie verloren, wenn wir Frieden suchen ist die Kriegslage ein remis. Dies das Verhängnis. Bratianu glaubt, wir würden auf die Länge erdrückt. Davon ist keine Rede, wir halten den Krieg auch dann aus, wenn Oesterreich Ende des Jahres abspringt. Wie, ist freilich die Frage. Das Ergebnis am Schlusse hängt weniger von der Krieglage, als von den Coincidenzen der diplomatischen Konstellation am Schlusse ab.

[1] Denkschrift Holtzendorffs vom 19. 2. 1916 für den unbeschränkten U-Bootkrieg, zu der im Ausw. Amt verschiedene Gegengutachten angefertigt wurden. Texte in PA, Wk 18 geh., Bd. 6, und 18 geh. adh., Bd. 2. Am 29. 2. sandte Bethmann dem Admiralsstab eine ausführliche Denkschrift mit seinen Gegenargumenten. Text bei Bethmann, Bd. 2, S. 260 ff.; Spindler, Bd. 3, S. 94 ff.

[2] Vgl. 7. 3. 1916.

[3] Vgl. 22. 2. 1916.

658 Charleville 7. 3. 1916

Bewegte Tage[1].
Zuerst unsere Fahrt mit Holtzendorff und Vanselow[2] hierher. Alles ganz freundschaftlich und voll Verständnis für den Standpunkt des anderen. Holtzendorff, der alte nette Seebär, sehr traitabel[3].
Hier angekommen Falkenhayn sehr wild[4].
Der Kanzler geht zum Kaiser um ihn zu begrüssen, übergiebt ihm dabei seine Denkschrift gegen den uneingeschränkten Ubootkrieg[5]. Der Kaiser sagt gleich am nächsten Tag, er stünde ganz auf dem Boden der Denkschrift, er denke nicht daran den Krieg mit Amerika zu riskieren — der Kanzler solle nicht in Sorge sein, er werde das den beiden anderen schon sagen — am übernächsten Tag mittags Vortrag von Falkenhayn[6] — abends gemeinschaftlicher unter Beisein der drei Cabinettschefs. Der Kanzler grosse Speech mit äusserster Energie, Gefahr für Thron und Dynastie etc. Der Kaiser entscheidet, vorläufige Verschiebung auf 1. April, Versuch um Amerika herum zu kommen[7] — es ist aber kein

---

[1] Zu den Konferenzen in Charleville 2.—4. 3. 1916 vgl. Birnbaum, S. 61 ff.; May, S. 245 ff.; Janßen, Kanzler und General, S. 192 ff.; Ritter, Bd. 3, S. 204; Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 499 ff.; Müller, S. 159 ff.

[2] Ernst v. Vanselow, Kapitän zur See, Vertreter des Admiralstabs in Berlin, 1919 Abschied.

[3] Obwohl Holtzendorff zusammen mit Falkenhayn zum uneingeschränkten U-Bootkrieg gedrängt hatte, war er weniger als Tirpitz und auch Falkenhayn vom Erfolg überzeugt. Müller konnte ihn noch am 2. 3. für einen Mittelweg (Aufschub und inzwischen diplomatische Vorbereitung) gewinnen. Ritter, Bd. 3, S. 205; Müller, S. 160.

[4] Falkenhayn wollte den Entschluß zum uneingeschränkten U-Bootkrieg durchsetzen. Janßen, Kanzler und General, S. 192 ff.

[5] Vgl. 29. 2. 1916, Anm. 1. Zu der Unterredung zwischen dem Kaiser und Bethmann vom 2./3. 3. 1916 vgl. den Brief Bethmanns an Jagow vom 5. 3. 1916 bei Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 499 ff.

[6] Am 4. 3. 1916. Vgl. dazu die Darstellung Bethmanns in dem oben Anm. 5 zit. Brief: Falkenhayn habe den Kaiser offensichtlich davon überzeugt, daß der unbeschränkte U-Bootkrieg am 1. 4. 1916 beginnen müsse; a.a.O., S. 500.

[7] An der Besprechung am Abend des 4. 3. nahmen teil: Bethmann, Falkenhayn, Holtzendorff, Müller, Plessen, Lyncker. Sie wurde hauptsächlich zu einer Auseinandersetzung zwischen Bethmann und Falkenhayn. Ausführliche Wiedergabe der Rede Bethmanns bei Müller, S. 161—162: Der Kanzler habe „sehr temperamentvoll abratend" gesprochen. „Der Gipfelpunkt war: Er glaube nicht an die Unmöglichkeit für Deutschland, noch einen Winterfeldzug auszuhalten, andererseits sei er aber absolut davon überzeugt, daß z. Zt. eine Ankündigung des verschärften U-Bootkrieges den sofortigen Bruch mit Amerika bedeute und daß dann durch Amerika verstärkte Entente uns durch Erschöpfungskrieg niederzwingen würde ... Hier handele es sich um die Vernichtung zum mindesten der Großmachtstellung Deutschlands und um die Dynastie ... Umgekehrt habe er solchen Glauben an weiteres militärisches und wirtschaftliches Durchhalten Deutschlands und an die Zerfallchancen bei der gegnerischen Koalition, daß er an den endgültigen Sieg für uns glaube ... Der Reichskanzler schloß, er werde, den Kaiserlichen Befehl ausführend, mit allen Mitteln den verschärften U-Bootkrieg politisch vorbereiten ... aber die Zeit bis zum 1. April sei sehr kurz, und er könne in keiner Weise für den Erfolg einstehen." — Der Kaiser entschied, den Termin für den Beginn des unbeschränkten U-Bootkrieges auf den 1. 4. zu verschieben und bis dahin die Neutralen, besonders die USA, diplomatisch darauf vorzubereiten. Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 499 ff.; Müller, S. 161 ff.

Zweifel, dass er am ersten April genau so entscheiden wird, d. h. gegen den uneingeschränkten Ubootkrieg, solange bis der Kanzler das Risiko nicht aus eigenem Entschluss auf sich nimmt.
Der Kaiser soll in schwierigster Situation sehr gut gewesen sein. Er hat Falkenhayn, vor dem er Angst hat und Holtzendorff schonen wollen. Am nächsten Tag, Sonntag, kam er nach der Kirche zum Kanzler, um ihm ausdrücklich zu danken für seine feste Haltung, die ihm die so schwierige Situation so erleichtert hatte[8].
Der Kanzler hat es also fertig gebracht, die Sache in schönster Einigkeit mit dem Kaiser durchzusetzen, ohne die Kabinettsfrage zu stellen[9]. Das sehr wertvoll. Denn in Kriegszeit die Pistole auf die Brust zu setzen, ist eine Sache die der Kaiser nicht verzeiht.
Möglich, dass die Herbeiführung einer Situation in der das nötig wurde, einer der schwer zu durchschauenden Hintergedanken von Falkenhayn war.
Der wurde angeblich von Wild für den Ubootkrieg gewonnen. Wenigstens rühmt sich dessen der Kriegsminister. Das ist überhaupt ein ganz minderwertiger Bursche, ein ekelhaftes Parasitengewächs.
Wild hat auch gleich dem Kaiser gesagt, Falkenhayn wäre ganz trostlos über die Entscheidung[10]. Kein Wort wahr.
Der Kaiser doch vorsichtig und im menschlichen Urteil sicher, doch wenn es ernst wird, immer sehr klug. Fürstenbegabung.
Der Kanzler sehr gut operiert. Seine menschliche Überlegenheit über die anderen tritt zu der geistigen.
Dumm die Pressehetze — die von dem Reichsmarineamt organisierte Piazza — am 2. März alles auf Verabredung los mit der wilden Forderung.
Wut des Kaisers darüber — nun verdammen das alle offen Holtzendorff Falkenhayn. Schärfster Befehl an Tirpitz. Kabinettsschreiben, worin ihm aufgetragen wird, die betreffende Abteilung des Reichsmarineamts Holtzendorff zu übergeben[11].

---

[8] Vgl. dazu die Darstellung Bethmanns in dem oben Anm. 5 zit. Brief: Das Ergebnis der Konferenz sei trotz der etwas unklaren Entscheidung des Kaisers, daß dieser den Bruch mit den USA nicht riskieren wolle, auch nicht Anfang April. Das habe ihm der Kaiser in dem Gespräch am Morgen des 5. 3. auch ausdrücklich versichert, weiter, daß auch er überzeugt sei, die deutschen U-Bootkräfte reichten nicht aus, um England zu besiegen. a.a.O., S. 501.

[9] Nach Bethmanns eigener Darstellung (vgl. Anm. 5) wies er allerdings in der Konferenz am Abend des 4. 3. nachdrücklich darauf hin, daß er die Verantwortung für den unbeschränkten U-Bootkrieg und den sicheren Bruch mit den USA nicht übernehmen könne.

[10] Zu Falkenhayns Reaktion vgl. Janßen, Kanzler und General, S. 195 ff. Falkenhayn war über den Ausgang der Konferenz sehr enttäuscht und bestürmte den Kaiser kurz darauf, nicht auf die Waffe des unbeschränkten U-Bootkrieges zu verzichten.

[11] Noch am 2. 3. unternahm Bethmann beim Kaiser einen Vorstoß gegen Tirpitz, der zu der Konferenz nicht eingeladen worden war, und das Nachrichtenbüro des Reichsmarineamtes, auf das er die Pressekampagne für den unbeschränkten U-Bootkrieg zurückführte. Er fand dabei die Unterstützung Falkenhayns und Holtzendorffs. Am 5. 3. erging ein scharfes Kabinettsschreiben an Tirpitz: Der Kaiser habe den Eindruck gewonnen, „daß

Die Hetze ist auch wirklich zu unglaublich — sie wird ganz offen betrieben. Marineoffiziere erscheinen beim Lokalanzeiger und versuchen, ihm eine Schwenkung beizubringen unter gleichzeitig verführerischen Verlagsangeboten.
Tirpitz lässt im Bundesrat eine absolut irreführende Erklärung über die vorhandene Zahl der Uboote abgeben und rechnet bei den im Bau befindlichen alle mit auch die erst nach Jahren fertig werden. 203. sagt aber nichts von dem Zeitpunkt der Fertigstellung[12]. —
Nun soll darauf gewartet werden, ob Tirpitz bei Empfang des recht scharf gehaltenen Kabinettsschreibens Abschied einreicht oder eine Antwort giebt, die eine Handhabe bietet, ihm Einreichung seines Abschieds nahezulegen. Wenn nicht, muss es ohne Handhabe geschehen[13].
Es ist Bethmanns schwerster Fehler, dass er das nicht schon vor Jahren durchgesetzt hat. Hiermit fällt der letzte von den verhängnisvollen Leuten, die an der deutschen Scheinpolitik im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts schuld sind.

eine planmäßige Pressehetze in dem Sinne eingeleitet worden ist, die Reichsregierung zum rücksichtslosen U-Bootkrieg zu drängen. Seine Majestät erblicken hierin ein unerhörtes, in letzter Stelle die Person des Kaisers als obersten Leiter der Reichspolitik und der Kriegführung vor dem ganzen Volke bloßstellendes Verfahren". Er habe deshalb die Unterstellung des Nachrichtenbureaus und die Beaufsichtigung der Presse auf dem Gebiet der Seekriegführung Holtzendorff und Falkenhayn übertragen. Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 486 ff.

[12] Ein Vertreter von Tirpitz, Kapitän zur See Löhlein, hatte am 3. 3. im Bundesrat mitgeteilt: „... Demgegenüber haben wir heute ... alles in allem frontbereit, in Bau und in Erprobung 203 große und kleine Boote, davon frontbereit 54." Er hatte bei der Zahl 54 alle kleineren und Schulschiffe mitgerechnet und den Ausfall durch Werftliegezeiten, An- und Abmarsch nicht berücksichtigt. Die Zahl 203 umfaßte alle Prototypen und Planbauten bis zum Jahr 1917. Zu den tatsächlich vorhandenen U-Booten vgl. 26. 3. 1916, Anm. 4. Bethmann zog noch am 5. 3. Tirpitz in einem persönlichen Schreiben für die falschen Angaben Löhleins zur Rechenschaft. Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 492 ff., 634 ff.; Janßen, Kanzler und General, S. 193, Anm. 10.

[13] Bethmann war entschlossen, den Rücktritt Tirpitz' herbeizuführen. Vgl. seinen Brief vom 5. 3. (s. o. Anm. 5) und Müller, S. 163.

659 Charleville. 10. 3. [1916]

Das Warten hat sich gelohnt.
Tirpitz hat auf das Cabinettsschreiben mit einer Krankmeldung und Übergabe der Geschäfte an Büchsel[1] geantwortet. Er kriegt nun die Antwort, dass man das b e d a u r e und seinem Abschiedsgesuch entgegensehe[2].

[1] Wilhelm Büchsel (1848—1920), Admiral, Direktor des Allgemeinen Marinedepartements, 1902—1907 Chef des Admiralstabs, nach Tirpitz nächstältester Offizier im Reichsmarineamt.

[2] Tirpitz antwortete am 8. 3. ausweichend auf die Kabinettsordre vom 5. 3. Als er am gleichen Tag von Holtzendorff über die Konferenz vom 2.—4. 3. unterrichtet wurde, meldete er in einem zweiten Schreiben dem Kaiser, daß er wegen seines Gesundheitszustandes seine Geschäfte nicht weiterführen könne. Die von Riezler erwähnte Antwort des Kaisers

Der Choc im Innern wird vorübergehen. Die Leute werden doch wohl einige Löcher zurückstecken.
Vlamische Frage[3]. Unmöglichkeit von Leuten wie Sandt und Trimborn[4] eine mutige Politik zu erreichen. Spielball in Händen der Belgier. Wir haben noch keine belg[ischen] Beamten versetzt, statt sofort alle Vlamen nach Flandern zu setzen die Wallonen dort rauszuschmeissen und die Verwaltungstrennung auf diese Weise vorzubereiten.
P o l e n. Oesterreich hat die Frage angeschnitten und will verhandeln[5].
Wundervoller Schnee hier. Ganz Winter. Spaziergänge in den Ardennen. Friedlichkeit. Aber immer der rollende Donner seit nun 18 Monaten ohne Unterbrechung.
Dann Abreise — nachdem die gute Nachricht eingetroffen, dass der Vater der Lüge auf das Kabinettsschreiben hin sich krank gemeldet, also d. h. mitgeteilt hat, dass seine Gesundheitsverhältnisse sich so gestaltet haben, dass er die Geschäfte des Reichsmarineamts nicht weiter führen konnte — als den gewünschten Haken gegeben hat, ist ihm nun geantwortet worden, dass der Kaiser seinem Abschiedsgesuch entgegensehe und es in Gnaden bewilligen wolle[6].
Die Uboothetze in der Presse ist nun von Falkenhayn, der nun die Haltung des Kaisers gesehen hat, mit Gewalt gestoppt[7].
Heimfahrt.

an Tirpitz erfolgte am 10. 3. Am 12. 3. reichte Tirpitz sein Abschiedsgesuch ein, am 15. 3. nahm der Kaiser es an. Nachfolger Tirpitz' wurde Capelle. Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 508 f.

[3] Bethmann hatte Bissing seit Anfang Januar 1916 nachdrücklich empfohlen, die volle Verwaltungstrennung zwischen Flandern und Wallonien vorzubereiten. Er sah darin ein geeignetes Mittel, eine Grundlage für den deutschen Einfluß auf Belgien nach Kriegsende zu schaffen, was ihm um so wichtiger schien, als er mit der Möglichkeit der vollen Wiederherstellung Belgiens beim Friedensschluß rechnete. Vgl. bes. Bethmanns Aufzeichnung vom 1. 1. 1916, Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 180; Bethmann an Bissing, 6. 1. 1916 und 24. 3. 1916, PA, Wk 20a geh., Bd. 1, und Belgien 63, Bd. 9. Bethmann stieß wegen der Motivierung dieser Politik zunächst auf den Einspruch Bissings und dann vor allem auf den Widerstand Sandts, der große Schwierigkeiten mit der belgischen Beamtenschaft und der Bevölkerung befürchtete. Erst am 31. 7. 1916 gab Bissing die Anweisung zur Vorbereitung der Verwaltungstrennung, am 25. 10. 1916 erfolgte die erste Maßnahme. Wende, S. 84 f., 110 ff.

[4] Karl Trimborn (1854—1921), seit 1884 MdR (Zentrum) und Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses, 1914—1917 Generalreferent für das Unterrichtswesen in Belgien, 1918 Staatssekretär des Innern im Kabinett des Prinzen Max, 1919 Vorsitzender der Zentrumsfraktion und der Partei.

[5] Burián an Bethmann, 25. 2. 1916, Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 204: Es sei nun an der Zeit, die Frage der Zukunft Polens endgültig zu klären. Das deutsche Ausw. Amt antwortete ausweichend. Ritter, Bd. 3, S. 139; Conze, S. 147 f.

[6] Vgl. Anm. 2.

[7] Vgl. 7. 3. 1916, Anm. 11. Falkenhayn untersagte am 5./6. 3. die Diskussion der U-Bootfrage in der Presse. Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 501; Text der Verordnung der Oberzensurstelle des Kriegspresseamts vom 6. 3. bei Schultheß 1916/I, S. 89. Anschließend wurden von der OHL, dem Admiralstab und dem Ausw. Amt gemeinsam Richtlinien für die Behandlung der U-Bootfrage in der Öffentlichkeit festgelegt. Militär und Innenpolitik, Bd. 1, S. 121 ff.

660 Berlin 15. 3. 16

Hier tolle Stimmung. Die Leute in Weissglut wegen Tirpitz und der verfehlten Uboothoffnung. Es zeigt sich dass der enorme Rückhalt den die Ubootpropaganda im Volk gefunden hat, auf der Friedenssehnsucht beruht — den Leuten hat man weisgemacht, England würde in wenigen Wochen zusammenbrechen. Nun hofften sie und nun weinen sie verzweifelt dieser Hoffnung nach. Seltsam die Miesmacherei bei den Konservativen.
Der Kanzler hat zuerst den Journalisten dann namentlich den Reichstagsabgeordneten (Parteivorstände) die wutgeschwollen zu einer Sitzung zu ihm kamen, gehörig eingeheizt[1]. Es hat doch geholfen. Das Centrum hält sich wie immer von jeder Unklugheit fern[2] — so wird nichts gefährlich. Aber die Zustände treiben eigentlich dahin, dass Nat[ional]lib[erale] und Konservative sich als chauvinistische Rechtsparteien aufthun, dabei aber nach dem Kriege vollkommen unter den Schlitten kommen.
Seltsame Verwirrung der Köpfe — kein Wunder. Zunehmende wirtschaftliche Not — kein Ende des Krieges.
Seltsam die meisten denken sich Frieden so einfach — sie ahnen kaum, dass die grössten Krisen noch kommen.

[1] Pressekonferenz Bethmanns am 13. 3. 1916, vgl. WUA 2, Beilagen, S. 163 ff., und Mommsen, Regierung Bethmann Hollweg, S. 143 f. — Konferenz mit den Parteivorständen am 14. 3. (am 15. 3. wurde der Reichstag eröffnet). Protokoll im DZA Potsdam, Reichskanzlei Nr. 1483.

[2] Im Zentrum traten Spahn und Gröber dafür ein, zusammen mit den Nat.lib. und den Konservativen im Reichstag eine Resolution zugunsten des unbeschränkten U-Bootkrieges einzubringen. Dagegen wandte sich Erzberger, der einen unverfänglichen, auch von Bethmann gebilligten Resolutionstext in der Fraktion zur Annahme brachte. May, S. 272 f.

661 Berlin 19. 3. ⟨1916⟩[a]

Bemühungen im Reichstag Plenardebatte über Tirpitz Ubootfrage etc zu verhindern[1].
Bestrebungen der Soz[ial] Dem[okraten] sich öffentlich als Vertreter einer vernünftigen Politik mit der Regierung auf eine Basis zu stellen und die Nat[ional] Lib[eralen] und Conservativen als die chauvini-

[a] In der Vorlage: 15; darüber von der Hand Walter Riezlers: 16?

[1] Konserv., Nat.lib. und ein Teil des Zentrums hatten einen gemeinsamen Vorstoß im Reichstag zugunsten des U-Bootkrieges verabredet. Am 17. 3. brachten sie entsprechende Resolutionsentwürfe im Reichstag ein und veröffentlichten sie zum Teil in der Presse (Sten. Berichte, Bd. 317 (Anlagen), Nr. 231—233; Schultheß 1916/I, S. 123 f.), um eine öffentliche Diskussion im Reichstag zu erzwingen. Am 18. 3. versuchte Bethmann, die Führer der rechten Parteien in vertraulichen Besprechungen davon abzubringen, auf einer Debatte im Plenum des Reichstags oder auch im Haushaltsausschuß zu bestehen. Westarp, Bd. 2, S. 127 ff.; Ritter, Bd. 3, S. 207; May, S. 269 ff. — Riezler dazu ausführlicher in „Innere und äußere Politik", EStWZ 1 (20. 3. 1916) S. 65 ff.; s. u. S. 524 ff.

stische Fronde, die sie thatsächlich sind zu brandmarken[2]. Aber ich hoffe, die Führer stellen das Land über die verlockende Parteipolitik und schweigen.
Stinnes sagte, der Rücktritt Tirpitz sei so ernst wie der Rücktritt Bismarcks. Phrasen. Was hat denn der Mann mit dem Bart dem unruhigen Lügengeist und dem schwammigen Gesicht eigentlich gemacht. Die Flotte und die öffentliche Meinung für sie — das letztere war gesamtpolitisch eine verhängnisvolle Irreführung des politischen Denkens — die erstere falsch gebaut und unreal erdacht (Risikogedanke).
Seltsam der politische Nebel in Deutschland — nirgends ein Wort, das Verständnis für die thatsächlichen Fakten der deutschen Politik verrät. Überall nur Phrasen und Gefühlswallungen.
Die Leute ganz toll — drängen auf die Strasse zur „Piazza" — allgemeine Hysterie die die Völker ergreift. (Kein Wunder).
Gestern wurde in Schulen zur Demonstration vor Tirpitz (67ter Geburtstag) aufgefordert. In Charlottenburg liegen Unterschriftenlisten für eine Eingabe an den Kaiser auf, worin er vor Bethmann gewarnt wird[3]. Arrangiert von Hugenberg, geschrieben von Dietrich Schäfer[4] und Fuhrmann etc.

[2] Die Reichstagsfraktion der SPD beschloß, zur Unterstützung des Kanzlers, an dessen Sturz die Partei kein Interesse habe, eine Gegenresolution im Reichstag einzubringen, in der gefordert wurde, daß beim Einsatz der U-Boote alles vermieden werde, „was die berechtigten Interessen der neutralen Staaten schädigen und eine unnötige Verschärfung und Erweiterung des Krieges bewirken könne." Die Resolution wurde am 22. 3. im Reichstag eingebracht. David, Kriegstagebuch, S. 166; Fraktionsprotokolle SPD, Bd. 2, S. 163 ff.
[3] Die Eingabe wurde am 13. 3. von Schäfer im Auftrag des „Unabhängigen Ausschusses für einen Deutschen Frieden" verfaßt und seit dem 16. 3. verbreitet. Sie wurde, mit insgesamt 28 010 Unterschriften versehen, Ende März dem Kaiser ins Große Hauptquartier geschickt. Müller, S. 169; Ritter, Bd. 3, S. 207; Schäfer, S. 181 ff.
[4] Dietrich Schäfer (1845—1929), Historiker, Professor in Jena, Tübingen, Heidelberg, 1901—1921 in Berlin; Mitglied des Alldeutschen Verbandes, Propagandist von Annexionsforderungen, Mitbegründer und Vorsitzender eines Propaganda-Ausschusses der deutschen Kriegszielbewegung, aus dem 1916 der „Unabhängige Ausschuß für einen Deutschen Frieden" hervorging. In beiden Ausschüssen war auch Fuhrmann tätig.

662 Berlin 22. 3. [1916]

Immer noch tolle Stimmung. Nun versenden Leute wie Schäfer und Fuhrmann Petitionen an den Reichstag zur Unterschrift, (haben Druck in 750 000 Exemplaren bestellt) über Ubootkrieg, worin u. a. gesagt wird — lieber Krieg mit Amerika als verhungern[1] — also Sachen, die vor dem Ausland zu sagen doch auch diese Patrioten sich scheuen sollten. Allgemeiner Paroxismus.

[1] Die Petition, die den unbeschränkten U-Bootkrieg verlangte, wurde im Auftrag des „Unabhängigen Ausschusses für einen Deutschen Frieden" fertiggestellt und seit dem 16. 3. in 750 000 Exemplaren versandt. Der größte Teil wurde beschlagnahmt, die Ver-

Heute Reichstag[2]. Seniorenkonvent beschloss, die Anträge zunächst nicht zu verhandeln — aber Konservative und Nat[ional]lib[erale] gingen von der Absicht erst ab, als Scheidemann ihnen ankündigte, die Soz[ial] Dem[okraten] würden dann ihren Steuerredner zurückziehen und einen politischen Redner vorschicken der die Frage ab ovo behandelte[3]. Ledebour beglückwünschte Westarp zu der Einsicht dass die Kriegsführung Sache des Parlaments ist. Scheidemann sagte noch, die Herren hätten doch neulich die Ausführungen des Reichskanzlers gehört[4], die wären so überzeugend gewesen, dass keiner widersprochen hätte — damals wäre die Gelegenheit gewesen, den Mund aufzuthun. Alles das mussten sich die Leute sagen lassen.

Es ist scheusslich — wir verbrauchen in unnötigem Geschwätz mit ungebildeten Parlamentariern, die teils von Phrasen teils von der Schwerindustrie und anderen Interessenten abhängig sind — alle Arbeitskraft und inzwischen passieren allerorts Dinge, die nicht mehr reparabel sind.

Neue Schwierigkeiten in Warschau. Beseler ganz senil — dort scheinen die Leute auch gemeint zu haben, es wehe ein neuer Wind, Bethmann stürze — worauf sie gleich mit der Polenfresserei wieder begonnen haben, den Beamten verboten mit Polen gesellschaftlich zu verkehren — nie zu vergessen, dass sie in einem doch feindlichen Lande sind, sich als stolze Sieger zu benehmen etc.

Sofort fällt die Bande in die Geistesrichtung zurück, die eben doch einen grossen Teil des Volkes beherrscht und eben doch wohl nur überwunden wird, wenn sie sich einmal frei austoben kann und man dann den Schaden besieht. Schwierigkeit, ja Unmöglichkeit eine andere Politik, eine dem momentanen Volksgeist widerstrebende zu verlangen und durchzusetzen. Aber es muss sein, denn nur so kommt Deutschland zur Grösse. Der Moment ist zu wichtig, als dass er für eine Rosskur verwandt werden könnte.

Furchtbares Geschimpfe auf Bethmann überall. Sie lieben ihn eben nicht. Er hat keinen Charme für Fernerstehende. —

---

breitung verboten. Mit 90 000 Unterschriften wurde die Petition am 22. 3. dem Reichstag übergeben. Schultheß 1916/I, S. 126 f.; Schäfer, S. 181 ff.; Sten. Berichte, Bd.307, S. 1258 ff.

[2] Vgl. 19. 3. 1916. Am 22. 3. beriet der Seniorenkonvent des Reichstags über die Anträge zum U-Bootkrieg. Es ging um die Frage, ob die Diskussion im Haushaltsausschuß, also vertraulich, geführt wurde oder, wie es die Rechtsparteien wollten, im Plenum des Reichstags. Wesentliche Unterstützung erhielt Bethmann von der SPD, die drohte, bei einer Besprechung im Reichstagsplenum zu einer grundlegenden Diskussion aller Kriegsprobleme zu schreiten. Nat.lib. und Konservative gaben schließlich nach und stimmten einer Debatte im Haushaltsausschuß zu. Zu dieser vgl. 30. 3. 1916. May, S. 273.

[3] In den ersten Sitzungen nach der Wiedereröffnung des Reichstags wurde über den Etat und über die Kriegssteuervorlagen verhandelt. Sten. Berichte, Bd. 306, S. 767 ff. Das von Scheidemann angedrohte Verfahren wurde am 21. 3. von der Fraktion der SPD beschlossen: Wenn die bisherige Abmachung, die Steuerdebatte ohne politische Diskussionen durchzuführen, nicht eingehalten werde, werde die SPD ihren Redner zur Steuerfrage zurückziehen und einen „politischen Redner" vorschicken. Fraktionsprotokolle SPD, Bd. 2, S. 164.

[4] Hinweis auf die Konferenz Bethmanns mit den Parteiführern vom 14. 3. 1916 (vgl. 15. 3. 1916).

663 Berlin 26. 3. [1916]

Ernste Nahrungssorgen — Kartoffeln — zu viel Viehschlachtung etc. Immer noch Kampf mit Konservativen und Nat[ional]liberalen, die sich der Niederlage entziehen wollen[1]. Kessel hat Immediatbericht an S.M. geschickt und eine Stelle aus einem Stimmungsbericht Jagows[2] über Berlin beigelegt, wo die jetzige Aufregung gegen den Reichskanzler als weit schlimmer als die der Berliner Bürgerschaft in der Konflictzeit gegen Bismarck — wenn die Rede frei wäre, würden 100 000e spontan vor das Reichskanzlerpalais ziehen.
Die Cabinette wütend über den Bericht, S.M. ditto hat dem alten Kessel eine aufs Dach gegeben und beruhigt.
Die näheren Informationen Capelles[3] über die Ubootfrage sind derart, dass wir wirklich froh sein können, an diesem Unheil vorüber gekommen zu sein[4]. Es wäre mit den jetzigen Mitteln nichts gar nichts mehr ausgerichtet worden als so, und wird auch so mit der Zeit erhebliches erreicht.
Ob es gelingt den Kanzler in der Kriegszielfrage zum Reden zu bringen?
Meine stärkste Einwendung gegen ihn, dass er die Probleme abwartet, sie dann richtig abwehrt und ihr Platzen ordnet, ihnen aber nicht entgegengeht, sie angreift — seine enorme passive Energie, aber geringe aktive Sprengkraft — Panzerplatte nicht Granate. Das beherrscht den Stil seiner Politik. Sie hat Stil — auch Grösse. Aber die Grösse liegt in der Resistenz und dem Überblick — nicht in dem frontal angreifenden Willen.
Man kann eine Politik der Panzerplatte und der Granate machen, muss sogar wechseln je nach Situation — bisher war wohl das erstere das Richtige. Es giebt aber zwei Gebiete, wo wir die zweite benötigen, das sind die Occupationsgebiete Belgien und Polen. Hier drängt die Zeit — hier muss alles umgekrempelt und neu geschaffen werden. Vla-

---

[1] Vgl. 22. 3. 1916, Anm. 1.

[2] Näheres nicht bekannt. — Traugott v. Jagow (1865—1941), 1909—1916 Polizeipräsident von Berlin, 1916—1918 Regierungspräsident von Breslau.

[3] Eduard v. Capelle (1855—1931), Admiral, seit 1914 Unterstaatssekretär im Reichsmarineamt, Direktor des Verwaltungsdepartements, seit 15. 3. 1916 als Nachfolger Tirpitz' Staatssekretär des Reichsmarineamts (bis 1918).

[4] Anscheinend hat Capelle, auch gegenüber der Regierung, zum ersten Mal präzise Informationen über die wirkliche Zahl der U-Boote und ihr Leistungsvermögen gegeben. Vgl. Janßen, Kanzler und General, S. 193, Anm. 10. Zu Capelles Angaben vgl. seine Ausführungen im Haushaltsausschuß des Reichstags am 28. 3. 1916, ausführlich wiedergegeben bei Hanssen, Bd. 1, S. 180 ff.: Deutschland besitze z. Zt. 20 große U-Boote, davon seien 5 zur Hochseeflotte abkommandiert. Bis zum Sommer 1917 würden weitere 41 große U-Boote einsatzbereit sein. Weiter würden bis Herbst 1916 54 kleine und mittlere U-Boote vorhanden sein, und 80 Unterseeminenboote. An eine so empfindliche Schädigung Englands, daß es Frieden schließen müsse, sei mit den vorhandenen Mitteln nicht zu denken.

mische Beamte in Vlamland, praktisch vollzogene Verwaltungstrennung[5]. Ähnlich in Polen[6]. Beselers Senilität schreit zum Himmel.
Seltsam. Tirpitz au fond ein charlatan — alle seine Ideen falsch. Das Volk betet in ihm den Willen an, denselben den es in Bethmann vermisst. Er hat geschaffen, freilich zur Unzeit und etwas unzulängliches schief angelegtes in seiner Flotte — aber immerhin, er hat geschaffen und eine Idee gelebt.
Allmählich beginnt ein Streit über die Ideen von 1914 zu dämmern. Sie sind noch nicht formuliert. Aufgabe? Aber nur lösbar aus einer neuen Philosophie heraus.

[5] Vgl. 10. 3. 1916, Anm. 3.
[6] Gemeint ist wohl der Aufbau einer poln. Selbstverwaltung in Polen. Vgl. dazu Conze, S. 167 ff.

664 Berlin 30. 3. [1916]

2 Tage Budgetkommission über Ubootfrage[1]. Teilweise die Discussion über den Krieg und alles auf einem bemerkenswert hohen Niveau — wirklich gut auch im Inhalt allerdings nur die Regierung und die Sozialdemokraten. Heydebrand Bassermann Westarp doch üble Jesuiten. Der Kanzler eindrucksvoll und geschickt. Alles auf abwiegeln gestellt — so ist denn schliesslich ein Antrag herausgekommen mit allen Stimmen[2] der acceptabel und gut ist und doch zeigt, dass sich die Konservativen etc verirrt[a] haben.
Aber welche Situation, für die ganz heruntergekommenen Conservativen und Nat[ional]liberalen sich von den Soz[ial] Dem[okraten] Vorhaltungen wegen einer auf die Friedenssehnsucht spekulierten Agitation machen zu lassen, die die Grundlage des Staates, das Vertrauen untergrabe.

[a] Nicht sicher lesbar.

[1] Am 28. und 29. 3. 1916. Bethmann, gestützt durch die Ausführungen Capelles (vgl. 26. 3. 1916, Anm. 4) und Helfferichs, legte dar, daß durch den unbeschränkten U-Bootkrieg jetzt keine durchschlagenden Erfolge gegenüber England möglich seien, andererseits durch den dann zu erwartenden Kriegseintritt der USA die Situation Deutschlands erheblich verschlechtert würde. Hinter den Kanzler stellten sich der Fortschritt, Teile des Zentrums und die SPD. May, S. 273 ff.; Ritter, Bd. 3, S. 207 f.; Westarp, Bd. 2, S. 122 f., 128 f., 136 ff.; Hanssen, Bd. 1, S. 178 ff.
[2] Alle Parteien einigten sich, dem Reichstag folgende, unter direkter Mitarbeit der Regierung entstandene Erklärung an den Kanzler vorzuschlagen: „Nachdem sich das Unterseeboot als eine wirksame Waffe gegen die englische, auf die Aushungerung Deutschlands berechnete Kriegführung erwiesen hat, gibt der Reichstag seiner Überzeugung Ausdruck, daß es geboten ist, wie von allen militärischen Machtmitteln, so auch von den Unterseebooten denjenigen Gebrauch zu machen, der die Erringung eines die Zukunft Deutschlands sichernden Friedens verbürgt, und bei Verhandlungen mit auswärtigen Staaten die für die Seegeltung Deutschlands erforderliche Freiheit im Gebrauch dieser Waffe unter Beachtung der berechtigten Interessen der neutralen Staaten zu wahren." Die Konservativen zögerten am längsten, den Text zu unterschreiben. May, S. 275; Westarp, Bd. 2, S. 128 f.; David, Kriegstagebuch, S. 169 f.; Mommsen, Regierung Bethmann Hollweg, S. 144. Der Antrag wurde am 6. 4. im Reichstag angenommen. Sten. Berichte, Bd. 307, S. 861 ff.

Die Einigung ist auch nur erreicht worden durch die wiederholte Drohung der Regierung die Debatte wieder aufzunehmen und dann mit weniger Zurückhaltung zu führen und dem deutlichen Hinweis auf das angehäufte üble Material über die betriebene Agitation.
Vorgestern Nachricht über englische Expeditionsvorbereitungen gegen die holländische Küste[3]. Wahrscheinlichkeit dass die Tubantia von England zu dem Zweck Holland gegen uns zu erregen[,] zur Vorbereitung dieser Aktion mit einem deutschen Torpedo torpediert wurde[4].
Steigende wirtschaftliche Not. Keine Aussicht auf ein Ende, namentlich keine auf ein gutes, Europa aus dem Gleichgewicht rettendes Ende[5].

[3] Vgl. die Aufzeichnung vom 30. 3. 1915 in PA, Niederlande 60, Bd. 5: Nach Mitteilungen Stegemanns und Andeutungen in der holländ. und engl. Presse sei ziemlich sicher mit einer engl. Landung an der holländ. Küste, westlich der Schelde, zu rechnen. Am 31. 3. 1916 teilte Kühlmann aus Den Haag mit, die Gerüchte über eine engl. Landung hätten große Erregung hervorgerufen, die Königin und der Ministerrat seien in Beratungen darüber eingetreten, wie Holland sich gegebenenfalls verhalten solle. Die Gerüchte erwiesen sich als unbegründet. PA, a.a.O.
[4] Am 16. 3. 1916 wurde der holländ. Dampfer „Tubantia" versenkt. Trotz der deutschen Versicherung, daß kein deutsches U-Boot in der Nähe des Schiffes gewesen sei, war man in Holland überzeugt, daß ein deutsches U-Boot den Dampfer versenkt habe. May, S. 249 f.
[5] Gemeint ist wohl: ein Ende, das Europa von der von Riezler sehr negativ beurteilten balance of power befreit (vgl. 18. 4. 1915).

665 Berlin 15. 4. [1916]

Beratungen über die Rede des Kanzlers[1]. Schliesslich ist es doch im Sinne meines Entwurfs unter Beibehaltung der wesentlichen Stellen gemacht worden. Wirkung im Innern überraschend gut, nach aussen nicht allzu schlecht. Die Englaender lassen doch in ihren Antworten[2] Russland so gut wie fallen. Die Idee sich nach Osten scheinbar festzulegen, in Belgien billig zu sein und von Frankreich zu schweigen[3], doch das richtige.
Die Gegner des Kanzlers suchen nach neuen Thematas zur Agitation.

[1] Rede im Reichstag vom 5. 4. 1916. Sten. Berichte, Bd. 307, S. 850 ff.
[2] Rede Asquith' vor einer Abordnung franz. Parlamentarier in London am 10. 4. 1916, die sich ausdrücklich mit der Rede Bethmanns vom 5. 4. auseinandersetzt. Rußland und die poln. Frage werden darin nicht erwähnt. Belgien, heißt es, müsse in der alten Form wiederhergestellt werden. Das allgemeine Ziel des Krieges sei es, die preußisch-deutsche Hegemonie über Europa zu verhindern und die Freiheit der schwächeren Völker Europas zu sichern. Schultheß 1916/II, S. 118 f.
[3] Vgl. die Ausführungen über die Kriegsziele in der Rede Bethmanns vom 5. 4. 1916: Frankreich wird nicht erwähnt; Belgien werde nach dem Krieg nicht mehr das alte sein, es dürfe nicht zu einem gegen Deutschland gerichteten Vorposten werden, weiter dürfe der „lange niedergehaltene flämische Volksstamm nicht wieder der Verwelschung" preisgegeben werden; die poln. Frage müsse neu gelöst werden; die bisher Rußland ausgelieferten Völker „zwischen der Baltischen See und den Wolhynischen Sümpfen" müßten befreit werden.

Die Ubootfrage vorläufig tot[4] — unter der Decke geht es weiter. Ausserdem können sie die Dinge mit Amerika, die unter dem verhängnisvollen Einfluss des ganz unpolitischen Kriege falsch und ungeschickt gemacht werden, jederzeit wieder akut werden lassen. Falkenhayn bohrt immer noch weiter. Er hat erst neulich wieder die Sache bei Treutler angeregt, gemeint, angesichts der jetzigen Erfolge könne man bei rücksichtsloser Führung das acht bis zehnfache erreichen. Das ist leider Unsinn — aber der Generalstabschef sagt, er habe das bestimmte „Gefühl"[5].

Geistiger Zustand der Welt: ungeheures Schisma, hoffnungsloses Missverstehen der Nationen. Massensuggestionen gegeneinander. Jedes Wort ob Kanzlerrede ob ganz ehrlich oder halbehrlich gemeinte Note an Amerika alles gilt[a] für raffinierte Heuchelei. Fatum der Unbildung.

Die anderen können im Gefühl ihrer Überlegenheit sich nicht vorstellen, dass sie nicht gesiegt haben und nicht siegen werden. Es ist ihnen einfach unbegreiflich. Daher kehren sie nach kurzen Zweifeln immer alle wieder in den ihnen selbstverständlichen Gedankengang zurück.

Die letzten zwei Tage Burian hier mit Hoyos und Ugron[6]. Stundenlange Verhandlungen über Polen[7]. Burian sagte: er wolle seine ganze Überzeugungskunst aufbieten, um Polen im Koffer mit nach Wien zu bringen[8]. Die Kerle haben natürlich alles verlangt. Wir gingen von einem nationalen Polen mit Autonomie aus und erklärten nur, ihre Lösung wäre für uns absolut unmöglich. Sie reisten unverrichteter Dinge ab — aber alles vollzog sich in besten äusseren „Terms" ohne Verstimmung.

---

[a] Das folgende Wort „drüben" gestrichen.

[4] Vgl. 30. 3. 1916, Anm. 1 u. 2.

[5] Treutler an Bethmann, 14. 4. 1916: Falkenhayn habe den jetzigen Zustand des U-Bootkrieges als unhaltbar und unsinnig bezeichnet. „Die bisherigen Resultate ließen es als wahrscheinlich erkennen, daß der rücksichtslose Ubootkrieg das acht- bis zehnfache leisten würde, und er glaube und fühle als gewiß, daß England dann in drei Monaten zum Frieden bereit sein würde ... Bei allen anderen Deduktionen kam er immer wieder auf sein sicheres Gefühl, daß England nachgibt und daß Amerika nicht eingreift. Dagegen ist nichts zu machen. Ich sagte ihm aber, daß Euer Exzellenz gegenteilige Ansicht nicht nur Gefühl sei, sondern sich auf sehr starke Argumente stütze." PA, Wk 18 geh. adh. I, Bd. 5. Zum ständigen Drängen Falkenhayns auf Übergang zum unbeschränkten U-Bootkrieg vgl. Janßen, Kanzler und General, S. 196 f.

[6] Stephan Baron Ugron zu Ábránfalva, bis 1911 österr. Legationsrat in Bukarest, dann Gesandter in Belgrad, seit 1913 im Außenministerium tätig, seit 15. 1. 1917 österr.-ungar. Vertreter beim deutschen Generalgouvernement in Warschau.

[7] Verhandlungen vom 14. und 15. 4. 1916. Burián suchte die deutsche Zustimmung zum Anschluß Polens an Österreich zu erreichen, Bethmann lehnte diese Lösung jetzt offen ab und trat für „die Bildung eines autonomen Staates, der zwar nicht zum Deutschen Reich gehörig, aber uns militärisch und wirtschaftlich fest angeschlossen sein sollte", ein. Eine Einigung kam nicht zustande. Jagow an Treutler, 16. 4. 1916, Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 227, 230; Burián, S. 73 ff.; Conze, S. 148 f.; Fischer, Weltmacht, S. 298 ff.

[8] Vgl. Helfferich, Bd. 3, S. 50: Burián äußerte „halb im Scherz, halb im Ernst, er wolle erst nach Wien zurückreisen, wenn er Polen in seinem Handkoffer mitnehmen könne ...".

666 Berlin 24. 4. 16

Aufgeregte Tage. Am Mittwoch 19ten ins Hauptquartier abgefahren. Schlechte Nachrichten aus Amerika. Nach der Ankunft gleich erfahren, dass die amerikanische Note sehr unerfreulich. Dann der Text. Beratungen[1]. Situation einfach: meo voto schliesst England nicht Frieden, solange es die Hoffnung auf Amerika als Hoffnung hat. Also zweierlei Politik möglich.
1. ihm diese Hoffnung endgültig nehmen, womöglich trachten, dass sich ein Amerika das keine Zwischenfälle von uns mehr zu befürchten hat gegen die englischen Völkerrechtsbrüche wendet, also die Uboote zuhause lassen.
2. Krieg mit Amerika und mindestens das dreifache der Schiffe versenken, die jetzt versenkt werden.
Der erste Weg erfolgreicher, da die Voraussetzung des zweiten nicht stimmt[2].
Im übrigen hat Wilson wissen lassen, dass er, wenn wir nachgeben die anderen zum Frieden bringen wird[3].
Also keine halbe Lösung.
Es ist gewiss vieles Bluff — wir kommen vielleicht (mit 20 % Möglichkeit) durch eine geschickte Note um die Sache herum (für diesmal) ohne mehr nachzugeben, als wir schon concediert haben.
Besser aber das Risiko nicht laufen und ohne Rücksicht auf die Verrückten zu hause eine large Geste machen, das einseitige Völkerrecht

---

[1] Am 26. 3. 1916 torpedierte ein deutsches U-Boot den franz. Passagierdampfer „Sussex", auf dem sich auch Amerikaner befanden. Nach besorgten Telegrammen Bernstorffs aus Washington traf am 20. 4. eine Note Wilsons (vom 18. 4.) mit den bisher schärfsten Formulierungen ein: Falls Deutschland nicht sofort die bisherigen Methoden des U-Bootkrieges aufgebe, sehe sich die USA zum Abbruch der Beziehungen gezwungen. Foreign Relations 1916, Suppl., S. 234. Der Kanzler reiste am 23. 4. von Charleville nach Berlin zurück. Am 23. und 24. 4. fanden Besprechungen zwischen dem Kanzler, Holtzendorff, Jagow, Helfferich, Capelle, Zimmermann, Wahnschaffe und Stumm statt. Alle, außer Holtzendorff, hielten Konzessionen für unerläßlich und traten dafür ein, den gesamten U-Bootkrieg vorerst auf die Form des Kreuzerkriegs zu beschränken. Ein Entwurf für die Antwort an die USA vom 24. 4. enthält das Angebot, den U-Bootkrieg vorläufig einzustellen, und verbindet es mit der Erwartung oder der Bedingung, daß die USA sich in England um die Aufhebung der Blockade bemühen. Birnbaum, S. 70 ff.; May, S. 259 f.; Link, Bd. 4, S. 228 ff., 256 ff. — Am 24. 4. erhielten die U-Boote den Befehl, während der Verhandlungen mit den USA nur nach den Regeln des Kreuzerkriegs zu verfahren. Am 27. 4. teilte Admiral Scheer mit, dadurch werde der Einsatz der U-Boote sinnlos; er rief alle in See befindlichen U-Boote zurück und stellte damit den U-Bootkrieg ein. Spindler, Bd. 3, S. 140; Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 528 f.

[2] Zu diesen und den folgenden Überlegungen Riezlers über das deutsch-amerik. Verhältnis vgl. seine Aufzeichnung vom 30. 4. 1916, s. u. Beilage 1, S. 488 ff.

[3] Telegramm Bernstorffs vom 23. 4. 1916: Wilson „glaubt, daß er gestützt auf unsere Konzession einer einstweiligen Ruhepause stark genug wäre, um unsere Feinde zu zwingen, in Friedensverhandlungen einzutreten". Birnbaum, S. 73 ff., 95 ff.; Link, Bd. 4, S. 261 ff.

wiederherstellen und den USA die anderseitige Wiederherstellung auferlegen[4]. So wird es wohl kommen.
Holtzendorff der jetzt als reiner Tor, Parseval heisst, wird toben — die Kerle wie Bassermann die jetzt vor Angst zittern[,] werden, wenn die Gefahr vorüber ist, den starken Mann spielen.
Erschütterndes Schauspiel.
Deutschland wie ein Taumelnder der den Abgrund entlang geht, nichts sehnlicher wünscht, als sich hineinzustürzen.

[4] Vgl. den oben Anm. 1 zit. Antwortentwurf vom 24. 4. 1916.

667 Charleville. 28. 4. 16.

Herrlicher Frühling mit Sommerwärme. Die unbekümmerte Natur.
Amerika[1]. Heute abend kommt Gerard[2]. Hier wird noch an der Note gedocktert[3]. Entweder — oder. Besser die glatte Bereinigung mit Amerika. Wir haben neuerdings 4 Uboote verloren[4]. Kein Zweifel dass der Kreuzerkrieg mit vollkommener Rettung der Mannschaften[5] sehr schwer und gefährlich zu führen ist. Aber schliesslich kann das deutsche Reich nicht über dem Interesse der Ubootkommandanten kaputt gehen.
Das Toben der Presse[6]. Die Grösse in der Haltung des Kanzlers der beinahe verächtlich wird, wenn ihm irgend jemand nur von der Schwierigkeit im Innern und eventuell sogar Berücksichtigung dieser bei der Abfassung der Note spricht.
Wenn die Sache bereinigt wird, muss man aber aktiv werden und

[1] Bethmann und Holtzendorff reisten am 25. 4. zu Beratungen über die Antwortnote an die USA nach Charleville. In Unterredungen vom 26. 4. versuchte Falkenhayn, den unbeschränkten U-Bootkrieg durchzusetzen, während Holtzendorff überraschend der Beschränkung des U-Bootkriegs auf die Form des Kreuzerkriegs zustimmte. Birnbaum, S. 79 ff.; Janßen, Kanzler und General, S. 200 ff.; Ritter, Bd. 3, S. 210 f.; Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 528 ff.; Müller, S. 171 ff.
[2] James Watson Gerard (1867—1951), 1913—1917 Botschafter der USA in Berlin, vorher und nachher Richter am Obersten Gerichtshof in New York. — Gerard traf am Abend des 28. 4. in Charleville ein und wurde am 1. 5. in Gegenwart des Kanzlers vom Kaiser empfangen. Zweck seiner Reise war nach Helfferich, den Kaiser persönlich über den amerik. Standpunkt zu informieren, nach Birnbaum wurde er gerufen, damit der Kaiser selbst ihm die schwierige Situation Deutschlands erklären und die Konzessionen mitteilen könne, die Deutschland zu machen bereit sei. Helfferich, Bd. 2, S. 342; Birnbaum, S. 83 u. Appendix III, Nr. 4.
[3] Deutsche Antwort an die USA. Vgl. 7. 5. 1916.
[4] Spindler, Bd. 3, S. 105 ff., nennt für März/April 1916 drei U-Boote: U 68 am 22. 3.; U 26 am 5. 4.; U 13 Ende April.
[5] Gemeint ist: Der Einsatz der U-Boote nach den Regeln des Kreuzerkriegs. Vgl. 24. 4. 1916, Anm. 1.
[6] Die Veröffentlichung der amerik. Note vom 18. 4. am 22. 4. löste erneut eine heftige U-Bootdebatte in der Presse aus. Besonders die rechtsstehenden Zeitungen forderten, von jeder Rücksicht auf die USA abzusehen. Link, Bd. 4, S. 256 f.

Amerika dauernd drängen, damit es Wilson nicht gelingt, seine Auseinandersetzung mit England zu verschieben.
Man verbraucht sich innerlich in diesem Kriege. Ich komme mir ganz elendiglich müde vor — kann gar nicht mehr an die ewigen Dinge denken.

668 Charleville. 29. 4. [1916]

Schönster Frühling. Elende Stimmung. Man wartet mit der Note[1] auf Telegramm von Bernstorff[2].
Der Generalstabschef ganz intransigent. Will rücksichtslosen Ubootkrieg, behauptet sonst nicht siegen zu können, sonst Erschöpfungskrieg sicher. Glaubt Angaben der Marine[3].
Man weiss nicht, ob er nicht durch solche Haltung einen Übergang zur Defensive begründen resp. seine wahren Gründe verschleiern will.
Wild fühlt sich bewogen noch die gleichen Gründe schriftlich mitzuteilen[4].
Es steht natürlich genau umgekehrt. Falls Uboote versagen, Erschöpfungskrieg sicher wenn Amerika Südamerika etc gegen uns geht.
Wird Amerika endgültig gesettelt, ist auch ohne Ubootkrieg Friede in diesem Jahre wahrscheinlich.
Hoffnung: Wilsons Druck auf England, Japans auf Russland (Japan hat ein Interesse an einer russisch-deutschen Constellation gegen England) Belgiens Müdigkeit etc.
In den Militairs ist au fond immer noch der Geist vor der Marneschlacht, sie denken ein Krieg lasse sich nur militärisch zu Ende bringen.

---

[1] Vgl. 28. 4. 1916, Anm. 3.

[2] Johann-Heinrich Graf v. Bernstorff (1862—1939), 1908—1917 deutscher Botschafter in Washington, dann in Konstantinopel. — In Berlin herrschte Unsicherheit darüber, welche konkreten Bedingungen die USA forderten. Da auch Gerard ohne genaue Instruktionen war, telegraphierte Jagow am 25. 4. an Bernstorff um Auskunft. Dessen Antwort enthielt das Tel. Nr. 21 vom 26. 4., das am 29. 4. in Berlin eintraf und sogleich an den Kanzler weitergeleitet wurde: Der U-Bootkrieg nach den Regeln des Kreuzerkrieges werde in den USA noch als legal angesehen, stelle aber die äußerste Grenze dar. „Leider herrscht aber hier Auffassung, daß bei uns der gute Wille fehlt, uns an diese Zusicherung zu halten, selbst wenn wir sie jetzt gleich und für den gesamten U-Bootkrieg schriftlich und amtlich festlegten. Deshalb ... wiederhole ich meinen Vorschlag, U-Boot-Krieg zeitweilig auszusetzen während der Verhandlungen." Bethmann benutzte dieses Telegramm, um sich beim Kaiser gegen Falkenhayn durchzusetzen. Text in WUA 2, Beilagen, S. 308, und Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 535; Link, Bd. 4, S. 267; Birnbaum, S. 77 ff.

[3] Im Gegensatz zu seinen Äußerungen am 26. 4. sprach sich Holtzendorff am 27./28. 4. mehr für den rücksichtslosen U-Bootkrieg aus. Er erklärte Falkenhayn gegenüber erneut, Deutschland besitze schon jetzt genügend U-Boote, um England in sechs bis acht Monaten zu besiegen, sofern man die Schiffe rücksichtslos einsetze. Dazu und zu den von Riezler wiedergegebenen Äußerungen Falkenhayns vgl. Janßen, Kanzler und General, S. 201, nach einem Telegramm Bethmanns an das Ausw. Amt vom 28. 4. 1916; Birnbaum, S. 82; Müller, S. 172; Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 529.

[4] Nicht nachgewiesen.

Da sie kein Mittel dazu sehen sagen sie entweder Uboote oder Verlieren.
So ist die Situation nicht — halten wir Amerika heraus endgültig, so kann uns niemand den Sieg rauben.

669 Ch[arleville] 30. 4. 16.[a]

Ich glaube, der amerikanische Botschafter hält uns für halbverrückt. Er sieht nicht ein, warum wir so herum laborieren, und hat ganz recht, wenn er meint You will win the war anyway. Er sagt dauernd, dass Wilson doch nach Settlung dieser Sache gezwungen würde gegen England vorzugehen und begründet das auch.
Er hat auch ganz recht. Wir haben dann eine steigende Wut der Neutralen gegen England — schliesslich unter den Vorwürfen der Übrigen auch Amerikas. Das für England sehr unangenehm und für die Constellation beim schliesslichen Friedensschluss sehr wichtig. Ausserdem muss Wilson, unter dem Damoklesschwert der Wiederaufnahme des Ubootkrieges, zum mindesten versuchen Frieden zu machen[1].
Heute sehr kritisches Stadium. Der Kaiser hat gestern ohne Zweifel mit Falkenhayn über alles gesprochen und wie es scheint gegen ihn gestritten. Falkenhayn als er sah, dass er mit seinen Argumenten nicht durchkam, hat den stärksten Trumpf ausgespielt und gesagt, er müsse sich dann auf den Erschöpfungskrieg einrichten und Verdun aufgeben.
Das war gestern abend, wo, was sonst nie geschieht, der Kaiser zwei Stunden mit Falkenhayn sprach. Er sagte indes zum Kanzler nichts darüber, — den sah er heute im Garten —, dass er mit F[alkenhayn] gesprochen hatte — sagte nur verbotenus dasselbe wie Falkenhayn die Wahl wäre zwischen Ubootkrieg und Verdun und Aufgabe von beiden[2].
Was will Falkenhayn?
Entweder die Verantwortung für Verdun bei der Gelegenheit loswerden oder aber den Kanzler stürzen und als Spieler den rücksichtslosen Ubootkrieg machen, geht das, so ist er der grosse Mann, der durch Wagemut Deutschland zur Weltherrschaft geführt hat, geht es nicht so geht die Schuld auf die Marine die sich für den Erfolg des Ubootkrieges verbürgt

[a] Gutachten Riezlers zur U-Bootfrage vom selben Tage, eingelegt in Heft XLIII, s. u. S. 488 ff., Beilage 1.

[1] Vgl. 7. 5. 1916, Anm. 8.

[2] Vgl. dazu Tel. Bethmann an Ausw. Amt, 30. 4. 1916, PA, Wk 18 geh. adh., Bd. 5, Auszüge bei Birnbaum, S. 82 ff., und Janßen, Kanzler und General, S. 201, sowie Müller, S. 172 (ebenfalls nach einem Bericht Bethmanns): Der Kaiser habe sich ganz von den Argumenten Falkenhayns überzeugen lassen. Er habe dem überraschten Kanzler erklärt, die Offensive von Verdun sei nur unter der Voraussetzung begonnen worden, daß gleichzeitig der U-Bootkrieg in schärfster Form gegen England beginne. Frankreich, der engl. Unterstützung beraubt, wäre dann zusammengebrochen. Werde der U-Bootkrieg eingeschränkt, müßten die Operationen gegen Verdun abgebrochen werden. „Sie stehen nun vor der Frage Verdun — U-Bootkrieg."

hat und auf die er sich schon jetzt als die zuständige Stelle unter Ablehnung jeder Nachprüfung beruft.
Durch diese Haltung des Generalstabschefs, insbesondere den Truc von Verdun natürlich Kaiser sehr beeindruckt — schwankend zwischen beiden. Auch Kanzler durch den Versuch ihm auch für die Aufgabe Verduns Verantwortung aufzuschieben, innerlich mitgenommen[3].
Gestern sehr bewegter Tag.
Nachmittags liess mich Kanzler rufen gerade als Falkenhayn bei ihm war[,] ich musste einige Stichworte einer von ihm skizzierten Note aufschreiben[,] dann sprach er darüber, dass seiner Ansicht die Amerikaner ganz einsehen würden — alles Unsinn — oberflächliches und leichtsinniges Zeug.
Es ist offenbar, dass der Kaiser auch von anderer Seite bedrängt wird, Kaiserin Prinzen im Namen ihres Erbes. Die Kaiserin hatte sich gestern plötzlich aus Cöln angesagt (sie war also schon unterwegs) wurde aber nach Homburg beschieden.
Tirpitz hat eine Denkschrift eingereicht, worin er sagt, der Kanzler wäre an allem Unglück schuld, weil er keine stark genuge Flotte hätte bauen lassen[4]. Solcher Wahnsinn.
Abends war die Situation wieder verschoben. Die Marine hatte dahin Stellung genommen, dass der Ubootkrieg gegen England nur dann erfolgreich bleiben kann, wenn Amerika draussen bleibt — dass ausserdem eine Pause ihr aus technischen Gründen erwünscht ist[5].
Das A und das O. Wir haben eben zu wenig Boote und die Waffe ist zu neu, zu unberechenbar.

---

[3] Vgl. Müller, S. 172 f.: „... Valentini hatte morgens mit dem Kanzler gesprochen und kam mit dem Eindruck zurück, daß der Kanzler seine ganze Lage ... für unhaltbar ansähe und er im Interesse des Vaterlandes besser Falkenhayn Platz mache. Valentini hatte den Eindruck, einen gebrochenen Mann vor sich zu haben, der tatsächlich der unendlich schweren Situation nicht gewachsen sei." Ähnlich Helfferich, Bd. 2, S. 343; vgl. auch Ritter, Bd. 3, S. 211 f.; Birnbaum, S. 84 ff.; Janßen, Kanzler und General, S. 202.

[4] Denkschrift vom 27. 4. 1916 an den Kaiser: „Bericht des Großadmirals v. Tirpitz über den deutsch-amerikanischen Konflikt". Sie verurteilte weitere Konzessionen an die USA, denen gegenüber sich der Kanzler schon allzu nachgiebig gezeigt habe, und wiederholte, mit den vorhandenen U-Bootkräften könne England „in einer Reihe von Monaten" entscheidend geschlagen werden. Tirpitz warf Bethmann vor, in den letzten Jahren vor 1914 die für die erforderliche Verstärkung der deutschen Flotte notwendigen Mittel abgelehnt und damit wesentlich dazu beigetragen zu haben, daß England den Krieg gegen Deutschland riskierte. Tirpitz, Pol. Dok., Bd. 2, S. 529 ff.

[5] Die Stellungnahme der Marine ist in einer Aufzeichnung Holtzendorffs für Müller vom 30. 4. enthalten, an Hand derer dieser dem Kaiser vortragen sollte; in ihren wesentlichen Teilen abgedruckt bei Spindler, Bd. 3, S. 143 f.: England könne nur dann durch den U-Bootkrieg entscheidend getroffen werden, wenn es nicht neue Bundesgenossen erhalte. Der Eintritt der USA in den Krieg würde England moralisch und materiell so sehr nützen, daß dieses noch länger Widerstand leisten und Deutschland der Erschöpfungskrieg drohen würde. Nur im äußersten Notfall könne man das Risiko des Bruches mit Amerika übernehmen. Daher könne Holtzendorff den rücksichtslosen U-Bootkrieg jetzt nicht befürworten. Dieses Votum wurde für die Stellungnahme des Kaisers ausschlaggebend. Müller, S. 173.

Das kann noch nett werden, mit dem politisch ahnungslosen und listenreichen Generalstabschef. Furchtbare Aufgabe für den Kanzler, der aber müsste mehr Sicherheit und Hochmut mimen. Er ist aber nicht davon abzubringen seine Geburtswehen zur Schau zu tragen. Er trifft dann immer die richtigen Entschlüsse, unbeirrt von Opportunitäten persönlicher oder innerpolitischer Art — und setzt sie mit Gerissenheit durch.
Unmöglichkeit die innere Stimmung hochzuhalten, bei einem pessimistischen Temperament des Generalstabschefs, der als Spieler immer gleich sagt, es bleibt uns nichts übrig als dies oder jenes zu riskieren, und der Ehrlichkeit des politischen Leiters der sich scheut die Gunst der Lage zu übertreiben. Die allzu grossen Ansprüche und das Zusammenwirken dieser Mentalitäten bringt uns in eine ganz schiefe Stimmung, die unter der thatsächlichen Lage bleibt. Bei den Gegnern umgekehrt — geringere Ansprüche und Kunst des Volksbetrugs.
Seltsam.
Das was an unserem Militarismus gefährlich ist — die Unbildung der herrschenden Kaste. G e b i l d e t e Soldaten als Oberschicht sind die beste Garantie für ein Staatswesen.

670 Berlin 7. Mai [1916]

Noch zwei bewegte Tage in Charleville, dann hierher.
Am Abend hatte der Kaiser unter Ablehnung eines gemeinschaftlichen Vortrags die Note, die nach vielem Durchsehen sehr gut und geschlossen geworden war, acceptiert[1]. Dies wurde abends Falkenhayn vom Kanzler handschriftlich mitgeteilt. Darauf sandte er am nächsten Morgen ein Abschiedsgesuch an den Kaiser, weil er angeblich die Note nicht gesehen hätte etc. Alles Theater — sie ist ihm vorgelesen worden. Es ist eine Dummheit, wohl ab irato. Der Kaiser, der ihn fürchtet will ihn natürlich nicht gehen lassen und beschwichtigt ihn durch Plessen etc. Er giebt sich hat am Abend mit dem Kanzler eine leidliche Aussprache[2].

---

[1] Der Kaiser akzeptierte die Antwortnote am Abend des 1. 5. nach einem Vortrag des Kanzlers. Vgl. Müller, S. 173. Die Note, auf den 4. 5. datiert, wurde am 4. 5. Gerard überreicht und am 5. 5. publiziert. Sie sagte zu, daß der U-Bootkrieg gegen Handelsschiffe nach den „allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen über Anhaltung, Durchsuchung und Zerstörung von Handelsschiffen auch innerhalb des Seekriegsgebiets" geführt werden sollte. Daran wurde die ausdrückliche Erwartung geknüpft, daß die USA auch von England eine Änderung der Kriegführung erlange. Anderenfalls behalte sich Deutschland volle Freiheit der Entschließung vor. Text in Foreign Relations 1916, Suppl., S. 257 ff., und Spindler, Bd. 3, S. 146 ff.; Birnbaum, S. 88 ff. Riezler über die Note in „Deutsche Mission", EStWZ 1 (4. 5. 1916); s. u. S. 566.

[2] Schreiben Bethmanns an Falkenhayn vom 1. 5. 1916. Am 2. 5. reichte Falkenhayn sein Abschiedsgesuch ein, mit der Begründung, er könne mit dem Kanzler nicht weiter zusammenarbeiten. Um Falkenhayn umzustimmen, wurden Plessen, Treutler und Marschall zu ihm geschickt. Falkenhayn zog das Abschiedsgesuch zurück. Janßen, Kanzler und General, S. 203; Müller, S. 174.

Gott, welcher Tanz, um eine sachlich so einfache Angelegenheit, die so klar ist, dass der Einsichtige kaum schwanken kann — wenn man alles zusammennimmt, die derzeitige wirtschaftliche Not, die sehr schwer lastet, die weiteren Folgen die Bundesgenossen etc, die Unsicherheit der Waffe.
Der Kanzler der im Hauptquartier unter dem Eindruck des Opfers das er dem Volk zumuten muss, des zwischen ihm und Falkenhayn schwankenden Kaisers, dessen Gegnerschaft und Intriguen, seinen Versuch, ihm die Aufgabe Verduns auf die Schultern zu laden, schliesslich noch Abschiedsgesuch — momentan[a] nervös — wird bereits in der Bahn wieder ganz vergnügt in Erwartung der schweren Tage in Berlin[3].
Seltsamer Mann — seit der Krieg so erdrückend schwer und schleppend geworden ist, seit der Mutigste kleinlaute Anwandlungen hat, ist er, der in guten Zeiten so quimige[b] über alles hinausgewachsen.
Hier ging mit der öffentlichen Meinung alles sehr gut[4]. Die meisten die noch vorgestern am lautesten nach den rücksichtslosen Ubooten brüllten, haben eben doch Angst gekriegt. Wenn man diese ganze Kampagne überdenkt, hellichter Wahnsinn. Ursprünglich eine Idee von Tirpitz, der das A.A. damit ärgern wollte, aber an die Verwirklichung nicht dachte. Verbrechen.
Bassermann sogar ist in der Kommission umgeschwenkt. Nur die starrsinnigen Konservativen haben den Anschluss verpasst[5].
Die in Stockholm geführten Verhandlungen mit den Japanern gehen gut vorwärts[6]. Die gelben Kerle verhandeln mit entzückender Brutalität. Sie wären für Verlängerung des Krieges um Russland weiter zu

---

[a] Ursprünglich „ziemlich"; gestrichen.
[b] Niederdeutsch quimen = sich grämen, hinkümmern.

[3] Die Rückkehr nach Berlin erfolgte am 3. 5. Müller, S. 174.
[4] Zu der insgesamt sehr gemäßigten Reaktion der Presse auf die deutsche Note vgl. Link, Bd. 4, S. 271 f.
[5] Am 3. 5. berichtete Jagow, am 5. 5. Bethmann in der Budgetkommission des Reichstags über die deutsche Note. Die Kommission erklärte am 5. 5. ihre Zustimmung. Link, Bd. 4, S. 271 f.; Hanssen, Bd. 1, S. 187 ff. Zur Stellungnahme der Konservativen, die die Note ablehnten, vgl. die Rede Westarps in der Kommission, Westarp, Bd. 2, S. 136 ff.
[6] Seit März 1916 fanden in Stockholm Verhandlungen mit dem japan. Botschafter Ushida wegen eines Separatfriedens mit Rußland und Japan statt. Ushida führte dabei wiederholt aus, Japan sei bisher für die Verlängerung des Kriegs gewesen, weil es Interesse an der Schwächung Rußlands habe. Diese sei erreicht, Rußland sei durch den jetzigen Krieg auf 20 bis 30 Jahre unschädlich gemacht. Japan könne jedoch nur dann Rußland und die anderen Alliierten zum Frieden drängen, wenn es schon jetzt eine feste deutsche Zusage über die Abtretung der deutschen Besitzungen im Pazifik und der deutschen Rechte in Tsingtau erhalte. Das deutsche Ausw. Amt ließ am 26. 4. und 7. 5. 1916 antworten, die gewünschten Konzessionen könnten durchaus ins Auge gefaßt werden; Vorbedingung für die Abtretung wäre jedoch, „daß Japans Aktion in Petersburg s o f o r t einsetzt und Japan uns unverweilt Frieden mit Rußland v e r s c h a f f t ... Cessionen können also faktisch erst nach positivem Ergebnis ausgesprochen werden". Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 209—211, 214, 216 f., 228, 231 f., 237—239.

schwächen. Tsingtau wäre die Rache für Shimonoseki. Die anderen Kumpane würden folgen. Sie bieten Druck auf Russland im Sinne des Friedens gegen Abtretung Tsingtaus und der Südseeinseln. Wird ihnen bewilligt für den Fall des Erfolges. Ob sie damit zufrieden sind, weiss man noch nicht.
Wilson will House[7] schicken. Es ist ihm gesagt worden, er wäre willkommen, eine offizielle Vermittlung Wilsons aber würde das deutsche Volk erst acceptieren, wenn er wenigstens einiges bei England durchgesetzt hätte[8].
Versuch durch die anderen Neutralen auf Wilson zu wirken.

[7] Edward Mandell House (1856—1938), Oberst, im 1. Weltkrieg persönlicher Berater und Mitarbeiter Wilsons.

[8] Auf das amerik. Angebot der Friedensvermittlung (vgl. 24. 4. 1916) eingehend, äußerte Bethmann am 1. 5. gegenüber Gerard, daß er einen solchen Schritt Wilsons begrüßen würde; vielleicht könnte House zu Beratungen darüber nach Berlin kommen. Am 4. 5. telegraphierte Bernstorff, Gerard habe House mitgeteilt, „daß wir Friedensvermittlung Präsidenten annehmen würden und daß Houses Besuch in Berlin zu diesem Zweck willkommen sei". Bethmann antwortete am 6. 5., House sei jederzeit willkommen. Jedoch sei das Mißtrauen der deutschen Öffentlichkeit gegen Wilson so groß, „daß eine öffentlich erkennbare Aktion gegenüber England vorhergehen muß, bevor er als unparteiischer Friedensanreger vom deutschen Volk akzeptiert würde". Ein amerik. Schritt in England sei auch notwendig, um England zur Nachgiebigkeit bei eventuellen Friedensverhandlungen zu bewegen. „Gelingt es nicht, England zu der Bereitwilligkeit zu bestimmen, mit uns, wenn auch vielleicht zunächst inoffiziell, über Frieden zu sprechen, so entsteht, da England wohl keinesfalls zur Rückkehr zur Londoner Deklaration zu bewegen sein wird, für uns nach der großen, im letzten Ende die Aufgabe des U-Boot-Krieges in sich schließenden Konzession ein völlig unhaltbarer Zustand." WUA 2, Beilagen, S. 5 f.; Birnbaum, S. 95 ff.

671 B[erlin] 16. 5. 1916

Delbrücks Abschied[1]. Helfferich — gut als Vicekanzler, — wird als einzig möglicher Nachfolger en vue kommen. Geniert den Kanzler nicht, der vom persönlichen und innerpolitischen immer noch unabhängiger wird. Schwierigkeiten mit Helfferichs Nachfolger[2]. Rheinbold[3] will nicht. Ausserdem Wirtschaftsamt[4]. Gröner[5] Chef des Feldeisenbahnwesens.
[...]

[1] Delbrück reichte am 7. 5. 1916 aus Gesundheitsgründen sein Abschiedsgesuch ein, am 22. 5. wurde es vom Kaiser bewilligt. Sein Nachfolger wurde Helfferich. Zu Delbrücks Abschied und den vorhergehenden starken Spannungen zwischen ihm und den preuß. Ministern Loebell und Schorlemer, den Konservativen und einem Teil des Zentrums sowie dem Kriegsministerium und der OHL vgl. Delbrück, S. 315 ff.

[2] Nachfolger Helfferichs als Leiter des Reichsschatzamts wurde Roedern, bisher Staatssekretär in Elsaß-Lothringen.

[3] Vielleicht Josef Nikolaus Reinboldt, 1905—1909 im Reichsschatzamt tätig, 1910 badischer Finanzminister, 1911—1918 gleichzeitig Eisenbahn- und Finanzminister.

[4] Gemeint ist wohl das Kriegsernährungsamt, das am 22. 5. 1916 eingerichtet wurde. Es stellte die oberste Instanz auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung dar und unterstand direkt dem Reichskanzler. Zum Präsidenten wurde v. Batocki, bisher Oberpräsident von Ostpreußen, ernannt. Helfferich, Bd. 2, S. 177 ff.; Groener, S. 333 ff.

[5] Wilhelm Groener (1867—1939), seit 1912 Chef der Eisenbahnabt. im Generalstab; seit

Seit gestern wieder zurück[6]. Steuern[7]. Bundesstaaten[8]. Die Japaner geben noch keine Nachricht[9].

Mai 1916 arbeitete er außerdem in dem neuen Kriegsernährungsamt mit; Nov. 1916 bis Aug. 1917 Chef des Kriegsamts und stellv. Kriegsminister, dann Frontkommandeur; Okt. 1918 Nachfolger Ludendorffs als Generalquartiermeister. — Zur Anfrage Bethmanns an Groener, ob er bereit sei, die Leitung des Kriegsernährungsamts zu übernehmen, vgl. Groener, S. 333 ff. Groener lehnte ab, weil er Chef des Feldeisenbahnwesens bleiben wollte, akzeptierte aber die Mitarbeit im Führungsausschuß des neuen Amts.

[6] Riezler hatte mit seiner Frau vier Tage am Neckar verbracht.

[7] Im Frühjahr 1916 unternahm Helfferich den Versuch, den Kriegsetat durch neue Steuern auszugleichen, und befaßte den Bundesrat und den Reichstag mit einer Anzahl von Steuervorlagen. Sie umfaßten eine Kriegsgewinnsteuer und eine Anzahl von Verbrauchs- und Verkehrssteuern. Letztere stießen im Reichstag auf heftige Kritik. Anfang bis Mitte Mai erreichten die Auseinandersetzungen ihren Höhepunkt, ausgelöst durch einen Vorschlag der Budgetkommission des Reichstags, neben der Kriegsgewinnsteuer einen neuen Wehrbeitrag zu erheben. Für diesen stimmten die SPD, der Freisinn und die Nat.lib., dagegen das Zentrum und die Konservativen. An dieser Frage drohten die ganzen Steuergesetze zu scheitern. Helfferich, Bd. 2, S. 160 ff. — Riezler zu den Steuervorlagen ausführlich in: Innere und äußere Politik, EStWZ 1 (20. 3. 1916) S. 65 ff., s. u. S. 531 ff.

[8] Die Bundesstaaten protestierten in schärfster Form gegen den Wehrbeitrag. Am 15. 5. fand eine Sitzung des Bundesrats zu dieser Frage statt. Zur Debatte stand ein Kompromißvorschlag des nat.lib. Reichstagsabg. Schiffer, der eine einmalige Vermögensabgabe von 1 % vorsah. Helfferich konnte diesen mit einer kleinen Abänderung durchbringen. Dieser Kompromißlösung stimmten auch die Reichstagsparteien (außer der SPD) zu. Helfferich, Bd. 2, S. 166 ff.

[9] Vgl. 7. 5. 1916.

672 B[erlin] 12. 6. 1916.[a]

Lange nichts hereingeschrieben.
Die Japanersache ist wieder aus. Sie haben geantwortet Separatfrieden zu erreichen wäre nicht möglich. Nur ein Druck im Sinne des allgemeinen Friedens[1].
Sie haben aber gleichzeitig den anderen, wie aus aufgefangenen Chiffren hervorgeht, die ganzen Verhandlungen zur Kenntnis Russlands und der anderen gebracht, also vorläufig nichts zu machen.
Auch sonst dem Frieden kaum näher. Wir waren ihm näher — man konnte ihn aus der Gleichzeitigkeit eines italienischen Zusammenbruchs[2]

[a] In der Vorlage verbessert aus: 9. 6. 1916.

[1] Vgl. 7. 5. 1916. Am 17. 5. teilte der japan. Gesandte mit, Japan könne nicht in Friedensverhandlungen eintreten, ohne seine Alliierten darüber zu informieren. Japan sei allerdings bereit, bei den drei anderen Großmächten zu vermitteln. Jagow instruierte am 18. 5. den deutschen Gesandten in Stockholm und am 22. 6. den Vertreter Deutschlands in Peking, Verhandlungen auf dieser Basis seien unnütz, man solle den Japanern „zunächst die kalte Schulter" zeigen, „ohne jedoch den Faden ganz fallen zu lassen". Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 253, 255, 275.

[2] Mitte Mai begann eine österr.-ungar. Offensive gegen Italien in Tirol, von der Österreich den Sieg über Italien erhoffte. Bis Ende Mai wurden beträchtliche Erfolge erzielt. Dann geriet der Angriff ins Stocken und wurde am 17. 6. eingestellt. RA, Bd. 10, S. 568 ff.

und Verduns Folgen in Frankreich erhoffen — nun kommt der sehr grosse russische Sieg über die Oesterreicher[3] — mit seinem moralischen Eindruck auf beide Mächte — da nun alles nur mehr auf dem moralischen liegt, ist alles wieder wie vorher.
Zum Verzweifeln. Gewalt des vielfach verstrickten Schicksals. Unmöglichkeit zu entscheiden — Unmöglichkeit ohne Entscheidung durch die Macht der Lüge in allen Ländern durchzubrechen. Auch bei uns Lüge — d. h. Unterdrückung aller möglichen politischen Nachrichten und Ansichten, die das Durchhalten erschweren konnten[,] das aber kaum zu vermeiden — bei einem so schrecklichen Krieg eines so weichen Volkes. Bei den anderen aber noch die Lüge zu dem Zweck die Regierungen zu halten und da die Lage der anderen schlechter ist, muss da noch viel mehr gelogen werden.
Geistiger Zustand des deutschen Volkes. Tiefer Riss zwischen Preussen und den übrigen — zwischen dem immer noch nicht gesättigten, auch immer noch nicht genügend ad absurdum geführten Glauben an die blinde Gewalt.
Spekulation der Konservativen à la baisse. Sie sehen schlechten oder mässigen Ausgang voraus — wollen schon jetzt durch den Schrei nach einer starken Politik, durch Misstrauen in die auswaertige Politik des Kanzlers auf diesen die Verantwortung lenken — sie hassen ihn persönlich — und fürchten seine innere Politik, au fond, seine Unbeirrbarkeit und Stärke.
Scheinbar hysterischer Zustand der Exaltados. Bei jeder Gelegenheit Demütigung, Herausforderung, Preisgabe der Ehre des deutschen Volkes. Als Realpolitik gilt ihnen die sentimentalste von allen. Auf diesem öffentlichen Geist kein Weltreich aufzubauen.
Er würde indes, wenn der Krieg gut ausgeht überwunden ausgerottet werden, er muss — wenn anders Deutschland den einzig möglichen Weg zur Hegemonie Europas wird gehen können, den föderativen. Und diesen Weg kann nur Bethmann finden — er kann auch den öffentlichen Geist nach ihm modeln.
Polen sehr gut. Meine Bemühungen durchzusetzen, dass die oesterreichischen Niederlagen ausgenützt werden, um Burian zum Nachgeben zu bringen. Man hat ihm vor 8 Tagen den selbständigen Staat mit dem Erzherzog vorgeschlagen[4].

---

[3] Am 4. 6. 1916 begann die Brussilow-Offensive in der Bukowina, die zur bisher schwersten Niederlage der Mittelmächte führte.

[4] Vgl. 15. 4. 1916. Am 15./16. 5. hatte Burián eine ausführliche Darlegung der österr. Einstellung zur poln. Frage überreichen lassen und dabei noch einmal alle Gründe für den Anschluß Polens an Österreich aufgeführt. Jagow antwortete am 29. 5. 1916 ebenso ausführlich in einer Anweisung an Tschirschky: Für Deutschland sei nur ein an Deutschland angelehnter poln. Staat annehmbar. Doch sei Deutschland einverstanden, daß die Krone dieses Staates einem österr. Erzherzog mit erblicher Nachfolge übertragen werde. Vorgeschlagen wurde Erzherzog Karl Stephan. Außerdem wurden Österreich Grenzberichtigungen auf Kosten Polens angeboten. Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 251, 261.

Plötzlicher Entschluss des Kanzlers im Reichstag auf den Tisch zu schlagen. Ergreifende Rede. Alles jubelt, die Konservativen sitzen wie Eisklötze[5].
Furchtbare Ungeschicklichkeit der buchstäblich durch die warmen Worte über das Volk bis zu Thränen gerührten Sozialdemokraten[6]. Statt darauf zu antworten, und zu sagen, neue Situation — wir nehmen den Etat an — lehnen sie ihn ab — und halten Hetzreden[7]. Gespräch darüber mit Scheidemann und Quarck[8]. Der erstere sagte non possumus — der zweite meinte, die Führer hätten Angst vor dem Gedanken an eine solche Courage.
So ist natürlich mit den Leuten auf die Länge nichts zu machen.
Studien über Goethe, Philosophie — der Krieg überwältigt mich — droht mich aus der trotz allen Kreuzens festgehaltenen Bahn zu werfen — ob ich den wahren Kurs wieder aufnehmen kann? Sehnsucht nach dem lebendigen erfassen [des] Herzens der Welt.

---

[5] Im April/Mai 1916 erreichten die Angriffe der nationalistischen Rechten gegen Bethmann einen Höhepunkt. Konserv. und Nat.lib. warfen ihm im Reichstag am 30. 5. „Flaumacherei" vor. Es kursierten Pamphlete gegen ihn wie die pseudonyme Schrift „Das Deutsche Reich auf dem Wege zur geschichtlichen Episode" von Junius Alter und eine Denkschrift des Generallandschaftsdirektors W. Kapp. Am 5. und 6. 6. nahm Bethmann im Reichstag gegen die Verleumdungen der Rechten Stellung. Die Rede endete mit einem warmen Appell an die innere Einheit und Größe des Volkes. Sie erhielt großen Beifall und verfehlte ihre Wirkung auch auf die Konserv. nicht, die sich von den anonymen Schriften gegen den Kanzler distanzierten. Sten. Berichte, Bd. 307, S. 1509 ff., 1537 ff.; Ritter, Bd. 3, S. 217 f.; Gatzke, S. 126 ff.; Koschnitzke, S. 91 ff.

[6] „Die Unterscheidung zwischen nationalen und anderen Parteien hat in der Politik vor dem Kriege eine bedeutende Rolle gespielt. Aber, meine Herren, die schönste Frucht, die dieser Krieg uns im Innern bringen kann, wird doch die sein, daß wir diese Unterscheidung ein für allemal zum alten Eisen legen können, weil sie keine Berechtigung mehr hat, weil das Nationale sich eben von selbst versteht ... Ich sehe die ganze Nation in Heldengröße kämpfen um ihre Zukunft. Unsere Brüder, unsere Söhne, in treuer Kameradschaft kämpfen und sterben sie miteinander. Da ist bei allen die gleiche Liebe zur Heimat, ob nun die Heimat für sie Besitz und Reichtum einschließt, oder ob sie nur die Stätte war, da ihnen die Stärke ihres Armes das Leben fristete ..." Sten. Berichte, Bd. 307, S. 1511 f. Auf diese Stelle nahm am 6. 6. der Sozialdemokrat Gradnauer in seiner Stellungnahme zur Kanzlerrede Bezug. Ibid., S. 1522 f.

[7] Aus prinzipieller Opposition gegen indirekte Steuern (vgl. 16. 5. 1916) lehnte die SPD am 7. 6. den Etat ab. In seiner Rede zum Etat verband Ebert die Begründung für die Ablehnung der Steuervorlagen mit einer generellen Kritik an der Innenpolitik seit 1914. Sten. Berichte, Bd. 308, S. 1587 f.; Fraktionsprotokolle SPD, Bd. 2, S. 158 ff., 193 f., 201.

[8] Max Quarck (1860—1930), 1912—1920 MdR (SPD).

673 B[erlin] 14. 6. 16.

Gestern abend drei Stunden allein beim Kanzler abends. Das neue Deutschland durchgesprochen, das jetzige Chaos, die Kluft im öffentlichen Geist zwischen Ostelbien und dem Süden. Er war grossartig — voller Leidenschaft und in seiner seltsamen Art, alles concret zu fassen,

hellseherisch[a] in der Erfassung der Gefahren und Abgründe, des tragischen, — ich musste an die Wochen vor dem Kriege und die ersten Wochen in Coblenz denken, damals sah er auch hinter allen Meinungen der Menschen die wahre Realität — aber glühend in dem Glauben an das Volk.
Den Glauben habe ich auch — aus dem Volk kann das beste und grösste werden — es kann aber auch an seinen Differenzen und politischer Unfähigkeit zu grunde gehen, wie es die Verkettung der Ereignisse, das Handeln der Führer will. Es ist wie im Leben des Einzelnen auch.
Der Kanzler sprach von dem Albdruck der Revolution nach dem Kriege, der auf ihm laste. Ungeheure Ansprüche der heimkehrenden Feldgrauen, Enttäuschung über den Frieden. Unbrauchbarkeit der bürgerlichen Parteien, die sich gegen Links nur durch Aufstachelung [von] Leidenschaften halten können, aber sonst so innerlich ausgehöhlt sind, nichts mehr zu sagen haben.
Die Parteien müssen ganz neu werden, der öffentliche Geist von Grund auf umgestaltet werden. Wird er das nicht, geht Deutschland zu grunde. Unmöglichkeit Ostelbien zu ändern — muss gebrochen werden — untergehen.
Helfferich klug aber noch die Schalen aus der Bankiersvergangenheit — noch etwas antisocial. Ich trug die Monopolisierung der gesamten Krafterzeugung vor der Schwerindustrie die Unterlage ihres Machtbewusstseins Rohstoffe wegnehmen. Sonst neue Gewalten und Herrschaft eines Dutzend hinter den Kulissen[1].
Polen. Erfolg der Verwaltung[2]. Verheissung für die Erziehbarkeit zu dem neuen Geist.
Burian hat alle Vorschläge schroff abgelehnt[3], gerade jetzt, nachdem in Galizien alles zusammenbricht[4], wenn wir nicht helfen, wo fünf Divisionen rollen etc. Mein Versuch zu erreichen dass in versteckter Form diese Hilfe abhängig gemacht wird von der Einigung in der polnischen Frage. Der Kanzler will Burian jetzt die kalte Schulter zeigen und darauf hinweisen, dass wir dann ein Königreich Nordpolen machen so liberal dass ihm hören und sehen vergeht — ich sagte, wenn das erst

[a] Das vorhergehende Wort „beinahe" ist gestrichen.
[1] Vgl. dazu Riezlers Artikel über „Innere und äußere Politik", „Weltpolitik und Sozialismus, „Deutsches Programm" in der EStWZ 1 (1916); s. u. S. 524 ff., 541 ff., 568 ff.
[2] Wahrscheinlich bezieht sich Riezler auf die optimistischen Berichte Hutten-Czapskis, der um den 10. 6. in Berlin mit Jagow und Bethmann die poln. Frage besprach. Die deutsche Verwaltung fand nach Hutten-Czapski zunehmend bei den Polen Anerkennung und Dankbarkeit. Es bilde sich die Überzeugung, daß ein Anschluß des Landes an Deutschland den Interessen Polens am ehesten entspräche. Hutten-Czapski, Bd. 2, S. 287 ff.; Conze, S. 171.
[3] Vgl. 12. 6. 1916. Am 7. 6. 1916 teilte Tschirschky Bethmann mit, daß Burián den deutschen Vorschlag vom 29. 5. abgelehnt habe. Burián halte daran fest, daß die einzige tragbare Lösung der Anschluß Polens an Österreich sei. Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 267; vgl auch ibid., Nr. 271, die Aufzeichnung Buriáns vom 6. 6. 1916, die Tschirschky am 16. 6. an Bethmann schickte.
[4] Vgl. 12. 6. 1916.

beim Friedensschluss geschieht, wird England und Frankreich mitsprechen etc., also unbedingt vorher.
Studien über den göttlichen Goethe Metamorphoseidee.
Meine wachsende Freude am concreten. Die Philosophie muss wenn sie gut sein soll, auf die h a r t e Wirklichkeit führen.
Übrigens die produktivste Phantasie reicht nicht aus um die Phantastik der Wirklichkeit zu fassen.
Was wird werden? Das ungeheuerste vielleicht das schlimmste steht noch bevor?
Die schreckliche Tragödie: die grössten Anstrengungen, der bewundernswerteste Heroismus nahezu umsonst.
Wird das Volk diese Tragödie fassen vertragen, aus ihr die richtige Lehre ziehen? Die wahre Schuld erkennen, nicht die Schuldfrage mechanisch stellen und beantworten?

674 **29. 6. 1916.**

Schlimme Wochen. Innerlich lahm weil vergewaltigt durch die nicht mehr abwägbaren nicht mehr zu bewältigenden blinden Zusammenhänge. Walter[1] bei Verdun steter Druck deshalb. Er ist ganz vergnügt dabei, weil von Idealismus beseelt. Dazu die stete Vorstellung von dieser blinden Hölle, genährt durch seine Briefe.
Wie gut der Nebel der über den Kämpfenden liegt. Keiner brächte die Härte auf, zu wissen, wie die Dinge bei der Führung liegen. Und Unfähigkeit der Gemeinheit die Hand reicht, und dann noch so diese Hölle zu bestehen — und doch wäre es nicht nur blinde Pflicht, sondern als klare Erkenntnis richtig. Zu viel Tragik, zu gigantisch massenhaft. Es stumpft ab. Die Welt wird gar nicht die richtige Erkenntnis aus alle dem ziehen können sondern unbeschreiblich müde sein.
Die Oesterreicher geschlagen[2]. Die Hoffnungen in Paris neu belebt. Italien erleichtert[3]. Die Situation in Frankreich wegen Verdun sehr günstig für uns — entsetzliche Nervosität — aber diese elastischste Nation wird es trotzdem noch einmal verwinden.
Stimmung bei uns sehr ernst. Auch wir treiben allerdings langsam der Revolution zu.
Schlimmstes die Ubootfrage. Kommt es im Herbst nicht zum Frieden, so war die Politik in dieser Frage ein Fehler, dann war das va banque spiel richtig. Kommt es zum Frieden, so wird er viel schlechter als man glaubt und daran sollen dann die Uboote, respective der Verzicht auf sie schuld sein. Wir hätten Sieg und Weltherrschaft aus der Hand gegeben, die Schreier behalten dann anscheinend recht und das arme

[1] Walter Riezler (1878—1965), Bruder Kurt Riezlers, Professor für neuere Musikgeschichte in München.
[2] Vgl. 12. 6. 1916.
[3] Vgl. 12. 6. 1916. Seit Mitte Juni wurden Truppen von der ital. Front an die russische verlegt.

Deutschland gerät in die Hand dieser Kerle, die teils Schieber, teils Dummköpfe sind.
Abermals Ubootentscheidung. Die Zeit flieht. Trotzdem angesichts der Entwicklung in Frankreich, der unsicheren militärischen Lage, Wilson noch nicht in Mexico festgelegt zur Zeit unmöglich[4].
Alle Versuche Falkenhayn zu werfen, fehlgeschlagen. Er wackelt zwar aber die Übertragung der gesamten Ostfront an Hindenburg will S.M. nicht machen[5].
Würde der Kanzler es vom Kaiser verlangen, dann wäre alles verdorben und Falkenhayn neu befestigt[6].
Diese Sache wird die Monarchie schwer treffen, im Süden die preussische Führung gründlich compromittieren, (was schon geschehen ist).
Armes deutsches Volk, und doch ist ihm all dies besser als ein leichter schneller Sieg.

---

[4] Vgl. 7. 5. 1916. Seit Mitte Mai drängte Holtzendorff auf die Wiederaufnahme des U-Bootkriegs. Am 10. 6. erreichte er eine Anordnung des Kaisers, sie solle „mit größter Beschleunigung" vorbereitet werden. Gestützt auf warnende Urteile des deutschen Botschafters in den USA, verfaßte Bethmann am 28. 6. ein Exposé für den Kaiser und für Holtzendorff mit ausführlicher Begründung, weshalb zur Zeit die Wiederaufnahme des U-Bootkriegs inopportun sei. Er betonte besonders das Risiko des Krieges mit den USA: Wilson könne den Konflikt mit Deutschland zum Anlaß nehmen, um einen Rückzieher in Mexiko zu decken. Erst wenn die USA fest in Mexiko engagiert seien und sich die militärische Lage Deutschlands gebessert habe, werde sich die Gefahr des Bruches mit Amerika verringern. Der Kaiser entschied daraufhin am 30. 6., die Frage zu vertagen. Birnbaum, S. 108 ff.; Müller, S. 190 ff. — Wilson hatte, nachdem er sich zunächst gegenüber dem mexikan. Bürgerkrieg neutral verhalten hatte, im März 1916 in Reaktion auf Grenzübergriffe der „Milistas" unter General Villa eine Strafexpedition gegen Mexiko angeordnet. Im Mai erreichte die Krise im Verhältnis zwischen den USA und Mexiko einen Höhepunkt. Link, Bd. 4, S. 280 ff.

[5] Seit Mitte Juni verhandelten Österreich und Deutschland über einen gemeinsamen Oberbefehl an der Ostfront. Bethmann setzte sich dafür ein, daß dieser Hindenburg übertragen würde — mit dem Hintergedanken, Hindenburg auf diesem Umweg an die Stelle Falkenhayns zu bringen. Am 23. 6. wandte er sich in einem beschwörenden Telegramm an Grünau und Lyncker, sie möchten alles unternehmen, um zu verhindern, daß Hindenburg übergangen werde: „Der Name Hindenburg ist der Schrecken unserer Feinde, elektrisiert unser Heer und Volk, die grenzenloses Vertrauen zu ihm haben. Selbst wenn wir eine Schlacht verlören, was Gott verhüten wolle, unser Volk würde auch dies hinnehmen, wenn Hindenburg geführt hat, und ebenso jeden Frieden, den sein Name deckt. Andererseits werden, wenn dies nicht geschieht, die Länge und Wechselfälle des Krieges schließlich von der Volksstimme dem Kaiser angerechnet werden." Lyncker sprach am 25. 6. mit Falkenhayn und erreichte, daß dieser versprach, trotz militärischer Bedenken die Angelegenheit zu überlegen. Am gleichen Tag trug Falkenhayn dem Kaiser die Gründe für und gegen die Ernennung Hindenburgs vor; der Kaiser entschied gegen Hindenburg. Ritter, Bd. 3, S. 225 ff.; Janßen, Kanzler und General, S. 210 ff.; ders., Wechsel in der OHL.

[6] Bethmann mußte es vermeiden, sich in militärischen Fragen direkt an den Kaiser zu wenden oder diesen erfahren zu lassen, daß er auf militärische Fragen Einfluß zu nehmen suchte, da der Kaiser darin einen Vorstoß in den Bereich der militärischen Kommandogewalt gesehen hätte. Bethmann litt gerade zu dieser Zeit sehr an seinem Unvermögen, selbst unmittelbar in dem von ihm für richtig und notwendig gehaltenen Sinn eingreifen zu können. Vgl. die Zitate aus Briefen Bethmanns von Anfang Juli 1916 bei Ritter, Bd. 3, S. 236.

Ergänzungstagebuch 2/7 ⟨1916⟩[a]

Napoleon I. zu Goethe über das Drama[:] Was wollen die Menschen mit dem Schicksal, das Schicksal ist die Politik[1].
Benebelung des Urteils durch die ganz schiefe christliche These, die die Welt als ein Ergebnis menschlicher Schuld ansehen will, also so thut, als wäre sie ohne Menschenschuld, glatt eben und schön. In der harten Wirklichkeit ist aber Gott mit sich selbst uneins.
Dies zu wissen und zu sagen hatten die Griechen den Mythos und ihre Götterwelt als Symbol des vielfachen inneren Zwiespalts der Gottheit. Daher die Tragödie ihnen erstehen konnte.
Für uns fehlt das Symbol des Schicksals in der Gotteswelt, ist der Glaube an Flüche und die anderen Symbole des Schicksals entschwunden.
Wir haben in unserer Gedankenwelt keinen Ausdruck dafür.
Daher findet uns das Schicksal dieses Krieges ohne Vorbereitung. Die meisten geben ganz dumme Antworten: Blödsinn, Schuld der Staatsmänner, der Zeitungen etc.
Damit wird manches halbwahre getroffen, der Tragödie Deutschlands nicht, noch weniger der Europas beigekommen.
Das Schicksal aber nicht mehr als Naturmacht als Fluch, als Mythos — es liegt heute in den unheimlichen Verkettungen der unfassbaren Mächte, die unter der Hand das Völkerleben leiten. Zeitungen, Parteibosse, Interessen Schwächen — alles im einzelnen unter dem Winkel der Schuld fassbare Dinge, in ihrer Verkettung und Gesamtheit aber unfassbar nur mehr in geringem Masse beherrschbar, daher Schicksal.
Alle diese Menschen, Grossfürsten, Panslavisten, Alldeutsche, Burian, [...][b] und Consorten, persönlich schuldig — aber doch notwendig blind, Puppen, Symbole stärkerer Mächte — getrieben von Massensuggestionen die sie selbst hervorrufen und steigern, vergewaltigt durch tragische Irrtümer, die aus einer hundertjährigen Geschichte hervorwachsen.
Die Völker, unbeweglich, der Einzelne der sie lenkt an die schmale Strasse die durch ein inneres Gesetz bereitet liegt, gebunden — sie gehen den eignen Weg, bis das grosse Schicksal sie überfällt, durcheinanderrüttelt, in eine neue, vielleicht eben so schiefe Bahn wirft.
In diesem Augenblick wird der Staatsmann schöpferisch. Wehe dem armen Deutschland wenn der alldeutsche Jugendwahnsinn siegt.

---

[a] In der Vorlage irrtümlich: 15; dahinter, wohl von der Hand Walter Riezlers: (16).
[b] Name unleserlich: „Varilh"?

[1] „Was will man jetzt mit dem Schicksal, die Politik ist das Schicksal" (Bemerkung zum „Schicksalsdrama"). Unterredung mit Napoleon vom 2. 10. 1808, Goethes Werke (Hamburger Ausgabe), Bd. 10 (²1963) S. 546.

675 4. Juli 16.

Polen geht nicht vorwärts in Wien. Burian ist ganz ablehnend[1]. Tisza halb[2]. Nun soll Tschirschky noch mit Montenuovo[3] und Berchtold sprechen[4]. Schade. Das baldigste eine fait accompli, wirksamer als eine gewonnene Schlacht.
In der Geheimsitzung der franz[ösischen] Kammer grosser Krach[5]. Ohne das Versprechen der engl[ischen] Offensive[6] und den Hinweis auf den Augenblick grosser russischer Siege wäre Briand gestürzt. Dann war Frieden möglich. Frankreichs Zusammenbruch unsere einzige Hoffnung. Wenn das nicht? Der Abgrund.
Bülows neue Publikation[7]. Grotesk in solcher Zeit eine so seichte Schaumschlägerei.
Was wird aus Deutschland im Innern. Die Gewerkschaften ohne grosse Concessionen nach links kaum zu halten. Grosse radikale Partei — mit dem Pacifismus verbündet. Bei Dummheiten der Regierung Revolution möglich.
meo voto nötig — vor der grossen Aussprache grosses innerpolitisches Reformprogramm preussisches Wahlrecht, Coalitionsrecht. Antrag Kanitz[8] — Kraftmonopol.

[1] Vgl. 14. 6. 1916. Am 19. 6. setzte das deutsche Ausw. Amt sich in einer Note an Burián und in einer Anweisung an Tschirschky mit Buriáns Argumenten für die austropolnische Lösung auseinander und wiederholte die Gründe für den Anschluß Polens an Deutschland. Burián hielt Tschirschky gegenüber, als dieser am 21. 6. die deutsche Note übergab, an seinem bisherigen Standpunkt fest. Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 273 f.

[2] Bericht Tschirschkys über die Haltung Tiszas vom 26. 6. 1916: Tisza sei von dem Anschluß Polens an Deutschland nicht begeistert, habe aber ihm gegenüber betont, die beiden Mittelmächte müßten zu einer Einigung über die poln. Frage kommen. PA, Wk 20 c geh., Bd. 3. Zu Tiszas Einstellung vgl. auch Ritter, Bd. 3, S. 262, 637 f., Anm. 20.

[3] Alfred Fürst v. Montenuovo (1854—1927), 1908—1916 Erster Oberhofmeister Kaiser Franz Josephs.

[4] Tschirschky teilte am 4. und 5. 7. 1916 mit, er habe u. a. auch mit Berchtold und Montenuovo gesprochen und diese von der Notwendigkeit des Anschlusses Polens an Deutschland überzeugt. PA, Wk 20 c geh., Bd. 3. — Heinrich v. Tschirschky u. Boegendorff (1858 bis 1916), 1906—1907 Staatssekretär des AA, 1907—1916 dt. Botschafter in Wien.

[5] Am 7. 6. beschloß die Chambre des Deputés, eine Geheimsitzung über Verdun abzuhalten. Diese fand am 16. 6. statt. Sie endete mit einem Vertrauensvotum für Briand und einer Erklärung, daß das Parlament künftig die „Vorbereitung der industriellen und militärischen Verteidigungsmittel" überwachen werde und sich nötigenfalls wieder auf dem Weg einer Geheimsitzung über die allgemeine Kriegführung informieren werde. Es wurde eine Parlamentskommission ernannt, die zusammen mit der Regierung die Rüstungsbetriebe kontrollieren sollte. Schultheß 1916/II, S. 216, 220 f.

[6] Am 24. 6. 1916 begann die engl. Offensive an der Somme.

[7] Im Juli 1916 erschien Bülows Deutsche Politik.

[8] Hans Graf v. Kanitz-Podangen (1841—1913), 1869—1871, 1889—1913 Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses und MdR (Dt.-Kons.). Am 7. 4. 1894, 13. 3. und 4. 12. 1895 brachte er im Reichstag den Antrag ein, eine staatliche Regelung der Getreidepreise durch ein Monopol des Handels mit ausländischem Getreide einschließlich der Mühlenfabrikate herbeizuführen. Der Antrag wurde abgelehnt. Sten. Berichte, 1893/94, 2. Anlageband, Nr. 287; 1894/95, 2. Anlageband, Nr. 211; 1895/97, 1. Anlageband, Nr. 29.

Hier liegt alles in Menschenhand — grosses zu schaffen oder entsetzlicheres im Innern zu verschulden, als dieser Krieg war.

Ergänzungstagebuch 4/7. 16

In den letzten Tagen Bülows Neuauflage mit grossem Tamtam in der Presse[1]. Seltsam wie alle die Kröten und Frösche, laut quakend vor Freude in den langentbehrten Sumpf dieser Phrasen hupfen, Konservative, Alldeutsche Liberale.
Dieser schleimige Gaukler, welche leise Ruchlosigkeit, er der doch wissen muss wie es steht, wagt zu schreiben, England kann nur mit rücksichtslosen Mitteln angefasst werden — um des Beifalls der wilden Ukrieger willen, wider besseres Wissen.
Er wagt anzudeuten, dass der Krieg (den seine Lobbegierde, sein Gauklertum verschuldet hat[)], verloren sei wenn er nicht zu grossem Machtzuwachs führt. Er will die Discussion ablenken von sich, den Katzenjammer nach dem Kriege vermehren helfen, in dem seine Sache vergessen wird.
Er wendet sich nach alter Methode, auch inmitten dieses Krieges, an die schlechtesten Instinkte.
Politik muss klug sein, schreibt er, und diese Platitude wird bejubelt.

[1] Vgl. vorhergehende Eintragung. Bülows Deutsche Politik war eine Erweiterung und Umarbeitung der Einleitung „Über deutsche Politik" zu dem Sammelwerk: Deutschland unter Kaiser Wilhelm II. (1914). Bülow, Bd. 3, S. 135 f.

Ergänzungstagebuch 6/7. 16[a]

Sehr interessant Constantin Frantz[1] 1873 grossdeutscher Bismarckgegner, die preussische Intelligenz und ihre Grenzen.
Der Mann, der damals contra Bismarck praktisch Unrecht hatte, hat heute in manchem recht — (d. h. nur, wenn die preussische Intelligenz so bliebe, wie er sie definiert[)].
Die Grundwahrheit die er kannte die folgende[:]
ein auf Gewalt und Eroberungsgebärden aufgebauter Staat in der Mitte Europas unhaltbar. Die den Nachbarn, die alle im Rücken gedeckt sind, erlaubten Alluren verbieten sich für ihn.

[a] Von Kurt Riezler verbessert aus „6/7. 17".

[1] Konstantin Frantz (1817—1891) trat für einen mitteleuropäischen Staatenbund zur Wahrung des europäischen Gleichgewichts ein. Riezler bezieht sich auf das Werk: Der Föderalismus als das leitende Prinzip für die soziale, staatliche und internationale Organisation unter besonderer Bezugnahme auf Deutschland, kritisch nachgewiesen und konstruktiv dargestellt, Mainz 1879 (Neudruck Aalen 1962), bes. S. 254 ff. („Preußen und Deutschland", „Die preußische Intelligenz", „Erweiterung des deutschen Bundes zum mitteleuropäischen Bunde").

Die Methoden durch die Preussen gross geworden ist, konnten zur Einigung Deutschlands führen, waren zu ihr nötig in ihrer Strenge und Kraft.
Sie können in der Form, in der sie die entarteten Epigonen des einstmals grossen Geistes, der den preussischen Staat getragen hat, verstehen nicht tauglich sein — das Reich in der Mitte Europas zu halten.
In die Mitte Europas gehört ein nach allen Seiten föderativ und anziehend, nicht abstossend und erobernd wirkendes politisches Gebilde.
Dies war im Mittelalter trotz allen Elends des alten Reichs die politische Begabung der Deutschen —
der preussische Staat, der im Gegensatz zu dem alten Reichselend Deutschland rettete, stand notwendig zu solchem Geist im Gegensatz.
Er muss heute wenn Deutschland nicht in dem nächsten oder übernächsten Kriege zu Grunde gehen will, aus diesem Gegensatz heraus zu einer neuen Synthese mit den alten politischen Tugenden der Deutschen kommen.
Daraus muss die Rettung Deutschlands die zugleich die Rettung Europas ist, erwachsen. Wir sind mitten drin.
Indessen ohne Publizistik, die umgestaltet ohne eine freie politisch gebildete Schicht, die Schlagworte überwinden und das neue begreifen lehrt — mit einer Regierung, die — ein Geschenk des Himmels — das Richtige weiss, aber auf wenigen Augen steht und ohne den öffentlichen Geist nichts machen kann[b].

[b] Es folgt ein gestrichener unvollendeter Satz: „Der öffentliche Geist muss aus den kommenden Kämpfen"

676 **7. Juli 16.**

Gestern mit Frauendorfer[1] und den Gewerkschaftsführern R. Schmidt[2], Bauer[3], Jansson[4], Timm[5]. Ausgezeichnete Kerle, voller Sachlichkeit, gemässigt überlegt, zugänglich, ein Kaliber von Politikern, das erst bei den

[1] Heinrich Ritter v. Frauendorfer (1855—1921), 1904—1912 und 1918—1920 bayer. Verkehrsminister, Herausgeber der Europäischen Staats- und Wirtschafts-Zeitung; s. o. S. 65 f.
[2] Robert Schmidt (1864—1943), 1903—1918 Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, 1913 Leiter des Zentralarbeitssekretariats.
[3] Gustav Adolf Bauer (1870—1944), 1908—1918 2. Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
[4] Wilhelm Jansson (1877—1923), gebürtiger Schwede, Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften, arbeitete 1917 im Auftrag des Ausw. Amtes in Stockholm an der Friedensvermittlung mit Rußland.
[5] Johann Friedrich Heinrich Timm (1866—1945), bayer. Sozialdemokrat und Gewerkschaftler, Mitglied des bayer. Landtags, Justizminister in der Regierung Eisner, Mitglied der Hauptkommission des Sozialisierungsausschusses, dann Leiter der Reichszentrale für Heimatdienst, Abt. Bayern.

echten alten Preussen gefunden wird. Neuorientierung. Sehr interessant — Ergebnis, dass man wohl positives mit denen machen kann — ja dass es eine Sünde wäre, so viel Kraft und Tüchtigkeit wieder zurückzustossen. Es müssen die Monopole mit den Leuten gemacht werden — sie müssen im Staat gehalten werden[6].
Grösstes Hindernis: Breitenbach[7], Helfferich. Der letztere scheint überhaupt, als Süddeutscher und Bürgerlicher geneigt, sich nach rechts nicht zu kompromittieren.

[6] Vgl. 14. 6. 1916.
[7] Paul v. Breitenbach (1850—1930), seit 1906 preuß. Minister für öffentliche Arbeiten und Chef des Reichsamts für die Verwaltung der Reichseisenbahnen, seit 1916 Vizepräsident des preuß. Staatsministeriums, 1918 Rücktritt.

677 13. 7. 16

Wie die Leute immer noch mit der Stange im Nebel herumfahren. Wie die Kerle die 1914 mit dem Eroberungschauvinismus Geschäfte zu machen glaubten, immer noch zusammenhalten und auf Belgien etc herumreiten. Dass Bülow, der doch 10 Jahre regiert haben soll, jetzt noch glaubt, die Wurst nach dieser Speckseite werfen zu können[1]. Man weiss nicht ob mehr dumm als schamlos oder umgekehrt.
Wie alle Völker um überhaupt weiter leben zu können — gewisse Lügen brauchen alle unter der Last der Wahrheit zusammenbrächen, wenn sie erkennten, dass das nicht nur Schuld, sondern rettungslose Tragik der ganzen modernen Welt ist. Beginn des Untergangs der Erde an der Technik und Zeitungswesen etc. Neue Kräfte vielleicht überhaupt auf die Dauer nicht mehr zu bändigen.

[1] Vgl. 4. 7. 1916.

678 Berlin, 1. 8. 16.

Schwankende Wochen. Furchtbare Kämpfe. Militärische Fehler überall — Kämpfe um Hindenburgs Oberbefehl im Osten. Der Kaiser wird allmählich geneigter, Falkenhayn findet immer neue Windungen um alles zu vereiteln, Hindenburg und Ludendorff zu ungeschickt, geben dem anderen eine gute Handhabe nach der anderen. Der Kanzler, in gewohnter Gewandtheit mit dem Kaiser, setzt es schliesslich auf seine Weise durch. Am 26. grosse Zusammenkunft in Pless. Die Oesterreicher, die Bulgaren, Hindenburg — alles da[1].

[1] Vgl. 29. 6. 1916. Bethmann unternahm seit Mitte Juli mehrere Vorstöße beim Kaiser und der kaiserlichen Umgebung zugunsten Hindenburgs. Er stellte dem Kaiser in einer Anzahl von Telegrammen den Ernst der Situation im Osten und die Notwendigkeit der Ernennung Hindenburgs dar. Die Entscheidung fiel am 26. 7. auf einer Konferenz in Pleß, an der (außer dem Kaiser, Falkenhayn und Wild) als Vertreter Österreichs (das dem ein-

Polen. Endlich vorwärts. In Wien ist gut operiert worden, Burian auf den Boden des unabhängigen Polen gedrängt, verlangt aber Modalitäten die zu 4/5 unannehmbar sind[2]. Sie müssen abgelehnt werden und können es wohl, wenn es gelingt Burian durch Andrassy zu ersetzen[3].
Modalitäten der Gründung des Königreichs Polen. Thronkandidaten. Der Kanzler denkt an Bayern. Der Sachse ist zu jung. Personalunion schwierig wegen Oesterreich etc., sachlich vielleicht das beste. Auf Karl Stephan[4], der angeboten wurde, scheint man in Wien keinen Wert zu legen.
Schmaler Weg der polnischen Lösung.
Mein Erschrecken vor den Gefahren.
Und doch bleibt folgendes wahr. Eine wirklich grosse Zukunft ist Deutschland nur beschieden, wenn es dieses Problem auf diese Weise bewältigen kann — nur dann kann die Stellung in der Mitte Europas auf die Dauer haltbar sein.
Misslingt die versuchte Lösung, führt sie zu unserem Untergang. Aber wird sie unterlassen, so gehen wir wahrscheinlich ebenso, vielleicht 50 Jahre später zu grunde — gewiss aber können wir nur ein ewig gefährdetes dürftiges Dasein fristen.

---

heitlichen Oberbefehl im Osten nicht zugestimmt hatte) Erzherzog Friedrich und Conrad v. Hötzendorf teilnahmen, außerdem auf Veranlassung Bethmanns Hindenburg und Ludendorff und (ohne Einladung) Bethmann selbst. In langen und zeitweise erregten Verhandlungen konnte Bethmann den Kaiser dafür gewinnen, Hindenburg den Oberbefehl über die ganze deutsche Ostfront zu übertragen. Mit den Österreichern wurde ein Kompromiß vereinbart: die österr. Heeresgruppe Linsingen und die 2. Armee wurden Hindenburg unterstellt. Ritter, Bd. 3, S. 227 ff. (bes. zur Rolle Bethmanns); Janßen, Kanzler und General, S. 210 ff.; Müller, S. 204 ff.

[2] Vgl. 4. 7. 1916. Am 28. 7. 1916 überreichte Hohenlohe die Antwort Buriáns auf die deutsche Stellungnahme vom 19. 6. 1916. Er stimmte darin der Errichtung „eines souveränen polnischen Staates als erblichem Königreich" zu. Dieser Staat müsse neben Kongreßpolen Wilna und die vorwiegend polnisch bevölkerten Teile Litauens und Weißrußlands umfassen; gegenüber Deutschland und Österreich solle der status quo erhalten bleiben. Der neue Staat solle außenpolitisch an das Bündnis der beiden Zentralmächte angelehnt werden, und zwar so, daß in „militärischer, wirtschaftlicher und politischer Beziehung" der Grundsatz „der prinzipiellen vollkommenen Gleichstellung der beiden Zentralmächte" gelte. Bethmann antwortete am 31. 7., Buriáns Forderungen, bes. die des Kondominats, seien unannehmbar. Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 296, 298.

[3] Am 20. 7. 1916 teilte Tschirschky mit, Andrassy wolle, um sich zu informieren, nach Berlin kommen, und empfahl Bethmann, ihn zu empfangen: Andrassy komme als möglicher Nachfolger Buriáns in Betracht; er sei für einen engen Anschluß Österr.-Ungarns an Deutschland, begrüße die Übertragung des Oberbefehls über die gesamte Ostfront einschl. der österr. an Hindenburg und sei bereit, den Anschluß Polens an Deutschland zu akzeptieren. Tschirschky selbst hielt Andrassy an, Buriáns Nachfolge anzustreben, und riet Bethmann, Andrassy ebenfalls dazu zu ermutigen. Bethmann kam den Empfehlungen Tschirschkys nach. PA, Wk 20 c geh., Bd. 3, und Wk geh., Bd. 32.

[4] Karl Stephan (1860—1933), österr. Erzherzog und k. u. k. Admiral. Seine Töchter waren mit Angehörigen der poln. Familien Radziwill und Czartoryski verheiratet. Karl Stephan war deutscherseits am 29. 5. 1916 als poln. Thronprätendent vorgeschlagen worden, doch hatte Burián am 6./7. 6. 1916 die Kandidatur eines Habsburgers in einem Deutschland angeschlossenen Polen abgelehnt. Vgl. 12. 6. 1916, Anm. 4, und 14. 6. 1916, Anm. 3.

Dilemma: dieser Krieg zugleich grauenhafter Irrtum, Hetze Missverstehen der Nationen — und tiefste Wahrheit, innerste Gegnerschaft. Beides Wahrheiten verschiedener Schichten.
Man darf nie vergessen, dass die Sinnlosigkeit des Krieges in seiner Entscheidungslosigkeit wurzelt. Derartige Anstrengungen erhalten ihren Sinn durch das Resultat.
Von Deutschland aus gesehen dreifacher Sinn Verteidigung gegen das gegenwärtige Frankreich, Präventivkrieg gegen das zukünftige Russland, (als solcher zu spät), Kampf mit England um die Weltherrschaft.
Fehler der deutschen Politik, dass sie die drei Ziele gleichzeitig wollte, zwischen den drei Motiven zwei Jahrzehnte unsicher hin und herschwankte. Unter dem Einfluss eines in Politik ungebildeten, vorwiegend gefühlsmässigen öffentlichen Geistes.
Napoleon der I. zu Goethe über Voltaire[:] das Schicksal ist die Politik[5].
Mit dieser Tragik geht es während des Krieges weiter. Die blinde Gefühlspolitik der Reventlow und Consorten, der Fanatismus der jederzeit den Gegnern auf den hingestreckten Spiess läuft. etc.
Und doch der grosse Sinn des Krieges — als Kampf um die künftige Gestaltung der Welt (ein überladener Sinn vom deutschen Standpunkt aus[)].
Auf der anderen Seite das schreckliche blödsinnige des engnationalen, der blinden chauvinistischen Irrtümer, auf allen Seiten — das trostlose dieser Herrschaft von Phrase und Parteiklüngel — der Terror der Nationalisten, der in allen Ländern gleich gross ist.
Reventlow nichts anderes als die piazza.

[5] Vgl. 2. 7. 1916.

Ergänzungstagebuch 6/8 [1916]

Furchtbare Zeiten, atemlos, in der Materie erstickend. Todeskampf einer ganzen Welt die sich mit einem Aufwand von Zeitungen von grossen Worten und Freude an wirklich über die Massen grossen Taten betäubt, selbst blendet.
Und dabei ein Glaube über der Welt, der die Ursache alles Schrecklichen in menschlicher Schuld sucht — bewusst oder unbewusst immer von dem dogmatischen Glauben ausgeht, Gott wäre allmächtig allgütig, die Weltordnung nicht nur vorhanden sondern vortrefflich nur von den Menschen gestört —
Welch grandioser unrealer Irrtum. Nicht begreifen, dass der andere von seinem Standpunkt ebenso recht hat wie wir, ebenso ihm Heiliges verteidigt —
begriffe diese Welt das, würde sie daraus schliessen, man müsse sich vertragen und eitler Friede sei erreichbar —

was aber begriffen werden muss, ist dass trotzdem zu kämpfen ist, dass der Kampf gut ist, nötig, aus der Weltordnung selbst stammt —
im Grunde kämpft eben Gott mit sich selbst — er ist selbst ein tragischer Gott in sich gespalten, in Menschen und Nationen, Würmer und Gräser zerteilt — und das Schauspiel das vorgeht, ist kein anderes als das, das jedes Stückchen Moos mit seinen Pflänzchen und Tierchen bietet, von denen auch ein jedes recht hat. Nur dass wir verlernt haben, das tragische in Gott zu erkennen und in ihm — in seiner untersten Tiefe zu verankern.

679 B[erlin], 8. 8. 16

Eiliges Tempo in der polnischen Frage. Die Gründung des Staates soll nun gleich nach Einigung mit Oesterreich während des Krieges ohne Rücksicht auf irgendwelche völkerrechtliche Bedenken forciert werden. Nun ist auf einmal Jagow nach dem Kanzler selbst der treibende[1].
Gott sei Dank — Wir haben nur einige Monate zu lange gezögert. Die Frucht ist überreif. Es kann auch nach dem Gang des Krieges zu spät sein.
Gelingt uns die polnische Gründung, nebst Kriegserklärung an Russland und Aushebung so können wir die Sache auch nach einem Zusammenbruch Oesterreichs halten und kommen dann vielleicht über die Leichen der Bundesgenossen noch zu einem leidlichen Frieden.
Tritt dieser Zusammenbruch Oesterreichs oder ein rumaenisches Losschlagen zu früh ein — so wird sich der polnische Staat nicht mehr gründen lassen — dann kann der Tempoverlust zum Verhängnis werden.
Seltsam Gorlice, Dardanellenhilfe, Serbien alles geschieht 5 Minuten vor 12 Uhr und geht noch.

[1] Vgl. 1. 8. 1916. Die Planungen über Polen wurden durch Nachrichten von russ. Plänen, eine Polen-Proklamation zu erlassen, beschleunigt. Burián, S. 78; Conze, S. 173 ff. Hinzu kam das Drängen Falkenhayns und Beselers. Conze, S. 177 ff.

680 10. 8. [1916]

Die alldeutsche Agitation geht weiter. Absolutes Tollhaus. Überall die wildesten Gerüchte. Kaiser trübsinnig, zu schwach, der Abdankung nahe. Versammlung in München mit Hetzreden von Bacmeister[1] und Reventlow — Ergebnis Eingabe an den König von Bayern, die Stunde des Eingreifens für das Haus Wittelsbach sei da[2].

[1] Wilhelm Bacmeister, Chefredakteur und Zeitungsverleger in Elberfeld, 1913—1918 Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses (Nat.lib.), Mitglied des Alldeutschen Verbandes.
[2] An der Versammlung in München vom 30. 7. nahmen norddeutsche und bayer. Konservative und Nationalliberale teil. Nach der Versammlung überreichte General Gebsattel am 31. 7. König Ludwig eine Adresse, in der der unbeschränkte U-Bootkrieg gefordert wurde.

König von Schweden zu dem Militärattaché über den Eindruck im Ausland[3].
Wir verstricken uns langsam in unsere Thorheiten, in der Unbildung, Gedankenlosigkeit des Parteilebens und der nationalistischen Phrase, in alle dem Unrat, der durch die beiden Volksverführer Tirpitz und Bülow angesammelt wurde. Die Zeit vor dem Kriege bas empire eine Regierung mit Volksdemagogie à la Napoleon III. Bei all der Hetze die Professoren voran.
Armes Deutschland.
Dazu das schwankende Rumaenien. Bratianu hat sich wohl gebunden nach den aufgefangenen Teschener Depeschen[4]. Ob der König[4a] davon weiss. Er soll darauf gestellt werden[5]. Wenn er ja sagt, wäre es wohl das beste die Beziehungen abzubrechen und den Krieg nach Rumaenien zu tragen.
Dieser verhängnisvolle Tirpitz mit seinen Ubooten und seiner verlogenen Verkündigung —

Der König wurde darin beschworen, „in letzter Stunde rettend einzugreifen ... Ganz Deutschland weiß, daß nur von Eurer Majestät, dem ehrwürdigen Haupte der ältesten deutschen Dynastie, dem Regenten des zweitgrößten Bundesstaates, eine rasche Wendung herbeigeführt werden kann ... Wie die Dinge sich entwickelt haben, liegt die Entscheidung über das Schicksal Deutschlands in der Hand Eurer Majestät, in der Hand des Hauses Wittelsbach. Als treue Bayern bitten wir Eure Majestät, den großen niemals wiederkehrenden Augenblick nicht unbenutzt vorübergehen zu lassen, den alten Ruhm des Hauses Wittelsbach mit neuem Glanz zu umgeben, die Dankbarkeit gegen das Haus Wittelsbach für immer unauslöschlich in die deutschen Herzen zu pflanzen!“ Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 311; Koschnitzke, S. 306 f.; Kruck, S. 94; May, S. 283. Text der Eingabe in PA, Deutschland 169, Bd. 7, dort auch Berichte über die Versammlung, in denen das Vorgehen der Alldeutschen als Versuch gedeutet wird, die partikularistischen Tendenzen des Reichs für ihre Ziele auszunutzen. So auch Riezler in seiner „Aufzeichnung über die Umtriebe der Alldeutschen“, vom 15. 9. 1916 (s. o. S. 61), ferner in seinem Artikel „Alldeutsche Irrwege“ EStWZ 1 (7. 8. 1916) S. 1043 ff.; s. u. S. 583 ff.

[3] Nicht nachgewiesen. — Gustav V. Adolf (1858—1950), 1907—1950 König von Schweden.

[4] Am 17. 8. 1916 unterzeichnete Rumänien den Bündnisvertrag mit der Entente. Es verpflichtete sich zum Kriegseintritt bis zum 28. 8. 1916. Das deutsche Ausw. Amt war durch aufgefangene ital. Funksprüche über die Verhandlungen informiert. PA, Deutschland 128 Nr. 2 geh., Bd. 51 ff.; Mühlmann, OHL, S. 168 f.

[4a] Ferdinand I., Prinz von Sachsen-Coburg-Gotha (1861—1948), 1908—1918 König von Rumänien.

[5] Vgl. Aufz. des Ausw. Amtes vom 7. 8. 1916: „Unsererseits ist unter Zuhilfenahme der uns zu Gebote stehenden Mittel eine energische Gegenaktion gegen den Druck der Entente eingeleitet worden. Insbesondere hat Baron Bussche Veranlassung genommen, Seine Majestät den König Ferdinand auf die hinter seinem Rücken sich abspielenden Verhandlungen seines Ministerpräsidenten mit der Entente aufmerksam zu machen. Er hat ferner dem König sowie Herrn Bratianu auf diesseitigen Antrag hin erklärt, daß schon die rumänische Mobilmachung von uns als ein so ernstes Zeichen der Bedrohung aufgefaßt werden würde, daß wir alsdann unsere Maßnahmen zu treffen gezwungen sein würden.“ Man glaubte, noch bestünden keine festen Abmachungen zwischen Rumänien und der Entente, und beschränkte sich daher auf vorsichtige Anfragen und Drohungen, in der Befürchtung, durch ein zu scharfes Auftreten den Abschluß eines Vertrages noch zu beschleunigen (so Jagow an Bussche, 10. 8. 1916). PA, Deutschland 128 Nr. 2 geh., Bd. 51.

Der Kanzler sagte gestern abend, die Uboote würden ihn bis ins Grab verfolgen — es wird immer das grosse Rätsel bleiben was passiert wäre, wenn man sie rücksichtslos losgelassen hätte — da niemand das Experiment machen kann wird nichts dagegen helfen.
Ob es nicht richtig wäre, Rumaenien beim losschlagen zur baldigen Erzwingung eines Friedens zu verpflichten? Leichter gesagt als gethan. Das Königreich Polen 3 Monate zu spät.

Ergänzungstagebuch 16/8 [1916]

Kaiser will keine Kundgebung in polnischer Frage um russischen Separatfrieden nicht zu verrammeln, hat depeschiert, Kanzler hat zugesagt, aber Gelegenheit benutzt um Notwendigkeit neuen militärischen Schlages gegen Russland zu erhärten und falsche Verzettelung der Kräfte im Westen in sinnlosen Unternehmungen gegen Souville und ähnliches zu hindern — ganz recht[1]. Frankreich hört doch nicht auf, solange die Russen vorwärts kommen.
Wirrwarr im Innern.
Nicht einmal das falsche, das halbwahre unwesentliche beherrscht die Lage. In anderen Ländern ebenso. Das ist überhaupt ein Signum der Zeit — ihre Bildung, mehr noch ihre Organisation in Zeitungswesen Parlamenten etc. Im Halbwahren aber erstickt das Wahre, auch die Vernunft und die Herrschaft über die Dinge und in dem Wirrwarr der aufgefangenen Dogmen wird alles blind.
Enger Zusammenhang dieses Signums mit anderen Signis der Zeit.
Die tausendfältige Zerstückelung der Ursachen, infolgedessen ungreifbare Zusammenhänge, nicht mehr zu symbolisieren.
Man hat zuviel begriffen und begreift schliesslich nichts mehr.
Die Antike wusste wenig, aber begriff nicht multa aber multum — die grossen Dinge — weil der Kampf mit Natur Schicksal und Leidenschaft in grossen Linien vor aller Augen lag in Mythos und Symbol zu[a]

[a] Satz unvollendet.

[1] Am 11./12. 8. 1916 hatten sich Burián und Bethmann über die Errichtung eines Königreichs Polen mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung, angelehnt an die beiden Zentralmächte, geeinigt. Der neue Staat sollte alsbald durch eine Kundgebung beider Monarchen proklamiert, jedoch erst nach Kriegsende konstituiert werden. Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 303 f.; Conze, S. 186 f. Am 15. 8. ließ jedoch der Kaiser Bethmann dringend bitten, die Abmachungen mit Wien nicht an die Öffentlichkeit dringen zu lassen. Er rechne mit der Möglichkeit eines Separatfriedens mit Rußland, und diese Chance dürfe nicht durch eine Festlegung in Polen vertan werden. Gleichzeitig teilte Grünau dem Kanzler mit, Falkenhayn habe am 15. 8. die Wiederaufnahme der Angriffe auf Verdun und Souville, dem letzten Fort vor Verdun, angeordnet. Bethmann wies in seiner Antwort vom 16. 8. den Kaiser darauf hin, daß die Entscheidung jetzt mehr denn je im Osten liege und alle deutschen Kräfte, „unter einstweiligem Verzicht auf alle und jede Aktion im Westen", an der Ostfront eingesetzt werden müßten. Nur so sei der Zusammenbruch Österreichs und damit der Verlust des Krieges aufzuhalten. Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 305 f.

681 30. 8. 16.

Inzwischen Alldeutsche Revolution, Polenfrage[1]. Ängste um Rumaenien. Die aufgefangenen Funksprüche, die die Abschlüsse der Entente mit Bratianu meldeten. Die Versuche den König zu halten[2] — nun alles umsonst.
Die italienische Kriegserklärung, gleich darauf die rumaenische[3]. Offenbar der grosse Gesamtplan der Entente — zusammen mit neuem Druck auf Griechenland[4], ein neuer Generalangriff auf allen Fronten — 200 000[a] Italiener im Westen — man hat in Rom und in Bukarest gedroht man müsste sonst Frieden schliessen und würde sie fallen lassen.
Das Ergebnis der Staatsanwaltuntersuchung gegen die Alldeutschen[5] — die Gemütskrankheit der Leute, ihre moralische Unbedenklichkeit — furchtbarer Geisteszustand, wenn der Schein, recht gehabt zu haben, auf diesen Leuten ruht.
Die Ubootfrage nach dem Loslegen Rumaeniens wieder auf des Messers Schneide[6][,] einzige aber schwache Möglichkeit zu durchschlagendem Erfolg, bei Misserfolg Verlängerung des Krieges und furchtbare Verschlimmerung des Ausgangs — der ohne ihn noch immer als remis zu hoffen. Schwerste aller Entscheidungen. Wenn die Möglichkeiten nicht zu gering sind, zu wagen — es wird das ganze Volk auf ein Jahrhundert ruiniert,

[a] Nicht sicher lesbar, möglich auch „600 000".

[1] Zusammenhang nicht geklärt. Zur Opposition der Alldeutschen gegen einen in irgendeiner Form autonomen poln. Staat und ihre Konzeption eines deutschen „Nebenstaates" oder „Schutzstaates" Polen vgl. Schäfer, S. 196 ff.; Claß, S. 86 f.; Kruck, S. 113 ff.

[2] Vgl. 10. 8. 1916. Das Ausw. Amt hatte gehofft, durch Einwirkung auf König Ferdinand die Politik Bratianus durchkreuzen zu können, und sich vom 19.—25. 8. wiederholt an ihn gewandt. PA, Deutschland 128 Nr. 2 geh., Bd. 52 f.

[3] Am 27. 8. 1916 erfolgten die ital. Kriegserklärung an Deutschland und die rumän. an Österreich-Ungarn. Am 28. 8. erklärte Deutschland Rumänien den Krieg.

[4] Am 10. 8. 1916 hatten Angriffe der Alliierten bei Saloniki begonnen, denen die Mittelmächte vergeblich durch einen Gegenstoß zu begegnen suchten. Zusammen mit dem rumän. Kriegseintritt führte dies zur Stärkung der interventionistischen Partei um Venizelos gegenüber der neutralistischen Politik des Königs. Gleichzeitig einsetzende Pressionen der Entente führten am 12. 9. zum Rücktritt des neutralistischen Kabinetts Zaimis. RA, Bd. 11, S. 337 f.; Mühlmann, OHL, S. 157 f.; Frankfurter Zeitung 28. 8.—13. 9. 1916.

[5] Vgl. die oben S. 61 zit. Aufz. Riezlers über die Alldeutschen vom 15. 9. 1916: „Die Staatsanwaltschaft hat vor einigen Tagen in Verfolgung eines Verfahrens wegen Vergehens gegen das Pressegesetz bei der Verbreitung von Broschüren von Junius Alter und Kapp in einem Bureau der Berliner Friedrichstraße 100 Exemplare der Kapp'schen Denkschrift gefunden, die von ‚Drei Deutschen' neuerdings ebenso wie die Broschüren von Junius Alter anonym verbreitet wurden. In dem Programm der Organisation, die hinter diesem Bureau steht, wird die Verbreitung national aufklärender Schriften gefordert. In dem Beirat der Organisation finden sich die Namen Hirsch, Bacmeister, Stresemann, Dietrich Schäfer, Kapp, Rösicke und der Schriftführer des Alldeutschen Verbandes v. Vietinghoff-Scheel."

[6] Am 27. und 28. 8. drängten Falkenhayn und Holtzendorff erneut auf die Aufnahme des unbeschränkten U-Bootkriegs. Sie stießen wie früher bei Bethmann auf Ablehnung. Die Frage wurde am 29.—31. 8. auf einer Konferenz in Pleß diskutiert, bei der der Kaiser im Sinne des Kanzlers entschied, die Entscheidung vorerst noch aufzuschieben. Birnbaum, S. 131 ff.

wenn ein schlechter Frieden, der kaum zu tragendes bringt, kommen sollte, ohne dass die Waffe an die das Volk nun einmal glaubt eingesetzt wurde — es liegt eine innere Logik darin in der vielleicht grausamen Tragik, dass auch noch dies gemacht werden muss — ein schlimmes Schicksal kann nur von einem Volksgeist ertragen werden, wenn alles möglich erscheinende versucht war — jedenfalls nicht aus Mangel an Kühnheit oder Abneigung gegen brutale Gewalt vermieden erscheint. Das würde den Geist des Volkes für immer vergiften — nach allem was England gethan hat Stolz Mut und alles brechen.

Falkenhayn hat zwei [Tage] vor seinem Sturz die Frage vorgebracht, die von der Marine schon angeschnitten war[7], die der Kanzler alle 14 Tage herumwälzt.

Vor 8 Tagen war er im Hauptquartier um Differenzen zwischen Falkenhayn und Hindenburg im Sinne des letzteren beizulegen, eventuell Falkenhayn zu werfen — dessen Stellung aber wieder ganz fest, obwohl der ganze Generalstab eingesehen hat, dass er dauernd falsch disponiert — nur gehalten von Marschall und dem blassen Tappen. Lyncker zu dumm, um gegen den gerissenen Marschall aufzukommen. Kanzler musste ohne das Hauptziel erreicht zu haben, abreisen[8] — nun hat doch Rumaenien die Frucht des langen Mühens zum Reifen gebracht — alles sagt — Gott sei Dank[9].

Die bulgarische Sorge. Meine Empfindung bei der rumaenischen Kriegserklärung, dass die Rumaenen hoffen müssen, Bulgarien bleibe heraus. Die Entente sehr dumm, wenn sie Bulgarien nicht die lockendsten Angebote machen würde. Kawalla halb Mazedonien allgemeine Verzeihung und baldiger Frieden.

Die ersten Tage schien diese Sorge bestätigt, die Bulgaren sichtlich wankend — nun soll es besser gehen, aber ehe sie nicht marschieren, habe ich keine ruhige Stunde[10].

---

[7] Vgl. Anm. 6. Die Marineleitung hatte im August eine neue detaillierte Untersuchung über die Erfolgschancen des U-Bootkriegs erstellen lassen. Birnbaum, S. 138 ff.

[8] Mitte August war es zu Differenzen zwischen Falkenhayn und Hindenburg wegen der Abgabe von Truppen an die Westfront gekommen. Der Kaiser entschied sich für Falkenhayns Anordnungen. Daraufhin reichten Hoffmann und Ludendorff und — auf ihr Drängen hin — auch Hindenburg Abschiedsgesuche ein. Der Kaiser konnte Hindenburg beschwichtigen, ohne die von Falkenhayn getroffenen Maßnahmen rückgängig zu machen. Am 21. 8. fuhr Bethmann ins Große Hauptquartier, um entweder mehr Truppen für den Osten oder die Abberufung Falkenhayns zu verlangen. Er konnte jedoch beim Kaiser nichts erreichen und auch dessen Umgebung nicht für eine Demarche gegen Falkenhayn gewinnen. Janßen, Kanzler und General, S. 238 ff.; Müller, S. 213 f.; Ritter, Bd. 3, S. 243 ff.

[9] Die rumän. Kriegserklärung traf den Kaiser völlig überraschend und zerstörte sein Vertrauen zu Falkenhayn. Auch das Militärkabinett ließ diesen jetzt fallen. Am 29. 8. wurde Falkenhayn verabschiedet und Hindenburg zu seinem Nachfolger ernannt. Ritter, Bd. 3, S. 246 ff.; Janßen, Kanzler und General, S. 248 ff.

[10] Im Juli war vereinbart worden, eine rumän. Kriegserklärung sofort mit einem gemeinsamen Angriff der Mittelmächte zu beantworten und von Bulgarien aus den Krieg nach Rumänien hineinzutragen. Man befürchtete jedoch, daß Bulgarien sich Rumänien gegenüber auf die Defensive beschränken könnte. Nach der rumän. Kriegserklärung zögerte Bulgarien

Armes deutsches Volk! Und so desorientiert! Wenig politische Begabung vorhanden, am wenigsten bei der Intelligenz — und enorme Anforderung an gerade diese Begabung auf die Fülle der Probleme und Rücksichten, die die centrale Lage erfordert — mehr als in irgend einem anderen Land, die alle einfache Grundbedingungen haben.

---

zunächst, Rumänien den Krieg zu erklären, und protestierte gegen deutsch-österr. Angriffe auf Rumänien von bulgar. Boden aus. Am Abend des 31. 8. teilte die bulgar. Heeresleitung der deutschen mit, ihr Land werde am 1. 9. Rumänien den Krieg erklären. Am 2. 9. begann der gemeinsame Angriff in der Dobrudscha. RA, Bd. 11, S. 193 ff., 198 ff.

Ergänzungstagebuch 6/9 [1916]

Anliegender Brief von Boy Ed[1] als Charakteristik der Stimmung[a].
Versuche dauernd trotz Rumaenien in der polnischen Frage vorwärts zu treiben, Chelmitzki[2] Ronikier[3] andere Polen hier. Kanzler Jagow haben Bedenken viel zu sagen, wegen Verbauung des Wegs nach Russland — Kaiser auch gegen Proklamation[4] — wogegen Oesterreich drängt[5].
Man muss die Polen dazu bringen, sich auf unsere Seite festzulegen. Wenn man es nicht befreien kann, was sich in Zukunft schwer rächen wird und mehr als anderes die grosse deutsche Zukunft begräbt, so wird eben durch einen Verrat der Polen an Russland die Möglichkeit der alten preussisch russischen Konstellation wieder heraufgeführt.

---

[a] Eingelegt in schwarze Kladde 2. 7. 1916—14. 7. 1917; s. u. Beilage 2, S. 491 ff.

[1] Karl Boy-Ed, Kapitän z. S., bis Ende Dez. 1915 deutscher Marineattaché in Washington, dann wegen Beteiligung an Sabotageakten gegen amerik. Waffenlieferungen und Munitionsproduktion aus den USA ausgewiesen. Birnbaum, S. 41 ff.; Link, Bd. 4, S. 57 ff. 1916 Vorstand der Presseabt. des Admiralstabs der Marine, eifriger Befürworter des U-Bootkrieges im Herbst-Winter 1916. Vgl. Stegemann, S. 41.

[2] Zygmunt Chełmicki, 1877 Rektor der Heiligengeistkirche in Warschau, 1904 Prälat, Führer der „Realisten", gehörte zu einer Gruppe von Geistlichen und Konservativen unter der Führung Ronikiers, die sich seit Sommer 1916 die Parolen der Loslösung von Rußland und der Bildung eines poln. Staates unter Anlehnung an die Mittelmächte zu eigen machte; Ende 1917 Generalsekretär des poln. Regentschaftsrats.

[3] Adam Graf Ronikier, nach Kriegsausbruch Präses des Bürgerkomitees des Kreises Warschau, dann Vorstandsmitglied des Bürgerlichen Zentralkomitees, nach der Eroberung Warschaus Präses des Hauptfürsorgerats. Anfänglich hatte er zu einem mit Rußland verbundenen poln. Staat geneigt, 1916 erklärte er sich zur Zusammenarbeit mit den Mittelmächten bereit und gründete die „Nationale Partei". — Nach Friedrich von der Ropp (vgl. 20. 2. 1917, Anm. 5) bestand die Delegation aus Ronikier, Łempicki und Radziwiłł. Er selbst habe diesen Empfang vermittelt, um die politische Führung Deutschlands für die Schaffung eines poln. Staates zu gewinnen (Erinnerungen, S. 114).

[4] Vgl. 16. 8. 1916.

[5] Burián wurde am 18. 8. 1916 vom Aufschub der Proklamation des poln. Staates unterrichtet. Er wies die deutschen Argumente zurück — für den ohnehin unwahrscheinlichen Separatfrieden mit Rußland sei die Polenproklamation ohne Bedeutung — und drängte auf schnelles Handeln. Im gleichen Sinn wandte sich die österr. Heeresleitung an die deutsche. Conze, S. 191; Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr 308, 310.

682 21. 9. 16

Im Inneren Erleichterung durch Hindenburgs Ernennung, Beteiligung des Reichskanzlers an ihr, gutes Verhältnis RK zu Hindenburg u. s. w.[1] Die Opposition Annäherungsgelüste, sieht ein dass sie in der Ubootfrage nicht Sturm laufen kann, solange Hindenburg mit RK einig, weiss auch dass falls Hindenburg Machbarkeit Ubootkriegs militärisch zugibt, er jetzt auch gemacht wird[2]. Helfferich zieht arg nach rechts — seltsam, auch einer der bürgerlichen, die sich nach dieser Seite hin sozial schwach fühlen und nicht innerlich unabhängig genug sind, um ihren geraden Weg zu gehen — er ist auch zu ehrgeizig und denkt zu sehr an seine Zukunft — wenn er sachliche Gründe nach rechts zu hat, möchte es gehen — ich kann aber die Idee nicht los werden, dass er nicht ganz sachlich dabei ist. Er ist sehr klug — aber ohne instinktive Grösse, mehr Verstand als Natur und dem Kanzler weit unterlegen.
Alles hängt nun an Rumaenien. Gelingt es die Rumaenen zu schlagen, so geht alles, vielleicht schneller als wir heute denken, leidlich zu Ende.
Polen. Mit Burian immer neue Schwierigkeiten. RK und Jagow haben doch eben in Wien den Fehler gemacht mit einer halben und unklaren Sache abzuziehen[3].

---

[1] Vgl. 30. 8. 1916. Zu Bethmanns Verhältnis zu Hindenburg vgl. bes. Ritter, Bd. 3, S. 243 ff., 248; Bethmann, Bd. 2, S. 43 ff.

[2] Auf einer Konferenz über die Wiederaufnahme des U-Bootkriegs am 31. 8. 1916 in Pleß erklärten sich Hindenburg und Ludendorff prinzipiell für den unbeschränkten U-Bootkrieg, jedoch müsse der Termin für die Eröffnung wegen der eventuellen Wirkung auf die noch neutralen Staaten aufgeschoben werden, bis die Entscheidung in Rumänien gefallen sei. Bethmann stützte sich in den folgenden Wochen auf diese Aussage Hindenburgs. Birnbaum, S. 131 ff., 170 ff.; Ritter, Bd. 3, S. 319 ff.; Ludendorff, Kriegserinnerungen, S. 190, 245 f.; ders., OHL, S. 302 ff.; Hindenburg, S. 230 ff.; WUA 2, Beilagen, S. 170 ff.

[3] Vgl. 16. 8. 1916, Anm. 1. Auf die Forderung der OHL und Beselers hin eröffnete Bethmann im September neue Verhandlungen mit Burián über die Sicherung der deutschen Vorherrschaft in Polen und die Verschmelzung der beiden Okkupationsgebiete noch vor der Polenproklamation. Die Frage wurde bis in den Oktober hinein diskutiert und führte nur zu einer Verhärtung der Positionen: Burián betonte, Österreich könne sein poln. Verwaltungsgebiet nicht vor dem allgemeinen Friedensschluß und der endgültigen Lösung der poln. Frage räumen, die OHL forderte kategorisch den Rückzug Österreichs aus Polen, sonst werde die ganze poln. Staatsgründung besser unterlassen. Innerhalb dieses Rahmens verursachte eine weitere Frage Mitte September große Aufregung: Burián hatte Bethmann am 11./12. 8. 1916 mündlich zugesichert, Österreich werde Deutschland die Führung auf militärischem Gebiet in Polen zugestehen und sich nur, um den Schein nach außen hin zu wahren, an der Organisation des poln. Heeres beteiligen. Diese Zusage nahm Burián im September zurück. Außerdem teilte Österreich am 19. 9. mit, daß es die poln. Legionen in ein poln. „Hilfskorps" unter den historischen poln. Fahnen umwandeln wolle, und veröffentlichte diesen Beschluß gleichzeitig in der Presse. PA, Wk 20 c geh., Bd. 4, und Gr. Hauptquartier 99; Conze, S. 198 ff.

Ergänzungstagebuch 7/10. 16

Ubootfrage und Polen[1]. Heillose innere Verwirrung und Nervosität. Eine grosse Menge der Menschen, insbesondere die sogenannten Intellectuellen sind gemütskrank. Gutes Zureden hilft nichts. Die Kraft zur Objectivität eben nicht mehr vorhanden. Ausserdem kommt zur Geltung, dass Verstand und Bildung der Menschen dem Problem der deutschen auswaertigen Politik, das wegen der centralen Länder nun einmal schwieriger, verwickelter relativer ist als das der Politik aller anderen Länder, nun einmal nicht gewachsen sind. Ausserdem wollen die Deutschen auch diese Sache mit dem Gemüt und diesmal mehr mit seiner Kraft, als mit seiner Weichheit machen.
Eine Woche Reichstagskommission über Ubootfrage. Trostloser Riss[2].

[1] Zur U-Bootfrage vgl. Anm. 2. Am 28., 29. und 30. 9. 1916 hatten die Konserv., die Nat. lib. und die Freikonserv. in schriftlichen Eingaben an die Regierung ihren Protest gegen die Gründung eines poln. Staates vorgetragen. Am 29. 9. 1916 formulierten die preuß. Minister in einer Sitzung des Staatsministeriums ihre Bedenken bzw. ihren Protest gegen die Polenpolitik der Regierung. Andererseits drängten Beseler und die OHL auf die baldige Proklamation des poln. Staates. Conze, S. 203 ff.; Westarp, Bd. 2, S. 64 ff.

[2] Die Erfolge der Mittelmächte gegen Rumänien ließen Ende September die U-Bootdiskussion neu aufleben. Am 4. 10. 1916 beschloß jedoch der Kaiser noch einmal, entgegen den Vorstellungen der Marine, die Entscheidung aufzuschieben. Vom 29. 9.—10. 10. 1916 fanden geheime Sitzungen der Budgetkommission des Reichstags über die U-Bootfrage statt, in denen sich die SPD und die Mehrheit des Fortschritts kompromißlos gegen, die nationalen und konservativen Parteien für den U-Bootkrieg aussprachen. Neu und ausschlaggebend war die Haltung des Zentrums, das sein Eintreten für den unbeschränkten U-Bootkrieg ankündigte, falls die OHL diesen befürworte. Westarp, Bd. 2, S. 131 ff.; Haußmann, S. 63 ff.; Birnbaum, S. 170 ff.; Ritter, Bd. 3, S. 327 ff.; Bethmann Hollweg, Bd. 2, S. 127 f.; May, S. 277 ff., 295 ff.; David, Kriegstagebuch, S. 201 ff.

683 29. 10. 16.

10 Tage Garmisch.
Weil nun endlich die polnischen Dinge reifen sollen, zurückgekommen. Gestern war nun nach unsäglichen Mühen, zitternd und voller Furcht die Warschauer Deputation da[1]. Im letzten Moment hätten sie beinahe

[1] Am 28. 10. 1916 empfing Bethmann im Kongreßsaal des Reichskanzlerpalais eine poln. Delegation, bestehend aus Professor Brudziński (Rektor der Warschauer Universität, Stadtverordnetenvorsteher und Sprecher der Delegation), dem ehemaligen Duma-Abg. Łempicki, Chmielewski (2. Bürgermeister Warschaus), Dzierzbicki (Vizepräsident der Landschaft), Professor Samuel Dickstein, Graf Ronikier und Prinz Franz Radziwiłł (Milizvorsteher). Brudziński verlas eine Erklärung, die nach schwierigen Verhandlungen als Kompromiß vereinbart worden war und die poln. Forderungen enthielt: 1. Ernennung eines Regenten zur Ausübung der vollen Regierungsgewalt; 2. Aufhebung der Grenzen zwischen den Okkupationsgebieten; 3. Bildung eines einheimischen provisorischen Staatsrats zur Ausarbeitung der Verfassung und der Gesetze und zur Organisation der Verwaltung; 4. Bildung eines Militärdepartements beim Staatsrat zur Organisation des künftigen poln. Heeres, dessen Kern die poln. Legionen bilden würden; 5. Proklamierung eines

wieder Angst gekriegt und wären nicht gefahren. Der Wortlaut der als Compromiss zu stande gekommenen Erklärung geht mit den Forderungen etwas weit und hält in der Formulierung einige Hintertüren nach Russland auf, damit die Leute nicht wegen Hochverrat geköpft werden wenn die Russen zurück kommen. Darüber hier, insbesondere bei Jagow, grosser Ärger. 4/5 zu Unrecht. Was sollen die Leute denn thun, nachdem sie doch wissen, dass man in der Absicht sie noch bei einem Separatfrieden an Russland zurückgeben zu können, seit Wochen ja Monaten mit dieser Erklärung wartet, dass das ganze Volk sich nur danach sehnt sie gleich wieder zurückzugeben — dass alles contra England eingestellt ist.
Gestern waren sie nun da. Congressaal. 7 schwarze Herren. Einer tritt vor, verliest die Erklärung — der Kanzler antwortet nüchtern energisch, nicht mehr als die gewichtige Erklärung einen Staat zu gründen[,] er steht da in Orden, abseits ebenfalls geschmückt, wir. Trotz der vielen Witze vor und hinterher ganz eindrucksvoll. Aber noch nie ist ein solcher Akt mit so wenig Glauben, so halb widerwillig vor sich gegangen.

poln. Königs und Festlegung der poln. Grenzen bei Friedensschluß. Bethmann vermied in seiner Antwort jede Festlegung der Details: Die Zentralmächte „sind gewillt, einen polnischen Staat unter einem König mit einer Armee im festen Anschluß an die Kaisermächte — namentlich auch in militärischer Hinsicht — erstehen zu lassen, einen Staat, innerhalb dessen Grenzen den polnischen Wünschen auf nationales und kulturelles selbständiges Leben der Weg gebahnt werden soll". Schultheß 1916/I, S. 495 f.; Conze, S. 216 f.; Hutten-Czapski, Bd. 2, S. 299 ff.

684 **3. 11. 16**

Eine Woche ununterbrochen Telefonieren über den Text des Manifests, mit dem Hindenburg, id est Ludendorff, dem das A.A. ihn versehentlich nicht gezeigt, nun nicht einverstanden ist[1]. Ludendorffs mangelnde politische Begabung, ganz primitiv und altpreussisch direct.
Niemand macht sich eine Vorstellung von den enormen technischen Schwierigkeiten in die jede Aktion verstrickt ist, da muss Einigkeit mit der Obersten Heeresleitung mit den Bundesgenossen erzielt, müssen die Bundesstaaten informiert, die Staatsminister ins Bild gesetzt, die Parteiführer die Presse behandelt werden — von S.M. ganz zu schweigen.

[1] Die OHL hatte am 13. 10. 1916 unter Hinweis auf militärische Gründe von Bethmann eine baldige Polenproklamation gefordert. Am 18. 10. fiel auf einer deutsch-österr. Konferenz in Pleß die engültige Entscheidung, so bald wie möglich den poln. Staat zu gründen und anschließend mit der Werbung poln. Rekruten zu beginnen. Die beiden Okkupationsgebiete sollten noch nicht vereinigt, jedoch die Verwaltung vereinheitlicht werden. Am Manifestentwurf des Ausw. Amtes (Scherer-Grunewald, Bd 1, Nr. 351) beantragte die OHL Ende Oktober Änderungen, bes. die Streichung der Worte „Selbständigkeit" und „selbständig". Bethmann war dazu bereit, stieß jedoch auf den Einspruch Buriáns, so daß das Wort „selbständig" im Text erhalten blieb. Auf Besprechungen in Pleß vom 26. 10. und 3. 11. 1916 wurde abschließend Einigkeit über das Manifest erzielt, die Veröffentlichung erfolgte am 5. 11. 1916. Text bei Schultheß 1916/I, S. 441 f.; Conze, S. 210 ff.; Burián, S. 83 ff.; Ritter, Bd. 3, S. 275 ff.; Steglich, Bündnissicherung, S. 45 ff.; Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 344, 348, 360.

Enormer Apparat. Braucht 90 % des vorhandenen Dampfes und nur 10 % werden Nutzeffect nach aussen.
Mit Polen ist es nun endlich, nachdem Hindenburg [zugestimmt hat], da in dem Manifest die Grenzen im Dunkel gelassen[2] und nicht unter die Nase gehalten wird, dass wir sie nach den eigenen Interessen bestimmen werden, endlich so weit. Ich fürchte die Sache ist schliesslich eine zu halbe Sache geworden und wir werden nicht viel Rekruten bekommen[3], trotz der drei Revolutionäre mit Papierkragen von der Legionenpartei an die der Kanzler gestern eine Ansprache hielt[4]. Vor fünf Monaten und mit sofortiger Sendung eines Regenten etc.
Kampfansage der Socialdemokraten (wegen der Reichstagsdebatten Schutzhaft Censur etc)[5]. Gestern lange mit dem Kanzler, der eine wirkliche entschiedene Politik mit einer vernünftigen auswaertigen Linie nur mit der Linken für machbar hält, diese aber bei uns kaum möglich, wegen Kaiser, preussischem Beamtentum Militär und Marine.
Am Montag Bundesratsausschuss, am Samstag vorher Staatsministerium wegen folgendem Plan: directes Angebot zu Friedensverhandlungen, durch die Neutralen als Briefträger zu übermitteln[6]. Stumm musste nach Wien. Burian aber theoretisiert dagegen[7]. Kann ein grosser Schlag kann ein grosser Fehler sein.

---

[2] Im Manifest (vgl. Anm. 1) heißt es: „Die genauere Bestimmung der Grenzen des Königreichs Polen bleibt vorbehalten."

[3] Die OHL hatte sich bei der Forderung der Polenproklamation vor allem darauf berufen, daß man die poln. Wehrkraft für die Mittelmächte nutzbar machen müsse. Unmittelbar nach Erlaß des Manifests sollte die Werbung poln. Freiwilliger beginnen. Conze, S. 195 ff., passim.

[4] Am 1. 11. 1916 empfing Bethmann eine poln. Delegation, bestehend aus dem Rechtsanwalt Makowiecki, dem Schriftsteller Studnicki und dem Professor Humnicki. Schultheß 1916/I, S. 504. Studnicki und sein Kreis unterhielten Verbindungen zur nationalrevolutionären Linken. Er war russenfeindlich und erstrebte „eine weit nach Osten ausgedehnte polnische Monarchie mit Anlehnung an Deutschland". Sein politischer Einfluß war gering. Conze, S. 221.

[5] Wohl Hinweis auf die Reichstagsrede Scheidemanns vom 28. 10. 1916, in der er die Innenpolitik der Regierung scharf verurteilte und pauschal die Aufhebung des Belagerungszustandes forderte. Er kritisierte namentlich die Handhabung der Zensur, die Durchführung der Schutzhaft und die deutsche Politik in Elsaß-Lothringen. Sten. Berichte, Bd. 308, S. 1889 ff.

[6] Am 25. 10. 1916 fiel in Berlin der Entschluß zu einem Friedensangebot der Mittelmächte. Es sollte am 2. 11. 1916 hinausgehen und keine konkreten Friedensbedingungen enthalten. Zuvor sollte noch, wie es die OHL forderte, die Unabhängigkeit Polens proklamiert werden. Steglich, Bündnissicherung, S. 33 ff.; Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 347 f., 353. Am 27. 10. wurde der Plan dem preuß. Staatsministerium vorgelegt, das den Vorschlägen des Kanzlers zustimmte, sich aber hinsichtlich der Erfolgsaussichten skeptisch zeigte, und am 30.—31. 10. 1916 dem Bundesratsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten. Die Bundesratsmitglieder stimmten dem Plan insgesamt zu, machten aber gegen die Absicht, keine Friedensbedingungen zu nennen, und die vorhergehende Polenproklamation Bedenken geltend. Steglich, Bündnissicherung, S. 50 ff.; Ritter, Bd. 3, S. 332 ff.; Deuerlein, Bundesratsausschuß, S. 292 f.

[7] Stumm wurde am 28. 10. nach Wien gesandt und verhandelte am 29. und 30. 10. mit Burián. Burián suchte den Zeitpunkt des Friedensangebotes hinauszuzögern, um Zeit für

Zwang durch die Öffentlichkeit — sie müssen alle zuerst in der Presse nein! schreien und verbauen sich vielleicht selbst den Weg der Annahme. 48 Stunden vorher avisieren um sie in den Stand zu setzen, wenigstens bewusst und planmässig zu reagieren. Das eigentliche Verhängnis des Krieges die fatale Verkettung, das elementare Hinabgleiten, weil blinde Zusammenhänge und Abhängigkeiten an Stelle bewussten Handelns treten. Alpdruck des Kanzlers dem er seit 1 ½ Jahren immer wieder Ausdruck giebt — dass die Regierungen nicht mehr imstande sein werden den Krieg zu beenden, den schliesslich die Völker beenden, wobei wir, als die cosmopolitischsten und in der Masse idealsten und weichsten hereinfallen und ruiniert sind. Er hat das auch S.M. gesagt.

die vorherige Festlegung der Friedensbedingungen der Mittelmächte zu gewinnen. Steglich, Bündnissicherung, S. 39 f., 53 ff.

Ergänzungstagebuch 11/11 [1916]

Ubootfrage ruhiger. Hindenburgs Einigkeit mit dem Kanzler hat gewirkt und alles scheut sich, sich durch Gegnerschaft gegen Hindenburg zu kompromittieren[1]. Polensache unter allseitigem Misstrauen überwunden[2]. Das Wutgeheul im Ausland hat die Sache erleichtert[3]. In Warschau selbst macht das Militär bei der Begründung der polnischen Armee, in die, da es eine militärische Angelegenheit ist, niemand hineinreden kann, die üblichen psychologischen Fehler[4]. Frage ob dabei Erfolg gross sein wird.
Asquith Rede sehr mau[5]. Ungeheure Schwierigkeit, thatsächlichen Grad der Schwäche der Gegner und mögliche Belastungsprobe in den Bedingungen zu erkennen.
Polen, Sprung ins Dunkle[6], kann wie alle Thaten, die grösste Dummheit sein und der genialste Streich — ganz wie der Krieg weiterläuft und wie die polnische Sache selbst später von uns geführt wird. Aber die

[1] Vgl. 21. 9. und 7. 10. 1916.
[2] Vgl. 3. 11. 1916.
[3] Vgl. die Übersicht über ausländische Pressekommentare bei Wippermann, Europ. Krieg, Bd. 5/2, S. 953 ff.
[4] Vgl. 3. 11. 1916. In poln. Kreisen lehnte man die Gründung einer poln. Armee vor der Konstituierung eines Staatsrats allgemein ab. Trotzdem erließen Beseler und der österr. Generalgouverneur in Polen, dem Drängen der Heeresleitungen folgend, bereits am 9. 11. einen Werbeaufruf für die poln. Armee, der die klare Feststellung enthielt, daß „einstweilen" die Verwaltung Polens noch in den Händen der Besatzungsmächte bleiben werde, und die völlige Unterstellung der poln. Rekruten unter die deutsche OHL andeutete. Dadurch wurde die Zusammenarbeit mit der poln. Nationalbewegung wesentlich erschwert. Conze, S. 229 ff.; Ritter, Bd. 3, S. 277 ff.; Hausner, S. 91 ff.; Hutten-Czapski, Bd. 2, S. 310 ff.
[5] Rede anläßlich des Amtsantritts des neuen Lordmayors von London in der Guildhall vom 9. 11. 1916. Schultheß 1916/II, S. 185 f.
[6] Vgl. Riezler, Polen, der Frieden und die Freiheit, in EStWZ 1 (16. 11. 1916); s. u. S. 605 ff.

grosse Linie die uns aus der kleindeutschen Politik und den Methoden des preussischen territorialen Staates hinausführen soll in die alte Weltstellung des deutschen Reiches als centraler Cristallisationspunkt der ringsumliegenden kleinen Gebilde, die über dies hinaus weiterhin zu den Ver[einigten] Staaten von Europa führen soll — die ist drin, dazu ist es der erste Schritt — ob er weiter führt, stockt oder ob der Fuss zurückgenommen werden muss, das liegt im Zufall der Schlachten, ist Schicksalstragik, nichts anderes.
Diese weitere Linie im übrigen, an die hier nur zögernd gedacht wird kaum geglaubt wird, die ist in der Politik Benedetto XV und diese Parallelität ist kein Schade. Das darf nicht gesagt werden aber ich denke tant mieux. Ausserdem ist sie ohne die Katholiken nach innen und aussen undurchführbar, Constellation des Mittelalters Kaiser und Papst, Berührung des deutschen und des römischen Cosmopolitismus — seltsam dass diese grosse Krise aus dem veraltetsten das modernste macht — im übrigen die einzige wirkliche Rettung Europas. Sonst Technik ad absurdum, Rüstungen das Ende, und entweder Englands oder Russlands Triumph.
Die blinden Leute! Sie wollen alle England niederringen, flandrische Küste haben Bündnis mit Russland. Ganz gut auf 10 Jahre aber keine Fortsetzung. Die einzige Art England niederzuringen ist Europa von der Mitte aus zu einigen.

Ergänzungstagebuch **16/11 [1916]**

Wirrwarr in Polen. Omne animal post coitum triste. Fehler Helfritz[1] Beseler Ludendorff[a] den Werbeaufruf der Einberufung des Staatsrats voraufgehen zu lassen[2]. Burian hatte recht, Ludendorff drängte wie immer, seine Energie ist etwas blind. Nun hat Beseler um die Situation zu retten, den Staatsrat verkündet, ohne die kk. Bundesgenossen zu fragen — nun streiten und toben die[3].

[a] Die Namen nachträglich eingefügt.

[1] Major Helfritz, Oberquartiermeister beim Generalgouverneur von Polen.

[2] Vgl. 11. 11. 1916, Anm. 4.

[3] Burián hatte vorgeschlagen, sowohl den Werbeaufruf wie die Einberufung des Staatsrats aufzuschieben. Dagegen protestierten Hindenburg und Ludendorff, auch Bethmann lehnte am 7. 11. die Vorschläge Buriáns ab. Unmittelbar nach Erlaß des Werbeaufrufs vom 9. 11. fanden in Warschau und im ganzen Land Protestkundgebungen statt. Angesichts dessen folgte man dem Drängen Buriáns, dem Werbeaufruf sofort die Bildung eines poln. Staatsrats folgen zu lassen, und einigte sich am 11. 11. in Pleß, daß die Berufung eines Nationalrats erwünscht und die Einsetzung eines Regenten möglich sei. Am 13. 11. kündigte Beseler zur Beschwichtigung der Polen eigenmächtig die Bildung eines poln. Staatsrats und eines Vereinigten Landtags an. Burián und die österr. Heeresleitung erhoben schärfsten Protest gegen das Vorgehen. Die Angelegenheit wurde auf Konferenzen vom 16./17. 11. und 25./26. 11. beigelegt: Beselers Verordnung vom 13. 11. wurde nicht widerrufen, trat aber auch nicht in Kraft. Doch wurde die Frage des Staatsrats nun beschleunigt in Angriff genommen. Conze, S. 231 ff.; Ritter, Bd. 3, S. 277 ff.; Hausner, S. 91 ff.

Burian hier. Erörterung der Friedensbedingungen und der Taktik[4]. Seit der polnischen Sache sind die Englaender in der Presse etwas näher gekommen.
Frage ob Anfrage wegen Friedensverhandlungen jetzt vor erwarteten rumaenischen Erfolgen oder nach und während Aktion gegen Saloniki[5] die Briand nicht überleben kann erfolgen soll.
Zweites, wenn sicher, für Position bei Verhandlungen besser.
Gott sei Dank, dass der Magen der Gegner allmählich ebenso leiden wird, wie der unsere — das tröstet die Unsrigen.

[4] Vgl. 3. 11. 1916. Burián war am 15. und 16. 11. in Berlin. Es zeigte sich ein tiefer Gegensatz zwischen ihm und Bethmann: Burián wollte ein möglichst genaues, gemeinsames Friedensprogramm der Mittelmächte vorlegen lassen, Bethmann war gegen jede Festlegung vor Beginn der Friedensverhandlungen. Weiter zeigten sich große Unterschiede zwischen den beiderseitigen Kriegszielwünschen. Erreicht wurde schließlich eine vorläufige Einigung über den Text der Friedensnote, die jetzt auf Wunsch Buriáns in Aussicht stellte, die Mittelmächte würden mit einem fertigen Programm der Friedensbedingungen zu den Verhandlungen erscheinen, und, nach langem Widerstreben von deutscher Seite, die Abmachung, vor dem Friedensangebot ein gemeinsames Kriegszielprogramm aufzustellen. Steglich, Bündnissicherung, S. 83 ff.
[5] Von Saloniki aus griffen seit dem 12. 9. 1916 Truppen der Entente unter General Sarrail die bulgar. Front an, die mit deutscher Unterstützung im wesentlichen gehalten werden konnte. RA, Bd. 11, S. 337 ff.

685 22. 11. 16.

Busstag, Sturm und Regen. Schwerer Druck überall.
Polen geht nicht gut. Die lahmen Energien in Preussen. Loebell und Heinrichs lassen es zu, dass das Abg[eordneten]haus im Plenum darüber spricht[1]. Der erwartete Salat entsteht, da der Pole sich die Sache nicht entgehen lässt, alles zu vergiften[2]. Die Nat[ional-]Dem[okraten][3] weil persönlich verloren und geschädigt, wollen eben jeden Ausgleich verhindern. Nun haben die deutschen Parteien die das gleiche wollen, das ge-

[1] In der Sitzung des preuß. Abgeordnetenhauses vom 20. 11. 1916 fand eine Debatte über einen Antrag der Konserv., Freikonserv. und Nat.lib. statt, Deutschlands militärische, wirtschaftliche und politische Interessen im neuen Königreich Polen zu sichern sowie keinen Maßnahmen zuzustimmen, die den deutschen Charakter der Ostmark „irgendwie ... gefährden" können. Sten. Berichte Pr. Abg.-Haus 1916/17, Bd. 3, Sp. 2391 ff.
[2] In der in Anm. 1 genannten Sitzung des preuß. Abgeordnetenhauses erhob Styczyński im Namen der poln. Fraktion schärfsten Protest gegen den Antrag der Rechten, der beweise, daß die Antragsteller jede Verständigung zwischen Deutschen und Polen ablehnten. Weiter kritisierte er den im Antrag verwandten Ausdruck „polnisch sprechende Preußen" und betonte die nationale Zusammengehörigkeit aller Polen. Das Polenmanifest erfülle die Polen mit Bedenken, weil nur ein Teil des poln. Volkes in den Besitz der Freiheit gelange und auch diese anscheinend nur eine scheinbare sein solle. Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1916/1917, Bd. 3, Sp. 2399.
[3] Die poln. Fraktion des preuß. Abgeordnetenhauses bestand seit 1905/09 zur Hälfte aus Anhängern der poln. Nationaldemokratie, die, in verschiedener Ausprägung und Orientierung, einen selbständigen poln. Staat erstrebte. Conze, S. 34 ff.

wünschte Material. Damit soll nun die Politik eines Weltreichs gemacht werden. Unfähigkeit der Preussen, über den Gedankenkreis des Territorialstaats hinauszukommen. In Polen selbst wird natürlich auch alles halb gemacht. Da bei jeder Sache Berlin Wien Warschau Lublin[4] womöglich auch noch Pless und Teschen[5] mitwirken müssen. Fehler, dass man in Wien nicht noch klar jedes Condominium ausgeschaltet hat — allerdings schwer[6]. Aber nun sind wir mitten im Condominium. Ein Regent wäre zu ernennen, ein Prinz. Das will aber Beseler nicht und es scheitert wohl an Personalrücksichten[7].
Das ist es eben. Ein wirklich decidiert aktiver Zug, eine leidenschaftliche Aktion ist nicht in unserer Politik — wenn eine Aktion gemacht wird, auch kein unbedingter Glaube.
Die polnische Sache zögernd — sie ist ja mehr als fragwürdig. Mit Hintertüren. Begründung mit der Not der Stunde etc Rekruten. OHL. Nun es so weit ist, geht man den Weg halb. Wenn er halb gegangen wird, ist er überhaupt falsch.
Trotzdem spürt man bereits heute an allen Ecken und Enden, welcher Rubikon überschritten ist und welcher Schritt vorwärts dem grossen Ziele zu gemacht ist. Es giebt nur eine Rettung, die liegt in den Ver[einigten] Staaten von Mitteleuropa mit Polen getragen von den Arbeitermassen und einer übernationalen Bewegung — in der Überwindung all der kleinen Nationalismen. Da liegt die Zukunft — und dahin führt der Krieg von alleine die Ideen. Überall wird eine furchtbare Dämmerung des Nationalismus kommen aber der Deutsche allein ist imstande ihn zu ersetzen. Zurückbiegung der bismarckschen Politik in die Paulskirche und den pol[itischen] Geist des römischen Reichs deutscher Nation. Es wäre ein Schauspiel von grandiosem inneren Sinn, wenn Preussen allein ermöglichen könnte (als notwendige Etappe[)] was Preussen entbehrlich machte. Doppeltes Mysterium Mutter die sterben kann weil sie geboren hat, und der Wille zum Bösen der das Gute schafft. Das Schöpferische im Widerspruch. Ohne Preussen ⟨und Kleindeutschland⟩[a] als ein zu überwindendes kann Grossdeutschland nicht entstehen.
Überall macht sich schon der Einfluss der polnischen Sache geltend und in all den Vorberatungen über die Rechte und Garantien für den neuen

---

[a] ‹. . .› nachträglich eingefügt.

[4] Sitz des österr. Generalgouverneurs für Polen.

[5] Sitz des österr.-ungar. Armeeoberkommandos.

[6] Bei der deutsch-österr. Einigung über die poln. Staatsgründung in Wien am 11./12. 8. 1916 (vgl. 16. 8. 1916) war die Frage nach der deutschen oder österr. Vorherrschaft im künftigen poln. Staat offen geblieben. Außerdem sollte bis zur Konstituierung des poln. Staates nach Kriegsende die Teilung in zwei Verwaltungsgebiete erhalten bleiben.

[7] Nach Conze, S. 240, forderte Beseler, verärgert über die Differenzen mit Österreich, am 14. 11. in einem Schreiben an das Ausw. Amt die Beseitigung des Dualismus in Polen und schlug eine einheitliche Spitze vor, die er selbst, notfalls auch ein Regent oder ein König, darstellen sollte. Es könne allerdings nur ein deutscher katholischer Prinz in Betracht kommen, keinesfalls ein österr. Erzherzog oder ein Pole.

Staat etc kommt der ganze auszukämpfende Kampf gegen das alte Preussen heraus.
Jagow abgesägt[8]. Der Kanzler schon lange schwankend. Helfferich Stumm Wahnschaffe zuletzt noch grobes Telegramm des Kaisers und die Meinung Valentinis[9].
Zimmermann ist bei aller Frische eine viel schwächere Nummer. Meine Angst dass Ludendorff beim Kaiser gehetzt hat[10]. Der Kaiser hat sich ganz in den Schatten der beiden Soldaten geflüchtet — schwimmt willenlos in deren Wasser.
Ludendorff, eine geniale Energie vielleicht ein grosser Stratege — aber politisch ahnungslos und überaus ungebildet, nervös und jäh — würde, wenn frei losgelassen Deutschland binnen kurzem in den Abgrund stürzen. Ob nur aus Leidenschaft oder auch illoyal — er hetzt den Kaiser auf und sein ganzes Vorgehen in der Civildienstfrage, seine aufgeregten Telegramme die Helfferich wie einen lahmen Droschkengaul anpeitschen sollen[11] —

[8] Jagow wurde am 22. 11. 1916 als Staatssekretär des Äußeren entlassen und durch Zimmermann (bisher Unterstaatssekretär) ersetzt. Zimmermanns Nachfolger wurde Stumm (bisher Chef der Polit. Abt.), neben ihm wurde ein 2. Unterstaatssekretär ernannt, Hilmar von dem Bussche-Haddenhausen.

[9] Jagows Entlassung war vor allem von der OHL gefordert worden, die in ihm das Haupthindernis gegen den Geist der Entschlossenheit und der Siegeszuversicht sah, den sie im Ausw. Amt zu wecken suchte. Bethmann lehnte es zunächst ab, der OHL nachzukommen, wurde aber anscheinend durch einen Brief Valentinis an ihn vom 17. 11. schwankend (Text bei Valentini, S. 239 ff.), der ihm dringend riet, Jagow, der „absolut alle gegen sich" hat, durch Zimmermann zu ersetzen, der „ebenso einhellig alle für sich [hat], nicht bloß die breite öffentliche Meinung, sondern auch Leute von Einsicht". Damit würde sich die Stellung des Ausw. Amtes und auch die Bethmanns, die in letzter Zeit viel Kritik erfahren habe, erheblich verbessern. Den Anlaß zur Entlassung Jagows gab ein sehr ungnädiges Telegramm des Kaisers vom 14. 11., in dem er dem Ausw. Amt vorwarf, seinen ausdrücklichen Befehl, den neuen Botschafter für Konstantinopel, Richard v. Kühlmann, so schnell wie möglich in die Türkei zu schicken, „mißachtet und auf die lange Bank geschoben" zu haben. Birnbaum, S. 216 ff.; das Tel. vom 14. 11. in PA, Deutschland 122 Nr. 2 n, Bd. 1; Jagows Darstellung im Brief an Bernstorff vom 2. 9. 1919, Bernstorff, S. 118.

[10] Das wird durch den in Anm. 9 zit. Brief Valentinis an Bethmann bestätigt.

[11] Am 13. 9. 1916 regte Hindenburg beim Kanzler und Kriegsminister das „Kriegsleistungsgesetz" an, das die ganze Wirtschaft — unter Einführung des Arbeitszwanges — auf die militärischen Bedürfnisse abstellte. Der Kriegsminister, Helfferich und, diesem folgend, Bethmann hatten starke Bedenken gegen den Arbeitszwang und teilten diese Hindenburg Ende September mit. Die OHL drängte daraufhin beim Kaiser auf Eile und erreichte eine kaiserliche Anweisung an die Regierung, so daß Bethmann sich am 26. 10. entschloß, ein entsprechendes Gesetz vorzubereiten. Seit dem 29. 11. wurde das Gesetz von den zuständigen Gremien beraten. Seit dem 6. 11. drängte Ludendorff auf größere Beschleunigung und veranlaßte auch den Kaiser zu schroffen Telegrammen. Am 15. 11. telegraphierte Hindenburg dem Kanzler, er müsse die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges ablehnen, wenn die Heimat ihn nicht unterstütze. „Seit meiner ersten Anregung sind Monate in der Hauptsache mit Erwägungen ausgefüllt worden, während unsere Gegner in vorbildlicher Weise handeln." Das Telegramm wurde sofort in der Presse veröffentlicht. Bethmann antwortete gereizt. Helfferich, dem die Hauptarbeit bei der Vorbereitung des Gesetzes zufiel, bat den Kanzler, dem Kaiser sein Entlassungsgesuch zu unterbreiten. Durch persönliche Verhandlungen konnte Bethmann eine vorübergehende Entspannung erreichen. — Das „Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst" wurde am 21. 11. vom

unerhört eigentlich unerträglich. Hindenburg unterschreibt alles. Der Kanzler war vorgestern in Pless um Remedur zu schaffen, Wahnschaffe ditto — beide sollen deutlich geworden sein und die Soldaten haben Besserung gelobt[12].
Ob es hilft? Lud[endorff] ist zu ungebildet und wie alle die Soldaten ohne jeden Respekt vor der Schwierigkeit des politischen Geschäfts.
In ca. 8 Tagen soll nun die Friedensdemarche kommen[13]. Das kann noch nett werden, wenn Ludendorff einsehen soll dass wenn wir im Westen ± 0 abschliessen, Polen frei wird und wir Suwalki und ein paar Colonien bekommen, der Frieden noch mehr als glänzend ist.
Wie seltsam dass die Leute noch gar nicht begreifen, dass wir im Innern wahrscheinlich vor den allergrössten Umwälzungen stehen, mögen sie still oder laut sein — dass der ganze bisherige Geist des offiziellen Deutschland Chauvinismus Kaiser Klimbim Militarismus im schlechten Sinn Flottenreden etc unhaltbar sein wird. Ich glaube wenn die Regierung sich selbst und die Monarchie in die Front der Alldeutschen Nat[ional]-lib[eralen] und Konservativen stellte, so wären wir bereits jetzt, wenn die grossen Erfolge ausblieben vor der Revolution. Die unentwegten Monarchisten greifen den Kanzler an — der aber rettet durch seine Haltung die Monarchie, kann es aber nur weil er von den Alldeutschen angegriffen wird. Gerade das hält das Vertrauen der Masse.
Völlige Unvernunft der pol[itischen] Oberschicht in diesem Punkte, bis auf wenige wie Valentini. Der Kaiser ahnt es wohl. Die Militairs wissen es nicht.
Der Kanzler weiss was kommen kann.

Bundesrat angenommen und seit dem 23. 11. im Reichstag beraten. Schon am 2. 12. wurde es nach Dauersitzungen in 3. Lesung vom Plenum des Reichstags angenommen, nur gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. Ludendorff, OHL, S. 61 ff.; Helfferich, Bd. 2, S. 249 ff., 259 ff.; Ritter, Bd. 3, S. 417 ff.; Feldman, S. 168 ff., 197 ff.; Militär und Innenpolitik, Bd. 1, Nr. 184 ff., bes. Nr. 201.

[12] Vgl. Anm. 11. Nach Müller, S. 235, war Bethmann am 19. und 20. 11. im Großen Hauptquartier.

[13] Vgl. 3. und 16. 11. 1916. Das Friedensangebot erfolgte am 12. 12. 1916.

Ergänzungstagebuch 30/11/16.

Alles günstig. Rumaenien. Grosse Wirkung im Westen[1].
Bei baldigem Friedensschluss muss die polnische Sache zum désastre führen. Es hat sich eben doch herausgestellt, dass bei den Wiener Verhandlungen im Sommer[2] nichts gar nichts positives erreicht worden ist. Burian hat damals unter dem Zwang der Verhältnisse mit vagen Redensarten nachgegeben innerlich aber nicht aufgegeben die denken in Wien immer

[1] Vom 23.—25. 11 1916 überschritten die Mittelmächte die Donau. Nach Abwehr eines rumän. Gegenstoßes wurde am 6. 12. Bukarest erobert. RA, Bd. 11, S. 277 ff.

[2] Vgl. 16. 8. 1916. Die folgende Beurteilung der österr. Politik durch Riezler deckt sich mit Ritter, Bd. 3, S. 280, und Conze, S. 186 ff., passim.

noch an den alten Plan das Ganze zu schlucken, wollen uns die Suppe versalzen, steigern die Forderungen der Polen auf unsere Kosten und hoffen dass bei dem ganzen Tohuwabohu ihnen dann doch die politische Führung zufällt. Nun sind wir, nachdem [uns] ohne wirklichen und klaren Rückzug Wiens ‹durch das Manifest›[a3] die Hände gebunden sind, in elender Lage. Wollen wir die Oesterreicher durch die Polen unter der Parole, Einigung der beiden Verwaltungsgebiete und Regent, beides die ersten polnischen Forderungen, die von dem neuen Staatsrat[4] zu erwarten sind, hinausdrängen, so geraten wir in eine gegenseitige Steigerung der Anerbietungen an die Polen und ihrer Ansprüche hinein, die nicht mehr zu ertragen und auf eine Unabhängigkeit zu, die viel zu weit geht und aus Polen ein Centrum der wüstesten Intriguen von West und Ost gegen uns und unser Verhältnis zu Oesterreich machen muss. Dabei müssen [wir] nach Lage der Dinge in der Ostmark und der dort auch nach dem Kriege unumgänglichen Dummheiten und bei der Rachsucht der Hofburg ganz unter den Schlitten [kommen]. Dazu kommt noch dass jeder Friedenskongress, auf dem unter nicht allzu ungleichen Bedingungen verhandelt und nicht diktiert werden kann, unter russisch französisch englischem Einfluss dafür sorgen wird, dass das Land ganz unabhängig und in keiner Weise luxemburgisiert wird und dabei werden die Gegner noch die Unterstützung Oest[erreich-]Ungarns finden. Das giebt ein schönes Debacle und zwar diesmal für den Reichskanzler und die ganze deutsche Politik, zumal alle Welt hier glaubt, nach den Eröffnungen von Jagow an Presse und Parteiführung[5], wir hätten die oesterreichischen Aspirationen mit Erfolg bekämpft und wären mit unserer These durchgedrungen.

Hier muss rechtzeitig geholfen werden. Sonst gerät das Land unter ungeheurer Blamage Deutschlands aus demselben Grunde wie 1815 weil Berlin und Wien keine Lösung finden an Russland zurück und der ganze hoffnungsvolle Ansatz einer neuen Linie in Deutschland wird, und diesmal für ewig, zerstört — das Land in den alten Geist der auswaertigen Politik und in die territoriale kleindeutsche prorussische Linie zurückgeworfen, die für einige Jahrzehnte bequem sein kann, aber dann zum Ruin oder zur Vasallenschaft unter dem Zaren führen muss.

---

[a] ‹. . .› nachträglich eingefügt.

[3] Polenproklamation vom 5. 11. 1916, vgl. 3. 11. 1916, Anm. 1.

[4] Vgl. 16. 11. 1916. Bei deutsch-österr. Besprechungen in Warschau vom 25. und 26. 11. 1916 wurden die Grundzüge des poln. Staatsrats festgelegt. Seine 25 Mitglieder sollten von den beiden Generalgouverneuren berufen werden; er sollte zu Gutachten zur Gesetzgebung und zur Mitarbeit am weiteren Staatsaufbau befugt sein. Am 6. 12. 1916 wurde eine entsprechende Verordnung verkündet, am 11. 1. 1917 wurde die Liste der Mitglieder bekannt gegeben. Er trat erstmals am 14. 1. 1917 zusammen. Conze, S. 242; Basler, S. 168 ff.; Hausner, S. 104 ff.; Roth, S. 49 ff.

[5] Gemeint sein könnte eine Besprechung Jagows mit den Parteivorständen vom 26. 9. 1916, bei der er sie über die beabsichtigte Polenproklamation informierte. Fraktionsprotokolle SPD, Bd. 2, S. 216.

Ich sehe nur drei Möglichkeiten, entweder mit Wien Fraktur reden, unter Wiederaufnahme der alten Position Königtum Nordpolen und zwischen beiden Mächten teilen[,] versuchen Condominium zu beseitigen oder schliesslich Rückgabe an Russland mit Autonomie —
oder die dritte, beste, an deren Durchführbarkeit alle zweifeln — staatsrechtlicher Bund der beiden Kaiserreiche mit Bulgarien dem Polen angeschlossen werden soll. Dann mag es beinahe unabhängig sein und dann mag auch das Condominium gehen.
Hier entscheidet sich alles, das ganze System Rettung oder Zerfleischung Europas, auch der zukünftige Geist der Deutschen, ob sie den Wiederanschluss an ihr bestes finden oder nicht.

686 2. 12. 16

Siehe schwarzes Buch.
Gestern mit dem Kanzler über alles mögliche. Er sagte — eine solche Politik ist eben mit Militairs nicht zu machen —
Ganz richtig. Weil sie sich eben nicht überwinden können, so etwas mit der Bevölkerung und indirect zu machen und immer die Punkte auf das I setzen wollen, an dem äusseren Betonen der Macht, die dann Wahrung der Autorität ist, ihre Freude haben. Trotzdem muss sie gemacht werden. Schauspiel dieses heroischen Versuchs. Das tragische darin. Mag sie ausgehen, wie sie will — seine Geschichte sollte als Lehrbeispiel für die Deutschen nach dem Kriege genau geschrieben werden.
Mitteleuropa. Staatsrechtliche Zusammenfassung. Kanzler sagt mit Recht, man darf die Linie nicht zu sehr betonen, man schweisst sonst die anderen zu sehr zusammen.
Der Kanzler meint, die Entwicklung würde müsse in diese Richtung führen, aber zu machen wäre sie mit den Militairs u.s.w. nicht. Ich entgegnete, sie dürften es nicht merken; natürlich ist aber ihre ganze Tendenz der Gewalt ausserstande auf eine ausdrückliche Stipulierung der deutschen Hegemonie zu verzichten — die Hegemonie selbst ist durchzusetzen, das caudinische Joch ihrer formellen Anerkennung aber nie.
Mit Falkenhayn eventuell möglich, mit Hindenburg Ludendorff nie. Der Kanzler sagt, die beiden retten uns die Gegenwart, aber belasten die Zukunft aufs schwerste — unter Falkenhayn war die Gegenwart verloren (und damit auch die Zukunft[)].

687 9. 12. 16.

Zwei Tage in München. Vertiefung der Mainlinie. Die naive Bewunderung gegen Preussen von 1870, vor dem Kriege vermindert, heute geschwunden — Gleichberechtigung. Das väterliche Wohlwollen für die netten Bayern verträgt man nicht mehr.

Hier Vorbereitungen für die „Grosse Demarche" die Friedensnote die Dienstag den 12.ten kommen soll[1]. Sitze gerade über Redeentwurf[2]. Die Sache ist trotz aller Bedenken doch gut, wenn man glaubt die Kraft zu haben fest zu bleiben auf etwaige vorher zu acceptierende Bedingungen und wenn mit der gehörigen Energie geredet wird von dem schliesslichen Endsieg etc. Als Einleitung in die Uboote freilich schwer. Es wird sich lange hinziehen bis ein Nein kommt, das Nein wird auch halb kommen — Hoffnungen und Illusionen werden lange in der Schwebe bleiben und gegen Einsetzen Uboote immer wieder geltend gemacht werden.
Möglich, dass die Sache langsam angenommen wird. Wahrscheinlich, dass sie den Zersetzungsprocess in Frankreich und Italien beschleunigt.

[1] Vgl. 3. und 16. 11. 1916. Zur Veröffentlichung der Friedensnote vgl. Steglich, Bündnissicherung, S. 347 ff.; Text in Schultheß 1916/I, S. 620, und Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 420.
[2] Entwurf für die Rede, mit der Bethmann am 12. 12. 1916 im Reichstag die deutsche Friedensnote bekanntgab. Sten. Berichte, Bd. 308, S. 2331 f.

688 13. 12. 16.

Der Kanzler jetzt sehr gut. Der Eindruck der Demarche wie der Rede[1] doch ein gewaltiger. Doch alle vernünftigen überzeugt, dass es ein guter Coup ist. Ich glaube auch: er schlägt viel Fliegen auf einmal nach innen und aussen — er kann gut pariert werden, wahrscheinlicher aber ist, dass die überraschten und nach innen genierten Gegner sich auf etwas kluges nicht einigen können — Frankreich wird versuchen totzuschweigen und schnell ablehnen wollen, ehe es public wird. Langsam wird der Schritt dann doch seine Wirkung thun.
Nun heisst es die Ubootsache vernünftig und überlegt anpacken.
siehe schwarzes Buch.

[1] Vgl. 9. 12. 1916, Anm. 2.

Ergänzungstagebuch 23. 12. [1916]

Schliesslich empfinden doch alle Menschen dass das Friedensangebot ein meisterhafter Coup war, gegenüber den Feinden, den Neutralen und im Inneren.
Nun kommt noch Wilson[1] — und die Antwort der Feinde auf unsere Note wird erwartet[a2].

[a] Folgender Satz gestrichen: „Trotz allen Getobes draussen — der Stein ist im Rollen."

[1] Note Wilsons vom 18. 12. 1916, am Abend des 21. 12. in Berlin überreicht. Sie forderte die Kriegführenden auf, ihre Kriegsziele mitzuteilen, und bot die amerik. Vermittlung an. Foreign Relations 1916, Suppl., S. 98 f.; Steglich, Bündnissicherung, S. 162 f.; Birnbaum, S. 251 ff.
[2] Sie erfolgte in Form einer gemeinsamen Note der Alliierten, die am 30. 12. 1916 dem

Hier veränderte Szenerie und Wirrwarr der Meinungen. Die Miesmacher sind auf einmal die Scharfmacher geworden. Vor 3/4 Jahre noch hiess es die Zeit drängt, sofort UBoote oder Untergang — jetzt heisst es, kein fauler Frieden sondern Uboote und voller Sieg. Ach diese Marine von März bis Oktober brüllt alles, vom Chef der Hochseeflotte bis zum kleinsten Kapitänleutnant, nur nicht den Blödsinn des Ukreuzerkrieges, wie ihn die Diplomaten denken — einen „Unterwasserkrieg über Wasser" zu führen. Nun ergiebt der, nachdem er endlich am 10. Okt. von Adm[iral] Müller durchgesetzt wurde 4—500 000 Tonnen in den ungünstigsten Monaten[3]. Nun heisst es — und das erzählt die Marine an Bassermann und Westarp, wie beide selbst zugeben, der rücksichtslose ergäbe ev[entuell] über 1 Million Tonnen[4]. Das wäre allerdings menschlichem Ermessen nach katatrophal und nun sieht alles den sicheren Sieg in 6 Monaten, der nicht um einer faulen Conferenz willen aus der Hand gegeben werden soll.
Wie wird die Antwort der Entente lauten[5]. Rückfrage nach den Bedingungen. Sehr schweres Jeu. Wir sollen Wilson gleich antworten so dass die eventuelle grobe Antwort der Entente mit unserer freundlichen an Wilson kontrastiert.
Nun kommt es darauf an nicht lange Verhandlungen, bei denen wir die Ubootwaffe nicht steigern, unsere öff[entliche] Meinung weich wird und unsere Bundesgenossen uns eher abbrechen als Russland der Entente.

amerik. Botschafter in Paris überreicht wurde. Die Note lehnte das deutsche Friedensangebot als unaufrichtig ab und sprach sich gegen einen Frieden im gegenwärtigen Augenblick aus. Foreign Relations 1916, Suppl., S. 124 f.

[3] Nach der Einstellung des U-Bootkrieges im April 1916 (vgl. 28. 4. 1916) ordnete Holtzendorff am 6. 10. 1916 an, vom 15. 10. an den U-Bootkrieg gegen Handelsschiffe nach den Regeln des Kreuzerkrieges wiederaufzunehmen. Man erzielte größere Erfolge als erwartet (monatlich über 350 000 t versenkter Schiffsraum). Über die Mitwirkung Müllers an der Anordnung vom 6. 10. 1916 ist sonst nichts bekannt. Spindler, Bd. 3, S. 244 f., 350 f.; Birnbaum, S. 201 ff.; Stegemann, S. 42 f.

[4] Holtzendorff trat im Dezember 1916, im Gegensatz zu seiner Haltung in den vorhergehenden Monaten, für den unbeschränkten U-Bootkrieg spätestens vom 1. 2. 1917 an ein und ließ erneut Gutachten über dessen Erfolgsmöglichkeiten erstellen. Darin wurde behauptet, daß England innerhalb von fünf Monaten zum Frieden gezwungen werden könnte. Ritter, Bd. 3, S. 370 f.

[5] Vgl. Anm. 2.

689 **29. 12. 16**

Die Lage wird gänzlich durch das Friedensangebot beherrscht. Die Entente kann sich wohl nicht so schnell über die Antwort einigen und schon hier zeigt sich die in dem so guten Streich liegende Gefahr, die der Verschleppung. Von der Antwort wird viel, vielleicht alles abhängen. Kommt sie nicht bald[1], so werden wir excitieren müssen.

[1] Vgl. 23. 12. 1916, Anm. 2.

Bei einer halben Antwort wird es überaus schwer sein, die Bundesgenossen fest zu erhalten, und zu schwach, also in einer Weise die das Zustandekommen der Verhandlungen gar nicht gefährdet, werden wir nicht antworten können. Die OHL drängt sie sieht natürlich, wie immer nach Zeitungen urteilend und ohne politische Erfahrung das Angebot als längst abgelehnt an, will anscheinend gleich mit dem verschärften Ukrieg beginnen und für später Entscheidung über den rücksichtslosen schon jetzt treffen[2].

Ludendorff hat wieder einmal Zustände und schickt wilde Telegramme[3] — weil er wieder zehn Tage ohne Aufsicht war. Ganz unmöglicher Zustand, dort keinen einigermassen und informierten Vertreter der Politik zu halten — die Militairs kommen in ihrer Vereinsamung dort auf die verkehrtesten Gedanken und niemand ist da, diese im Keime zu ersticken. Dann muss immer gleich der Kanzler Helfferich oder Zimmermann oder gar alle drei hinfahren und alles zurechtrücken. Und dabei wird das anscheinend immer schlimmer und die Zeit der grössten Fragen und der nächstliegendsten Divergenzen zwischen Militär und Politik kommt erst. Diesmal ist es so arg, dass der kleine Lersner[4] heute sogar aus dem Hauptquartier telefoniert der Wutzustand Ludendorffs sei diesmal so gross, dass Helfferich nicht mitkommen könne ohne Gefahr grossen Krachs[5]. Seltsamer Mann, grosse Energien wunderbarer Stratege,

---

[2] Hindenburg beantragte am 8. 12. 1916 beim Kaiser, Ende Januar 1917 den rücksichtslosen U-Bootkrieg zu eröffnen. Am 9. 12. wurde noch einmal ein Kompromiß zwischen OHL und Reichsleitung erreicht: Die Entscheidung über den rücksichtslosen U-Bootkrieg wurde aufgeschoben; bei Ablehnung des deutschen Friedensangebots sollte der verschärfte U-Bootkrieg gegen Handelsschiffe einsetzen. Seit dem 20. 12. forderten Ludendorff und Hindenburg, mit dem verschärften U-Bootkrieg sofort zu beginnen und „unverzüglich in Besprechungen über den rücksichtslosen U-Bootkrieg einzutreten". Beide betonten dabei, daß die Entscheidung in der U-Bootfrage bei der OHL liege. Die schroffe Forderung der OHL führte zu einer scharfen Auseinandersetzung mit Bethmann und dem Ausw. Amt, die den rücksichtslosen U-Bootkrieg ablehnten und mit der Ankündigung des verschärften warten wollten, bis eine formelle Antwort der Entente auf das deutsche Friedensangebot vorliege. Zur Beilegung der Differenzen reisten Bethmann, Zimmermann und Helfferich am 28. 12. ins Große Hauptquartier. Am 29. 12. wurde eine Einigung erzielt: Man legte den Wortlaut der Note fest, mit der den USA nach Eintreffen der Antwort der Entente der verschärfte U-Bootkrieg gegen Handelsschiffe angekündigt werden sollte. Ritter, Bd. 3, S. 368 ff.; Birnbaum, S. 234 ff., 276 f.

[3] Vgl. Anm. 2. Telegrammwechsel zwischen OHL und Reichsregierung 20.—26. 12. 1916 in WUA 2, Beilagen, S. 211 ff.

[4] Kurt Frhr. v. Lersner (1883—1954), Legationssekretär, 1916—1918 Vertreter des Ausw. Amts bei der OHL, seit April 1918 Legationsrat im Ausw. Amt.

[5] Zur Reise Bethmanns, Zimmermanns und Helfferichs ins Große Hauptquartier vgl. Anm. 2. Ludendorff erklärte Lersner, Helfferich habe bei der OHL jedes Vertrauen verloren. Bei der Ankunft in Pleß wurden der Kanzler und seine Begleiter im Auftrag Hindenburgs von Lersner empfangen, der Bethmann mitteilte, Hindenburg werde ihn und Zimmermann empfangen, nicht aber Helfferich. Bethmann wies dies zurück und setzte durch, daß Helfferich an den Besprechungen teilnahm. Insgesamt war der Empfang des Kanzlers durch die OHL eisig und verletzend. Bethmann an Valentini 31. 12. 1916, Valentini, S. 241 ff.; Helfferich, Bd. 2, S. 396 ff.; Birnbaum, S. 283 ff.; Ritter, Bd. 3, S. 373.

politisches Kind ganz ungebildet, entdeckt die selbstverständlichsten Dinge als ganz neue leider auch oft die verkehrtesten aber durchaus loyal — und schliesslich ist es besser, er schickt offen unwirsche Telegramme als intriguiert hinten herum, wie das Falkenhayn gethan hätte.
Heute kamen grosse Karten mit den Kriegszielen der OHL in Ost und West. Dazu ein klassisches Schreiben[6]. Im Westen ganz vernünftig[7], im Osten phantastisch. Grodno Wilna Lomza Bialystok Brest-Litowsk deutsch also ein grosser Zipfel nach Süden um Polen herumreichend und von Polen im Westen und Norden doch ein dicker Strich weggenommen. Entweder gründet man ein Polen oder lässt es. So etwas aber kann man nicht machen. Und das müsste auch Ludendorff der doch immer im Osten war, im Verlauf des Krieges gelernt haben. In dem Schreiben aber heisst es weiter — Rumaenien, die Moldau zwischen Oesterreich und Russland am Sereth zu teilen (das geht) und die Walachei „nach Art einer römischen Provinz" von Deutschland abhängig. Wo ist die klassische Bildung der Offiziere hin, die Preussen mit gemacht und beseelt hat?
Und das alles auf Grund der jetzigen Kriegslage.
Dass alle die hohen Militairs keine Ahnung haben, dass auf Grund dieser Kriegslage mit den Bundesgenossen am Bein nicht ein Zwanzigstel zu erreichen ist! Da werden noch furchtbare Kämpfe kommen. Wenn man erst einsehen muss, dass man nicht diktieren kann, wenn der Gegner nicht niedergerungen, ja dass bei der jetzigen Lage und bei Verhandlungen auf ihrem Boden überhaupt kaum noch mit Sicherheit zu entscheiden ist, wer der stärkere oder der am wenigsten geschwächte ist. Ja wer heute wüsste, wie viel wir alles in allem genommen stärker sind als die Gegner, wie schlecht oder wie gut es denen geht und was die im Notfalle noch aushalten, der hätte leicht, die unbeantwortbare Schicksalsfrage zu beantworten[:] Frieden oder Uboote und noch ½ bis 1 Jahr Krieg[,] der die Gegner vielleicht niederringt uns aber sicher völlig erschöpft.
Ludendorff vor der ungeheuren Komplexität dieser Fragen — Amerika soll nicht zählen, heisst es[8] — wenn England infolge Uboote zusammenbricht — werden wir von England dann bessere Gesamtbedingungen erreichen, wenn wir selbst gleichzeitig von einem mit England engagierten Amerika den Frieden erbetteln müssen.

Helfferich hatte sich die Ungnade der OHL durch seine Bedenken gegen das Hilfsdienstgesetz zugezogen. Feldman, S. 197 ff., passim; Tgb. 22. 11. 1916, Anm. 11.

[6] Schreiben an den Kanzler vom 23. 12. 1916, Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 435; Karten in PA, Wk 15 geh., Bd. 2. Vgl. dazu Steglich, Bündnissicherung, S. 157 f.; Ritter, Bd. 3, S. 352 f.

[7] Gefordert wurden strategische Grenzberichtigungen in Elsaß-Lothringen, das Kohlenbecken von Longwy-Briey mit einem Vorland im Westen zu seiner Sicherung, das belg. Erzbecken von Arlon (nördl. von Briey), Luxemburg, in Belgien der Maasübergang von Lüttich und ein Aufmarschgelände westl. der Festung, eventuell Stützpunkte an der flandrischen Küste; das restliche Belgien müsse „in engste Abhängigkeit von uns kommen".

[8] Vgl. Janßen, Treutler, S. 210.

690 Berlin. 6. 1. 17

Die Note der Entente seit einer Woche da[1]. Seltsames Schriftstück. Grob aber nicht aus Stärke. Schroffe Ablehnung und doch gleichzeitig ⟨Vorsicht, zwar nicht⟩[a] in den Bedingungen, vor dem eigenen Volk.
Ich glaube wir müssen doch fest und stark antworten, damit die anderen Angst vor ihrer Courage kriegen und bedauern abgelehnt zu haben. Das muss zu inneren Krisen führen und dann kommen die Friedensministerien.
Oest[erreich]-Ungarn neigt natürlich zur Schwäche. Hat anfangs in der Presse milder erwidert als wir. Die müssen noch einmal und wenn es auch nur ein letzter Bluff sein sollte, aufgerichtet werden.
Die Unterwassertorpedierung der bewaffneten Handelsschiffe an Amerika mitgeteilt[2]. Über die Wirkung auf die Tonnagezahlen Stimmen geteilt, ebenso über die eventuelle Wirkung des rücksichtslosen. Capelle rät, das Zehnmal zu überlegen und bei der alten Schätzung von 600 000 Tonnen zu bleiben, die anderen gehen viel höher.
Ich glaube, es ist gut, dass wir das gemacht haben und zwar noch vor der Antwort der Entente an Wilson[3] — wird die milde, so wäre es zu spät.
Und hat man die bewaffneten einmal einbezogen, so kann man doch unter Wasser weiter verschärfen.
Elend ist zuzusehen, wie die ungeheuren Zukunftsmöglichkeiten, Polen, Wirtschaftsbündnis mit Oesterreich etc teils an der Tücke der Kleinigkeiten, teils in dem passiven Widerstand und der Enge der Ressorts ersticken. Es muss immer wieder getrieben werden. Geht irgend etwas schief, so heisst es gleich, es geht eben nicht — weil all den Bürokraten das Feuer und der Glaube fehlt.
Oest[erreich-] Ungarn gegenüber müssen wir large sein — man muss mit den Interessen der Leute denken und die eignen nicht auf heute sondern auf übermorgen einstellen — nicht an die Interessen der Spielwarenindustrie denken und der Fabrikation von Badeandenken — sondern an das gesamte grosse was dann wachsen kann und wachsen wird — wenn die Aufrichtung dieses Reiches in Grund- und Umriss gelingt und so gelingt, dass es in den nächsten 100 Jahren nach den kleinen Staaten zu zuwachsen kann.
Es liegt doch auf der [Hand][b], dass der ganze wirtschaftliche Wiederaufbau in dem grossen Wirtschaftsgebiet viel leichter ist als in dem

[a] Ursprünglicher Wortlaut „Rückzug, insbesondere"; gestrichen.
[b] In der Vorlage versehentlich „Bau".
[1] Vgl. 23. 12. 1916, Anm. 2.
[2] Vgl. 29. 12. 1916. Am 4. 1. 1917 wurde Bernstorff angewiesen, die entsprechende Ankündigung zu machen und ein Memorandum der deutschen Regierung über die bewaffneten Handelsschiffe zu überreichen. WUA 2, Beilagen, S. 40; Foreign Relations 1917, Suppl. 1, S. 83 ff.
[3] Vgl. 23. 12. 1916. Die Antwort der Entente erfolgte am 10. 1. 1917. Foreign Relations 1917, Suppl. 1, S. 5 ff.

kleinen, dass, wenn es nicht jetzt gemacht wird, es später unmöglich ist, wenn erst einmal sich alles wieder auf das isolierte Leben eingestellt hat.
Es ist doch klar, dass das isolierte Leben des kleinen Deutschland in der Mitte Europas nur auf Jahrzehnte haltbar ist, den grössten Gefahren ausgesetzt bleibt und eine ganz grosse Zukunft nicht haben kann.
Die engl[ischen] Zeitungen schreiben, England könne nicht Frieden machen, weil die Deutschen wenn sie glimpflich herauskämen, dieses Reich ohne Störung errichten können. Das ist durchaus richtig und diese hellhörigen Imperiumkenner wissen, worauf es ankommt. Sie vergessen aber die Ressorts und die heutige Enge des ehemals so weiten deutschen Geistes.

Ergänzungstagebuch 8. 1. 17.

Czernin abgereist[1]. Ganz gut und loyal. Aber in Polen ist nicht vorwärtszukommen. Die Oest[erreicher] haben eben noch nicht erkannt, dass sie Galizien sowieso verloren haben und stehen auf dem freilich begreiflichen Standpunkt, dass sie nicht angesichts von ganz Europa aus Polen herausgehen können etc es wird also weiter gewurstelt und die Entscheidungen vertagt. Das Condominium bleibt also. Hintergedanken bei beiden Teilen, die Erfüllung des gegebenen Versprechens den Russen aufzuerlegen oder vielmehr zu überlassen.
Bleibt das Condominium, so müssen wir, wenn nicht alles schief gehen soll ganz eng mit Oest[erreich] Ung[arn] zusammen. Soll Polen an beide angeschlossen werden, so müssen die beiden ein Eines sein. Dann geht es immer noch und die ganz grosse Zukunft bleibt offen. Aber schliesslich wird sie doch hier entschieden und wenn wir das nicht in dieser oder jener Form durchsetzen, bleiben wir doch in der Rolle des lavierenden Territorialstaats.
Die[a]

---

[a] An dieser Stelle bricht die Eintragung ab.

[1] Ottokar Graf Czernin von und zu Chudenitz (1872—1932), 1913—1916 österr.-ungar. Gesandter in Bukarest, 22. 12. 1916—14. 4. 1918 Minister des Äußeren. Czernin hielt sich am 6./7. 1. 1917 zu Besprechungen über die Note der Entente vom 30. 12. 1916 (vgl. 6. 1. 1917) und über Polen in Berlin auf. Deutschland hatte gleich nach dem Amtsantritt Czernins die poln. Frage wieder angeschnitten und die Vereinheitlichung Polens unter deutscher Führung beantragt. Eine Einigung über die künftige Gestaltung des poln. Staates und sein Verhältnis zu den Mittelmächten wurde in Berlin nicht erreicht. Vorerst sollte der augenblickliche Zustand, d. h. die getrennte Verwaltung der beiden Generalgouvernements, bestehen bleiben. Die militärische Führung wurde Deutschland zugestanden. Czernin verzichtete auf die austropoln. Lösung, war aber nicht bereit, den Anschluß Polens an Deutschland zuzugeben. Protokolle der Konferenzen in WUA 2, Beilagen, S. 199 ff., und Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 460—462; Conze, S. 258 f.

691 Berlin. 9. 1. 17.

Wieder der Buchstabe U. Der Kanzler gestern nach Pless gefahren[1]. Die längst vorbereitete Note wegen der bewaffneten Handelsschiffe ist vorige Woche abgesandt, aber so dass ihre Übergabe noch nicht sicher ist. Bis übermorgen wird wohl Antwort von Bernstorff da sein[2].
Nun hat sich auf einmal herausgestellt dass die Marine unter dem 22ten an die OHL geschrieben hat, dass die bewaffneten Handelsschiffe nichts ausmachen eine Steigerung durch ihre Einbeziehung nicht zu erzielen sei. Vorher hatte sie immer darauf gedrängt[3].
Dem Kanzler hat die Marine davon nichts gesagt und ganz ruhig die Besprechung am 29ten abgehalten wo die Note verabredet wurde in Pless[4]. Noch seltsamer, die OHL die dies Schreiben der Marine am 22. erhalten hat, zeigt [es] am 29ten nicht her — aber wohl aus einem Zufall von Bummelei. Nun kommt ein geheimer Abgesandter aus dem Stabe des Flottenchefs und teilt mit, er wolle RK[a] über das Katz und Mausspiel das die Marine spiele informieren und offen Bescheid sagen, dass eine Unterscheidung ob bewaffnet oder unbewaffnet vom getauchten Boot unmöglich, also Irrtümer unvermeidlich, also demnächst auch unbewaffnete (NB: natürlich auch neutrale) getroffen werden. Wenigstens offen und ehrlich[4a].
Was nun geschieht, weiss ich nicht. Aber seltsam anders als ein langsames hineingleiten in den rücksichtslosen Ukrieg konnte man nach all den Erfahrungen trotz allen Geredes die Sache doch nicht gut sehen. Grosse Spannung wie die Entscheidung gefallen ist.
Wenn man der Marine trauen könnte, so wäre der wilde Ukrieg in diesem Stadium eine feine Sache.

---

[a] Ursprünglich „das AA"; gestrichen.

[1] Am 9. 1. 1917 fand im Großen Hauptquartier die entscheidende Aussprache über den unbeschränkten U-Bootkrieg statt. Vgl. 10. 1. 1917.

[2] Vgl. 6. 1. 1917. Bernstorff erhielt das Telegramm vom 4. 1. am 9. 1. und überreichte das deutsche Memorandum am 10. 1. 1917. Bernstorff an AA, 9. und 10. 1. 1917, WUA 2, Beilagen, S. 42, 45.

[3] Vgl. 23. 12. 1916, Anm. 4. Text der Denkschrift und des Begleitschreibens Holtzendorffs an Hindenburg in WUA 2, Beilagen, S. 225—282. Die Marine empfahl darin dringend die Eröffnung des unbeschränkten U-Bootkriegs bis zum 1. 2. 1917. Bei einer sicher zu erwartenden Versenkungsziffer von 600 000 t monatlich könne England in fünf Monaten zum Frieden gezwungen werden. Der U-Bootkrieg nur gegen bewaffnete Handelsschiffe werde dagegen keinen durchschlagenden Erfolg erzielen. Dem Kanzler überreichte Holtzendorff die Denkschrift und eine Kopie seines Schreibens vom 22. 12. 1916 am 5. 1. 1917. Ritter, Bd. 3, S. 376; Stegemann, S. 57 ff.

[4] Vgl. 29. 12. 1916.

[4a] Wahrscheinlich ist die Unterredung des Kanzlers mit Kapitän z. S. Magnus v. Levetzow, Chef der Operationsabteilung im Flottenkommando, vom 8. 1. 1917 gemeint. Levetzow kam im Auftrag Scheers, um Bethmann vor einem Mittelweg in der U-Bootfrage zu warnen. Die Demarche sollte dazu dienen, die Entscheidung für den U-Bootkrieg durchzudrücken. Levetzows Auftreten selbst bei Bethmann war nicht ganz eindeutig. Stegemann, S. 48.

Draussen fragt natürlich alles[:] Kommt er? Giebt es, wenn er nicht kommt, eine Krise. Gar nichts zu machen, ist schwierig. Aber schliesslich kann man alles Geschrei aushalten, solange ganz oben die Nerven halten.
Traurig die Presse der sogenannten nationalen Kreise. Verstand und politische Bildung null. Reventlow hat vorgestern einen sehr amüsanten Veitstanz gekriegt, weil Gerard, echt amerikanisch bei einem Toast sämtliche vorhandenen Porzellantöpfe zerteppert hat. Er sagte, die Beziehungen der beiden Länder wären ausgezeichnet und würden so bleiben, solange so ausgezeichnete Menschen die Geschicke Deutschlands leiteten, wie der Kanzler Hindenburg Ludendorff Capelle Holtzendorff und Müller. So viel Worte, so viel Porzellan[5].
Überall Diktaturbestrebungen. Eisenbahn[6], Ernährung[6a] Gen[eral-]Gouvernement, weil die Soldaten nun einmal glauben, sie verstünden alles ohne Vorbildung, und dabei immer aus dem Mustopf kommen und ganz naiv hinter die einfachsten Wahrheiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens als hinter ganz neue Entdeckungen kommen. Auf einmal wird verlangt, dass die gedeckten Waggons in offene umgebaut würden, die zu wenig wären und eine Offizierskommission würde das sachverständig untersuchen. Unsinn, geht gar nicht, ausserdem sind die gedeckten Waggons erst recht zu wenig, und so geht es fort.
Von dem dauernden Kampf gegen all das, merkt niemand ausser [wer es] weiss und doch ist es das schwerste Stück Arbeit.
Wahres Wunder, dass das deutsche Volk an diesem Dilettantismus, an den das Volk unerschütterlich glaubt, weil er eine Uniform anhat, nicht Schiffbruch leidet. Er wird immer wieder vermieden, trotz enormen Schadens. Aber eigentlich ist er naturnotwendig. Das schlimmste ist, dass es für das Volk militärische Fehler kaum giebt, diese Ursache also dem öffentlichen Geist ewig verborgen bleibt, also auch nicht korrigiert wird. Auch in Zukunft nicht. Polen! Was ist da im Begriffe, an Zukunftsgrösse verloren zu gehen und schliesslich sind lauter kleine Fehler schuld und eben die kleinen Betätigungen des Geistes, gegen den alle Verständigen und Wissenden geredet und geredet haben. Wo wird die Geschichte die Ursache des Fehlschlags sehen? In nichts anderem, als einem falsch angelegten Plan. Mit Recht, der Fehler des Plans aber war, nicht

[5] Rede Gerards auf einem Festmahl der amerik. Handelsgesellschaft in Berlin am 6. 1. 1917. Wippermann 1917, Bd. 1, S. 60 ff.; Helfferich, Bd. 2, S. 399 ff. Dazu Artikel Reventlows in der Deutschen Tageszeitung, Nr. 12, 8. 1. 1917, „Das Fest für Mr. Gerard": „... das Gepräge der ganzen Feier scheint uns zu zeigen, daß die Vereinigten Staaten ihr politisches Ziel Deutschland gegenüber erreicht haben und daß diese Tatsache in Berlin durch eine große Kundgebung gefeiert worden ist."

[6] Im Zusammenhang mit einer akuten Transportkrise im Winter 1916/17 (vgl. 14. 2. 1917, Anm. 4) forderte Groener die Übertragung der Aufsicht über die Eisenbahnen an das Kriegsamt und stieß dabei auf den energischen Protest von Breitenbach. Seit Dezember 1916 kam es deswegen zu harten Auseinandersetzungen. Bethmann stellte sich hinter Breitenbach: man versuche, schrieb er am 31. 12. 1916 an Valentini, „das gesamte Staatsleben zu militarisieren". Valentini, S. 245; Feldman, S. 253 ff.

[6a] Vgl. 26. 1. 1916.

mit einer solchen Masse solcher Fehler zu rechnen und an den Geist der Deutschen zu glauben. Ungeheure Tüchtigkeit auf allen Spezialgebieten und gänzliches Versagen, überall, wo wahre Bildung Übersicht über das Menschengetriebe und Perspective not thut — signum des heutigen Deutschen.
Trost: dass die Thorheiten der anderen noch grösser sind — aber was wäre zu erreichen mit einem wahrhaft gebildeten politisch reifen Volk in solcher Krise, wo ringsherum die dicksten Früchte an den politischen Bäumen hängen.
Misstrauen, das für die Marine die Rücksichtslosigkeit Selbstzweck. Unbewusst. Fetisch der rein militärischen Energie. Vielleicht richtet der rücksichtslose Ukrieg weniger aus, wie der Überwasserkrieg — weil dann alles flieht und sich wehrt. Eigentlich empörend, dass der Überwasserkrieg der jetzt so gut geht, immer als unmilitärische Zumutung abgelehnt und verhöhnt wurde, gleichzeitig aber die ganze Marinefronde tobte über die Diplomaten, die die Zeit nicht nutzen wollen und vertrödeln. Dann wurde er von Müller erzwungen und nun geht er[7].

[7] Vgl. 23. 12. 1916.

692 Berlin 10. 1. 17.

Also die Entscheidung ist gefallen — sie war gefallen als der Kanzler hinkam. Der Kaiser Hindenburg Ludendorff alle stürmisch dafür. Hauptargument — militärisch nur mehr Defensive möglich, also 1917 nur Verschlechterung zu erwarten[1].
Der Kanzler hat ja gesagt. Seine persönliche Position ist günstig, er hat immer nur pro tempore nein gesagt — die wachsenden Gründe pro immer selbst hervorgehoben. Leichten Herzens aber hat er nicht zugesagt. Trotz aller Schwüre der Marine Sprung ins Dunkle. Wir haben alle die Empfindung dass diese Frage wie ein Fatum über uns lastet. Folgte die Geschichte den Gesetzen der Tragödie, so müsste Deutschland an dem verhängnisvollen U in dem sich seine ganzen tragischen Irrtümer bisher verkörperten, zugrundegehen.

[1] Vgl. 9. 1. 1917. Der letzte, entscheidende Anstoß für den Entschluß zum rücksichtslosen U-Bootkrieg ging von Holtzendorff aus, der sich am 8. 1. 1917 persönlich an den Kaiser wandte und auch Müller und Capelle überzeugen konnte. Noch am 8. 1. 1917 einigte er sich auch mit Ludendorff und Hindenburg, wobei beschlossen wurde, den Kanzler zu stürzen, falls er ablehne. Am Abend des 8. 1. stimmte der Kaiser zu. Der Kanzler trug am 9. 1. noch einmal alle Gegengründe vor, erhob aber keinen grundsätzlichen Einspruch. Am Abend des 9. 1. wurde im Kronrat beschlossen, den unbeschränkten U-Bootkrieg am 1. 2. ohne weitere Verhandlungen und Vorankündigung zu eröffnen. Der Befehl sollte bis zum letzten Moment geheimgehalten werden und erst am 31. 1. eine kurze Mitteilung an die Neutralen erfolgen. WUA 2, Beilagen, S. 318 ff.; Müller, S. 247 ff.; Bethmann, Bd. 2, S. 137 f.; Valentini, S. 145 f.; Ritter, Bd. 3, S. 376 ff.; Birnbaum, S. 304 ff., 315 ff.; Stegemann, S. 47 ff.

Heute kann der Ukrieg richtig und erfolgreich sein — dass er 1916 Wahnsinn [war][a], wird durch den mit 3 x so viel Booten im Jahr 1917 auch im besten Fall bewiesen werden. Wie es auch kommt, das deutsche Volk wird jedenfalls in Zukunft befreit sein von der schaudervollen Frage: wie wäre es gekommen mit dem rücksichtslosen Ukrieg.
Helfferich sehr unglücklich[2]. Nun darf indes niemand aussteigen. Der Kanzler muss mit gutem Gesicht vorangehen — er ist der einzige der auch die Masse des Volkes halten kann, denn ihm glaubt man, dass er den Krieg nicht leichten Herzens und ohne begründete Hoffnung unternimmt[3].
Alles kommt darauf an, ihn wenigstens klug einzuleiten — in der Antwortnote an die Neutralen (auf die Friedensnote der Entente)[4] muss nochmals betont werden, dass unsere Versicherung auch die Freiheit der Gegner nicht anzutasten, auch an Belgien addressiert war. Wir müssen mit dem Ubootkrieg gleichzeitig diesen Brocken der englischen Friedenspartei, die immer mehr erstarkt hinwerfen und den Amerikanern — und dann mit Gott und vogue le sousmarin. Die englische Politik bewundernswert in allen Kleinigkeiten, im grossen saudumm. Stur, unbeweglich.

[a] In der Vorlage „wird".

[2] Helfferich hatte noch am 8./9. 1. eine ausführliche Entgegnung auf die Denkschrift des Admiralstabs (vgl. 9. 1. 1917) verfaßt und sie dem Kanzler zur Stärkung seiner Position ins Große Hauptquartier telegraphiert. Nach der Entscheidung vom 9. 1. bat er Bethmann um seinen Abschied (er könne „bei aller Treue und Ergebenheit für seine Person diesen Weg nicht mitgehen"). Bethmann konnte ihn am 12. 1. davon abbringen, indem er ihm darlegte, man dürfe jetzt nicht nach außen hin den Eindruck der Uneinigkeit in der Regierung aufkommen lassen. Helfferich, Bd. 2, S. 405 ff.
[3] Ähnlich äußerte sich Bethmann am 12. 1. gegenüber Helfferich, um ihm zu erklären, weshalb er nicht am 9. 1. zurückgetreten sei. Helfferich, Bd. 2, S. 412 f.
[4] Vgl. 23. 12. 1916, Anm. 2. Die deutsche Note wurde am 10. 1. 1917 überreicht. Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 465.

693 Berlin 11. 1. [1917]

Die Note ist fertig und weg. Die Sache mit Belgien hereinzuschreiben also zu spät[1]. Neue unerhörte Hetze mit allen Mitteln. Unsere intellectuelle industrielle etc Oberschicht, ditto der preussische Adel politisch doch heillos ungebildet und schwach.
Unsere Politik in allen Kleinigkeiten sehr unbeholfen, im grossen sehr gut. Umgekehrt wie die englische.
Seltsame Vorgänge in Russland[2]. Ich muss immer an den Roman von Dostojewski denken[3], wo einer weiss, dass er demnächst eine Gemeinheit

[1] Vgl. 10. 1. 1917.
[2] In der Nacht vom 29./30. 12. 1916 wurde Rasputin ermordet. Darauf erfolgte die Entlassung des Premiers Trepow (am 9. 1. 1917) und der Rücktritt des Erziehungsministers Ignatjew. Neuer Premierminister wurde Golizyn. Paves, S. 398 ff.
[3] Evtl. Nikolai Stawrogin in „Die Dämonen".

begehen wird, begehen müsste, sie aber aus lauter Selbstverachtung nicht begeht, aber um sie wie ein Verhängnis zu vermeiden, die grössten Dummheiten macht. Russland weiss, dass es russisch wäre Separatfrieden zu schliessen, und schliesst ihn nicht, ja verschliesst sich die Möglichkeiten aus Angst vor der Selbstverachtung. Dies der unbewusste russische Gemütszustand seit 1½ Jahren.

Ergänzungstagebuch 12. 1. 17.

Die Note ist da[1]. Seit die Militärs erklären dass von nun an jede Offensive und jeder Fortschritt ausgeschlossen — aus Mannschaftsmangel — heisst die Alternative freilich UKrieg oder Frieden. Gebe Gott dass die Geschichte nicht erwiese, dass die zweite möglich und besser war. Das Fatum dieses Krieges wendet alles für alle zum immer noch Furchtbareren. Es wäre tragisch, wenn der Friede nach Westen durch Wilson zu haben ist, die Aussicht darauf und Einsicht aber wieder um eine Woche zu spät geboten wird.
Sturz Greys weil er diesen Weg wollte[2]. 8 Tage darauf das Friedensangebot.
Vielleicht lag es Stürmer gegenüber mit Polen ähnlich[3]. Das Schicksal liegt in den Coincidenzen der Verkettung der Dinge, den elementaren Mächten der Volkssuggestionen.
Man kann in den beiden Fällen freilich einwenden, Grey wäre doch gestürzt, denn er kann gegen die Macht der Northcliffe[4] Leute nicht Frieden schliessen, und Stürmer hätte auch ohne das Polenmanifest sowenig wie vor diesem, das von England in Marasmus gehaltene Russland herumreissen [können].
Der dicke Nebel in dem alle Menschen und ihre Gedanken sich bewegen und der alles verzerrt. Leider bis oben hinauf incl[usive] der OHL.

---

[1] Antwort der Alliierten auf das Vermittlungsangebot Wilsons (vgl. 23. 12. 1916) vom 10. 1. 1917. Foreign Relations 1917, Suppl. 1, S. 6 ff.

[2] Grey hatte wiederholt einem Verständigungsfrieden zugeneigt und war deshalb von den nationalen Kreisen und ihrer Presse scharf angegriffen worden. Am 5. 12. 1916 wurde das Kabinett Asquith gestürzt, am 10. 12. begann das neu gebildete Kriegskabinett unter Lloyd George seine Tätigkeit. Grey gehörte ihm nicht mehr an. Ritter, Bd. 3, S. 304 ff.

[3] Boris Wladimirowitsch Stürmer (1848—3. 9. 1917), 2. 2.—23. 11. 1916 russ. Ministerpräsident, seit dem 23. 7. 1916 auch Außenminister. Das Kabinett Stürmer, dessen Haltung in Berlin zeitweilig Hoffnungen auf einen Separatfrieden weckte, wurde am 24. 11. 1916 durch das Kabinett Trepow ersetzt, dessen Außenminister Pokrowskij den nationalistischen Gruppen der Duma nahestand. Das deutsche Polenmanifest vom 5. 11. 1916 weckte bei der liberalen nationalistischen Opposition der Duma, die immer wieder auf ein russ. Polenmanifest gedrängt hatte, Empörung und verschärfte den gerade damals aus anderen, inneren Gründen ausbrechenden Konflikt Stürmers mit der Duma. Ritter, Bd. 3, S. 276 f., 349.

[4] Lord Alfred C. H. Northcliffe (1865—1922), engl. Journalist und Zeitungsverleger (Daily Mail, Times, Daily Express, Evening News).

Das Groteske der Situation des heutigen Deutschland. Alles genau umgekehrt, als es scheint. In Wahrheit haben wir weder eine unentschlossene noch eine schwache, sondern eine tollkühne Regierung. Berechtigt ist nicht der Vorwurf, dass sie die Kampfmittel aus Schwäche nicht eingesetzt habe — sondern dass sie nicht schon längst Frühjahr 15 den faulen Frieden geschlossen hat.
Hauptgefahr für das Reich der ⟨in die Politik geratene⟩[a] miles furiosus. Aber grade dieser der Götze der öffentlichen Meinung — nicht des unteren Volkes, was begreiflich wäre, sondern der Gebildeten, was unbegreiflich ist.
Die seltsamen Paradoxien des heutigen Deutschland: Eine tollkühne Politik kann nur mit den vorsichtigen Elementen, also mit der Linken gemacht und durchgehalten [werden]. Sie wird ermöglicht durch die Angriffe von rechts wegen zu grosser Zaghaftigkeit.
Die wenigen sehenden in Deutschland haben insgeheim[b] ein Kriegsziel, das ist die Vernichtung des preussischen Militarismus ⟨des politischen⟩[c] oder dessen, was dieser geworden ist, seit der Soldat aufgehört hat gebildet zu sein. Niemand darf es sagen, weil es das englische Kriegsziel ist.
⟨Englaender haben sich das Wort gesagt⟩[d]: mit dem Deutschland Bethmanns können wir verhandeln. Das von Tirpitz ist ein Wahnsinn. Das ist wörtlich richtig. Die grösste Leistung der deutschen Politik ist, das Deutschland Bülows und Tirpitz nicht überwunden aber ⟨doch etwas⟩[e] niedergehalten zu haben.
Leider wird es durch die Unbildung des allen Einflüssen ausgesetzten Ludendorff wieder heraufkommen, unter dem wirksamen Schutze einer ungeheuren strategischen Autorität.

[a] Nachträglich eingefügt.
[b] „insgeheim" nachträglich eingefügt.
[c] Nachträglich eingefügt.
[d] Die ursprüngliche, aber gestrichene Version dieses Satzes: Die Englaender haben sich als Brücke für den Frieden das Wort gebaut.
[e] Nachträglich eingefügt.

Ergänzungstagebuch 17. 1. 17.

Beratungen über die Art, wie der ⸸[a] Ukrieg Amerika gegenüber einzuleiten[1]. Ankündigung oder Verhandlungen. Ungeheuer schwierig. Sicheres Urteil nicht möglich. Beides viel für sich.
Nötig in jedem Falle den Glauben zu erwecken, dass man nun sicher ist in verhältnismässig kurzer Zeit England zu erledigen und eine ungeheure Tonnenzahl zu vernichten. Vielleicht sieht sich dann Amerika

[a] Dieses Zeichen so in der Vorlage.
[1] Vgl. 10. 1. 1917, Anm. 1.

die Sache zunächst an. Mein Vorschlag, anzukündigen als Ausnahmemassregel für drei Monate. Das ist für die Neutralen immerhin leichter zu fressen[,] haben sie es gefressen, fressen [sie][b] auch jede Verlängerung, wenn die Sache durchgreift — und wenn nicht, so brauchen wir die Brücke.
Viel wird uns dann auch eine Brücke freilich nicht helfen.
Wir malen uns auf der Karte, wie Deutschland aussehen wird, wenn die Sache nicht hilft. Zertrümmert, Bankrott und in Revolution. Aber wenn die Angaben der Marine nur halbwegs stimmen, müsste[c] es gehen.
Sehr schwierige Aufgabe für die innere Situation.
Die Fronde wird alles thun, um den Ukrieg als ihre Sache hinzustellen und zu sagen, ihr Programm würde endlich verwirklicht werden — gegen den Kanzler. Vielleicht wird man vorsichtigerweise gleich vorbauen, und sagen, vielleicht zu spät. Und Tirpitz wird nach seiner bekannten Manier sicher sagen, jetzt sei es zu spät und der Ukrieg 1916 wäre besser gewesen als der 1917 trotz des polizeiwidrigen Blödsinns einer solchen Behauptung. ⟨geht eben heute abend in der D[eutschen] T[ages] Z[eitung] bereits an.⟩[d2]
Für Sonntag plant die Fronde eine grosse Circusversammlung[3]. Wir andererseits müssen dafür sorgen, dass die Linke sich nicht principiell festlegt, rechtzeitig sich auf den Boden des Ukriegs 1917 stellt und den anderen an den Kopf wirft, dass der Ukrieg 1915 ein Verbrechen und 1916 eine Gewissenlosigkeit gewesen wäre — bei den damaligen Zahlen der Uboote und der Gesamtweltlage.
Gelingt das nicht, lässt sich die Linke verführen zu behaupten der Kanzler sei umgefallen, so ist er erledigt und das zukünftige Deutschland verfällt, wenn der Ubootkrieg hilft rettungslos dem Wahnsinn und der Ideologie der Gewalt um der Gewalt willen, dann ist es mit dem Weltreich vorbei wir bleiben Territorialstaat. Gelingt er nicht so ist völlige Umwälzung sicher.
In jedem Falle ist eine ruhige Entwicklung nur möglich, wenn die Linke mitmacht.

---

[b] „[sie]" vermutlich von Walter Riezler eingefügt.
[c] Verbessert aus „muss".
[d] Nachträglich am Rand eingefügter Satz.

[2] Deutsche Tageszeitung, Nr. 30 (Abendausgabe), 17. 1. 1917, „Aussichten": Eine günstigere Konstellation für den U-Bootkrieg als im Frühjahr-Sommer 1916 sei nicht denkbar.
[3] Die „Kanzlerfronde": die nationalistischen Kriegszielgegner Bethmanns, vgl. Koschnitzke, S. 144. Am 19. 1. 1917 fand eine Versammlung des „Unabhängigen Ausschusses für einen Deutschen Frieden" statt. Das Thema lautete: „Durch deutschen Sieg zum deutschen Frieden"; es redeten Westarp, Schäfer, Stresemann, Dr. Pfleger und Dr. Traub. Die Reden wurden gedruckt und verbreitet. Um eine vorzeitige innen- und außenpolitisch belastende Agitation für den U-Bootkrieg zu verhindern, hatte das Ausw. Amt die Vertreter der Rechten gebeten, nicht öffentlich auf diesen Bezug zu nehmen — woraus die Rechte mit Sorge und Erregung schloß, der U-Bootkrieg solle auch jetzt noch nicht beginnen. Auch hinsichtlich der Versammlung am 19. 1. war eine entsprechende Bitte an Westarp ergangen. Westarp, Bd. 2, S. 153, 167; Schäfer, S. 209.

Ergänzungstagebuch 21. 1. 17

Also am 27ten wird die Ankündigung gemacht und am 1.ten geht es los[1]. Quod deus bene vertat.
Die Linke mitzubekommen wird gelingen[2] — trotz der heftigen Bewegung unter Vorantritt der übelsten Hetzer von rechts her.
Nur der Kanzler kann die Sache machen und vertreten, weil man nur ihm glaubt, dass er kein Abenteurer ist, und dass ein anderer Weg nicht offen steht.
Die Lage in der polnischen Frage wird immer trauriger:
Zwischen Ludendorff und dem A.A. Schriftwechsel in der Eidfrage, ohne Resultat[3]. Ludendorff besteht darauf, dass die Polen auf den Kaiser schwören. Beseler Kuk[4] haben eine Formel verabredet — „auf die Krone Polens" oder so ähnlich. Den Oesterreichern ist zugesagt, dass wir alles thun um die zweite Formel zur Annahme zu bringen. Auf den Kaiser ist auch für sie nicht möglich, weil dann Carl[5] als der zweite erscheinen müsste.
Das ginge eventuell. Dass man aber von den Polen, sentimentale Ideologen wie[a] sie sind, nach der ganzen Geschichte den Schwur auf den

[a] Von Walter Riezler am Rand das in der Vorlage stehende Wort „wenn" durch das hier passendere Wort „wie" ersetzt.

[1] Vgl. 10. 1. 1917. Die Ankündigung des unbeschränkten U-Bootkriegs erfolgte am 31. 1. 1917.

[2] Vgl. 17. 1. 1917. Bethmann versuchte, durch persönliche Unterredungen mit Vertretern der SPD und des Fortschritts diese beiden Parteien von der Notwendigkeit des U-Bootkriegs zu überzeugen oder zumindest zu vermeiden, daß sie im Reichstag offen Widerspruch erhoben. Das Ergebnis faßte Bethmann in einem Brief an Valentini vom 22. 1. folgendermaßen zusammen: „Payer und seine Freunde werden mitmachen. Die Sozialdemokraten sind erschüttert, wollen sich aber fügen, wobei sie betonen, daß ihnen das nur möglich sei, wenn ich nicht demissioniere." Valentini, S. 247. In den Sitzungen der Budgetkommission vom 31. 1.—1. 2. 1917 machte der Sprecher der SPD noch einmal alle Zweifel und Einwände seiner Partei geltend, mit Rücksicht auf die militärische Lage denke die Partei aber nicht daran, „der Durchführung Schwierigkeiten machen zu wollen". Fraktionsprotokolle SPD, Bd. 2, S. 243 ff.; David, Kriegstagebuch, S. 218; Westarp, Bd. 2, S. 156; Scheidemann, Memoiren, Bd. 1, S. 388 ff.

[3] Am 23. 10. 1916 schlug Beseler vor, die poln. Rekruten auf das „polnische Vaterland" und den deutschen Kaiser zu vereidigen. Am 1. 11. wurde diese Formel zusammen mit den Österreichern in einen Eid auf beide Kaiser „als den beiden Bürgen des polnischen Staates" abgeändert. Auf den Protest poln. Nationalisten hin vereinbarten Beseler und Kuk am 25./26. 11. eine neue Eidesformel auf das „Königreich Polen" und den „künftigen König", ohne Erwähnung der beiden Kaiser. Text bei Conze, S. 256, Anm. 81. Dem stimmten alle außer Ludendorff und Hindenburg zu. Für Österreich, das eine Eidesformel auf beide Kaiser nicht durchbringen konnte, trat Czernin am 6. 1. 1917 (vgl. 8. 1. 1917) für die Formel Beselers und Kuks ein; Bethmann sagte zu, er wolle versuchen, diese Formel bei der OHL durchzusetzen. Am 20. 1. lehnte Hindenburg jedoch den Vorschlag erneut ab. Conze, S. 255 ff.; Schriftwechsel 17.—20. 1. 1917 in PA, Wk 11 b adh., Bd. 3.

[4] Carl Kuk, österr.-ungar. Feldzeugmeister, Mai 1916—April 1917 Militär-Generalgouverneur in Lublin.

[5] Karl I. (1887—1922), 21. 11. 1916—11. 11. 1918 Kaiser von Österreich und König von Ungarn.

Kaiser verlangt, ist Unfug der unbeugsam uneinsichtigen Militairs und bedeutet nichts anderes, als dass die Armeebildung, von der die Gangbarkeit des ganzen Weges für die Zukunft abhängt, verhindert wird. Und dabei haben die Militairs gerade um ihretwillen zu allem getrieben, freilich dann durch Überstürzung alles wieder verdorben.
Eine solche Sache anfangen, bei der von vornherein alle Schwierigkeit klar war, die enorme Zerfahrenheit des Landes und die sensible Ideologie des Volkes, dazu die Kriegshärten und die notwendige Ausbeutung des Landes etc — und sie dann nicht mit grösster Umsicht und Vorsicht führen, sondern bald so, bald so, militärische Dilettanten hineinpfuschen lassen, zulassen dass das preussische Abgeordnetenhaus im entscheidenden Moment redet und demonstriert, wie es gethan hat[6] — und dann bei dem ersten Fehlschlag oder Schwanken, die Linie wieder verlassen — zeigt eben, dass hier einem Sekundaner eine Examensarbeit für Oberprima vorgelegt worden.
Ludendorff hat die Sache längst innerlich fallen lassen will sie nun offenbar zerschlagen — was er an die Stelle setzen will, ist unklar und sicher verkehrt — muss zur Rückgabe an Russland oder zur Teilung zwischen den Dreien führen.
Vielleicht nötig, gewiss aber für die wahre Grösse Deutschlands ein Unglück und ein Versagen.

[6] Vgl. 22. 11. 1916.

Ergänzungstagebuch 25. 1. 17.

Nun geht es also demnächst los. Der Marine, die viel von dem ersten Schrecken hofft, müssen noch einige besonders harte und grausame Details abgerauft werden, die den Amerikanern es ganz unmöglich machen nicht sofort den Krieg zu erklären. Die Sache wird unabsehbar. Sieg oder Untergang.
Gestern beim Kanzler, lange über das Deutschland nach dem Kriege.
Es ist klar eine wirklich grosse Politik nach aussen, in dem bekannten Sinne einer europäischen Hegemonie[a], lässt sich nur mit der Linken und nach einer Krise des öffentlichen Geistes machen.
Der Kanzler sieht alles schlimme darin, dass diese Linie mit den herrschenden Gewalten in Preussen, dem Hofe den Generälen, dem preussischen Beamtentum nicht zu gehen sei — eine Regierung die diesem ganzen Geist den Kampf ansagen könne, gäbe es nicht, das könnte ein Bismarck der fehlte — bei dem ganzen Aufbau des Staates ist nicht viel mehr als ein Vermitteln möglich, ohne Vorangehen im Kampf. Die im Kriege hinaufgekommenen Tüchtigen, wie Ludendorff Gröner, Bombenenergie, krasseste Unbildung, gar keinen Zusammenhang mit dem geisti-

[a] Ursprünglich „Idee"; gestrichen.

gen im deutschen, schliesslich doch ein amerikanisierter Typus — enge. Hindenburg mit seiner enormen Autorität, ein doch ganz im Preussentum steckender Particularist.
Preussische Wahlrechtsfrage — er könne kein Pluralwahlrecht bringen und ein liberaleres sei nicht zu machen. Ein Reichskanzler von dem Genre Ludendorff Gröner, werde irgend etwas zusammenstoppeln und das werde auch gehen.
Ich sage ihm, dass die Linke ungeheuer stark wird, dass jede Regierung die sich ihr entgegenstellt, alles in Gefahr bringt — die ganze Kritik an dem System zugleich die 8 Milliarden Steuern die alte Armee existiert nicht mehr — es gäbe eine ganze andere Welt und wenn die nicht geleitet wird, wenn niemand der führen kann sich an die Spitze stellt, kommt es viel schlimmer.

694 Berlin 31. 1. [1917]

Inzwischen siehe schwarzes Buch.
Die Ubootnote heute übergeben und heute im Reichstag besprochen[1]. Voller Degout nach hause. Dieses Gequatsche und jetzt diese Angst, man sieht es den Bassermann etc ordentlich an wie sie schlottern und schon daran denken, die Verantwortung für alles was kommt, dem Reichskanzler zu überlassen. Der sie auch zu tragen hat!
Furchtbares Fatum. Man kann der Marine nicht glauben, und man kann ihr den Glauben nicht versagen. Die Unverschämtheit mit der die Leute jetzt noch in ihren Denkschriften den Ukrieg 1915 und 1916 rechtfertigen wollen, die oberflächlichen Statistiken von der englischen Aushungerung nach Principien, bei deren Richtigkeit wir selbst seit 2 Jahren verhungert sein müssen[2].
Und doch wenn die Tonnenangaben stimmen, muss es gehen, freilich wird der Friede, wenn Amerika auf der anderen Seite ist, damit nicht besser.
Dem Kanzler dankt den Entschluss niemand. Geht es gut, heisst es, Tirpitz war der Retter, geht es schief, wird der gleiche Mann, dem sie Schonung der Feinde vorgeworfen haben, verflucht weil er sich dazu hergegeben hat. Situation im Innern verteufelt schwierig. Es muss alles geschehen, um Soz[ial]Dem[okraten] zu halten. Die ganze Richtung des Kanzlers steht auf schwachen Beinen. Helfferich zieht durchaus manchesterlich nach rechts. Loebell (Kindermann) ein Trottel läuft, wie sein

[1] Am 31. 1. 1917 wurde den neutralen Staaten eine Note mit der Ankündigung des unbeschränkten U-Bootkriegs und eine erläuternde Denkschrift überreicht. Schultheß 1917/I, S. 78 ff.; WUA 2, Beilagen, S. 69 ff.; Foreign Relations 1917, Suppl. 1, S. 97 ff. Am 31. 1. bis 1. 2. wurde der Entschluß zum rücksichtslosen U-Bootkrieg in der Budgetkommission mitgeteilt und besprochen. Schultheß 1917/I, S. 86 ff.; Hanssen, Bd. 1, S. 235 ff.; Westarp, Bd. 2, S. 153 ff.
[2] Vgl. 9. 1. 1917.

Meister verführt durch das Bravo der Konservativen im Abgeordnetenhaus dem von der Entente bestochenen Korfanty[3] bereitwillig auf den Spiess[4].
Die Mil[itär] Diktatur wird immer schlimmer. In Polen ruiniert die linke Hand, was die rechte aufbaut.
Zimmermann hat sich heute in der Kommission zu tode geschwätzt, als Korpsstudent und Prolet[5]. Das ist ein Staatsmann. Wie konnte der Kanzler den Jagow gehen lassen — er ist eben schwach.
Das Tragische dabei ist, dass er recht hat zu bleiben, denn geht er, kommt der komplette Wahnsinn und die grandioseste Unbildung im entscheidenden Moment zur Leitung und dann geht Deutschland vollauf zu grunde.
Seltsame Ironie des Schicksals, dass dieser grosse harte Mann, ernsthaft und besonnen, mit dem wärmsten Herzen, die tollkühnste Politik führen und decken muss — dass er, das beste Deutschlands im Herzen nur dazu herhalten muss, die Masse des Volkes, das einzige grosse und verehrungswürdige an dem heutigen Deutschland, bei der Politik der Ludendorff und Tirpitz etc zu halten. Möchte es anders sein und die Uboote zum Erfolg führen.
Die auffallende Demarche Wilsons durch House vom 28.ten[6]. Aufforderung Vertrauen zu haben, die Bedingungen mitteilen — doch wohl nur um zu dilatieren. Aber das Fatum was über allem schwebt, legt den Gedanken nahe, Wilson hätte doch vor, auf die anderen zu drücken und könnte es und das wäre 100 x besser wie der U-krieg.

ΔAIMΩN
TYXH
ANAΓKH
Dies die Urmächte

---

[3] Wojciech Korfanty (1873—1938), Führer der Polen-Fraktion im Reichstag (1903—1912) und im preuß. Abgeordnetenhaus (1913—1918).

[4] Auseinandersetzung zwischen Loebell und Korfanty bei der 1. Lesung des Etats im preuß. Abgeordnetenhaus am 19. 1. 1917. Korfanty kritisierte die preuß. Polenpolitik, die sich auch nach der Polenproklamation nicht geändert habe. Loebell hielt ihm in einer recht emotionalen Antwort seine Undankbarkeit gegenüber der Sorge der preuß. Regierung für die Polen vor: „Sie sollten noch heutigen Tages Gott auf den Knien danken, daß Sie zu solcher Entwicklung gekommen sind!" Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1916/17, Bd. 3, Sp. 3112 ff.

[5] Rede Zimmermanns in der Budgetkommission des Reichstags (vgl. Anm. 1) über die Notwendigkeit des unbeschränkten U-Bootkriegs und die mutmaßliche Wirkung auf die Neutralen. Wiedergegeben bei Hanssen, Bd. 1, S. 237.

[6] Am 28. 1. traf in Berlin ein Telegramm Bernstorffs ein, Wilson habe durch House vertraulich seine Bereitschaft zur Friedensvermittlung angeboten. Deutschland möge seine Friedensbedingungen mitteilen und erklären, ob es bereit sei, auf der Grundlage seiner Senatsbotschaft vom 22. 1. 1917 zu verhandeln. Er sei überzeugt, noch vor der Frühjahrsoffensive eine Friedenskonferenz herbeiführen zu können. Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 475; Ritter, Bd. 3, S. 397 ff.

Man hat eine Unterschrift unter ein Papier gesetzt, von dem [man] nicht weiss enthält es das eigene Todesurteil oder die Annahme einer Millionenerbschaft.
Wilhelm der Ganz grosse oder Wilhelm der letzte.

695 B[erlin] 14. 2. 17.

Der Ukrieg geht bis jetzt besser, als die Gegner dachten — und Amerika zögert. Will nicht mit Wien brechen und nimmt in seinem naiven Hochmut wahr, dass es eigentlich doch die Amerikaner auch durch Krieg nicht schützen kann[1].
Gestern war bei RK grosse Sitzung in der polnischen Eidfrage, wo Ludendorff nicht nachgeben will[2]. Ganz gleichgültige Formsache, ob die polnischen Freiwilligen auf die Krone Polens oder auf die beiden Kaiser schwören sollen — Ludendorff capriciert sich auf den Kaisereid, den weder die Polen schwören noch die Oesterreicher zugeben wollen. Wird dadurch die Gründung der Armee vereitelt, so fällt[a] die ganze bisherige Polenpolitik ins Wasser, zur Freude der Entente und Oesterreichs und nicht durch eine Schuld oder ein Versagen der Polen, sondern durch nichts anderes als durch unsere Schuld, den Dilettantismus der Militairs. Kries und Lerchenfeld[3] und alle die die Sache kennen, geben zu, dass die Haltung der Polen noch erstaunlich gut ist, nachdem wir sie nur mit der rechten Hand zu Bundesgenossen erziehen, mit der linken ihnen aber wie absolute Feinde die Haut vom Leibe ziehen.
Oesterreich kommt es darauf an zu beweisen, dass mit den Deutschen nicht zu arbeiten ist — und diesen Beweis den helfen unsere Dilettanten in Uniform den Oesterreichern führen. Vielleicht sind die Ludendorffschen Widerstände auch auf konservative Einflüsse zurückzuführen. Die Konservativen wollen durch ein Fiasko in dieser Frage den Kanzler treffen. Die Sache war anfangs durch die Motive der OHL gedeckt, nun hat man da den Hebel eingesetzt und die ahnungslosen sind auch, pri-

[a] Das in der Vorlage stehende Wort „fehlt" am Rand von Walter Riezler durch „fällt" verbessert.

[1] Deutschland gegenüber beschränkte sich Wilson auf den Abbruch der diplomatischen Beziehungen (am 3. 2. 1917). Dem österr. Botschafter Tarnowski teilte Lansing am 5. 2. ausdrücklich mit, Wilson wünsche die Beziehungen zu Österreich nicht abzubrechen. In Berlin deutete man das als Zeichen dafür, daß Wilson den Krieg vermeiden wolle. WUA 2, Beilagen, S. 323 ff.; Ritter, Bd. 3, S. 406; Hubrich, S. 364 ff.

[2] Vgl. 21. 1. 1917. Die Konferenz fand am 13. 2. statt. Ludendorff beharrte trotz aller Gegenargumente Beselers und Bethmanns auf seinem Standpunkt. Den Polen müsse „jetzt endlich mal gezeigt werden, daß wir zu befehlen haben und nicht sie". Da sich zeigte, daß eine Einigung nicht möglich war, brach Bethmann die Sitzung ab. Conze, S. 264 f.

[3] Hugo Max Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering (1871—1944), bis 1914 im bayer. Staatsministerium des Innern tätig, 1914/15 an der Front, nach der Einnahme von Lodz Tätigkeit im dortigen Polizeipräsidium, dann stellv. Polizeipräsident in Warschau, 1917 1. Regierungskommissar beim poln. Staatsrat.

mitiv enttäuscht durch den ersten, natürlichen und bei solcher Überstürzung vorauszusehenden Fehlschlag darauf bereitwillig eingegangen und desinteressieren sich bei der ganzen Gründung. Gelingt die Eidfrage, so kann es doch noch gehen, trotz allem — aber auch der Ausgang dieser Sache steht contra Russland und contra Oesterreich auf den Ubooten. Ist unsere Stellung beim Frieden schwach, so kommt gar nichts oder ein schrecklicher Wechselbalg heraus.
Stellung des RK zur Ubootfrage.
Paradoxie: Er hätte es mitmachen müssen, auch wenn er gar nicht daran hätte glauben wollen. Verhindern unmöglich, nachdem Kaiser und Hindenburg festlagen und Situation 1917 anders war als 1916. Er hätte gehen können — dann aber hätte weder im Inneren noch im Äusseren ein Mensch an den Erfolg geglaubt, er hätte durch den Abgang Soz[ial] Dem[okratie] wie Neutrale zum Widerstand und Unglauben ermuntert und die ganze Sache ruiniert. Dass er gegen den eignen Glauben hätte bleiben müssen, wäre eine tragische Verkettung, die seiner würdig, gewesen. So bleibt die seltsame Paradoxie: dass wir eine derartig tollkühne Politik nach innen und aussen durchsetzen können wird lediglich ermöglicht, weil der vorsichtigste und besonnenste Mann an der Spitze sie allein glaubhaft machen kann. Diese Paradoxie von Anfang des Krieges an.
Im Innern schwere Transportkrise[4] und zunehmende militärische Diktaturpläne. Ursachen, der Dilettantismus des auf unser Wirtschaftsleben hinaufgepfropften kolossalischen Hindenburgprogramms[5], das in diesem Umfang nur auf Kosten anderer Dinge, die nicht minder notwendig sind, durchgesetzt werden kann.

[4] Im Winter 1916/17 entstanden erhebliche Transportschwierigkeiten, durch die das „Hindenburgprogramm" und die ganze Industrieproduktion ins Stocken zu geraten drohten. Die Krise nahm Anfang 1917 infolge der langen und großen Kälte des Winters und auch durch die übereilte Umstellung der Wirtschaft zu Rüstungszwecken ernste Formen an. Helfferich, Bd. 2, S. 277 ff.; Groener, S. 357; Feldman, S. 253 ff.

[5] Das „Hindenburgprogramm", von der neuen OHL Anfang September 1916 entworfen, sah vor, bis zum Frühjahr 1917 die Erzeugung der Munition zu verdoppeln, die von Maschinengewehren und Geschützen zu verdreifachen. Dazu sollte die ganze Wirtschaft den Bedürfnissen der Rüstung unterstellt werden. Die Folge war das Hilfsdienstgesetz vom Dezember 1916 (vgl. 22. 11. 1916). In den folgenden Wochen zeigte es sich, daß das Rüstungsprogramm der OHL nicht annähernd erfüllt werden konnte und verhängnisvolle Auswirkungen auf die Wirtschaft hatte. Ritter, Bd. 3, S. 417 ff.; Koschnitzke, S. 109 ff.; Feldman, S. 150 ff.

696 B[erlin] 18. 2. 17.

Wir zählen alle täglich die versenkte Tonnage. Dem Himmel sei Dank, die Marine scheint einigermassen zu halten, was sie versprach. Der Albdruck des Misstrauens weicht langsam.
Die Verblendung, Dummheit Unkenntnis der Ententestaatsmänner über alle Massen gross. Balfour hat zu A[ndersen] gesagt, sie wären ganz

erstaunt über unsere Antwort auf ihre Behandlung des Friedensangebots etc, sie hätten durch ihre Note nicht die Thüre zuschlagen, sondern sie öffnen wollen, und hat auf die Frage, warum sie dann solchen Ton gewählt hätten, geantwortet, das wäre doch alles nur der übliche und notwendige Bluff[1]. Schicksal in Gestalt von Menschendummheit.
Amerika zögert. Bernstorff hat depeschiert, das Land wäre friedlich, Wilson würde die Situation so hinziehen[2].
Im Innern verstärkte Hetze. Die tollsten Dinge werden erzählt. Die ganze Kanzlerfronde offenbar voller Angst, dass der Krieg gut zu ende geht, ohne dass es vorher gelungen wäre den Kanzler zu stürzen. Nun haben sie nichts mehr zu erzählen, wissen nicht wie sie es machen sollen und werden dadurch noch wilder und gereizter. In der Presse ist es ruhig. Man muss aber dauernd der Katze die Schelle anhängen. Leider versagt[a] der Deutelmoser bisher völlig in Papier und Theorie. Kämpfe gegen das A.A. und R[eichs]A[mt] d[es] I[nneren], alte Tendenzen, den Kanzler aus der Pressearbeit auszuschalten[3]. Dann wird er völlig zur Dekoration — spanische Wand für widerstrebende Tendenzen der Ressorts.
Hoffentlich geht die Eidfrage gut aus in Polen[4]. Wenn dann dort 50 000 Mann zusammengescharrt werden kann die Sache laufen. Wird dann noch die Verwaltungstrennung für Flandern Wallonien durchgesetzt, so sind wir drei Schritte weiter[5].
Die Russen scheinen ein Statut für Polen mit Personalunion auszuarbeiten[6]. Das muss natürlich im Notfall acceptiert werden, kann bei einem deutsch-russischen Bündnis auch ganz gut gehen und hilft mit Klugheit

---

[a] Irrtümlich statt „versackt"?

[1] Arthur James Earl of Balfour (1848—1930), 10. 12. 1915—10. 1. 1919 engl. Außenminister. — Andersen hielt sich vom 9.—26. 1. 1917 in London auf und sprach u. a. mit Balfour. Er berichtete darüber Ende Januar an Brockdorff-Rantzau und reiste am 10. 2. selbst nach Berlin. Scherer-Grunewald, Bd. 1, Nr. 477; Bd. 2, Nr. 6. Die bei Riezler wiedergegebenen Äußerungen nicht nachgewiesen.

[2] Tel. Bernstorffs vom 10. 2. 1917, eingetroffen in Berlin am 15. 2. 1917: Die Kriegsstimmung in den USA sei sehr gering. Falls ein U-Bootzwischenfall einträte, der die USA beträfe, werde Wilson zunächst wohl nur Maßnahmen zum Schutz amerik. Schiffe ergreifen „und abwarten, was wir tun; wirklicher Krieg dürfte sich noch längere Zeit hinausschieben lassen, wenn wir nicht gegen die Vereinigten Staaten von Amerika selbst vorgehen". WUA 2, Beilagen, S. 331.

[3] Näheres nicht nachgewiesen.

[4] Vgl. 14. 2. 1917.

[5] Vgl. 10. 3. 1916. Am 4. 2. 1917 traten mit Unterstützung der deutschen Militärverwaltung in Brüssel ca. 200 Flamenführer zusammen und proklamierten den „Rat von Flandern", der sich die Verwaltungstrennung und kulturelle Autonomie der beiden belgischen Volksteile zum Ziel setzte. Zur Vorbereitung der Vorschläge des Rats wurde eine Oberkommission gebildet, die aus Vertretern des Rats und der deutschen Verwaltung bestand. Fischer, Weltmacht, S. 583 ff; Wende, S. 114 ff.

[6] Nach der deutschen Polenproklamation erreichte die Militärpartei am 25. 12. 1916 einen Armeebefehl des Zaren, in dem u. a. die Errichtung eines „freien Polen" als Kriegsziel genannt wurde. Die zur näheren Ausarbeitung einberufene Ausführungskommission lehnte jedoch Ende Januar das Projekt eines poln. Staates ab. Conze, S. 273 ff.

behandelt, die alte deutsch russische Konstellation heraufführen und erhalten. Da aber alles in Russland anders geworden, ist die Sache entsetzlich gefährlich — zumal wenn das Land liberal wird.
In der Transportkrise scheint Ludendorff doch eingesehen zu haben, dass auch die Militairs Fehler gemacht haben und dass es mit Dilettanten die kommandieren nicht gethan ist. Breitenbach hat sehr vernünftige Vorschläge gemacht (Gegenvorschläge gegen das milit[ärische] centrale Verkehrsamt) und die sind acceptiert[7]. Ein wahrer Segen.
Es ist fraglich, ob man von Hungersnot oder nur von Unterernährung sprechen soll. Entsetzliche Einzelheiten — wunderbar über alle Massen die Haltung des Volkes. Nur möglich, weil auch der Friedensschluss über die Hungersnot nicht hinweghilft.
Dass die Leute nicht einsehen, dass hier eine Politik der tollsten Kühnheit mit den Alluren der vorsichtigsten Bedenklichkeit geführt wird.

[7] Vgl. 9. 1. 1917, Anm. 6, und 14. 2. 1917. Das Kriegsamt und ein Teil der Öffentlichkeit forderten die Unterstellung des gesamten Eisenbahnwesens unter das Kriegsamt und die organisatorische Verbindung mit dem Feldeisenbahnwesen. Dagegen protestierte Breitenbach, gestützt von Bethmann. Das Problem wurde dadurch gelöst, daß Vertreter des Kriegsamts, des Feldeisenbahnwesens und des Ministeriums für Öffentliche Arbeiten wechselseitig diesen drei Behörden und ihren Abteilungen beigeordnet wurden. Feldman, S. 257 ff.

697 B[erlin] 20. 2. 17.[a]

Neue Hetzereien. Am 25. Versammlung der Kanzlerstürzler im Adlon. Einladende Exjesuite Hoensbroech[1], Admiral Knorr[2] Kirdorf[3], Tagung den ganzen Tag über. Aber wir haben das ganze Material und werden das am gleichen Tag publicieren[4]. Die Kerle sind saudumm. Gott sei Dank.

[a] In der Vorlage aus „16" verbessert.

[1] Paul Reichsgraf von und zu Hoensbroech (1852—1923), Neffe des Bischofs Ketteler, 1878—1892 Mitglied der Societas Jesu, seit 1895 Protestant, Mitglied des preuß. Herrenhauses.

[2] Ernst Wilhelm Eduard v. Knorr (1840—1920), Admiral, 1884 Chef des Stabes der Marine, 1895—1899 Kommandierender Admiral der Hochseeflotte und Chef des Oberkommandos der Marine, seit 1906 Vorsitzender des Antiultramontanen Reichsvereins, stand dem Alldeutschen Verband nahe.

[3] Emil Kirdorf (1847—1938), Mitbegründer und Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerks AG und später des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats, 1921 Vorsitzender des Elektromontankonzerns Siemens-Rheinelbe-Schuckert; Mitglied des Alldeutschen Verbandes.

[4] Am 25. 2. 1917 fand im Hotel Adlon in Berlin eine Versammlung von Gegnern Bethmanns statt. Veranstalter war Graf Hoensbroech, der seit Januar 1917 versuchte, eine außerparlamentarische Bewegung gegen Bethmann ins Leben zu rufen. Auf der Versammlung sollten Eingaben an den Kaiser, an Ludendorff und an den Reichstag beschlossen werden, die den Sturz Bethmanns und die Ernennung Hindenburgs zum Reichskanzler forderten. Diese Eingaben wurden nicht angenommen, sondern nur eine ähnlich lautende an die Reichstagsparteien. Am 21. 1. erhielt Haußmann von Riezler Material über die Konferenz und veröffentlichte im Stuttgarter Beobachter vom 24. 2. 1917 eine Notiz, die im Berliner Tageblatt vom 25. 2. übernommen wurde. Dadurch wurde der Vorfall in der

Das beste immer auf die Kanzlerfronde hinweisen, Neuorientierung etc. Der Kanzler muss auch im Reichstag energisch vom Inneren reden.
Am traurigsten ist die Einsamkeit des Kanzlers, der Menschenmangel in Preussen — die ganze Maschine läuft weiter.
Anbei eine Aufzeichnung von Ropp[5] über Friedensangebot und Ukrieg, mit Randbemerkungen und manchem richtigen[b].
Die Kriegserklärung Chinas[6] sehr traurig, für unsere Deutschen dort und für die Zukunft. Ob dahinter nun doch eine aktivere Politik Wilsons steckt? Wohl nur der Versuch, uns die Gegnerschaft empfinden zu lassen und gleichzeitig durch die Anfrage an Oesterreich[7] zu mahnen und anzutippen.

[b] Eingelegt in Heft XLVI, s. u. Beilage 3, S. 495 ff.

Öffentlichkeit bekannt. Am 2. 3. fand im Reichstag eine Diskussion darüber statt. Westarp, Bd. 2., S. 170 ff.; Koschnitzke, S. 154 ff.; Haußmann, S. 85 ff.; Sten. Berichte, Bd. 309, S. 2489 ff.; Militär und Innenpolitik, Bd. 2, Nr. 256, Anm. 3 (hier ausführliche Quellenangabe); Text der Eingaben und weiteres Material mit Randbemerkungen Riezlers im Nachlaß Haußmann, 27.

[5] Baron Friedrich v. d. Ropp, Baltendeutscher, Ingenieur, vor dem Krieg in Afrika tätig, teilweise im Auftrag des Reichskolonialamtes. Im Weltkrieg arbeitete er für die Loslösung der russ. Randstaaten mit deutscher Hilfe und gründete zu diesem Zweck 1916 die „Liga der Fremdvölker Rußlands". Vgl. dazu Friedrich v. d. Ropp, Zwischen Gestern und Morgen. Erfahrungen und Erkenntnisse (1961) S. 85 ff. Im Juli 1916 hatte er eine längere Unterredung mit Riezler, bei der er diesem sein Programm für die Befreiung der östl. Völker und besonders Polens vortrug (ibid., S. 112 f.). Im Januar/Februar 1917 weilte er auf Anraten Ballins in Kopenhagen, um mit Brockdorff-Rantzau und Bernstorff zu überlegen, wie der Krieg mit den USA noch vermieden werden könnte (ibid., S. 116 ff.).

[6] Am 3. 2. 1917 forderte Wilson die neutralen Staaten auf, dem Beispiel der USA zu folgen und die Beziehungen zu Deutschland abzubrechen. Die europäischen Neutralen lehnten dies ab, die überseeischen Länder folgten zum Teil der Aufforderung Wilsons. Den Anfang machte China, das sich am 14. 2. zum Standpunkt der USA bekannte, am 14. 3. die Beziehungen zu Deutschland abbrach und am 14. 8. 1917 den Krieg erklärte. Schultheß 1917/II, S. 938 ff.; May, S. 418.

[7] Wilson teilte dem österr. Botschafter Tarnowski am 5. 2. mit, es wäre erwünscht, „wenn Modifikationen des U-Bootkrieges eintreten könnten und die österreichische Ankündigungsnote, die Wilson bisher verheimlicht habe, entsprechend abgeändert werden könnte". Czernin griff dies erfreut auf und antwortete, der U-Bootkrieg lasse sich aus technischen Gründen nicht mehr ändern, doch würde er weitere Friedensversuche Wilsons auf der Basis eines „Friedens ohne Sieg" sehr begrüßen. Texte und anschließender Telegrammwechsel zwischen Wien und Berlin in WUA 2, Beilagen, S. 323 ff.; Ritter, Bd. 3, S. 407 ff.; Meckling, S. 32 ff.

698 B[erlin] 24. 2. 17.

Nun geht es endlich mit der Trennung Vlamen Wallonen vorwärts und das Haupthindernis Sandt erhält den Befehl die Sache nun zu vollziehen und wird nur gefragt, ob er denn nicht die Liquidation seines Geschäfts noch selbst übernehmen wolle[1].

[1] Vgl. 10. 3. 1916 und 18. 2. 1917. — Am 7. und 9. 2. 1917 wurde vom Kanzler und vom Kaiser endgültig der Entschluß zur sofortigen Durchführung der möglichst weitge-

Mit allen möglichen Leuten geredet. Die einen sind ganz down, die anderen ebenso hoch, die einen froh, wenn wir ohne Verlust herauskommen, die anderen stellen die grössten Ansprüche. Die Menschen verstehen sich absolut nicht mehr. Im übrigen ganz natürlich. Denn wie der Krieg wirklich steht, kann von hier aus kaum ein Menschenauge übersehen.
Lange Unterredung mit Scheidemann. Versuch die Sozi zu bewegen, auf die Rede des Kanzlers vom Dienstag (zu erwartender Passus über innere Politik)[2] zu quittieren und einen eventuellen Vorstoss der Kons[ervativen] wegen antimonarchischer Gesinnung geschickt zu parieren[3]. Gelingt es die Leute zu veranlassen, etwas halbes zu gunsten der Monarchie zu sagen, so ist das eine grosse Sache — und in dieser Zeit muss das die Krone mit Dank erfüllen [für den], dessen Politik und Persönlichkeit das ermöglicht hat.
8 Tage vor Kriegsausbruch — da sprachen wir in Hohenfinow von der Notwendigkeit die Soci heranzuziehen und Kessel, der [erklärte,] alle einsperren zu wollen, daran zu hindern[4].

---

henden Verwaltungstrennung in Belgien gefaßt und Bissing mitgeteilt, der, bis dahin immer wieder schwankend, ebenfalls zustimmte. Am 24. 2. fand eine Besprechung dieser Frage beim Reichskanzler statt, an der auch Sandt teilnahm und auf der noch einmal der Beschluß zur Verwaltungstrennung bestätigt wurde. Wende, S. 116 ff.

[2] Rede im Reichstag am 27. 2. 1917 zur Eröffnung der Debatte über das Fideikommißgesetz. Im Zusammenhang mit diesem war im Januar 1917 die Wahlrechtsfrage aufgeworfen worden. Patemann, S. 45 ff. Text der Rede in Sten. Berichte, Bd. 309, S. 2374 ff.; Ausführungen zur Innenpolitik S. 2375: Bethmann umriß hier die nach dem Krieg notwendige „Neuorientierung", indem er einerseits betonte, daß „eine neue Zeit mit einem erneuerten Volk" angebrochen sei und man „den richtigen politischen und staatlichen Ausdruck" für dieses finden müsse, andererseits aber ebenso deutlich hervorhob, daß die Monarchie sich in Deutschland bewährt habe, in den breiten Schichten des Volkes wurzele und erhalten bleiben müsse.

[3] Nach Scheidemann, Zusammenbruch, S. 37 f., fand die Unterredung am 24. 2. 1917 statt. Riezler habe ihm einen „Vortrag" über „die Wichtigkeit der monarchischen Frage" gehalten und ihn zu überreden versucht, im Anschluß an die Kanzlerrede „ein paar Worte zugunsten der Monarchie" zu sagen. Das wäre für den Kanzler, für das Ansehen der SPD und die Innenpolitik von größter Bedeutung. Scheidemann habe ausweichend geantwortet, zunächst müsse er den Text der Rede kennen, und Riezler habe zugesagt, diesen zu besorgen. Zur Fortsetzung des Gesprächs vgl. 28. 2. 1917.

[4] Vgl. 27. 7. 1914.

699 B[erlin] 25. 2. 17.

Seltsam. Ehrgeiz und Skrupellosigkeit der Militairs. Alle in ihrer persönlichen Politik viel amoralischer als die Politiker. Ursache wohl die einseitige Moralerziehung auf den Offizierstypus hin Schneid Entschlusskraft Ehre etc.
Gröner, wohl in Ahnung dass das sogenannte Hindenburgprogramm[,] auf das Wirtschaftsleben aufgepfropft[,] dem Transportwesen zuviel

zumutet hat sich vor Monaten durch pessimistische Voraussagen eingedeckt[1].
Alte Regel dass der Pessimismus immer praktisch ist. Geht es schief, hat man recht gehabt, geht es trotzdem, sagt man der Kerl hat es trotzdem fertiggebracht.
Breitenbach war damals optimistischer wohl mit Recht aber ohne Voraussicht der excessiv langen und starken Kälte. Nun kann Gröner sagen, der andere habe schuld, Mangel an Voraussicht etc und sagt es allen Leuten. Das wird natürlich überall nachgeplappert, da die Civilstellen selbstverständlich viel dummer sind als alles was Uniform anhat.
Da alles fühlt dass es dem Ende zu geht oder das glaubt — werden die innerpolitischen Interessenfragen von Tag zu Tag heisser. Wirtschaftlich und politisch fühlt sich die bisherige Oberschicht durch die Heranziehung der Soz[ial]De[mokratie] zur Mitarbeit bedroht. Es sind alle die alten Gewalten noch da, kommen nicht los von der alten Taktik auf der ihre Macht beruhte und von den alten Vorstellungen. Blind — ahnen nicht dass eine ganz, ganz andere Jugend heranwächst. Ahnen nicht, dass sie die Arbeiter brauchen und deren guten Willen nur haben dank der weiten Voraussicht Bethmanns und dem Vertrauen in ihn — das allein die Krone schützt und schützen kann.
Rührend die Bescheidenheit der Soz[ial]Dem[okraten] und rührend ihr Patriotismus — aber wenn die Regierung sie reizen wollte, wie die Leute wäre beides schnell zum Teufel.

[1] Vgl. 14. 2. 1917. Groener, der als Leiter des Kriegsamts maßgeblich an der Organisation des Hindenburgprogramms beteiligt war, hatte im Oktober 1916 Breitenbach auf die Gefahren der neuen Maßnahmen für den Verkehr hingewiesen, „aber kein Gehör bei ihm gefunden". Groener, S. 357. Breitenbach äußerte sich im November 1916 zuversichtlich, die Transportkrise werde in Kürze behoben sein (so am 10. 11. 1916 im Preuß. Staatsministerium, vgl. Feldman, S. 254). Näheres über die Auseinandersetzung nicht nachgewiesen. Zu dem Konflikt zwischen Groener und Breitenbach wegen der beabsichtigten Unterstellung des Eisenbahnwesens unter das Kriegsamt vgl. 18. 2. 1917.

700 28. 2. 17.

Reichstag. Mein Versuch, Scheidemann zu bewegen, ein halbes Bekenntnis zur Monarchie in seine Rede einzuflechten misslungen. Scheute im letzten Moment[1].

[1] Vgl. 24. 2. 1917. Riezler führte am Vormittag des 27. 2., unmittelbar vor der Reichstagssitzung, ein weiteres Gespräch mit Scheidemann herbei, bei dem er ihm eindringlich nahelegte, im Anschluß an die Rede des Kanzlers im Namen der SPD sich positiv über die Monarchie zu äußern. Scheidemann lehnte jedoch ab. Scheidemann, Zusammenbruch, S. 38 f.; dort auch Text eines Redeentwurfs, den Riezler Scheidemann vorschlug. — In der Reichstagssitzung vom 27. 2. polemisierte Scheidemann heftig gegen das Fideikommißgesetz, nannte die bisherige Behandlung der Wahlrechtsfrage durch die Regierung einen „Skandal" und rief nach einer Regierung, die den „Mut zur befreienden Tat" habe: „Auf bloße Versprechungen, Herr Reichskanzler, können wir nichts geben." Sten. Berichte, Bd 309, S. 2391 f.

Versammlung im Adlon[2]. Reizender Artikel im Vorwärts von gestern früh[3]. Duisberg[4] führte im Adlon das grosse Wort. Natürlich alles scheinbar im Namen von Ludendorff. 3/4 Eitelkeit 1/4 Wahrheit.
Polnische Eidfrage. Neue Schwierigkeiten von Ludendorff, der schon beinahe nachgegeben hatte, was anscheinend die Quertreiber im Hauptquartier sehr ärgerte[5]. Nun muss die Sache aber doch forciert werden. Die Blamage zu gross, wenn die Sache daran scheitert — aber anscheinend sitzen die Konservativen dahinter und hoffen über diese Frage den gewünschten Conflict zwischen OHL und RK herbeizuführen. Das Versagen in dieser Frage um einer Eidsformel willen, unsere Abdankung als Weltvolk.
Zu traurig. Das ist der Gesinnungswahnsinn der Preussen heisst. Die Leute kommen eben über den kleinen Militärstaat und seine Alluren nicht hinaus.

[2] Vgl. 20. 2. 1917.
[3] Vorwärts, Nr. 57, 27. 2. 1917, „Der Adloniter Glück und Ende".
[4] Carl Duisberg (1861—1935), Chemiker, seit 1884 in den Farbwerken Bayer, Elberfeld, tätig, 1912 Generaldirektor der hauptsächlich durch ihn vergrößerten Bayer-Werke in Leverkusen, dann Vorsitzender des Aufsichtsrats der I. G. Farbenindustrie AG, Vorsitzender des Reichsverbands der deutschen Industrie, der Industrie- und Handelskammer Solingen, Vorstandsmitglied des deutschen Industrie- und Handelstags, der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände u. a. — Duisberg, einer der führenden Redner auf der Adlon-Konferenz vom 25. 2. 1917, berief sich bei seinen Darlegungen gegen Bethmann darauf, daß er kurz vorher im Großen Hauptquartier gewesen sei. Vgl. Sten. Berichte, Bd. 309, S. 2490.
[5] Vgl. 21. 1. und 14. 2. 1917. Am 27. 2. 1917 erklärte sich Ludendorff schließlich mit dem Beseler-Kuk-Eid einverstanden, verknüpfte dies aber mit unrealisierbaren Bedingungen: 1. die 7000 österr. Staatsangehörigen sollten aus dem poln. Hilfskorps ausscheiden, weil sie auf den österr. Kaiser vereidigt seien und deshalb nicht unter deutschem Befehl kämpfen könnten; 2. Polen sollte zu einem Verwaltungsgebiet unter einem deutschen Statthalter vereinigt werden. Conze, S. 269 f.

701 4/3/17

Grosser Coup mit der Adlonconferenz[1]. Leuchtkugel über nächtliche Patrouille. Alles verschwindet im Granatloch. Sehr geschickte Rede von Haussmann, auf Grund meiner Tips[2]. Meine Angst, dass er zu viel sagen namentlich über das sehr heikle Thema Duisberg. Der war auch im Adlon und hat alles mögliche erzählt, was er nur von der OHL wissen kann. Hoffentlich schlagen die Citate von Haussmann bei Ludendorff gehörig ein und dienen ihm zur Warnung.

[1] Vgl. 20. 2. 1917.
[2] Im Reichstag am 2. 3. 1917. Haußmann teilte Auszüge aus den Unterlagen der Konferenz, besonders aus den beabsichtigten Eingaben, mit und erwähnte kurz die Verbindung zwischen Duisberg und der OHL. Sten. Berichte, Bd. 309, S. 2489 ff. — Conrad Haußmann (1857—1922), seit 1890 MdR (Fortschritt), 1918 Staatssekretär im Kabinett des Prinzen Max.

Italien beginnt anscheinend wirklich zu hungern. Wenn es nun um Frieden kommt, was dann: zurückweisen und antworten, nur gemeinsam? oder separatim und Ubootkrieg aufheben oder durch unsere Schuld verhungern lassen statt durch englische — sehr complexe ganz eigenartig liegende Frage die jetzt überlegt wird.
Interessante Debatte im Reichstag über die Gelben[3]. Alle Arbeitervertreter von rechts und links einig in stolzer Ablehnung — auf ein Haar hätte Helfferich unter dem Einfluss von Richter[4] zu gunsten der Gelben eingegriffen, einen schrecklichen Tanz entfesselt und die ganze Politik der Regierung umgeworfen.
Die enorme innerpolitische Verschiebung die sich jetzt schon durch die Bündnisfähigkeit der Sozialdemokratie entwickelt — die Arbeiter zusammen — es ist möglich, jetzt die tragfähige Linke zu zimmern und es muss mit allen Mitteln geschehen.
Ein rechter Blödsinn mit Mexico[5]. Es wäre doch besser gewesen, auch wenn die Sache nicht verraten wird, diese geringe Hilfe aus dem Spiel zu lassen und die Amerikaner wenn sie absolut Krieg führen wollen mit den grossen Widerständen im eignen Land gegen eine leere Wand Krieg führen zu lassen — da man sie eben doch später braucht. Das hat Kemnitz gemacht, dieser phantastische Idiot und Zimmermann und Stumm haben ja [gesagt][a], hier hätte der skeptische Jagow gewiss nicht so dilettantenhaft daneben gegriffen.

---

[a] In der Vorlage „gemacht". Die folgenden Worte: „und der Kanzler hat die Sache nur mündlich genehmigt" gestrichen.

[3] In der Reichstagssitzung vom 1. 3. 1917 forderte Stresemann, die „wirtschaftsfriedlichen" Gewerkschaften (die sog. Gelben) müßten von der Generalkommission der Gewerkschaften toleriert und gleichberechtigt mit dieser behandelt werden. Es gehe nicht an, daß man sie, wie es jetzt der Fall sei, zu den Ausschüssen des Hilfsdienstgesetzes nicht heranziehe. Darüber gab es in der Sitzung vom 2. 3. eine ausführliche Debatte, hauptsächlich zwischen den Vertretern der Freien Gewerkschaften einerseits und den Nat.lib. und Konserv. andererseits. Sten. Berichte, Bd. 309, S. 2515 ff.

[4] Vermutlich Ernst Richter, Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern. Richter hatte sich bei den Verhandlungen über das Hilfsdienstgesetz gegen Konzessionen an die Freien Gewerkschaften und besonders gegen deren Anspruch, als Vertretung der Arbeiter anerkannt zu werden, gewandt. Feldman, S. 216 f.

[5] Am 16. 1. 1917 telegraphierte das Ausw. Amt an den deutschen Gesandten in Mexiko, er solle dem Land für den Fall eines Krieges mit den USA ein Bündnis und die Wiedergewinnung von Texas, Neumexiko und Arizona anbieten. Das Telegramm wurde vom engl. Geheimdienst aufgefangen und am 25. 2. den Amerikanern übergeben. Es spielte eine bedeutende Rolle in der Vorbereitung des amerik. Kriegseintritts. Am 1. 3. wurde es veröffentlicht. Text in Foreign Relations 1917, Suppl. 1, S. 147 f.; WUA 2, Beilagen, S. 337 f.; Barbara W. Tuchman, The Zimmermann Telegram (1959).

702 8. 3. 17.

Versuche durch Warschau auf die Polen à la Korfanty einzuwirken, eine Loyalitätsrede Radziwills[1] im Herrenhause zu erreichen und darauf mit der Aufhebung des Enteignungsgesetzes zu antworten.
Bleibt es in der Polensache bei der Halbheit, so muss es zum Fehlschlag führen. Loebell hat jetzt etwas Reue, weil er dem Korfanty auf den Spiess gelaufen ist. Hoffentlich geht es[2].
Débandade im Inneren. Schorlemer[3] und Michaelis[4] reden im Landtag einfach wie ihnen der Schnabel gewachsen ist[5]. Der Lokalanz[eiger] führt die Sache Schorlemer gegen Batocki. Batocki bekämpft in der

[1] Fürst Ferdinand Radziwiłł (1834—1926), erhielt 1854 erblichen Sitz im preuß. Herrenhaus, 1874—1918 MdR (Polen-Fraktion).

[2] Nach der Auseinandersetzung zwischen Korfanty und Loebell im preuß. Abgeordnetenhaus (vgl. 31. 1. 1917), die über Preußen hinaus bei den Polen Aufsehen erregt hatte, bemühte sich Beseler um eine beruhigende Erklärung zur Polenpolitik. Sie erfolgte in einer sorgsam vorbereiteten Sitzung des preuß. Herrenhauses am 28. 3. 1917. Radziwiłł wurde dafür gewonnen, eine Erklärung abzugeben, in der er die Loyalität der Polen in Preußen betonte, jedoch auch den Wunsch nach einer Revision der bisherigen preuß. Polenpolitik äußerte. Im Namen der Regierung antwortete Breitenbach, daß man die Aufhebung des Enteignungsgesetzes und Erleichterungen im Gebrauch der poln. Sprache noch vor Kriegsende erwäge. Conze, S. 267 f.; Sten. Berichte Pr. Herren-Hs. 1916/18, Sp. 430 ff. — Das Enteignungsgesetz von 1908 erlaubte in begrenztem Umfang die Enteignung poln. Gutsbesitzer für die Zwecke der preuß. Ansiedlungskommission. Conze, S. 30. Genaue Darstellung der in Aussicht genommenen Reform in der Rede von Drews im Preuß. Staatsministerium, 17. 3. 1917, Protokoll in PA, Preußen 11 geh., Bd. 17.

[3] Klemens Frhr. v. Schorlemer-Lieser, Landrat, seit 1901 Mitglied des preuß. Herrenhauses, 1905 Oberpräsident der Rheinprovinz, 1910 preuß. Landwirtschaftsminister, 1917 wieder Oberpräsident.

[4] Georg Michaelis (1857—1936), 1909 Unterstaatssekretär im preuß. Finanzministerium, 1915 Leiter der Reichsgetreidestelle, 12. 2. 1917 preuß. Staatskommissar für Volksernährung, 13. 7.—24. 10. 1917 Reichskanzler und preuß. Ministerpräsident, 1918 Oberpräsident von Pommern, 1919 verabschiedet.

[5] Bei der Beratung des Etats im preuß. Abgeordnetenhaus am 7. 3. 1917 trat Schorlemer scharf Vorwürfen entgegen, die Scheidemann am 27. 2. 1917 im Reichstag gegen ihn erhoben hatte, und betonte dabei seine Unabhängigkeit vom Willen des Reichstags: „Ich tröste mich mit der Erwägung, daß glücklicherweise augenblicklich wenigstens noch der deutsche Reichstag nicht in der Lage ist, die preußischen Staatsminister zu berufen und abzusetzen." Michaelis führte über seine neue Stellung als Staatskommissar für Ernährung aus: „Ich übernehme kein Amt ohne scharfes Schwert, und ich behalte kein Amt, wenn mir das Schwert stumpf gemacht wird. Mich beirrt niemand. Meinem Amte kommt die Exekutive zu. Da gibt es keinen Widerstreit der Ressorts. Wer sollte mir in den Arm fallen, wer könnte es mit Erfolg, wenn ich meine Pflicht tue?!" Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs., 1916/18, Bd. 4, Sp. 4770 ff. und 4780. Michaelis bezog sich auf den Streit zwischen Batocki und ihm einerseits und Schorlemer andererseits, der mit der Errichtung des Staatskommissariats für Ernährungsfragen, beschlossen am 12. 2. 1917, ausgebrochen war. Das neue Amt übernahm Befugnisse, die bisher vom Innen-, Handels- und Landwirtschaftsminister ausgeübt worden waren. Es wurde in der ausgesprochenen Absicht errichtet, die Erfassung der Lebensmittel bei den Landwirten, für deren Schonung Schorlemer immer eingetreten war, zu verschärfen. Schorlemer faßte die Ernennung von Michaelis als gegen sich persönlich gerichtet auf und erwog seinen Rücktritt. Mit der Ernennung von Michaelis, der gleichzeitig dem Kriegsernährungsamt angehörte und Präsident der Reichsgetreidestelle war, wurde eine äußere

[Vossischen Zeitung Schorlemer][a][6]. Deutelmoser ist ahnungslos und weiss nicht, was er machen soll. Zimmermann manscht mit Stresemann und Westarp. Alles das nicht ohne Schuld des Kanzlers, der wenn er nicht um alles Ansehen kommen will, dazwischenfahren muss. Es ist höchste Zeit, dass er einige Ministerskalps an seinen Gürtel hängt.
Der Lok[al]Anz[eiger] ist ganz in den Händen der Hugenberg Stinnes Hirsch[7], die Vossische ebenfalls. Dazu noch die Meute der alldeutschen Blätter, die Maschinerie arbeitet ganz zielbewusst — und es ist bei uns wie in England und Frankreich, Northcliffe etc, — die eigentliche Gewalt wäre längst an diese Leute übergegangen, wenn die Regierung nicht von denen unabhängig wäre — heute noch. Wäre Bülow so wäre er auch nur Geschäftsführer dieser Maschinerie, die sich öffentliche Meinung heisst. Wo soll das hin.
Diese Mächte und Maschinerien sind nicht imstande, Europa in Ruhe zu halten. Die Kabinettspolitik hatte Gelegenheit zur Vernunft. Ich fürchte Europa geht vollends zu grunde und zwar an der modernen politischen Technik und ihren Folgen. Und überall fehlt die Bildung, diese Leute Beamte wie Offiziere haben keine Perspective mehr, glauben zumeist was in den Zeitungen steht — sind ganz blind oder was oft noch schlimmer halb klug. Unsere bisherige Rettung war ein starkes Königtum, stark, weil von ein paar gebildeten und anständigen Menschen geführt. Das ist nicht in unseren Zuständen begründet, sondern Zufall und Ausnahme.

[a] In der Vorlage „in der Schorlemer Voss."

Verbindung zwischen der Lebensmittelversorgung in Preußen und dem Reich hergestellt. Batocki erstrebte darüber hinaus die Ernennung Michaelis' zum Staatssekretär und zum preuß. Staatsminister, wodurch der preuß. Unterbau in die Hand der Reichsbehörde gelangt wäre. Westarp, Bd. 2, S. 407 ff.; Koschnitzke, S. 167; Schorlemer in der Sitzung des preuß. Staatsministerium 17. 2. 1917, Protokoll in PA, Preußen 11 geh., Bd. 17.

[6] Vgl. z. B. Vossische Zeitung, Nr. 121 (Abendausgabe), 7. 3. 1917, „Schorlemers Verteidigungsversuch"; Nr. 122 (Morgenausgabe), 8. 3. 1917, „Schorlemer und Michaelis". Beide Artikel sprachen sich offen gegen Schorlemer aus. Es sei nicht zweifelhaft, „daß bei den augenblicklichen Zuständen tatsächlich auf lange Zeit seines Bleibens gar nicht mehr sein kann ... Der preußische Ernährungskommissar ist vor die Aufgabe gestellt, zunächst den deutschen Sieg zu verbürgen".

[7] Wilhelm Hirsch (1861—1918), seit 1897 Syndikus der Handelskammer Essen, 1901—1918 Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses und 19. 1. 1916—1. 10. 1918 MdR (Nat. lib.).

703 Berlin, 10. 3. 17.

Aktion um die preussischen Polen zur Ruhe zu bringen. 2 Mitglieder des Staatsrates hier, Rostworowski[1] und Pomorski[2]. Die haben feste auf die Posener eingeredet und haben wenigstens den alten Radziwill so weit,

[1] Graf Michael Rostworowski, Professor, poln. Großgrundbesitzer, 11. 1.—25. 8. 1917 Mitglied des provisorischen poln. Staatsrats, Direktor des polit. Departements.

[2] Józef Pomorski-Mikułowski, Mitglied des Provisorischen Staatsrats, Direktor an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Warschau und Professor an der Universität und Technischen Hochschule.

dass er im Herrenhaus die Treue der Polen zu Preussen erklären will — dann kann Enteignung und Sprachenparagraph aufgehoben werden und wir sind einen Schritt weiter[3].

Der Graf Rostworowski, jetzt Min[ister] des Äussern ein zimperliches Männchen à la Jagow, hat noch vor 1 Jahr nicht Böses geträumt und eine Phryne ⟨...⟩[a]. Seltsame Staatsgründung. Das unwahrscheinliche Kind, einmal in die Welt gesetzt lebt weiter, wächst sogar schreit niemand glaubt daran, dass es eigentlich lebt und leben kann, es selber auch kaum — und doch gedeiht es. Die Eidfrage[4], immer noch nicht gelöst, ein Hohn auf die politische Begabung des deutschen Volkes — resp. auf die seltsamen Zustände die einen gänzlich ungebildeten Pächtersohn aus der Ostmark[5], der nichts gelernt hat — derartige Entscheidung in die Hand giebt. In der Frage ist er offenbar Spielball von konservativen Einflüssen, die an dieser Frage das Werk scheitern lassen wollen — ebenso wie er sich in wirtschaftlichen Sachen Arbeiterfragen gutwillig zum Sprachrohr der unverschämtesten Erpresser von Kriegslieferanten macht, die über die Verhetzung der Arbeiter durch die Soz[ial]Dem[okratie] Lohnhöhe etc jammern in den höchsten patriotischen Tönen, selbst aber die Notlage des Staates ausnützen um eine Preiserhöhung nach der anderen durchzusetzen.

Heute kam ein Schreiben von ihm an den Kriegsminister[6] mit Abschrift einer Eingabe der Deutschen Waffen und Mun[itions]werke, Belagerungszustand und Höchstlöhne[7].

---

[a] Nicht sicher lesbar, vielleicht „geschützt" oder „gehütet".

[3] Vgl. 8. 3. 1917. Im April und Mai 1917 wurden kleinere Abänderungen der beiden Gesetze beschlossen. Conze, S. 268.

[4] Vgl. 28. 2. 1917.

[5] Ludendorff. Sein Vater pachtete nach dem Krieg von 1870/71 die Güter Thunow, Geritz und Streckenthin bei Köslin.

[6] Hermann v. Stein (1854—1927), 29. 10. 1916—Okt. 1918 preuß. Kriegsminister.

[7] Schreiben des Generaldirektors der deutschen Waffen- und Munitionsfabriken in Berlin, v. Gontardt, an Ludendorff vom 1. 3. 1917 über die unhaltbare Lage in den Berliner Fabriken. Gefordert wurde: 1. Unterstellung der Fabriken und ihrer Arbeiter unter Militäraufsicht; 2. Verbot der Arbeitsverweigerung bei schweren Freiheitsstrafen; 3. Festlegung einer Mindestarbeitszeit; 4. Maximallöhne; 5. Aufhebung der Freizügigkeit. Bei Ablehnung dieser Forderungen könnten die Fabriken nicht die Verantwortung für die Erfüllung der vertraglich abgemachten Waffenlieferungen übernehmen. Dieses Schreiben sandte die OHL am 9. 3. zusammen mit einem ähnlichen von Krupp an den Kanzler und an den Kriegsminister. In einem Begleitschreiben wurde die Anwendung des Gesetzes über den Belagerungszustand auf die Arbeiterschaft gefordert, da das „unglücklich abgefaßte" Hilfsdienstgesetz, das „zum Kampfmittel für sogenannte Arbeiterrechte geworden" sei, zur Sicherung der Rüstungsproduktion nicht ausreiche. Wiedergegeben bei Ritter, Bd. 3, S. 663 f., Anm. 24; Dokumente im DZA Potsdam.

704 B[erlin] 11. 3. 17.

Die Situation ist folgende: die Politik des RK, das deutsche Reich, das nach den Methoden des preussischen Territorialstaats allein in der Mitte Europas nicht Weltmacht werden kann, wohl auch überhaupt nur begrenzte Zeit haltbar ist, in einen Imperialismus europäischer Gebärde hineinzuführen, den Continent von der Mitte aus (Oesterreich Polen Belgien) um unsere stille Führung zu gruppieren — ist eine Zeit lang wenn auch langsam vorwärtsgegangen. Polen, die Geste den neutralen gegenüber — der vom RK vertretene anständige öffentliche Geist, das Wachhalten der alldeutschen Opposition etc. Die innere Grundlage dieser Politik, die Fundierung auf die breite Masse, die Heranziehung der Demokratie zu einer besonnenen Machtpolitik hatte grossen Erfolg, hat dank dem Friedensangebot auch die grosse Klippe des rücksichtslosen Ubootkrieges an der sie leicht scheitern konnte, glücklich umschifft — zumal die Alldeutschen dieser Politik den Dienst erwiesen haben, sie auch nachher noch anzugreifen. Je weiter sie vorschreitet, je sichtbarer sie wird, desto stärker werden die Widerstände — zumal man allgemein fühlt, dass die Entscheidungen näher rücken. Nicht dass die Gegner sich ganz klar machten, wohin die Reise letzten Endes geht. Sie fühlen es, aber sie erkennen es nicht. Dazu sind sie zu ungebildet.
Die alte Weisheit von der enormen Macht des Bestehenden. Es zeigt sich immer klarer, dass dieser Politik der ganze bisherige Aufbau des Staates, die geistige Disposition seiner oberen Schichten, deren wirtschaftliche Interessen etc entgegenstehen.
Auf konservativer Seite die Angst um die Vorherrschaft in Preussen, die Ideologie des preussischen Territorialstaats, aufs engste verknüpft mit der Ostmarkenpolitik fühlend, dass die Aufgabe die polnische Frage mit weicher Hand zu lösen, die heutige, von der konservativen Demagogie verunstaltete Ideologie Preussens gänzlich umgestalten muss.
Auf der Seite der Schwerindustrie eine ganz primitive ungebildete Macht und Herrenpolitik, auf nichts weiter bedacht, [als] auf möglichsten Zuwachs an industrieller Macht nach Westen, Beherrschung der möglichst zu ruinierenden belgischen Industrie — alles discutabel in der Sache[,] undiskutabel in der Form, eine ungebildete Parvenupolitik kurzsichtig amerikanisch. In der oesterreichischen Wirtschaftsfrage bedacht auf die Vergewaltigung der oesterreichischen Industrie und kurze schnelle Vorteile — aber ohne Weitsicht und absolut nicht verstehend, dass kein Imperium bestehen kann, wenn seine einzelnen Glieder nicht mit ihm und an ihm gedeihen — wie die Konservativen die Gemütsart des Gutshofes, so übertragen die Schwerindustriellen die des Herrenunternehmens gegenüber den Arbeitern auf die äussere Politik. Das A und O der Politik dieser Leute ist das Verhältnis zur Soz[ial]Dem[okratie]. Daher kommt alle ihre Angst und alle ihre Gegnerschaft. Durch ihren anfänglichen Plan, durch Proklamierung von Eroberungen und eine Hochflut

des Chauvinismus die Soz[ial]Dem[okraten] zuerst in die Opposition zurückzudrängen und nach einem kurzen Siege und nationalem Jubel bei den Wahlen zu schlagen — haben sie die deutsche These nach innen und aussen verdorben — freilich auch der Regierung die Aufgabe die Linke zusammenzufassen erleichtert. Wie in der Kriegszielfrage den Chauvinismus, so wollen sie in der Hilfsdienstfrage etc den Patriotismus höchste Anspannung dazu benützen, die Arbeiter zu fesseln — nun da der Reichstag die allerdings schwierigen und unglücklichen Sicherungen angebracht hat[1], schreien sie nach Arbeitszwang und Diktatur und Höchstlöhnen weil die Arbeiter da und dort mehr Lohn verlangen — selbst aber erpressen sie die unverschämtesten Preise von der Zwangslage des Staates[2].

Das charakteristische ist nun, dass Ludendorff der gänzlich schimmerlose mit den gleichen Diktaturinstinkten und dem Glauben an die Heilkraft der Energie schlechtweg auf beide Suggestionen hereinfällt, auf die conservative sowohl wie auf die schwerindustrielle — auf die einen, die wegen der Treulosigkeit und Unzuverlässigkeit der Polen, die anderen die wegen der Unverschämtheit und Vaterlandslosigkeit der Arbeiter brüllen, beide mit 1/5 Recht und 4/5 Unrecht — also sich ein Bündnis der beiden Tendenzen mit dem Ludendorff, dem zur Zeit unentbehrlichsten und daher mächtigsten Manne herausstellt.

Die Konservativen, die über die Bedeutung der Eidfrage[3] Bescheid wissen, nützen die politische Schimmerlosigkeit von Ludendorff und seine aus keiner anderen Quelle als der Lektüre der deutschen Ostmarkenblätter herrührende Geistesverfassung aus, um ihn dort zum Nein zu bringen — die Schwerindustrie nützt seinen Hunger nach Muniton und Waffen aus, um alle Schuld auf die Arbeiter zu schieben, die vom RK begünstigt werden etc, während doch die Ursache aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Ludendorffsche Energie mit Hindenburgprogramm und Hilfsdienstgesetz[4] ist, eine Energie die von den Complikationen des Wirtschaftslebens nichts ahnt und glaubt kommandieren zu können, unterstützt und falsch informiert durch Industrielle die nach grösseren Lieferungen und militärischer Knebelung der Arbeiter hungern.

Trotzdem kann alles gehen, auch trotz aller dieser Tendenzen sich die Politik des Reichskanzlers durchsetzen — wenn nicht durch innerpolitische Dummheiten Ludendorffs und blindes Kommandieren die Situation im Inneren zur Katastrophe wird, und sich dadurch die Frage

---

[1] Der in den Entwürfen der Militärs für das Hilfsdienstgesetz (vgl. 22. 11. 1916) vorgesehene Arbeitszwang war in den Vorberatungen mit dem Reichstag und den Gewerkschaften sehr abgemildert und mit einer Reihe zusätzlicher Bestimmungen zugunsten der Stellung der Arbeiter versehen worden. Ritter, Bd. 3, S. 429 ff.; Feldman, S. 197 ff., bes. S. 217 ff.

[2] Vgl. 10. 3. 1917, Anm. 7.

[3] Vgl. 28. 2. 1917.

[4] Vgl. 22. 11. 1916 und 14. 2. 1917.

nach der Richtigkeit oder Möglichkeit dieser oder der anderen auswaertigen Politik von selbst [erledigt][a].
Trotz alle dem ist alles noch möglich, wenn die Stellung beim Friedensschluss stark genug ist, um die äusseren Grundlagen einer largeren Politik zu schaffen — viel sichtbarer Machterweiterung bedarf es nicht, nur Polen und ein deutsches Übergewicht für die nächsten Jahrzehnte — wenn bis dahin vorsichtig verfahren und die Punkte nicht auf die Is gesetzt werden — dann die preussische Wahlrechts- und die Polenfrage — dann muss sich Deutschland so umgestalten um die jetzt begonnene Politik auch bewusst und sicher weiterzugehen.

[a] In der Vorlage „ermöglicht".

705 Sonntag Berlin. 18. 3. 1917.

Ganz anderes Bild.
Anfang der Woche zunehmende Nervosität im Innern, Unruhe auf der Linken — die programmatischen Reden im Herrenhaus Graf Yorck[1] Buch[2] — der Schorlemerzwist[3] etc alles ohne Bewegung der Regierung — daher denn am Dienstag dem Kanzler geraten wurde, die Abgeordnetenhaus Debatte vom Mittwoch (Etat des Herrenhauses) zu einer Rede über innere Politik zu benützen. Wir sagten ihm alle, wenn dann deutlich und energisch. Er machte es glänzend, sprach beinahe frei, mit Leidenschaft — ja mit feu sacré — durchaus erlebt, in „heisser Liebe" zum Volk[4]. Die taktische Situation war günstig — da das ganze Abgeordnetenhaus gegen das Herrenhaus geladen war — die Konservati-

[1] Heinrich Graf York v. Wartenburg (1861—1923), Mitglied des preuß. Herrenhauses (Dt.-Kons.).

[2] Johann Leopold Georg v. Buch (1845—1935), seit 1905 Mitglied des preuß. Herrenhauses, vorher des preuß. Abgeordnetenhauses (Kons.), Ritterschaftspräsident des preuß. Herrenhauses. — Graf York und Buch sprachen im Herrenhaus am 9. 3. 1917 in bisher beispielloser Schärfe nicht nur gegen die Neuorientierung, sondern gegen den parlamentarischen Gedanken im allgemeinen und den Reichstag im besonderen. Sten. Berichte Herrenhaus, Sp. 347 ff. und 365 ff.; Koschnitzke, S. 163 ff.; Patemann, S. 50 f.; Bergsträßer, S. 113 ff.

[3] Vgl. 8. 3. 1917. Zur Situation vgl. das bei Bergsträßer, S. 117, zit. Telegramm Bethmanns an den Kaiser vom 15. 3. 1917: Durch die beiden Reden im Herrenhaus und den von der Presse ausgeschlachteten Gegensatz zwischen Schorlemer und Michaelis sei, zusammen mit der schwierigen Lebensmittelversorgung, eine bedrohliche innenpolitische Spannung entstanden.

[4] In der Sitzung des preuß. Abgeordnetenhauses vom 14. 3. 1917 wurden die Ausführungen Buchs und Yorks einer erregten Kritik unterzogen. Bethmann wurde von den Kommissaren der Staatsregierung herbeigerufen und hielt eine improvisierte, sehr eindringliche Rede mit einem ausdrücklichen Bekenntnis zu inneren Reformen, die allerdings erst nach dem Krieg durchgeführt werden könnten. Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1916/18, Bd. 5, Sp. 5254 ff.; Koschnitzke, S. 174 ff., und Patemann, S. 52 ff., über die Reaktion der linken und Mittelparteien. Dem Kanzler war am 13./14. 3. sehr dringend von Wahnschaffe und Deutelmoser geraten worden, „durch ein kräftiges Wort, das keinerlei Mißdeutung zuläßt, ... seinen Getreuen den Rücken (zu) stärken". Bergsträßer, S. 117 f.

ven, innerlich desorientiert, auch über den taktischen Fehler des Herrenhauses wütend, nicht wussten wie sie sich benehmen sollen. Der Erfolg war ungeheuer. Endlich eine Art Programm. Nun sollen sich aber alle die Schlafröcke, die sich liberal nennen gehörig formieren und etwas von einer jugendlichen Volksbewegung zu stande bringen.
Mein neulicher Abend mit den Freisinnigen[5] war nicht recht vertrauenerweckend — die sind ja ganz vernünftig und wohlwollend aber etwas fossil.
Seltsames Zusammentreffen. Der Kanzler sprach am Mittwoch[6]. Donnerstag Vormittag kamen die ersten Nachrichten von dem Sieg der Revolution in Petersburg — einen Tag später hätte er nicht mehr sprechen können, da wäre es als Schwäche ausgelegt worden. Die erste Nachricht war ein am Mittwoch[a] aufgefangener Funkspruch der Kronstadter Garnison, Anfrage, wem sie zu gehorchen habe[7], S.M. telephonierte sie am Abend dem Kanzler — die Zweifel waren indes gross — und wir alle hielten den sofortigen Sieg der Reaktion für sicher, zumal die Meldung bezeugte dass alles noch unentschieden war. Es ist möglich, dass der Kanzler dadurch in seiner Absicht bestärkt wurde — aber gewiss nicht wesentlich, nach allem was die letzte Woche über eine nach links nötige Geste besprochen wurde.
Nun sind natürlich die Hoffnungen durch Russland hochgespannt. Dazu Briands Fall[8]. Menschlichem Ermessen nach kann eine revolutionäre Regierung einen so komplicierten Krieg nicht führen.

[a] Ursprünglich „Dienstag", gestrichen.
[5] Vgl. dazu die Eintragung Haußmanns vom 15. 3. 1917, S. 92: „Mit Riezler besprach ich die Lage. Er will morgen mit mir im Hotel konferieren nebst Payer und Liesching zum Zwecke der Zusammenfassung der Linken."
[6] Am 14. 3. 1917. Vgl. Anm. 4.
[7] Dieser Funkspruch wurde der OHL am Abend des 13. 3. bekannt und sofort an den Kaiser weitergeleitet. RA, Bd. 12, S. 82.
[8] Das Kabinett Briand trat am 17. 3. 1917 zurück. Am 19. 3. wurde ein „Kabinett der patriotischen Einigkeit" unter dem bisherigen Finanzminister Ribot gebildet. Schultheß 1917/II, S. 392 ff.

706 Sonntag 25. 3. [1917]

Die Soz[ial] Dem[okraten] haben durch russische Revolution[,] den Jahrestag des 18. März[1] etc eine rote Wolke in die Nase gekriegt und am 18. und 19ten im Vorwärts in revolutionärem Dunst gemacht — mit Einschlag von Drohung[2]. Das hat natürlich auf die Militairs bös gewirkt

[1] Jahrestag der Revolution von 1848.
[2] Vorwärts, Nr. 76, 18. 3. 1917, Leitartikel: Mit Hinweis auf die russ. Revolution und den März 1848 wird die Demokratie für Deutschland gefordert. — Scheidemann, „Zeit zur Tat", Vorwärts, 19. 3. 1917 (Text auch bei Scheidemann, Zusammenbruch, S. 40 ff.) verlangt mit drohendem Unterton die sofortige Vorlage der preuß. Wahlrechtsreform.

— die [Kreuz-]Zeitung[a] nützt es weidlich aus und umkreist treudeutsch den Thron[3].
Die Kais[erlichen] Generale haben natürlich auch durch die Kanzlerrede im Abg[eordneten]haus[4] einen gehörigen Preller gekriegt und wakkeln mit den Köpfen — der Kaiser selbst aber nicht, er ist fester und energischer auf dieser Linie als je, und es scheint als wäre es nicht Verschlagenheit sondern wirkliche Herzenssache.
Die Stimmung im Inneren nach wie vor sehr ernst und prekär — es wird zwar dauernd gesagt, das preussische Wahlrecht giebt es nicht vor Kriegsende — es ist aber absolut klar, dass ob Krieg oder Frieden, es längstens bis zum Herbst eingebracht werden muss, dass wenn der Krieg bis über den Herbst dauert, wir froh sein werden, bei zunehmendem Hunger einen vollständigen Umsturz zu vermeiden.

[a] In der Vorlage „+Zeitung".

[3] Vgl. Kreuz-Zeitung, Nr. 149 (Abend-Ausgabe), 22. 3. 1917, „Die Sozialdemokratie und die Revolution in Rußland". [4] Rede vom 14. 3. 1917, vgl. 18. 3. 1917.

707 28. 3. 1917

[...]
Situation im Innern ungeheuer prekär. Hunger Unruhe, daher die Soz[ial] Dem[okraten] Thaten im Innern fordernd — leider nicht ohne Unterton der Erpressung und Finger nach Russland zeigend. Alles Zureden umsonst. Die Leute schwach, wie immer die Linke und ohne Mut gegen die sogenannte Stimmung. Dazu auf der anderen Seite Wutgeheul aller konservativen Militairs — Vorwürfe an den Kanzler, dass er die Begehrlichkeit gesteigert habe nichts gegen die sogenannte Verherrlichung der russischen Revolution thue.
Die russische Revolution muss aber ausgenützt werden um Frieden zu bekommen. Wir müssen für die Freiheit in Russland Partei ergreifen, nicht nur Bereitschaft zum Frieden überhaupt, sondern zu einem ehrenvollen Frieden erklären.

708 28. 3. 1917.

Da und dort Streiks[1]. Gesteigerte Forderungen der Linken — die eben doch so dumm und ungeschickt und schwach gegen Volksmeinungen ist, dass nichts mit ihr zu machen ist. Sehr prekäre Situation im Reichstag: Wahlreform jetzt oder später? Ausserordentlich geschickte und anständige Rede des Reichskanzlers in verteufelt schwieriger Situation[2].

[1] Am 27. und 28. 3. fanden Streiks in Kiel, Magdeburg, Braunschweig, Hannover und Nürnberg statt. Es handelt sich um die Anfänge der großen Aprilstreiks. Mammach, op. cit.
[2] Rede Bethmanns im Reichstag am 29. 3. 1917. In dieser Sitzung forderten alle Parteien

Wenn der Hunger kommt und nicht zum mindesten gleichzeitig der Friede, dann bekommen wir Zustände die zur Revolution führen müssen, wenn sie dauern.
Wir müssen mit der jetzigen russischen Regierung Frieden bekommen die nächste wird wahrscheinlich sozialistisch sein und den internationalen Frieden des Sozialismus proklamieren.

mit Ausnahme der Konserv. die sofortige Durchführung der preuß. Wahlrechtsreform. Bethmann wiederholte sein nachdrückliches Bekenntnis zur Neuorientierung vom 14. 3. 1917 (vgl. 18. 3. 1917), betonte aber erneut, während des Krieges sei eine Wahlrechtsänderung unmöglich. Sten. Berichte, Bd. 309, S. 2831 ff. Die linken und Mittelparteien waren enttäuscht und traten zum ersten Mal in ihrer Presse geschlossen gegen Bethmann auf. Koschnitzke, S. 183 ff.; Bergsträßer, S. 126 ff.

709 1. 4. 17.

Seltsam das neue Wesen zuhaus[1]. [Zu] hause die Matthäuspassion. Erlösung, wie weit und rein ist die Welt.
Grosse Bewegung. Gestern Sitzung beim Kanzler[2]. Beschluss die Wahlreform und Reform des Herrenhauses jetzt anzukündigen. Richtig. Und zwar möglichst schnell — die Ereignisse haben anscheinend Eile — es ist ein unruhiges hineingekommen. Jeden Tag kann auch Italien zur Republik werden. Bei uns steigender Hunger.
Die russischen Sozialisten wenden sich an unsere[3] dauert der Krieg über den Sommer, kommt in Russland die Kommune, so kommt der Friede des internationalen Sozialismus und wird von Haase und Tscheidse[4] verhandelt.

[1] Geburt einer Tochter am 27. 3. 1917.
[2] An der Sitzung nahmen Helfferich, Roedern, Wahnschaffe und Drews teil. Bethmann führte aus, daß die sofortige Ankündigung der Reform des preuß. Wahlrechts unvermeidlich geworden sei, und zwar komme nur noch das geheime, direkte und gleiche Wahlrecht in Frage. Als Gegengewicht müsse die Stellung des ebenfalls zu reformierenden Herrenhauses gestärkt werden. Das Reformprogramm solle vom Kaiser feierlich verkündet werden. Die Vorschläge Bethmanns wurden angenommen. Der Kanzler trug sie am 2. 4. dem Kaiser vor. Bergsträßer, S. 131 f.
[3] Gemeint sein könnte der Aufruf des Petersburger Sowjet vom 27. 3. 1917 „An die Völker der ganzen Welt", der sich vor allem an die Sozialisten Deutschlands und Österreichs wandte und sie aufforderte, dem Beispiel der russ. Revolution zu folgen und dann Frieden zu schließen. Text in Dok. u. Mat. II/Bd. 1, S. 579 f. Der Aufruf wurde in Deutschland von der Zensur unterdrückt. Meenzen, S. 60. Außerdem veröffentlichten russ. Sozialisten in Kopenhagen am 25. 3. eine Erklärung an die Adresse der deutschen, ihre Partei wünsche den Frieden, aber ohne Eroberungen und Kriegsentschädigungen. Sie werde sich jedem Versuch Deutschlands widersetzen, die Entwicklung der Revolution in Rußland zu behindern oder dem alten Regime zu Hilfe zu kommen. Schultheß 1917/II, S. 671. Der Vorstand der SPD antwortete in einem Telegramm an Tschcheïdse vom 31. 3. 1917. Text im Vorwärts, 1. 4. 1917. Ritter, Bd. 3, S. 489; Scheidemann, Memoiren, Bd. 1, S. 420 f.
[4] Nikolai Semjonowitsch Tschcheïdse (1864—1926), Menschewik, Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion der Duma, Febr.—Aug. 1917 Vorsitzender des Exekutivkomitees der Arbeiter- und Soldatenräte, 1921 Emigration nach Paris.

Tscheidse sucht Verbindung mit Scheidemann. Man soll [die][a] Gen[ossen] Sozialisten über den Frieden verhandeln und beide vereinbaren lassen dass sie ihre Regierungen zu den und den Bedingungen zwingen — aber die Finger drin lassen.
Das freie Russland wird die grosse Gefahr der Zukunft — es bekommt nach zwei Jahrzehnten eine schreckliche Kraft. Wir müssen Polen bekommen und gegen Russland instradieren können.
Die Krone muss vorneweg, sonst kommt sie unter den Schlitten. Gut, dass das alte Preussen gebrochen wird — nur scheusslich daran, dass diese widerwärtigen Fritzen wie Müller Meiningen[5] die Freiheit repräsentieren wollen.
Europa, der gesamte Kontinent, wird ohne jeden Zweifel 1918 verhungern — England wird es mit amerikanischer Hilfe überstehen und wird trotz Uboote 1918 gewinnen — weil nicht nur die Gegner, sondern auch die Bundesgenossen zusammengebrochen sein werden. Kommt jetzt nicht Friede, so bleibt uns nichts anderes übrig als Vorstoss auf Odessa, Getreidevorräte etc.
Die grossen 2000 T[onnen] Uboote, die im Mai fertig werden sollten, werden erst Sept[ember] fertig, die Verluste sind höher als man gedacht hatte. Auf die Länge ist der Sache nicht zu trauen.

[a] In der Vorlage „sie".

[5] Ernst Müller-Meiningen (1866—1944), 1898—1918 MdR und 1906—1918 Fraktionsvorsitzender der Fortschrittspartei.

710 3. 4. 17.

Seltsame Angststimmung wegen Zustand in Deutschland. Leute die noch vor 14 Tagen dachten und sagten, das freie preussische Wahlrecht dürfte nie gegeben werden, jammern und drängen jetzt man solle es doch endlich geben.
RK beim Kaiser. Vorbereitungen wegen Verkündigung eines radikalen Wahlrechts für Preussen. Zuerst der Kaiser, dann erst an das Staatsministerium. Vielleicht gehen dabei einige Minister, was kein Schade[1].
Nachrichten aus Russland. Die Sozialisten wollen zuerst die konstituierende Versammlung, dann erst die Mehrheit haben an die Regierung kommen und Frieden schliessen. Zu lange. Man muss versuchen mit den

[1] Vgl. 1. 4. 1917, Anm. 1. Bethmann erreichte ohne Schwierigkeiten die grundsätzliche Zustimmung des Kaisers zur Ankündigung der Wahlrechtsreform und die Ermächtigung, eine kaiserliche Kundgebung vorzubereiten, jedoch blieb der wesentliche Punkt, die Gewährung des gleichen Wahlrechts, wegen des Einspruchs des Kaisers ungeklärt. Am 4. 4. wurde festgesetzt, daß die Kundgebung Ostern (7. 4. 1917) erfolgen sollte, um eventuellen öffentlichen Forderungen der Parteien zuvorzukommen. Bergsträßer, S. 133 ff.; Patemann. S. 59 ff.

jetzigen Leuten abzuschliessen ihnen sagen, dass man mit militärischen Operationen nicht ewig warten wird[2].
Zu schlimm. Der Zustand im A.A. Zimmermanns grobe Hand und die Skepsis und Müdigkeit der anderen.
Die Leute alle sehr optimistisch, ich sehr ungläubig. Mit Demokratien schwer Frieden schliessen, insbesondere mit revolutionären. Die Leute agieren in Comités und sind wenig aktionsfähig.

[2] Kurz nachdem sichere Nachrichten über die Revolution in Rußland bekanntgeworden waren, einigten sich die deutsche und österr. Regierung und Heeresleitung, die militärischen Operationen an der Ostfront vorerst einzustellen und die Friedensbewegung in Rußland durch Propaganda zu fördern. RA, Bd. 12, S. 484 f., 566 f.

711 4. 4. [1917]

RK. zurück[1]. Der Kaiser zuerst zögernd dann hinterher sehr einverstanden, zum Ostersonntag eine Erklärung über das preussische Wahlrecht zu machen — nun ist morgen Staatsministerialsitzung, wo es beschlossen werden soll[2].
Lange mit RK über die Art und Weise mit der russ[ischen] Revolution zu verfahren. Frage eines Angebots eines limitierten Waffenstillstandes. Helfferichsche Idee er meint, dann würden die Bauern [aus Angst,] sie kämen bei der Landverteilung zu kurz nach hause laufen. Bestechend. Wir wissen dass die Russen der Wahlen wegen 3 Monate Ruhe brauchen. Ein Angebot eines 5—6 wöchentlichen Waffenstillstands könnte gut sein, als verhüllte Drohung nach 5—6 Wochen loszulegen, ev[entuell] die Entwicklung dorten zu beschleunigen. Bedenken, dass sie inzwischen Zeit, sich unerlässlich wieder einzurichten. Unwahrscheinlich.
Anbei ein nicht bei RK abgegebener Entwurf einer Demarche[a].

[a] Eingelegt in Heft XLVII, s. u. Beilage 4, S. 500 f.

[1] Vgl. 3. 4. 1917, Anm. 1.
[2] Vgl. 6. 4. 1917.

712 B[erlin] 6. 4. 17.

Gestern Staatsministerialsitzung, heute Fortsetzung. Man hat leider die unmissverständliche Ankündigung des gleichen Wahlrechts herausgestrichen die Minister voll Befürchtungen, dass man mit den bürgerlichen Parteien kaum mehr arbeiten würde können, grosse Agitation des Bundes der Landwirte gegen die Städte, üble Rückwirkungen auf die Ernährung — zur Zeit unthunlich. Nun will man de facto so gut wie das gleiche geben, es aber nicht sagen[1]. Ich sagte Wahnschaffe, dass wenn

[1] Bethmann legte dem Staatsministerium einen Entwurf vor, der die Ankündigung des gleichen Wahlrechts enthielt, und betonte in den Sitzungen die Notwendigkeit dieser Kon-

der Krieg lange dauert, man doch bald mit der Sprache herausmuss, dass dann die Krone selbst geschoben werden muss — das Drängen sich also gegen die Krone richtet und möglicherweise diese Halbheit Schuld an den schwersten Verwicklungen sein wird. Mehr soll aber zur Zeit weder bei S.M. noch bei dem Staatsministerium durchzusetzen sein.
Geht es gut, so ist allerdings mit dieser Zurückhaltung viel gewonnen — denn dann kann man statt des parlamentarischen Regimes das gleiche Wahlrecht noch concedieren, hält also das übrige hin.
Ausserpolitisch alles hoffnungsvoll. Ich selbst sehr pessimistisch. Offenbar — das dringt durch alle Begeisterung und Lüge — steigert sich die Wirksamkeit des Ubootkrieges nicht — nimmt eher ab. Damit läuft die Zeit wieder gegen uns [—] Amerika! — und wenn das so ist, ist der Krieg nicht zu beendigen, geschweige zu gewinnen.
Oesterreich schaut nach Frankreich und England. Unheimliche Lage[2].
Wenn wir noch den Atem hätten zu einer russischen Offensive und unsere Ernährung wirklich sichern könnten! Die Revolution ein Jahr früher.
Das Schicksal in seiner scheusslichsten Form, unfassbar, tückisch, durch die Verkettung von lauter Kleinigkeiten ohne jede Erhabenheit.
Es kommt eine scheussliche Zeit und Rückgang aller Kultur. Engl[isch] amerikanische Phrasenwelt. Ungeheuer gross und tief wird Russland sein.

---

zession. In den Debatten vom 5. 4. 1917 lehnte die Mehrheit der Minister das gleiche Wahlrecht entschieden ab, so daß sich Bethmann zu einem Kompromißvorschlag entschloß. Am gleichen Tag telegraphierte auch Valentini aus dem Großen Hauptquartier, daß der Kaiser und die OHL gegen das gleiche Wahlrecht seien. In der Sitzung vom 6. 4. schlug Bethmann daher eine Formulierung vor, die direkte und geheime Wahlen und die Aufhebung des Klassenwahlrechts ankündigte. Dieser Text wurde angenommen. Am 6. und 7. 4. wurde er im Großen Hauptquartier beraten, in wenigen Punkten abgeändert und vom Kaiser unterzeichnet. Text der „Osterbotschaft" vom 7. 4. 1917 bei Schultheß 1917/I, S. 398 f.; Protokolle der Sitzungen vom 5.—6. 4. 1917 bei Stern, Bd. 2, S. 409 ff.; Bergsträßer, S. 149 ff.; Patemann, S. 61 f.

[2] Im Frühjahr 1917 fanden durch den Prinzen Sixtus v. Parma und durch Mensdorff, den ehemaligen österr. Botschafter in London, österr. Friedenssondierungen in England und Frankreich statt. Über die Verhandlungen Mensdorffs war man in Berlin unterrichtet. Steglich, Friedenspolitik, S. 15 ff.; Meckling, S. 110 ff., 120 ff.; Scherer-Grunewald, Bd. 2, Nr. 33, 37 f.

713 B[erlin] 10. 4. 17

Schlacht bei Arras angefangen[1].
Drohender Streik Metallarbeiter in Berlin zum 16.ten wegen Verkürzung der Brotration[2]. Den ganzen Tag geredet telephoniert etc mit den Gewerkschaften gesprochen. Ich hoffe es wird gelingen.

---

[1] Offensive der Engländer mit dem Ziel, bei Arras den Durchbruch zu erzwingen, vom 9.—13. 4. 1917. Sie wurde von den Deutschen abgewehrt. RA, Bd. 12, S. 209 ff.

[2] Vgl. 28. 3. 1917, Anm. 1. Die Generalkommission der Gewerkschaften bemühte sich, den Streik zu verhindern, hatte allerdings wenig Erfolg. Am 16. 4. brachen an mehreren Orten Streiks aus, so bes. in Berlin und Leipzig. Mammach, S. 24 ff.

Aber nur wenige ahnen, wie nahe wir dauernd die Katastrophe streifen. Armes deutsches Volk. Welche Tüchtigkeit, welcher Heldenmut und Idealismus. Dauert der Krieg bis zum Herbst, so endet die erstaunlichste Anstrengung der Weltgeschichte mit einer Katastrophe, tragischer, unverdienter, entsetzlicher, als alles was Völker erlitten. Andere haben grössere Schuld, mehr Verbrechen und Dummheit ihrer Staatsmänner leicht überwinden können. Dir genügt ein Bülow ein Tirpitz zum Untergang. Gelingt es bis zum Herbst einen leidlichen Frieden zu schaffen, so wird es der grösste Sieg eines Volkes über andere wie über sich selbst!
So oft ich den Kanzler sehe, scheint er mir mehr heroisches, märtyrerhaftes zu haben.
Irrglaube, dass die Welt ein κόσμος ist überhaupt eine Einheit — oder eine göttliche Ordnung. Irrglaube der Philosophen wie der Religionen — sie soll, sie will es sein — sie kann es nicht. Alle Grösse, alle Schönheit liegt nur im einzelnen. Die Welt als ganzes ist tragisches Unvermögen, und dieses spiegelt sich in jedem einzelnen, seiner Begrenzung, seinem unerreichbaren Ziel — in jedem einzelnen ist die Antinomie des Ganzen. Es hätte geringerer Tragik bedurft als dieses Krieges, um die Sinnlosigkeit des ganzen, die Grösse wie die Grenzen des einzelnen empfinden zu machen. Jedes Volk kann von dieser Tragik sprechen, die Russen Franzosen wie wir, ein jedes kann sich auf sein inneres Recht berufen und da soll noch jemand den Leibnizschen Glauben an den κόσμος haben oder den Hegelschen an den Weltgeist!
Und doch in der Gültigkeit und Grösse des allen gemeinsamen allen unerreichbaren höchsten Ziels, dem alle diese Hekatomben von Elend und Wahnsinn geopfert werden, sind auch diese gerechtfertigt. Alle Götter, auch diese leben von Opfern.
Zwei Anschauungen, 1.) dass sich das Elend des Einzelnen in der Perspektive des ganzen der Welt löst: hierher gehören die meisten Philosophien und Religionen, der Himmel Leibniz Hegel etc.
2.) dass sich im Elend des Einzelnen nur das Elend des ganzen spiegelt. Das ist die Wahrheit, die freihlich schwer erträgliche. Dies gesehen, dargestellt, bewältigt zu haben, ist die Grösse der Antike.

714 B[erlin] 11. 4. 17.

Streik für Montag mit Hilfe Gewerkschaften und unter dem Eindruck der Osterbotschaft wohl abgewendet[1].
Seltsamer Zustand — wir brauchen auf Schritt und Tritt die Soz[ial] Dem[okraten] aussen und innen.
Bessere Nachrichten aus Russland. Leider der absolute Zerfall hilft unserer momentanen Not nicht, denn er bedeutet noch nicht Frieden. Jetzt wenn wir noch die Puste hätten!

[1] Vgl. 10. 4. 1917 und zur Osterbotschaft 6. 4. 1917.

715 B[erlin] 13. 4. 17.

Seltsame Lage — wir streifen selbst an die Katastrophe, vielleicht auch an den Sieg. Seit vorgestern Bewegung wegen der bescheidenen und gedämpften Kriegszielerklärung des Fürsten Lwow[1].
Frage, ob man warten oder sofort antworten soll und wie. Oesterreich und die innere Lage drängen nach sofortiger Antwort unter möglichem Verzicht auf Annexionsgedanken unsererseits[2]. Das A.A. der Kaiser etc für warten[3]. Richtig, dass trop de zèle alles verderben kann — richtig auch, dass in ein paar Wochen Russland zu grossen Concessionen bereit ist.
Wenn dagegen im Inneren der Eindruck entsteht, dass eine Gelegenheit versäumt wurde, wenn der Moment in Russland vorübergeht, — dann kann das nach aussen und innen der Untergang sein.
Völlig undurchsichtig der Ubootkrieg. Die Zahlen scheinen gut — wenn nicht wieder erheblich dazugelogen wird. Kein Zweifel die Neutralen fahren wieder und unbeirrt. Der grosse Effect ist nicht einmal in Italien eingetreten. Im neutralen Ausland sollen unsere besten Freunde über diese Politik nur mit den Achseln zucken. Ob die Geschichte dieses Ubootkrieges, der ungeheuersten Lüge, je geschrieben wird? Wenn ja, dann muss sie die Unbildung Dummheit des „Militarismus" und die Morschheit der ganzen chauvinistisch gerichteten Oberschicht enthüllen.
Ich vermag nicht zu glauben, dass mit Leuten wie dem Kaiser Hindenburg Ludendorff (und Zimmermann) der Schlusstanz bestanden werden kann, mit schlotternden Bundesgenossen und dicht an der Katastrophe im Inneren.
Das Sicherste wäre, nach der russischen Seite energisch und radikal nachzugeben und so erst wieder eine Position zu gewinnen, in der wir einigermassen verhandeln können.
Erschreckende Unpopularität des Kaisers in der ganzen Oberschicht, ob conservativ oder liberal. Am besten steht er im unteren Volk incl[usive] der Sozialdemokraten.

[1] Fürst Georgij Jewgenjewitsch Lwow (1861—1925), 14. 3.—21. 7. 1917 Ministerpräsident und Innenminister der Provisorischen Regierung. — Die Erklärung der Provis. Regierung vom 9. 4. 1917 sicherte die volle Einhaltung der Verpflichtungen Rußlands gegenüber den Alliierten zu und betonte, daß eine Demütigung oder Verkleinerung Rußlands nicht geduldet werden würde. Rußland wolle jedoch kein fremdes Land erobern oder andere Völker beherrschen. Das Ziel sei ein dauerhafter Frieden auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Schultheß 1917/II, S. 676 f.

[2] Zu dieser Forderung Czernins vgl. Scherer-Grunewald, Bd. 2, Nr. 63—66 (Telegrammwechsel Berlin—Wien 13. 4. 1917); Steglich, Friedenspolitik, S. 64 ff.; Meckling, S. 221 ff.

[3] Bethmann hielt es, vor allem hinsichtlich der innenpolit. Situation in Deutschland, für das beste, die russ. Kundgebung durch eine Erklärung Deutschlands und Österreichs zu beantworten, in der allgemein die Bereitschaft zu einem Verständigungsfrieden zum Ausdruck käme. Sein Vorschlag stieß jedoch beim Kaiser und bei der OHL auf Ablehnung. Daraufhin beschränkte sich das Ausw. Amt auf eine offiziöse Stellungnahme in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung (vom 15. 4. 1917). Scherer-Grunewald, Bd. 2, Nr. 61 f.; Steglich, Friedenspolitik, S. 64 ff.

Bei dem letzten Besuch sprach Czernin im Hauptquartier auf dem Zimmer des Kanzlers in Gegenwart von Hindenburg und Ludendorff über die schwierige innere Lage, Einwirkung der russ[ischen] Revolution. Hindenburg antwortete kühl und ahnungslos, 1830 1863 habe man die Revolution von Osten durch einen Cordon gegen Polen abgehalten. Heute wäre der Cordon noch weit stärker![4]
Wie einfach sich alles in diesen Köpfen malt. Dazu eine Situation, wo der Friede droht von dem internationalen Sozialismus gebracht zu werden.
Was — wenn die Entente öffentlich erklärt, mit dem deutschen Volk verhandeln zu wollen, nicht aber mit den Hohenzollern.

[4] Kaisertreffen in Homburg am 3. 4. 1917, an dem außer den beiden Kaisern und ihrer Umgebung Czernin und General v. Arz, Bethmann, Hindenburg und Ludendorff teilnahmen. Czernins pessimistische Äußerungen, die er auch vor Wilhelm II. wiederholte, wiedergegeben bei Ludendorff, Kriegserinnerungen, S. 350 ff., und Cramon, S. 111 f. Vgl. auch das ähnlich angelegte Exposé Czernins vom 12. 4. 1917 (am 14. 4. Wilhelm II. überreicht), bei Scherer-Grunewald, Bd. 2, Nr. 68.

716 16. 4. 17.

Anscheinend rapide Entwicklung. Ansturm bei Reims[1]. Nachrichten über bevorstehenden Umschwung in der Haltung der engl[ischen] Regierung zum Frieden. Bei der Südarmee Fraternisieren der Russen mit unseren Truppen bei beinahe vollständigem Waffenstillstand.
Im Innern Demonstrationsstreiks. Zumeist ruhig — mit Ausnahme von Leipzig[2].
Das beste wäre, das preussische Wahlrecht sofort zu geben (aus ausserpolitischen Gründen) und dadurch den Gegnern das Concept zu verderben, nach dem sie drohen dem deutschen Volk einen Frieden anzubieten, den sie nicht mit den Hohenzollern verhandeln wollen.
Das wird, falls die Russen noch nicht völlig die Waffen niedergelegt haben, eine höchst gefährliche Situation.
Toben der Rechten. Resolution der Alldeutschen[3] — sie hoffen von dem Trotz unserer Feinde, dass der Krieg fortgesetzt werde.
Wenn wir jetzt noch Atem hätten, um Russland niederzuwerfen! Wir könnten uns auf ein Jahrhundert sichern!

[1] Seit dem 9. 4. 1917 fanden bei Reims Artillerieangriffe der Franzosen statt, am 14. bis 15. 4. in besonders schwerer Form. Sie bildeten den Auftakt für die große franz. Offensive an der Aisne und in der Champagne (Beginn 16. 4. 1917). RA, Bd. 12, S. 289 ff.
[2] Vgl. 10. 4. 1917, Anm. 2.
[3] Sitzung des Gesamtvorstandes der Alldeutschen in Berlin vom 15. 4. 1917, an der u. a. Reventlow, Roesicke, Fuhrmann und Schäfer teilnahmen. Sie verfaßten ein Zirkular, in dem die Hoffnung „auf Entschlüsse vom Kaiserlichen Hauptquartier, auf Hindenburg und den vielleicht rettenden Trotz unserer Feinde“ ausgesprochen wurde. Frankfurter Zeitung, Nr. 105 (1. Morgenblatt), 17. 4. 1917, „Aus dem Lager der Alldeutschen“.

717 19. 4. 17.

Rapide Zuspitzung im Inneren, wird wohl schwerlich ohne Entladung abgehen. Bei den Streiks zeigt sich, dass die hungernden und durch die russische Revolution verwirrten Massen nicht mehr zu halten sind[1] — dazu kommt der erste Mai und die Pläne der Entente den Frieden auf dem Umweg über den internationalen Sozialismus zu schliessen.
Die Aufgabe, durch ein starkes Gesicht während der nächsten Monate alle die Pläne der anderen zu durchkreuzen, kaum lösbar. Wird sie gelöst ist der Krieg gewonnen. Brechen wir unter dem Hunger und der Hetze der Haase und Genossen zusammen oder machen wir die Miene dazu — dann wird der schlechte Friede den Arbeitern zugeschrieben, alles zu gunsten der Rechten herumgedreht und das physisch zu tode getroffene Deutschland wird seelisch völlig verwirrt.

[1] Vgl. 10. 4. 1917. Die Gewerkschaften, die am 16. 4. die Streiks unter ihre Kontrolle bringen konnten, erklärten am 18. 4., nachdem sie von der Regierung Zusagen in der Lebensmittelversorgung erhalten hatten, die Streiks für beendet. Dennoch gingen sie in einer Reihe von Betrieben bis zum 21. und 23. 4. 1917 weiter. Für den 1. 5. befürchtete man neue Unruhen. Die sozialistische Linke propagierte für diesen Tag umfangreiche Arbeitsniederlegungen und Kundgebungen für den sozialist. Internationalismus, den Frieden und die russ. Revolution. Mammach, S. 32 ff.

718 20. 4. 17.

Heute dauernd Sitzungen oben und Einzelgespräche unten mit den Sozis d. h. den sogenannten Kaiserlichen[1].
Beunruhigende Nachrichten, wonach sie ihre Leute draussen nicht mehr in der Hand haben. Ebert[1a] sagt, es wäre unmöglich wegen der Ernährungsfrage noch drei Monate auszuhalten, der Friede ohne Annexionen jetzt würde besser als der Friede später. Die Leute behaupten, das Eingehen auf die Formel des Petersburger Arbeiterrates ohne Annexionen und Entschädigungen[2] wäre die einzige Friedensmöglichkeit — die ergriffen werden müsste. Leicht möglich dass sie wissen, dass das auch die Ansicht Czernins ist[3]. Auch nicht unmöglich, dass sie sogar recht haben. Wahrscheinlicher indes dass die Dinge in Russland weitergehen und dass einige Monate leidliches Gesicht uns einigermassen heraushilft.

[1] Es ging dabei 1. um die Streiks (vgl. 19. 4. 1917); die Regierungsvertreter teilten mit, daß scharfe Maßnahmen gegen die noch streikenden Arbeiter angeordnet seien, die Sozialdemokraten rieten zu Abwarten und Entgegenkommen; 2. um die Reaktion der SPD auf die russ. Friedenskundgebungen. Scheidemann, Zusammenbruch, S. 66 f.
[1a] Friedrich Ebert (1871—1925), 1912—1918 MdR (SPD), 1913—1919 Parteivorsitzender.
[2] Erklärung der Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Rußlands in Petersburg vom 15. 4. 1917, die die Provisorische Regierung aufforderte, einen allgemeinen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker vorzubereiten. Schultheß 1917/II, S. 679.
[3] Vgl. 13. 4. 1917.

Nun wollen sie eine Erklärung loslassen, gleichbedeutend mit den Russen und alles Zureden hilft nichts[4].
Erfolg Ukriegs undurchsichtig.
Die Entente will wohl den Frieden des internationalen Sozialismus in die Hand nehmen.

[4] Resolution des erweiterten Parteiausschusses der SPD vom 19. 4. 1917. Sie stimmte der Friedensformel der Sowjets vom 15. 4. zu (mit der Abwandlung: „auf der Grundlage einer freien nationalen Entwicklung aller Völker") und erklärte es als ihre Pflicht, die Regierung zum Verzicht auf Eroberungen zu drängen und so rasch wie möglich Friedensverhandlungen herbeizuführen. Protokoll Parteiausschuß SPD, 18.—19. 4. 1917, S. 74; veröffentlicht im Vorwärts, 21. 4. 1917. Zur Reaktion der deutschen Regierung, der die Erklärung sehr ungelegen kam, vgl. oben, Anm. 1, und Steglich, Friedenspolitik, S. 68 f.; Westarp, Bd. 2, S. 85.

719 25. 4. 17.

Mein schreckliches Misstrauen gegen das AA. Zimmermann ein zu grosser Taperfritze. Viel zu ungebildet.
Die Detailausführung unsicher schwankend und ungeschickt. Da keine Bildung, auch kein Spielen mit den Imponderabilien. Und dieses jeu gegen die ganze Welt, mit Revolutionären und Sozialisten, im eigenen und feindlichen Lande, einer undurchsichtigen Machtlage kaum zu spielen. Der Kanzler übersieht es wohl, aber was soll er ohne Menschen?
In 3 Wochen internationale Konferenz in Stockholm aller Sozialisten[1] — dabei werden unsere gutmütigen Kosmopoliten einfach über den Löffel barbiert, zumal die ideologischen Formeln ohne Annexion etc gegen uns und nicht nur für unsere Feinde sondern auch für unsere Bundesgenossen stehen. Wir müssen zum mindesten die Nationalitätenformel die Einigung des Continents, die Abrüstung etc dagegen stellen — aber niemand von den Leuten im A.A. sieht auch nur diese Dinge, geschweige, dass er mit ihnen umgehen könnte.
In Litauen wütet Ysenburg[2], die Leute kommen alle an und jammern tieftraurig über diese Blamage und niemand kann ihn entfernen.

[1] Am 22. 4. 1917 wurde die Einladung zu einer internationalen sozialist. Konferenz veröffentlicht, die am 15. 5. in Stockholm zusammentreten sollte. Sie kam jedoch über das Stadium der Vorarbeiten nicht hinaus, da den sozialist. Parteien der Entente die Teilnahme verboten wurde. Hildamarie Meynell, The Stockholm Conference of 1917, in: International Review of Social History 5 (1960), T. 1 und 2, S. 1 ff. und 202 ff. Zu den Versuchen der deutschen Regierung, das Auftreten der SPD auf der Stockholmer Konferenz zu beeinflussen, vor allem hinsichtlich ihrer Äußerungen zu den Friedensbedingungen, vgl. PA, Wk 2 geh., Bd. 31 ff., und Wk 2 c. Riezler selbst stand zu diesem Zweck mit dem Gewerkschaftler Jansson in Verbindung, der Ende März im Einvernehmen mit dem Ausw. Amt zur Beobachtung und zur Herstellung von Kontakten zu Rußland nach Stockholm reiste.

[2] Franz Joseph Fürst zu Isenburg-Birstein (1869—1939), Nov. 1915—1918 Chef der Militärverwaltung in Litauen (Sitz Wilna), als solcher Ober Ost und der OHL unterstellt. Zu Isenburgs harter Politik in Litauen vgl. Hutten-Czapski, Bd. 2, S. 281 ff.; Basler, S. 268, 277 ff.; Colliander, S. 52 ff.

Dazu tobt die Presse von rechts und links namentlich die erstere, ohne jede Führung ohne jede Taktik, in blinder Wut alles zerschlagend, was etwa noch nicht zerschlagen wäre. Man kann sich kaum wortloser Verzweiflung erwehren — wenn nicht der Kanzler wäre, und seine heroische Einsamkeit — man könnte nichts anderes thun, als fortlaufen.
Die Berichte von der russischen Armee lauten so, dass man sich schwer vorstellen soll, wie diese Armee dem Angebot eines Waffenstillstands solle standhalten können. Ich hoffe, es geschieht.

720 B[erlin] 1. 5. 17

Der erste Mai gut vorübergegangen[1]. Alles aber äusserst prekär und die Sozis in grosser Angst — bitten unter der Hand um die schärfsten Massnahmen gegen die Arbeitsgemeinschaft[2].
Die Kanzlerfronde in ungeheurer Aufregung sieht den Frieden kommen, sucht im letzten Moment RK zu werfen, da er wenn er den Frieden macht, mit der Neuorientierung unüberwindlich ist.
Nun schreien sie alle auf Kommando er sei schuld an den Streiks — diese Zeitungen zu lesen, welches Schauspiel von Verlogenheit und Gewissenlosigkeit.
Wir haben ein französisches Circular über die Behandlung der innerdeutschen Zustände in der Ententepresse gefunden[3] — ein unbezahlbares Document — indirect die wuchtigste Anklage gegen Alldeutsche, Conservative etc, nicht zu erfinden so schön. Das in Händen Scheidemanns und das ganze morsche sogenannte „nationale" Deutschland bricht zusammen.

---

[1] Vgl. 19. 4. 1917. SPD und Gewerkschaftsleitung erließen am 27. 4. einen Aufruf an die Arbeiter, auch in diesem Jahr am 1. 5. nicht die Arbeit niederzulegen. Tatsächlich kam es nur vereinzelt zu Demonstrationen. Mammach, S. 50 ff.

[2] Die Sozialdem. Arbeitsgemeinschaft hatte sich im März 1916 von der Fraktion der SPD abgespalten. Im April 1917 konstituierte sie sich als die USPD. Auch die USPD distanzierte sich im April 1917 von der Agitation der extremen sozialist. Linken für Streiks am 1. 5. Mammach, S. 52; Groener, S. 363 f., über diesbezügliche Aussprache mit Haase.

[3] Französischer „Geheimbericht Nr. 7" vom Februar 1917, veröffentlicht 1921 von Haußmann. Er empfahl, die Kundgebungen der Alldeutschen und Konservativen in Deutschland propagandistisch stärker als bisher zu nutzen und sie als wahren Ausdruck der Deutschen hinzustellen. Damit könne der Siegeswille der alliierten Völker mehr gestärkt werden „als durch zehn unserer Aufrufe". Bethmann dagegen verkörpere mit erstaunlicher Klugheit eine liberal und human erscheinende Politik, die bei den Neutralen und auch bei den Völkern der Entente Aussicht auf moralische Erfolge habe. Dadurch, daß die nationalistische Opposition in Deutschland sich anschicke, den Kanzler zu stürzen, erweise sie der Entente den größten Dienst. Damit würde auch der Anschein der Festigkeit und Beständigkeit in den innenpolitischen Verhältnissen in Deutschland gestört, der Deutschland bis jetzt gegenüber den Alliierten einen gewissen Vorrang verschafft habe. Bethmann ließ die Denkschrift allen Parteiführern zustellen. Kruck, S. 95 f.; Koschnitzke, S. 156 ff.; Müller, S. 284; Mommsen, Öffentliche Meinung, S. 664.

Versuche mit den Russen via Armee zum Waffenstillstand zu kommen[4]. Ubootnachrichten aus England, hoffnungsvoll aber schwer zu beurteilen.
Der Kanzler zögert im Innern zu sehr — wohl deshalb weil S.M. und die Militairs und die ganze Umgebung der eine nicht recht zieht, die anderen blind sind.

[4] Seit Anfang April waren an verschiedenen Stellen der russ. Front Kontakte mit russ. Unterhändlern wegen eines Waffenstillstandes aufgenommen worden. Am 29. 4. teilte Ludendorff Zimmermann mit, demnächst würden russ. Beauftragte an der Front erscheinen, um über Waffenstillstand und Frieden zu verhandeln, und nannte seine Bedingungen dafür. Scherer-Grunewald, Bd. 2, Nr. 98; Fischer, Weltmacht, S. 495 ff.; Steglich, Friedenspolitik, S. 83.

721 B[erlin], 8. 5. 17.

Kolossale Hetzerei. Überall Krisengerüchte. Fronden in allen Ministerien. Toben der Presse, worüber sich die Kamele des Kriegspresseamts freuen. Wilde Demagogie der Konservativen gegen den „Scheidemannfrieden"[1], den der Kanzler um nicht das Spiel der Englaender in Petersburg [zu] spielen doch nun einmal nicht ablehnen kann. Der Ukrieg und seine Steigerung treibt die Leute nun schon wieder dazu die ganze Welt niedergezwungen zu sehen.
Wenn die Linke jetzt dem Kanzler wegbricht, ist er unhaltbar. Theodor Wolff[2] rennt jeden Tag für das parlamentarische Regime an — die Sozis wüsten mit ihren Verzichtformeln darauf los — trotzdem wird es gelingen, die Leute bei der Stange zu halten. Aber RK muss vom Leder ziehen, aber er selbst war leider die letzten Tage müde verärgert und quietistisch.
Zu begreifen, ein Wunder, wenn Deutschland nicht an seinem phantastischen Kaiser, an der Unbildung seiner Hofschicht, der Psychose die seine Intellectuellen ergriffen hat und insbesondere der Blindheit der Herren Soldaten und dem Glauben dass die alles verstehen, zu grunde geht. Der heroische Kampf des Kanzlers gegen die Soldaten — aber die grosse Politik die wir machen könnten, geht dabei zu grunde. Polen. Dort droht alles zusammenzubrechen, man hat dem Staatsrat das Vertrauen

[1] Am 3. 5. 1917 erklärten die Konservativen in einer Interpellation im Reichstag, die Friedensresolution der SPD vom 19. 4. 1917 (vgl. 20. 4. 1917) habe mangels einer eindeutigen Gegenerklärung der Regierung schwere Beunruhigung hervorgerufen. Der Reichskanzler werde daher gebeten, über seine Stellungnahme zu der sozialdemokratischen Friedensformel Auskunft zu geben. Eine Interpellation der SPD vom gleichen Tag forderte eine Auskunft des Kanzlers, was er zu tun gedenke, um einen Verständigungsfrieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen herbeizuführen. Sten. Berichte, Anlagen, Bd. 321, Nr. 774 f.; Westarp, Bd. 2, S. 86 f. Zur Kennzeichnung der Situation vgl. den Brief Bethmanns an Valentini vom 3. 5. 1917: Die ganze rechtsgerichtete Presse, unter der die Vossische Zeitung und der Lokalanzeiger nach sicherer Information finanziell von der Schwerindustrie abhängig seien, arbeiteten anscheinend nach zentral ausgegebenen Parolen gegen ihn. Auszüge bei Westarp, Bd. 2, S. 87.
[2] Theodor Wolff (1868—1943), 1906—1932 Chefredakteur des Berliner Tageblatts.

gekündigt[3]. Regent! Der aber sei nicht zu machen weil Oesterreich den Süden nicht räumt, oder nur gegen die Walachei räumen würde, was unsere Soldaten wieder nicht zugeben würden etc[4].
Die besten Momente sind schon versäumt. Zimmermann! Welch unfähiger Tropf. Spielt den starken Mann und ist schwach, vor Leuten wie Bernhard[5] und Reventlow.

[3] In Polen hatte sich im Frühjahr 1917, hauptsächlich wegen der noch immer ungelösten Frage des poln. Heeres, die Situation sehr zugespitzt. Der Staatsrat, der zunehmend zwischen den deutschen Verwaltungsbehörden und der nationalistischen poln. Bewegung aufgerieben wurde, kritisierte in einer Resolution vom 1. 5. 1917 die Politik der Mittelmächte in Polen und forderte die unmittelbare Einsetzung eines poln. Regenten. Am 5. 5. drohte ein Teil der Mitglieder, falls nicht bis zum 10. 5. eine positive Antwort der Mittelmächte vorliege, werde der Staatsrat zurücktreten. Dennoch übte der Führer der Nationaldemokraten, Pilsudski, schärfste Kritik am Staatsrat und forderte dessen Rücktritt. Am 2. 5. schloß sich der polnische Nationalrat dieser Forderung an und wählte den Fürsten Lubomirski zum Prätendenten für die Regentschaft. Conze, S. 280 ff.; Hutten-Czapski, Bd. 2, S. 350 ff.

[4] Während Beseler seit dem 1. 5. 1917 die unverzügliche Ernennung eines Regenten empfahl und auch Österreich bereit war, seine Zustimmung zu geben, lehnten das deutsche Ausw. Amt und auch die OHL die Forderung ab, um keine faits accomplis zu schaffen, solange Aussicht auf Frieden mit Rußland bestehe. — Über die Räumung des österr. Militärgouvernements in Polen wurde seit dem Amtsantritt Czernins erneut verhandelt, zunächst jedoch ohne jeden Erfolg. Seit Mitte März bot Czernin, allerdings erst für die Zeit nach Friedensschluß, einen Kompromiß an: für den Fall des Anschlusses Polens an Deutschland müsse Österreich die Walachei und Teile der Moldau erhalten. Auf dieser Basis einigte man sich auf einer Kriegszielbesprechung in Kreuznach am 17./18. 5. 1917. Conze, S. 291 f.; Meckling, S. 165 ff.

[5] Georg Bernhard (1875—1944), Wirtschaftsjournalist, seit 1913 Chefredakteur der Vossischen Zeitung.

722 B[erlin], 9. 5. 17.

Scheussliche Lage. Die Parlamente gegeneinander. Herrenhaus will contra Verfassungsausschuss, der kann nur mit äusserster Mühe im Zaum gehalten werden. Die Rechte tobt — das alte Preussen bäumt sich auf — die Linke will nicht mehr warten.
Der Kaiser wütend über den Verfassungsausschuss. Die Stellung des Reichskanzlers schwer erschüttert[1].

[1] Am 30. 3. 1917 nahm der Reichstag einen Antrag der Nat.lib. an, einen Ausschuß von 28 Mitgliedern zur Prüfung und Beratung verfassungsrechtlicher Fragen zu bilden. Sten. Berichte, Bd. 309, S. 2934 ff.; Bredt, S. 162 ff. Der Ausschuß trat am 2. 5. 1917 zum ersten Mal zusammen und tagte bis zum 11. 5. 1917. Am 3. 5. ließ Bethmann die Mittelparteien dringend bitten, bei den Diskussionen der innenpolit. Situation Rechnung zu tragen, und erhielt das Versprechen, die Wahlrechtsfrage werde zunächst zurückgestellt werden. Am 4. 5. brachten jedoch die Parteien u. a. einen Antrag auf Abänderung der Art. 53 und 66 der Reichsverfassung ein: die Ernennung der Offiziere, bisher ausschließlich Sache des Kaisers, sollte der Gegenzeichnung durch den Kriegsminister bedürfen. Obgleich es dem Kanzler gelang, durch vertrauliche Verhandlungen praktisch die Zurückstellung des Antrags zu erreichen, löste der Angriff des Verfassungsausschusses auf die Kommandogewalt bei den Konservativen und besonders beim Kaiser größte Erregung aus und bedeutete eine schwere Erschütterung für die Stellung des Kanzlers. A. Rosenberg, Die Entstehung der

Dazu eine Kriegslage, bei der die eine Hälfte der Nation glaubt, die Feinde in wenigen Wochen niedergeworfen zu haben, die andere wähnt, selbst kurz vor dem Zusammenbruch zu stehen. Dabei unmöglich, die Menschen zu meistern und zu einigen.
Die Aufgabe des Reichskanzlers eine Gesellschaft von Irrsinnigen in den Bahnen der Vernunft zu halten oder wenn das nicht geht, den am wenigsten irren Weg zu nehmen mitzugehen und so zu thun, als wäre es der Weg der Vernunft.

deutschen Republik (²1930) S. 147; Koschnitzke, S. 213; Bethmann Hollweg, Bd. 2, S. 182 f., 192 f.; Westarp, Bd. 2, S. 240 ff.; Helfferich, Bd. 3, S. 100 ff.; Militär und Innenpolitik, Bd. 2, Nr. 296.

723 B[erlin] 13. 5. 17.

RK aus dem Hauptquartier zurück[1]. Die von der Fronde erwartete Krise nicht eingetreten. Der Kaiser nach rechts und links gezerrt schwankend, Angst vor Ludendorff, wütend wegen Reichstag und Kommandogewaltanträgen[2].
Ministerwechsel natürlich jetzt unmöglich — also muss versucht werden weiter zu wursteln. Da Taten nicht zu machen sind, müssen im Reichstag energische Worte gegen rechts gesagt werden.
Hetzereien im Innern. Gänzliche Verwilderung. Toben der Hetzpresse. Der Vorwärts ganz richtig: „eine Hand voll Narren“[3]. Im Hauptquartier schwört alles, im Juni wäre Frieden. Warum weiss niemand. Wahrscheinlich nur Annahme die Leute haben den Krieg immer noch nicht begriffen.
Inzwischen fährt die polnische Sache vollkommen in den Dreck[4]. Ahnungslosigkeit von Zimmermann. Quietismus im A.A. RK in der Hand der Bedenken die ihm die Leute vortragen. Wenn es soweit schliddert, dass der Staatsrat abdankt und die Entente die Gelegenheit hat, eine polnische Regierung zu bilden (dazu eine polnische Armee, durch Herausziehung der Polen aus dem russischen Heer) so sind wir

[1] Bethmann war am 11. 5. 1917 im Großen Hauptquartier in Kreuznach. Gegenstand der Gespräche mit dem Kaiser bildeten vor allem die Anträge des Verfassungsausschusses vom 3.—11. 5. 1917. Der Kaiser legte dabei Bethmann darauf fest, allen Versuchen zur Verwirklichung des Parlamentarismus entgegenzutreten. Bethmann selbst hielt Konzessionen für notwendig und erwog die Aufnahme von Parlamentariern in die Regierung. Westarp, Bd. 2, S. 244; Valentini, S. 153; Müller, S. 285 f. [2] Vgl. 9. 5. 1917, Anm. 1.
[3] Gemeint ist wohl der Artikel „Die Arbeiter und das Reich“, Vorwärts, Nr. 129, 12. 5. 1917, der sich mit der Deutschen Tageszeitung, dem „Zentralorgan der weltpolitischen Hazardeure“, auseinandersetzte: „Unser Land ... wird von einer Handvoll politischer Desperados bedroht!“ — Ähnlich Vorwärts, Nr. 128, 11. 5. 1917, „Der Kampf um den Kanzler“, gegen die Angriffe auf Bethmann in der Deutschen Tageszeitung, Reichspost, Süddeutschen Zeitung, Post und Kreuzzeitung: eine „Schar von Abenteurern“ wolle den in Rußland besiegten Zarismus in Deutschland auferstehen lassen.
[4] Vgl. 8. 5. 1917, Anm. 3 und 4. Tatsächlich beschloß der Staatsrat am 15. 5. 1917, da Beseler keine Lösung der Regentschaftsfrage anbieten konnte, seine Tätigkeit bis auf weiteres einzustellen. Am 8. 6. 1917 wurde ein Kompromiß erzielt. Conze, S. 290 ff.

geschlagen und Polen ist auf die Seite der Entente gedrängt und zwar durch ein einfaches Inszenierungsmanoeuvre, was wir auch und besser und leichter hätten machen können. Wahl eines Interrex durch die Polen selbst und Bestätigung durch uns, dann ist die polnische Regierung da und verpflichtet alle Polen.
Die Polen scheinen so etwas vorzuhaben Erzbischof zum Interrex[5], Beseler sagt hier, er werde nicht bestätigen und den Staatsrat auseinanderjagen und Zimmermann nickt zustimmend!! Zum Verzweifeln.
Die grössten Gelegenheiten werden aus Unbildung und altmodischer Bureaukratenart versudelt.
Der Kaiser: ich schicke eine Kompagnie nach Berlin und jage den Reichstag auseinander. Alles morsch. Blind ahnungslos, wie von Gott geschlagen.

[5] Anscheinend dachte man dabei an den Erzbischof Kakowski von Warschau. Vgl. Hutten-Czapski, Bd. 2, S. 354 f.

724 **19. 5. 17.**

Versuche mit den Russen zum Waffenstillstand zu kommen. Arbeit in Petersburg. Kerenski[1] hat Verlängerung der ihm bis zum 18ten gestellten Frist gefordert[2].
Das Gemansche unserer eignen Sozialisten verzögert die Sachen nur. Revolutionsdrohung von Scheidemann[3] welche Dummheit. Wie so oft wird die Rechte durch die Sozi gerettet werden. Ich predige ihnen das täglich durch Heinemann[4] — aber es ist nichts zu machen, sie behaupten der Krieg ist verloren und ihre Formel[5] wäre eine Schutzformel für uns.

[1] Alexandr Fjodorowitsch Kerenskij (1881—1970), Führer der Trudowiki, März 1917 Justizminister, 18. 5.—21. 7. 1917 Minister für Krieg und Marine, 21. 7.—7./8. 11. 1917 Ministerpräsident.

[2] Im Mai 1917 wurde an verschiedenen Stellen der russ. Front über Waffenstillstand verhandelt, jedoch erschienen russischerseits keine bevollmächtigten Vertreter. Seit dem 26. 3. 1917 verhandelte Erzberger in Stockholm mit dem russ. Staatsrat Kolyschko, der behauptete, gute Beziehungen zur Provisorischen Regierung und besonders zu Kerenskij zu haben. Am 19. 4. entwarfen beide gemeinsam ein Programm für Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. Kolyschko versprach, spätestens am 18. 5. die russ. Antwort darauf zu überbringen. Am 17. 5. teilte Erzberger mit, die neue Zusammenkunft mit Kolyschko verzögere sich. Sie unterblieb dann ganz, Kolyschko wurde in Rußland verhaftet. Steglich, Friedenspolitik, S. 59 ff., 91 f., 99 ff.; Scherer-Grunewald, Bd. 2, Nr. 85.

[3] Rede Scheidemanns im Reichstag am 15. 5. 1917: „... würden heute die englische und die französische Regierung, so wie es die russische schon getan hat, auf Annexionen verzichten, und würde die deutsche Regierung, statt durch den gleichen Verzicht den Krieg zu beenden, ihn um Eroberungsziele fortsetzen wollen, dann, meine Herren, verlassen Sie sich darauf, haben Sie die Revolution im Lande." Sten. Berichte, Bd. 310, S. 3394 f.; zur Reaktion vgl. Scheidemann, Zusammenbruch, S. 158.

[4] Hugo Heinemann (1863—1919), Sozialdemokrat, 1918—1919 Unterstaatssekretär im preuß. Justizministerium; Vertrauter Legiens, Mitarbeiter an dem Buch von Fr. Thimme u. Carl Legien, Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland (1915), an dem auch Jaffé beteiligt war.

[5] Resolution des Parteiausschusses der SPD vom 19. 4. 1917: Frieden „ohne Annexionen

Die dummen Soldaten auf der anderen Seite sehen den Krieg radikal gewonnen und ganz Deutschland scheint in zwei Teile zu zerfallen. Reventlow tanzt Veitstanz auf dem morschen Bretterboden über einer gänzlich unterhöhlten alten Welt. Welche Unvernunft — von beiden Seiten. Trostlos, tieftraurig — und doch welch wunderbar begabtes Volk.
Verfall der Bildung. Absoluter Bildungsverfall der Oberschicht.
Drängen auf ein Koalitionsministerium aus Parlamentariern. Das ist nicht nötig. Besser, die sachlich besten Leute aus dem Privatleben ziehen. Meinecke[6] als Kultusminister. Anknüpfen an die grosse Preussische Tradition der Humboldt und Gneisenau und Stein — wo aber sind die Menschen?
Der Verfall der ganzen Welt scheint unaufhaltsam, nirgends mehr Ideen, nur mehr Dogmen und Geschäft.
Der Kanzler, überlebensgross in Härte und Zähigkeit, aber ohne Sprengkraft kommt doch nicht vorwärts.
Ob uns der russische Friede wirklich heraushelfen würde? Geholfen ist uns doch erst, wenn die Englaender mürbe sind.
Welche grosse Politik liesse sich trotz alledem machen — bei leidlicher politischer Bildung der Oberschicht — im Inneren Programm Macht und Freiheit Kampf gegen die Alldeutschen, preuss[isches] Wahlrecht[,] nach aussen Polen entschieden vorwärts[,] Abkommen mit Oesterreich wegen Annäherung[,] unbeirrt faits accomplis schaffen, Dauerfrieden und Völkerversöhnung proklamieren alles mit starker Hypokrisie, aber ideologisch aufgezogen. Ideen erzwingen Gefolgschaft. Das kann der Kanzler nicht. Mangel an Selbstvertrauen zum einen, notwendige Rücksicht auf den herrschenden Wahnsinn zum andren Teil.
Armes Deutschland. Ungeheure Gelegenheit.
Schicksal Vergewaltigung. In all der Verkettung der Ursachen der Massenhaftigkeit der Faktoren keine Schuld mehr zu fassen, nicht die wesentlichen Ursachen mehr darzustellen — alles was gesagt werden kann ist falsch. Und die unglückliche Menschheit wird aus alle dem Jammer so gut wie nichts lernen, nur mit einem noch wirreren Kopf aufwachen.
Ich selbst müde und mürbe. Meine Spannkraft verloren. Apathie. Kampf gegen Hydren. Man müsste ausspannen können.
Loebell hat mit dem Landtag ein Wahlrecht zusammengemanscht[7]. Wenn

---

und Kriegsentschädigungen auf der Grundlage einer freien nationalen Entwicklung aller Völker". Vgl. 20. 4. 1917, Anm. 4.

[6] Friedrich Meinecke (1862—1954), Historiker. Zu dieser Stelle F. Meinecke, Erlebtes 1862—1919 (1964) S. 307—309.

[7] Nachdem es dem Führer der Freikonservativen, Frhr. v. Zedlitz, gelungen war, alle Parteien des Abgeordnetenhauses unter Ausschluß der SPD und der Linksliberalen auf der Basis eines abgestuften Wahlrechts zusammenzuschließen, trat Ende April oder Anfang Mai Loebell eigenmächtig mit diesem Block in Verbindung und handelte bis Mitte Mai ein Pluralwahlrecht mit ihm aus, das er anschließend im preuß. Staatsministerium durch-

die Parteien sich einigen werden sie das Resultat publicieren und der Kanzler, der den Kaiser noch nicht auf die Seite des gleichen gezogen hat, und ein Pluralwahlrecht nicht bringen kann, wird vor eine unmögliche Situation gestellt. Er ist selber schuld. Er wusste das alles, kannte Loebell, warum hat er nicht vorgebaut und ihn rechtzeitig entfernt. Er lässt die Dinge an sich herankommen, statt ihnen entgegenzugehen. Der alte Fehler.

zusetzen hoffte. Erst am 20. 5. informierte er Bethmann, der sehr aufgebracht war, aber dennoch gemäßigt reagierte, um keine Regierungskrise heraufzubeschwören. Es gelang ihm, eine Festlegung des Ministeriums auf ein bestimmtes Wahlrecht zu verhindern. Patemann, S. 65 ff.; Westarp, Bd. 2, S. 267 ff.; WUA 4, Bd. 7/1, S. 99, 231; u. Bd. 7/2, S. 190 ff.; Bethmann Hollweg, Bd. 2, S. 194 ff.

725 **9. 6. 17.**

Skizze der Situation.
Im Inneren leidlich gehalten durch die Angriffe der Rechten, die, weil sie des stillen Wohlwollens von Ludendorff sicher sind, immer heftiger werden. Diese Angriffe verhindern die Linke weiterzudrängen. Im Juli kommt der Reichstag[1] und der Verfassungsausschuss[2] muss die Beratungen wieder aufnehmen, muss auch etwas vorwärts bringen. Was dann?
Man müsste der Sache begegnen, indem die dekrepidesten unter den preussischen Ministern vorher geworfen werden, das gleiche Wahlrecht als Entwurf angekündigt wird. Beides bei S.M. unerreichbar, zur Zeit wieder. Die verschiedenen Exemplare der Provinzialirrenanstalt, die Generalität, beide blind und wie von Gott geschlagen (mit Ausnahme von Müller und Valentini) haben den Monarchen derartig reaktionär bombardiert — dazu das Gespenst des Scheidemannfriedens, der noch ungebrochene Glaube an die Niederzwingung Englands durch die Uboote.
Erfolgt innenpolitisch nichts, so wird die Situation unhaltbar wenn nicht Juli oder August der Anfang des Friedens zu sehen ist.
Dazu in weiten Kreisen die Erkenntnis dass die Alldeutschen nicht mit Unrecht sich durch die OHL gedeckt fühlen.
Wird die OHL im Volk mit den Alldeutschen identifiziert, kommt heraus dass RK durch die Generalität nach aussen wie innen jeder politischen Bewegungsfreiheit beraubt ist, so kommt der Aufstand gegen das System des Militarismus und der Anfang des Zusammenbruchs. Die OHL ist nach aussen wie innen ohne Ahnung und von den übelsten Zeitungsphrasen beherrscht. Droht RK mit dem Rücktritt, so wird er unterliegen, Gallwitz[3] sein Nachfolger[,] Oesterreich erklärt, es könne

[1] Der Reichstag wurde am 16. 5. vertagt und trat am 5. 7. wieder zusammen.
[2] Der Verfassungsausschuß (vgl. 9. 5. 1917) tagte erneut vom 3.—6. 7. 1917.
[3] Max v. Gallwitz (1852—1937), 1911 General der Artillerie, Führer verschiedener Armeen im 1. Weltkrieg, 1917 Oberbefehlshaber der 5. Armee im Westen. — Hinweis auf Gerüchte über Gallwitz als möglichen Nachfolger Bethmanns bei Müller, S. 184 f.

diese Politik nicht mitmachen, im Inneren ist der Empörungssturm da und der Krieg ist verloren.
Unternimmt es RK der OHL oder S.M. reinen Wein über die Situation einzuschenken, so antwortet die Provinzialirrenanstalt der Kanzler mache schlapp. Sagt er, Oesterreich wird im August den Wechsel auf die Uboote präsentieren, so erwidern die Soldaten, wir würden alleine weiterkämpfen. Verzweifelte Situation. Der Kanzler als Schlachtopfer um die grössten Dummheiten und den Zusammenbruch zu verhüten. Einziger Ausweg, eine Friedensmöglichkeit schaffen, sie dem Kaiser zeigen und draufdrücken. Aber woher nehmen?
Dass die Militairs Schwindler wie den Getreidehändler Weil[4] zu Berichten über den Ubootkrieg an den Kaiser bringen, dass Hindenburg und Ludendorff so ungebildet sind, das Volk in Anhänger eines siegreichen und eines schlechten Friedens zu teilen, dass die ganzen uniformierten Dilettanten, in ihre Sportsache verbissen, alles gefühlsmässig unter der Freude an der Gewalt[a] und sogenannten Forschheit verstehen, nicht einer in der Lage ist, ein kühles Urteil über die Situation ab-[zu]geben, jeden Augenblick diese blinde Schicht von Narren die innere Situation umwerfen können — unsagbar grauenhafte Lage. Armes Deutschland.

[a] In der Vorlage „Gewaltheit".

[4] Hermann Weil (1868—1927), Begründer der Getreidehandelsfirma „Hermann Weil u. Co." in Buenos Aires, lebte seit 1907 wieder in Deutschland. Seit 1915 verfaßte er regelmäßig für den Admiralstab Berichte über die engl. Getreideeinfuhr und die möglichen Rückwirkungen des U-Bootkrieges auf diese. Im Mai 1917 erhielt der Kaiser eine Denkschrift Weils über die Kriegsziele, die der Kaiser in einer „Kriegszielliste" vom 13. 5. 1917 für das Ausw. Amt verwandte. Müller, S. 286 f.; Stegemann, S. 53 ff.; Scherer-Grunewald Bd. 2, Nr. 115. Zur Aufz. Riezlers vgl. das Manuskript Siegfried v. Roederns über den 1. Weltkrieg im Nachlaß Roedern in BA, Bd. 1, Kap. III, S. 217 (164 b): „Eine verhängnisvolle Rolle [bei dem Entschluß für den U-Bootkrieg] hat in diesen Monaten auch der deutsch-argentinische Getreidehändler Weil-Hermanos gespielt, auf dessen Statistiken für den Erfolg des U-Bootkrieges sich der Kaiser, der, von der Marine veranlasst, sogar einen langen Vortrag von ihm angehört hatte, noch bis in das Jahr 1918 hinein immer wieder berief."

726 14. 6. 17.

Tiefe Niedergeschlagenheit überall. Trotzdem empfindet niemand ganz, wie nahe wir am völligen Untergang stehen. Und wer in Worten davon spricht, verbindet noch keine Vorstellung mit dem was er sagt.
Die Englaender haben einen convoi von 69 Getreideschiffen hereinbekommen und scheinen beruhigt. In Russland das Chaos und keine Friedensmöglichkeit. Unsere eigene Rüstung, Munition und Nahrung wird schwach — wenn die Entente bis zum nächsten Sommer durchhalten kann, hat sie gewonnen. Unsere Ubootzahlen sind Schätzungen und wahrscheinlich zu hohe. Man muss versuchen im Sommer, wenn die Eng-

laender die Ernte hereinhaben, zu einer Verständigung zu kommen und sich eben bereiterklären, Belgien herauszugeben. In einer solchen Lage depeschiert die OHL an die Rixdorfer Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes, identifiziert sich mit den Alldeutschen — Wahnsinn.
Der Kanzler muss SM und OHL im Juli zum Eingeständnis zwingen, dass der Krieg nicht gewonnen ist. Diese Idioten werden sagen, er macht schlapp — sachlich aber nichts zu entgegnen wissen. Er muss die Leute aus den Zeitungsphrasen auf die Ebene des Konkreten bringen. Die wären imstande, ihm sonst nach 6 Monaten wenn es längst zu spät ist, mitzuteilen wir wären am Ende und müssten jetzt Frieden schliessen, natürlich einen „deutschen" Frieden — sind alle wahnsinnig.

Ergänzungstagebuch 25/6 [1917]

In der Times vom 14. 6. 17. No. 41504 ein Artikel „Berlin today" über Tirpitz Flaumacherei über den Ubootkrieg[1].

[1] Artikel von F. Sefton Delmer, „Berlin to-day. IX. Hopes unrealized. Tirpitz' lack of faith in U-boats." In Berlin herrsche Ratlosigkeit, auch das Vertrauen in die U-Boote sei geschwunden. Tirpitz habe am 2. 2. 1917 in einer Unterhaltung mit zwei Mitgliedern des Zentrums gesagt: „This comes a year too late!" — Vgl. auch Bethmann Hollweg, Bd. 2, S. 217.

25/6 [1917]

Artikel von Max Weber in der Frankfurter Zeitung vom 24.ten erstes Morgenblatt[1].

[1] „Deutscher Parlamentarismus in Vergangenheit und Zukunft", Frankfurter Zeitung, 27. 5. und 24. 6. 1917, „Vergangenheit und Zukunft des deutschen Parlamentarismus", Frankfurter Zeitung 1917, 9./10. 6., jeweils 1. Morgenblatt. Die Zeitung wurde deshalb unter Präventivzensur gestellt. Vgl. Marianne Weber, Max Weber. Ein Lebensbild (¹1926) S. 602 ff. Die Artikelserie wurde eingearbeitet in Max Webers Schrift „Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland", Mai 1918, abgedruckt in: Max Weber, Gesammelte Politische Schriften, 2. erw. Aufl., hrsg. J. Winckelmann (1958) S. 294 ff. Der Artikel vom 24. 6. 1917 behandelt das Thema „Verwaltungsöffentlichkeit und politische Verantwortung". Weber fordert parlamentarische Verantwortung der Regierung und kritisiert die politische Inkompetenz einer reinen Beamtenherrschaft. Er wendet sich gegen ein Ausleseverfahren, welches „in den entscheidenden Momenten Leute mit Beamtengeist an Stellen setzte, auf welche Politiker gehörten, d. h. Leute, welche im politischen Kampf die Tragweite des öffentlichen Wortes zu wägen gelernt und welche vor allem das Verantwortungsgefühl des Politikers und nicht das eines Beamten gehabt hätten". Dazu gehört nach Max Weber auch die Erkenntnis, daß es in bestimmten Situationen besser ist zurückzutreten, als mit dem eigenen Namen Aktionen zu decken, die im Grunde für falsch gehalten werden. Das bedeutete implizite auch eine Kritik an Bethmann. Zu diesem Artikel schreibt Riezler an Haußmann, 25. 6. 1917: „Leider hat die Frankfurter Zeitung durch einen im Ton gänzlich unhaltbaren Artikel von Max Weber einen mühsam gepflegten Kochtopf zerschlagen, wir stehen herum und jammern der ausgegossenen Suppe nach, die Gegner freuen sich unbändig" (Nachlaß Haußmann, 54). Zu Max Webers Kritik an Bethmann Hollweg vgl. W. Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik 1890—1920 (1959), S. 249 f.

12/7/17

Beginn des jederzeit drohenden Zusammenbruchs. Erste Krise. Wirrwarr der wildesten Intriguen.
1.) Intrigue Ludendorff contra Bethmann. Ludendorff hat in den letzten drei Monaten die Osterbotschaft, etc auf das heftigste bekämpft, sah darin ein Verhängnis, sagte zu Wahnschaffe sie sei schuld an der Verlängerung des Krieges[1]. Bekämpft den Kanzler auf alle Weise, dadurch (und durch Ubootparoxismus — Krieg im Juli zu Ende —) Stimmung oben, die jedes Forcieren dem R[eichskanz]ler unmöglich machte, wenn er nicht bei zeitweiser Stimmung S.M. und gesamter Hofkreise Militärdiktatur und Zusammenbruch im Innern und der Koalition riskieren sollte.
Ludendorff, der wahrnahm dass die Neuorientierung den Kanzler stärkte, seine Gegnerschaft dagegen ihn selbst unpopulär zu machen beginnt, lässt den Parteien sagen, es wäre nicht wahr dass er gegen die Neuorientierung. Dieser Mensch der politisch so ungebildet ist, dass er nicht weiss, was parlamentarisches Regime ist und nur dunkel davon gehört hat, dass Deutschland ein Bundesstaat ist, flüstert den Nat[ional]lib[eralen] zu, er wäre für Parlamentarisierung — da geht deren Ministerkoller auf wie die Blüthen im Mairegen — sie verteilen alles und alle die Schieber und Dränger unfähig, sehen sich berauscht irgendwo als Excellenzen und Botschafter[2].
Daraufhin der Reichstag kaum zu meistern, Ludendorff nimmt wahr, dass trotzdem der Kanzler, übermächtig kämpfend die Sache meistert, lässt den Parteien sagen, zuerst telefonisch an einzelne Leute, (durch den Leutnant von Voss an Ballin[3]) dann durch einen Offizier, den er herumsendet (an Payer)[4] (durch ein Telegramm eines Majors an den bay-

---

[1] Zu Ludendorffs Haltung vgl. Bergsträßer, S. 134 ff.; Ludendorff, Kriegserinnerungen, S. 355 ff. Zu dem Gespräch zwischen Ludendorff und Wahnschaffe vgl. Bethmann Hollweg, Bd. 2, S. 218. Offensichtlich versuchte Wahnschaffe dabei, Ludendorff zum „Verzicht auf aktive Bekämpfung" Bethmanns zu bewegen; Ludendorff lehnte es ab, den Kanzler zu unterstützen. — Zum Kampf der OHL gegen Bethmann 1917 vgl. bes. Militär und Innenpolitik, Bd. 2, Nr. 246 ff.

[2] Zu diesen Äußerungen Ludendorffs vgl. Haußmann, S. 108 f. (Mitteilungen des im Auftrag Ludendorffs handelnden Oberst Bauer im Flur des Reichstags am 8. 7. 1917). Zu den Verbindungen zwischen OHL und Nat.lib. sowie anderen Parlamentariern zu dieser Zeit vgl. Koschnitzke, S. 261 ff.; Ritter, Bd. 3, S. 566 ff.; Interfraktioneller Ausschuß, 1917, S. 74 ff.; Militär und Innenpolitik, Bd. 2, Nr. 313 ff.

[3] Kapitän v. Voß, ein Vertrauter Ludendorffs, teilte Ballin am 12. 7. telefonisch mit, Hindenburg und Ludendorff hätten dem Kaiser gesagt, sie könnten nicht länger mit Bethmann zusammenarbeiten, er oder sie müßten zurücktreten. Ballin war für den Sturz Bethmanns und unternahm unverzüglich entsprechende Schritte. Cecil, S. 270 f.

[4] Friedrich Payer (1847—1931), seit 1877 mit Unterbrechungen MdR (Fortschritt), Nov. 1917—Nov. 1918 Stellv. des Reichskanzlers. — Die OHL ließ am 11./12. 7. 1917 durch Oberst Bauer und Oberstleutnant v. Haeften einzelne Parlamentarier im gleichen Sinn wie Ballin informieren. Vgl. Haußmann, S. 108 f.; David, Kriegstagebuch, S. 243; Bethmann

rischen Kriegsminister noch obendrein)[5] dass er da Bethmann bleibe, mit Hindenburg gehen werde.
Diese Abschiedsgesuche der beiden werden S.M. während einer Audienz des Grafen Lerchenfeld[6] überbracht. Graf Lerchenfeld sagte was darin wäre, ich weiss was darin ist — es ist durch einen Major dem bayr[ischen] Kriegsminister telegrafisch mitgeteilt worden. Der Kaiser schweigt, beisst sich auf die Lippen[7].
(Faktische Abdankung von S.M. Bethmann meint freilich die bestünde schon längst.)
Diese Mitteilung an die Parteien wirft die schwankenden Centrum und die Nat[ional]lib[eralen] die Bethmann hassen[a], vollends giebt ihnen den Mut das offen zu erklären.
Stresemann erzählt die Meldung von der Haltung Lud[endorffs] in der Frühe des Donnerstag 12. in einer Sitzung bei Helfferich — Helfferich haut von der Wut übermannt auf den Tisch und brüllt Stresemann an, wie er glauben könne, das ein preussischer General zu einer solchen Handlung fähig wäre — so — dass Stresemann noch lange nachher zitterte[8].

[a] In der Vorlage „heissen", am Rand von Walter Riezler durch „hassen" ersetzt.

Hollweg, Bd. 2, S. 232 f. Nach Helfferich, Bd. 3, S. 126, unterrichtete Payer den Reichskanzler am 12. 7. darüber. Zur Rolle Bauers in der Julikrise vgl. bes. Interfraktioneller Ausschuß 1917, S. 81 ff.; Militär und Innenpolitik, Bd. 2, Nr. 246 ff., passim, bes. Nr. 313 f. und 319.

[5] Ludendorff machte diese Mitteilung an den bayer. Kriegsminister, noch bevor er den Kaiser von der Rücktrittsabsicht der OHL benachrichtigt hatte. Aufz. Bethmanns vom 14. 7. 1917 in: WUA 2, S. 153.

[6] Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering (1843—1925), 1880—1918 bayer. Gesandter in Berlin.

[7] Die Abschiedsgesuche wurden am Abend des 12. 7. abgeschickt und trafen am 13. 7. in Berlin beim Kaiser ein. Ludendorff, Kriegserinnerungen, S. 361 f.; ders., OHL, S. 407. Der Kaiser wurde schon am 12. 7., während einer Unterredung mit Bethmann, über die Absicht Hindenburgs und Ludendorffs, ihren Abschied einzureichen, informiert. Bethmann Hollweg, Bd. 2, S. 235 f.; Valentini, S. 166 f.

[8] Zu diesem Vorfall vgl. Helfferich, Bd. 3, S. 125; Schiffer, S. 196; Interfraktioneller Ausschuß 1917, S. 62, Anm. 4, und S. 79 f. Stresemann sagte Helfferich in Anwesenheit von Schiffer und List: „Es könne auf seine Fraktion nicht ohne Eindruck bleiben, wenn er heute genötigt sei, ihr mitzuteilen, daß der General Ludendorff entschlossen sei, seinen Abschied zu nehmen, wenn Bethmann Hollweg bleibe."

Stichworte 14/7 [1917]

⟨Reichstag auflösen[1] — wir sind unserer Leute sicher. Sogar Hindenburg ablehnend.
Wir wollen [nicht,] dass unsere Leute im Schützengraben sich gegenseitig totschlagen.⟩[a]

[a] ⟨...⟩ nachträglich am Rand hinzugefügt.

[1] Der Reichstag wurde am 13. 7. auf unbestimmte Zeit („sobald die Verhältnisse es gestatten") vertagt. Die nächste Sitzung fand am 19. 7. statt. Sten. Berichte, Bd. 310, S. 3567.

Heydebrand zu Hindenburg in der Besprechung am 13.ten vor der Auflösung.
Harbous[2] Erstaunen — über Scheidemann „die Leute meinen es ja ehrlich".
Der Artikel des Lokalanzeigers vom Donnerstag abend[3], mein Telefon an Herrn von Bergen[4], ⟨die Haltung⟩[b] Oesterreichs[5]. Das gemeine totmachen dieses Arguments. Calker[6] zu Helfferich über seine Ernennung in Stuttgart.
Die Aktion mit der Parlamentarisierung[7]. Unterredung Helfferich Roedern[8] und Wahnschaffe mit den Parteien am 11. abends und 12. früh[9]. Vertrauensrat 5 Parteihäupter 5 Bundesratsmitglieder und die Staatssekretäre[10].
Die Gemeinheit der Presse.
Intrigue von Bergen, Loebell für Bülow, Bernhard.

---

[b] ⟨...⟩ ursprünglich: „der Schwindel mit Oest"; gestrichen.

[2] Bodo v. Harbou (1880—1944), 1917—1919 Major in der Operationsabt. des Großen Generalstabs; Mitarbeiter von Oberstleutnant Bauer.

[3] Der Berliner Lokalanzeiger vom 12. 7. 1917, Abend-Zeitung, brachte auf der 1. Seite ausführliche Berichte über die „innere Krisis" („Rücktritt von fünf preußischen Ministern"; „Parlamentarier beim Kronprinzen").

[4] Carl Ludwig Diego v. Bergen (1872—1944), 1911—1919 Vortragender Rat und Dirigent der Polit. Abt. im Ausw. Amt.

[5] Am 11. 7. überreichte Hohenlohe ein Telegramm aus Wien, in dem mitgeteilt wurde, Österreich sei gegen die Entlassung Bethmanns. Ludendorff, OHL, S. 406. Dieses Argument hatte große Wirkung auf den Kaiser und wurde gegenüber dem Kronprinzen ausgespielt, blieb aber in dem weiteren Kampf gegen Bethmann ohne Wirkung. Koschnitzke, S. 273; Valentini, S. 165; Ritter, Bd. 3, S. 575 f., 579.

[6] Fritz v. Calker (1864—1957), Professor für Strafrecht in Halle, Straßburg (1896—1921) und München, Mitglied des Zentralvorstandes der Nat.lib. Partei, 1912—1918 MdR. Über eine Betrauung Calkers mit einem offiziellen Amt zu dieser Zeit ließ sich nichts ermitteln.

[7] Der am 6. 7. 1917 begründete Interfraktionelle Ausschuß zielte neben der Abfassung einer Friedensresolution des Reichstags auf die Parlamentarisierung hin. Diese letztere Forderung wurde besonders von den Nat.lib. vertreten und in den Vordergrund gestellt. Interfraktioneller Ausschuß 1917, S. XX f.; S. 17 ff., passim; WUA 7, Bd. 2, S. 219 ff., 302 ff.; Bermbach, S. 54 ff.; Bethmann Hollweg, Bd. 2, S. 226.

[8] Siegfried Graf v. Roedern (1870—1954), 1914—1918 Staatssekretär für Elsaß-Lothringen, 1916—1918 Staatssekretär im Reichsschatzamt.

[9] Die drei Regierungsvertreter verhandelten mit den Vertretern der Mehrheitsparteien getrennt über die Friedensresolution und die innenpolitischen Forderungen der Parteien. Helfferich, Bd. 3, S. 119 ff.; Interfraktioneller Ausschuß 1917, S. 45 f.

[10] Der Vertrauensrat oder, häufiger, „Reichsrat" oder „Kriegsrat" sollte einen provisorischen Ersatz der parlamentarischen Regierungsform bieten und kontrollierende sowie beratende Funktion haben. Vorschläge für Aufgaben und Zusammensetzung wurden dem Interfraktionellen Ausschuß von Südekum und Payer unterbreitet. Payers Vorschlag wurde in den Besprechungen vom 11/12. 7. (vgl. Anm. 9) diskutiert. Helfferich schlug dabei die bei Riezler erwähnte Zusammensetzung vor, dieser Rat solle unter dem Vorsitz des Reichskanzlers die wichtigen Fragen „verantwortlich mitberaten". Interfraktioneller Ausschuß 1917, S. 46; Helfferich, Bd. 3, S. 120; Bermbach, S. 130 ff.

David mau vor dem Kronprinzen am 12.ten[11].
Am 11.ten abends Maltzahn bei dem Kronprinzen geschickt von Heydebrand und Westarp.
Haltung des Kronprinzen am 11.[12]
Kronrat vom 10.[13] Trott, summus episcopus.[14] Loebell etc[15]. Telefongespräch RK mit Kaiser am nächsten früh[16].
Frage der Publikation Wahlrechts am 11. abends 11 Uhr[17]. Gegnerschaft gegen Helfferich.
Telegrammwechsel zwischen Wahnschaffe und Ludendorff über die Gerüchte.

---

[11] Eduard David (1863—1930), seit 1903 MdR (SPD), gehörte zum rechten Flügel der SPD; 1918 Unterstaatssekretär im Kabinett des Prinzen Max. — Der Kronprinz empfing am Vormittag des 12. 7. auf den Rat Bauers und Maltzahns nacheinander führende Vertreter der Parteien, um ihre Einstellung zum Kanzlerwechsel zu erfahren. Alle, bis auf Payer und David, sprachen sich gegen Bethmann aus. David trat für den Verbleib des Kanzlers ein, jedoch ohne großen Nachdruck. Wiedergabe des Gesprächs bei Ludendorff, OHL, S. 408 ff.; David, Kriegstagebuch, S. 243 f.; Rosner, S. 217 f.; Koschnitzke, S. 272 f. Das Protokoll der Konferenzen mit den Parteiführern überreichte der Kronprinz am Abend des 12. 7. dem Kaiser. Koschnitzke, S. 279.

[12] Der Kronprinz, seit langem am Sturz Bethmanns interessiert, traf am Morgen des 11. 7. in Berlin ein. Valentini und der Kaiser konnten ihn zunächst überzeugen, daß Bethmann im Amt bleiben müsse. Am Abend des 11. 7. jedoch konnte ihn Oberst Bauer erneut für den Kanzlerwechsel gewinnen. Bauer wurde dabei unterstützt von Maltzahn, der seit Juni 1916 seiner Stellung als Berater des Kronprinzen enthoben war, jedoch weiterhin in enger Verbindung zu diesem stand. Koschnitzke, S. 253 f., 273; Valentini, S. 159 ff., 163; Herre, S. 88; Rosner, S. 160; WUA 2, S. 153 (Aufz. Bethmanns vom 11. und 14. 7. 1917).

[13] Kronrat am 9. 7. 1917 unter Hinzuziehung der preuß. Minister und der Staatssekretäre des Reichs. Er beriet über Bethmanns Vorschlag, das gleiche Wahlrecht für Preußen zu verkünden. Der Kaiser entschied sich am 11. 7. im Sinne Bethmanns. Protokoll in PA, Preußen 11 geh., Bd. 17; Westarp, Bd. 2, S. 271 ff., 350 ff.; Stern, S. 588 ff.; Patemann, S. 90 ff.; Koschnitzke, S. 249 ff.

[14] Hinweis auf die Stellungnahme des Kultusministers im Kronrat vom 9. 7., in der er ausführlich die Wirkungen des gleichen Wahlrechts auf Kirche und Schule darlegte. Es würde zu einer Radikalisierung des Abgeordnetenhauses führen und zur Folge haben, daß dieses die staatl. Mittel für die Kirche streichen und die Trennung von Staat und Kirche durchsetzen würde. Dadurch würde insbesondere die evangelische Landeskirche in ihrem ganzen Bestand gefährdet, die aufs engste mit dem Staat verbunden sei, so „auch dadurch, daß Seine Majestät summus episcopus sei".

[15] Im Kronrat vom 9. 7. sprachen besonders Loebell, Schorlemer und Trott zu Solz gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts. Außerdem waren Stein und Lentze dagegen. Die fünf Minister erklärten am 11. 7., nachdem der Kaiser für das gleiche Wahlrecht entschieden hatte, ihren Rücktritt. Vgl. die in Anm. 13 zit. Literatur.

[16] Am Vormittag des 11. 7., unmittelbar nach der Aussprache mit dem Kronprinzen (vgl. Anm. 12), teilte der Kaiser Bethmann telefonisch mit, der Kronprinz habe sich von der Notwendigkeit, ihn im Amt zu belassen, und ebenfalls von der Unumgänglichkeit des gleichen Wahlrechts für Preußen überzeugen lassen. Er möge daher die Geschäfte weiterführen und eine Kabinettsordre über das Wahlrecht vorbereiten. Bethmann Hollweg, Bd. 2, S. 222; Helfferich, Bd. 3, S. 121; Koschnitzke, S. 254.

[17] Die Ordre über das gleiche Wahlrecht wurde am Abend des 11. 7. vom Kaiser unterzeichnet und veröffentlicht. Bethmann Hollweg, Bd. 2, S. 222; Koschnitzke, S. 256; Patemann, S. 93; Publikation mit offiziösem Kommentar in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, Nr. 190, 12. 7. 1917.

Am 14. abends Anfrage aus dem Generalstab an Wahnschaffe ob Antwort auf das letzte Schreiben, worin gebeten werde, diese Gerüchte als erstunken und erlogen zu bezeichnen, nunmehr noch eilig wäre — Antwort Wahnschaffes sehr eilig — da die Menschen ihn stellten, wie das nun mit der Nachricht wäre, die er als ganz undenkbar für einen preussischen General und als erstunken und erlogen hingestellt hätte. (In erster Linie Äusserung Ludendorffs zu Stresemann — mit diesem Kanzler verlieren wir den Krieg[])[18].

Am 13ten nachdem Ludendorff gesiegt hatte[19], Censurverbot, jede Inbezugsetzung der OHL zu der inneren Krise verboten[20]!!! Einfaches Mittel. ⟨Nachher trotzdem Diskussion. Kreuzzeitung vom 22. Juli. Frankfurter citiert[21]. OHL merkt den Berichten aus Berlin an, dass Stein[22] über alles informiert und stellt Stein unter Präventivcensur.⟩[c]

Der neue, seine Sendung in 1/4 Stunde Annahme — den alten nicht fragen, ahnungslos[23].

Die Abende[d] auf dem [...][e] bei Wahnschaffe mit Helfferich, Roedern etc.

---

[c] ⟨...⟩ nachträglich eingefügt.

[d] Nicht sicher lesbares Wort.

[e] Unlesbares Wort.

[18] Der Telegrammwechsel betrifft die Mitteilungen Ludendorffs bzw. Bauers an Stresemann und andere Parlamentarier, mit Bethmann sei der Krieg verloren, die OHL werde zurücktreten, falls der Kanzler bleibe. Vgl. 12. 7. 1917, Anm. 4 und 8, und die Aufz. Riezlers: „Notizen über die Hetzerei Ludendorffs", unten S. 444 f.

[19] Am 13. 7. 1917 reichte Bethmann sein Abschiedsgesuch ein. Der Kaiser, der sich bis zum Abend des 12. 7. geweigert hatte, Bethmann zu entlassen, nahm es am gleichen Tag an. Koschnitzke, S. 276 ff.

[20] Weisung an die Presseaufsichtsbehörden vom 14. oder 15. 7. 1917, „daß das Hineinziehen der OHL in den politischen Streit durch die Presse gerade in der kommenden Zeit auf das strengste zu verhindern sei". Nicolai, S. 105.

[21] Kreuzzeitung, Nr. 368, 22. 7. 1917, Morgenausgabe, „Die innere Politik der Woche". Der Artikel wandte sich vor allem gegen die als das Erbe Bethmanns gekennzeichnete Reichstagsmehrheit und deren Friedensresolution und die Tendenzen zur Parlamentarisierung. Bethmanns Politik habe zu einer unbedingten „Vorherrschaft der Scheidemannschen Sozialdemokratie im Reichstag" geführt. — Ausführliche Diskussion dieses Artikels in der Frankfurter Zeitung, Nr. 202 (2. Morgenblatt), 24. 7. 1917, „Wiederaufleben des Kampfes um die Kriegsziele": Die Konservativen hätten ihre Gefolgschaft und die der Alldeutschen sowie die OHL, den Kaiser und die Armee zum Kampf gegen die Reichstagsmehrheit aufgerufen. Die F. Z. weist vor allem auf folgende, aus dem Artikel der K. Z. übernommene Stelle hin: „Jetzt gilt es mehr denn je für uns Konservative, an die Arbeit zu gehen, Aufklärung zu schaffen über das, was der Frieden dem Lande bringen muß, und felsenfeste Zuversicht hinauszutragen in das Volk. In dieser Zuversicht können wir uns eins wissen mit der Obersten Heeresleitung, einig aber auch mit Seiner Majestät dem Kaiser."

[22] August Stein von der Frankfurter Zeitung.

[23] Am 13. 7. 1917 wurde Michaelis zum Nachfolger Bethmanns ernannt. Er wurde dem Kaiser von Plessen vorgeschlagen. Einzelheiten bei Müller, S. 304; Helfferich, Bd. 3, S. 131 f.; Valentini, S. 167 ff.; Haußmann, S. 128 (14. 7. 1917): „Ich erfahre von Riezler zuverlässig, daß Dr. Michaelis bereits Freitag am späten Abend zum Kanzler ernannt ist. In der Reichskanzlei ist die vollendete Tatsache in der Nacht bekannt geworden. Es hat der Kaiser Bethmann wegen des Nachfolgers nicht um Rat gefragt und Michaelis sich vor

Helfferich charakterisiert Ludendorff: militärisch ein Genie, politisch ein Kind, als Charakter eine Kanaille.
Ludendorff erklärt die Friedensresolution gegenüber Bethmann für unannehmbar. Acceptiert sie sofort nach Sturz[24].
H[indenburg] und L[udendorff] hätten den Kanzler durch das blosse Einreichen ihrer Abschiedsgesuche nicht stürzen können. Der Kaiser hätte sie abgelehnt und gesagt: was fällt euch ein. Daher haben beide die Sache vorher an die Parlamentarier mitgeteilt und so den Kaiser entgegen allen preussischen Traditionen forciert. Abdankung S.M.

---

der Annahme nicht bei seinem Vorgänger über die Lage informiert, die er in seiner bisherigen Stellung ... nicht kennen konnte."

[24] Die OHL erhob am 12. 7. beim Kaiser Protest gegen die Friedensresolution des Reichstags und bat ihn ausdrücklich, „der Reichsleitung aufzugeben, daß sie eine solche Erklärung des Reichstags verhindere". Gestützt auf dieses Votum, lehnte der Kaiser Bethmann gegenüber die Zustimmung zur Resolution ab. Am Nachmittag des 13. 7. führte Ludendorff Konferenzen mit den Vertretern der Reichstagsparteien, bei denen er der Friedensresolution bis auf kleine Änderungen zustimmte. Bethmann Hollweg, Bd. 2, S. 229 f.; Ludendorff, OHL, S. 412 ff.; Scheidemann, Zusammenbruch, S. 92 ff., 96 ff.; Interfraktioneller Ausschuß 1917, S. 62 ff.; Payer, S. 35 ff.; Ritter, Bd. 3, S. 579 ff.

Lose Blätter in Ergänzungstagebuch vom 2. 7. 1916 bis 14. 7. 1917; undatierte Aufzeichnung über den Zeitraum vom 8. 7. 1917 bis 14. 7. 1917.

Notizen über die Hetzerei L[udendorffs]

Am 8. Juli teilten Payer und Spahn[1] mit, dass in der Besprechung der 4 Fraktionen vom 8ten zwei Abgeordnete mitgeteilt hatten[1a], Bethmann habe S.M. abgeraten Parlamentarier in die Regierung aufzunehmen, weil Verkürzung Rechte des Kaisers[2]. Dies widerspreche der Meinung Ludendorffs, der eine Beteiligung des Parlaments an der Regierung wolle. Beide Abgeordnete hätten übereinstimmend berichtet, der R[eichskanzl]er sei schuld, dass H[indeburg] und L[udendorff] die in vertrautem Kreise Parlamentarier aufklären wollten, infecta re abgereist seien, weil RK dem Kaiser gesagt habe, die Aufregung sei vorübergehend er würde bis Montag Vertrauensvotum des Reichstags haben[3]. Die beiden Abgeordne-

---

[1] Vgl. zum folgenden: Interfraktioneller Ausschuß 1917, S. 18 f., Sitzung vom 8. 7. 1917; Bethmann Hollweg, Bd. 2, S. 232; David, Kriegstagebuch, S. 241. Danach wurden die Mitteilungen von Erzberger gemacht; ein zweiter Name wird nicht genannt.

[1a] Peter Spahn (1846—1925), seit 1894 MdR, 1911—1917 Vorsitzender des Zentrum.

[2] Tatsächlich hatte Bethmann dem Kaiser am 29. 6. 1917 empfohlen, Parlamentarier in die Regierung aufzunehmen. Ritter, Bd. 3, S. 558; Mommsen, Öffentliche Meinung, S. 668.

[3] Hindenburg und Ludendorff hatten sich zum 7. 7. 1917 beim Kaiser, der zu einem kurzen Aufenthalt in Berlin weilte, zum Immediatvortrag angesagt. Sie beabsichtigten, auch mit einzelnen Parteimitgliedern in Verbindung zu treten. Der Kaiser informierte sich vor dem Empfang der Generale bei Bethmann über die Lage, wobei der Kanzler davor warnte, die OHL in die Auseinandersetzungen mit dem Reichstag hineinzuziehen. Der Kaiser wies bei dem folgenden Empfang jede Einmischung der Militärs in den Kompetenzbereich des Reichskanzlers scharf zurück und befahl ihnen, wieder abzureisen. Am Abend des 7. 7.

ten wären gutgläubig gewesen, hätten sich auf absolut zuverlässige Quelle berufen und den Eindruck erweckt, dass zwischen ihnen und Gen[eral] Ludendorff nur eine Person als Vermittler fungiert hatte[4]. Andere Abgeordnete berichteten das gleiche.
Dies depeschierte Wahnschaffe am 9. früh an Lud[endorff].
Lud[endorff] lässt am 9ten antworten, die Angelegenheit gehe ihn nichts an, er bekümmere sich nicht um politischen Klatsch. Er habe zu keinem Menschen Boten geschickt.
Darauf Wahnschaffe in einem ausführlichen Schreiben vom 10. geantwortet:
„er habe also allen Abg[eordneten] erklärt, Lud[endorff] habe versichert, die Sache ginge ihn nichts an und er kümmere sich nicht um pol[itischen] Klatsch. Die Ausstreuungen über den Gegensatz zwischen OHL und RK steigerten die Erregung und Verwirrung. Ein Abg[eordneter] (es war Stresemann) hätte mitgeteilt, Lud[endorff] habe gesagt[,] wenn Bethmann bleibt, verlieren wir den Krieg, etc. ⟨(der bezeichne diese Nachricht als erstunken bitte aber um ausdrückliche Ermächtigung.)⟩[a]“
Dieses Schreiben ging nach Kreuznach und traf Lud[endorff] erst in Berlin. Am 14. abends wird antelefoniert und von Harbou gesagt, die Antwort jetzt doch wohl nicht mehr so eilig.
Wahnschaffe antwortet: doch sehr eilig. Er würde dauernd gefragt, hätte diese Mitteilung scharf als Lüge dementiert und lege Gewicht darauf, dass derartige Sachen nicht über das Vorgehen eines preussischen Generals behauptet werden könnten.
Tel[egramm] vom 12. an Ludendorff.
Payer habe mitgeteilt ein Offizier habe im Auftrag von Gen[eral] Lud[endorff] einem Dritten zur Übermittelung an Payer gesagt, Lud[endorff] könne mit Bethmann nicht weiterarbeiten. Dieselbe Mitteilung liess Lud[endorff] an die Abg[eordneten] Stresemann Erzberger David machen.
Stresemann habe zu Helfferich das gleiche gesagt.
Diese unglaubliche Mitteilung würde selbstverständlich von uns bestritten, bitte um telegrafische Rückäusserung.
Antwort vom 12.
Ich habe keinen Off[izier] beauftragt, einen Abg[eordneten] zu übermitteln, dass ich mit RK von Bethmann nicht weiter arbeiten könne.
Wahnschaffe darauf am 12.
Payer bereit Namen Offizier zu nennen[5].

[a] ⟨...⟩ nachträglich hinzugefügt.

fuhren daraufhin Hindenburg und Ludendorff nach Kreuznach zurück, sorgten aber dafür, daß die bei Riezler zit. Informationen durch Bauer an Stresemann und Erzberger weitergeleitet wurden. Ludendorff, OHL, S. 404; Bethmann Hollweg, Bd. 2, S. 227 ff.; Valentini, S. 157 f.; Interfraktioneller Ausschuß 1917, S. 74 ff., 81 f.

[4] Oberstleutnant Bauer, vgl. 12. 7. 1917, Anm. 4.

[5] Zu dem Telegrammwechsel, der sich bis zum 31. 7. 1917 hinzog, vgl. Bethmann Hollweg, Bd. 2, S. 232 f.; Helfferich, Bd. 3, S. 124 ff.; Militär und Innenpolitik, Bd. 2, Nr. 313.

Loses Blatt in Ergänzungstagebuch vom 2. 7. 1916 bis 14. 7. 1917; undatierte Aufzeichnung über den Zeitraum vom 9. 7. 1917 bis 11. 7. 1917.

Tableau für die Wahlrechtsfrage.
Montag den 9ten.
Nachricht, dass S.M. geneigt, gleiches Wahlrecht zu machen.
Abends Kronrat.
Besonders thöricht sollen Lentze und Loebell geredet haben, für das Pluralwahlrecht, Trott geschickt und schlau ebenfalls für das Pluralwahlrecht, Appell an die Landeskirche und den summus episcopus, gut pariert von Roedern und Helfferich[1]. 6 bis ½11. S.M. in gespanntester Aufmerksamkeit. Loebell taktlos genug nach Schluss der Debatte noch einmal zu plaidieren.
S.M. entscheidet nicht formell s o n d e r n w i l l d e n K r o n p r i n z e n z u z i e h e n[2].
Dienstag, den 10.
Vormittags Kanzler bei S.M. Er hat entschieden, will aber den Kronprinzen hören, bei der Wichtigkeit der Frage.
Dies wird nachmittags Schiffer Payer Ebert Spahn vertraulich mitgeteilt[3]. Am Mittwoch sollte dann erneuter Kronrat unter Beisein Kronprinzen [stattfinden.]

[1] Vgl. 14. 7. 1917, Anm. 13—15.
[2] Der Kronprinz wurde deshalb am 10. 7. nach Berlin gerufen und traf am Morgen des 11. 7. ein. Vgl. 14. 7. 1917, Anm. 12; Patemann, S. 92.
[3] Die Mitteilung erfolgte mit dem Ziel, den Verfassungsausschuß, der am 11. 7. zusammentreten sollte, von einem Beschluß über das gleiche Wahlrecht abzuhalten. Man müsse den Anschein vermeiden, als ob der Kaiser, der eine Erklärung über die Gewährung des gleichen Wahlrechts abgeben wolle, unter dem Druck des Reichstags handele. Der Verfassungsausschuß wurde daraufhin sofort nach der Eröffnung der Sitzung vertagt. Haußmann, S. 115 ff.; Helfferich, Bd. 3, S. 119; Scheidemann, Memoiren, Bd. 2, S. 37; ders., Zusammenbruch, S. 88 ff.

Loses Blatt in Ergänzungstagebuch vom 2. 7. 1916 bis 14. 7. 1917; undatierte Aufzeichnung.

Ereignisse vom 17. [7. 1917]

Die Kandidatur Helfferich AA scheint bei Hofe durchgesetzt[1]. Früh sagt Michaelis es an Hohenlohe, der grosse Freude. Gleichzeitig teilt Erzberger es in einer Besprechung der 4 Parteien im Reichstag mit — unter heftigster Stellung dagegen[,] er habe es von Ludendorff gehört. Erzberger sagt, die Kombination Michaelis-Helfferich wäre die Katastrophe, alle Parteien, auch die Sozi heftig dagegen, unmöglich, ein Mann der

[1] Zimmermann trat am 5. 8. 1917 als Staatssekretär des Äußeren zurück; am 16. 7. wurde Helfferich dieses Amt angeboten, er lehnte jedoch ab. Nachfolger Zimmermanns wurde Kühlmann. Helfferich, Bd. 3, S. 156 f.

das Vertrauen des Reichstags habe müsse kommen etc etc[2]. Nun Payer und Haussmann dagegen dass sofort die ganze Presse energisch mobil gemacht wird. Dies wird beschlossen, in der BZ am Mittag steht die ganze Stellungnahme.
Ich bestelle um 2 Uhr Ebert rede dem energisch ins Gewissen — zuerst grosse Wut dann langsames Eingehen — Friedensfrage, rücksichtsloses Eintreten nur von H[elfferich] zu erwarten. Ebert in seiner langsamen Art gesteht zu und sagt, er wolle sich das überlegen.
Michaelis giebt sich vor den Abgeordneten Blösse nach Blösse. Will nichts über Wahlrecht nichts über Parlamentarisierung sagen[3] — es wird nicht lange dauern und was ich vor 8 Tagen warnend Ebert gesagt habe — wir kämen ins Schliddern und in russischen Ministerwirrwar, wird eintreffen. Die Menschen wie von Gott geschlagen.

---

[2] Der Interfraktionelle Ausschuß beschloß nach der Mitteilung Erzbergers, gegen Helfferichs Kandidatur bei Michaelis zu protestieren. Interfraktioneller Ausschuß 1917, S. 105; Fraktionsprotokolle SPD, Bd. 2, S. 304; Helfferich, Bd. 3, S. 157: Anschließend an die Diskussion der Parteien habe noch am gleichen Tag in der Presse „ein wahres Trommelfeuer" gegen ihn begonnen.
[3] Antrittsrede Michaelis' im Reichstag 19. 7. 1917, Sten. Berichte, Bd. 310, S. 3570 ff. Michaelis bekannte sich ausdrücklich zum Erlaß vom 11. 7. über das gleiche Wahlrecht in Preußen und betonte, daß ihm an einem engen Zusammenwirken zwischen Parteien und Regierung gelegen sei. Er sei bereit, Parlamentarier in die Regierung zu berufen, „die neben ihrer persönlichen Eignung für den betreffenden Posten auch das volle Vertrauen der großen Parteien in der Volksvertretung genießen". (S. 3572 f.).

Lose Blätter in Ergänzungstagebuch vom 2. 7. 1916 bis 14. 7. 1917; undatierte Aufzeichnung.

Die Geschichte D[eutschlands] v. 5—15. [7. 1917]
Exposition.
Die Vorgeschichte des öff[entlichen] Geistes 1917
Ubootkrieg. Prophezeiungen Berliner Presse. Gründe der Korruption — Wahlrecht, Arbeiterrechte. Russ[ische] Revolution. Alldeutsche. OHL. Mot Walthers über die Zerreissung der öff[entlichen] Meinung im Urteil über Kriegslage.
Soz[ial] Dem[okratie] Stockholm[1]. Persönliche Pol[itik] von Zimmermann. Verärgerung über Helfferich. Unsozial Einkreisung Bethmanns durch ihn.
Allgemeine Ideen dazu.

---

[1] Vgl. 25. 4. 1917. Vom 4.—13. 6. 1917 hielt eine Abordnung der SPD in Stockholm mit Vertretern der sozialistischen Parteien der neutralen Länder Besprechungen zur Vorbereitung der internat. sozialist. Konferenz ab. Sie verfaßte zu diesem Zweck ein ausführliches Memorandum zur Friedensfrage, das seitdem als offizielles Programm der Partei galt. Scheidemann, Zusammenbruch, S. 115 ff., 160 ff.; ders., Memoiren, Bd. 2, S. 9 ff.

Als Rahmen die Reden von Lloyd George und Ribot[2] — Demokratisierung.
Nachher die Rede von Asquith in den Berliner Morgenblättern vom 28ten[3].
Zuerst hiess es der Kanzler sei das Friedenshindernis.

Gesamttragik des deutschen Volkes.
der blinde Glaube an die Gewalt. Wer die Geste macht, der hat sie. Bismarcksklaverei. Bülows Theater. Hohle Facade.
Der Gegensatz des Kanzlers zu dieser Grundstimmung. Mangel an Sprengkraft. Innerlich stärker als äusserlich scheinend genau das, wozu das Volk nicht erzogen war. — und doch hat er während 8 Jahre dies Volk verhindert in den Abgrundzu stürzen, nachdem es bei jeder sich bietenden Gelegenheit absolut stürzen wollte — dies sein tragisches.
Ende einer Verwirrung.
Er stürzte in dem Augenblick als sein Jahre langer Kampf gegen den herrschenden Geist durchgedrungen war.
Allgemeine Ideen.
Das groteske der Entwicklung:
1.) der Reichstag dachte, er hätte die Sache in die Hand genommen und leite die Politik — ganz geschwollen vor Eitelkeit — thatsächlich war seine Eitelkeit nur das Mittel der OHL.
2.) Bethmann in dem Augenblick gestürzt wo seine Politik durchgedrungen — der Kaiser dauernd auf seiner Seite gegen die Soldaten, hätte er die feste Mehrheit gefunden, hätte er der OHL auch in allen Details die Spitze bieten können[4].
Linke hereingefallen.
Sieg seiner Friedenspolitik. Er soll das Friedenshindernis gewesen sein! Asquith Rede vom 27.ten besagt das Gegenteil.
3.) Als Rahmen die englisch franz[ösischen] Demokratisierungsforderungen.
5.) Die Rechte ebenfalls hereingefallen denn nun geht die Entwicklung über den Conflict zu weit nach links.
6.) [a]

---

[a] An dieser Stelle bricht die Aufzeichnung ab.

[2] Alexandre Ribot (1842—1923), 20. 3.—7. 9. 1917 franz. Ministerpräsident.

[3] Rede vom 26. 7. 1917 in der Kriegszieldiskussion des englischen Unterhauses. Asquith betonte, daß die Vorgänge in Berlin (Kanzlerwechsel, Friedensresolution) für den Fortgang des Krieges unerheblich seien. Sie hätten nur erneut gezeigt, daß in Deutschland das Militär herrsche. Der Krieg müsse weitergehen, bis das anfängliche Ziel der Alliierten, die Freiheit für alle Völker und besonders die politische und wirtschaftliche Wiederherstellung Belgiens, erreicht sei. Schultheß 1917/II, S. 315 ff.; Ritter, Bd. 4, S. 22.

[4] Vgl. dazu Riezlers spätere Aussage über Bethmanns politische Pläne unmittelbar vor seinem Sturz, zit. bei Ritter, Bd. 3, S. 581, und Bd. 4, S. 22 f.

Loses Blatt in Ergänzungstagebuch vom 2. 7. 1916 bis 14. 7. 1917; zwei undatierte Aufzeichnungen[a].

Bethmann Hollweg nach dem Abschied.

Er sagte mir, das einzig wirklich bittere „höllisch schwere" das Bewusstsein gerade jetzt, da es zur Entscheidung treibt nicht mehr mitwirken, das angefangene Werk liegen lassen zu müssen. Er sagte nicht „schwächeren oder ganz ungeübten Händen zu übergeben". Kein Wort der Geringschätzung des kleinen Mannes der sein Nachfolger geworden — im Gegenteil er verbat seiner Umgebung jedes Schandmaulen, jedes Wort der Schadenfreude über die ersten faux pas des Nachfolgers. Er sagte immer: ihr werdet sehen, er wird es schaffen. Dabei aber immer wieder Fragen über die Situation, insbesondere die Reichstagsrede auf die soviel ankomme[1] und in allen diesen Fragen doch der Durst zu wirken und Schmerz es nicht zu können. Allen Parteien ehrlich geraten, den neuen Mann zu unterstützen, auch den Sozis, seinen Mitarbeitern befohlen sich nicht hinreissen zu lassen und den so naheliegenden Conflikt nicht zu schüren, sondern abzubiegen.
Seltsam dass dieser idealistisch gesonnene Mann jeder Klage über die Unmoral der Welt gänzlich abhold ist, diese Geste kommt ihm nicht in den Sinn. Die Kraft seines Idealismus ruht gerade in der mitgeborenen Einsicht in die Härte der konkreten Dinge immer auf dem Boden des Wirklichen.
Die letzten Tage bei ihm für jeden von uns erschütternd durch seinen Stolz Würde und die Abwesenheit jeder irgendwie unechten Pose. Bei der Abfahrt die preussischen Minister etc ohne Loebell im Säulenzimmer Breitenbach fest und würdig. Der Kanzler unvorbereitet stolz offen vornehm, bewegt schüttelt uns allen die Hände — Heilbron[2] Zech können kaum der Thränen uns erwehren — er fährt ab, alles tritt auf den Flur sieht ihm nach.

[a] Von den beiden folgenden Aufzeichnungen ist lediglich die Durchschrift der im Auftrag von Walter Riezler gefertigten Schreibmaschinentranskription erhalten.

[1] Vgl. Aufzeichnung zum 17. 7. 1917, Anm. 3.
[2] Legationsrat und ständiger Hilfsarbeiter im Ausw. Amt.

Von Valentini am 13. [7. 1917] eingeforderte, aber von ihm nicht benutzte Notizen für ein kais[erliches] Handschreiben zum Abgang Bethmanns

Bei der Übernahme der Geschäfte haben Sie eine nach innen und aussen schwierige Situation vorgefunden, in Erkenntnis der aufsteigenden Kriegsgefahr haben Sie für unsere Rüstung alles gethan.
Friedenspolitik nach aussen. Politik des Ausgleichs im Inneren. Aussöhnung der Millionen Arbeiter mit dem Staate.

Alles gethan zur Verhinderung des Krieges. Das Reich durch alle Wechselfälle, über alle Gefahren des Krieges, die oft nur Sie allein in ihrer ganzen Schwere erkannten hindurchgesteuert.
Von Anfang an von der ganzen Bedeutung und Schwere des ungeheuren Kampfes durchdrungen, nie durch Phantasie geblendet nie von Sorge und Furcht übermannt[,] auch in den schwersten Augenblicken niemals mutlos — je schwerer desto stärker.
Unbeirrt durch persönliches, nur der Sache dienend.
Unlauterer Ehrgeiz und Eitelkeit waren Ihnen so fremd wie keinem anderen. Durch die Fülle von Hass und Feindschaft sind Sie aufrecht hindurchgeschritten, in der Vornehmheit Ihres Wesens und Handelns unberührt.
Alle die langen Jahre hat unbeirrbares Vertrauen in Ihr überragendes Urteil und Ihre Gründe mich nie verlassen und getäuscht.
Wenn ich heute Ihrem Entschluss, mir Ihren Rücktritt zu empfehlen willfahre, so folge ich schweren Herzens keinem anderen als Ihrem eigenen Urteil.
Sie haben mir immer die Wahrheit gesagt.
Den tiefen Dank den ich Ihnen heute ausspreche, wird Ihnen das Vaterland und die Geschichte bestätigen.

727 **24. 7. 17.**

Über die Krisentage siehe schwarzes Heft und andere Aufzeichnungen.
Desorganisation im AA. ohne Chef ohne leitenden Willen — denn Michaelis hat die Probleme noch nicht einmal begriffen. Der betriebsame Erzberger beherrscht die Situation, er beherrscht den sogenannten Arbeiter und Soldatenrat[1] durch Information — der schickt Deputation an den Kanzler über die polnische die elsass lothringische die litauische Frage[2].
Wenn Michaelis nicht geschickt operiert kommt er bei der ersten Gelegenheit zwischen Ludendorff auf der einen[,] dem S[oldaten-] u[nd] A[rbeiter]rat auf der anderen Seite. Aber noch nicht sicher ob nicht der Rat vor Ludendorff oder dieser schlau vor dem Rate weicht.

---

[1] Der Interfraktionelle Ausschuß. Nach Haußmann, S. 112 f., wurde ihm diese Bezeichnung von dem Fortschrittler Liesching beigelegt. Vgl. auch Interfraktioneller Ausschuß 1917, bes. Nr. 5 a, Anm. 2.

[2] Die Abordnung, bestehend aus Erzberger, David, Naumann und Calker, sprach im Auftrag des Interfraktionellen Ausschusses am 21. 7. 1917 mit Michaelis und Wahnschaffe. Sie kritisierte die Verhältnisse in Polen als unhaltbar und forderte die sofortige Erfüllung der Wünsche des poln. Staatsrats vom Mai 1917 (vgl. 8. 5. 1917, Anm. 3). Litauen solle ein selbständiges, durch Personalunion mit Deutschland verbundenes Herzogtum werden, zur Realisierung müsse sofort eine litauische Nationalversammlung einberufen werden. Elsaß-Lothringen müsse zu einem selbständigen Bundesstaat mit monarchischer Spitze erhoben werden. Interfraktioneller Ausschuß 1917, S. 107 ff.

728 Zwischen Niederfinow Berlin. 4. 8.17.

Die letzten Tage Vorbereitungen für Stockholm[1]. Abschiedsbesuche. Wie leer und ohne Ressurce Zimmermann! Grosses Abschiedsfest am 1. im Club, Besoffenheit bis 4 Uhr mit Roedern Zimmermann Helfferich Hammann Solf. Höchst bewegte leidenschaftliche Gespräche über alles. Bethmann und Ludendorff müssen, aber jedem anders, die Ohren geklungen haben.
Heute in Hohenfinow. Bethmann sehr gut, menschlich einfach und ohne Pose imponierend.
Noch Details über die Krise.
In seinem Abschiedsgesuch hat er den wahren Grund, die Erpressung durch Ludendorff nicht angegeben — nur mit der parlamentarischen Lage begründet, um den de facto abgedankten Kaiser zu schonen[2]. Wenige werden den heroischen Anstand dieser Haltung begreifen.
Vor der Krise erzählte er S.M. bei Tisch laut, dass er immer höre, wenn seine Telefongespräche überwacht würden und wie er sich dagegen wehre indem er hineinriefe, welcher Schweinehund hört denn da zu? Das Gesicht von Plessen.
Am 30. Juni sprach er das erste mal mit S.M. über die Differenzen mit der OHL[3], „ich habe noch niemals Eure Majestät mit diesem Thema belästigt".
„Sie wissen aber auch, wie ich hier täglich für Sie kämpfe."
Gewiss, ich weiss es und danke Eurer Majestät. Aber ich muss die Situation darstellen, die jeden Augenblick zu den schwersten Conflicten führen kann.
Sprach auch davon, dass er nicht an seinem Amte klebe.
S.M. dann zu Grünau, ja der Reichskanzler hat mir seinen Abschied angeboten.

---

[1] Riezler wurde mit Wirkung vom 5. 8. 1917 „für eine mehrmonatige kommissarische Verwendung im Ausland" von der Reichskanzlei dem Ausw. Amt zur Verfügung gestellt. Briefwechsel vom 23. und 27. 7. 1917 in PA, Deutschland 135 Nr. 18, Bd. 1; s. o. S. 85 f. Die Abreise nach Schweden erfolgte am 7. 8. (vgl. 3. 10. 1917). Riezler war offensichtlich damit beauftragt, zur Förderung der Verständigung mit der russ. Regierung Kontakte zu geeigneten Russen herzustellen. Vgl. seinen Bericht an das Ausw. Amt vom 11. 9. 1917 über seine Verhandlungen mit Rostworowski, der seinerseits mit dem vorübergehend in Stockholm weilenden Aleksander Lednicki, dem Vorsitzenden der mit der Trennung Polens von Rußland beauftragten russ. Liquidationskommission, in Verbindung stand. Lednicki habe über ein wachsendes Chaos in Rußland berichtet. Rußland stimme der völligen Loslösung Polens von Rußland zu. Riezler ließ Lednicki nahelegen, bei der russ. Regierung für die Verständigung mit Deutschland einzutreten, was Lednicki zusagte. PA, Wk 20 c, Bd. 15. Anfang Oktober 1917 wurde Riezler zur Leitung und Intensivierung der Rußland betreffenden Tätigkeit der deutschen Gesandtschaft in Stockholm zugestellt. PA, Deutschland 135 Nr. 18, Bd. 1.
[2] Vgl. Bethmann Hollweg, Bd. 2, S. 236.
[3] Das Gespräch fand am 29. 6. 1917 statt. Einzelheiten bei Valentini, S. 155 f.; Müller, S. 298; Bethmann Hollweg, Bd. 2, S. 218 f.; Ritter, Bd. 3, S. 557 f.; Koschnitzke, S. 229

Sprach dann offenbar mit H[indenburg] u. L[udendorff] welche darauf ebenfalls ihren Abschied anboten.
Damals Beratungen wegen Polen. Regent oder Regentschaftsrat[4]. S.M. einverstanden mit Vorschlag RK wegen letzterem, sagt zu ihm, bitte besprechen Sie [es] mit Hindenburg. Ich habe den beiden gesagt, sie sollten anständig mit Ihnen verhandeln.
Dann 1½[a] stündiges Gespräch mit Hindenburg in guten Formen, der indes die von RK vorgeschlagene Hinzuziehung Ludendorffs ablehnt.

[a] Oder „½"; nicht sicher lesbar.

[4] Vgl. 8. 5. 1917.

729 Djursholm 3. 10. 17.

Heute zurückgekommen[1]. Am 7. 8. nach Dalarö gefahren dort 3 Wochen mit Kaethe gebadet und gesonnt und aufgefrischt. Dann hierher und am 17. 9. zurück. Viel allein, geschrieben mit Freuden und Schmerzen, den Dämon der Aktion halbwegs losgeworden.
In Berlin von neuem erfasst und herumgewirbelt. Höchst unklarer undurchsichtiger Zustand dort — alles ruht auf Kühlmann[2], Michaelis viel zu klein, anständig aber hilflos, haut jedesmal daneben wenn er spricht, in der Friedensfrage fest, hat auch mit Hilfe von Kühlmann das Vernünftige in der belgischen Frage durchgesetzt[3] — deswegen halbwegs von der Linken gehalten. Im Inneren ohne Fühlung von nichtswissenden oder halbklugen Leuten umgeben. Man will ihn nicht stürzen, Freisinnige und Centrum haben wegen momentanem Kartoffeloptimismus, der die Agitation der Vaterlandspartei[4] begünstigt, Schwierigkeiten in der eignen Partei, das eifrig angewandte Argument, dass jede Krise alle Verhandlungen die kommen könnten unmöglich macht, hat genützt. Jedermann aber weiss, dass der Zustand unhaltbar ist. Michaelis führt weil er in entscheidenster Stunde Geschäfte zu leiten hat, von denen er nichts versteht, die Stellung des Reichskanzlers ad absurdum. Die Führung liegt

[1] Vgl. 4. 8. 1917, Anm. 1.

[2] Richard v. Kühlmann (1873—1948), 1909—1914 Botschaftsrat in London, 1915 Gesandter im Haag, 1916 Botschafter in Konstantinopel, 5. 8. 1917—9. 7. 1918 Staatssekretär des Ausw. Amtes.

[3] Zur Behandlung der belgischen Frage im Zusammenhang mit der Friedensaktion des Papstes vgl. die Beiträge von Michaelis, Schütte und Erdmann in: GWU 7 (1956) S. 14 ff.; 293 ff.; 304 ff.; Michaelis, der Reichskanzler Michaelis und die päpstliche Friedensaktion 1917. Neue Dokumente, in GWU 12 (1961) S. 418 ff.; K. D. Erdmann in: Gebhardt, Bd. 4, S. 61 ff.; Fischer, Weltmacht, S. 524 ff.; Steglich, Friedenspolitik, S. 207 ff.; Ritter, Bd. 4, S. 66 ff.; Interfraktioneller Ausschuß 1917, S. 120 ff., passim; Wende, S. 134 ff.

[4] Am 2. 9. 1917 gegründet zur Agitation gegen die Friedensresolution des Reichstags und einen Verständigungsfrieden. Vgl. Karl Wortmann, Geschichte der Vaterlandspartei (1926); Kruck, S. 83 ff.

bei den sachlich stärkeren Staatssekretären soweit nicht die Prätorianer die Sache an sich gerissen haben.
Einen Abend bei Bethmann in Hohenfinow der durch einen Besuch in der Stadt und Frühstück bei dem nervösen und zappeligen Helfferich halb aus dem schon beinahe erreichten Gleichgewicht gebracht war. Schäumend gegen Prätorianer und crapule. Traurig der allgemeine Niedergang. Georg Bernhard und Stresemann angeschwollen[,] die Nat[ional]lib[eralen] wählen diesen Schieber zum Vorsitzenden und halten Gedächtnisfeiern für Bassermann, ohne sich selbst auszulachen.
Maltzahn war in Kopenhagen und hat sich gerühmt die Parlamentarier die der Kronprinz am 12. Juli empfangen sollte, selbst ausgewählt zu haben (übrigens wie sich herausgestellt hat, wurde S[eine] KuKH[5] gleich von Bauer[6] empfangen und informiert[)] — daher auch die den Parlamentariern vorgelegte Frage: ob sie glauben dass Bethmann ein Hindernis für den Frieden sei — was auch David dieser Esel bejahte[7].
Nach dänischer Meinung denkt England noch nicht an Frieden und trotzdem kann der Frieden nur im Westen kommen, wenn nicht im Osten ein Wunder in Gestalt eines Mannes auftritt. Die Russen sind aktionsunfähig und werden es voraussichtlich bleiben. Hier ziemliches décousu. Fehler und Leichtfertigkeit der verwandten [Methoden].
Kopenhagen. Ein klassischer Besuch bei Rantzau, voller Angst seinem hiesigen Konkurrenten um den künftigen Botschafterposten in Petersburg könnte mit Russland etwas gelingen. Groteske Menschen — beruft sich auf unsere uralte Freundschaft, ich habe den vielgewandten ein oder zweimal gesehen und sagt von Bülow, er hätte die Menschen immer für dümmer gehalten als sie sind und das wäre sein grösster Fehler.
Wohin fährt die Welt. Ich versuche darüber nachzusinnen und den Unsinn dieses Untergangs Europas in einen Sinn umzudenken. Es gelingt nicht. Der Unsinn ist zu unsinnig. Sicher ist nur das eine: Europa wird sich verständigen oder es wird untergehen. Das erstere ist unmöglich folgt also das zweite.

---

[5] i. e. der Kronprinz.
[6] Max Hermann Bauer (1869—1929), Oberstleutnant, seit 1905 im Generalstab tätig, 1914 bis 1918 Mitglied der Operationsabt. der OHL, Chef der Abt. II (schwere Artillerie, Festungen), Vertrauensmann Ludendorffs.
[7] Vgl. 14. 7. 1917. David drückte sich vorsichtiger aus: In den letzten Tagen habe sich der Eindruck verstärkt, „daß in der Person des Kanzlers ein Hindernis für die Anbahnung von Friedensverhandlungen liegt". „Möglicherweise" treffe dies zu. Man solle aber noch abwarten, wie der Kanzler sich zur Friedensresolution des Reichstags stelle. David, Kriegstagebuch, S. 243 f.; Ludendorff, OHL, S. 410 f. — Maltzahn als Urheber der Konferenzen beim Kronprinzen: Haußmann, S. 150; WUA 2, S. 153 (Aufz. Bethmanns vom 11. 7. 1917); Herre, S. 89.

730 Stockholm 14. 1. 18.

Ende Oktober nach Berlin. Vorher russische Revoluzzerei. In Berlin 4 Tage Krise[1]. Bei Lerchenfeld, Michaelis traurige Rolle, Haussmann, Scheidemann bei Bülow[2], vorher instruiert, war erstaunt, dass der Fürst die vorausgesagten Rechtfertigungen alle vorgebracht, die Versprechungen an die Sozi alle gemacht hat — Scheidemann über die unwürdige Rolle der Fürsten, (er war auch bei Hatzfeldt)[3] die ihm nun auf einmal in den Mantel helfen. Mit Grünau über die Hofdinge. Wenn man nicht Angst vor Ludendorff hätte, wäre man wieder auf Bethmann verfallen.
Dann über Kopenhagen wegen der bevorstehenden Bolschewikirevolution hierher. Thatsächlich kommt Lenin zur Herrschaft — ein weiteres Wunder zu unserer Rettung. Nun drei Monate Bewegung, um directe Verhandlungen an Front zustandezubringen und die Soz[ialisten] Konferenz zu verhindern[4]. Affaire Matthias Erzberger[5], der auch hier wie ein

---

[1] Am 1. 11. 1917 wurde Michaelis als Reichskanzler durch Hertling abgelöst. Schultheß 1917/I, S. 949 ff.; Erdmann, Gebhardt, Bd. 4, S. 63.

[2] Zum Besuch Scheidemanns bei Bülow vgl. Scheidemann, Memoiren, Bd. 2, S. 108 ff. Danach wurde Scheidemann von August Stein „instruiert". Beim Abschied habe Bülow darauf bestanden, ihm in den Mantel zu helfen.

[3] Hermann Fürst v. Hatzfeld, Herzog v. Trachenberg (1848—1933), seit 16. 4. 1917 in der Polit. Abt. des Ausw. Amtes mit der Bearbeitung der poln. Angelegenheiten betraut, 1919—1921 deutscher Bevollmächtigter für das Abstimmungsgebiet Schlesien. — Hatzfeld wurde als möglicher Nachfolger Michaelis' genannt. Valentini, S. 180; Interfraktioneller Ausschuß 1917, S. 589; zum Besuch Scheidemanns bei Hatzfeld vgl. Scheidemann, Memoiren, Bd. 2, S. 115 f.

[4] Zu Riezlers Bemühungen, mit den Bolschewiki Verhandlungen auf Regierungsebene zustande zu bringen und Versuche, über die Mehrheitsparteien oder die Sozialdemokraten zu verhandeln, zu verhindern, vgl. oben S. 89 ff., und seine Berichte an das Ausw. Amt und an Hertling vom Nov./Dez. 1917 in PA, Wk 2 f. Nr. 1, Bd. 1 u. 2; Wk 2, Bd. 51 u. 56; Gesandtschaft Stockholm 212; einzelne Stücke s. u. S. 682 ff., Dok. 3 ff., und bei Zeman, Germany and the Revolution, Nr. 81 ff., passim. — Eine internationale sozialist. Konferenz wurde am 21. 11. 1917 erneut von der sozialdem. Partei Dänemarks vorgeschlagen. Dahinter stand Parvus Helphand. Der Vorschlag fand keinen nennenswerten Anklang. Dagegen lebte die Idee im Januar 1918 dadurch wieder auf, daß die engl. Labour Party sie übernahm, allerdings sorgfältige Vorbereitungen vorsah und sie auf den Frieden im Westen bezog. Scharlau-Zeman, S. 282 ff.; Agnes Blänsdorf, Friedrich Ebert und die Internationale, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. IX (1969) S. 345 f., 404; Scheidemann, Memoiren, Bd. 2, S. 122 ff.; PA, Wk 2 c, Bd. 12.

[5] Erzberger versuchte, im Namen der Mehrheitsparteien auf dem Boden der Friedensresolution des Reichstags Verhandlungen mit den Bolschewiki anzubahnen, und zwar mit Hilfe zweier Vertrauensleute in Stockholm, Paul Wucherpfennig und Hermann Goldberg, die Kontakte zu Worowski aufnahmen. Kühlmann wies Riezler zunächst an, in Erzbergers Sinn zu sondieren, zugleich aber Erzbergers Mittelsmänner und die Bolschewiki davon zu überzeugen, daß Verhandlungen der Regierungen der einfachere und bessere Weg wäre. Am 23. 11. unterbreitete Goldberg Worowski das Friedensangebot der Mehrheitsparteien. Dieser leitete es nach Petersburg weiter. Die Aktion Erzbergers wurde durch den Beginn der Verhandlungen in Brest überholt und blieb ohne Konsequenzen. PA, Wk 2 f Nr. 1, Bd. 1 u. 2; Wk 2, Bd. 56; Zeman, Germany and the Revolution Nr. 86, 89 f., 100; unten Dok. 4; Interfraktioneller Ausschuß 1917, S. 614 ff.; Steglich, Friedenspolitik, S. 242.

Elefant dazwischentrampeln muss. Parvus[6] Scheidemann[7]. Verhandlungen mit Worowski[8].
Nach Berlin seit November betont dass Russland gegenüber die Versöhnungsinszenierung à la Reichstagsresolution unmöglich, weil Bolschewiki sich nicht mit bürgerlichem Staat „verständigen" können und Zwangslage brauchen. Dann die Verhandlungen in Brest[9]. Kühlmann allzuschlau — Ideologen gegenüber darf man nicht zu macchiavellistisch sein. Die Bolschewiki ausserstande, Deutschland einzuräumen, dass es nicht imperialistisch sei, merken, dass unsere öffentliche Meinung sehr schwach ist, reden Wochen lang um unseren Imperialismus „zu entlarven". Inzwischen kommt die R e v o l u t i o n in Wien. Vorher der völlige Zusammenbruch der öffentlichen Meinungen, die nicht überragend geführt werden — die pazifistische Reaktion auf das unsinnige Gethue der Vaterlandspartei, dauernde Krisengerüchte, wie es scheint, abermals drohende Abschiedsgesuche von Ludendorff — die Verbohrtheit der Rechten in der preussischen Wahlreform etc. Kühlmann hat es unerhört schwer mit einer verhandlungsunfähigen öffentlichen Meinung hinter sich, vor sich die halbtollen Bolschewiki, auf der einen Seite General Hoffmann[10], auf der anderen Czernin.
Der Sturz Bethmanns d a s Verbrechen!
Furchtbar: es ist richtig, der Krieg endet in Revolutionen ringsherum. Nach 3½ Jahren unerhörter Leiden zu sagen, dass die Katastrophe am Anfang ist. Buchanan[11] äusserte auf der Reise hierher: wenn bis Juli nicht Schluss, Revolution ringsherum.

---

[6] Alexander Helphand (Pseudonym Parvus, 1867—1924), russ. revolutionärer Sozialist, zeitweise enge Zusammenarbeit mit Trotzkij, führend in der russ. Revolution von 1905, danach Emigration und Arbeit in der SPD, im 1. Weltkrieg Mitinitiator deutscher Revolutionspläne gegenüber Rußland.

[7] Parvus Helphand stand seit der Oktoberrevolution in ständiger Verbindung mit der SPD (die Korrespondenz lief über Scheidemann, und zwar durch Vermittlung der deutschen Gesandtschaft in Stockholm bzw. Riezlers), um eine Verständigung mit den Bolschewiki und auf diesem Weg den Frieden zu vermitteln. Am 10./11. 12. 1917 kam Scheidemann selbst auf Veranlassung Parvus Helphands zu Verhandlungen nach Stockholm. Vgl. oben S. 89 f., und Scharlau-Zeman, S. 284 ff.; Scheidemann, Memoiren, Bd. 2, S. 125 ff.; Interfraktioneller Ausschuß 1917, S. 618, 629 f.; Zeman, Germany and the Revolution, Nr. 102, 111; PA, Wk 2 f Nr. 1, Bd. 1; Wk 2, Bd. 13; Gesandtschaft Stockholm 212.

[8] Wacław Wacławowitsch Worowski (Orlowski) (1871—1923), Bolschewik, nach der Oktoberrevolution Vertreter Rußlands in Stockholm. — Zu Riezlers Verhandlungen mit Worowski vgl. unten Dok. 7 f., die oben Anm. 4—7 zit. Quellen und Scharlau-Zeman, S. 291.

[9] Die Verhandlungen in Brest-Litowsk begannen am 22. 12. 1917.

[10] Hoffmann vertrat in Brest-Litowsk die OHL.

[11] George William Buchanan (1854—1924), 1910—1917 brit. Botschafter in Petersburg, nach der Oktoberrevolution aus Petersburg abberufen, trat am 7. 1. 1918 die Rückreise über Finnland—Stockholm—Bergen an. George Buchanan, Meine Mission in Rußland (1926) S. 267 ff.

731 Stockholm 24. 1. 18.

Sehr niedergeschlagen. Kaethe weg. Lange Abende mit den Gedanken an [die] wilde unfassbare Verwirrung herum, den schrecklichen geistigen Zustand des eigenen Volkes, die offenbare Desorientierung und Verwirrung zu hause. Man sucht vergeblich nach einem Sinn der Katastrophe ringsherum — sie hat keinen oder jeden, den ein jeder ihr giebt. Lächerlicher Glaube der Menschen an einen Weltsinn!
Das Gestrüpp von Heuchelei Unwissenheit Geldinteressen, Volksbetörung Heldenmut und Idealismus — unfassbar. Unmöglich als Zeitgenosse zu urteilen — blind mitzuhandeln das einzige. Aber auch das Handeln kein Handeln mehr in dem alten Sinn: nirgends ein Stein, der dem Meissel feste Konturen bietet, eine schlammige ungeheure Masse in Bewegung, menschlichem Zugriff nicht fassbar, zu gross, zu ungreifbar — nur versuchen auf der sausenden Lawine obenzubleiben.
Schreckliches Schicksal des armen deutschen Volkes. Es scheint als wäre auch der Sieger verloren.

732 Auf der Reise nach Berlin 29. 1. [1918]

Nach Berlin gerufen. Inzwischen Wiener Unruhen[1], seit gestern Berliner Streik[2]. Aus Sympathiekundgebung für die Bolschewiki.
Mein Kampf mit Depeschen und Berichten gegen das gänzliche Missverstehen der Bol[schewiki] bei uns, insbesondere bei den Linken[3]. Alles thut, als müsste Nachgeben zum Frieden führen, Verständigung? Ein ganz und gar unbolschewikischer Gedanke. Die wollen Revolution aber nicht Versöhnung. In Wien demonstriert man gegen Hoffmann[4] — würden die Bolschewiki an Hoffmanns Macht glauben, so wäre in 24 Stunden Frieden. Nun ist die Sache nahezu verloren. Und

[1] In Wien brachen am 14. 1. 1918 Streiks aus, verursacht durch die Lebensmittelknappheit und eine Kürzung der Brotration, bei denen die Forderung nach Frieden erhoben und gegen die auf die Ansprüche der Militärs zurückgeführte Verschleppung der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk protestiert wurde. Die Streiks griffen auf einen großen Teil des Reichs über. Seit dem 21. 1. flauten sie unter militärischem Druck ab. Zeman, Habsburg Empire, S. 134 ff.; Schultheß 1918/II, S. 2 f.

[2] Streiks vom 28. 1.—4. 2. 1918 in Berlin und zahlreichen Industrieorten. Ritter, Bd. 4, S. 157 ff.; Schultheß 1918/I, S. 49 ff.; Interfraktioneller Ausschuß 1918, S. 192 ff., dort auch weitere Literatur.

[3] Vgl. die Berichte Riezlers aus Stockholm von Januar 1918, PA, Gesandtschaft Stockholm 212; einzelne Stücke daraus unten Dok. 9 ff.

[4] Hinweis auf das harte Auftreten Hoffmanns in Brest-Litowsk am 12. 1. 1918. Hoffmanns Rede, die durch WTB wörtlich verbreitet wurde (Schultheß 1918/II, S. 659 f.), hatte verheerende Wirkung auf die Öffentlichkeit in Österreich-Ungarn und Deutschland. Zu der Rückwirkung auf die Wiener Streikenden vgl. Zeman, Habsburg Empire, S. 138 f.; Scheidemann in Besprechung der Fraktionsführer mit Roedern und Kühlmann 23. 1. 1918, Interfraktioneller Ausschuß 1918, S. 152.

auch Ebert protestiert gegen Hoffmann[5]. Nun da die Dinge so weit sind, will man ein Gutachten über die einzuschlagende Taktik[6].
Ein Verbrechen, dass man die Soz[ial]Dem[okratie] sich aus der Hand hat gleiten lassen. Bethmann fehlt. Und die fleissige Bertha[7] Unterstaatssekretär der Reichskanzlei.
Man weiss gar nicht, was heute Russland ist, rennt blind einer längst abgethanen Idee nach — und David verlangt die Verständigung mit ganz Russland[8]! 100 Republiken. Das deutsche Volk steht unvorbereitet, auch die bürgerlichen Schichten vor seiner grössten Aufgabe: der Bolschewismus zieht Oesterreich mit sich — das Selbstbestimmungsrecht der Völker löst vom finnischen Meerbusen bis zum adriatischen Meer alle Bande — Jahrzehnte wird dort zu formen sein.

[5] Rede Eberts im Hauptausschuß des Reichstags am 22. 1. 1918, s. u. Dok. 11.
[6] S. u. Beilage 5 zum Tagebuch, S. 501 ff., und Dok. 12.
[7] Wilhelm v. Radowitz (1875—1939), Geheimer Legationsrat, Unterstaatssekretär und Chef der Reichskanzlei Nov. 1917—Okt. 1918.
[8] Rede Davids im Hauptausschuß des Reichstags am 26. 1. 1918. David verlangte einen demokratischen Frieden und Wahrung des Selbstbestimmungsrechts gegenüber Rußland und den russ. Randstaaten: „Wir müssen in Brest zu einem wirklich demokratischen Frieden kommen, ohne von den Bolschewiki die Preisgabe ihrer Prinzipien zu verlangen." Schultheß 1918/I, S. 40 f.; Frankfurter Zeitung, 2. Morgenblatt, 27. 1. 1918.

733 Stockholm 11. 2 [1918]

36 Jahre alt. Im letzten Jahr nicht viel vorwärts gekommen. Gute Vorsätze. Wie oft schon!
In Berlin 10 Tage. Zuerst die Streiks. Bei Hertling, der mich zu Wallraf[1] schickt. Der ein öder Prediger, hohle Nuss, der nur nachweisen will, dass Bethmann alles falsch gemacht. Überhaupt eine Regierung ohne Geist und ohne Seele, zusammengesetzt aus Taktikern und Opportunisten, die überall durchzulavieren hoffen, mit Ausnahme von Drews der der beste.
Radowitz, seelenlos, von allem unberührt aber geschickt, breitet sich unter dem greisenhaften Kanzler aus wie ein Fettfleck, ersetzt Kenntnisse durch Gerissenheit. Schieber, aber sein robuster Machtwille gut gegen OHL.
Die hetzt, ist in den Händen der Schwerindustrie, Duisberg, Bauer (Oberstleutnant), mächtiger Pressekoncern der Vaterlandspartei. Schlusskampf über das preussische Wahlrecht[2]. Plan von Westarp ausgespro-

[1] Max Wallraf (1859—1941), 1907—1917 Oberbürgermeister von Köln, 23. 10. 1917 bis 6. 10. 1918 Staatssekretär des Innern.
[2] Am 5. 12. 1917 begann im preuß. Abgeordnetenhaus die Debatte über die von der Regierung vorgelegten Entwürfe zur Reform des preuß. Wahlrechts und des Herrenhauses. Sie sahen das gleiche Wahlrecht vor. Dagegen waren die Konservativen und große Teile des Zentrums und der Nationalliberalen. Rückhalt fand die Opposition bei der OHL. In den monatelangen Verhandlungen lehnte die Mehrheit des Abgeordnetenhauses das gleiche Wahlrecht ab. Patemann, S. 115 ff.

chen, die Reichstagskoalition durch Abdrängen der Sozialdemokratie zu sprengen über den auswaertigen Fragen, und dadurch das preussische Wahlrecht zu verhindern, das bis dahin dilatiert werden soll[3]. Offensive soll Aufschwung der Stimmung zu gunsten der Vaterlandspartei ergeben.
Der Plan kann gelingen, wenn vor Einsetzen der Lebensmittelbedrängnis der Friede kommt oder sichtbar wird — ist ohne diese Sicherheit nicht nur verbrecherisch, sondern dumm, weil nur durchführbar, wenn die bei Scheitern der Wahlreform unvermeidliche Arbeiterbewegung mit Gewalt niedergeschlagen wird — aber Ostelbien [denkt] nur an das Wahlrecht. Die Sozis sollen mit allen Mitteln gereizt und provoziert werden, die Kriegshetze und anderes dient in erster Linie diesem Zweck, sie sollen ihren Hass gegen die Vaterlandspartei dann gegen den Staat drehen, da ja doch die Massen nicht unterscheiden und alles verallgemeinern, und sollen so von dem Staat abgedrängt werden.
Alles schimpft auf Bethmann, die Intellectuellen versagen gänzlich, kein Mensch weiss mehr, was war, niemand durchschaut die ungeheure Heuchelei.
Und dies alles in einem Augenblick, wo der blödeste sehen muss, dass derjenige gewonnen hat, der die Massen ruhig zu halten vermag.
Beratungen über Russland[,] mein Rat[4] mit Trotzki nach Abschluss mit Ukraine Fraktur zu reden, das Versagen des Verständigungsgedankens gegenüber Russland die Unmöglichkeit mit der OHL Politik in den besetzten Gebieten zu treiben, die uns dank der dortigen Soldaten völlig wegbrechen werden. Die unmögliche austro-polnische Lösung[5]. Die frag-

---

[3] Die Konservativen betrieben bei den Verhandlungen über das Wahlrecht offene Verschleppungstaktik. Sie hofften auf einen Regierungswechsel oder auf den Zerfall der Reichstagsmehrheit, die auf dem gleichen Wahlrecht für Preußen bestand, oder auf die Möglichkeit, die Reform bis nach Kriegsende hinauszuzögern. Bei einem für Deutschland günstigen Ausgang des Krieges werde die SPD nicht mehr in der Lage sein, ihre Wünsche durchzusetzen. Westarp, Bd. 2, S. 505 ff.; Payer, S. 281 ff.; Patemann, S. 129 ff. Riezler bezieht sich wohl auf das gleichzeitige Drängen der Konservativen bei Hertling im Januar 1918, die Regierung solle offen erklären, daß sie sich an die Friedensresolution nicht mehr gebunden fühle. Westarp und Heydebrand gaben dabei in den Besprechungen mit Hertling ausdrücklich zu, daß es ihnen darum gehe, die Reichstagsmehrheit zu sprengen und die SPD erneut in Opposition zur Regierung zu drängen. Westarp, Bd. 2, S. 549 f.; Interfraktioneller Ausschuß 1918, S. 130 f., Anm. 16 f.

[4] S. u. Dok. 9 ff.

[5] In den Monaten nach Bethmanns Sturz bahnte sich ein Wandel in der Haltung der deutschen Regierung, bes. Kühlmanns, zur poln. Frage an. Man wollte die austro-poln. Lösung akzeptieren, wenn sich Österreich zu einem dauerhaften Bündnis mit Deutschland im Sinne des Mitteleuropaprojekts bereit fand. Nur die OHL widersetzte sich und forderte die Abtretung eines poln. Grenzstreifens. Die gegensätzlichen Auffassungen zwischen den deutschen Militärs und der polit. Reichsleitung konnten auch in den am 4./5. 2. 1918 mit Czernin in Berlin geführten Verhandlungen nicht geklärt werden, da Ludendorff hartnäckig auf seinen Forderungen beharrte. Conze, S. 298 ff.; Ritter, Bd. 4, S. 183 ff.; zum Grenzstreifen s. Geiss, Grenzstreifen, S. 124 ff.; zu Riezlers Einstellung s. u. Dok. 13.

würdige litauische Schöpfung[6]. Treiben der Balten wegen Einmarsches in Livland und Esthland (natürlich nur zum Schutze der unhaltbaren dortigen Güterverteilung)[7]. Der Kaiser „meine treuen Balten". Der scheussliche Schiemann[8].
Enttäuschung über Helfferich, dessen Hauptstolz ist, dass Ludendorff sich ihm genähert hat und also offenbar etwas von ihm hält.
Armes Deutschland! Seine Seele scheint völlig zerstört. Aber Völker sind unerschöpflich. —

[6] Der litauische Landesrat (Taryba) erstrebte die Unabhängigkeit von Rußland und die Souveränität. Die OHL verlangte demgegenüber die Unterstellung Litauens unter den deutschen Schutz. Dementsprechend heißt es in der unter massivem Druck seitens der Militärbehörden zustande gekommenen Unabhängigkeitserklärung vom 11. 12. 1917, daß Litauen eine dauernde, enge Bindung zum Deutschen Reich eingehen wolle. Text in: Klimas, S. 107; Ritter, Bd. 4, S. 107 ff.

[7] Die OHL setzte sich in den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk für die Angliederung von Estland und Livland an das Deutsche Reich ein. Dem kamen die Anschlußbestrebungen der deutschen Ritterschaft in beiden Ländern entgegen, die von der OHL nachhaltig unterstützt wurden. Mit Einsetzen der bolschewistischen Herrschaft mehrten sich die Bittgesuche. Am 27. 1. 1918 teilte der bevollmächtigte Vertreter der livländischen Ritter- und Landschaft, v. Stryk zu Tiegnitz, dem deutschen Reichskanzler mit, die liv- und estländische Ritter- und Landschaft habe die Loslösung beider Länder von Rußland erklärt und lege „das Schicksal der beiden Gebiete in die Hände des Deutschen Kaisers und der OHL". Zit. nach Basler, S. 320; Lewerenz, S. 166 ff.; Janßen, Macht und Verblendung, S. 197 ff.

[8] Theodor Schiemann (1847—1921), deutsch-baltischer Historiker, 1892—1920 Professor für osteuropäische Geschichte in Berlin, Berater des Kaisers in Ostfragen.

734 Berlin. 15. 4. [1918]

Noch zwei Monate in Stockholm. Diners etc gutes Essen und Trinken, aber schweres Klima schwere Kost und träger Geist.
Abberufen für Russland[1].
Seit 8 Tagen hier, wo alles wie im Nebel. Kaum mehr verschleierte Militärdiktatur. Auch Valentini fiel, weil Ludendorff seinen Rücktritt forderte, sein Abschiedsgesuch einreichte etc[2]. Der Kaiser hat sich sehr schwer von ihm getrennt. Er hat abgedankt. Die milites gloriosi sind allmächtig — gestützt auf ihre Erfolge, auf die namenlose Militärfrommheit des Volkes, die Parteimaschine der Vaterlandspartei etc. Not-

[1] S. o. S. 99 f.

[2] Am 16. 1. 1918 gelang es Hindenburg, die Entlassung Valentinis unter fadenscheinigen Vorwänden — man machte ihn für den verständigungsbereiten innenpolitischen Kurs der Regierung Hertling verantwortlich — vom Kaiser zu erzwingen. Neuer Chef des Zivilkabinetts wurde ein Vertrauensmann des Kronprinzen, der ostpreußische Oberpräsident F. W. B. v. Berg. Im gleichen Zusammenhang hatten die Generale, allerdings ohne Erfolg, die Ablösung Kühlmanns gefordert, mit dessen auf Mäßigung hinzielender Verhandlungsführung in Brest-Litowsk sie nicht einverstanden waren. Über den ganzen Konflikt zwischen OHL und Politik vgl. Ritter, Bd. 4., S. 109 ff., bes. 125 ff.; Baumgart, Ostpolitik, S. 19; Valentini, S. 183 ff.

dürftig verschleierte Militärdiktatur. Der alte Hertling darf nicht angestrengt werden, hie und da bockt er auf — meistens aber nickt er nach beiden Seiten, geführt von Radowitz, der ein routinierter Schieber und Streber gegenüber den Sachen komplett gleichgültig ist — sich in der Form nicht von der OHL an den Wagen fahren lässt, aber die Sachen opfert. Von irgend einer Führung durch RK keine Spur.
Er könnte auch nicht auftreten, da die beiden milites unentfernbar.
Payer[3] sehr verständig und anständig — der Gefangene der Situation. Ich war lange bei ihm. Er kennt die Lage ganz genau, weiss dass er nicht gehen und eigentlich nicht bleiben kann und muss warten, um die Militärdiktatur noch bis zum Ende der Offensive[4], (dem guten oder dem bösen) möglichst freisinnig zu verkleiden.
Alles hängt von der Offensive ab — glückt sie völlig, so kommt die freudig vom Volke ertragene Militärdiktatur — glückt sie nicht, eine schwere moralische Krise, die friedlich zu bewältigen wohl keiner der jetzigen Regierungsmänner die Kunst hat.
Das Volk ⟨von oben⟩[a] bis in den Kleinbürgerstand hinein — läuft dem Erfolg nach. In rührender Zuversicht sieht es schon die Entente niedergerungen, eskomptiert
genau so schnell wie in den ersten Kriegsmonaten, hat die bittersten Erfahrungen vergessen und ist trotz allem immer noch voll der gleichen Hybris.
Beamte und Journalisten, durch 4 Jahre Censur Lüge und Heuchelei gänzlich umnebelt. Es beginnt das grosse „ruere in servitium" wie Bethmann nach Tacitus sagt. Das wird sich bei Erfolgen steigern und allen anständigen und vernünftigen, die Bescheid wissen, wird nichts anderes übrig bleiben, als einsam zu schmollen.
Von einer auswärtigen Politik ist keine Rede mehr — OHL geleitet von dem blutigsten Dilettantismus und schwankenden Gefühlen, an der Nase herumgeführt, von Balten, Polenfressern Türken (contra Bulgarien) dekretiert — und hat in den occupierten Gebieten die Einzelausführung in der Hand. Man macht das dümmste, was überhaupt möglich ist, und lässt einem unter Bajonetten zustandegekommenen völlig ad hoc geschaffenen baltischen Landesrat die Angliederung Esthlands und Livlands an Deutschland (Herzogswürde an Wilhelm II.)[5] (5 % Deutschen 65 %

[a] ⟨...⟩ nachträglich eingefügt.

[3] Zu Payers Verhältnis zur OHL vgl. Payer, S. 55 ff. u. 193 ff.

[4] Die Kette der deutschen Offensiven 1918 im Westen begann am 21. 3. und fand mit dem „schwarzen Tag" von Amiens am 8. 8. ihren den Krieg endgültig entscheidenden Abschluß.

[5] Vgl. 11. 2. 1918, Anm. 7. Am 8. 3. bot der kurländische Landesrat — in ihm saß eine Mehrheit deutsch-baltischer Vertreter — dem Kaiser die Herzogwürde und eine enge militärische und wirtschaftliche Verbindung des neuen Herzogtums mit Deutschland an. Gleichzeitig sprach man den Wunsch aus, die im Februar von deutschen Truppen besetzten Länder Estland und Livland zu einem gesamtbaltischen Staat zusammenzuschließen. Diese auch vom deutschen Kaiser begrüßte Herauslösung Estlands und Livlands aus dem rus-

des Grund und Bodens). Und hisst an der Stelle die deutsche Flagge, die Russland am allerwenigsten entbehren kann. Gleichzeitig manoeuvriert man in Polen so, dass Polen heftig gegen uns gehen und sobald als möglich zu einem erstarkten Russland zurückstreben [wird] und die Ostseeprovinzen von Süden umfassend[6].

Zum Heulen die grössten Gelegenheiten werden blutig verdorben. Nie war ein Volk fähiger die Welt zu erobern und unfähiger sie zu beherrschen.

Aber nichts dagegen zu machen, da nun einmal nicht nur der Hof sondern das ganze Volk mit dem von alters ererbten und weiter gepflegten Irrwahn beherrscht wird, dass die Uniform alles versteht.

Entsetzliches Dareinreden der OHL auch in die türkisch-bulgarischen Verhandlungen[7] wie in alles andere. S.M. ganz drin im Soldatentamtam, in Orden die Er verteilt und seine Ahnen gestiftet haben.

Im Falle eines Sieges im Westen, der den Krieg auf dem Kontinent beendet konsularische Herrschaft: möglich bei gebildeter Militärdiktatur, die klug genug ist, sich innerpolitisch nicht der Reaktion zu verschreiben. So klug wird Ludendorff schwerlich weder selber sein noch sich beraten lassen — obwohl er ein grosser Opportunist ist, immer auch anders kann, von grösster Ruhmsucht etc.

Aber die Offensive wird s o nicht ausgehen. Man darf es zwar nicht aussprechen niemand traut sich seine Zweifel zu äussern, aber jedermann

---

sischen Staatsverband und die Bildung eines in Personalunion mit Deutschland verbundenen Baltischen Staates widersprach dem Vertragsinhalt von Brest-Litowsk. Lewerenz, S. 177 f. und 191.

[6] Seit Februar 1918 waren die Spannungen zwischen den Mittelmächten und Polen weiter angewachsen. Die Abtretung des Cholmer Landes, das die Polen für sich beanspruchten, an die neugeschaffene Ukraine im Frieden von Brest-Litowsk ließ eine Welle der Empörung gegen Österreich in Polen aufbranden. Diese Stimmungslage und das zeitweilige Desinteresse Wiens an der austropoln. Lösung ausnutzend, forderten in Deutschland u. a. der Kaiser und der Kanzler jetzt einen poln. Staat im deutschen Einflußbereich. Nur Kühlmann hielt an der austropoln. Lösung fest, stand aber ebenso isoliert wie Ludendorff, der nach wie vor aus militärtechnischen Überlegungen die Annexion westpoln. Gebiete forderte. Wenn er sich auch nicht durchsetzen konnte, so verhinderte er doch eine Entscheidung gegen seinen Willen, und dies zu einem Zeitpunkt, da die jetzt antiösterr. eingestellten Polen eine vorsichtige Anlehnung an Deutschland suchten, aber nicht bereit waren, die zwar sehr unterschiedlichen, aber für die Polen durchweg indiskutablen deutschen Bedingungen zu akzeptieren. Conze, S. 337 ff.; Geiss, Grenzstreifen, S. 133 ff.; Ritter, Bd. 4, S. 201 ff.

[7] In den Friedensverhandlungen mit den Rumänen in Bukarest war auch über das politische Schicksal der Dobrudscha zu entscheiden. Deren südliche Hälfte war den Bulgaren im Bündnisvertrag von 1915 bereits zugesprochen worden. Jetzt forderten diese die ganze Dobrudscha. Die Türken verlangten als Kompensation die Rückgabe eines Grenzgebietes an der Maritza, das sie 1915 auf deutsches Drängen hin an die Bulgaren hatten abtreten müssen. In dem Streit fiel Kühlmann die Vermittlerrolle zu. Wieder waren sich OHL und polit. Reichsleitung nicht einig: Ludendorff wünschte die ganze Dobrudscha für Bulgarien, während er die türkischen Aspirationen nach Osten in den Kaukasus abzudrängen suchte; Kühlmann wollte den nördlichen Teil der Dobrudscha bei Rumänien belassen. Näheres über die Verhandlungen und die Regelung der Dobrudschafrage im Vertrag von Bukarest bei Mühlmann, OHL, S. 190 ff., bes. 193; Ritter, Bd. 4, S. 220 ff.

scheint sie zu haben. Sollte sie auflaufen, so wird man es nicht sagen, sondern wie bei Verdun, Monate lang zu lange murmeln lassen, der grosse Schlag käme erst etc.

735 Moskau 24. 4. 18.

Am 18. Berlin abgefahren, am 19ten in Warschau, abends bei Hutten mit dem derzeitigen poln[ischen] Ministerpräsidenten[1] und Janusz Radziwill[2], am nächsten Tag zum Frühstück beim Oberbefehlshaber Ost[3], mit Türken Spaniern etc. Soldatengespräche, dann in Baranowitschi in die dreckigen russischen I. Klasse Waggons (in ganz langsamer Fahrt mit einem grossen Umweg nach Süden wegen einer Sprengung auf der directen Strecke) also zuerst durch die losgetrennten, dann durch die nur occupierten Gebiete bis Orscha, wo zur Zeit die Grenze des deutsch-russischen Machtbereichs. Von da unter bolschewikischer Führung, mit lettischer Garde bewacht, etwas schneller bis Moskau (in 4½ Tagen insgesamt). Eine phantastische Reise, Bahnhöfe mit Menschen in Soldatenmänteln Kindern, Flüchtlingen Schmutz, kaputte Waggons überfüllt, Gepäckwagen mit Volk vollgepropft etc.
Ankunft hier. Empfang am Bahnhof. Spalier Menschenmenge — nie wurde ein solcher Sieger noch mit solcher Freude empfangen —
Hier in einem Haus mit den ganzen Kommissionen[4] Männerkloster, scheussliche Einrichtung — Verwirrung die ersten Tage — läuft aber bereits leidlich. Halb ⟨Behandlung⟩[a] occuptierten Hauses, halb deutsche Botschaft, überall Cigarettenstummel, Petentensturm[5].
Teufel hätten die ganze Kapitalistenwelt nicht toller durcheinander und rettungsloser verwirren können, als die Bolschewiki.
Vorgestern mein erster Besuch bei Tschitscherin[6] und Karachan[7]. Schlech-

[a] ⟨...⟩ nachträglich eingefügt.

[1] Jan K. Steczkowski, 4. 4.—6. 9. 1918 poln. Ministerpräsident. Vgl. Conze, S. 217, Anm. 25, und S. 354.

[2] Prinz Janusz Radziwiłł (1880—1917), Begründer und Führer der national-konservativen Partei, 1907—1917 Mitglied des Gouvernements Semstwo von Wolhynien, 1918 Direktor des Polit. Departements im Kabinett Steczkowski.

[3] Leopold v. Bayern.

[4] Außer der diplomatischen Mission gehörten zur deutschen Gesandtschaft die Kommission für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Verkehrs, an deren Stelle im Mai die Generalkonsulate in Moskau und Petersburg traten, sowie die Hauptkommission des Kriegsministeriums für Gefangenenaustausch und -fürsorge. Im Mai bzw. Juni kamen noch die Presse- und Handelsabteilung hinzu.

[5] Die deutsche Gesandtschaft war im Hause des Industriellen Berg am Djeneshnij Pereulok 5 untergebracht. Vgl. die Schilderung des Hauses sowie der Atmosphäre in der Gesandtschaft bei Paquet, S. 22 ff., und Riezlers Brief an Bergen vom 4. 6. 1918, unten Dok. 15.

[6] Georgij Wassiljewitsch Tschitscherin (1872—1936), seit 1890 Beamter des Außenministeriums, Mitglied der russ. sozialdem. Partei, 1904 Emigration nach England, dort schriftstellerisch und propagandistisch in der Arbeiterbewegung tätig. März 1918—1930 Volkskommissar des Äußeren.

[7] Lew Michailowitsch Karachan (1889—1937), 1914—1917 bolschewistischer Propagandist

te moralische Position, da unser Vormarsch die Grenzen der Ukraina längst überschritten hat[8]. Wir stehen bei Briansk. Also wohl directer Raubzug nach Friedensschluss. Tschitscherin und Karachan zeigen die Situation auf der Karte ohne jeden Vorwurf, mit stummer aber wirksamer Anklage. Ich kann mir nur erklären lassen und Zweifel an der Sicherheit ihrer Nachrichten äussern. Tschitscherin hält mir Vortrag über ihre Wirtschaftspolitik — seltsame Leute. Idealismus und tiefe Korruption rings herum. Unüberbrückbarer Gegensatz der bolschewikischen Wirtschaftspolitik und des Friedensvertrages von Brest[9].

---

und Mitherausgeber des „Sozial-Demokrat", nach der Revolution im Volkskommissariat für Ausw. Angelegenheiten, Mitglied der Delegation in Brest, 1918—1920 stellv. Volkskommissar des Äußeren, 1937 als Trotzkist verurteilt und erschossen.

[8] Im südlichen Abschnitt der Ostfront war nach Ablauf des Waffenstillstands Mitte Februar die Heeresgruppe Linsingen in die Ukraine einmarschiert, nachdem Kiew Anfang des Monats, während in Brest-Litowsk der Friedensvertrag zwischen den Mittelmächten und der Ukraine unterzeichnet wurde, in die Hände der Bolschewisten gefallen war und die ukrainische Delegation von Brest-Litowsk aus einen Hilferuf an das deutsche Volk gerichtet hatte, da die Ukraine sich ohne deutsche Hilfe nicht mehr zu behaupten vermochte. Die deutschen Truppen stießen über die ursprünglich festgelegten Angriffsziele im Gebiet um Charkow hinaus bis in das Donezbecken (Rohstoffe) und auf die Krim vor. Am 21. 4. standen die deutschen Verbände ca. 120 km südlich vor Briansk. Der Vormarsch war am 22. 5. beendet. RA, Bd. 13, S. 374 ff.; Baumgart, Ostpolitik, S. 117 ff.

[9] Bezüglich der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland enthielt die Anlage 2 zum Brester Friedensvertrag genaue Bestimmungen für die gegenseitigen Handelsbeziehungen bis zum Abschluß eines neuen Handelsvertrags. Martens, S. 778 ff. Diese Bestimmungen basierten auf dem kapitalistischen Wirtschaftssystem. Nur wenige Tage vor dem Gespräch zwischen Riezler und Tschitscherin hatte die Sowjetregierung die Einführung des staatlichen Außenhandelsmonopols dekretiert und damit praktisch jeden Eingriff des ausländischen Kapitals in das russ. Wirtschaftsleben unmöglich gemacht. Dazu die Stellungnahme Riezlers während einer Besprechung in der deutschen Gesandtschaft am 28. 4. 1918: „Die Wirtschaftspolitik der Bolschewiki steht nachweislich in schreiendem Gegensatz zu den wirtschaftlichen Bestimmungen des Brester Friedens, der eine kapitalistische Wirtschaftsordnung voraussetzt, während die gesamte Politik der Bolschewiki auf die radikale Zerstörung gerade dieser Ordnung hinausläuft, und von den Bolschewiki vielleicht in einigen Punkten gemildert, aber ohne Selbstmord ihrer Partei nicht in der Grundtendenz aufgegeben werden kann." Protokoll in PA, Rußland 71, Bd. 66.

736 Moskau 11. Mai. [1918]

Die Gesandtschaft mehr Casino — schreckliche Nuancenlosigkeit bei Kaufleuten und Offizieren, aber die letzteren fallen (mit Ausnahmen) weit mehr auf die Nerven.

Sonst heftiger Betrieb Agenten mit Verbindungen an die Weiber der sehr weiberverbrauchenden Bolschewiki, Juden, Bestechungen etc.

Unser völlig widerrechtliches mit den fadenscheinigsten Gründen unternommenes Vorgehen im Süden, vielleicht wirtschaftlich notwendig[1], hat

---

[1] Vgl. 24. 4. 1918, Anm. 8. Die militärische Intervention sollte die sowjetische Regierung zwingen, den Art. 6 des Brester Vertrages zu erfüllen, der die Russen verpflichtete, mit

uns hier den Boden entzogen, die Bolschewiki erschreckt und sehr geschwächt, [der] Entente und den anderen sozialistischen Parteien die Gelegenheit zu einer grossen Aktion gegeben[2], die hoffentlich diesmal noch abgeschlagen wird. Dazu kommt die Restauration in Ukraina, zu gunsten der Monarchisten, denen doch der grösste Esel keine separatistische Ukrainagesinnung zutraut[3]. Keine Politik mehr, nur mehr ganz kurzfristige Kriegsmassnahmen. Wenn es so weiter geht, räumen wir der Entente hier das politische Feld und geben auch künftige Möglichkeiten auf — wohl niemals war eine Situation verwirrter und weniger übersehbar. Die occupierten Gebiete durchaus prekär, zuhause kein Plan oder was schlimmer ist, viele Pläne, hier alles schwankend und dazu dumme und ungebildete Offiziere, die glauben nach 8 Tagen Aufenthalts in Moskau in glänzender Unkenntnis, grosse Exposés über die in Russland zu treibende Politik an die OHL senden [zu können][4].

---

der Ukraine Frieden zu schließen und mit ihr die im Norden und Osten noch nicht festgelegten gemeinsamen Grenzen zu vereinbaren. In einem Heeresbefehl vom 17. 2. heißt es ausdrücklich, daß sich die Operation nicht gegen das russ. Volk, sondern gegen die Bolschewisten richte, „die den Frieden verhinderten und der Ukraine ... den Bürgerkrieg erklärten". Hinter dem militärischen Vorgehen Deutschlands standen letztlich wirtschaftliche Interessen. Man wollte die Vorräte an Nahrungsmitteln und Rohstoffen, deren Lieferung die Ukraine im Friedensvertrag mit den Mittelmächten zugesagt hatte, nicht den Bolschewisten in die Hände fallen lassen. Fischer, Weltmacht, S. 718 ff.; Baumgart, Ostpolitik, S. 117 ff.

[2] Am 10. 5. 1918 berichtete Mirbach dem Ausw. Amt, daß die Entente den Russen weitere Lebensmittel-, Waffen- und Rohstofflieferungen sowie die diplomatische Anerkennung angeboten hätten, falls sie sich zur allgemeinen Mobilmachung gegen die Deutschen entschließen könnten. Gleichzeitig hätten sich die nichtbolschewistischen sozialistischen Parteien bereit erklärt, zusammen mit den Bolschewisten für die Befreiung Rußlands zu kämpfen. Zeman, Germany and the Revolution, Nr. 123.

[3] Auf Grund der geringen Mitwirkung der ukrainischen Radaregierung bei der Requisition von Getreide und Rohstoffen nahm die deutsche Ukrainepolitik einen betont militärischen Charakter an. Ende April ließ Groener, in diesen Monaten der entscheidende Mann in der Ukraine, die ukrainische Regierung im Wege eines Staatsstreichs absetzen und das Parlament, die Zentralrada, auflösen. An die Spitze der neuen konservativ geprägten Regierung trat mit dem traditionsreichen Titel Hetman der ehemalige zaristische General Skoropadskyj. Vgl. Groener Tagebuch, hrsg. von Baumgart (s. Literaturverzeichnis unter Paquet Tagebuch); Baumgart, Ostpolitik, S. 124 ff.

[4] Die beiden militärischen Angehörigen der Gesandtschaft, Major Wilhelm Henning (Vertreter des Kriegsministeriums für Kriegsgefangenenfragen) und Major Karl Frhr. v. Bothmer (Vertreter der OHL für Fragen des Eisenbahnverkehrs und des Kriegsgefangenenaustausches), sandten im Mai mehrere Berichte über ihre Beurteilung der politischen Lage nach Deutschland, die stark antibolschewistisch gehalten waren und für eine Intervention Deutschlands gegen die Sowjets eintraten. Mirbach, der sich streng an seine Instruktionen hielt, die Bolschewiki zu stützen und Anknüpfungsversuche von Vertretern der Rechtsparteien zu ignorieren, warnte am 24. 5. in einem geheimen Privattelegramm an Kühlmann vor den Auffassungen der nur begrenzt urteilsfähigen Offiziere. Baumgart, Ostpolitik, S. 216 ff., bes. 217, Anm. 30. Zum Verhältnis Riezlers zu den Offizieren s. o. S. 102 ff.

737 Moskau. 8. 6. 18.

Zunehmender Terror. Hunger. Versuch der Bolschewiki den Hunger in Gewaltmassregeln gegen die Bauern und Hetze gegen sie zu übertäuben[1]. Die Verschwörung der Alliierten mit den Petersburger Minendivisionen, den rechten S[ozial-]R[evolutionären] den Menschewiki[2][.] Extratouren von Trotzki[3] etc gut pariert. Die Bolschewiki haben durch zahlreiche Executionen und verschärften stillen Terror hier und in Petersburg kritischen Moment noch einmal überwunden. Dagegen ist in der Provinz die Lage schlimm — zwischen Pensa and Tomsk die ganze Bahn in den Händen der Czechoslowaken[4], die die Entente als unter ihrem Schutz stehend betrachtet, wir aber natürlich nicht als irgendwie duldbar anerkennen — so sind die Bolschewiki ein Fussball, von den beiden Mächtegruppen einander mit drohenden Noten zugeworfen. Die wirtschaftliche Lage immer verzweifelter — das Land hält unbegreiflich viel aus, eine schwere an Dulden und Verwirrung gewöhnte Masse.
Die grosse Frage — sollen wir das Zerbröckeln der Bolschewiki in ein ententistisch orientiertes Chaos zulassen, das wahrscheinlich nicht grosse Wiedererstehen einer besseren Ordnung ohne uns und gegen uns riskieren — oder die Wiedererstehung Russlands, das wir eben erst auseinandergeschlagen, selbst in die Hand nehmen, die doch eines Tages elementar sich vollziehende Wiedervereinigung der Ukraina mit G[ross-]R[uss-

---

[1] Vgl. ähnliche Lagebeurteilung Riezlers im Brief an Bergen vom 4. 6. 1918, unten Dok. 15.
[2] Rechte Sozialrevolutionäre und Menschewiki forderten die Wiederaufnahme des Krieges gegen Deutschland an der Seite der Alliierten. Mit ihnen sympathisierten Petersburger Arbeiter und Marinesoldaten. Über die engl. Gesandtschaft kamen Mitte Mai Kontakte zwischen diesen bolschewistenfeindlichen Gruppen und den Westmächten zustande. Initiator dieses „Ententemachination" war nach Ansicht Riezlers B. W. Sawinkow, ein Terrorist und ehemaliger Kriegsminister Kerenskijs. Vgl. Tel. Nr. 417 vom 6. 7. 1918, PA, Deutschland 131, Bd. 42. Mitte Juni wurde die Kollaboration von der Tscheka aufgedeckt und blutig zerschlagen. Chamberlin, Bd. 2, S. 47 ff.
[3] Auf seiten der Bolschewisten interessierte sich besonders Trotzkij für die Möglichkeit einer alliierten Unterstützung. Da sich aber im Frühjahr 1918 herausstellte, daß Deutschland nicht die Absicht hatte, die Sowjetregierung zu stürzen, gab er den Gedanken einer militärischen Intervention der Alliierten auf. Baumgart, Ostpolitik, S. 48 f.
[4] Das aus Gefangenen und Überläufern in Rußland aufgestellte tschechoslowakische Korps war noch von der provisorischen Regierung im Südabschnitt der russ. Front eingesetzt worden und marschierte seit März 1918 langsam ostwärts, da die westlichen Alliierten seinen Abtransport über Wladiwostok beschlossen hatten, um es in Frankreich einsetzen zu können. Unterwegs verwickelten sich die tschechoslowakischen Truppen entlang der Transsibirischen Eisenbahn wegen nicht beachteter Durchmarschbestimmungen in Reibereien mit den örtlichen Sowjetbehörden, die Ende Mai zu regelrechten Kämpfen gegen die Bolschewisten ausarteten. Sich den Entwaffnungsbefehlen Trotzkijs widersetzend, eroberten die Tschechoslowaken am 28. 5. Pensa und am 31. 5. Tomsk. Am 4. 6. protestierten die Alliierten gegen das Vorgehen der Sowjetregierung und ließen Tschernin wissen, daß sie die Tschechoslowaken als verbündetes Heer betrachteten, dessen Entwaffnung sie als unfreundlichen und von Deutschland inspirierten Akt ansehen würden. Mirbach forderte seinerseits die Entwaffnung der Tschechoslowaken am 5. 6. von den Sowjets. Baumgart, Ostpolitik, S. 52 ff.

land] uns mit einem Bündnis und einer Wirtschaftshegemonie bezahlen lassen? Und wenn, wann ist der Moment gekommen. Wenn Politik je eine Schiffahrt auf unbekannten Meeren war, so ist sie es jetzt. Seit Skoropadski[5] ist die mit dem Brester Frieden beschrittene Linie unweigerlich umgebogen. Nur die Wiederherstellung R[ussland]s früher oder später, oder ein Tanzen von Augenblick zu Augenblick bleibt möglich, bei dem man sich jederzeit den Hals brechen kann.
Gestern abend das seltsamste Diner bei Iwan Sergeiewitsch Tschukin. Als wir hinkamen, alle Gäste unten in der Garderobe versammelt, von einem struppigen Soldaten bewacht, Haussuchung der Kommission zur Bekämpfung der Spekulation. Dann schliesslich herauf, aber der alte, verängstigt die ganze Familie nur lauter Entschuldigungen gegen die Gäste, warten und sehen was die Kerle machen, die laden in aller Gemütsruhe den Wein auf und brauchen solange, dass schliesslich angefangen wird zu essen — dann ein vorzügliches Diner mit wunderbarem Wein, stark bewacht gegen alle Überraschungen von unten, Posten etc — schliesslich ziehen sie ab, bessere Stimmung, Reden, alle versichern mit Unterwürfigkeit und Überschwang, sie hätten Deutschland immer geliebt und faseln von Bündnis etc, sehr peinlich und echt russisch — zu entsetzlich zu denken, dass wir ebenso reden konnten wenn die Englaender gesiegt und uns zerstückelt hätten. Und doch war es früher so.
folgt schwarzes Heft L.

[5] Pawlo Petrowytsch Skoropadskyj (1873—1945), Generaladjutant des Zaren Nikolaus II. und Generalleutnant, 1917 Ataman des Kosakenheeres, 1918 Hetman der Ukraine, Ende des Jahres Flucht nach Deutschland und Führer der ukrainischen Emigranten.

738 Reval.[1] 17. 8. 1918.

Seit weiss Gott wie lange nichts aufgeschrieben.
Noch unter Mirbach[2] Drängen nach konkreterer Verständigung mit bürgerlichen, Augenblick gekommen, Bolschewiki aufzugeben, um sich mit

[1] Mirbachs Nachfolger Helfferich hatte am 6. 8. wegen der in Moskau unhaltbar gewordenen politischen Zustände die Verlegung der deutschen Gesandtschaft nach Petersburg angeordnet. Einen Tag später verfügte Hintze von Berlin aus die Weiterreise hinter die Demarkationslinie. Am 17. 8. hielt sich die deutsche Gesandtschaft in Reval auf.
[2] Wilhelm Graf v. Mirbach-Harff (1871—1918), 1918 dt. Gesandter in Moskau. Mirbach zweifelte seit Mitte Mai ernsthaft an der Haltbarkeit des bolschewistischen Regimes. Seinem Rat an das Ausw. Amt zufolge, die deutsche Ostpolitik rechtzeitig auf einen möglichen Regimewechsel einzustellen, erhielt er Anfang Juni Weisung, mit den antibolschewistischen Gruppen Verbindung aufzunehmen. Daraufhin führte Riezler mehrere Besprechungen mit Abgesandten der Provisorischen Sibirischen Regierung und Vertretern des sog. rechten Zentrums, das aus Mitgliedern monarchistischer Offiziersorganisationen, Landbesitzern, Angehörigen der Kadettenpartei etc. bestand. Diese Unterredungen auch mit führenden zaristischen Offizieren (Brussilow) ergaben, daß man zum Umsturz zwar bereit und auch fähig sei, ihn aber schwerlich gegen Deutschland durchsetzen könne. Mirbachs Versuche, die deutsche Ostpolitik umzustimmen (vgl. dessen Brief an Kühlmann vom 25. 6. 1918, PA, Deutschland 131, Bd. 18; englisch bei Zeman, Germany and the Revolu-

kommendem Russland verständigen zu können. Antwort, Bolschewiki weiter stützen und lediglich „Fühlungnahme" mit den anderen. Das geht natürlich nicht lange, mit einer verzweifelnden Bourgeoisie kann man nicht Fühlung nehmen, ohne binnen weniger Wochen ja oder nein zu sagen.

tion, Nr. 136, sowie Brief Riezlers an v. Bergen vom gleichen Tag, s. u. Dok 16), schlugen fehl. Ende Juni erhielt er die Instruktion, nichts zum Sturz der Bolschewiki zu unternehmen (Telegrammentwurf Ausw. Amt an Mirbach vom 29. 6. 1918, PA, Deutschland 131, Bd. 41). Baumgart, Ostpolitik, S. 216 ff.

739 Berlin 28. 8. 1918.

Nach Berlin gefahren. Dort das folgende nachgetragen.
Der Kriminalroman mit den Warnungen vor Mirbachs Ermordung, Weinberg Hintzsch[1].
Meine Unterredung vor dem Attentat mit Karachan und Dzerszynski über die Warnungen[2].
Dzerszynskis[3] Persönlichkeit.
Sitzungen im grossen Theater[4]. Begegnung mit Kamkow[5], auf der Bühne. Seine Verlegenheit.
In der Grossfürstenloge. ½ Stunde Rede der Spiridonowa[6]. „Bomben werden fliegen". Vertrocknetes Frauenzimmer.
Nächster Tag, morgens zwei Stunden bei Karachan, wegen der Ver-

[1] Einen ersten Hinweis auf das geplante Attentat gab ein Artikel in der Iswestija vom 28. 4. 1918. Darin war davon die Rede, daß „gewisse Kreise ... ein anarchistisches Attentat auf den Vertreter einer ‚Macht' in Moskau" planten (zit. nach Pressebericht der deutschen Gesandtschaft vom 18. 5. 1918, PA, Deutschland 135, Bd. 3). Am 8. 7. 1918 berichtete Riezler an das Ausw. Amt, daß vor einigen Wochen „ein gewisser Hintzsch" (nach Katkov, S. 88, war dieser als Agent für die deutsche Gesandtschaft tätig) vor einem von der Tscheka geplanten Mord gewarnt und deshalb Anzeige erstattet habe. PA, Deutschland 131, Bd. 42. Daraufhin führte die Tscheka bei einem Engländer (Weinberg oder F. M. Wiber, Katkov, S. 88) eine Hausdurchsuchung durch und fand Dokumente mit offensichtlich belastendem Inhalt, die aber, wie Riezler in einer Unterredung mit Dzierżyński erfuhr, keine ernst zu nehmenden Hinweise auf das geplante Attentat enthielten.

[2] Riezler beschwerte sich bei Karachan über die Tscheka, zuletzt am Vormittag des Mordes. Riezler an AA 8. 7. 1918, PA, Deutschland 131, Bd. 42.

[3] Feliks Edmundowicz Dzierżyński (1877—1926), poln. Sozialdemokrat, schloß sich 1906 den Bolschewisten an, Mitglied des ZK der Bolschewistischen Partei 1917—1926, nach der Oktoberrevolution Leiter der Tscheka (später GPU).

[4] Am 4. 7. 1918 begann im Bolschoi-Theater der 5. gesamtruss. Sowjetkongreß, auf dem die Sprecher der Linken Sozialrevolutionäre, u. a. Kamkow und Spiridonowa, die Politik Lenins und Deutschlands scharf verurteilten. Kamkow ging während seiner Rede am 5. 7. auf die deutsche Diplomatenloge zu und wetterte gegen die Diktatur des deutschen Imperialismus. Sadoul, S. 392 ff., und Lockhart, S. 295 ff.

[5] Boris Dawydowitsch Kamkow (Katz) (1885—1938), einer der radikalsten Führer der Linken Sozialrevolutionäre; gründete nach dem gescheiterten Moskauer Juli-Aufstand eine geheime Terroristengruppe, die u. a. für die Ermordung des Generalfeldmarschalls Eichhorn am 30. 7. 1918 verantwortlich war.

[6] Marija Alexandrowna Spiridonowa (1884—1941), führendes Mitglied der Partei der

haftung Weinbergs. Nachmittags 3 Uhr das Attentat[7]. Schreckliche Erinnerung, das seltsame Fatum, dass Mirbach mir nicht die erbetene schriftliche Bestätigung[8] ausstellte sondern selber ging, dass die Mörder[9] uns [ver]fehlten, die Wahrscheinlichkeit ihres Vorwandes[10] unsere Arglosigkeit, da alles so gut zusammenstimmte Fall Graf Robert M[irbach] Bestreben Dzerszynskis sein Entgegenkommen zu beweisen etc. Die lähmende Überraschung, die geschickte Aufstellung der Mörder, die Qual nicht helfen zu können, die verzerrten Züge Mirbachs, als er unverwundet herauslief, und all das schreckliche, an das ich wochenlang nicht denken konnte.

Dann die Tage nachher, mitten in dem Putsch[11] die Feier, der würdige Abtransport der Leiche gleichzeitig die politische Frage, das Weiden der grossen Herde von Soldaten etc — das Unverständnis von Berlin für die ganze Lage. Putsch in Jaroslaw, Wladimir Murom. Schwanken der Eisenbahner auf der Ostlinie[12], gleichzeitig Abfall Murawiews[13], des bolschewikischen Oberbefehlshabers an der Czechoslowakenfront, seine Kriegs-

---

Sozialrevolutionäre; ermordete 1906 zaristischen General, daraufhin bis zur Februarrevolution in sibirischer Gefangenschaft; Ende 1917 führendes Mitglied der Linken Sozialrevolutionäre, bekämpfte Lenins Außenpolitik und war am Moskauer Juli-Aufstand beteiligt, wurde deshalb zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, aber bald amnestiert.

[7] Vgl. Riezler an AA 6. 7. 1918, unten Dok. 17, und die Aufz. v. Sauckens, ibid., Dok. 18.

[8] Wahrscheinlich erbat Riezler von Mirbach eine schriftliche Bestätigung darüber, daß der österr.-ungar. Graf Mirbach (s. u. Anm. 10) kein direkter Verwandter des deutschen Gesandten sei.

[9] Beide Attentäter, Nikolai Andrejew (gestorben 1919) und Jakow Bljumkin, waren Anhänger der Linken Sozialrevolutionäre und Beamte der Tscheka. Bljumkin war in der Tscheka für die Überwachung der deutschen Gesandtschaft zuständig. Zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt, aber bald amnestiert, wurde er 1920 Offizier der Roten Armee und besonderer Vertrauter Trotzkijs.

[10] Die Attentäter gaben vor, mit dem deutschen Gesandten über den Fall Robert Graf Mirbach-Kosmanos sprechen zu wollen. Dieser, ein österr. Offizier und sehr entfernter Verwandter des deutschen Gesandten, hielt sich nach seiner Entlassung aus der russ. Kriegsgefangenschaft in Moskau auf. Im Juni wegen des Verdachts auf konterrevolutionäre Tätigkeit von der Tscheka verhaftet, wurde er von Bljumkin persönlich verhört. Seit Mitte Juni bemühte sich der dänische Generalkonsul Haxtenhausen um R. Mirbachs Freilassung und informierte in diesem Zusammenhang auch die deutsche Gesandtschaft über den Fall. Katkov, S. 59 ff.

[11] Zugleich mit dem durch das Mirbach-Attentat eingeleiteten Aufstand der Linken Sozialrevolutionäre in Moskau (vgl. 12. 9. 1918, Anm. 21) brach in der Provinz ein von der sog. Freiwilligen Nordarmee unter Führung des Terroristen Sawinkow organisierter Aufstand aus. Am 6. 7. wurde Jaroslawl erobert (ca. 250 km nordöstlich von Moskau an der Wolga), am 8. 7. Murom im Gouvernement Wladimir. Erst nach schweren Kämpfen, besonders um Jaroslawl, konnten die Bolschewisten den Aufstand niederschlagen. Chamberlin, Bd. 2, S. 57 ff.; Paquet, S. 32 ff.

[12] Die Eisenbahner der Ostlinien hatten sich dem Aufstand (vgl. oben Anm. 11) angeschlossen. Riezler an AA 10. 7. 1918, unten Dok. 20.

[13] Michail Artemjewitsch Murawjow (1880—1918), bolschewistischer Oberbefehlshaber an der Wolga-Front, ging zu den Linken Sozialrevolutionären über, erklärte am 10. 7. den Vertrag von Brest-Litowsk für ungültig und proklamierte den Waffenstillstand mit den Tschechoslowaken sowie die Wiederaufnahme des Krieges gegen Deutschland; kurz darauf von Bolschewisten ermordet.

erklärung an uns und sein Versuch, die Linie nach rückwärts zu drehen. Stimmung in der Gesandtschaft bei allen Majoren[a] etc — (der Abfall Murawiews war ihnen noch nicht bekannt) wie erlöst, als ich mitteilte, ich würde die Ermächtigung zur Abreise erbitten[14] — nächste Tage dann Besserung durch die Letten[15] — der günstige Fortgang der Verhandlungen mit denen.
Anfrage von Berlin, nach den in Betracht kommenden contrerevolutionären Gruppen[16] — Besprechungen, Anfragen etc — es wird offenkundiger, dass Fühlungnahme nicht mehr ausreicht[,] es muss Farbe bekannt werden.
Aus dem Amt nichts über die dort gewünschte Politik zu erfahren. Dreimalige Anfrage nach dem Inhalt der Verträge[17] unbeantwortet — offenbar beherrscht Kriege[18] alles, der ist von Joffe[19] gänzlich eingefangen — und sieht nur sich selbst, verspricht um Joffes willen Garantien gegen die Türken bei Baku, die das türkische Bündnis aufs schwerste belasten[20], verspricht, Auslieferung roter Finnen an die Russen etc etc.

---

[a] Nicht sicher lesbar.

[14] Am 10. 7. erbat Riezler vom Ausw. Amt die Ermächtigung, „die Beziehungen bis zur völligen Sühne des Mordes an dem Grafen Mirbach zeitweilig abzubrechen". S. u. Dok. 20. Zugestanden wurde ihm lediglich die Erlaubnis, bei persönlicher Gefahr für die Gesandtschaftsmitglieder Moskau zu verlassen. Baumgart, Ostpolitik, S. 242. Grundsätzlich hielt man in Berlin an der Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen zu den Bolschewisten fest. Das Attentat wurde dort als ein Versuch der Entente angesehen, zwischen Deutschland und den Sowjets einen unheilbaren Bruch herbeizuführen. Dazu wollte man es nicht kommen lassen, um den erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen über das Ergänzungsabkommen zum Frieden von Brest-Litowsk nicht zu gefährden.

[15] Die Letten-Regimenter gehörten zu den zuverlässigsten Truppen der Roten Armee. Ihnen verdankten die Bolschewisten die erfolgreiche Niederschlagung der nach dem Mirbach-Attentat ausgebrochenen sozialrevolutionären Putsche. Da die Letten das bolschewistische Regime für verloren hielten, wollten sie in ihre Heimat zurückkehren. Einige ihrer Führer nahmen deshalb Kontakt mit der deutschen Gesandtschaft auf und baten die deutsche Regierung um freie Rückkehr und Amnestie. Riezler an AA, 10. 7. 1918, PA, Deutschland 131, Bd. 42. Das Ausw. Amt erteilte Riezler das Amnestieversprechen. Baumgart, Ostpolitik, S. 249 f.

[16] In zahlreichen Berichten wies Riezler auf Möglichkeiten des Zusammengehens mit antibolschewistischen Gruppen hin. Nach diesen Berichten hatte Riezler im Hinblick auf eine eventuelle Umorientierung der deutschen Ostpolitik mit folgenden Gruppen Fühlung aufgenommen: Moskauer Kadetten, Rechtsmonarchisten (Zentrum Petersburg), sibirische provisorische Regierung, Donkosaken. S. u. Dok. 21 ff.

[17] Zu den Verhandlungen über die Zusatzverträge zum Frieden von Brest-Litowsk, die die damals noch offengebliebenen Punkte sowie die mittlerweile neu aufgetretenen Schwierigkeiten (Estland, Livland) klären sollten, siehe Baumgart, Ostpolitik, S. 270 ff.

[18] Zu Krieges Rolle bei den Verhandlungen vgl. Baumgart, Ostpolitik, S. 275.

[19] Adolf Abramowitsch Joffe (1883—1927), Mitglied der russ. Delegation in Brest-Litowsk, 1918 russ. Botschafter in Berlin.

[20] Die türkische Politik war bestrebt, den ganzen an Bodenschätzen reichen Raum südlich des Kaukasus unter ihre Kontrolle zu bringen. Im Laufe des Sommers richtete sich ihr Interesse immer mehr auf die Ölfelder von Baku. Diese waren für Deutschland und Rußland gleichermaßen lebenswichtig, und Berlin zog eine russ. Kontrolle über Baku, sofern nur die deutschen Interessen durch feste Lieferungsvereinbarungen gesichert waren, der

Bataillonsforderung[21]: von den Militairs als zur Sicherung notwendig bezeichnet, von dem AA lax und zu spät verlangt, nicht mehr durchführbar, Kriege dagegen — deutet Joffe an, dass die Forderung nur durch Nervosität der Moskauer Mission veranlasst wäre etc — schliesslich wird die Hälfte herausgedrückt und die Forderung auf Abzug der Ententemissionen[22] gestellt und ein ganz leidlicher Erfolg den Bolschewiki und dem widerstrebenden Amt abgerungen.

---

türkischen vor. Infolgedessen kam es zu einer russisch-deutschen Interessengemeinschaft gegen die Türken. Im Berliner Ergänzungsvertrag zum Frieden von Brest-Litowsk wurde am 27. 8. vereinbart, daß die Deutschen die Türken dazu bewegen sollten, ihre Truppen hinter eine Linie westlich und südlich von Baku zurückzuziehen, wofür Rußland sich verpflichtete, Deutschland 25 % des in Baku geförderten Öls zu liefern. Baumgart, Ostpolitik, S. 199 ff., vgl. auch ders., Das „Kaspi-Unternehmen", in: Jahrb. f. Gesch. Osteuropas NF 18 (1970).

[21] Am 11. 7. schlug Riezler dem Ausw. Amt vor, die Gesandtschaft wegen mangelnder Sicherheit im unruhigen Moskau entweder zeitweilig zurückzuziehen oder von Ober Ost ein Bataillon als Gesandtschaftswache anzufordern. PA, Deutschland 131, Bd. 42. Aus den Akten geht klar hervor, daß Riezler und die Majore diese Gesandtschaftswache als wichtigen gegen die Bolschewiki auszuspielenden Faktor bei dem erwarteten Sturz der Sowjetregierung ansahen. Dieser Hintergedanke wurde von den Sowjets erkannt und die deutsche Forderung zurückgewiesen. Im Endergebnis einigte man sich darauf, daß für den Außenschutz der Gesandtschaft 1000 Rotarmisten und für den Innenschutz 300 deutsche Soldaten abgestellt wurden. Baumgart, Ostpolitik, S. 230 ff.

[22] Am 7. 7. riet Riezler dem Ausw. Amt, „das Attentat zur Klärung des Verhältnisses der Ratsregierung zur Entente, Ausweisung ihrer Agenten, Unterdrückung ihrer Organisationen auszunützen". PA, Deutschland 131, Bd. 42. Ohne daß die deutsche Regierung großen Druck auszuüben brauchte, waren die Bolschewisten auf Grund des Tschechoslowaken-Aufstandes (vgl. 8. 6. 1918, Anm. 4) und der Landung engl. Truppen in Archangelsk entschlossen, gegen die Entente vorzugehen. Am 5. 8. wurden 200 Engländer und Franzosen in Moskau verhaftet und die Militär-Missionen der Entente aufgelöst. Kennan, Bd. 2, S. 443 ff., 450 ff.

740 Oberstdorf. 12. 9. 18.

Weiter nachgetragen.
Schliesslich um den 22. Juli herum Nachricht, dass Helfferich[1] ernannt. Meine grosse Freude — denn wenn ich allein bleibe Krach mit Berlin bei den politischen Differenzen, der schlechten Orientierung, der Illoyalität des Chefs etc unvermeidlich, je grössere Kanone desto besser.
Attentatgefahr steigert sich, ununterbrochene Warnungen[2]. Schaljapinabend[3]! Helfferich kommt an[4], alles beschwört mich ihn nicht abzu-

---

[1] Helfferich wurde am 20. 7. 1918 zum Nachfolger Mirbachs ernannt. Helfferich, Bd. 3, S. 442 ff.; Baumgart, Ostpolitik, S. 234 f.

[2] Schilderung der Warnungen und Anschläge bei Helfferich, Bd. 3, S. 482 ff.

[3] Fjodor Iwanowitsch Schaljapin (1873—1938), russ. Sänger, bis 1918 Mitglied der Oper in Moskau.

[4] Helfferich kam am 28. 7. 1918 in Moskau an.

holen — ich fahre mit Radek[4a] nach Kunzewo, wir lassen den Zug anhalten, fahren im Auto herein etc.
Ich erläuterte Helfferich die Lage —
Helfferich offenbar Moskau geschickt, um meine in Berlin nicht convenierende Berichterstattung abzudrehen — sieht aber sehr bald, dass ich recht habe und depeschiert in dem Sinne mit der ihm eignen Präcision und Schärfe und dem Glauben an sein Gewicht bei OHL und SM.
Berlin reagiert nicht, wiederholt die alten Weisungen etc, offenbar dass Kriege und seine Verträge alles beherrschen[5].
Telegramm[6] Hintzes[7], Weggang von Moskau würde Abbruch der Beziehungen bedeuten also dableiben, aber wenn Lebensgefahr bestehe, müsse weggegangen werden
unsere Wut über diese Widersprüche auf Helfferichs Rückantwort, dass er dann je nach Lage der Dinge nach der einen oder anderen Weisung handeln werde
darauf, (9 Tage nach Helfferichs Ankunft) Befehl zur Berichterstattung nach Berlin zu kommen, Weisung an mich im Falle der Not oder Lebensgefahr für die Mission einen sicheren Ort aufzusuchen[8].
Darauf fährt Helfferich ab[9] und verlegt selbst die Mission nach Petersburg. Die Regierung einverstanden, ja erleichtert meint freilich viel sicherer sei Petersburg nicht. (allerdings nicht für Attentat, wohl aber für Putsch, weil man sich dort bis zur Ankunft von Hilfe halten kann).
Darauf Reise nach Petersburg. Dort Verhandlung wegen Räumung des Stolypinschen[10] Palais auf Jelajin. Weisung aus Berlin, da Petersburg ebensowenig sicher, nach Pskow zu gehen[11].

[4a] Karl Bernhardowitsch Radek (1885—1939), Pole, vor dem 1. Weltkrieg in Deutschland im linken Flügel der SPD tätig, im 1. Weltkrieg mit Lenin in der Schweiz, 1917 mit diesem nach Rußland, Mitglied der Auslandsvertretung der bolschewistischen Partei in Stockholm, 1918—1919 an der russischen Botschaft in Berlin, Leiter der bolschewistischen Propaganda in Deutschland.

[5] Darstellung von Helfferichs Auseinandersetzung mit dem Ausw. Amt über die deutsche Ostpolitik in Helfferich, Bd. 3, S. 479 ff. Hintzes Begründung, warum die bisherige Politik beizubehalten sei, in Tel. vom 2. 8. 1918, PA, Deutschland 131, Bd. 44; Baumgart, Ostpolitik, S. 238 ff.

[6] Tel. Hintzes an Helfferich vom 4. 8. 1918, PA, Deutschland 131, Bd. 45. Zum Widerstand des Ausw. Amtes gegen die wiederholten Forderungen Helfferichs, die deutsche Gesandtschaft zu verlegen, vgl. Helfferich, Bd. 3, S. 480 f.

[7] Paul v. Hintze (1864—1941), Admiral, 1903—1908 Marineattaché, 1911 in den diplomatischen Dienst übergetreten, 9. 7.—4. 10. 1918 Staatssekretär des Ausw. Amtes.

[8] Vgl. Tel. AA an Helfferich, 5. 8. 1918, PA, Deutschland 131, Bd. 45. Zur weiteren Wahrnehmung der Geschäfte wurde Riezler bestimmt. Anlaß zu dieser plötzlichen Herbeizitierung Helfferichs gab der Kaiser, nachdem er von erneuten Attentatsplänen auf die Moskauer Gesandtschaft erfahren hatte. Helfferich, Bd. 3, S. 483. S. o. S. 115.

[9] Helfferich verließ Moskau am 6. 8. 1918.

[10] Pjotr Arkadjewitsch Stolypin (1862—1911), 1906—1911 russ. Ministerpräsident.

[11] Zur Verlegung der deutschen Gesandtschaft vgl. 17. 8. 1918, Anm. 1.

Mitteilung[12] an Sinowiew[13] Uritzky[14] in freundlichster Form, schwieriger Moment Misstrauens, aber anscheinend beruhigt durch deren Hoffnung, dass bei Rückzug der Mission „Cooperation" gegen England Murman und Wunsch, diese Cooperation zu verdecken mitgespielt haben[15].
Sehr komische Reise über Helsingfors nach Reval.
Dort Casinoatmosphäre — sehr dumme Soldaten, welche glauben esthenfreundlich zu sein, aber es nicht können, und in allem dem ihnen an Bildung und Kenntnis und Auftreten weitüberlegenen baltischen Adel nachgeben — das alte Schauspiel der Unfähigkeit in diesen Dingen.
Von Reval aus Urlaub. Nun hier.
Unsere Ostpolitik, ohne einheitlichen Plan ganz zusammenhanglos — ein Trümmerfeld eine kaum darstellbare Verwirrung.
Man hat die Ukraina als Kriegsmassnahme gegründet und unterstützt. Das mag angehen, wenn man die einzigen Ukrainer, die es giebt, die Leute der Rada trotz aller Unfähigkeit an der Herrschaft lässt, die Occupation möglichst einschränkt, die Leute ihren Unsinn machen lässt. Statt dessen regiert man von Getreidehunger getrieben, überall mit, kommt mit den sozialistischen Advokaten nicht zu Rande, stürzt die Rada[16] und ernennt Skoropadski, den Flügeladjutanten des Zaren und ein kadettisches Ministerium, Leute, die sich nur uns gegenüber als Ukrainer bezeichnen, und sich Mühe geben eine ukrainische Sprache zu sprechen, die [sie] im Schweisse ihres Angesichts lernen.
Diese Massregel bedeutet für ganz Russland das Umschwenken Deutschlands zur grossrussischen Contrerevolution, denn niemand ahnt, dass Deutschland mit diesen Leuten einen ukrainischen Staat gründen und halten zu können [glaubt]. Wir sehen in Moskau sofort, dass man in Kiew nicht kadettisch in Moskau bolschewikenfreundlich sein kann, dass man das contrerevolutionäre a gesagt hat und bereit sein muss, wenn man nicht in der Verwirrung ersticken will, das b langsam vorzubereiten.

[12] Am 9. 8. 1918 übergab Riezler in Petersburg Sinowjew ein Schreiben an Tschitscherin, in dem er die Verlegung der Mission mit der offenkundig unhaltbaren Situation der deutschen Vertretung in Moskau begründete. PA, Deutschland 131, Bd. 45.
[13] Grigorij Jewsejewitsch Sinowjew (1883—1936), Bolschewist, kehrte 1917 mit Lenin nach Rußland zurück, 1919—1926 Vorsitzender der Kommunistischen Internationale, 1923 bis 1926 Mitglied des Politbüros, 1929 Leiter der westeuropäischen Abteilung der Kommintern, 1936 zum Tode verurteilt.
[14] Moïsej Salomonowitsch Uritzkij (1873—1918), Jurist, seit 1905 Bolschewist in Petersburg, 1914 Emigration, 1917 Rückkehr nach Petersburg und nach der Oktoberrevolution Chef der Petersburger Tscheka, März 1918 Mitglied des Zentralkomitees, im August 1918 von Sozialrevolutionären ermordet.
[15] Am 1. 8. 1918 richtete die Sowjetregierung an die deutsche Gesandtschaft das Gesuch, Deutschland möge zur Unterstützung der Bolschewiki militärische Operationen gegen die Landung der Alliierten in Murmansk unternehmen. Ein „offenes militärisches Bündnis mit uns sei für sie allerdings unmöglich, möglich sei schweigende Duldung unseres Eingreifens und tatsächliche Parallelaktion". Helfferich an AA, 2. 8. 1918, PA, Deutschland 131, Bd. 44 a; vgl. Baumgart, Ostpolitik, S. 101 ff., bes. S. 106 ff.
[16] Vgl. 11. 5. 1918, Anm. 3.

Weiter, man dehnt die Grenzen immer weiter aus[17], besetzt die Hälfte der Kursker Woronescher Gouvernements und Rostow am Don — macht durch das erste die linken S[ozial]R[evolutionäre], die die Hälfte der bolschewikischen Regierung sind, zu unseren Todfeinden durch das zweite die Stellung der Bolschewiki kaum mehr haltbar, da Rostow am Don die Magistrale nach Kuban und Tiflis durchschneidet, das Kubansche Getreide absperrt und mit der Verbindung nach dem unentbehrlichen Baku auch dessen Beherrschung erschwert, deckt obendrein noch dadurch Alexejew[18], Krasnow[19] und seine Kosaken gegen die Bolschewiki[,] setzt also zu der Halbheit in der Ukraina noch eine weitere Halbheit.

Will man die Bolschewiki stützen, durch sie den Russen die Feindschaft zu uns auspeitschen etc, so muss man die Bolschewiki leben lassen, ihnen nicht ein unentbehrliches nach dem anderen wegnehmen und alle 8 Tage durch ein neues Ultimatum Kursk, Rostow, Noworossisk sie verprellen und desorientieren

so bleiben denn auch die Folgen nicht aus: die Bolsch[ewiki] durch immer neue Drohungen und Beraubungen, ausserdem durch unsere contrerevolutionären Alluren im Süden aufs äusserste beunruhigt, trauen sich nicht gegen die Ententeumtriebe aufzutreten, wollen den Rückhalt bei der Entente gegen unsere Drohung nicht verlieren, verhandeln über die Czechoslowaken[20] dulden sie — der Hunger wächst, die Ententegefahr wird akuter, sie wollen einschreiten[21] zu spät — die Czechoslowakenfront entvaliiert sich, nach dem Kubanschen ist nun auch das sibirische Getreide verloren, der Hunger wird in den Monaten vor der Ernte akut — es kommt der erste Putsch, Gleichzeitigkeit des Aufstandes der

---

[17] Gemeint ist die Weiterführung des Ukraine-Feldzugs über die ursprünglich festgesetzte Linie hinaus (vgl. 24. 4. 1918, Anm. 8). RA, Bd. 13, S. 383 ff.

[18] Michail Wassiljewitsch Alexejew (1857—1918), russ. General, bis 1915 Oberbefehlshaber der Nordwestfront, danach Chef des Generalstabs, 1917/18 zusammen mit Kornilow Organisator des antibolschewistischen Widerstands in Südrußland.

[19] Pjotr Nikolajewitsch Krasnow (1869—1947), russ. General, 1917/18 Führer der konterrevolutionären Kosakenarmee und Ataman der Donkosaken, danach Emigration nach Deutschland.

[20] Vgl. 8. 6. 1918, Anm. 4. Unter Hinweis auf den Protest der Alliierten gegen die von Trotzkij angeordnete Entwaffnung der tschechoslowakischen Aufständischen verlangte Tschitscherin als Gegenleistung für die von den Deutschen geforderte Entwaffnung die Einstellung der Kampfhandlungen antibolschewistischer, unter deutschem Einfluß stehender Truppen an der finnischen, ukrainischen und kaukasischen Front. Da man deutscherseits eine drohende Vereinigung der tschechoslowakischen mit den alliierten Truppen verhindern wollte, sagte das Ausw. Amt den Verzicht auf weitere deutsche militärische Aktionen in Rußland zu, woraufhin die Sowjetregierung mehrere Truppenverbände von der Demarkationslinie im Westen in den Ural abziehen und dort wieder die Kontrolle über die Tschechoslowaken zurückgewinnen konnte. Baumgart, Ostpolitik, S. 57 u. 83.

[21] Zum sowjetischen Vorgehen gegen die Ententemissionen vgl. 28. 8. 1918, Anm. 22. Kurz nach der Abreise der deutschen Gesandtschaft aus Moskau begann die alliierte Intervention bei Archangelsk.

linken S[ozial-]R[evolutionäre][22], Attentat gegen Mirbach, Jaroslaw, Abfall Murawiews — er wird niedergeschlagen durch Lenins Energie und unsere Gewinnung der Letten. Es folgen weitere die entdeckt unterdrückt werden[,] ein jeder an einem Zufall hängend — mit Ach und Krach erreichen die Bolschewiki, unter sich immer verschärfendem Massenterror die Ernte und atmen auf, aber auch nur für ganz kurze Zeit.
Meine Moskauer Stellung in all der Verwirrung: der Versuch den unzusammenhängenden Halbheiten, hinter denen da die Centrale nach alter Unsitte nicht informiert[,] immer wieder ein geheimer Sinn erhofft wird, eine zusammenhängende Richtung zu geben
zuerst das A.A. in dem Bestreben unterstützen, die Soldaten im Süden zu bändigen und die OHL dazu zu bringen, die Bolschewiki in Ruhe zu lassen — misslingt, es wird sichtbar, dass die OHL stärker ist[23].
nachdem die Dinge im Süden ihren Gang genommen, die geschwächten Bolschewiki nur mehr mit den äussersten Mitteln sich notdürftig halten können, der Centrale raten, nicht an dem Leichnam der Bolschewiki kleben zu bleiben und den Hass des doch einmal wieder erstehenden Russland auf uns zu einigen.
Die Bolschewiki stützen solange es geht (sie sind dreimal durch politische Mittel von uns gerettet worden) aber sich nicht zutrauen, dass das immer gelingt, also für den Fall, dass diese Stützung nach menschlichem Ermessen nicht mehr genügende Aussicht hat, sich darauf vorzubereiten sie selber zu stürzen.
keine Verträge mit ihnen zu schliessen, die das übrige Russland niemals acceptieren kann (um der baltischen Barone und der Soldatenüberhebung willen), sondern dem nichtbolschewikischen Russland sagen, dass der Brester Friede auf die Bolschewiki zugeschnitten und wir eigentlich von ihnen zu seinen Unerträglichkeiten gezwungen worden sind, dass wir ihn nicht neu verhandeln, aber gegen Garantien abbauen können etc.
mit den verschiedenen Gruppen wird so langsam als möglich verhandelt, aber als die Dinge sich nicht mehr ziehen lassen und die verschiedenen Gruppen anfangen zur Entente abzuschwenken, hätte gehandelt oder wenigstens das persönliche Eventualgerede konkretisiert werden müssen — da versagt Berlin und schliesst die unglückseligen Verträge, die uns den Rückzug nehmen etc
man kann Russland durch die Bolschewiki unschädlich machen aber die

---

[22] Vgl. 28. 8. 1918. Der Aufstand begann nach der Ermordung Mirbachs mit der Festnahme Dzierżyńskis im Hauptquartier der Linken Sozialrevolutionäre. Danach besetzten die Aufständischen das Moskauer Post- und Telegraphenamt. Unterdessen umstellten regierungstreue Truppen das Bolschoi-Theater, in dem gerade der 5. gesamtrussische Kongreß tagte, und hielten dort die Delegierten der Linken Sozialrevolutionäre über Nacht gefangen. Bereits am nächsten Tag, dem 7. 7., war der Aufstand zerschlagen. Chamberlin, Bd. 2, S. 54 ff.; Katkov, S. 69 ff. u. 84 ff.; Baumgart, Ostpolitik, S. 226 f.
[23] Über die Auseinandersetzungen zwischen dem Ausw. Amt und der OHL bezüglich der Politik in Südrußland vgl. Baumgart, Ostpolitik, S. 124 ff.

Bolschewiki zerstören mit dem Schaden auch jeden Nutzen, den uns Russland noch hätte bringen können
dazu die allgemeine Lage die im Westen immer schlimmer wird, und uns die Möglichkeit von Vorteilen aus dem Osten immer wertvoller macht, auch nicht mehr gestattet, ganze Provinzen zu annektieren, die wir doch nicht behalten können
der Entente das Spiel, Russland zu retten in die Hand geben, ihr für den allgemeinen Friedensschluss wie für die Zukunft, auch im Osten alle Trümpfe geben.
nun wird England Russland abermals von Deutschland befreien und an sich ketten können
welches Spiel wird hier verloren!
Die Unkenntnisse und Eigenmächtigkeiten der OHL, die Irrtümer des A.A. und seines unglückseligen russischen Referenten[24] die Zusammenhangslosigkeit beider Gewalten — welche Gelegenheit und welcher Charlatanismus. Und das will ein Weltvolk sein und England besiegen. Welcher Hohn!
Aber dicker Nebel liegt über allem Volk.

[24] Rudolf Nadolny (1873—1953), 1917—1919 Geheimer Legationsrat und Ostreferent im Ausw. Amt, 1924—1932 Botschafter in Ankara, 1933/34 in Moskau.

741 Oberstdorf. 13. 9. 18.

Ende August in Berlin. Nahezu alles verändert. Ungeheure Wirkung des Umschwungs an der Front[1]. Die bisher grössten Schreier zittern am meisten. Doppelte Angst der Bourgeoisie Revolution und Niederlage. Von der ersten redet alles, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, von der zweiten wagt niemand zu sprechen — und auch die nüchternsten wissen nicht, was die bedeutet. Alles furchtbar traurig.
Der aus Russland kommende sieht schlimme Parallelen, solcher Nebel lag über dem vorrevolutionären Russland, solche Nullen und Schieber spielten auch dort die ersten Geigen die gleiche Ermüdung und Fatalismus bei den Wissenden und unten beginnende Gesetzlosigkeit und Anarchie — und über alles Blindheit geschüttet damit das ganze ins Verderben taumele.
Die Regierung über alle Massen schlecht — sie hat die Ludendorffsche Diktatur, die nun einmal den unseligen ererbten Irrtümern des ganzen Volkes gemäss ist, in besseren Zeiten ertragen konstitutionell verkleidet und das Handeln verlernt. RK ein Vacuum, zum leiten nicht fähig und zu alt, Payer durch geschickte Behandlung und Entziehung von Infor-

[1] Der franz. Angriff auf den Marnebogen am 18. 7. 1918 und der engl. Angriff bei Amiens am 8. 8. beendeten die deutschen Offensiven von 1918 endgültig. Am 20. 8. griffen die Alliierten erneut an, und von jetzt an wurde die deutsche Front gezwungen, langsam zurückzuweichen.

mationen gehalten, zu connivent, zu gutgläubig, die Gemeinheit der Menschen nicht durchschauend, ist für Hintze — die ausserpolitischen Consequenzen nicht in ihrer ganzen Furchtbarkeit übersehend, ausserdem der Gefangene der preussischen Wahlrechtsfrage die er durch sein Verbleiben in der Regierung sichern will und auch sichern könnte, wenn damit noch etwas zu machen wäre.
die fleissige Bertha[2], sachlich wurstig und persönlich routiniert, geschickt in der Einlullung schiebt mit Stresemann hat Hintze auf dem Gewissen, pilotiert seinen RK als unantastbare Monstranz geschickt durch alle Klippen, hat sein Bündnis mit Winterfeldt[3], opfert Sachen und Personen, sieht aber auch schon den Boden schwinden und denkt nur daran rechtzeitig sich selbst in Sicherheit zu bringen.
Das A.A. in dem traurigsten Zustand desorganisiert durch die bereits sichtbare und überall erwartete Illoyalität des neuen Chefs[4], der allen misstrauend seine Kreaturen, Genossen früherer Intrigen heranholt — die im grossen Ganzen loyale Behörde verdorben und ihre besten innerlich verzweifelnd.
Die Reichstagsmehrheit halb matt gesetzt, durch die Rücksichten der Freisinnigen auf Payer, des Centrums auf Hertling. Die socialdemokratischen Führer, zwar anständig und klar sehend, aber doch nur gewohnt an die Ordnung in ihrer Partei zu denken, saturiert durch die Billigung des Parteitags innerlich erblassend bei dem Gedanken, zum Handeln gedrängt zu werden. Der Freisinn unfähig, Fischbeck[5] und Wiemer[6] allein in Berlin.

[2] i. e. Wilhelm v. Radowitz.
[3] Hans Karl Detlof v. Winterfeldt (1862—1937), preuß. Generalmajor, Vertreter der OHL beim Ausw. Amt und beim Reichskanzler, 1918 Mitglied der Waffenstillstandskommission.
[4] i. e. Hintze.
[5] Otto Fischbeck (1865—1939), Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses und MdR (Fortschritt, später DDP), 1918—1921 preuß. Handelsminister.
[6] Otto Wiemer (1868—1931), Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses, MdR (Fortschritt).

742 Berlin. 24. 9. 18.

Telegramm von Die[go] v. B[ergen] an Zech, ich soll nach Berlin kommen — Krisen. Komme vorgestern abend hier an, Essen bei Jordan[1] mit B[ergen]. Unglaubliches Kuttelmuttel. Reichstagsmehrheit will Änderung der Regierung erzwingen[2], mit Ausnahme einer[a] Gruppe um Gröber[3], mit der Radowitz das Centrum zu bezwingen hofft.

[a] Das folgende Wort „kleinen" gestrichen.

[1] Christian Werner August Jordan, Kgl. Sekretär im Ausw. Amt.
[2] Als am 12. 9. der Interfraktionelle Ausschuß zusammentrat, um ein politisches Aktionsprogramm zu beraten, zeigte sich, daß besonders die SPD, aber auch Erzberger, in schärfster Opposition zur Regierung Hertling standen. Hauptpunkte der Kritik waren die rück-

Äussere Lage sehr schlecht — Kaiser Karl spricht von Hertling als einem alten Trottel, Wien misstraut Hintze, hat keinen Respekt mehr — die Friedensaktion[4] auf eigne Faust unternommen — hat vielleicht schon geheime Abreden mit Italien, ist also im Abspringen — das Amt desorganisiert durch Hintzes Illoyalität — im Ausland glaubt niemand mehr an den Bestand der Regierung, traut niemand auf diese Regierung eine Aktion der Vermittelung zu gründen.

Neue Candidaten: niemand da. Bethmann? Bei allen als bester anerkannt. Aber doch gehen sie ungern und freudlos an dieses Eingeständnis. Rantzau, Solf, Prinz Max von Baden[5]? Gegen alle Bedenken, die linke hat niemand.

Die vernünftigen Leute im Amt sind der Ansicht, dass nur Bethmann die schwachen Möglichkeiten die auf Frieden bestehen, noch wahrnehmen kann. Ich soll für ihn eintreten und deswegen wollte man mich hier haben. Freilich wäre er der beste, wegen des savoir faire, Autorität und Wucht — weil ihm die eventuellen Vermittler vertrauen, und ihm der Gegner zutraut, dass er das deutsche Volk zusammenhalten wird. Aber welch ein Schicksal! Die jetzige Lage übernehmen, ihre unvermeidlichen, harten und bitteren Consequenzen verantworten, einen schlechten Frieden schliessen oder die Wogen über dem Reich zusammenschlagen lassen und nichts mehr retten können — welche Grausamkeit gerade für den Mann, der schon bisher alles harte und grausame auf sich hat sammeln müssen.

Aber welche Regierung — gar keine Führung. Nur Opportunisten, die sich selbst zu versorgen und retten trachten.

Die Rechte will auf die Diktatur los. Die kann den Frieden nicht schaffen und nur der Friede kann vor der Revolution retten.

---

sichtslose, von der Reichsleitung geduldete Ostpolitik der OHL und die Verschleppung der preuß. Wahlrechtsreform. Dabei rückten die Fragen der Parlamentarisierung und der Haltbarkeit der Regierung Hertling immer mehr in den Vordergrund der Diskussion. Die bürgerlichen Parteien des Ausschusses wünschten den Eintritt der SPD in die Regierung. Die SPD war aber entschlossen, sich nicht einer Regierung Hertling zur Verfügung zu stellen. Das brachte sie in scharfen Gegensatz zu dem hinter Gröber stehenden Teil der Zentrumsfraktion, der nicht bereit war, Hertling das Vertrauen zu entziehen. Die Fortschrittler schwankten zunächst, schlossen sich aber Ende September der sozialdem. Forderung, Hertling möge zurücktreten, an. Interfraktioneller Ausschuß 1918, S. 494 ff., 615 ff., 673 ff.

[3] Adolf Gröber (1854—1919), Zentrumspolitiker, Mitglied des württembergischen Landtags, MdR, seit 1917 Vorsitzender der Zentrumsfraktion und Parteivorsitzender, 1918 im Kabinett Max v. Baden Staatssekretär ohne Portefeuille.

[4] Am 14. 9. 1918 richtete die österr.-ungar. Regierung einen Friedensappell „an Alle" mit der Aufforderung, so bald wie möglich ein vertrauliches und zunächst unverbindliches Friedensgespräch von Delegierten aller kriegführenden Staaten in einem neutralen Land zu veranstalten. Text bei Schultheß 1918/II, S. 53 ff.; Ritter, Bd. 4, S. 405 ff.

[5] Prinz Max v. Baden (1867—1929), badischer Thronfolger, 4. 10.—9. 11. 1918 deutscher Reichskanzler. Zur Vorgeschichte der Kanzlerschaft des Prinzen Max vgl. Die Regierung des Prinzen Max von Baden, S. XVI ff. Ausführlich jetzt zur Person und Regierung des Prinzen Max G. Mann in der Einleitung der neu hrsg. Erinnerungen und Dokumente (1968).

743 Berlin 30. 9. [1918]

Krisentage. Hertling zögert zu lange, zäh wartend. Wohl weil Radowitz teils die Situation verkennt, teils seine eigne Rückzugslinie noch nicht hat. (Er findet auch keine, da er allerorten mit Flapsigkeit und Opportunismus gründlich abgewirtschaftet hat.)
Nun haben ihm gestern die Reichstagsparteien kurz vor seiner Abreise ins Hauptquartier noch dringend mitgeteilt, dass der Moment, über einen Nachfolger mit ihm zu verhandeln, gekommen sei[1]. Hintze, der, in Erkenntnis der schweren Lage, die letzten Tage gut funktioniert hat, ist mittags abgefahren und soll dem Kaiser sagen wollen, dass Hertling und er gehen müssen, und Bethmann und Solf als Nachfolger vorschlagen. Der erstere will nicht — ich habe ihm neulich in Hohenfinow die Möglichkeit angedeutet wogegen er sich ehrlich und ganz böse verwahrte. Der alte Concern der Gegner tobt auch schon bei der blossen Erwähnung seines Namens.
Er ist der einzige, der es sachlich kann — aber bei ihm kommt die Vorgeschichte nicht zur Ruhe. Er müsste aufgespart werden, um als der einzige Staatsmann das Reich nach dem Frieden wieder zu leimen. Aber wer sonst: die anderen genannten sind Notbehelfe schlimmer Art. Fehrenbach[2] und Solf, ach du lieber Himmel!
Die schreckliche Unorientiertheit der Parlamentarier über Sachen und Personen! Ihr Dünkel: an dem einen Beamten gefällt die Nase nicht, an dem anderen der Wuchs jeder redet nur von seinen kleinen Antipathien und an den Parlamentariern selbst wird alles vergessen — und dies Volk, so unerzogen und kindisch wollte England die Weltherrschaft streitig machen.
Der beste Ebert. konkret, fest, ruhig. Wenn wir aber nun die wenigen regierungsfähigen verbrauchen, was dann? Im Frühjahr! Aber so lange kann der Krieg nicht mehr dauern?
Die Niederlage, nicht auszudenken. Der Vorwärts sagte vorgestern offen, was sie bedeutet[3]. Die Menschen reden von ihr, wie von der Revolution, aber ohne zu wissen, was sie ist. Es zeigt sich, dass während der vier Jahre keiner sie ernsthaft für möglich hielt, so nahe die Wissenden das Reich immer an ihr haben streifen sehen.
Alles dran setzen, um den völligen Zusammenbruch zu vermeiden und wenigstens noch verhandeln zu können. Es sind noch schwache Aussichten. Kommt es zu Verhandlungen, so wird die Verhandlungsunfähigkeit

---

[1] Vgl. das für Hertling ausgefertigte Protokoll der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses vom 28. 9. 1918 in Interfraktioneller Ausschuß 1918, S. 725.
[2] Konstantin Fehrenbach (1852—1926), Zentrumspolitiker, Mitglied des badischen Landtags, 1907—1909 Landtagspräsident, seit 1903 MdR, 1918 letzter Reichstagspräsident des Kaiserreichs, 1919 Präsident der Weimarer Nationalversammlung, Juni 1920—Mai 1921 Reichskanzler.
[3] Vorwärts, Nr. 267, 28. 9. 1918: „Bulgariens drohender Abfall".

Russlands und die Parallelität aller Interessen gegen die Bolschewiki verwertbar, desgleichen die Aufteilung der Türkei.
Aber wo ist der Staatsmann?

744 Berlin, 1. 10. [1918]

Gestriges Rescript des Kaisers für Volksregierung[1]. Vorgestern schwere Kämpfe im H[aupt]qu[artier][2]. Radowitz hatte Roedern mitgebracht und die beiden mit Hertling meinten, man hätte Zeit, Roedern in Ruhe mit den Parteien reden zu lassen, er würde sich mit ihnen und über seine Kanzlerschaft verständigen können[3] — aber Hintze hat S.M. gesagt, es helfe nichts, es müsse sofort eine entscheidende Geste gemacht werden und Payer beauftragt werden über die Bildung der Reg[ierung] zu verhandeln. Ein von Radowitz aufgesetzter, von S.M. und RK genehmigter Wortlaut ist unmöglich[4], muss vom A.A. umgestossen werden, wobei Hintze wieder entschlossen funktioniert[5], und Stumm Rosenberg[6] Bergen das Wagnis decken helfen.
Nachrichten aus dem Westen sehr schlecht. Ludendorff hat die Nerven verloren — schickt seit zwei Tagen einen Boten nach dem anderen, Telegramm über Telegramm, in dem sofortiger Frieden verlangt wird, und

[1] Erlaß vom 30. 9. 1918, mit dem der Kaiser das Rücktrittsgesuch Hertlings annahm: „... Ich wünsche, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeitet. Es ist daher mein Wille, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfange teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung". Max v. Baden, S. 329. Über die Vorgeschichte dieses Erlasses vgl. die Aufzeichnungen des Grafen Roedern, der den Reichskanzler auf der Fahrt nach Spa begleitet hatte, vom 20. 12. 1923, in WUA 4, Bd. 2, S. 419.

[2] Am 29. 9. 1918 forderte Ludendorff vom Kaiser die sofortige Herausgabe eines Friedens- und Waffenstillstandsangebots an den amerik. Präsidenten. Kaiser und Hintze teilten den Standpunkt der OHL, daß zur diplomatischen Vorbereitung des deutschen Friedensangebots auf der Grundlage der Wilsonschen Vorschläge keine Zeit mehr übrig bleibe und eine augenblicklich neu zu bildende Regierung, die von den Alliierten als Verhandlungspartner akzeptiert werden könne, ein sofortiges Gesuch um Waffenstillstand herauszugeben habe. WUA 4, Bd. 2, S. 260 ff.

[3] Roedern wurde vom Kaiser beauftragt, die ersten vorbereitenden Gespräche für die Regierungsneubildung mit den Parteien des Reichstags zu führen. WUA 4, Bd. 2, S. 422 f.; Protokoll dieser Besprechung vom 30. 9. 1918 in Interfraktioneller Ausschuß 1918, S. 738 ff.

[4] Gemeint ist der Erlaß vom 30. 9. 1918 (s. o. Anm. 1), dessen erster von Radowitz abgefaßter Entwurf lediglich die Ankündigung enthielt, daß unter grundsätzlicher Beibehaltung des bisherigen Systems Männer, die das Vertrauen des Volkes besäßen, in die Regierung aufgenommen werden sollten. Demgegenüber zielte Hintze auf die Bildung einer neuen Regierung auf rein parlamentarischer Grundlage.

[5] Hintze hatte am 29. 9. 1918 während der Besprechung im Großen Hauptquartier vorgeschlagen, das Waffenstillstands- und Friedensangebot an Wilson von einer neuen, „auf breiterer parlamentarischer Grundlage zu bildenden Regierung" (WUA 4, Bd. 2, S. 419) ausgehen zu lassen und dafür vom Kaiser die Billigung erhalten. Zu der von Hintze angestrebten Demokratisierung — er nannte seinen Vorschlag eine „Revolution von oben" — vgl. Ritter, Bd. 4, S. 418 f.

[6] Frédéric Hans v. Rosenberg (1874—1937), Referent und Leiter der polit. Abt. im Ausw. Amt, 1922/23 Reichsaußenminister im Kabinett Cuno.

jeden Tag Durchbruch grossen Stils befürchtet wird: er wird recht haben mit dieser Furcht, Unrecht aber mit der Meinung, man könne von einem zum anderen Tag Waffenstillstand erreichen und die Feinde, wenn sie des Erfolgs gewärtig sind aufhalten.
Nun wird ihm erwidert, man müsse warten, bis die neue Regierung formiert sei, da sonst die Parlamentarier nicht hereingehen, müsse sich doch zuvor mit den Bundesgenossen verständigen etc. Bitte an Wilson auf Grund seines Programms?
Das ist also die Niederlage. Ich glaube nicht einmal, dass wir den Waffenstillstand bekommen können. Die Niederlage in ihrer schlimmsten Form — wenn nicht ein Wunder geschieht, oder die gegnerische Koalition in Unordnung gerät, werden wir nahezu das Diktat acceptieren müssen. Sklaverei auf 100 Jahre. Der Welttraum zuende auf immer. Das Ende jeder Hybris. Die Zerstreuung der Deutschen über die Welt. Schicksal der Juden.
Ich stiere immerzu ins Dunkel. Dass man nicht heulen kann wie ein Schlosshundel. Das lachende Kind, das mit seinen Tieren spielt und nichts ahnt. Die Deutschen? Was werden sie bedeuten[,] ein Hohn auf soviel Dummheit. Und zu denken dass der Sieg zu haben war, mit etwas weniger Hybris.
Galgenhumor bei der Bourgeoisie, die immer nur Aufschwung etc gesehen und gedacht hat und jetzt mit einer gewissen Neugierde das Schreckliche erwartet, ohne seine Bedeutung und seinen Umfang konkret zu begreifen.

745 2. Okt. 18.

Schreckliches Bild. Offenbar hält die Front nicht mehr — die Militairs haben die Nerven verloren. Nun soll Hals über Kopf Frieden geschlossen und gleich Waffenstillstand gesucht werden. Es scheint auf jeden Tag anzukommen.
Inzwischen im Innern entsetzliche Verwirrung, keine Regierung und vor lauter Regierungsmachern von oben und unten kommt keine zu stande[1] — zuerst einigt man sich auf jemand, von dem man vorher erfahren könnte, dass er ablehnte[2], dann kommt [man] auf den Prinzen Max, weil er modern ist und eine gute Rede gehalten hat, dann müssen die Fraktionen wieder beraten, ob ihnen der genehm ist, schliesslich wird ja gesagt, gleichzeitig aber statt von dem neuen Kanzler von den Parteien selbst die Ressorts mit Parlamentariern besetzt[3], ohne jede Kenntnis der

[1] Zur Bildung des Kabinetts Max v. Baden vgl. Regierung Max von Baden, S. XXIV ff.
[2] Im Interfraktionellen Ausschuß wurden am 1. 10. 1918 Fehrenbach und Payer als Kanzlerkandidaten vorgeschlagen, die aber beide ihre Kandidatur ablehnten. Ibid., S. 3 ff.
[3] Zur Erörterung über die Ämterverteilung im Interfraktionellen Ausschuß vgl. die Protokolle der Sitzung vom 1. 10. 1918, ibid., S. 19 und 34 ff.

Sachen und so obenhin, und da man geeignete Parlamentarier nicht hat, nimmt man irgendwelche, macht aus Mayer-Kaufbeuren[4] einen Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts, gründet, um Erzberger unterzubringen, „ein Reichspresseamt", was ein Unfug ist, dekretiert zwei U[nter]-st[aats]S[ekretäre] der Reichskanzlei, von denen der eine der Vertrauensmann des Reichskanzlers der andere der der Parteien sein soll[5]. Was ein Unsinn [ist] und nicht marschieren kann und dilettiert so herum, als wenn es sich um ein Stück Papier handelte und nicht[a]

[a] Hier bricht die Eintragung ab.

[4] Wilhelm Mayer-Kaufbeuren (1874—1923), 1907—1918 MdR (Zentrum), 1919—1920 Reichsschatzminister im Kabinett Bauer, danach Botschafter in Paris.

[5] Dieser Plan gelangte nicht zur Durchführung. Geschaffen wurde statt dessen ein neues Staatssekretariat ohne Portefeuille, in das am 14. 10. Conrad Haußmann berufen wurde. Haußmann war ein enger Vertrauter des Prinzen und hatte sich schon 1917 nach dem Sturz Bethmanns für dessen Kanzlerkandidatur eingesetzt.

746 5. Okt. 1918.

Nun scheint es soweit, und aus der Verwirrung löst sich schlecht und recht ein „Ministerium".
Gestern meine auftragsgemässen Versuche das Bleiben von Hintze durchzudrücken bei den Parteien[1].
Vacuum in der Reichskanzlei.
Offenbar Versuche die OHL wieder zu Nerven zu bringen, damit der Versuch, durch einen Appell an Wilson zum Frieden zu kommen, wenigstens in leidlicher Form unternommen werden kann[2].
Abermaliger Ministerkoller der Nat[ional]lib[eralen], die sich selbst furchtbar wichtig nehmen[3]. Zum Speien.
Prof. Eduard Meyer[4] hält immer noch eine Rede, dass an den schweren Tagen die wir durchleben nur schuld sei, dass unsere schwachen Regierungen nie das Vertrauen in die Kraft des deutschen Volkes hatten.

[1] Nach einer Äußerung Payers am 3. 10. 1918 bot Hintze seinen Rücktritt an, weil er glaubte, sein Name würde die neue Regierung zu sehr belasten, da er in der Öffentlichkeit als Alldeutscher gelte. Regierung Max von Baden, S. 58. Von Versuchen Riezlers bei den Parteien, Hintze in die neue Regierung zu übernehmen, ist in der Literatur nichts bekannt.

[2] Max v. Baden trat seine Kanzlerschaft in dem Willen an, das Schicksal Deutschlands nicht vorbehaltlos den Siegermächten zu überantworten, und bestand deshalb auf der Fortsetzung des militärischen Widerstandes, um Zeit für diplomatische Verhandlungen mit Wilson zu gewinnen. Trotzdem ließ Max v. Baden auf energisches Verlangen der OHL das deutsche Ersuchen um „sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes" noch in der Nacht vom 3. zum 4. 10. an den amerik. Präsidenten absenden.

[3] Am 4. 10. 1918 kam im Interfraktionellen Ausschuß zur Sprache, daß die Nat.lib. bei einem Eintritt in die Regierung für ihren Parteivorsitzenden Friedberg ein Staatssekretariat ohne Portefeuille beanspruchen würden. Regierung Max von Baden, S. 70.

[4] Eduard Meyer (1855—1930), Professor für alte Geschichte in Berlin, führendes Mitglied der Vaterlandspartei.

747 13. Okt. 1918.

Seit 8 Tagen im A.A. als Kabinettschef von Solf. Entsetzliches Knarren der Staatsmaschine. Der Prinz natürlich arger Dilettant, lässt sich von lauter outsidern beraten, glaubt allen Leuten, sonst aber sehr ordentlich und richtig in der grossen Verantwortung —
die OHL sehr gebrochen, aber immer wird noch verbreitet, für den Friedensschritt trage die Civilregierung, die die Nerven verloren habe, die volle Verantwortung etc etc, dem nicht widersprochen werden kann und darf.
Krampfhafter Versuch der Alldeutschen, ihre eigne Schuld in einem Antibethmannrummel zu entlasten.
Schrecklich die collegialischen Beratungen bei lauter unpolitischen Köpfen, das Gemurxe mit der Antwort an Wilson[1], Sitzungen über Sitzungen, jeder giebt seinen Senf dazu — das kann gar nicht laufen.
Nun die Briefaffaire[2], Brief des Prinzen Max an Alexander Hohenlohe, kompromittierenden Inhalts — schwerer Schlag für die Soz[ial]Dem[okratie] die ihre Zusammenarbeit mit dem Prinzen einer breiten Angriffsfläche aussetzen, selbst in ihrem Vertrauen wankend wurden. Versuche zu leimen, um neue Krise und Gefährdung Friedensaktion zu vermeiden, kaum möglich, da Sozi zu grosse Angst haben, selbst Vertrauen [der] Massen zu verlieren. Die Wunde, wenn sie auch noch nicht tödlich ist, wird immer wieder aufbrechen.
Der Prinz soll, wenn die Verfassungsänderung durchgeführt und der Waffenstillstand gesichert ist, seine Aufgabe für gelöst erklären, abtreten und einem Nichtdilettanten die Führung überlassen.
Kolossales Tohuwabohu in den Ressorts, noch kaum Einstellung auf die Fülle der neuen Fragen, die bei einer Niederlage von allen Seiten einströmen und doch sofortige Lösung verlangen — Polen Elsass Lothringen etc. dazu das oesterreichische Debacle[3], das wir verlangsamen aber

---

[1] Der Entwurf der Antwortnote auf die erste Wilsonnote vom 8. 10. 1918 wurde am 12. 10. dem Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten und dem Interfraktionellen Ausschuß vorgelegt und noch am gleichen Tag abgesandt. Text in Huber, Dokumente 2, S. 489. Protokoll der Beratungen im Interfraktionellen Ausschuß vom 12. 10. in Regierung Max von Baden, S. 148 ff.

[2] Am 9. 10. 1918 veröffentlichte eine Schweizer Zeitung einen Privatbrief Max v. Badens vom 12. 1. 1918 an seinen Vetter, den Prinzen Alexander v. Hohenlohe, in dem er sich scharf gegen die Parlamentarisierung und die Friedensresolution ausgesprochen hatte. Dieser „dramatische Zwischenfall" (so Max von Baden, S. 397) rief „tiefe Kränkung und Beunruhigung" bei den parlamentarischen Staatssekretären (ibid., S. 398) und den Mehrheitsparteien hervor und führte zu einer ernsten Kanzlerkrise. Text in Regierung Max von Baden, S. 183 ff.

[3] Seit Sommer 1918 vollzog sich der politische Auflösungsprozeß des österr.-ungar. Vielvölkerstaats. Im Juli bildete sich ein tschechoslowakischer Nationalausschuß, im August ein slowenischer Nationalrat, im September in Paris eine provisorische tschechoslowakische Nationalregierung, im Oktober ein Nationalrat der Slowenen, Kroaten und Serben sowie ein poln. Nationalrat. Am 3. 10. proklamierten die österr. Sozialdemokraten einen eigenen

wohl nicht dauernd aufhalten können und aus dem eines Tages die deutsche Frage in ganz neuer Form aufsteht. Das Reich umconstruieren: im Innern den neudeutschen falschen Geist brechen und dabei die soziale Revolution hintanhalten. Welche Aufgabe.
Furchtbare Kinderkrankheit der Volksregierung — erbarmungsloser Menschenverbrauch, durch vierjährigen Krieg Ärger und Hetze entstandene Unduldsamkeit jedem gefällt an jedem anderen irgend etwas nicht. Dazu allgemeine Mediocrität, Ahnungslosigkeit der mit Parlamentariern besetzten Ressortchefs etc.
Wenn die Deutschen Elsass Lothringen durch Abstimmung verlieren, welche furchtbare Lehre — denn das ist nur Folge des alldeutschen neupreussischen Gethues und der Gewaltregiererei der Militairs. Schrecklich.

deutsch-österr. Staat, am 24. 10. erklärten die Ungarn die staatl. Unabhängigkeit ihres Landes von Österreich. Das Manifest vom 16. 10., in dem Kaiser Karl die Umgestaltung des Reichs in einen Bundesstaat ankündigte, kam zu spät und konnte den Zerfall der Habsburger Monarchie nicht mehr aufhalten. Vgl. Zeman, Habsburg Empire.

748 15. Okt. [1918]

Überall tiefste Bestürzung über die Wilsonsche Antwort[1]. Allen wird die ungeheure Schmach der Niederlage immer deutlicher — die Note Wilsons ist so erstaunlich nicht — aber den meisten tritt es jetzt erst vor Augen c o n c r e t.
levée en masse[2]? Aber mit wem? Nicht jetzt. Später wenn die Bedingungen zu hart werden und die anderen uneinig geworden sind! Allen steigt das Blut ins Gesicht. Jeder macht Antworten, in denen er dem Narren Wilson stolz erwidert. Dann wirft man die Antworten in den Papierkorb und erinnert sich, dass man geschlagen ist und dass der Geschlagene mit den besten Argumenten nichts ausrichtet.
Jetzt halb capitulieren, oder jetzt stolz antworten, um in zwei Monaten ganz kapitulieren zu müssen. Besser das erste und einen Teil der Armee retten, um dann noch widerstehen zu können.
Abdankung des Kaisers[3]? Heute noch ein Viertel freiwillig und über-

[1] Wilson forderte in seiner zweiten Note vom 14. 10. 1918 u. a. Sicherheiten für die Fortdauer der militärischen Überlegenheit der Alliierten, erhob schwere Anklage gegen die unmenschliche Seekriegführung deutscher U-Boote (Torpedierung des brit. Passagierdampfers „Leinster" am 12. 10. 1918) und gegen die angeblich mutwillige Zerstörung franz. und belg. Ortschaften. Ferner verlangte er die sofortige Beseitigung jeder den Frieden der Welt bedrohenden militärischen Macht, „die bis jetzt das Schicksal der deutschen Nation bestimmt hat". Text der Note in Huber, Dokumente 2, S. 490 f.
[2] Der Plan einer levée en masse stammte von Rathenau (vgl. dessen Artikel in der Vossischen Zeitung vom 7. 10. 1918, abgedruckt in Max von Baden, S. 380 ff.) und kam am 9. 10. 1918 in einer Besprechung beim Reichskanzler zur Erörterung. Vgl. Regierung Max von Baden, S. 118 und 122 f. Ludendorff und Scheüch lehnten den Plan ab.
[3] Seit Herausgabe des deutschen Waffenstillstandsangebots wurde die Frage der Abdankung Wilhelms II. offen diskutiert und im Verlauf des Notenwechsels zum beherrschenden Thema. Die ersten Pressestimmen kamen aus dem Lager der Mehrheitssozialdemokratie. Am 10. 10. 1918 verlangte der Chefredakteur der Nürnberger Fränkischen Tagespost, Adolf

morgen verlangt Wilson sie doch! Um wenigstens die Dynastie zu retten, die (solange der Kaiser oder Kronprinz oben steht) bei Erörterung der Schuldfrage zu grunde geht.

Braun, in einem großes Aufsehen erregenden Artikel die freiwillige Abdankung des Kaisers im Interesse eines besseren Friedens. In der dritten Note Wilsons vom 24. 10. 1918 heißt es dann in einem unmißverständlichen Ton: „Wenn sie [die Regierung der USA] mit den militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandeln muß . . ., dann muß sie nicht Friedensverhandlungen, sondern Übergabe fordern." Zit. nach Huber, Dokumente 2, S. 493. Zur Abdankungsfrage in der Presse vgl. Kolb, S. 21 ff.; Ritter, Bd. 4, S. 452 ff.

749 **19. Okt. 18.**

An Abdankung des Kaisers wird nicht gedacht. Prinz Max will nicht heran[1].
Schreckliche Aktionsunfähigkeit der neuen Regierung alles kollegialisch — infolgedessen endlose Sitzungen und keine Entschlüsse. An der Antwort auf Wilson wird seit Dienstag gedoktert — jeder muss seinen Senf dazugeben und Prinz Max hat keine Führung — Solf hat richtige Linie und gesunden Menschenverstand aber keine überlegene Argumentierung.
2 Tage Krach wegen Einstellung des Ubootkrieges[2], Ludendorff nicht einverstanden, (er will sich natürlich salvieren und dann die weiteren militärischen Niederlagen der Regierung zuschreiben). Also immer noch das alte Schauspiel. Selbstverständlich schwankten von den Herren Staatssekretären eine ganze Reihe auf diesen militärischen Einspruch hin.
Die neue Regierung funktioniert sachlich sehr schlecht. Der Prinz ein Dilettant, ohne Kenntnis der Sachen und outsidern preisgegeben. Solf zu schwach, die Lateristen[3] mehr oder weniger schwankende Gestalten, die Kollegialität ungeheuer zeitraubend, noch keine Tradition der Verteilung der Verantwortlichkeit, jeder meint alles besser zu wissen.

[1] Gehemmt durch seine besondere Stellung als Verwandter des Kaisers und Thronfolger eines Bundesstaates, taktierte Max v. Baden in der Abdankungsfrage unentschlossen. Zunächst trat er seine Kanzlerschaft mit dem Ziel an, die Monarchie und auch den Monarchen selbst zu retten. Erst unter dem Eindruck der wachsenden antikaiserlichen Stimmung im deutschen Volk und der dritten Wilsonnote, die, doppeldeutig wie sie war, günstigere Friedensbedingungen in Aussicht zu stellen schien, wenn die „bisherigen Beherrscher der deutschen Politik" verschwanden, verschob sich diese Zielsetzung in der letzten Oktoberwoche von der Bewahrung des Thrones für Wilhelm II. zur Bewahrung des Thrones überhaupt.

[2] Trotz des Bemühens der deutschen Regierung um den Waffenstillstand bestanden die OHL, der Admiralstab und der Kaiser auf der Fortführung des U-Bootkriegs. Erst am 20. 10. 1918 gelang es dem Kanzler unter Rücktrittsdrohungen, vom Kaiser die Zustimmung für den Verzicht auf die Torpedierung von Passagierdampfern und damit praktisch auf den ganzen U-Bootkrieg zu erhalten. Ludendorff gab daraufhin seinen Widerstand gegen die Einstellung des U-Bootkriegs auf. Vgl. die Besprechung des Kaisers mit dem Kanzler und dem bayer. Gesandten Graf Lerchenfeld vom 20. 10. 1918 in Regierung Max von Baden, S. 284 ff.

[3] Gemeint sind die Staatssekretäre „a latere", d. h. die parlamentarischen Staatssekretäre.

750 22. 10. 18.

Die aussenpolitische Entwicklung geht ungeheuer schnell. Von allen Seiten stürzt alles, Polen[1] Schleswig[2][,] überall kommend[,] da gierig hier zögernd[,] die Geier.
Auf die Wilsonsche Antwort[3], die Oesterreich leugnet, fallen die letzten Pfeiler des alten Staates. Die Teilstaaten werden Hals über Kopf schlecht und recht gemacht, der deutsch oesterreichische unter starkem Übergewicht der Sozis[4], ausserdem durch die Haltung der Czechen Kroaten etc vom Hungertode bedroht[5].

[1] Angesichts des Wankens der deutschen Macht trat der Regentschaftsrat am 7. 10. 1918 mit einem Aufruf vor das poln. Volk, in dem die „Schaffung eines unabhängigen Staates, der alle polnischen (einschließlich der seit 1772 in preußischer Hand befindlichen) Gebiete umfaßte, mit einem Zugang zum Meer" gefordert wurde. Gleichzeitig wurde mit der Herauslösung der poln. Truppen aus dem Oberbefehl des Generalgouverneurs v. Beseler deutlich, daß die deutsche Okkupationsmacht keinerlei ernsthaften Einfluß mehr auf die innerpoln. Verhältnisse auszuüben in der Lage war. Am 23. 10. kam nach wochenlangen Regierungskrisen das Kabinett Swierzyński zustande, in dem die antideutsch orientierten Nationaldemokraten die Mehrheit besaßen. Conze, S. 376 ff.

[2] Anfang Oktober 1918 war in Kopenhagen die sog. Oktoberadresse verbreitet worden, die Nordschleswigs Wiedervereinigung mit Dänemark durch Volksabstimmung verlangte. Die dänische Regierung war grundsätzlich an einer Neuregelung der nordschleswigschen Frage im Sinne des Wilsonschen Selbstbestimmungsrechts interessiert und hoffte sich darüber mit Deutschland in direkten Verhandlungen verständigen zu können, hielt sich aber zunächst zurück und überließ den nordschleswigschen Dänen die Initiative. Am 23. 10. forderte der dän. Abg. H. P. Hanssen im Reichstag das nationale Selbstbestimmungsrecht für die Nordschleswiger nach Maßgabe des Art. V des Prager Friedens vom 23. 8. 1866, wonach „die Bevölkerungen der nördlichen Distrikte von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollen". Solf bestritt in seiner Erwiderung das Bestehen eines formell juristischen Rechts der Nordschleswiger auf eine Volksabstimmung, sagte aber zu, daß die deutsche Regierung gemäß den Grundsätzen Wilsons handeln werde. K. D. Erdmann, Die Frage des 14. März 1920, in GWU 21 (1970), S. 646 ff.

[3] Mit dem Bundesstaatenmanifest vom 16. 10. 1918 (vgl. 13. 10. 1918, Anm. 3) glaubten die Österreicher den Wünschen Wilsons bezüglich des Selbstbestimmungsrechts der österr. Völker Genüge getan zu haben. Demgegenüber wurde in der amerik. Antwortnote vom 19. 10. 1918 auf Wiens Friedens- und Waffenstillstandsangebot die staatliche Selbständigkeit der Nationen auf dem Boden Österreich-Ungarns gefordert. Text der Note in Schultheß 1918/II, S. 619.

[4] In Wien beherrschte die Sozialdemokratie die Lage. Obwohl unter den drei Parteien Deutsch-Österreichs die zahlenmäßig schwächste, riß sie in der am 21. 10. 1918 konstituierten Provisorischen Nationalversammlung die Führung an sich. Vorbehaltlos erkannte sie das Recht der slawischen Völker an, eigene Nationalstaaten zu bilden. Vor der Nationalversammlung zog Victor Adler am 21. 10. für den deutsch-österr. Reststaat die naturgemäße Folgerung aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker: die Deutsch-Österreicher hätten entweder zu wählen zwischen einem Bund aller Nationalitäten der Monarchie oder einem Anschluß der Deutschen an das Deutsche Reich. Benedikt, S. 26 ff.

[5] Die Einstellung der Lebensmittellieferungen durch die aus dem habsburgischen Staatsverband ausgeschiedenen Nachfolgerstaaten führte in Deutsch-Österreich zur rapiden Verschlechterung der Versorgungslage. Am 24. 10. 1918 traf in Berlin eine deutsch-österr. Ernährungsdelegation ein, die im Auftrage des Nationalrats die deutsche Regierung um Lebensmittellieferungen bitten sollte. Vgl. dazu die Besprechung im Kriegskabinett am 27. 10. 1918, in Regierung Max von Baden, S. 389 ff.

Damit die deutsche Frage in ihrem ganzen Gewicht über Nacht akut geworden. Mitten in Hunger und Bolschewikigefahr soll die Gründung und Angliederung der neuen Staaaten vor sich gehen. Zuerst wollen wir zögern, die Entwicklung verlangsamen, damit uns nicht bei den Friedensverhandlungen Compensationen im Westen verlangt werden. Das aber geht nicht — mit elementarer Gewalt drängt alles auseinander — werden wir binnen kurzem zum Eingreifen — ernähren von Wien, leiten der Staatsgründ[ung], Besetzung von Deutsch Böhmen[6] gezwungen werden. Handeln wir nicht, so bringt der Hunger in Deutsch-Oesterreich dort die Revolution, die führt zum Bauernstreik, Zusammenbruch der Rationierung und dieser setzt sich über die Grenzen fort und führt bei uns zu Hunger und Revolution.
Wir müssen Deutsch Oesterreich aufnehmen, jeder spricht davon und keiner weiss, dass das das Reich neubauen und die Bismarcksche Verfassung von Grund aus umgestalten heisst. Das Bismarcksche Reich ist nicht aufnahmefähig — ist allerdings schon durch die Entwicklung der Praxis so verändert, dass es bald aufnahmefähig sein wird.
Der Neubau muss so angelegt werden, dass er für kleine, uns volksfremde anliegende Staaten eine lose Angliederung zulässt.
Gott sei Dank, dass Russland zerschlagen nicht mitreden kann — der Sieg über Russland wirkt trotz allem fort und gestattet uns, die oesterreichische Frage trotz unserer Niederlage im Westen leidlich zu lösen, wenn wir es verstehen.

[6] Am 29. 10. 1918 — einen Tag nach Gründung eines unabhängigen tschechoslowakischen Staates — beschlossen die in Wien versammelten deutsch-böhmischen Abgeordneten, die von Deutschen bewohnten Gebiete Böhmens, Mährens und Österreichisch-Schlesiens zu selbständigen Provinzen zu erklären bzw. Österreich anzugliedern. Die Tschechen drohten mit militärischer Besetzung der deutsch-böhmischen Länder; die Deutsch-Böhmen hofften auf eine Unterstützung Berlins. Die deutsche Reichsleitung wollte jedoch jedem Konflikt mit den Tschechoslowaken aus dem Wege gehen und erklärte sich lediglich bereit, einen Grenzschutz als Hilfsaktion für die Deutschen in Böhmen zu organisieren. Vgl. die Stellungnahmen Solfs und Groeners im Kabinett am 3. 11. und 5. 11. 1918 in Regierung Max von Baden, S. 482, 529 und 541.

751 5.[a] Nov. 1918.

Tiefste Niedergeschlagenheit.
Oesterreich — der zurückflutenden Armee und dem Radikalismus, vielfacher Anarchie verfallen. Die Entente berät in Versailles, während die Entwicklung uns immer wehrloser macht.
In der Kaiserfrage hat man zu spät eingesehen, dass man nachgeben müsste — heute wissen alle, dass man es gleich und freiwillig hätte thun müssen, damals nach der ersten Wilsonnote sah mich alles schief an, als ich empfahl es rechtzeitig zu thun. Der Kaiser will nicht, hat Delbrück

[a] Nicht sicher lesbar, „5." durch „6." geschrieben.

Drews[1] herausgeschmissen etc — RK zögernd und aus menschlichen Erwägungen heraus sich selbst in dieser Frage zurückhaltend, deshalb auch zu spät überzeugt und dann nicht mit dem nötigen Nachdruck einsetzend — nun hat man Wilson diesen äusseren Triumph nicht rechtzeitig (vor den heutigen Kongresswahlen)[2] gegeben, nun ist es zu spät für die äussere Politik und für die innere inmitten des oesterreichischen Chaos, der seit gestern in Kiel[3] wie es scheint siegreichen Revolution bereits schädlich — man hat die Empfindung, dass wenn jetzt keine feste Hand empfunden wird, alles ins Schwanken gerät. Die Waffenstillstandsbedingungen, die jeden Tag kommen müssen werden die Frage durch ihre Härte vermutlich wieder aufrollen.
Der leichtfertige und tölpelhafte Erzberger hat geraten — das dümmste was gemacht werden konnte — die Frage bis zu den Waffenstillstandsbedingungen in Schwebe zu lassen und von ihnen abhängig zu machen[4]. Entweder — oder, aber nicht in der Mitte durch. Eines dieser elenden Vertagungskompromisse mit denen dieses kollegialische Kriegskabinett von Dilettanten Entschlüssen ausweicht.

[1] Delbrück war bei diesem Gespräch zwischen dem Kaiser und Drews nicht zugegen. Der preuß. Innenminister Drews erschien am 1. 11. auf Veranlassung des Kanzlers in Spa, um den Kaiser über die Entwicklung in Deutschland zu unterrichten und auf diese Weise von der Notwendigkeit der Abdankung zu überzeugen. Die Mission Drews scheiterte. Der Kaiser, Hindenburg, vor allem aber mit großer Schärfe Groener lehnten es kategorisch ab, über die Möglichkeit eines Thronverzichts auch nur zu diskutieren. Über den Verlauf des Besuchs liegen zahlreiche Berichte vor, u. a. die von Drews 1922 verfaßte Aufzeichnung in Regierung Max von Baden, S. 460 ff.; dort auch weitere Literatur.
[2] Gemeint sind die Kongreßwahlen vom 5. 11. 1918, durch deren Ausgang die Position Wilsons entscheidend geschwächt wurde, da die Demokratische Partei ihre bisherige Mehrheit in beiden Häusern verlor.
[3] Zur Vorgeschichte der Matrosenmeuterei auf der deutschen Hochseeflotte und zu den Ereignissen in Kiel vom 1.—5. 11. 1918 vgl. Deist, Politik der Seekriegsleitung, S. 341 ff., und Kolb, S. 71 ff.
[4] Über Erzbergers Bemühungen, in der Kaiserfrage für Mäßigung zu sorgen und die öffentliche Forderung nach Abdankung bis zum Bekanntwerden der Ententebedingungen zurückzustellen, vgl. Epstein, S. 303 ff.

12. 11. 1918

Alles längst überholt.
Ringsum Arbeiter und Soldatenräte die mehr oder minder bolschewikischen Republiken. Berlin fällt wie eine reife Frucht die Truppen gehen über, während die Front sich schon auflöst, wird der härteste Waffenstillstand[1] unterzeichnet, der je geschlossen wurde, und muss unterzeichnet werden. Inzwischen in Berlin[2] das Chaos, die Garnison aufgelöst, — nur noch die Frage welcher A[rbeiter-] und S[oldaten] Rat die Oberhand behält und ob Liebknecht mit einer Handvoll Fanatiker sich der kaum

[1] Text des Waffenstillstandsabkommens vom 11. 11. 1918 in: Waffenstillstand.
[2] Ausführlich über die politische Situation am 9. und 10. 11. 1918 in Berlin Kolb, S. 114 ff.

bewachten Centralen bemächtigt. Diese Gefahr scheint abgeschwächt, sie war Sonnabend und Sonntag brennend wo Ebert und seine Leute nur mehr die Wilhelmstrasse hielten — dagegen kommt die neue der sich von West und Ost auflösenden Armee, die arbeitslos ohne Verpflegung sich zurückwälzt — während wir bis Rostow besetzt halten, bricht alles so zusammen, dass heute die Polen gegen Oberschlesien und Posen marschieren.
Die bürgerlichen Parteien scheinen verschwunden der Reichstagspräsident und Reichstagsmitglieder sind nach hause gefahren. Elendes Schauspiel — die Presse stumm vor Angst — wenn der König mit einem Leutnant und 10 Mann den Reichstag besetzt hätte, welches Geschrei über den Staatsstreich.

BEILAGEN ZUM TAGEBUCH

Beilage 1

Aufzeichnung Kurt Riezlers zur Frage des U-Bootkrieges[a]

Eingelegte Blätter zu Heft XLIII

30/4/16

Als Unterlage einer Aufzeichnung für S.M.
Amerikanote
Entscheidung

Die Situation stellt sich folgendermaßen dar:
Alle Völker sind von wachsender Friedenssehnsucht ergriffen. England in steigender finanzieller Bedrängnis, in Mesopotamien geschlagen[1], in Irland ⟨beschäftigt⟩[b][2], in der Wehrpflichtfrage auf dem Punkt angelangt, wo eine dilatorische Behandlung nicht mehr ⟨möglich⟩[c] ist[3], nur die Wahl zwischen inneren Krisen und ⟨ernstlicher⟩[d] Verstimmung Frankreichs bleibt.

[a] Vorliegend 1. im handschriftlichen Original, von der Hand K. Riezlers; 2. in einem Schreibmaschinendurchschlag; Datum und Kopf handschriftlich vom Verfasser. Textlicher Bezug Tgb. 24. 4.—30. 4. 1916.
[b] In der Handschrift „bedroht"; gestrichen.
[c] In der Handschrift „nötig"; gestrichen.
[d] In der Handschrift „noch stärkere"; gestrichen.

[1] Im September 1915 hatte eine engl. Expedition Kut al-Amara in Mesopotamien besetzt und von dort aus einen erfolglosen Vorstoß auf Bagdad unternommen. Im Dezember 1915 begann eine deutsch-türkische Gegenoffensive unter v. d. Goltz, die am 29. 4. 1916 zur Einnahme von Kut führte. Guinn, S. 105, 111, 139 f.; Gehrke, S. 193 ff., passim.
[2] Osterrevolte in Dublin seit dem 23. 4. 1916, mit der Proklamierung einer „Provisorischen Regierung der irischen Republik". Die Unruhen wurden am 29. 4. 1916 von den Regierungstruppen unterdrückt. Schultheß 1916/II, S. 123 ff.
[3] Die Frage der Einführung der allgemeinen Dienstpflicht, die besonders von Lloyd

Frankreich, Italien und Russland in innerpolitischem Marasmus, in finanzieller und wirtschaftlicher Not, mit steigender Entmutigung kämpfend.
Niemand hat bis heute gewagt von einem neuen Winterfeldzug zu reden.
Die einzigen Hoffnungen, die unsere Feinde noch aufrechterhalten und trotz wachsender Zwistigkeiten noch einigen, sind die auf moralischen oder wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands und auf Hilfe durch die heute noch neutralen Staaten. Wird der Konflikt mit Amerika bereinigt, so verlieren unsere Feinde die Hoffnung auf diese Hilfe[e]. Die im Kriege entstandenen und durch die U-Bootzwischenfälle und ihre Erregungen niedergehaltenen englandfeindlichen Stimmungen in den Vereinigten Staaten werden den Präsidenten Wilson zwingen, wenigstens einigermaßen energische Schritte gegen England zu tun. Diesen Schritten wird er nur auskommen, wenn es ihm gelingt, England zu Friedensverhandlungen zu bewegen. Ein Anwachsen antienglischer Stimmung in den Vereinigten Staaten wird dieselben Stimmungen in den übrigen neutralen Staaten, die durch die letzten englischen Vergewaltigungen[4] bereits sehr aufgebracht sind, so anschwellen lassen, daß England in seiner jetzigen militärischen Lage dem nicht lange zusehen kann. Einer auch noch fernen Gefahr einer einheitlichen Stellungnahme der Neutralen gegen England kann dieses nicht ruhig ins Auge sehen, — zumal bei einem Friedensschluß der dann zu erwartenden Art die Sympathien der Neutralen in vielen Fragen von besonderem Gewicht sind.
Ein Erschöpfungskrieg über den Sommer hinaus ist bei Vermeidung des Bruchs mit Amerika möglich, aber trotz der dann geringeren Ergebnisse des U-Bootkrieges nicht wahrscheinlich.
Im Falle des Bruchs mit Amerika, der, wenn keine Konzession gemacht wird, eintreten muß, sind folgende Wirkungen so gut wie sicher:
Der Bruch bedeutet beim ersten Zwischenfall den Krieg. Bei einem Krieg wird sich Amerika ganz einsetzen.
Es folgt die Wegnahme der deutschen Schiffe in allen Staaten. Diese Schiffe bilden für alle Neutralen eine große Verführung. Sind die Vereinigten Staaten vorangegangen, so hindert nichts mehr die anderen, sich auf diese Weise eine Handelsflotte zu schaffen.

[e] In der Handschrift folgt: „die besonders für England"; gestrichen.

George gefordert wurde, verursachte vom 17.—20. 4. 1916 eine Regierungskrise. Sie wurde durch einen Kompromiß beigelegt, den Asquith am 25. 4. dem Unterhaus vorlegte und der u. a. die Verlängerung der ablaufenden Dienstzeiten bis Kriegsende und eine Ausdehnung der Dienstpflicht für bestimmte Gruppen vorsah. Außerdem wurden weitere Maßnahmen für den Fall angekündigt, daß die Anwerbung von Freiwilligen in den folgenden Wochen bestimmte Grenzen nicht erreichte. Schultheß 1916/II, S. 121 ff.

[4] Seit Anfang 1916 griff England zur Verschärfung der Blockade zu rigorosen Maßnahmen gegen den Handel der neutralen Staaten mit Deutschland. So wurde z. B. die Liste der unter Kontrabande fallenden Güter erweitert und die Einfuhr der neutralen Staaten nach Berechnungen der Vorkriegszeit beschränkt. Weiter wurden „schwarze Listen" mit den Namen von Firmen aufgestellt, die im Verdacht standen, in Handelsbeziehungen mit Deutschland zu stehen, und die von der Entente boykottiert werden sollten. May, S. 315 ff.; Schultheß 1916/II, S. 76 ff.

Die Südamerikanischen Staaten werden unter dem Druck Englands und Amerikas ebenfalls den Krieg erklären. Die europäischen Neutralen werden jeden Widerstand gegen England aufgeben und zum mindesten die Zufuhr sperren.
Rumänien orientiert sich nach der anderen Seite. Unsere eigenen Bundesgenossen werden schwankend. Österreich-Ungarn — im gegenwärtigen Stadium der Erörterungen über die polnische Frage unvermeidlich enttäuscht[5] — wird diesen Stoß nicht mehr ertragen.
Bulgarien hat bereits mitgeteilt, daß es nicht mit Amerika brechen würde.
Unsere Feinde würden moralisch eine ungeheure Erleichterung empfinden. Die englisch-französischen Blätter können schon jetzt ihre Freude über die Wilson'sche Note nicht verbergen[6]. Auf einen moralischen Zusammenbruch irgend eines Gegners ist nicht mehr zu hoffen.
Demgegenüber steht als einzige Aussicht ein voller Erfolg des U-Bootkrieges. Nur ein solch v o l l e r Erfolg gegen England würde im Falle des Bruchs mit Amerika genügen. Dieser volle Erfolg kann auch im besten Falle nur ganz allmählich eintreten. Die oben bezeichneten schädlichen Folgen aber werden früher eintreten. Es ist wahrscheinlich, daß auch der volle Erfolg zu spät einträte, d. h. erst wenn die Situation wirtschaftlich und politisch durch Abbröckeln der Bundesgenossen bereits ⟨schwer haltbar⟩[f] geworden ist. Der volle Erfolg ist höchst unwahrscheinlich. England wird, von Amerika gestützt, das Schlimmste ertragen. Es wird sich jedenfalls länger halten, als wir die dann entstehende Situation durchhalten können.
Das deutsche Volk will keinen neuen Feind, geschweige denn die ganze noch neutrale Welt gegen sich haben. Es würde in der durch die Phantasie gesteigerten Hoffnung auf die dann eintretenden Erfolge der U-Boote die Situation in den ersten Wochen ertragen.
Treten dann immer neue Gegner auf den Plan, spürt es den Kampfwillen der Feinde neubelebt, werden die hochgespannten Hoffnungen auf die U-Boote enttäuscht, tritt der Erfolg zu langsam oder nicht voll ein, so wird auch bei der lauten Minderheit, die für den U-Bootkrieg sich begeistert hat, schnell eine furchtbare Mutlosigkeit eintreten. Alle diese Treiber werden schnell vergessen haben, daß sie es sind, die diese Politik ersehnt haben.
Die große Mehrheit wird gleich nach Eintritt Amerikas in den Krieg auf schwerste erschüttert. Wird dann sichtbar, daß die schädlichen Fol-

---

[f] In der Handschrift „unhaltbar"; gestrichen.

[5] Vgl. 15. 4. 1916, Anm. 7.

[6] Note vom 18. 4. 1916, vgl. 24. 4. 1916, Anm. 1. Sie wurde in der Times (z. B. am 20. 4. 1916, „Last Word to Germany"; 22. 4. 1916, „Inspired Scepticism", „Waiting for Berlin") und im Temps (z. B. 21. 4. 1916, „L'Allemagne devant une impasse"; 23. 4. 1916, „Le message de l'opinion américaine"; 24. 4. 1916, „Anxiétés allemandes") als eine Art Ultimatum an Deutschland dargestellt und begrüßt. Vgl. auch Link, Bd. 4, S. 255.

gen die nützlichen überwiegen, wird die Situation im Innern unhaltbar werden. Auf die in schwerer Wirtschaftsnot unentbehrliche Mitarbeit der Gewerkschaften an der Aufrechterhaltung der Stimmung kann nicht mehr gerechnet werden. Wird ein Mißerfolg sichtbar, an dem dann nicht das Schicksal, sondern die von den Konservativen und Nationalliberalen geforderte U-Boot-Politik schuld ist, so wird ein Sturm einsetzen, der nicht nur die bürgerlichen Parteien wegfegen, sondern auch das Staatswesen von Grund auf zerstören wird.

Beilage 2

Gutachten des ehemaligen deutschen Marineattachés in Washington, Kapitäns z. S. Karl Boy-Ed, zur Frage des U-Bootkrieges

Eingelegte Blätter zu Ergänzungstagebuch 2. 7. 1916 bis 14. 7. 1917

S[ehr] v[erehrter] Herr Geheimrat!
Vielleicht finden Sie den einen oder anderen Gedanken hierin wichtig!

Mit bestem Gruß
Boy-Ed 28/8 [1916][b]

An Chef Admiralstab
Staatssekretär[c]

Ganz Geheim!

Berlin. 28. 8. 1916

Wir müssen jetzt mit dem rücksichtslosen Unterseebootskrieg anfangen.

1.) Unsere Feinde sind von ihrem entscheidenden Siege überzeugt und entschlossen, Krieg bis zu diesem Zwecke weiterzuführen.
Einige Beweise: Englands Vernichtung unseres Handels,
Italiens Kriegserklärung an Deutschland[1],
Munitionsbestellungen bei den Vereinigten Staaten bis 1917/18,
Rumäniens Kriegserklärung an Österreich[2].

[a] Schreibmaschinendurchschrift. Textlicher Bezug Tgb. 6. 9. 1916.
[b] Diese ersten Zeilen mit Bleistift und z. T. über die ersten Worte des Gutachtens geschrieben.
[c] Bleistiftnotiz auf dem unteren Rand der ersten Seite des Gutachtens von der Hand des oben genannten Absenders.
[1] Am 27. 8. 1916. Vgl. 30. 8. 1916.
[2] Am 27. 8. 1916. Vgl. 30. 8. 1916.

2.) Entscheidende Siege auf dem Lande für uns nicht mehr möglich: Erschöpfungskrieg.
Wir, weil abgeschnürt und an Menschenmaterial beschränkt, müssen auf die Dauer unterliegen.
3.) Aenderung nur möglich durch Aenderung bzw. Erweiterung bisheriger Kriegführung; diese nur möglich zur See.
4.) Daher Notwendigkeit des sofortigen Unterseebootkrieges.
Einzige Frage: Zeitpunkt?, jetzt oder im Frühjahr 17?
5.) Politische Bedenken gegen rücksichtslosen Unterseebootskrieg werden Frühjahr 1917 genau so bestehen wie jetzt, wenn nicht in verstärktem Masse (siehe Anlage I.)
6.) Die grössere Anzahl Unterseeboote gegenüber jetzigem Zeitpunkt nicht im Verhältnis zu folgenden Nachteilen:
7.) Die weitere Verlängerung des Krieges um 6 Monate kostet unmittelbar und mittelbar weitere Milliarden (Kriegskosten, weitere Menschenverluste, Pensionen, um 6 Monate verspätetes Wiederaufleben der gesamten Volkswirtschaft usw.)
8.) Die Stimmung im Volk ist zweifellos in einer Krisis; die Ueberwindung der Krisis kann nur eintreten durch erhebliche Verbesserung der Lebensmittelfrage; letzteres unwahrscheinlich. Daher nur Aenderung der Kriegführung mit neuen Ausblicken, Möglichkeiten und Hoffnungen zur Ueberwindung Krisis geeignet.
9.) Selbst wenn aber Krisis nicht vorhanden oder, wenn vorhanden ohne Unterseebootskrieg überwindbar, muss Grundstimmung Volkes wegen an sich unnatürlichen Lebens- und Volkswirtschaftsbedingungen immer schlechter werden.
10.) Dazu kommt, — was vermutlich viel entscheidender —, Gefahr des militärischen und innerpolitischen Zusammenbruchs Oesterreichs und eventuell der Türkei. (Diese Gefahr durch Kriegserklärung Rumäniens und wahrscheinlich demnächst folgende Griechenlands[3] erheblich verstärkt.)
11.) Der psychologische Moment für die Ankündigung jetzt. (Nur Kriegserklärung Rumäniens psychologisch ungünstig.) (Hierüber und über Ankündigungsform siehe Anlage II.)

Anlage I.

Politische Bedenken gegen Aufnahme rücksichtslosen Unterseebootskrieges.

Bei einer Betrachtung der Haltung der Neutralen im Falle der Aufnahme eines rücksichtslosen Unterseebootskrieges spielen nach Kriegserklärung Rumäniens und der wahrscheinlich demnächst folgenden Griechenlands nur noch eine Rolle:

[3] Vgl. 30. 8. 1916.

a) Vereinigten Staaten,
b) Holland, als für uns wichtigstes Bezugsland und militärisch stärkster benachbarter Staat. (Dänemark wird sich entsprechend Holland verhalten).

Zu a) Vereinigte Staaten.

Bei Beurteilung der Haltung der Vereinigten Staaten uns gegenüber müssen generelle Gesichtspunkte ausschlaggebend sein, nicht spezielle. Also nicht Rücksicht auf Wahltermin und die Präsidentschaftskandidaten[4]. (Hughes[5] unbeschriebenes Blatt, Wilsons Noten im Gegensatz zu seiner Wahlparole „Er habe Frieden gehalten"; Wilsons Haltung vor und nach der Wahl und dann wieder zwischen Wahl und Inauguration vermutlich verschieden, Haltung Hughes und Wilsons jedenfalls von niemandem vorauszusehen).
Die generellen Gesichtspunkte sprechen im Frühjahr mehr für ein aktives Eingreifen der Vereinigten Staaten als jetzt. Gründe:
1.) Zur Zeit ist der Einfluss des Kongresses und der gesamten Bevölkerung der Vereinigten Staaten wegen der bevorstehenden Wahl auf Wilson und Hughes und ihre politische Haltung der denkbar grösste (Republikaner sind nebenbei an sich kriegslustiger wie Demokraten). Ebenso wenig wie ein Zweifel ist, dass die stark überwiegende Mehrheit der Amerikaner die Besiegung Deutschlands wünscht und für notwendig hält, kann ein Zweifel bestehen, dass eine noch grössere Mehrheit gegen eine aktive [Beteiligung][a] am Kriege ist.
2.) Die Amerikaner sind von der schliesslichen Niederlage Deutschlands auch überzeugt und sehen diese durch eine allmähliche Erschöpfung Deutschlands und seiner Verbündeten voraus. Diese Erschöpfung wird den Amerikanern im Frühjahr 1917 näher erscheinen als jetzt. Daher wird Abneigung zu aktiver Kriegsteilnahme oder mindestens zum Abbruch der Beziehungen grösser im Frühjahr sein als jetzt, da solche Teilnahme bezw. Abbruch der Beziehungen in Augen Amerikaner dann nur kurze Zeit dauern wird.
3.) Durch Fortsetzung der Waffen- und Geldlieferungen werden die Vereinigten Staaten im Frühjahr 1917 noch mehr an Sieg Englands und seiner Verbündeten interessiert sein als jetzt.

[a] In der Vorlage irrtümlich: „Mehrheit".

[4] Präsidentenwahl am 7. 11. 1916. Wilson führte den Wahlkampf in außenpolitischer Hinsicht unter dem Motto, er habe dem Land den Frieden erhalten und werde auch weiter an diesem Kurs festhalten. Die Wahlparole seiner Partei lautete: „He kept us out of war." A. S. Link, American Epoch. A History of the United States since the 1890's (1959) S. 188 ff.

[5] Charles Evans Hughes (1862—1948), 1906 Gouverneur von New York, 1908 Associate Justice am U. S. Supreme Court, 1921—1925 Außenminister, 1930—1941 Oberster Bundesrichter, wurde am 8. 6. 1916 als Präsidentschaftskandidat der Republikaner aufgestellt.

Zu b) Holland.

Aggressive Neigung in Holland im Frühjahr 1917 höchstens grösser wie jetzt, weil unsere Reserven in jeder Beziehung dann naturnotwendig geringer wie jetzt.
Holland würde verschiedensten Nachrichten zufolge, solange Kriegsausgang noch zweifelhaft erscheint, sein neutrales Verhalten fortführen und Schiffe während feindlichen Unterseebootskrieges auflegen. Bisheriges Minimum von Handel mit Deutschland wird weitergehen. England kann das nicht verhindern, es würde es sonst schon jetzt getan haben.

Anlage II.

Ankündigungszeit und -Form des rücksichtslosen Unterseebootskrieges.

Der psychologische Moment für die Ankündigung und Aufnahme des Unterseebootskrieges ist jetzt da. Gründe:
1.) Bekanntgabe der englischen Regierung über Bewaffnung sämtlicher Handelsschiffe und Anweisung zum rücksichtslosen Gebrauch dieser Waffen[6].
2.) Ungünstige Stimmung in den Vereinigten Staaten gegen England wegen schwarzer Listen und Postberaubung[7].
3.) Ungünstige Stimmung im eigenen Volk.
4.) Jetzige Ankündigung wird nicht Eindruck des Verzweiflungsaktes auf Feinde und Neutrale und eigenes Volk machen, wie im Frühjahr 1917 zu befürchten.
5.) Durch Kriegserklärung Rumäniens[8] wird unsere Oelversorgung grosse Schwierigkeiten haben; diese müssen im Frühjahr grösser sein wie jetzt.
6.) Vorherige Ankündigung des Unterseebootskrieges den Neutralen gegenüber der Aufnahme solchen Krieges ohne Ankündigung vorzuziehen. Etwa 14 Tage vorher.

---

[6] Am 3. 11. 1915 erbeutete ein deutsches U-Boot die geheimen engl. Anweisungen über die Bewaffnung von Handelsschiffen und Anordnungen, U-Boote anzugreifen. Spindler, Bd. 3, S. 85 f. Die Dokumente wurden in der deutschen Note vom 8. 2. 1916, die den warnungslosen U-Bootangriff auf bewaffnete Handelsschiffe ankündigte, zur Begründung dieses Schrittes verwendet (vgl. 11. 2. 1916, Anm. 1). Daraufhin veröffentlichte England die Anweisungen am 2. 3. 1916. Link, Bd. 4, S. 223 f.; Schultheß 1916/II, S. 104.

[7] Zu den „schwarzen Listen" s. o. Beilage 1, Anm. 4. Die Liste für die USA wurde veröffentlicht. May, S. 318 f. Außerdem ging England 1916 dazu über, die Post zwischen den Zentralmächten und den USA zu kontrollieren und Paketsendungen zu konfiszieren. Diese Maßnahmen riefen große Verstimmung in den USA hervor. A. S. Link, American Epoch, A History of the United States since the 1890's (1959) S. 192; Schultheß 1916/II, S. 522.

[8] S. o. Anm. 2.

Beilage 3

Aufzeichnung des Barons Friedrich von der Ropp über Friedensangebot und Ubootkrieg.[a]

Eingelegte Blätter zu Heft XLVI

Berlin W., den 19. Februar 1917.
Kurfürstenstrasse 112.

Sehr vertraulich.

Zur amerikanischen Kriegsgefahr.
Baron Friedrich von der Ropp.

Die deutsche Friedensaktion vom 12. Dezember bedeutete einen ausserordentlichen Erfolg[1]. Sie verdarb Lloyd Georges Entree[2], spaltete die Alliierten in Kriegs- und Friedensparteien, förderte alle pazifistischen Bewegungen, brachte Uneinigkeit in die Entente und allgemeine Missstimmung gegen Russland. Sie wurde in glänzender Weise unterstützt durch die Neutralen, besonders durch Amerika[3], sodass die Stellung Deutschlands in der Welt so günstig wurde, wie noch nie seit Beginn des Krieges.
Die Wirkung der Aktion wurde dann wieder abgeschwächt durch die für das Ausland unerklärliche Weigerung Deutschlands, seine Friedensbedingungen zu nennen[4]. Auch Wilson stiess sich an dieser Weigerung; er gab in seiner Senatsrede vom 18. Dezember seiner Enttäuschung hierüber deutlichen Ausdruck[b][5]. Obgleich obendrein seine Vermittelung von deutscher Seite nicht acceptiert und er hierdurch enttäuscht worden war[6], zeigte er sich noch guten Glaubens und hielt eine Rede[7], welche viel mehr den deutschen Interessen als denen der Entente diente. Es sei nur erinnert an seine Forderungen: Frieden ohne Sieg, Freiheit der Meere und ganz besonders

---

[a] Textlicher Bezug Tgb. 20. 2. 1917.
[b] Randbemerkung K. Riezlers zu den letzten beiden Sätzen: „richtig. Aber erst nach den tollen Bedingungen der Entente mussten unsere milden genannt werden. Vorher hätten sie anders gewirkt".

[1] Vgl. 13. 12. 1916, Anm. 1.
[2] Vgl. 12. 1. 1917, Anm. 2.
[3] Zur Friedensnote Wilsons vom 18. 12. 1916 vgl. 23. 12. 1916, Anm. 1. Zur Unterstützung dieses Schrittes richteten die Schweiz und die drei skandinavischen Staaten am 22. und 29. 12. 1916 Noten an die kriegführenden Mächte. Steglich, Bündnissicherung, S. 166 f.
[4] Hinweis auf die Antwort der Zentralmächte vom 26. 12. 1916 auf das Friedensvermittlungsangebot Wilsons vom 18. 12. 1916. Sie umging die Frage der Friedensbedingungen und sprach sich für direkte Verhandlungen zwischen den kriegführenden Mächten aus. Foreign Relations 1916, Suppl., S. 117 f.; Steglich, Bündnissicherung, S. 162 ff.
[5] Gemeint ist die Rede Wilsons im Senat vom 22. 1. 1917 (das Datum ist verwechselt mit der amerik. Friedensnote vom 18. 12. 1916), Text in Schultheß 1917/II, S. 858 ff.
[6] S. o. Anm. 4.
[7] Rede vom 22. 1. 1917, vgl. oben Anm. 5.

seine Anerkennung der polnischen Unabhängigkeit. Mit letzterer sanktionierte er das erste von Deutschland bereits vollzogene Friedensziel.
Hätten wir konsequent die eingeschlagene Linie fortsetzen wollen, so hätten wir nunmehr, nachdem Wilson derart den deutschen Wünschen entgegengekommen war, das entstehende Misstrauen gegen unsere ehrlichen Absichten beseitigen und offen unsere Friedensbedingungen nennen müssen. Sie hätten bescheiden sein können, denn die Ablehnung, über irgendwelchen Frieden zu diskutieren, war ja von der Entente bereits gegeben[8], wir waren also sicher, dass der Krieg fortgesetzt worden wäre. Wilson hätte seine Bemühungen dann noch emsiger mit den unseren vereinigt und auf diesem Wege hätte sich die Verschärfung des U-Bootkrieges ohne wesentlichen Widerspruch der Amerikaner von selbst ergeben[c].
Statt dessen schlug Deutschland Wilsons dargebotene Hand beiseite, verliess den durch ihn so sehr geförderten Weg der Friedensgespräche plötzlich und erklärte den unbeschränkten U-Bootkrieg[9].
Die deutsche Note, die Wilson dies erklärt[10], ist überaus entgegenkommend für ihn abgefasst, und sie allein hätte in den Vereinigten Staaten immerhin noch eine gewisse Wirkung gehabt. Aber auch diese Wirkung wurde annulliert und sogar der post festum ausgesprochene Verzicht auf Belgien wirkungslos gemacht durch die ⟨angefügte Denkschrift⟩[d][11] und durch Bemerkungen in der gleichzeitigen Rede des Reichskanzlers[e][12].
Die Denkschrift machte den Amerikanern Vorschriften, und es ist selbstverständlich, dass die eitle amerikanische Nation sich keinen Fahrplan und auch keinen Schiffsanstrich vorschreiben liess, besonders wenn der letztere rote und weisse Streifen verlangt, die sich auf den schwarz gestrichenen Schiffen wie die deutschen Nationalfarben: schwarz-weiss-rot ausnehmen.
In der Reichskanzlerrede wurde obendrein bewiesen, dass Deutschland

---

[c] Randbemerkung Riezlers zu dem letzten Satz: „Ja bei genügender Verhandlungszeit."
[d] ⟨...⟩ mit Bleistift unterstrichen.
[e] Randbemerkung Riezlers zu dem letzten Satz: „richtig. Aber es half doch nichts. Es musste doch ausgesprochen werden".

[8] Antwort der Entente auf das deutsche Friedensangebot vom 12. 12. 1916, vgl. 23. 12. 1916, Anm. 2.
[9] Am 1. 2. 1917. Vgl. 21. 1. 1917, Anm. 1.
[10] Note vom 31. 1. 1917, Text in Foreign Relations 1917, Suppl. 1, S. 97 ff. Sie enthält neben der Ankündigung des unbeschränkten U-Bootkrieges die Antwort auf die in der Rede Wilsons vom 22. 1. 1917 genannten Friedensbedingungen. Dabei wird hinsichtlich Belgiens betont, daß Deutschland das Land nicht annektieren wolle, jedoch Vorsorge treffen müsse, daß es nicht wieder ein Instrument der Entente gegen Deutschland werde.
[11] Der Note sind zwei Denkschriften beigefügt, die den unbeschränkten U-Bootkrieg ankündigen und begründen und für die Schiffahrt der neutralen Länder in der Kriegszone nähere Erläuterungen angeben. Foreign Relations 1917, Suppl. 1, S. 100 ff.
[12] Rede im Hauptausschuß des Reichstags vom 31. 1. 1917 mit der Ankündigung des rücksichtslosen U-Bootkrieges. Sie begründete diesen vor allem mit der erst jetzt gegebenen Aussicht, England durch die U-Boote zu besiegen. Schultheß 1917/I, S. 86 ff.

schon vor dem Friedensangebot entschlossen war, die U-Boote herauszuschicken, weil die grösste Aussicht auf Erfolg erst jetzt eintrat[f]. Die Bezugnahme auf die Uebereinstimmung mit der obersten Heeresleitung gab einen klaren Beweis dafür, dass Deutschland sich vollständig den Anordnungen des so viel geschmähten und gefürchteten Militarismus unterwarf, unbekümmert um irgendwelche sonstigen Rücksichten. Damit wurde von uns aus der Beweis für die ganze Welt erbracht, dass der U-Bootkrieg für den 1. Februar 1917 von langer Hand vorbereitet und fest beabsichtigt war, und dass die ganze Friedensaktion tatsächlich genau, wie es die Entente aussprach, weiter nichts war, als ein Kriegsmanöver, ohne ernste Absichten und nur dazu bestimmt, den schrankenlosen U-Bootkrieg vorzubereiten.

Wilson konnte nichts anderes tun, als sofort die diplomatischen Beziehungen abzubrechen[13]. Nachdem er sich in die Friedensvermittelung eingemischt hatte, durch die Zurückweisung seiner Einmischung brüskiert war und durch die deutschen Schiffahrts-Verordnungen eine Ohrfeige erhalten hatte, wäre seine Stellung in den Vereinigten Staaten unhaltbar geworden, hätte er anders gehandelt. Geheime Verhandlungen, die ausserdem mit ihm gepflogen worden sind[14], haben geringes Gewicht, da seine Position von der öffentlichen Meinung abhängig ist.

Somit ist unsere ganze Friedensaktion zu einem Schlag ins Wasser geworden, und das Verhältnis zu Amerika, das eben noch so ausserordentlich günstig stand, ist plötzlich schlechter denn je. Der Krieg mit den Vereinigten Staaten kann jeden Tag ausbrechen.

Die Folgen des Krieges mit Amerika dürften ausser der oft genannten finanziellen und wirtschaftlichen Stärkung der Gegner noch in Folgendem liegen:

Die amerikanische Industrie wird sich besonders der Bekämpfung der U-Boote widmen, wahrscheinlich mit grösster Geschwindigkeit eine grosse Zahl von schnellfahrenden Booten bauen und dafür sorgen, dass die gesamte Handelsflotte der Alliierten schwer bewaffnet wird. Des Weiteren wird zum Ersatz der versenkten Schiffe fieberhaft am Schiffsneubau gearbeitet werden.

Bisher wagte England allein nicht unsere Flotte offen zum Kampf zu fordern, aus Furcht, zu sehr geschwächt zu werden; jetzt, vereinigt mit der amerikanischen, dürfte es darauf ausgehen, die deutsche Flotte mit gewaltiger Uebermacht zu bezwingen und die Verluste auf zwei Schultern

[f] Randbemerkung Riezlers zu dem letzten Satz: „Das macht nichts aus."

[13] Am 3. 2. 1917. Vgl. 14. 2. 1917, Anm. 1.

[14] Verhandlungen vom Januar 1917 im Anschluß an die Friedensnote Wilsons, bei denen Deutschland eine nähere Abgrenzung seiner Kriegsziele gab. Steglich, Bündnissicherung, S. 170 ff.

zu verteilen[g]. Es ist sogar denkbar, dass durch rücksichtslose Opferung grösserer Einheiten nochmals ein Sturm auf die Dardanellen versucht wird. Die Ernährung Englands wird die eifrigste Sorge der Amerikaner sein. Auch eine Einigung der Vereinigten Staaten mit Japan ist vorauszusehen. Es ist durchaus möglich, dass, um den Krieg schneller zu beendigen, Engländer und Amerikaner sich zur Anerkennung der Gleichberechtigung Japans verstehen werden, um dadurch 1/2 bis 1 Million japanische Soldaten den Russen zur Hilfe zu schicken[h].

Da voraussichtlich die alldeutsche Presse, ebenso wie früher gegen England, nunmehr eine wütende Fehde gegen die Vereinigten Staaten beginnen wird, so dürfte, verbunden mit der bevorstehenden Torpedierung amerikanischer Passagier- und Transportschiffe, die Kriegsleidenschaft in Amerika bald geweckt werden und der Entschluss der Amerikaner, Deutschland endgiltig zu besiegen, sich ebenso entwickeln, wie er sich in England aus anfänglicher halber Gleichgiltigkeit bis zur Kriegsraserei gesteigert hat. Alles wird dann von den U-Booten abhängen: Sind dieselben fähig, dieser Riesen-Mobilisierung der ganzen Welt Einhalt zu gebieten, dann ist es vielleicht nach Jahr und Tag denkbar, dass Ermüdung die Weltallianz gegen uns zu einem Vergleich bringt, der uns territorial unbeschädigt lässt und sich damit begnügt, uns nur künftig vom Weltmarkte auszusperren. Gelingt dies den U-Booten nicht, und sieht die Entente, dass sie mehr U-Boote vernichtet, als wir nachzubauen imstande sind, oder unsere U-Boote nicht effektiv arbeiten, so wird sie alle Anstrengungen machen, um ihre Erfolge bis zum bitteren Ende fortzusetzen. Eine amerikanische Armee wird sofort nicht mitkämpfen, aber unter der sich entflammenden Leidenschaft wird auch sie entstehen und nach 1 bis 2 Jahren ihren Platz auf dem Kontinent an der Schulter der Engländer und Franzosen einnehmen. Eine gewaltige Steigerung aller maschinellen Apparate, Munition, Geschütze, Flugzeuge und Motorwagen, ist sofort zu erwarten.

Das angelsächsische Uebergewicht wird so mächtig, dass die ganze Welt vollständig seinem Einfluss unterliegen muss.

Die übrigen Neutralen werden mit völliger Absperrung bedroht werden, wenn sie den Verkehr mit uns weiter aufrechterhalten und das deutsche Eigentum auch in Südamerika, China usw. gerät in Gefahr. Und dann entsteht die Frage: Werden unsere Bundesgenossen, wenn ihnen annehmbare Sonderfriedensbedingungen geboten werden, uns dauernd in diesem Kampf gegen die ganze Welt zur Seite stehen?

Es ist kein Zweifel daran, dass die Engländer dieses Bild klar vor Augen haben, und dass es ihr sehnlichster Wunsch ist, dass alles so kommen möge[i]. Man kann sich schwer dem Eindruck

---

g Randbemerkung Riezlers zu dem letzten Satz: „Glaube ich nicht."

h Randbemerkung Riezlers zu dem letzten Satz: „Japan hat daran kein Interesse."

i Randbemerkung Riezlers neben dem letzten Satz: „Wenn die U-Boote nicht wären! oder bekämpft werden können!"

entziehen, dass die rabiate Ablehnung des Friedensangebotes durch die Entente eine Provokation war, eine Falle, die uns gestellt wurde, damit wir das tun sollten, was wir getan haben, nämlich uns Hals über Kopf in den U-Bootkrieg zu stürzen und uns mit Amerika zu verfeinden. Hierauf deutet der Passus ihrer Ablehnungsnote[15] hin, der ja das deutsche Friedensangebot als Vorbereitung für den U-Bootkrieg bezeichnet.

Ist es aus obigen Gruenden nicht ratsam, den Krieg mit Amerika doch noch zu vermeiden? Zumal es möglich ist? Und England somit in die Grube fallen zu lassen, die es uns gegraben hat? Der soeben gekabelte Abschied Bernstorffs aus Amerika[16] bestärkt die Aussicht darauf. Noch hofft der grösste Teil der Amerikaner auf eine Abwendung des ihnen unwillkommenen Krieges. Es ist begreiflich, dass, neben vielen anderen Gründen, es der Mehrzahl der Amerikaner widersteht, sich in ein Bündnis mit Russland und Japan einzulassen, und sie sich nur gezwungen dazu entschliessen werden.

Wir können und sollen den eben erklärten unbeschränkten U-Bootkrieg nicht wieder revozieren, aber es existieren zwei Mittel, um den Krieg mit Amerika noch jetzt zu vermeiden:

1) In der Führung des U-Bootkrieges den Passagierschiffen geflissentlich aus dem Wege zu gehen und amerikanischen Dampfern wenigstens in der nächsten Zeit — vielleicht während 1 oder 2 Monaten — schonend zu begegnen[k]. Die Effektivität des U-Bootkrieges dürfte dadurch von 100 vielleicht auf 80 oder 90 % herabgedrückt werden, aber was spielt schliesslich dieser Effektivitätsverlust für eine Rolle im Vergleich zu der unsagbaren Vergrösserung der Streitkraft unserer Gegner durch den Beitritt Amerikas zur Entente?

Des Weiteren lässt sich auch heute noch mit diplomatischen Mitteln viel erreichen, um die Aufregung in Amerika zu beruhigen und den brüskierten Wilson, der ja bereits für uns Partei ergriffen hatte, zurückzugewinnen. Zunächst sollten ihm in einer Reichskanzlerrede oder in anderer Form keinerlei Vorwürfe gemacht, sondern öffentlich gesagt werden, dass Deutschland sein Friedensangebot immer noch aufrecht erhält; die Friedensbedingungen sollten genannt und Wilson auf-

k Randbemerkung Riezlers zu dem letzten Satz: „Die U-Boote sind nun einmal eben blind!"

15 Note vom 29./31. 12. 1916, vgl. 23. 12. 1916, Anm. 2. Gemeint ist wohl folgende Stelle: „In reality, the overture, made by the Central Powers is but an attempt calculated to work upon the evolution of the war and of finally imposing a German peace ... It strives finally to justify new crimes in advance before the eyes of the world: submarine warfare, deportations, forced labor ...". Foreign Relations 1916, Suppl., S. 124.

16 Bernstorff reiste mit dem Personal der deutschen Botschaft am 14. 2. 1917 aus Washington ab. Zu seiner Abreise vgl. Graf J.-H. Bernstorff, Deutschland und Amerika. Erinnerungen aus dem fünfjährigen Kriege (1920) S. 392 ff.

gefordert werden, sich weiterhin zu bemühen, der Gegenpartei zuzureden. Wir können noch heute Wilson die Aussicht auf die Friedensvermittelungsrolle eröffnen und seine Position innerhalb der Vereinigten Staaten dadurch stärken.
Des Weiteren sollte Deutschland den Amerikanern öffentlich erklären, dass es sofort seinen unbeschränkten U-Bootkrieg einstellen wird, sobald England seine Hungerblockade aufhebt[1]. Hierdurch wird die Kriegsstimmung abgeleitet, den Amerikanern ein positiver Weg zum Aufhören der Kriegsgefahr gewiesen, England zum Schuldigen gemacht und ein für alle Neutralen höchst wünschenswertes Ziel, nämlich die Inbetriebsetzung der Handelsschiffahrt, wieder in Aussicht gestellt, und dadurch werden sämtliche Neutralen zur Stellungnahme in unserem Interesse gewonnen. Sie werden also in unserem Sinne auf England zu wirken suchen und nicht umgekehrt, wie es jetzt geschieht, im englischen Sinne sich protestierend gegen uns richten. England wird sich wohl zunächst auf derartige Zugeständnisse nicht einlassen. Dann wären die Sympathien für uns gestärkt und die gefährlichen Consequenzen des U-Bootkrieges, den wir eifrig fortsetzen, für uns gemildert. Und wenn England sich unter dem Druck dieser U-Boote und dem Zureden der Neutralen zu einer Aenderung seiner Blockade zuletzt entschliessen sollte, so würde dies den Beginn von Verhandlungen bedeuten, die sich zu eigentlichen Friedensverhandlungen umwandeln können.

[1] Randbemerkung Riezlers zu dem letzten Satz: „Unmöglich! Bei der Annahme wären wir hereingefallen!"

Beilage 4

Entwurf Kurt Riezlers für ein Angebot an die provisorische Regierung in Petersburg zur Herstellung eines Friedens mit den Mittelmächten bzw. zur Einstellung der Kampfhandlungen.[a]

Eingelegtes Blatt zu Heft XLVII, undatiert.

Die kais[erlich] deutsche Regierung etc. teilen der provis[orischen] Regierung in Petersburg das nachstehende mit.
Die Völker Deutschlands Oesterreich-Ungarns Bulgariens und der Türkei wünschen mit dem befreiten russischen Volke in Frieden zu leben, ⟨den Krieg gegen Russland mit dem billigen Ausgleich zu beenden⟩[b]

[a] Handschriftlich von K. Riezler, mit Bleistift. — Textlicher Bezug Tgb. 4. 4. 1917.
[b] ⟨...⟩ am Rande hinzugefügt. Es folgen am Rande die durchgestrichenen Worte: „und die zwischen dem russischen Reiche und ihnen schwebenden Fragen".

Für den Fall dass die prov[isorische] russ[ische] Regierung, mit der Befestigung der neu errungenen Freiheit beschäftigt, nicht im stande sein sollte, schon jetzt zu der Frage Krieg oder Frieden Stellung zu nehmen geben die Regierungen der Mittelmächte zu erkennen, dass sie bereit sind, sich zu verpflichten, mit oder ohne Abschluss eines formellen Waffenstillstands an der Ostfront, bis zum 15. Mai des J[ahre[s auf alle offensiven Massnahmen ⟨gegen Russland⟩[c] zu verzichten.

[c] ‹. . .› nachträglich eingefügt an Stelle der durchgestrichenen Worte „an der Ostfront".

Beilage 5

Gutachten Kurt Riezlers zum weiteren Vorgehen der Mittelmächte gegenüber der russischen Regierung[a]

Eingelegte Blätter zu Heft XLIX

Abschrift

2/2/18.[b]

G[ut-]A[chten]

Meines Erachtens ist es für die Frage, ob die Russen ein an sie zu stellendes Ultimatum annehmen oder ablehnen, ziemlich gleichgültig, auf welcher Linie sich die ultimativ gestellten Bedingungen der Verbündeten bewegen. Das einzig reale Interesse der Bolschewiki geht auf die Räumung der besetzten Gebiete, die sie instand setzt, ihren lettischen und litauischen Prätorianertruppen Litauen und Kurland zur freien Selbstbestimmung nach Bolschewistischem Muster zu überantworten.
Auch nach Abschluß des Friedens wird jede Ingerenz Rußlands in die Art der Behandlung der polnischen, littauischen und kurländischen Staatengründung von den Bolschewiki dazu benutzt werden, nicht nur diese Gebiete durch Zusammenarbeit mit den radikalen Elementen zu bolschewikisieren, sondern auch durch dauernde Appelle an den Radikalismus in Deutschland und Österreich-Ungarn selbst eine Unehrlichkeit der im

[a] Vorliegend in einer Schreibmaschinenabschrift — Herkunft nicht angegeben. Mit Sicherheit von Riezler selbst, der in seinen Tagebuchaufzeichnungen vom 29. 1. 1918 Gedanken vertritt, wie sie auch in diesem Gutachten ausgeführt sind, und der dort weiter schreibt: „Nun da die Dinge so weit sind, will man ein Gutachten über die einzuschlagende Taktik"; s. o. S. 235. Durchschlag des Gutachtens nebst Anlage auch in PA, Rußland, Politisches Nr. 1, Bd. 14; dort auf der ersten Seite oben rechts Bleistiftvermerk: „von Herrn Riezler übergeben (1 Durchschlag ist Herrn Rosenberg . . . übersandt worden) B[ergen] 2/II".
[b] Datum nachträglich am Rand mit Bleistift hinzugefügt.

Friedensvertrag von den Verbündeten übernommenen Verpflichtung nachzuweisen — also zu immer neuen bei dem durchweg prekären Zustand der besetzten Gebiete nicht ungefährlichen Konflikten führen.
Es wäre daher meines Erachtens zu erwägen, ob nicht bei Stellung eines Ultimatums eine Rückwärtsrevidierung unserer bisherigen Zugeständnisse möglich und mit dem Vorgehen der Bolschewiki gegenüber Finnland, der Ukraine und ihren durch die Verhandlungen enthüllten Revolutionsabsichten begründet werden könnte.
Zur Rechtfertigung eines solchen Vorgehens sowohl gegenüber einem zukünftigen Rußland, wie gegenüber der Linken in Deutschland und Österreich-Ungarn wäre vielleicht die anliegende Begründung verwertbar.

Anlage.

Beseelt von dem aufrichtigen Wunsche, mit dem russischen Volke zu einer dauernden, freundschaftlichen Verständigung zu gelangen, haben die Verbündeten in nunmehr fünfwöchigen Verhandlungen den Versuch gemacht, mit der derzeitigen russischen Regierung einen Modus zu vereinbaren, nach dem die von Nichtrussen bewohnten Teile der von ihnen okkupierten Gebiete nach dem freien Selbstbestimmungsrecht der Völker sich als selbständige Staaten aufbauen könnten. Die verbündeten Mächte haben zu ihrem Bedauern wahrnehmen müssen, daß der Gedanke, diese Staaten in freundschaftlichem Einvernehmen mit der russischen Regierung aufzubauen, nicht ausführbar ist. Die russische Regierung setzt an Stelle des Prinzips der Verständigung und Versöhnung der Völker die Forderung ihrer gewaltsamen Revolutionierung. Statt anzuerkennen, daß die Verständigung der Völker gegenseitige Rücksicht ihrer Einrichtungen und Anschauungen zur Voraussetzung hat, hat die russische Regierung die Einmischung in die internen Verhältnisse der anderen Staaten zu ihrem Prinzip erhoben. Sie hat versucht, durch unzählige Aufrufe die staatliche Ordnung in den verbündeten Reichen umzustürzen, trotzdem und während sie mit diesen Staaten einen Frieden der Verständigung schließen zu wollen vorgab. Sie hat Finnland und die Ukraine als selbständige Staaten mit den Worten anerkannt und gleichzeitig durch Taten versucht, die in diesen Staaten aus den Entschließungen der Völker entstehenden Ordnungen umzustoßen und die politischen Prinzipien, denen sie selbst huldigt, dort mit den Mitteln der Gewalt und des Krieges einzuführen.
Nach diesen Vorgängen müssen die verbündeten Mächte annehmen, daß die russische Regierung auch nach der Unterzeichnung eines Friedensvertrages gegenüber den aus Polen, Litauen und Kurland neuzubildenden Staaten die gleiche Politik gewaltsamer Revolutionierung befolgen und die Mitwirkung bei dem staatlichen Ausbau dieser Länder nicht im Sinne einer Kontrolle der freien Selbstbestimmung, sondern als Handhabe zur

Übertragung ihrer eigenen politischen Prinzipien benützen werde. Die verbündeten Mächte sind außerstande, einer solchen Entwicklung, die nicht zur Versöhnung, sondern zur Verfeindung, nicht zur Befreiung, sondern zur Vergewaltigung der Völker führen würde, durch weiteres Entgegenkommen Vorschub zu leisten. Sie sind daher gezwungen, die Räumung dieser Gebiete vor Abschluß ihres staatlichen Ausbaues, sowie jede Einmischung der russischen Regierung in den inneren Ausbau dieser Staaten abzulehnen und werden im Einvernehmen mit den von diesen Gebieten gebildeten staatlichen Organen den freien Aufbau dieser Staaten auf breiter demokratischer Grundlage unter Heranziehung aller Schichten[c] dieser Völker ihrerseits sichern.

Da in langen, von der russischen Regierung vornehmlich agitatorisch geführten Verhandlungen die Materie genügend durchberaten und die von den verbündeten Mächten gemachten entgegenkommenden Vorschläge nur zu weiteren agitatorischen Versuchen geführt haben, müssen die verbündeten Mächte nicht nur an dem Willen der russischen Regierung zur freundschaftlichen Verständigung, sondern auch an ihrem Friedenswillen zweifeln und an die russische Delegation nunmehr die Frage stellen, ob sie bereit ist, den nachstehenden Vertrag binnen drei Tagen zu unterzeichnen.

---

[c] „Schichten" nachträglich von Riezler mit Bleistift an die Stelle des durchgestrichenen Wortes „Teile" gesetzt.

III.

Aufsätze aus der Europäischen Staats- und Wirtschafts-Zeitung 1916

VORBEMERKUNG

Zum Abdruck gelangt eine Auswahl der Beiträge Kurt Riezlers zur Europäischen Staats- und Wirtschafts-Zeitung. Ihre vollständige Liste ergibt sich aus dem Schriftenverzeichnis. Die Auswahl erfolgt unter dem Gesichtspunkt des Beitrags der einzelnen Aufsätze zu den von Riezler in seinem Tagebuch im Jahre der Proklamation des polnischen Staates skizzierten Vorstellungen über die Gestaltung Mitteleuropas und ihre politisch-gesellschaftlichen Voraussetzungen in Deutschland. Die Aufsätze sind anonym unter dem Zeichen des Pentagramms ✡ erschienen. Daß sie von Kurt Riezler stammen, der einer der Initiatoren dieser Zeitschrift gewesen ist, ergibt sich zwingend aus dem gedanklichen Zusammenhang mit den Tagebüchern (vgl. oben S. 65 ff.). Es wird bestätigt durch Briefe des ehemaligen Mitarbeiters in der Redaktion der Zeitung, Immanuel Birnbaum, an Ernst Deuerlein und den Herausgeber. Nicht ausgeschlossen ist, daß auch noch der eine oder andere mit drei Sternchen gekennzeichnete Aufsatz in der Europäischen Staats- und Wirtschafts-Zeitung von Kurt Riezler stammt. Da sich hierüber jedoch nichts Sicheres ausmachen ließ, blieben sie außer Betracht. Der Abdruck erfolgt genau nach der Vorlage. Flüchtigkeitsfehler der Rechtschreibung und Zeichensetzung und offensichtliche Druckfehler wurden stillschweigend verbessert.

LISTE DER ABGEDRUCKTEN AUFSÄTZE

1. Wo stehen wir? — 11. 3. 1916

Reflexionen über das Staatensystem nach dem Kriege. Prognose einer politischen und sozialen Revolution. *Seite 509*

2. Innere und äußere Politik — 20. 3. 1916

Darlegungen über die Notwendigkeit innenpolitischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Strukturverschiebungen. *Seite 524*

3. Weltpolitik und Sozialismus I — 30. 3. 1916

Überprüfung der Chancen des Sozialismus. *Seite 541*

4. Deutschtum und Europäertum 13. 4. 1916

Gedanken über die deutsche Sendung. *Seite 548*

5. Deutsche Mission 4. 5. 1916

Fortführung des Themas vom 13. 4. 1916. *Seite 553*

6. Deutsches Programm 17. 6. 1916

Plädoyer für ein deutsches Gesamtprogramm; Appell an Bethmann Hollweg. *Seite 568*

7. Alldeutsche Irrwege 7. 8. 1916

Auseinandersetzung mit dem Annexionismus als innerpolitisches Problem. *Seite 583*

8. Außenpolitik, Nationalausschuß und Reichsgedanke 21. 10. 1916

Versuch einer Aktivierung des Deutschen Nationalausschusses. Auseinandersetzung mit der preußischen Tradition. Mitteleuropa als Erneuerung des Reichsgedankens. *Seite 589*

9. Polen, der Frieden und die Freiheit 16. 11. 1916

Die Bedeutung Polens für die Schaffung Mitteleuropas. Konsequenzen für die innnerpreußische Polenpolitik. Perspektiven für das künftige Verhältnis zu Rußland. *Seite 605*

10. Zwischen nationalistischer und pazifistischer Gefahr 26. 11. 1916

Betrachtungen über die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Österreich in Auseinandersetzung mit der borussischen Geschichtsauffassung. Mitteleuropa als zeitgemäße Erneuerung der alten historischen Verbindung. Umrisse Mitteleuropas (Dauerbündnis des nationalen deutschen und des übernationalen österreichischen Zentralreichs, Einbeziehung eines großserbischen Nationalstaates in Österreich, Angliederung Polens und Belgiens, wirtschaftliche Zuordnung Bulgariens und der Türkei). Kosmopolitismus und Nationalismus. *Seite 628*

Wo stehen wir?

EStWZ 1, S. 1—8 11. 3. 1916

I.

Zwanzig Monate geht nun das ungeheure Völkerringen. Was ist in ihm bisher von der einen oder anderen Seite erreicht worden? Und — was ist als weltpolitisches Gesamtresultat aus dem bisherigen Verlaufe dieses Krieges heute bereits für den kühlen Beobachter wahrscheinlich? Zwar kann es dem Angehörigen einer der kämpfenden Nationen kaum gelingen, bei der Abwägung von Machtverhältnissen, um die es sich bei der Beantwortung solcher Fragen allein handeln kann, keine Sonderhoffnungen und Sondererwartungen für sein eigenes Volk hineinspielen zu lassen. Der Versuch, sich geistig über die Parteien zu stellen, ist sicher ein vergeblicher, und der Versuch selbst wird vielen als ein herzloser und frivoler erscheinen. Dennoch rückt der Augenblick immer näher, wo wir mit unseren Gedanken wieder auf dem Boden der Kultur- und Staatengemeinschaft festeren Fuß fassen müssen, einfach aus der zwingenden Notwendigkeit heraus, abzuschätzen, was von unseren Wünschen und Hoffnungen erreichbar ist und was davon, wenn erreicht, augenblicklicher Erfolg und was dauerndes, wertvolles Besitztum wäre. Zu diesem Zwecke werden wir aber erwägen und abwägen müssen, wie stark trotz allem die Gemeinsamkeiten der heute miteinander Kämpfenden sind, wie weit also in unserem eigenen Interesse auch die Berücksichtigung fremder Interessen geboten ist; sei es, weil sie eben berechtigte Interessen vom Standpunkt der Kulturgemeinschaft aus sind, sei es, weil sie an sich so stark sind, daß, für absehbare Zeiten wenigstens, ein Zurückdrängen oder eine Unterdrückung, selbst wenn sie möglich wären, das Wiederzutagetreten und das lebendige Wirken jener Gemeinschaft verhindern würde. Wohl hat es hüben und drüben Stimmen gegeben, als sei diese Gemeinschaft eine veraltete Illusion, als würde sie niemals in absehbarer Zeit wiederkommen. Wer sich in solche Gedanken hineinredet, hindert sich selbst am meisten an der Erwägung seiner eigenen Interessen und verliert den einfachen Boden der Wirklichkeit unter den Füßen. Vor allen Dingen sollte er in ernsten Kreisen in weltpolitischen Fragen nicht mitreden dürfen. Denn eben was die neue Epoche äußerer Politik, die den Namen Welt-Politik führt, von den früheren unterscheidet, kennt und sieht er nicht.

Nach wie vor zwar kämpfen Nationen und Staaten um die Oberfläche dieser Erde, um die Schätze unter ihr und um das, was auf ihr lebt, um den Einfluß und die Macht, die an die bald unmittelbare, bald mittelbare Herrschaft über jene gebunden sind. Dieser Kampf geht in der neuesten Zeit, von der wir sprechen, sogar rastloser und erbitterter vor sich wie zu irgendeiner Zeit, da Menschen mit Waffen einander bekämpfen. Auch der Friede ist nun kein Ruhen des Kampfes, er ist nur eine andere Form des

Ringens der einzelnen Völker mit einander. Der sogenannte friedliche Wettbewerb der Völker verdient gewiß in mancher Beziehung diesen wohlklingenden Namen, doch nie darf man übersehen, daß es sich nicht nur um ein bloßes sportmäßiges Wettrennen handelt, wie man beim Anhören von Festreden allerlei Art manchmal denken möchte, sondern auch hier kämpfen erbitterte Volksmassen um den Anteil an den Gütern der Erde, allerdings auch um den damit verbundenen politischen und kulturellen Einfluß, aber vor allen Dingen um die Grundlagen ihres Seins und ihrer Geltung. So ist der Krieg heute nicht nur eine Fortsetzung der Politik mit gewaltsamen Mitteln, sondern zu einem sehr großen Teile eine durch die Politik nur vermittelte Fortsetzung des erbitterten „friedlichen Wettbewerbs".

Aber ist so in einer Beziehung der Kampf unaufhörlicher und erbitterter geworden, so greift er eben deshalb und aus denselben Gründen, wie er so geworden ist, viel dauernder und in größerer Allgemeinheit bis in jedes Einzelleben fast hinein, so viele auch während des Friedens es nicht sehen konnten oder wollten. Und indem er dies tut, zwingt er die Staaten, an den Willen und die Zustimmung seiner einzelnen Bürger zu appellieren, ist die Richtung dieses Kampfes im letzten Grunde an diese Zustimmung gebunden, ist vor allen Dingen der Krieg nicht möglich ohne diese Zustimmung der Einzelnen, die durchaus nicht eine klare und ausdrückliche zu sein braucht. Aber eine um so wirkungsvollere Waffe jedes Staates gegen die anderen ist sie, in je größerer und deutlicherer Klarheit sie sich in Wirklichkeit erhebt. Damit aber unterwirft der Staat doch bis zu einem bestimmten Grade seine Handlungen denselben ethischen Urteilen der Individuen, deren Starkwerden in ihnen er ja als wesentliche Grundbedingung seines Bestehens und seiner Ordnung billigt und möglichst fördert. Und zu den wesentlichen Bestandteilen dieses modernen ethischen Bewußtseins gehört nun trotz aller praktischen Abweichungen jedes Einzelnen von den so vorgeschriebenen Zielen ein beinahe bis zum Wissen darum gesteigertes Gefühl der Einheit der Menschheit; auch trotz aller Rassenkämpfe, die das gesellschaftliche und staatliche Leben erfüllen, aus allgemeinen begreiflichen praktischen Schwierigkeiten, wie aus engeren Egoismen sich gegen die Forderungen jenes Gefühls erhebend. Dieses Gefühl der Einheit über die nationalen Schranken hinweg, das in so merkwürdigem Gegensatze zu jenem fortwährenden Kampfe der Völker gegeneinander steht, ursprünglich auf einer religiösen Ahnung beruhend, ist durch den immer wachsenden Verkehr der Völker untereinander, insbesondere aber auch durch den von ihm vermittelten fortwährenden Austausch der materiellen und geistigen Güter zwischen den Völkern bis zur jetzigen Höhe gesteigert worden und ist nun so stark, daß es selbst mitten im blutigen Ringen des Weltkrieges auf allen Seiten durch Taten und Worte zum Ausdruck kommt. Und indem wir das Wort Weltverkehr gebrauchen, sprechen wir schon das wesentliche Moment jener Weltwirtschaft oder besser gesagt Weltmarktwirtschaft aus, deren Charakteristikum

eben jenes andauernde Ringen der Völker miteinander um den Anteil an der Erdoberfläche ist, und woraus diese neue Phase der äußeren Politik, die wir Weltpolitik nennen, ihre besondere Farbe erhält. So wenig Weltverkehr und Weltmarktwirtschaft die alten Kämpfe beschwichtigt und gemildert, so sehr sie sie im Gegenteil gesteigert und vertieft haben, so wenig wird doch die Einheit, welche alle diese Völker zusammenschließt, dadurch dauernd gebrochen. Diese Einheit verneinen, hieße das Wesen der neuen Weltpolitik verneinen, hieße die äußere Politik wieder zurückzwingen in Formen, die unwiederbringlich, und trotz allem glücklicherweise unwiederbringlich vorbei sind. Das eigene Interesse jedes einzelnen Volkes erheischt es, daß beizeiten auch jene Gedanken der Menschheit wieder ausgesprochen werden, nicht um den Kampf zu frühzeitig zu beenden, nicht um daran sentimentale Redensarten zu knüpfen, sondern um sich bewußt zu bleiben, welchen Zweck allein ein Krieg wie dieser, nachdem er einmal ausgebrochen ist, erfüllen kann: nämlich den, neue Formen dieser in Frieden und Krieg von inneren Kämpfen erfüllten Einheit zu gestalten. Noch ist der Augenblick nicht gekommen, daß wir uns von dem Gefühle der Einheit forttragen lassen können über die Gegensätze, noch sind wir auf dieser Seite bedroht von Gefahren für unser elementares Sein. Noch also ist keine Möglichkeit gegeben, jene Bilanz zu ziehen, die durch die beiden an der Spitze dieser Zeilen stehenden Fragen gefordert wird. Aber wenn wir uns auch klar vor Augen halten müssen, daß dieser Kampf noch weiter durchgekämpft werden muß, gut ist es doch, zwischendurch dann und wann diese Fragen sich zu stellen, um, wie wir zum Kriege bereit waren, auch zum Frieden bereit und innerlich gerüstet zu sein. Die Antworten darauf, auch wenn sie erst Ansätze sind, können mit beitragen zur starken Friedensrüstung. Was also ist von der einen oder anderen Seite in diesem Weltkrieg bisher erreicht worden und was scheint sich als weltpolitisches Gesamtresultat heute bereits anzudeuten?

II.

Fest steht heute schon: Trotz der ungeheueren Überzahl auf der anderen Seite können die verbündeten Zentralmächte Europas mit ihrem bulgarischen und ihrem türkischen Kampfesgenossen auf keinen Fall mehr niedergerungen werden, was auch auf den einzelnen Nebenkriegsschauplätzen geschehen mag. Deutschland mit Mitteleuropa im engeren Sinne werden zum mindesten aus dem Kriege hervorgehen als ein Kraftzentrum, nach dem immer mehr von den kleineren Kraftzentren, damit ihre eigenen Interessen erfüllend, hingravitieren werden, vorausgesetzt, daß nicht nur Taktlosigkeiten und Täppischkeiten vermieden werden, sondern jede Äußerung für die Öffentlichkeit den Geist friedlicher Stärke atmen wird. Selbst wenn nicht etwa alles erreicht werden sollte, was manche Enthusiasten zu Anfang des Krieges und immer wieder an bestimmten Höhepunk-

ten unserer militärischen Erfolge erhofften, dies wird bestehen bleiben: Das Schwergewicht der deutschen Macht und der mit Deutschland verbündeten Mächte überhaupt wird manches, was im Kampfe und beim Friedensschluß nicht erreicht werden kann, und aus eigenem Interesse vielleicht nicht durchzudrücken versucht wird, in den darauffolgenden wirtschaftlichen und diplomatischen Kämpfen erreichen, unter der Voraussetzung erstens wieder taktvoller Gebahrung der zur öffentlichen Äußerung kommenden Stellen und zweitens einer ihren Aufgaben gewachsenen Diplomatie. Aber auch so viel steht bereits fest: Mag es auch gänzlich unentschieden sein, in welcher Form der Einfluß der verbündeten Zentralmächte auf die ihnen angrenzenden und von ihnen nun besetzten Länder sich geltend machen wird, die Tatsache der Geltung dieses Einflusses überhaupt, die Hineinbeziehung gewissermaßen in den wirtschaftlich-politischen Konzern bei mehr oder weniger großer innerer Selbständigkeit der in Frage stehenden Länder, und zwar vornehmlich Polens und Belgiens, worüber heute im einzelnen noch nicht zu diskutieren ist, ist absolut gesichert. Und außer dieser äußeren Erweiterung des Machteinflusses der mitteleuropäischen Mächte, außer der durch gemeinsam bestandene Gefahren und gemeinsam erfochtene Siege engeren Verbindung mit Bulgarien und der Türkei bis nach Kleinasien hin, wird zum mindesten für Deutschland und Österreich-Ungarn in irgendeiner Form eine noch engere und festere Verknüpfung ihrer Geschicke und ihres politischen und wirtschaftlichen Wollens gesichert werden, die auch in irgendeiner Form einen deutlich sichtbaren Ausdruck finden wird, so große Einzelschwierigkeiten zu überwinden, so viele Einzelprobleme erst zu lösen sind. Diese engere Verknüpfung wird um so sicherer stattfinden, — mag sein: der Form nach erst nach manchen inneren Kämpfen — als unter dem konzentrischen Druck, der von allen Seiten auf den mitteleuropäischen Macht- und Gebietskomplex wirkt, fortdauernde Erwägungen immer weitergehender und immer präziserer Art ein engeres und wirtschaftliches und kulturelles Zusammenarbeiten vorbereiten. Ja, die Anpassung der in Betracht kommenden Volkswirtschaften aneinander geht schon während des Krieges vor sich. Gleichzeitig werden bei der weitgehenden Absperrung von diesen Volkswirtschaften alle Kraftreserven herangeholt und zu einer Entwicklung gebracht, die sie in Friedenszeiten in Rücksicht auf die für den Augenblick billigere Beschaffung der Bedürfnis-Befriedigungsmittel, nie erreicht hätten. Vorbereitet durch eine wirtschaftliche und naturwissenschaftlich-technische Bildung und Organisation, wie sie schon lange in der Welt als führend anerkannt worden war, vorbereitet weiter durch eine Organisation der Volkskräfte, an der der heute viel beschimpfte Militarismus und die vom Anfang des 19. Jahrhunderts her wachsenden Geisteswissenschaften, die selbst wieder einen Teil zum Entstehen der eigenartigen Heeresorganisation beitrugen, ihren reichlichen Anteil hatten, sind schon jetzt auf allen möglichen Gebieten ungeheure technische Fortschritte gemacht worden, die dieses Mitteleuropa in vielen Beziehungen von früheren zwangsmäßig wir-

kenden wirtschaftlichen Abhängigkeiten befreit haben. Und wurde nun zunächst auch aus der Not der Absperrung eine Tugend gemacht, so scheint dem aufmerksamen Beobachter doch allmählich eine nach scharf durchdachten Prinzipien aufgebaute Organisation sich als durchaus möglich zu ergeben, die auch unabhängig von jener Not, bis zu einem bestimmten Grade frei schaffend, neue Produktionsquellen entdeckt und ausbaut. Schon sind auf diesem Wege große Erfolge errungen und größere stehen bevor. Sie stellen einen großen Trost dar für denjenigen, der in dem fürchterlichen Morden für die Gegenwart einen zweifellosen Rückschritt der allgemeinen Gesittung zunächst einmal wird feststellen müssen. Sie sichern für eine nähere Zukunft schon große, zum mindesten zivilisatorische Fortschritte, und dies nicht nur für diejenigen Länder und Völker, in denen sie entstanden sind, sondern für die ganze große Völkergemeinschaft, die nur scheinbar durch diesen Krieg unterbrochen worden ist.

Ob freilich aus diesen zivilisatorischen Fortschritten auch wirkliche Fortschritte der Kultur entspringen werden, das wird abhängen von den innersten Kräften der Völker, die sich dem Maß und der Waage entziehen. So viel wird man aber bei aller Skepsis schon heute sagen können: bei denjenigen Völkern, bei welchen jene äußeren technisch-zivilisatorischen Fortschritte im Augenblick bereits durchgesetzt werden, oder wenigstens in den Anfängen begriffen sind, scheinen durch den Krieg auch die Vorbedingungen geschaffen worden zu sein, welche sie in innere, kulturelle umwandeln können.

III.

Mag auch unersetzliches Leben vernichtet, unverwindbarer Schmerz über Einzelexistenzen gebracht worden sein, für alle großen Gemeinschaftsgestaltungen zum mindesten Europas hat dieser Krieg gezeigt, daß sie bereits eine viel größere Festigkeit und innere Konsolidierung erreicht haben, als man vor dem Kriege anzunehmen gewagt hätte. Das ist militärisch unbequem, aber auf die Dauer für den, der den Staat als die feste zusammenhaltende Form des vorwärtsdrängenden kulturellen Lebens ansieht, begrüßenswert.

Wer hätte vor wenigen Jahren, etwa im Jahre 1905, geglaubt, daß Rußland, dieses durch den orthodoxen Cäsaro-Papismus und sein Beamtentum zusammengeschweißte Agglomerat unterworfener Völker, einen Krieg mit so vielen Niederlagen, mit so viel Korruption — allerdings schon mit weniger Korruption, als man nach früheren Erfahrungen hatte erwarten müssen und ohne ein Auseinanderfliegen der verschiedenen Teile ertragen würde?

Gewiß, die großen inneren Umwälzungen werden noch kommen, und es scheint uns ziemlich sicher, daß sie doch dazu beitragen werden, früher oder später die Herrschenden wie die Beherrschten an der Zweckmäßigkeit des Abkommens mit den anderen Ententemächten, nach dem nur ein gemeinsamer Friede geschlossen werden darf, zweifeln zu lassen. Aber

festzustellen ist doch, daß, wenn wir von Polen absehen, in dem trotz aller Annäherung großer Parteien an das russische Regiment (die — das muß gesagt werden — auch jetzt nur von der O b e r fläche verschwunden sind —) die zentrifugalen Kräfte naturgemäß immer am stärksten waren, und wenn wir weiter absehen von den Ostseeprovinzen, in denen trotz des starken deutschen Elements die Stellung der Bevölkerung uns gegenüber ja durchaus nicht klar ist, der Zusammenhalt des russischen Volkes und Reiches doch ein außerordentlich starker geworden ist. Gerade auch diejenigen Volkskräfte, welche sich bis dahin auf das stärkste gegen die Regierung gewandt haben, haben sich jetzt — unter dem Vorbehalt natürlich, später die ihnen notwendig erscheinenden Reformen zu erzwingen — als ein starkes Bindemittel nach innen und eine starke defensive Kraft nach außen bewährt. Das wird, wenn die Kriegsereignisse nicht etwa doch — wie viele von uns schon zu Anfang des Krieges erwarteten — die zentrifugalen Kräfte erheblich verstärken und zur endgültigen Wirksamkeit bringen, bei allen Erwägungen über unser zukünftiges Verhalten gegenüber Rußland wohl in Betracht zu ziehen sein.

Einem Volke und einem Staate dieser Art und dieser Größe muß höchstwahrscheinlich in irgendeiner Form tatsächlich der Ausgang zum freien Meere in seinem Interesse, aber auch im allgemeinen, also auch in unserem Interesse, wohl gewährt werden. Daß dieser Weg zum offenen Meere nicht auf der Linie über Konstantinopel liegen darf, so daß seine Freimachung eine Zerstörung des türkischen Reiches bedeuten würde, dieser Gedanke ist heute bereits Allgemeingut in Mitteleuropa. Dann eben wird dieser Weg irgendwo anders gehen müssen, worüber wir in diesem Augenblick nicht näher sprechen wollen.

Wenden wir uns von Rußland zu seinem intimsten Verbündeten F r a n k r e i c h, so ist hier zwar niemals die Rede davon gewesen, daß im Augenblicke eines Krieges eine Revolution von dem Maße, wie man sie früher in Rußland erwarten zu können glaubte, ausbrechen könnte. Aber immerhin, die einen erwarteten, daß im Falle vernichtender Niederlagen die Royalisten und die mit ihnen verbündeten Klerikalen die verhaßte freidenkerische Republik zum Sturze bringen würden, die anderen, daß der internationale Sozialismus in solchen Augenblicken sich stark genug fühlen würde, die Herrschaft an sich zu reißen. Nun, trotz aller, für die Begriffe anderer Länder unerhört heftigen und gehässigen Parteiungen bis an die Schwelle des Krieges hinan, wie sie sich in dem Prozeß der Madame Caillaux und in der Ermordung Jaurès' offenbarten, hat dieses französische Volk eine beträchtliche Widerstandskraft bewiesen, die die Bewunderung auch des Feindes erregt, muß man auch sonst sich sorgfältig hüten, gar zu sentimental über Frankreich zu denken: in Erwägung der reichlichen Schuld, die es mit an dem Ausbruch des Weltkrieges trägt, einer Schuld, die es um so schwerer belastet, als es sich um eine Nation handelt, bei der Staat und Volk ganz anders identifiziert werden müssen, als etwa bei einem Staate wie Rußland.

Mag es nun sein und hoffen wir, daß in Kürze die letzten vernichtenden Schläge gegen Frankreichs Armee fallen, mag es sein, daß die Personen, die an der Spitze Frankreichs stehen, alsdann wechseln, mag es selbst sein — was trotz aller Umtriebe der klerikal-royalistischen Parteien sehr zweifelhaft ist —, daß die Form dieses Staates äußerlich geändert wird, festzustellen bleibt die Bewährung auch dieses Staatsorganismus. Und was auch kommen möge, es scheint uns durchaus nicht so sicher, daß diejenigen recht haben, welche von einem endgültigen Zurücktreten Frankreichs in die Reihe der Mächte zweiten Ranges auf die Dauer sprechen. Bestimmte mögliche geographische Verschiebungen, welche die strategische Lage für den Beginn eines neuen Krieges absolut ändern würden, lassen dies für eine gewisse Zeitspanne wohl möglich erscheinen. Aber die Konsolidation Mitteleuropas wird eine veränderte wirtschaftliche und politische Situation hervorrufen, die Frankreich zwingen wird, in einen engeren Verkehr mit diesem größeren Wirtschaftsgebiet in seiner unmittelbaren Nähe zu treten; dies umsomehr, als es sich durch die ungeheuren Kapitalverluste, die es vor allen Dingen in Rußland erlitten hat, der industriellen Arbeit in ganz anderem Maße wird zuwenden müssen. In diesem Augenblick wird auch der vielleicht noch einige Jahre lang währende Traum einer Niederwerfung Deutschlands und einer Rache an Deutschland verschwinden, und dann bedeutet die vorausgesetzte Veränderung der strategischen Lage Frankreichs für dieses keine Schwäche mehr. Die alten, eigentlich mindestens ebenso starken, wirklichen Interessengegensätze mit England, die ja noch in den letzten Jahrzehnten durch starke Reibungen in Afrika verstärkt worden sind und die bloß zum Zwecke der Bekämpfung Deutschlands von England und Frankreich scheinbar beigelegt wurden, werden dann wieder in ganz anderer Stärke aufleben. Dazu wird die Erinnerung an manche Unannehmlichkeiten und Reibungen aus der Zeit der Kampfgenossenschaft nicht wenig beitragen. Das sind Sachen, die wohl vergessen werden können, wenn man gemeinsam gesiegt hat, die aber in der Erinnerung noch bitterer erscheinen werden, wenn man unterlegen ist. Die reine Revancheidee war vor dem Kriege künstlich, wenn auch raffiniert durch zwei sich im übrigen heftig befehdende, kleine, aber einflußreiche Gruppen über das Maß einer gewissen bequemen unfreundlichen Gesinnung hinaus gefördert worden. Das waren die klerikalen und royalistisch-aristokratisch denkenden Kreise einerseits und die größere und mächtigere der beiden Gruppen der Hochfinanz andererseits, welche die Revancheidee als Vorspann für ihre großen, mit den Ersparnissen des französischen Volkes durchgeführten Emissionsgeschäfte nach dem deutschfeindlichen Auslande benutzte, statt das französische Geld zu dem wirtschaftlichen und industriellen Ausbau Frankreichs zu verwenden.

Es scheint mehr als wahrscheinlich, daß die ungeheuren Verluste zunächst direkt an diesen Geschäften, dann die noch größeren Verluste an Blut und Gut, die die Konsequenz der Aufrechterhaltung der Revancheidee und der von ihr teils veranlaßten, teils beschützten großen Geschäfte wa-

ren, die Idee selbst in den großen Massen des Volkes, die ihr ja früher schon mißtrauisch und skeptisch gegenüberstanden, endgültig diskreditiert haben werden. Freilich, es läßt sich nicht leugnen, daß sich ein nicht wertloser Teil der französischen gebildeten Jugend einfach deshalb unter der äußeren Veranlassung der Vorgänge, die sich an Marokko und an das Jahr 1905 anknüpften, mit ihrem ganzen Herzen an die Revancheidee gehängt hatte, weil sie aus einem großen Krieg eine Wiederbelebung des nationalen Selbstbewußtseins und damit eine riesengroße Verstärkung der nationalen Kräfte erwartete. Wird diese Jugend in ihren Hoffnungen ganz unrecht gehabt haben? Trotz der Niederlagen Frankreichs, die es bisher erlitten, trotz der endgültigen Niederlage, für die unsere Truppen und Feldherren im Westen sorgen werden, muß offen gesagt werden, ganz vergebens war diese jungfranzösische Hoffnung nicht. Für ein Volk wie das französische ist eine Niederlage freilich schwer zu verschmerzen, aber doch leichter zu verwinden, nachdem es gezeigt hat, welche Widerstandskraft noch in ihm wohnt und nachdem es sich selbst überzeugt hat, daß das alte Heldentum noch in ihm lebt. Zieht man all die anderen eben angeführten Momente mit in Betracht, so ist es nicht ausgeschlossen, daß diese letzte, wenn auch nach außen hin vergebliche Erhebung des französischen Volkes auch eine Reinigung seines Innern von dem Gifte des Rachegeistes herbeiführen kann.

Sehen wir uns nun den italienischen Staatsbau an, so hat dieser bei seiner geschlossenen nationalen Einheitlichkeit unter allen Staaten, trotz aller Gegensätze, die in seinem Innern einander bekämpften, von vorneherein für seinen eigentlichen Bestand am wenigsten zu fürchten. Der ganze Krieg Italiens, die ungeheuren Opfer, die nutzlos von diesem Volke einem überspannten und irregeleiteten nationalen Gefühl gebracht werden, die Aufgabe selbst großer Zukunftsaussichten draußen im Mittelmeere — all dies erscheint gewissermaßen als eine nachträgliche Bezahlung einer stehen gebliebenen Schuld aus den Zeiten des Aufbaues des neuen Staates. Es ist ja bekannt, daß Italiens Einigung durch die Wirkung von außerhalb liegenden Konstellationen mehr als durch eigene Anstrengungen errungen worden ist. Und dieses wenn auch etwas unterirdische Gefühl, daß die eigentliche Probe eigener Kraft erst noch abzulegen ist, hat sicher dazu beigetragen, die nationalistische Bewegung so tiefgehend im italienischen Volksgeist wirken zu lassen. Und wenn dieser große Krieg zu Ende sein wird, gleichgültig, ob einige formale Änderungen der Staatsverfassung die Folge der nutzlosen Opfer sein werden oder nicht, dann wird dem unerbittlichen Geiste, der durch alle Geschichte geht, vielleicht das beschwichtigende Opfer gebracht worden sein, und Italien wird sich der Pflege seiner inneren Kräfte und dem inneren Ausbau seines Gebäudes wieder zuwenden, weniger gestört durch fieberhafte Träume, die sich an alter und doch wirklich unmodern gewordener römischer Größe nährten. Dann aber wird auch hier sich wohl geltend machen, was im zweiten Abschnitt dieses Aufsatzes von der Gravitation einer ganzen Anzahl von Kraftzentren

auf das mitteleuropäische Kraftzentrum hin gesagt worden ist. Gerade in Italien wird in wirtschaftspolitischer Hinsicht dies sich wohl sehr bald Geltung schaffen, während vielleicht die rein politischen Ideologien noch eine Zeitlang ein Scheinleben führen werden. Freilich immer bleibt, solange unser großer Kampf gegen England nicht zu irgend einem befriedigenden Ende geführt worden ist, die Gefahr bestehen, daß dieses Italien unter der Drohung der englischen Schiffskanonen sich wankelmütig in seinen politischen und wirtschaftspolitischen Beziehungen zeigt und an seine Träume von neuem zu glauben beginnt.

IV.

Nichts ist wohl schwerer, als der Versuch, auch nur etwas über die Grundzüge des britischen Reiches zu sagen, wie es nach diesem Kriege sein wird. Wie die Sache heute steht, haben entscheidende Kämpfe zwischen uns und diesem Gegner noch nicht stattgefunden.
Die Kämpfe in Afrika mit dem augenblicklichen Verlust unserer Kolonien bedeuten für die Gesamtentscheidung gar nichts. Solche Entscheidungen könnten nur zur See stattfinden. Daß sie nicht stattgefunden haben, daß sie England noch nicht erzwungen hat, ist immerhin ein Erfolg für uns und ein nicht geringer Verlust zum mindesten an Prestige für England. Ein Prestige-Verlust aber bedeutet für England, das seiner Geschichte wie seiner geographischen Lage nach zu einem sehr großen Teile seine Schlachten durch andere schlagen lassen muß, viel mehr wie für ein anderes Volk. Noch ist es ihm zwar gelungen, Portugal zu einem entscheidenden Schritte gegen Deutschland zu bringen[1], der zugleich den Vorteil hat, Englands Schiffsraumnot, die nicht nur für die Preisgestaltung, sondern auch für die wirkliche Heranbringung notwendiger Bedürfnisbefriedigungsmittel immer unangenehmer wird, in etwa zu lindern. Aber immer zweifelhafter werden doch andere Staaten werden, nach dem Schicksal Belgiens und Serbiens ihre Haut für England zu Markte zu tragen. Und so wird sich wohl sagen lassen, die entscheidenden Kämpfe mit England stehen noch bevor. Es ist ein Gegner, der den Möglichkeiten nach der mächtigste von allen ist, aber erst im Begriffe steht, diese Möglichkeiten zu realisieren. Vergebens hat lange vor dem Kriege der Amerikaner Homer Lea[2] England, das er als sein kulturelles Vaterland liebte, gemahnt, sich eine Heeresrüstung anzuschaffen, die den inneren Kräften, aber auch den zahlreichen Blößen des britischen Reiches entsprechen würde. Zu spät, wie es scheint, hat England sich entschlossen, diese Rüstung zu organisieren.

[1] Deutschland erklärte Portugal am 9. 3. 1916 den Krieg. Schultheß 1916/I, S. 95 f.
[2] Homer Lea (1876—1912), 1899—1901 zunächst als Führer eines chinesischen Freiwilligenkorps in China, dann mit Sun Yat-sen als dessen Stabschef in Japan. 1901 Rückkehr in die USA. Riezler dürfte sich auf sein weitverbreitetes Buch The Valor of Ignorance (1909) beziehen.

Ob die Herrschaft des stolzen englischen Venedig, dessen Kanäle die Meere sind, in diesem Kriege schon zusammenbrechen wird, erscheint mehr als fraglich. Wohl regt es sich überall, wo die britische Freiheit den Völkern aufgezwungen wurde, von Irland bis Indien und Ägypten. Aber wovon viele träumten, es könnten nämlich die zentrifugalen Bestrebungen bald nach Beginn eines solchen Krieges so stark werden, daß allerwärts die Weltmacht Englands ins Wanken käme, hat sich bis jetzt noch nicht für uns sichtbar gezeigt. Ob unser Unterseebootskrieg, ob die kühnen Taten unserer Hilfskreuzer diese wirklich endgültige Entscheidung werden herbeiführen können, entzieht sich dem Blicke des Laien. Sie vertreten aber in etwa wenigstens würdig gegen England die Rolle des berühmten Knebels, mit dem Herr Churchill zu Anfang des Krieges uns Luft und Atem zu nehmen drohte. Wie dem auch allem sei, in irgend einer Beziehung — darüber ist sich das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit klar — muß eine über papierne Zusicherungen hinausgehende Garantie geboten sein, daß jeder englischen Verletzung der Freiheit der Meere gegenüber Deutschland, aber auch gegenüber Staaten wie Italien und den kleineren neutralen Staaten ein für alle Mal ein kräftiger Riegel vorgeschoben bleibt. Über diese Möglichkeiten näheres zu sagen, wird erst dann angängig sein, wenn man die Frage der Friedensziele in concreto und im einzelnen wird durchsprechen können.

Im ganzen aber wird man doch wohl sagen dürfen, daß dieses Ziel — einer Sicherung der Übernahme und der Erfüllung von völkerrechtlichen Verpflichtungen seitens Englands — erreicht werden wird, selbst auch, wenn es England gelingen würde, was nach allem jedoch sehr unwahrscheinlich ist — auch die andere Hälfte des Erdballs durch seine geschickte Bearbeitung Nordamerikas mit in den Krieg hineinzuziehen. Eines freilich ist bei allen Zukunftserwägungen über das Verhältnis zwischen Deutschland und England festzuhalten: England, das den Kampf, zum mindesten den Kampf um die Seelen der Neutralen und sogar etwas widerstrebender eigener Bürger unter dem Losungswort „Nieder mit dem Militarismus“ zu führen versuchte, ist im Begriffe, die allgemeine Heerespflicht einzuführen[3]. Nicht nur können damit ganz andere und ganz anders geübte Truppenmassen bei etwa notwendigen späteren Kriegen von ihm ins Feld gestellt werden; alle die moralischen Vorteile, die die allgemeine Wehrpflicht auch für die Friedenszeit und für den Kampf im „friedlichen Wettbewerb“ mit sich bringen, werden von nun an England ebenfalls zur Seite stehen. Es ist wahr, es ist etwas an dem englischen Krämergeist, von dem jetzt so viel geschrieben worden ist, der fremde Völker für sich bluten läßt. Aber eben die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und die Erfahrungen äußerer und innerer Art, die England in der Gefahr machte, die wir ihm

[3] In England fand seit Herbst 1915 eine ausgedehnte Diskussion über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zumindest im Krieg statt. Anfang 1916 wurde ein Gesetz angenommen, das bestimmte Gruppen zum Kriegsdienst verpflichtete. Schultheß 1916/II, S. 77 ff. Vgl. auch Tgb. Beilage 1, Anm. 3.

wenigstens schon jetzt deutlich vor Augen gerückt haben und sicher noch sehr viel deutlicher vor Augen rücken werden, müssen, wenn nicht alles trügt, auch eine Umwälzung im englischen Geiste und eine Umformung der politischen und wirtschaftlichen Organisation Englands und des ganzen britischen Reiches herbeiführen. Und das wird bei allen Zukunftserwägungen in Rechnung zu stellen sein. Freilich, der Kraftzuwachs, den England im Laufe einer gewissen Zeit dadurch erlangen kann, und durch den es Prestige- wie Kraftverlust, den es am Ende dieses Krieges mit Sicherheit zu buchen haben wird, ersetzen mag, wird wohl durch das Anwachsen der wirtschaftlichen und politischen Macht der Vereinigten Staaten von Nordamerika aufgewogen und in seiner Wirkung stark vermindert werden.

V.

So sind wir denn die Reihe unserer Hauptgegner durchgegangen. Gegenüber J a p a n werden wir darauf drängen müssen, daß der Raubüberfall auf unsere Musterkolonie Kiautschau gesühnt wird. Mit Recht hat vor Kurzem der bekannte weltpolitische Schriftsteller Professor Hoetzsch[4] in der Neuen Deutschen Rundschau von der Notwendigkeit einer Konzentration unserer weltpolitischen Tendenzen gesprochen. Wir sind eben jetzt erst in Deutschland daran, uns klarzumachen, wohin wir unsere weltpolitischen Kräfte geschlossen richten müssen. Die in vieler Beziehung berechtigte Anteilnahme an den uns ferner liegenden Kämpfen „der gelben und weißen Rasse" im Stillen Ozean können wir umso mehr zurückdrängen, als es sich hier um die doch wenigstens teilweise Bindung einer Macht handelt, welche sich während des Krieges so wenig freundlich gegen uns benommen hat, wie die V e r e i n i g t e n S t a a t e n v o n N o r d a m e r i k a.

Wenn wir hier des näheren von allen Neutralen allein auf diese Macht noch eingehen, so ist es, weil ihr Verhalten uns gegenüber immerhin dasselbe bedeutet, als wenn sie unser offener Feind wäre. Ob sie es formell noch wird, das sei dahingestellt. Es ist nicht ganz klar, aber es scheint so, als ob in Wirklichkeit Wilson im amerikanischen Kongreß eine Niederlage erlitten habe[5]. Aber es gibt doch zu denken, daß nicht nur Roosevelt[6],

---

[4] Otto Hoetzsch (1876—1946), außerordentlicher Professor für Geschichte in Berlin. Gemeint ist sein Aufsatz „Weltpolitische Konzentration", in: Die neue Rundschau, XXVIIter Jahrgang der freien Bühne (1916), Bd. 1, S. 1 ff.

[5] Debatte des Kongresses über Wilsons Haltung zur Frage des U-Bootkrieges und der bewaffneten Handelsschiffe im Februar—März 1916 (zum Hintergrund vgl. Tgb. 11. 2. 1916, Anm. 1, und 22. 2. 1916, Anm. 1). Wilson trat für eindeutigen Protest gegen die deutsche Ankündigung, bewaffnete Handelsschiffe warnungslos zu versenken, ein und drohte mit den ernstesten Konsequenzen, falls amerikanische Bürger durch ein deutsches U-Boot ums Leben kämen. Ein großer Teil der Kongreßmitglieder verlangte dagegen eine offizielle Warnung der Regierung an die Bürger der USA, bewaffnete Handelsschiffe zu benutzen. Dementsprechende Anträge wurden am 3. 3. 1916 im Senat und am 7. 3. im Re-

sondern auch Taft[7] und Elihu Root[8] zum Kriege gegen Deutschland oder wenigstens zum Abbruch der Beziehungen drängen. Wir werden bei der freundschaftlichen Gesinnung, die wir Amerika immer entgegengebracht haben, davon vielleicht schmerzlich berührt. Wenn wir uns hier jedoch bemüht haben, ohne Sentimentalitäten die weltpolitischen Verhältnisse ins Auge zu fassen, so müssen wir auch klar und deutlich auf die tiefer liegenden Interessen zu sprechen kommen, die Amerika an die Seite unserer Gegner gedrängt haben, gleichgültig, wie die weiteren Beziehungen zwischen uns und Amerika sich gestalten. Das ist umso wichtiger, als wir hier nicht nur von diesem Kriege der Schlachten sprechen, sondern immer zugleich an jenen friedlichen Krieg denken, der nach dem Friedensschluß entbrennen wird. Da wird, das ist gar kein Zweifel, nicht zwischen uns allein, sondern zwischen uns und manchem von denen, die heute als Feinde gegen uns stehen, auf der einen Seite, und den Vereinigten Staaten von Amerika auf der anderen Seite ein großes Ringen um wirtschaftliche Ziele und politischen Einfluß angehen. Ob dabei eine engere Annäherung des britischen Weltreichs an die imperialistisch gewordene amerikanische Republik stattfinden wird, so daß wir nicht nur neben dem wirtschaftlichen Kampfe eben mit diesem britischen Weltreiche auch den ebenso sicher bevorstehenden mit dem nordamerikanischen zu bestehen haben werden, sondern diesen beiden Mächten als einem bis zu einem bestimmten Grade geschlossenen angelsächsischen Kultur- und Wirtschafts-Gebiet gegenüberstehen werden, das läßt sich heute noch nicht bestimmt sagen. Sehen wir ab von den Erzählungen über Bestechungen amerikanischer Staatsmänner, so ergeben sich folgende Gründe für die eigentümliche Stimmungslage, in der die ausschlaggebenden Teile des amerikanischen Volkes und die Mehrzahl der Männer der amerikanischen Republik uns gegenüber sich befinden:

Zunächst kommt in Betracht, daß, wie neuerdings wiederholt ausgeführt worden ist, nach wie vor Amerika kulturell vor allem eine englische Kolonie ist. Je reifer dieses neue Volk der Vereinigten Staaten von Nordamerika wird, je mehr es sich zu einem selbständigen und bewußten nationalen Leben zusammenschließt, desto mehr sucht es an eine historische Vergangenheit anzuknüpfen, und diese kann nach allem nur die englische sein. Das

---

präsentantenhaus eingebracht und durch Mehrheitsbeschluß vertagt. Die Abstimmung bedeutete einen Erfolg Wilsons, da sie ihm freie Hand für die Politik gegenüber Deutschland ließ, andererseits zeigte sich, daß gegen seine harte Linie und ein Abweichen von der Neutralitätspolitik großer Widerstand bestand. Schultheß 1916/II, S. 528 ff.; Link, Bd. 4, S. 167 ff.

[6] Theodore Roosevelt (1858—1919), 1901—1909 Präsident der USA, Mitglied der republikanischen Partei, dann Begründer der Progressive Party.

[7] William H. Taft (1857—1930), Republikaner, 1904—1908 Kriegsminister Th. Roosevelts, 1909—1913 Präsident der USA, 1913 Professor an der Yale University, 1921 Oberster Bundesrichter.

[8] Elihu Root (1845—1937), 1905—1909 Außenminister, 1909—1913 republikanischer Senator.

geht ja bis ins praktische Leben hinein. Wir haben in der allerneuesten Zeit erst wiederholt davon gehört, wie da, wo amerikanische Gerichts-Vorentscheidungen mangeln, englische als maßgebend für die Rechtsprechung in Betracht gezogen werden. Und bekanntlich hat auch finanziell das Mutterland England seinen Einfluß nie verloren. Erst jetzt im Kriege wird ja Amerika aus einem Schuldnerstaat wenn nicht zum Gläubigerstaat Englands, so doch wenigstens zu einem von England finanziell unabhängigen Staate durch die Zahlungen, die England für die Kriegslieferungen zu leisten hat. Insbesondere auch das Zeitungswesen ist bis jetzt noch vollkommen abhängig vom englischen Kapital. Dazu kommt, daß gerade die begabteren amerikanischen Schriftsteller sich aus dem oben angeführten Grunde ganz an den englischen Geist anzuschließen suchen. Selbstverständlich haben nun auch die großen Verdienste an den Kriegslieferungen mitgewirkt; aber nicht nur dadurch, daß bestimmte sehr maßgebende Kreise dadurch verdient haben, sondern auch weil viele einfach im amerikanischen Interesse denkende Wirtschaftspolitiker und Politiker die Umwälzung der Zahlungsbilanz zwischen Amerika und England begrüßen mußten. Nun bestehen ja gewiß große Interessengegensätze auch in Amerika in bezug auf all diese Fragen, aber ausschlaggebend sind eben im letzten Grunde doch die Massen und die großen finanziellen Kräfte des länger besiedelten und kultivierten Ostens. Und es sind außerdem die Interessen im mehr deutschfreundlichen Westen gespalten.

Bekanntlich hat man bei Ausbruch des Krieges in den Vereinigten Staaten daran gedacht, die in amerikanischen Häfen befindlichen deutschen Schiffe zu einem größeren oder kleineren Teile aufzukaufen, um den bisherigen Export nach Europa weiter unterhalten zu können. England hat aus durchsichtigen Gründen dagegen protestiert[9]. Zwar hat der amerikanische Schiffbau schon jetzt viel größere Dimensionen angenommen, als man vor dem Kriege je erwarten konnte. Die amerikanische Handelsflotte, welche schon einmal einen großen Aufschwung während eines europäischen Krieges, nämlich zu Zeiten Napoleons I. genommen hatte, war in dem Weltkampf der Handelsflotten der verschiedenen Nationen schließlich immer mehr zurückgeblieben. Nun könnte das nach der Meinung mancher und nicht wenig maßgeblicher Leute in den Vereinigten Staaten mit einem Schlage geändert werden im Falle eines Krieges mit Deutschland.

Es gibt nun aber noch andere, weiter denkende Politiker in Nordamerika, welche an sich vielleicht nicht unmittelbar einen Krieg für wünschenswert halten, aber im amerikanischen Interesse sich denken, daß, je länger der Krieg in Europa dauert, nicht nur die finanzielle Abhängigkeit von England und den anderen europäischen Staaten ziemlich schnell aufhören muß, sondern auch während dessen mit den zur Zeit flüssigen großen Kapitalien der südamerikanische Markt (und ein Teil des russischen) endgültig erobert werden kann. (Wilsons angebliche Behauptungen, durch

[9] Vgl. Link, Bd. 3, S. 82 ff. und 179 ff.

Amerikas Eingreifen könnte der Krieg wesentlich abgekürzt werden, sind ein lächerlicher Bluff). Und dieses Ergebnis könnte dann vielleicht noch gesicherter dadurch sein, daß dem einen der Konkurrenten, dem allerdings bisher bedeutendsten in Südamerika, nämlich England, allmählich während des Krieges durch unsere Unterseeboote, die ja andererseits als Hauptvorwand für die amerikanische Stellungnahme gegen uns dienen müssen, der Schiffsraum immer mehr verkleinert wird, und der andere, zwar nicht größte, aber immerhin für die Zukunft aussichtsreichste Konkurrent für diesen Markt, nämlich Deutschland, einen Teil seiner Handelsflotte verloren haben würde, so daß es bei dem überseeischen Wettbewerb lange Zeit eben durch diesen Mangel auch nach Friedensschluß in den Hintergrund gedrängt wäre. Dazu kommt aber doch das weitere, daß diese selben Leute, die diese Erwägungen anstellen, natürlich auch sehr wohl sehen und hören, daß in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht eine Konsolidation Mitteleuropas bevorsteht. Es ist kein Zweifel, daß dann auch in dem Kampfe um den Weltmarkt die mitteleuropäischen Export-Industrieen eben dadurch leichter werden konkurrieren können, daß ganz andere und mächtigere Kartellbildungen sich formen, billig Standardtypen produzieren und den Überschuß der Produktion auf die freien Märkte werfen können. Hierbei wird es sich wohl, soweit Absatzgebiete für Mitteleuropa in Betracht kommen, hauptsächlich einerseits um Rußland handeln, dessen Versorgung mit industriellen Produkten nach dem Kriege wohl kaum, wie es auch sonst werden mag, Deutschland dauernd entrissen bleiben kann; dann aber um die südamerikanischen Staaten, von denen überdies manche jede Gelegenheit gerne wahrnehmen, auch eine p o l i t i s c h e Rückendeckung an einer anderen Großmacht gegenüber den Vereinigten Staaten von Nordamerika zu finden. Daher das Interesse der entsprechenden Kreise der Vereinigten Staaten von Nordamerika, die Macht der mitteleuropäischen Staaten nicht groß werden zu lassen, und, wenn dies nicht verhindert werden kann, doch wenigstens von vornherein durch die Verminderung ihrer Handelsflotte sie erheblich im Wettbewerb auf dem südamerikanischen Markte zu behindern.

Freilich, eine Fülle von Gegengewichten gegenüber diesen Einflüssen sind vorhanden, so daß es zum eigentlichen Kriege, in dem Amerika uns auch im übrigen nicht viel mehr antun könnte, als es uns schon jetzt tut, wahrscheinlich immerhin nicht kommen wird. Aber gut ist es, sich klar zu machen, daß auf eine wirkliche sympathische Haltung Amerikas andererseits auch nicht gerechnet werden kann.

VI.

So sahen wir denn: Vor einer Fülle weltpolitischer Probleme ist unser Volk gestellt und töricht wäre es, von diesem Kriege, so siegreich wir ihn auch beenden mögen, eine Lösung all dieser auch nur der dringendsten

Rätsel zu erwarten. Das aber stellt an uns alle ganz andere Anforderungen, uns mit den Fragen äußerer Machtpolitik zu beschäftigen, als wir alle bisher anerkannt und erfüllt haben. Vor allen Dingen auch werden wir uns gewöhnen müssen, alle innerpolitischen Fragen, alle Fragen der besonderen Interessenvertretung immer in Rücksicht darauf zu prüfen, ob sie vor dem Forum einer die inneren Kräfte des Volkes zusammenfassenden gemeinsamen Außenpolitik bestehen können, welche die selbständige Entwicklung und die eigenartige Kultur des deutschen Volkes in der Welt zu vertreten und zu schützen haben wird. Um das zu können, werden wir auch als ganzes Volk manche Rücksicht auf andere Völker zu nehmen haben, insbesondere die Frage der mitteleuropäischen Konsolidation, welche für uns eine wesentliche Bedingung unseres Gedeihens sein wird, wird in dieser Beziehung große Ansprüche an unsern Takt und unsere Klugheit stellen. Und an einzelne Klassen werden weitgehendere Anforderungen der Selbstbeschränkung in ihrer Interessenvertretung ebenfalls von der Gesamtheit aus herantreten. Es kann dies in diesem Zusammenhange nicht näher ausgeführt werden. Aber wenn wir uns die Frage stellen: Wo stehen wir? so können auch die Probleme der inneren Umgestaltung bei uns selber ebensowenig wie bei der Betrachtung der anderen Völker ausgeschaltet werden. Gewiß, die großen Staatsformen sind, wie ausgeführt, durch den großen Krieg nicht zerstört worden und werden es auch wohl auf die Dauer nicht werden. Sie haben eine große Anpassungsfähigkeit gezeigt, aber noch größere Anforderungen werden an diese Anpassungsfähigkeit gestellt werden. Dieser Weltkrieg wird, wenn nicht alles täuscht, in Wirklichkeit doch eine große politische und soziale Revolution darstellen. Eine Umänderung des wirtschaftlich-gesellschaftlichen Aufbaus bis zu einem bestimmten Grade und damit ganz sicher auch eine tiefgreifende Abänderung wichtiger Konstruktionselemente der verschiedenen Staatenbauten wird kommen.

Für den, der die Geschichte kennt, war dies von Anfang der großen Katastrophe an, die über die europäische Völkerwelt hereinbrach, nicht anders zu erwarten. Immer haben Veränderungen der großen Machtverhältnisse der Staaten zu einander innere Umwälzungen zur Folge gehabt. Aber auch umgekehrt — und das wollen wir uns bei der Überlegung aller politischen Fragen in Zukunft ganz anders vor Augen halten, als wir es bisher getan haben: keine tiefergreifende innere Umwälzung des Staats- und Gesellschaftslebens ist in aller Geschichte erfolgt, ohne daß vorher solche Veränderungen machtpolitischer Verhältnisse vorangegangen wären[10].

---

[10] An diesen Aufsatz Riezlers schloß sich eine längere Auseinandersetzung zwischen dem Verfasser und Lesern der EStWZ an, der in Nr. 4 und Nr. 5 der Zeitschrift unter dem Titel „Deutschtum und Europäertum" veröffentlicht wurde. Eine der Entgegnungen Riezlers s. u. S. 548 ff.

Innere und äußere Politik

EStWZ 1, S. 65—72 20. 3. 1916

I.

Mag man über den Wert des Parlamentarismus als eines Regierungssystems denken, wie man will, auf keinen Fall wird es heute irgendeinen ernst zu nehmenden Politiker geben, der das Parlament als ein wesentliches Organ wenigstens neben anderen Organen der Regierung und Regierungskontrolle entbehren möchte; wenn auch über das beste Wahlrecht zum Parlamente noch so gestritten wird. Ist aber das Parlament, bei uns vor allem der Reichstag, unentbehrlich, so wird man auch wünschen, daß es ein möglichst großes Ansehen genieße. So kann man nicht mit großer Freude die Form begrüßen, in der die Reichsregierung es für gut gehalten hat, denjenigen Parteien des Reichstages einen öffentlichen Tadel zu geben, die — hauptsächlich im Verfolge der plötzlichen Entlassung des Großadmirals von Tirpitz als Staatssekretär der Marine[1] — Resolutionen in dem am 15. März eröffneten Reichstag eingebracht haben, in denen eine energische Benützung der Unterseebootwaffe ohne jede Nebenrücksicht gefordert wird[2]. Mit Recht weist die Vossische Zeitung darauf hin, daß hier eine Benützung eines durch den Krieg in die Hand der Regierung gegebenen Mittels stattgefunden hat, die nicht unbedenklich ist[3]. Es erhebt sich die Frage, ob die Kritik nicht auch, wenn sie gesondert veröffentlicht worden wäre, ihren Zweck erfüllt hätte, besonders im Zusammenhang mit einer etwa noch notwendigen Abwehr in der öffentlichen Sitzung des Reichstags selbst.

Die Kritik der Resolutionen durch die Reichsregierung macht den Einbringern derselben zum Vorwurf, sie versuchten das Vertrauen des Volkes in die militärische Oberleitung zu untergraben. Damit trifft sie nicht ganz den Wortlaut und auch nicht den Sinn, den die Worte wortwörtlich hier zweifellos haben. Nicht gegen die militärische Oberleitung richtet sich der Vorstoß, der durch die Aktion der Konservativen und Nationalliberalen unternommen werden soll oder sollte — unterdessen scheint er ja im Sperrfeuer der Regierungskanonen bereits im Beginne zusammengebrochen zu sein —, sondern gegen die politische Oberleitung. Ihr

---

[1] Vgl. Tgb. 10. 3. 1916.

[2] Vgl. Tgb. 19. 3. 1916, Anm. 1, und 22. 3. 1916, Anm. 2. Die Anträge wurden als amtliche Mitteilung durch WTB veröffentlicht, zusammen mit einem kurzen Kommentar der Regierung, in dem wohl die von Riezler genannte öffentliche Kritik der Reichsregierung enthalten ist: „Durch die Fassung dieser Anträge kann der schädliche Eindruck erweckt werden, als solle eine Einwirkung auf die Entscheidungen in der Kriegführung ausgeübt werden. Zur siegreichen Durchführung des Krieges brauchen wir wie bisher geschlossene und vertrauensvolle Einheit. Und sie zu erhalten ist der einmütige Wille des ganzen Volkes." Schultheß 1916/I, S. 123 f.; May, S. 271 f.

[3] Vossische Zeitung, 18. 3. 1916, S. 3: „Kriegsanträge zum U-Boot-Krieg".

traute man zu, daß sie die Waffe der Unterseeboote nicht mit jener furchtbar konsequenten Sachlichkeit, die in der Natur des Krieges und besonders des modernen Krieges liegt, durch die militärische Leitung anwenden ließe. Und zwar sollte diese Abschwächung seitens der politischen Oberleitung aus irgend welchen, jedenfalls politischen Gründen heraus, stattfinden, die die Einbringer der Resolutionen nicht nennen, die es auch keinen Zweck hat, hier näher zu besprechen, deren Mißbilligung aber jedenfalls wenigstens indirekt die Resolutionen aussprechen sollten.

Nun hat die Regierung auch die Zentrumsresolution durch das Wolffsche Büro veröffentlichen lassen, diese aber, ohne ein Wort hinzuzufügen[4]. Bei dem ganzen Zusammenhang ist daraus klar zu schließen, daß die Regierung den Inhalt dieser Resolution billigt. Daraus geht hervor, daß die Regierung, wenn auch in der Form eines Einspruchs gegen die Hineinmischung in Fragen der militärischen Oberleitung sich durch ihre Gegenaktion gegen jene w i r k l i c h erhobenen und auf sie selbst zielenden Vorwürfe zur Wehr setzt. Die Zentrumsresolution fordert ebenfalls die volle Anwendung der Waffe der Unterseeboote, die rücksichtslose Ausnützung des Vorsprungs, den wir in bezug auf diese Waffe vor unseren Gegnern haben. Aber sie enthält keine Hindeutung wie jene beiden anderen Resolutionen, daß etwa die politische Leitung des Reiches die Verwendung der U-Bootwaffe abschwäche oder abzuschwächen wünsche.

Daraus also ist die Erklärung der Regierung zu extrahieren: wir wollen selbstverständlich die U-Bootwaffe anwenden, soweit sie eben irgend trägt. Wer uns etwas anderes zutraut, von uns etwas anderes behauptet, tut uns schwer Unrecht. Und — so werden wir fortfahren können — man wird zugeben müssen, daß das Unrecht auch gegenüber dem Volke, nicht bloß gegenüber der Regierung, sehr beträchtlich ist, als auch die Untergrabung des Vertrauens in die politische Leitung, selbst wenn das Vertrauen in die m i l i t ä r i s c h e in keiner Weise angetastet wird — mitten im Kriege etwas außerordentlich Gefährliches und Mißbilligenswertes ist, sofern sie ohne durchschlagende Gründe geschieht.

Man wird aber der Versicherung der Regierung wohl glauben dürfen. Gerade Hinterhältigkeit ist durchaus nicht das, was man dieser Regierung und dem Manne, der an ihrer Spitze steht, in der inneren wie äußeren Politik zum Vorwurf machen kann. Und die Ereignisse der allerletzten Zeit beweisen, daß auch tatsächlich von einem Nachlassen des Unterseebootskrieges nicht die Rede ist. Im Gegenteil: Die Entlassung des Großadmirals von Tirpitz aus seiner Stellung als Reichsmarine-Sekretär, also

[4] Sie lautet: „Der Reichstag wolle beschließen, folgende Erklärung dem Herrn Reichskanzler zu übermitteln: Nachdem das Unterseeboot sich als eine wirksame Waffe gegen Englands Kriegführung erwiesen hat, spricht der Reichstag die Erwartung aus, daß, da die Frage der Verwendung noch nicht geklärt ist, bei den Verhandlungen mit den auswärtigen Staaten die Freiheit im Gebrauche dieser Waffe gewahrt wird." Schultheß 1916/I, S. 124. Zur Entstehung vgl. Tgb. 15. 3. 1916, Anm. 2.

des Mannes, den man in Erinnerung an seine bekannte Unterredung mit einem amerikanischen Journalisten[5] für den Urheber oder wenigstens den energischsten Vertreter des Unterseebootskrieges hielt und hält, fiel gerade in die Zeit eines außerordentlichen starken Wiederauflebens des Unterseebootskrieges, nachdem dieser etwas abgeflaut schien, aber eben nur schien. Dazu kommt, daß ja gerade Tirpitz mit durch seine erwähnte, ziemlich lange vor dem Beginn des Unterseebootskrieges stattgefundene Unterredung dazu beigetragen hat, die Wirkung des Unterseebootskrieges von vorneherein abzumildern; übrigens aus durchaus berechtigten, mit den Erwägungen der politischen Reichsleitung durchaus zusammenfallenden Rücksichten auf die Neutralen. Es scheinen also auch zwischen Tirpitz und der Reichsregierung keine irgendwie prinzipiellen Gegensätze bestanden zu haben.

Trotzdem muß eine Trennung unvermeidlich gewesen sein. Die Gründe liegen wohl, wie mit Recht auch in der Presse schon ausgeführt worden ist, in der eigenartigen Persönlichkeit des Großadmirals und Staatssekretärs und der eigenartigen Stellung, die diese Persönlichkeit innerhalb der Regierung und innerhalb des ganzen politischen Lebens Deutschlands jahrelang eingenommen hat.

Dieser hervorragende Marine-Offizier und Organisator kann in gewissem Sinne als der Schöpfer der deutschen Flotte gelten. Ihm in Gemeinschaft mit dem Kaiser wird die Schaffung der neuen Flottentaktik zugeschrieben, von der auch die Engländer sich haben belehren lassen. Er hat den Bau der Dreadnoughts in Deutschland durchgesetzt und von ihm stammt der sogenannte „Risikogedanke", der rein formell schon derart glücklich ist, daß jeder Journalist und Publizist ihn darum beneiden könnte. Es handelt sich um die Formel, die da besagt: die deutsche Flotte müsse so stark sein, daß die englische Flotte bei einem Zusammenstoß mit ihr riskieren müßte, in ihrem Bestand so weit herabgesetzt zu werden, daß dann, besonders im Hinblick auf noch andere vorhandene Seemächte, die Gefahr für sie bestände, die absolute Seeherrschaft zu verlieren. Von Tirpitz (oder doch aus seinem Kreise, und es gab stets einen Kreis um Tirpitz) rührt wohl auch der außerordentlich eindrucksvolle Gedankengang her, daß in dem Augenblick, da England sich zum Bau des Dreadnought-Typs entschloß, es selbst einen großen Vorsprung aufgegeben hätte, indem es durch diesen neuen Typ die früher üblichen Kriegsschiffstypen in ihrem Werte herabgesetzt hätte; denn, indem es selbst gewissermaßen ganz von vorne anfing, ermöglichte es anderen in Bezug auf die Schiffsmacht zurückgebliebenen Ländern wenigstens im Hinblick auf diesen entscheidenden Teil der Schlachtflotte ziemlich Schritt zu halten oder wenigstens nicht gar zu sehr zurückzubleiben. Die Risiko-Formel und der Satz von der Unvorsichtigkeit Englands, als es den Dreadnought-Typ schuf, sind bezeichnend für den agitatorisch außerordentlich geschickten Tirpitz, wobei durchaus

[5] Vgl. Tgb. 23. 12. 1914, Anm. 7.

nicht bestritten werden soll, daß, abgesehen von der geschickten Prägung der Worte, die dahinter stehenden Gedanken tief und solid zugleich sind. Etwaige Zweifel, die dagegen erhoben werden könnten und auch erhoben worden sind, müßten ja doch den Fachleuten, oder vielmehr den harten, so unerbittlichen wirklichen Geschehnissen dieses Krieges zur Entscheidung überlassen bleiben. Wir alle hoffen ja, daß insbesondere die Tatsache, daß moderner Flottenbau Ingenieurkunst ist und deutsche Technik unübertroffen in der Welt ist, schon die Wahrheit des Tirpitz'schen Risikogedankens garantiert. Das außerordentliche Geschick, das Tirpitz entfaltete, seinen Gedanken zum Durchbruch und zu allgemeiner Anerkennung zu verhelfen, die außerordentliche Gewandtheit, mit der er es verstand, die öffentliche Meinung bis weit in die Kreise derer hinein, die sonst den Machtfragen fremd gegenüberstehen, für sich zu gewinnen, ließ auch von anderer fachmännischer Seite hervorgerufene Zweifel nicht aufkommen, oder wenigstens nicht als wesentlich erscheinen, daß vielleicht die Waffe der schnellen Kreuzer und der Unterseeboote noch stärker ausgebaut werden müßte. Und als es dann schließlich zum entscheidenden Kampfe kam, da zeigte sich doch auch, daß die unter Tirpitz stehende Flotte auch diese Waffen mit außerordentlicher Wirkung zu gebrauchen und immer weiter auszubauen verstand, so daß, soweit dem Laien ersichtlich, auch die in der angeführten Richtung bekannt gewordenen Vorwürfe hinfällig erscheinen.

Die propagandistische Tätigkeit des Admirals und Unterstaatssekretärs von Tirpitz, die er aufbringen mußte, um das deutsche Volk dem Flotten-Gedanken zu gewinnen und den Gedanken in der von ihm geprägten Form zur Wirklichkeit zu bringen, führten ihn auf's Nächste in Berührung mit allen Fragen der inneren Politik. Da ihn hauptsächlich eben jener Flottengedanke beherrschte und alles Andere ihm als Mittel zu seinem Zwecke diente, erhielten viele von ihm den Eindruck eines außerordentlich vielseitigen Mannes von freiem Blick und Urteil, — eines Mannes, dem eben der freie Hauch der See anhafte — während Andere, besonders Politiker, denen auch die anderen Teile der Politik ebenso als Selbstzweck erschienen wie ihm die Flottenpolitik, ihn der reinen Ressort-Politik manchmal angeklagt haben. Aber ganz unwillkürlich mußte ein Mann wie Tirpitz auch mit allen Fragen der äußeren Politik in engste Berührung kommen. Mußte er doch alles, was in der Volkswirtschaft vor sich ging, alle Fragen der Kolonialpolitik und alle Einzelfragen des Problems der internationalen Gleichgewichtslage sich aneignen, um diese Tatsachen und Gedanken zur Durchkämpfung seiner Lebensideen verwenden zu können. Da war es nun die große Frage „England oder Rußland?", die jahrzehntelang vor uns hingestellt war. Caprivi hat sie beantwortet mit „England!" Unter Hohenlohe hieß es wieder vorwiegend „Rußland!" Bülow, der sich dessen in seiner kleinen Geschichte seiner äußeren Politik rühmt, erwiderte: „Politik der freien Hand! Weder England noch Rußland!" Viele behaupten, daß, wenn rechtzeitig die Frage endgültig und

dauernd beantwortet worden wäre, so zwar nicht die große Weltauseinandersetzung, aber der große Krieg nach so viel Fronten uns erspart geblieben wäre, manche glauben wieder heute, sie sei sehr einfach dadurch gelöst, daß wir jetzt weder m i t Rußland n o c h England, sondern gegen Beide ständen. Aber schließlich vielleicht im Laufe der kommenden, nicht allzu fernen Geschichte wird sie uns doch noch manches Mal beschäftigen, und schon jetzt wollte zwischen zwei so unterrichteten Kennern wie Graf Reventlow und Rohrbach[6] ein recht lebhafter Meinungsaustausch um diese Frage entbrennen.

Tirpitz vom Standpunkt der reinen Flottenpolitik und aus dem Bedürfnis heraus, die Notwendigkeit eines Flottenbaues so stark und eindringlich und notwendig zu zeigen wie nur irgend möglich, antwortete stark und vernehmlich nicht gerade: „Mit Rußland!", aber doch „Gegen England". Das war unter der Reichskanzlerschaft des Fürsten, oder damals noch Grafen Bülow, der sich freilich nicht entschließen konnte, vielleicht unter Berücksichtigung der Stimmung großer und weiter Volkskreise, für Rußland gegen England zu optieren, der aber doch auch nicht den Entschluß faßte, zu einer Zeit, da England und Rußland fortwährend auf einander zu stoßen schienen, mit England zu gehen.

Fürst Bülow erzählt in seiner Rechtfertigung der von ihm geleiteten äußeren Politik: Wäre man mit England gegangen, so hätte man keine Rechtfertigung England gegenüber für den starken Flottenbau finden können und deshalb hätte man die Politik der freien Hand wählen müssen. Wie dem auch sei, der Augenblick, der die Möglichkeit des Entschlusses bot, den einen der beiden ganz sicheren späteren Gegner mit Hilfe des anderen rechtzeitig zurückzudrängen und gar für einige Zeit zu erledigen, wurde nicht wahrgenommen. Denn abgesehen davon, daß die Volksstimmung gegen ein so enges Bündnis mit Rußland war, wie es ein solcher Entschluß, wenn er gegen England ausfiel, gefordert hätte: dies Bündnis wäre ja nur zustande gekommen auf Kosten der Türkei und des näheren Orients und der Interessen Österreich-Ungarns im Balkan. Dies war nicht möglich. Nach 1905 zur Zeit der großen russischen Niederlage gegen Japan versäumte man aus noch nicht ganz klaren Gründen die Gelegenheit, Rußland in seiner Revolution für die nächsten Jahre unfähig werden zu lassen für eine energische, nach außen greifende, vorstoßende Politik. Aber man benützte doch wieder die Gelegenheit, um mit Frankreich über verschiedene wichtige Punkte ins Reine zu kommen, mit Frankreich, das aber schon vorher durch das Ägypten-Marokkoabkommen wieder seine Rückendeckung in England gefunden hatte. — Und als dann in Folge davon das mit deutscher stillschweigender Hilfe wieder zu Kräften kommende zaristische Rußland, schon aus pekuniären Gründen sich wieder umso enger

[6] Paul Rohrbach, Publizist, von Kriegsbeginn bis 1917 in der neu errichteten Zentralstelle für Auslandsdienst der Presseabt. des Ausw. Amts tätig. Zu seiner Tätigkeit und seiner Einstellung im 1. Weltkrieg vgl. seine Erinnerungen: Um des Teufels Handschrift. Zwei Menschenalter erlebter Weltgeschichte (1953); Fischer, Weltmacht, S. 138 f.

mit Frankreich zusammenschloß, — da war auch der Grund zu der Verständigung zwischen England und Rußland gelegt und die Frage endgültig entschieden, ob der große Kampf, der doch einmal gegen ein so mächtig im Aufschwung begriffenes Volk, wie das deutsche, kommen mußte, von uns in mehreren Raten mit einem nach dem anderen oder mit einem Male mit Aufbietung aller Kräfte gegen alle bisherigen Gegner zusammen und noch einigen neuen dazu ausgefochten werden würde.
⟨Wie weit Tirpitz bei all den wichtigen Entscheidungen direkt oder indirekt mitgewirkt hat, wird vielleicht die Geschichte später enthüllen, vielleicht wird es niemals jemand erfahren. Nach allem scheint es doch so, als ob Tirpitz einfach seine natürliche und im ganzen notwendige Flotten-Idee durchsetzen wollte und so ganz natürlich und unwillkürlich mit dazu beigetragen hat, daß zum mindesten im entscheidenden Augenblicke die Wahl nicht gegen den einen Gegner, nämlich Rußland fiel. Aus dieser seiner Haltung ist dem Manne kein Vorwurf zu machen. Nicht seine Aufgabe, sondern die der damals leitenden Staatsmänner wäre es gewesen, die Wahl nach rein politischen Grundsätzen zu treffen.⟩[a] Tirpitz tat genug, wenn er die deutsche Flotte schuf und stark machte und dazu beitrug, daß selbst dieser Kampf nach allen Fronten, den die deutsche Diplomatie und zwar vor allem die zu Zeiten des Fürsten Bülow hätte vermeiden können, als vom Deutschen Volke siegreich bestanden schon heute zu betrachten ist. ⟨Es waren doch im letzten Grunde Erfordernisse der inneren Politik, wenn auch in Bezug auf die Durchsetzung von Erfordernissen der äußeren Machtverhältnisse, die es verhinderten, daß man gleichzeitig eine starke Flotte bauen und dadurch von England frei werden und doch mit England zusammen gegen einen gemeinsamen Dritten gehen konnte. Es war die Ungewohntheit des deutschen Volkes, machtpolitisch und realpolitisch zu denken, welche Tirpitz und seinen Anhang zwang — zu laut für ein gutes Einvernehmen mit England — die ja tatsächlich bestehende englische Gefahr aufzuzeigen und dadurch das Volk gewaltsam zur Durchführung der Flotten-Idee mit fortzureißen. Und dazu kam die in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes eben aus jenem Mangel herrührende Furcht, die Entscheidung über den Zeitpunkt, an dem ein Kampf, der doch einmal kommen mußte, ausgekämpft werden soll, selbst zu treffen.⟩ Es war zweifellos aufrichtig, wenn er vor nicht allzu langer Zeit erklärte, er habe ⟨auch⟩ auf keinen Krieg mit England hingearbeitet. Nein, er sah nur, daß die Gefahr eines Zusammenstoßes mit England bestand. Er wollte das deutsche Volk einerseits dafür rüsten, andererseits durch diese Rüstung, eben dadurch, daß er jenes erwähnte Risiko für England schuf, diesen Krieg mit England womöglich vermeiden. ⟨Er mußte ihn zum Mindesten auf lange Zeit vermeiden und ein gutes Verhältnis mit England wünschen, weil er ja erst die Rüstung fertigstellen mußte.

[a] Diese und die folgenden in ⟨...⟩ gesetzten Stellen wurden von der Zensur gestrichen und hier nach den Zensurbögen des Artikels im Kriegsarchiv München, Bestand M Kr. 13 963, ergänzt.

Wie gesagt, die innere Unreife des deutschen Volkes für eine große Machtpolitik, die war es hauptsächlich, die zu so verwickelten Gedankengängen, welche wieder zu verwickelten und unentschlossenen Maßnahmen führen mußten, trieben. Wären rechtzeitig in allen Parteien des deutschen Volkes die Notwendigkeiten einer Machtpolitik lebendig gewesen, so hätte das alles in jener viel größeren Ruhe vor sich gehen können, die weniger stark auftretende, aber durchhaltendere und nachhaltigere Entschlüsse möglich machen. So wie die Situation war, hatte sich Tirpitz nun einmal eingelebt in fortwährender Anwendung äußerpolitischer Mittel für innerpolitische Zwecke, die aber Machtzwecken dienen sollten; und die äußerpolitischen Ziele mußten ihm wieder als Mittel zu jener innerpolitischen Propaganda dienen. Die Gewohnheiten, die er sich bei Durchsetzung seines verdienstvollen Werkes erwarb, sie sind es gewesen — das ist das Tragische an dem Sturz dieses Mannes — die eben seinen Sturz herbeiführten.

Nachdem der Kampf mit dem englischen Gegner, den er gleichzeitig vorbereitet und hinausgezögert hatte, einmal entbrannt war, mag er wohl in jeder vorsichtig die Kräfte abwägenden Überlegung, wie weit und in welcher Form dieser Kampf geführt werden sollte, ein Abgehen von seinem Losungswort: „Gegen England" geargwöhnt haben. Dabei hat er wieder alle innerpoltischen Mittel spielen zu lassen versucht, auch gegen die politische Oberleitung. Daß er mit jenen, welche in England den hauptsächlich zu bekämpfenden Feind sahen, in enger Fühlung sich erhielt, ist nicht wunderbar; aber die Gruppen, die durch diese äußerpolitische gemeinsame Meinung zusammengehalten werden, hätten nicht soviel Kraft allein aufgebracht, daß sie die der Sache nach berechtigte, energische Abwehr der Reichsregierung, die ihren ersten und entscheidenden Ausdruck in Tirpitzs Entlassung fand, herausgefordert hätte. Bestimmte rein innerpolitische Gegner, die die zukünftige sozialpolitische Haltung und die preußische Wahlrechtspolitik der Regierung beargwohnten, verbündeten sich mit den sogenannten alldeutschen Kreisen, mit denen sie sich zu einem kleineren Teil schon überdeckten. Tirpitz wurde höchstwahrscheinlich sehr gegen seinen Willen zu ihrem Kandidaten für den Platz des Reichskanzlers. So mußte er fallen und so ist es zu erklären, daß die Reichsregierung in so schroffer Form gegen diejenigen vorzugehen sich entschloß, welche in Form jener Resolution über die Notwendigkeit des Unterseebootskrieges ihr ein mehr oder minder verschleiertes Mißtrauensvotum vorbereiten wollten.)

Es ist bedauerlich, daß so gerade an der unrechten Stelle die Bestrebungen wenigstens eines Teiles des Reichstages, sich auf das Ernsteste mit den außerpolitischen Fragen zu beschäftigen, einen energischen Anfang genommen haben, der, weil es an der falschen Stelle geschah, schwächlich enden mußte. An sich ist zweifellos die der eigenen Verantwortlichkeit bewußte eindringliche Beschäftigung mit allen Fragen der äußeren Politik eine nur zu lange versäumte Pflicht des Deutschen Reichstages. Wie die Dinge nun aber einmal liegen, sind diejenigen dieser Fragen, mit denen

der Reichstag sich wird hauptsächlich beschäftigen müssen, noch nicht reif, solange der Kriegsvorgang noch in voller Entwicklung ist. Sind es nun aber auch bis dahin nicht im eigentlichen Sinne und nicht als solche erkennbare außerpolitische Fragen, die der Reichstag vor sein Forum ziehen kann, so gibt es doch eine ganze Anzahl anderer Fragen, die in der gegenwärtigen Lage ihre engste Beziehung zu den wichtigsten Zukunftsfragen deutscher Machtpolitik dem scharf Hinblickenden offenbaren, und deren Untersuchung das höchst notwendige Verständnis für die Fragen der eigentlichen äußeren Politik zu wecken und zu stärken geeignet ist. Diesen Zusammenhang zu sehen, fällt freilich infolge der Eigenart der deutschen Geschichte uns nicht leicht. Und so wird manchem auch der unmittelbare Zusammenhang zwischen den in diesem Abschnitt behandelten Fragen und den weiter unten anzureihenden als ein ziemlich lockerer erscheinen. Innere und äußere Politik wollen uns eben immer wieder auseinanderfallen. Und es scheint manchmal, als seien sie in ihren Anwendungsgebieten so vollkommen von einander verschieden, daß sie sogar ganz verschieden begabter Menschen für ihre Zwecke bedürfen.

II.

Als Hauptpensum findet der wieder zusammengetretene Deutsche Reichstag die Erledigung der neuen Finanzvorlagen vor[7], gegen die sich mannigfacher Widerstand erhoben hat. Daran läßt sich nichts ändern. Auch mitten im Kriege werden die Interessen miteinander ringen und kämpfen müssen. Das Wesentliche und Gute ist ja schließlich, daß diese Interessen sich werden aussprechen und sich damit vor den Grundsätzen einer allgemeinen Staatspolitik werden rechtfertigen müssen. Der Reichstag als Organ des deutschen Gesamtwillens wird hoffentlich dabei im Auge behalten, daß es sich zwar zum Teil um wahrscheinlich nur vorübergehende Steuergesetze handelt, die gewissermaßen zur nachträglichen Finanzierung des Krieges dienen, daß dabei aber doch die kommende Finanzierung gleich mitberücksichtigt werden muß, wenigstens nicht von vornherein erschwert werden darf.

Den Frieden gleich mit zu finanzieren, wenn auch bloß in den Grundzügen, ist freilich eine erheblich schwerere Aufgabe, als bloß den Krieg zu finanzieren. Für diesen letzten Zweck müssen Staat und Volk an Kraft hergeben, was sie nur haben. Das ist kein Zweifel. Aber gar zu nahe liegt dem Staatsfinanzmann infolgedessen die Versuchung, sich darauf zu verlassen, daß das Gefühl das ganze Volk durchdringt: jeder muß, wenn es darauf ankommt, das Letzte hergeben. Vor dem großen Volksgerichte läßt sich dann jeder Widerspruch mit einer gewissen Aussicht auf Erfolg als

[7] Vgl. Tgb. 16. 5. 1916, Anm. 7. Die 1. Lesung der Kriegssteuervorlagen im Reichstag begann am 16. 3. 1916. Sten. Berichte, Bd. 306, S. 767 ff., und Bd. 317 (Anlagen) Nr. 221 bis 228.

Verweigerung der notwendigen Mittel zur Durchführung des von uns allen gewollten Zieles auslegen. Das führt leicht zu einer gewissen Bequemlichkeit, zwar nicht für das Volk aber für den Gesetzgeber. Und bei den in Frage stehenden Vorlagen verläßt einen nicht das Gefühl, der neue Herr der Finanzen hat sich die Sache eben etwas bequem gemacht. Der Reichstag wird sich deshalb hoffentlich erinnern, daß es eine der Hauptaufgaben von Parlamenten ist, in Geldsachen am geeigneten Orte unbequem zu werden.

Gewiß, wenn es brennt, muß gelöscht werden. Wenn ein Staat sich in einer solchen Krise befindet, wie sie dieser Weltkrieg für alle europäischen Staaten darstellt, so wird man nicht gar zu wählerisch sein dürfen, und wird komplizierte, theoretisch fein ausgeklügelte Steuermaßnahmen manchmal gerade wegen ihrer Feinheit nicht verlangen können und dürfen. Das spricht aber nicht gegen großzügige, von neuem Geiste erfüllte, durchgreifende Entschlüsse. Aber sollen solche doch sicher tief in die Gesamtwirtschaft eingreifende Maßnahmen in einem Augenblicke vorgenommen werden, in dem die Weiterentwicklung durchaus unklar ist? Gewiß, es ist sehr vieles unklar in der zukünftigen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Aber so viel ist ganz klar: Bei dem alten Steuerwesen sind die ungeheuren Summen für die Verzinsung der Kriegsanleihen, durch die die Kriegskosten zunächst einmal gedeckt werden müssen, nicht aufzubringen. Klar ist ferner, so glänzend sich die Anpassungsfähigkeit der deutschen Industrie, der deutschen Volkswirtschaft überhaupt, an die neuen Kriegsverhältnisse vollzogen hat, so schwer wird die nach dem Kriege notwendige Umanpassung sein.

Vor dem Kriege war eins der Hauptargumente der Pazifisten, es würde sich gleich bei Ausbruch eines Krieges zwischen den europäischen Großmächten die Unmöglichkeit eines solchen Krieges herausstellen. Solche ungeheuren Transporte an Gütern und Menschen auf anormalen Wegen, wie sie allein für den Heeresbedarf nötig sein würden, noch dazu mit schnellster Umdirigierung dieser Massen von einem Punkte an den andern, würden an die Beförderungsmittel wie an die organisatorische Intelligenz solche Ansprüche stellen, daß diese beiden der ordnungsmäßigen Versorgung des nicht in Waffen stehenden Teiles des Volkes, insbesondere desjenigen, der in ungeheuren Massen in den großen Städten sitzt, nicht noch auch würden genügen können. Hungersnot, allgemeine Produktionsstockung, Revolutionen usw. wurden uns prophezeit.

Nun, wir haben gesehen, wie sehr in allen Ländern, selbst in den industriell etwas zurückgebliebeneren, der Krieg technisch und wirtschaftlich möglich war und ist. Aber das ist nun die Frage, mit der man sich hoffentlich nicht nur an „unverantwortlichen" Stellen beschäftigt: Wie soll der F r i e d e n technisch und wirtschaftlich und finanziell möglich gemacht werden? Es gehört zu den schwersten Sorgen, oder sollte es wenigstens gehören: wie soll die Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft übergeführt werden?

Wie war es denn, als der Krieg ausbrach? Der militärische Generalstab löste alle an ihn herantretenden Aufgaben glänzend und in einer Weise, daß er sogar einen Teil der Aufgaben mit erledigte, die sich aus der Versorgung, der Konsumtion und der Produktion des nicht kämpfenden Volkes ergaben. Die Industrie insbesondere, aber auch die ganze Volkswirtschaft, wie schon gesagt, zeigten dann ja eine große Anpassungsfähigkeit und auch die in Betracht kommenden Zivilbehörden haben vieles geleistet. Sie haben trotz aller sachlichen Ausstellungen, die mit Recht z. B. in bezug auf die Lebensmittelversorgung und -verteilung erhoben wurden, mehr geleistet, als man eigentlich hätte erwarten dürfen, wenn man überlegt, daß trotz aller Mahnungen, beizeiten einen wirtschaftlichen Generalstab zu schaffen, eigentlich nur die Abteilung für den rein finanziellen Teil der Kriegführung vorbereitet war. Dagegen war man ja bekanntlich über die wirklich vorhandenen Vorräte, sowohl an Lebensmitteln wie an industriellen Rohstoffen, von vornherein nicht sehr genau orientiert und wenn das in bezug auf letztere zu durchaus angenehmen Überraschungen geführt hat, so hat es in bezug auf die Lebensmittelversorgung zu manchem Irrtum und Mißgriff Anlaß gegeben. Die Schuld daran lag nicht so sehr an Personen, wie vor allen Dingen daran, daß wir keine genügende Güter- und Produktionsstatistik hatten, trotz der jahrelangen Vorbereitungen, die für die letztere unter Posadowsky unternommen worden waren. Es war eben, obwohl sämtliche Staaten immer in steigendem Maße für den Krieg rüsteten, doch im Innersten der Glaube bei fast allen von uns vorhanden, daß dieser Krieg, unter anderem gerade auch durch die Rüstungen, vermieden werden könnte und müßte; sonst wären wir wohl auch in Beziehung auf Produktions- und Rohstoffstatistik besser vorbereitet gewesen. Daß es aber zum Frieden einmal kommt, das glauben wir nicht nur, sondern das wissen wir. Hier gibt es solche Entschuldigungsgründe nicht. Hier muß dafür gesorgt werden, daß wir vom Friedensausbruch nicht ebenso überrascht werden, wie wir es vom Kriegsausbruch in vieler Beziehung wurden. Man verlangt mit Recht, daß eines Tages vor dem Forum des ganzen Volkes, und zwar rechtzeitig, die Erörterung der Friedensbedingungen freigegeben wird, und sicher wird, wie es ja auch schon bemerkbar ist, eine allmähliche Erweiterung der Möglichkeiten der Meinungsäußerung in dieser Beziehung stattfinden[8]. Auch diese Zeitschrift ist ja begründet worden, um durch die Sammlung der Tatsachen und der Ideen wenigstens eine sachgemäße Erörterung dieser Art v o r z u b e r e i t e n. Aber zuzugeben ist noch, daß, solange nicht die endgültige und durchgängige Kraftausmessung zwischen den einander gegenüber stehenden Mächten stattgefunden hat, in vieler Beziehung die Erörterung der Kriegsziele bis ins Einzelne hinein mindestens überflüssig und manchmal schädlich sein dürfte. Solange dieser Zustand noch besteht, gibt es aber andere wichtige Aufgaben, die viel weniger vorgreifende Erwägungen sind, wie die über Frie-

[8] Vgl. Tgb. 2. u. 4. 12. 1915, 19. u. 26. 3. 1916.

densbedingungen am Ende eines noch nicht ausgekämpften Kampfes, und die sich doch nicht ausgekämpften Kampfes [sic!]. Nichts ist entschiedener zurückzuweisen, als was man jetzt manchmal hört: „Ja, Du lieber Gott, wir wissen ja gar nicht, wie es werden wird! Wie könnten wir jetzt schon sagen, wie die Friedenswirtschaft eingerichtet werden soll. Jetzt müssen wir uns erst durchkämpfen und dürfen uns gar nicht mit solchen Fragen beschäftigen, die uns abziehen könnten von der energischen Verfolgung des einen Zieles: zu siegen." Nun, ein solch prinzipieller Unterschied zwischen den Kriegszielen und den Fragen der wirtschaftlichen Organisation nach dem Kriege besteht nicht. Wie sich der Krieg nicht prinzipiell, sondern bloß durch die Anwendung der Mittel von dem letzten Friedenszustande der europäischen Staatenwelt unterscheidet, wie auch während des Friedens hier ein fortwährendes Ringen um Macht und Einfluß und um Anteil an den wirtschaftlichen und kulturellen Gütern dieser Welt vor sich ging, so wird — es kann nicht oft genug gesagt werden — auch der neue Friedenszustand sofort nur auf lange erfüllt sein von einem solchen fortwährenden Ringen. Das aber heißt, der endgültige Sieg wird nicht allein durch den unmittelbaren Erfolg des Krieges gesichert, sondern, wenn wir wieder von den eigentlichen Kulturfragen absehen, durch eine Organisation des wirtschaftlichen und politischen Lebens, welche die Früchte des Krieges und Sieges, wie groß oder wie klein sie seien, sichert und ein weiteres Ansteigen der inneren Kraft und Macht verbürgt, die sich dann umsetzt auch in außerpolitische Macht und Kraft, ohne daß es gleich immer dann zum Kriege zu kommen braucht. Hoffen wir, daß dieser Weltkrieg nicht der Beginn einer Serie sein wird, aber jedenfalls, daß er nun alle weltpolitischen Probleme ein für alle Mal auch nur für absehbare Zeit lösen wird, das wird niemand behaupten wollen.

Also es muß beizeiten an eine Lösung der uns bewegenden innerpolitischen und vor allem wirtschaftlichen Organisationsfragen gedacht werden, rein im Interesse unserer äußeren Macht und unseres äußeren Einflusses. Wenn der Interessen- und Parteikampf dabei auf's neue entbrennen muß — dann ist er eben notwendig und muß ebenfalls durchgekämpft werden. Kein Vernünftiger hat das je anders erwartet. Aber freilich eines hat der Krieg hoffentlich hinzugebracht: einen neuen, gleichzeitig befruchtenden wie die Leidenschaft des Parteikampfes mäßigenden Gesichtspunkt, nämlich den der Zusammenfassung der widerstrebenden Kräfte zum Ganzen und zur Wirkung nach außen. Der Weltkrieg mit den großen Gefahren, die er uns gebracht hat, wird diese Lehre hoffentlich allen Parteien auf die Dauer eingeprägt haben. Aber vergessen wir nicht, wenn erst der Friede gekommen sein wird, dann wird die ungeheure Spannung, die die Menschen aufrecht erhielt und festgebannt hielt an die eine große Aufgabe, ihr Land und ihr Volk zu verteidigen und sich nicht abdrängen zu lassen von dem zukommenden Einfluß auf die Neugestaltung dieser Welt, nachlassen und natürlicherweise werden die Menschen wieder mehr in eine etwas kleinlichere Betrachtung aller wirtschaftlichen und politischen Fragen

zurücksinken. Wenn man sagt, es ist besser, jetzt nicht durch die wirtschaftlichen Kämpfe die Einheitlichkeit leiden zu lassen, so ist das ein großer Fehlschluß, der sich später rächen kann. Im Gegenteil, für die großen neuen Aufgaben, auch insbesondere in wirtschaftsorganisatorischer Hinsicht, werden die Menschen gerade während des Krieges leichter zu haben sein. Zum mindesten aber darf aus jenen Befürchtungen für den „Burgfrieden" heraus nun nicht etwa nach alten Methoden etwas aufgebaut oder angebaut werden, was dem neuen Aufbau nachher hinderlich sein könnte.

Die neuen Finanzvorlagen gehen mit Absicht darum herum, irgendwelche neuen Bahnen einzuschlagen, augenscheinlich eben, weil man glaubt, es sei besser, die Erwägungen der großen neuen wirtschaftlichen Umordnung erst nach dem Kriege anzustellen. Aber von allem anderen abgesehen, wir haben doch einen großen Vorsprung dadurch gegenüber unseren Gegnern, daß wir uns zweifellos sagen können: unterliegen können wir nicht mehr. Bis zu einem bestimmten Grade sind wir schon die Sieger, wenn wir auch nicht endgültig sagen können, wie weit wir den Sieg werden in dauernde Erfolge ausmünzen können. Aber einen bestimmten Dauererfolg können wir schon jetzt ausmünzen. Unsere bisherigen Siege ermöglichen es uns schon jetzt, an die Vorbereitungen der Umorganisation der Wirtschaft zu gehen, die für jeden Denkenden heute schon — bei uns wenigstens — in den Grundzügen sich vorbereitet. Es sei dahingestellt, wie weit bei den verschiedenen Staaten nach denselben Prinzipien umgebaut werden wird. Aber umgebaut wird überall werden. Wer zuerst damit fertig sein wird, wird einen wirtschaftlichen und politischen Sieg über die anderen errungen haben — vorausgesetzt natürlich, daß man vernünftig und solide baut. Kommt ein solcher Sieg zu dem kriegerischen bei uns hinzu, wer wird uns dann mit Aussicht auf Erfolg so leicht etwas anhaben wollen? Lassen wir einmal — was ja jetzt während des Krieges viel leichter ist, als es später sein wird, alle Parteischablonen beiseite und alle prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten und alle Furcht vor Worten, alle prinzipielle Diskussion vor allen Dingen zunächst über die Frage, ob das bisher herrschende Prinzip des wirtschaftlichen Individualismus zurückgedrängt oder wenigstens eingeschränkt werden wird durch die Verstärkung des gemeinschaftlichen Elements.

Der Krieg hat uns eine Menge Abänderungen der Wirtschaft in dieser Hinsicht bereits gebracht. Es hat keinen Zweck, Streit darüber zu führen, ob das nun vorübergehende und Ausnahme-Erscheinungen sind, ob es sich nur um scheinbar gemeinwirtschaftliche Maßnahmen im eigentlichen Sinne handelt, die in Wirklichkeit nur Kriegszustandsmaßnahmen darstellen. Es werden sehr subtile Untersuchungen unternommen, ob aus dem Kriegssozialismus ein Friedenssozialismus werden wird. Daran schließen sich dann allerlei Untersuchungen darüber, ob man die Grundlinien der Kriegsorganisation in die Friedenszeit hinein fortsetzen und ausbauen s o l l. Diese Fragen werden in der Tat erst in dem Kampf der Partei- und wirtschaftlichen Interessen nach dem Friedensschluß endgültig, oder vielmehr in

einem fortwährenden Hin- und Hergehen des Ringens entschieden werden. Aber soviel ist sicher, daß wir große Geldmengen brauchen werden, und ebenso sicher ist, daß bei den ungeheuren Anforderungen, die auch an die Kommunen und an die Einzelstaaten gestellt werden, es mit den alten Steuerprinzipien, von welcher Seite sie auch vorgetragen werden, nicht auszukommen sein wird. Wir wissen heute ganz genau, daß wir ohne Monopole und also mit tief eingreifenden Maßnahmen in das bisher vom individualistischen Prinzip beherrschte Wirtschaftsleben nicht werden auskommen können. Es ist kein Grund, daß diese tief eingreifenden Maßnahmen nicht schon jetzt vorbereitet und zum mindesten vordurchdacht werden. Mag sein, daß das Tabakmonopol, oder wenigstens das Zigarettenmonopol, besser erst nach dem Friedensschluß in Angriff genommen wird. Aber wie ist es z. B. mit dem allerdings eine große Umwälzung des Wirtschaftslebens mit sich bringenden Monopol aller Kraftquellen, von den Wasserkräften bis zur Kohle? Gewiß, die Fragen müssen sorgsam erwogen werden, aber soviel steht fest, die neue Finanzvorlage bringt augenblickliche Aushilfsmittel, von denen ein großer Teil, abgesehen davon, daß es fraglich ist, ob sie wirklich auch nur für den Augenblick die notwendigen Geldmittel gewährleisten werden, gerade eine der wichtigsten Quellen unserer Kraft und unserer Stärke belasten und schädigen muß. Die Verkehrssteuern im weitesten Sinne, die dieser Vorentwurf bringt, können noch so provisorisch gedacht sein, es besteht grade vor allen Dingen auch die Gefahr, daß man sich nicht an den Gedanken rechtzeitig gewöhnt: es müßten tiefer gehende und weitergreifende Maßnahmen getroffen werden; und daß infolgedessen, wenn solche Maßnahmen sich nachher doch als unabwendbar erweisen und darüber wird wohl niemand zu streiten wagen — die Kämpfe darum mit viel größerer Leidenschaft geführt werden. Sollte es sich selbst herausstellen, daß für den augenblicklichen schnellen Dekkungsbedarf viel bessere Vorschläge nicht gemacht werden können, als in den Finanzvorlagen enthalten sind, so ist damit nicht gesagt, daß nicht wenigstens bereits in den Grundzügen die doch in kurzem kommenden großen gesetzlichen Maßnahmen vorgezeichnet werden.

Geschieht das nicht seitens derjenigen, in deren Händen die Finanzverwaltung des Reiches liegt, so ist es die Aufgabe des deutschen Reichstages, in dieser Hinsicht wenigstens etwas Klarheit zu schaffen, und darauf zu dringen, daß rechtzeitig die Lösung dieser — es sei wiederholt — nicht nur vom Standpunkt der inneren Politik, sondern auch vom Standpunkt außenpolitischer und weltpolitischer Geltung wichtigen Frage vorbereitet wird. Dies umsomehr, als das Hereindenken in die Frage einer teilweisen Umorganisation unserer Volkswirtschaft nicht nur gefordert wird von den eigentlichen geldlichen Staatsbedürfnissen. Auch die Fragen der Hinterbliebenenfürsorge, der Überführung der rückströmenden Arbeiter in eine geregelte Tätigkeit, und vor allen Dingen der mitteleuropäischen wirtschaftlichen und politischen Konsolidation, von der sogleich noch zu sprechen sein wird, werden höchstwahrscheinlich in derselben Richtung liegende

Anforderungen an unsere Umdenkungsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit stellen. Vielleicht täuschen wir uns über die Richtung, in der die neue Anpassung und das Umdenken vor sich gehen werden. Aber in irgendeiner Richtung werden sie wohl stattfinden müssen. Dann bezeichne man sie. Um diese Fragen herumgehen, wie es z. B. der Schatzsekretär Helfferich in seiner Etatsrede[9] versucht hat, wird man auf die Dauer nicht können — und wird man deshalb auch nur versuchsweise und vorläufig nicht dürfen.

Es handelt sich — rund heraus gesagt — nicht mehr um eine mehr oder weniger geschickte Steuerpolitik allein. So groß sind die Ansprüche an das Volksvermögen und das Volkseinkommen durch diesen Krieg geworden, daß sie nicht mehr zu befriedigen sind, ohne daß ein tiefer Eingriff in den gesamten Aufbau der Wirtschaft vorgenommen wird. Es handelt sich um den zweiten großen Kampf um die nationale Existenz und Macht, der nun von neuem im Innern ausgefochten werden muß, wenn der Krieg nach außen zu Ende sein wird, und der uns doch weniger schwer vorkommen wird im Vergleich zu den ungeheuren blutigen Opfern, die dieser gekostet hat und kostet. Es zeigt sich eben uns Lebenden an unserm eigenen Leibe und unserer eigenen Seele die Wahrheit des Satzes, den alle Geschichte lehrt, daß kein Zusammenprallen der Staaten und keine Umänderung der Machtverhältnisse der Staaten ohne eingehenden Einfluß auf die innere Organisation dieser Staaten sein können.

Ganz unmittelbar geht dieser Zusammenhang hervor, wenn man die andere große Frage, die nicht nur uns, sondern ganz Mitteleuropa angeht, näher ins Auge faßt. Wir erwähnten diese Frage der Konsolidation Mitteleuropas schon vorher und deuteten darauf hin, daß in derselben Richtung wie die Notwendigkeit, neue bedeutende Geldmittel für den Staatsbedarf aufzubringen, auch die Notwendigkeit wirkt, zum mindesten einen wirtschaftlichen Zusammenschluß der mitteleuropäischen Staaten herbeizuführen. Soweit es sich um einen wirtschaftlichen Zusammenschluß handelt, werden selbstverständlich wirtschaftliche Vorteile für die Beteiligten erwartet, die aber zu einem großen Teil vielleicht auch, z. B. was Deutschland anlangt, auf der Linie einer Fortsetzung der bisherigen Handelspolitik für eine Zeitlang erreicht werden können. Betrachtet man nur die rein wirtschaftliche Seite des Zusammenschlusses, so läuft man leicht Gefahr, halbe Maßregeln zu ergreifen aus allzugroßer Vorsicht, die Interessen der einzelnen Erwerbszweige der drei hauptsächlich in Betracht kommenden Länder Österreich, Ungarn und Deutsches Reich zu verletzen. Aus rein wirtschaftlichen Erwägungen, die sich doch immer allein auf den in Kürze zu erreichenden Gewinn einer, wenn auch als Einheit aufgefaßten Zahl von Privatwirtschaften erstrecken, erscheint der Zusammenschluß zwar dringend erwünscht, aber aus ihnen allein heraus wäre er nie zustande gekommen und würde er auch nie zustande kommen. Der Zusammen-

[9] Rede im Reichstag vom 16. 3. 1916, Sten. Berichte, Bd. 306, S. 768 ff.

schluß der mitteleuropäischen Staaten ist vor allen Dingen eine außerpolitische und weltpolitische Notwendigkeit für uns und unsere Bundesgenossen. Das muß scharf betont werden. Und das verbürgt aber andererseits auch, daß die notwendigen tiefgreifenden Maßnahmen erkannt und durchgeführt werden, ohne die auch der rein wirtschaftliche Zusammenschluß nicht zustande kommen würde.

Man hat neuerdings von entschieden weltpolitisch gerichteter Seite ein gewisses Mißtrauen gefaßt gegen die Idee der mitteleuropäischen Union, als würde deren Durchführung und auch allein schon die Bemühungen um diese Durchführung die großen Probleme des Kampfes um die Hochstraßen der See und den Anteil am überseeischen Verkehr und die kolonialpolitische Betätigung Deutschlands bedrohen. Und es ist kein Zweifel, es gibt Anhänger der mitteleuropäischen Konsolidation, welche mit deren Durchführung das Hauptstück deutscher Weltpolitik vollendet zu haben glauben. Aber solche Ansichten sind ein Mißverständnis dessen, was jetzt im Herzen Europas werden will. Die Bedeutung der mitteleuropäischen Konsolidation liegt darin, daß sie eine Minimalgarantie der Weltmacht der zentralen Völker Europas sein soll und sein wird, eine breite und feste Basis, von der aus ganz anders politisch und wirtschaftspolitisch heraus gewirkt werden kann, in die Welt hinein, auch außerhalb Europas. So steht diese Frage im engsten Zusammenhang mit der oben auseinandergesetzten: England oder Rußland? Gelingt die Lösung der mitteleuropäischen Frage, so hat die große weltpolitische Frage der Wahl zwischen England und Rußland einen großen Teil ihrer Schwierigkeit verloren.

Was nun die wirtschaftliche Seite des mitteleuropäischen Zusammenschlusses anbelangt, in welcher Form er auch stattfinden möge, ob in Form einer Meistbegünstigung, ob in Form einer Zollunion mit Zwischenzolllinien, so birgt er in dieser Hinsicht die Gefahr in sich, daß zwischen den Erwerbszweigen derselben Gattung in den verschiedenen Ländern dauernde Kämpfe ausgelöst werden, die anstelle jener scheinbaren Vereinigung der in Frage kommenden Länder zu einer Veruneinigung breiter und wichtiger Teile der verschiedenen Völker führen würde und damit das Verhältnis der verschiedenen Nationen verschlechtern würden. Über diese Fragen kommen wir nur hinfort durch eine weitgehende ausgleichende Regelung der Produktion der in Betracht kommenden Länder. Das wird etwa so vor sich gehen: Bestimmte Industrien der verschiedenen Länder werden sich von allein zu größeren Kartellen zusammenschließen können. Bei den noch nicht so weit und gleichmäßig fortgeschrittenen Industrien werden diese Kartellbildungen von seiten der Regierung in irgendeiner Weise gefördert werden müssen. Diese Förderung wird ganz natürlicherweise die Handhabe zu einer gewissen staatlichen Beaufsichtigung, ja Mitleitung der Kartelle bieten müssen. Ein weiteres Moment, warum auch dort, wo die Kartelle in größerem Maße von allein vor sich gehen können, der Staat eingreifen muß und sich bestimmte Rechte wird vorbehalten müssen, liegt darin, daß sowohl im Interesse des Konsumenten wie auch im Interesse der Arbeiter

eine so große Macht, wie sie diese Kartellbildungen darstellen würden, nicht mehr in die Hände von privaten Interessenten gegeben werden kann. Es ist unmöglich, daß die ungeheuren Anstrengungen, welche von ganzen Völkern bei dieser Umordnung ihrer Volkswirtschaft und bei dem Ausgleich ihrer Volkswirtschaft unternommen werden, nicht notwendigerweise als Konsequenz haben werden, daß die Allgemeinheit auch die Hand über den so entstehenden neuen Wirtschaftsbildungen behalten wird. Man muß sich also klar sein: hier handelt es sich in der Tat um das Auftauchen neuer Elemente des gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftsbaues. Wie weit in diesen Bildungen trotz allem das privatwirtschaftliche Element der älteren Wirtschaftsgestaltung, wie weit das neuere, nennen wir es ruhig sozialistische, Element als das charakteristische sich durchsetzen wird, das hängt, wie gesagt, von dem Ergebnis langer, und sicherlich nicht einfacher, innerpolitischer und wirtschaftlicher Kämpfe ab. Es wird aber auch davon abhängen, ob diejenigen Wirtschaftsgruppen und -parteien, welche ihrer Natur nach das privatwirtschaftliche Prinzip mehr vertreten, oder diejenigen, welche mehr das neue gemeinwirtschaftliche Prinzip vertreten, hauptsächlich mit dazu beitragen werden, die aus außerpolitischen Gründen notwendig geforderte Neubildung Mitteleuropas zustande zu bringen. Auf welchem Parteistandpunkt man auch stehe, es wird dem ruhigen Beobachter staatlicher Dinge und insbesondere der neuesten Geschichte immer auf den ersten Augenblick wunderlich erscheinen, daß Bevölkerungsklassen wie das erwerbende Bürgertum und die hochstehende deutsche Arbeiterschaft mit den Parteien, welche ihre Interessen hauptsächlich vertreten, trotz ihrer Bedeutung für die gesamte Volkswirtschaft und für das politische Schwergewicht, das Deutschland innerhalb der Staaten und Völker besitzt oder besitzen könnte, einen verhältnismäßig so geringen Einfluß auf die Staatsleitung gewonnen haben, wie es jedenfalls bis zum Ausbruch des Krieges der Fall war. Diese Tatsache erklärt sich daraus, daß immer diejenigen Parteien, welche die allgemeinen Staatsbedürfnisse, insbesondere diejenigen Bedürfnisse, die der Staat in seiner Eigenschaft als Machtorganisation nach außen hin hat, am schärfsten und klarsten erkennen und bereit sind, die Befriedigung dieser Bedürfnisse herbeizuführen. Es läßt sich nicht leugnen, daß es hauptsächlich die rechtsstehenden Parteien in Deutschland gewesen sind, welche die Einsicht dieser Seite des Staates stets mehr gehabt haben, als die andere Seite. Aus welchen historischen und psychologischen Gründen heraus bleibe hier unerörtert.

Von welchem Geiste die neuen Wirtschaftsbildungen, die ganz sicher entstehen werden, erfüllt sein werden, welche Wirkung sie also auf die Lage der Massen des Volkes ausüben werden, das wird zu einem sehr großen Teile davon abhängen, welche Interessengruppen und Parteien ihnen durch ihre produktive Mitarbeit ihren Stempel hauptsächlich aufdrücken werden. Nun ist es aber ebenfalls sicher, vom Standpunkt desjenigen, der den Staat als solchen und als Ganzes im Auge hat, und der erkannt hat, daß die Machtstellung der Staaten untereinander das Entscheidende ist

auch für die innere Entwicklung: der wird umgekehrt auch, so wie die Dinge heute liegen, nicht wünschen, daß bei dem großen Neubau und Umbau, der ausgeführt werden muß, so breite und wertvolle Teile des Volkes, wie sie in der deutschen Arbeiterschaft enthalten sind, beiseite stehen oder wenigstens nur widerwillig mitarbeiten. So ungeheuer sind die Anstrengungen und so groß die Schwierigkeiten und Gefahren, daß noch auf lange hinaus eine Anstrengung und Inanspruchnahme aller Kräfte notwendig ist, und eine nicht nur scheinbare, sondern wirkliche Einheit des „deutschen Volkes, des ganzen deutschen Volkes", — um an jene Rede des Reichskanzlers zu erinnern[10] — notwendig ist. Wie klein und nebensächlich ist gegenüber den ungeheuren Aufgaben, die an uns herantreten, z. B. die preußische Wahlrechtsfrage, und wie große Wirkung auf deutsche Einheit und Macht könnte hier leicht erreicht werden. ⟨Bei der Betrachtung des Falles Tirpitz und der Gegenaktion der Reichsregierung gegen die Resolutionen, die ja ein Mißtrauensvotum ihr gegenüber sein sollten, finden wir, daß bei der Gegnerschaft, gegen die die Regierung und speziell der Reichskanzler sich wehrt, zu einem großen Teile innerpolitische Gründe maßgebend sind. Es scheint eben, als ob der leitende Mann des Reiches doch von der Wahrheit des historischen Satzes, daß solche außerpolitischen Umwälzungen, wie wir sie erleben, auch innerpolitische mit sich bringen müssen, nicht unberührt geblieben ist. Wie weit aber haben sie ihn durchdrungen, und wie weit wird er sich von dieser intellektuellen Überzeugung zum Handeln drängen und bis ins Einzelne hinein bestimmen lassen?⟩ Wie weit werden ⟨auch⟩ diejenigen Parteien, die bisher der Leitung des Staatswesens am nächsten standen, durch die außerpolitischen Notwendigkeiten, die sich aufdrängen, sich bestimmen lassen, Opfer von Parteiprinzipien, Opfer von Interessen zu bringen? Und werden s o die äußere Linke z w i n g e n, dasselbe zu tun? Das sind Schicksalsfragen, die aufs engste zusammenhängen mit denen, die jetzt draußen auf den Schlachtfeldern und auf den Meeren entschieden werden, und die nicht viel weniger bedeutungsvoll sind als diese. Siegt die Einheit des deutschen Volkes über die einzelnen Teile, dann erst wird der durch Waffen und Blut errungene Sieg gesichert, ja dann wird er verdoppelt sein.

[10] Wohl Anspielung auf die Schlußsätze der Rede Bethmanns vom 4. 8. 1914: „Unsere Armee steht im Felde, unsere Flotte ist kampfbereit — hinter ihr steht das ganze deutsche Volk! — Das ganze deutsche Volk einig bis auf den letzten Mann!" Sten. Berichte, Bd. 306, S. 7.

Weltpolitik und Sozialismus I.

ESt WZ 1, S. 125—129 30. 3. 1916

1.

Ende der vorigen Woche ist zum Schluß einer stürmischen Reichstagssitzung die langerwartete und doch immer wieder für unwahrscheinlich gehaltene Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu Tage getreten[1]; in einer darauf folgenden sehr kurzen und sehr ruhigen letzten Gesamtfraktionssitzung[2] wurde sie auch formell für die Öffentlichkeit bestätigt.

Wird diese Spaltung der größten Reichstagsfraktion nun auch endgültig eine Spaltung der weitaus größten deutschen Partei herbeiführen? Und wenn ja, wohin wird die Entwicklung der beiden, von da an ihren eigenen Weg gehenden Teile laufen? Wird sie immer weiter auseinandergehen oder werden die beiden Teile zeitweise immer wieder sich zusammenschließen zu gemeinsamer Aktion, um wenigstens einen Teil der bisher gemeinsam vertretenen Ziele mit geschlossener Kraft zu vertreten? Ist vielleicht anzunehmen, daß nach einiger Zeit auch d i e s e Spaltung der Arbeiterbewegung sich wieder schließen und wie frühere Teilungen doch wieder zur Einheit führen wird, mehr oder weniger anknüpfend an die nun vier Jahrzehnte alte Geschichte einer trotz aller unaufhörlichen Gegensätze geschlossenen und einheitlichen Partei?

Und sollte die Schließung dieses neuesten Spaltes nicht stattfinden, sollte die Entwicklung tatsächlich zur dauernden Trennung führen, wird dann eintreten, was Viele schon seit langem von dem rechten Flügel der Sozialdemokratie erwarten? Wird nämlich dieser rechte Flügel sich immer mehr zu einer radikalen Reformpartei, die aber auf dem Boden des gegenwärtigen Staatswesens, der gegenwärtigen Gesellschaft steht, entwickeln? Und wird andererseits der radikale Flügel durch seinen Mangel an geistiger und taktischer Anpassungsfähigkeit der sozialdemokratischen Ideenwelt und der sozialistischen Bewegung, als Hindringen zum Sozialismus, den Rest von Bedeutung nehmen, den ihm die Abkehrung der Masse ihrer Anhänger, welche ja durch die Majorität der Fraktion vertreten zu sein scheint, gelassen hat? Und sollte dies stattfinden, wird dann die gesamte Ideenrichtung, die von der sozialdemokratischen Partei und der Arbeiterbewegung überhaupt bisher vertreten wurde, auf lange Zeit Erhebliches an [ihrer] Bedeutung verlieren? Wird der Sozialismus im eigentlichen Sinne, nämlich der Sozialismus als geschlossene Anschauung von der Entwicklung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat, als entschlossener Wille diese Entwicklung

---

[1] Sitzung vom 24. 3. 1916, Sten. Berichte, Bd. 307, S. 842 ff. Haase und die ihm nahestehenden Mitglieder der Reichstagsfraktion der SPD schlossen sich zur Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zusammen. Fraktionsprotokolle SPD, Bd. 2, Nr. 401 f.

[2] Am Nachmittag des 24. 3. 1916, Fraktionsprotokolle SPD, Bd. 2, Nr. 402.

in bestimmte Bahnen zu lenken zur Einflußlosigkeit verdammt werden und damit auf beträchtliche Zeit für die weitere historische Entwicklung Deutschlands ausgeschaltet sein?
Oder ist vielmehr die Freimachung von alten, taktischen Gewohnheiten und zu Dogmen erstarrten Lehrsätzen, die seitens der Majorität der sozialistischen Reichstagsfraktion und damit wohl von der Masse der Partei vorgenommen wird, nur die Vorbereitung für eine neue Form der sozialistischen Theorie wie der sozialistischen politischen Praxis? Ist sie vielleicht gar der Beginn einer bewußten Politik des Sozialismus, an der es bisher gefehlt hat? Einer zwar von Grundsätzen ausgehenden, aber die Umstände und Schwierigkeiten und Möglichkeiten aufmerksam und sorgfältig abwägenden Politik zur allmählichen, aber, schneller oder langsamer, immer weitergehenden Durchdringung des Ausbaues von Staat und Gesellschaft mit sozialistischen Elementen und zur Durchsetzung der Änderung derjenigen staatlichen Konstruktionselemente, welche als Voraussetzung oder als Folgen jenes Durchdringens des Sozialismus notwendig sind? Das sind nur einige aus der Fülle von Fragen, die sich vor uns allen nun aus Anlaß der sozialdemokratischen Fraktionstrennung in größerer Klarheit als bisher erheben, nachdem sie trotz oder gerade wegen der durch Jahre hindurch schleichenden Parteikrise von uns zwar in ihren Umrissen wohl gekannt, aber immer wieder bei Seite geschoben worden waren. Die Bedeutung dieser Fragen und ihrer Beantwortung für die europäische Kulturwelt und für uns besonders, die wir deutschem Geistesleben und deutscher Politik angehören, ist kaum abzusehen.
Und wenn sie auch erst durch den Gang der historischen Entwicklung selbst entscheidend beantwortet werden wird, so wird diese Antwort der Tatsachen durch die vielen verschiedenen und sich widersprechenden Antworten bestimmt werden, die das Denken und Fühlen und Handeln von uns allen geben wird, nicht etwa bloß von denjenigen, die es zunächst anzugehen scheint, nämlich von den Angehörigen der sozialistischen Teilparteien und diesen Teilparteien selbst. Verleitet zum Teil durch die Tatsache, daß die Parteibildung der Sozialdemokratie sich in vielen für uns wichtigen und entscheidenden Dingen absichtlich beiseite hielt oder wenigstens nicht aktiv und positiv mitarbeiten zu wollen schien, hat es wohl wirklich noch Menschen gegeben, die den Sozialismus als Denkrichtung und als Entwicklungstendenz und die Arbeiterbewegung in ihren wirtschaftlichen und politischen Ausprägungen als etwas im letzten Grunde doch nicht Entscheidendes und Wichtiges angesehen haben. Jetzt aber, wo dieser mächtige Bau auseinander zu fallen scheint, da wird es jedem Einzelnen etwas früher oder später klar werden, welcher Partei und welcher Geistesrichtung er auch angehört oder zugeneigt hat, daß wir alle bis ins Innerste hinein von diesem Vorgang mit berührt und von dieser Umwandlung, die sich anzukündigen scheint, mit umgewandelt werden.

2.

Diese kommende Umwandlung wird zwar im letzten Grunde von der großen Katastrophe des Weltkrieges herrühren, aber für einen großen Teil der Parteien wird sie eben erst richtig vermittelt werden durch jene Umbildung, die in der größten der deutschen Parteien, oder besser, in deren sozialem Untergrund, der Arbeiterklasse, zur Zeit vor sich geht. Diese Umbildung selbst wieder wird im letzten Grunde ausgelöst durch den Weltkrieg. Freilich, der Möglichkeit und der Anlage und Richtung nach war sie selbstverständlich schon lange vorgebildet, aber doch bloß als eine Entwicklungsmöglichkeit unter manchen anderen. Die Vielfältigkeit und Gegensätzlichkeit unter den verschiedenen Entwicklungstendenzen der Arbeiterbewegung und ihres politischen Ausdrucks, der sozialdemokratischen Parteibildung, beruht zunächst in der verschiedenen Zusammensetzung der Arbeiterklasse selbst, als deren Gesellschaftsideal der Sozialismus sich darstellt. Diese Arbeiterklasse besteht aus ganz verschiedenen Schichtungen mit daraus folgenden sehr verschiedenen Interessen. Diese Interessen haben eine sehr verschiedene Nähe zu dem allgemeinen Interesse der Aufrechterhaltung der ungebrochenen Fortentwicklung der Gesellschaft und der Erhaltung der zusammenhaltenden Form für alle widerstreitenden Bestrebungen der Wirtschaft, der Gesellschaft und der Kultur, welche Form eben der Staat ist. Nun stellen sich zwar unter einem bestimmten Gesichtspunkte, und zwar unter einem der wesentlichsten Gesichtspunkte, diese verschiedenen Schichtungen zusammen als eine Einheit gegenüber anderen, ebenfalls aus verschiedenen Schichtungen bestehenden, großen Einheiten der Gesellschaft dar: als eine Klasse gegenüber anderen Klassen. Aber es bleiben doch unter der Oberfläche des gemeinsamen Programms und neben den starken durchgehenden Grundlinien der Anschauung von der Gesellschaftsentwicklung und des Willens, diese Gesellschaftsentwicklung zu beeinflussen, einander erheblich widersprechende Strömungen, die nur zu bestimmten Zeiten eben von der Oberfläche mehr oder weniger verdeckt werden und gegenüber den Hauptströmungen mehr oder weniger unbedeutend und unwesentlich scheinen.

Dazu aber kommt noch etwas anderes:

Es ist ja die ganze Gedankenwelt des Sozialismus zwar auf Grund der gemeinsamen Interessen der Arbeiterklasse entstanden; aber anknüpfend an den alten Schatz von Gedanken und Ideen, der in all den Jahrhunderten angesammelt wurde, wo es eine Arbeiterklasse mit einem besonderen Charakter der heutigen modernen Arbeiterklasse mit ihrer ganz besonderen Geistesverfassung und ihren ganz besonderen Idealen noch nicht gab. Und weiter: Im Anfang der bewußten sozialdemokratischen Bewegung bildeten viele ihrer Anhänger, ja gerade ihre Führer, sich ein, daß es nun eine ganz neue, eine sozialistische Wissenschaft gäbe (und es gibt heute noch immer Sozialisten, die sozusagen im Anfang der sozialistischen Bewegung stehen). In Wirklichkeit aber gab die sozialistische Ge-

dankenwelt nicht etwas von Grund auf Neues, sondern bloß etwas Neues, wenn auch für unsere Zeit wesentlich Neues, hinzu. — Ebensowenig ist sie etwas für sich Abgeschlossenes oder in sich und aus sich heraus sich Entwickelndes. Wie sie selbstverständlich, — mag es auch Leute geben, die um der Doktrin willen ihre Augen vor der Umwelt verschließen, — sich den Veränderungen der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit anpaßt, (wenn es auch oft mehr mit Ausflüchten und Zurechtlegungen als energisch mit tiefgreifenden Umgestaltungen der wissenschaftlichen Begründung geschieht), ebenso bleibt sie doch keineswegs unberührt auch von den Ergebnissen derjenigen Wissenschaft, die doch immerhin außer der sogenannten sozialistischen Wissenschaft ist und bleibt. Diese „kapitalistische Wissenschaft", diese „Bourgeoiswissenschaft" und wie man die nichtsozialistische Wissenschaft noch genannt hat, bekommt doch, wenn auch vielleicht ebenfalls nur unter bestimmten Gesichtswinkeln einen Zipfel der Wahrheit zu erfassen, ja, vielleicht kann sie sogar manchmal eben unter diesem bestimmten Gesichtswinkel diese Wahrheit schärfer sehen, als eine Wissenschaft, welche der Gegenwartsgestaltung feindlich gegenübersteht und deshalb ihre tatsächlichen Ereignisse und Entwicklungstendenzen etwas verzerrt zu sehen in Gefahr ist. Da werden nun, wie der Sozialismus aus unendlich vielen Quellen der Vergangenheit entstanden ist, die verschiedenen Strömungen in ihm, die aus diesen verschiedenen Quellen her vorhanden sind, durch die Entwicklung der sonstigen gegenwärtigen Wissenschaft hier und dort wechselnd auch wieder verstärkt. Die ganze revisionistische Bewegung und der Streit um sie ist ein einziges Beispiel für dies Anwachsen und Abschwellen bestimmter Nebenströmungen.

Wie gesagt, der Strömungen in der praktischen, politischen und wirtschaftlichen Arbeiterklasse sind viele. Welche nun zur Hauptströmung wird, die in das große Meer der Geschichte der wirklich geschehenden Dinge führt, das wird in diesem Augenblicke, wo alles in Frage gestellt wird, wo alles sich einer in ihrem Bestande bedrohten Einheit willig oder unwillig unterordnet, nach dem einzigen Gesichtspunkte ausgewählt und entschieden: ob es der Fortentwicklung dieser höheren Einheit, und das ist der Staats- und Kulturkomplex, zu dem es gehört, nützt oder schadet, vorausgesetzt, daß diese höhere Einheit die Krise überhaupt zu überstehen die Kraft hat.

3.

Bevor wir nach diesem Kriterium die Frage zu beantworten suchen, welche von diesen Strömungen siegen wird, ist allerdings noch die Vorfrage zu erledigen, ob etwa der Sozialismus als solcher und die sozialdemokratische Bewegung als solche, abgesehen davon, welche Elemente darin die Oberhand gewinnen, überhaupt in ihrem Fortwirken gesichert sind. Und zwar wird auch hier die Frage unser Wegweiser sein müssen, ob der Sozialismus und die ihn vertretenden Bewegungen und Parteien selber dem Fort-

bestand und der Fortentwicklung der höheren Einheit nützen oder schaden würden. Da bedarf es dann wohl freilich noch einer weiteren Vorfrage. Man wird uns nämlich einwenden können: woher weiß man denn, daß der Fortbestand so großer geistiger und sozialer Strömungen und Bewegungen, die doch noch dazu nicht allein in diesem einen Staats- und Kulturgebiet wirksam sind, von dem Bestand des Staates und der Gesellschaft, in der sie zu wirken begonnen haben, abhängig ist? In der Tat, dieser Einwurf ist berechtigt und deshalb mit haben wir ja ausdrücklich die Voraussetzungen gemacht, es überstehe der in Frage stehende Staats- und Kulturkomplex die Krise überhaupt. Es ist sehr wohl möglich — die Geschichte zeigt uns Beispiele genug — daß eine gewaltige geistige und soziale Strömung den Staat und die Gesellschaft sprengen kann, wenn diese es ihrer ganzen Organisation nach vielleicht nicht vermögen, sie sich einzugliedern und zu Quellen neuer Kraft zu machen. Es braucht dann nicht immer die neue geistige und soziale Strömung die ausschließliche Ursache der Sprengung zu sein, aber sie ist dann meist die Ursache davon, daß der betreffende Staat und die betreffende Gesellschaft andere Ursachen seines oder ihres möglichen Unterganges nicht zu bewältigen vermag. So große, zugleich religiöse und soziale Bewegungen, wie Christentum im römischen Reich, und dann innerhalb des Christentums, der Protestantismus, insbesondere in Deutschland, haben die Staaten für lange zersprengt, weil sie nicht eingegliedert und zur Kraftquelle ausgenutzt wurden. (Gegenbeispiel: der Protestantismus in England.) Dort aber, wo ein Staat so stark ist, daß er auf keinen Fall in absehbarer Zeit von außen zertrümmert werden kann, wo er andererseits noch so anpassungsfähig ist, daß er neue Bewegungen sich eingliedern und aus ihnen Kraft ziehen kann, dort wird der Vorgang für gewöhnlich der sein: daß in einer solchen Krisis, in einer immerhin drohenden Gefahr, die junge geistige oder soziale Strömung sich dann durchsetzen wird, wenn sie eben als Hilfe für den Kampf des Ganzen wirkt. Kann sie dieses nicht, so wird zum mindesten ihre Zeit noch nicht gekommen sein, und sie wird, wenn auch vielleicht nicht sofort, aber sehr bald, auf lange Zeit auch als Entwicklungstendenz und geistige Strömung bedeutungslos werden. Tatsächlich finden, soweit wir die Geschichte kennen, die großen innergesellschaftlichen Umwälzungen immer infolge großer machtpolitischer Verschiebungen zwischen den Staaten statt; nur selten führen derartige Verschiebungen nicht zu gewaltsamen Katastrophen. Der Krieg ist stets der Geburtshelfer der neuen Gesellschaften gewesen. Der Krieg, nicht die Revolution, wie Marx gelegentlich sagt, der aber anderswo und für gewöhnlich wohl weiß, daß Revolutionen nicht gesellschaftliche Neubildungen herbeiführen, sondern nur Umwälzungen des politischen Überbaus nach stattgefundenen und in Übereinstimmung mit den stattgefundenen gesellschaftlichen Umänderungen herbeiführen können.

Im Anfang der germanisch-romanischen, der eigentlichen europäischen Geschichte ist es die Bedrohung der jungen Staaten der Christenheit durch

die Araber, die den Feudalismus in seinen Keimen entstehen läßt. Karl Martell bildet aus einem Teil der freien Bauern zur Abwehr der feindlichen Reitergeschwader berittene Truppen aus. Hier knüpft dann die Weiterentwicklung des Lehenswesens usw. an. Und immer wieder sich abwandelnde, aber immer wieder ganz ähnliche bestimmte Erlebnisse und Hilfsmaßregeln der staatlichen Einheiten waren es, die den Feudalismus, anknüpfend an Ansätze und Möglichkeiten, aus ihnen herausbildend weiter entwickelten, bis ebenfalls, gleichzeitig unter dem Druck und der Begünstigung machtpolitischer Konstellationen, das Städtewesen des späteren Mittelalters mit seinen eigenartigen Bindungen entstand, die doch bereits den individuellen Kräften einen gewissen Spielraum allmählich und immer mehr ließen. Und wieder sind es bestimmte politische Ereignisse und kriegerische Veränderungen, die zuerst in den italienischen Städten aus eigenartigen Voraussetzungen, die in diesem Rahmen nicht ausgeführt werden können, die Anfänge des Früh-Kapitalismus entstehen ließen. Der Beginn des eigentlichen schon ausgebildeten Kapitalismus aber knüpfte sich an die gewaltsame kriegerische koloniale Ausbreitung der aufeinander folgenden großen Mächte und an die Kriege, die zwischen ihnen geführt werden. Insbesondere der große französisch-englische, immer wieder neu entbrennende Krieg — in dem schließlich Deutschland mit seinem preußisch-österreichischen Krieg Nebenkriegsschauplatz wird — spielt mit seinen vor allem wirtschaftlichen und wehrorganisatorischen Anforderungen und Konsequenzen die entscheidende Rolle. Dort, wo der Staat, wie in Frankreich, in erstarrter Tradition seiner ganzen Konstruktion nach den innergesellschaftlichen Veränderungen zunächst nicht nachkommen kann, entsteht die gewaltige Explosion, die wir französische Revolution nennen. Sie zieht die politischen Konsequenzen aus den vorhergegangenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen. Daß sie dabei soweit gehen konnte, wie sie tat, daß sie gleichzeitig auch immerhin ziemlich weit in das eigentlich Gesellschaftliche eingreifen konnte (Schaffung des Bauernstandes in einem Umfange, wie er seitdem für Frankreich charakteristisch ist), das wäre auf die Dauer nicht möglich gewesen, wenn nicht die revolutionären Kräfte zur Verteidigung und zum Neubau des im äußeren Krieg gefährdeten Staatswesens unentbehrlich gewesen wären.

Die Weiterführung des großen Kampfes zwischen England und Frankreich, die von dem revolutionären Frankreich und Napoleon übernommen wird, ist es, die die eigentliche moderne Welt schafft oder wenigstens alle Hindernisse beiseite räumt. Zunächst schieben diese Kriege politische Institutionen, z. B. in Deutschland, beiseite, die einer schnelleren gesellschaftlichen Entwicklung hinderlich waren. Sie zwangen die in diesen Krieg hineingezogenen Staaten, geistig, wirtschaftlich, wehrorganisatorisch sich umzugestalten, wenn sie bestehen und wenn sie möglichst in dem Streite der Mächte gegeneinander auch nur ihren Rang behalten wollten. Und vor allem in England selbst schafft der Krieg Voraussetzungen für eine neue Entwicklung. Mit Hilfe der bestimmten Geistesverfassung, die in diesem Kampf

der Staaten gegeneinander und auf Grund der in diesen Kämpfen entstandenen gesellschaftlichen Umgestaltungen die Menschen erfaßt hatte, werden die schon lange gekannten Ergebnisse der bisherigen Naturwissenschaft weiter entwickelt und vervollständigt. Und sie werden — was selbst wieder ein Förderungsmittel dieser Wissenschaften wird — zu Mitteln technischer Fortschritte. Und durch die Schaffung eines großen Reiches und Wirtschaftsgebietes einerseits, zeitweiliger Abschließung von Konkurrenz andererseits, durch das infolge von Kriegslieferungen und Kriegsanleihen angehäufte Kapital erlangt die Technik nun erst die letzten Wirkungsmöglichkeiten.

Sollen aus dem 19. kriegerfüllten Jahrhundert auch noch historische Beispiele gegeben werden? Soll z. B. an die Bedeutung der Umgestaltung der Nordamerikanischen Gesellschaft und Wirtschaft durch den Krieg zwischen Nord- und Südamerika erinnert werden? Oder an die Rolle der Kriege, aus denen das neue Deutsche Reich hervorgegangen ist? Es wäre schon notwendig und bis in unsere täglichen politischen Handlungen hinein lehrreich, all das einmal ausführlich in seinem Wirken und Gegenwirken machtpolitischer Umwälzungen und innerpolitischer Gesellschaftsumwandlungen darzustellen.

Aber das würde natürlich weit über den Rahmen dieses Aufsatzes hinausgehen.

Die Einführung des Sozialismus als eines der konstitutiven Elemente des Staates und der Gesellschaft wird aber nach Gesagtem von vorneherein kaum durchgeführt werden können, ohne daß große, gewaltsame und zwar außenpolitische Umänderungen vorangehen. Und weiter wird sie nur möglich sein, wenn sie für das betreffende Staatswesen, in dem sie zuerst eingeführt wird, eine Stärkung und Hilfe in seinem Existenzkampfe ist, wenn sie gewissermaßen erzwungen wird durch die Bedürfnisse des Staates selbst.

Nun haben wir aber bereits in dem Aufsatz „Innere und äußere Politik" in No. 2 dieser Zeitschrift[3] gezeigt, daß das Problem der reinen Finanzdeckung des Staates, nachdem der Krieg die ungeheuerlichsten Anforderungen an sie gestellt hat, nur mit Zuhilfenahme von im Grunde sozialistischen Maßnahmen stattfinden kann, mit Zuhilfenahme weitgehender und weitgreifender Monopole. Und wir haben weiter auseinandergesetzt, daß die mitteleuropäische Konsolidation ebenfalls für die in Betracht kommenden Staaten eine außenpolitische Notwendigkeit ist, und daß auch sie nur wird durchgeführt werden können, abermals mit Hilfe energischer Eingriffe des Staates in das gesamte Wirtschaftsleben hinein. Nur Staatskartelle oder ähnliches können die widerstrebenden Einzelinteressen einem großen politischen Zwecke unter- und einordnen. Dadurch aber ist schon die Frage beantwortet, ob der Sozialismus als solcher, ganz abgesehen davon, welche Elemente in der ihn bewußt vertretenden Bewegung die Oberhand gewinnen, als für die Zukunft sicher zu betrachten ist. Es ist gar kein Zweifel,

[3] S. o. S. 524 ff.

daß nach alledem diese Frage zu bejahen ist. Zwar falsch ist es, zu meinen, daß nun auf einmal der sozialistische Zukunftsstaat eingeführt werden muß oder auch nur eingeführt werden kann. Es ist sogar wahrscheinlich, daß der Sozialismus niemals ganz und gar und für alle Teile der Gesellschaft und Wirtschaft durchgeführt werden kann, ebensowenig wie etwa das Feudalsystem ganz ausschließlich bis in die Einzelteile des Gesellschafts- und Wirtschaftslebens hinein sich durchsetzte oder später wieder das Prinzip des wirtschaftlichen Individualismus vollständig siegte. Es sind dort noch bis auf den heutigen Tag zahlreiche wirtschaftliche Bindungen vorhanden, die in der höheren Ökonomie des Gesellschafts- und Staatswesens ihren guten Zweck, zum mindesten ihre rechtfertigenden und zureichenden Wirklichkeitsgründe haben. So wird auch der Sozialismus nur neben andere, bestimmende Prinzipien, die das Staats- und Gesellschaftsleben durchdringen, treten. Allerdings, er wird wohl immer mehr das Vorherrschende sein und damit der kommenden Epoche im Gegensatz zu früheren die charakteristische Gestalt und Färbung geben. Zu Anfang aber wird auch das nicht in so durchschlagendem Maße der Fall sein. Ganz langsam und allmählich findet das Durchdringen dieses Prinzips höchst wahrscheinlich statt. Denn noch sind die Aufgaben, die in ganz großen Gebieten dem wirtschaftlichen Individualismus gestellt sind, bei weitem nicht überall erfüllt. Erst dort, wo die große Tätigkeits-Aufgabe des wirtschaftlichen Individualismus vollendet ist, kann an seine Stelle der Sozialismus treten, wie es ja auch stets von Marx und seinen Schülern theoretisch wenigstens anerkannt worden ist[4].

[4] Die Fortsetzung dieses Artikels, erschienen in EStWZ 1 (6. 4. 1916) S. 184—188 unter dem Titel „Weltpolitik und Sozialismus II", wurde hier nicht abgedruckt. Sie behandelt die vermutliche Entwicklung der Parteien nach der Einführung des Staatssozialismus. Riezler kündigt darin zwei weitere Artikel zum gleichen Thema an, die aber nicht mehr erschienen sind.

Deutschtum und Europäertum

EStWZ 1, S. 240—242[1] 13. 4. 1916

Sehr geehrter Herr Professor!

An sich haben Sie natürlich recht. Die Zeitschrift ist gegründet worden als ein Studien-Organ ü b e r die allgemeinen europäischen Staats- und Wirtschaftsverhältnisse, und nicht als ein Organ für Europa. Und sie ist

[1] Entgegnung Riezlers auf die ibid., S. 239 f., abgedruckte Zuschrift eines nicht genannten „hervorragenden Philosophen" zu Riezlers Aufsatz „Wo stehen wir?" (s. o. S. 509 ff.) und die sich an diesen Aufsatz anschließende Auseinandersetzung zwischen Admiralitätsrat Wislicenus und Riezler in EStWZ 1 (6. 4. 1916) S. 181 ff.

selbstverständlich gedacht als eine Zeitschrift für Deutsche und für ihre Bundesgenossen.

Der Angriff des Herrn Admiralitätsrates Wislicenus aber ging ja nicht allein auf den Titel „Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung" los, sondern auch auf zwei bestimmte Äußerungen in Aufsätzen von Herrn Professor Jaffé und von mir[2]. Die bestimmten Äußerungen und der ganze Geist, der die Aufsätze durchzog, wurden von Herrn Admiralitätsrat Wislicenus als „europäisch" angegriffen und verdammt, und so mußte ich wohl oder übel auch auf diesen Punkt eingehen. Mir besonders war es nicht angenehm, etwa denen, die meine Aufsätze lesen, einen falschen Gesichtspunkt aufgedrängt zu sehen. Andererseits hätte ich vielleicht doch nicht so eingehend dem Herrn Admiralitätsrat geantwortet, wenn mir die Auseinandersetzung über „Deutschtum und Europäertum" nicht an sich ganz zu Paß gekommen wäre. „Deutschtum und Europäertum", — da steckt doch in Wirklichkeit ein Lebensproblem für unsere ganze Kultur- und ganze Staatenwelt, aber besonders für uns Deutsche und für uns Mitteleuropäer dahinter.

Und so verzeihen Sie, wenn ich mich doch nicht ganz befriedigt erkläre mit den von Ihnen vorgebrachten Argumenten, die ich ja auch angedeutet, allerdings nicht in den Vordergrund gestellt habe, daß nämlich, um eine kräftige deutsche Politik entfalten zu können, um unsere wirtschaftliche und staatliche Macht neu aufzurichten, stärken und ausbauen zu können, wir schon deshalb die anderen Staaten und Völker k e n n e n müssen. Gewiß, dieses selbst abzulehnen, wie es Herr Wislicenus und dann in dieser Nummer Herr Kontreadmiral a. D. Foß[3] tut, das ist allein hier schon so gefährlich, daß es den Absperrungsstandpunkt ad absurdum führt. Und ich wiederhole, was ich bereits in meinen Ausführungen gegen Wislicenus gesagt habe, und was nicht oft genug wiederholt werden kann: es ist vor allen Dingen deshalb auch so gefährlich, weil, wie heute nur noch wenige denkende Politiker und die Politik betrachtende Menschen bestreiten werden, ein guter Teil unserer weltpolitischen Zukunft, unserer Geltung in der Welt davon abhängen wird, ob und wie wir das Konsolidationsproblem Mitteleuropas lösen werden. Vorausgesetzt: wir stellten uns auf den Standpunkt des extremen Nationalismus, wir wollten mit nichts anderem mehr zu tun haben, als mit Deutschtum allein, so wäre es natürlich aussichtslos, dieses Problem zu einer praktischen Lösung bringen zu wollen. Wie das zahlenmäßige Verhältnis der Deutschen zu der übrigen Bevölkerung dieses Planeten im allgemeinen, zu der Bevölkerung unseres Erdteils im besonderen, wie weiter die geographische Lage des von uns besessenen Stückes Erdoberfläche nun einmal ist, müssen wir es aber um unserer selbst willen lösen für uns und die noch kleineren Völker, die um dieses engere deutsche Mitteleuropa herum und dann den Donauweg entlang

[2] „Wo stehen wir?", s. o. S. 509 ff.; Edgar Jaffé, „Der Geist von 1914", EStWZ 1 (11. 3. 1916), S. 9—11. Zu Jaffé s. o. S. 66 f.

[3] EStWZ 1 (13. 4. 1916) S. 238.

über den Balkan sitzen, bis nach Kleinasien hin, hier den Weg haltend in die große weite Welt hinaus. Ist die Lösung dieses Problems aber aussichtslos, dann werden wir zwischen den großen Weltreichen, vor allen Dingen zwischen Ost und West, zwischen Rußland und England auf die Dauer zerrieben werden trotz aller Siege. Dann werden wir alle miteinander, die wir hier in der Mitte zwischen den beiden sitzen, zuerst unsere Stellung unter den Mächten, die in der Welt bestimmen, verlieren, dann werden wir immer mehr verlieren von dem, was die Inbegriffe staatlicher Macht und Selbständigkeit sind, und zum Schluß werden wir verlieren, was unser Bestes ist: unsere innere, nationale Kultur und Selbständigkeit. Glaubt man aber etwa, nach Grundsätzen wie sie die Herren Wislicenus und Foß vertreten, diese Konsolidation, die also eine politische und letzten Grundes auch kulturelle Notwendigkeit für uns ist, zustande bringen zu können, und, wenn zustande gebracht, aufrecht erhalten und festigen zu können? Wir haben es bei dem Werke, das wir zu erfüllen haben, nicht mit Hindus u. dgl. zu tun, wie England bei dem Aufbau seines Reiches, und auch diese Völker werden nach der alten englischen Weise auf die Dauer sich nicht mehr beherrschen lassen. Aber da kommen nun diese Leute unter dem Anschein, uns echtes rücksichtsloses Deutschtum zu predigen und bringen uns, während sie eben noch, und nicht mit Unrecht, auf das alte Erbübel deutscher Nation hinweisen, gar zu sehr vom Ausland sich innerlich und geistig abhängig zu machen, alte englische Maximen ins Haus, verstärkt und verfestigt mit französischen Chauvinismen. Es gibt keine größeren Fremdtümler bei uns, wie diese scheinbaren Deutschtümler. „Den Teufel merkt das Völkchen nie, und wenn er es beim Kragen hätte!" Sie reden von englischer Krankheit bei anderen und sind von ihr bis aufs Mark verseucht, studieren englische Geschichte, wie der Kontreadmiral a. D. Foß und da sie den Zusammenhang mit deutscher Kultur und Nation innerlich verloren haben, können sie natürlich daraus für Deutschland nichts anderes lernen, als eine mechanische Übertragung fremder politischer Grundsätze und Praktiken. Ich kann mich in solch kosmopolitisches Wesen nicht hineinfinden und halte mich an die gute alte deutsche Kulturtradition, aus der auch unsere politische Stärke erwachsen ist, und an die deutsche Nationalitätsidee, wie sie von unseren Dichtern und Denkern zuerst ausgebildet worden ist und die, wie eigentlich im Grunde jede Nationalitätsidee, ihr Korrelat in der Idee der Menschheit hat. Daß wir aber in unserem ganzen Entstehen von vorneherein so ursprünglich damit zusammenhängen, das ist, worauf unsere Mission beruht. Man lacht sehr oft darüber, wenn die verschiedenen Völker von ihrer Mission reden. (Übrigens Mission wofür? Für die Menschheit, nicht wahr, so daß also auch der enragierteste Nationalist, um seinen Nationalismus zu rechtfertigen, sich auf die Menschheit zurückbezieht.) Aber es ist schon etwas Wahres daran.

Die verschiedenen Ausprägungen der Menschheitsidee in den verschiedenen Nationalitätsideen, in Verbindung mit deren Verkörperung im Staats- und Gesellschaftsleben der verschiedenen Nationen, sind zwar in mehr als einer

Hinsicht dauernd und gehen durch die ganze Geschichte dieser Nationen hindurch, bei aller Abwandlungsfähigkeit und bei aller Fähigkeit, sich andere Nebenideen, die von anderen Nationen ursprünglich herstammen, zu assimilieren; jedoch in bestimmten Zeiten treten, wenn diese Nationen überhaupt in der Lage sind, nach ihrer Größe und Stärke sich an dem entscheidenden Wettbewerb zu beteiligen, die verschiedenen bestimmten Nationen nach einander jede in den Vordergrund. Bei der fortwährenden Gemeinschaft und dem fortwährenden Verkehr wenigstens der europäischen Völkergesamtheit sehen sie sich alle, durch so viele Einzelaufgaben und Einzelschwierigkeiten und Einzelvorzüge sie auch von einander geschieden sind, im Ganzen immer wieder gemeinsamen Aufgaben gegenüber. Sie lösen sie freilich nicht und können sie nach ihrer Natur nicht lösen, indem sie nun nach Art der Kooperation sich gemeinsam an die Arbeit machen, sondern sie kämpfen nun miteinander darum, gemäß welcher Nationalitätsidee hauptsächlich die Lösung der neuen Aufgaben vorgenommen werden wird. Es erlangen in jeder Epoche diejenigen Nationen die Vormacht, deren innere Nationalitätsidee und entsprechende Organisation des Staats- und Gesellschaftslebens am geeignetsten zur Bewältigung der bestimmten Aufgaben zu bestimmter Zeit unter bestimmten Umständen ist. Lange Zeiträume hindurch hatten die westeuropäischen Nationen die Führung. Sie haben, indem sie sich selbst in den Vordergrund stellten, zu ihrem eigenen Vorteile sich angemessene Institutionen schufen, ihre Macht ausdehnten, gleichzeitig, ob sie wollten oder nicht, für den Fortschritt zum mindesten der ganzen europäischen Völkergemeinschaft gearbeitet. Nun sind wir Deutsche daran. Die Aufgabe der Weltpolitik, wie sie allen großen modernen Nationen gestellt ist, zu lösen, wird mit den alten, rein gewaltimperialistischen Ideen und ausbeuterischen Mitteln nicht möglich sein. Die großen Imperien erbeben innerlich seit langem und wollen fast auseinanderbrechen. Gerade die westeuropäischen Ideen haben infolge des Vorrangs der westeuropäischen Mächte solchen Eingang bis in die kleinsten und bis in die fernsten Völker gefunden, daß eine Zusammenordnung dieser Massen, die doch wieder zur Bewältigung der modernen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und geistigen Aufgaben notwendig ist, eben nach den alten Methoden nicht mehr möglich ist. Da ist es nun eben deshalb Zeit der Deutschen, weil unsere Nationalitätsidee von vorneherein, von ihrem Entstehen her, von ihrem Neuerstarken her, nie innerlich eingeengt und verkümmert worden ist von nationalistischen Übertreibungen, sondern stets ihren Zusammenhang mit der Menschheitsidee gewahrt hat. Herrschaft und Vorherrschaft bedeutet von nun an eben etwas anderes, wie früher und kann nur errungen und erhalten werden auf Grund der Einsicht, daß die verschiedenen Nationalitätsideen, so notwendig sie in ihrer einzelnen Ausprägung sind, im letzten Grunde eben nur Ausprägungen ein und derselben Zentralidee sind. Diejenige Nationalitätsidee gibt der Nation, die sie erfüllt, heute aus rein praktisch-politischen Gründen schon, die größte innerliche Kraft, welche eben jener Zentralidee am nächsten ist. Und das eben

ist mit der deutschen der Fall. Indem Deutschland aus den notwendigen Anforderungen für sein eigenes Bestehen, Gedeihen und Wachsen kämpft, werden ihm in merkwürdiger Übereinstimmung von seiner geistigen Vergangenheit her wie von den besonderen Schwierigkeiten, die ihm die nächstliegende Aufgabe der mitteleuropäischen Konsolidation stellt, dieselben Wege gewiesen.

Wir sehen also: wir Deutsche können unsere nächsten politischen Aufgaben, die aus unseren unmittelbarsten Lebensnotwendigkeiten entspringen, nicht erfüllen, wenn wir uns den Zusammenhang unserer Nationalitätsidee mit der Menschheitsidee rauben lassen.

Wie weit nun, sehr verehrter Herr Professor, Ihre Bedenken darüber berechtigt sind, ob „jemand, der heute 50 Jahre alt ist, die Einheit Europas wieder erwachsen sehen wird", darüber wollen wir nicht lange streiten. An sich ist es selbstverständlich, ein so furchtbarer Krieg wie dieser wird auf lange hinaus eine bestimmte Spannung im Verkehr der Völker mit einander erhalten, wenn auch vielleicht nicht so lange, wie die meisten heute fürchten. Aber eines muß ich aus prinzipiellen Gründen zurückweisen: es ist nicht richtig, daß dieses auch äußerlich sichtbare Wiederaufleben der Einheit Europas von Ihnen gleichgestellt wird mit einer Epoche der Völkerversöhnung. Darum handelt es sich gar nicht, sondern es handelt sich um die einfache Frage, ob die Realität Europas in ihrem gegenseitigen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, staatlichen, geistigen Aufeinanderwirken der verschiedenen Nationen endgültig zerstört ist oder nicht. Erschreckte, feinfühlige Geister und Gemüter glauben allerdings in diesem gegenseitigen wilden Kampf, daß niemals wieder eine Einheit zustande kommen kann. Das ist der Grundirrtum. Gerade in diesem Kampfe offenbart sich die tiefinnerste Einheit, die Zurückbeziehung alles Denkens und Fühlens doch wieder auf gemeinsame letzte Ideale, die sich nur in den verschiedenen Seelen der verschiedenen Nationen verschieden spiegeln und nun jetzt grotesk verzerrt sind in den von den Gefühlen und Stürmen des Krieges aufgewühlten und verwirrten Seelen. Diese Zurückbeziehung, sie zeigt sich vor allen Dingen in — man könnte darüber lachen, wenn es nicht so traurig wäre — den verschiedenen Beschimpfungen, die die verschiedenen Gegner sich zuschleudern. Wenn wir Barbaren genannt werden und umgekehrt England den Verräter am Menschengeschlecht nennen usw. usw., was ist es denn anderes, als daß wir uns gegenseitig vor den Richterspruch derselben Ideale stellen wollen, die wir nicht etwa nur vor dem Kriege anerkannten, sondern eigentlich jetzt ebenfalls als unumstößlich anerkennen. Aller moralische Aufwand und alle Entrüstung wäre ja sonst vollkommen unsinnig. Tatsächlich können wir ja auch gar nicht auf die Gemeinschaft der Nationen miteinander — wenigstens in dem, was der hl. Augustinus das Gottesreich nennt — verzichten. Das sind ja Begriffe, Ideen, Gefühle, von denen wir in unserem tagtäglichen Leben, wenn wir uns nur so benehmen, wie es die landläufigen religiösen und ethischen Gebote vorschreiben, bestimmt werden, und ohne die wir nicht einmal jenen aus reinen Nützlichkeitserwägun-

gen notwendigerweise gewollten Verkehr der Nationen untereinander mehr aufrecht erhalten könnten, der, wie ich selbst in meinem angegriffenen ersten Aufsatz (Wo stehen wir?) in Nr. 1 dieser Zeitschrift ausgeführt habe, ebensosehr, wie er die Einheit der Nationen herstellt und darstellt, gleichzeitig Kampf der Nationen miteinander ist, selbst bis in den friedlichen Wettbewerb hinein.

Es ist mir ja merkwürdig, daß gerade mir, der ich vielleicht so rücksichtslos, wie es sonst selten geschehen ist, diese harte Erkenntnis fortwährend ausspreche, der Vorwurf gemacht wird, daß ich Völkerversöhnung, Humanitätsduselei usw. predige. Oder eigentlich: es ist n i c h t merkwürdig; solange man nämlich noch nicht erkannt hat, daß selbst das, was vor diesem Weltkrieg und was nach ihm kommen wird, nämlich der sogenannte friedliche Wettbewerb, ein fortwährender erbitterte Kampf der Völker mit einander um Macht, um Güter dieser Erde war und ist und damit zugleich ein Kampf um die Lebensbedingungen für die geistigen Güter, die in den Völkern leben, solange muß man den Ausbruch dieses fürchterlichen Krieges nur als furchtbar ansehen und kann ihn nicht auch in seiner Fruchtbarkeit erkennen. Solange stehen wir eben erschreckt, statt einzusehen, daß es sich hier um einen gewaltigen Neubildungsprozeß der Gesamtheit der miteinander ringenden und doch in ihren letzten Wurzeln verwachsenen Völker handelt, um eine gewaltige politische und soziale Revolution des ganzen europäischen und europäisierten Staaten- und Völkerbezirkes, der zugleich, während er sich innerlich umwandelt, mächtig sich über fast alle Teile der bewohnbaren Erde nunmehr endgültig ausbreiten will.

Sehen wir aber erst einmal die Notwendigkeit dieses grausigen Ringens ein, fassen wir das, was vor sich geht, mutig ins Auge, dann werden wir, statt ewigen Haß den anderen Völkern zu predigen, erkennen, daß eben das, was jetzt geschieht, eine notwendige Vorbedingung ist für die Erhaltung und Erhöhung Deutschlands als Kultur- und Staatsnation. Jetzt erschreckt zurückfahren, nur einfach den Krieg beendigen und darnach in kleinem, grollendem Haß hinter abgegrenzten Mauern — mögen sie auch möglichst weit gestreckt sein — von den anderen Völkern sich abwenden, das hieße auf die Lösung der Aufgaben verzichten, die dem deutschen Volke gestellt sind.

In aufrichtiger Verehrung

✡

Deutsche Mission[1]

EStWZ 1, S. 405—412 4. 5. 1916

I.

Auf die Rede des Reichskanzlers, in der er zum ersten Mal das heute für uns schon feststehende Minimum des Kriegsergebnisses, das wir verlangen

[1] Zum Thema vgl. Tgb. 4. 12. 1915.

müssen, Freunden und Feinden verkündete[2], hat der englische Ministerpräsident Herr Asquith unter Abschwächung der früheren Drohung, daß Deutschland vernichtet werden solle, sich herausgenommen, als das Kriegsziel unserer Feinde die Befreiung der ganzen Welt, aber auch Deutschlands selbst, vom Militarismus zu verkünden[3]. Ganz augenscheinlich hat Herr Asquith dabei auf innere Gegensätze in Deutschland selbst, die er für bedeutend genug hält, daß sie durch solche Redereien verschärft und vertieft werden können, hingedeutet. Nun ist ja an sich über die naiven Anschauungen des Herrn Asquith für uns Deutsche von heute gar nicht zu streiten, aber die Meinung des Herrn Asquith ist im Auslande weit verbreitet und wie das Folgende zeigen wird, hat sie ihre Gründe in einer früheren historischen Epoche.

Es ist gut und lehrreich, sich zu überlegen, wie die Ansichten des Herrn Asquith überhaupt entstehen konnten, und wenn dabei Manches gesagt werden muß, was für die Beurteilung der deutschen Vergangenheit nicht immer angenehm ist, so hat es dafür den Vorteil, uns eine Zukunft als erreichbar zu zeigen, die um so schöner ist und in der wir uns vielleicht unseren Feinden, insbesondere England gegenüber, in einer nicht ganz unähnlichen vorteilhaften Lage befinden werden, wie England uns gegenüber einmal war.

Am 12. Dezember 1826 hielt einer der Vorgänger des Herrn Asquith, George Canning[4], im englischen Unterhaus jene berühmte Rede[5], in der er die Sendung englischer Truppen unter General Clinton nach Portugal rechtfertigte und gleichzeitig die Grundzüge englischer äußerer Politik, wenigstens soweit es der englischen Politik nützlich war, der Welt offenbarte. Soweit es der englischen Politik nützlich war — das soll nicht etwa heißen, daß George Canning mit Bewußtsein die von Freiheitsträumen und von Empörung gegen öde, zu einem festen Block zusammengeschlossene, reaktionäre Regierungen aufgewühlten Völker bloß durch freiheitliche Phrasen vor den Karren der englischen Politik spannen wollte. Es soll auch nicht etwa heißen, daß George Canning mit Bewußtsein bloß diejenigen Seiten der englischen Politik hervorhob, welche die Sympathien für England in allen Völkern beleben und aufstacheln mußten, die nationalegoistischen Motive aber seines Staates und Volkes verschwieg. Nein, ruhig und offen sprach er wie von etwas Selbstverständlichem auch von diesen nationalegoistischen Gründen, und niemand in der ganzen Welt, soweit er der Freiheit und dem Fortschritt zugetan war, nahm Anstoß

---

[2] Rede im Reichstag vom 5. 4. 1916, Sten. Berichte, Bd. 307, S. 850 ff. Vgl. Tgb. 15. 4. 1916.

[3] Vgl. Tgb. 15. 4. 1916, Anm. 2.

[4] George Canning (1770—1827), Anhänger Pitts, 1807—1809 und 1822—1827 Staatssekretär des Äußeren, 1827 Premierminister.

[5] Text in George Canning, Speeches (1836) Bd. 6, Nr. 1. Zu ihrer Bedeutung sowie zur engl. Intervention in Portugal 1826 vgl. Harold Temperley, The Foreign Policy of Canning 1822—1827 (²1966) S. 365 ff.

daran. Denn die besonderen Interessen Englands und der Fortschritt der Welt hingen damals in mehr als einer Beziehung wirklich aufs innigste zusammen. Weil sie so zusammenhingen, lauschte alle Welt auf, als Canning in jener Sitzung erklärte: „Wir nehmen nicht nur die Stellung der Neutralität ein zwischen kämpfenden Nationen, sondern zwischen Grundsätzen und Meinungen; der nächste Krieg in Europa, sobald er die Grenzen Portugals und Spaniens überschreitet, wird ein Krieg der schrecklichsten Art sein, fürchte ich, denn er wird ein Krieg der Meinungen sein." „England", rief er aus, „wird es in einem solchen Kriege nicht hindern können, daß unter seiner Fahne alle Unzufriedenen aller Länder, mit denen England dann im Kampf wäre, sich sammelten." Aber beruhigend fügte er jene Worte aus Shakespeares „Maß für Maß" abwandelnd hinzu: „Etwas anderes ist es, die Kräfte eines Riesen zu haben, und etwas anderes, sie wie ein Riese zu gebrauchen." Und er erinnerte die zahlreichen klassisch gebildeten Schüler von Eton und Oxford, die die Bänke des aristokratischen Parlaments füllten, an jene Verse des Virgil, die von Aeolos, dem Herrn der Stürme sprechen, der mit sicherer Hand das Szepter und die Wut der Stürme in festem Gewahrsam hält: „Täte er es nicht, sie würden Länder und Meere und des Himmels Höhen im Wirbel dahintragen und durch die Lüfte reißen."

Was war die Grundlage, von der aus der leitende Staatsmann Englands so scheinbar gemäßigte und doch drohende Worte sprechen durfte? Und was war die unmittelbare Veranlassung?

Am 26. September 1815 hatten die Monarchen von Rußland, Österreich und Preußen den Vertrag der heiligen Allianz unterzeichnet, nachdem zum zweiten Male und endgültig Napoleon besiegt und für immer aus Europa entfernt worden war. Er war nur zugleich der Exponent und das Werkzeug jener großen Umwälzung der europäischen Gesellschaft gewesen, die in der französischen Revolution zutage getreten war, sich selbst erkannt hatte und mit ihrer Hilfe die alte unelastisch gewordene Schutzhülle der Staatengebäude gesprengt hatte. Ein harter, rücksichtsloser Zusammenfasser und Herrscher wie nur einer der auf dem Thron Geborenen, war Napoleon doch immer den legitimen Fürsten weit mehr als den Völkern, ja als sich selbst, das, was er wirklich war: der Repräsentant der Revolution; und jetzt besonders, da nach der ersten Niederlage dieses Riesen und seines von den langen Kämpfen erschöpften Volkes die Bourbonen mit Hilfe Europas — Frankreich kämpfte ja damals gegen Europa wie heute wir — kaum zurückgeführt worden und nun schon wieder vor Napoleons Nahen wie dürre Blätter vor einem Sturm davongeweht waren.

Der Brunnen, aus dem der neue Geist gequollen war, schien eben noch durch den zwar nicht mit allem, doch mit dem meisten Alten beschwerten Throne dieser Zurückgeführten wieder zugedeckt, und nun war Er, dessen Namen man kaum auszusprechen wagte, wieder da. Und ganz anders, wie das letzte Jahrzehnt hindurch, mußte Napoleon, um siegen zu können, alle Kräfte aus dem Boden dieses Frankreich herausziehen. Er mußte sich

darauf besinnen, daß das, was ihn emporgetragen hatte, die Ideen der französischen Revolution waren. Er durfte deshalb nicht mehr der bloße Abschließer der Revolution und Ordner der aufgewühlten Welt sein wollen, sondern der wirkliche Vollender der Revolution, indem er ihren Geist und ihre Resultate zur Grundlage einer n e u e n Ordnung machte. So proklamierte er nun die Idee eines auf bürgerlicher Freiheit und Mitarbeit des Volkes beruhenden Reiches.

Da fuhr den Vertretern des Alten der Schrecken in die Glieder, daß sie von nun an noch ganz anders als vorher, da seine Macht doch sie manchmal beinahe daran glauben ließ, er wäre ihresgleichen, nur noch mit den scharfen Blicken des Hasses und der Furcht die Revolution hinter ihm stehen sahen. Die Völker glaubten dem neuen Reiche Napoleons nicht und sahen nur den Wiederbringer der Gefahr nationaler Knechtschaft in ihm, und sein eigenes Volk war nicht mehr stark genug zu siegen, soweit es noch innerlich in den Zeiten der Revolution wurzelte, und zum andern, größeren Teile war es müde und wollte seine Ruhe haben. So konnte man ihn in englischen Gewahrsam nach St. Helena bringen. Die großen Herrscher des europäischen Kontinents aber taten sich zusammen zu jener Internationale, zu jenem Europa der Bedrückung und des Stillstandes — wenigstens soweit das Alte nicht g a n z wiederhergestellt werden konnte — das als heilige Allianz in der Geschichte lebt und dessen leitender Staatsmann Metternich wurde.

Er bemißtraute die von den Fürsten in ihrem Bündnisvertrage ausgesprochenen Idealismen, die ja in Wirklichkeit — auch diese Gegner der Revolution konnten sich dem nicht entziehen — an mehr als einer Stelle mit den Ideen der Revolution zusammenhingen; er nannte ihre feierliche Kundgebung mit gewiß nicht leichtem Unbehagen Geschwätz. Aber dann fühlte er doch wohl mit unter dem Einfluß des so klugen Renegaten Gentz, wie dieser Zusammenhang mit den gefährlichen verhaßten Ideen hauptsächlich in Umkehrung und Umdrehung derselben bestand, und wußte dieses immer mehr herauszuarbeiten. Und es gelang ihm, all das Große und Gewaltige, was geschehen war, zwar nicht auf die Dauer, aber auf lange hinaus, zum Mittel und Werkzeug derjenigen österreichischen Politik zu machen, die er als das Gegebene ansah, und die in ihrer Mischung von zähem Stillstand und passivem Festhalten, bis zu einem bestimmten Grade die positive und negative Voraussetzung für die ganze künftige europäische Politik wurde; die Voraussetzung für den italienischen staatlichen Neubau wie für das neue Deutsche Reich, bis zu den Problemen der mitteleuropäischen Konsolidation hin, die uns heute beschäftigen, und der so eng an dieses Problem gerückten Frage des näheren Orients. Und wenn auch der Name Metternich zu den verhaßtesten der Weltgeschichte gehört, so wird man doch nicht abstreiten können, daß es die ganz bestimmten Schwierigkeiten des damaligen Österreich waren, durch die er zu jener reaktionären Allerweltspolitik getrieben wurde, die von ihm den Namen trägt. Und mag der Druck, der auf den Völkern lastete, noch so groß

und hassenswert gewesen sein, — ob eine aktive reformatorische, alle Kräfte weckende Politik dieses Österreich mit seinen so verschiedenen Stämmen und Nationalitäten hätte zusammenhalten und durchhalten können bis in eine neue Zeit des Aufstieges, ist eine schwere Frage, die man nicht so leicht wird mit Ja beantworten können; wie es ja auch die Frage ist, ob in jenen ersten Jahrzehnten nach Napoleons Sturz das beinahe künstlich zusammengehaltene, lang und schmal durch den Norden des mitteleuropäischen Kerns sich hinziehende, Preußen anders als durch einen Militär- und Beamtenstaat zu jener Einheit hätte gebracht werden können, die es dann fähig machte, den Kern für das neue Deutsche Reich zu bilden, das wir heute verteidigen.

Wie dem auch sei, Österreich und Preußen mit dem kaum hundert Jahre vorher in die europäische Staatenwelt eingetretenen Rußland, das aus innerstem Bedürfnis und Interesse jede freiheitliche Regung in diesem Europa bekämpfen mußte, mit dem es gerade durch die Kriege gegen Napoleon erst so recht in engere Berührung gekommen war und durch diese Berührung und insbesondere durch die Einverleibung eines so großen Stückes des zum wesentlichen westeuropäischen Polens für seine Natur und sein Lebensalter als moderner Staat gar zu viel des Westlichen in sich aufgenommen hatte, — Österreich, Preußen und Rußland waren die Vormächte des alten Europa gegen das junge, neue, das sich überall regte. Und ihm schloß das wiederhergestellte bourbonische Frankreich sich an, das Frankreich der zurückgekehrten Emigranten, des weißen Schreckens und der fanatischen Bigotterie.

In eigenstem Interesse nun einmal vollstreckte Österreich den Willen der europäischen Reaktion gegen die italienischen Teilvölker, bei denen der Ruf nach einer freiheitlichen Verfassungsform immer mehr zusammenklang mit dem Ruf nach einem einigen, von Österreich freien Italien; es konnte Österreich damals eben noch nicht sich dazu entschließen, seinen Besitz in Italien aufzugeben, und sollte dieser Besitz gesichert sein, so war notwendig mit ihm verbunden die Vorherrschaft durch ganz Italien, und diese wieder beruhte ja auf der Allherrschaft des österreichischen Regierungs-Systems durch die ganze Halbinsel hindurch. In Spanien aber übernahm, trotzdem kein noch so mißverstandenes, aber doch irgendwie in wirklichen Verhältnissen fundiertes Staatsinteresse es dazu treiben konnte, Frankreich diese Vollstreckung. Der Herzog von Angoulème unterwarf mit französischen Truppen Fernando dem Zweiten bis auf weiteres sein Volk, das sich in Militäraufständen durchaus immer wieder seine so merkwürdig entstandene und so merkwürdig zu europäischer Berühmtheit gekommene Charte von 1812 zurückerobern wollte, um dann immer wieder, wenn es diesem Ziele einigermaßen nahe war, in seinen von Priesterhand geleiteten Volks- und Militäraufständen den spanischen „reinen“ König mit seiner absoluten Gewalt zurückzuerobern. Das restaurierte Frankreich konnte eben seine Niederlagen von 1814 und 1815 und vor allen Dingen den Gedanken, daß die wiederhergestellte Regierung der Bourbonen durch

die Waffengewalt der Feinde ihm gebracht worden war, nicht ertragen. Es tröstete sich nun gleichzeitig, während es sich als Bekämpferin der Revolution von seinen Sünden reinigte, mit dem billigen Siege, und war froh, daß dem Bourbonensprößling nun gelang, woran zuerst auf ihrem Siegeswege die Truppen Napoleons gescheitert waren — Spanien zu unterwerfen.

Als jetzt aber von Spanien her mit von Spanien gelieferten Waffen die Anhänger Dom Miguels auch Portugal der Reaktion unterwerfen wollten, da stand England auf und in der Rede Cannings gebot es den Ordnungsorgien des alten Europa Halt. Schon der heiligen Allianz war es ferngeblieben. In den Fragen Italiens hatte es sich zurückgehalten, aber verhindert, daß Frankreich in einem formellen gesamteuropäischen Auftrag den spanischen Unterwerfungsfeldzug unternehmen konnte und hatte kühl und ruhig zur großen Empörung der den Kontinent beherrschenden Mächte die Unabhängigkeit der bis dahin spanische Kolonien bildenden südamerikanischen Staaten anerkannt und, trotzdem es wie Österreich damals ein Interesse daran hatte, die Türkei als Staatswesen und in ihrem Bestand, soweit es irgendwie ging, aufrechtzuerhalten und gegen Rußland zu schützen, oder vielmehr gerade deshalb, hatte es begonnen, mitzuhelfen an der Befreiung der christlichen Balkanvölker von dem für diese Völker selbst wie für das europäische Gewissen nicht mehr ertragbaren türkischen Joch. Und nun, als die europäische Reaktion in dieses seit über hundert Jahren ihm in der Form des Bündnisses anhängende und von ihm abhängige Portugal greifen wollte, verhinderte das England in seinem eigenen Interesse, wie es in seinem eigenen Interesse den Kampf gegen das revolutionäre und napoleonische Frankreich als Fortführung der jahrhundertelangen Auseinandersetzung mit Frankreich unterhalten hatte und wesentlich dazu beigetragen hatte, dieses Frankreich zu Fall zu bringen, das unter dem Vorwande und lange auch in dem Glauben, die Freiheit zu bringen, die Nationen unterjochte. In seinem eigenen Interesse und dabei zugleich übereinstimmend mit dem Geiste, der immer mehr in dem Innern seines Staatswesens sich durchsetzte und aus dem alten oligarchisch-aristokratischen England ein zwar mit diesem den Zusammenhang nie verlierendes, aber immer freier und demokratischer werdendes England bildete, wurde es zum Schützer alles Freiheitlichen und Fortschrittlichen durch die einfache Tatsache, daß es mit ihm verbündet war, ohne nötig zu haben, in die Kämpfe der europäischen Mächte, wenn wir hier vom Krim-Kriege absehen, oder in die Kämpfe im Innern dieser Staaten wirklich einzugreifen. Die Tatsache des inneren Verbundenseins mit allem Vorwärtsstrebenden brachte und erhielt England lange im Verein mit der wirklichen Macht, deren breiten Grund es in der Zeit des Kampfes mit Frankreich gelegt hat, eine Autorität und ein Ansehen, in denen es heute noch bei vielen Völkern in der Welt steht.

II.

Es ist viel geschrieben und geredet worden, wie es kommt, daß wir so wenig Liebe und wirkliche Autorität in der Welt bisher genossen. Man hat es auf die persönlichen Eigenschaften der Deutschen geschoben, trotzdem die Engländer als Einzelne oder als Masse gewiß draußen nicht beliebt sind, wie jeder bestätigen kann, der lange im Auslande gelebt hat. Aber so wahr es ist, daß die Einzelnen aller Nationen ein sehr geringes und noch dazu verschwommenes historisches Wissen haben, so sicher ist dieses: die Völker als Ganzes sind nicht eigentlich dankbar, aber sie haben ein gutes Gedächtnis für die Höhepunkte, wo ein Umschwung irgendwelcher Art zum Großen und Freien in der Geschichte stattfand. Und ob sie dankbar sein wollen oder nicht, wenn sie sich daran erinnern, dann denken sie an jene Völker, von denen, seien es auch nur Worte des Glanzes und der Hoffnung, zu ihnen in jenen Stunden kamen oder ein stilles nichtstörendes Dulden oder sogar eine Hilfe durch eine große öffentliche Meinung. Wir Deutsche waren nach unserer historischen und geographischen Situation zu alldem nicht in der Lage, wie es England war. Es kommt hinzu, daß ein Land wie England Jahrzehnte hindurch der Zufluchtsort der Männer war, an deren Namen viele Nationen ihre Befreiung, ihren Aufschwung oder wenigstens den Kampf um diese knüpften. Damit hat es ein Kapital, von dem es lange Jahre Einkünfte von politischer Macht und politischem Einfluß gewinnt.

Man sehe sich einmal die Geschichte der Freihandelstheorie an, die England in der Welt gepredigt hat. Sie war zu einem großen Teil eine eigentlich für englische Verhältnisse und englische Ziele geschaffene Theorie, aber ihre Konsequenzen waren ja tatsächlich Jahrzehnte hindurch für die Engländer zwar höchst vorteilhaft, solange aber bis die durch die freie englische Wirtschaftspolitik in die Länder getragenen Keime anfingen sich zu entfalten und diese so entsprossenen Pflanzen begannen, ein eigenes Leben zu führen, war der von England gepredigte Freihandel doch auch zum Vorteil der anderen Länder. Daß bei einer vollen Durchsetzung er die anderen Völker im Werden schon ruiniert hatte, sah man nicht. Man erkannte nicht, daß die Tendenz zum Freihandel nur deshalb zum Segen wurde, weil starke, nicht ganz zu überwindende, aber wenigstens auf ein gewisses Maß zurückzudrängende Kräfte ein Gegengewicht bildeten. Man schrieb, was an Vorteilen kam, dem Freihandel zu, soweit er sich durchsetzte, und alles Unheil den Gegenwirkungen. Auf diese Weise wurde ein künstlicher Vorsprung Englands für später geschaffen. Das wurde bei uns in Deutschland spät erkannt und wird noch heute von Vielen verkannt. Viele sehen nicht einmal, daß von dem Augenblick an, wo es zum wirklichen wirtschaftlichen Ringen der Völker mit einander kam, es auch in England keinen wirklichen Freihandel mehr gab und nur statt Zöllen andere auf Ausnützung von realen Machtfaktoren beruhende Bevorzugungen englischen Handels und englischer Industrie stattfanden.

Woher kommt es, daß es so schwer wurde und ist, sich von den englischen Doktrinen frei zu machen? Die Tatsache, daß England zuerst von den europäischen Nationen die Grundsätze und Grundlinien bürgerlicher Freiheit und der Selbstbestimmung des Volkes herausgearbeitet hat, die Tatsache dann, daß es die Ideen, die von demselben Volke kamen, mit dem es in Jahrhunderte langem Kampfe gelegen hatte, und das es schließlich von seiner führenden Stelle mit herabgestürzt hatte, nämlich von Frankreich, zur weiteren Ausbildung dieser Grundsätze und Grundzüge heranzog, sie für seine eigenen Bedürfnisse umformend, der große Zug, der von seiner Politik ausging und auch den Fremden anzog, die großzügige Art, mit der man lange Jeden, aus welchem Volke er auch kam, teilnehmen ließ an dem großen politischen und wirtschaftlichen Leben, dies Alles beantwortet uns die oben gestellte Frage.

Und so wie England hat auch Frankreich einen großen Schatz an alter Liebe und alter Autorität bei den Völkern. Ihm gelang es bei seiner großen Nähe zu lebendigen Überresten des Altertums zuerst, dem reichbewegten Inhalt europäischer Kultur auch Form zu geben; dann gelang es ihm durch die überragende Stellung seines Staatswesens und seiner Kultur in Europa zu einer Zeit, wo die Höfe der Mittelpunkt alles geistigen Lebens waren, eben durch diese auch in die Völker zu dringen; und dann zuerst verhalf es gerade wieder mit Hilfe seines großen Formtalentes und seiner so ausgebildeten klaren Sprache den Grundsätzen der Demokratie und, auch das muß gesagt werden, der modernen Idee von der Nation in der Welt zur Geltung und Wirkung und litt und blutete überdies für die Idee der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit wie kaum ein anderes Volk; denn das, was Viele von uns abschreckt, die Greuel seiner Revolution, vom französischen Standpunkt aus gesehen sind es Opfer, die Frankreich gebracht hat für jene Ideen, die auf die ganze Menschheit gewirkt haben. Dann, nach jener kurzen Zeit wildester Reaktion war es doch immer wieder Frankreich, das gerade die modernen Ideen mit einem merkwürdigen Glanz umgab, verfocht und vertrat.

III.

Demgegenüber haben wie gesagt deutsches Volk und deutsche Kultur in dem Ringen um sichtbaren kulturellen Einfluß in der Welt seit jeher es viel schwerer gehabt. Dieselben Gründe geographischer Lage und historischer Entwicklung, die Deutschland so spät zu einem einheitlichen Staatswesen mit aktiver politischer Geltung haben kommen lassen, haben ihm auch den Einfluß auf die anderen Volksseelen verkümmert. Es ist ein gefährlicher Irrtum, immer zu glauben, weil wir uns selbst den geistigen Einflüssen aus aller Welt stets offengehalten haben, dabei selber jedoch bei der Verarbeitung dieser Einflüsse selbständig und eigenartig die Gedanken und das Wissen und Wollen der Welt Treibendes und Höherbauendes geschaffen

haben, daß wir deshalb auch von den anderen Völkern Dank erwarten können und dürfen, und zwar sogar über dieses Gebiet des Geistes hinaus bis in das Gebiet des Politischen hinein. Die Eigenart deutschen Schaffens wenigstens auf dem Gebiete des Geistes und der Kunst, und das sind Jahrhunderte hindurch die einzigen Gebiete gewesen, auf denen wir für die Welt in Betracht kamen, ist nun aber so gewesen, daß ganz anders als bei anderen Völkern die Einzelpersönlichkeit vor dem nationalen Charakter hervortrat, so sehr, daß man dieses bestimmt und ausgeprägt Persönliche, das andererseits mit dem allgemein Menschlichen und Übernationalen ganz unmittelbar zusammenzuhängen schien, als das charakteristisch Deutsche in Kunst und Literatur hat bezeichnen können. Dazu kam: Im Gegensatz zu der Naturwissenschaft sind es Kunst, Literatur und Geisteswissenschaft, insbesondere auch die Theorien von Staats-Volkswirtschaft, in denen so leicht das Bewußtsein von dem nationalen Ursprung nicht verloren geht. Sie sind es, die direkt die fremden Völker hauptsächlich beeinflussen können.

Nun ist es ja gar kein Zweifel, daß gerade auf diesen Gebieten Deutschland seit langem zu wirklich führenden und schöpferischen Nationen gehört hat. Aber es wirkte eben unmittelbar nur auf kleine ausgewählte Kreise innerhalb der fremden Völker, wenn auch auf diese tief und stark. Auch die sprachliche Trennung, die ja auch von England und Frankreich bei Beeinflussung anderer Völker überwunden werden mußte, wirkte hier zu Ungunsten Deutschlands viel stärker. Wenn man von einer kleinen Oberschicht absieht, hatten die anderen Völker aus praktischen Gründen ja fast gar keine Veranlassung, deutsch zu lernen, da ja weder politische noch wirtschaftliche Interessen Deutschlands so übermäßig in die Welt hineinragten, und die fremden Völker also nicht in wirklich enge Berührung mit ihm kamen. Und als endlich Deutschlands wirtschaftliche Leistung wenigstens und auch Deutschlands politische Kraft den anderen Völkern zum Bewußtsein kamen, da wurde das, was Deutschland z. B. auf dem Gebiete der Politik zu sagen hatte, auch nur von Wenigen gewürdigt und, soweit es für die fremden Verhältnisse überhaupt brauchbar zu sein schien, von diesen dann umgeprägt und ihren Völkern weitergegeben. Das aber eben war es, Deutschland schien den anderen Völkern nichts unmittelbar Brauchbares für die Gestaltung ihres eigenen Lebens zu sagen zu haben und es fehlte bis vor kurzem jene in die Welt hinausgreifende Politik, die erst das, was ein Volk zu sagen hat, in die Welt hinausträgt.

Was Deutschland gerade auch unter dem schöpferischen Einfluß seiner Philosophie und seiner Geisteswissenschaften auf naturwissenschaftlichem, medizinischem und technischem Gebiete geleistet hat, das ist für die große Menge der Völker nicht als deutschen Ursprungs bekannt geworden. Auf diesem Gebiete verliert alles ja sehr schnell den Stempel der Herkunft. Die Ergebnisse sind zu leicht übertragbar. Wer lange im Ausland gewesen ist, viel selbst in sehr gebildeten fremden Kreisen verkehrt hat, wird die merkwürdige Erfahrung gemacht haben, daß abgesehen von den allerobjektiv-

sten Spezialgelehrten die Meisten ihrer eigenen Nation die hauptsächlichsten naturwissenschaftlichen usw. Entdeckungen zuschreiben, im allgemeinen den anderen Völkern höchsten einen Anteil und eine Mitarbeit zuerkennen und nur in ganz wenigen unbestreitbaren Fällen einer ganz großen originären Leistung fremde nationale Anteile anerkennen. Fast nur in Deutschland und dann in Amerika, wo sich noch keine so feste nationale fable convenue der Geschichte der Wissenschaft hat bilden können, bemüht man sich, der wirklichen Geschichte der Wissenschaft aufrichtig nachzugehen und sie auch weiteren Kreisen zugänglich zu machen. Wo aber selbständige Leistungen der Nationen nicht vorliegen, ist es schon eher der Fall, aber dort folgt man dann gewöhnlich der Tradition über die Geschichte der Wissenschaften, die sich in denjenigen Ländern ausgebildet hat, deren Gedankenkreise auf dem Gebiete der Geisteswissenschaften und der Politik man sich überhaupt zu eigen gemacht hat und deren Sprache man genauer kennt. Manchmal überrascht, besonders auf dem Gebiete der Medizin und der Technik, derentwegen doch so viele Ausländer unsere Universitäten und Hochschulen besuchen, wenn wir von persönlicher Dankbarkeit der Schüler zu den Lehrern absehen, wie wenig größere Kreise im Auslande diese Wirkung des deutschen Volkes und seiner Gelehrten anerkennen.

Es kommt hier das hinzu, daß man zum Beispiel in der Technik die Ausbildung der Methode, die sich in einem Volke findet, nicht ganz mit Unrecht instinktmäßig als Ausbildung einer Waffe im allgemeinen nationalen Konkurrenzkampfe betrachtet. Man lernt, wenn man sich hier belehren läßt, von vorneherein mit dem Gefühl, daß man eben vom Gegner etwas lernt, was ihm nutzt und was man ihm gegenüber ebenfalls verwenden will. So wichtig für die Weiterbildung der Gesellschaft und vor allem für die materiellen Fortschritte der Völker diese Gebiete sind, man denkt gar nicht daran, für ihre Übertragung dankbar zu sein oder überhaupt dadurch in ein näheres Verhältnis zum anderen Volke zu kommen. Erst wenn die Mittel des technischen und wirtschaftlichen Fortschrittes in ganz eigenartiger Weise mit bestimmten gesellschaftlichen und politischen Einrichtungen zu einem Ganzen verschmelzen, wenn aus diesem Ganzen ein eigentümlicher Geist zu atmen scheint, wie es gerade jetzt bei uns während des Krieges geschieht, wo unsere Gegner mit einer Mischung von unheimlichen Gefühlen und Bewunderung der „Deutschen Organisation" als etwas beinahe Persönlichem gegenüberstehen — erst dann fängt man eben an zu suchen, was in diesem technischen und wirtschaftlichen Arbeiten und seinen Erfolgen an Geistigem und Sozialem eigentlich [steckt]. Man beginnt sich zu fragen, ob darin nicht etwa eine Lösung bestimmter gesellschaftlicher, geistiger oder politischer Probleme steckt, die in dieser bestimmten Zeit diesem bestimmten Volke nach seiner Eigenart und seiner Geschichte gelingen konnte oder mußte, aber zugleich, wenn auch übertragen in anderes Nationale in den Grundzügen die Lösung gleicher Probleme für die anderen Völker bedeutet.

IV.

In der Tat, das ist das Entscheidende, und das ist der heute bereits errungene Sieg, der nur endgültig zu sichern und auszubauen ist mit all seinen Konsequenzen nach Innen und nach Außen: wir Deutsche haben mitten im feindlichen Feuer und Sturm, die uns von allen Seiten bedrohten und bedrängten, um uns unserer Haut wehren zu können, um uns mit unseren Verbündeten vor dem Untergange schützen zu können, Kräfte in uns aufgeweckt, die wir so groß niemals geahnt hätten. Vor allen Dingen aber: wir haben einen geistigen Kern in uns entdeckt, von dem aus wir diese Kräfte in einer Weise zusammenfassen können, daß sie sich gegenseitig unterstützen und steigern.

Wir haben in der Not den Weg gefunden zur Lösung von Fragen, die uns schon vor dem Kriege fortwährend entgegentraten, einen Weg, den wir aber im Frieden, wenn wir ihn selbst erkannt hätten, seiner Schwierigkeiten wegen zu betreten vielleicht nicht gewagt hätten.

Nun aber, indem wir, um nicht unterzugehen, den Grundsatz der nationalen Solidarität und der Unterordnung der Einzelinteressen unter ihn durchgeführt haben und immer energischer durchführen, haben wir zu unserem eigenen Erstaunen erkannt, welche Kraft und Macht hier aufgespeichert ist. Und da wir, die wir um gemeinsamer Interessen willen mit unseren Bundesgenossen in den Kampf gingen, auch den Grundsatz einer übernationalen Solidarität in dem Verhältnis zu unseren Bundesgenossen in einer Weise versuchen müssen durchzuführen, daß wir weder unseren eigenen nationalen Interessen, noch den ihren zu nahe treten, wurden wir zu einer besonderen Form des Zusammenarbeitens gezwungen, die auch nach dem Kriege unser aller Mitteleuropäer staatlichem und wirtschaftlichem Leben das Gepräge geben und darüber hinaus das internationale Leben überhaupt bis zu einem bestimmten Grade umgestalten wird.

Um all diesen Aufgaben nähertreten, den Anfang des Weges überhaupt erkennen zu können, dazu gehört aber, daß wir den geistigen, immer bewegten Inhalt unserer Kultur, die vorwärtsdrängenden und gegeneinanderstürmenden Kräfte des Wirtschaftslebens, den zähen, ein eigenes Leben führenden staatlichen Apparat der Ordnung und Formung nun in der Not zu einer ihn ergänzenden und kräftigenden Einheit zusammenfassen.

Als wir es versuchten, zeigte es sich, daß es geht. Selbstverständlich, es geht nicht, ohne daß diese drei Elemente einer gewissen Umschmelzung und Umwandlung unterliegen. Aber wir werden diesen Krieg, der nach wie vor uns zu diesem Verhalten zwingt, nur gewinnen können, wenn die diese Elemente zusammenziehende Einheit nicht nur bleibt, sondern immer fester und organischer wird. So ist damit gegeben, daß auch die Umwandlung jener Elemente bei aller selbstverständlichen Erhaltung der Herausarbeitung ihrer innersten Natur immer weiter schreiten muß. Und indem dieser Vereinheitlichungs- und Umwandlungs-Prozeß, den wir durchmachen müssen, immer weiter schreitet, sind wir auch für die Zeit des kom-

menden Friedens langsam aber stetig, wie er näher kommt, auf dem Wege zur Lösung jener innerkulturellen und innerstaatlichen Probleme, die wir in ihrer ganzen Schwere unter den Namen „Macht und Freiheit", „Kultur und Politik", „Individuum und Gesellschaft" usw. nur zu genau kennen.

Wir sind freilich erst auf dem Wege, wir müssen ohne Furcht vor allen äußeren und inneren Schwierigkeiten, die sich uns hemmend von Außen und von Innen heraus in den Weg legen wollen, ihn gehen, und wir müssen wissen, dieser Weg läuft über den Friedensschluß weit hinaus, denn er wird, auch wenn wir diesen Punkt hinter uns haben, manche Schwierigkeiten, die wir heute zum Teil schon mit einem gewissen Zaudern erkennen, und größere, die wir erst schwach und verschwommen ahnen, mit sich bringen. Aber wir haben das Gefühl, ja die Gewißheit, daß wir, indem wir diesen Weg, auf den die Not uns zwang, für uns gehen, den anderen Völkern ihren Weg ebenfalls zeigen.

Und das ist, wenn wir den Gang der europäischen Geschichte überschauen, das Kennzeichen der aufsteigenden Nationen, daß sie, indem sie in ihrem eigenen Interesse handeln und kämpfen, doch gleichzeitig für die Anderen arbeiten, mit denen sie im Kampfe liegen. Indem sie genötigt sind, sich den äußeren Aufgaben auch innerlich anzupassen, finden sie nicht nur für sich, sondern auch für die Anderen die neuen Formen sozialen und innerpolitischen Lebens.

Vor hundert Jahren waren die westeuropäischen Nationen an der Führung, die ihren Staat und ihre Gesellschaft immer mehr in den Dienst eines jungen, vor allen Dingen wirtschaftlichen Individualismus stellten und gerade daraus ihre Kraft zogen; und besonders für England hatte seine große Zeit begonnen, als George Canning seine Rede hielt.

Jetzt kommt Deutschland daran mit seinen in langen Jahren innerer Arbeit und scheinbar politischer Rückständigkeit herausgebildeten Auffassungen von der geistigen Persönlichkeit, von der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisation und seiner Lehre vom Staat, der rücksichtslos seine Lebensnotwendigkeiten verfolgen darf, weil er die Verkörperung und die Vollendung der sittlich vernünftigen Zwecke darstellt oder wenigstens sich darum bemüht, sich selbst als Mittel jener politischen Ziele anerkennt.

Und diese Ideen werden in dem großen Feuer der Zeit zu einer neuen Grundlage allen gesellschaftlichen, geistigen und politischen Lebens zum mindesten für die europäische und die mit ihr in innerem Zusammenhange stehende Staaten- und Völkerwelt zusammengeschmiedet.

Siegen wir in diesem Kriege, — und wir werden siegen — und sichern wir den Sieg, — und wir werden ihn zu sichern wissen —, dann wird auch uns immer mehr Sympathie der Völker zuwachsen, denn dann werden w i r die Bundesgenossen alles Neuen und Fortschreitenden sein.

Wir werden dann immer mehr mit den wichtigen Lebensinteressen der Völker in Berührung kommen. Sie werden ganz anders mit uns rechnen

und unsere Sprache lernen müssen und werden nun erst richtig erkennen und schätzen, was deutsche Geistesart ist und bedeutet.
Es gibt Leute, die glauben, wir müßten unsere Gegner nicht nur besiegen und unsere Siege ihnen gegenüber sichern, sondern müßten sie auch hassen und nachher nichts mit ihnen zu tun haben wollen. Aber sie sehen nicht, daß wir uns dann um die besten Früchte unseres Sieges bringen und um unsere besten Aufgaben betrügen würden.
Es gibt Andere, die sagen, wir sollen nicht nur unsere Feinde nicht hassen, sondern sollen sie womöglich nicht zu sehr besiegen. Aber diese wieder vergessen, daß ein halber Sieg gar zu leicht als etwas Zufälliges vom Unterlegenen betrachtet wird und gar leicht zum nochmaligen Versuche des Kräftemessens treibt; und sie vergessen, daß, wenn wir uns nicht unseren Sieg sichern, wir auch den anderen Völkern nicht geben können, was ihnen zu geben unsere Aufgabe und unsere Pflicht ist, was unsere historische Stunde gebietet, solange sie dauert. Manches von den Völkern, die heute uns feindlich gegenüberstehen, wird uns lieben lernen, wenn wir nur erst recht gesiegt haben.
Herr Asquith aber soll nicht den Schatten George Canning's heraufbeschwören. Er höre auf die Schüsse, die in Irland, am Suezkanal und in Mesopotamien fallen und höre das Rufen, das in Indien angeht, und lese die Reden schottischer Arbeiterführer. Er achte darauf, was bei seinen russischen Freunden, zum Beispiel in der Ukraine vorgeht, usw. und er wird es — auch wenn all dieses während dieses Krieges noch keine Folgen haben sollte, — vorteilhafter finden, daß kein Staat und kein Staatsmann, wenn dieser Krieg zu Ende geht, sich daran erinnert, welche Fülle von unterstützender Kraft man im feindlichen Lande finden kann, wenn für einen Staat seine historische Stunde gekommen ist.

V.

Wenn bei einem Volke sich vorbereitet, was bei uns zu geschehen beginnt, dann türmt sich von allen Seiten Feindschaft auf Feindschaft. Selbst die Tatsache, daß das, was wir tun, auch den anderen zugute kommen wird und daß, durch unsere historische Situation nach innen und außen gezwungen, wir den Grund legen müssen für eine neue Phase des gesellschaftlichen und politischen Lebens, auch dies kann den Haß gegen uns zunächst nicht abschwächen. Erst wenn klarer zutage getreten ist, was da „wirklich geschieht hinter dem, was zu geschehen scheint", wird es auch bei einem Teile unserer Feinde für uns wirken können.
Solange aber erscheint das Rätsel der „Deutschen Organisation", wenn man auch schon ahnt, daß dahinter etwas Neues, Größeres als bloß eine geschickte, zweckentsprechende äußere Organisation steht, als ein um so unsympathischeres Rätsel und das, was für alle getan wird, erscheint nun als bloßer Macht- und Kraftzuwachs des einen Feindes. Aber hiervon ab-

gesehen, schon die Tatsache des neuen Werdens gibt dem Volke, bei dem es geschieht, einen neuen fremdartigen Ausdruck in den Augen der anderen Völker.

Auch auf das Volk der Vereinigten Staaten von Nordamerika, das doch immer mit aller Zukunft verbündet zu sein glaubt, wirkt dieser fremdartige Eindruck und kommt hinzu zu all den sehr realen Interessen an einer größeren Handelsflotte, an guten Geschäften mit den Ententemächten während des Krieges, an endgültiger Eroberung des südamerikanischen und des russischen Marktes, weiter zu dem ideellen Bedürfnisse mit der älteren englischen Mutterkultur in ein noch engeres, vertiefteres Verhältnis dadurch zu kommen, daß man sich an die Seite dieses Volkes und Staates in der Stunde der Gefahr stellt, zu diesem Bedürfnis, seine Wurzeln weiter und fester in die Vergangenheit sich strecken zu lassen, sich nicht mehr so ganz als junges Kolonialvolk zu fühlen.

Wir können und wollen in diesem Augenblicke, in dem so schwere Entscheidungen diesseits und jenseits des Ozeans gewogen werden, nicht unsere Meinung über die Zweckmäßigkeit der politischen Maßnahmen sagen und wagen nicht, in einer Angelegenheit, die eine noch viel größere Verlängerung des Krieges, als wir sie schon zu erwarten haben, bedeuten kann, zu einer Entscheidung nach der einen oder anderen Seite zu raten. Die Männer, die unsere militärischen, wirtschaftlichen und politischen Hilfsmittel aus eigener Anschauung genau abzuwägen in der Lage sind, mögen die schwere Verantwortung für das, was kommen wird, vor dem deutschen Volke und vor seiner Zukunft tragen*.

* Dieser Aufsatz war bereits gesetzt und sollte gedruckt werden, als die so lang mit so großer Spannung und mancher Sorge erwartete Antwort der Deutschen Reichsregierung auf die Amerikanische Note[6] bekannt wurde. Wer wie wir mit der Leitung der deutschen Politik seit Beginn des Krieges zwar durchaus nicht in jedem Punkte, aber doch im großen Ganzen einverstanden ist, dabei aber manchmal fürchten zu müssen glaubte, es fehle vielleicht die notwendige Verbindung von Entschlossenheit und Geschicklichkeit, wird auf's freudigste überrascht sein. Die deutsche Antwort wahrt nicht nur auf das Entschiedenste das nationale Ansehen, sondern in einer Form, die doch nicht eigentlich verletzend ist, erteilt sie eine Lehre an die leitenden Männer der Vereinigten Staaten, die, wenn jene Männer sich belehren lassen w o l l e n, wenn in ihnen ein wirkliches Gefühl der Unparteilichkeit lebt, umso stärker auf sie wirken muß, als das, was ihnen gesagt wird, aber in dieser Ruhe und Würde gesagt wird. Indem Deutschland noch einmal bis zu einem bestimmten Grade, soweit es seine Interessen, wie der Krieg sie absteckt, nicht absolut verbieten, in bezug auf die Anwendung der Unterseewaffe nachgibt, aber andererseits nur gewissermaßen befristet nachgibt, bis nämlich die Vereinigten Staaten gezeigt haben, daß sie auch gegen England mit seinen viel zweifelloseren Völkerrechtsbrüchen, das Interesse der Menschlichkeit bei den neutralen Völkern durchzusetzen wissen, haben wir einen wirklichen moralischen Sieg erfochten, ohne daß wir d a u e r n d mit unseren Lebensinteressen verbundene Vorteile aufgegeben haben.

[6] Vgl. Tgb. 28. 4.—7. 5. 1916.

Aber einstweilen kann gesagt werden: Angenommen selbst, es drückten die Interessen und die kulturellen Freundschaften und Verknüpfungen des Volkes der Vereinigten Staaten es so stark gegen uns, daß selbst besonnenste Haltung unserer Staatsleitung den Konflikt nicht abwenden kann, so bedeutet das wohl für uns eine Verlängerung und Erschwerung von Opfern und Sorgen, aber den Sieg, der so innerlich vorbereitet ist wie bei uns, wird uns auch das nicht entreißen können.

Wie auch die Entscheidung fallen wird, die Haltung des amerikanischen Volkes, die politische Interessenrichtung, in der die Vereinigten Staaten von Nordamerika sich bewegen und treiben lassen, wird uns bei Erwägung unserer nächsten politischenZukunft immer wieder daran erinnern, wie wichtig es ist, daß wir nicht nur, um von den beiden Kolossen des russischen und britischen Reiches nicht zerdrückt zu werden, sondern auch um uns von einer wirtschaftlichen Vorherrschaft Amerikas frei zu halten, die sich schließlich in eine politische umsetzen würde, durch eine mitteleuropäische Konsolidation uns zunächst werden schützen müssen. Daß wir damit zugleich einen Kern bilden, der auch für die meisten anderen europäischen Staaten einst den Halt bieten kann, vor derselben Gefahr sich zu schützen, ist klar. So wirkt auch der Mangel an Freundschaft, den Amerika uns zeigt, dahin, daß wir immer mehr und mit immer größerem Bewußtsein die Bahn beschreiten werden, auf der unsere Aufgabe zu erfüllen uns gesetzt ist. Und diese Konsolidation Mitteleuropas wird nicht nur einen neuen Typ für ein engeres Verhältnis einander befreundeter und solidarischer und dabei selbständiger Staaten schaffen, sondern, um dieses zu schaffen, werden wir immer konsequenter das, was in unserer inneren Umbildung sich an Neuem, Zukunftsreichem zeigt, ausbilden müssen. Die gesellschaftliche Organisation wird sich nicht auf Deutschland wirtschaftlich allein beschränken können, sondern auf diesen ganzen Block erstrekken müssen. Die geistigen Grundlagen, von denen aus wir unsere neue Entwicklung beginnen konnten, werden noch klarer herausgearbeitet werden müssen: vor allem das Problem des Verhältnisses von Persönlichkeit und organisierter Gesellschaft, das ja im Mittelpunkt der Frage jener Organisation der Wirtschaft stehen wird; dann die fruchtbare Spannung zwischen Nationalitätsidee, die nicht verloren gehen darf und wird in einem solchen Völkerbündnis, und der Menschheitsidee, ohne deren Wirken so verschiedene Völker nicht zusammengefaßt werden können; und endlich die Idee vom Staat, als einer Zusammenfassung und Unterordnung aller inneren Einzelkräfte zum Wirken nach Außen, ohne deren tieferes und leidenschaftlicheres Erfassen wir jene Ergänzung, die Mitteleuropa in einer Kolonialpolitik und einer uns die Meere sichernden Weltpolitik suchen muß, nicht erreichen können.

Die Früchte der Durcharbeitung und Vertiefung dieser Probleme, so sehr Amerika auch mit dazu helfen sollte, uns zu dieser Arbeit aus Selbsterhaltung zu zwingen, sie werden gerade auch dem großen Staate und Volke jenseits des Ozeans eines Tages zugutekommen, wenn es mit den

gigantischen Rätseln, die seine eigene überhastig begonnene und naiv hingenommene Entwicklung ihm geschaffen hat, nicht fertig werden sollte.
Heute glaubt es uns zwar in Allem voraus zu sein und uns Belehrungen über Moralität, Politik und verschiedenes Andere geben zu müssen.
Was es in Wirklichkeit mit solchen Fragen auf sich hat, das wird es erst erkennen, wenn es in die wirkliche volle Geschichte, die ja neben vielem Anderen doch auch vor allem ein Kampf der großen Mächte miteinander ist, eingetreten sein und in ihr gelebt und gekämpft haben wird.

Deutsches Programm

ESt WZ 1, S. 771—778 17. 6. 1916

Wir stehen vielleicht vor einem entscheidenden Wendepunkte des großen Weltkrieges. Nicht so sehr durch einen entscheidenden Sieg über einen unserer Feinde, als durch die Abwehr der außergewöhnlich kräftigen russischen Offensive gegen unsere österreichischen Verbündeten und unsere eigenen, im österreichischen Verbande kämpfenden Truppen wird dieser Wendepunkt bezeichnet werden[1].
Die Russen haben zweifellos Teilerfolge in an sich nicht unbeträchtlichem Maße im Norden und Süden der südöstlichen Front errungen. Aber in keiner Weise hat es bisher den Anschein, als würden diese Teilerfolge sich zu einem Siege summieren, wie er sich in der Durchbrechung unserer und der österreichischen Front im Südosten und einer daraus folgenden größeren oder geringeren Räumung wiedergewonnenen galizischen Landes und eroberter russischer Gebiete darstellen würde. Was dann, wenn der bisherige Erfolg der Russen sich unsererseits alsbald auch nur einigermaßen wieder ausgleichen läßt? Gewiß: mit amerikanischer und japanischer Hilfe ist es den Russen geglückt, noch einmal große Munitionsmengen gegen uns zu verbrauchen. Und das riesige Land hat noch einmal ein riesiges Heer junger Soldaten aufbringen können. Aber die immer größer werdende Verwirrung der russischen Gesamtwirtschaft und Finanzen einerseits, die immer wachsende Mißstimmung oder wenigstens Kriegsmüdigkeit in dem Volke, das ungezählte Opfer gebracht hat und dabei immer wieder keine Aussicht auf einen endgültigen Erfolg kommen sieht, andererseits, macht es nach den neuesten großen Menschenverlusten außerordentlich wahrscheinlich, daß, wenn auch diesmal nichts Entscheidendes glückt, endlich die Stunde kommt, da man auf russischer Seite allgemein einsieht, was immer zahlreichere Einzelne schon lange sehen, daß ein ferneres Festhalten an dem Vertrage der Ententemächte, nur gemeinsam Frieden zu schließen, heller Wahnsinn wäre. Und dies umsomehr, als die eigentlichen

[1] Brussilow-Offensive in der Bukowina, die am 4. 6. 1916 begonnen hatte. Vgl. Tgb. 12. 6. 1916.

russischen Kriegsziele, ein weiteres Vortragen der russischen Grenzen nach Europa hinein und vor allen Dingen die Eroberung Konstantinopels, keineswegs mehr selbst dem größten russischen Optimisten erreichbar, die Rückeroberung Polens und der von uns besetzten Teile der Ostseeprovinzen möglich scheinen werden, jede Anstrengung also fortan nur noch zur Entlastung zwar auch Frankreichs, mit dem Rußland immerhin in Hinsicht auf spätere Konflikte mit Deutschland infolge der geographischen Lage tieferes Interesse verbindet, aber vor allen Dingen Englands, des früheren und zukünftigen Gegners dienen könnte.

Würde aber, was nach allem ziemlich ausgeschlossen erscheint, selbst eine Summierung jener Teilerfolge in der erwähnten Richtung stattfinden, so wäre wohl eine Verlängerung des Krieges nach allen Fronten möglich und die Aussicht auf das Herausbrechen eines der wichtigsten und mächtigsten Glieder aus dem feindlichen Ringe verzögert und hinausgeschoben, und es würde im ganzen nur eine Verlängerung der augenblicklichen Kriegslage stattfinden. Denn davon scheint doch nach allem kaum die Rede zu sein, daß jene russischen Erfolge in entscheidender Weise auf den französischen und den italienischen Kriegsschauplatz einwirken sollten. Nach so vielen Erfolgen eines so langen Krieges, nach so viel konstanten Häufungen kleiner Vorteile auf dem gesamten Kriegsschauplatze, nach dem Vorwärtsdringen bei Verdun, nach dem Hineintragen des Krieges ins feindliche italienische Land durch das österreichisch-ungarische Heer, nach der großen Freude, die dem deutschen Volke durch den wenn auch keine Entscheidung, so doch eine entscheidende Probe auf unsere Seemacht bringenden Sieg im Skagerrak wurde, werden das deutsche Volk und die mit ihm verbündeten Völker in Fassung und Zuversicht auch eine solche Schwankung des Kriegsglücks ertragen können, ohne in ihrem Mute noch in ihrem Planen, das langsam während des Krieges anfängt, reifere Gestalt anzunehmen, erschüttert zu werden.

Wenn wir unwillkürlich vom Schwanken des Kriegsglücks sprechen, so vermeinen wir nicht etwa uns damit zu trösten, daß die Göttin des Krieges ein launisch Weib sei. Nein, wir wissen genau, daß solche vorübergehenden Rückschläge aus der geographischen, politischen und militärischen Lage heraus ihre tiefe Begründung haben.

Und wir wissen genau, daß gerade nicht das Vertrauen auf die wankelmütige Gunst der Kriegsgöttin, sondern auf die unter Berücksichtigung aller Schwierigkeiten und Gefahren erfolgende Organisation des Widerstandes und des Sieges allein uns verbürgen kann, über unsere Feinde zu gewinnen. Dieser Organisation, den Führern und den Männern unter ihnen, die draußen stehen, vertrauen wir so, daß wir schon deshalb solche Rückschläge für etwas Episodisches halten. Und so können wir auch fest darauf vertrauen, daß jener entscheidende Wendepunkt, von dem wir zu Eingang sprachen, nun also nahegerückt ist. Und so sehr nun wieder manche Sorge uns belastet, so wenig wie die draußen von solchen Schwankungen sich erschüttern lassen, so wenig dürfen wir uns ablenken lassen

von den Aufgaben, die den zuhause Gebliebenen beschieden sind. Das sind ja nicht allein die unmittelbar mit dem Kriege selbst in Zusammenhang stehenden Maßnahmen und die damit verbundenen Handlungen und Unterlassungen der Einzelnen, die den Kriegserfolg sichern sollen, z. B. und vor allen Dingen auf dem Gebiete der Aufrechterhaltung der Produktion und insbesondere auf dem Gebiete der Ernährungsorganisation, sondern zu diesen wichtigsten Aufgaben gehört auch mit das Weiterdurchdenken all der Konsequenzen, die sich aus der nun einmal im Kern nicht mehr zu verändernden Kriegslage, auf die der Reichskanzler als Ausgangspunkt jeglicher Friedensüberlegungen hingewiesen hat[2], ergeben werden.

Dem Durchdenken dieser Konsequenzen aber muß nun alsbald eine entsprechende, entscheidende Orientierung der gesamten deutschen Politik folgen. Die Grundanschauungen über die deutsche Zukunft in der Welt müssen heute schon immer klarer und deutlicher herausgearbeitet werden; die Einzelheiten unserer äußeren Politik werden uns ja freilich zunächst durch die Folge der Kriegsereignisse vorgeschrieben. Die Grundanschauungen aber, die unser Verhalten und Wollen nach außen in den Grundzügen bestimmen und regeln sollen, werden notwendig mit der Entwicklung der inneren Politik zusammenhängen. Nicht etwa, daß die äußere Politik, wozu bei uns in Deutschland auf den verschiedensten Seiten gar zu große Neigung besteht, von den Gesichtspunkten der verschiedenen innerpolitischen Tendenzen bestimmt sein darf. Umgekehrt muß die innere Politik Deutschlands hauptsächlich unter den Gesichtspunkten der Kräftigung und der Anpassung Deutschlands für die Aufgaben der äußeren Politik orientiert werden.

Aus den Reden des Reichskanzlers, auch aus den beiden letzten, die er im Reichstag hielt[3], klingt immer wieder die Erkenntnis heraus, daß eine Neuorientierung unter solchen Gesichtspunkten ihm notwendig erscheint. Indem er aber dies nicht klar ausspricht, indem er den Gesichtspunkt der zusammengefaßten Kräfte des ganzen Volkes zur Wirksamkeit nach außen nicht in den Vordergrund rückt, indem er aus Rücksicht auf die Gefahr, schwere innerpolitische Kämpfe hervorzurufen, aus seinen von ihm so oft verkündeten Grundanschauungen unter Berücksichtigung der nun einmal in unserem Volke vorhandenen sozialen Schichtungen mit ihren tief wurzelnden Gesinnungsrichtungen nicht die Konsequenzen zieht und sie nicht zu einem deutschen Programm schlechtweg, auf das die überwiegende Majorität des Volkes sich vereinigen könnte, zusammenfaßt, begibt er sich der Wirkung auf die Gesamtheit des Volkes, die eben jenen Grundanschauungen, von denen er sich leiten läßt, zukommt. Es ist etwas in der von unserer Reichsleitung geführten Politik — das kann wohl offen ausgesprochen werden — was immer wieder auch die Anhänger dieser Politik stutzig und zurückhaltend macht. Und wer wollte es leugnen, daß

[2] Rede im Reichstag vom 5. 6. 1916, Sten. Berichte, Bd. 307, S. 1509 f.

[3] Am 5. und 6. 6. 1916. Sten. Berichte, Bd. 307, S. 1509 ff. und S. 1356 f.; Tgb. 12. 6. 1916.

so, wie die Dinge heute stehen, selbst die meisten Anhänger des Reichskanzlers es nur deshalb sind, weil sie innerpolitisch oder außerpolitisch eine Änderung zum Schlimmeren von einem Nachfolger, den man nicht kennt, befürchten. Der Reichskanzler scheut augenscheinlich davor zurück, die Gegnerschaft und die Hemmungen noch zu erhöhen, die sich schon ohnedies mit nicht geringer Kraft gegen seine besonnene Machtpolitik erheben — bald gegen die Besonnenheit dieser Politik, bald eben dagegen, daß diese Politik Machtpolitik ist. Das gibt seinem Auftreten und der Verteidigung seiner Politik den Anschein einer gewissen Zaghaftigkeit und Schwächlichkeit, die ihm nun von seinen Gegnern ganz besonders vorgeworfen werden, und die er in Wirklichkeit, wenn man schärfer zusieht und zuhört, gar nicht hat. Freilich, eine fast übertriebene, gewissenhafte Vorsicht ist zweifellos. Nur wenn er direkte Angriffe auf sich abwehrt, findet er den Ton der Entschlossenheit, ja Unbeugsamkeit. Aber dieser Ton bekommt eben als aus der Defensive herauskommend im Ohre des Nichtwohlwollenden etwas Gereiztes, Nervöses, das dann die Gegner wieder als Umschlagen der Unentschlossenheit ins Gegenteil deuten. Die Rücksichtslosigkeit, mit der er dann gegen diese Gegner vorgeht, macht sie eben bloß zu schlimmeren Feinden. Aber weil er den positiven Kern seines Handelns nicht ganz herausstellt, erweckt dies wohl Freude bei den Feinden seiner Feinde, ohne jene zu seinen Freunden zu machen.

So war es auch wieder bei seiner Abrechnung mit den Alldeutschen und den diese unterstützenden Parteien oder Parteigruppen[4]. Er hat doch mindestens sich den Anschein gegeben, als ob er diesen nationalistischen Exaltados eine Bedeutung beimäße, die sie in Wirklichkeit ja keineswegs haben. Gewiß; indem durch die Zensurmaßnahmen in mancher Weise diese Leute in der Freiheit ihrer Meinungssäußerungen viel mehr unterdrückt scheinen, als sie es in Wirklichkeit sind, gewinnen sie eine größere Anhängerschaft in bestimmten Kreisen, als sie bei einer vollkommen freien Erörterung, in der alle Richtungen sich aussprechen und ihr Arsenal an Gründen vorbringen können, haben würden. Ihre Hauptbedeutung beruht gerade auf der Tatsache, daß sie zum Teil heute nicht ganz in der Öffentlichkeit arbeiten können und müssen und daß infolgedessen bestimmte andere Richtungen, die man nicht direkt als alldeutsch ansprechen kann, wenn sie auch einen Nationalismus, der aber bedachtsamerer Art ist, vertreten, eben unter dem Schutze des Ausschlusses der Öffentlichkeit auf das engste zusammenarbeiten können. Diese anderen Richtungen wiederum bekämpfen zweifellos den Reichskanzler mindestens so sehr aus innerpolitischen Gründen — wie dies von den extremen Konservativen und auch von bestimmten nationalliberalen Kreisen wegen der Haltung des Reichskanzlers gegenüber der Sozialdemokratie auch offen ausgesprochen wird —, wie aus außerpolitischen Gründen. Sie ziehen die innerpolitische Konsequenz aus den Grundanschauungen des Reichskanzlers, die er selbst nicht zieht oder wenigstens nicht ausspricht, und sind gerade ihretwegen

[4] Vgl. Tgb. 12. 6. 1916, Anm. 5.

seine Gegner. Würden sie von ihm selbst im Zusammenhang mit jenen Grundanschauungen rückhaltlos ausgesprochen werden, so ist es sehr fraglich, ob nicht in Rücksicht darauf, daß eben die Fragen der äußeren Politik, die Frage der Aufrechterhaltung der äußeren Macht durch Stärkung der inneren Machtfaktoren diese innerpolitische Neuorientierung bestimmen, auch einen Teil der heutigen innerpolitischen Gegner des Reichskanzlers, soweit nicht alte parteipolitische Gewohnheit und persönliche Interessenkreise ihr politisches Denken endgültig ausgeprägt hätten, aus Gründen des Patriotismus ein gutes Stück des Weges mitgehen würden. Ein Patriotismus und eine Staatsgesinnung von großer Stärke, die dabei — was aus Beruf und Lebensstellung herrührt — oft merkwürdig getrennt sind von modernem sozialen Empfinden, sind doch oft gerade in diesen Kreisen zu finden. Es ist nicht zu zweifeln: an vielen Stellen würde dieser Patriotismus so stark sein, daß, wenn bei ruhiger Überlegung sich herausstellen würde, unmittelbare vaterländische und machtpolitische Gründe verlangten soziale Reformen und Ausweitungen politischer Freiheit, so würden viele, denen solches sonst in der Seele zuwider ist, zwar mit einigem Schwanken und immer noch bremsend, aber doch schließlich praktisch auch in dieser Richtung mitarbeiten. Und selbst, wenn das nicht in dem erwarteten Maße der Fall wäre, und dann vor allen Dingen an denen, welche auch diesen patriotischen und machtpolitischen Gründen unzugänglich blieben, würde die Kraft eines so motivierten und von solchen Erwägungen getragenen deutschen Gesamtprogramms sich bewähren. Und die Entschlossenheit der Reichsregierung, wenn sie sich hier zeigen würde, würde auch das Mißtrauen in die Entschlossenheit vermindern, das manche gegenwärtig ihrer äußeren Politik entgegenbringen. Die anderen weiten Kreise aber, aus denen man heute tagtäglich hören kann, viele Redewendungen in den Äußerungen des Reichskanzlers, besonders in seinen Reichstagsreden — wenn er z. B. von der Zukunft eines freien Volkes sprach oder von den großen, gewaltigen neuen Problemen, die heraufkommen — seien eben nur als Redewendungen zu betrachten, diese Kreise würden sich mit Begeisterung an ihn anschließen und vor dieser gewaltigen Gefolgschaft würden die relativ kleinen Kreise, die aus letzten, unerschütterlichen prinzipiellen Gründen von vorneherein den Grundlagen der von dem Reichskanzler eingeschlagenen Politik widerstreben, einfach beiseite gedrängt werden.

Eine solche Entwicklung hat freilich außer dem festen Entschluß des Kanzlers, eben jene Konsequenzen aus seinen Grundanschauungen einerseits, aus den Anforderungen, die die äußere Politik an die innere Entwicklung stellt, und aus den tieferen und festeren Grundlagen jeglicher möglicher Parteientwicklung im deutschen Volke andererseits, zu ziehen, die Voraussetzung, daß das ganze innerpolitische Leben Deutschlands den Anstoß, der von einem solchen Vorgehen der Leitung ausgehen würde, auch wirklich aufnehmen und adäquat den wirklichen grundlegenden Kräften verarbeiten kann.

Wir haben bereits in unserem Aufsatz über „Geistes- und Wirtschaftsdiktatur“ in Nr. 12 dieser Zeitschrift[5] darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung durch die Aufrechterhaltung der politischen Zensur über das unmittelbar notwendige Maß rein militärischer Rücksichten hinaus das Verständnis und die Verteidigung ihrer eigenen äußeren Politik gefährden würde. Und wiederholen möchten wir, worauf ein Hauptgewicht zu legen ist: nur wenn die Grundlinien der äußeren Politik, die während des Krieges eingehalten werden, über den Krieg hinaus verfolgt werden und verfolgt werden können, wird von einem dauernden Ergebnis des Krieges die Rede sein. Dazu aber, führten wir aus, ist die Bildung eines ausdrücklichen Volkswillens unbedingt notwendig und diese ist heute erschwert. Daß die Majorität des Volkes in der Vereinzelung der Zeitungsleser den Grundlinien der heutigen Reichspolitik zustimmt, ist politisch für die Dauer nicht genügend. Und heute möchten wir hinzufügen: die Bildung dieses Volkswillens kann, darüber wird wohl nicht gestritten werden, nur durch ein lebendiges Parteileben geschehen.

Nun wird man vielleicht sagen: Ja, ist denn nicht gerade durch die möglichste Aufrechterhaltung des Grundsatzes vom Burgfrieden während des Krieges hierauf Rücksicht genommen, eines Grundsatzes, der allerdings von den Parteien selbst allmählich immer mehr durchbrochen worden ist? Dafür kann doch aber die Regierung nichts, daß das gleichmäßige objektive Verhalten gegenüber den einzelnen Parteien in Anerkennung dessen, daß sie alle ihre patriotische Pflicht im Augenblick der Gefahr getan haben, durchkreuzt und in seiner Wirkung abgeschwächt wird? Und die Regierung hat ja wiederholt anerkannt, daß das große öffentliche Parteileben nach dem Kriege wieder in volle Kraft treten muß. Dem gegenüber muß erinnert werden an die Worte, mit denen der Reichskanzler in seiner Reichstagsrede von den neuen, großen, ungeahnten Problemen, die uns beschäftigen werden, gesprochen hat[6]. Was der Burgfrieden, der selbstverständlich zuerst eine Notwendigkeit war, und was die Zensurmaßnahmen heute herbeiführen, ist etwas, was mit der Anerkennung der verschiedenen Parteien nicht gemeint sein kann.

Wir zaudern einen Augenblick, unseren ganzen Gedanken auszusprechen. Wir kennen ganz genau die Widerstände, die sich aus bestehenden Parteiorganisationen und aus der mit ihnen verbundenen Presse ganz begreiflicherweise nur zu leicht gegen das Folgende erheben und gar zu leicht hinderlich sein können dem, was mit diesen Ausführungen gewollt wird. Besonders wissen wir auch, welche Gefahr in dieser Hinsicht davon droht,

---

[5] EStWZ 1 (3. 6. 1916) S. 605 ff.

[6] Rede vom 5. 6. 1916, Sten. Berichte, Bd. 307, S. 1509 ff.: „Wir werden Parteikämpfe auch nach dem Kriege bekommen, so schwer, vielleicht schwerer als früher. Das wird eine neue, eine andere Zeit sein, mit neuen geistigen Bewegungen, mit neuen sozialen Ansprüchen, mit neuen Forderungen. Die Zeit wird kommen. Wir werden auch diese Kämpfe führen. Aber, meine Herren, sollen wir sie von vornherein vergiften, indem wir immer wieder mit dem alten Schema von nationalen und antinationalen Parteien operieren?“

daß solche Ausführungen, wie die hier gegebenen, gar leicht aufgefaßt und gedeutet werden können als Versuch, die durch den Krieg und die äußerpolitischen Probleme gegebene innere Situation auszunützen für die Durchsetzung auch wieder bestimmter Prinzipien, die im letzten Grunde oder in ihrem Endeffekt Parteiprinzipien wären. Nun sind Parteiprinzipien nicht nur für ein inneres politisches Leben, sondern auch, da äußere Politik unter anderen Gesichtspunkten doch nur Zusammenfassung innerer Kräfte sein kann, auch für jeden machtpolitisch Denkenden durchaus etwas Notwendiges. Jedoch gibt es einen Standpunkt, und das wird wohl der eines leitenden Staatsmannes sein, auf den sich auch der, der zu solcher Leistung nicht berufen ist, der aber politisch bis zu einem bestimmten Grade doch auch wirksam sein will, und gerade deshalb im allgemeinen sich solchen Prinzipien hingeben muß, im Geiste wenigstens versetzen kann, ja, versetzen muß, wenn er die Kontrolle darüber, wie der Einzelne, die Gruppe, die Partei im ganzen wirken kann, nicht verlieren will. Das ist eben der Standpunkt, von dem schon gesprochen wurde, der alles von den Wirksamkeiten nach außen hin ansehen läßt. Da treten die großen politischen Prinzipien, aus denen man alles politische Leben konstruieren kann und die der Anfang und die Grundlage von gewissen Gesichtspunkten aus sind, doch zurück vor der allgemeineren Anschauung, daß sie nur Momente sind in dem Leben staatlich organisierter Völker, Pole, zwischen denen eine Spannung besteht, welch letztere eben erst politisches und im letzten Grunde auch kulturelles Leben innerhalb dieser Staatsvölker ermöglicht. Es heißt nicht, die Wichtigkeit des Gegensatzes dieser Prinzipien und ihres Kampfes gegeneinander unterschätzen, wenn man, besonders in solchen Situationen wie der, in der wir heute sind, in den Vordergrund rückt, daß die Voraussetzung für den Kampf dieser Prinzipien und insbesondere für den f r u c h t b a r e n Kampf dieser Prinzipien nicht nur allein die Aufrechterhaltung, sondern auch die fortwährende Stärkung desjenigen staatlichen Organismus ist, innerhalb dessen sie allein in wirklicher Wirklichkeit leben, sich gegenseitig bestimmend und abändernd, gerade indem sie versuchen, sich jedes ganz durchzusetzen. Von hier aus gesehen gilt es immer wieder in den Zeiten großer Wendungen den einen, nach der Lehre der Geschichte, wenn überhaupt getanen, doch immer wieder nur vorübergehenden Fortschritt zu machen, daß nämlich mit Bewußtheit die Vertreter der Prinzipien den Tatbestand, den alle Geschichte lehrt, selbstverständlich versuchend, ihn auszunützen, anerkennen. Alle innerpolitische Entwicklung ist von einer Seite her gesehen nichts weiter, als Anpassung der Völker und Staaten an außenpolitische Machtkämpfe und Machtverschiebungen.

Das heißt aber praktisch, solche Umwälzungen, wie sie dieser Krieg mit sich bringt und noch bringen wird, müssen auf das tiefste in das gesamte innerpolitische Leben und daher auch zum Teil auf die Parteien und Richtungen, die in ihrer Gesamtheit das politische Leben ausmachen, einwirken.

Nun ist es ja ganz selbstverständlich, daß diese Einwirkung auf die Dauer zum Vorschein kommen muß. Die sozialen Umschichtungen, die von der allgemeinen Erschütterung und Veränderung der Dinge notwendig hervorgebracht werden, müssen, da ja die Parteien in ihrer konkreten Gestalt nicht nur die Vertreter von Prinzipien sind, sondern getragen werden von bestimmten sozialen Gruppen, auch die Änderungen des Parteilebens vor allem mit sich bringen. Aber es ist eben ein sehr großer Unterschied, vor allen Dingen im Hinblick auf die notwendige Kontinuität der kommenden Politik zum mindesten doch in den ersten Jahren, ob im Augenblick der wichtigen Entscheidungen die Fortbildung und Umwandlung der Parteien Schritt gehalten haben mit der Veränderung dessen, als dessen Ausdruck allein sie Wert haben. Die letzten großen historischen und politischen Prinzipien, deren letzter Ausdruck die Parteien sind, bleiben wohl dieselben, aber ihr Ausdruck wird umgeformt und ihre Fruchtbarkeit beruht auf dieser ständigen Umformung. Diese Umwandlung und Umformung, wenn wir eben an einen so glücklichen kontinuierlichen Verlauf der Entwicklung denken dürfen, kann allein dadurch erfolgen, daß zum mindesten der größere Teil der in dem Volke sich befindlichen Parteien vorübergehend zur Gesamttat zusammengeschlossen werden kann. Die neuen Sonderungen und Differenzierungen, die den neuen Aufgaben angemessen sind, werden gerade dadurch vorbereitet und ein kräftiges neues Parteileben ist nur dadurch gewährleistet.

Sehen wir von hier aus zu, wie Burgfrieden und Zensurmaßnahmen gewirkt haben, so werden wir kein günstiges Urteil fällen können.

Warum setzen wir unsere Hoffnung für eine Umwandlung des politischen Lebens und die Bildung eines deutschen Gesamtprogramms auf die Reichsleitung, die nach unseren Verhältnissen ja eigentlich mit dem Parteileben nicht unmittelbar organisch verbunden ist? Warum haben wir so geringe Hoffnung darauf, daß das in den Grundzügen auf längere Dauer wirkende, im Einzelnen vorübergehende deutsche Gesamtprogramm nicht aus dem Parteileben heraus erwachsen und geschaffen werden kann? Da muß doch trotz allem, was man über Erneuerung spricht, gesagt werden, in den alten, bestehenden Parteien sind sehr, sehr wenig Anzeichen für ein Losmachen von den alten Formen, in denen ihre Prinzipien erscheinen, wie von den taktischen Wegen, diese Prinzipien durchzusetzen, vorhanden. Es läßt sich nicht bezweifeln, daß fast nur bei der heutigen Reichsleitung, welche ja schon durch ihre Position gezwungen ist, möglichst rein vom Standpunkte des Ganzen aus zu urteilen, und bei der die Anforderungen der äußeren Politik selbstverständlich zu allen Zeiten und ganz besonders während eines solchen Krieges im Vordergrund stehen müssen, solche Anzeichen von Neuorientierung — um das manchen so mißliebige Wort auch hier noch einmal zu wiederholen — vorhanden sind. Jedenfalls ist mehr Aussicht zunächst einmal bei ihr vorhanden, als bei den einzelnen Parteien, wenigstens so weit diese als Organisationen und Ganze in Betracht kommen und durch ihre Vertretungen erkannt werden können. In der

großen Menge der Führenden ist vielleicht ein großer Teil, aber nur als Einzelne, selbstverständlich vorbereitet für die kommenden Wandlungen. Und noch mehr: in dem, was die Grundlagen der Parteien bildet, in ihren Anhängerschaften, sind alle Möglichkeiten vorbereitet. Aber nehmen wir die Parteien, wie wir es müssen, wie gesagt als Ganze und als Organisationen, so sind diese um so verhärteter in ihren alten Prinzipien und Gedankengängen, als gerade durch die Zensurmaßnahmen und den Burgfrieden ein großer Teil des frischen Windes ihnen abgesperrt worden ist. Wenn wir vielleicht noch von dem rechten Flügel der Sozialdemokraten absehen, der ja als Rumpffraktion der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage übrig geblieben ist, und von dessen Entwicklung im einzelnen man noch gar nichts voraussagen kann, so muß das eben Gesagte wohl von allen, die einen Augenblick die Parteibrille ablegen können, anerkannt werden. Der Burgfrieden war Gewährleistung des bisherigen Besitzstandes und ist ausgesprochenermaßen bloß eine gegenseitige Vertagung aller Streitigkeiten. Indem das so ist, sind eben die Grundbedingungen für eine Umänderung aus den alten Parteiorganisationen heraus verschlechtert.

Welche Schwierigkeiten sich gerade daraus wieder für die Durchsetzung der Politik des Reichskanzlers ergeben, geht klar hervor, wenn man z. B. mit Anhängern der konservativen Partei, die nicht gerade an der Spitze der konservativen Parteivertretung stehen, an deren Konservativismus aber durchaus nicht gezweifelt werden kann, sich über die Haltung des Reichskanzlers gegenüber der Sozialdemokratie unterhält. Gewiß findet man gerade in diesen weiteren konservativen Kreisen noch schärfere Verurteilungen, besonders in der Form, über diese Politik, als man sie von den Mitgliedern der parlamentarischen konservativen Fraktion hört. Aber anderseits hört man auch aus sehr wichtigen und weiten Kreisen der konservativen Partei, besonders gerade aus denjenigen Kreisen, die die treibende Intelligenz darstellen, zwar nicht gerade eine Mißbilligung der Haltung ihrer Vertretung in dieser Frage, aber doch manches sehr verständnisvolle Wort für den Versuch der jetzigen Reichsleitung, die Sozialdemokraten — um ein Wort aus einer früheren Ministerrede anzuführen — in das Staatsganze einzuordnen. Es ist gar kein Zweifel: würde das Parteileben, die innerpolitische Auseinandersetzung in freieren Bahnen sich bewegen, wobei übrigens sowohl in Rücksicht auf die Einigkeit wie auf den Eindruck im Ausland sehr wohl mildernde Maßnahmen in bezug auf den Ton möglich wären, so würde auch aus der Vertretung dieser Kreise höchstwahrscheinlich dem Reichskanzler ein so energischer Widerstand in der Frage der Behandlung der Sozialdemokratie nicht entgegentreten.

Die Ausschaltung der politischen Vertretung einer so mächtig wachsenden und eine solche wirtschaftliche und politische Kraft darstellenden Klasse, wie es die Industrie-Arbeiterschaft ist, aus der Mitarbeit an der Organisation und Verwaltung der innerstaatlichen Kräfte ist etwas auf die Dauer für diese Klasse Unerträgliches, für den Staat Unzuträgliches, vorausgesetzt, daß unsere Meinung richtig ist, es sei der Staat Zusammenfassung

und Organisation aller inneren Kräfte einer Nation. Es hat keinen Wert, darüber zu streiten, ob an dieser Tatsache der übrigens nur unvollkommen gelungenen Ausschaltung der Sozialdemokratie, die lange bestanden hat, mehr die tatsächlich in mancher Beziehung staatsfeindliche oder mindestens staatsfremde Seite der früheren Sozialdemokratie, von der sich bis in die Kreise der sogenannten Revisionisten oder besser Reformisten hinein manche Spur zum Schaden der sozialistischen Bewegung selbst noch erhalten hat, die Schuld trägt, oder das ja allerdings begreifliche Zögern der verschiedenen „bürgerlichen Parteien" und der Regierungen, in den sozialistischen Ideen und Forderungen den notwendigen Ausdruck der besonderen Lage dieser Klasse innerhalb des Staatsganzen zu erkennen und, da diese Klasse nun einmal einen realen und einen sehr wichtigen Teil des Volksganzen ausmacht, ihr die Berechtigung, diese ihre besonderen naturnotwendigen Interessen ebenso zu vertreten, wie andere Klassen, zuzuerkennen.

Nachdem aber nun einmal die Arbeiterklasse und auch im großen und ganzen ihre politische Vertretung den innerlichen Weg zum Staate zurückgefunden hat, wäre nichts falscher — immer wieder sei es gesagt, wenigstens für denjenigen gerade, der in etwas vertiefterer Weise den Machtstaatsgedanken anerkennt — als ihr auf diesem Wege Schwierigkeiten zu bereiten. Und eine schwere Schuld im Sinne dieses Staatsgedankens würde derjenige Staatsmann, aber auch Parteipolitiker auf sich laden, der wiederum mit mangelhaftem Verständnis für die Forderungen, die sich aus der besonderen Klassenlage der Arbeiterschaft ergeben, aus diesen Forderungen einen Grund für eine Nichtgleichberechtigung dieser Klasse konstruieren wollte. Im Gegenteil, die Tatsache, daß in dieser Klassenlage auch Momente vorhanden sind, welche gar leicht auf den Weg der Staaatsfeindlichkeit drängen könnten, wird dem Besonnenen nahelegen, alles zu tun, daß eine Stärkung dieser Momente nicht eintritt. Am allerwenigsten kann sich ein Staat, der dauernd kraft seiner geographischen Lage von außen bedroht ist, gefährliche Kühnheiten in dieser Beziehung gestatten.

Ja, es ließe sich denken, daß ein eigentlich im Grunde konservativer Staatsmann, sowie er vom reinen Staatsgedanken so erfüllt ist, wie seine Stellung es von ihm fordert, es ihm aber auch durch die ganz eigenartige Perspektive, die sich von hier aus bietet, mehr erleichtert, wie Anderen, — daß ein solcher Staatsmann, wenn es nur irgend geht, d. h. wenn die Vertretung der Arbeiterklasse für die entscheidende, nämlich die Machtseite des Staates zu gewinnen ist, lieber darauf verzichtet, daß die ihm in der Grundgesinnung ursprünglich näherstehenden Kreise, aus denen er geistig herkommt, seine Politik unterstützen, als auf die Dauer jene große Klasse und die sie vertretende Partei in dauerndem Gegensatz zu einem großen und entscheidenden Teile der Staatsaufgaben zu erhalten. Zwar haben sich — und menschlich durchaus verständlich — schon einige erbitterte Stimmen aus dem konservativen und dem rechtsnationalliberalen Lager erhoben, die die Anklage aussprechen, daß die jetzige Regierung ge-

wissermaßen in einer Art Undankbarkeit diejenigen Parteien zu vernachlässigen beginne, welche bisher zum größten Teile die Schaffung der Mittel für eine starke nationale Politik gewährleistet hatten. Die jetzige Reichsleitung suche sich gerade nun mit auf diejenigen Parteien zu stützen, welche mehr oder weniger lange die Opposition im Kampfe um die Rüstung gebildet haben, die die jetzigen Siege, also auch die Grundlagen der kommenden inneren Politik gewährleistet.

Es ist nun gar kein Zweifel, daß aus dieser Tatsache oder richtiger aus der Befürchtung, daß dies zur Tatsache würde, heraus das Mißtrauen gegen die äußere Politik des Reichskanzlers bei einem nicht unbeträchtlichen Teile jener Kreise so gestärkt wird. Sie schließen: Stützt sich der Reichskanzler auf die bisher dem Machtgedanken feindlichen Kreise, sucht er möglichst mit ihrer Hilfe seine Pläne durchzuführen, so läßt das darauf schließen, daß seine nationale Politik nicht überaus energisch sein kann, da er Rücksicht auf diese Kreise nehmen muß. Daß rein theoretisch diese Gefahr vorhanden ist, läßt sich ja nicht leugnen. Immer wird ein Staatsmann, der auf eine Majorität angewiesen ist, selbst wenn er diese Majorität führt, doch über die nächsten praktischen Zwecke dieses Zusammenarbeitens hinaus auch von den Grundanschauungen dieser Majorität in seinem Handeln mit aufs stärkste beeinflußt werden. So wie die Dinge aber liegen, hat nun aber einmal jede deutsche Staatsleitung nur folgende Wahl: Entweder sie stützt sich auf diejenigen Kreise, die ihr seit je alle Mittel zur Machtpolitik bewilligten und treibt eine Politik, die deren innerpolitischen Anschauungen und Forderungen oder wenigstens einem Kompromisse entspricht, der den Anschauungen dieser verschiedenen „nationalen" Parteien zusagt. Solange in einem großen Teile des demokratischen Bürgertums und vor allen Dingen in der Sozialdemokratie keinerlei Anzeichen dafür sich zeigten, daß sie für eine aktive nationale Politik zu gewinnen wären, war eben das der gegebene Weg für jeden Reichskanzler. Oder aber zweitens die Erwägung, daß in der geographischen und historischen Situation des Deutschen Reiches es notwendig ist, das Staatswesen durch eine möglichste Zusammenfassung aller Kräfte in seinen Hauptaufgaben sicherzustellen und, wenn nicht die Zusammenfassung aller Kräfte möglich ist, dann doch die der überwiegenden Majorität, und nun lieber sich weniger weit ausgreifende nationale Ziele zu stecken, um diese auch bestimmt und sicher mit Hilfe des überwiegenden Teiles des Volkes durchzuführen. Eine solche Reichsleitung würde dann sich prinzipiell auf den Standpunkt einer inneren Politik stellen, wie sie die Links-Liberalen und die gemäßigten sozialdemokratischen Parteien fordern.

Sieht man die Sache so an, so muß man vom Standpunkt einer realistischen Erkenntnis des historischen Lebens aus zugeben, daß der erste Fall den Vorzug verdient, denn hier wird von vorneherein die innere Politik von der äußeren bestimmt, während im zweiten Falle die äußere Politik zurückgesetzt wird um innerpolitischer Rücksichten willen, welche allerdings, aber in entfernterer Weise auch wieder außenpolitisch, nämlich durch

Rücksichten auf ein Maximum von zusammengerafften Kräften bestimmt werden.

Nun kann es aber eine dritte Möglichkeit geben, diese allerdings nur während eines sehr kurzen und deshalb historisch um so bedeutsameren Zeitraums. Wird innerhalb dieser kurzen Zeit die dritte Möglichkeit nicht erfaßt und verwirklicht, so muß sie alsbald wieder verloren gehen. Diese dritte Möglichkeit besteht eben darin: die Unterstützung der machtpolitischen Staatsnotwendigkeiten durch die größeren Massen des mehr demokratisch gerichteten Bürgertums und der Arbeiterklasse als Bedingung zu stellen dafür, daß die innere Politik der Reichsleitung zur inneren Kräftigung und zur Erreichung der äußeren Macht des Staates zu einem großen Teile solche Mittel wählt, wie sie mehr den Forderungen und den Interessen der zu gewinnenden Parteien entsprechen. Es wird zart besaitete politische Gemüter in allen Parteien geben, welche die mit so nackten Worten ausgesprochene dritte Möglichkeit mit Empörung als eine prinzipienlose Kuhhandelspolitik zurückweisen werden. Und eine solche Empörung wird immerhin gerade auch auf der Seite derjenigen Parteien, die dadurch einen großen Teil ihrer prinzipiellen Forderungen durchsetzen können, nicht schwächer sein, als auf derjenigen Seite, deren Interessen und Prinzipien durch die Durchführung einer solchen Möglichkeit verletzt werden. Es gehört das zu den menschlich recht schönen Zügen, die eine alte Begleiterscheinung der bekanntlich so überaus erfolgreichen Politik der deutschen Linken bilden. Es muß zugestanden werden, daß mit der Aufrechterhaltung dieser schönen Charakterzüge sogar eine Art wohlwollende Beurteilung seitens der schärfsten innerpolitischen Gegner der Linken errungen werden kann, während bei einer im entgegengesetzten Sinne verlaufenden Verschlechterung des Charakters die moralische Entrüstung dieser Gegner hervorgerufen werden könnte. Diese Erwägung über das etwaige Urteil des Gegners ist bei dem politisch philiströsen Zuge, den nun einmal ein großer Teil der deutschen Parteipolitik hat, durchaus nicht zu unterschätzen. Auch jeder leitende deutsche Staatsmann wird auf diese eigenartige politische Mentalität des größten Teiles des deutschen Volkes Rücksicht nehmen müssen.

Außerdem wird er selbstverständlich nur dann Maßnahmen, welche die Konsequenzen der Prinzipien und Interessen der zu gewinnenden Schichten und ihrer Parteivertretungen sind, seiner Politik einfügen können, wenn sie nicht seiner Meinung nach die Vorteile, die durch das Zusammengehen mit diesen Gruppen entstehen, durch Nachteile der Unzweckmäßigkeit usw. aufwiegen.

Nun liegt die Sache aber doch so, daß es sich eben um einen ganz besonderen Augenblick in der deutschen politischen Geschichte handelt. Bis in breite Teile der Sozialdemokratie hinein ist die gesamte Linke zum mindesten doch aus dem Vaterlandsverteidigungsgedanken heraus der Erwägung machtpolitischer Verhältnisse zugänglicher geworden, und es ist anzunehmen, daß diese Entwicklung dann, wenn die Mittel zur politischen Macht-

steigerung nach außen in einem Sinne aufgebracht werden, der diesen ihren Prinzipien nicht geradezu widerspricht, einem Teil derselben geradezu entspricht, sie auch für eine aktive nationale Politik endgültig zu gewinnen sind. Nun kommt aber noch etwas anderes hinzu. Grundlage einer solchen aktiven nationalen Politik, die in unserer historischen Epoche Weltpolitik sein muß, kann nur eine Konsolidation Mitteleuropas sein. Das wird ja kaum noch bestritten. Nach der wirtschaftlichen Seite hin erscheint es nun aber mehr als wahrscheinlich, daß eine Verständigung zwischen den beteiligten Staaten nur möglich ist durch Maßnahmen, welche zunächst die Gefahr in sich tragen, daß bestimmte spezielle Interessen-Organisationen, nämlich die Kartelle und Truste der großen Industrien in ihrer Macht außerordentlich gesteigert würden, was sowohl den Prinzipien und Interessen der Linken und der durch sie vertretenen Volksklassen widersprechen, als auch im Gegensatz zu einem wohlverstandenen Staatsinteresse stehen würde. Diese Gefahr wird aber nur dann zu vermeiden sein, wenn dem Staat einerseits ein weitgehendes Aufsichts- und Regulierungsrecht bei den so entstehenden wirtschaftlichen Neugestaltungen zusteht und andererseits den Interessen der Arbeiter und Konsumenten entsprechende Sicherungseinrichtungen gegeben werden. Aber darüber hinaus ist gar nicht abzusehen, wie der Staat mit denjenigen Gruppen, welche bei den Verhandlungen über die Konsolidation ihre speziellen wirtschaftlichen Interessen naturgemäß sehr weit in den Vordergrund werden stellen müssen, fertig werden soll, und wie er ohne die Unterstützung derjenigen Bevölkerungsschichten, die hinter den Parteien der Linken stehen, die allgemeinen politischen Gesichtspunkte, denen die einzelnen Interessen sich unterzuordnen haben, zu durchschlagender Kraft bringen kann. Es ist hier eben der Augenblick gekommen, wo mit den Erfordernissen der Staatsnotwendigkeiten leichter die Interessen dieser Bevölkerungsschichten zusammengehen werden, als derjenigen, die von den rechtsstehenden Parteien vertreten werden.

Das darf durchaus nicht als ein Vorwurf gegenüber diesen Parteien aufgefaßt werden. Es liegt im Wesen differenzierterer Geschichtsepochen, wie es die unsere ist, daß nur mit selbsttätiger Mitarbeit des Volkes Fortschritte irgend welcher Art gemacht werden können, und diese Mitarbeit kann sich immer nur betätigen durch die Interessen- und Parteivertretungen, die innerhalb des Volkes vorhanden sind, hindurch. Da liegt es in der Natur der Sache, daß zwischen den einzelnen Interessen- und Parteivertretungen eine Abstufung der Nähe oder Entfernung zu der im Augenblick aktuellen Staatsnotwendigkeit besteht. Die Interessen derjenigen Bevölkerungsschichten und die Forderungen derjenigen Parteien, die zunächst in den Hintergrund gedrängt werden, bleiben es deshalb durchaus nicht auf die Dauer, sondern kommen notwendig mit der ganzen Wucht, die ihre trotz allem bestehende Notwendigkeit auch für das Staats- und Volksganze ihnen verleiht, auch wieder zu entscheidendem Ausdruck. Nichts ist weniger historisch gedacht, als wenn Parteien, die eine bestimmte Situation

mit haben herbeiführen helfen, sich darüber beklagen, daß, nachdem das Ergebnis erzielt ist, nun auf einmal die entgegengesetzten Parteien, die haben bekämpft werden müssen, um dieses Ergebnis herbeizuführen, in ihrem Einfluß wieder emporsteigen.

Ganz ähnlich wie bei der Frage der mitteleuropäischen Konsolidation, die für die einzelnen mitteleuropäischen Völker zu einer Lebensfrage und zu einer Voraussetzung jeglicher Machtpolitik, wie weit oder wie wenig weit sie geht, geworden ist, liegt die Sache bei der Frage der Aufbringung der ungeheuren Summen, die zur Verzinsung der Kapitalien gebraucht werden, welche der Krieg verschlungen hat. Wir haben bereits früher in einem Aufsatz „Innere und äußere Politik" in Nr. 2 dieser Zeitschrift[7] darauf hingewiesen, daß mit den gewöhnlichen Steuermaßnahmen nicht durchzukommen sein wird. Weitgehende Monopolisierungen, die tief auch in das ganze Wesen der Volkswirtschaft eingreifen werden, die Grundlagen derselben, wie sie in den Kraftquellen, die Kohle mit inbegriffen, enthalten sind, umfassen werden, sind nicht zu vermeiden. Abermals ist hier das Interesse z. B. der Arbeiter der augenblicklich aktuellen Staatsnotwendigkeit näher, wie etwa das der hinter den rechtsgerichteten Parteien stehenden Klassen.

Dazu kommt aber nun noch die Frage der Nationalitätenpolitik, die nun einmal, wenn wir uns auf den Standpunkt einer mitteleuropäischen Konsolidation als zukünftiger Grundlage unserer auswärtigen Politik stellen, leichter von den Prinzipien der linksgerichteten Parteien bewältigt werden kann, als von denen der rechtsstehenden. Politik ist eben die Kunst des Möglichen und so, wie die Natur der mitteleuropäischen Völker ist, wird ein dauerndes Bündnis und eine dauernde Verbindung nur auf dem Fuße der Gleichberechtigung erfolgen und bestehen können.

Das sind allein drei Punkte, die, da es sich um dringende Entscheidungen handelt, und da Parteien und Bevölkerungsklassen aus langgewohnten Gedankengängen nicht so rasch zu anderen umlernen können, allein darauf hinweisen, wie notwendig gerade Gründe einer Machtpolitik es wünschenswert machen, die Politik auf mindestens einige Zeit auf die Unterstützung anderer Parteien zu basieren, als es bisher geschehen war. Gewiß ergeben sich dabei große Schwierigkeiten. Es ist eine selbstverständliche Voraussetzung, daß auch diejenigen breiten Teile der Linken, welche bisher einer Kolonialpolitik und vor allem dem sogenannten Militarismus, der ja allerdings gerade durch diesen Krieg selbst von vielen Gegnern als das erkannt worden ist, was er in Wirklichkeit ist, mehr als kühl gegenübergestanden haben, in dieser Beziehung umlernen. Dieses Umlernen wird viel schneller vor sich gehen, wie bisher, wenn bestimmte Anforderungen der Linken erfüllt werden, deren Verweigerung bisher mit dazu beigetragen hat, breite Massen in einer gewissen Staatsfremdheit zu erhalten. Man braucht nur an die Frage des preußischen Wahlrechts zu erinnern, die

---

[7] S. o. S. 524 ff.

selbst von einem gemäßigten konservativen Standpunkt aus heute ihre Wichtigkeit verloren hat, während ihre Bedeutung für die Sozialdemokratie geblieben ist; oder man braucht nur an den Ausbau des Koalitionsrechtes der Arbeiter zu denken und man wird erkennen, wie leicht manche Hemmungen eines freudigen Mitarbeitens der großen Massen beseitigt werden können. Einer der schwierigsten Punkte vielleicht wird das Problem sein, die notwendigen Anforderungen an eine gesicherte Versorgung der Zentralmächte mit Lebensmitteln auch während eines neuen Krieges, also die Aufrechterhaltung und Sicherung der Lebensmittelproduktion mit den berechtigten Forderungen der breiten Volksmassen als Konsumenten und mit den Anforderungen, die eine in den Welthandel verknüpfte Industrie stellt, zu vereinigen. Aber auch hier würde eine Verständigung mit Bestimmtheit zwischen den in Betracht kommenden Parteien zu erzielen sein, wenn auch dieser Punkt als ein Einzelbestandteil eines ganzen Blocks von Reorganisationsmaßnahmen behandelt wird. Alle die hier erwähnten Entwicklungstendenzen und Reformforderungen stehen in keinem wirklichen Gegensatz zu den Anforderungen der Staatsnotwendigkeiten und sie stehen in keinem Gegensatz auch zu den Grundanschauungen, die der Reichskanzler wiederholt ausgesprochen hat. Ebenso könnten diese Grundanschauungen und jene Einzelpunkte, die der Durchführung dieser Grundanschauungen dienen, zu einem Programm ausgebildet werden, welches die überwiegende Majorität des deutschen Volkes auf sich vereinigen würde. In dem Augenblick, wo der Reichskanzler klar und deutlich die Konsequenzen aus seinen Grundanschauungen vor allem Volke ziehen würde und wo den Reden die ersten entscheidenden Taten gefolgt wären, würde aller Widerstand, der aus veralteten Traditionen in den in Betracht kommenden Parteien sich ergeben würde, wie Spreu vor dem Winde verschwinden.

Wer ein solches Programm bekämpfen wollte, wäre in die Notwendigkeit versetzt, nicht nur zu versuchen, nachzuweisen, daß, was er vorschlägt, ganz im allgemeinen besser ist, sondern daß sich auch eine entsprechende überwältigende Majorität für dieses andere Programm finden ließe. Ist dem aber so, so gibt es keine wichtigere Frage im Augenblick, als die, ob eben der Reichskanzler mit Entschlossenheit alsbald gerade noch während des Krieges die ersten Schritte zu der von ihm so oft angekündigten Neuorientierung finden wird.

Die Sicherung unserer Grenzen, die Freiheit der Meere, die notwendige Sicherung dagegen, daß Belgien jemals wieder das Werkzeug Englands werden kann, die Zurückwerfung Rußlands aus mitteleuropäischem Bereich, die Zerstörung der panslavistischen Träume, die über den Balkan hinaus unser Bruderreich bedrohten, die Besiegelung der Geschehnisse von 1870 und 1871 gegenüber Frankreich, der Wiederaufbau und, soweit möglich, die Erweiterung unseres Kolonialreiches, die Zerstörung des russisch-englischen Komplotts gegen Konstantinopel und die Türkei und unseren freien Weg zur Betätigung im nahen Orient, die Zurückweisung unberufener

Einmischung und Belehrung, ob und wie weit wir diese Früchte aus unserem Siege ziehen dürfen, wenn diese Einmischung und Belehrung auch unter dem Deckmantel von Bestrebungen zu einer Befriedung der ganzen Welt auftreten, all dies gehört zu einem zweiten und wahrlich nicht weniger wichtigen Teil eines deutschen Programms.
Unsere und unserer Verbündeten Truppen und unsere Flotte werden die endgültigen Grundlagen schaffen für die ins einzelne gehende Ausgestaltung der hierher gehörigen Punkte.
Aber der Sieg, den wir über unsere Gegner mit Bestimmtheit erringen werden, wird doch erst endgültig gesichert sein, wenn es uns und unseren Bundesgenossen gelingt, als die ersten den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens zu vollenden und den den neuen Verhältnissen angemessenen Neuausbau unseres eigenen Staatslebens durchzuführen. Denn dies ist doch die erste Voraussetzung, auf der eine starke und besonnene äußere Politik allein wird weiterarbeiten können. Dieser wirtschaftliche Neuaufbau aber wird solche Anforderungen an unsere Umdenkungsfähigkeit stellen, daß es nichts dringlicheres geben kann, als die alsbaldige entschlossene Zuwendung des politischen Denkens und der politischen Diskussion zu der Gesamtheit der Maßnahmen, die eben jenen Neuaufbau herbeiführen sollen.

Alldeutsche Irrwege

EStWZ 1, S. 1043—1046 7. 8. 1916

Immer wieder haben wir an dieser Stelle betont: Nicht nur für die Fragen der äußeren Politik, wo es selbstverständlich sein sollte, bei uns Deutschen aber leider noch durchaus nicht ist, sondern für die Fragen auch des innerstaatlichen Lebens gibt es eine einzige Haupt- und Grundfrage, der die anderen alle unterzuordnen sind, wenn anders die Versuche um ihre Lösung fruchtbar sein sollen — das ist die Frage nationaler Macht und Größe.
Für die äußere Politik wird das prinzipiell niemand bestreiten, trotzdem entgegen diesem Grundsatz zum Beispiel bei der Form, die der Streit: „England oder Rußland? Orientierung nach West oder Ost?“ angenommen hat, alte traditionelle Parteianschauungen ganz offenbar mitwirken und die klare nüchterne Erwägung der im fortwährenden Wandel begriffenen Konstellationen zu stören und damit die Freiheit des nationalen Handelns je nach den äußeren Umständen und Kraftverhältnissen zu schädigen drohen. Aber wie gesagt, als Grundsatz wird jener Satz für das Gebiet der äußeren Politik nicht ernsthaft bestritten. Die Fragen der inneren Politik aber werden äußerst selten unter diesen Gesichtspunkten betrachtet.
Und doch entspricht eine solche Auffassungsweise nicht nur der Erkenntnis der augenblicklichen außergewöhnlichen Lage, in der wir uns befinden, sondern die ganze Geschichte lehrt, daß alle innerpolitische Entwicklung

im wesentlichen immer innere Anpassung an außerpolitische Machtverschiebungen und innere Umordnung zur zweckmäßigsten Erfüllung sich wandelnder außerpolitischer Zielsetzungen gewesen ist, mögen die in dieser innerpolitischen Entwicklung tätigen Faktoren sich dessen auch sehr selten bewußt gewesen sein.

Dies aber fordern die furchtbar schweren Aufgaben unserer Zeit von uns, daß wir diese historische Grundtatsache uns immer mehr zum Bewußtsein erheben, d. h.: wir müssen uns klar machen, welcher Partei wir auch angehören oder nahestehen, daß alle politischen Prinzipien, alle Parteien, die diese Prinzipien vertreten, und alle Interessen, die den Parteien zu Grunde liegen, eine große historische Probe zu bestehen haben, die wir möglichst im Geiste vorwegnehmen sollten, nämlich die: wie sie das Volks- und Staatswesen, innerhalb dessen sie leben und wirken, in seinem Verhalten nach außen kräftigen und stärken. Hiervon hat in aller Geschichte in einem Staatswesen, das sich in aufsteigender Linie bewegte, der Einfluß und die Kraft der einen Prinzipien und Parteien und Interessen gegenüber anderen abgehangen.

Aus solcher Erkenntnis zogen wir in unserem Aufsatz „Deutsches Programm" in Nr. 14 dieser Zeitschrift[1] den Schluß, den wir durchaus aufrecht erhalten, — auch gegenüber dem Protest des Herrn Abg. Müller-Meiningen, der uns irrtümlich Empfehlung eines prinzipienlosen Kuhhandels vorwirft[2] — daß auch innerpolitische Prinzipien einander gegenseitig unter dem höheren Gesichtspunkte des Lebens und zwar des möglichst kräftigen Lebens des Ganzen nachzugeben haben, und daß es sehr wohl dabei Kompromisse geben kann und muß, die nicht in jeglicher Beziehung den Prinzipien der einzelnen Parteien, welche diese Kompromisse schließen, zu entsprechen brauchen. Wir kleideten das allerdings in eine ironische Wendung über die Furcht bestimmter Parteien vor Kuhhandelspolitik. Mag diese Wendung irreführend sein — die neuere deutsche Geschichte lehrt, daß die Linke infolge solcher Furcht in Deutschland nicht die Macht und den Einfluß erlangt hat, den sie sonst nach den ihr zu Grunde liegenden Volkskräften hätte erlangen können und müssen.

Nun ist aber zuzugestehen — und gerade das zeigten wir ausführlich — daß Kompromisse der erwähnten weitgehenden Art heute, wenn man nicht gar zu doktrinär denkt, eigentlich für die Linke insofern garnicht notwendig sind, als die Interessen der Bevölkerungsgruppen, aus denen die Parteien der Linken sich rekrutieren — in rein politischem Sinne gehört auch der größere Teil des Zentrums dazu — zur Zeit den aktuellen Staatsnotwendigkeiten so nahe stehen, daß diese Linksparteien inklusive der politischen Vertretung der Arbeiterschaft, eigentlich bloß in wahrem Sinne radikal prinzipiell zu denken brauchen, um auf lange Zeit hinaus die Träger der politischen Entwicklung Deutschlands zu sein.

---

[1] S. o. S. 568 ff.

[2] EStWZ 1 (24. 6. 1916) S. 828: „Glosse zum Artikel: ‚Deutsches Programm'".

Nur müssen sie — und das gilt von bestimmten zweifellos immer noch in internationalistischer und pazifistischer Grundstimmung befangenen Teilen des Liberalismus wie besonders von einem großen Teil der Sozialdemokratie — aber dann zu solch prinzipiellem Radikalismus sich durchdenken. Das heißt, sie müssen die neuen Formen ihrer aus ihrem sozialen Lebensgrund ihr politisches Denken durchdringenden Prinzipien herausarbeiten und den Respekt vor den alten Formen dieser Prinzipien verlieren.

Bis dahin aber gilt doch die Wahrheit: ein großer Teil der deutschen Linken wird doch erst auf dem Wege des Kompromisses mit auch den Anforderungen des Machtstaats[,] um bestimmte Forderungen ihrer Prinzipien und Programme durchzudrücken, daran gewöhnt werden, die machtstaatlichen Anforderungen, die er bis vor kurzem in sein prinzipielles Denken eben leider nicht aufgenommen hat, nun zugleich mit seinen innerpolitischen, kulturellen und sozialen Prinzipien zu denken.

Da nun aber, so müssen wir folgern, eine kräftige, konsequente Machtpolitik heute auf die Dauer nur zu führen ist, wenn die überwältigende Majorität des Volkes hinter ihr steht, ist jedes Mittel, welches nur irgend mit jenen Staatsnotwendigkeiten zusammengeht, recht und gut, um diese Majorität des Volkes dem aktiven Staatsgedanken zu gewinnen. Und deshalb gibt es vom Standpunkte eines leitenden Staatsmannes aus, auch und gerade außerpolitisch gedacht, nichts wichtigeres, als die so oft angekündigte „Neuorientierung" der inneren Politik, wegen deren Ankündigung eben der Reichskanzler mehr noch als wegen seiner Außenpolitik in Wahrheit angefeindet wird.

Die Sache liegt doch so, daß eine starke, konsequente, dauernde Ergebnisse erstrebende äußere Politik um so weitere Ziele sich stecken kann, als die innere Einheit und die dadurch erzielte Stärke des deutschen Volkes fortschreitet und wächst. Jede vernünftige Politik hat die Mittel abzuwägen, die ihr zur Verfügung stehen. Gewiß ist es ein Großes, neue begeisternde nationale Ziele aufzustellen, die ein Volk zu höherem inneren Leben und weiter ausgreifender äußerer Betätigung fortreißen. Aber wer bloß große Ziele aufstellt und ihnen nachjagt, ohne die Mittel zu ihrer Erreichung zu rüsten, wäre mehr ein politischer Abenteurer als ein ernst zu nehmender Staatsmann. Und all die schönen Ziele, mit denen er seiner eigenen und anderer Begeisterungssucht frönt, werden leider solchen nicht von der historischen Verantwortung befreien, er habe, indem er die Mittel zur Erreichung irgend welcher nationaler Ziele unzeitig vor Ungeduld aufs Spiel setzte, auf die Dauer die Erreichung höherer nationaler Ziele seinem Volke verscherzt. Und diese Ziele selbst werden nicht größer und auch nicht klarer und das, was ihren Wirklichkeitskern ausmachte, wird nicht leichter erreichbar, wenn man diese Ziele begeistert fortwährend herausschreit.

Indem die jetzige Reichsleitung die große Mehrheit des Volkes für eine besonnene Machtpolitik zu gewinnen sucht, und so lange sie diesen Weg

innehält, tut sie für eine entschiedene Machtpolitik erheblich mehr als die Verfechter scheinbar viel weitergehender Machtansprüche Deutschlands, denen unter Verkennung der Bedeutung der inneren Kraftfaktoren jeder Bundesgenosse recht ist, wenn er nur eben möglichst weitgehende außerpolitische Ziele mit ihnen fordert. Ob dieser Bundesgenosse dabei wirtschaftliche Sonderinteressen verficht, ob er eine die Volkskraft und Volksgesundheit und Wehrfähigkeit stärkende Sozialpolitik bekämpft, ob er gar ein Vertreter eines engherzigen einzelstaatlichen Partikularismus ist, — jeder Bundesgenosse wird von diesen in weiterem Sinne alldeutsch genannten Kreisen, denen ein großes Verdienst um die Erweckung außerpolitischen Interesses und machtpolitischen Denkens in Deutschland im übrigen nicht abgestritten werden kann und soll willkommen geheißen. Damit wird jedem dieser Bundesgenossen tatsächlich die Möglichkeit zugestanden, im Falle des Sieges dieser verbündeten Gruppen, seine speziellen Ziele wenigstens teilweise durchzusetzen. Man faßt sich an den Kopf und fragt sich, sehen diese Leute nicht ein, daß, je mehr Kraftentfaltung nach außen sie fordern, sie desto mehr Kraftentwicklung und Kraftzusammenfassung im Innern fordern müßten?

Statt dessen wird in diesen Kreisen unter voller Erkenntnis der Gefährlichkeit dieses Schrittes (zwar nicht in öffentlichen Druckschriften; aber beweisen läßt es sich doch, wenns gefordert wird) die Parole ausgegeben, sich der partikularistischen Strömungen gegen die Reichsleitung zu bedienen, und was man nicht über Kaiser, Reich und Kanzler durchsetzen konnte, durch Wirken auf die einzelnen Bundesfürsten wie die Einzelstaaten überhaupt zu erreichen. Die bekannte Audienz, die Männer dieser Richtung beim bayrischen König nachsuchten, um ihre Bedenken gegen die Politik der Reichsleitung vorzutragen, wobei sie allerdings die Mahnung erhielten, die Einigkeit nicht zu gefährden, war der erste Schritt zur Verfolgung dieser Taktik[3].

Nun wird mancher bei der im tiefsten wurzelnden Einheit des deutschen Volkes und der deutschen Fürsten, die sich gerade in diesem Kriege erst recht bewährt hat, über solche Mittel lächeln. Aber wenn auch gewiß diese Einheit im Ganzen nicht gefährdet werden kann, so kann ihrer Bewährung nach außen durch Verstärkung partikularistischer Strömungen manche Schwächung zugefügt werden. Das sollten sich auch gerade die ganz zweifellos von glühendem Patriotismus erfüllten Männer klar machen, die jene gefährliche Taktik zu verfolgen oder zu dulden beginnen. Ist es ihnen nicht auffällig, wenn bayerische Bauernführer, die mitten im Kriege, in den für den Erfolg dieses Krieges wichtigsten Ernährungsfragen einem reichlichen Partikularismus das Wort reden, mit ostdeutschen Agrarkonservativen im Rufen nach stärkerer Außenpolitik und im Sturmlauf gegen den Kanzler wetteifern?

Und überlegen sie sich nicht, was es heißt, wenn sie ausdrücklich die Parole

[3] Vgl. Tgb. 10. 8. 1916, bes. Anm. 2.

ausgeben — und diese Parole ist ausgegeben — man solle an das einzelstaatliche Finanzinteresse gegenüber dem Reich appellieren! Indem nämlich bei „nicht genügenden" Kriegsergebnissen die Finanzanforderungen des Reichs die finanzielle Selbständigkeit der Einzelstaaten bedrohen würde, glaubt man durch Unterstreichen dieser Möglichkeit die Einzelstaaten zum Widerstand gegen die Politik des jetzigen Kanzlers antreiben zu können[4]. Ja, sieht man denn auf dieser Seite nicht, daß nur eine ganz großzügige, innerlich einheitliche, das Reich, die Einzelstaaten und die Kommunen umfassende Finanzreform, die gleichzeitig unsern möglichst schnellen wirtschaftlichen Neuaufbau fördert, die deutsche Wirtschaft mit der unserer Bundesgenossen zu einer tatkräftigen Einheit zusammenschließen hilft, den Anforderungen einer energischen Sozialpolitik, als Grundvoraussetzung der Steigerung unserer Volks- und Wehrkraft entspricht — daß eine solche Reform die unabweisbare Grundlage für eine kräftige Außenpolitik nach dem Kriege sein muß, für eine Politik, die erst die Kriegsergebnisse endgültig sichern muß, und um so stärker und fester wird basiert sein müssen, je größer die Kriegsergebnisse sind? Sehen sie nicht, was wir hier so und so oft betont haben, daß denjenigen Völkern in diesem Weltkriege die endgültigen Früchte des Kampfes zufallen werden, die zuerst mit ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Rüstung fertig sein werden? Sie sehen es augenscheinlich nicht, denn sonst würden sie die schweren und dunklen Fragen der Wirtschafts- und Finanzreform nicht leichtfertig noch zu erschweren und zu verdunkeln suchen, jene Fragen, die doch aufs engste auch mit der Frage mitteleuropäischer Konsolidation zusammenhängen, die eine politische Schicksalsfrage ist für uns und unser Bruderreich Österreich-Ungarn.

Sehen sie aber dies alles nicht, so taucht die Frage auf, ob diese Männer und die von ihnen vertretene Bewegung, trotz ihres patriotischen guten Willens, nicht auf das allerschärfste von allen Besonnenen bekämpft werden müssen. Wir haben in Deutschland lange genug gelitten unter der Vernachlässigung der äußeren Politik vor der Behandlung innerpolitischer Streitfragen; das ist wahr. Aber eine dilettantische Behandlung der äußeren Politik, die das Verständnis für ihre Grundbedingungen vermissen läßt, wäre demgegenüber kein Fortschritt zum Besseren. Und wer gar den alten Erbfeind deutscher Macht, den einzelstaatlichen Partikularismus aufruft, um deutsche Macht durchzusetzen und zu erweitern,

[4] Riezler bezieht sich auf eine vertrauliche Besprechung der Alldeutschen vom 27. 7. 1916 in München, bei der nach der Aufzeichnung Riezlers über die „Umtriebe der Alldeutschen" (s. o. S. 61) ausdrücklich der Beschluß erörtert wurde, „den Partikularismus der einzelnen Bundesstaaten zu schüren", um sie gegen den Reichskanzler aufzubringen. Zu diesem Zweck wurde eine Eingabe an die Bundesfürsten angenommen und diesen zugestellt, in der behauptet wurde, eine „hohe Kriegsentschädigung" oder „Landzuwachs mit Industrie" seien hinsichtlich der finanziellen Lage Deutschlands nach dem Krieg unerläßlich. Andernfalls werde man, zur Heranziehung aller finanziellen Reserven gezwungen, das Reich zentralisieren müssen. Deuerlein, Bundesratsausschuß, S. 196, 287 ff.; Koschnitzke, S. 306 f.; Berichte über die Versammlung in PA, Deutschland 169, Bd. 7.

treibt ein so gefährliches Spiel, daß es ihm nur zu verzeihen ist, wenn er nicht weiß, was er tut. Und von einem solchen läßt man sich nicht führen, am wenigsten, wenn er sich so weite Ziele steckt, wie die Männer, die man alldeutsch nennt oder die ihnen nahestehen.

Was die außenpolitischen Ziele selbst anlangt, sehen wir bei schärferem Zusehen gar keine so große, nach Lage der Sache ernst zu nehmende Uneinigkeit in den Hauptpunkten. Die polnische und die belgische Frage bieten zwar Anlaß zu mancher ernst durchzudenkenden Meinungsverschiedenheit. Aber diese Meinungsverschiedenheiten können in sachlichem und ruhigem Ton durchgesprochen werden, ohne daß man sich gegenseitig zu überschreien sucht und sich gegenseitig Flaumacher und Scharfmacher nennt. Was insbesondere Belgien anlangt, so steht als ziemlich gemeinsame Meinung fest, es soll und muß unmöglich gemacht werden, daß es als englischer Brückenkopf — politisch und militärisch — dienen kann. Wie weit dabei die belgische staatliche Unabhängigkeit geschont werden soll, ist eine reine Zweckmäßigkeitsfrage vom Standpunkt deutscher und mitteleuropäischer Interessen. Kann dasselbe Ziel ohne eigentliche Annektion wie mit Annektion erreicht werden, so sind wir gegen Annektion. Und wir glauben an diese Möglichkeit. Darüber wird ein andermal zu reden sein. Mit der Unmöglichmachung einer englischen Dienstbarkeit Belgiens — und das schließt, wie die Form auch sei — die „Vorherrschaft Deutschlands in Flandern", die Tirpitz fordert, ein, ist die an dieser Stelle Europas einzig erreichbare Garantie für die Freiheit der Meere gegen England gegeben. Eine weitere Garantie wird der Ausbau unserer Seekraft sein, und eine noch weitere ein enges wirtschaftliches und politisches Bündnis über Mitteleuropa hinaus mit der Türkei, das uns gemeinsam mit unseren Bundesgenossen ermöglicht, wenn notwendig einen Druck in der Richtung auf Ägypten auszuüben, falls es nicht etwa schon in diesem Kriege gelingen sollte, Ägypten aus dem Gefüge des englischen Reiches zu lösen. Auch darüber herrscht kein Streit; wir brauchen unser Kolonialreich zurück und zwar wenn die Kriegsergebnisse es gestatten, ein möglichst und um gute Kolonien erweitertes. Bleibt die Frage um die neuerdings der Streit Delbrück—Reventlow geht. Wir persönlich stehen hier eher auf dem Standpunkt des Grafen Reventlow, daß für absehbare Zeit England unser größerer Feind sein wird, und wir länger mit ihm werden kämpfen müssen, wie mit Rußland. Aber wer leben wird, wird sehen. Das sind doch Fragen, die nicht von uns Deutschen allein abhängen. Die Frage „England oder Rußland?" selbst kann nicht aus irgendwelchen Prinzipien heraus entschieden werden, sondern nur nach der jeweiligen außerpolitischen Konstellation. Der Zwang der jeweiligen, immerhin auf einige Zeit uns festlegenden Wahl zwischen West und Ost, den Bülows Politik nicht eingesehen hat — die Folge war unsere politische Isolierung — dieser Zwang ist ein durch die geographische Lage gegebener, dauernder. Aber wenn wir die Zurückdrängung Rußlands aus Kurland und Polen zu einer endgültigen gemacht haben, wenn wir über Belgiens äußere Politik und über die

strategischen Vorteile seiner Küste die Hand halten, wenn die Mitteleuropäische Konsolidation gelingt, und im engen Zusammenhang damit, ein auf den gegenseitigen Interessen aufgebautes Freundschaftsbündnis mit Bulgarien und der Türkei fortbesteht, so ist es klar, daß dieser Zwang der Wahl ein weniger peinlicher wird, und die tatsächliche Entscheidung nach West oder Ost, jeweils uns nicht so sehr von außen aufgezwungen sein, als von kühler Erwägung unserer Interessen bestimmt sein wird. Wir werden den Bündnissen und dem guten Verhältnis mit und zu den heute noch Neutralen, ja sogar dem zeitweiligen Bündnis mit einem oder dem anderen unserer Gegner dann nicht nachzulaufen brauchen. Sie werden uns dann schon kommen, umsomehr, als wie z. B. zwischen England und Rußland die alten tiefgehenden Interessengegensätze zwischen ihnen wieder aufleben werden.

Grundvoraussetzung wird allerdings unsere innere Geschlossenheit und ein gesunder finanzieller wirtschaftlicher Neuaufbau und das Verständnis des ganzen Volkes für eine solche ruhige und starke Politik sein. Und wie der Krieg draußen die Voraussetzungen für die eigentlichen außerpolitischen Ergebnisse schafft, so sollten wir zuhause die Vorbereitungen treffen, daß auch die innerpolitischen und wirtschaftsorganisatorischen Voraussetzungen für eine äußere Politik, die die Kriegsergebnisse sichert und ergänzt, erfüllt werden, — gleichgültig ob sie bestimmten Einzelinteressen widersprechen oder nicht. —

Die sogenannten Alldeutschen aber, und die Männer, die sich aus patriotischer Ungeduld ihnen heute zugesellen, sollten sich hüten, daß sie, während sie glauben zu schieben, nicht ganz wo anders hin geschoben werden, als wo ihre Wünsche und Hoffnungen liegen.

Ausschußpolitik, Nationalausschuß und Reichsgedanke

ESt WZ 1, S. 1353—1360 23. 10. 1916

I.

Die lange Zensursperre hat es verhindert, daß die großen Ereignisse einen ihnen entsprechenden frischen Zug in die Parteien gebracht haben. Das Beharrungsvermögen, das solchen Organisationen von Haus aus innewohnt, konnte auf diese Weise fast ungestört wirken. Die Anstöße zu den überall notwendigen Umbildungsprozessen wurden künstlich abgeschwächt und abgedämpft.

Nur das wurde von ihnen erreicht: In allen Parteien klafft es zwischen verschiedenen Gruppen ihrer Mitglieder, und Gruppen verschiedener Parteien finden das Bedürfnis, sich einander zu nähern. Das ist ein gesunder Vorgang, wenn er nicht in seinen Folgen unterdrückt wird. Aber aus den Parteien selbst erheben sich Widerstände. Wenn wir in dem Aufsatz „Tir-

pitz und Bethmann Hollweg" im vorigen Heft[1] darauf hinwiesen, daß der Reichstag in den Mittelpunkt seiner Tätigkeit die großen nationalen Probleme stellen müßte, von deren Lösung des deutschen Volkes und Mitteleuropas Zukunft abhängen, so ist zweifellos die Hauptursache dessen, daß dies nicht genügend geschieht, dies: Die parlamentarischen Vertretungen der Parteien werden naturgemäß von kompromißlerischen Bestrebungen geleitet gegenüber dem in ihnen sich regenden frischen Leben, das sich in der Form innerer Gegensätze äußert.

Die Tagespresse allein kann hier auch nicht die nötige Ergänzung bieten, um so weniger, als Zeitungen große geschäftliche Unternehmungen sind, die so leicht von allein von ihrer einmal eingeschlagenen Richtung — wenn wir von wenigen Ausnahmen absehen — nicht abbiegen. Die Anregungen müssen auch hier von außen herkommen, aus neuen Strömungen des Volkslebens, die sich bereits ihren Zugang zur Öffentlichkeit erkämpft haben. Erst dann finden sie dort ihren Widerhall. Und ein solcher fortwährend neuer Anstoß ist für das Zeitungswesen und für die Funktionen, die es gegenüber den sich wandelnden großen Aufgaben unseres Volkes im öffentlichen Leben erfüllen soll, gerade schon heute besonders notwendig.

Wie aber die Reichsregierung durch Zensurmaßnahmen und durch ihre mehr hindernde Haltung gegenüber dem Vereins- und Versammlungswesen eine Anpassung des Parteilebens an die neuen zu lösenden Probleme leider verzögert, so hat sie neuerdings noch Maßnahmen zugestimmt, die eine dem Zeitwandel entsprechende Erneuerung und Ergänzung des Zeitungswesens dadurch verhindern, daß die hier schon so überaus mächtigen beati possidentes in ihrem Besitze noch künstlich geschützt werden. Neue Unternehmungen sind auf diesem Gebiet ausgeschlossen, so daß also für die alten Zeitungen ein zwingendes Bedürfnis nicht vorliegt, sich für die Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben besser zu rüsten. Gerade wenn man die Bedeutung der Presse, die man an leitenden Stellen früher unterschätzt hat, heute nicht hoch genug einschätzen kann, sollten Maßnahmen, die diese wichtige öffentliche Institution zur Erstarrung bringen, ausgeschlossen sein. Noch dazu, wenn eine Presse, wie die deutsche, zwar im Durchschnitt eine viel anständigere und von Korruption freiere ist, wie etwa die von Frankreich oder England, aber mindestens vor dem Kriege mit verschwindenden Ausnahmen in der Hauptsache, nämlich gegenüber den weltpolitischen Anforderungen, so absolut versagt hat. Von der Gegenwart wollen wir nicht reden, einen großen Teil der Schuld trägt da die Zensur, oder wenigstens ist ihr Schuldanteil nicht immer herauszusondern. Doch darüber und über die absolut unzweckmäßigen und unberechtigten Maßnahmen auf dem Papiermarkt und im Zeitungswesen, die begründet werden mit einer wenigstens von bestimmten Interessen mehr fingierten als wirklich vorhandenen Papiernot, werden wir wohl demnächst noch ausführlicher, ernsthafter und entschiedener zu

[1] ESt WZ 1 (11. 10. 1916) S. 1323 ff.

sprechen haben; so sehr aus anderen Gründen wünschenswert wäre, eine objektive und gründliche Untersuchung der entsprechenden Verhältnisse und Maßnahmen würde von seiten der Reichsregierung ohne das vorgenommen.

II.

Wie dem auch sei, Parteien und Presse befriedigen nicht das Erneuerungsbedürfnis, das weite Kreise unserem politischen Leben gegenüber empfinden; die freien Vereinigungen, die sich heute als sogenannte Ausschüsse bilden (so wenig das Wort für eine sich selbst konstituierende Vereinigung, die nicht aus Wahl hervorgeht, paßt), entspringen eben jenem Bedürfnis. Es ist in letzter Zeit viel von der verhängnisvollen Politik der „Ausschüsse" geschrieben und gesprochen worden. Dem Abgeordneten Müller-Meiningen, der sich mit großer Schärfe schon vor einigen Wochen ausgesprochen hat, schloß sich in der großen Reichstagssitzung vom 11. Oktober der Abgeordnete Scheidemann an[2]. Wir können dessen harte Worte keineswegs unterschreiben. Wir sehen die Gefährlichkeit nicht darin, daß die Ausschüsse sich gebildet haben und arbeiten, sondern darin, daß die Öffentlichkeit ihres Arbeitens noch immer eingeschränkt ist. Die Entstehung solcher neuen Organe der öffentlichen Meinung selbst ist durchaus erklärlich, ja begrüßenswert. Gewiß bekämpfen wir z. B. nach allem hier so oft Gesagten den sogenannten „Unabhängigen Ausschuss"[3]. Wir haben vor allem auch an ihm zu tadeln, daß er die Worte seines Aufrufs[4] so gewählt hat, daß von konservativ-agrarisch-alldeutsch Gerichteten an, — unter denen Graf Reventlow noch zu den Gemäßigteren gehört — bis zu den Männern, die etwa unseren Standpunkt teilen und darüber hinaus — die verschiedenst Gesinnten ihn unterschreiben konnten, während ein bestimmter kleiner Kreis im Sinne der Auslegung, den er den Sätzen des Programms des Unabhängigen Ausschusses gibt und von vornherein gegeben hat, weiter arbeitet und agitiert. Aber es geht doch Leben und Bewegung von diesem „Unabhängigen Ausschuß" aus und solchen Kunststücken gegenüber hilft nichts anderes als offener Kampf der Meinungen, in dem klar und scharf festgestellt wird, worum es eigentlich geht. Und weiter: gewiß ist der neueste Münchener nationalistische Ausschuß[5] — es ist

---

[2] Sten. Berichte, Bd. 308, S. 1708 ff.

[3] Vgl. Tgb. 19. 3. 1916, Anm. 3 und 4. Der „Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden" wurde Ende 1915 von D. Schäfer begründet und trat im Juli 1916 an die Öffentlichkeit. Vgl. Schäfer, S. 167 ff.; Schwabe, S. 120 f.

[4] Aufruf „An das deutsche Volk" vom 23. 8. 1916. Er verwarf alle Formen und Mittel des Verständigungsfriedens und forderte den Siegfrieden sowie den rücksichtslosen Einsatz aller vorhandenen Kampfmittel (U-Boote!). „Hindenburg hat Dir die Losung zugerufen: Nicht durchzuhalten gilt es, es gilt zu siegen ...". Vgl. Schwabe, S. 96 f.; Schäfer, S. 190 f.; Text bei Schultheß 1916/I, S. 381 f.

[5] „Volks-Ausschuß für rasche Niederkämpfung Englands", gegründet Mitte 1916, trat am 19. 9. 1916 an die Öffentlichkeit. Er war formell von Schäfers Komitee unabhängig,

der mit den Fragebriefen des Herrn Professors Gruber[6] an die Reichstagsabgeordneten, ob sie auch gewillt seien, ausschließlich deutsche Interessen zu vertreten — grotesk, und die sogenannte „Zentralstelle für Völkerrecht“[7] ist naiv-komisch in ihrer sich mit der Toga des Richters vermummenden Hilflosigkeit gegenüber geschichtlichem Leben. Aber auch von diesen Erscheinungen geht Leben aus, und auch ein Lachen kann anregend und den Geist befreiend wirken, wenn es nur nicht ein höhnisches und erbittertes Lachen ist.

Und warum geschieht denn nichts von anderer Seite her, warum geschieht nichts von denen, die gleich weit entfernt vom Pazifismus wie von übertriebenem Nationalismus sind? Was ist es denn z. B. mit dem Nationalausschuß[8], der mit einer so stattlichen Reihe von Versammlungen und angesehenen Namen seinerzeit ins Leben trat?

Wir haben in unserem Aufsatz „Geistes- und [Wirtschafts]diktatur“[9] in Nr. 12 flüchtig den Standpunkt der Politik des jetzigen Reichskanzlers gegenüber den extremen Anschauungen eben mit jenen Worten, daß er gleich weit entfernt von Pazifismus wie von alldeutschem Nationalismus sei, zu umschreiben gesucht. Der Nationalausschuß hat als Ausgangspunkt für seine Tätigkeit und zur Kennzeichnung seiner Bestrebungen einen ähnlichen Satz gewählt. Aber was als flüchtige ungefähre Kennzeichnung eines in seinen Grundanschauungen sonst bekannten Staatsmannes genügt, genügt allerdings nicht als Zentral- und Kristallisationspunkt des Programms einer größeren Bewegung, und eine solche hatte ja doch wohl vom Nationalausschuß ausgehen wollen.

Aber die hochangesehenen Männer, die sich da zusammengetan haben, stammen ja zum größten Teil, wenn wir von einigen Diplomaten absehen, aus dem liberalen Bürgertum her — denn auch die Zentrumsmänner, die sich da beteiligen, sind von den ganz bestimmten, mit Kirche und Religion zusammenhängenden Fragen abgesehen, also im eigentlichen politischen Sinne liberal. Und da scheinen diese Männer denn den gewissen organischen Fehler, den diese Klasse für die Politik von vornherein mit sich bringt und leider immer wieder bewahrt hat, auch nicht verleugnen zu

---

tatsächlich jedoch stand er in enger Verbindung mit ihm. Einer ihrer Leiter war der Münchener Hygieniker Max v. Gruber. Neben dem Siegfrieden propagierte er den bayerischen Partikularismus. Vgl. Schwabe, S. 120.

[6] Max v. Gruber (1853—1927), Professor für Medizin in München.

[7] Sie erstrebte einen dauernden Frieden auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der internationalen Verständigung und trat im August 1916 an die Öffentlichkeit. Schultheß 1916/I, S. 382 f.

[8] Der „Deutsche Nationalausschuß“ wurde am 6. 7. 1916 gegründet auf Vorschlag von Erzberger und Ulrich Rauscher (Mitarbeiter der Frankfurter Zeitung) und stand unter dem Vorsitz von Karl Fürst Wedel. Nominell unabhängig, sollte er eine Propagandazentrale für die Politik der Reichsregierung darstellen und wurde vom Ausw. Amt und der Reichskanzlei unterstützt. So wirkte neben Wahnschaffe Riezler eng an ihm mit. Der Ausschuß erreichte keine große Wirkung und zerfiel schon von August 1916 an. Schwabe, S. 117 f.

[9] EStWZ 1 (3. 6. 1916) S. 605 ff.

können. Es scheint, daß sie der heftige Ansturm unter der kräftigen und robusten Führung konservativer und alldeutscher Kreise eingeschüchtert hat.

Vielleicht auch, ja wahrscheinlich, daß jener bestimmte taktische Fehler der Reichsregierung, der ihr und dem Staat noch teuer zu stehen kommen kann, hier mitgewirkt hat. Um den Eindruck der Geschlossenheit des deutschen Volkes zu erhöhen, nimmt man den direkten Kampf gegen die Kanzleropposition nur insoweit auf, als man fast ausschließlich auf deren zweifellos ja vorhandene äußerpolitische Gründe — und auf diese auch nicht in ihrer Vollständigkeit — eingeht. Die stark mitwirkende innerpolitische Gegnerschaft dagegen, die sich in denselben Kreisen, bei einem Teil von vornherein bewußt, bei einem anderen Teil erst allmählich hinzugesellt, läßt man dagegen zunächst möglichst außer acht. Denn die allgemeinen Andeutungen, die da zur Abwehr gemacht werden und die dahin gehen, die Gegner des Reichskanzlers wollten ganz im allgemeinen die angekündigte Neuorientierung nicht, genügen um so weniger, als man eine etwas mehr ins einzelne gehende Darstellung, wie die Neuorientierung sich denn nun gestalten soll, von maßgebender Seite noch immer vermißt. Die Worte des Reichskanzlers in seiner Reichstagsrede „Freie Bahn allen Tüchtigen“[10] sind auf den ersten Blick leider keine weitergehenden Ausführungen zu seinen früheren Ankündigungen einer Neuorientierung. So wie sie ausgesprochen sind, könnten sie dem Mißtrauischen eher als eine Rückbildung der früher vorgetragenen Anschauungen über die große Neuorganisation des Staats- und Volkslebens erscheinen. Wir sind in dieser Beziehung nicht mißtrauisch, wir glauben: Aus den früheren Äußerungen und Versprechungen und der ganzen Art, wie der Kanzler seine Politik führt, ergeben sich sehr wohl Grundzüge einer Politik, auf die eine große Majorität des Volkes sich einigen könnte. Die Worte des Reichskanzlers werden wir also doch als eine Ergänzung und nicht als eine Einschränkung früherer Ankündigungen auffassen dürfen. „Freie Bahn allen Tüchtigen“ würde dann heißen: Nicht nur auf dem Gebiet der Gesetzgebung, sondern auch in der Verwaltung soll eine Neuorientierung stattfinden.

Angenommen nun aber, es wäre nicht praktisch, daß die Reichsleitung bereits sich ausführlich ausspräche, so wäre es doch dienlich, wenn Anhänger der Reichsleitung wenigstens etwas mehr herausarbeiten würden, was sich aus jenen Grundzügen für die nächste Zukunft unserer Politik ergeben muß. Dadurch auch allein, durch ein positives Minimalprogramm, erhält man gegenüber den innerpolitischen Gegnern eine gewisse Stoßkraft, während man sonst, um im Sinne von Clausewitz zu sprechen, sich von dem Gegner das Gesetz seines Willens vorschreiben läßt. Und nicht nur das, sondern wenn man von England nicht mit Unrecht behauptet, daß es, während es sich um Sätze des Völkerrechts nicht kümmert, die ihm nicht passen, unter dem Anschein des Völkerrechts, unter Anwendung von Sät-

[10] Rede vom 28. 9. 1916. Sten. Berichte, Bd. 309, S. 1691 ff.

zen des Völkerrechts auf ganz neue Kriegsmittel und Verhältnisse, und schließlich durch Aufstellung neuer Sätze versuche den Gegner zu fesseln, so tut die Kanzleropposition in der inneren Politik Deutschlands etwas ganz Ähnliches; bloß statt Völkerrecht sagt sie Burgfrieden. Und wenn diese selbe Kanzler-Opposition der Reichsleitung vorwirft, daß sie sich viel zu sehr von jenen taktischen Kunststückchen Englands und von der Rücksicht auf die Wirkungen, die diese auf die Neutralen ausüben, fesseln und behindern lasse, so verfolgt sie in bezug auf ihre Verwendung des Wortes „Burgfrieden" und die Auslegung seines Begriffs — und zwar mit nicht wenig Erfolg — genau die englische Völkerrechtstaktik.

Der Burgfrieden hat nun aber doch keineswegs die Aufgabe, das innere politische Leben zu ertöten, sondern er kann doch nur nebenbei die Aufgabe haben, schädlichen Eindruck auf das Ausland zu vermeiden, darf im übrigen aber gerade bloß auf die F o r m des innerpolitischen Kampfes gehen. Nur wenn er sich hierauf beschränkt, hat er eine berechtigte Existenz und kann allerdings einen für Volk und Staat gedeihlichen Zweck erfüllen. Indem man durch ihn genötigt wird, sich zu bemühen, die Beschimpfung und Verdächtigung des Gegners zu vermeiden, ihn zu verstehen, bei seiner Bekämpfung seine Ansichten richtig vorzutragen und dadurch gerade die eigenen Ansichten klar und deutlich herauszuarbeiten, wird der Burgfrieden zu einem Förderer der inneren Entwicklung des politischen Lebens. Faßt man ihn so aber nicht auf, so ist er etwas Bekämpfenswertes. Nehmen wir ein Beispiel:

III.

Sieht man sich das Programm des „Unabhängigen Ausschusses" an, so wäre man ja beinahe versucht zu glauben, es wären in Wirklichkeit gar keine so großen Meinungsverschiedenheiten über den Sinn und Zweck dieses Krieges vorhanden. Die rein außenpolitischen Ziele, s o w e i t s i e e r n s t z u n e h m e n s i n d, sind ja tatsächlich auch voneinander nicht so weit entfernt, und das, was der Unabhängige Ausschuß als seine außenpolitischen Forderungen öffentlich aufgestellt hat, darüber ließe sich durchaus reden. Aber wir deuteten schon oben darauf hin: Wüßte man nur, ob dieselben Worte, die ja mit Bewußtsein zum Teil so gewählt sind, daß sie bestimmten Aussprüchen des Reichskanzlers ähnlich sind, bei allen Unterzeichnern auch dieselbe Bedeutung haben! Die in dem „Unabhängen Ausschuß" vereinigten Gegner der besonnenen Machtpolitik, wie der Reichskanzler sie vertritt, können nach dem Wortlaut ihres Programms einfach behaupten, es handle sich nur um eine Verschiedenheit der Anschauungen darüber, ob die Wege zu den ja im großen und ganzen gemeinsamen Zielen auch energisch und zweckmäßig genug verfolgt werden. Wenn man aber weiß — und man braucht bloß an bestimmte Eingaben und an Reden in gewissen, nicht öffentlichen Versammlungen zu denken, so

weiß man es —, daß in Wirklichkeit in einem weniger großen, als energischen und dadurch führenden Teil jener Gegner des Reichskanzlers auch außerpolitisch ganz andere Gesinnungen stecken, die bei ihrer etwaigen Durchsetzung fundamentale innerpolitische Wirkungen haben würden, — dann muß man auch schon deshalb die offene Aussprache wünschen, damit nicht aus jener bestimmten Gesinnungsrichtung heraus äußere und innere Politik in ein gefährliches Fahrwasser kommen.

Nehmen wir z. B. an, es gäbe Leute unter den Unterzeichnern des Programms des Unabhängigen Ausschusses, welche nicht nur die Machtsphäre des Deutschen Reiches möglichst weit nach West und Ost ausgedehnt zu sehen wünschen, sondern auch wollen, daß die Bewohner dieser Gebiete jedenfalls ein Minimum von Rechten auf politische und wirtschaftliche Mitbestimmung in Zukunft haben. Ja, nehmen wir etwa gar an, es gäbe nationalistische Fanatiker, welche auf dem Standpunkt stehen, daß sogar in rein privatwirtschaftlicher Beziehung wir als die Sieger gegenüber den besiegten und alsdann dauernd in unseren Machtbereich gezogenen Völkern uns Vorrechte wahren müßten; vielleicht indem gar alle größeren Unternehmungen in der Industrie, sowie der größte Teil des Landbesitzes in deutsche Hände übergeführt werden müßten. Wir haben Grund zu der Annahme, daß es Leute gibt, die so etwas wünschen. Da ist es ganz klar, daß solche Forderungen nur durchzuführen sind, wenn man gleichzeitig innerpolitisch statt im Sinne der Neuorientierung, wie der Reichskanzler sie angekündigt hat, eine Neuorientierung nach rückwärts vornimmt.

Von unserem Standpunkte aus ergibt sich daraus von allein, daß damit, nämlich mit der Schaffung neuer innerer Reibungswiderstände, auch die Möglichkeit einer dauernden erfolgreichen Machtpolitik untergraben wird, daß insbesondere zahlreiche Kreise des Volkes, die früher dem aktiven Staatsgedanken fremd gegenüberstanden und jetzt beinahe für ihn gewonnen sind, endgültig in die Feindschaft gegen ihn zurückgestoßen würden. Es ist aber auch sicher, wenn nur in voller Öffentlichkeit Klarheit darüber geschaffen würde, was eigentlich hinter jenen Worten des Aufrufes bei den verschiedenen Gruppen, in die die Unterzeichner zerfallen, steht, so würde sich zeigen, ein wie verschwindender Bruchteil des deutschen Volkes in Wirklichkeit solchen fanatischen kulturwidrigen Plänen sich anzuschließen geneigt ist. Und viele, die heute dem „Unabhängigen Ausschuß" sich angeschlossen haben, würden sich mit Entsetzen davon abwenden und zum wenigsten klarstellen, was sie selbst mit den von ihnen unterschriebenen Worten gemeint haben. Wir können uns zum Beispiel nicht denken, daß ein Philosoph wie Wundt[11], dem Humanität im Mittelpunkt seines Denkens steht, jenen Aufruf[12] mitunterschrieben hätte, wenn ihm bekannt gewesen wäre, daß ein großer Teil der Mitunterzeichner durch Eingaben usw. sich bereits zu einer Deutung dieser Worte bekannt hätte, die jenem

[11] Wilhelm Wundt (1832—1920), Philosoph und Psychologe, Professor in Leipzig.
[12] S. o. Anm. 4.

Humanitätsbewußtsein stracks zuwiderläuft. (Wobei wir gleich für kundige Thebaner oder vielmehr Alldeutsche hinzufügen, daß der Humanitätsbegriff den Machtgedanken nicht ohne weiteres ausschließt, also nicht ganz identisch ist mit dem, was man mit kärglichem Recht Humanitätsduselei auf jener Seite zu nennen beliebt.)

Klarheit zu schaffen in solchen Fällen, festzustellen, was nun eigentlich gemeint ist, das wäre z. B. die Aufgabe einer Organisation wie des Nationalausschusses, und das ist ihm ja besonders nahegelegt worden, z. B. durch den Vorschlag des Freiherrn v. Zedlitz[12a], den Nationalausschuß mit dem Unabhängigen Ausschuß in eine engere Fühlung zu bringen. Statt dessen aber vermeidet man in kurzsichtiger Taktik solchen Kampf und solche wichtige Aufklärungsarbeit und tut so, als wüßte man nicht, welch verschiedener Deutung die Worte jenes Aufrufes unterliegen, daß sie gewissermaßen zwei verschiedene Bedeutungen, nämlich eine esoterische und eine exoterische haben.

Eine Organisation wie der Nationalausschuß müßte, um solche wichtige Aufklärungs- und Klärungsarbeit zu leisten, wie gesagt, selber ein positives Programm haben und es nicht bloß darauf absehen, seinerseits angesehene Leute als Schutzgarde für die Politik des derzeitig am Staatsruder befindlichen Staatsmannes zu sammeln, oder wenigstens, wenn dies geschieht, da es durch die besonderen Umstände gerechtfertigt ist, dürfte es doch nur um der sachlichen Ziele und politischen Grundanschauungen dieses leitenden Staatsmannes willen geschehen, durch die seine Persönlichkeit im Verein mit ihrer charaktermäßigen Zuverlässigkeit erst den Wert bekommt, für den zu kämpfen es wert ist.

Und wäre es denn wirklich so schwer, im Einklang mit den vom Reichskanzler bisher verkündeten Grundanschauungen ein Programm zu bilden, das dem sehr große Ansprüche verkündenden Namen eines deutschen Nationalausschusses wenigstens einigermaßen Genüge leistete? Es braucht dabei durchaus noch nicht gleich von einem praktisch-politischen, in die Einzelheiten gehenden Programm, von jenem Minimalprogramm die Rede zu sein, das schließlich den größten Teil des Volkes um sich sammeln würde und das in Wirklichkeit vom Zentrum bis zum rechten Flügel der Sozialdemokratie Zustimmung finden würde, wenn auch bestimmte nationalliberale Kreise zuerst sich versagen würden. (Vgl. unseren Aufsatz „Deutsches Programm“ in Nr. 14 dieser Zeitschrift[13].) Aber immerhin vorbereitet, fundamentiert müßte es werden durch jenes mehr geistige Programm, die Grundideen für unser politisches Handeln müßte es festhalten. Ausgangspunkt müßte da sein: Selbstbesinnung auf unsere historische und geographische Situation.

[12a] Octavio Frhr. v. Zedlitz und Neukirch (1840—1919), Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses, bis 1918 Vorsitzender der Freikonservativen Partei. Zu dem — erfolglosen — Versuch, eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Ausschüssen herbeizuführen, vgl Schwabe, S. 119.

[13] S. o. S. 568 ff.

IV.

Um was kämpfen wir eigentlich?

Da müssen wir ausgehen zunächst davon, wie es zu diesem Kampfe kam. Und zwar handelt es sich dabei um die großen Weltkonstellationen, und nicht so sehr um die „Zufälligkeiten", die die Explosion auslösten. Sondern um die wahre Vorgeschichte dieses Weltkrieges mit ihren ebenso einfachen und klaren Grundlinien. Wir können sie uns nicht oft genug vergegenwärtigen.

Wir kämpfen um den Bestand dieses neuen Deutschen Reiches, unter dessen Schutz sich jene großen wirtschaftlichen und technischen Entwicklungen vollzogen haben, die, in die Welt hinausgreifend, auch unsere fast widerstrebende Politik von ihrer sich selbst auf unseren Kontinent beschränkenden Wirksamkeit hinaus in die Welt nach sich zog. Der Widerstand, den ganz allmählich, aber ständig steigend die Ausstrahlung unserer inneren Entwicklung draußen fand, war es, der uns zum Schutz unserer wirtschaftlichen Kräfte zunächst zwang, unsere Wehrmacht auf die Meere hinaus zu tragen. Es war Gefahr, daß sonst eines Tages eben jene Auswirkungen unserer inneren Kräfte unterbunden und unterdrückt würden und so diese inneren Kräfte selbst der Verdorrung und dem langsamen Tode verfielen. Aber in dem Augenblick, in dem wir mit unserer Rüstung auf die Meere hinausgingen, wuchsen der Haß und die Furcht gegenüber den immer neuen Emanationen unserer inneren Kraft.

Zu Anfang hatte man uns so spät zur Verteilung der Erdoberfläche Gekommenen in Afrika, der Südsee, schließlich sogar in Ostasien ein paar disparate Stücke Landes anzueignen gestattet, wenn auch von eben demselben Anfang an mit Widerwillen und mit hastigen Vorbeugungsmaßnahmen gegen eine zu weit gehende Befriedigung unserer Ansprüche auf Gleichberechtigung. Die Stücke der Erdoberfläche, die wir erhielten, waren mehr eine Anwartschaft auf die Erfüllung als eine Erfüllung des Anspruchs selbst, uns einen Kreis zu sichern für die Beschaffung der Rohstoffe, deren unsere Industrie benötigte, für die Ergänzung des Nahrungsmittelbedarfs des wachsenden Volkes, für den Absatz unserer Industrieprodukte, mit denen wir das, was uns in unseren engen Grenzen fehlte, eintauschen könnten. Nun, da wir zeigten, daß wir uns nicht wieder aus der Welt verdrängen lassen wollten und zur Verteidigung des Erworbenen mit dem Schwert bereit waren, da erschien das, was wir bis dahin erlangt hatten, den anderen als eine Bedrohung ihres Besitzes und ihres Machtbereiches.

Man wußte, wuchsen wir so weiter, dann waren wir in der Lage, statt jener Anwartschaft uns wirkliche Erfüllung zu verschaffen. Wir selbst glaubten naiv an eine Art Naturrecht der Völker, nach dem sie alle ihrer Volkszahl und ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Leistungsfähigkeit entsprechend ein gleiches Anrecht hätten auf die Güter der Erde, auf die

Arbeitsmöglichkeiten, auf die Möglichkeiten der Auswirkung ihrer inneren Kräfte, die der Planet bietet. Wir glaubten daran, was wir nicht erreichen würden durch unmittelbare eigene Herrschaft über Stücke der Erdoberfläche, das würden wir erreichen durch die Tatsache, daß ja die übrigen europäischen Völker solche Herrschaft in weit größerem Maß besaßen, als sie selbst fruchtbar zu machen imstande waren. Wir glaubten in dem sogenannten friedlichen Wettbewerb der Völker, in der internationalen Arbeitsteilung, in dem offenen Markt, den die Herrschaftsbereiche der anderen Völker uns boten, auf die Dauer eine Sicherung dafür zu haben, daß wir unsere Kräfte betätigen, die Befriedigungsmittel der Bedürfnisse unserer entwickelten Volkswirtschaft ergänzen könnten.

Die anderen früher gekommenen Völker, insbesondere das englische, dachten nicht daran, auf die Dauer uns so die Möglichkeit einer furchterregenden Weiterentwicklung zu geben, und besonders, wie gesagt, als wir doch immerhin nicht so vertrauensselig waren, daß wir nicht wenigstens einige Vorsichtsmaßregeln trafen, uns wenn nötig mit Gewalt gegen die Erschütterung unserer wirtschaftlichen Grundlagen zu wehren —, wurde den Engländern alles verdächtig, was wir getan hatten, um uns von anderen Mächten unabhängige Gebiete zu sichern, die jenen geschilderten Ergänzungsbedürfnissen unserer Volkswirtschaft dienen konnten.

Es spielte da doch wohl stark die Erinnerung an die Entstehung ihres eigenen Reiches mit, die ja begonnen hat, indem England sich in den Lücken des spanischen und portugiesischen Weltreiches festsetzte.

In Afrika drohte unsere koloniale Entwicklung sich hindernd vor den großen Plan einer Verbindung zwischen dem Kap und Kairo zu legen. Dazu kam, daß unsere wirtschaftliche Betätigung im Osmanischen Reich, insbesondere in Kleinasien, als notwendige Ergänzung im eigenen Interesse eine zuverlässige, den Bestand dieses Reiches schützende politische Freundschaft mit der Türkei mit sich führte. Diese Freundschaft, der die Türkei Vertrauen entgegenbringen konnte, trug dazu bei, daß vom englischen Standpunkt aus die Gefahr immer höher stieg, dieses Reich würde sich immer mehr dem Protektorat Englands entziehen. Das ließ den langgehegten Plan, auch Ägypten und Indien durch englischer Macht unterworfene Gebiete in unmittelbare Verbindung zu setzen, zum Entschluß werden. England gab die durch fast ein Jahrhundert konsequent festgehaltene konservative und beschützende Politik in bezug auf die Türkei auf, deren Höhepunkt der Krimkrieg und der Berliner Kongreß und deren letzter Ausläufer vielleicht doch noch zum Teil sein Verhalten im ersten Balkankrieg gewesen war. England gesellte sich zu denen, ja nahm die Führung unter denen, die das Erbe des kranken Mannes teilen wollten, der weniger von seiner Krankheit als von all den an ihm immer wieder vorgenommenen Operationen sich nicht erholen konnte. Und damit wurden wir mit unseren immer größer werdenden wirtschaftlichen Interessen in Kleinasien und unserer politischen Freundschaft zur Türkei überhaupt endgültig an dieser Stelle derselbe „Störenfried" für die Pläne zum Zu-

sammenschluß des englischen Reiches, wie wir es schon in Afrika waren. Nur daß hier in Kleinasien der Zusammenstoß für die Dauer noch unausweichlicher war.

An dieser Stelle in Kleinasien und in der Türkei legten wir uns aber auch vor bestimmte russische Expansionspläne, und zwar solche, die in dem bestimmten Zeitraum unter den vielen Ausdehnungstendenzen Rußlands wieder einmal den Vorrang gewonnen hatten.

Die Ausdehnungstendenzen Rußlands nach dem Fernen Osten, trotzdem sie weit mehr den Interessen und der ganzen historischen Entwicklung des russischen Reiches entsprachen, waren ja nie so recht populär gewesen. Sie besaßen nicht jene ideologische Fundierung wie die Ausdehnungstendenzen nach Konstantinopel, dem Balkan, in österreichisches und ungarisches Gebiet hinein, nach dem Westen, nach der Ostsee und dem Atlantischen Ozean.

Als nach dem Russisch-Japanischen Krieg jene Pläne auf den Fernen Osten hin zusammengebrochen schienen, jene Pläne, die zugleich mit besonderen Interessen verhaßter herrschender Kreise und Cliquen und mit dem autokratischen System zusammenzuhängen schienen, also den um eine moderne Umgestaltung ihres Staats- und Wirtschaftslebens kämpfenden russischen Klassen und Parteien besonders verdächtig schienen, da wandte sich, mit gedrängt von der Absicht, das Volksbewußtsein wieder enger mit sich zu verbünden, mit Energie das zaristische Rußland dem nahen Osten wieder zu und stieß hier ebenfalls auf die Tatsache der deutsch-türkischen Freundschaft. Die russischen Bestrebungen aber auf dem Balkan rührten gleichzeitig an den Lebensnerv der österreichisch-ungarischen Monarchie, an deren Bestand wir selber wieder ein Lebensinteresse haben, und zwar wurde nicht bloß die Machtausdehnung Österreich-Ungarns über den Balkan hin hier durch Rußland bedroht, sondern die Pläne Rußlands, die slawischen Staaten der Balkanhalbinsel als Außenwerke auszubauen und zu benutzen, brachten es als selbstverständlich mit sich, daß die nationalen Zusammenschlußtendenzen der Südslawen, die ja sowieso mit den panslawistischen Ideen aufs engste zusammenhingen, von Rußland nun aufs tatkräftigste unterstützt wurden. Und im Zusammenhang damit wurden auch die Ideengänge des Panslawismus auf die westslawischen Völker, die zur ungarischen Monarchie gehören, ausgedehnt und unter ihnen propagiert.

Gegenüber diesen von Ost und West kommenden, im Südosten aber sich aufhäufenden und konzentrierenden Gefahren haben wir — das müssen wir uns offen eingestehen — kein positives Programm gehabt und daher auch keine klare und bewußte konsequente Politik, die sich der wechselnden Mächtekonstellation in der Welt zielbewußt und in Freiheit hätte bedienen können; in jener Freiheit, die allein derjenige hat, der nicht allein von außen kommende Angriffe mehr oder weniger geschickt abwehrt, sondern der ein Ziel lebendig in sich trägt und selber weiß, was er aufbauen will.

Und seien wir offen: Auch heute hat dieses Programm und dieses Ziel sich noch nicht klar herausgebildet und herausgestellt, und daher kommt es zu einem sehr großen Teil, daß wir, während wir außen siegreich sind, im Innern unsere Kraft durch Kämpfe und oft ins Kleinliche ausartende Streitigkeiten verzehren.

V.

Es geht ums Reich, sagten wir oben, aber nicht nur draußen geht es ums Reich, sondern auch im Innern. Es wird zwar nicht um den äußeren Bestand, aber um die beseelende Idee des Reichsgedankens gekämpft, so daß dieser Kampf zu einem sehr großen Teil sich in Einzelgefechte auflöst, in dem die wenigsten noch sehen, worum es eigentlich geht.

Nicht zufällig ist es, daß in diesen inneren Kämpfen bei sonst patriotischen Männern der Gedanke auftauchen konnte, daß sie das, was sie zum Besten des Reichs über Kaiser und Reich nicht durchsetzen konnten, durch Entfesselung und Ausnutzung partikularistischer Strömungen, durch Appell an die Interessen der Einzelstaaten und Einzelfürsten vielleicht durchsetzen könnten*.

Auch diese, trotz aller Machtlosigkeit und Einflußlosigkeit erschreckende Erscheinung ist nur aus jener allgemeinen Verwirrung darüber zu erklären, welchen Sinn und welche Bedeutung dieser Krieg der halben Welt gegen uns hat.

Der neue Reichsgedanke, wie er sich in dem neuen Deutschen Reiche verkörpert, ist wohl in einem starken Gegensatz zu der Idee des alten römischen Reiches deutscher Nation erwachsen, aber doch auch in engster ungebrochener historischer Beziehung zu ihm. Der Schimmer und Glanz, der um die Worte „Kaiser und Reich" lag und um deren Wiederauferstehen von den Freiheitskriegen bis 1870 der Kampf ging, zeugen davon. Aber viel tiefer geht der Zusammenhang, und wir haben ihn nur nicht immer gesehen, ja wir haben ihn lange geradezu vergessen, in Anspruch genommen von den wirtschaftlichen Aufgaben und den innerpolitischen Schwierigkeiten, die uns das neue Reich gebracht hat: mit der Spannung, die zwischen seiner Machtanhäufung und seinem politischen Schwergewicht und der bereits in den Grundzügen festgelegten Verteilung der Welt unter die verschiedenen europäischen Volkswirtschaften einerseits bestand, und mit der Spannung zwischen der inneren sozialen und wirtschaftlichen Umwälzung und den Herrschaftsformen desjenigen Staates, durch den die Einigung herbeigeführt worden war, andererseits.

Es spielt doch eine große Rolle, daß der Staatsmann, der als der Staatsmann seines Preußens in dessen Interesse vor allem, den Reichsge-

* Siehe unsere Aufsätze „Alldeutsche Irrwege"[14] und „Ums Reich"[15] in Heft 20 und 21 dieser Zeitschrift.

[14] S. o. S. 583 ff.

[15] EStWZ 1 (18. 8. 1916) S. 1091 ff.

danken anfangs mehr benutzend als sich ihm unterordnend, das Werk der Reichsgründung vollbracht hat, letzten Grundes auch nachher, als das Werk ihn bereits ganz in seinen Dienst genommen, natürlicherweise nie völlig davon loskam, daß es dies Preußen gewesen ist, das die deutsche Einheit erzwungen hat. Was irgendwie diesem neuesten Wege deutscher Geschichte zu widersprechen schien, was irgendwie die preußische Grundfarbe zu entfärben oder umzufärben schien, das war Bismarck, und je älter er wurde, um so mehr, so sehr er auch die besonderen Eigentümlichkeiten und Eigenrechte der Einzelstaaten aus politischer Klugheit und aus politischem Takt schonte, ein Angriff auf das deutsche Werk selbst, das er nicht mehr ohne die Kämpfe denken konnte, die zu ihm geführt hatten.
Das war der Grund, weshalb er gegen Zentrum und Sozialdemokratie einen Kampf führte, der diese beiden zukunftsreichen und schließlich größten Parteien zu Reichsfeinden stempelte, das war der Grund auch, warum er sich selbst mißverstehend — verkennend, welche einigende und alle Einzelkräfte anziehende Kraft er seiner Schöpfung damit mitgegeben hatte —, schließlich das von ihm geschaffene allgemeine gleiche Wahlrecht für einen seiner größten Fehler hielt. Und gerade dieses hatte doch mit hauptsächlich dazu beigetragen, daß trotz aller Bekämpfung, ja Beschimpfung so große Parteien, die infolge einer solch falschen Behandlung dem Reich bei seiner Entstehung und seinen ersten Schritten fremd gegenübergestanden hatten, ganz von ihm assimiliert werden konnten, so daß sie — von einem Teil der Sozialdemokratie abgesehen — in dem von Moltke prophezeiten Augenblicke, da das Reich sich bewähren, noch einmal um sein Dasein kämpfen mußte, seine Sache als ihre Sache empfanden.
Immerhin, die inneren Kämpfe des Reiches, die da anknüpften an das allerletzte Stadium der Kämpfe um seine Begründung, sie waren es, die außer dem wirtschaftlichen Aufschwung, der nur zu sehr manchmal die Blicke in den nächsten Jahrzehnten an dem unmittelbaren Vorteil festhielt, den Ausblick auf die großen weltpolitischen Aufgaben, auf die nahenden Gefahren, auf die Mittel zu ihrer Abwehr nach vorwärts versperrten, und, was damit zusammenhing, dem rückwärtsschauenden, nationale Selbsterkenntnis suchenden Blick die deutsche Geschichte nicht mehr in ihrer Ganzheit und in ihren dauernden Aufgaben erscheinen ließ. Eine ganze Generation deutscher Historiker und mit ihnen der größte Teil des auf sie lauschenden deutschen Volkes dieser Periode sah ja schließlich fast nur noch preußische Geschichte und sah neue d e u t s c h e Geschichte, die uns eigentlich erst etwas anginge, erst dort beginnen, wo preußische und deutsche Geschichte unter solchen Gesichtspunkten scheinbar anfangen, ganz ineinander überzugehen.
Erst hier in diesen Kämpfen um den inneren Ausbau des Reiches, die immer noch die Erbschaft der unmittelbaren Vorreichskämpfe mit sich schleppten — nicht bereits, wie neuerdings von Prof. Fr. W. Foerster[16] in

[16] Friedrich Wilhelm Foerster (1869—1966), Professor für Pädagogik in München. Seit

auf die Geschichte anmaßlich rückwärts wirkendem Pazifismus behauptet wurde, in dem das alte Reich endgültig zerstörenden Werk der Gründung des neuen Reiches durch Bismarck und Preußen — hier erst liegt die tragische Verknotung unserer Geschichte.

Hier liegt der Grund, warum in dem größten Augenblick unserer Historie solch innerer Streit, immer noch von Fragen lebend, die längst als vorübergehende und erledigte vergessen sein sollten, sich hineinmischt und verhindert, die hier in einer kurzen Spanne Zeit zu lösenden Lebensfragen klar ins Auge zu fassen; wie er vorher verhinderte, daß das Reich, zwischen Weltmächte gestellt, eine klare aktive Politik treiben konnte*.

Wäre selbst ein Staatsmann aufgestanden, der es erkannt hätte, daß rechtzeitig mit Entschlossenheit gewählt werden mußte zwischen West und Ost, um den einen gegen den anderen zu benutzen, — das deutsche Volk, verstrickt in seine inneren Kämpfe, hätte ihn nicht verstanden. Erst hätte dieser selbe Führer ja durch ein großes, umfassendes inneres Reformwerk die deutsche Öffentlichkeit von dieser Belastung freimachen müssen.

Dann aber wäre die Bahn auch frei gewesen zur Lösung der großen Aufgabe der mitteleuropäischen Konsolidation, die gegenüber den Gefahren nach außen hin sich längst gestellt hatte und auf deren Grund allein eine dauernd in sich sichere Weltpolitik getrieben werden konnte und kann.

Aber diese Grundfrage unserer äußeren Politik hing nicht bloß so zusammen mit unserer inneren Politik, daß die Probleme und Sorgen der letzteren uns von dem Erkennen und tätigen Erfassen unserer großen Aufgaben draußen abhielten. Sondern machen wir uns klar, so berechtigt es ist, jeden Eingriff und sogar jedes Hineinreden von außen in unsere Verhältnisse schroff zurückzuweisen, der Eindruck unserer inneren Politik ist es doch gewesen, der nicht nur den Feinden draußen Mut machte, zu glauben, daß die erspähten Gegensätze uns in unserem Widerstande schwächen würden, sondern er hat auch, so wie er uns sonst manche Sympathien verscherzt hat, vor allem auch manches Hindernis auf den Weg eben zum mitteleuropäischen Zusammenschluß geworfen, wo sonst so manches wirtschaftliche, politische und kulturelle Interesse zu uns hin tendiert hätte.

Und unsere inneren Gegensätze, entsprungen vor allem, wie gesagt, dem Gegensatz unserer wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Entwicklung mit

* Der Aufsatz „England oder Rußland?“[17], den wir in unserem Artikel „Tirpitz und Bethmann Hollweg?“[18] in der letzten Nummer ankündigten, kann aus zufälligen Gründen erst in dem nächsten Heft erscheinen. Wir gedenken ihn alsdann fortzusetzen in einer Studien über „Das englisch-russische Problem und Bülows Politik“.

1916 trat er als Verfechter pazifistischer Gedanken hervor. Vgl. seine Erinnerungen: Erlebte Weltgeschichte (1953) und Schwabe, S. 111 f. Riezler bezieht sich hier wohl auf den in der Schweiz erschienenen Aufsatz Foersters „Bismarcks Weg im Lichte großdeutscher Kritik“, in: Die Friedenswarte, hrsg. Alfred Fried (Jan. 1916) S. 1 ff., in dem er an Constantin Frantz anknüpfend die politische Gedankenwelt Deutschlands einer radikalen Kritik unterzog.

[17] EStWZ 1 (4. 11. 1916) S. 1395 ff. Die angekündigten Fortsetzungen sind nicht mehr erschienen.

[18] EStWZ 1 (11. 10. 1916) S. 1323 ff.

in manchem veralteten Herrschafts- und Regierungsformen, sie haben doch auch stark mit hinübergewirkt auf die Entwicklung und die Verhältnisse unseres Bruderreiches Österreich-Ungarn und nicht immer im Sinne jener Annäherung, die wir heute wollen. Um bloß das eine zu nennen: Das polnische Problem, das wir ja immer viel zu wenig in seinen Wirkungen nach außen hin beachteten, unser Verhalten gegenüber den Fremdsprachigen überhaupt, in dem wir uns zeitweilig von nationalistischen Ideen, nicht etwa nur von durchschlagenden nationalen Interessen treiben ließen — was erklärlich, aber nicht richtiger wird durch die mannigfachen Seiten unseres früheren Verhältnisses zu Rußland — all das hat in verschiedener Hinsicht, insbesondere auch bei dem starken kulturellen, also auch in bezug auf politische Ideen starken und einflußreichen Zusammenhang mit den Deutschen Österreichs nicht förderlich gewirkt. Vor allem nicht in der Richtung eines gegenseitig sich stützenden Zusammenarbeitens der Nationalitäten dieses Reiches, was doch eine der Voraussetzungen seines inneren Zusammenhalts und damit auch der inneren Festigkeit des sich nun bilden sollenden Mitteleuropas ist.

Aber „Mitteleuropa" — wie wenige haben an dieses Zukunftsbild vor dem Weltkriege geglaubt, wie viele zweifeln noch heute daran — solche, die Nationalismus mit nationaler Idee verwechseln, und solche, die sich gute „Europäer" nennen und solche, die ganz und gar die Bismarcksche Reichsgründung als Endgültiges und Selbständiges ansehen.

Und doch: eine Besinnung auf die Entstehung des neuen Reichsgedankens hätte uns lehren können, daß die Bismarcksche Gründung, die in der Trennung Österreich-Ungarns von allen fast rein deutschen Staaten unter Führung Preußens bestand, — von vornherein nur gerade dann etwas Endgültiges war, wenn es rechtzeitig seine Ergänzung wieder fand; wenn es nur ein Mittel war, aus der gegenseitigen Hemmung und Schwächung, die die beiden Hälften des alten Reiches in unzweckmäßiger Aneinanderbindung sich gegenseitig zufügten, hinauszukommen, um nach dem beiderseitigen Erstarken in ganz neuer Form und in weit umfassenderem Ausmaß den Gedanken des alten Reiches abermals zu verwirklichen.

Die Bedeutung einer solchen Verwirklichung für Europa und also für die Welt, läge aber nicht nur in der Zusammenfassung Mitteleuropas, das so sich gegen die Weltmächte behaupten und einen Mittelpunkt zu einem gemeinsamen Abwehr-Zusammenschluß all des individuellen Völkerlebens Europas und darüber hinaus gegen die nivellierenden Weltreiche bilden würde. Die Bedeutung läge vor allem auch in dem Wiederaufleben der kulturellen Ideen, die trotz allem das alte Reich von ihnen belebt, in sich trug und die in neuer Formung und in ihrem Inhalt bereichert durch den Gang des allgemeinen europäischen Denkens diejenigen Männer, deren Geistesarbeit unsere nationale Idee herausarbeitete und das Werden des neuen Reiches vorbereitete, ererbt hatten und vortrugen.

Das Schicksal hat es gewollt, daß diese Kulturideen um der harten Arbeit am Werk der neuen Reichsgründung willen stark zurücktraten. Die noch

härtere Arbeit der Aufrechterhaltung des neuen Reichs und der dazu notwendigen Wiederbelebung der alten mitteleuropäischen Gemeinschaft, d. h. dessen, was unsterblich ist an der Idee des a l t e n Reiches, zwingt uns, jene Kulturideen wieder zu Hilfe zu rufen.

Sie widersprechen nicht den neuen Wehr- und Wirtschaftsanforderungen, sie gehen eng mit ihnen zusammen, sie sind — es ist ein andermal ausführlicher dargelegt — die Voraussetzung für all das, worauf wir heute stolz sind, bis in die deutsche Technik und die deutsche Organisation hinein*. Und es ist kein Wunder, daß unsere Organisationskraft, auf die wir im Anfang des Krieges so stolz waren und auf die wir auch jetzt noch unsere ganze Hoffnung setzen, doch nicht so ganz aus dem Vollen und mit künstlerischer Sicherheit zu arbeiten scheint. Wir haben im Verlauf dieses Weltkrieges, der zu Anfang uns ein ungeahntes Wiederaufleben des Geistes unserer Denker vom Anfang des neunzehnten Jahrhunderts zu bringen schien, etwas gar zu sehr die Fühlung verloren mit den nährenden Grundideen; im Kampf mit allerlei eigentlich außereuropäischen Weltreichen haben wir angefangen, gar zu sehr unwillkürlich deren Denkweise und deren Methoden anzunehmen. Und nicht wenig hat zu diesem betrüblichen Wandel die Tatsache beigetragen, daß dieser Geist aus Rücksicht auf einen falsch verstandenen Burgfrieden keine Verkörperungsmöglichkeit außerhalb der Taten und der Organisation des Heeres fand.

Wie wäre es, wenn wir uns auf den alten mitteleuropäischen Gedanken in seiner Ganzheit und Fülle besännen? Wir brauchen nur dem Reichsgedanken, wie er im neuen deutschen Reich verkörpert ist, nachzudenken und uns ganz in ihn zu vertiefen und wir kommen von allein zu jenem Umfassenderen, das nicht zu ihm im Gegensatz steht. Wie wäre es, Ihr Herren vom Nationalausschuß? Wäre solches Bemühen um nationale Selbstbesinnung nicht Eurer Arbeit wert?

Freilich, auf eins muß man dabei gefaßt sein: die Konsequenzen sind höchst unbequem. Es stellt sich nämlich, wenn man den oben angedeuteten Weg geht, eins heraus: Für uns Deutsche und uns Mitteleuropäer gibt es keine Trennung von innerer und äußerer Politik auch nur zeitweise. Wir sind gezwungen, die beiden Problemreihen des Innen und Außen immer miteinander in engster Fühlung zu halten. Was die augenblickliche Situation vermuten läßt, was die zentrale geographische Lage eigentlich schon verrät, die Vertiefung in den Reichsgedanken macht es zur Gewißheit.

* Siehe unsern Aufsatz „Deutsche Mission“ in Nr. 8[19].

---

[19] S. o. S. 553 ff.

Polen, der Frieden und die Freiheit

EStWZ 1, S. 1433—1443 16. 11. 1916

I.

Nun soll also wirklich der Traum und das Warten eines nicht kleinen, tapferen Volkes in Erfüllung gehen, das sich nicht hatte daran gewöhnen können, dauernd aus der Geschichte gestrichen zu sein. Wenn man beurteilen will, was die nun angekündigte Wiederaufrichtung des polnischen Staatswesens[1] bedeuten kann und ob die Form, in der diese Wiederaufrichtung stattfindet, eine zweckentsprechende ist, muß man vor allen Dingen von folgenden Tatsachen ausgehen:

Es handelt sich nur um einen Teil der polnischen Kulturnation, die nun zur Staatsnation wird; die Befreiung dieses Teils der polnischen Nation ist nicht aus eigener Kraft erfolgt, sondern ein Werk der beiden Zentralmächte. Nur ein Teil des russisch-polnischen Volks strebte noch nach voller staatlicher Selbständigkeit, die Mehrheit strebte wohl nach Autonomie, aber innerhalb des umfassenderen größeren russischen Reichs, mit dem es allmählich, trotz aller gewaltsamen Unterdrückung, tausenderlei Fäden, insbesondere große wirtschaftliche Vorteile verbunden hatten. Zwei große Sprengstücke des polnischen Volkes gehören durch die verschiedenen Teilungen Polens den beiden Zentralmächten an. Auch Russisch-Polen im engeren Sinne besitzt keine einheitliche nationale Bevölkerung. Von Litauern, Weißrussen usw. abgesehen, sitzen unter den Polen, die bisher zum russischen Reich gehörten, 2 Millionen Deutsche und Juden, welch letztere hier teils als besondere Nationalität betrachtet und behandelt werden wollen, teils das Aufgehen im polnischen Volke erstreben, teils — und besonders wird das vermittelt durch das Jiddisch, jene jüdisch-deutsche Mischsprache, — zum Deutschtum neigen.

Würden diejenigen Teile Deutschlands und Österreichs mit dem neuen Staatswesen vereinigt, in denen große Massen von Polen sitzen, so würde die Zahl der Juden und zwar der zum Deutschtum haltenden, ziemlich erheblich vermehrt werden. Beträchtlich würde vor allem die Zahl der Deutschen steigen, wenn diejenigen Gebiete, die vor der Teilung Polens zum Königreich gehört haben und dann an Preußen fielen, hinzukämen. Und bei einer Hinzunahme Galiziens würde eine erhebliche Anzahl von Ruthenen (Ukrainern) hinzukommen, die wie die Deutschen in den zu Deutschland gehörigen Gebieten, in besonders ausgesprochenem Gegensatz zu den Polen stehen. Würde etwa gar auch nur an eine annähernde Restitution des polnischen „Jagellonischen" Königreichs gedacht werden, so würde der Prozentsatz der Fremdstämmlinge so sehr anwachsen, daß von nationaler Einheitlichkeit des neuen Staatswesens nicht mehr gesprochen werden könnte. So stellt sich folgendes heraus:

---

[1] Polenproklamation vom 5. 11. 1916. Vgl. Tgb. 29. 10.—11. 11. 1916.

Die Erhebung des sogenannten Kongreß-Polens zu einem selbständigen Staatswesen läßt noch am ehesten einen polnischen Nationalstaat erstehen, entspricht noch am meisten wenigstens der einen Forderung des Nationalitätsprinzips, daß ein Staat möglichst auf einer Nation aufgebaut sein soll. Die andere Seite des Nationalitätsprinzips fordert bekanntlich, daß Nationalitätsgrenzen und Staatsgrenzen sich möglichst decken sollen. Würde auch diese Forderung durchgeführt, so würde in den zahlreichen Minoritäten, die zusammen einen sehr hohen Prozentsatz bilden würden, das Nationalitätsprinzip wieder verletzt werden. Immerhin ist das Nationalitätsprinzip der „Rechtsgrund" des Neuaufbaus Polens als selbständiges Staatswesen. Das heißt, in Wirklichkeit ist es der Wille der verbündeten mitteleuropäischen Zentralmächte, die aber in eigenem, gemeinsamem Interesse das eroberte Land weder Rußland lassen noch unter sich teilen wollen und deshalb das Nationalitätsprinzip das in seiner Stärke ihnen sonst bei Teilung oder Einverleibung in eins der beiden Reiche höchst unbequem würde, als Rechtsgrund anerkennen. Damit ist aber schon gegeben, daß von Wiederaufrichtung des alten historischen „Jagellonischen" Königreichs keinerlei Rede ist; am wenigsten würde diese romantische Forderung, die ja auch nur von wenig selbst ernst zu nehmenden polnischen Politikern ernst genommen wird, durch das Nationalitätsprinzip zu stützen sein. Das alte Jagellonische Polen war im Kern aus dem Zusammenschluß Litauens und Polens infolge Ineinanderheirat der beiden Dynastien entstanden und hatte sich durch Eroberung bis auf seine dann bestehenden Grenzen erweitert, so daß es von der Ostsee bis über Kiew reichte. Im Gegensatz also zum Nationalitätsprinzip, wenn man in jener Zeit überhaupt von einem Nationalitätsprinzip reden könnte, fand diese Ausdehnung statt. Nun allerdings erfolgen ja solche Eroberungen und Ausdehnungen bis zu einem gewissen Grad nach bestimmten, von geographischen Bedingungen diktierten Tendenzen: Annäherung und Angrenzung an das Meer und dadurch Beteiligung am Weltverkehr, Ablehnung einer Umklammerung durch ein anderes einheitliches Staatsgebiet, Verfolgung der Hauptströme bis zur Mündung usw., das sind Forderungen, die in jedem Staatswesen seiner Lebensfähigkeit, seiner wirtschaftlich-politischen Selbständigkeit wegen erhoben werden, über das eigentliche Nationalitätsprinzip hinaus treiben und schließlich gar unter bestimmten günstigen Umständen um der „Macht" willen die Politik eines Staates bestimmen.

Wäre es da nun nicht möglich, ja wahrscheinlich, daß solche Triebe auch in dem neuen polnischen Staatswesen, sich anschließend an die glänzenden Erinnerungen des „Jagellonischen" Reichs ergeben und seine Politik bestimmen könnten und diese allmählich in einen Gegensatz zu einer der beiden oder zu beiden Zentralmächten bringen könnten, zu jenen Mächten also, die dem neuen Staatswesen zum Leben verhelfen? Dankbarkeit gibt es in solchen Lebensfragen von Nationen nicht. Man denke nur daran, daß Bulgarien seine Entstehung als selbständiger Staat Rußland verdankt

und daß andererseits Rumänien und Serbien jahrzehntelang in ihrem Bestande und in ihrer Selbständigkeit durch Anlehnung an die österreichisch-ungarische Monarchie, oft im Gegensatz zur russischen Politik geschützt waren. Hinzu kommt im Falle Polens, daß, wie schon erwähnt, große polnische Volksteile innerhalb der Grenzen der beiden Zentralmächte leben, die ihrerseits ihre Grenzen einzuengen und dem Nationalitätsprinzip in Hinsicht auf Polen zur restlosen Erfüllung zu verhelfen keine Veranlassung haben, ja sogar im Falle Deutschland-Preußens zahlreiche Deutsche der Herrschaft einer anderen Nation preisgeben und eigene historische Traditionen, die aufs engste mit ihrem politischen gegenwärtigen Leben zusammenhängen, aufgeben müßten. Theoretisch zum mindesten also bestände die Möglichkeit, daß wirtschafts- und politisch-geographische Antriebe zusammenfließen könnten mit vermeintlichen historischen Machtansprüchen, eine Möglichkeit, die nicht zu unterschätzen ist bei einem ehrgeizigen Volk, gerade wenn es sich zum Trost für eine lange Unterdrückung immer wieder an der glänzenden Vergangenheit aufgerichtet hat. Und diese beiden Momente wieder könnten sich vereinigen mit den völkischen und sprachlichen Zusammenhängen, die über die österreichische und die deutsche Grenze stark hinausreichen, sich noch dazu auf eine kirchliche Einheitlichkeit und einen nationalen Klerus in allen drei Staaten stützend.

Man sieht: Die Gefahr einer polnischen Irredenta ist an sich nicht gering. Dazu überlege man, daß in dem bisher zu Rußland gehörigen Polen große russische Sympathien, wie erwähnt, vorhanden waren, wenn diese jetzt wohl auch durch die bestialische Art, in der die russischen Armeen beim Rückzug gehaust haben, einen argen und dauernden Stoß erhalten haben. Dauernd ja, aber wie lange dauernd? Man überlege sich, daß Rußland große innere Umwandlungen durchmachen wird gerade infolge dieses Krieges, daß es sein Staatsleben modernisieren, seine Barbarei zu einem sehr großen Teil ablegen wird, daß für vorläufig jedenfalls die polnische Industrie, die eingestellt war auf die Versorgung des russischen Marktes, diesen Fortfall bis zur vollendeten wirtschaftlichen Neueinstellung manchmal schwer empfinden wird. (Vgl. darüber wie überhaupt über die hier behandelten Probleme unseren Aufsatz „Leitsätze zur Polenfrage" in Nr. 22 dieser Zeitschrift vom 25. August d. J.[2]). Man sieht, daß dies neue Staatswesen bei völliger Selbständigkeit manche Neigung zur Anlehnung an Rußland zeigen könnte, sobald dieses sich erst einmal an die Loslösung Polens gewöhnt haben würde und sowie die bösen Erinnerungen an russische Unterdrückung erst eben wieder infolge der Loslösung verblaßt sein werden.

All diese Möglichkeiten erhalten ihre besondere Gefahr erst noch durch die geographische Lage Kongreß-Polens zu den deutsch-preußischen Grenzen. Wie ein Keil schiebt es sich zwischen Ostpreußen und Schlesien hinein

[2] Hier nicht abgedruckt.

und würde militärisch bei einem Ausbau gegen uns stets eine große Gefahr bedeuten.

II.

Aber eben diese militärische Gefahr ist es, die Kongreßpolen gerade auch in der Hand Rußlands bedeutet, und die bei einem späteren Kriege, wenn Rußland zu einem geordneten Staatswesen mit noch besseren und reicheren Eisenbahnverbindungen zur Grenze hin geworden wäre und bei den ständig wachsenden Bevölkerungsmassen Rußlands sich noch ganz anders geltend machen würde, als in diesem Kriege, in dem das Hineinragen des russisch-polnischen Keils in unser Land uns die Verwüstung Ostpreußens und doch zum Teil auch den Verlust des sonst möglichen, schnell zerschmetternden und erledigenden Sieges im Westen gekostet hat. Und mit wieviel Blut und wieviel Tränen deutscher Mütter haben wir die Eroberungen dieses, dank russischer Korruption und Unordnung noch ziemlich mangelhaft ausgebauten Russisch-Polnischen Festungs-Dreiecks bezahlt! Man denke nur, wenn die französischen Milliarden zweckgemäß und in dem Sinne verwendet worden wären, in dem sie gegeben waren, was das für uns bedeutet hätte! Ein paar Eisenbahnlinien mehr, und die russische zahlenmäßige Übermacht wäre kaum noch zu überwältigen gewesen, und lange nicht ständen wir da, wo wir heute stehen und von wo aus wir nun schon Erwägungen über den kommenden Frieden anstellen, und von wo aus andererseits unsere Nationalisten den rücksichtslosen Kampf gegen Westen fordern können, wie wir es zur geeigneten Stunde auch tun werden.

Es ist merkwürdig, es ist erstaunlich geradezu, was sich jetzt gerade unsere Alldeutschen über den energischen Schritt, den die äußere Politik der Reichsleitung unternommen hat, aufregen und was für ein Murren und Genörgel von dieser Seite wieder losgeht[3]. Wir unsererseits billigen den Schritt, den die Reichsleitung mit der Proklamierung eines selbständigen polnischen Staatswesens in Anlehnung an die Zentralmächte unternommen hat, aus vollstem Herzen, wenn wir auch an der Form, in der der Schritt vollzogen und verkündet wurde — worauf wir noch zurückkommen werden — viel Bedauerliches sehen. Wir begrüßen diesen Schritt auch als einen Beweis dafür, daß es eine Fabel und eine haltlose Verdächtigung ist, wenn man die äußere Politik des Reichskanzlers als nicht energisch genug in der Vertretung unserer Interessen immer wieder dargestellt hat. Mit diesem Gerede wird es ja nun wohl endgültig ein Ende haben müssen.

Also Polen mußte auf jeden Fall von Rußland losgelöst werden. Damit ergaben sich die Konsequenzen, in welchen Formen dies geschehen sollte, von allein. Die wahrscheinlichen Grundzüge des staatsrechtlichen Ausbaus Polens sind am besten an Hand der Einwände gegen den Schritt der Reichsleitung klarzumachen.

[3] Vgl. Tgb. 30. 8. 1916, Anm. 1.

Folgendes wird gesagt: Wird diese vollendete Tatsache der Loslösung und der Verkündigung, daß das neue Königreich Polen in Anlehnung an die Zentralmächte bestehen soll, nicht die etwa vorhandene Möglichkeit, Rußland aus dem Kreise unserer Feinde herauszulösen, die sich doch immer deutlicher zu zeigen schien, endgültig oder auf lange zerstören? Und wenn schon die Loslösung Polens in der Form der Errichtung eines selbständigen Staatswesens notwendig war, mußte diese Errichtung denn schon jetzt geschehen? Und endlich, sprechen nicht gegen den ganzen Schritt die Gefahren, die ein selbständiges Polen der Möglichkeit nach mit sich bringt und wir ja selbst oben ungefähr umschrieben haben?

Zunächst die Frage der Zerstörung der Möglichkeit eines russischen Separatfriedens.

Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß der Augenblick eines Friedens mit Rußland früher kommen wird als mit England. Das wird geschehen, weil ein noch so wenig industrialisiertes Land sein Kriegsmaterial nicht allein sich schaffen kann, noch dazu, wenn die Zufuhr zum größten Teil schon abgeschnitten ist, zum anderen durch unsere U-Boote immer mehr abgedrosselt wird. Dazu kommt, daß die schlechten Verkehrsverhältnisse sich immer mehr verschlechtern, daß Rußlands Viehbestand immer mehr zurückgeht, die Männerverluste fürchterlich sind, der moralische Widerstand weiter Volkskreise besonders der Arbeiterschaft immer mehr wächst und im Zusammenhang damit der Einfluß der zu Deutschland neigenden Hof- und Beamtenkreise — und diese Stimmung in diesen Kreisen ist zwar in der Minorität, breitet sich aber besonders im Hinblick auf die ostasiatischen Vorgänge immer mehr aus usw. usw. So wird eines Tages Rußland um so eher auf diesen Krieg, ohne Rücksicht auf England, verzichten, als es erst sieht, daß die verloren gegangenen Gebiete im Osten nicht mehr mit Gewalt zurückzuholen sind, der Bosporus und Konstantinopel nicht zu erlangen sind, wenigstens nicht in diesem Kriege. Und gleichzeitig gehen im Rücken, in Asien, die größten und wichtigsten Veränderungen vor, die — mag man die russisch-japanischen Verträge mehr deuten als ein in Rücksicht auf den Krieg erfolgendes Zurückweichen Rußlands vor Japan oder als die Bildung einer gegen Englands asiatische, besonders chinesische Interessen gerichteten Front — das Dabeisein Rußlands dringend erfordern. Wenn Rußland „nicht dabei ist", so ist es mit dem Untergehen von Expansionsmöglichkeiten auch an dieser Stelle bedroht, ja es ist sogar ein positives Verlorengehen schon errungener Vorteile in Asien wahrscheinlich. Ob die Hoffnung berechtigt ist oder nicht: die Hoffnung winkt Rußland in demselben Augenlick, wo die Resultate der Verteilung Polens verloren gehen, reichlichen Ersatz im asiatischen Osten durch der Teilung Polens nicht ganz unähnliche Transaktionen zu finden.

Wir wissen, wieviel gegen diese unsere Kalkulation spricht und wir wissen auch, daß die eine oder andere Verzögerung der von uns angenommenen Entwicklung noch eintreten kann, trotzdem wir hoffen, daß z. B. Norwegen es nicht so weit oder auch nur annähernd so weit treiben wird, wie

es Rumänien getrieben hat, durch dessen Eintritt in den Krieg eine solche Verzögerung hervorgerufen werden sollte; und wir wissen, daß, wenn wir uns in dieser Hoffnung täuschen sollten, vor unsern Waffen auch dieser Versuch scheitern würde, Rußland eine bequeme Verbindung mit seinen Ententefreunden zu schaffen. Wir werden unsere Ansicht in der Aufsatzserie „England oder Rußland“[4] ausführlich begründen, wie wir dort auch begründen werden, weshalb wir unsererseits glauben, daß der Kampf mit England trotzdem fortdauern wird und daß, selbst wenn dieses Fortdauern des mitteleuropäisch-englischen Krieges aus irgend welchen Gründen nicht sehr lang sein sollte, falls also eine endgültige Beendigung des Gegensatzes in diesem Kriege nicht zu erzielen sein sollte, wir eben wahrscheinlich in der nächsten Zeit eher mit Rußland als mit England in ein erträgliches, politisches Verhältnis, ja wahrscheinlich zu einem mindestens politischen Kooperieren kommen werden.

All dies vorausgesetzt, sehen wir aber nicht ein, wie das gegen die Loslösung Polens von Rußland sprechen soll. Wir stellen doch nur bestimmte Entwicklungstendenzen fest, die wir ausnützen sollen und wollen. Und wir wissen ganz genau, daß in der Politik die Konstellationen fortwährend wechseln, so daß die Entwicklungstendenzen, die wir jetzt eben feststellen, durch stärkere, im entgegengesetzten Sinne wirkende gelähmt werden können. Sentimentalitäten bestimmen uns doch in unserer Annahme über unser demnächstiges Verhältnis zu Rußland keineswegs. Eine solche Insinuation würden wir ebenso wie die meisten Politiker, die ähnlicher Ansicht wie wir in dieser Beziehung sind, als unsachlich zurückweisen dürfen, auch wenn es der so verdienstvolle Dr. Rohrbach ist, der solche unsachlichen Insinuationen vorbringt. Ebenso hoffen wir, daß nur wenige derjenigen Politiker, die im Gegensatz zu uns daran glauben, es könne ein besseres Verhältnis mit England eher möglich sein als mit Rußland, sich nicht von Anglomanie leiten lassen, wie Graf Reventlow und seine Parteigänger immer wieder andeuteten, noch dazu auch gegen Leute andeuteten, die überhaupt gar nicht auf diesem Standpunkt stehen, sondern in dieser Frage eher auf dem des Auslandspolitikers der „Deutschen Tageszeitung“, nur daß sie Deutschlands Politik den offenen Blick und den freien Entschluß für die wechselnden Umstände wahren wollen.

Gerade aus diesem letzteren Gesichtspunkt heraus war auf jeden Fall die Loslösung Polens von Rußland notwendig und vor allen Dingen eben in Erwägung der oben umschriebenen militärischen Tatsachen und Gefahren. Gerade für den Fall, daß für eine zeitlang ein erträgliches Verhältnis mit Rußland zustande kommt, und daß es bald zustande kommt, müßte zuerst jede schwache und gefährliche Stelle im Osten fortgeschafft oder vielmehr ausgebessert und vielleicht sogar in eine besonders starke Stellung Rußland gegenüber um- und ausgebaut werden.

Ja, man kann dies sagen: Erst nachdem endgültig feststeht, daß Polen

[4] S. o. S. 602, Anm. 17.

von Rußland los ist und in engstem Verband mit den Zentralmächten stehen wird, kann man als Deutscher mit ganz ruhigem Gewissen in Freiheit das Problem „England oder Rußland" erwägen. Nun erst sind wir sicher, daß wir uns nicht mit einer etwa erfolgenden mitteleuropäisch-russischen Verständigung auf eine schiefe Ebene begeben. Nun wissen wir, daß nicht die Gefahr einer Abhängigkeit unserer Politik von der Rußlands mehr möglich ist, wie sie immerhin so lange unter bestimmten Umständen möglich war infolge des militärisch Bedenklichen, das andernfalls jede neue Auseinandersetzung mit Rußland in einer etwas ferneren Zukunft hätte haben müssen. Nun wissen wir ferner, daß wir — sofern wir unsere mitteleuropäische Polenpolitik konsequent und richtig festhalten, in Polen auch ein militärisches Vorwerk gegen Rußland haben werden. Von nun an haben wir aber auch die moralische Vorderhand bei all denjenigen freiheitlichen Strömungen in Rußland, bei denen das Streben nach einem modernen Staatswesen zusammengeht mit dem Streben nach wenigstens kulturell-nationaler Selbständigkeit und Selbstverwaltung, oder aber, soweit es sich um freiheitliche Bestrebungen im „Großrussentum" handelt, mit der Einsicht zusammengeht, daß die zusammengefaßte und zusammenfassende Einheit des russischen Staats- und Reichsgedankens nicht mehr der Durchführung des modernen politischen Freiheitsgedankens auch in bezug auf die Nationalitätsfrage fremd gegenüber zu stehen braucht.

Die Tatsache der Herauslösung Polens aus Rußland und die Aufrichtung eines selbständigen polnischen Staatswesens wird ihre Wirkung haben auf alle die Fremdvölker, die der großrussische Kern um sich im russischen Reiche sonst noch angegliedert hat. Es ist nicht gleich anzunehmen, daß nämlich nun an eine Zerlegung Rußlands in seine einzelnen Bestandteile gedacht werden könnte.

Dazu halten zu starke geographische, insbesondere wirtschaftsgeographische Bedingungen trotz aller Nationalitäts-Gegensätze das große russische Reich zusammen. Möglich, daß z. B. eine Eroberung der Ukraine ein ukrainisches Staatswesen hinstellen kann, wie heute schon ein polnisches. Ohne ein solches Ereignis aber, dessen Eintreten in unmittelbarer Nähe nicht abzusehen ist, werden die Abhängigkeiten der verschiedenen russischen Gebiete voneinander ihre Wirkung behalten.

Dekompositorisch wirken die nationalen Bestrebungen der einzelnen fremden Völker, wenn wir von Polen absehen, nur solange als der berechtigten Betonung und Ausprägung nationaler Eigenart der einzelnen Völker der russische Einheitsgedanke, wie er vom groß-russischen Kern ausgeht und vertreten wird, widerspricht. In dem Augenblick aber, wo das ebenso wie die Einheit ebenfalls geographisch, vor allen Dingen durch die bestimmte gebietweise Aneinanderreihung der Nationalitäten angelegte föderative System, das durchaus nicht mit einer machtpolitischen Zusammenfassung der Gesamtheit des Reiches im Widerspruch zu stehen braucht, auch innerpolitisch zum Ausdruck kommt, in dem Augenblicke, wo die nationalen Autonomiebestrebungen innerhalb des Gesamtreiches einen gewissen Er-

folg haben, in dem Augenblicke wird gerade eine Stärke Rußlands nach außen hin die Folge sein, an die gerade wir Deutschen noch zu denken haben werden. Und gerade die Tatsache der Wiederaufrichtung Polens wird ihrerseits zu einer Betonung der Autonomiebestrebungen bei den einzelnen Nationalitäten Rußlands führen, wie andererseits überall dort, wo man in der Modernisierung des russischen Staatswesens die Rettung Rußlands als Reich sieht, eine immer größere Berücksichtigung dieser Betrachtungen stattfindet. Das aber bedeutet wenigstens für einige Zeit eine Zerbrechung und Zerstörung der panslawistischen Ideen wenigstens in der jetzigen gegen uns gerichteten Form und das wieder bedeutet eine zeitweilige Umbiegung der außerpolitischen Spitze, eine Umwendung der russischen außerpolitischen Stoßlinie vom Westen nach dem Osten. Bei dieser Entwicklung werden wir Deutschen, wenn wir die mit der Wiederaufrichtung Polens verfolgte Nationalitätspolitik konsequent durchführen, die moralische Vorhand von da an auf geraume Zeit bei denjenigen Richtungen und Strömungen in Rußland haben, die den Gedanken moderner politischer Freiheit verfolgen.

Was das aber bedeutet, das weiß jeder, der die Geschichte der letzten Jahre, insbesondere seit der russischen Revolution, kennt. Nichts hat uns gerade bei den heraufkommenden Strömungen und Schichten Rußlands so geschadet, und nichts hat so sehr beigetragen dazu, daß Rußland mit den Westmächten in ein doch auch innerlich so enges politisches Verhältnis kam, und daß der Krieg gegen Deutschland an der Seite Frankreichs und Englands eine solch große Popularität erlangte, als der Glaube daran, Deutschland stände auf der Seite der Reaktionäre, die festhalten an den alten absolutistischen russischen Zuständen. Der Kanzler hat neulich mit Recht erst betont, daß es eine Fabel ist, wenn man verbreitet hat: unser Kaiser sei es gewesen, der den Zaren im Widerstand gegen eine moderne Ausgestaltung Rußlands bestärkt habe[5]. Das allerdings läßt sich trotzdem nicht leugnen, daß zur Zeit der russischen Revolution seitens der deutschen Regierung manche Unterstützung dem Zarismus gegenüber der Revolution geleistet worden ist. Und dann, wie oft wird es immer wieder von genauen Kennern Rußlands betont, welch einen üblen Eindruck, der nicht vergessen ist, es in den freiheitlichen Parteien gemacht hat, daß, als die Westmächte während der Revolution und des russisch-japanischen Krieges dem Zarismus eine Anleihe nicht mehr gewähren wollten, es Deutschland war, das auf diese Weise den Zarismus stützte und auch in seiner Stellung gegenüber der Revolution stärkte, so daß diese zunächst überwunden werden konnte. Wer all das überlegt, muß sagen, es gibt nichts Verfehlteres, als wenn ein großer Teil derjenigen, die mit Recht annehmen, es würde mit Rußland für einige Zeit in ein erträgliches Verhältnis zu kommen sein, immer wieder dabei auf die Sympathie der reaktionären Richtung spekulieren. Daß damit die öffentliche Meinung Rußlands, die doch,

[5] Rede im Reichstag am 28. 9. 1916, Sten. Berichte, Bd. 308, S. 1691 ff.

wie wir gesehen haben, einen großen Einfluß auf die Politik hat, wenn auch dieser Einfluß nicht organisiert ist, bloß immer mißtrauisch gemacht wird, das ficht die konservativen Anhänger der deutsch-russischen Verständigung offenbar nicht an. Gewiß ist es andererseits möglich, daß bestimmte Bestrebungen der reaktionären Kreise in einem gegebenen Augenblick eher zu einem Frieden mit Deutschland geneigt sein werden, als etwa die Ansichten und Bestrebungen derjenigen russischen Liberalen, die sich um Professor Miljukoff[6] und die Zeitung Rjetsch sammeln. Dabei aber ist zu bedenken, daß diese ganz bestimmten liberalen Kreise auch für die Gestaltung der öffentlichen Meinung durch die tatsächliche Entwicklung notwendigerweise immer weniger ausschlaggebend werden, und daß neben Strömungen auf der reaktionären Seite auch außerordentlich mächtige Strömungen auf der Seite der freiheitlichen Parteien in derselben Richtung zu einer Beendigung des Krieges wirken. Das Beste wird sein, daß wir uns in diese inner-russischen Zustände so wenig wie möglich direkt einmischen und bei keiner der verschiedenen Parteien und Strömungen den Anschein erwecken, als spekulierten wir auf Sympathien der einen oder anderen.

Und hierbei ist allerdings noch ein angedeutetes Moment genauer zu betrachten: Eine Zeitlang stimmten nun die Interessen der die liberale Partei hauptsächlich zusammensetzenden und stützenden Kreise der Industriellen und Großkaufleute völlig überein mit der liberalen Ideologie, die sich unter bestimmten Umständen außenpolitisch mit der Spitze gegen Deutschland und Österreich-Ungarn orientiert hatte, und zwar auch in bezug auf die Polenfrage. In dem Augenblicke aber, wo die Fortsetzung des Krieges zu große Opfer ohne sichere Aussichten auf den erwarteten Erfolg kostet, tritt bei den Industriellen und Kaufleuten, die zu dieser Richtung gehören, die Berechnung ein, und unter anderem hat das kühle Erwägungen in bezug auf Polen zur Folge. Die polnische Industrie ist den russischen Industriellen naturgemäß stets ein Dorn im Auge gewesen. Das Ausscheiden dieser Industrie aus dem russischen Wirtschaftsgebiete ist etwas, was den russischen Industriellen als russischen Patrioten zwar betrübt, aber eben als Geschäftsmann zu einem Teil über die Niederlage trösten kann. Und schon sieht man denn auch daraus innerhalb der betreffenden Kreise sich bestimmte stark wirksame Tendenzen entwickeln, die zu einem Sichzufriedengeben mit dem Verluste Polens ebenso drängen, wie auf einen wenigstens zeitweiligen Verzicht, Konstantinopel und die Dardanellen in russische Gewalt zu bekommen.

---

[6] Pawel Nikolajewitsch Miljukow (1859—1943), Historiker und Politiker, 1905 Mitbegründer und Vorsitzender der Kadettenpartei, Mitglied der Duma, März—Mai 1917 Außenminister der Provisorischen Regierung.

III.

Ist nun aber im Hinblick auf unser künftiges Verhältnis zu Rußland nichts Ausschlaggebendes gegen die Herauslösung Polens aus dem russischen Reich zu sagen, so ist auch nicht einzusehen, weshalb diese Herauslösung nicht bereits jetzt hätte stattfinden sollen.
Im Gegenteil, die moralische Wirkung sowohl auf das Ausland wie aber auch auf die Polen hätte bei längerem Zögern verlieren können, um so mehr, als nach allem anzunehmen ist, daß sowie Rußland eingesehen hätte, Polen sei mit Gewalt nicht zurückzuerobern, es dann in freigebigster Weise seinerseits die Freilassung Polens aus dem russischen Reichsverbande, unter stillschweigendem Vorbehalt des Widerrufs bei etwaiger Veränderung der Kriegslage, verkündet hätte.
Dazu kommt die Tatsache, daß wir in einem Kampf gegen solch ungeheure zahlenmäßige Übermacht noch immer stehen, daß jede legitime Vermehrung unserer Streitkräfte durchaus zu begrüßen ist. Es ist selbstverständlich nicht so, wie es in der feindlichen Presse dargestellt wird, daß die Aufstellung der polnischen Armee[7] die Hauptsache für uns war, und als ob gar unser Haupt g r u n d für unser Vorgehen in der polnischen Frage das Versiegen unserer Reservekräfte wäre. Aber wir brauchen andererseits doch auch kein Hehl daraus zu machen, daß eben eine Verstärkung unserer Streitkräfte uns nur angenehm sein kann.
Vom polnischen Standpunkt aus läßt sich dagegen auch gar nichts sagen, wenn man die Begründung eines selbständigen Staatswesens als willkommen begrüßt. Im Gegenteil, hier besteht die Tatsache, daß nun nachträglich der Mangel für die Bildung eines Nationalstaates, der darin besteht, daß nicht durch die eigenen nationalen Kräfte, sondern durch fremde Kraft dieser Staat errichtet wurde, einigermaßen ausgeglichen wird. Und es ist auch nicht mehr als recht und billig, daß ein Volk, das nach einer eigenen Gestaltung des nationalen Daseins verlangt, auch seinerseits dazu so weit wie es nur irgend möglich, beiträgt. Den Anfang haben ja dazu schon die polnischen Legionen gemacht. Um sie wird sich nun die polnische Armee bilden und damit ein wirklich organisatorischer Kern des polnischen Staates selbst, und dann, wir wissen nicht, ob unsere Reichsleitung diesen Erfolg beabsichtigt hat, aber gerade, daß die Verkündigung des selbständigen Königreichs Polen unter der Garantie der beiden Zentralmächte und in Anlehnung an sie schon in diesem Zeitpunkt erfolgt ist, ist von ganz besonderer Bedeutung weit über das hinaus, was es für Polen bedeutet, für ganz Mitteleuropa und für die Gestaltung des Verhältnisses Mitteleuropas zur übrigen Welt und endlich für die innere Ausgestaltung Mitteleuropas selbst.
Auf diese Bedeutung aber, die die Verkündung des selbständigen Staatswesens Polen erst zu wahrer w e l t p o l i t i s c h e r Bedeutung erhebt,

[7] Vgl. Tgb. 3. und 11. 11. 1916.

kommen wir nun ausführlich zu sprechen im Zusammenhang mit der Beantwortung der dritten Frage, die darauf hinauslief, ob nicht die zu Eingang geschilderten Gefahren, die den Zentralmächten, insbesondere Deutschland, von einem selbständigen polnischen Staatswesen drohen könnten, doch noch größer und drohender sind als die militärische Gefahr und Bedrohung, die Russisch-Polen in der Hand Rußlands für uns bedeuten würde. Und ob nicht hier eine neue Quelle fortwährender Unruhen und Streitigkeiten geschaffen wird, die gerade die Neugestaltung Mitteleuropas stören und damit auch den Weltfrieden auch nach Beendigung dieses großen Krieges alsbald wieder erschüttern kann.

Nun denn, die Form eben, die in den Grundzügen schon durch das Manifest der beiden Kaiser gegeben ist, soll diese Gefahren hintanhalten, und im übrigen wird gerade die notwendige Rückwirkung, die die Gründung des Königreichs Polen im engen Verbande mit den Zentralmächten auf die innere Politik dieser Zentralmächte selbst ausüben muß, ihre heilsamen Wirkungen entfalten müssen.

Es ist selbstverständlich und klar, daß nun nicht mehr eine Fremdsprachenpolitik in Deutschland betrieben werden kann, wie vor dem Krieg. Der Grund dafür, daß hier deutsch-nationalen Ansprüchen von Seiten des Staates nachgegeben worden ist, lag letztlich in Erwägungen, die aus den deutsch-russischen Beziehungen entsprangen und in den späteren Stadien allerdings auch in Abwehrabsichten gegen einen polnischen aggressiven Nationalismus. So lange aber vor allem wir durch die Teilung Polens mit Rußland politisch mehr oder weniger aneinandergekettet waren, so lange wie immer noch die Möglichkeit bestand, mit Rußland auch ohne Auseinandersetzung, wie sie dieser Krieg darstellt, in ein freundschaftliches Einvernehmen zu gelangen, so lange mußte jede Änderung unserer Polenpolitik, welche eine Anerkennung des besonderen polnischen Volkstums bedeutet, eine Verschlechterung unserer Beziehungen zu Rußland darstellen. Wir wissen ja, daß dies der Hauptgrund für Bismarcks Stellungnahme zu allen polnischen Dingen war. Während nun dieser Grund für eine Germanisierungspolitik gegenüber den Polen infolge des Weltkrieges fortgefallen ist, erheben sich sogar, wie bereits gesagt, aus den Anforderungen des nachbarlichen, ja freundschaftlichen Verhältnisses zu Polen die dringlichsten politischen Anforderungen an ein vollständiges Verlassen jener bisher verfolgten Wege. Davon freilich kann keine Rede sein, bei den völlig anders liegenden Verhältnissen, daß etwa irgendwie in Deutschland-Preußen so weit gegangen werden kann, wie Österreich jetzt mit der Verleihung der Autonomie an Galizien[8] geht. Auch dort schon erheben sich bestimmte Schwierigkeiten aus der sehr großen Zahl der Ruthenen, die von einer weitgehenden Autonomie Galiziens gegenüber der Gesamtmonarchie eine Unterdrückung ihrer besonderen nationalen Entwicklung

[8] Am 4. 11. 1916 in einem Handschreiben des Kaisers an den Ministerpräsidenten Koerber: In dem Moment, in dem der neue Staat Polen ins Leben trete, solle auch Galizien ein autonomer Teil der habsburgischen Monarchie werden. Schultheß 1916/II, S. 48.

fürchten. Bei uns gar sind es Millionen von Deutschen, die ebenfalls einer nationalen Majorisierung dann ausgesetzt wären. Es gilt hier eben die Überspannung des Nationalitätsprinzips, wie sie sich im Laufe des XIX. Jahrhunderts herausgebildet hat, abzustellen. Das Nationalitätsprinzip hat segensreich gewirkt durch die Bildung großer einheitlicher Staats- und Wirtschaftsgebiete, innerhalb deren erst die großen wirtschaftlichen und technischen Fortschritte durchgeführt werden konnten, deren Früchte wir heute genießen.

Es hat ferner die Eigenart der Volkstümer vertieft und dadurch den Grund gelegt zu sicherer und mannigfaltigerer Entwicklung des geistigen Lebens der Menschheit. Aus ihm ergeben sich zweifellos auch für kleinere Völker die berechtigten Forderungen nationalen kulturellen Eigenlebens. Keineswegs aber ist zuzugeben, daß damit überall und an jeder Stelle jedem kleinen Volke in der Welt seine staatliche Selbständigkeit in unbeschränktem Ausmaß gegeben werden muß. Das hieße das Nationalitätsprinzip aus einer Quelle der Erweiterung des Kulturellen und der Anregung großen staatlichen Lebens zu einem Mittel der Verengung und Verkleinlichung machen. Es sind die besonderen Umstände, es ist die besondere geographische Lage, die das polnische Sehnen durch die Macht der Zentralreiche erfüllen helfen. Es ist daher absolut zurückzuweisen, wenn ein sonst so kluger Politiker, wie es Scheidemann ist, neuerdings erklärt hat, endgültig könnten er und seine Parteigenossen zur begonnenen Lösung der polnischen Frage erst Stellung nehmen, wenn sie sich überzeugt hätten, daß auch den Polen wirklich völlige Selbständigkeit gelassen werde in bezug auf die Ausgestaltung ihres staatlichen Lebens[9]. Es ist merkwürdig, solche Äußerungen hört man von derselben Seite, von der in der Diskussion über den kommenden Frieden besonders in dem Streit, ob auch Deutschland international sich binden solle, ob es eine internationale Regelung der Streitfragen zwischen den Staaten und Nationen geben solle, diese Frage mit Nein beantwortet wird. Wird damit nicht anerkannt, daß es eine übernationale Bindung gibt, wird hier nicht sogar der Begriff einer allgemeinen Staatengesellschaft aufgestellt in einem Umfang, innerhalb dessen doch gar zu leicht wichtige Interessen einzelner großer Nationen als nicht mit der Majorität der übrigen Nationen zusammengehend zurückgestellt und vernachlässigt werden könnten. Und in der polnischen Frage, wie in ähnlichen, will man nicht sehen, daß es sich bei der Gründung des polnischen Staatswesens in Anlehnung an die Zentralmächte darum handelt, daß hier, wenn auch in kleinem Umfange, eine internationale Staaten- und Völkergesellschaft gegründet wird, die selbstverständlich gegenüber ihren einzelnen Mitgliedern die Forderungen der Resignation, des

[9] Gemeint ist wohl die Stellungnahme Scheidemanns in einem Presseinterview mit führenden Vertretern der Parteien über das Polenmanifest: Seine Partei begrüße die Errichtung eines poln. Staates, doch müsse dieser vollkommen frei sein und beim Friedensschluß die Zustimmung aller anderen Staaten finden. Zit. im Kasseler Volksblatt, 7. 11. 1916, nach dem Berliner Tageblatt.

friedlichen und billigen Ausgleiches mit ihren anderen Gliedern unter Wahrnehmung der allgemeinen Interessen fordern muß? Auch die größeren Mitglieder dieser sich bildenden Staaten- und Völkergesellschaft Mitteleuropas müssen ja sich selbst größte Rücksicht eben auf dieses Mitteleuropa als Ganzes auferlegen. Aber so wie z. B. nun gegenüber dem Deutschen Reiche und gegenüber Preußen sich von selbst aus dem neuen Zustand der Dinge die Forderung ergibt, nicht das nationale Prinzip in seiner schrankenlosen Geltung gegenüber fremdsprachlichen Minoritäten walten zu lassen, ebenso ist die Forderung aufzustellen, daß die Polen, soweit sie nun nicht etwa vorziehen, sich dem neu gegründeten polnischen Staatswesen durch Einwanderung in dieses anzuschließen, sich als Staatsbürger der Reiche, zu denen sie gehören, im positivsten Sinne fühlen und bewähren. Und ebenso gehört es dann zu der Bundespflicht des Königreichs Polen, jede Störung eines solchen Verhältnisses der deutschen Staatsbürger polnischen Volkstums und polnischer Sprache zu ihrem Staate zu unterlassen, ja zu verhindern.

Gegenüber der großen Gefahr, die von Rußland her droht, gegenüber der Tatsache, daß ein Staatswesen erst langsam sich herauskristallisiert und herausorganisiert, ist es selbstverständlich, daß einerseits seitens der beiden Zentralmächte alle Unterstützung zu der Beschleunigung dieses Vorgangs der Staatsbildung geboten wird. Andererseits aber ist auch, bis dieser Prozeß vollendet ist, zu befürchten, daß ein durch die vorhergehenden lange vergeblichen Kämpfe überhitztes Nationalitätsgefühl zunächst das S t a a t s gefühl und den S t a a t s sinn, die es ja teilweise anfangs ersetzen muß, überhaupt verdrängt oder in seinem kräftigen Aufwachsen verhindern kann. Da muß für die nötigen Garantien gesorgt werden, daß daraus für die Zentralmächte als solche und für Mitteleuropa im ganzen keine Gefahren erwachsen und weiter übernehmen damit aber im eigenen Interesse die Zentralmächte auch die Aufgabe und die Pflicht, in der gemeinsamen Wirtschaftspolitik z. B. dafür zu sorgen, daß die Tatsache, daß Polen von den beiden Zentralmächten umklammert ist, daß die Mündung des sein Land durchströmenden Hauptflusses auf deutschem Boden liegt, daß es zum Meere keine unmittelbare Angrenzung hat, daß es von der Verkehrspolitik Deutschlands wie Österreich-Ungarns abhängig sein wird, für Polen unschädlich wird, vielmehr alle berechtigten Interessen Polens zu berücksichtigen, zu schonen und zu schützen, damit nicht aus Verletzung solcher Interessen der Anstoß zu jener unheilvollen Entwicklung, die vermieden werden soll, herkomme.

Des weiteren ergibt sich von allein, daß Polen allein mit einer noch jungen, nicht von Traditionen gestützten Armee nicht der Schutz der gefährdeten Ostgrenzen Mitteleuropas zugemutet oder anvertraut werden kann. Der Schutz dieser Grenzen mit allem, was dazu gehört, wird selbstverständlich dem vereinigten Mitteleuropa obliegen müssen. Und weiter, wird das Nationalitätsgefühl in seiner vertiefteren Gestalt von den beiden großen Zentralmächten anerkannt, so muß dafür Sorge getragen wer-

den, damit nicht irredentistische Strömungen nach den Zentralmächten hin oder von Rußland her entstehen.

Hier möchten wir wiederholen, was wir in den „Leitsätzen zur Polenfrage" ausführten:

„Die Wahrheit aber ist, daß das Schicksal es Polen versagt hat, den Höhepunkt nationaler Auswirkung zu erreichen. Es war gezwungen, in dem Jahrhundert beiseite zu stehen, als das Nationalitätsprinzip selbst auf dem Höhepunkt seiner Wirksamkeit stand. Bei einer etwa jetzt zu erlangenden Selbständigkeit müssen die Polen berücksichtigen, daß die Zeit der schrankenlosen Auswirkung des Nationalitätsprinzips vorbei ist. Nicht etwa, daß die Idee der Nation irgendwie in ihrem wirklichen Wert und in ihrer Kraft die Geschichte zu bewegen, verloren hat. Aber sie wird ihre wahre Wirkungsmöglichkeit wahrscheinlich nur noch mit wenigen Ausnahmen im Zusammenhang der größeren, kulturell und wirtschaftlich, in ihren einzelnen Teilen sich ergänzenden und eine Einheit bildenden Völkerkreise finden, die nach außen durch größere, die Eigenart und gewisse Selbständigkeit ihrer Teile achtende staatliche oder überstaatliche Organisationen zusammengefaßt werden. Die Entschädigung für die äußere Machtfülle, die das Nationalitätsprinzip an neu heraufsteigende kulturelle und staatliche Prinzipien abtritt, erhält es durch eben jene Vertiefung, die darin besteht, daß eine jede Nationalität, daß das Nationalitätsprinzip in seiner Verkörperung in einer einzelnen Nation nicht mehr die anderen Nationen und Nationalitäten vergewaltigen will, sondern jede Nation achtet sich selbst in der sorgsamen Schonung der anderen Völker. Nicht mehr schrankenlose Ausdehnung der Herrschaft eines Volkes über die anderen, sondern Gemeinbürgschaft der verschiedenen Völker für ihre Existenz und die in ihnen lebenden kulturellen Ideen gegenüber dem Ansturm großer nivellierender Weltreiche: das ist die Idee, die aus dem in diesem Kriege im Keime entstandenen neuen Mitteleuropa sich erhebt. Diese Idee schließt bei der Härte der politischen Tatsachen die Führung durch die Staatswesen solcher Völker, die rechtzeitig zur Einigung gekommen sind, nicht aus. Im Gegenteil, sie fordert sie, um zur Verwirklichung zu gelangen. Daß die Idee dabei nicht entstellt und mißbraucht wird, dafür ist dies die Bürgschaft: nüchterne, auf rein machtstaatlichen Grundsätzen aufgebaute Erwägungen zeigen, daß eine dieser Idee gemäße Entwicklung mit den staatlichen Egoismen der beiden Reiche Mitteleuropas nicht nur durchaus zusammengeht, sondern gerade auch von ihnen im eigensten Interesse zu fordern sind." Und, — so können wir diesen Worten hinzufügen — sind die Polen als ganzes ausgeschaltet gewesen in der Geschichtsperiode, die erfüllt war vom Nationalitätsprinzip, so bleibt ihnen nicht nur, daß das, was das wertvollste in dem Nationalitätsprinzip ist, das kulturelle Nationalitätsbewußtsein mit seiner Ausprägung in Selbstverwaltung und Selbstregierung wenigstens für einen großen Teil des Volkes, von dem aus es auf die außerhalb der Grenzen des selbständigen Staatswesens lebenden Polen auch seine kräftigenden kulturellen Rückwirkungen ausüben wird,

sondern es bleibt ihm auch die große historische Aufgabe, gerade durch seine Einsicht und durch seine energische Erfassung des neuen heraufkommenden Zeitalters in gewissem, wenigstens geistigem Sinne führend zu werden. Von dem polnischen Volke wird viel davon abhängen, ob die neue Form, in der Mitteleuropa [als] ein einheitliches, wenn auch gegliedertes Ganzes jetzt auferstehen will, sich so bewähren wird, daß es den Ansatz und den Kern bilden kann zu einer Wiedervereinigung der europäischen Ganzheit überhaupt.

IV.

Hier ist ein Schritt getan, der nicht mehr zurückgetan werden kann, und der so viele andere nach sich zieht und so viele Konsequenzen bringen wird, wie die wenigsten heute vielleicht schon sich klarmachen und — die Mehrzahl dieser Wenigsten sich nicht wird klarmachen wollen. Deshalb auch mit hauptsächlich begrüßen wir die Proklamation eines unabhängigen polnischen Staatswesens mit solcher Freude.

Es geht ein tiefer, unterirdischer Strom zwischen dem polnischen Streben und Kämpfen um Freiheit und nationale Unabhängigkeit und zwischen dem Kampf um deutsche Einheit und Freiheit; man hat früher davon gewußt, man braucht nur die Reden und die Zeitungen und Bücher aus der Zeit um 1848 herum zu lesen und in den Berichten des ersten deutschen Reichstages in der Paulskirche zu Frankfurt zu blättern. Dann ist uns diese Kenntnis verschüttet worden, wie so vieles andere, in der Zeit des eigenen harten Kampfes um die Gründung des Deutschen Reiches und der bösen inneren Kämpfe, die der Gründung folgten und der Erwägungen, wie Gefährdungen von dem neuen Reich fern gehalten werden können. Rücksichten auf internationale Konstellationen, in welchen Rußland seine große, ja zeitweise überwältigende Rolle spielte, waren es, wie schon erwähnt, die das deutsch-polnische Verhältnis in der Bismarckschen Zeit und auch vorher und danach trübten und störten.

Nun aber, da das Deutsche Reich zum ersten Male seinen Bestand verteidigen, seine Daseinsberechtigung durch die Bewährung der bestehenden in ihm lebenden Kräfte erweisen muß — nun, da sich neben ihm Österreich und Ungarn schlägt, dasselbe Österreich, das aus den deutschen Dingen hatte zurückweichen müssen, damit dies neue Deutsche Reich erstehen konnte — nun, da immer deutlicher die Erkenntnis wird, daß jene Trennung nur ein Weg zu einer größeren, umfassenderen, mehr Freiheit gebenden, gelenkigeren Einheit Mitteleuropas war — nun, da der alte Reichsgedanke, in neuen, aber weiteren Formen wieder ersteht, der um 1848 herum zwar heiß, aber doch noch in verengten Grenzen als großdeutsche Idee schon aufzuleben suchte — nun ergibt es sich, daß der damalige Kampfgenosse aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, daß Polen die erste Frucht der neuen Kämpfe pflückt. Zum Dank dafür treten seine Männer an unsere Seite. Es gibt durch seine bloße Existenz, durch die

bestimmten Bedingungen, in denen es da ist und aus denen seine staatliche Existenz neu ersteht, in denen diese seine Existenz wird allein leben können und müssen; indem es durch sein Dasein zwingt, entschlossener, kühner und endgültig die Frage mitteleuropäischer Konsolidation in Angriff zu nehmen.

Wir persönlich haben zuerst wie viele andere geglaubt, daß es nötig sein wird, die endgültige Lösung der polnischen Frage aufzuschieben, bis dieses Mitteleuropa nun begonnen haben würde, sich als organisches Ganzes heraus zu bilden. Die Frage, wie das geschehen würde, erschien dem grübelnden Verstande zu schwer, überwältigend schwer, solange der unbedingte Zwang zur Tat nicht vorzuliegen schien. Jetzt muß die Tat getan werden, weil Polen nicht in die Hände Rußlands zurückgegeben werden kann, weil es nicht verschluckt werden kann, weder von dem einen oder anderen der Zentralreiche und weil es doch in engster Fühlung und Bindung mit ihnen sein muß, in einer Bindung, deren endgültige Form nun alsbald gefunden werden muß und die nur zu finden ist, wenn es klargeworden ist: Wie steht es und wie wird es zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn? Das aber bringt anderes ins Rollen: Ohne die tiefsten Wirkungen auf das Innere der Reiche und Staaten, die durch sie zu einer höheren Einheit zusammentreten, geht das nicht ab.

Bei Österreich sehen wir die Wirkung nach innen schon jetzt, die Autonomie Galiziens ändert die Bedingungen der inneren Politik Österreichs erheblich. Von nun an scheiden für wichtigste Fragen die Polen, die mit den anderen slavischen Völkern eine Majorität im Reichsrat bilden konnten, aus. Die Deutschen Österreichs werden von nun an vor jeder Vergewaltigung geschützt sein. Die formelle Macht tritt nun zu ihnen zurück, nachdem schon die Tatsache, daß die Konsolidation Mitteleuropas erfolgt, daß also die Wechselwirkung mit den deutschen Brüdern im Deutschen Reiche erhöht wird, den tatsächlichen Einfluß der Deutschen Österreichs erheblich steigern muß. Wir haben nicht das Recht in die Angelegenheiten Österreich-Ungarns direkt einzugreifen und hineinzureden, aber es besteht eine Solidarität der Rechte und der Pflichten und wird sich immer mehr geltend machen zwischen den Bürgern der beiden Reiche und besonders zwischen denen, die von gleichem Blut, von gleicher Kultur und gleicher Sprache sind. Da darf dann wohl aus den Grenzen des engeren Deutschen Reichs der Ruf hinüberdringen: Mögen die Deutschen Österreichs gemäßigt und weise und in wahrhaft deutschem Geiste die Macht gebrauchen, die an sie wiederum gefallen ist. Mögen sie sie als eine Verpflichtung in dem Sinne auffassen, in dem einer unserer größten Denker davon spricht, daß das deutsche Wesen in der Dienstbarkeit gegen die Welt also auch gegen andere Völker besteht. Es ist selbstverständlich, daß damit nicht gemeint ist, daß irgend ein Recht, das freie Männer beanspruchen können, aus irgend welchen Gründen, sei es auch aus Sentimentalität zurückgesetzt werden solle. Aber es ist doch tatsächlich so, daß wir alle diesen Sieg, den

wir zum größten Teil schon errungen haben und den wir wohl uns ganz erkämpfen werden, nur werden rechtfertigen können durch das, was wir aus ihm machen. Aber abgesehen davon, da es deutsches Interesse ist, den Zusammenschluß Mitteleuropas zu fördern und zu kräftigen, ist es eigenstes Interesse zu pflegen, was an kultureller Eigenart in irgend einer anderen Nation, die mit uns auf mitteleuropäischem Boden sitzt, vorhanden ist und ihm zu jedem Ausdruck zu verhelfen, der diese Eigenart rückwirkend wieder steigert und kräftigt — soweit nicht etwa dadurch andere Nationen wieder, darunter wir selbst, in ihrem Eigenleben gekränkt und geschädigt werden. Nur so kann die mitteleuropäische Konsolidation das leisten, was wir alle von ihr erwarten. Möge kein Rückstand übrig bleiben von den bitteren Zeiten, die die Deutschen Österreichs haben erleben müssen, bevor dieser große, gewaltige Krieg kam, der die ganz neuen Aufgaben uns allen gestellt hat.

Österreich-Ungarn hat eine Zeitlang mit seinem Einfluß in der großen Politik der ganzen Welt vor den anderen Völkern zurücktreten müssen. Vielerlei Gründe sind es, die es wieder mehr in den Vordergrund schieben werden, insbesondere auch im Verhältnis zum Deutschen Reich, weil es als Vermittler des Verkehrs mit dem Balkan und darüber hinaus mit der Türkei und Kleinasien ein immer schwereres Gewicht erlangt. Aber noch eine andere Aufgabe hat es, welche seinen Einfluß und seine Rolle ganz bedeutend heben müssen, wenn es ihm gelingt, sie zu bewältigen. Österreich hat, worauf schon wiederholt von dem scharfen und tiefen österreichischen politischen Denker Renner[10] hingewiesen wurde und dann von dem Schweden Kjellen[11], die Aufgabe zu lösen, die allgemein gesprochen so lautet: Wie können verschiedene Völker, die auf demselben Boden beieinandersitzen, statt einander zu bekämpfen und zu unterdrücken, statt ihre Kraftausflüsse, welche wieder die Kraft selbst erhöhen, zu ersticken, sich gegenseitig helfend zur Geltung bringen? Die Lösung, die hier gefunden wird, kann richtunggebend und beispielswirkend werden für das ganze Mitteleuropa, das in gröberen Zügen und in größerem Ausmaß dieselben Rätselfragen aufweist und noch abhängiger ist von ihrer richtigen Beantwortung, und durch Mitteleuropa hindurch wieder vielleicht — man wagt es kaum zu hoffen, aber man wagt es auch nicht, die Hoffnung abzuweisen — für Europa und damit für die Welt. Daß es die D e u t s c h e n in Österreich sind, in deren Hand nun zu einem großen Teil das Gelingen oder Mißlingen dieses Werkes gegeben ist, das kann natürlich die Deutschen jenseits der österreichischen Grenze stolz machen. Aber es muß sie auch mit ernster Sorge erfüllen. Denn was hier geschehen wird, wird auf das

---

[10] Karl Renner (1870—1950), österr. Sozialdemokrat, seit 1907 Mitglied des österr. Abgeordnetenhauses, 1919—1920 Staatskanzler, 1931—1933 Präsident des Nationalrats, Dez. 1945 Bundespräsident. Renner war durch verschiedene Schriften über das Problem des österr. Vielvölkerstaats und die Nationalitätenfrage hervorgetreten.

[11] Rudolf Kjellén (1864—1922), schwedischer Historiker und Geopolitiker, Professor in Göteborg und Uppsala. Vgl. sein Werk: Die Großmächte der Gegenwart (1914).

Deutschtum überhaupt zurückfallen, sei es im Guten, sei es im Bösen, und wird zurückwirken auf seine Stellung in Mitteleuropa, in Ganz-Europa und in der Welt.
Umgekehrt aber auch, wie wir mit den Rückwirkungen, die von der Neugestaltung ausgehen werden, im Innern unseres Staatswesens fertig werden, das wird auch Rückwirkungen wieder haben über unsere Grenzen nach Österreich-Ungarn hinein, und dafür werden wir verantwortlich sein.
Es ist viel von „Neuorientierung" gesprochen worden, seitdem dieser große Krieg begann und jede Kraft herangeholt und immer mehr aus den Volkskräften herausgeholt werden mußte. Es ist noch nicht viel von dieser Neuorientierung sichtbar geworden. Nun aber zwingt der große, kühne Schritt, den die Zentralmächte mit der Neugründung des polnischen Staatswesens getan haben, auch hiermit ernst zu machen.
Ob der Kanzler, der sonst auf dem Standpunkt zu stehen scheint, daß diese „Neuorientierung" erst nach dem Kriege erfolgen solle, das gedacht und das gewollt hat, wird ziemlich gleichgültig bleiben. So wie die Dinge heute liegen, ist der endgültige Frieden noch fern. Die Aufgaben Mitteleuropas, wie sie aber jetzt gestellt sind, lassen nicht auf sich warten. Wir haben schon öfter darauf hingewiesen, wie unsere innere Politik sich auf diesen größeren Zusammenschluß einrichten muß. Jetzt ist es gar nicht mehr zu umgehen, vor allen Dingen deshalb, weil sich jetzt in seiner ganzen und ernsten Bedeutung das p r e u ß i s c h e Problem als Problem erhebt.
Es ist nicht zufällig, daß der Reichsleitung von den Gegnern ihrer Politik vorgeworfen ist, sie habe das preußische Staatsministerium nicht genügend gefragt und zu Worte kommen lassen, bevor das polnische Rätsel endgültig angefaßt wurde. Hier aus dem alten Preußen werden sich Widerstände schwerster Art ergeben, die Zusammenraffung der Kräfte zu ihrer Überwindung erzwingen werden. Dies Preußen, das das neue Reich geschaffen hat, in seinem eigensten Interesse, und das dann geglaubt hat, [an] den spezifisch preußischen Einrichtungen, welche dem Geist des neuen deutschen Reiches in mehr als einer Hinsicht widersprechen, festhalten zu müssen, gerade in dem Glauben, dieser neuen Bildung ein starkes und robustes Knochengerüst bewahren zu müssen, dies Preußen sieht nun, daß nicht ganz dieselbe Rolle, aber doch eine ähnliche Rolle wie die es für Deutschland gespielt hat, nun Deutschland für Mitteleuropa übernehmen muß. Sieht es das wirklich und erkennt es die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, und nimmt es sie auf sich? Bisher ist wenig Hoffnung dafür vorhanden, außer der, daß der deutsche Kaiser, der jetzt mit dem Kaiser von Österreich zusammen, die große neue Weltbildung hervorruft, zugleich König von Preußen ist. Das Preußentum in seiner besonderen Art und Tradition wird in vieler Beziehung ein starkes Stück deutscher und mitteleuropäischer Ausrüstung und Kraft bleiben. Ein unermeßlicher Schaden wäre es, wenn das von ihm, was noch wirken und helfen kann, an den neuen Aufgaben unterginge. Aber soweit es sich bisher als Selbstzweck und Ziel betrachtet, m u ß es zwar auch nicht untergehen, aber aufgehen in

dem Größeren. Es war nicht möglich, daß das Wort Friedrich Wilhelms IV. vom Jahre 1848 sich erfüllte: „Preußen muß fortan in Deutschland aufgehen", denn Preußen mußte bis zu einem bestimmten Grade von außen an die große deutsche Aufgabe herantreten, um sie zu bewältigen. Nun aber ist zu einem guten Teil eine ähnliche Aufgabe Deutschland wie damals Preußen geboten, und weder Ziele noch Mittel sind aus altpreußischem Gesichtswinkel richtig zu erkennen. Das Gebiet hat sich geweitet, und der Standpunkt muß höher werden.

V.

Es ist tief bedauerlich, daß der Reichskanzler es vorgezogen hat, statt in offener Sitzung des Reichstags und vor der endgültigen Proklamation Polens als selbständiges Königreich von dem, was die Regierungen der beiden Reiche vorhatten, Mitteilung zu machen, erst nachträglich in einer Sitzung des Hauptausschusses[12] darüber zu berichten. Es fehlt dem großen Schritt, der jetzt getan ist, die nötige Würde und Weihe.

Wir halten die Gründe, die für diesen Modus angegeben werden, nicht für durchschlagend. Wir können uns nicht denken, daß die Zweifel der konservativen und nationalliberalen Führer gegen die Form der Lösung, die die polnische Frage finden soll, einen im befreundeten oder feindlichen Ausland schädlichen Ausdruck gefunden hätten. Dies um so weniger, als gerade durch solche Opposition der Widerspruch der überwältigenden Mehrheit des Reichstags sich erhoben hätte und sich so einmal gezeigt hätte, daß — hinter den kleinen Gruppen, die die Politik des Reichskanzlers bekämpfen, kein Machtfaktor steht, der heute noch in Betracht kommt. Abermals, wie so oft, hat man hier den Eindruck einer sehr ungeschickten innerpolitischen Taktik, die immer wieder der Scheu entspringt, mit den erbitterten Gegnern der Politik, wie sie die heutige Reichsleitung führt, in einen ganz offenen Konflikt zu geraten, trotzdem ja eigentlich von einer noch größeren Offenheit des Konflikts, als er heute besteht, kaum noch die Rede sein kann.

Die Ausschaltung des Reichstags in der Entscheidung über die Polenfrage macht um so mehr den Eindruck einer bewußten Umgehung der Volksvertretung, als der Hauptausschuß, in dem der Reichskanzler n a c h t r ä g l i c h die geschehene Tat begründete, ⟨noch⟩[a] dazu vor kurzem das Recht erhalten hat, auch nach Schluß der eigentlichen Tagungen zusammenzutreten und über Fragen der äußeren Politik mitzuraten, damit nun die Regierung den bloßen Schein der Hinzuziehung der Volksvertretung wahren kann.

Zu all dem kommt nun noch das Verhalten des Vertreters des Reichskanzlers, des Staatssekretärs Helfferich, der in den Reichstagssitzungen mehr als einmal den Eindruck eines Aufsichtsratsvorsitzenden in einer Aktio-

[a] In der Vorlage irrtümlich „nicht".

[12] Sitzung vom 9. 11. 1916. Frankfurter Zeitung, 10. 11. 1916 (1. Morgenblatt).

närversammlung machte, der sich erlauben darf, kleine unbequem opponierende Aktionäre kurz und schroff abfallen zu lassen.
Wie dieser parlamentarische Neuling ausgerechnet zum Sprechminister gemacht werden konnte, ist um so weniger erklärlich, als er ja auch keinerlei auf bedeutende Leistungen gestützte Autorität besitzt. Am schlimmsten war vielleicht seine trockene Hilflosigkeit in jenen Reichstagssitzungen, in denen von Schutzhaftmißbräuchen und ähnlichen Übelständen des Kriegszustandsrechts die Rede war.
Der Reichskanzler hat leider keine Gelegenheit genommen, den Fehler seines Vertreters gutzumachen.
Vielleicht geht es aber dem Kanzler wie uns selbst, daß wir am liebsten von den bösen und zugleich kleinlichen Dingen, die in jenen Reichstagssitzungen zutage kamen, nicht sprechen möchten, in der Hoffnung, daß durch die Tat, die s c h n e l l e Tat, das Wort überflüssig gemacht werden wird?
Dann möge der Reichskanzler sich beeilen. Denn er muß wissen, wie solche Dinge gerade in der Beurteilung seiner Person und seiner Politik bei denen wirken, die von ihm bisher erwarteten, daß er zeigen wird, es sei möglich, bei uns Deutschen und durch uns Deutsche die Versöhnung und die schöpferische Einheit zu finden von Politik und Kultur, von Macht und Freiheit. Bei unseren besonderen historischen Verhältnissen ist die Spannung zwischen den mit jenen Wortpaaren umschriebenen Gegensätzen einerseits oft besonders groß, andererseits auch gerade bei den großen Aufgaben, die unser harren, besonders gefährlich. Die Kreise und Klassen, denen die Kultur und die Freiheit am Herzen liegt, sind dieselben, deren Mitarbeit an der nun eingeschlagenen Politik unbedingt erforderlich ist. Sie neigen schon zu sehr dazu, den Machtfaktor zu unterschätzen, der in jeder Politik, die wirksam sein will, enthalten ist.
Das feindliche Ausland hat sich einen besonderen Popanz gemacht, um diesen Spannungszustand und seine Gefährlichkeit nach außen hin zu übertreiben und gegen uns ausnützen zu können; es redet da vom deutschen „Militarismus“ und sucht alle Welt damit zu schrecken. Nun wir können das Wort „Militarismus“ uns gut gefallen lassen, indem wir aus ihm den guten deutschen Sinn lesen, den dieser Krieg ihm in unser aller Augen wiedergegeben hat. In diesem Sinne ist er nichts Freiheitfeindliches und Volksfeindliches. Da gibt es keine Unmöglichkeit, das demokratische Element unseres politischen Lebens, selbst in großer Steigerung, mit dem „Militarismus“ auszusöhnen und umgekehrt. Alles aber, was den Zwiespalt zu vergrößern geeignet ist, ist gefährlich für die ganze deutsche Zukunft. Denn das Steigen der demokratischen Flut läßt sich nicht aufhalten, ja, wird uns helfen müssen, unsere weltpolitischen Aufgaben zu erfüllen; selbst die ersten und einfachsten praktischen Schritte zur weiteren Durchführung der nun begonnenen mitteleuropäischen Konsolidation werden sich gegenüber an sich begreiflichen Einzelinteressen ohne Unterstützung durch die Demokratie nicht durchführen lassen. Aber ebensowenig werden wir den

Militarismus für das große Werk entbehren können. Soll in dem Halbfrieden hinter der Front wieder durch Mißgriffe in den Fragen der Zensur, in der Schutzhaftfrage usw. wieder verlorengehen, was der Anfang dieses Volkskrieges geschenkt hatte: die Aussöhnung von Demokratie und Militarismus?

Es ist ein höchst gefährliches Spiel, dem letzteren alle jene Mißgriffe aufladen zu lassen.

Der Staatsmann, der sich durch den Militarismus zu decken versuchte, also zuließe, daß dieser ungerecht kompromittiert wird, ebenso wie der, der ihn nicht zu zwingen verstände, von Unarten und Übergriffen zu lassen, die mit seinem Dienst für Volk und Staat nicht die geringste Beziehung haben, könnte die Verantwortung vor der Zukunft des deutschen Volkes schon so wie so nicht tragen, aber besonders dann nicht, wenn er es zu kühnen Schritten mit fortreißt, wie es der ist, den wir soeben getan haben.

Aber, so hören wir von der linken Seite her aus den Reihen der Demokratie, aus ihren Preßorganen — sagen wir z. B. „Vorwärts", „Berliner Tageblatt" — rufen: „Was soll uns dieser Militarismus? Gewiß, er hat uns geholfen, uns gegen eine Welt von Feinden zu schützen, aber damit hat er nur zum Teil gutgemacht, was er vorher verschuldet hat; denn den Weltkrieg selbst verdanken wir ihm, dem Militarismus. Nicht zwar dem deutschen Militarismus insbesondere, wie unsere Feinde sagen, die den Militarismus in dieser oder jener Form ebenso gepflegt haben, wie wir, sondern dem Militarismus überhaupt. Es hat keinen großen Zweck, über diese Tatsache zu streiten, aber jedenfalls dies Gute hat dieser Weltkrieg, — er zeigt den Militarismus selbst in seiner Sinnlosigkeit auf; er ist so die Aufhebung des Militarismus durch sich selbst. Hören wir nicht schon von allen Seiten, nicht nur aus den Ländern der Neutralen, sondern auch von den führenden Staatsmännern der sich so wütend bekämpfenden Völker, nach der Gründung einer internationalen Staatengesellschaft rufen, die die Mächte bindet und mit Zwang bei Zuwiderhandlungen droht, den Streit, der etwa zwischen ihnen entsteht, statt mit den Waffen, in den Formen eines Prozesses vor einem internationalen Tribunal auszutragen?"

Darauf haben wir zu antworten: Ja, es ist wahr; auch Bethmann-Hollweg hat sich für Deutschland bereit erklärt, solche internationalen Bindungen einzugehen. Auch er hat gesagt, ein allgemeiner Ruf nach Frieden und Verständigung würde durch die Welt gehen. Durch ihn hat sich Deutschland bereit erklärt, sich sogar an die Spitze einer Koalition zu stellen, die solche internationalen Abmachungen erzwingen würde[12a]. Und der Reichskanzler hat in den verschiedensten Parteien Beifall und Zustimmung gefunden, und schon vorher waren Stimmen angesehenster Männer laut geworden, die ebenfalls einen „realpolitischen Pazifismus" fordern.

[12a] Rede im Hauptausschuß des Reichstags vom 9. 11. 1916. Thimme, S. 150 ff., bes. S. 163.

Das Wort vom realpolitischen Pazifismus z. B. stammt von einem der genauesten Kenner der Weltgeschichte des Krieges her, dem Historiker Professor Hans Delbrück[13], auf dessen interessante Abhandlung hiermit verwiesen sei; sie steht im letzten Heft der Preußischen Jahrbücher[14]. Nun aber tatsächlich tritt auch Delbrück eigentlich an den Gedanken des Pacifismus mehr heran, um den Gegnern, die mit pacifistischen Argumenten sehr erfolgreich gegen uns Deutsche arbeiten, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Er meint es schon ernst damit, auf die Idee internationaler Schiedsgerichte einzugehen, nur will er das von deutschem Standpunkte erst, nachdem wir gesiegt haben und alle unsere Prozesse vor dem Welt-Tribunal von dem Standpunkt eines auch für unsere Zukunft genügenden „Status quo ante" ausgeführt werden können.

Und ähnlich wie Delbrück, so nehmen wir an, meint es auch der Herr Reichskanzler: Wenn wir erreicht haben, was wir brauchen, können wir uns selbstverständlich durchaus darauf einlassen, bei allen Streitigkeiten auf Grund des bestehenden Besitzstandes uns einer richterlichen Entscheidung zu unterwerfen, vorausgesetzt, daß für eine wirklich unparteiische Besetzung des Tribunals gesorgt ist. Und während der Reichskanzler dies erklärt, arbeitet er gleichzeitig daran, diesen Augenblick, wo mit unserer Zustimmung internationale Schiedsgerichte eingeführt werden, so rasch wie möglich herbeizuführen. Das Königreich Polen wird errichtet unter engster Anlehnung an die Zentralmächte. Das bedeutet den Weg zur mitteleuropäischen Konsolidation. Eine Ergänzung dieses engeren Mitteleuropas wird durch dauernde Bündnisse mit Bulgarien und der Türkei bis nach Kleinasien hinein erfolgen und eine weitere Ergänzung soll ja wohl durch die Wiederaufrichtung unseres afrikanischen Kolonialreiches stattfinden. All dieses soll so gut wie ohne Annektion stattfinden, selbst die Frage Belgiens könnte aus dem Spiel bleiben, vorausgesetzt, daß mit der Durchführung der übrigen Forderungen unsere Gegner einverstanden sind und Garantien da sind, daß alle etwaigen Streitigkeiten vor dem internationalen Gerichte auf Grund dieses Rechtsbestandes beurteilt werden; in welchen Rechtsbestand die allgemeine Freiheit der Meere ja mit einbegriffen wäre. Es müßte dann nur noch regelmäßig kontrolliert werden, ob nicht irgendwo in einem Lande eine Armee oder eine Flotte gegründet würde, die die zuerkannten Kontingente etwa überschritten. Es ließe sich sogar denken, daß alle Staaten eine Armee- und Flotten-G.m.b.H. bildeten. Haupttätigkeit dieser G.m.b.H. wäre dann Verhinderung von Bildung nationaler Heere und Flotten, da jedes solches Beginnen auf die Absicht internationalen Rechtsbruches deuten würde.

Für unsere Demokratie ergibt sich nun die Frage: Angenommen die Anerkennung unserer mitteleuropäischen Pläne, auf die wir uns ja nun einmal festgelegt haben, mit ihren Konsequenzen usw. durch unsere jetzigen Feinde

[13] Hans Delbrück (1848—1929), Professor in Berlin.

[14] „Realpolitischer Pazifismus", in: Preußische Jahrbücher, Bd. 166 (Nov. 1916), S. 177 ff. Zur Bedeutung und Geschichte dieses Artikels vgl. Schwabe, S. 115.

und die Neutralen erfolge n i c h t, müssen wir sie dann zu erzwingen suchen, und wenn wir dann die Anerkennung all dessen nach langen Kämpfen von allen erzwungen haben, müßten wir dann den Pacifismus so weit treiben, als Friedensbedingung auch die Beteiligung an einer Organisation, wie der oben angegebenen Heeres- und Flotten-G.m.b.H. oder ähnlichem aufzuerlegen? Das würde den Krieg allerdings erheblich verlängern, aber was tut man nicht um des lieben Friedens willen.

Wenn aber unsere Demokratie zu einem solchen entschlossenen Pacifismus sich nicht bekennen will, was bleibt dann anderes übrig, als den Weg für uns weiter zu gehen, den wir jetzt beschritten haben? Diesen Weg werden wir wohl dann durch den Militarismus schützen müssen. Da aber der Krieg etwas Furchtbares ist, wie wir gesehen haben, wird es wohl gut sein, uns auch möglichst gegen neue Kriegsanlässe zu schützen.

Und zu welchem Ergebnisse muß man nach den angestellten Erwägungen kommen, wenn man die Rolle, die Serbien gespielt hat und wieder spielen kann, überlegt? Ist es dann wirklich ganz und auf jeden Fall zweifellos, wie „Vorwärts" und „Berliner Tageblatt" behaupten, daß kein deutscher Soldat für die Einverleibung Serbiens, und zwar Altserbiens, in die österreichisch-ungarische Monarchie, Neuserbiens in Bulgarien aufgeopfert werden darf, auch wenn diese Einverleibung für die Sicherheit Österreichs, also damit des mitteleuropäischen Bundes zuträglich wäre, und dem bulgarischen Bundesgenossen die ihm entrissenen Früchte schon eines Krieges nun als Ergebnisse eines zweiten an unserer Seite zuteil würden?

Wie die deutsche Demokratie solche Fragen beantworten wird, davon wird viel abhängen für das Maß des Einflusses, den sie auf die Ausgestaltung der Dinge haben wird. Da aber ohne Mitwirkung der Demokratie die mitteleuropäische Konsolidation kaum durchgeführt werden kann, was muß geschehen, damit die Demokratie beizeiten die obigen Fragen richtig beantworten lernt?

Vielleicht nichts anderes, als daß man ihr klar macht oder sie selbst sich klar macht, daß wir hier in Mitteleuropa im Begriff sind, das bereits zu tun, was unsere Feinde erst noch vage planen, und daß der Kanzler eigentlich gar nicht mehr nötig hat, für den Eintritt Deutschlands in eine Koalition zur Wahrung des Friedens einzutreten, dieweil er selbst soeben den Samen zu einer solchen mitgelegt hat. Schon scheint es, daß diese Koalition von der Nordsee bis zum persischen Meerbusen reichen wird. Das alte römische Reich deutscher Nation, dessen Nachfolger der erstehende mitteleuropäische Bund ist, war der I d e e nach auch nicht viel anderes wie eine solche Staatengesellschaft. Da sie auf Gleichberechtigung und Zusammenarbeit der verschiedenen Nationen beruht und nur gegen Friedensbrecher, wie Serbien, Verlust der staatlichen Form (vielleicht) bedeutet, wofür sie Polen wieder auferstehen läßt — was hindert es, daß sie zunächst anderen europäischen Staaten, die an der Gemeinschaft mit reinem Herzen und gutem Willen teilzunehmen versuchen, den Eintritt gewähre und sich darüber hinaus organisch wachsend ausdehne. Sieht die Staatengesellschaft der

Grey und Asquith und der amerikanischen Pazifisten Zwang und Mittel des Zwanges vor, brauchen wir uns dann eines Militarismus zu schämen, der einen solchen Kern solcher zukünftigen Bildung schützt und einer solchen Weltpolitik dient, einer so wahrhaft deutschen und mitteleuropäischen Weltpolitik?

Zwischen nationalistischer und pazifistischer Gefahr

EStWZ 1, S. 1489—1510 26. 11. 1916

Ein Sumpf zieht am Gebirge hin,
Verpestet alles schon Errungene;
Den faulen Pfuhl auch abzuziehen,
Das letzte wär' das Höchsterrungene.

Goethe, Faust zweiter Teil.

Es muß doch einmal ganz klar ausgesprochen werden: Unserer äußeren Feinde werden wir uns leicht erwehren, und mag selbst noch der eine oder der andere, heute noch neutrale Staat, zu ihnen hinzutreten und mag der Ring, der uns von der Verbindung mit der Welt abzuschließen sucht, vorübergehend auch noch enger werden, unsere Waffen und unsere wirtschaftliche Organisation — diese allerdings, falls der Krieg, wie wahrscheinlich, von noch langer Dauer ist, erst, wenn sie endgültig zu einer wirklichen Organisation aller Volkswirtschaftskräfte erhoben wird — verbürgen uns den endgültigen Sieg.

Ist es aber wahr, daß der militärische Sieg uns wirklich auch schon den politischen Sieg gewährleistet? Das ist es, was nun gesagt werden muß: der Erfolg unserer Waffen wird bedroht durch allerlei entgegengesetzte Strömungen, die den festen Kurs, den nach der ganzen historischen und geographischen Situation die deutsche Politik während des Krieges und unmittelbar nach dem Kriege laufen müßte, fortwährend zu stören suchen und leider auch zum Teil stören kann.

Diese beiden Strömungen kann man unter dem Namen N a t i o n a l i s m u s und P a z i f i s m u s zusammenfassen. Es ist ganz gut, wenn der Reichskanzler sagt, wir sollen eine geschlossene innere Front behalten. Wie aber ist das möglich, wenn zwei so verderbliche und unser ganzes politisches Leben zersetzende, eigentlich in ihren tiefsten Gründen unstaatliche und unpolitische Geistesrichtungen einen so starken Einfluß auf unser öffentliches Denken und unsere öffentliche Diskussion erhalten, daß sie eigentlich mit ihren Forderungen fortwährend im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion und des öffentlichen Denkens stehen.

Und dabei handelt es sich sowohl um einen ganz kleinen Kreis von Nationalisten, wie um einen ganz kleinen Kreis von Pazifisten. Aber deshalb, weil der positive Kern der am politischen Leben bewußt Teilnehmenden:

der mit wirklich staatlichem Denken oder wenigstens mit Staatssinn Erfüllten, noch immer sich nicht entschlossen hat, sich zu organisieren, fangen die beiden Extreme an, allmählich mit ihren Wirkungen vom Rand des politischen Denkens her dieses selbst aufzulösen, und das deutsche Volk in zwei gegeneinander feindliche Hälften zu zerteilen, und schwächen durch ihr Gegeneinanderwirken nicht etwa sich selbst, sondern einen großen Teil der Kraft, die nach außen gewendet sein sollte. Sie legen ihn lahm, insbesondere auch dadurch, daß sie mit daran schuld sind, daß solange wirtschaftliche Einzelinteressen immer noch sich gegenüber dem einen großen Staats- und Volksinteresse, dem sie sich unterordnen sollten, haben halten können.

Unter normalen Umständen gestaltet das innerpolitische Leben sich allerdings so, daß einander entgegengesetzte Interessen und Ideen das ganze politische Leben bestimmen und von sich aus organisieren. Es geht dann meistens in der Diagonale des Parallelogramms der Kräfte weiter. So wie die Dinge aber heute für uns liegen, daß wir als Ganzes um unsere Existenz kämpfen, daß es wirklich um Sein oder Nichtsein geht, unter der ungeheuren Anspannung der Nervenkräfte, die der Krieg mit sich bringt, unter der Aufreizung der Gehirne durch das Chaos, das vor ihnen zu wogen scheint und doch den Anspruch stellt, als geordnetes Ganzes erfaßt zu werden, üben solch extreme Anschauungen eine verhängnisvolle Wirkung aus. Sie schwächen einander nicht nur nicht, sie stärken einander. Sie entfernen den Geist des ganzen Volkes von dem, worauf es ankommt. Sie hindern den positiven Aufbau. Sie machen den Krieg, diesen gewaltigen Krieg, den wir nicht gewollt haben, den wir dann aber, als er da war, alle begrüßt haben als den großen Lehrmeister zur inneren Einheit, als den großen Umschmelzer zu einer neuen Form staatlichen und kulturellen Lebens, von dem nun ausgeschieden werden würde, was vorübergehend und vergänglich und hemmend ist und von dem nun allein die großen aufbauenden Kräfte noch würden wirken können — sie machen diesen Krieg zu einem zerstörenden, zersetzenden, das Wichtige und das Unwichtige gleichstellenden Ereignis.

Weil dem so ist, gibt es keinen größeren Fehler, als irgendwie mit ihnen Kompromisse zu schließen, irgendwie sie als berechtigt anzuerkennen, irgendwie darüber nachzugrübeln, wodurch sie wohl verständlich, also auch verzeihlich seien, überhaupt irgendwie eine Mitte zwischen ihnen zu suchen. Denn mit all dem werden sie als mit Recht bestimmende Faktoren unseres politischen und kulturellen Denkens a n e r k a n n t, damit wird ihnen die Berechtigung zuerkannt, als Bestandteile unserer Zukunft sich aufzuspielen, und dadurch zu unserem Verhängnis ihnen die Möglichkeit gegeben, es auch wirklich zu werden.

Dadurch wird, wenn wir die Wirkungen für den Augenblick ins Auge fassen, bloß erzielt, daß eine große Menge Unentschlossener, die aus der bekannten Psychologie der Unentschlossenheit heraus nach einem festen Halt durch einen plötzlichen Sprung auf die eine oder andere Seite suchen,

den Extremen selbst zugetrieben wird, daß andere, die mehr der positiven Entschlossenheit zuneigen, die aber doch ruhig, sachlich und besonnen die verschiedenen Elemente, die zu beurteilen sind, untersuchen möchten, nun, weil sie führerlos sind, weil ihnen kein positiv aufbauender Gedanke geboten wird, nun gerade als die unschlüssige Menge erscheinen, die hin- und herwogt zwischen den beiden Polen und sich heute mehr dem einen, morgen mehr dem anderen zuneigt.

Nationalismus und Pazifismus haben sich für unsere Politik während des Krieges, aber noch mehr für die Politik, die dann kommen wird, als Übel und Gefahren erwiesen, gegen die ein rücksichtsloser geistiger Ausrottungskampf gefordert werden muß.

Die Verse aus Goethes Faust, II. Teil, die wir als Motto vorangestellt haben, fallen einem ein, wenn man die Aufgabe überdenkt, die hier zu leisten ist.

Nationalismus und Pazifismus bilden einen solchen zusammenhängenden einheitlich scheinenden Sumpf, der alles schon Errungene zu verpesten droht.

Daß ursprünglich zwei verschiedene Sümpfe da sind, die sich ausdehnend schließlich getroffen haben, das ist eine Sache für sich, die selbstverständlich die Entsumpfungsarbeit zu berücksichtigen hat. Würde sie sich aber bloß einem von beiden zuwenden, so würde sie vergeblich und ergebnislos bleiben.

Wir haben einmal in unserem Aufsatz „Tirpitz und Bethmann Hollweg" in Nr. 28[1] den Ausdruck gebraucht, die Hetzereien der Kanzlerfronde, deren Kern unsere nationalistische sogenannte alldeutsche Bewegung ist, legten sich wie ein Sperrfeuer vor alle Wege, die zu einer großen inneren Reform und zu einer Neuorganisation führen und vor die Mittel, welche die Kraftzentren vermehren und durch neue Zusammenschlüsse und Verbindungen die Leistungen der alten erhöhen würden. Wir halten diese Behauptung aufrecht und fügen noch dies hinzu: Die nationalistische Bewegung hat nicht wenig dazu beigetragen, die rücksichtslose Zusammenfassung unserer wirtschaftlichen Kräfte nach außen zu verhindern. Das ist eine schwerwiegende Behauptung, aber wir werden den Beweis antreten.

Aber andererseits, die nationalistische Bewegung mit ihrer skrupellosen Agitation ist nur einer der Hauptgründe. Die andere Bewegung, die p a z i f i s t i s c h e ist es, die genau in derselben Richtung wirkt.

Aber nicht nur dadurch allein, sondern indem sie eine gewisse Unzuverlässigkeit in bezug auf nationale Fragen und auf eine starke äußere Politik selber zeigt und durch weitere Wirkungen auf ein gedankenloses Mitläufertum eine solche Unzuverlässigkeit weiterer Volkskreise vortäuscht, schädigt sie nicht nur allein im Kriege selbst und nach außen, sondern sie läßt direkt die G e g e n w i r k u n g d e r n a t i o n a l i s t i s c h e n

---

[1] EStWZ 1 (11. 10. 1916) S. 1323 ff.

Faktoren, solange man nicht den unheilvollen Zusammenhang der beiden entgegengesetzten Bestrebungen klar erkannt hat, wünschenswert erscheinen und trägt also zur Stärkung und Duldung nationalistischer Gedankengänge bei. Aber noch tiefgreifender ist diese Rückwirkung der pazifistischen Bewegung durch ihre direkte Behinderung eines prinzipiellen und organischen Aufbaues.

Wie die nationalistische Bewegung, lenkt sie ab, treibt sie fort von den Aufgaben, die unsere historische Entwicklung und unsere politische Umwelt uns stellen. Wir unterstreichen das an dieser Stelle nochmals, weil dadurch — worauf wir schon viele Male hingewiesen haben — zugleich die feste Basis und der feste Ausgangs[punkt zur] „Neuorientierung" fortgenommen werden, trotzdem die Herren Ganz-, Halb- oder Viertelpazifisten meist auf der Linken stehen und eine Neuorientierung fordern.

Der Pazifismus, der natürlich nicht zugeben kann, daß der Krieg eine schöpferische Wirkung hat, sieht nicht, will nicht einsehen, verschleiert daher auch den anderen die Tatsache, daß alle inneren Umschichtungen und alle tiefgreifende innere Reform immer nur ausgegangen ist im Verfolg außenpolitischer Umschichtung und Umwälzung. Der Pazifismus aber vertritt außenpolitisch das Prinzip der Stagnation. Er wagt die in bezug auf historische und politische Dinge ungeheuerlichste Dummheit, die man sich denken kann. Er wagt zu glauben, daß es grundlegende Veränderungen im Innern eines Staatswesens geben kann, ohne daß gleichzeitig und vorher Veränderungen in der Umwelt des Staatswesens vor sich gehen. Er hat nur einen Konkurrenten oder Teilhaber — je nachdem — in dieser historischen und politischen Dummheit und Ignoranz, das ist der Nationalismus, so wie er sich bei uns in Deutschland, in seiner engen Bindung an die Aufrechterhaltung bestehender innerpolitischer und sozialer Verhältnisse, herausgebildet hat. Dieser Nationalismus glaubt, daß man Veränderungen in der Umwelt des Staatswesens vor sich nehmen kann — und zwar wie weitgehende! —, ohne daß gleichzeitig oder vorher oder nachher entsprechende Veränderungen im Innern vor sich gehen müssen. Ja, er verlangt ein solches Handeln.

Ist es gefährlich, wenn die öffentliche Meinung eines großen Volkes und Staatswesens von der Dummheit beherrscht wird? Und ist es wahr, daß Nationalismus und Pazifismus tatsächlich zur Zeit die ganze Problemstellung alles politischen Denkens zu bestimmen wagen und es weitgehend zu tun in der Lage sind? Wenn diese beiden Fragen zu bejahen sind, dann ziehe man seine Schlüsse auf die Gefährlichkeit unserer inneren, also auch unserer äußeren Situation.

Die Sachlage ist so: Die organisierende Tat, die Zusammenraffung aller inneren Kräfte nach außen unter dem Gesichtspunkt möglichst geringen Kraftverlustes, kann sich nur durchsetzen gegen nationalistische und pazifistische Strömungen, und zwar nützt es, wie schon gesagt, gar nichts, wenn bloß die eine oder andere niedergekämpft würde. Würde die eine niedergekämpft, so würde die andere in ihrer Gefährlichkeit gesteigert

werden. Da ist es nun beinahe als ein Glück anzusehen, daß jede Steigerung der einen Gefahr eine Steigerung der anderen mit sich bringt, daß der psychologische Mechanismus der öffentlichen Meinung als Gegengewicht gegen die Übertreibung der einen Richtung weite Volkskreise nun auch der entgegengesetzten Richtung in die Arme treibt. Aber dieses Glück ist ein negatives und vorübergehendes. Es verhindert die Zersprengung oder Auflösung des Volks- und Staatswesens durch eine der beiden Strömungen allein. Kommt nicht etwas anderes hinzu, was uns unabhängig macht von diesem unheilvollen Mechanismus, der den Zusammenhang zwischen Pazifismus und Nationalismus noch verstärkt, indem er sie als sich die Wagschale haltende Gegensätze erscheinen läßt, — so erreichen wir nichts anderes, als daß beide zusammen, jeder von einer Seite her, unser Volks- und Staatswesen zu Grunde richten. Denn der Staat, der nicht zu positivem Gestalten kommt, muß notwendigerweise zu Grunde gehen, weil er notwendigerweise Aufgaben verfehlen muß, die die fortwährend wechselnde Situation stellt. Aber nur von einem festen Punkte aus kann man den Wandel überschauen, geistig ordnen und mit der Tat bewältigen. Es nützt dabei auf die Dauer gar nichts, wenn eines dieser Organe, eines der wichtigsten und wirksamsten, die Armee, die größten Erfolge hat und die größten Siege erficht — eines Tages muß der Kraftnachschub, der aus dem Gesamtorganismus kommen muß, auf diese Weise versiegen.

Wohl kann für den Augenblick es einen Ersatz bieten, wenn von den Bedürfnissen der Armee aus das ganze Volks- und Wirtschaftsleben beherrscht und geregelt wird, wie es jetzt durch das Zivildienstpflichtgesetz[2] geschehen soll. Auf jeden Fall findet ja dadurch eine Zusammenfassung aller inneren Kräfte nach außen hin statt, jedoch ist die große Gefahr vorhanden — und wir fühlen uns verpflichtet, eindringlich und nachdrücklich darauf hinzuweisen —, daß einerseits eine Fülle von Freiheit unnötigerweise verloren gehen kann durch solche allgemeine Reglementierung, daß aber andererseits auch eine für den Augenblick erfolgende Einstellung der ganzen Volkskräfte, insbesondere der Wirtschaft, dadurch herbeigeführt werden kann, die schwer wieder rückgängig zu machen ist und dies, ohne daß darauf Rücksicht genommen wird, welche Anforderungen unmittelbar nach dem Krieg, ja welche Anforderungen sogar während des Krieges selbst, wenn dieser lange dauert, aus den allgemeinen politischen Notwendigkeiten an die Wirtschaft gestellt werden können.

Es wäre ja etwas ganz anderes, wenn die Mahnung, die wir an dieser Stelle wiederholt erhoben haben, in irgend einer Weise schon Berücksichtigung gefunden hätte, wenn schon in Wirklichkeit gleichzeitig mit der Einrichtung und Zurichtung der Wirtschaft für die Zwecke des Krieges an die sicher kommenden wirtschaftlichen Aufgaben der mitteleuropäischen Konsolidation in irgend einer Weise gedacht würde. Wenn wir endgültig schon unsere Wirtschaft begonnen hätten, den politischen Notwendigkeiten, wie

[2] Vgl. Tgb. 22. 11. 1916, Anm. 11.

dieser Weltkrieg sie bereits gezeigt hat, unterzuordnen und anzupassen, wenn nun neben dem Gesichtspunkt der Zusammenraffung aller Kräfte zur Niederringung des Feindes regulierend der Gesichtspunkt wirksam wäre, wie alle diese Maßnahmen gleichzeitig dem politischen kommenden Werke unterzuordnen sind, dann wäre die Sache nicht so gefährlich. Im Gegenteil, die sowieso bestehende Notwendigkeit, auf das stärkste ins Wirtschaftsleben einzugreifen, könnte die Möglichkeit geben, Schwierigkeiten, die unter anderen Umstände bei dem normalen Fortlaufen der bisherigen Wirtschaftsverhältnisse sich naturgemäß für die Durchführung einer mitteleuropäischen Konsolidation ergeben würden, zu verhindern oder zu beseitigen.

So aber scheint es, als ob in Wirklichkeit nur die vor dem Kriege bestehende wirtschaftliche Organisation so weit wie nötig rücksichtslos umgerichtet werden soll, so daß zwar sowieso an ein Wiederaufleben dieser alten Wirtschaftsverhältnisse in derselben Form ohne außergewöhnliche Anstrengungen nach dem Kriege kaum zu denken ist. Aber auch wenn statt dessen eben jene Neuordnung unter den neuen politischen und damit wirtschaftspolitischen Anforderungen erfolgen soll, so würde dann doch nichts dazu vorbereitet sein. Und dabei ließe sich doch auch jetzt noch denken, daß unter militärischen Gesichtspunkten nicht nur bei uns in Deutschland nicht etwa nun außerdem in Österreich-Ungarn, sondern daß unter gemeinsamen Gesichtspunkten und bis zu einem bestimmten Grade gemeinsamer Leitung dieses ganze Mitteleuropa als ein einziger Wirtschaftsbetrieb für die Durchhaltung und Durchkämpfung dieses Krieges aufgefaßt würde, wobei von vornherein unter Anhören der Interessenten auf notwendige Ausgleichsmaßnahmen zur Verminderung zerstörender Wirkungen einer solchen Zusammenlegung gedacht werden könnte, und somit also auch gleich die wirtschaftlichen Grundlagen für den endgültigen dauernden Zusammenschluß Mitteleuropas gelegt würden. Was das bedeuten würde, ist klar, wenn man sich überlegt, welche staatsrechtlichen Schwierigkeiten sich ergeben, die für vorläufig durchaus eine kürzere oder längere Zeit zu umgehen sind, wenn eben ein vollkommenes, soziales und wirtschaftliches Ineinandergreifen und gegenseitiges Durchdringen der beiden Zentralreiche stattfindet.

Doch wir wissen, das sind wohl vorläufig viel zu weitgehende „Träume". Stärker vielleicht noch als bisher muß der Druck und die wirtschaftliche Last dieses Krieges auf uns drücken, klarer erst muß wohl noch werden, daß so, wie die Dinge liegen, an einen wirklichen endgültigen Frieden nach allen Seiten wohl vorläufig noch lange nicht zu denken ist, aufhören muß erst unter diesem ungeheuren Druck des Krieges das pazifistische Schielen nicht nach einem Frieden, der das Erstehen einer neuen Welt bedeutet, sondern nach einem Frieden, der bloß eigentlich wiederherstellt und juristisch zu verklammern sucht, was vor diesem Kriege gewesen ist; als ob ein solcher Krieg nicht ein Ereignis wäre, das seine tiefgreifendsten Wir-

kungen bis in die feinsten Fasern der wirtschaftlichen und sozialen Struktur hinein zurücklassen müßte.

Aber sind auch, so wie die Dinge liegen, die letzten Konsequenzen aus der Einsicht in das Wesen dieses Krieges und in die Aufgaben, die er der deutschen und mitteleuropäischen Politik hinterlassen wird, nicht gleich zu erwarten und durchzusetzen: dies wenigstens muß gesichert werden und bleiben, daß bloß nicht Nationalismus und Pazifismus, die beide durchaus hier in derselben Richtung wirken, beide alte, den neuen Aufgaben widerstrebende Gedankengänge bewahren und vertiefen, ihre schädigenden Wirkungen ausüben können, der eine, der Pazifismus, indem er irgendwie die Möglichkeit hat, reaktionär und dauernd friedengefährdend dadurch zu wirken, daß die alten weltpolitischen, speziell europäischen Machtverhältnisse oberflächlich abgeändert wieder auferstehen; der Nationalismus dadurch, daß er positive Möglichkeiten des neuen Aufbaues zerstört, indem er das Zusammenleben und organische Zusammenarbeiten der verschiedenen Völker Mitteleuropas unmöglich macht.

Zu diesem Zweck ist eine Besinnung notwendig darauf, was dieser Krieg auf der historischen Linie, die durch die letzten Jahrzehnte, ja die letzten Jahrhunderte deutscher und mitteleuropäischer Politik geht, bedeutet.

In diesem Augenblick, da die Nachricht kommt, daß Kaiser Franz Josef gestorben ist[3], vereinigt diese Überlegung sich ungezwungen mit dem Versuch einer unparteiischen Würdigung seiner historischen Bedeutung.

Eine solche Überlegung zeigt uns, daß in all dem um die deutsche Frage entstandenen Hin und Her zwischen Preußen und Österreich doch der Gedanke der Einheit Mitteleuropas aufrecht erhalten worden ist, wenigstens nie ganz verloren gegangen ist und nur neue Formen angenommen hat. Die weitere Entwicklung seit Gründung des Deutschen Reiches: insbesondere die Geschichte des deutsch-österreichischen Bündnisses weist immer wieder auf den Gedanken mitteleuropäischer Konsolidation, um den als Grundgedanken und positiven Aufbaugedanken allein herum sich ein Programm deutscher äußerer Politik bilden kann, so daß in diesem Falle, so könnte man fast sagen, die P o l i t i k in Umkehrung des Clausewitzschen Wortes nichts weiter zu sein scheinen wird, als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Man muß sich aber hüten, das nur von dieser Seite her anzusehen und dadurch dieser mitteleuropäischen Politik den Schein eines gewissermaßen nur zufälligen Ursprungs zu lassen.

In Wirklichkeit entspringt zwar auch dieser Weltkrieg dem mitteleuropäischen Problem, wie es durch die Bismarcksche Reichsgründung und die Umgestaltung Österreich-Ungarns zur dualistischen Monarchie zurückgelassen worden ist. Nicht umsonst entsprang im Südosten der Krieg, wo russische und englische Interessen sich z u g l e i c h gegen Deutschland und Österreich-Ungarn richteten, wo beide Gegner von West und Ost ihren Einheitspunkt fanden, nicht gegen e i n e n, sondern gegen b e i d e Teile

[3] Er starb am 21. 11. 1916.

Mitteleuropas, gegen „Mitteleuropa" selbst. Dieser Weltkrieg, den soviele selbst als „zufällig" betrachten möchten, für den der Schuldige gesucht werden soll, hätte in diesem Ausmaß, also als Weltkrieg, allerdings nicht entstehen brauchen, wenn Mitteleuropa sich bereits vorher als eine Einheit gewußt und dargestellt hätte. Weil es das nicht tat, weil es das nicht konnte, weil es eine Einheit war und doch nicht war, deshalb mußte der gemeinsame Kampf von West und Ost gegen uns kommen. Das ist klar zu machen: zu zeigen, wie dieser Weltkrieg in diesem Sinne, außer dem, was er sonst ist, die Fortsetzung und Konsequenz der Ereignisse ist, die auf der Linie liegt: Wiener Kongreß, Revolutionsjahre 1848/49, Einheitskriege 1864, 1866 und 1870/71.

Aber abgesehen davon, daß diese historische Besinnung notwendig ist, um zu sehen, wie gefährlich nationalistische wie pazifistische Bewegung für unsere politische Zukunft sind, liegt noch der besondere Grund vor, in einem Aufsatz über pazifistische und nationalistische Gefahr die historischen Voraussetzungen trotz des scheinbaren Umwegs nicht zu umgehen. Bestimmte, sehr verdienstvolle, nicht eigentlich nationalistische, aber von nationalistischem Gifte stark infizierte Historiker wie von Below[4] in Freiburg in einem Aufsatz gegen Naumanns Buch[5] und dann besonders Brandenburg[6] in der Einleitung seiner wertvollen Geschichte der deutschen Reichsgründung, sind dabei, eine einseitig preußisch-deutsche Geschichtsauffassung auch jetzt noch zu propagieren, nicht nur im Widerspruch zur historischen Wahrheit, sondern auch zum großen Schaden deutschen politischen Denkens, dessen Lehrer, bis zu einem bestimmten Grade, die Historiker sein sollten.

Schlimmer aber noch ist, daß ein Pazifismus — dessen causa essendi ja überhaupt unhistorisches Denken in erster Linie ist — sich jetzt ebenfalls auf die Geschichte der Auseinandersetzung Preußens mit Österreich wirft. Was dabei herauskommt, kann man sich ja denken. Es ist Professor Dr. Friedrich Wilhelm Förster in München, der in der Friedenswarte, in Zürich, Heft I, Januar 1916, die Denaturierung der Geschichte zum Zweck der Herstellung scheinbar historischer Belege für die Richtigkeit pazifistischer Gedanken vornimmt, unter Anschluß an den symptomatisch außerordentlich interessanten Bismarckgegner Constantin Frantz, mit seiner Durcheinanderquirlung von großdeutschem Gedanken und Internationalismus, mit seiner absoluten Entferntheit vom Staatsgedanken, in welchen beiden Hinsichten der ebenfalls symptomatisch interessante Förster ihn noch übertrifft. Die moralisierend schulmeisterliche Art, in der der

---

[4] Georg von Below (1858—1927), Historiker, Professor in Freiburg. Zu seiner Haltung im Weltkrieg vgl. Schwabe, bes. S. 68, 127 f., 151 f., 153 ff.

[5] Naumanns „Mitteleuropa" erschien 1915. Belows Besprechung des Buches in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, hrsg. L. Elster (1916/I) S. 680 f. Er lehnte darin den Mitteleuropagedanken als „Zertrümmerung des Nationalstaates" ab.

[6] Erich Brandenburg (1868—1946), Professor für Geschichte in Leipzig. Sein Werk „Die Reichsgründung", 2 Bde., erschien 1916 (Leipzig).

große historische Prozeß, in dessen Mittelpunkt eine Persönlichkeit wie Bismarck steht, nachträglich verarztet wird, würde einfach zum Lachen sein, wenn der betreffende Autor sich nicht zugleich als Arzt der Lebendigen aufspielen würde und dabei dieses täte: Erstens das an sich gut gemeinte Vorhaben läuft auf Verwirrung politischen Denkens hinaus, untergräbt also die natürlichen Kräfte des Patienten, die zur Heilung der ärztlichen Behandlung zum mindesten zu H i l f e kommen müssen. Und dann: er bietet ein ganz gutes Heilmittel, die mitteleuropäische Idee in Gestalt der großdeutschen Idee, aber als dilettierender politischer Arzt in falscher Dosierung und unter Vernachlässigung der sonst bei Anwendung dieses Mittels vorgeschriebenen Maßnahmen. So daß er also diese für uns unentbehrliche Idee in wissenschaftlichem und staatsbürgerlichem Leichtsinn in Mißkredit bringt.

II.

Unmittelbar nachdem die beiden Kaiser Mitteleuropas durch die Proklamierung eines selbständigen polnischen Staatswesens in Anlehnung an ihre beiden Reiche[7] und in organischer Verknüpfung mit ihnen den ersten Schritt dazu getan haben, eine engere Verbindung durch gemeinsame Aufgaben und gemeinsame Tätigkeit zwischen den beiden Schwesterreichen selbst herzustellen, ist der greise Monarch ins Grab gesunken, dessen ganzes Leben erfüllt gewesen ist von der Auseinandersetzung mit dem einen großen Problem: Mitteleuropa.

Ihm ist es vergönnt gewesen, sein Leben zu runden: Er ist der letzte Vertreter österreichischer Vorherrschaft in Deutschland, als Inhaber der präsidialen Rechte des Deutschen Bundes gewesen. Dieser war das letzte Band, das Mitteleuropa zu einer sehr lockeren und dabei das freie Leben der großen inneren Kräfte doch hindernden, ja vielfach lähmenden oder aber zum umgestaltenden Kampf aufreizenden Einheit, aber doch zu einer Einheit zusammengehalten hat. Das Band zerriß schließlich, um aber alsbald sich von neuem zu knüpfen, wenn auch nur in der Form eines völkerrechtlichen Bündnisses zwischen zwei benachbarten Staaten mit gemeinsamen Feinden.

Dann kam unser gemeinsamer Verteidigungskrieg, und Franz Josef hat auf Grund von dessen Ergebnissen und von den Anforderungen, die durch ihn für die zukünftige Politik beider Reiche zutage traten, dem Neuerstehen des alten Mitteleuropas durch seine Zustimmung zu der neuen Lösung der polnischen Frage mit zum Beginnen verhelfen können. Ganz anders werden die Formen sein, als die des alten Römischen Reiches Deutscher Nation, und ganz anders als die des Deutschen Bundes, an dessen Spitze er in seinen Jugendtagen noch gestanden hat. Von ganz anderem Ausmaß

[7] Am 5. 11. 1916. Vgl. dazu Riezler, „Polen, der Frieden und die Freiheit", in EStWZ 1 (16. 11. 1916) s. 1433 ff.; s. o. S. 605 ff.

auch und wie anders gerichtet werden die Kräfte sein, die den Inhalt dieser Formen bilden werden. Dieser neue Inhalt an Kräften und jene neuen Formen werden nichts weiter als die Fortsetzung von Bildungen sein, die in der Zwischenzeit erwuchsen, als endgültig Österreich-Ungarn und das von Preußen aufgebaute neue Deutsche Reich, jedes scheinbar endgültig ihre eigenen Wege gingen. Dennoch werden sie von höherem historischen Gesichtspunkt aus nichts weiter sein als Umwandlungen jener großen Bildungen, die die ganze Fülle Mitteleuropas zu umfassen suchten und in denen doch die Keime der neuen Mächte und Kräfte sich entfalteten, aus denen Mitteleuropa sich nun aufzubauen sucht.

Weit und gefahrenreich ist für uns Mitlebende der Weg bis dorthin, wo wir endgültig die genauere Gestalt des neuen alten Mitteleuropas erblicken werden. Und Kaiser Franz Josef war es gegeben, von jener Zeit des Zusammenbruchs der alten Formen an, durch die Zeit ihres Verschwindens hin und durch die Zeit des gegensätzlichen Entstehens der beiden Zentralreiche und ihres reinen Nützlichkeits-Bündnisses, das langsam dann auch eine tiefere Gefühlsbetonung bekam, bis zu diesem neuen Beginnen zu leben und entscheidend mitzuwirken. Es ist ihm erspart geblieben all die Arbeit, Mühe und Sorge, die es doch noch machen wird, das neue Werk auch wenigstens in den großen Linien endgültig zum Abschluß zu bringen; und er braucht die Gefahren nicht mehr mit zu bestehen, die all das, was die Kämpfe von 1848 bis zum heutigen Tag überstanden, all das, was die Frucht und das neue Resultat all dieses Mühens und Ringens gewesen ist, noch wird überstehen müssen über den Weltkrieg hinaus, der uns alle: Deutsche, Österreicher, Ungarn, Polen auf neue, ganz neue Bahnen treibt, wenn sie auch nur Fortsetzungen ganz alter sind.

Es ist Franz Josef sicherlich das Problem Mitteleuropa nicht unter diesem Namen erschienen, selbst wenn die neue Formulierung ihm manchmal oder ganz zuletzt öfter in seinen letzten Lebensjahren an das Ohr geklungen sein mag. Ja, es ist sogar möglich, daß überschwenglichen Erwartungen gegenüber, die sich aufbauten auf das enge Bündnis der beiden Zentralmächte, und dann anknüpften zurück in die Geschichte hinein an die großen Erinnerungen seines Habsburgerhauses, der nüchterne, rein auf die Interessen seines Staates eingestellte Monarch, der sich mit einmal unabänderlich Geschehenem und Entschiedenem so ganz abzufinden wußte, sich auf die einfachen Anforderungen des Tages zurückzog. Aber wie war er mit diesem Staat verwachsen, der in die Jahrhunderte zurückreichte und doch ein ganz anderer unter seinen Händen geworden war. Es ist wohl kaum ein Zweifel: dem noch in den legitimistischen Anschauungen der Metternichschen Zeit Erzogenen und von Metternich selbst in die Politik Eingeführten ist bei allem weitgehenden Nachgeben gegenüber den modernen politischen Anforderungen aus Staatsnotwendigkeiten heraus, dieses sein Doppelreich immer ganz und gar erschienen als Grundlage und Objekt Habsburgischer Hausmacht. Aber ob bewußt oder unbewußt, es lebten doch eben in jenen Staatsinteressen, die ganz zusammenfielen mit seinen

dynastischen Interessen, gerade deshalb jahrhundertelang festgehaltene Strebungen und Forderungen. Und zwar durchaus nicht alle, aber doch viele und gerade die entscheidendsten Antworten, die die vom Tage gestellten Fragen von der Habsburgischen Monarchie und vom Monarchen forderten, wurden doch immer wieder so beantwortet, als ob die Erinnerungen an jene Zeit, da Habsburg bei allen Sonderinteressen und bei allen sich gegen es erhebenden Widerständen doch immer letzten Grundes Römisches Reich Deutscher Nation und Mitteleuropa bedeutete, nicht bloß Erinnerungen, sondern Anforderungen an Gegenwart und Zukunft wären, so sehr sie unter ganz neuen Bedingungen auch selbst ganz anders geworden waren. Alle Wendungen, zum Beispiel im Verhältnis zum Deutschen Reich, blieben so letzten Endes auf derselben Ebene.

Dem Historiker der Zukunft wird wohl einst die Regierungszeit Franz Josefs als die Zeit des Umstellens der südöstlichen Hälfte Mitteleuropas auf d i e neuen Aufgaben, denen Mitteleuropa entgegenreifte, erscheinen. Diese Umstellung erfolgte freilich durchaus nicht mit Bewußtsein, aber wie aus instinktivem Wissen heraus, sie war vielmehr passive Reaktion auf Einwirkungen von außen und Umbildung auch zum reinen Zweck der Aufrechterhaltung der Gesamtmonarchie gegen Wachsendes, sich eingeengt fühlendes inneres Leben, dem die Zeit erfüllender Betätigung noch nicht gekommen war, als bewußtes die Einzeltaten in ihrem Verhältnis zum Ziel berechnendes politisches Handeln.

Insbesondere erscheint alles, was da geschieht, zunächst doch bestimmt von einem instinktiven Ausgleichssuchen und Gleichgewichtshalten in Gegnerschaft oder Freundschaft gegenüber dem Bismarckschen Werk der neuen deutschen Reichsgründung und seiner Entwicklung. Auch dieses Bismarcksche Werk fängt ja uns Jüngeren an, als die durch nichts zu ersetzende, aber doch als durchaus nicht vollkommene und vollständige, sondern bis zu einem bestimmten Grade nur provisorische, zu vervollkommnende und der Ergänzung bedürftige Lösung des Problems zu erscheinen, um das es sich in Wirklichkeit handelt.

Bismarck hat das d e u t s c h e Problem gelöst; aber doch dadurch, daß er einen Teil des Fragenbestandes ausschied, mit jener Gewaltsamkeit ausschied, die alles Handeln in dieser Welt und insbesondere alles politische Handeln verlangt. Das deutsche Problem war aber zugleich ein mitteleuropäisches, und wie wir ja heute aus dem Kampfe aller sonstigen europäischen Großmächte gegen die mitteleuropäischen aus Bismarcks und Franz Josefs Zeit hervorgegangenen Reiche sehen: durch das mitteleuropäische Problem hindurch das europäische Problem überhaupt. Deshalb ja auch ist dieser Kampf ein so erbitterter, greift so über die rein politischen Fragen hinaus und wird zu denen des Bestandes und der Form europäischer Kultur; und deshalb ja auch das Gefühl so vieler: dieser „Weltkrieg", der vornehmlich ein europäischer ist, widerspreche allem, was Europäertum und europäische Idee heißt, während in Wahrheit der Kampf um ihre Wiederaufrichtung und Wiederherstellung geht.

Die deutsche „Frage" war endgültig eine europäische „Frage" seit dem Wiener Kongreß — vor dessen Wiederholung in unserer Geschichte, bei allem, was er immer geleistet hat, ein guter Gott uns Deutsche und Mitteleuropäer beschützen möge, ob er nun in Newyork oder sonstwo stattfände und ob wir abermals Sieger sein würden wie damals oder noch mehr, und wenn auch oder gerade wenn das „legitime" Prinzip abermals in der Form des Pazifismus auftreten würde.

Bismarcks Staatskunst mußte ja deshalb außer mit der Kraft der Waffen auch mit den Hilfsmitteln, die die allgemeine europäische Konstellation bot, die deutsche Frage anfassen. Es war damals keine andere Möglichkeit. Er mußte also so gut es ging, und es ging nicht ganz, verschleiern — vor sich so gut wie vor den anderen, vor uns Deutschen so gut wie vor dem Ausland —, daß er doch schon die ganze europäische Frage selbst, die hinter und unter der Forderung des „europäischen Gleichgewichts" ruhte, ins Rollen brachte und hätte er selbst das Problem in seiner Ganzheit erfassen w o l l e n — es wäre dann selbst in dem Teile, den er zur Lösung brachte, unlösbar gewesen.

Denn Mitteleuropa liegt zwischen West und Ost und erst der gleichzeitige Druck und Stoß von beiden Seiten macht es zu einer bewußten Einheit. Österreich-Ungarn für sich aber hatte damals nichts mehr im Westen zu suchen und Preußen, die andere mitteleuropäische Macht, weder im Süden nach Italien hin, noch im Osten, mit dem es sich vertrug, noch im Südosten, an den es überhaupt noch nicht dachte und wohin Österreich-Ungarn die alten Traditionen der Türkenzeit und Prinz Eugens wiesen. Die Gefahr vom Westen aber war es, die allein die deutschen Stämme zur ausgesprochenen auch staatsrechtlich fest ausgeprägten Einheit bringen mußte, nach der damaligen geographischen Situation, als Elsaß-Lothringen noch zu Frankreich gehörte, wie nach den geschichtlichen Erinnerungen, so stark auch der Drang nach Einheit der deutschen Stämme alle erfüllte. Nur die ä u ß e r e Gefahr konnte solche staatsrechtlichen Versteifungen und Verfestigungen, wie sie dem Zustandekommen einer wirklichen und wirksamen Einheit entgegenstanden, auflösen und sprengen, wie denn — es sei hunderttausendmal denen ins Ohr geschrien, die die Geschichte nicht kennend oder ihre Lehren mißachtend, sich heute zum Pazifismus bekennen und gleichzeitig innere Umwälzungen haben wollen — ähnliche Probleme in aller Geschichte mit ähnlichen Mitteln wie dem Bismarckschen „Blut und Eisen" gelöst worden sind.

Dadurch, daß Österreich keine so unmittelbaren Interessen im Westen mehr hatte, wuchs gerade die Gefahr von dort aus, und wurde Österreich andererseits einer entschiedenen gemeindeutschen Politik in dieser Richtung immer hinderlicher, um so mehr, als es als „europäische" Macht, wo es ging, den Westen gegen seinen innerdeutschen Rivalen „Preußen" ausspielte, wie ja umgekehrt Bismarcks Preußen als „europäische Macht" dann seinerseits ebenfalls gegen Österreich dasselbe tat. — So mußte Preußen Österreich damals aus den deutschen Dingen hinaus treiben, wenn anders

die deutschen Stämme geeinigt werden sollten. Preußen unternahm das Werk um seiner eignen Interessen willen, aber die historische Situation zwang es zu handeln, als läge ihm nur an der deutschen Einheit.
Diese Situation zwang es aber auch, einen Teil der Deutschen für die staatliche Einigung aufzugeben. Tatsächlich aber wurde gerade dadurch der innere, mindestens kulturelle Zusammenhang zwischen den beiden Hälften Mitteleuropas auf die Dauer gewährleistet und das konnte dann, als die Interessen der beiden Reiche zu einer engverbündeten äußeren Politik trieben, zu der Befestigung des Bündnisses und zu seiner Vertiefung beitragen, so daß das Deutschtum in Österreich wie Pfand und Bürgschaft für das Wiederzusammenwachsen der beiden getrennten Hälften Mitteleuropas erscheint.
Zunächst freilich ging der Anstoß zum Zusammengehen der beiden, die eben noch Feinde gewesen waren, nicht von hier, sondern von Ungarn aus, das im Verfolg des unglücklichen Krieges von 1866 seine Autonomie innerhalb der österreichischen Monarchie in dem Maße durchsetzte, daß seitdem von einer Personalunion im staatsrechtlichen Sinne zu sprechen ist. Abgesehen freilich von den traditionellen Einheitstendenzen, abgesehen ferner von der Tatsache, daß, wie die Deutschen in Österreich in der Minderheit sind, die Magyaren bei weitgehender Trennung der Reichshälften in Ungarn ihre Vorherrschaft nicht hätten aufrecht erhalten können, gegen eine Majorität anderssprachiger und andersvölkischer Stämme, war es doch die große wirtschafts- und militärgeographische Grundlage, das tief in ihnen eingebettete Bedürfnis gegenseitiger Ergänzung, die tatsächlich diejenigen gemeinsamen Verfassungseinrichtungen der beiden Reichshälften, die über das rein-formal staatsrechtliche Verhältnis der Personalunion hinaus gingen, fruchtbar erhielten und besonders für die äußere Politik wirksam werden ließen. Immerhin, die weitgehende Selbständigkeit Ungarns innerhalb der dualistischen Verfassung ist doch mitbestimmend gewesen für die Haltung der Monarchie gegenüber Deutschland im entscheidenden Moment. Der Monarch selbst, seine nächste Umgebung, die Exponenten des eigentlichen Deutsch-Österreich litten noch schwer unter der Niederlage, die ihnen Preußen beigebracht, die sie überdies noch trotz ihres Sieges über die Italiener aus Italien herausgerissen hatte, und zu sehr noch fühlten sie sich auch, abgesehen von jenem Revanchebedürfnis, durch ihre ganze Vergangenheit und ihrem Fühlen nach als zu Deutschland gehörig, aus dem sie verdrängt worden, als daß ihnen nicht die Neigung nahe gelegen hätte, da ein Zusammengehen mit Deutschland damals undenkbar war, sich mit Frankreich zu verbünden, als 1870 Preußen und der Norddeutsche Bund gegen das Frankreich Napoleons III. kämpften und mit ihnen die süddeutschen Staaten, die noch 1866 auf der Seite Österreichs gestanden hatten. Solch Planen zu verstehen, muß man beachten, welche wichtige Rolle dasselbe Frankreich ja bei der Hinausdrängung Österreichs aus Deutschland gespielt hatte, wie Bismarck so wirkungsvoll es zuerst zu benutzen, dann hinzuhalten verstanden hatte. Daß

das eintrat, was uns heute unmöglich scheint, das Hineinziehen einer anderen europäischen Macht in die mitteleuropäischen Dinge von seiten eines der beiden Reiche, hing 1870 nur an einem dünnen Faden.

Da war es Graf Andrassy[8], der Vollender des Deakschen Ausgleiches[9], der diesen Plan gerade des deutschen Österreichs dadurch zu Fall brachte, daß er zunächst sein unmittelbares Inswerksetzen verzögerte, so daß nach der schnell erfolgenden Niederlage der französischen Heere an eine Wiederaufnahme des Plans nicht mehr zu denken war. Ungarn widersetzte sich der Wiederhinwendung der Politik der Monarchie zur Einmischung in die deutschen Angelegenheiten und riß endgültig ihr Gesicht nach Osten herum. Langsam und zögernd näherten sich nun das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie in ihrer neuen dualistischen Form, die sie auch ursprünglich nur angenommen hatte, um eine stärkere innere Organisation gerade gegenüber dem neuen Deutschen Reiche zu gewinnen.

Es kam nun der türkisch-russische Krieg von 1876 bis 1877. Rußland, um Österreich-Ungarns Neutralität zu sichern, stimmte einer Ausdehnung der Monarchie nach dem Balkan hin, durch Besetzung Bosniens und der Herzegowina zu und mußte diese Zugeständnisse auch bestehen lassen, als es selbst, insbesondere von England gezwungen, den Frieden von St. Stephano auf dem Berliner Kongreß revidieren mußte und, trotzdem es Sieger war, ohne eigentlichen Siegespreis den Abschluß des so viele Opfer kostenden kriegerischen Unternehmens hinnehmen mußte. Es war nur natürlich, daß Rußland auf dem Berliner Kongreß in den schärfsten Gegensatz zu Österreich-Ungarn geriet, welches von England einerseits, von Bismarck andererseits trotz aller Wertschätzung der russischen Freundschaft wirkungsvoll unterstützt wurde. Österreich-Ungarn, dessen Monarchie in ihrem Gesamtbestand durch russische Hilfe gegen den ungarischen Aufstand kurz nach der Thronbesteigung Franz Josefs gerettet worden war, dann schon während des Krimkrieges durch eine gefahrdrohende, mehr nominell neutrale Haltung Rußland in seinem Kampf gegen die Westmächte mit einem großen Teil seiner Kraft lahmgelegt hatte, — hatte jetzt die Frucht des russisch-türkischen Krieges davongetragen.

Die Folge der von Bismarck auf dem Berliner Kongreß innegehaltenen Politik gegenüber Rußland, das, wie seitens Österreichs auch seitens Preußens und des neuen Deutschen Reichs glaubte, Dankbarkeit erwarten zu dürfen, hier für seine Haltung in den ganzen Jahren von 1864 bis 1870, war eine Spannung mit diesem Reich, die sich auf der Grundlage der damals zuerst zu größerer Wichtigkeit und zu Einfluß auf die offizielle Politik gekommenen panslawistischen Bewegung um so gefährlicher anlassen konnte, als sich alte, früher noch ganz vage Pläne eines politischen

---

[8] Gyula Graf Andrassy d. Ä. (1823—1890), 1848/49 Teilnahme am ungar. Unabhängigkeitskrieg, zum Tode verurteilt und bis 1857 in der Verbannung, 1867—1875 ungar. Ministerpräsident, bis 1879 österr.ungar. Außenminister, verfolgte ein enges Zusammengehen mit Deutschland.

[9] Österr.-ungar. Ausgleich von 1867.

Kooperierens Rußlands mit Frankreich gegen die Mitte Europas nunmehr als unter Umständen dem voraussehenden Denken durchführbar zeigten. Zwar kam es erst etwa ein Jahrzehnt später zu einer wirksamen französisch-russischen Annäherung, zwar brauchte es auch dann noch ein weiteres Jahrzehnt, bis ein wirklich für Schutz und Trutz aufgebautes Bündnis zwischen West und Ost entstehen konnte — aber die mögliche Gefahr ließ nun Bismarck doch entschlossen den Plan eines deutsch-österreichischen Bündnisses ins Auge fassen und in Angriff nehmen. Und er fand in dem damaligen Leiter der auswärtigen Politik, in demselben Grafen Andrassy, der 1870 die Unterstützung Frankreichs durch die Monarchie verhindert hatte, den Staatsmann, der aus einer allgemeinen antirussischen Position heraus, aber auch vor allem um einer energischen, zielbewußten österreichisch-ungarischen Balkanpolitik willen auf seine Pläne mit Freuden einging. Damals sind die wesentlichen Widerstände gegen das Zustandekommen des Bündnisses nicht vom Kaiser Franz Josef, der sich in die neue Lage bewundernswert schnell gefunden hatte, ausgegangen, sondern von Kaiser Wilhelm I., der eine weitere Trübung des alten Freundschaftsverhältnisses mit Rußland scheute; teils aus alten dynastischen Familienbeziehungen, Traditionen heraus, dann aber doch auch, weil ein direkter unmittelbarer Gegensatz zwischen Rußland und Deutschland sich noch nicht am Horizont zu zeigen schien. Dieser Gegensatz wurde ja erst vermittelt und wuchs allmählich an mit der wachsenden Stärke des russisch-österreichischen Gegensatzes, bis dann anderes verschärfend hinzutrat.

Der aktuelle Hauptgrund, die Möglichkeit einer energischen Balkanpolitik der Monarchie, weshalb Graf Andrassy auf Bismarcks Plan eingegangen war, schien zwar auf lange zurückzutreten, aber das einmal geschlossene Bündnis blieb. Es setzte sich fort und vertiefte sich durch die in historischer Vergangenheit und in dem daraus entspringenden gefühlsmäßigen Verhältnis begründeten Zusammenhänge zwischen den Völkern der beiden Reiche, so daß binnen kurzer Zeit es ganz ausgeschlossen erschien, daß dieses Bündnis zu sprengen wäre. Wir haben hier nicht die weitere Entwicklung des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses zum Dreibund durch den Hinzutritt Italiens näher zu betrachten und ebensowenig den Verlauf der äußerpolitischen Konstellationen, die dahin führten, daß Italien aus dem Verbündeten der beiden Reiche zu einem lauen Freunde und dann zum offenen Feinde wurde; aber man wird doch beachten müssen, daß die tiefergehende Lockerung des Verhältnisses zu Italien in demselben Augenblick einsetzte, wo Österreich-Ungarn wieder sich im 20. Jahrhundert einer tatkräftigen Balkanpolitik zuwandte und sein Verhältnis zu Rußland wieder verschärft wurde.

Daß es so lange dauerte, bis Österreich-Ungarn seine Balkanpolitik wieder aufnahm, das hängt ja zusammen mit den Nationalitätsstreitigkeiten, die seine ganze Politik auf Jahrzehnte hinaus lähmten. So fern uns Reichsdeutschen dieser ganze verwirrte und verwirrende Streit lange zu liegen schien, so hängt er doch enger mit uns zusammen, als wir für gewöhn-

lich annehmen. Auch hier zeigt sich der geographisch-historische Zusammenhang unter der Oberfläche der Geschehnisse außerordentlich stark.

III.

Es ist doch wohl das unwillkürliche fortwährend Sichverbundenfühlen mit deutschen kulturellen, aber auch politischen Dingen gewesen, das den deutschen Liberalismus Österreichs mit solcher Verständnislosigkeit gerade gegenüber der Balkanpolitik der österreichisch-ungarischen Monarchie erfüllte, welche Balkanpolitik doch zu dem Bündnis mit dem neuen Deutschen Reich geführt hatte, auf Grund dessen jene Zusammengehörigkeit des Deutschtums in Österreich mit dem des neuen Reichs sich erst wieder so als natürlich, berechtigt und bedenkenlos empfinden konnte.

Von Bismarck aus war ja, wenn wir von seinem vorübergehenden Gedanken einer mehr als völkerrechtlichen Bindung, von dem wir aus Graf Andrassys Erinnerungen wissen, absehen, das Bündnis mit Österreich-Ungarn zunächst nichts weiter als ein Gegengewicht gegen Machtverschiebungen in der gesamten europäischen Konstellation. Wohl ergab dies von selbst als Konsequenz eine möglichste Unterstützung der speziellen österreichisch-ungarischen außerpolitischen Aspirationen; aber sehr weitgehend in Bezug auf den Südosten Europas, also die einzige Stelle, nach der hin Österreich-Ungarn eine selbständige äußere Politik nach Lage der Dinge möglich und nötig war, war diese Untersützung nicht. Immer stand doch neben diesem Bündnis mit Österreich das alte Freundschaftsverhältnis zu Rußland, das Bismarck sogar vorübergehend zu einem Dreikaiserbündnis auszugestalten wußte. Es lag aber bei diesem doch ähnlich wie bei dem gemeinsamen Bundesverhältnis zu Italien.

Auch diese Dreibundpolitik dachte Deutschland sehr wenig zunächst als eigentlich mitteleuropäische, d. h. die gemeinschaftlichen Interessen Österreich-Ungarns und Deutschlands stützende und pflegende Politik, wie vielmehr als ein gegenseitiges Garantieverhältnis der beiden mitteleuropäischen Reiche in Form eines Defensiv-Bündnisses. Niemals ist das Bündnis zwischen Österreich und Ungarn der Form nach ja auch mehr geworden, der Inhalt ist nur darüber hinausgewachsen. Italiens Beitritt zu diesem Bündnis machte allerdings zugleich, wie es schien, Österreich-Ungarn den Rücken frei, bot die Aussicht, daß die italienische Irredenta erlöschen würde, ließ von ferne an die Bildung eines Gegengewichts im Mittelmeer denken, aber im übrigen nützte doch eigentlich Bismarck das Bündnis im Hinblick auf die allgemeine Machtkonstellation draußen, an der Deutschland ja ein viel größeres unmittelbares Interesse und eine viel größere Anteilnahme hatte, als die österreichisch-ungarische Monarchie.

Die bulgarische Frage der achtziger Jahre z. B., die für Österreichs Balkanpolitik von ungeheurer Wichtigkeit war, war ja bekanntlich Bismarck

nicht die Knochen eines pommerschen Grenadiers wert. Er faßte letzten Grades eben das Bündnis mit Österreich wie eine unter vielen Kombinationsmöglichkeiten auf. Erst als Deutschland aus zunächst wirtschaftlichen Interessen heraus und aus Interessen am türkischen, und besonders am kleinasiatischen Markt, sein Augenmerk immer mehr nach Osten wandte, zum Freund des osmanischen Reiches und Schützer seiner Integrität wurde, erst da fingen die positiven Ziele der äußeren Politik Deutschlands und Österreich-Ungarns an, in ein immer größeres Deckungsverhältnis zu kommen; wobei freilich nur ein Teil der außenpolitischen Ziele Deutschlands in Betracht kam, während ein anderer Teil infolge der immer größeren Verflechtung des Deutschen Reiches in den Welthandel, insbesondere in den Übersee-Handel eben durch dessen Schutz und andererseits durch die Frage der Erwerbung tropischer Ergänzungsgebiete für die nach Rohstoffen in immer höherem Maße bedürftige deutsche Industrie bestimmt war.

Wir sagten, es sei doch mit die Tatsache gewesen, daß das Deutschtum Österreichs stark durch seinen Zusammenhang mit dem Deutschtum im neuen Reiche von dem Gedanken einer österreichisch-ungarischen Großmachtpolitik abgelenkt wurde. Und doch — so verwickelt, aber auch, so eng sind die Beziehungen der beiden Hälften Mitteleuropas zueinander — das letzte tiefere innige Verhältnis der Deutschen Österreichs zum Deutschtum im Deutschen Reiche, wie es dieser Krieg gebracht hat, wurde erst vorbereitet gerade durch jene Ansätze zu einer Balkanpolitik der Monarchie und durch jenes teilweise Zusammenfallen der positiven außenpolitischen Ziele der beiden Reiche, von denen wir eben sprachen.

Man muß sich immer wieder gegenwärtig halten, daß diese Großmachtpolitik inauguriert wurde gegen den Widerstand des deutsch-österreichischen Liberalismus, bei welchem Verhalten außer der erwähnten Ursache der Ablenkung durch reichsdeutsche Gesichtspunkte zweifellos auch die Schwäche des deutschen Liberalismus überhaupt in Bezug auf Fragen der politischen Macht mitspielte. Will man nicht ungerecht sein, will man verstehen, wie Franz Josef, der sich doch nicht nur zur Zeit Napoleons III., sondern d a u e r n d als deutscher Fürst fühlte, lange Zeit die gegen das Deutschtum seines Reiches harte Politik seines Jugendfreundes, des Grafen Taaffe[10] duldete, ja zweifellos hinter ihr stand, und auch später manches für die Deutschen Bittere zuließ, so muß man eben die Tatsachen bedenken: das Deutschtum versagte sich im entscheidenden Augenblick den neuen Wegen österreichisch-ungarischer Machtpolitik und versagte ihm auch die Mittel. Das Deutschtum Österreichs war es, das doch mit zu einem sehr großen Teil lange daran schuld war, wenn Österreich-Ungarn nicht eine seiner Größe, Bedeutung und seinen Interessen entsprechende Rüstung zu Lande und zu Wasser hatte. Daß allerdings bei dem langsamen Gang der volkswirtschaftlichen Entwicklung Österreich-Ungarns manche

[10] Eduard Graf v. Taaffe (1833—1895), 1867, 1870/71 und 1879 Minister des Innern, 1868—1870 und 1879—1893 Ministerpräsident.

Bedenken aufkommen konnten, ob eine solche Rüstung nicht zu schwer für die Volkswirtschaft werden würde, das hing doch auch wieder zusammen damit, daß jene Balkanpolitik Österreich-Ungarns eben mit und durch den Einfluß und die Schuld des Deutschtums nicht stark und energisch genug durchgeführt werden konnte. Sonst hätte wohl eine solche energisch durchgeführte Politik manche Wirkung auch auf den schnelleren Ablauf österreichischer volkswirtschaftlicher Entwicklung haben können, anknüpfend an die verheißungsvollen Anfänge des österreichischen Handels mit dem nahen Orient.

Weil es die Staatsnotwendigkeit nicht einsah, verlor das österreichische Deutschtum seinen überwiegenden Einfluß auf die Leitung der inneren Politik Österreichs, trat aber auch damit mit seinem Einfluß auf die Leitung der Gesamtmonarchie hinter dem Magyarentum weit zurück. In Österreich gelangten die Polen zu großer ausschlaggebender Macht. In der Gesamtmonarchie gelangten die Magyaren zu ausschlaggebendem Einfluß auf die äußere Politik, und wie gesagt werden muß — sehr zum Segen derselben; in der ungarischen Reichshälfte blieb das Magyarentum deshalb trotz aller Konflikte mit der Krone — man denke an die Periode Khuen-Hedervary[11] — trotzdem ihr zahlenmäßiges Verhältnis zu den anderen, die ungarische Reichshälfte bewohnenden Völkern auch nur das einer starken Minorität ist, in der Herrschaft. In dem gegenseitigen Verhältnis der beiden Reichshälften, bei dem in regelmäßigem Turnus zu erneuernden wirtschaftlichen Ausgleich zwischen ihnen schnitten die Magyaren für die von ihnen beherrschte Reichshälfte immer gut ab. All das war nur möglich, weil sie einen Kern bildeten, auf den sich die Monarchie in den Fragen einer starken äußeren Politik stets verlassen konnte. Wo sie in Bereichen, die der äußeren Politik unmittelbar nahestehen, sich der Staatsnotwendigkeit zu versagen suchten, unterlagen sie, z. B. eben in jener Periode Khuen-Hedervary und sonst in einigen Fragen der Armee-Kommando-Sprache, in der Franz Josef seinen Willen durchsetzte, ohne daß die Magyaren den Kampf bis zum Äußersten kommen ließen: weil ja sonst die Krone im Verein mit den übrigen Völkern Ungarns gar leicht ihrer Herrschaft endgültig hätte ein Ende machen können. Das ist das Gegenbeispiel für das Schicksal der Deutschen in Österreich — das übrigens auch unserer reichsdeutschen Linken manches zu denken aufgibt.

Ob freilich eine solche ausgesprochene ⟨und⟩[a] ausgeprägte politische Vorherrschaft eines, wenn auch in starker Minorität befindlichen Volkes über die anderen auf die Dauer gerade auch für die Stärke eines Reichs nach außen hin förderlich und ersprießlich ist, ob es sogar für das herrschende Volk selbst auf die Dauer gut ist und nicht gar zu sehr die Gefahr dadurch nahe liegt, daß, wenn nun doch einmal die politische formalrechtliche Vorherrschaft ins Wanken und zum Sturz kommt, die durch moralische und kulturelle Faktoren und die Leistungen für die Gesamtheit vermittelte

[a] Statt irrtümlich in der Vorlage „nur".

[11] Karl Graf Khuen-Hedervary (1849—1918), 1910—1912 ungar. Ministerpräsident.

Führung ihr dann nachfolgt, das ist eine Frage, die wir hier nicht im Allgemeinen des Näheren erörtern wollen.

Jedenfalls aber, das Schicksal der Deutschen in Österreich deutet darauf hin, daß in solchen Situationen für das führende Volk aller Anlaß zur Mäßigung, Vorsicht und Weisheit gegeben ist. Die Deutschen, die nun, nachdem Galizien eine weitgehende Autonomie[12] gegeben ist, durch das Ausscheiden der Polen in Bezug auf die wichtigsten Angelegenheiten der österreichischen Reichshälfte wieder in der Majorität sind, werden ja wohl durch das, was sie früher erlebt, gelernt haben. Damals, zur Zeit der Andrassyschen Balkanpolitik und der Okkupation Bosniens und der Herzegowina, als die Deutschen sich den Anforderungen österreichischer Machtpolitik versagten, traf jedenfalls Folgendes zu: Als die Krone nun nicht mehr mit ihrer Macht die Vorherrschaft der starken deutschen Minorität schützte, war der Rückschlag um so stärker, als gegenüber den Ansprüchen auf nationale Selbstverwaltung der österreichischen slavischen Völker das Deutschtum sich in viel weitgehenderem Maß ablehnend verhalten hatte, als es nach dem zahlenmäßigen Verhältnis der verschiedenen Nationalitäten in der Monarchie ratsam gewesen wäre. Gewiß, der slavische Nationalismus in seiner besonders ungebärdigen, ja wilden Art schreckte nun nach dem Umschwung seinerseits vor schlimmen Übergriffen dort, wo das Deutschtum ihm ausgeliefert war, nicht zurück. Hier kam eben die Tatsache zutage, daß die nationale Idee nur im Zusammenhang mit staatlicher Betätigung, und damit geformt und berichtigt von Staatsnotwendigkeiten wirklich segensreich wirkt. Völker, die seit langem kein staatliches Eigenleben gehabt hatten und auch nicht rechtzeitig durch das Medium ihrer Nationalität hindurch an dem gemeinsamen Staatswesen hatten praktisch in einer, ihren Fähigkeiten und ihrer Kopfzahl entsprechenden Weise teilnehmen können, mußten infolgedessen zu Anfang diesem gemeinsamen Staat und seinen Aufgaben doch bis zu einem gewissen Grade fremd gegenüberstehen und ein vertrauliches Verhältnis zu ihm in nichts anderem sehen können, als in einem rücksichtslosen Durchsetzen nationalistischer Sonderinteressen zu Leitlinien der allgemeinen Staatspolitik.

Das Erwachen des slavischen Nationalitäts-Bewußtseins, das sich, so wie die Dinge liegen, hauptsächlich gegen das Deutschtum richten mußte, rührt dabei in seiner Bewußtheit und seiner politischen Ausprägung in gerader Linie von dem Kampf des Deutschtums und seiner nationalen Einheit her oder besser gesagt, erhielt von diesem seinen entscheidenden Anstoß — wenn auch polnischer und ungarischer Kampf um Selbständigkeit beispielgebend mitwirkten.

Das war auch einer der Gründe, warum die österreichisch-ungarische Monarchie dem deutschen Einheitsstreben im letzten Grunde doch fremder gegenüberstand, ihm nicht zur Verwirklichung verhelfen konnte, daß sie von Haus aus aufgebaut war auf dem Zusammenleben ganz verschieden-

---

[12] S. o. S. 615, Anm. 8.

sprachiger Völker. Im Verhältnis dazu spielt die kleine fremdsprachige Minorität in Preußen ja keine Rolle. Was man auch von einer gewissen Spannung zwischen preußischem und deutschem Geist sagen mag, es handelt sich dabei doch immer um eine innerdeutsche Spannung, und es bleibt doch die Tatsache, daß Preußen als fast rein deutscher Staat von Hause aus mehr dazu berufen war, eine Einigung in einem deutschen Nationalstaat durchzuführen, wie Österreich-Ungarn. Es sei denn, daß Österreich seine Deutschen aus seinem Reichsverbande in den des neuen Deutschen Reiches entließ, welche Frage ja im Jahre 1848 bei dem Versuch der Frankfurter Reichsgründung ihre Rolle gespielt hat. Damit aber hätte es sich des fortgeschrittensten Teiles seiner Bevölkerung, der den Kern der Beamtenschaft und des Heeres bildete, beraubt und damit eines unentbehrlichen Bindemittels der verschiedenen Völker der Habsburgischen Krone zu einem einheitlich zusammengefaßten Großstaat. Damit aber wäre sogar trotz aller etwaigen äußeren staatsrechtlichen Verbindung der österreichischen Monarchie mit dem neuen Reich doch wohl die Trennung Mitteleuropas in zwei Hälften endgültig entschieden gewesen. Denn entweder Preußen trat an die Spitze des neuen Reiches, dann hatte es formell den Vorrang vor Habsburg, worin dieses sich nie hätte fügen können; und überdies wenn es sich gefügt hätte: seine nicht zum Deutschen Reich gehörigen Länder, vorausgesetzt, daß sie überhaupt einen einheitlichen Staat, der seine Aufgaben im Osten erfüllen konnte, hätten darstellen können, mußten dann notwendig ihre eigene Politik treiben, die dann eben immer wieder störende und verwirrende Rückwirkungen auf die deutsche Politik gehabt hätte. Oder Österreich stand an der Spitze, dann hätte, falls selbst Preußen sich gefügt hätte, eine Fortsetzung der alten Verhältnisse, nur in neuer Form, stattgefunden.

So oder so wäre nicht nur der schließlich sich herausarbeitende von uns heutigen schon immer klarer erkannte Zweck der vorläufigen Arbeitsteilung für die Erfüllung mitteleuropäischer Aufgaben und Lebensinteressen nie erreicht worden; Mitteleuropa als wirksames Ganzes wäre auf immer dahingeschieden gewesen.

So mußte Bismarck den Schnitt zwar durch das Deutschtum machen, aber dieser Schnitt ging nicht so tief, daß starke soziale und kulturelle Fäden die Hälften Mitteleuropas nicht dauernd verbunden gehalten und auch die beiden großstaatlichen Organisationen immer wieder zusammengeführt hätten. Gerade nachdem jede von ihnen sich ganz herausgebildet hatte, traten die gegenseitigen politischen Ergänzungsbedürfnisse um so stärker hervor.

IV.

Freilich die wirtschaftlichen Anforderungen der Staaten mit ihren individualisierenden Einwirkungen auf die von ihnen zusammengefaßten Volkswirtschaften, die schon aus verkehrsgeographischen Gründen, die

eine mehr nach Nordwest, die andere mehr nach Südost, ihre Entwicklungslinie trieben, zogen einerseits starke wirtschaftliche Trennungslinien zwischen den beiden Hälften Mitteleuropas und zogen andererseits trotz alles gegenseitigen Anlehnungsbedürfnisses und tieferen Zusammenhanges die äußere Politik der beiden Reiche zeitweilig ebenfalls nach verschiedenen Zielpunkten.

Es ist hier nicht der Ort, die verschiedenen Gründe, weshalb trotz alles wirtschaftlichen Verkehrs zwischen den beiden Reichen dennoch nicht eine bewußt wirtschaftliche Ergänzungspolitik betrieben wurde, näher auseinanderzusetzen. Nur dies sei erwähnt: Unter diesen Gründen war doch auch, wenn er auch durchaus nicht überschätzt werden soll, der, daß die Volkswirtschaft des neuen deutschen Reiches von vornherein durch die preußische, in allen deutschen Dingen notwendig im Gegensatz zur österreichischen stehende Politik die Wirtschaftspolitik des preußisch-deutschen Zollvereins ebenfalls als eines ihrer Mittel zur Sicherung der deutschen Frage im preußischen Sinne benutzte. — Man erinnert sich der bewußten Stellungnahme gegen die Bruck'schen Pläne[13] und andere ähnliche, die auf einen Beitritt Österreichs zum Zollverein ausgingen und nun in unseren Tagen der Grundidee nach ihre Auferstehung erleben. — Die Volkswirtschaft des neuen deutschen Reiches war also von vornherein gewissermaßen zunächst mit dem Rücken zur österreichischen Volkswirtschaft eingestellt worden. Dazu kam unter anderem die schnelle Entwicklung der deutschen Industrie zur Spezialerzeugung, zu der die wissenschaftlichen deutschen Methoden, der durch den preußischen Militarismus erzogene Geist der Organisation und Präzision gemeinsam stark beigetragen haben. Diese Entwicklung der deutschen Industrie verflocht sie immer mehr in den gegenseitig ergänzenden Verkehr mit ebenfalls stark industrialisierten Ländern, zu denen Österreich-Ungarn noch lange nicht gehörte; und endlich kam hinzu das dringende wachsende Bedürfnis nach tropischen Erzeugnissen, das ebenfalls über das Meer und abermals in den Verkehr mit anderen Ländern als Österreich-Ungarn wies. Das sind nur einige von den Momenten, die hier gewirkt haben, aber schon sie sind richtungweisend.

Erst dieser Krieg hat in weiteren Kreisen bei uns in Deutschland die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß dieses Hinauswachsen in die Weltherrschaft ohne genügende Stützpunkte und dauernd und sicher funktionierende Schutzmaßnahmen ihre gefährlichen Seiten hat, und daß dadurch die deutsche Volkswirtschaft selbst weitgehend dem machtpolitischen Druck und der Gefährdung durch andere Staaten ausgesetzt [ist], so daß also, neben den selbstverständlich alsbald neu aufzunehmenden und auf erweiterter Basis auszubauenden Maßnahmen eben zu solchem Schutz, eine möglichste Vergrößerung des gesicherten „Marktes", der wenigstens in bezug auf

[13] Karl Ludwig Frhr. v. Bruck (1798—1860), 1848 österr. Handelsminister, versuchte den Zollverein durch eine unter österr. Führung stehende mitteleuropäische Zollunion abzulösen.

Sicherung dem Binnenmarkt gleicht, wünschenswert ist. Daraus ergibt sich eine energische Hinweisung zu dem Gedanken einer mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft, umsomehr, als diese zugleich, was die Hauptsache ist, die sichere Fundierung einer politischen Konsolidation Mitteleuropas mit einer nach gemeinsamen Zielen gerichteten und organisch einheitlichen mitteleuropäischen äußeren Politik bilden würde.
Auch für Österreich-Ungarn sind außer diesen politischen, auch für diesen Staat voll gewichtigen Gründen, außerordentlich starke wirtschaftliche Beweggründe in dieser Richtung vorhanden, wenn auch die Besorgnis, daß die österreichische Industrie in vielen Zweigen durch die reichsdeutsche bedrängt oder verdrängt wird und so eine harmonische Um- und Durchbildung der Volkswirtschaft Österreich-Ungarns gefährdet werden könnte, in der entgegengesetzten Richtung wirkt.
Auch bei uns ist ja nicht von der Hand zu weisen, daß die landwirtschaftliche Produktion, deren Hochstand sich gerade während der Kriegszeit als so überaus wichtig für uns erwiesen hat, durch die Konkurrenz der Landwirtschaft Österreichs und besonders Ungarns umsomehr gefährdet werden könnte, als die mitteleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft durch stärkere Kapitalisierung der Landwirtschaft der Monarchie, diese noch erheblich leistungsfähiger machen würde.
Aber das alles sind gegeneinanderstehende Einzelinteressen, die, soweit sie ihre volkswirtschaftliche Berechtigung haben, und je nach dem Grade ihrer Wichtigkeit für die Volkswirtschaft, in entsprechend schonender Weise ausgeglichen werden können, wenn der Plan des wirtschaftlichen Zusammenschlusses in entsprechend aktiver und damit großzügiger Weise in Angriff genommen wird. Kommt doch hinzu, daß während des jahrelangen Krieges sowieso die beiden Volkswirtschaften schon aufeinander gewiesen sind und alle nach anderen Richtungen weisenden wirtschaftlichen Entwicklungslinien abgebrochen sind. Es fehlt nur an einer im wahren Sinne staatswirtschaftlichen Inangriffnahme der großen Aufgaben, die gerade während des Krieges auch mit Hilfe der notwendigerweise immer tiefergreifenden kriegswirtschaftlichen Maßnahmen viel Aufbauendes in der angegebenen Richtung leisten könnte.
Zu all dem gehört freilich eine bewußte Einstellung und Feststellung des politischen Denkens und Entschließens auf die Idee der politischen mitteleuropäischen Konsolidation.
Diese Idee ist durchaus nicht zu verwechseln mit der Idee eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses. Dessen Durchführung ist vielmehr nur als ein Mittel für jene zu betrachten; ist demgemäß aber, wenn es ein brauchbares Mittel ist, auch mit Konsequenz und baldigst anzuwenden und entsprechend auszubilden. Die Idee der politischen mitteleuropäischen Konsolidation selbst ist ja schon in der Ausführung begriffen. Es ist gar keine Gefahr mehr vorhanden, daß sie verlorengehen kann. Aber es liegt die viel größere Gefahr vor, daß sie nicht rechtzeitig mit Klarheit und Konsequenz erfaßt wird, daß man deshalb Widerstände entstehen läßt, die nach-

her schwer zu beseitigen sind, und durch die Verwirrung in die politische Aktion gerade dann getragen werden kann, wenn sie am einheitlichsten sein muß.

Ja sogar, nachdem einmal die Dinge dahin gediehen sind, daß die mitteleuropäische politische Konsolidation auf dem Wege ist, nachdem sie sogar mit dem ersten praktischen Schritt durch die Proklamation Polens als selbständigen Staatswesens in Anlehnung an die Zentralmächte ausdrücklich praktisch da zu sein begonnen hat, liegt jetzt erst gerade besonders die Sache so, daß ein Mißlingen des Werkes nicht nur schädlich, sondern geradezu verderblich für die beiden beteiligten Reiche werden könnte. Es ist heute nicht mehr so, daß wir wählen können, ob wir den mitteleuropäischen dauernden Zusammenschluß haben wollen oder nicht. Heute würde das Scheitern dieses Werkes gleichzeitig eine Niederlage unserer Politik bedeuten, würde bedeuten, daß wir Wege betreten haben, die wir nicht vorwärts und nicht rückwärts gehen können.

Es bedeutet dieser mitteleuropäische politische Zusammenschluß nun nicht etwa, daß die wirtschaftliche Verknüpfung und damit verbundenes weltpolitisches Wirken über die Meere hinaus aufgegeben werden muß. Es bedeutet im Gegenteil eine festere Fundamentierung einer solchen Weltpolitik, unter deren Schutz eine tätige Beteiligung an der allgemeinen Weltmarktwirtschaft stattfinden kann. Eine solche Fundamentierung kann dabei allerdings Zurückschneidung mancher begonnenen Entwicklungslinien in die Weltmarktwirtschaft für langsam oder schnell vorübergehende Perioden bedeuten. Jedoch, so kann man vielleicht einwerfen, diese politische mitteleuropäische Konsolidation besteht ja bereits, und zwar bereits lange. Das Bündnis Deutschlands und Österreich-Ungarns hat durch Jahrzehnte hindurch festgehalten und ist durch nichts zu sprengen gewesen!

Wer so redet, übersieht das, was man unserer Politik und der österreichisch-ungarischen hat vorwerfen können, daß sie nämlich eine schwankende gewesen sei, nicht konzentriert genug, nicht auf bestimmte Punkte zugehalten und durchhaltend genug. Gewiß sind diese Schwankungen zum Teil auf die Persönlichkeiten der Staatsmänner zurückzuführen, aber zu einem sehr großen Teil hat der persönliche Anteil bloß die Ausschlagungen und Abweichungen vergrößern können. Diese selbst hängen meist damit zusammen, daß eine tiefere organische Verknüpfung der Politik der beiden Hälften Mitteleuropas nicht bestand; und dabei doch eine freie ohne Rücksicht auf das andere Reich durchgeführte Politik keinem der beiden Reiche mehr möglich war.

Mit anderen Worten: das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis hatte seiner Form nach bisher nur einen negativen Zweck. Es war und ist dann nur ein Defensivbündnis.

Der Inhalt dieses Bündnisses wuchs allmählich immer mehr darüber hinaus. Aber sich der Form des Defensivbündnisses anpassend, konnte er sich nicht in seiner Fülle und Kraft entfalten.

Der politische Inhalt wurde durch eine Anhäufung von Negationen dargestellt, infolgedessen kam seine positive Bedeutung nicht zum Bewußtsein.

Die beiden in dem Defensivbündnis vereinigten mitteleuropäischen Reiche hatten nur gemeinsame Feinde, die gerade auch durch die Tatsache des Bündnisses wuchsen, und dieses wiederum immer nötiger und unentbehrlicher machten. Das heißt: Mitteleuropa als Ganzes hatte nur Feinde, aber keine positiven Aufgaben.

Selbst Mitteleuropas Feinde und ihre Abwehr waren von Mitteleuropa aus gesehen nichts Einheitliches: nicht einmal die Abwehr der Feinde Mitteleuropas war eine wirklich gemeinsame Aufgabe. Sondern Österreich-Ungarn hatte Feinde und Deutschland hatte Feinde, und ein Teil dieser Feindschaft deckte sich; wobei aber immer noch ganz verschiedene Feindschaftsstärken in der politisch-diplomatischen Erwägung zu beachten waren.

Das machte die Politik dieses Defensivbündnisses so kompliziert, so nervös, und nervös machend für die ganze europäische Staatenwelt.

Gewiß, es wäre für Europa und den Frieden jahrzehntelang noch schlimmer gewesen, wenn das Bündnis nicht bestanden hätte. Aber so wie es bestand, ließ es eine Fülle von Streitigkeiten bestehen, die nicht dagewesen wären, wenn hinter jedem politischen Schritt eines der mitteleuropäischen Reiche von vornherein ganz Mitteleuropa gestanden hätte. Es stand aber meist erst geschlossen da, wenn eine andere Macht etwas Positives begonnen hatte und im Verlauf dieses Unternehmens irgendwie mit den Interessen eines der beiden Zentralreiche in Reibung oder Konflikt kam. Und auch dann suchte erst der andere Bundesgenosse zu vermitteln, schwächte die Aktion des Bundesgenossen so bis zu einem bestimmten Grade, ohne es zu wollen, um dann im letzten Augenblick zu sagen: Na, wenn mein Freund ganz und gar nicht Ruhe geben will, dann will ich Dir nur sagen, wenn Du nicht nachgibst, hast Du es mit uns beiden zu tun! So konnte es unter Umständen für den einen Bundesgenossen vorteilhafter sein, den anderen vor die vollendete Tatsache einer Aktion zu stellen. Da aber so und soviel Vermittlungsaktionen gelangen, war das ein Anreiz für andere Mächte, erst einmal möglichst weit in ihren Forderungen zu gehen, möglichst energisch aufzutreten, was ihnen dann den Rückweg um so mehr versperrte, als im selben Augenblick, in dem der Bundesgenosse B von seinen Versuchen, den Bundesgenossen A zum Nachgeben zu bringen, Abstand nahm und erklärte, jetzt habt ihr mit A und B zu tun, neben dem Gegner C nicht nur seine eigenen Freunde und die sämtlichen Gegner von A standen, sondern auch sämtliche mehr oder weniger intensiven Gegner von B. Das machte alle Krisen der letzten Jahre immer so gefährlich und stürmisch. Bis es dann einmal zum Ausbruch kam, wie in der österreichisch-serbisch-russischen Angelegenheit.

Das Bündnis der beiden Zentralreiche verzichtete durch seine lose Daseinsform für seine Politik auf alle Vorteile der inneren Linie. Jedes der bei-

den Reiche hatte infolge des Bündnisses eigentlich eine viel größere und verletzbarere Grenze, als für sich allein, ohne daß man ganz sicher war, daß auch der Umfang der inneren Kraft erhöht wäre, das heißt, sich auch einsetzen lassen würde.

Jede positive, aktive Politik wurde so geschwächt. Die Politik bestand zu einem weitgehenden Teil in Maßnahmen zur Erhaltung des Friedens, die gewiß so oft gar nicht notwendig sind, wenn eine Politik von positiven Zielen geleitet wird. Denn jede Stoßlinie läuft konvergent mit anderen Stoßlinien auf denselben Körper. Daher schafft jede aktive Politik Freunde, nach dem Worte, die Feinde meiner Freunde sind meine Feinde. Das wird eben auch dadurch ermöglicht, daß eine im allgemeinen besonnene, in jedem Einzelfalle entschlossene Politik all ihre Kräfte in dem entsprechenden Zeitraume konzentriert, und dadurch Reibungsmöglichkeiten auf anderen Gebieten während dieser Zeit ausschaltet, also sogar unter Umständen weitere Kräfte gegen den augenblicklichen Gegner nicht nur bei sich, sondern auch bei anderen frei macht. Eine entschlossene Politik mit positiven Zielen und Aufgaben sieht kriegerischer aus, braucht aber nicht notwendig zum Krieg zu führen. Im Gegenteil, nach dem eben Ausgeführten verhindert sie Bildungen von Koalitionen, die sich übermächtig und unbesiegbar glauben.

Wie wichtig das ist, sieht man, wenn man das Ententebündnis betrachtet, das unter ursprünglich ungünstigsten Spannungsverhältnissen zwischen seinen verschiedenen Mitgliedern entstanden ist, einfach schließlich nur entstehen konnte, weil die Mitte Europas ein politisch rein defensives Verhalten bewahrte und zwischen den übrigen großen Nationen keine entscheidende Wahl für ein aktives Vorgehen rechtzeitig zu treffen wußte.

Aber soviel Gelegenheiten zum Beispiel und vor allem die Bülowsche Politik in dieser Hinsicht hatte vorbeigehen lassen: Ganz ließ und läßt das Übel sich nicht vermeiden, solange Mitteleuropa als Ganzes nicht eine geschlossene Politik hatte und hat.

Es soll hier nicht von staatsrechtlichen Fragen geredet werden. Die Erfüllung der mit diesen Fragen bezeichneten Aufgaben wird sich später vielleicht nur mit schweren Kämpfen durchführen lassen, die aber überstanden werden müssen, wenn nur erst das Werk selbst gesichert und in den Grundlagen durchgeführt worden ist.

Das gerade ist die Bedeutung der wirtschaftlichen Seite des Zusammenschlusses Mitteleuropas: er verklammert zunächst sozial und wirtschaftlich die beiden Hälften Mitteleuropas miteinander. Von hier aus wird sich immer mehr vor allen Dingen jener Geist ausbreiten, der auch für den politischen Alltag die Grundlage bilden kann für eine entschlossene, gemeinschaftliche Politik Mitteleuropas und für die Entwicklung hinein in mehr als völkerrechtliche Bindungen, ohne daß deshalb die Geschichte der Trennung zwischen den beiden Staaten und ihre Ergebnisse als verloren zu betrachten sein brauchen.

V.

Wenden wir uns allerdings der Diskussion des Tages zu, so bemerken wir erstaunt, daß in dieser von den bereits, — ob wir wollen oder nicht, — festliegenden Linien unserer zukünftigen äußeren Politik noch gar nichts zu merken ist, daß insbesondere die Bedeutung des entscheidenden Schrittes in der polnischen Frage der öffentlichen Meinung noch gar nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein scheint. Wir haben in unserem Aufsatz „Polen, der Frieden und die Freiheit" in der vorigen Nummer[14] gezeigt, welche absolut unausweichbaren Gründe schon aus rein militärischen Erwägungen heraus für die Loslösung Polens aus dem russischen Reichsverband sprechen. Wir haben dort weiter gesehen, wie aber eben aus dieser Lösung sich schwere Gefahren oder wenigstens Störungen ergeben könnten, wenn nicht gleichzeitig ein enges Verhältnis, nicht etwa zu einer der beiden Zentralmächte, sondern zu beiden hergestellt wird. Hier ist eine gemeinsame Aufgabe gegeben, die unabweisbar ist, und die gleichzeitig den ersten Anstoß zur endgültigen Formung eines festen Verhältnisses zwischen den beiden Zentralreichen gibt.

Und weiter, man hat sich in den letzten Monaten wiederholt über den Widerspruch unterhalten und gestritten, der in den beiden Erklärungen des Reichskanzlers über Belgien enthalten sein soll. Der Reichskanzler hat einmal, dem Sinne nach, erklärt, wir könnten nicht dulden, daß Belgien abermals zum politischen und militärischen Brückenkopf Englands für einen Krieg gegen uns werden kann; und vor ganz kurzem hat er ausdrücklich betont, niemals habe er von einer Annektion Belgiens gesprochen[15]. Nun, uns scheint, man kann einen ganz konsequenten und klaren Schluß aus diesen scheinbar einander widersprechenden Erklärungen ziehen. Will man erkennen, welches in Bezug auf Belgien das politische Ziel sein muß, gleichgültig, ob diese Konsequenz gern gezogen wird oder nicht, so muß man auf Polen sehen. Aus der Lösung der polnischen Frage, wie sie jetzt begonnen ist, kann man, mutatis mutandis, wie uns scheint, die Zukunft des Verhältnisses Belgiens zum politischen Mitteleuropa ablesen.

Sehen wir nun zum Balkan hinunter, von wo der Feuerbrand dieses Weltkrieges seinen Anfang genommen hat. Sehen wir zunächst auf Serbien. Wir haben schon im vorigen Heft[15a] dagegen protestiert, daß der „Vor-

[14] S. o. S. 605 ff.

[15] Rede im Reichstag 5. 4. 1916, Sten. Berichte, Bd. 307, S. 852: Deutschland werde die besetzten Länder nicht „ohne völlige Sicherung für unsere Zukunft" preisgeben. „Wir werden uns reale Garantien dafür schaffen, daß Belgien nicht ein englisch-französischer Vasallenstaat, nicht militärisch und wirtschaftlich als Vorwerk gegen Deutschland ausgebaut wird. Auch hier gibt es keinen status quo ante." — Rede im Hauptausschuß des Reichstags vom 9. 11. 1916: „So sehen die Annexionsabsichten unserer Gegner aus, wozu auch noch Elsaß-Lothringen kommt, während ich bei der Besprechung unserer Kriegsziele die Annexion Belgiens niemals als unsere Absicht bezeichnet habe". Thimme, S. 163.

[15a] In: Polen, der Frieden und die Freiheit, s. o. S. 605 ff., bes. S. 627.

wärts" und das „Berliner Tageblatt" behaupten, für die Annektion Serbiens dürfte kein deutscher Soldat geopfert werden. Daß Bulgarien hauptsächlich deshalb in den Krieg gegangen ist und uns die sichere Verbindung mit unseren türkischen Bundesgenossen geöffnet hat, um das Ergebnis des ersten Balkankrieges, das ihm dann im zweiten Balkankrieg und im Bukarester Frieden verlorenging, für sich endgültig zurückzuerobern, — das scheinen die Politiker, die jene Notizen und Aufsätze in den betreffenden Zeitungen schrieben, vergessen zu haben.

Es ist interessant und bezeichnend für die Verwirrung, die pazifistische Gedankengänge in sonst klugen Gehirnen anrichten: im selben Atemzuge, in dem zum Beispiel die zwangsmäßige Gründung einer allgemeinen Staatengesellschaft gefordert wird, die gegen jeden den sie zusammenhaltenden Vertrag verletzenden Staat mit allgemeiner Ächtung und Zwangsverfolgung vorgehen soll, wird einmal davon gesprochen, daß die beiden mitteleuropäischen Zentralmächte nicht das Recht hätten, einen Staat, wie Polen, welcher durch sie überhaupt erst wieder geschaffen wird, durch Vertrag an eine solche Staatengesellschaft zu binden, damit er nie seine gefährliche geographische Lage und andere erleichternde Umstände, etwa eines Tages gegen seine Befreier ausnutze und so der Frieden der Welt abermals in Frage gestellt würde. Und weiter, im selben Augenblick, in dem man die gegenseitigen Verhältnisse der Staaten der ganzen Welt auf rechtlichen Vertrag stellen will, im selben Augenblick stellt man in bezug auf Serbien Forderungen negativer Art auf, die zu einem Rechts- und Vertragsbruch z. B. gegenüber einem Bundesgenossen wie Bulgarien führen müßten. Denn selbst, wenn dieser Vertrag nicht ausdrücklich fixiert ist, ist es doch so: wir alle wußten, worum es für Bulgarien ging, als es sich an unsere Seite stellte — um Annektion des sogenannten Neuserbiens.

Und wie steht es denn mit dem Verhältnis Serbiens zu Österreich? Ist es ausgeschlossen, daß Österreich eventuell Alt-Serbien in seinen Staatenverband soll hineinziehen dürfen?

Worum hat es sich denn bei all den Fragen, die schließlich die Gemüter so erhitzten, daß die Mordtat von Serajewo geschah, gehandelt? Die Südslawen, die Serben, Kroaten usw. wollten zu einer Einheit zusammentreten, wollten für ihre nationale Seele einen gemeinsamen Körper finden. Nun gut: auf die Gefahr hin, daß Pazifisten, die alle Staaten, auch die größten mit den größten Kulturleistungen, einer Staatengesellschaft, die mindestens ihre Verfassung mit Hilfe des Majoritätsprinzips feststellen müßte, unterwerfen wollen, — auf die Gefahr hin, daß solche Leute das verbrecherisch und zynisch nennen, erlauben wir uns diese Meinung auszudrücken: Dieses Drängen der Südslawen zu einer nationalen Einheit war so stark, daß es klug ist, es zu befriedigen. Da jedoch der für eine ganze Reihe Völker, für den europäischen Frieden, für den mitteleuropäischen Neuaufbau insbesondere unentbehrliche Großstaat Österreich-Ungarn durch Freigabe der Südslawen diese bloß zu einem Werkzeug Rußlands auf die Dauer machen würde, — seine eigene Existenz gefährdet, seine historische

Aufgabe nach dem Balkan hin vernichtet würde, und da weiter es bekannt ist, daß die verschiedensprachigen Völker Österreich-Ungarns keine Klagen eigentlich auszusprechen haben über die Unmöglichkeit, ihre Kultur, sich selbst verwaltend, weiter auszubilden, und da insbesondere, was die Südslawen anlangt, sowieso seit Jahrzehnten die Neigung besteht, ihnen innerhalb des Verbandes der Monarchie ein eigenes staatliches Leben zu sichern, und da endlich wir nicht recht sehen, worüber Ungarn innerhalb des Gesamtverbandes der Monarchie sich zu beklagen hat, gibt es eine äußerst einfache Lösung, die dem nationalen Drang der Südslawen gerecht wird, und das Nationalitätsprinzip überhaupt anerkennt und bestätigt: Alt-Serbien wird von der österreichisch-ungarischen Monarchie annektiert. Und da die Montenegriner ebenfalls nach dem Anschluß an die serbische Gesamt-Nation verlangen, so gehören sie in diese Aktion eigentlich mit hinein. Alles unter der Voraussetzung selbstverständlich, daß der Sieg unseren und unserer Verbündeten Waffen weiter treu bleibt, und daß nicht nach allem etwa die Sache sich so zuspitzt, daß bloß wegen dieser bestimmten Punkte allein dieser Kriegsbrand sich dermaßen in die Länge ziehen würde, daß die Opfer größer als der Gewinn erscheinen.

Wir wissen natürlich nicht, ob die Lösung nicht Österreich-Ungarn selbst zu radikal sein würde. Soviel erscheint uns aber doch sicher und soviel müßten gerade auch die Leute, die vor anderen den Frieden zu schätzen wissen, unbedingt fordern: es müssen Maßnahmen getroffen werden gegen die Möglichkeit, daß abermals Serbien und Montenegro die Fackel des Krieges in das ruhige Europa hineinwerfen können. Und weiter, es muß doch unbedingt dafür gesorgt werden, daß diese Länder irgendwie in einen engen Zusammenschluß ebenfalls mit Mitteleuropa gebracht werden.

Irgendwelche Maßnahmen dieser Art in bezug auf Serbien sind auch schon deshalb notwendig, weil unsere türkischen Verbündeten nur bei einer zweifelsfreien Landverbindung sicher sind, jederzeit in Mitteleuropa einen wirksamen Schutz gegen etwa später einsetzende neue Versuche zu finden, das osmanische Reich zwischen Rußland und England zu teilen. Die Tatsache, daß wir der Türkei keinen Zwang antun wollen, steht absolut fest und kann aus unseren Interessen heraus gar keine Änderung erfahren. Und infolgedessen ist eine ernsthafte Störung dieses unseres Verhältnisses zum Osmanischen Reiche selbst dann auf absehbare Zeit ausgeschlossen, wenn es etwa aus eigenen Interessen, die es selbst zu erwägen die Freiheit haben muß, nicht glaubt, mit uns in ein engeres Wirtschaftsbündnis treten zu sollen; sondern etwa gegen alle Nationen das Prinzip der offenen Türe aufrecht erhalten, und ganz allein nach Güte und Billigkeit der gebrachten Waren usw. sein Wirtschaftsverhältnis zu Mitteleuropa einrichten will.

In bestimmten Beziehungen werden wir, d. h. Österreich-Ungarn und Deutschland, doch auch dann auf lange hinaus die wirtschaftliche Vorhand haben, wenn wir nicht ganz große Dummheiten machen, ganz ein-

fach deshalb, weil bestimmte Aufgaben nur einer politisch ganz zweifelsfrei zuverlässigen Nation eingeräumt werden können.
Sollte aber das osmanische Reich ebenso wie Bulgarien aus eigenen Interessen den Wunsch haben, mit dem mitteleuropäischen Wirtschaftsbündnis als Ganzes in ein besonderes wirtschaftliches Verhältnis zu treten, sollte aus den Verhandlungen zwischen den mitteleuropäischen Mächten und diesen beiden uns heute verbündeten Staaten ein sich gegenseitig in vorzüglichster Weise ergänzendes geschlossenes Wirtschaftsgebiet ergeben, wäre dies nicht eine dauernde Steigerung der Friedensmöglichkeiten? Für die Zukunft zweifellos. Aber jetzt? Vor nichts haben die Feinde mehr Angst, als vor solch einem Mitteleuropa, mit einem zentralafrikanischen Kolonialreich und womöglich noch mit einem politischen und wirtschaftlichen Dauerbündnis mit unseren Waffenbrüdern in diesem Kriege.
Blicken wir auf Belgien, so liegen die Dinge dort allerdings insofern erheblich anders als in Serbien und Montenegro, als wir schon aus eigenem Interesse an eine Annektion Belgiens nicht denken können, so wenig wir an eine Annektion Polens gedacht haben, da das Deutsche Reich nun einmal als einheitlicher Nationalstaat aufgebaut ist und seine bundesstaatliche Verfassung überdies nicht geringe Schwierigkeiten einer größeren Annektion entgegensetzt. (Vgl. unsere Ausführungen in Nr. 22[16].) Kleine fremdsprachliche Splitter widersprechen nicht dem durchgehenden Prinzip und brauchen auch keine Gefahr zu bilden, wenn andererseits eine vernünftige, der wahrhaft vertieften Auffassung des Nationalitätsprinzips entsprechende Fremdsprachenpolitik befolgt wird und von diesen Fremdsprachlern nur verlangt wird, daß sie sich auch nicht widerwillig, sondern positiv und aktiv dem Staatsganzen und seinen Zwecken einfügen, dagegen ihnen ihre kulturelle Eigenart nicht nur auszubilden gestattet, sondern darin geholfen wird.
Das alles ist nun freilich etwas, was wieder unsern Nationalisten wider den Strich geht. Und wie verständnisvoll für die Aufgaben der Zukunft unser deutscher Nationalismus ist, das geht am besten hervor aus dem Verhalten der Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses gegenüber der Lösung der Polenfrage, wie sie durch die Proklamation der beiden Kaiser eingeleitet worden ist. Ob nach dem Verhalten dieser Majorität des Abgeordnetenhauses dem Reichskanzler wohl klar ist, welch ein Fehler dadurch geschehen ist, daß man den Reichstag nicht vor dem Abgeordnetenhaus zu Wort kommen ließ? Auf eine Entschließung des preußischen Abgeordnetenhauses, wie die angenommene, mußte man doch gefaßt sein[17]. Und sie

[16] Leitsätze zur Polenfrage, in EStWZ 1 (25. 8. 1916) S. 1123 ff.

[17] Debatte des preuß. Abgeordnetenhauses über einen von Konserv. und Nat.lib. eingebrachten Antrag zur Polenproklamation, der eine deutliche Kritik enthielt, „dauernd wirksame militärische, wirtschaftliche und allgemein politische Sicherungen Deutschlands" in dem neuen poln. Staat forderte und vor allem betonte, daß das preuß. Polen fest in deutscher Hand bleiben müsse: „Es erklärt aber schon heute keine Regelung der inneren politischen Verhältnisse in der deutschen Ostmark für möglich, die geeignet wäre, den deutschen Charakter der mit dem preußischen Staat unlösbar verbundenen und für das

war zu verhindern oder in ihrer Wirkung zu paralysieren, durch eine andere vorher ausdrücklich oder auch nur implizite, durch die Stellungnahme der Majoritätsparteien abgegebene Erklärung des deutschen Reichstags.

Ohne Rücksicht auf die prekäre und delikate Situation, ohne Rücksicht darauf, daß sie das große Werk echt deutscher und mitteleuropäischer Weltpolitik durch Überspannung nationaler Forderungen ins Nationalistische stören und gefährden, ohne Rücksicht auch darauf, daß für alle etwaigen kommenden Friedensverhandlungen [die Schaffung des polnischen Staates] nicht wieder aus einem endgültigen Schritt in einen eventuell doch noch zu diskutierenden zurückgewandelt werden darf, auch weil dadurch als Gegenwirkung allerlei Widerstände in den polnischen Gemütern gegen den Gedanken, sich in die mitteleuropäische Gemeinschaft schon jetzt einzuleben erregt werden könnten — ohne Rücksicht auf all dies wurde hier unter dem Vorwand, die besonderen Interessen Preußens zu wahren, und in der gleichzeitigen Absicht, der Autorität der jetzigen Reichsleitung eine Schlappe zu versetzen, ein Standpunkt festgehalten, wie er solange allenfalls verständlich war, als wir uns einerseits in einem dauernd gesicherten Einvernehmen mit Rußland befanden, andererseits uns als saturierten Kontinentalstaat fühlten.

Nun könnte man ja sagen, eben die Betonung des spezifisch preußischen Standpunkts und die konservative Opposition gegen den Kanzler, der eine Neuorientierung in Deutschland und besonders auch deshalb in Preußen herbeiführen will, dies ist das Entscheidende gewesen und nicht die nationalistische Gesinnung.

Aber das ist es ja eben, was den Nationalismus so gefährlich macht, daß er seine Schlagworte denjenigen verleiht und langsam dann auch seine Gesinnung denjenigen einflößt und sie nun mit sich reißt, die an einer den Umständen gemäßen Neuordnung zu wahrhaft nationaler Stärkung aus Klasseninteressen oder verhärteten Parteianschauungen Anstoß nehmen.

An sich ist es ja wunderbar, daß gerade der preußische Konservativismus, der zur Zeit des Aufstiegs der nationalen deutschen Idee sich außerordentlich kühl verhielt, der andererseits das Verdienst hat, sonst gerade in solchen Fragen die staatlichen Gesichtspunkte und Notwendigkeiten ohne Sentimentalität über alles zu stellen —, daß gerade der jetzt mit dem extremen Nationalismus sich immer mehr identifiziert.

Aber das kommt daher: ohne diesen Nationalismus würde er für seine Haltung gegenüber der Politik der Reichsleitung gar keine Rechtfertigung finden, würde sich selbst darüber nicht täuschen können, was er eigentlich tut und anrichtet, im Gegensatz zu seinen eigenen Prinzipien und zu seiner eigenen Vergangenheit. Würde er ohne die nationalistischen Schlagworte einfach vor die Frage gestellt, ob er bestimmte Vorrechte lieber opfern

Dasein sowie die Machtstellung Preußens und Deutschlands unentbehrlichen östlichen Provinzen irgendwie zu gefährden." Der Antrag wurde mit 181 gegen 104 Stimmen angenommen. Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1916/17, Bd. 3, Sp. 2391 ff.

wolle, oder ob er lieber die Rückwirkungen auf die äußere Politik, die ein Festhalten an alten Wegen haben würde, in Kauf nehmen wollte, so ist es gar kein Zweifel, wie er antworten müßte und in der Mehrheit seiner Anhänger auch antworten würde. Es ist doch immer das Verdienst dieser konservativen Kreise gewesen, daß sie die Staatsnotwendigkeiten über alles andere gestellt haben, daß sie zwar auch aus den eigenen Interessen der Klasse heraus, die den Kern der konservativen Anhängerschaft bildet, aber doch eben aus ihnen heraus die Staatsmacht in den Vordergrund gestellt haben. Der nationalistische Gedanke hat eben diesem Konservativismus Elemente hinzugesetzt, welche andere Elemente ihres Denkens, die es zu einem konservativen Denken machten, verdrängen und lähmen.

Die Frage lautet doch heute einfach so: Will Preußen-Deutschland auf die Dauer zwischen den Weltmächten eine selbständige Politik treiben, ohne im Schatten einer dieser Mächte zu leben oder nicht? Und weiter: Ist es wahr, daß nur im engsten Zusammenhang und Zusammengehen mit der anderen mitteleuropäischen Großmacht, mit Österreich-Ungarn, bei allen gegenseitigen Anbequemungen der beiden Reiche aneinander eine solche Politik doch möglich ist? Und weiter: Ist es wahr, daß das deutsche Element, und damit auch das preußische, wenn es sich den neuen Aufgaben anzupassen entschließt, wenn es nur auf bestimmte Formen formaler Vorherrschaft verzichtet, andererseits eine Wirkungsmöglichkeit und eine Führungsmöglichkeit in der Welt erhält, wie es vorher nie zu ahnen war? Glaubt man nun aber einen dauernden mitteleuropäischen Bund mit einer, eine konsequente Politik ermöglichenden einheitlichen organischen Verknüpfung schaffen zu können, wenn man den Standpunkt, den aus ganz bestimmten Gründen heraus Preußen eine Zeitlang gegenüber der polnischen Bevölkerung eingenommen hat, auf die Dauer zur Richtschnur deutscher Staatspolitik gegenüber anderen Völkern macht? Oder will der preußische Konservativismus die mitteleuropäische Konsolidation nicht? Die Frage muß doch einmal in aller Klarheit gestellt und beantwortet werden.

Da wir nun gerade bei der merkwürdigen Zersetzung des konservativen Denkens durch den Nationalismus sind, muß doch noch auf einiges andere hingewiesen werden, was dazu gehört, z. B. auf den fortwährenden Versuch, die Reichsleitung und die Heeresleitung gegeneinander auszuspielen. Ist es nicht vom konservativen Standpunkt aus eigentlich sehr merkwürdig, was zur Zeit für Versuche geschehen, Hindenburg und Bethmann Hollweg gegeneinander auszuspielen? Glaubt man wirklich, zwischen zwei so loyalen Männern, nachdem es mit der U-Bootfrage nichts gewesen ist, Zwietracht dadurch säen zu können, daß man in einem Augenblick, wo der eine — Hindenburg — dem andern — Bethmann Hollweg — eine durch seine Autorität doppelt gewichtige Anregung gibt und dieser sich beeilt, sie den in Betracht kommenden Behörden zur Ausführung dringend anzuempfehlen, daß man da höhnisch dem Sinne nach sagt: Darauf wäre eben der

Kanzler nicht allein gekommen, oder dazu hätte er nicht allein den Mut gehabt? Man versucht die Sache dahin auszulegen, daß der Brief Hindenburgs[18] ein Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler sein soll.

Demgegenüber muß doch einmal stark die Frage aufgestellt werden: Welches sind denn nach der deutschen, nun einmal bestehenden eigenartigen Verfassung diejenigen Stellen, die bisher die Durchführung solcher tiefgreifenden wirtschaftlichen Maßnahmen durchzuführen gehabt hätten? Soviel wir wissen, sind es die Regierungen und Behörden der Einzelstaaten?

Und weiter: Welches ist denn der größte deutsche Einzelstaat? Soviel wir wissen: Preußen.

Welches ist denn der hauptsächlich für die Beschaffung von Fett für die Industriearbeiter in Betracht kommende Einzelstaat? Soviel wir wissen: Preußen. Welcher Parteirichtung ungefähr gehören die Männer an, die in Preußen von oben an bis zum Landrat die Maßnahmen auszuführen haben, welche die Reichsleitung für die Versorgung des Volkes während des Krieges anordnet? Soviel wir wissen: der konservativen Partei.

Wer beherrscht denn in Preußen führend das Parlament und hält das Wahlrecht, das diese Beherrschung ermöglicht, gerade deshalb für so wertvoll und fast unersetzbar? Soviel wir wissen: die Konservativen.

Wo ist der Aufschrei des von den Konservativen beherrschten preußischen Parlaments gegen die preußische Beamtenhierarchie, daß sie nicht schon längst und von allein die Schritte, die Hindenburg in seinem Briefe so ernst fordert, durchgeführt habe?

Aber — man wird antworten, auf die Behörden allein kommt es nicht an, sondern auf den Geist der Bevölkerung, auf die Freiwilligkeit derer, die mit dem richtigen Staatssinn erfüllt sind. Nun gut! Welcher Richtung gehören die in Preußen wirtschaftenden Landwirte zum größten Teil an? Von welcher Partei aus sind sie am leichtesten zu beeinflussen? Sollte es nicht etwa die preußische, agrar-konservative Gesinnung sein, die den weitaus größten Teil der Fettproduzenten beherrscht?

Aber, da kommen wir eben wieder auf eine andere verhängnisvolle Wirkung der nationalistischen Frage. Wir haben bereits zu Beginn den Beweis versprochen, daß der Nationalismus auch schuld daran sei, wie übrigens auch der Pazifismus, auf dessen diesbezüglichen Schuldanteil wir gleich kommen werden — daß nicht alle wirtschaftlichen Organisationsmaßnahmen mit rücksichtsloser Energie allein unter dem Gedanken des Sieges stehend durchgeführt werden. Hier haben wir eine dieser Wirkungen: der Nationalismus ist ein enges Bündnis eingegangen mit dem Konservativismus; dieser wieder beherrscht die Agrarproduzenten zum größten Teil. Indem durch das vornehmlich alldeutsch-agrarkonservative Treiben gegen die Reichsregierung eine solche Mißstimmung erzeugt worden ist, ein sol-

[18] In der Presse veröffentlichtes Schreiben Hindenburgs an Bethmann vom 27. 9. 1916 über eine bessere Organisation der landwirtschaftlichen Produktion und ihrer Verteilung. Der Brief wurde u. a. vom Deutschen Landwirtschaftsrat gegen Bethmann ausgenutzt Schultheß 1916/I, S. 439 f., 544 f.

ches Mißtrauen gegen alle Maßnahmen, die von der Reichsleitung ausgehen, ein solches Mißtrauen sogar gegen alle Erklärungen, die von der Reichsleitung ausgegeben werden, — ist es da ein Wunder, wenn in den betreffenden Kreisen ganz unbewußt beinahe der Verantwortlichkeitsgedanke gegen den Staat, der sonst in diesen Kreisen — das läßt sich nicht leugnen — zu Hause ist, langsam einschlief? Wenn eine innere Rechnung begann: Wieviel Opfer haben wir in diesem Kriege gebracht, wie haben wir diese Landwirtschaft, von der jetzt das Gedeihen des Staates auch während des Krieges und der Sieg abhängt, in die Höhe gebracht und verteidigend gehalten? Wie unterstützten wir diejenigen Richtungen und Männer, die auf eine energische nationale Politik gegenüber einer schwächlichen Reichsleitung dringen? Wir müssen uns und unsern Einfluß, der doch auch auf wirtschaftlichen Grundlagen beruht, erhalten, wir haben das Recht darauf, dafür zu sorgen, daß wir und die Landwirtschaft nicht zu Grunde gehen, und wie die Sophismen alle lauten mögen, die sich unter solchen Umständen in einfache Seelen einzuschleichen pflegen. Und es ist doch einmal so: dieser Krieg verlangt doch gerade auch von den Landwirten mehr als die gewöhnliche, auf dem wirtschaftlichen Eigennutz beruhende Pflichterfüllung, wenn er durchgehalten und gewonnen werden soll. Er verlangt O p f e r. Werden diese nicht freiwillig gebracht, so muß man, wenn es nicht anders geht, zur staatlichen Regelung und Leitung der gesamten landwirtschaftlichen Produktion übergehen und es erscheint uns außerordentlich fraglich, ob man das nicht schon längst hätte tun sollen und ob es nicht die höchste Zeit ist, das jetzt zu tun, da die Kreise der Landwirtschaft sicher nicht hinter anderen Kreisen der Bevölkerung, die das Zivilgesetz jetzt werden auf sich nehmen müssen, werden zurückstehen mögen. Die Entschlossenheit zum Durchhalten, die die alldeutsch-agrarkonservativen Kreise predigen, kann hier in der willigen Unterordnung unter den Zweck des Ganzen ihr Gutes zeitigen, während dieses Predigen gerade von d i e s e r Seite, immer in der Verbindung mit der Verdächtigung, diese Entschlossenheit herrsche bei der Reichsleitung n i c h t, nur Unheil angerichtet und Hemmungen geschaffen hat.

Man überlege sich einmal, was in Wirklichkeit dieses fortwährende Gegeneinanderspielen der Heeresleitung und der Staatsleitung, worauf doch das fortwährende, in anderen Formen fortgesetzte Spiel Tirpitz-Bethmann Hollweg, Falkenhayn-Bethmann Hollweg, wieder Tirpitz-Bethmann Hollweg und dann schließlich Hindenburg-Bethmann Hollweg hinausläuft — wobei also zum Schluß ohne jegliche reale Grundlage der Name des Kriegshelden für Zwecke mißbraucht wird, die man auf anderem Wege nicht hat erreichen können —, man überlege sich einmal, was das anrichten muß in Geistern, in denen gerade Heer und Staat bisher immer etwas untrennbar Verbundenes waren.

Wir, die wir nicht zu den Konservativen gehören, wir, die wir genau wissen, daß die Neuordnung des deutschen und besonders des preußischen Staatswesens im gewissen Widerspruch zu den Interessen und Ideen der

konservativen Kreise stehen muß, die wir aber für eine solche Neuordnung eintreten, gerade aus rein machtpolitischen Gründen heraus, wie wir sie hier schon oft dargestellt haben — wir können uns ja bis zu einem bestimmten Grade darüber freuen, wenn auf diese Weise der Einfluß der Konservativen in Preußen und Deutschland sich selber endgültig weiter das Grab gräbt. Aber eben weil wir andererseits wissen, welch ein Schatz von Staatssinn in diesen Kreisen lebt, weil wir wissen, welch ein Sinn für die harten realpolitischen Anforderungen, die von außen her an den Staat treten, dort vorhanden ist — weil wir wissen, wie notwendig dieses Gegengewicht bei uns in Deutschland leider gerade gegenüber denjenigen ist, deren i n n e r politischen Anschauungen wir außerordentlich nahestehen, gerade deshalb müssen wir nicht im Interesse dieser konservativen Kreise und des konservativen Parteieinflusses, aber im Interesse des Staates diesen rapiden vollkommenen Abbau und Zerfall der konservativen Ideen bedauern. — — —

Was bei den Konservativen in Bezug auf die konservative Idee der Nationalismus anrichtet, das richtet bei einem großen Teil der Radikal-Liberalen und der Sozialisten der Pazifismus an. Die mehr in der Mitte stehenden Kreise, insbesondere viele den freien Berufen Angehörende, sind, wie wir zu Eingang dieses Aufsatzes geschildert haben, von den beiden Extremen zu einem sehr großen Teil an sich gerissen und versehen leider selbst dort, wo sie die ruhige Gesinnung und den Überblick gewahrt haben, in außerordentlich geringem Maße die Funktionen, die ihnen im Volks-Organismus in solcher Zeit zukämen. Wäre nicht die Zentrumspartei, an der zwar auch auf ihren beiden entgegengesetzten Flügeln die Extreme ziehen und zerren, die aber mit ihrer starken Organisation und ihrer traditionellen, politischen Taktik Alldeutsche und dem Pazifismus Zuneigende doch zusammenzuhalten versteht und immerhin in der Richtung einer besonnenen Machtpolitik ihre ganze kompakte Masse einzusetzen weiß — so wäre kaum noch ein Trostblick in dem innerpolitischen Wirrwarr zu finden.

Weder der kleine Haufen Links-Nationalliberaler und derjenige übrigens überwiegende Teil Volkspartei, der sich auch von dem h a l b e n Pazifismus, wenigstens von seinen bösen Wirkungen für die Stellungnahme zu der augenblicklichen Situation, frei hält, haben nicht solche Massen hinter sich, treiben andererseits zur Zeit eine so wenig selbständige Politik, stellen sich, so wie sie in anderer Beziehung den Kanzler decken, so sehr sich durch den Kanzler deckend um ihn, verzichten so sehr auf die positive Formulierung ihrer Ansichten von dem gegenwärtigen Zustande und der Zukunft, die sie wollen, daß eine durchschlagende Wirkung von ihnen zur Zeit nicht ausgehen kann. Und doch wäre eine solche, wenn man sich zum Kern einer positiven Mehrheit machen wollte, von hier aus wohl möglich. Und auf diese Weise wäre es wohl zu verhindern gewesen, daß die Mehrheit der sozialdemokratischen Partei, wie sie in der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag im Gegensatz zur Arbeitsgemeinschaft ihren Ausdruck findet, sich so endgültig als Ganzes auf den reinen defen-

siven Standpunkt, — den negativen Standpunkt also, — auf den Standpunkt, daß dieser Krieg nur eine Unterbrechung des Friedenszustandes, wie er vorher war, bedeuten sollte, festgelegt hätte. Gerade die Fortschrittliche Volkspartei hätte durch das klare Bekennen zur Idee der mitteleuropäischen Konsolidation das Banner aufstecken und bis zu einem bestimmten Grade führend werden können. Sind doch aus ihren Reihen die ersten Bekenntnisse zu der Idee, die einem, wenn man sie vor dem Kriege politisch wandte, Hohn einbrachte, nun im Kriege gekommen. Man braucht nur die Namen Fr. von List[18a] und Fr. Naumann zu nennen.

Da muß freilich hinzugefügt werden: so sehr die äußere Politik des Reichskanzlers zu billigen ist, so sehr auch daran zu glauben ist, daß die Versprechungen, die vom Reichskanzler in Bezug auf die künftige innere Politik gegeben worden sind, auch gehalten werden, — so wenig doch den schwierigen, selbstgesetzten Aufgaben entsprechend ist die innerpolitische Taktik, die durch die Reichsleitung verfolgt wird.

In der inneren Politik hört man fast nur Worte, an denen man zweifelt, weil keine Taten folgen; in der äußeren Politik sieht man auf seiten der Reichsleitung nur Taten, die aber nicht verstanden werden, weil die nötigen eindringlichen, klaren sammelnden Worte fehlen. Man hat da doch den Eindruck, als würden die Worte weniger dazu gewählt, das positive Ziel zu zeigen, als nach dem Gesichtspunkt, jene unserer Überzeugung nach verhängnisvolle Mitte zwischen den Extremen des Nationalismus und Pazifismus darzustellen. Aber das ist es eben: zwischen Pazifismus und Nationalismus gibt es nichts Positives. Nur in jener Mitte zwischen der nationalen Idee und dem mit freien Augen hinausschauenden Weltbürgertum gibt es eine solche, oder vielmehr sie liegt im Zentrum beider Ideale. Der Führung unserer äußeren Politik scheint eine solche Mitte zu entsprechen, aber sie enthüllt sich nicht genügend, weiß sich nicht zum Kern einer allgemeinen politischen Anschauung zu machen. Es mag außerordentlich schwer sein, gleichzeitig Diplomat zu sein, also Rücksicht nehmen zu müssen, auf all die Schwierigkeiten, die aus dem Wechsel der außenpolitischen Kombination entstehen können, auf die Schwierigkeiten auch, die sich daraus ergeben, daß gerade auf verbündete Staaten bei der Formulierung der politischen Grundideen außerordentlich Rücksicht genommen werden muß, — aber das Zeitalter der Weltpolitik, in dem wir leben und aus dem dieser Weltkrieg entstanden ist, erfordert eben die Vereinigung der Eigenschaften eines Mannes des Staates und eines Redners des Volkes.

Heute wird gerade ein großer Teil derjenigen, die sich gern an der Arbeit des Neuaufbaues, der da kommen muß, beteiligen würden, durch das Fehlen eines Programms, durch die — es sei zugegeben unberechtigte — Unsicherheit darüber, ob auch wirklich die letzten Konsequenzen aus der Lage gezogen werden, abgestoßen von einem kulturlosen Nationalismus

[18a] Franz v. Liszt (1851—1919), Prof. für Rechtswissenschaft, seit 1908 Mitglied des preuß. Abg.-Hs., seit 1912 MdR (Fortschritt), wichtiger Vertreter der mitteleuropäischen Idee. Vgl. Schwabe, S. 67 ff.

und in dem Gefühl, damit ja trotzdem die positive Reichspolitik nicht im Stiche zu lassen, dem Pazifismus in die Arme getrieben.

Das ist natürlich keine Entschuldigung für diese Kreise, soweit sie ihrer Bildung, ihrem inneren Verhältnis zur Staatsidee überhaupt und zu unserem Reich nach, eigentlich müßten selbständig politisch denken können, aber die Tatsache liegt vor.

Es sei nochmals auf die Mehrheit der Sozialdemokratie hingewiesen. Wäre es nicht möglich gewesen, diese rechtzeitig zur Besinnung zu bringen, über den nicht vollständigen, aber doch sehr weitgehenden Zusammenhang ihrer eigenen Prinzipien mit dem Neuaufbau Mitteleuropas und über die Folgen, die dieser Neuaufbau für die innere, soziale wie politische Organisation des deutschen Reiches haben muß*? Und sie so davon abzuhalten, daß sie doch wieder zum Teil in das rein negative Fahrwasser in Sachen äußerer Politik zu gleiten beginnt? Oder was ist es anderes, wenn heute ein so kluger sozialdemokratischer Führer, wie Scheidemann, dessen Bedeutung gerade darin besteht, daß er bei aller subjektiven Zuspitzung seiner Worte immer wieder in ihnen zusammenzufassen versteht, was eigentlich doch die durchgehende Meinung der Majorität seiner Partei, ja der Arbeiterklasse überhaupt ist, — was ist es anderes, wie außenpolitische Negation, wenn Scheidemann immer nur davon spricht: Deutschland wolle dieses und dieses n i c h t und wolle a l s o den Frieden; und niemals davon: Deutschland wolle diesen und diesen politischen Neuaufbau in Europa aufrichten, damit wenigstens eine Stelle geschaffen sei, an der der selige Traum einer von selbstgeschaffenem Rechte geleiteten Staatengesellschaft in die Wirklichkeit überzugehen beginnen könne? Und weil Deutschland dieses wolle, deshalb müsse es auch dieses und jenes f o r d e r n, was der früheren Gestaltung Europas widerspräche!

Wenn diese Fragen so einmal gestellt wären, wenn die A u f g a b e n erst einmal in den Vordergrund gestellt wären, die diesen furchtbar blutigen Krieg heiligen und rechtfertigen sollen, — wenn der Friede nicht mehr als ein vages Traumbild, das jenseits des Meeres von Blut und Trümmern winkt, dastehen würde —, die abgeschiedene schattenhafte Seele des Friedens, der einmal war, die nun mit Angeboten von internationalen Schiedsgerichten und Beteuerungen friedfertiger Gesinnung herbei gebannt werden soll — sondern in der genaueren, konkreteren Gestalt schon erfaßt würde, in der der neue Frieden über die Mitte von Europa kommen soll, und wie er von hier ausgehend Europa und die Welt gestalten soll und will, dann würde sich für den größeren Teil derjenigen Kreise, die Scheidemann vertritt, sicher die Frage endgültig stellen: bist Du mehr für den Frieden oder bist Du mehr Demokrat und Sozialist? Gewiß, es ist nicht davon die Rede, daß das demokratische Prinzip irgendwie sich nun in seiner

* Vgl. hierfür zunächst unsere Aufsätze „Innere und äußere Politik“ in No. 2[19], „Sozialismus und Weltpolitik“ in No. 3 und 4[20], „Deutsche Mission“[21] und „Deutsches Programm“ in No. 14[22].

[19] S. o. S. 524 ff. [20] S. o. S. 541 ff. [21] S. o. S. 553 ff. [22] S. o. S. 568 ff.

Ganzheit durchsetzen könnte. Politische Prinzipien setzen sich nie ganz durch, müssen zusammen mit anderen erst die Wirklichkeit bilden. Ein einziges Prinzip allein kann niemals aufbauend sein, muß immer sich bei seiner Durchsetzung mit einer vorhandenen Welt auseinandersetzen und vereinigen. Aber selbst für denjenigen, der es doch glaubt, daß allmählich dieses Prinzip in seiner Ganzheit sich durchsetzen kann, für denjenigen würde schon die sichere Erkenntnis, daß wenigstens ein großer Schritt vorwärts zu der Verwirklichung dieses Prinzips geschehen könnte, vorausgesetzt, nur daß bestimmte Voraussetzungen erfüllt würden — gehörten zu diesen auch weitere Opfer an Blut und Glück und etwa gar Verletzungen abstrakter Rechtsprinzipien — auch für einen solchen würde die Antwort auf die Frage dann ja absolut zweifellos sein.

Nun denn, für den, der sich die Situation überlegt, gibt es keinen Zweifel: die mitteleuropäische Konsolidation mit ihren wirtschaftspolitischen Voraussetzungen und Konsequenzen, in Verbindung mit der völlig neuen, tief an die Wurzeln der Volkswirtschaft greifenden Ordnung der Finanzen ohne die es ja nach den ungeheuren Kriegskosten nicht abgehen kann — sie werden starke der Tendenz nach sozialistische Elemente bringen, so starke, daß sie, wenn sie auch auf weiten Gebieten nach wie vor der freien wirtschaftlichen Betätigung des Individuums großen Raum lassen werden, die neue Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung als eine wesentlich von der früheren verschiedene erscheinen lassen werden. Aber diese Wandlung wird nicht möglich sein ohne Unterstützung durch diejenige Klasse, die ihrer Lage, ihren Forderungen, ihren Idealen nach an der Wandlung der Gesellschaft und Wirtschaft in dieser Richtung interessiert ist.

Also wird nicht nur das sozialistische Element der neuen Ordnung stark sein, sondern auch der demokratische Einschlag der Staatswesen, wie sie aus den Umwälzungen hervorgehen werden; und der Geist, der alle die neuen Einrichtungen erfüllen wird, wird demgemäß sein. Wie weit dieser neue Geist sich aber durchsetzen wird, das wird ganz und gar abhängen davon, wieweit die Demokratie nicht nur erst nachher im Frieden an dem Ausbau mitarbeiten wird, sondern schon davon, wie weit sie es ist, die in den Fragen der äußeren Politik überhaupt, und in der Frage des Friedensschlusses insbesondere, mehr die neue zu leistende Aufgabe oder das bloße Aufhören des Krieges im Auge haben wird.

Würde sie diese Dinge unter dem Gesichtspunkt der Aufgabe ansehen, so könnte das schon jetzt zweifellos die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen sowohl, wie das Tempo der Entwicklung der innerpolitischen Neuorientierung beeinflussen. Ja, gäbe es eine Demokratie, die ihre Ideen und Ideale ihrem Volke und Staate in solchem Kriege zu Hilfe brächte! Die, statt fortwährend zum Frieden in einem unvollendeten Kampf zu mahnen, dem Staat sagen würde: Höre nicht auf, unser Gut und Blut zu opfern, ehe die Erfüllung der Aufgabe, die in Angriff zu nehmen der ungewollte Krieg uns gezwungen hat, nun auch wirklich gesichert ist.

Denke an nichts, wie an die Organisation des Sieges. Dazu gehört aber auch, durch die Tat dafür zu sorgen, daß die Massen glauben, wenn wir ihnen sagen: Der Kampf, den wir jetzt für unseren Staat und unser Volk kämpfen, ist letzten Grundes derselbe Kampf, den wir sonst kämpften, denn der Sieg in diesem Kriege bedeutet, daß ein großer Schritt getan wird auf einem anderen Wege, aber doch auf dem Wege zum Ziel einer höheren Organisation der Gesellschaft und der Wirtschaft, und der Wegschaffung von Not und Unfreiheit. Eine Demokratie, die den Demokraten aller Länder dann zurufen könnte und würde: Dieser Kampf, den wir für unser Volk kämpfen, ist zugleich der Kampf um eine neue höhere Stufe der gesellschaftlichen Organisation für uns alle, für euch ebenso wie für uns, er ist zugleich der Kampf für die Gleichberechtigung und gegen das Unterdrückungs- und Feindschaftsprinzip im Miteinanderleben der Nationen! — eine solche Demokratie, was würde sie in solchem Kriege dem Staat bedeuten, was sogar für ein schnelleres Kommen des Friedens! Und was könnte — aber es hat keinen Zweck, davon zu reden, was sie fordern und durchsetzen könnte.

Eine solche revolutionäre Demokratie existiert nicht, eine solche Demokratie ist, gerade bei uns in Deutschland wo die objektive Möglichkeit nach der ganzen historischen Lage vorhanden wäre, — ein bloßer Traum. Wir wollen uns begnügen mit dem naiven Patriotismus, der trotz allen internationalen Theorien, die Massen erfüllt und leitet, die auf solche Worte hören und einen vervielfältigten Enthusiasmus aus ihnen ziehen würden. Wir wollen zufrieden sein, wenn dieser naive Patriotismus trotz aller ungeheuren Opfer, die gerade diese Massen bringen, so bleibt, wie er ist und nicht durch pazifistisches oder nationalistisches Gerede oder falsche Handlungen derer, die für das Schicksal dieses Staates und dieses Volkes verantwortlich sind, in seiner Tatkraft beirrt wird.

VI.

Aber neben dieser sozialistischen Demokratie ist es vor allem der entschiedene Liberalismus und die bürgerliche Demokratie, die gar zu leicht verwirrenden Ablenkungen eines staatsfremden Pazifismus anheimfallen, zwar durchaus nicht in allen ihren Anhängern oder in ihrer Mehrheit, aber in einem gewissen nicht kleinen und nicht bedeutungslosen Teil. Und auf diese wirken gerade Äußerungen eines verschleierten oder Halb-Pazifismus, der an sich bereit ist, alle Opfer dem Staate zu bringen, aber je länger, desto mehr mit einer gewissen Märtyrermiene, um so verheerender, als der Individualismus und kulturelle Liberalismus nur zu sehr von jeher mit einer guten Portion Staatsfurcht gepaart ist. Aus diesen individualistisch-demokratischen Kreisen, gegen die eigentlich in einer sozialistischen Demokratie im Tiefsten der stärkste Gegensatz besteht, ist doch durch eine gewisse Einheit der demokratischen Tradition und eine weit-

gehende Kampfgemeinschaft in dem Widerstand gegen den „Obrigkeitsstaat" der Pazifismus auf die soziale Demokratie überkommen, dann in dieser genährt und gestärkt durch gewisse mißverstandene „internationale" Bedingungen des „Klassenkampfes" der Arbeiterklasse.

Unter der Anhängerschaft dieser liberal-demokratisch-individualistischen Pazifisten in ihren verschiedenen Schattierungen des Pazifismus ist nun zwischen zwei Gruppen zu unterscheiden.

Bei der einen ist der Individualismus und Liberalismus ganz oder der Hauptsache nach, nichts als Widerspiegelung ihrer bestimmten wirtschaftlichen Psyche, der sich alles Eingreifen und alle Anforderungen des Staates in das Wirtschaftsleben zunächst, dann aber in das Privatleben überhaupt, als etwas eigentlich anormales darstellen. Sie sehen ein, daß, w e n n einmal Krieg ist, solche Eingriffe nicht zu vermeiden sind; sie würden allenfalls sich im Interesse ihrer Nation auch noch schärferen Eingriffen unterwerfen; aber immer ist in ihnen das Gefühl einer gewissen Auflehnung dagegen vorhanden. Wird in ihnen der Zweifel erweckt, daß der Krieg n o t w e n d i g war, daß er vielleicht, wenn er von den Leitern seines Staates auch nicht gewollt und begonnen worden ist, so doch hätte von ihnen vermieden werden können, — kommen nun Zweifel unter dem Druck, der auf dem Wirtschaftsleben lastet, hinzu, ob nicht in irgend einer Form nun der Krieg beendet werden könnte, wie der Prozeß zweier vernünftiger Kaufleute durch einen Vergleich, — „ein magerer Vergleich ist besser wie ein fetter Prozeß", — erzählt man ihnen, daß ja eigentlich auf der anderen Seite auch bereits solche Stimmungen vorhanden sind — und sie sind zweifellos dort ebenfalls vorhanden — so wird in dieser Gruppe alsbald der Widerstand gegen den immer stärker werdenden Druck des Staates um so mehr sich steigern, je mehr er erkennt, daß durch solchen Krieg wie diesen, je länger er dauert, gerade viele und wichtige Grundlagen der individualistischen Wirtschaft zerstört werden; denn die zu dieser Gruppe Gehörenden glauben nicht und können nicht glauben, daß es neue Organisationsformen gibt, die den Schaden relativ rasch für die V o l k s wirtschaft reparieren können; — was übrigens die zerstörten Privatwirtschaften ja nicht wieder aufbaut. Wird Menschen dieser Art fortwährend vom Frieden gesprochen, so kann die Friedenssehnsucht gewisse fanatische Formen annehmen, und — auch gewisse groteske halbverschleierte Formen, wenn man nicht zeigen will, daß man eigentlich genug hat, entweder weil der vaterländische Stolz wirklich neben der Friedenssehnsucht besteht oder wenigstens doch kein Zweifel an ihm aufkommen soll und darf. Die groteskeste Form ist wohl die, wenn der von Friedenssehnsucht erfüllte patriotische Pazifist vor Verzweiflung zum begeisterten Nationalisten wird und für rücksichtslosen „U"-Boot-Krieg eintritt, Luftschiffangriffe auf London ununterbrochen Tag und Nacht verlangt, — aus demselben Grund, aus dem der ausgesprochene Pazifismus hoffnungsfreudig auf die Stimmen aus England und Amerika hört, die das Kommen einer „Staatengesellschaft mit obligatorischen Schiedsgerichten" verkünden. Wo-

bei die, die auf diese Rufe hören, nicht bedenken, daß das bestenfalls Zukunftsmusik ist und in der Gegenwart nur die Forderung bedeutet, wir sollen uns dem Urteil der Gegner unterwerfen, die ja in der Majorität sind und uns hindern würden, den Anfang der „neuen Welt" in unserem Mitteleuropa zu beginnen, was doch die einzige realpolitische Möglichkeit zur Erlangung einer föderalistischen Gestaltung der europäischen Völker- und Staatenwelt ist. Und überdies würde die Aufstellung einer solchen allgemeinen Staatengesellschaft als Kriegsziel eine ganz beträchtliche Verlängerung des Kampfes bedeuten. Jener in den Nationalismus, U-Boot- und Zeppelinfanatismus umgeschlagene Pazifismus hat demgegenüber ein an sich viel wirksameres Mittel, den Frieden schnell herbei zu führen, parat, nur täuscht er sich leicht über die in der Wirklichkeit gezogenen Grenzen hinfort. Dieser nationalistische Pazifismus trägt übrigens ein gut Stück der Gehässigkeit in den Kampf der alldeutsch-agrarkonservativen Kanzlerfronde hinein, der er sich angeschlossen hat. Wenn sich Feuer und Wasser mischt, siedet und zischt es eben.

Der pazifistisch gebliebene Pazifismus trägt seinerseits mit Schuld an vielen Mängeln unserer industriellen Kriegsorganisation, die so hoffnungserweckend begonnen hatte. Es ist klar, wer fortwährend den Frieden wiederkehren zu sehen glaubt, und zwar so wie er im behaglichen Alltagsleben von vor dem Kriege war, der sieht nicht die Notwendigkeit tiefgreifendster Umorganisationen und der rücksichtslosen Unterwerfung unter diese. Daher das Versagen mancher hervorragender Männer der Wirtschaft nach einiger Zeit der Tätigkeit, weil sie immer wieder fürchten, abgerissene alte Fäden fallen zu lassen. Daher die ganz natürliche Erscheinung, daß schließlich die Umorganisation von der militärischen Seite hauptsächlich in die Hände genommen wird — woher neuerdings auch einer der Vorwürfe herrührt, die dem Reichskanzler jetzt von nationalistisch-pazifistischer Seite, aber auch von rein pazifistischer Seite gemacht werden.

Wenden wir uns nun der anderen Gruppe der zum Pazifismus neigenden individualistischen Liberalen zu, so muß doch gleich gesagt werden, daß alles, was von diesen ausgeht — und von ihnen wird der Pazifismus hauptsächlich öffentlich vertreten, — nur zu sehr, ohne Willen und Wunsch der Betreffenden im Ausland nicht nur den Eindruck einer Friedensbereitschaft, sondern einer Friedenssehnsucht macht, und außerdem in jenen hauptsächlich wirtschafts-individualistischen Kreisen in der Richtung einer nicht genügend starken Einordnung unter den Sieges- also auch den Kriegswirtschaftsgedanken wirkt.

Bei dieser Gruppe handelt es sich meist um ehrliche „Kultur"liberale, denen der Wirtschaftsindividualismus an sich nur gerade so viel wert ist, als er die unentbehrliche Grundlage ist für einen Kulturindividualismus. Man kann da ungefähr eine Linie ziehen von — um beliebige Namen der Öffentlichkeit herauszugreifen — dem Abgeordneten Gothein[23] über den

[23] Georg Gothein (1857—1923), 1901—1908 MdR (Fortschritt).

Chefredakteur des „Berliner Tageblattes" Theodor Wolff zu Eduard Bernstein[24]. Dem ersten der drei ist beinahe noch, um in der Sprache einer früheren Philosohpie zu reden, wirtschaftlicher Individualismus „Ausstrahlung" des geistigen und kulturellen Individualismus, untrennbar mit diesem verbunden. Mit ihm einigt sich, so wie er einer der letzten lebenden prinzipiellen Freihändler in Bezug auf den Wirtschaftsverkehr der Völker miteinander Eduard Bernstein, der aber glaubt, daß bestimmte sozialistische Einrichtungen innerhalb der einzelnen Volkswirtschaften, erstens gar nicht hintan zu halten sind und zweitens gerade eine geeignete Grundlage für die Entwicklung des geistigen und kulturellen Individualismus sind. Dieser individualistische Sozialist oder sozialistische Individualist, steht heute eben wegen seiner stark liberalen Grundfarbe auf dem radikalen Flügel des Sozialismus. Und in der Mitte zwischen den beiden der sich um die wirtschaftlichen Grundlagen des Gesellschafts- und Staatswesens wohl wenig interessierende Theodor Wolff. Dieser typischste Vertreter eines skeptischen und doch warmherzigen, reinen Kulturliberalismus fordert in seinem Montagaufsatz vom 20. November Schiedsgerichte und internationale Abmachungen, fügt aber gleich hinzu, daß sie nur wirksam wären, wenn in allen Ländern für ihre Wirksamkeit die richtige Grundlage und die richtige Atmosphäre geschaffen wäre. Was ist die richtige Atmosphäre? Und wie macht man sie?

Uns will scheinen, die Durchdringung aller Völker nicht nur mit dem rein formal demokratischen Gedanken in Bezug auf das Verhältnis der Völker zueinander, wie er in der Majoritätsherrschaft innerhalb einer Staatengesellschaft mit obligatorischen Schiedsgerichten zum Ausdruck kommt, sondern mit der Übertragung des realdemokratischen Prinzips auf die Staatenwelt, könnte, wenn diese Durchdringung durchführbar wäre, einiges helfen.

Das heißt, hat die Sozialdemokratie früher immer behauptet, es würden die Kriege nicht eher aus der Welt verschwinden, als bis das sozialistische Prinzip innerhalb der eigentlichen Völker und Staaten durchgesetzt wäre — drehen wir diesen Gedanken einmal um, um dem zum Durchbruch zu verhelfen, was Wahres und Richtiges an ihm ist — dann heißt das: Erst muß das Prinzip der realen Gleichberechtigung und Demokratie unter den Völkern herrschen, dann kann das Prinzip des Sozialismus erst in weiterem Maße den Einzelstaat und das einzelne Volksleben durchdringen. Es ist hier nicht der Ort, diesen der Sozialdemokratie zum eindringlichen Nachdenken empfohlenen Gedanken näher zu begründen. Aber, nicht wahr, auch von dieser

[24] Eduard Bernstein (1858—1932), MdR (SPD), Hauptvertreter des Revisionismus, schloß sich kurz nach Kriegsausbruch aus pazifistischen Gründen der Gruppe um Haase an.

Rückwirkung auf den Sozialismus abgesehen, wäre doch der Gedanke nicht schlecht?

Mit ihm sollten unsere Bevollmächtigten ruhig auf jeden Friedenskongreß gehen und beantragen: Es wird eine allgemeine Staatengesellschaft gegründet, deren Mitglieder sich sämtlich auf die Durchführung folgenden Prinzips verpflichten: „Nach einem Schlüssel, der von einer internationalen Kommission, zusammengesetzt aus Nationalökonomen, Statistikern, Technikern, Landwirten, Geographen und Geologen festgestellt wird, sollen sämtliche, nicht zur eigentlichen europäischen Staatenwelt gehörigen Gebiete, also alle Kolonien, zwischen den europäischen Staaten, den Vereinigten Staaten von Amerika, Japan, den südamerikanischen und sonst als Kulturstaaten anerkannten Staatswesen so aufgeteilt werden, daß jedem Staat ein Anteil zugewiesen wird, der proportional einem Mittel aus seiner Bevölkerungszahl und seiner technischen Produktivität ist, wobei Fruchtbarkeit und sonstige technische Vorzüge der überwiesenen Gebiete berücksichtigt werden sollen. Die Kommission (unter Ergänzung durch Politiker, Philosophen und Theologen [Missionare]) hat regelmäßig zu kontrollieren, ob den noch festzusetzenden internationalen Vorschriften über pflegliche und erzieherische Behandlung der Eingeborenen und über eine nach dem Stande der Wissenschaft rationelle Ausbeutung der Naturgüter Folge geleistet wird. In bestimmten Intervallen, die noch festzusetzen sind, hat eine ausgleichende Neuüberweisung stattzufinden."

Wir fügen hinzu, daß wir Deutschen nach dem bisherigen Stand der Verteilung uns auch schon damit zufrieden geben könnten, wenn zunächst die komplizierte Berechnung eines Mittels aus Bevölkerungszahl und Produktivität wegfiele und nur die bloße Bevölkerungszahl ausschlaggebend wäre.

Wenn dieser Gedanke die Völker durchdringen, von ihnen mit Leidenschaft erfaßt würde, dann wäre die nötige „Atmosphäre" für obligatorische Schiedsgerichte geschaffen. Aber das ist es eben: Außer in Mitteleuropa würde kein einziges der genannten Kulturvölker diesem Plane zustimmen! Unterbreiten sollte man solch einen Vorschlag dem Friedenskongresse doch, um auf diese Weise festzustellen, welche Völker dem Gerechtigkeitsprinzip dienen wollen. Es würde sich herausstellen, daß Mitteleuropa die Gerechtigkeit im Völkerleben vertritt, daß seine Interessen mit diesem Prinzip verbunden sind. Es würde sich zeigen, daß wir in diesem Kriege für die Gerechtigkeit und die Kultur der Welt kämpfen, selbst dann, wenn wir — was nicht wahr ist — den Krieg begonnen hätten.

Hier ist wieder die Frage: Bist du zuerst Pazifist oder Demokrat?

W i r meinen, läßt sich die Stimmungsatmopshäre auf Grund eines solchen völkerdurchdringenden Prinzips nicht sicher erzeugen, dann dürfen wir n i c h t warten, sondern müssen es a n n ä h e r n d wenigstens verwirklichen, wenn es nicht anders geht, auf dem alten Wege aller Geschichte, in der immer ein Volk in dem Kampf für s i c h auf einem Höhepunkte seiner Leistungsfähigkeit und seiner Aufgaben die ganze Welt vor-

wärts gebracht hat. Eine solche Annäherung wäre für uns ein auf der Basis eines Föderativsystems aufgebautes Mitteleuropa, möglichst erweitert durch einen etwas lockeren Bund mit Bulgarien und der Türkei bis an den Persischen Golf, und ergänzt durch ein entsprechendes zentralafrikanisches Kolonialreich.

Von der Geistesrichtung des kulturellen Individualismus und Liberalismus geht in einer Zeit wie der heutigen nur zu begreiflich die Frage aus, die man so formulieren kann: „Ist deshalb Jahrhunderte lang rastlos daran gearbeitet worden, das Individuum zu befreien und dadurch erst für die Gesellschaft leistungsfähig zu machen, ist deshalb diese ungeheure Differenzierungsarbeit geleistet worden, die — wenn wir schon absehen von dem Eigenwert jedes einzelnen Menschenlebens an und für sich — auch gerade für die G e s e l l s c h a f t heute so viel Menschen, im letzten Grund doch als unersetzlich erscheinen läßt, da seine bestimmte Existenz zugleich die Voraussetzung ist für die Erfüllung einer bestimmten Leistung, — ist all diese Kulturarbeit nur geleistet worden, damit nun alle diese einzigartigen Wesen mit ihrem selbständigen Leben, Denken und Fühlen hingeschlachtet werden? Ist das Individuum abermals zum Sklaven des Staates geworden, ist denn (wie neulich in diesen Blättern, siehe literarische Rundschau Nr. 31/32 von Dr. Friedenthal, die alte große klagende Frage der Jahrhunderte wieder erhoben wurde) der Staat um des Menschen willen da, oder der Mensch um des Staates willen?“

Aristoteles, der Beginner und Begründer jeglicher Staatslehre hat über den Zweck des „Staates“ dieses Wort gesagt: „Der Staat entsteht um des Lebens willen, er besteht um des vollkommenen Lebens willen.“

Wir dürfen wohl für die Interpretierung die Erfahrung der Geschichte zu Hilfe nehmen, die auch in den über zwei Jahrtausenden seit Aristoteles die Wahrheit jenes Wortes bestätigt.

Dann ist in Kürze zu sagen: Der Staat wächst immer mehr aus dem Not- und Zwangsstaat in den sogenannten Kulturstaat hinein, verliert aber dabei nichts von seinem Charakter als Herrschaft nach innen und als Macht nach außen. Daß der Staat nach einem langen Kampfe dem Individualismus seine Eigenberechtigung und seine eigene Bedeutung neben sich und sich gegenüber anerkennt, das geschieht nur aus seinem Interesse an der Kraftsteigerung, die er dadurch erhält, und geschieht auf die Dauer nur so weit, als er eben eine solche Kraftsteigerung dadurch erhält, wobei aber, je mehr es sich zeigt, welche Grund- und Lebensbedingungen die Erzeugung und das Bestehen solcher Kraftquellen sind, der Staat gerade aus wohlverstandenem Machtinteresse immer mehr zum Kulturstaat werden wird. Er wird gewissermaßen schon aus dem Gesichtspunkt der Sachlichkeit heraus möglichst weitgehend die so entstandenen objektiven Kulturerscheinungen wie die subjektiven Kulturträger pfleglich behandeln und fördern, auch wenn der unmittelbare Zusammenhang mit seinen ursprünglichen und dauernden Machtzwecken nicht zu erkennen ist. Daraus ergibt sich nun leicht die irrtümliche Auffassung, daß also der Staat der Indivi-

duen wegen da sei, während er in Wirklichkeit ein Gebilde für sich mit eigenen Lebensbedingungen und Gesetzen ist, das aber bestimmte über seinen ursprünglichen Lebenszweck hinausgehende Aufgaben und damit Organe und Betätigungen sich zugeeignet hat, die eben nunmehr selbst Bestandteile seines Wesens sind. Über den ursprünglichen Zweck hinaus, den die kulturellen Betätigungen im eigentlichen Sinne und die ihm gegenüber relativ selbständigen Individuen für ihn haben, also über die Steigerung von Macht, Ansehen, Reichtum usw. hinaus, gehört es nun allmählich zum Wesen des Staates, die Kultur und ihre lebendigen Träger bis zu einem bestimmten Grade so zu behandeln, als ob sie sein Zweck wären. Das geht immer so lange, als bis der Staat um sein Dasein in der einfachsten und nacktesten Bedeutung des Wortes zu kämpfen hat. Dann werden bis zu einem bestimmten Grade alle später hinzugekommenen Zwecke zurückgestellt hinter dem einen Zweck, der Erhaltung des Staates und der daraus folgenden Zwecke, wie sie in Kriegführung und äußerer Politik zusammengefaßt sind. Es ist eine Sache für sich, daß der Staat selbstverständlich im Hinblick darauf, daß wieder andere Zeiten folgen, möglichst versuchen wird, nicht zu viel von den Mitteln zur Erfüllung jener späteren, oder wie man auch sagen darf, höheren Zwecke, verloren gehen zu lassen, weil ja auch umgekehrt aus diesen Gebieten der Kultur für die Erfüllung seiner Machtzwecke wesentlichste Kraftquellen fließen. Wie dem aber auch sei, das Individuum, das sich bis zu einem bestimmten Grade als Selbstzweck und autonom hat fühlen lernen, sträubt sich dagegen, bäumt sich dagegen auf. Besonders dann gerade, wenn es sich als besonders herausgebildetes Individuum hat wissen lernen. Bis es nach sorgfältiger Durchprüfung seines eigenen Inhaltes und des Wertes, den es selbst durch diesen erst hat, — da ja das Herausformen der Individualität ohne ihn nicht möglich wäre, sondern überhaupt nicht wäre — findet, daß alles, was daran wertvoll ist, was ein gewisses Anrecht auf die Dauer hatte, eben gerade mit jenem Werden des Staates vom reinen Zwangsstaate zum Kulturstaate zusammenhängt; und bis er aus der Geschichte weiter feststellt, daß dieser immer höher wachsende Kulturzweck des Staates gerade aufs engste zusammenhängt mit seiner Eigenschaft als Machtstaat. Ebensowenig wie es irgendeinen innerpolitischen Fortschritt nach der Richtung der Unterordnung unter höhere kulturelle Forderungen ohne die Einflüsse, die von dem Ringen der in den Staaten organisierten Völker miteinander ausgehen je gegeben hat, gibt es irgendwie eine Vorwärtsbewegung oder überhaupt eine tiefergreifende Bewegung im „rein" Kulturellen ohne solche Einflüsse der äußeren Politik der Staaten und ihrer Rückwirkungen. Das Individuum, das das einsieht, ordnet sich dann bewußt dem Staatszweck auch dann unter, wenn dieser von ihm Anerkennung in der fürchterlichen Gestalt fordert, wie sie in einem Kriege, und noch dazu wie in diesem Weltkriege uns entgegentreten.

Wenn in der erwähnten literarischen Rundschau in Nr. 31/32 dieser Zeitschrift behauptet oder sogar als selbstverständlich dargestellt wird, daß

der Krieg die Kultur der Menschheit und Menschlichkeit um ein Jahrhundert zurückwerfe und also auch die Kunst; wenn weiter behauptet wird, daß von dem Kriege keine Einwirkung auf die Kunst und Dichtung ausgehen könne, wenigstens keine fördernde — so mag es sein, daß jemand, der wie der Verfasser der Literarischen Rundschau die Kunst und Literatur der Gegenwart genauer kennt, als wir, die Kapazität, Elastizität und innere Bewältigungsfähigkeit gegenüber den äußeren Ereignissen, mit anderen Worten, die eigentliche Schaffenskraft derjenigen, die heute Kunst und Literatur machen, richtiger einschätzt, als wir; trotzdem wir uns, nach dem, was wir bei unserer geringen Erfahrung an Jungem Strebendem zu sehen, Gelegenheit hatten, dieser pessimistischen Auffassung über unsere Künstler- und Dichter-Generation und über deren Beruf zu ihrem Berufe nicht anschließen können. Wie dem aber auch für die Gegenwart sei, meint der Verfasser der Literarischen Rundschau nicht bloß die Wirkung dieses Weltkrieges auf die Kunst und Kultur, will er eine generelle Behauptung über die Bedeutung der Kriege für Dichtung und Kunst aufstellen, so würde er durch eine vollwertige Begründung, die er als selbstverständlich ansieht, eine epochemachende Arbeit leisten und sich ein Verdienst z. B. auch dadurch erwerben, daß er den Schreiber dieser Zeilen in Versuchung führen könnte, Pazifist zu werden. Noch epochemachender würde sein Werk werden, wenn es wirklich den Nachweis für die verblüffende Behauptung führen würde, daß jeder wirkliche Dichter ein Pazifist sei; eine Behauptung, die ins Schwindelerregende, uns direkte Angst vor der modernen Literatur Erregende durch die These gesteigert wird: es sei jeder Pazifist auch ein Dichter. Daß Pazifismus nichts mit der Wissenschaft noch mit der Politik noch Wirklichkeit aller Geschichte zu tun hat, wußten wir schon lange. Aber daß das von den Dichterseelen der Pazifisten herrühren soll, würde nun gar das Übel unheilbar machen. Übrigens erfahren wir nun auch woher die Unmenge schlechter moderner Literatur kommt. Es kann uns aber auch die Berufung auf die Idee der Menschheit, die hier und auch sonst überhaupt vom Pazifismus stattfindet, ebensowenig dazu verleiten, den Pazifismus-Internationalismus, der sich gegenwärtig an die Stelle eines wahren schöpferischen Kosmopolitismus zu setzen anmaßt, für das zu nehmen, als was er sich ausgibt, wie wir uns entschließen können, vor der Karikatur der nationalen Idee, wie sie der Nationalismus darstellt, Kotau zu machen.

Kosmopolitismus und nationale Idee sind aufs engste historisch und geistig verbunden und verwachsen, auch Nationalismus und Pazifismus sind es ja, wie wir sahen. Sie hängen schon deshalb untrennbar miteinander zusammen, weil sie ja nichts sind als Übertreibungen, Entstellungen, Verabsolutierungen von jenen.

Aber während Kosmopolitismus und nationale Idee nebeneinander, und zwar auch ganz verschiedene Köpfe desselben Volkes und derselben Zeit v o r n e h m l i c h beherrschen können, können sie, ja müssen sie sogar in ihrer vertieftesten Auffassung nebeneinander bewußt in d e m s e l b e n

K o p f e leben. Und niemals fehlt, wo die eine der beiden Auffassungen des Völkerlebens selbst vorherrscht, und noch nicht entartet ist, die andere ganz, tritt sie nicht wenigstens neben der vorherrschenden wie ihr Schatten auf. Nationale Idee und Kosmopolitismus erweisen sich dadurch in Wirklichkeit beide gegenseitig als notwendig, beide als unentbehrlich für einander, als erst zusammen die ganze volle Wahrheit ausmachend, ja mehr als dieses letzte: sie sind nicht etwa jeder die eine Hälfte der Wahrheit, sondern sie sind jeder für sich allein überhaupt nicht vorhanden, oder wenn sie sich jeder für sich allein vorhanden glauben, dann verfallen sie eben zu jenen Karikaturen des Nationalismus und Internationalismus-Pazifismus. So sehr gehören Kosmopolitismus und nationale Idee zusammen, daß man andererseits auch wieder sagen kann, wenn sie in ihrem wahren Wesen aufgefaßt werden, dann enthält die nationale Idee schon den Kosmopolitismus in sich und enthält der Kosmopolitismus von einer gewissen Höhe der historischen Entwicklung an ebenfalls die nationale Idee in sich. Menschheit und Nation sind Wechselbegriffe und sie sind einer der Hinweis auf den anderen. Der Gedanke der Nation ist etwas ganz Belangloses, oder noch gar nicht über ein instinktives Zusammenhangsgefühl zum Gedanken Gelangtes, oder ganz Unsinniges, Pervertiertes, je nach dem, wenn er sich dazu versteigt, durchsetzen zu wollen, daß nur noch diese eine und neben ihr keine andere Nation existiert. Der Kosmopolitismus seinerseits aber ist etwas Flaches, Kühles, Unwirksames, solange er sich nicht von einem starken Nationalgefühl und Nationalbewußtsein abhebt, die sich erst aus ihm herausgelöst haben. Nation ist von vornherein der Ausdruck für den Individualisierungsvorgang der Menschheit. Das Wort Nation hat also nur einen Sinn, wenn man mehrere Nationen nebeneinander denkt und für notwendig hält.

Kosmopolitismus aber ist richtig aufgefaßt, nicht zu übersetzen mit dem beschaulichen Worte Weltbürgertum. Weltbürger im wahrsten Sinne des Wortes können wir noch nicht sein, wir können uns nur b e s t r e b e n es zu sein. Dieses Bestreben aber stellt bestimmte harte Anforderungen an uns. Sie machen wir uns am besten klar, wenn wir Kosmopolitismus r i c h t i g modern übersetzen mit Weltpolitik. Eine durch den richtigen Begriff der Nation gezügelte und geleitete Weltpolitik nämlich bedeutet die Unterwerfung des ganzen Planeten, nicht zugunsten einer einzigen Nation, sondern zur Erfüllung des Menschheitszweckes. Der Menschheit ist dieser Planet gegeben zur Herausarbeitung ihrer eigenen Fähigkeiten und Kräfte. Indem die Nationen um den Umkreis des Planeten ringen, arbeiten sie diese allgemeinen Menschheitskräfte in individualisierter Form heraus und bereichern dadurch die Menschheit als Ganzes, ja arbeiten sogar die Einheit in ihr heraus. Wenn sie aber versuchen, sich anzueignen, was ihre Kräfte nicht bewältigen können, indem sie bloß um andere Nationen nicht zuzulassen zu den ihnen zustehenden Möglichkeiten der Entwicklung ihrer Kräfte, sie um ihren Anteil an dieser Erde verkürzen, gierig herumgreifen nach diesen Gütern, bloß damit andere Nationen sie nicht haben, wider-

sprechen sie dem wahren Wesen des Kosmopolitismus w i e der nationalen Idee und verfehlen auch den tiefsten inneren Zweck dessen, was wir heute Weltpolitik nennen.

Ist das, was wir eben als ideale Weltpolitik umschrieben, wirklich die Weltpolitik, die von den Völkern getrieben wird, die allein schon heute einen mehr als entsprechenden Anteil an der Erdoberfläche haben und uns nun in diesen Weltkrieg gezwungen haben? Nein, aber es sollte, so sollte d e u t s c h e Weltpolitik sein. Unsere nationale Idee ist von Anfang an, seitdem unsere Denker sie zu Ende des 18. Jahrhunderts und in der Zeit des großen Weltkrieges vor hundert Jahren herausgearbeitet haben, immer aufs tiefste verknüpft gewesen mit der Idee der Menschheit, sie ist aus dem Kosmopolitismus geradezu entsprungen. Sie hat dann im harten Kampf um staatliche Formung sich sehr weit entfernt von dem Menschheitsgedanken, ohne allerdings, außer bei verengländerten Nationalisten, diesen Zusammenhang ganz zu verlieren. Sie muß aber ganz zu ihm zurück, nicht um sich aufzugeben, sondern um nun sich erst ganz recht zu stärken zu der großen Aufgabe, die ihr jetzt gestellt ist: und die bestehen wird eben in jenem wirklichen Beginn einer freien Staatengesellschaft in der Mitte Europas.

VI.

Dokumente

Die hier vorgelegten Dokumente sind amtlicher Natur mit Ausnahme der Aufzeichnung von Hans v. Saucken über einen mündlichen Erinnerungsbericht Kurt Riezlers zur Ermordung des Grafen Mirbach (Dok. 18), der die knappe amtliche Berichterstattung (Dok. 17) ergänzt. Es handelt sich neben zwei Denkschriften über die Riezler in der Zeit der Zusammenarbeit mit Bethmann Hollweg besonders beschäftigende belgische und polnische Frage (Dok. 1 und 2) und neben zwei Aufzeichnungen über die bayerische Frage vor und nach Beendigung der Räteherrschaft in München (Dok. 32 und 33) sowie seines Gesuches um Dienstenthebung (Dok. 34) ausschließlich um Berichte über Chancen und Lage des Kommunismus in Rußland aus Stockholm (Dok. 3 bis 14) und aus Moskau (Dok. 15 und 16, 19 bis 27, 29 bis 31). Einbezogen ist ein Erlaß des Staatssekretärs Hintze (Dok. 28), der die Berichterstattung Riezlers über die Möglichkeit einer Ablösung der Bolschewistenherrschaft zusammenfaßt.

Die Auswahl der Dokumente ist unter dem Gesichtspunkt erfolgt, die Entwicklung der politischen Einstellung Riezlers zur Revolution und zur Bolschewistenherrschaft zu belegen. Sie erfolgt nicht zu dem Zweck, den Ablauf der deutschen Ostpolitik als solcher zu dokumentieren.

Als Vorlage der Berichte ist überall wo möglich die Ausfertigung benutzt worden. Bearbeitungsvermerke wurden berücksichtigt, soweit sie für die Sache von Belang sind. Alle vorgelegten Dokumente sind maschinenschriftlich. Fehler der Rechtschreibung, Unregelmäßigkeiten (z. B. alternierend ss und ß) sowie offensichtliche Flüchtigkeitsfehler wurden stillschweigend verbessert. Hinzufügungen des Herausgebers sind in [ ] Klammern gesetzt.

DOKUMENTE

Dok. 1: Denkschrift Riezlers über die belgische Frage. 15. Februar 1915

Dok. 2: Denkschrift Riezlers über die polnische Frage. 20. August 1915

Dok. 3: Riezler an den Reichskanzler Graf Hertling. Stockholm, 12. November 1917

Dok. 4: Riezler an den Gesandten von Bergen. Stockholm, 25. November 1917

Dok. 5: Riezler an den Reichskanzler Graf Hertling. Stockholm, 26. November 1917

Dok. 6: Riezler an den Reichskanzler Graf Hertling. Stockholm, 3. Dezember 1917

Dok. 7: Riezler an den Reichskanzler Graf Hertling. Stockholm, 9. Dezember 1917

Dok. 8: Riezler an das Auswärtige Amt. Stockholm, 15. Dezember 1917

Dok. 9: Riezler an das Auswärtige Amt.
Stockholm, 24. Januar 1918

Dok. 10: Riezler an den Reichskanzler Graf Hertling.
Stockholm, 24. Januar 1918

Dok. 11: Riezler an das Auswärtige Amt.
Stockholm, 26. Januar 1918

Dok. 12: Riezler an den Reichskanzler Graf Hertling.
Stockholm, 28. Januar 1918

Dok. 13: Riezler an den Gesandten von Bergen.
Stockholm, 21. Februar 1918

Dok. 14: Riezler an den Reichskanzler Graf Hertling
Stockholm, 8. März 1918

Dok. 15: Riezler an den Gesandten von Bergen.
Moskau, 4. Juni 1918

Dok. 16: Riezler an den Gesandten von Bergen.
Moskau, 25. Juni 1918

Dok. 17: Riezler an das Auswärtige Amt.
Moskau, 6. Juli 1918

Dok. 18: Aufzeichnung Hans von Sauckens über einen mündlichen Bericht Riezlers, die Ermordung Graf Mirbachs betreffend.

Dok. 19: Riezler an das Auswärtige Amt.
Moskau, 8. Juli 1918

Dok. 20: Riezler an das Auswärtige Amt.
Moskau, 10. Juli 1918

Dok. 21: Riezler an den Reichskanzler Graf Hertling.
Moskau, 19. Juli 1918

Dok. 22: Riezler an das Auswärtige Amt.
Moskau, 22. Juli 1918

Dok. 23: Riezler an das Auswärtige Amt.
Moskau, 22. Juli 1918

Dok. 24: Riezler an das Auswärtige Amt.
Moskau, 22. Juli 1918

Dok. 25: Riezler an das Auswärtige Amt.
Moskau, 23. Juli 1918

Dok. 26: Riezler an das Auswärtige Amt.
Moskau, 23. Juli 1918

Dok. 27: Riezler an das Auswärtige Amt.
Moskau, 24. Juli 1918

Dok. 28: Staatssekretär von Hintze an Legationsrat Freiherr von Lersner und an Wirklichen Legationsrat Freiherr von Grünau.
Berlin, 26. Juli 1918

Dok. 29: Riezler an das Auswärtige Amt.
Moskau, 27. Juli 1918
Dok. 30: Riezler an das Auswärtige Amt.
Moskau, 28. Juli 1918
Dok. 31: Riezler an das Auswärtige Amt.
Moskau, 28. Juli 1918
Dok. 32: Aufzeichnung Riezlers über die Lage in Bayern.
Bamberg, 26. April 1919
Dok. 33: Riezler an das Auswärtige Amt.
Bamberg, 17. Juni 1919
Dok. 34: Riezler an den Reichsminister des Äußeren Hermann Müller.
Bamberg, 23. Juni 1919

1

Denkschrift Riezlers über die belgische Frage. 15. Februar 1915

Zusammenfassung[a]. PA, Wk 15 geh., Bd. 6 adh.

Inhaltsangabe zu Nr. 13 (Riezler)[b]

Der Friedensschluss soll sich auf einer mittleren Linie zwischen Annexion und Freiheit Belgiens bewegen.
Fortbestehen des belgischen Staates unter der alten Dynastie.
Abschluss eines ewigen und unkündbaren Vertrages mit Deutschland. Diese[s] übernimmt militärischen Schutz und die Vertretung nach aussen.
Wirtschaftliches Indigenat der Deutschen in Belgien.
Einführung der deutschen Sozialgesetzgebung und indir[ekter] Steuern.
Zollunion, nach vorherigem Zollbündnis.
Deutschland ernennt zwei Minister im belgischen Kabinett.
Deutschland entsendet drei Delegierte in die belgische Zollverwaltung.
Eventuell kann diesem Vertrag die Form der Gegenseitigkeit gegeben werden. Etwa belgische Delegierte im Zollparlament oder Bundesrat.
Vorschlag einer Verfassungsänderung: Schaffung eines Bundesgebiets im weiteren Sinn, in welches Belgien miteinbegriffen werden würde. Dies würde gleichzeitig der Weg für eine künftige Angliederung anderer europäischer Staaten sein.
Möglichkeit einer Verständigung mit dem König der Belgier vor einer Verständigung mit England über diese Frage.
Vermittelung des Vatikans bei dieser Politik.

[eigenh.] Rz

---

[a] Die Denkschrift selbst nicht nachweisbar.
[b] Datum, Zahl und Name handschriftlich hinzugefügt. — Textlicher Bezug s. o. Tgb. 17. 2. 1915, abends.

2

Denkschrift Riezlers über die polnische Frage. 20. August 1915

Abschrift[a]. PA, Wk 20 c, Bd. 1

Soweit ich die Stimmungen der russischen Polen beurteilen kann, scheinen mir die Dinge wie folgt zu liegen:
Rußland hat für sich, daß bis zu der Einnahme von Warschau die Majorität der Polen eine Erfüllung der polnischen Wünsche im Anschluß an Rußland für das aussichtsreichste hielt und eben erst unsicher ward. Es hat für sich den mystischen Glauben an seine Macht, ferner den größten Teil der industriellen Interessen. Im Augenblick, da es wahrscheinlich oder gar sicher wird, daß Rußland nicht wiederkommt, erhält die enorme Empörung gegen Rußland das unzweifelhafte Übergewicht. Für diesen Fall schwanken die Polen zwischen zwei Wünschbarkeiten.
Das eine ist die Wiedervereinigung mit Galizien, das andere der enge Anschluß an Deutschland.
In dem ersten Fall ist die bittere Pille die notwendige Einbeziehung in Österreich, in das nirgends Vertrauen ist. Überall herrscht Angst vor der österreichischen Schlamperei, sieht man industriell wie agrarisch in der Zugehörigkeit zu Österreich einen großen Rückschritt.
Bei einem engen Anschluß an Deutschland ist das bittere der Verzicht auf Galizien, das Gute die deutsche Ordnung und das Gedeihen der für Polen doch wichtigsten Landwirtschaft.
Ein selbständiges Polen ohne engen Anschluß an eine der beiden Centralmächte halten alle Einsichtigen für nicht lebensfähig.
Gemeinsam perhorresziert wird jede weitere Teilung — und das mit solcher Leidenschaft, daß jeder Gebietsverlust alle Polen zu Gegnern machen würde.
Bei solcher Lage der Dinge erscheint mir im Falle einer Zuteilung des Landes an Österreich und Wegscheidung der Warthe- und Narewlinie[1] folgende Entwicklung der polnischen Frage für wahrscheinlich.
Die Polen werden das ihnen gemachte Geschenk der Freiheit schneller vergessen als den Verlust des weggeschnittenen Gebietes, zumal diese Gebiete germanisiert, zum Teil sogar mit Deutschen besiedelt werden müssen, also die Wunde immer von neuem geöffnet werden muß. Schon dies wird das neue Königreich Polen in eine antideutsche Richtung drängen, die Wiedergewinnung des neu verlorenen Gebietes zum Brennpunkt der nationalen Wünsche machen, die nun einig sein werden, da ja Preußen dann der einzige Staat ist, dem ein noch zu befreiendes Stück Polen gehört.
Da es den Polen unter österreichischer Herrschaft wirtschaftlich nicht all-

[a] Handschriftlich hinzugefügter Vermerk am Kopf des Dokuments: „präs. 20. August 1915 p. m." — Textlicher Bezug s. o. Tgb. 23. 8. 1915.

[1] Vgl. Tgb. 19. 8. 1915.

zu gut gehen wird, jedenfalls nicht besser als unter russischer, da der Respekt vor Österreich und der Glaube an seine Kraft sehr gering sein wird, wird die Attraktionskraft Rußlands in dem neuen Staat sehr stark sein. Wie stark sie schon vor dem Kriege in dem verrotteten Galizien war, haben die Erfahrungen des Krieges gezeigt. Da das neue Polen zudem nicht hoffen kann, seinen nationalen Traum, die Wiedergewinnung der abgetrennten Gebiete, mit Österreich allein zu verwirklichen, wird die Tendenz, sie innerhalb oder außerhalb des Rahmens der österreichischen Politik mit russischer Hilfe wiederzugewinnen, kaum einzudämmen sein. Die Wiener Politik wird gewiß nicht imstande, vielleicht auch nicht willens sein, sie einzudämmen. Das könnte zur Kaunitzschen Koalition führen.

Gegenüber diesen Gefahren erscheinen die Schwierigkeiten und Fährlichkeiten eines von Österreich unabhängigen, an das Reich angeschlossenen polnischen Staates geringer.

Der Respekt vor Deutschland ist enorm, auch die Sehnsucht nach der deutschen Ordnung bei vielen Verständigen groß. Das Interesse der Landwirtschaft weist nach Deutschland. Hat die Landwirtschaft eine Zeit lang die Vorteile der deutschen Entwicklung genossen, ist der nach Lostrennung von Rußland nicht lebensfähige Teil der Industrie abgestorben, wird Rußland keine wirtschaftliche Attraktionskraft mehr haben, sondern den so eingestellten Interessen als Ruin erscheinen. Gegen Deutschland spricht bei der Masse der Polen nur die Hakatepolitik, die ihnen zunächst mit dem deutschen Wesen gleichbedeutend erscheint. Eine Änderung der deutschen Polenpolitik wird den größten Eindruck machen, desgleichen eine Verwaltung im Okkupationsgebiet, die schrittweise polonisiert, statt wie die Polen erwarten, germanisiert. Es ist nicht anzunehmen, daß im Falle einer Angliederung Polens an das Reich in Posen eine Irredenta entstünde, die sich nicht durch Ausnützung des wohl dann vorhandenen deutschen Einflusses in Warschau in ungefährlichen Grenzen hielte.

Die nationale Sehnsucht würde nicht in Richtung Posen, sondern in Richtung Lemberg gehen; da die Polen aber unter österreichischer Herrschaft frei sind und nicht unterdrückt werden, keine so fanatische Schärfe annehmen. Eher entstünde in Galizien eine Tendenz nach Deutschland hin. Beide Tendenzen können auch die Gefahr der Kaunitzschen Koalition in sich bergen, aber beide in leichterer Form als im Falle der Angliederung an Österreich.

Österreich wird wohl einem Anschlusse ganz Russisch-Polens an das Deutsche Reich nicht zustimmen. Es würde dann zu einer Teilung, etwa auf Grund der jetzigen Verwaltungsgrenzen mit Brest Litowsk als deutschem Endpunkt, kommen. Das uns verbleibende größere Stück Nordpolen ist groß genug für einen autonomen Schutzstaat. Die polnische Bewegung wird immer derjenige der drei Teilungsstaaten für sich haben, der das größte Stück mit der Hauptstadt [hat] und ihm Autonomie geben kann.

Die Linie Brest-Litowsk-Grodno ist kurz, Brest Litowsk selbst durch die Rokitnosümpfe geschützt.
Für die innerdeutsche Entwicklung wie für unser Verhältnis zu den umgebenden Kleinstaaten wäre es ein Segen, wenn Deutschland der Welt zeigen kann, daß fremde Völker, die sich ihm anschließen, nicht unterdrückt werden.

gez. Riezler

3

Riezler an den Reichskanzler Graf Hertling.
Stockholm, 12. November 1917

Ausfertigung. PA, Rußland 61, Bd. 136[a]; Durchschrift PA, Gesandtschaft Stockholm 212

I B Nr. 6

Die Nachricht von dem Sieg ihrer Freunde in Petersburg soll die hiesigen Maximalisten in die größte Aufregung versetzt und des Schlafes beraubt haben. Sie scheinen sich als demnächstige Botschafter des neuen Rußland zu fühlen, telegraphieren nach Petersburg um Instruktion und geben sich wohlunterrichtet über alle Einzelheiten. Eine wirkliche Weisung aus Petersburg haben sie indes bis zur Stunde noch nicht erhalten.
Ich möchte indes nicht annehmen, daß die neuen Machthaber in Petersburg, falls es ihnen gelingen sollte, ihre Macht ausreichend zu befestigen und wenigstens einige Wochen zu halten, sich der Herren Radek, Fürstenberg[1] und Orlowski als Vermittler bedienen werden. Ein klares Bild des Verhältnisses der hiesigen Vertretung der Maximalisten zu den Petersburger Führern ist nicht zu erlangen. Da die eigentlichen Leiter der Petersburger Bewegung Lenin, Sinowjew und Trotzki an Ort und Stelle, wo eine beispiellose Verwirrung jeden Augenblick den Einsatz ihrer ganzen Autorität erfordert, unentbehrlich sein dürften, ist es immerhin möglich, daß die Bolschewiki, falls sie überhaupt eine Regierung bilden können, ihrer hiesigen Vertretung wichtige Aufträge erteilen werden.
Der rührigste und begabteste ist der aus seiner deutschen Vergangenheit der deutschen Sozialdemokratie wohlbekannte Pole Sobelsohn, der Karl Radek zu zeichnen pflegt. Er soll als Student Bücher und ähnliches gestohlen und dafür von seinen Kameraden den Spitznamen Kradek (Dieb) erhalten haben[2]. Mit diesem Namen bezeichnen ihn die russi-

[a] In englischer Übersetzung bei Zeman, Germany and the Revolution, Nr. 81

[1] Jacob Fürstenberg (Hanecki) (1879—1937?), poln. Bolschewist, Vertrauensmann Lenins, im 1. Weltkrieg Mitarbeiter von Parvus Helphand, 1917 neben Radek und Worowski Leiter der Auslandsvertretung der Bolschewiki in Stockholm.
[2] Vgl. dazu Karl-Ernst Moring, Die sozialdemokratische Partei in Bremen 1890—1914. (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, 1968) S. 176 ff.

schen Zeitungen auch jetzt noch. Mit Stolz hat er nach ihm sein Pseudonym gebildet. Er wird als vollkommen skrupellos, aber überaus geschickt, von großer schriftstellerischer Begabung geschildert und soll trotz aller Ideologie opportunistischen Erwägungen nicht unzugänglich sein. Seine Geschäftigkeit wie seine Kenntnis der deutschen Politik — er ist auch über geheime Vorgänge wohlunterrichtet — dürften indes seinen Ideen und Ratschlägen in Petersburg Beachtung sichern.

Von den Petersburger Führern sollen L e n i n und T r o t z k i die bedeutendsten sein, beide westlich gebildet, an Kraft der Persönlichkeit ihren sozialpatriotischen Gegnern weit überlegen, praktische Revolutionäre großen Stils. Lenin, ein Tatar namens Uljanow, ist offenbar der Organisator und Leiter dieser gut organisierten und umsichtig geleiteten Bewegung, Theoretiker in den radikalen Zielen, aber praktisch und konkret in der Benutzung der Mittel.

Trotzki, mit seinem wahren Namen Braunstein, bis Anfang des Krieges in Frankreich, angeblich wegen seiner Kenntnis der Schuld Iswolskis[3] an der Ermordung Jaurès[4] von Frankreich verfolgt[5], von der Schweiz nach Spanien, von dort mit Hilfe der spanischen Sozialisten nach Amerika geflohen, nach Ausbruch der Revolution auf der Rückkehr in Halifax von den Engländern mit Gewalt ausgeschifft und ins Gefängnis gesteckt[6] — soll von dieser Reise einen glühenden Haß gegen England nach Hause gebracht haben. Er wird, falls es den jetzigen Machthabern gelingen sollte, trotz des Streikes der ganzen Beamtenschaft, eine regelrechte Regierung zu bilden, als der wahrscheinliche Minister des Äußeren bezeichnet.

Sowohl Lenin als Trotzki sollen über eine sehr große persönliche Autorität bei ihren Anhängern verfügen. Sie dürften im stande sein, in ihrer Partei Ordnung zu halten, sich diktatorische Gewalt zu verschaffen und zu erhalten. Die Theorie der Bolschewiki hat schon 1906 im Gegensatz zu der der Menschewiki die parlamentarische Theorie verworfen und die revolutionäre Diktatur eines kleinen Komités entschlossener Führer als einzig möglichen Weg aufgestellt. Die neue Regierung wird daher, wenn sie überhaupt zu stande kommt und die Widerstände der gesamten bürgerlichen Welt zu brechen vermag, nicht in demselben Maße wie ihre Vorgänger ihre eigene Stellung und Bewegungsfreiheit jeden Tag in Re-

---

[3] Alexander Petrowitsch Iswolski (1856—1919), 1910—1917 russischer Botschafter in Paris.

[4] Jean Jaurès (1859—1914), Führer der französischen sozialistischen Partei, Vorkämpfer einer deutsch-französischen Verständigung, gehörte zu den prominentesten Verfechtern des Friedensgedankens und des Antikriegsstreiks in der 2. Internationale, am 31. 7. 1914 von dem nationalistischen Fanatiker Villain erschossen.

[5] Trotzkij lebte seit Kriegsanfang in Paris und wurde am 16. 9. 1916 aus Frankreich ausgewiesen. Er kam über Spanien in die USA (13. 1.—27. 3. 1917) und kehrte im April/Mai 1917 nach Rußland zurück. Isaac Deutscher, Trotzki, Bd. 1: Der bewaffnete Prophet 1879—1921 (1962) S. 231 ff.

[6] Vgl. dazu Deutscher, a.a.O., S. 238 f.

den und Versammlungen auch gegen die eigenen Anhänger verteidigen müssen.
Falls die Herrschaft der Bolschewiki sich in Rußland auch nur einige Wochen hält, dürften dem Lande Schrecken bevorstehen, wie sie auch Frankreich unter Marat kaum gekannt hat. Die Bolschewiki haben die sozialrevolutionäre Partei angegriffen, weil sie den Bauern wehren wollte, Gutshöfe niederzubrennen und sich mit Gewalt des Bodens zu bemächtigen — sie werden nicht im stande sein, im Besitze der Macht, die sie durch den Landhunger der Bauern sich bewahren wollen, das Sengen und Brennen, das sie eben noch verteidigt haben, zu verbieten. Die Bauern werden sich des ihnen versprochenen Landes mit Gewalt bemächtigen, die Soldaten aus den Schützengräben nach Hause laufen, um nicht zu kurz zu kommen. Sollten sie der Kerenski, Miljukow und Terestschenko[7], die die Friedens- und Landfrage „zu stinkenden Leichnamen haben verwesen lassen", habhaft werden, so können diese einer schnellen und energischen Führung ihrer Prozesse sicher sein. Sie werden vermutlich versuchen, die ganze Exekutive in die Hände der lokalen Arbeiter- und Soldatenräte zu geben und den gesamten bisherigen Verwaltungsapparat auszuschalten; gelingt dies nur auf die Dauer einiger Wochen, so scheidet das Land, auch wenn die Herbeiführung eines Waffenstillstandes nicht gelingen sollte, militärisch und wirtschaftlich aus den Berechnungen des Weltkrieges aus und die dann wohl wahrscheinliche Rückkehr des alten Regimes wird Jahre brauchen, um das Chaos zu ordnen.
Sollte der nunmehr entbrannte und heute noch unentschiedene Bürgerkrieg mit einer Niederlage der Maximalisten enden, so wird ihre Parole Frieden und Land, einmal in die Massen geschleudert, mächtig fortwirken und auch jede neue Regierung, die nicht über kurz oder lang einen neuen Aufstand der Maximalisten bestehen will, zwingen wenigstens scheinbar in diesen beiden Fragen in den Bahnen der Maximalisten zu wandeln.

Inhalt: Die Maximalisten.

[eigenh.] Riezler

---

[7] Michail Iwanowitsch Tereschtschenko, 14. 3.—18. 5. 1917 russischer Finanzminister, 18. 5.—Nov. 1917 Minister des Äußern.

4

Riezler an den Gesandten von Bergen. Stockholm, 25. November 1917

Durchschrift. PA, Gesandtschaft Stockholm 212

Lieber Herr von Bergen.

Ich diktiere Ihnen in Eile, da mir die Zeit fehlt, einen ausführlichen Bericht zu schreiben, einige kurze Ergänzungen zu meinen anderweitigen Berichterstattungen.
Als ich von der Aktion Goldbergs[1] erfuhr, war sie bereits im vollen Gange. Es hat sich einwandfrei herausgestellt, belegt durch wiederholte Äußerungen sowohl Wucherpfennigs[2] wie Goldbergs, daß Erzberger diese Sache schon wochenlang mit seinen Leuten besprochen und im Sinne eines Ausschlusses der Regierung zu gunsten der Reichstags-Mehrheit auf die Bolschewiki hat einwirken lassen. Es ist natürlich sehr leicht, in einer Zeit, wo die hiesigen Querköpfe sich noch ängstlich fragen, ob die deutsche Regierung mit den Bolschewiki verhandeln würde, eine freudige Aufnahme für den Vorschlag einer Ausschaltung einer imperialistischen Regierung hervorzurufen, namentlich wenn noch günstige Bedingungen in Aussicht gestellt werden. Der Plan ist nach den übereinstimmenden Angaben von Wucherpfennig und Goldberg nicht von den Bolschewiki ausgegangen. Erzberger hat dann die Gefahr Parvus[3] in Berlin ausgebeutet, seinen alten Plan in einer annehmbaren Form vorgebracht, als russischen Wunsch und dann losgelegt. Die ganze Aktion ist vollkommen verfehlt und ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse in Petersburg vorgebracht. Als die Leute zur Herrschaft kamen, glaubten sie felsenfest an die internationale Revolution. Sie müssen aber den Frieden haben und, wie ihr ganzes Verhalten zeigt, möglichst schnell.
Es war also nötig absolut einheitlich ihnen von allen Seiten ohne ein Entgegenkommen, das ihre revolutionären Hoffnungen stärken könnte,

---

[1] Mittelsmann Erzbergers. Zur Sache vgl. oben S. 91 und Tgb. 14. 1. 1918, Anm. 5. Kühlmann informierte Riezler am 18.11.1917 über Erzbergers Pläne und Verbindungen und wies ihn an, „für den Gedanken einer Beteiligung a l l e r Mehrheitsparteien in geeignet erscheinender Weise einzutreten", da es „verständlich" sei, „dass die einzelnen großen Parteien ... Wert darauf legen, bei Verhandlungen über Friedensfragen nicht ausgeschaltet zu werden und eine Heranziehung des ganzen Blockes wünschen". PA, Wk 2 f Nr. 1, Bd. 1, Tel. Berlin Nr. 1562. Riezler warnte am 19. 11. 1917 vor der weiteren Verfolgung dieses Plans, der, wie der Plan einer internationalen sozialistischen Konferenz, nur den Abschluß des Waffenstillstandes verzögern könnte (ibid., Tel. Stockholm Nr. 1855), und tat in den folgenden Wochen alles, um die Tätigkeit Goldbergs und Wucherpfennigs zu behindern oder wenigstens unschädlich zu machen. Kühlmann stimmte Riezler bereits am 21. 11. ausdrücklich zu (ibid., Tel. Berlin Nr. 1577).

[2] Mittelsmann Erzbergers.

[3] d. h. die Möglichkeit, über die sozialdemokratischen Parteien Frieden zu schließen, für die Parvus eintrat. Vgl. Tgb. 14. 1. 1918.

direkte Verhandlungen als schnellsten Weg darzustellen. Das ist geschehen. In diesem Sinne habe ich, ohne hervorzutreten, alle nach Petersburg abreisenden Bolschewiki, so weit irgend möglich mit Nachdruck bearbeiten lassen. Es ist das Wahrscheinlichste, daß Lenin und Trotzki einfach Rußland für geschlagen erklären und quasi mit der Frage verhandeln: was wollt ihr, wir wollen Frieden! sofern ihnen kein anderer Weg gezeigt und die Hoffnung auf eine internationale Revolution als Weg zum Frieden genommen wird.

Das ist die praktische Lage. Der Vorschlag Erzbergers ist auf dem Papier aus ganz anderen Motiven ausgedacht und längst durch die Entwicklung überholt.

Meine Auseinandersetzungen mit Goldberg, der ein starrer, sich wörtlich an Instruktionen Erzbergers, und nur an diese, hält und ein gänzlich unpolitischer Kaufmann, dessen Herz an Rußland hängt, zu sein scheint, verlief durchaus konziliant.

Wucherpfennig hat mir einige Telegramme an Erzberger gegeben, die, absolut unklar abgefaßt, die Sache nur noch mehr verwirrt hätten. Ich habe daher, ohne mich zu weigern, die Telegramme durch Versehen mit dem Gesandtschaftsstempel absendungsfähig zu machen, die beiden Herren gebeten, sie zu ändern, worauf sie die Telegramme einsichtigerweise zurückzogen. Ich nehme an, daß Goldberg brieflich an Erzberger gleichzeitig mit diesem Bericht schreiben wird[4].

Ich habe Goldberg erklärt, daß ich nach der ganzen innerpolitischen Situation mit Freuden für eine Beteiligung der Mehrheitsparteien an den Verhandlungen der Regierungen eintreten werde, zumal dieser Gedanke von einem so klugen und von mir hochgeschätzten Manne, wie Herr Erzberger ausgeht, könnte aber nicht annehmen, daß die Mehrheit willens und in der Lage wäre, die Exekutive in Verhandlungen mit dem Ausland auszuschalten.

Der Schaden, der durch die Mitteilung Orlowskis nach Petersburg, durch Verwirrung der dortigen ohnehin schon sonderbaren Köpfe, angerichtet wird, läßt sich noch nicht übersehen; hoffentlich genügen meine anderen Mitteilungen, um die direkten Verhandlungen, die allein der Situation und der Kürze der Zeit entsprechen, zu erreichen. Orlowski selber hat gar nichts zu sagen, sondern berichtet nur nach Petersburg.

Ich habe die Empfindung, daß meine Übermittlung der Parvusschen Telegramme dort den Eindruck erweckt hat, ich geriete in Abhängigkeit von ihm. Ich konnte seinen ersten Wunsch nicht ablehnen. Ich habe, sowie ich

[4] Vgl. dazu Riezler an AA, Stockholm, 24. 11. 1917, Tel. Nr. 1888, PA, Wk 2 f Nr. 1, Bd. 1, in dem er sich darüber beklagt, daß Goldberg seine Anweisungen nicht befolge und Worowski gegenüber am 23. 11. nur für Verhandlungen mit den Reichstagsparteien, ohne die deutsche Regierung zu erwähnen, eingetreten sei. Über seine Unterredung mit Goldberg vom gleichen Tag vgl. sein Tel. Nr. 1893 vom 25. 11. 1917 und seinen Bericht vom 26. 11. 1917, PA, Wk 2, Bd. 56, und Wk 2 f Nr. 1, Bd. 2, sowie Goldbergs Schreiben an Erzberger vom 25. 11. 1917, ibid., in dem er ausführlich über seine Verhandlungen mit Worowski berichtet und sich über Riezlers Behandlung der Angelegenheit beschwert.

erkannte, daß die Bolschewiki ihm doch nicht alles sagen, andere Wege zu ihnen weiter, trotz ihm, benützen können. Er ist im übrigen durch loyale Haltung für eine rein praktische Behandlung eingetreten, die der Stellung unserer Regierung Rechnung trägt. Er sagt selbst, daß Lenin und Trotzki, die früher seine Schüler waren und die er vielleicht an Bedeutung überragen dürfte, die Tendenz haben können, ihn auszuschalten.
Die Affäre Erzberger — Goldberg habe ich selbstverständlich mit Parvus, der indes durch eine Meldung seiner Berliner Freunde davon Wind hat, nicht berührt. Das beste wäre vielleicht, Goldberg einfach abzurufen und eine eventuelle Antwort von Petersburg keinen Adressaten finden zu lassen. Die Russen werden sich dann an die Regierung wenden, wenn sie keinen anderen Ausweg haben. Hoffentlich gelingt es, die Sache über die Front ins Rollen zu bringen.
Von dem Gedanken der internationalen Revolution werden die Bolschewiki auch nach dem Friedensschluß nicht abzubringen sein. Es wird also im besten Falle ein höchst seltsamer Frieden ohne regelrechten Verkehr der beiden Völker. Der hiesige russische Gesandte, der unglücklichste Mann in Stockholm, weint über den unvermeidlichen Separatfrieden und sagt, die größte Schande wäre, daß die Deutschen sich stellten, als wollten sie eigentlich nicht. Ein gutes Verhältnis zu Rußland wird erst mit den Nachfolgern der Bolschewiki eintreten.
Verzeihen Sie die Eile, der Kurier geht ab.
Mit herzlichen Grüßen Ihr
im Diktat gez. Riezler.

5

Riezler an den Reichskanzler Graf Hertling. Stockholm, 26. November 1917

Ausfertigung. PA, Rußland 61, Bd. 137[a]

I B Nr. 73.

Die Freude über den Mut und die Entschlossenheit der bolschewikischen Regierung darf nicht dazu führen, den optimistischen Angaben der hiesigen Bolschewiki über die Dauer ihrer Regierung allzuviel Glauben beizumessen. So behaupten die hiesigen Vertreter seit dem Siege Lenins täglich, eine Koalition mit den anderen sozialistischen Parteien werde fraglos in kürzester Zeit gelingen und damit der Bestand und die Regierungsfähigkeit der neuen Machthaber gesichert sein. Das ist bis heute nicht nur nicht gelungen, sondern die Frage der Koalitionsbildung hat zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Bolschewiki selbst und

[a] In englischer Übersetzung bei Zeman, Germany and the Revolution, Nr. 89.

zur Absplitterung einer ganzen Anzahl Vertreter geführt. Ich darf zur Illustration der schwankenden Stellung der bolschewikischen Regierung auf das Haparandapressewarte-Telegramm vom 23ten verweisen. Zur Stunde haben wir es lediglich mit einer gewaltsamen Diktatur einer handvoll entschlossener Revolutionäre zu tun, deren Herrschaft das ganze übrige Russland gründlich verachtet und nur erduldet, weil diese Leute den sofortigen Frieden versprechen und wie man weiss, auch bringen werden.

Die Herrschaft dieser Leute wird nach menschlichem Ermessen den gesamten russischen Staat aufs tiefste erschüttern und vermutlich nach längstens einigen Monaten, wenn die raison d'etre der neuen Regierung weggefallen und der Krieg nach aussen endgültig beendet ist, von einem übermächtigen Unwillen des ganzen übrigen Russland wieder weggeschwemmt werden.

Das ist die Grundlage, auf der die Zweckmässigkeit der vom Abg. Erzberger eingeleiteten Aktion Goldbergs[1] beurteilt werden muss. So richtig die vom Reichstag in Fortführung der Politik des Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg in der Resolution vom 19. Juli festgelegte Verständigungspolitik auch ist, so darf sie doch nicht zu dem Gedanken verführen, durch eine Verhandlung der Mehrheitsparteien mit den Delegierten der gegenwärtigen russischen Machthaber eine Annäherung des deutschen und russischen Volkes im Sinne der Freundschaft der Völker einleiten zu wollen. Das ist der Gedanke, den Herr Goldberg in den Vordergrund gestellt hat. Es dürfte ein schwerer politischer Fehler sein, die Zukunft der deutsch-russischen Beziehungen auch nur scheinbar an das Schicksal und die Herrschaft der jetzigen russischen Machthaber zu binden. Die Zeit ihrer Herrschaft wird uns nicht mehr als den Waffenstillstand und vielleicht den formellen Frieden bringen. Ein regelrechter friedlicher Verkehr und ein freund-nachbarliches Verhältnis wird sich nach Lage der Dinge und bei der schweren Erschütterung, die Russland noch bevorstehen dürfte, erst nach geraumer Zeit, wenn die Ordnung langsam zurückzukehren beginnt, erreichen lassen. Dann wird es Zeit sein, dem russischen Volke und einer anderen russischen Regierung gegenüber Verständigungsaktionen im Sinne der Gedankengänge des Herrn Goldberg ins Werk zu setzen. Bis dahin wird nur eine zurückhaltende Behandlung der geschäftlichen Fragen durch die Vertreter der Staatsmacht selbst möglich und zweckdienlich sein, und uns den Uebergang zu guten Beziehungen auch mit einer neuen Regierung und dem nicht bolschewikischen Russland ermöglichen.

[eigenh.] Riezler

Inhalt: Die Lage in Petersburg.

[1] S. o. Dok. 4.

6

Riezler an den Reichskanzler Graf Hertling.
Stockholm, 3. Dezember 1917

Ausfertigung. PA, Wk 20 g, Bd. 8; Durchschrift PA, Gesandtschaft Stockholm 212

I B Nr. 107

Unter der Herrschaft der Bolschewiki wird ohne Zweifel die Loslösung der Fremdvölker von Rußland mächtige Fortschritte machen.
Das alte Rußland stand als ein im innersten Wesen centralistischer Staat auf der Einheit seiner drei Grundsätze Autokratie — Orthodoxie — Slaventum. Mit einem jeden dieser drei Grundsätze fällt das ganze Gebäude. Mit jedem Schritt, mit dem sich Rußland von der Autokratie entfernte, mußte es sich auch von der Einheit des Nationalstaats entfernen. Ein Parlament an der Regierung beteiligen heißt, den diversierenden Tendenzen der Grenzvölker die Grundlage ihrer Entfaltung geben. Seit dem ersten Tage der Revolution hat die Bewegung auf Selbständigkeit der Fremdvölker unaufhaltsam an Boden gewonnen und so sehr auch die Männer der verschiedenen provisorischen Regierungen, insbesondere die Kadetten, dem zu steuern versuchten, auf dem Boden der Demokratie ist eine Bändigung der Grenzvölker nicht möglich. Der Versuch der Kadetten und rechts stehenden Sozialisten, an Stelle der Einheit: Autokratie — Orthodoxie — Nationalität, die Idee einer föderativen Republik unter großrussischer Führung zu setzen ist bis jetzt gescheitert. Den Russen fehlt die deutsche Fähigkeit verträglicher Cooperation und organisatorischen Ausgleichs. Die byzantinische Schule eines Jahrtausends kann nicht durch die Theorien weniger Monate ersetzt werden. Heute können sowohl Finnland als die Ukraine und der Kaukasus, ja sogar Estland als de facto selbständige Gebilde angesehen werden. Die Macht Petersburgs über diese Gebilde beruht nur auf dem Weiterarbeiten der Reste des alten centralistischen Verwaltungsapparats, auf der noch im großen ganzen vorhandenen Einheit der mobilisierten Armee und auf der Gemeinsamkeit der Interessen der in den einzelnen Grenzgebieten stationierten bolschewistischen Soldateska.
Die bolschewistische Herrschaft bedeutet einen weiteren gewaltigen Ruck nach links. Lenin und Trotzki werden sich den centrifugalen Tendenzen der Grenzvölker nur insoweit widersetzen, als sie auf die in Finnland und Estland plündernde und sengende bolschewistische Soldateska Rücksicht zu nehmen gezwungen sind. Die Bolschewiki wissen, daß ihre Macht sich in erster Linie auf Großrußland stützen muß, und in Großrußland allein leichter aufrechterhalten werden kann. Sie sind internationale Revolutionäre und haben allen Völkern Rußlands feierlich die Freiheit versprochen und werden die Einheit einer russischen Nation

weder theoretisch anerkennen noch praktisch aufrechterhalten wollen.
Unter diesen Umständen dürfte die Herrschaft der Bolschewiki bei einiger Dauer zu einem vorübergehenden Zerfall Rußlands führen, zumal wenn [durch] eine zurückflutende Armee eine weitere und kaum vermeidbare Verschärfung der Transport- und Zahlungsmittelkrise das gesamte Leben des Landes weiter erschüttern und schließlich jede Gegend für sich die Rückkehr zur Ordnung, die im Kleinen leichter ist als im Großen, auf eigene Faust und nach verschiedenen politischen Methoden in die Hand nehmen wird.
Menschlichem Ermessen nach wird dieser Zerfall nur ein vorübergehender sein. Über kurz oder lang wird der Zwang der Dinge, die Einheit der wirtschaftlichen Interessen und seelischen Grundstimmungen die vorübergehend abgesprengten Teile wieder zu Moskau zurückführen[a]. Ob diese Rückentwicklung Jahre oder Jahrzehnte dauern wird, vermag niemand zu sagen. Sie leicht zu bewältigen würde nur ein Zar, der die alte Formel der Autokratie, Orthodoxie und Nationalität wieder in Kraft zu setzen vermag, im stande sein. Ein parlamentarisches Rußland wird vielleicht Jahrzehnte mit den Sonderbestrebungen der einzelnen Völkerschaften beschäftigt werden können.
Während mit Einschluß der Bolschewiki alle Russen, die sich hier mit Vermutungen über die wahrscheinliche Fortentwicklung der Dinge in Rußland beschäftigen, an einen schließlichen Sieg der Reaktion glauben, halten die meisten eine Rückkehr zur Autokratie für unmöglich und sehen die Erben der Bolschewiki in den Kadetten.
Sollten Lenin und Trotzki an der Macht bleiben, so dürfte es möglich sein, die volle Unabhängigkeit Finnlands, eine weitgehende Selbständigkeit der Ukraine, des Kaukasus und Estlands durch die Theorien der Bolschewiki und die Entwicklung selbst zu erreichen, ohne die deutsch-russischen Beziehungen im Friedensvertrag für alle Zeit mit dem weiteren Schicksal dieser Völker zu belasten.

[eigenh.] Riezler

Inhalt: Die Fremdvölkerbewegung und die Bolschewikiherrschaft.

[a] Am Rand angestrichen und „ja“ in Bleistift von der Hand Bussches.

7

Riezler an den Reichskanzler Graf Hertling. Stockholm, 9. Dezember 1917

Ausfertigung. PA, Rußland 61, Bd. 137; Durchschrift PA, Gesandtschaft Stockholm 212

I B Nr. 132.

Eilt

Euer Exzellenz darf ich in Anschluß an anderweitige Meldung[1] über eine längere Unterhaltung, die ich gestern mit dem nunmehr zum Vertreter der Petersburger Regierung für Skandinavien ernannten Herrn Wazlaw Worowski (P. Orlowski) hatte, das nachstehende berichten.
Herr Wazlaw Worowski hatte schon vor geraumer Zeit den Gedanken gefaßt, sich sofort nach Empfang seiner Vollmachten bei einem gemeinsamen Bekannten[2] rein privatim mit mir auszusprechen. Nachdem er vorgestern seine Vollmachten erhalten hatte, fand diese Unterredung gestern in zwangloser Form statt. Worowski machte einen durchaus verständigen und gebildeten Eindruck. Er sprach ohne Rückhalt von der Lage in Rußland, der Verworfenheit der Regierungen der Entente und suchte die politischen Ideen seiner Partei mit einem leichten Unterton von Selbstironie verständlich zu machen.
Die Herrschaft seiner Partei in Rußland sieht er als gefestigt an, wenngleich sie gegenüber einer zahlreichen und erbitterten Gegnerschaft noch immer eines rücksichtslosen Terrorismus bedarf. In der konstituierenden Versammlung würden nur drei Parteien, die Bolschewiki, die Sozialrevolutionäre und die Kadetten in Betracht kommen. Die Sozialrevolutionäre würden sich wohl spalten und zum weitaus größeren Teil den Bolschewiki Gefolgschaft leisten. In der ersten Sitzung der konstituierenden Versammlung[3], die am 11. Dezember, also einen Tag vor der Wiederaufnahme der Waffenstillstandsverhandlungen[4] stattfinden soll, käme vermutlich die Friedensfrage zur Verhandlung: erhalte die Leninsche Regierung, was wahrscheinlich sei, ein Vertrauensvotum, so könnten die

---

[1] Vgl. Riezler an AA, Stockholm, 8. 12. 1917, Tel. Nr. 1987, PA, Gesandtschaft Stockholm 212, in englischer Übersetzung bei Zeman, Germany and the Revolution, Nr. 100.
[2] Alfons Paquet, s. o. S. 91.
[3] Am 25. 11. 1917 hatten die Wahlen für die konstituierende Versammlung stattgefunden. Die 1. Sitzung sollte am 11. 12. 1917 sein, es kam jedoch nur zu einer Demonstrationskundgebung der nichtbolschewistischen Abgeordneten. Bunyan-Fisher, S. 338 ff.
[4] Am 26. 11. 1917 war an der deutsch-russischen Front der Zusammentritt der Waffenstillstandskommissionen vereinbart worden, am 3. 12. fanden die ersten Waffenstillstandsverhandlungen statt. Sie wurden am 6. 12. zwecks Berichterstattung der Delegationen an ihre Regierungen unterbrochen und am 13. 12. fortgesetzt. In der Nacht vom 15. zum 16. 12. wurde der Waffenstillstand unterzeichnet. Steglich, Friedenspolitik, S. 244 ff.

Waffenstillstandsverhandlungen fortgehen; es schiene ihm allerdings möglich, daß eine Abstimmung durch schwere und erregte Debatten am ersten Tage nicht zu stande käme, in welchem Falle die Frist für die Wiederaufnahme der Waffenstillstandsverhandlungen wohl um einige Tage verlängert werden müßte. Er meint, seine Regierung sei, um die Empfindungen Rußlands zu schonen und ihren Gegnern im Lager der Kadetten und rechten Sozialisten keine Waffen zu liefern, gezwungen, den Gedanken des allgemeinen Friedens in den Vordergrund zu stellen, die Bundesgenossen immer wieder zur Teilnahme an den Verhandlungen aufzufordern und einen, diesen Rücksichten entsprechenden Verhandlungsmodus zu wählen. Auch als theoretische Vertreter des allgemeinen Friedens könnten die Bolschewiki, obwohl sie Lloyd George, Clemenceau und Wilson nicht viel höher als Nikolaus II. einschätzen, nicht anders handeln. Nicht anders wäre es mit den Aufrufen an die Proletarier aller Länder, den Krieg durch internationale Revolution zu beenden. Deutschland müßte verstehen, daß ein derartiges Verfahren für die bolschewistische Regierung unvermeidlich wäre. Auf eine Bemerkung meinerseits, daß der Friede auf dem Wege über die Herren Haase und Ledebur[5] nicht erreichbar wäre und jeder Versuch in dieser Richtung nur zu einer Blamage der durch die Sozialistenkonferenz bereits kompromittierten demokratischen Methoden der auswärtigen Politik führen müßte, erwiderte Herr Worowski, daß der Friede auf dem Weg über die deutsche sozialistische Minderheit allerdings für seine Regierung der der idealen Theorie entsprechende Weg wäre; da aber die deutschen Arbeiter die Aufrufe der bolschewistischen Regierung nicht mit Arbeitseinstellungen beantworteten, würde man es eben bei den Aufrufen bewenden lassen. Er schien einzusehen, daß seine Partei nun nicht mehr als Opposition der deutschen Opposition, sondern als Repräsentantin der Staatsmacht der deutschen Regierung gegenübertrete und gab auch zu, daß ein Versuch, nur mit Herrn Ledebur zu verhandeln, einem deutschen Versuch den Frieden nur mit den Romanows zu schließen, gleichzustellen sei. An die Möglichkeit einer Revolution in Deutschland glaubt er nicht, während er in Frankreich und Italien eine solche für möglich hält. Er hat sogar eine gewisse Bewunderung für die weitausschauende Politik Seiner Majestät des Kaisers nicht geleugnet, die durch ihr konsequentes Betonen des Verteidigungsgedankens, durch das Friedensangebot und die dauernde Friedensbereitschaft den Gegensatz zwischen den Volksmassen und den imperialistischen Regierungen, der zur russischen Revolution führen mußte, nicht hat entstehen lassen und nun den deutschen Staat ohne Angst von revolutionären Krisen kann umbranden lassen.

Er sieht bis zur Einleitung konkreter Verhandlungen zwischen den Regierungen noch manche Schwierigkeit und Mißverständnisse voraus und

---

[5] Georg Ledebour (1850—1947), Journalist, 1900—1918 MdR (SPD), gehörte seit 1915 zur Opposition in der SPD, 1917 USPD.

ist bereit, seinerseits alles zu tun, um, wenn die Entwicklung an der Front nicht zu einem brauchbaren Verhandlungsmodus führen sollte, an der Verabredung eines für beide Regierungen gangbaren Weges mitzuhelfen. Über eine geheime telegraphische Verbindung mit seiner Regierung hofft er in einigen Tagen verfügen zu können. Er meint, seine Regierung würde wohl einer Friedensdelegation einige Mitglieder der konstituierenden Versammlung und als unvermeidliche Dekoration einen Matrosen, einen Soldaten und einen Bauern mitgeben und wünscht natürlich, daß auch der deutschen Delegation einige leidlich entsprechende Dekorationsstücke mitgegeben würden, ohne indes diesem Punkt eine besondere Wichtigkeit beizumessen.

[eigenh.] Riezler

Inhalt: Unterredung mit Orlowski.

8

Riezler an das Auswärtige Amt. Stockholm, 15. Dezember 1917

Ausfertigung. PA, Wk 2 geh., Bd. 53; Durchschrift PA Gesandtschaft Stockholm 212[a]

Entzifferung.

Telegramm Nr. 2036.

Antwort auf Telegramm Nr. 1717[1].
Richtig, daß Orlowski gern Verhandlungen Stockholm haben will, auch sich zu Freunden dahin geäußert, Gegensatz zwischen Reichstag und Heeresleitung müsse ausgenützt werden. Parvus, der Rolle spielen will, arbeitet ebenfalls für Stockholm. Ich habe beiden Plänen nachdrücklichst entgegengearbeitet. Orlowski versichert, daß er meine Argumente dagegen Trotzky übermittelt habe. Ich habe soeben in mehrstündiger Unterredung Orlowski energisch dargestellt, daß und warum Stockholm gänzlich ungeeignet; ihn ferner vor jedem Versuch innerdeutsche Experimente zu machen ernstlich gewarnt und gesagt, daß keine deutsche Partei einem solchen Versuch gegenüber öffentlicher Meinung nachgebe. Deutsche Regierung werde von allen Gegnern der Bolschewiki gedrängt Frieden, den auch Nachfolger schließen müßten nicht mit Bolschewiki zu machen, sondern diese vielmehr durch Erklärung ihrer Verhandlungsunfähigkeit in Rußland zu entwurzeln. Deutsche Regierung lehne dies ab, könne sich

[a] In englischer Übersetzung bei Zeman, Germany and the Revolution, Nr. 106.

[1] AA an Riezler, 13. 12. 1917: Orlowski habe einem Kopenhagener Vertrauensmann mitgeteilt, seine Regierung wünsche, daß die Friedensverhandlungen in einem neutralen Land, z. B. in Stockholm, und durch Parlamentarier geführt würden. Kühlmann betonte, daß beides vom deutschen Standpunkt aus unerwünscht sei. PA, Gesandtschaft Stockholm 212. Zu dieser russischen Forderung vgl. Steglich, Friedenspolitik, S. 247 f.

aber nicht dem Risiko einer Verhandlung unter praktisch aussichtslosen Formen aussetzen. Orlowski gab zu, daß Bolschewiki durch deutsche Weigerung gestürzt werden könnten, bat nur in Berlin zu berücksichtigen, daß Bolschewiki an Aufmachung mit demokratischer Kontrolle und Möglichkeit der sofortigen Veröffentlichung gebunden wären und außerdem Alliierten Zutritt offenhalten müßten. Ein Versuch auf die Zusammensetzung der deutschen Delegation einzuwirken, werde nicht gemacht werden. Auf mehrmalige Frage gab er zu, aus Petersburg keine genauen Mitteilungen über dortige Stellungnahme zu Gang und Form Verhandlungen zu haben. Ich nehme an, daß aus seinen Wünschen mehr Parvus und Goldberg als seine Regierung spricht, und daß insbesondere Trotzky, wenn kein anderer Weg eröffnet wird in Brest unter äußerlicher Wahrung der auch für ihn notwendigen bolschewikischen Verhandlungsformen verhandeln wird. Orlowski hat Berechtigung meiner Argumente zugegeben, wenn auch der Goldbergsche Gedanke breiter Verhandlungen der Völker zwecks Verbesserung der Bedingungen nicht ganz aus seinem Kopf will. Er wird abermals nach Petersburg berichten, außerdem ist direkter Bote Petersburg mit nachdrücklichen Mitteilungen an Trotzky unterwegs.

Riezler.
Lucius.

9

Riezler an das Auswärtige Amt. Stockholm, 24. Januar 1918

Maschinenschriftliches Konzept mit Korrekturen und Namenszeichen von der Hand Riezlers. PA, Gesandtschaft Stockholm 212; Entzifferung PA, Rußland Politisches Nr. 1, Bd. 12

I B Nr. 363

T. i. Z.
Nr. 159

Auf Telegramm Nr. 128[1]. Im Anschluß an Telegramm Nr. 152 und 153[2].
Aus der Umgebung von Worowski wird mir mitgeteilt, daß er auf die

[1] v. d. Bussche für Riezler, 32. 1. 1918, PA, Gesandtschaft Stockholm 212: Riezler möge mitteilen, wie er nach seinen Gesprächen mit Worowski die Chancen für den Fortgang der am 21. 1. unterbrochenen Verhandlungen in Brest und die Wirkung der Wiener Streiks auf die Bolschewisten beurteile.

[2] Riezler an AA, Stockholm, 24. 1. 1918, PA, Gesandtschaft Stockholm 212, auf die in Anm. 1 zitierte Anfrage: Die Wiener Vorgänge hätten bei Worowski neue Hoffnungen auf eine Revolution bei den Zentralmächten erweckt. „Ich habe Eindruck, dass nur eine feste Haltung gegenüber Petersburg und Ablehnung jeder weiteren Verzögerung den Bolschewiki diese Hoffnungen nehmen und zum Abschluss zwingen kann. Dagegen wäre gegenüber Ukraine, falls Wiener Fortgänge auch dort zu neuen Forderungen führen sollten, eine nachgiebige Haltung aussichtsreicher." „Die Petersburger Regierung wird von rechts als vom deutschen Imperialismus gekauft, von links als zu bürgerlich angeklagt. Es ist für sie vollkommen unmöglich, der bürgerlich-kapitalistischen Welt der Zentralmächte einzuräumen, dass diese nicht imperialistisch wäre. Sie könnten dies auch dann nicht, wenn Mittelmächte nach den Forderungen ihrer Sozialisten alle imperialistischen Posi-

ersten Wiener Nachrichten[3] gesagt hat, nun beginne die internationale Revolution, auf die Beilegung der Streiks aber resigniert gemeint habe, er wisse sehr wohl, daß deutsche Arbeiter zu jeder Revolution unfähig seien. Er bezeichne einen schnellen Abschluß in Brest als unbedingt notwendig ⟨und nimmt an, daß dieser bald erfolgen werde⟩[a]. Die Sendung des jüngst hier durchgereisten Sekretärs von Guesde[4] Dubois, der Frieden verhindern soll, sei aussichtslos.

Auch Herr von Heidenstamm[5] teilt meine Ansicht, daß die Brester Verhandlungen, wenn festgehalten und in der Presse eine halbwegs leidliche Fassade hergestellt wird, trotz der Wiener Ereignisse, abgeschlossen werden können. Aber auch nur dann. Durch Äußerungen über weiteres Nachgeben in der Friedensfrage, wie sie die Wiener Staatsmänner bei Streikbewegung getan haben[6], werden Bolschewiki zu neuen Manövern förmlich gezwungen, da sie angesichts derartiger Erfolge ihrer Agitation außer stande sind, den Abschluß zu rechtfertigen. Wenn Österreich den Frieden schnell will, ist nach meinen aus den Gesprächen mit den Bolschewiki und anderen gewonnen Eindrücken der einzig mögliche Weg, bei weiteren Forderungen der Ukraine in der ostgalizischen Frage nachzugeben[7], bei weiteren Forderungen des Nordens aber durch Ablehnung weiterer Zugeständnisse und durch Befristung der bisher gemachten die von den Bolschewiki benötigte Zwangslage zu schaffen. Eine resultatlose Rückkehr der Bolschewiki aus Brest hat ihren Sturz zur Folge. Worowski bezeichnet das als zweifellos. Das Risiko einer derartigen Haltung gegenüber dem Norden ist gering, da bei den herrschenden Zuständen aus dem Norden nichts herauszuholen ist und auch der schönste Vertrag über Warenaustausch mit dem Norden lange leeres Papier bleiben wird[b].

Rzl.

---

[a] ⟨...⟩ in der Vorlage gestrichen.

[b] Am Rand des entzifferten Telegramms: „bitte Inhalt dieser Depesche Gf. Czernin mitteilen."

tionen aufgäben. Bolschewiki können nur unter dauernden Attacken auf Imperialismus einer durch ihn geschaffenen Zwangslage weichen. Da ihre ganze Ideologie den revolutionären Kampf gegen die ganze Bourgeoisie predigt, die für russische Begriffe alles rechts von Liebknecht umschliesst, kann sie eine Verständigung im Sinne Reichstagsresolution mit nicht bolschewistischen Staaten nicht proklamieren. In dem jetzigen Stadium der Verhandlungen erschweren die diese psychologische Lage verkennenden Auslassungen unserer linken Presse und Österreich-Ungarns den Bolschewiki den Abschluss."

[3] Streiks in Wien, 14.—21. 1. 1918. S. o. Tgb. 29. 1. 1918.

[4] Jules Guesde (1845—1922), Teilnehmer am Kommuneaufstand, Mitglied der sozialistischen Partei, Führer ihres marxistischen Flügels, im Krieg sehr patriotisch, 1914—1915 Minister ohne Portefeuille.

[5] Carl Gerhard von Heidenstam, schwedischer Diplomat, im schwedischen Außenministerium tätig.

[6] Vgl. Steglich, Friedenspolitik, S. 332 f.

[7] Seit dem 13. 1. 1918 verhandelten die Vertreter der Zentralmächte in Brest getrennt mit einer ukrainischen Delegation über Friedensbedingungen. Diese forderte das polnische Gouvernement Cholm und freie Volksabstimmung für die in Galizien lebenden Ukrainer über ihren Anschluß an Österreich-Ungarn oder die Ukraine. Steglich, Friedenspolitik, S. 334 ff.

10

Riezler an den Reichskanzler Graf Hertling. Stockholm, 24. Januar 1918

Ausfertigung. PA, Rußland 61, Bd. 141; Durchschrift PA, Gesandtschaft Stockholm 212

I B Nr. 356.

Das Bild, das sich von hier aus aus Zeitungen, Agentennachrichten, aus Erzählungen und Meinungen aller Arten von Flüchtlingen über die Lage in Rußland und ihre wahrscheinliche weitere Entwicklung gewinnen läßt, ist ein völlig verzweifeltes. Alles, was ich in den letzten Monaten von hier aus habe beobachten können, bestärkt mich in meiner schon öfters berichteten Auffassung, daß die Zeit schwerster Erschütterungen des schon jetzt schwer erschütterten Landes erst begonnen hat.
Die Häupter der englischen Wirtschaftsinteressen in Rußland, die mit Sir George Buchanan Rußland verließen[1], haben wohl, wie der Botschafter selbst, das Land nicht zu früh verlassen. Auf ein unvergleichliches Werk der Zerstörung kann der englische Botschafter mit Stolz zurückblicken. Liegen auch unter den Trümmern mehrere englische Milliarden verschüttet, so wird doch Deutschland aus dem Chaos den erhofften Nutzen nicht ziehen können. Auch die Meinungen und Urteile, die mir aus der Reisegesellschaft des englischen Botschafters zugetragen wurden, lauten für die nächste Zukunft Rußlands trostlos.
Das Land wiegt sich in dem Wahne, als würde mit dem Frieden, von dem es Wunder erwartet, auch die Ordnung zurückkehren. Davon kann keine Rede sein. Die Bolschewiki, Meister der Zerstörung, sind unfähig aufzubauen. Was die Zersetzung unter den Regierungen der ersten Revolution noch hat bestehen lassen, scheinen die Bolschewiki in den zweieinhalb Monaten ihrer bisherigen Herrschaft völlig verwüstet zu haben. Die Völker sind befreit. Außer Finnland und der Ukraine haben sich Estland, das Dongebiet, der Kaukasus, Turkestan, Sibirien, der Nordural und der Südural als mehr oder minder selbständige Republiken konstituiert und weitere werden allerorten entstehen, je nachdem da und dort ein paar Jünglinge die Lust ankommt, gestützt auf ein zusammengelaufenes Soldatenkomitee, eine Regierung zu bilden. Bildungen des Tages, die freilich so schnell verschwinden können, wie sie entstanden sind. Der Kapitalismus ist durch Dekrete abgeschafft — in der Zeit einer schwersten Zahlungsmittelkrise mußte man die Banken schließen. Inmitten völlig zerrütteter Arbeiterverhältnisse will man die Industrie verstaatlichen. Gemäß einer Theorie, die jede Evolution als Halbheit verdammt und den kommunistischen Staat auch ohne langsame Vorbereitung mit den Mitteln der Gewalt schaffen zu können glaubt, packt man alles gleichzeitig an: den Kampf mit den Unternehmern, den Banken, dem Grundbesitz,

[1] S. o. Tgb. 14. 1. 1918, Anm. 11.

stößt den Eisenbahnverband vor den Kopf und verprellt die anderen sozialistischen Parteien mit derselben Gleichgültigkeit gegen alle konkrete Realität, wie man in der äußeren Politik alle Großmächte gleichzeitig vor den Kopf stößt und mitten im Kampf gegen Kaledin[2] mit Ultimatums an die Ukraine und Rumänien um sich wirft und statt sich mit der Festigung des Bolschewismus in Rußland zu begnügen, ihn in anderen Ländern verbreiten und erzwingen will. Die alte Verwaltung ist wie die alte Armee völlig zerstört. Alle Beamte, die nicht des Lebens Not in den Dienst der Bolschewiki gezwungen hat, halten sich mehr oder minder versteckt — viele tüchtige Beamte und Offiziere sollen sich in das Dongebiet oder die Ukraine gezogen haben, ebenso wie viele Kaufleute mit ihren Geldern und Geschäften. Die alte Verwaltung, ebenso wie in den meisten Gegenden die Gerichte, sind durch die Komitees der Arbeiter- und Soldatenräte ersetzt. Es ist der Plan der Bolschewiki, diese Soldatenkomitees zu regelrechten Verwaltungsorganen auszubauen. Die Bolschewiki rühmen die Tüchtigkeit und Integrität dieser praktischen Männer des Volkes. In der Tat scheint in den ersten Wochen der Novemberrevolution eine Begeisterung der Komitees für ihre revolutionäre Sache sie in einigen Städten zu gewissen Leistungen in der äußeren Ordnung und der Lebensmittelversorgung befähigt zu haben. Diese Begeisterung ist bald der echt russischen Ermüdung gewichen und daß heute die Soldatenkomitees im Durchschnitt zum mindesten ebenso bestechlich sind, wie die Beamten des alten Regimes, unterliegt keinem Zweifel. Die Banken dürfen nur Checks honorieren, die von den Arbeiter- und Soldatenkomitees als zur Lohnzahlung bestimmt, abgestempelt sind. Gegen 5—8 % Provision erhält jeder diesen Stempel. Auch Trotzkis Unterschrift unter Pässen soll, um bei den ausführenden Organen zu wirken, der Bekräftigung durch Rubelscheine bedürfen. Soweit von hier aus ersichtlich, scheinen die bolschewistischen Behörden statt besser, schlechter zu werden und einer gänzlichen Verwilderung anheimzufallen.

Es muß vermessen erscheinen, unter diesen Umständen, zumal aus der Ferne, über die nähere oder fernere Zukunft des russischen Reiches auch nur Wahrscheinlichkeiten zu behaupten. Jeden Augenblick scheint das Unwahrscheinlichste wirklich werden zu können. Wer entgegen den Lehren der Geschichte die Vernunft für eine politische Macht hält, müßte den Höhepunkt der Tollheit für erreicht und die baldige Rückkehr der Ordnung für wahrscheinlich halten. Ich glaube an die Wahrscheinlichkeit einer baldigen Rückkehr geordneter Zustände nicht. Die Arbeiter- und Soldatenräte erhalten neuen Zuzug aus der zurückflutenden Front, die Soldaten begeben sich ihrer Waffen nicht. Sie werden nicht leicht freiwillig auf die einträgliche Gewaltherrschaft, die sie sich eingerichtet haben, verzichten. Die Anfänge einer Gewalt, die sie ablösen könnte, sind noch

[2] Alexej Maximowitsch Kaledin (1861—1918), General der Kavallerie, Sommer 1917 bis Februar 1918 Hetman der Donkosaken, organisierte im Dongebiet die gegenrevolutionäre Bewegung gegen die Bolschewisten.

nicht zu sehen. Wenn nicht einzelne Teile der Armee stark und diszipliniert genug sind, um einen mutigen General, der sein Vaterland retten will, als [zu]verlässige Stütze zu dienen, vermag ich nirgends die Organisation einer realen Macht zu erblicken, die die Ordnung wiederherstellen, die Arbeiter- und Soldatenkomitees entwaffnen und verjagen könnte. Wie der große Raum so lange den Sieg der Revolution erschwert und verhindert und sie bis zum März 1917 über kurze lokale Erfolge in einzelnen Städten nicht hat hinauskommen lassen, so verteidigt er heute die Revolution gegen die Reaktion. Vom Dongebiet aus läßt sich mit einigen tausend Kosaken und den dorthin geflüchteten Offizieren des alten Regimes das Land nicht zurückerobern. Mögen aus dem Innern Rußlands sich auch die Meldungen häufen, daß der Bauer den Zaren zurücksehne, solche Seufzer über den Wirrwarr der Gegenwart genügen noch nicht, um den Zaren zurückzuholen, der, wenn überhaupt, nur als ein völlig anderer in ein völlig anderes Volk zurückkehren kann. Noch immer ist die Kraft der Worte „Freiheit und Revolution" ungeheuer und der Kampf gegen die Gegenrevolution eine Parole von besonderer Zugkraft. Trotz aller Äußerungen der Ermüdung und Enttäuschung darf nicht vergessen werden, daß die Revolution der ganze Inhalt der russischen Geistesgeschichte des XIX. Jahrhunderts ist und eingepreßt zwischen Orthodoxie und Autokratie zu einem Glauben von besonderer Kraft langsam herangewachsen ist. Einige Monate der Enttäuschung können ihn nicht aus den Seelen der Menschen reißen.

Die russische Revolution ist keine Reihe von Zufällen, sondern eine elementare geistige und materielle Freiheitsbewegung, die, was immer kommen mag, Rußland und das russische Volk gründlich umgestalten wird.

Für wahrscheinlicher als eine Gegenrevolution halte ich eine Fortdauer der Anarchie unter wechselnden Regierungen. Schon jetzt sollen links von den Bolschewiki sich anarchistische Gruppen bilden, denen Lenin und Trotzki als reine Typen des Bourgeois gelten. An eine praktisch aufbauende und das zerrissene Land wieder sammelnde Tätigkeit eines vernünftigen Parlaments vermag ich nicht [zu] glauben. Es wäre zum ersten Mal in der Geschichte, daß die Herrschaft eines gemäßigteren Parlaments auf eine terroristische Revolutionsregierung folgte. Die ungesetzlichen und handfesten Arbeiter- und Soldatenräte werden sich auch weiter als stärker erweisen, denn ein gesetzliches und ungefüges allrussisches Parlament. Zudem scheinen die sozialistischen Parteien rechts von den Bolschewiki über keine Persönlichkeiten zu verfügen: auch Tschernow[3] ist nur ein theoretischer Schwätzer, den Trotzkis und Lenins weit unterlegen.

Auch an die Möglichkeit, die heute auseinanderstrebenden Völkerschaften durch den Gedanken einer Bundesrepublik mit den Mitteln des Par-

[3] Viktor Michailowitsch Tschernow (1876—1952), Führer der Sozialrevolutionären Partei, 1899—1917 Emigration; Landwirtschaftsminister in der 1. und 2. provisorischen Regierung, Vorsitzender der Nationalversammlung, 1921 Emigration.

lamentarismus wieder zusammenzufassen, vermag ich nicht zu glauben. Eine föderative Bundesrepublik läßt sich leichter proklamieren als schaffen. Über die rein theoretische Forderung einer solchen scheint man noch nicht hinausgelangt. Spuren eines praktisch brauchbaren Entwurfes einer Bundesverfassung oder auch nur die Vorstellung der ungeheuren konkreten Schwierigkeiten einer solchen politischen Konstruktion habe ich von hier aus nicht entdecken können. Ein schöpferischer Geist, dem ein solches Werk zuzutrauen wäre, ist bisher nicht hervorgetreten. Es fehlt die erforderliche politische Bildung, wie die Begabung, Staaten auf dem Wege des Vertrages zu schaffen. Von den drei Grundpfeilern, auf denen der alte, aus der Gewalt hervorgegangene Staat ruhte, Autokratie, Orthodoxie und Nationalität, ist jeder einzelne geborsten. Autokratie und Orthodoxie dürften allein imstande sein, die Einheit der Nationalität wieder zu begründen. Aber die Mittel, mit denen die alte Dreieinigkeit wieder aufgerichtet werden soll, sind heute ebensowenig zu sehen, als neue und andere Grundlagen, auf denen eine schon sichtbare Zukunft das alte Gebäude in seiner Größe und Geschlossenheit wieder errichten könnte.

Wer soll das planmäßig bewaffnete Proletariat wieder entwaffnen, wer die feiernden Arbeiter in Petersburg, denen die Regierung mit immer neugedruckten Rubeln hohe Löhne zahlt, wieder zur Arbeit führen? Wahrscheinlicher als eine baldige Wiederkehr der Ordnung ist, daß — unter weiterer Verringerung der zentralen Gewalt zu gunsten lokaler und immer selbständigerer Gebilde — noch eine Reihe schnell abwirtschaftender Pöbelregierungen sich folgt, bis eine ungeheure Ermüdung das Land Stück für Stück einer vermutlich in der Provinz sich langsam konsolidierenden Gegenrevolution in die Arme treibt.

Es dürfte sich nach Abschluß des Friedens zeigen, daß es weit leichter ist, mit dem heutigen Rußland Krieg zu führen, als mit ihm in Frieden zu leben. Ich glaube nicht, daß die Petersburger Regierung die Macht hat, die Einzelbestimmungen eines Friedensvertrages auszuführen oder einzuhalten. Die Aufnahme der wirtschaftlichen und rechtlichen Beziehungen wird zu unzähligen Zwischenfällen aller Art führen, denen auch eine im Prinzip wohlwollende russische Regierung mehr oder weniger wehrlos gegenüberstehen dürfte. Wenn unser ganzes Interesse die Schwächung Rußlands wäre, so hätten wir es leicht, uns mit dem formellen Frieden zu begnügen. Verlangt unser wirtschaftliches Interesse aber die Wiederaufrichtung einer leidlichen Ordnung, die wir selbst nicht herstellen wollen oder können, so stehen wir vor einer verzweifelten Aufgabe.

Ich glaube nicht, daß diese Aufgabe in Großrußland für die nächsten Monate lösbar ist. Wir werden gezwungen sein, Großrußland noch für einige Zeit seinem Jammer zu überlassen und unsere Hoffnungen auf die Ukraine zu setzen. Ihrer sozialistischen Ideologie scheint mir praktische Bauernschlauheit und Freude am Gewinn und Besitz beigemischt zu sein. Auch die Ukraine wird es so schwer haben am Rande eines

Chaos als leidlich geordneter Staat zu entstehen. Vermutlich werden die aufbauenden Kräfte in Rußland, die mit der Donrepublik Kaledins allein nicht zu siegen hoffen können, auf sie ihre Hoffnung setzen. Den Süden, dem auch in einem wiedergeeinten Rußland der Zukunft das Übergewicht zufallen dürfte, gegen den Norden zu stützen, seine separatistischen Neigungen zu stärken, in ihm unseren Einfluß breit zu befestigen, durch ihn auch die Verbindung mit dem bürgerlichen Rußland einer besseren Zukunft zu suchen, ist zur Zeit der einzig mögliche Weg für eine deutsche Politik, die sich versagen muß, nur zu zerstören.
Würde Österreich-Ungarn wagen können, gegen den Besitz von Lemberg die Vorherrschaft in Kiew einzutauschen, so wäre auch die dauernde Trennung Südrußlands von Großrußland ein erreichbares politisches Ziel. Andernfalls wird, mögen auch soziale und politische Gegensätze noch lange eine Wiedervereinigung der Ukraine mit Großrußland verhindern können, neben den starken wirtschaftlichen Faktoren der unausgleichbare polnisch-ukrainische Streit die Ukraine schließlich in der einen oder anderen Form einem russischen Reiche wieder zuführen, in dem sie einen vermehrten Einfluß und einen noch jugendlichen Nationalismus gegen Österreich und Polen geltend machen wird.

[eigenh.] Riezler

Inhalt: Lage in Rußland.

11

Riezler an das Auswärtige Amt. Stockholm, 26. Januar 1918

Konzept. PA, Gesandtschaft Stockholm 212

I B Nr. 376

T. i. Z.
Nr. 175

Deutsche Zeitungen mit Rede Eberts im Hauptausschuss[1], Begrüssung der österreichischen Proletarier verstärkt durch Eindruck Zensurmassnahmen[2] und heftige Polemik der Rechten wirken auf Friedensneigung hiesiger Bolschewiki zerstörend. Es könnte gelingen, Eindruck Wiener Vorgänge durch Hinweise auf ruhiges Verhalten deutscher Sozialdemokratie abzuschwächen, so aber sehen Bolschewiki auch Deutschland vor der

[1] Sitzung vom 22. 1. 1918, in der Ebert erklärte, die SPD begrüße das Vorgehen der streikenden Arbeiter in Österreich und fühle sich mit ihnen solidarisch. Er wies, ebenso wie nach ihm Scheidemann, darauf hin, daß auch in Deutschland ein solcher Streik möglich sei. Frankfurter Zeitung, 23. 1. 1918, 2. Morgenblatt.
[2] Verbot des Vorwärts am 21. 1. 1918 wegen der Berichterstattung über die Vorgänge in Österreich.

Revolution. Die deutsche Sozialdemokratie irrt gründlich, wenn sie glaubt, die Bolschewiki suchten einen Frieden der Verständigung. Weder mit dem Deutschland General Hoffmanns noch mit dem Scheidemanns. Sie wollen Kampf und Revolution in allen Ländern und ihre Bedingungen sind rein agitatorisch. Sie werden ermutigt nach Brest mit neuen Agitationsabsichten zurückkehren und nur abschliessen, wenn auch die deutsche Sozialdemokratie ihnen die Hoffnung auf Erfolg der Revolution nimmt. Der Vorwärts müsste energisch sagen, dass auch der Nachgiebigkeit der deutschen Arbeiter Grenzen gesetzt sind und die Versuche von Brest aus zu agitieren statt zu verhandeln auch den deutschen Arbeiter mit dem Gedanken einer Wiederaufnahme des Krieges im Norden aussöhnen. Wenn nicht den Agitationsreden in Brest ein Ende gesetzt wird, wird der Friede mit dem Norden nicht zu stande kommen. Zudem verfällt das Bolschewikiregiment immer mehr zu gunsten der anarchistischen Klubs.

12

Riezler an den Reichskanzler Graf Hertling. Stockholm, 28. Januar 1918

Ausfertigung. PA, Rußland Politisches Nr. 1, Bd. 13; Durchschrift PA, Gesandtschaft Stockholm 212[a]

I B Nr. 378.

In Erwiderung der gestern empfangenen Weisung gestatte ich mir Euer Exzellenz im Anschluß an anderweitige Berichterstattung meine Ansicht über die unter den jetzigen Umständen den Bolschewiki gegenüber einzuschlagende Taktik gehorsamst zu unterbreiten[1].
Soweit von hier aus ersichtlich, wird das Verhalten der Bolschewiki bei den Friedensverhandlungen durch folgende Momente bestimmt:
Das bolschewistische Ziel ist nicht die Rettung der russischen Zukunft, auch nicht die Verständigung und Versöhnung der Völker. Der Gedanke einer Verständigung mit den noch nicht bolschewistischen Mittelmächten ist gänzlich unbolschewistisch. Sie sind nach Brest gegangen, nicht weil sie prinzipiell für den Frieden sind, sondern weil sie mit Hilfe der Friedenssehnsucht des Volkes zur Macht gelangt und gezwungen sind, wenigstens scheinbar die größten Anstrengungen für die Erreichung der von ihnen übernommenen Hauptforderung des russischen Volkes zu machen. Nachdem ihnen Stockholm, das sie aus agitatorischen Gründen erstrebten[2], verwehrt wurde, haben sie Brest als Agitationstribüne für

[a] Eine weitere Durchschrift in PA, Rußland Nr. 1, Bd. 14, trägt den handschriftlichen Vermerk: „Von Herrn Riezler übergeben ... B[ergen] 2/II."

[1] Vgl. zu diesem Dokument oben S. 95 und Tgb. 29. 1. 1918, sowie Beilage 5, S. 501 ff.
[2] S. o. Dok. 8.

Europa, insbesondere für die Revolutionierung Mitteleuropas, benützt. Die Bedingungen, die sie stellen, sind nicht sachlich, sondern agitatorisch gemeint. Nachdem sie wahrgenommen haben, daß ihre agitatorischen Manöver die innere Situation in Österreich-Ungarn und eine Zeitlang auch in Deutschland ins Wanken bringen konnten, haben sie die Verhandlungen in die Länge gezogen, nur um von Brest aus durch weitere Manöver und Agitationen die Revolutionierung Mitteleuropas weiter betreiben zu können, nicht aber um bessere Bedingungen zu erhalten. In dieser Taktik werden sie nach den Wiener Vorgängen weiter fortfahren und der Versuch Joffes, die österreichischen Sozialisten nach Brest zu ziehen, dürfte nur der Anfang sein. Um die Verhandlungen in die Länge ziehen zu können, haben sie in allen ihren Verlautbarungen gerade den Punkt, von dem sie wissen, daß er für die Mittelmächte unannehmbar ist, unterstrichen: die sofortige Räumung der besetzten Gebiete. Dabei hat eine gewisse Rücksicht auf die Interessen der Prätorianertruppen, auf die sie sich stützen, mitgesprochen, nämlich der rein maximalistischen lettischen und litauischen Bataillone. Diesen Bataillonen Kurland und Litauen sofort ausliefern zu können, ist ihr einziges sachliches Interesse an der Gestaltung der Friedensbedingungen. Ihr Friedenswille ist nicht ehrlich. Statt Frieden zu schließen, haben sie in den drei Monaten ihrer Herrschaft zwei neue Kriege erklärt, an Rumänien[3] und die Ukraine[4]. Ein Kompromiß können und wollen sie als Bolschewiki nicht eingehen, und haben sich nach keiner Seite zu einem solchen geneigt und befähigt gezeigt. Sie können den Abschluß des Friedens mit bürgerlichen Staaten nur mit einer Zwangslage rechtfertigen und insbesondere vor den lettischen und litauischen Bataillonen nur mit der verzweifelten Lage Rußlands im Falle der Wiederaufnahme des Krieges begründen.

Die Schwäche ihrer Position liegt darin, daß sie, nachdem sie den Frieden versprochen und sich auf die Friedenssehnsucht des Volkes gestützt haben, zwar die Verhandlungen in die Länge ziehen, nicht aber abbrechen und resultatlos nach Hause zurückkehren können.

Unter diesen Umständen scheint mir kein anderer Ausweg zu bleiben, als die bisher von den Mittelmächten gemachten Zugeständnisse als die letzten zu bezeichnen, mit einer kurzen Befristung aufrecht zu erhalten und ihnen glaubhaft zu machen, daß bei einer Ablehnung die Verhandlungen

---

[3] Rumäniens Armee stand im Verband mit ukrainischen Truppen und betrachtete sich als Verbündeten der Kiewer Rada. Mit dieser zusammen nahm sie den Kampf gegen Murawjows Armee auf. Ritter, Bd. 4, S. 219 f.; Chamberlin, Bd. 1, S. 376 f.

[4] Am 27. 12. 1917 hatte sich in Charkow eine bolschewistische ukrainische Gegenregierung gebildet, die am 28. 12. vom Rat der Volkskommissare anerkannt wurde. Am 17. 1. 1918 erklärte sie die Kiewer Rada zum Feind des Volkes, am 18. 1. traten russische Bolschewisten unter Murawjow zusammen mit den ukrainischen Roten Garden den Vormarsch auf Kiew an. Am 22. 1. proklamierte die Kiewer Rada die Unabhängigkeit des Landes von Rußland. Richard Pipes, The Formation of the Soviet Union. Communism and Nationalism 1917—1923 (Cambridge [Mass.] 1957) S. 124 f.; Chamberlin, Bd. 1, S. 373 ff.

abgebrochen und als selbstverständliche Konsequenz der Waffenstillstand gekündigt werde. Es bleibt nur, der k. u. k. Monarchie und der deutschen Sozialdemokratie ein quart d'heure japonais abzuringen und durch die Stellung einer Frist die Bolschewiki vor die Alternative zu stellen, nachzugeben oder unverrichteter Dinge nach Petersburg zurückzukehren.

Auch eine solche Taktik kann indes nur dann Erfolg haben, wenn die Bolschewiki glauben, daß die Mittelmächte ihre Drohung wahr machen können. Dieser Glaube ist durch die Wiener Vorgänge erschüttert. Ein Abschluß der Mittelmächte mit der Ukraine[5] wird ihn indes wiedererstehen lassen. Die Bolschewiki wissen genau, daß wenn den Mittelmächten der Abschluß mit der Ukraine gelingt, ihr revolutionäres Spiel verloren ist. Teils aus unbändiger Wut gegen die Ukraine, teils um ein künftiges Nachgeben zu rechtfertigen, sprechen sie offen aus, daß die Ukraine durch ihre Separatverhandlungen Nordrußland das Rückgrat bricht. Gelingt es, den Frieden mit der Ukraine abzuschließen, so wird die Stellung einer kurzen, jede weiteren Manöver abschneidenden Frist, die Bolschewiki zum Nachgeben zwingen. Geben wider Erwarten die Bolschewiki, in ihrer Neigung, ein hohes und verzweifeltes Spiel zu spielen, nicht nach, so wird wenigstens durch den dann wahrscheinlichen Sturz der Bolschewiki die Ukraine entlastet und konsolidiert. Sollte aber den Bolschewiki der Versuch, die Ukraine von unten her zu revolutionieren, gelingen und sie überdies wahrnehmen, daß Österreich-Ungarn einen Abbruch der Verhandlungen in Brest nicht verträgt, so werden sie nicht zum Frieden gebracht werden können, ehe nicht die Revolution in Österreich-Ungarn und Deutschland siegreich durchgebrochen wäre.

Zur Rechtfertigung eines solchen Vorgehens vor dem russischen Volke wie vor den Völkern der Mittelmächte müßte meines Erachtens die Unehrlichkeit der bolschewistischen Friedensliebe in den Vordergrund gestellt, sowohl die Aussicht auf Frieden, wie der sachliche Nutzen eines Friedens mit dem nahezu anarchischen Nordrußland als gering dargestellt werden.

[eigenh.] Riezler.

Inhalt: Äußerung zu der Taktik der Mittelmächte gegen die Bolschewiki.

---

[5] S. o. Dok. 9, Anm. 7. Der Friede mit den Vertretern der Kiewer Rada wurde am 9. 2. 1918 in Brest geschlossen. Steglich, Friedenspolitik, S. 392 ff.

13

Riezler an den Gesandten von Bergen. Stockholm, 21. Februar 1918

Durchschrift, PA, Gesandtschaft Stockholm 212

Lieber Herr von Bergen!

Man kann jetzt die wildesten Vermutungen über Russland anstellen und alles Nachdenken ist ziemlich müssig[1]. Ich glaube nicht, dass wir den Bolschewismus an irgend einer Stelle als ganzes fassen können; er wird vielleicht auch Lenin und Trotzki wenigstens lokal überleben und wir können nichts anderes tun, als die für uns wichtigen Gebiete ihm Schritt für Schritt abringen.
Durch den vorläufigen Zusammenbruch der anscheinend von unten unterwühlten Ukraine[2] und unsere Bedrohung Petersburgs ist alles anders geworden. Die künftige Entwicklung ist nun ganz unsicher geworden. Wenn die Ukraine sich mit unserer Hilfe hält und Zeit hat, ⟨in⟩[a] Sprache, Institutionen und Interessen einen dicken Trennungsstrich zwischen Grossrussland und sich zu ziehen, sind wir für die Zukunft gedeckt und können uns, trotz der internationalen Rückwirkung, eine Polenpolitik leisten, die keinerlei Rücksichten auf die polnischen Aspirationen nimmt. Ich werde indes ein gewisses Misstrauen gegen die Ukraine nicht los; die Kerle sind antibolschewistisch, aber das alte grosse Russland lebt doch in ihren Herzen fort. Fällt der soziale Gegensatz zu Grossrussland allzufrüh fort, so wird der politische schnell schwinden. Geht die zukünftige Entwicklung in diese Richtung, was heute niemand bejahen oder verneinen kann, so können wir uns eine antipolnische Politik n i c h t leisten. Weil sonst ein von den Zentralmächten von allen Seiten beschnittenes, durch die Vereinigung mit dem decrepiden Österreich wirtschaftlich geschwächtes Polen sehr bald und heftig zu einem wiedervereinigten Russland zurückdrängen wird. Österreich kann einem solchen polnischen Drang weder materielle noch moralische Kräfte entgegen stellen und kann darüber, zumal wenn dann die Idee einer allslavischen demokratischen Föderation auftritt, vollends in die Brüche gehen. Ich glaube deshalb, wir müssen alles tun, um die Ukraine möglichst gründlich loszulösen, uns aber doch den Rückweg in eine propolnische Politik nicht verbauen; wir brauchen ihn in dem Augenblick, wo Süden und Norden Russlands wieder zusammengeht.
Die Polen scheinen zunächst in erster Linie wütend auf Österreich, zumal ihnen die Ukrainer zuflüstern, sie wären sehr erstaunt gewesen, dass

[a] In der Vorlage: ich

[1] Zur Einordnung des Dokuments s. o. S. 96 f.
[2] S. o. Dok. 12, Anm. 4. Am 8. 2. 1918 nahmen die bolschewistischen Truppen Kiew ein, die Rada wich nach Schitomir aus. Pipes, a.a.O., S. 126.

Österreich ihnen alles geopfert habe[3]. Die Österreicher wollen natürlich die polnische Wut auf uns ablenken, denn das einzige (ausser dem nun auch entwerteten Galizien), womit sie auf die Polen wirken können, ist der Hinweis auf die scheusslichen Preussen. Ich glaube, unsere Presse sollte sich nicht zu sehr gegen Polen austoben und die polnische Gegnerschaft auf uns lenken; auch sollten wir nach wie vor trotz allen Unverschämtheiten der Polen unsere eigenen Grenzwünsche möglichst zurückdrängen: denn wenn, was wahrscheinlich ist, die austro-polnische Lösung misslingt[4], weil Österreich die Sache nicht bewältigen kann, und wenn, was möglich ist, bei Wiederzusammenschluss Russlands, Polen für uns wertvoll wird, dann müssen wir doch aus der Versenkung als die verhältnismässigen Retter eines durch österreichische Erfahrungen bescheidener gewordenen Polens erscheinen oder zum mindesten erscheinen können. Kann man nicht bei der jetzigen Unterstützung der Ukraine irgendwie durch eine neue Klausel feststellen oder aus dem Vertrage ableiten, dass eine Wiedervereinigung der Ukraine mit Russland eine Revision des mit einer selbständigen Ukraine geschlossenen Vertrages und insbesondere eine Nachprüfung der Abmachung über Cholm[3] erfordern würde, so dass wir dann je nach Lage der Dinge diese Klausel für Polen geltend machen oder zu gunsten Russlands unbenutzt lassen können? Ich glaube, es wäre überhaupt gut, in die zukünftigen Friedensverträge mit Russland und seinen Teilen möglichst viele derartige Eventualklauseln aufzunehmen, die man je nach Lage der Dinge aufnehmen oder nicht aufnehmen kann — auch wenn heute noch niemand weiss, wozu man sie gebrauchen kann. Russland wird vielleicht noch auf Jahrzehnte ein Balkan bleiben, mit dem wir ein wechselndes Spiel bald links bald rechts werden treiben müssen.

Verzeihen Sie diesen, in der chaotischen Lage etwas müssigen Erguss. Wir müssen uns aber, glaube ich, gegen die Möglichkeit decken, dass auf einmal alles im Osten wieder einig gegen uns zusammensteht und an unserer Seite Österreich gänzlich zerschlottert.

Nun wird sich ja bald entscheiden, ob Lenin um Frieden bitten [wird], oder stürzt oder nach Moskau abzieht. Die Sozial-Revolutionäre werden, wenn ihnen keine Zeit zur Entwicklung ihrer Theorien und Versuchen eines allgemeinen Friedens gelassen wird, abschliessen. Politisch und praktisch aber sind sie unfähiger wie die Bolschewiki und noch weniger im

---

[3] Der Friedensvertrag der Ukrainischen Volksregierung mit den Mittelmächten vom 9. 2. 1918 sprach der Ukraine den polnischen Kreis Cholm zu, wobei die genaue Grenzziehung noch offen blieb. Zwischen Österreich-Ungarn und der Ukraine sollte die Grenze von 1914 weiterbestehen. In einer zusätzlichen geheimen Deklaration zwischen Österreich-Ungarn und der Ukraine vom 8. 2. 1918 stellte Österreich noch im Sommer 1918 die Schaffung eines besonderen Kronlandes, bestehend aus der Bukowina und den überwiegend ukrainischen Gebieten Ostgaliziens, in Aussicht. Steglich, Friedenspolitik, S. 392 f.

[4] Zur polnischen Frage Anfang 1918 vgl. Tgb. 11. 2. 1918, Anm. 1.

stande, Ordnung zu schaffen, da sie alles mit Gerede und nichts mit Gewalt machen wollen.

Mit besten Grüssen
Ihr sehr ergebener
gez. Riezler

Eben kommt die Nachricht von Trotzkis neuem Angebot[5]. Das wird wenig bedeuten, da die Bolschewiki weder willens noch im stande sein werden, die von unten her unterwühlten Länder Finnland und die Ukraine zu räumen, respektive in Ruhe und ihre dortigen Parteigenossen im Stiche zu lassen.

[5] Funkspruch an die deutsche Regierung vom 18./19. 2. 1918, in dem die Bolschewisten sich bereit erklärten, die Friedensbedingungen der Mittelmächte anzunehmen. Bunyan-Fisher, S. 513 f.

14

Riezler an den Reichskanzler Graf Hertling. Stockholm, 8. März 1918

Ausfertigung. PA, Rußland 61, Bd. 148; Durchschrift PA, Gesandtschaft Stockholm 212

I B Nr. 521.

Im Anschluss an anderweitige Berichterstattung.
Es ist kein Zweifel, dass das Dongebiet[1] auch heute noch, wenn nicht dem Zaren Nikolaus II. persönlich, so doch dem zaristischen Regime treu ergeben ist. Dorthin haben sich, wie es scheint, aus ganz Russland Offiziere und Politiker gerettet, denen nicht nur die bolschewistische, sondern auch die Miljukowsche Revolution ein Greuel und die Wiederherstellung des alten Regimes Lebensinhalt ist. Dem Dongebiet sollen die anderen Kosakengebiete, das Gebiet der Kuban-, Terek-, Astrachan- und Orenburgkosaken angeschlossen sein. Nach aussen zu bezeichnet sich jedes dieser Gebiete als selbständig. Indessen sollen überall russische Offiziere derselben zaristischen Gesinnung wirken und die gesamten Kosakengebiete in dem Wunsche nach Wiederherstellung der Monarchie, der alten Ordnung und natürlich auch der Wiedervereinigung des alten grossen Russland einig sein. Durch konterrevolutionäre Offiziersorganisationen steht das Dongebiet mit den Zentralen des bolschewistischen Russland in

[1] Die Kosaken im Dongebiet unter ihrem Hetman Kaledin bildeten die Keimzelle des Widerstandes gegen die bolschewistische Revolution. Am 10. 1. 1918 wurde die Don-Republik ausgerufen. An den Don zogen sich zaristische und antibolschewistische Generale wie Alexejew, Kornilow, Denikin u. a. zurück. Chamberlin, Bd. 1, S. 373 ff. — Im Februar 1918 suchte ein Abgeordneter Kaledins in Stockholm Kontakte zur deutschen Botschaft und zu Riezler, um anzufragen, ob Deutschland bereit sei, die konterrevolutionäre Bewegung im Dongebiet zu unterstützen. S. o. S. 99.

Verbindung. Nach Petersburg besteht ein regelmässiger geheimer telegraphischer Dienst. Aus Mangel an Papier und Druckmaschinen scheint eine Propaganda durch das gedruckte Wort nicht betrieben werden zu können. An Papierrubeln ist kein Ueberfluss. Wie gegenüber anderen Randgebieten zeigt sich auch hier, dass das Monopol der Notenpresse und die Beherrschung der Zentralen der grossen Aktienbanken den jeweiligen Besitzern von Petersburg und Moskau ein grosses, nur schwer zu brechendes Uebergewicht gibt.

Nach anderen Nachrichten sollen indes nunmehr auch die Kosakentruppen der bolschewistischen Ansteckung unterlegen und die militärische Bewegungsfreiheit der konterrevolutionären Generale eine recht geringe sein. Man zweifelt, ob die Entente zur Wiederherstellung des alten Russland etwas tun kann oder will. Man scheint sich indes immer noch verbündet und verpflichtet zu fühlen und insbesondere Alexejew soll auch heute noch stark ententistisch gesinnt sein. Manchen schwebt japanische Hilfe vor; andere wenden ein, dass der Preis wahrscheinlich zu teuer und das Ergebnis unsicher wäre. Viele sollen auch im Dongebiet auf Deutschland als den einzig möglichen Retter blicken und die Erkenntnis, dass die Wiedervereinigung des alten Russland nur mit, nicht aber gegen Deutschland gelingen kann, scheint an Boden zu gewinnen.

Jedenfalls haben die staatlichen Gebilde in den Kosakengebieten keinerlei reelle separatistische Grundlagen. Nicht Selbständigkeit, sondern die Wiederaufrichtung der Monarchie ist ihr Ziel. Die deutsche Politik wird über kurz oder lang zu diesen staatlichen Gebilden und zu ihren konterrevolutionären Tendenzen Stellung nehmen müssen. Eine schwere Frage von grösster politischer Tragweite, die politische und wirtschaftliche Bedeutung der Kosakengebiete weit überragend, wird beantwortet werden müssen. Bei eventuellen Friedensverhandlungen mit dem Dongebiet wird nach unserer Stellung zu der konterrevolutionären Bewegung gefragt, eventuell unsere stille Unterstützung erbeten werden.

Die Aussicht, den Frieden von Brest-Litowsk bei einem allgemeinen Friedensschluss aufrechtzuerhalten, dürfte gegenüber einem bolschewistischen Russland, das allein nicht mit der Entente zusammen arbeiten kann, am grössten sein. Jedes nicht bolschewistische Russland wird von der Entente die Milderung der Brester Bedingungen erflehen. Das bürgerliche Russland tut dies schon jetzt — trotz aller Sehnsucht nach einer deutschen Polizei zur Abwehr der Bolschewiki. Die Entente wird, falls ihr ein verhandlungsfähiges Russland gegenübersteht, aus politischen und finanziellen Gründen diese russische Bitte gewiss aufnehmen, sei es mit oder ohne Erfolg vertreten, jedenfalls aber den Dank Russlands ernten. Daher scheint mir ein Sturz der Bolschewiki vor dem allgemeinen Friedenschluss unseren politischen Interessen zu widersprechen.

Die Randgebiete und die aus ihnen zu bildenden mehr oder weniger selbständigen Staaten dürften desto mehr zu Deutschland neigen, je anarchischer, wirrer und bolschewistischer Russland ist. Gegenüber einem

politisch konkurrenzfähigen Russland dürften die meisten dieser Staaten nur schwer gegründet, und einmal gegründet, nur mit Waffengewalt von einer Wiedervereinigung mit Russland zurückgehalten werden können. Das gilt insbesondere von der Ukraine, die zur Befestigung ihrer Selbständigkeit wohl noch einige Jahre grossrussischer Anarchie bedarf. Der uns durch die Taktik und das Wesen der Bolschewiki aufgezwungene Gewaltfriede bedarf zu seiner Rechtfertigung und Befestigung auch weiterhin der Bolschewiki.

Die Aussichten einer noch längeren Herrschaft des Bolschewismus in Russland sind schwer zu beurteilen. Soweit von hier aus ersichtlich, ist die Herrschaft der Bolschewiki ausserordentlich geschwächt, zunächst zugunsten der Anarchisten. Petersburg scheint nicht mehr ernährbar, wird voraussichtlich mit dem noch etwas leichter ernährbaren Moskau vertauscht und der Herrschaft der anarchistischen Klubs, dem Hunger und der Verzweiflung preisgegeben werden. Die Bolschewiki sollen in Petersburg und in Moskau von einem Netz von ehemaligen Agenten der Ochrana umwoben sein, die ihnen zunächst helfen, aber bereit sein sollen, sie auf einen Wink auf die Seite zu bringen. Trotzdem wird von guten Kennern Russlands ein Sieg der Gegenrevolution ohne bewaffnete Hilfe aus dem Süden immer noch als sehr schwierig bezeichnet, da eben das ganze Proletariat in den Städten und auf dem Lande bewaffnet ist. Immerhin wird gesagt werden können, dass mit der völligen Anarchie, Verzweiflung und Ermüdung aller Menschen die Aussichten einer Gegenrevolution langsam wachsen. Nur sie, nicht aber irgend ein Parlament oder eine gemässigte sozialistische Regierung kann vielleicht Schritt für Schritt die Ordnung wiederherstellen. Uebrigens soll auch die konterrevolutionäre Bewegung entschlossen sein, ihre Bestrebungen auf Moskau zu konzentrieren. Petersburg ist nach unserem Vormarsch ausschliesslich auf die Moskauer Eisenbahn angewiesen, also den Beherrschern Moskaus auf Gnade und Ungnade ergeben.

Wenn wir den Frieden von Brest-Litowsk nicht als auf ein bolschewistisches Russland zugeschnittenes Provisorium, sondern als die unverrückbare Grundlage unserer Beziehungen auch zu einem künftigen Russland ansehen, so verlangt unser Interesse eine weitere Dauer der grossrussischen Anarchie. Die Förderung oder Duldung von Gegenbewegungen ist mit einem solchen politischen Ziel unvereinbar. Wenn wir von der Annahme ausgehen, dass eine Gegenbewegung auch ohne unser Zutun binnen kurz oder lang siegen wird, so wäre zweifellos eine frühzeitige Verständigung mit dieser Bewegung, die sich dann besser mit als gegen uns vollziehen dürfte, geboten. Dann aber müssen wir bereit sein, den Frieden von Brest-Litowsk, den ein von den Bolschewiki befreites Russland nie vergessen wird, als zukünftige Liquidationsmasse zu behandeln.

[eigenh.] Riezler

Inhalt: Das Dongebiet und die gegenrevolutionäre Bewegung.

15

Riezler an den Gesandten von Bergen. Moskau, 4. Juni 1918

Abschrift. PA, Rußland 61, Bd. 155[a]

Persönlich!

Lieber Herr von Bergen[1].

Die Situation hat sich in den letzten 14 Tagen in sehr schnellem Tempo zugespitzt; der Hunger kommt und wird mit Terror erstickt, der Druck der Bolschewikifaust ist ungeheuer, Hunderte werden im stillen erschossen. Das ginge noch; aber es ist nicht mehr zu zweifeln, daß auch die physischen Machtmittel der Bolschewiki sich erschöpfen. Das Benzin für die Autos geht zu Ende und die auf den Autos sitzenden lettischen Soldaten sollen auch nicht mehr unbedingt zuverlässig sein[2]. Von den Bauern und Arbeitermassen nicht mehr zu reden. Die Bolschewiki sind sehr nervös, fühlen ihr Ende kommen, weswegen allerorten die Ratten anfangen, das Schiff zu verlassen. Wie ihr Ende sein wird, vermag niemand zu sagen, ihre Agonie kann noch wochenlang dauern, vielleicht versuchen sie nach Nishny und Jekaterinburg zu fliehen, vielleicht wollen sie wie Verzweifelte in Blut untergehen oder — völlig sinnlos und nur der Geste wegen — uns zur Abreise auffordern, um den Brester Vertrag, „die Atempause", wie sie sagen, und das Kompromiß mit dem typischen Imperialismus loszuwerden und ihr revolutionäres Gewissen sterbend zu reinigen. Die Leute sind völlig unberechenbar, zumal in der Verzweiflung. Außerdem glauben sie wieder einmal, daß die immer offenere „Militärdiktatur" in Deutschland auf ungeheure Opposition stößt, besonders wegen des weiteren Vorgehens im Osten, und zur Revolution führen müsse. Sokolnikow[3] schrieb das neulich, offenbar auf Grund von Joffes Berichten.
Momentan scheint ihnen der Terror wieder etwas Luft verschafft zu haben; aber immerhin hat Karachan den Brester Vertrag, Urkunde, in seinem Schreibtisch zurechtgelegt, er wird ihn nach Amerika mitbringen, um das Papier mit der Unterschrift des Kaisers meistbietend zu verkaufen.
Das Jammern und Winseln der bürgerlichen Schichten um deutsche Ordnung und Hilfe brauchte uns nicht rühren; aber mit einer immerhin ernsthaften Möglichkeit gerechnet werden — daß nämlich das bürgerliche

[a] In englischer z. T. irriger Übersetzung bei Zeman, Germany and the Revolution, Nr. 132. — Am Kopf des Dokuments handschriftliche Notiz Kühlmanns: „Ein geschickt gemachter Auszug ohne Namensnennung würde bei Grünau ganz gut wirken. K."

[1] Zur Einordnung dieses Dokuments s. o. S. 106 f.
[2] S. o. S. 112 f. und Tgb. 28. 8. 1918, Anm. 15.
[3] Grigorij Jakowlewitsch Sokolnikow (1888—1939), März 1918 Leiter der sowjetischen Friedensdelegation in Brest-Litowsk.

Rußland mit Hilfe der Entente in immerhin leidlicher Ordnung wiedererstehe. Tschechoslowakische Truppen sind da[4], in Archangelsk und Massnau Engländer und Franzosen[5], Offiziersvereinigungen und Parteiorganisationen ditto, die Freude über die Befreiung von dem Bolschewikischrecken kann zunächst über manche wirtschaftliche Dinge hinweghelfen, die Oeffnung der Banken und des freien Handels eine gewisse Erleichterung bringen. Wenn das geschieht, so wird die Ukraina der Kiewer Kadetten und Skoropadski[6] ihren letzten ukrainischen Schleier abwerfen und mit Großrußland eins sein; wir geraten in die schwere Lage, uns einer elementaren Bewegung mit einigen Divisionen entgegenzustellen oder ihr gezwungen zu folgen. Müssen wir uns nicht darauf einrichten, zuvorzukommen, d. h. in concreto über den General Krasnow nach Orenburg und Sibirien Fäden zu spinnen[7], Kavallerie an der Nordfront der Ukraina gegen Moskau gewendet für alle Fälle verschleiert parathalten, hier möglichst weit in die Kadetten hinein (um diese womöglich mitzukompromittieren) eine künftige Verständigungsregierung vorzubereiten, und uns darauf vorbereiten, den Brester Frieden gegen die wirtschaftliche Hegemonie in Gesamtrußland zu revidieren, d. h. die Ukraina wiederzuvereinigen und aus Esthland und Livland etwas machen, was man später wieder verkaufen kann. Keine schöne Perspektive, die Wiedererstehung eines in Zukunft doch wieder imperialistischen Rußlands zu erleichtern, aber vielleicht unvermeidbar, da seit der Unhaltbarkeit der Rada (für mich wie für jeden hier) jeder Gedanke an eine haltbare Selbständigkeit der Ukraina nurmehr eine Phantasie und trotz allem die Lebenskraft der einen russischen Seele eine ungeheure ist. Mit den Bolschewiki stürzt die Ukraina; vielleicht könnte das fait accompli einer Dynastie in Kiew die Lebensdauer des Gebildes um etliches verlängern. Was die Arbeit hier betrifft, so ist die vereinigte und mit verteilten Rollen arbeitende Konkurrenz und ihr Apparat sehr stark und der entwertete Rubel rollt sehr schnell.
Verzeihen Sie diesen persönlichen Erguß über ein auch von hier aus recht undurchsichtiges Chaos.

Mit besten Grüßen
Ihr
gez. Riezler.

P.S. 4/6.
Heute sieht es etwas besser aus. Der Schrecken scheint zu wirken und die vorbereitete [Ver]schwörung arg gestört zu sein. Der Hunger bleibt und wird immer drohender — und da die Phantasie den Süden voll Getreide sieht, sind wir schuld; am Brot- wie am Benzin- wie am Kohlenmangel

---

[4] Vgl. Tgb. 8. 6. 1918, Anm. 4.
[5] Massnau verschrieben statt Murman? Zur Landung der Alliierten in Archangelsk und Murmansk seit März 1918 vgl. Kennan, Bd. 2.
[6] Vgl. Tgb. 24. 4. und 11. 5. 1918, und Dok. 12.
[7] S. u. Dok. 16 und 28.

nicht ganz mit Unrecht. Es k a n n aber immerhin sein, daß wir noch 6 bis 8 Wochen Zeit haben, um uns die Frage zu überlegen, ob wir ein ententistisch gestimmtes Chaos, das uns wirtschaftlich ausschließt, riskieren können oder um der Bodenschätze etc. willen eine bürgerliche Ordnung, mit der man sich verständigen kann, aufzurichten uns entschließen müssen.

16

Riezler an den Gesandten von Bergen. Moskau, 25. Juni 1918

Abschrift. PA, Deutschland 131, Bd. 42

Persönlich!

Lieber Herr von Bergen![1]

Wir tun, was wir können, um 1.) die Czechoslowaken[2] durch die bolschewistischen Generale möglichst scharf bekriegen zu lassen und 2.) jeden Putsch der rechten S[ozial-]R[evolutionäre] und anderer Ententisten hier und in Petersburg hintanzuhalten. Das mag noch einmal ein paar Wochen gehen, muß aber eines Tages versagen.
Die Entwickelung läuft gegen uns, die Bolschewiki sind verbraucht und wir müssen etwas Neues erfinden. Das ist zu machen, wenn man sich damit abfindet, — als Gegenleistung gegen ein absolutes Zusammengehen mit uns wirtschaftlich und politisch schon während des Krieges — der späteren Wiedervereinigung des Südens und Nordens zuzustimmen. Ich halte nach allen hiesigen Eindrücken die Trennung nicht für haltbar. Wenn es gelingt, die hiesige mit uns Fühlung suchende bürgerliche Gruppe (Kriwoschein und Kadetten)[3] mit den Sibiriern[4] unter einen Hut zu bringen, einen der Don-Generale[5] einzubeziehen und dann mit dieser Kombination gemeinsam die Bolschewiki zu stürzen, oder ihnen bei dem Sturz von der Ukraine her und in Petersburg behilflich zu sein, so ließe sich wohl vorher mit den Leuten ein brauchbarer Pakt abschließen, der

[1] Zur Einordnung des Dokuments s. o. S. 106—108 und Tgb. 8. 6. 1918 und 17. 8. 1918, Anm. 2.
[2] Vgl. Tgb. 8. 6. 1918, Anm. 4.
[3] Diese Gruppe bildete das sog. Rechte Zentrum, dessen leitende Persönlichkeit Kriwoscheïn war. Sie nahm im Juni 1918 Verbindung zu Riezler und zur deutschen Gesandtschaft in Moskau auf. Baumgart, Ostpolitik, S. 218 f.
[4] Die antibolschewistische Provisorische Sibirische Regierung in Omsk (vgl. Chamberlin, Bd. 2, S. 12 ff.) wandte sich ebenfalls im Juni 1918 an die deutsche Gesandtschaft, um die Möglichkeit einer Unterstützung durch Deutschland zu erkunden. Riezler führte mehrere Besprechungen mit ihren Abgesandten. Baumgart, Ostpolitik, S. 320 f.
[5] S. o. Dok. 14, Anm. 1. Zu den Verbindungen zwischen Deutschland und der Don-Republik im Sommer 1918 vgl. Baumgart, Ostpolitik, S. 139 ff.

uns die russischen Bodenschätze und Verkehrswege nach Osten und Südosten schon für die Kriegszeit ausliefert.[a]
Bei einem bürgerlichen Regime kann mit leidlichem Funktionieren trotz allem gerechnet werden. Die Aufgabe wäre schwierig aber nicht von vornherein unlösbar. Von dem Chaos haben wir nichts — und mit den Bolschewiki ist trotz aller Kriege-schen Verhandlungen[6] praktisch nichts zu machen.
Ich weiß nicht, wie der Krieg im Westen und die Friedens-Aussichten stehen — ich glaube nicht, daß wir stark genug sind, um auf die russische Möglichkeit zu verzichten und den Frieden im Osten rein auf die Bajonette zu stützen. Ich würde raten, — für alle Fälle — daß der Staatssekretär sich Vollmacht geben läßt, für den Fall einer solchen Verständigung mit dem wiedererstehenden Rußland den Abbau der selbständigen Ukraine und einen möglichen Lebensmodus Rußlands mit einem unabhängigen Esthland und Kaukasien in Aussicht zu stellen und dann versuchen zu lassen, hier eine Kombination zustande zu bringen, die die Bolschewiki stürzt, (möglichst aus eigener Kraft, wenn nötig mit möglichst geringer Hilfe) und mit uns gegen die Entente de facto zusammengeht.
Bei dem unberechenbaren Chaos kann niemand für das Gelingen einer solchen Politik einstehen — vielleicht geht die Entwickelung dank der Czecho-Slowaken über diese Aussichten hinweg.
Verzeihen Sie diesen Erguß. Wir stehen am Scheidewege — gehen wir diesen Weg nicht, so müssen wir weiter für mögliches Chaos sorgen und einen bürgerlichen Wiederaufbau mit Entente-Hilfe zu contrecarrieren und zu zerstören versuchen, dürfen dann aber nicht hier wirtschaftliche Vorteile und Erfolge erhoffen, die sind nur unter einem bürgerlichen Regime, dann aber reichlich zu haben.
Es ist eine Bullenhitze, Raummangel im Hause, Menschenfülle, Soldaten und Einkäufer aller Grade, denen jedem man Kindsmagd sein soll.

Mit besten Grüßen
Ihr
gez. Riezler.

---

[a] Neben diesem Abschnitt am Rand handschriftliche Bemerkung von Hintze: „Herr Riezler hat seitdem wiederholt das Gegenteil gesagt, das ist wohl erklärlich, da niemand weiss, wie die Sache läuft. H. 22. 7."

[6] Am 2. Juni 1918 begannen in Berlin die deutsch-russischen Verhandlungen über den Ergänzungsvertrag zum Frieden von Brest-Litowsk. Bei den Verhandlungen war auf deutscher Seite Kriege die maßgebende Persönlichkeit. Vgl. Baumgart, Ostpolitik, S. 270 ff., zu Kriege: S. 275.

17

Riezler an das Auswärtige Amt. Moskau, 6. Juli 1918

PA, Deutschland 131, Bd. 42

Entzifferung.

Telegramm Nr. 415.

Verlauf des Attentats[1]. Nach halb drei Uhr Moskauer Zeit erschienen zwei angeblich beauftragte Mitglieder der Kommission zum Kampf gegen die Kontrerevolution mit einem Ausweis des Leiters dieses Komitees. Die beiden brachten den Prozeß eines ungarischen Offiziers Grafen Robert Mirbach, eines dem Gesandten persönlich unbekannten Mitglieds eines entfernten ungarischen Zweigs der Familie unter Vorzeigung der Akten zur Sprache. Nach einiger Zeit zog der eine einen Revolver, schoß mehrere Schüsse aus nächster Entfernung auf den Grafen, mich und Leutnant Müller[2], ohne zu treffen. Der Graf stürzte in das Nebenzimmer, wo der zweite ihn von hinten in den Kopf schoß, während der erste weiter schoß. Beide warfen noch Handgranaten, sprangen durch das Fenster und entkamen in ein bereitstehendes Auto, dem die Wache zu spät und vergeblich nachschoß. Der Graf war sofort bewußt . . .* der Tod muß nach wenigen Minuten eingetreten sein.

Riezler

* Gruppe fehlt

[1] S. o. S. 109 und Tgb. 28. 8. 1918. Zum Verlauf des Attentats vgl. bes. Katkov.
[2] Leonhard Müller, kommandiert beim Militärattaché der dt. Gesandtschaft.

18

Aufzeichnung Hans von Sauckens über einen mündlichen Bericht Riezlers, die Ermordung Graf Mirbachs betreffend

Durchschrift aus Nachlaß Paul Scheffer[a]

Bei einem heute von Herrn Paul Scheffer[1] gegebenen Frühstück erzählte Herr Geheimrat Dr. Riezler als einziger heute noch lebender Augenzeuge der Ermordung des Botschafters Grafen Mirbach in Moskau (Juli 1918)

[a] Zur Verfügung gestellt über das Institut für Zeitgeschichte, München, durch Herrn v. Saucken (†), Konsul a. D., Nachlaßverwalter Paul Scheffers.

[1] Paul Scheffer (†), in den zwanziger Jahren Korrespondent des „Berliner Tagblattes" in Moskau, seit 1930 in USA; 1934—1937 Chefredakteur des Blattes, seit 1942 als freier Journalist in USA.

Herrn Scheffer und mir den wahren Verlauf dieses historischen Ereignisses. Herr Dr. Riezler war seinerzeit Botschaftsrat bei Graf Mirbach in Moskau und war bei der Ermordung des Grafen zugegen. Er gab an, dieses Vorkommnis weder publizistisch festgehalten noch in irgendeiner Aufzeichnung niedergelegt zu haben. Seine Berichterstattung an das Auswärtige Amt über diesen Vorfall wäre lediglich telegrafisch erfolgt und dementsprechend kurz gehalten gewesen. Herr Geheimrat Dr. Riezler schilderte die Ermordung Mirbachs wie folgt:

Durch ein Schreiben des damaligen GPU-Chefs Dzierżiński eingeführt, hätte sich der Mörder Mirbachs Bljumkin sowie ein weiterer Mann bei Graf Mirbach in seinem Arbeitszimmer melden lassen und hätten dem Grafen gegenüber an einem breiten Marmortisch Platz genommen. Anwesend bei diesem Empfang wäre er selber sowie ein Leutnant Müller gewesen, der mit einigen von der Sowjetregierung gestellten lettischen Schützen sowie einigen entlassenen deutschen Kriegsgefangenen sich zum Schutz der damaligen Deutschen Botschaft in Moskau aufgehalten habe.

Bljumkin habe das Gespräch damit begonnen, daß er dem Botschafter über einen Namensvetter, — einen ungarischen Grafen Mirbach — der seinerzeit wegen Spionage verhaftet wäre, Nachricht geben könne. Nach diesen kurzen Einführungsworten habe er (Riezler) dem Grafen Mirbach empfohlen, diese Frage nicht weiter mit Herrn Bljumkin und seinem Begleiter zu erörtern, sondern eine persönliche Rückfrage an den damaligen sowjetrussischen Außenminister Tschitscherin zu richten. Auf dieses Eingreifen von Riezler habe Bljumkin wörtlich gesagt: „Es handelt sich für den Grafen Mirbach um eine Frage auf Leben und Tod!" Gleichzeitig hätten Bljumkin sowie sein Begleiter aus ihren Aktentaschen Pistolen hervorgezogen und auf den Grafen und ihn (Riezler) das Feuer eröffnet. Trotz der nahen Entfernung wären die ersten auf den Grafen sowie auf ihn abgegebenen Schüsse vorbeigegangen. Herr Leutnant Müller hätte sich sofort auf den Boden geworfen. Der Graf ist von seinem Stuhl aufgesprungen und hat versucht, in eiligen Schritten das Zimmer zu verlassen. Bljumkin wäre dem Grafen nachgeeilt und hätte ihn alsdann vom Rücken her durch einen Kopfschuß getötet. Der Begleiter von Bljumkin hätte daraufhin das Feuer auf ihn (Riezler) eingestellt und eine Handgranate mitten in den Raum geworfen.

Durch die ungeheure Wucht der Explosion wären die Bilder und Kronleuchter in dem Raum zu Boden gefallen. Er, Riezler, wäre durch den Luftdruck zu Boden geschleudert worden und habe durch den starken, durch die Explosion hervorgerufenen Rauch nur noch gesehen, wie Bljumkin mit seinem Begleiter durch das offene Fenster — der Raum lag im Parterre eines Hauses — in einen Vorgarten gesprungen wären, wo von dem draußen als Wache stehenden lettischen Schützen das Feuer auf die beiden Attentäter, ohne sie allerdings zu treffen, eröffnet worden sei. Bljumkin wäre mit seinem Komplizen hierauf in ein bei der Botschaft stehendes Auto gesprungen und davongefahren.

Unmittelbar nach dem Attentat wäre der russische Außenminister Tschitscherin bei ihm (Riezler) erschienen und hätte sein Entsetzen über diese Tat zum Ausdruck gebracht. Gleichzeitig hätte Tschitscherin gefragt, was er jetzt tun könne. Riezler hätte ihm hierauf gesagt, über die Haltung der deutschen Regierung zu diesem Fall könne er ihm nichts erklären, er verlange jedoch zunächst einmal sofortige persönliche Entschuldigungen von dem sowjetrussischen Staatspräsidenten und von Lenin. Tschitscherin habe zugesichert, daß der Staatspräsident sich unverzüglich bei ihm einfinden würde. Er bezweifelte aber, daß Lenin erscheinen könne, da ein Menschewistischer Aufstand im Gang sei und Lenin die der Regierung allein noch zur Verfügung stehenden lettischen Schützen durch eine sofortige Ansprache verpflichten müsse. Riezler bestand jedoch auf dem Erscheinen auch Lenins.

Noch am selben Tage seien alsdann der damalige sowjetrussische Staatspräsident[2], Dzieržiński sowie Lenin persönlich bei ihm (Riezler) erschienen. Lenin habe eine korrekte aber „eiskalte" Entschuldigung ausgesprochen sowie die sofortige Bestrafung der Schuldigen zugesichert. Hierauf habe er (Riezler) Lenin darauf hingewiesen, daß Bljumkin sowie sein Komplize von dem Grafen Mirbach nur aufgrund eines Einführungsschreibens von Dzieržiński vorgelassen worden seien. Als er dieses Lenin gesagt habe, hätte Lenin Dzieržiński nur wortlos angesehen. Dzieržiński hätte darauf zu Lenin in russisch gesagt: „Jetzt weiß ich, wer hinter dieser Sache steckt." Im übrigen erklärte er seine Unterschrift für gefälscht.

Lenin hätte alsdann die Bitte ausgesprochen, den Ort der Tat besichtigen zu dürfen. Er, Riezler, hätte darauf Lenin, Dzieržiński und den Staatspräsidenten in das Mordzimmerr geführt, wo Lenin das „Interesse des Technikers" für die Anordnung der Möbel, die Höhe des Fensters vom Erdboden sowie die Verwüstungen durch die Handgranate gezeigt habe. Dzieržiński habe alsdann Lenin um Erlaubnis gebeten, die Botschaft verlassen zu dürfen, um die sofortige Verhaftung der Schuldigen in die Wege zu leiten. Einige Tage später habe Tschitscherin an Riezler eine Note geschickt, in der er etwa 200 Personen namentlich als Schuldige angeführt und dazu erklärt habe, daß die Betreffenden bereits erschossen worden wären. Unter diesen Namen hätten sich der eigentliche Attentäter Bljumkin sowie sein Komplize nicht befunden.

Daß es Lenin und Dzieržiński an diesem Tage mit der Verhaftung und Bestrafung der Schuldigen ernst gewesen sei, habe er (Riezler) durch einen Zufall nachprüfen können, und zwar auf folgende Weise:

Zufällig wäre an diesem Tage einer seiner Agenten von einer Wolgareise zurückgekehrt und hätte auf seinem Wege zu der Botschaft das Haus passiert, in dem sich in diesen Tagen das Hauptquartier der Mensche-

---

[2] Jakow Michailowitsch Swerdlow (1885—1919), 1918—1919 Präsident des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees.

wisten befunden habe. Dieser Agent wäre von vor dem Hause stehenden Wachen aufgegriffen und in einen Raum gebracht worden, in dem sich die Führer der Menschewisten befunden hätten. In diesem Raum wäre — und zwar an dem Attentatstage — plötzlich Dzierżiński erschienen, hätte eine Pistole gezogen und erklärt, die ganze menschewistische Regierung wäre verhaftet. Man habe darauf Dzierżiński selbst verhaftet, ihm seine Pistole abgenommen und ihn angewiesen, auf einer Bank Platz zu nehmen, auf der bereits der deutsche Agent saß.
Der deutsche Agent sei nach einigen Stunden von den Menschewisten freigelassen worden. Dzierżiński wäre dann dadurch befreit worden, daß Lenin lettische Artillerie auf dieses Haus eingesetzt habe, worauf die Menschewisten flüchteten, ohne sich weiter um Dzierżiński zu kümmern.
Herr Geheimrat Dr. Riezler fügte zu seiner Erzählung noch hinzu, daß es Lenin am Tage des Attentates mit der Bestrafung der Mörder zweifellos ernst gewesen wäre. Zwei Jahre später jedoch habe Lenin ganz offensichtlich seine Ansicht über die Attentäter geändert, da Bljumkin, der nach dem Attentat in die Ukraine geflüchtet war, bereits im Herbst 1921 in Moskau Vorträge über den Hergang seines Attentates halten durfte.
Als ich Herrn Geheimrat Riezler gegenüber zum Ausdruck brachte, daß es doch sehr schade wäre, daß er, wie er mir gesagt hätte, über die wahren Vorgänge dieses Attentates an keiner Stelle etwas Schriftliches niedergelegt hätte, meinte Herr Scheffer, er hätte Herrn Geheimrat Riezler seit Jahren vergeblich zu einer Festlegung des Tatbestandes wie überhaupt seiner Memoiren zu veranlassen versucht — eine Bemerkung, die Herr Geheimrat Riezler mit einem Achselzucken erwiderte.
New York, den 29. September 1952.[b]

Nachträglicher Zusatz Hans von Sauckens:

Am 30. Oktober ds. Js. übermittelte mir Herr Paul Scheffer zu meiner Aufzeichnung über den Mirbach-Mord im Jahre 18 von Herrn Geheimrat Riezler noch folgende Ergänzungen:
Das einleitende Gespräch zwischen Bljumkin und seinem Komplizen einerseits und Graf Mirbach andererseits habe etwa 10 Minuten gedauert. Als die beiden Mörder auf den Grafen und auf Herrn Riezler zu feuern begannen, habe sich Herr Riezler und Herr Leutnant Müller rückwärts gestaffelt zwischen einer Wand und dem schweren Arbeitstisch des Grafen mehr oder weniger eingekeilt, auf einem kleinen Sofa sitzend, befunden. Keiner der drei deutschen Herren habe eine Waffe besessen.
Graf Mirbach ist nicht von Bljumkin, sondern von dessen Komplizen erschossen worden. Dzierżiński sei erst nach der Besichtigung des Mordzimmers durch Lenin auf der Deutschen Botschaft erschienen.
Bei der Gruppe, die hinter den Mördern stand, habe es sich nicht um die

[b] Am Ende der Aufzeichnung Bemerkung von Paul Scheffer: „Mit vielem Interesse und Dank gelesen und minutiöse Richtigkeit bewundert. gez. Paul Scheffer."

Menschewiken, sondern um den linken Flügel der sog. Sozialrevolutionäre gehandelt.

New York, den 31. Oktober 1952 [eigenh.] Saucken

19

Riezler an das Auswärtige Amt. Moskau, 8. Juli 1918

PA, Deutschland 131, Bd. 42

Entzifferung.

Telegramm Nr. 437.

Antwort auf Telegramm Nr. 507.
Ganz geheim.
Daß Miljukow und Nabokow[1] mit deutscher Vertretung Kiew gesprochen haben[2], scheint Bolschewiki bekannt. Ich habe aus einem speziellen Anlaß bei Karachan am Vormittag vor Attentat erneut zur Sprache gebracht, daß Kommission zur Bekämpfung Kontrerevolution[3] von Gegnern der Bolschewiki ⟨durchsetzt⟩[a] sei und statt Ententeumtriebe energisch zu fassen, harmlose Monarchisten verhafte, nur weil sie in der Mission — vergeblich — vorspreche[n]. Karachan brachte dabei streng vertraulich seine Kenntnis unserer kontrerevolutionären Verbindungen zur Sprache, sagte daß — nicht von seiten der Missionen — aber von anderer Seite früher in Moskau, später in Kiew für eine deutsche Orientierung der bürgerlichen Kreise, insbesondere der in schneller Wandlung begriffenen Kadetten und gegen die Bolschewiki gearbeitet würde. Ich erwiderte ihm, daß das erste eine Selbstverständlichkeit, das zweite Unwahrheit sei und die Bolschewiki allen Grund hätten, uns dankbar zu sein, wenn wir ihnen behilflich wären, die bürgerlichen Elemente zu spalten und eine einheitliche kontrerevolutionäre Front, die allein für sie gefährlich werden könne, zu verhindern. Sie sollten also ruhig deutscher Orientierung der bürgerlichen Kreise freie Hand lassen. Trotzdem Karachan über die Absicht der deutschen Regierung selbst beruhigt schien, empfehle ich, bei Aufrechterhaltung der Verbindung mit Miljukow äußerste Vorsicht.

Riezler.

---

[a] in der Vorlage irrtümlich „durchgesetzt".

[1] Wladimir Dmitrijewitsch Nabokow (1869—1922), Mitbegründer der Kadettenpartei und deren stellvertretender Vorsitzender, Geschäftsführer der 1. Provisorischen Regierung.

[2] Miljukow war im Juni 1918 nach Kiew gegangen und hatte Kontakte zu den dortigen Vertretern Deutschlands aufgenommen, um die deutsche Hilfe bei einem Aufstand der Kadetten gegen die Bolschewiki zu gewinnen. Die deutsche Regierung mißtraute ihm und ließ im Juli die Beziehungen zu ihm abbrechen. Baumgart, Ostpolitik, S. 136 ff.

[3] i.e. die am 20. 12. 1917 gegründete „Außerordentliche Kommission zur Unterdrückung der Gegenrevolution" (= Tscheka), der die Attentäter Mirbachs angehörten (vgl. Tgb. 28. 8. 1918, Anm. 9).

20

Riezler an das Auswärtige Amt. Moskau, 10. Juli 1918

PA, Deutschland 131, Bd. 42

Entzifferung.

Telegramm Nr. 457.
Dringend!
Sofort!
Bolschewiki versuchen, sich mit den S[ozial-]R[evolutionären] auf einer neuen Grundlage zu einigen[1]. Unter diesen Umständen trachten Bolschewiki Frage der Hinrichtung der S[ozial-]R[evolutionären] Führer durch Entkommenlassen umgehen. Der neue Bund kann nicht halten, Beobachter verschiedenster Richtungen erwarten den Sturz der Bolschewiki in wenigen Tagen. Ein neuer Putsch würde zum Siege der Links S[ozial-] R[evolutionäre] führen. Monarchisten beantworten die Frage, ob sie stark genug wären, sich im Falle eines Putsches der Links S[ozial-]R[evolutionäre] an deren Stelle in den Besitz der Macht zu setzen, mit nein. Herrschaft der S[ozial-]R[evolutionäre] würde durch völlige Anarchie und Progroms gegen deutsche und russische Bourgeoisie schließlich zu Herrschaft Monarchisten führen.
Da noch aus der Provinz gemeldet wird, daß an den von Norden und Osten heranführenden Bahnlinien die S[ozial-]R[evolutionäre] näher rükken, Nisnynowgorod in ihren Händen, Murom genommen ist und an der von Murom heranführenden Bahnlinie die S[ozial-]R[evolutionäre] und ihre Bauern auf circa 130 km nähergekommen sind, ist eine noch schnellere Entwickelung nicht ausgeschlossen.
Der laxen Behandlung der Mörder, dem Herannahen ihrer Partei actionslos zuzusehen scheint mir sowohl aus Fragen der Würde als aus politischen Gründen unmöglich.
M.E. muß die Zeit der Sozialrevolutionäre und völliger Anarchie abgewartet und inzwischen von der Ukraine aus die monarchistische Bewegung gefördert und zum Siege geführt werden.
Unter diesen Umständen muß ich pflichtgemäß zur Erwägung stellen, mich zu ermächtigen, die Beziehungen bis zur völligen Sühne des Mordes an dem Grafen Mirbach zeitweilig abzubrechen. In Anbetracht der nur hier zu übersehenden Eigenart der Lage und der vielleicht sehr schnellen Entwickelung bitte ich für den Zeitpunkt dieser . . .* um freie Hand. Da die Eisenbahner auf den Ostlinien mit Sozialrevolutionären gehen und eine ebensolche Haltung auf Westlinien die Mission abschneidet, bitte ich um sofortige Antwort. Riezler.

* Gr. fehlt.

[1] Vgl. Tgb. 28. 8. 1918. Zum Aufstand der Linken Sozialrevolutionäre vom 6. 7. 1918 und ihre Behandlung durch die Bolschewisten vgl. neben Katkov, op.cit., Baumgart, Ostpolitik, S. 226 ff.

21

Riezler an den Reichskanzler Graf Hertling. Moskau, 19. Juli 1918

Ausfertigung. PA, Deutschland 131, Bd. 44

K. Nr. 252

Im Anschluß an Bericht Nr. 152 und anderweitige Berichterstattung. Durch Kgl. Feldjäger.

Ganz Geheim.

Die Undurchsichtigkeit aller Verhältnisse[1] in dem durch einen immer heftigeren inneren Krieg zerrissenen Lande läßt ein Urteil über die sich unserer Politik bietenden Möglichkeiten kaum zu. Da uns die Gesamtlage indes zwingt, auch dem von durcheinander tobenden Stürmen sinnlos herumgeworfenen Schiff einen, unseren Interessen entsprechenden Kurs abzuzwingen, muß ich versuchen, in kurzen Worten diese Möglichkeiten zu kennzeichnen.

Die Bolschewiki sind tot. Ihr Leichnam lebt, weil die Totengräber sich nicht zu einigen vermögen, wer ihn begraben soll. Der Kampf, der heute zwischen uns und der Entente auf russischem Boden geführt wird, ist nicht mehr der Kampf um die Gunst dieses Leichnams. Er ist bereits jetzt der Kampf um die Nachfolge, um die Orientierung des Rußlands der Zukunft geworden.

Die Entente verfügt in diesem Kampfe über zwei Trümpfe, die agitatorische Wirkung der Zerstückelung Rußlands durch den Brester Frieden, insbesondere der Abtrennung der Ukraina und der Sperrung ihrer Getreidebestände[2] und den von der Entente geschaffenen, für jetzige Verhältnisse gewichtigen militärischen Faktor, die Czechoslowaken[3].

Dem haben wir bis jetzt nur das tiefe Friedensbedürfnis des russischen Volkes, auch der Bourgeoisie, entgegenzustellen. Dieser Faktor kann indes bei planmäßiger Verwertung von entscheidendem Gewicht werden. Immer größere Kreise auch der Bourgeoisie sehen ein, daß gegen den Willen Deutschlands kein Friede, ohne Friede keine Ordnung sich durchsetzen kann. Nur auf diese nüchterne Erkenntnis baut sich die sogenannte deutsche Orientierung der bürgerlichen Schichten monarchistischer Färbung.

Die Schwäche der Ententestellung beruht darauf, daß sie mit der Ordnung den Krieg bringen will. Wenn wir uns zu dem Wagnis entschließen, die Führung der Kontrerevolution in die Hand zu nehmen, so k a n n es gelingen, durch die Einsetzung einer deutschorientierten Regierung in

[1] Im Juli 1918, unmittelbar nach der Ermordung Mirbachs, brachen mehrere Aufstände gegen die bolschewistische Herrschaft aus. Vgl. Tgb. 28. 8. und 12. 9. 1918. Überblick und Literatur bei Baumgart, Ostpolitik, S. 226 ff.

[2] Vgl. Tgb. 11. 5. 1918, Anm. 1.

[3] Ibid., 8. 6. 1918, Anm. 4.

Moskau und Petersburg, die sich für Frieden und Ordnung ausspricht, die gesamte kontrerevolutionäre Konstruktion der Entente über den Haufen zu werfen und über die dann zu isolierenden Czechoslowaken hinweg, der sibirischen Regierung die Hand zu reichen. Die ungeheuren Vorteile, die uns, falls das Wagnis gelingt, zufallen, liegen auf der Hand. Wirtschaftliche Vorteile, Rohmaterialien und Waren kann uns nur ein von uns selbst zum Siege geführtes bürgerliches Rußland geben. Die Aussichten auf ein Gelingen vergrößern sich, wenn wir uns entschließen, Rußland die Hoffnung zu geben, daß eine Verständigung mit uns der Weg ist, den Brester Frieden in Zukunft von denjenigen Bestimmungen (Ukraina) zu entlasten, die für jeden Russen für allezeit unannehmbar bleiben, wenn wir uns langsam anschicken, aus dem formellen Frieden, wie die Vertreter der bürgerlichen Parteien sich ausdrücken, einen moralischen Frieden entstehen zu lassen.

Der Staatsstreich, der in Moskau und Petersburg eine deutsch-orientierte bürgerliche Regierung zum Siege führt, k a n n gelingen, falls nicht vor der Bereitschaft, die Ententekombination siegen sollte. Die monarchistische Offiziersorganisation in Moskau k ö n n t e siegen, wenn erstens die Neutralität der Letten[4] gesichert wird, z w e i t e n s Deutschland seine schützende Hand von den Bolschewiki durch irgend einen Akt sichtbar zurückzieht und sein Prestige der neuen Ordnung zur Verfügung stellt, die Generale im Süden im Stande sind, ihre kleinen Armeen der Durchführung der Kontrerevolution in den Provinzstädten zur Verfügung zu stellen.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß wir der entstehenden Regierung die Neutralität der Letten für den Staatsstreich, eventuell sogar die Unterstützung der Letten gegen die Czechoslowaken bringen können, sei es durch die Zusicherung freier Rückkehr in die Heimat, sei es durch eine Garantie, daß die aus landlosen Bauern bestehenden lettischen Soldaten von einer kommenden Russischen Ordnungsregierung Land erhalten werden. Einer solchen Garantie werden die Letten, deren Mißtrauen gegen jede russische Regierung sehr stark ist, vielleicht Glauben schenken.

Falls das Wagnis unternommen werden soll, müßte die Arbeit unverzüglich begonnen und die Verhandlungen mit der zukünftigen Regierung über die nach dem Sturze der Bolschewiki zu treibende Politik begonnen werden.

[eigenh.] Riezler

---

[4] S. o. S. 112 f. und Tgb. 29. 8. 1918, Anm. 15.

22

Riezler an das Auswärtige Amt. Moskau, 22. Juli 1918

PA, Deutschland 131, Bd. 44

Entzifferung.[a]

Telegramm Nr. 541.

Antwort auf Tel. Nr. 606.
Bei heutigem Gespräch zu dem Gregor Trubetzkoy[1] (Gesandter Belgrad) erschienen war, ergab sich folgendes
Die Gruppe behauptet gegenüber immer schärferem Terror, der moralischen Wirkung des Zarenmordes etc. bald eine Lösung erzwingen zu müssen. Die Gruppe stützt sich auf Industrie, Handel und Großgrundbesitz verfügt in Moskau über zirka 4000 organisierte Offiziere ohne Waffen, will aber Aussicht haben, sich vor dem Putsch der Waffen zu bemächtigen, sieht die Sammlung ihrer Kräfte unter deutschfreundlicher Orientierung durch die erlahmende Hoffnung auf uns, Fortschritte der Tschecho-Slowaken und Konzentration der Erwartungen auf diese erschwert. Ein isolierter Putsch in Moskau wäre auch im Falle Gelingens nicht haltbar, wenn nicht schon vorher Dongenerale und in Ukraine zu organisierende russische Kräfte sich nach Norden in Marsch setzen. Moskau müßte ca. 3 Wochen vor dem Beginn dieser Bewegung aus dem Süden benachrichtigt werden, weil durch immer schärferen Terror erschwerte Vorbereitungen so viel Zeit erfordern.
Eine militärische Intervention unsererseits wurde nicht verlangt nur Unterstützung von Ukraine und Don aus, Waffen und Munition, Organisationserleichterung. Die Aussicht des Putsches in Moskau nur bei entsprechender Haltung der Letten aussichtsreich.
Fortsetzung des Telegramms Nr. 541.
Über künftiges Zusammengehen mit uns äußerte Trubetzkoy, neue Regierung könne Land unter deutscher Orientierung nur einigen, wenn sie Garantie für Wiederherstellung russischer Einheit bei Zusammengehen mit Deutschland bringen könne. Er stellt sich Sache so vor, daß für eventuellen Erfolg in einem gegenseitigen geheimen Briefwechsel beiderseitige Zugeständnisse und Garantien festgelegt würden und womöglich Formel für erstes Programm neuer Regierung vorher verabredet würde.

---

[a] Randbemerkung Hintzes: „H. Nadolny. Auszugsweise bitte an OHL. H."

[1] Fürst Grigorij Trubetzkoj (1873—1930), 1913 Direktor im russischen Außenministerium, Nov. 1914 Gesandter in Serbien, 1917 Chef der Diplomatischen Abteilung im Hauptquartier Kornilows, Mitglied des Stabes der Freiwilligenarmee Alexejews in Kuban. Trubetzkoj wandte sich als Vertreter der Moskauer monarchistischen Kadetten an Riezler. Vgl. dazu unten Dok. 28.

Er meinte, ein ehrliches Zusammengehen auf die Dauer ohne die baltischen Provinzen oder die Hoffnung auf sie wäre psychologisch ausgeschlossen. Eine formelle Neutralität Rußlands müßte gewahrt bleiben. Als ich die Gegenfrage stellte, wie er sich die Neutralität gegen Tschecho-Slowaken und Murman-Besetzung denke, erwiderte er, falls die Alliierten auf Aufforderung nicht herausgingen, wäre Grund für die Aufgabe der Neutralität gegeben.
Fortsetzung folgt.

Riezler

23

Riezler an das Auswärtige Amt. Moskau, 22. Juli 1918

PA, Deutschland 131, Bd. 44

Entzifferung.

Telegramm Nr. 541.
Dritte Fortsetzung.

Geheim.
Die Gruppe bittet, die Verhandlungen bald zu beginnen Moskau oder Kiew und der Organisation großrussischer Bestrebungen von Ukraine aus bald größere Bewegungsfreiheit zu geben. Ich zweifle nicht, daß Mittelsleute wie Trubetzkoi, der schon während dieser Unterredung seine Sprache dämpfte, zunächst billiger spielen werden[a]. Gerade bei ihm entspringt indessen deutsche Orientierung nur der mit einem tiefen Seufzer offen eingestandenen Einsicht, daß — leider — eine Möglichkeit, eine haltbare Ordnung mit Hilfe Entente und bei Krieg mit Deutschland zu begründen, nicht vorliegt. Trotz dieser Einsicht würden bei weiter sich steigerndem, unermüdlichen Ton des jetzigen Terrors, die Unmöglichkeit, die Offiziersorganisation durchzuhalten (es wird eine förmliche Jagd auf Offiziere veranstaltet und täglich Dutzende füsiliert), im Falle Hoffnung auf uns genommen wird auch diese Kreise zur Ententekombination als einzigen Ausweg greifen. Ich empfehle daher jedenfalls Verhandlungen aufzunehmen und der Gruppe eine Nachricht darüber zukommen zu lassen. Der der Gruppe angehörige Baron Nolde[1] soll sich in Berlin befinden.
Über Rechtsmonarchisten, die mit sibirischer Regierung Verbindung sind, und in Petersburg bessere Aussicht haben[2], folgt Drahtbericht.

Riezler

---

[a] Randbemerkung Hintzes: „H. Nadolny. Ich verstehe die Sprache teilweise nicht. H."

[1] Boris Nolde (1876—1948), Professor für Rechtswissenschaft, Historiker, März—Mai 1917 Mitarbeiter Miljukows im Außenministerium.

[2] S. u. Dok. 28.

24

Riezler an das Auswärtige Amt. Moskau, 22. Juli 1918

PA, Deutschland 131, Bd. 44

Entzifferung.

Telegramm Nr. 542.

Bei hiesigen politischen und wirtschaftlichen Verhandlungen mit Regierung erweist es sich als ernster Nachteil, daß Gegenseite über Fortgang der Berliner Kommissionsverhandlungen[1] und alle sonstigen Vorgänge eingehend unterrichtet wird, was unsererseits nicht erfolgt. Auch umlaufende Gerüchte der verschiedenen Art, z. B. daß in Berlin Anerkennung des Nationalisierungsdekrets[2] gegen Entschädigung vereinbart sei, erregt in politisch uns geneigten Kreisen starke Beunruhigung und leistet der Entente-Propaganda Vorschub. Mangels genauer Information unmöglich mit Erfolg entgegenzuwirken. Es muß daher die dringende Bitte gestellt werden, die Mission über bisherige Ergebnisse und weiteren Fortgang der Berliner Kommissionsverhandlungen fortlaufend drahtlich zu unterrichten[a].

Riezler.

[a] Randbemerkung: „Exz. Helfferich ist informiert."

[1] Vgl. Tgb. 28. 8. 1918, Anm. 17, und Dok. 16.
[2] Dekret der Sowjetregierung vom 28. 6. 1918 über die Nationalisierung aller wichtigen Industriebetriebe. Text bei Bunyan, S. 397 ff. Dadurch wurden die deutschen Pläne vereitelt, auf privatem Weg in das russische Wirtschaftsleben einzudringen. Das Dekret wurde in den Ergänzungsverträgen von deutscher Seite anerkannt. Vgl. dazu Baumgart, Ostpolitik, S. 278 f.; 292 f., Anm. 147.

25

Riezler an das Auswärtige Amt. Moskau, 23. Juli 1918

PA, Deutschland 131, Bd. 44

Entzifferung[a].

Telegramm Nr. 549.

Streng geheim.
Der in Telegramm Nr. 327 erstmalig erwähnte Abgesandte der sibirischen Regierung teilte mir mit gestern, daß die Vorbereitungen der mit

[a] Randbemerkung Hintzes auf der 1. Seite der Vorlage: „H. Nadolny. Bitte H. Riezler aufzufordern zu den Nachrichten der Agenten pp. Stellung zu nehmen. H. 24. 7."

den Sibiriern in Verbindung stehenden Organisationen der Rechts-Monarchisten nahezu abgeschlossen sind. Besondere Rolle spielt die Kirche. Er unterbreitete detaillierten Plan mit vielen konkreten und gut durchdachten, wenn auch natürlich gewagten Einzelheiten. In Petersburg sind bereits 4500 Offiziere, 28 000 Angestellte, Studenten etc. vorhanden, 4000 Gewehre, 200 Brownings, 4 Maschinengewehre. Hauptgewicht wird auf Bahn Petersburg Wologda Wiatca—Perm—Jekaterinburg gelegt. Verband Bahnangestellter und großer Teil Arbeiter dieser Linien soll auf Seiten Bewegung stehen. Ein höherer Offizier (Sachverständiger für Transportwesen) leitet Angelegenheit der Nordbahnen im bolschewikischen Verkehrsamt und wird die Transportmittel der Strecke so verteilen, daß im Moment des Petrograder Schlages Transporte von 10 sibirischen Regimentern schleunigstens vonstatten gehen kann. 6 Regimenter werden auf Perm Wiatka Wologda verteilt, 4 sind für Petersburg bestimmt. Für möglichste Sicherung der Strecke soll vorher gesorgt und bald Mehltransport bis aufs letzte vorbereitet werden. Man glaubt in Petersburg durchdringen und sich 12 bis 24 Stunden halten zu können und bittet uns „zum Schutz der Deutschen", (für deren Sicherheit bis zu unserer Ankunft sich Letten verbürgen sollen) in spätestens 18 Stunden mit einigen Bataillonen da zu sein. Die bloße Nachricht unserer schnellen Annäherung würde die vorhandenen Bataillone Roten Armee auseinandertreiben. Matrosen Flotte sind größtenteils bei Stellungbau an Murman verwendet, der Rest demoralisiert. Für die Vorbereitung sibirischen Aufmarsches und Brottransport noch 4 Wochen erforderlich. Fortsetzung folgt.

Riezler.

26

Riezler an das Auswärtige Amt. Moskau, 23. Juli 1918

PA, Deutschland 131, Bd. 44

Entzifferung[a]

Telegramm Nr. 549.

Fortsetzung von Telegramm Nr. 549:
Die Zuverlässigkeit „sibirischen" Abgesandten, der einen ehrlichen tatkräftigen, aber leidenschaftlichen Eindruck macht, habe ich nach Möglichkeit zu prüfen versucht. Frage, ob Geld nötig wäre, wurde bejaht. Das Angebot aber nur unter der Bedingung des Verkaufs von der Organisation gestifteter, für uns wertvoller Waren zu reellen Preisen an uns angenommen.

[a] Randbemerkung Hintzes auf der 1. Seite der Vorlage: „H. Nadolny. Ich verstehe nicht was H. Riezler meint. Bitte Erläuterung. H. 25." Darunter Bemerkung Nadolnys: „dürfte aus Angabe an Lersner hervorgehen. N. 26. 7." Gemeint ist Tel. 1722 vom 25. 7.

Die Kombination ist offenbar momentan mit tschechoslowakischer Ententekombination gegen Bolschewikis zusammengeschlossen. Dabei indes zu bedenken, daß Parole gegen Bolschewikis bei immer unerträglicherem Druck auf Bourgeoisie und Bauern zur Zeit alles einigen, und jetzt in Rußland sehr schnell Freundschaft und Feindschaft vertauschen wird. (siehe Muraview). Nur Tschecho-Slowaken wollen den Krieg, alles andere will den Frieden. Es ist gewiß gewagt, aber bei dem jetzigen Chaos nicht unmöglich, durch Eingehen auf obigen Plan die Ententekombination in der Mitte durchzureißen, Tschecho-Slowaken zu isolieren und die Verbindung mit Sibirien herzustellen. Einem Petersburger Sieg und einer von dort ausgegebenen Parole wird übriges Rußland bald folgen, namentlich wenn gleichzeitig Anmarsch der Donkräfte gegen Norden beginnt. Empfehle daher gleichzeitige ⟨Ausführung des Petersburger und Donplanes⟩[b], da erste Isolierung zu gewagt.

In Bezug auf Brester Frieden sind Sibirier mit vagen Hoffnungen, durch die sie Nationalisten besänftigen können, zufrieden, auch mit ⟨Gegenbeweisstellung⟩[c] gegen Remedur nach Auskunft des Abgesandten einverstanden. In sibirischer Regierung Ententisten in der Minorität und würden durch Entlarvung weiteren falschen Versprechens der Entente vollends zurückgedämmt. Politisch werden sie für uns billiger sein, als alle anderen Kombinationen, außerdem weil von Petersburg beginnend, ihre Parole unter unseren Kanonen ausgeben müssen, während Moskau sich noch recht weit ab von unserer Macht fühlt. Außerdem Kircheninteressen und Rechtsmonarchisten im Vordergrund. Offenbar auch Hintergedanken, sibirische Führer Chorvat, Koltschak, Ustrujew das Hauptgewicht in Regierung zu geben und bekannte Kandidaten alten Regimes auszuscheiden. Mit Rücksicht auf die Stimmung Sibiriens soll Schlagwort einer Constituante benutzt werden. Abgesandter ist gestern abend Omsk abgefahren und wird in zirka dreieinhalb Wochen mit verkleidetem Koltschak zurückkommen. Verbindung mit uns soll gewahrt werden. Gruppe will Antwort haben, ob sie auf erbetene Hilfe für Petersburg rechnen kann.

Ich empfehle eventuell, diese, sowie die mit Telegramm Nr. 541[1] gemeldete Moskauer sowie die Donaktion parallel weiter zu erwirken, Zeitpunkt Losschlagens möglichst auszugleichen und im Falle Gelingens Petersburger Kombination als der Politik günstigeren Übergewicht zu geben.

Riezler

---

an Lersner: „Bitte bei General Ludendorff feststellen und drahten ob und eventuell wieviel Truppen bei einem Wechsel des Regimes in Rußland zur Stützung unserer Politik für den Osten zur Verfügung gestellt werden könnten. Darstellung Riezlers über Möglichkeiten eines Wechsels folgt." PA, Deutschland 131, Bd. 44, dort auch unter dem 26. Juli Entwurf eines Schreibens an Lersner, in dem die Darstellung Riezlers über den Petersburger und Donplan für einen Umsturz weitergegeben wird. S. u. Dok. 28.

[b] ⟨...⟩ mit Rotstift von Hintze unterstrichen, am Rand Bemerkung Hintzes: „verstehe ich nicht".

[c] ⟨...⟩ von Hintze mit Rotstift unterstrichen und am Rand: „?".

[1] S. o. Dok. 23.

27

Riezler an das Auswärtige Amt. Moskau, 24. Juli 1918

PA, Deutschland 131, Bd. 44

Entzifferung.

Telegramm Nr. 559.

Im Anschluß an Telegramm No. 549.
Streng geheim!
Militärattaché hat seine Ansicht zu dem Plan gestern O.H.L. telegraphiert. Zustimmend als Nebenaktion zu Hauptdruck vom Don her. Telegramm des Militärattachés an O.H.L. setzt dortige Weitergabe der Einzelheiten des Planes voraus.

Riezler.

28

Staatssekretär von Hintze an Legationsrat Freiherr von Lersner und an Wirklichen Legationsrat Freiherr von Grünau. Berlin, 26. Juli 1918

Abschrift Reinkonzept. PA, Deutschland 131, Bd. 44[a]

Nur zu 1: Im Anschluß an Telegramm 1722[1]. Für O.H.L. und R.K.
Zu 1 u. 2: Der Kaiserliche Geschäftsträger in Moskau berichtet über die Möglichkeit einer Ablösung der Bolschewiki-Herrschaft und die sich dabei ergebenden Kombinationen folgendes:
1.) Die Macht der Bolschewiki ist am Ende angelangt. Sie sind von innen hart bedrängt durch die Links-Sozial-Revolutionäre, deren letzter, mit der Ermordung des Grafen Mirbach einsetzender Aufstand nur durch die Unterstützung der Letten unterdrückt werden konnte. Von außen her arbeitet die Entente auf russischem Boden direkt oder indirekt mit dem Ziele der Wiederherstellung einer Front gegen Deutschland im Osten, wenn auch in bescheidenstem Maße, z. B. durch Beunruhigung der Demarkationslinie, Aufstände an und hinter der Front u. s. w. Um die Russen zu aktiver Teilnahme am Kampfe zu veranlassen, verwertet sie einmal die agitatorische Wirkung der Zerstückelung Rußlands durch den Brester Frieden (insbesondere Abtrennung der Ukraine und Sperrung ihrer Getreidevorräte) vor allem aber die in ihrem Solde stehenden, immer näher gegen Moskau vorrückenden Tschecho-Slowaken, den bei den jetzigen Verhältnissen wichtigsten militärischen Faktor in Rußland.
Demgegenüber würde eine deutsche Intervention als Hauptstütze das tiefe Friedensbedürfnis des gesamten russischen Volkes finden. Dieser Faktor

[a] Entwurf mit zahlreichen handschriftlichen Korrekturen gez. B[ussche], ibid.

[1] S. o. Dok. 26, Anm. a.

könnte bei planmäßiger Verwertung von entscheidendem Gewicht werden. Immer größere Kreise, auch der Bourgeoisie, sehen ein, daß gegen den Willen Deutschlands kein Friede, ohne Friede aber keine Ordnung sich durchsetzen kann. Nur auf dieser Erkenntnis baut sich die sogenannte deutsche Orientierung der bürgerlichen Schichten monarchistischer Färbung auf. Die Schwäche der Ententestellung beruht somit darauf, daß sie mit der Ordnung den Krieg bringen will.

2.) Als Nachfolger der Bolschewiki kommen für uns in Frage:

a) Die Moskauer Kadetten: Als Vertreter der Moskauer monarchischen Kadetten sprach der frühere Gesandte in Belgrad Gregor Trubetzkoy bei der deutschen Mission vor und erklärte[2]: Gegenüber dem immer schärferen Terror, insbesondere auch unter dem moralischen Druck des Zarenmordes muß eine Lösung in kurzer Zeit erzwungen werden. Seine Gruppe, die auch linksstehende Oktobristen und einige rechtsstehende Sozial-Revolutionäre umfaßt, und sich auf Handel, Industrie und Großgrundbesitz stützt, will in Moskau über ca. 4000 organisierte Offiziere verfügen. Diese sind allerdings ohne Waffen, wollen aber Aussicht haben, sich diese vor dem Putsch zu beschaffen. Durch die erlahmende Hoffnung auf Deutschland, die Fortschritte der Tschecho-Slowaken und die sich auf diese konzentrierenden Erwartungen sieht die Gruppe die Sammlung ihrer Kräfte unter deutschfreundlicher Orientierung freilich sehr erschwert. Auch im Falle eines Gelingens wäre ein isolierter Putsch in Moskau nicht haltbar. Es müßten schon vorher die Don-Generäle und in der Ukraine zu organisierende russische Kräfte nach Norden marschieren, da die durch immer schärferen Terror erschwerten Vorbereitungen viel Zeit erfordern, müßte Moskau schon ca. 3 Wochen vor Beginn der Bewegung aus dem Süden benachrichtigt werden.

Die Gruppe verlangt von uns nur Unterstützung aus der Ukraine und vom Don aus durch Waffen, Munition und Organisationshilfe, nicht militärische Intervention. Ein Putsch in Moskau sei aber nur bei entsprechender Haltung der Letten aussichtsreich.

Als politische Richtlinie für die Einigung des Landes unter deutscher Orientierung fordert Trubetzkoy Garantie für die Wiederherstellung der russischen Einheit. Ehrliches Zusammengehen sei außerdem auf die Dauer ohne die baltischen Provinzen oder die Hoffnung auf sie nicht möglich. Rußland würde formelle Neutralität wahren; falls Alliierte aus Murman-Gebiet sich nicht zurückzögen und Tschecho-Slowaken nicht abrücken würden, wäre Veranlassung gegeben, die Neutralität aufzugeben. Er schlug vor, Festlegung beiderseitiger Zugeständnisse und Garantien zwecks Aufstellung des ersten Programms der neuen Regierung. Als leitende Persönlichkeit ist in dieser Gruppe auch der frühere Landwirtschafts-Minister Krivoschein tätig, der insbesondere das Vertrauen der Bank- und Industrie-Kreise besitzt.

---

[2] S. o. Dok. 22.

b) Die Rechtsmonarchisten, deren Zentrum in Petersburg ist und die mit der sibirischen Bewegung (vgl. unten) in enger Verbindung stehen. Als Vertreter traten in Petersburg General Bjelaeff, letzter zaristischer Kriegsminister, Oberst Chomutoff und früherer Direktor der Kaiserlichen Kanzlei Putiloff auf. Sie wollen in Petersburg verfügen über 4500 Offiziere, 28 000 Angestellte, Studenten etc., 4000 Gewehre, 200 Brownings, 4 Maschinengewehre. Sie legen großen Wert auf die Bahn Petersburg—Wologda—Wjatka—Perm—Jekaterinenburg. Angeblich soll der Verband der Eisenbahn-Angestellten und ein großer Teil der Arbeiter dieser Linien auf Seiten der Bewegung stehen. Im bolschewikischen Verkehrsamt leitet als Sachverständiger für Transportwesen ein höherer Offizier die Angelegenheiten der Nordbahn.
Er hat sich bereit erklärt, die Transportmittel der Strecken so zu verteilen, daß, sobald in Petrograd losgeschlagen wird, sofort Transporte von 10 sibirischen Regimentern erfolgen können. Davon sollen 6 Regimenter auf die Bahn Perm—Wjatka—Wologda verteilt werden, die anderen 4 nach Petersburg gehen. Es soll vorher für möglichste Sicherung der Strecke gesorgt und der Transport von Mehl genau vorbereitet werden. Man glaubt sich in Petersburg durchsetzen und sich 12 bis 24 Stunden halten zu können. Wir sollen zum Schutze der Deutschen, deren Sicherheit die Letten bis zu unserer Ankunft verbürgen sollen, mit einigen Bataillonen in spätestens 18 Stunden eintreffen. Die Rote Armee würde schon durch die Nachricht von unserer schnellen Annäherung auseinander getrieben werden. Von der Flotte sind die Matrosen größtenteils im Murmangebiet zu Stellungsbau verwendet, der Rest ist demoralisiert. Es wären noch vier Wochen erforderlich, für die zum sibirischen Aufmarsch und Brottransport erforderlichen Vorbereitungen. Was ihre Stellungnahme zu uns anbetrifft, so betrachten sie den Brester Frieden nicht als endgültig, wenngleich sie bereit sind, uns einen Siegespreis zuzubilligen.
c) Die sibirische, provisorische Regierung in Omsk[3]; Führer Horvat, Koltschak, Ustrujew. Vergleiche hierzu diesseitiges Telegramm Nr. zu 1: 1413, zu 2: 661. Dort wurde ausgeführt, daß das Verhältnis der sibirischen Regierung zur Entente noch ungeklärt sei und daß sie zeitweilig mit den Tschecho-Slowaken zusammen gingen. Sie hegten jedoch großes Mißtrauen insbesondere gegen Japan, aber auch gegen Amerika, und hegten den lebhaften Wunsch nach Frieden; ferner mache die sibirische Regierung ihr Vorgehen abhängig von Beendigung der Vorbereitungen für Getreidetransporte.
Das bindende Moment für das gegenwärtige Zusammengehen der sibirischen Regierung mit tschecho-slowakischen Entente-Kombinationen scheint hauptsächlich in dem in Rußland alle Elemente einigenden Haß gegen die Bolschewiki-Herrschaft gesucht werden zu müssen. Ein Herüberziehen der sibirischen Regierung zu uns erscheint jedoch nicht ausgeschlossen, da sie den Frieden will. Dadurch wäre die Möglichkeit einer Isolierung der

[3] S. o. Dok. 25 f.

Tschecho-Slowaken gegeben. Für die sibirische Regierung würde dann sehr bald das von Petersburg ausgegebene Programm maßgebend werden.
Hinsichtlich des Brester Friedens würden sich die Sibirier mit gewissen Hoffnungen, die zur Besänftigung der Nationalisten dienen könnten, zufrieden geben. Die Ententisten sind in der sibirischen Regierung in der Minorität, und ihr Einfluß würde durch Klarlegung der falschen Versprechen der Entente stark eingeschränkt werden. Die sibirische Regierung würde daher von den vorhandenen politischen Kombinationen für uns die billigste sein und würde wegen ihres Zusammengehens mit Petersburg, im Falle von dessen Besetzung am schnellsten unter unseren Einfluß geraten, während Moskau sich von unserer Macht weiter entfernt fühlt. Im Vordergrund stehen bei den Sibiriern außerdem Kircheninteressen, und Rechtsmonarchisten spielen die erste Rolle bei ihnen. Mit Rücksicht auf die Stimmung in Sibirien soll aber das Schlagwort einer konstituierenden Versammlung angewandt werden. Ein Vertreter der sibirischen Regierung will in etwa 3 $^1/_2$ Wochen, mit neuen Informationen aus Omsk kommend, Antwort einholen, ob auf deutsche Unterstützung für eine Aktion in Petersburg gerechnet werden kann.
d) Die Kosaken[4]: Die Kosaken unter Krasnow sind im Falle von Unterstützung durch uns mit Waffen und Munition wohl zweifellos bereit, mit uns für Wiederherstellung der Monarchie, die ihnen zugleich Wiederherstellung ihrer alten Privilegien, wenn auch in beschränktem Umfange, gewähren könnte, zu kämpfen. Ihr offenes Eintreten für uns und die Monarchie dürfte nicht ohne Rückwirkung auf andere Kosakengruppen bleiben. Als Programm verkünden sie offen die Wiederherstellung Allrußlands.
Herr Riezler hält es, wenn wir uns entschließen, die Führung der Konter-Revolution zu übernehmen, für möglich, uns zunächst auf alle vier Gruppen zu stützen. Die Zusage einer, wenn auch beschränkten Revision des Brester Friedens sei allerdings unerläßlich. Wichtig sei ferner sichtbares Abrücken von den Bolschewiki zur Gewinnung des schon stark erschütterten Vertrauens der monarchistischen Kreise. Für Gelingen des Moskauer Putsches sei außerdem notwendig neutrale Haltung der Letten, die gewonnen werden müßten. Gleichzeitiges Losschlagen an vorher verabredetem Tage und sorgfältige Vorbereitung der Parallelaktionen in Petersburg und Moskau sowie des Vorgehens von der Ukraine, vom Don-Gebiet und von Sibirien aus sei unumgängliche Voraussetzung des Gelingens, das naturgemäß durch fortschreitende Stärkung der Ententestreitkräfte und das Vordringen der in ihrem Solde stehenden Tschecho-Slowaken ständig bedroht werde.
Die Stellungnahme hierzu darf einer mündlichen Erörterung bei meiner Anwesenheit im Großen Hauptquartier vorbehalten bleiben.

gez: von Hintze.

---

[4] Zu den Verbindungen zwischen Deutschland und Krasnow im Sommer 1918 vgl. Baumgart, Ostpolitik, S. 139 ff.

29

Riezler an das Auswärtige Amt. Moskau, 27. Juli 1918

PA, Deutschland 131, Bd. 44

Entzifferung.

Telegramm Nr. 584.

Antwort auf Telegramm Nr. 641.
Zu Punkt 1. Nach den letzten Nachrichten wird in Petersburg zur Zeit über eine Annäherung der Rechtsmonarchisten an die sibirische Gruppe verhandelt, bei der letzterer die Aufnahme von Koltschak, Chorvat, Ustrujew in die neue Regierung zugesagt worden sein soll. In unserem Interesse läge für den Anfang die Bildung einer möglichst farblosen Koalition mit Programm Ordnung und Frieden und Befreiung Rußlands von Bolschewiki. Feststellung Staatsform wäre zunächst einer nach Wiederherstellung der Ordnung einzuberufenden „Volksvertretung" zu übertragen. Wenn eine Verständigung der beiden Petersburger Gruppen untereinander und mit uns auf dieser Grundlage erfolgt, könnte nach einem Sieg in Petersburg das Moskauer „Rechtszentrum" angeschlossen werden. Offizieller Eintritt der Kadettenführer ist mit der Petersburger Kombination nicht vereinbar.
Diese Regierung wird, wenn ihr, sei es durch sibirische Zufuhr, sei es durch Aufhebung des bolschewistischen Getreidemonopols und des jetzigen Terrors gegen die Großbauern eine Besserung der Ernährungslage gelingt, außer der Unterstützung der bürgerlichen Welt, der besitzenden Bauern und der Kirche zunächst auch von der übrigen Bevölkerung begrüßt werden. Die Erfahrung zeigt, daß hinter der Tschecho-Slowaken-Front Ruhe, sinkender Brotpreis und leidliches Zusammenarbeiten Aller (von Sozialrevolutionären bis Rechtsmonarchisten) aus Haß gegen Bolschewiki herrschen.
Fortsetzung folgt. Riezler.

30

Riezler an das Auswärtige Amt. Moskau, 28. Juli 1918

PA, Deutschland 131, Bd. 44

Entzifferung.

Telegramm Nr. 588

Fortsetzung von Telegramm No. 584[1].
Zu Punkt 2 des dortigen Telegramms 641.
Entente verfügt außer Tschechoslowaken über die Freiwilligen Sawin-

[1] S. o. Dok. 29.

kows[2], die Rechtssozialrevolutionäre, Menschewiki und Linkskadetten, offenbar auch über einige Offiziersorganisationen dieser Gesinnten, außerdem über serbische Verbände und einige angeworbene Polen. Inwieweit diese Organisationen infolge des letzten Fehlschlags geschwächt sind, ist schwer zu sagen. Kraft der Entente liegt in dem bei einem großen Teile der hungernden Arbeiter, bei den Bauern und in Bourgeoisie gleich starken Haß gegen die Bolschewiki, der sich mit Schärfe des Terrorismus weitersteigert. Bleibt die Gegnerschaft Entente gegen die Bolschewiki konkurrenzlos, so wird der gemeinsame Haß und Hunger die Entente zum Siege führen. Dazu kommt, daß die Letten sehnlichst aus ihrer unbehaglichen Lage herauskommen wollen und dies zunächst von uns erhoffen, da wir die Rückkehr gewähren können und unseren Versprechungen mehr als der Entente geglaubt wird. Schlägt diese Hoffnung fehl, so sind die Letten gegen Sicherheit und Landbesitz auch für die Entente zu haben. Die Ententepartei in Rußland hätte im Falle eines Sieges vorübergehend Aussicht auf eine verhältnismäßige Ordnung, insbesondere wenn von dem neuen Rußland nur ein Wirtschaftskrieg gegen uns verlangt wird, würde uns aber immerhin zu starker Machtentfaltung, Angrenzung (auch Tolkrasnow) und zur Abschneidung Nafta- und Murmanverbindung zwingen. Im Falle eines Sieges einer deutschen Konterrevolution, insbesondere wenn sibirische Kombination gelingt und Verbindung über Murman unterbrochen bleibt, dürften Ententeorganisationen nur zu lokalen Schwierigkeiten imstande sein. Fortsetzung folgt. Riezler.

[2] Boris Wiktorowitsch Sawinkow (1879—1925), russischer Revolutionär, Juli-August 1917 stellvertretender Kriegsminister, organisierte gegen die Bolschewiki eine Offiziersgruppe („Union für die Verteidigung von Vaterland und Freiheit"), die von der Entente unterstützt wurde und am 6. 7. 1918 einen für die Bolschewiki gefährlichen Aufstand in Jaroslawl unternahm. Kennan, Bd. 2, S. 435 f.

31

Riezler an das Auswärtige Amt. Moskau, 28. Juli 1918

PA, Deutschland 131, Bd. 44

Entzifferung.

Telegramm Nr. 591.
Im Anschluß an Telegramm Nr. 590[1].
Antwort auf Telegramm Nr. 641.

Militärattaché hat an O.H.L. telegraphiert:
Gesandtschaft hat Frage an mich gerichtet, wieviel deutsche Truppen bei

[1] Tel. Riezlers an das Ausw. Amt vom 28. 7. 1918, PA, Deutschland 131, Bd. 44: „Ich halte im Falle Gelingens eines monarchistischen Putsches in Petersburg Sibirische Kombination außer Demonstrationstruppen an Grenze keine deutschen Truppen für erforderlich, unter der Voraussetzung, daß die Letten an unserer Seite gehalten werden und russische Kräfte aus der Ukraine und Dongebiet zur Wiederherstellung leidlicher Ordnung

Regierungswechsel zur Stützung unserer Politik nötig sind. Ich habe geantwortet:
I. Unter günstigen Umständen
a) für Moskau 1 kriegsstarkes Bataillon mit allen modernen Hilfswaffen. Dieses Bataillon muß in Moskau schon eingetroffen sein, ehe der Putsch erfolgt, denn nur von hier aus läßt sich beurteilen, wann der günstige Moment gekommen ist, um das Bataillon und die sich darum kristallisierenden zahlreichen ordnungliebenden Elemente in Tätigkeit treten zu lassen. Vorbedingung:
Neutralität der Letten, käuflich zunächst durch Geld.
b) Für Petersburg:
Neutralität der Letten, Demonstration bei Pleskau, Narwa und Wiborg sowie bei Kursk und Orscha.
II. Wenn man sicher gehen und Letten weder passiv noch aktiv benutzen will, ist bei der Länge und Unsicherheit der rückwärtigen Verbindungen ein neuer Feldzug nicht zu vermeiden (außer Bahnschutz 6 Stoßdivisionen). Ich rechne dabei als Feind ca. 30 000 Letten und ebensoviele Tschecho-Slowaken, die aber nicht einheitlich handeln werden.
Die Schwäche der militärischen Organisationen der rechten Parteien besteht hauptsächlich in dem Mangel an Geschützen, Maschinengewehren und besonders auch Kraftwagen, Gewehre würden sich schnell finden. Auch darüber würde man hinwegkommen, daß es zur Zeit eine geschlossene militärische Organisation überhaupt noch nicht gibt, sondern nur 5 bis 10 Personen zählende Zirkel, bei denen einer wenig oder gar nichts vom anderen weiß.
Der Besitz von Moskau würde genügen, um in . . .* Rußland einem Skoropadski zur Regierung zu verhelfen. Ein Regime-Wechsel für gesamtes Rußland tritt damit nicht ohne weiteres ein. Die Stellung des Hetmans in Kiew würde erschwert werden. An der Wolga, im Ural und Sibirien würde abgewartet werden, ob wir auf dem Brester Frieden bestehen bleiben.
Schubert. Nr. 86.

* Gr. verstümmelt. Riezler.

---

in Provinz, die einige Zeit erfordern wird, freigegeben werden. Um die neue Regierung in Abhängigkeit zu erhalten, kann Unterbindung der Murmanverbindung und Drohung gegen Baku genügen, zumal wenn zum Sieg des Putsches in Petersburg das Heranrücken deutscher Truppen bis vor Petersburg nötig werden sollte. Falls Verständigung mit Sibirien gelingt, besteht Aussicht, die Tschecho-Slowaken durch Isolierung auszuschalten und aufzulösen; die Sibirier werden die Tschecho-Slowaken schonen und entwaffnet nach Osten abschieben wollen. Eine deutsche Okkupation wollen die Führer aller Kombinationen vermeiden. Was im Falle des Mißlingens des Putsches an Truppen nötig wäre, hängt von den näheren Umständen ab. Im Falle Abschneidung Bakus und Murmans werden wir dem dann entstehenden Chaos zusehen oder falls Kräfte maßgebend sind, vom Don und der Ukraine her unterstützend eingreifen können. Zu allen drei Punkten bemerke ich, daß unter den herrschenden Verhältnissen ein genaues, Sicherheit des Urteils gestattendes Bild über die Lage in der Provinz, insbesondere Sibirien, schlechterdings nicht gegeben werden kann."

32

Aufzeichnung Riezlers über die Lage in Bayern. Bamberg, 26. April 1919

Abschrift. BA, R 43 I/2212[1]

Der Ministerpräsident Hoffmann[2] schuldet den Herren, die ihn veranlaßt haben, im allerletzten Moment eine Gegenregierung in Bamberg aufzutun, einigen Dank. Ohne diesen Entschluß wären auch die Städte Nordbayerns München gefolgt, wäre die bayerische Räterepublik geraume Zeit lebensfähig gewesen. Heute kann der Versuch München zu isolieren und das Land um Bamberg zu sammeln als mit knapper Not gelungen bezeichnet werden. Die lahme und lethargische Bevölkerung Bayerns kommt langsam in Bewegung und nach der Ausräumung Münchens wird zum erstenmal seit Beginn der Revolution die Möglichkeit gegeben sein, den durch Unfähigkeit und kurzsichtigste Kompromisselei verrotteten und heruntergewirtschafteten Staat wieder politisch zurechtzurücken.
Freilich muß die Säuberung Münchens als der Anfang ernster Arbeit, nicht als das Ende einer Sorge, nach der man wieder in die alten Fehler zurücksinken darf, betrachtet werden. Das rein sozialistische Ministerium Hoffmann wird in der bisherigen Zusammensetzung diese Aufgabe nicht lösen können. Der Minister Schneppenhorst[3] ist nicht der Mann, um die militärische Grundlage einer festen Regierung zu schaffen. Wenngleich heute von seinen linken Freunden als Verräter angegriffen und dadurch scheinbar festgelegt, wird er niemals eine wirklich brauchbare Volkswehr schaffen und seine lange Gegnerschaft gegen die Reichswehr und die unpolitischen Freikorps dauernd und loyal ablegen können.
Die Mehrzahl der Minister ist sich heute darüber klar, daß Schneppenhorst nach der Säuberung Münchens gehen und die Verwaltung der militärischen Angelegenheiten einem unabhängigen und sachlichen Mann übergeben muß. Aber damit ist es nicht getan. Die bayerische sozialdemokratische Partei insbesondere in München ist nahezu zusammengebrochen und muß, wenn nicht das ganze Elend von vorn beginnen soll, neu aufgebaut werden. Von Kompromiß zu Kompromiß nach links gleitend, mit einer als besondere bayerische Schlauheit gepriesenen Prinzipienlosigkeit den Massen nachlaufend ist die Münchener Sozialdemokratie beim Rätesystem angelangt; die nicht geführten und nicht führenden Unterführer

---

[1] Zur Einordnung des Dokuments s. o. S. 120 ff.
[2] Johannes Hoffmann (1867—1930), seit 1908 Mitglied des Bayerischen Landtags, seit 1912 des Reichstags (SPD), 1918—1919 Kultusminister im Kabinett Eisner, März 1919 bis März 1920 Ministerpräsident, Außen- und Kultusminister.
[3] Ernst Schneppenhorst, 1906—1918 Geschäftsführer des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Nürnberg, 1912—1920 Mitglied des Bayerischen Landtags (SPD), 1918—1919 Regierungsvertreter und Leiter des Generalkommandos des III. Bayer. Armeekorps in Nürnberg, 1919 bis zur Übergabe der bayer. Armee an das Reich bayer. Staatsminister für militärische Angelegenheiten.

sind zur U.S.P., wenn nicht gar zu den Kommunisten übergegangen und die Organisationen in München sind nicht viel mehr als ein Trümmerfeld. Hier wird neu aufgebaut, eine Grenze als Kompromisseler gezogen, den Arbeitern endlich die Wahrheit gesagt und eine feste Führung gezeigt werden müssen. Nur so werden die Massen langsam zurückkommen. Dazu wird die an Männern und Energien arme bayerische Sozialdemokratie der Hilfe und der Mahnung der Zentralleitung der Partei bedürfen.

Der Ministerpräsident selbst ist sich über die Notwendigkeit dieser Aufgabe und über die Gründe des Verfalls klar. Er würde klug daran tun, die Konsequenzen zu ziehen und alle irgendwie in der Regierung entbehrlichen Parteikräfte der verwahrlosten Partei wieder zuzuführen. Die bayerische Mehrheitssozialdemokratie ist zu schwach und zu unfähig, um den Staat allein zu leiten. Die jetzige Krise gibt dem Bürger- und Bauerntum einen Ruck nach rechts — eine Regierung, die auch weiterhin nur auf die Stimmungen der Arbeiter sieht, wird nicht die „Errungenschaften der Revolution sichern", sondern eine noch tiefere Spaltung des Landes und damit letzten Endes die Reaktion heraufführen. Mit dem Zusammenbruche der Firma Gandorfer[4] ist die Seifenblase eines revolutionären Bauerntums zerplatzt: das Land ist und bleibt ein Bauernland und kann ohne, aber nicht gegen die Bauern mit den Arbeitslosen regiert werden. Daher würde Herr Hoffmann gut tun, sein Ministerium auf der Basis einer Koalition zu rekonstruieren und die Energie der sozialdemokratischen Partei, statt auf das Blendwerk der Vollsozialisierung auf die Festigung der eigenen Partei zu verwenden. Nur so wird er der zu erwartenden bitteren Auseinandersetzung über die bisher gemachten Fehler und die Schuld an der Münchener Entwickelung ausweichen können.

gez. Riezler.

---

[4] Carl und Ludwig Gandorfer betrieben als Führer des linken Flügels des Bayerischen Bauernbundes die revolutionäre Radikalisierung der Landbevölkerung. Sie unterstützten im November 1918 den Umsturz in München. Im April 1919 zogen sich fast alle Bauernräte und ihre Anhänger im Bauernbund von Carl Gandorfer und seiner Richtung zurück. Gandorfer selbst entzog sich durch Flucht der Verhaftung. Vgl. H. Gollwitzer, Zur Geschichte der bayerischen Parteien, in: Unser Geschichtsbild. Wege zu einer universalen Geschichtsbetrachtung. Hrsg. Karl Rüdiger (1954), S. 186 f.; Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen. Hrsg. Karl Bosl (1969), bes. S. 469 ff.

33

Riezler an das Auswärtige Amt. Bamberg, 17. Juni 1919

Abschrift, PA, Bayern 50, Bd. 18[1]

J. Nr. 117
Ber. Nr. 7
Nunmehr genießt auch Bayern die Segnungen eines Koalitionsministeriums[2]. Bei seiner Bildung sind die in der Geschichte der revolutionären Kabinettsbildungen allerorten in Deutschland beobachteten Mißstände und Mißstände in besonders grotesker Form zutage getreten.
Der Ministerpräsident Hoffmann hat mit den beiden Führern der Demokraten und des Zentrums, Herren Dr. Müller-Meiningen und Speck[3], über die Koalition verhandelt. Er hat dabei den Eintritt der Tüchtigsten in sein Kabinett gefordert. Der Führer der Demokraten referierte über diese Besprechungen seiner Partei und teilte ihr mit, der Ministerpräsident wünschte ihn selbst als Mitglied des Kabinetts. Die demokratische Fraktion, die ihren geschäftigen, aber wenig in den eigenen Reihen angesehenen Führer lieber nicht als Minister gesehen hätte, konnte sich diesem Wunsche des Ministerpräsidenten nicht entziehen. Das Zentrum verlangte bei zwei Ministern der demokratischen Partei drei Portefeuilles für sich, darunter den Verkehrsminister. Der Ministerpräsident, anfangs bereit sich diesem Wunsche zu fügen, sah sich alsbald der Unmöglichkeit gegenüber, dem Einspruch der mächtigen sozialdemokratischen Verbände des Verkehrspersonals standzuhalten, die sich strikte weigerten, einen Zentrumsmann als Verkehrsminister zu dulden. Das Zentrum mußte auf den Verkehrsminister verzichten. Es forderte als Entgelt, daß jedem Minister ein politischer Staatsrat beigegeben werden sollte und von diesen neubegründeten Posten vier an das Zentrum zu fallen hätten. So mußten für die zehn Minister zehn politische Staatsräte geschaffen werden. Gegenwärtig bemüht man sich vergeblich, die Rechte und Pflichten dieser „Staatsräte", für die schlechterdings nichts zu tun ist, abzugrenzen. Das Zentrum will in ihnen Aufpasser sehen, die den Parteien über die Vorgänge in den Ministerien zu berichten haben. Aber mit diesen zehn politischen Staatsräten ist die Schraube noch nicht zu Ende. Das Zentrum will zum politischen Staatsrat im Verkehrsministerium einen Verbandssekretär des katholischen Eisenbahnerverbandes, der sich früher als Anhänger der berüchtigten Reverspolitik bewährt hatte. Dadurch wurden abermals die stärkeren sozialdemokratischen Organisationen auf den Plan gerufen, die

---

[1] Zur Einordnung des Dokuments s. o. S. 123 f.
[2] Die rein sozialdemokratische Regierung Hoffmann wurde am 31. 5. 1919 umgebildet.
[3] Karl Friedrich Speck (1862—1942), 1912—1914 MdR (Zentrum), seit 1905 Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Bayer. Landtags, 31. 5. 1919—17. 1. 1920 bayer. Finanzminister.

nun ihrerseits als Mindestforderung ebenfalls einen politischen Staatsrat im Verkehrsministerium aus ihren Reihen fordern u.s.f. Bayern hat nun glücklich, nachdem schon vor Monaten ein Ministerium für soziale Fürsorge, eines für Handel und Gewerbe, eines für Landwirtschaft neu geschaffen wurde, um Parteien und Personen zu befriedigen, 9 Ministerien mit je 1 Minister und mindestens 10 politischen Staatsräten, also ca. 20 leitende, durch Parlamentarier zu besetzende Posten auf 180 Abgeordnete.

Diese quantitativ mächtige Maschine wäre sachlich kaum beschäftigt, wenn sie sich nicht gegenseitig beschäftigte in Reibungen, Differenzen und Sitzungen: das aber tut sie so gründlich, daß für die geringe sachliche Arbeit keine Zeit mehr bleibt und die Beamten und Deputationen, die wegen Zeitmangels der Herren Minister nicht empfangen werden können, sich in den Bamberger Gasthöfen stauen. Zudem ist diese Maschine in den wichtigsten Angelegenheiten bewegungsunfähig und vermag z. B. nicht, in der für Bayern besonders wichtigen Frage der konzessionslosen Preisgabe der Staatsrechte in Kirchenangelegenheiten, (Artikel 306 der neuen Reichsverfassung), irgend etwas zu tun, um dies in der Wirkung reaktionärste Ereignis der Bayerischen Geschichte der letzten 100 Jahre zu verhindern — aus dem einfachen Grunde, weil die Einigkeit der Koalition der Erörterung dieser Art Grundrechte des deutschen Volkes nicht standhielte.

Nun ist man daran, dieses herrliche System durch eine Verfassung zu verewigen, die keinen Staatspräsidenten vorsieht, der doch wenigstens für eine reibungslose Auswechslung der Unfähigkeiten sorgen könnte.

Auf welchem gesetzmäßigen Wege Bayern je diese kostspielige Mißwirtschaft, hinter der alsbald die Fehler des alten Systems verschwinden werden, wieder loswerden könnte, ist nicht abzusehen.

Diese Staatsform wird vollends zum stagnierenden Sumpf, wenn die neue Reichsverfassung in Kraft tritt und den Regierungen und den Landtagen der Einzelstaaten an Materien und Kompetenzen so gut wie nichts zu freier Entscheidung verbleibt. Wenn es in der Welt vernünftig zuginge, so würde wohl dann dieses Kollegium von Ministern und Staatsräten durch einen Präsidenten und je einen Referenten für Schule und Verwaltung ersetzt. Aber nur ein hoffnungsreicher Schwärmer wird glauben, daß ein solches Parlament sich selbst und seine 20 Posten je durch einen Beschluß beseitigen werde. Nachdem obendrein die Reichsverfassung zwar den Bundesstaaten die Kompetenzen und Materien genommen, sie um die grünen Tische der Berliner Zentralinstanzen konzentriert und so den Machttendenzen der Reichsbürokratie nachgebend, für wesentliche Fragen den Obrigkeitsstaat der Landesunkundigen eingeführt hat, auf der anderen Seite aber das Anfechtbarste den Bundesstaaten, nämlich ihren politischen Sonderapparat, belassen, und nicht nur belassen hat, sondern in § 16 das jetzige System von Reichs wegen verfassungsmäßig festlegt, bleibt den Einzelstaaten, die sich nicht auf gewaltsamem Wege der Revolution oder Reaktion begeben wollen, nichts weiter übrig, als ohne wirklich verenden zu können, in einem stagnierenden Sumpfe ein von Kor-

ruption und Eitelkeit erfülltes Dasein weiter zu fristen, dessen Schauspiel auf die Länge alle Freude am Staate, alle Gesinnung der Pflicht, Geradheit und Verantwortung in der Beamtenschaft und durch den Ruin der Beamtenschaft auch im Volke zerstören muß.
Das Deutsche Reich könnte in der großen Sorge des Augenblicks über diese Zukunftsaussichten des bayerischen Staates hinweggleiten, wenn es nicht in diesem Schauspiel die Entwickelung auch der meisten übrigen Bundesstaaten und damit auch die eigene wiedererkennen müßte. Die neue Reichsverfassung, die zwischen dem Einheitsstaat und dem Föderativstaat den denkbar unglücklichsten Mittelweg gegangen ist, will in übereilter Erledigung noch völlig ungeklärter Materien ein auf die Dauer unhaltbares und innerlich unwahres Kompromiß festlegen, und läßt so der Zukunft immer die Wahl, in einer sich zwangsläufig steigernden Mißwirtschaft zu verharren oder von rechts oder links den Weg der Gewalt zu gehen. Ich verkenne die Gründe nicht, die für eine schleunige Schaffung einer deutschen Reichsverfassung sprechen. Wer indes will, daß die Demokratie in Deutschland aus einer Theorie eine sich bewährende Praxis werde, muß in einer Zeit schnellster Entwickelung und schnellsten Wandels der Meinungen und Erfahrungen, statt widersinnige Übergangserscheinungen zu verewigen, der als ungeeignet und innerlich unfertig erkannten Verfassung des Reiches wie der Bundesstaaten die Möglichkeit organischer Weiterbildung auf dem Wege des Rechts lassen. In Wahrung der mir hier anvertrauten Interessen und gewillt auch unter dem neuen System mit abweichenden Meinungen nicht zurückzuhalten darf ich, gestützt auf eine nach heutigem Maßstab nicht ganz geringe Erfahrung in den Geschäften des Staates noch in letzter Stunde auf das eindringlichste warnen und raten, dieser Verfassung doch wenigstens noch durch einen Paragraphen, der ihre Änderung für die nächsten fünf Jahre nur an eine einfache Mehrheit bindet, den Charakter zu geben, den sie tatsächlich hat, nämlich den eines provisorischen Notbehelfs, der in Eile zurechtgezimmert wurde in einer Zeit und unter Umständen, in denen noch kein Volk sich eine endgültige Verfassung zu geben versucht hat und geben kann.

Im Konzept gez. Riezler.

34

Riezler an den Reichsminister des Äußeren Hermann Müller. Bamberg, 23. Juni 1919

Abschrift als Anlage zu einem Brief Riezlers an Min. Dir. Valentinen, Preuß. Min. f. Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Frankfurt/M. 18. 3. 1933. BA, R 21/341, Nr. 164. Orig. in Personalakte, PA.

Die Regierung hat den vorgelegten Friedensvertrag ohne den äußersten, der ganzen Welt sichtbaren militärischen Zwang bedingungs- und protestlos unterschrieben. Die Art, wie die auswärtige Politik in Ministerkolle-

gien, ja in Fraktionsberatungen bisher geführt wurde und wohl weiter geführt werden wird, schließt jede Einheitlichkeit und Planmäßigkeit aus und läßt uns keine Möglichkeit, besondere Glücksfälle, die sich zu unserer Rettung aus dem chaotischen Zustand des jetzigen Europa ergeben könnten, auszunutzen. Unter diesen Umständen muß ich ergebenst bitten, mich von meinen bisherigen Obliegenheiten zu entbinden und von einer weiteren Verwendung abzusehen[1].

Riezler

[1] Zur Einordnung des Dokuments s. o. S. 126. — Dem Antrag Riezlers wurde am 14. 7. 1919 entsprochen. Am 6. 9. 1919 wurde Riezler zum 1. 10. 1919 z. D. gestellt, am 15. 11. 1919 wurde er Leiter des Büros des Reichspräsidenten.

VERZEICHNIS DER SCHRIFTEN KURT RIEZLERS

Der Reichstag und die Presse, in: Die Grenzboten 65 (1906)

Die Weltpolitik im Jahre 1906, in: Die Weltwirtschaft 2, I. Teil (1970)

Über Finanzen und Monopole im alten Griechenland. Zur Theorie und Geschichte der antiken Stadtwirtschaft. Von der philosophischen Fakultät der Universität München gekrönte Preisschrift. (1907)

Die Erforderlichkeit des Unmöglichen. Prolegomena zu einer Theorie der Politik und zu anderen Theorien. (1913)

pseudonym J. J. Ruedorffer: Grundzüge der Weltpolitik der Gegenwart (1914)

anonym ✡: Wo stehen wir?, in: Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung (11. 3. 1916)

anonym ✡: Innere und äußere Politik, in: Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung (20. 3. 1916)

anonym ✡: Weltpolitik und Sozialismus I, in: Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung (30. 3. 1916)

anonym ✡: Weltpolitik und Sozialismus II, in: Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung (6. 4. 1916)

anonym ✡: Nochmals: Deutschtum und Europäertum, Antwort auf Leserzuschrift, in: Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung (13. 4. 1916)

anonym ✡: Deutsche Mission, in: Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung (4. 5. 1916)

anonym ✡: Geistes- und Wirtschaftsdiktatur, in: Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung (3. 6. 1916)

anonym ✡: Deutsches Programm, in: Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung (17. 6. 1916)

anonym ✡: Deutsche Probleme, in: Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung (21. 7. 1916)

anonym ✡: Alldeutsche Irrwege, in: Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung (7. 8. 1916)

anonym ✡: Ums Reich, in: Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung (18. 8. 1916)

anonym ✡: Leitsätze zur Polenfrage, in: Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung (25. 8. 1916)

anonym ✡: Randbemerkungen, in: Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung (25. 8. 1916)

anonym ✡: Tirpitz und Bethmann Hollweg, in: Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung (11. 10. 1916)

anonym ✡: Ausschußpolitik, Nationalausschuß und Reichsgedanke, in: Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung (23. 10. 1916)

anonym ✡: England oder Rußland, in: Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung (4. 11. 1916)

anonym ✡: Polen, der Frieden und die Freiheit, in: Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung (16. 11. 1916)

anonym ✡: Zwischen nationalistischer und pazifistischer Gefahr, in: Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung (26. 11. 1916)

anonym N (Priv.-Tel.): Für eine deutsch-russische Verständigung, in: Frankfurter Zeitung Nr. 175, 26. 6. 1918, 1. Morgenblatt

pseudonym Gajus: Die deutsche Nation, in: Die Deutsche Nation 1 (Januar 1919)

pseudonym Gajus: Zur deutschen Frage, in: Die Deutsche Nation 1 (Februar 1919)

pseudonym Gajus: Kabinettsbildungen, in: Die Deutsche Nation 1 (März 1919)

pseudonym Gajus: Die Koalitionsregierung, in: Die Deutsche Nation 1 (März 1919)

pseudonym Gajus: Bayern und das Rätewahlrecht, in: Die Deutsche Nation 1 (April 1919)

pseudonym Gajus: Bayerns Schande und Ende, in: Die Deutsche Nation 1 (April 1919)

pseudonym Gajus: Ein Versuch, in: Die Deutsche Nation 1 (April 1919)

pseudonym Gajus: Die Befreiung Bayerns, in: Die Deutsche Nation 1 (Juni 1919)

pseudonym J. J. Ruedorffer: Vernunft oder Untergang, in: Die Deutsche Nation 2 (Mai 1920)

pseudonym J. J. Ruedorffer: Die drei Krisen. Eine Untersuchung über den gegenwärtigen politischen Weltzustand. [Sonderdruck des Nachworts zu einer Neuauflage der Grundzüge der Weltpolitik] (1920)

pseudonym J. J. Ruedorffer: Bethmann Hollweg. Ein Nachruf. in: Die Deutsche Nation 3 (Februar 1921)

K. R.: Ludendorff und Bethmann, in: Die Deutsche Nation 3 (Dezember 1921)

Noch einmal: Die Wahrheit und der General, in: Die Deutsche Nation 4 (Januar 1922)

K. R.: Die politische Agonie der Besitzenden, in: Die Deutsche Nation 4 (März 1922)

R.: Das Schicksal der sozialistischen Wirtschaftspolitik in Rußland und Deutschland, in: Die Deutsche Nation 4 (Mai 1922)

Die Schuld der Oberschicht, in: Die Deutsche Nation 4 (August 1922)

R: Rapallo und die russischen Länder, in: Die Deutsche Nation 4 (Oktober 1922)

R: Die Geldsackrepublik, in: Die Deutsche Nation 4 (Oktober 1922)

R: Die Bekämpfung der Symptome, in: Die Deutsche Nation 4 (November 1922)

R: Die tiefere Schuld, in: Die Deutsche Nation 4 (November 1922)

Die Agonie des deutschen Parlamentarismus, in: Die Deutsche Nation 4 (Dezember 1922)

Frankreichs Ziel, in: Die Deutsche Nation 5 (April 1923)

R: Zur äußeren Lage, in: Die Deutsche Nation 5 (Juni 1923)
R: Zur inneren Lage, in: Die Deutsche Nation 5 (Juni 1923)
Frankreichs Absichten, in: Die Deutsche Nation 5 (Juli 1923)
Über das Wunder gültiger Naturgesetze. Eine naturphilosophische Studie. in: Die Dioskuren 2 (1923)
Gestalt und Gesetz. Entwurf einer Metaphysik der Freiheit. (Halle a. S. 1923 bzw. München 1924)
Die Hypothese der Kausalität, in: Die Akademie 4, hrsg. von der Philosophischen Akademie in Erlangen (1925)
Über die wahre und die falsche nationale Bewegung. Zur Einführung. in: Die Deutsche Nation 6 (Juli 1924)
anonym: Zu den Wahlen, in: Die Deutsche Nation 6 (Dezember 1924)
Idee und Interesse in der politischen Geschichte, in: Die Dioskuren 3 (1924)
R: Zur parlamentarischen Lage, in: Die Deutsche Nation 7 (Januar 1925)
K. R.: Die Taktik der Demokratischen Partei, in: Die Deutsche Nation 7 (Februar 1925)
Hindenburgs Wahl, in: Die Deutsche Nation 7 (Mai 1925)
Über den Begriff der historischen Entwicklung, in: Deutsche Vierteljahrsschriften für Literatur, Wissenschaft und Geistesgeschichte 4 (1926)
Deutschland und der Anschluß Österreichs. Zur Kritik des deutschen Nationalgefühls. in: Deutscher Volkswirt 1 (1927)
Gefahren und Hoffnungen. Europa zur Jahreswende. in: Deutscher Volkswirt 2 (1928)
Die Krise des physikalischen Weltbegriffs, in: Deutsche Vierteljahrsschriften für Literatur, Wissenschaft und Geistesgeschichte 6 (1928)
Die Krise der Wirklichkeit, in: Die Naturwissenschaften (1928)
Die physikalische Realität und der Wirklichkeitsbegriff, in: Kantstudien 33 (1928)
Walther Rathenau, in: Deutsches Biographisches Jahrbuch 4 (1929)
Über Gebundenheit und Freiheit des gegenwärtigen Zeitalters. [Rede Hochschultagung Davos März 1929] (1929)
Parmenides = Bd. 5 der Frankfurter Studien zur Religion und Kultur der Antike, hrsg. von Walter F. Otto (1934)
Traktat vom Schönen: Zur Ontologie der Kunst. (1935)
Das homerische Gleichnis und der Anfang der Philosophie, in: Antike 12 (1936)
Jack and Jill. Considerations of some basic sociological concepts. in: Social Research (1939)
Physics and Reality. Lectures of Aristotle on modern physics at an international congress of scientists. 679 Olymp. Cambridge 1940 (1940)
Will to Power. An inquiry by trial and error, in: Social Research 9 (1942)

On the psychology of the modern revolution, in: Social Research 10 (1943)

What is public opinion?, in: Social Research 11 (1944)

Some critical remarks on Man's science of Man, in: Social Research 12 (1945)

The philosopher of history and the modern statesman, in: Social Research 13 (1946)

Comment [= Kommentar zu dem vorangehenden Beitrag von Hans Speier, The Future of German Nationalism], in: Social Research 14 (1947)

Language, in: Social Research 15 (1948)

Man: Mutable and Immutable — The fundamental structure of social life. (1950)

Das Nichts und das Andere, das Sein und das Seiende, in: Varia variarum, Festgabe für Karl Reinhardt (1952)

Political decisions in the modern mass society of the industrial age, = Walgreen Lectures, Chicago 1953, in: Ethics 44, Nr. 2 (Jan. 1954)

ARCHIVE UND NACHLÄSSE

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn; zit. PA.
Deutsches Zentralarchiv I, Potsdam; zit. DZA Potsdam.
Deutsches Zentralarchiv II, Merseburg; zit. DZA Merseburg.
Bundesarchiv, Koblenz; zit. BA.
Hauptstaatsarchiv Stuttgart; zit. HStA Stuttgart.
Bayerisches Hauptstaatsarchiv München; zit. HStA München.
  Abt. II: Geheimes Staatsarchiv, zit. GStA München
  Abt. IV: Kriegsarchiv, zit. Kriegsarchiv München
Theodor Heuss Archiv, Stuttgart.

Nachlaß Koch-Weser, BA.
Nachlaß Walter Goetz, BA.
Nachlaß Lujo Brentano, BA.
Nachlaß Conrad Haußmann, HStA Stuttgart.
Nachlaß Walter Riezler, Akademie der Schönen Künste, München.
Nachlaß Karl Reinhardt.

VERZEICHNIS DER ABGEKÜRZT ZITIERTEN LITERATUR

Bachem	Bachem, Karl: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei 1815—1914. Bd. 7. Köln 1930.
Basler	Basler, Werner: Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914—1918. Berlin (Ost) 1962.
Baumgart, Mission des Grafen Mirbach	Baumgart, Winfried: Die Mission des Grafen Mirbach in Moskau April bis Juni 1918, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 16 (1968).
Baumgart, Ostpolitik	Baumgart, Winfried: Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Wien und München 1966.
Benedikt	Benedikt, Heinrich (Hrsg.): Geschichte der Republik Österreich. München 1954.
Bergsträßer	Bergsträßer, Ludwig: Die preußische Wahlrechtsfrage und die Entstehung der Osterbotschaft 1917. Tübingen 1929.
Berichte Herrenhaus	Stenographische Berichte über die Verhandlungen des preußischen Herrenhauses, 1914—1918.
Bernstorff	Bernstorff, Graf Johann Heinrich: Erinnerungen und Briefe. Zürich 1936.
Bermbach	Bermbach, Udo: Vorformen parlamentarischer Kabinettsbildung in Deutschland. Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18 und die Parlamentarisierung der Reichsregierung. (Politische Forschungen, Bd. 8) Köln 1967.
Bethmann Hollweg	Bethmann Hollweg, Theobald von: Betrachtungen zum Weltkriege. Zwei Teile. Berlin 1919/1921.
Birnbaum	Birnbaum, Karl E.: Peace Moves and U-Boot Warfare. A Study of Imperial Germany's Policy towards the United States. April 18, 1916—January 9, 1917. (Acta Universitatis Stockholmiensis Nr. 2) Stockholm 1958.
Bothmer	Bothmer, Karl Frhr. von: Mit Graf Mirbach in Moskau. Tübingen 1922.
Brecht	Brecht, Arnold: Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen 1884 bis 1927. Stuttgart 1966.
Bredt	Bredt, Johann Viktor: Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg. Gutachten. (WUA, 4. Reihe, Bd. 8) Berlin 1926.
Von Brest Litowsk bis Rapallo	Deutsch-sowjetische Beziehungen von den Verhandlungen in Brest-Litowsk bis zum Abschluß des Rapallovertrages. (Redaktionskollegium: W. M. Chwostow u. a.) Berlin (Ost) 1967.
Bülow	Bülow, Bernhard Fürst von: Denkwürdigkeiten. 3. Bd.: Weltkrieg und Zusammenbruch. Hrsg. Franz von Stockhammern. Berlin 1931.

Bunyan	Bunyan, James: Intervention, Civil War, and Communism in Russia, April — December 1918. Documents and Materials. Baltimore 1936.
Bunyan-Fisher	Bunyan, James, und H. H. Fisher: The Bolshevik Revolution 1917—1918. Documents and Materials. (Hoover Library Publications Nr. 3) Stanford (Cal.) ²1961.
Burián	Burián, Stephan Graf: Drei Jahre aus der Zeit meiner Amtsführung im Kriege. Berlin 1923.
Cecil	Cecil, Lamar: Albert Ballin. Wirtschaft und Politik im deutschen Kaiserreich 1888—1918. Hamburg 1969.
Chamberlin	Chamberlin, William Henry: The Russian Revolution 1917 to 1921. 2 Bde. New York 1957.
Claß	Claß, Heinrich: Wider den Strom. Vom Werden und Wachsen der Opposition im alten Reich. Leipzig 1932.
Colliander	Colliander, Börje: Die Beziehungen zwischen Litauen und Deutschland während der Okkupation 1915—1918. Akademische Abhandlungen Åbo 1935.
Conrad	Conrad, Feldmarschall: Aus meiner Dienstzeit 1906—1918. 5 Bde. München 1921—1925.
Conze	Conze, Werner: Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg. Köln/Graz 1958.
Cramon	Cramon, August von: Unser österreichisch-ungarischer Bundesgenosse im Weltkriege. Erinnerungen aus meiner vierjährigen Tätigkeit als bevollmächtigter deutscher General beim k.u.k. Oberkommando. Berlin 1920.
Czernin	Czernin, Ottokar: Im Weltkriege. Berlin und Wien 1919.
David	Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918. In Verbindung mit Erich Matthias bearbeitet von Susanne Miller. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Erste Reihe, Bd. 4) Düsseldorf 1966.
DD	Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch. Vollständige Sammlung der von Karl Kautsky zusammengestellten amtlichen Aktenstücke mit einigen Ergänzungen. Hrsg. Walter Schücking und Max Graf Montgelas. Neue durchgesehene und vermehrte Ausgabe. 5 Bde. Berlin 1927.
Deist, Kontroverse	Deist, Wilhelm: Eine Kontroverse zwischen dem Reichskanzler und dem Oberbefehlshaber in den Marken im Sommer 1915. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen (1/1969) S. 101 ff.
Deist, Politik der Seekriegsleitung	Deist, Wilhelm: Die Politik der Seekriegsleitung und die Rebellion der Flotte Ende Oktober 1918. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 14 (1966) S. 341 ff.
Delbrück	Clemens von Delbrück: Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland 1914. Aus dem Nachlaß herausgegeben, eingeleitet und ergänzt von Joachim von Delbrück. München 1924.
Deuerlein	Deuerlein, Ernst: Der Bundesratsausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten 1870—1918. Regensburg 1955.

Deutschland im Ersten Weltkrieg	Deutschland im Ersten Weltkrieg. Hrsg. Deutsche Akademie der Wissenschaften in Berlin. Institut für Geschichte. 3 Bde. Berlin (Ost) 1968—1969.
Dok. u. Mat.	Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Hrsg. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Reihe II, 3 Bde. Berlin (Ost) 1957—1958.
Epstein	Epstein, Klaus: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie. Berlin, Frankfurt/M. 1962.
Erdmann, Beurteilung Bethmann Hollwegs	Erdmann, Karl Dietrich: Zur Beurteilung Bethmann Hollwegs. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 15 (1964).
Erdmann, Zeit der Weltkriege	Erdmann, Karl Dietrich: Die Zeit der Weltkriege. (B. Gebhardt — H. Grundmann: Handbuch zur deutschen Geschichte. 8. völlig neu bearbeitete Auflage, Bd. 4) Stuttgart 1961.
Erzberger	Erzberger, Matthias: Erlebnisse im Weltkrieg. Stuttgart-Berlin 1920.
EStWZ	Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung.
Falkenhayn	Falkenhayn, Erich von: Die Oberste Heeresleitung 1914—1916 in ihren wichtigsten Entschließungen. Berlin 1920.
Feldman	Feldman, Gerald D.: Army, Industry and Labor in Germany 1914—1918. Princeton (New Jersey) 1966.
Fischer, Krieg der Illusionen	Fischer, Fritz: Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914. Düsseldorf 1969.
Fischer, Weltmacht	Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18. 3., verbesserte Auflage. Düsseldorf 1964.
For. Relations	Papers Relating to the Foreign Relations of the United States. Supplement, The World War, 1914—1918.
Fraktionsprotokolle SPD	Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918. Bearbeitet von Erich Matthias und Eberhard Pikart. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Erste Reihe, Bd. 3/I und II) Düsseldorf 1966.
Gatzke	Gatzke, Hans Wilhelm: Germany's Drive to the West. A Study of Germany's Western War Aims during the First World War. Baltimore 1950.
Gebhardt	Handbuch der deutschen Geschichte. Bd. 3, 9. Auflage, hrsg. Herbert Grundmann. Stuttgart 1970.
Gehrke	Gehrke, Ulrich: Persien in der deutschen Orientpolitik während des 1. Weltkrieges. Stuttgart o. J. (Diss. Hamburg 1960)
Geiss, Deutsche Reichspolitik	Geiss, Imanuel: Zur Beurteilung der deutschen Reichspolitik im Ersten Weltkrieg, in: Schieder, Erster Weltkrieg, S. 222 ff.
Geiss, Grenzstreifen	Geiss, Imanuel: Der polnische Grenzstreifen 1914—1918. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg. (Historische Studien, Heft 378) Lübeck-Hamburg 1960.
Geiss, Julikrise	Julikrise und Kriegsausbruch 1914. Hrsg. Imanuel Geiss. 2 Bde. Hannover 1963.

Groener	Groener, Wilhelm: Lebenserinnerungen. Jugend — Generalstab — Weltkrieg. Hrsg. Hiller von Gaertringen. (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 41) Göttingen 1957.
Groh	Groh, Dieter: The ‚Unpatriotic Socialists' and the State. In: Journal of Contemporary History (1966) Nr. 4, S. 151 ff.
Groos	Der Krieg zur See 1914—1918. Hrsg. Marine-Archiv: Der Krieg in der Nordsee, bearbeitet von O. Groos, Bd. 2, Berlin 1922.
Grosser	Grosser, Dieter: Vom monarchischen Konstitutionalismus zur parlamentarischen Demokratie. (Studien zur Regierungslehre und Internationalen Politik, I) Den Haag 1970.
GP	Die Große Politik der europäischen Kabinette 1871—1914. Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes hrsg. von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn Bartholdy und Friedrich Thimme. Bd. 1—40, 1922—1927.
Guinn	Guinn, Paul: British Strategy and Politics. 1914 to 1918. Oxford 1965.
Gutsche	Gutsche, Willibald: Bethmann Hollweg und die Politik der „Neuorientierung". Zur innerpolitischen Strategie und Taktik der deutschen Reichsregierung während des ersten Weltkrieges. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 13 (1965) S. 209 ff.
Haase	Hugo Haase, Sein Leben und Wirken. Mit einer Auswahl von Briefen, Reden und Aufsätzen. Hrsg. Ernst Haase, o. J.
Haberland	Haberland, Brigitte: Die Innenpolitik des Reiches unter der Kanzlerschaft Bethmann Hollwegs 1909—1914. Diss. Kiel 1950.
Hahlweg, Brest Litowsk	Hahlweg, Werner: Der Diktatfrieden von Brest-Litowsk 1918 und die bolschewistische Weltrevolution. Münster 1960.
Hahlweg	Hahlweg, Werner (Hrsg.): Lenins Rückkehr nach Russland 1917. Die deutschen Akten. Leiden 1957.
Hammann, Aufzeichnungen	Hammann, Otto: Aufzeichnungen. In: Archiv für Politik und Geschichte, 4. Bd. (1925) S. 541 ff.
Hammann, Bilder	Hammann, Otto: Bilder aus der letzten Kaiserzeit. Berlin 1922.
Hanssen	Hanssen, Hans Peter: Fra Krigstiden. Dagbogsoptegnelser. 2 Bde. Kopenhagen, Berlin 1924.
Hantsch	Hantsch, Hugo: Leopold Graf Berchtold. 2 Bde. Graz, Wien, Köln 1963.
Hausner	Hausner, Arthur: Die Polenpolitik der Mittelmächte und die österreichisch-ungarische Militärverwaltung in Polen während des Weltkrieges. Wien 1935.
Haußmann	Haußmann, Conrad: Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen. Hrsg. Ulrich Zeller. Frankfurt/M. 1924.
Helfferich	Helfferich, Karl: Der Weltkrieg. 3 Bde. Berlin 1919.

Herre	Herre, Paul: Kronprinz Wilhelm. Seine Rolle in der deutschen Politik. München 1954.
Heuss, Erinnerungen	Heuss, Theodor: Erinnerungen. 1905—1933. 2 Bde., Tübingen 1963—1967.
Heuss, Gedenkwort	Heuss, Theodor: Ein Gedenkwort für Kurt Riezler. In: Die Neue Rundschau 67 (1956).
Hindenburg	Hindenburg, Generalfeldmarschall Paul von: Aus meinem Leben. Leipzig 1920.
Hubatsch	Hubatsch, Walter: Die Ära Tirpitz. Studien zur deutschen Marinepolitik 1890—1918. (Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft, Bd. 21) Göttingen-Berlin-Frankfurt/M. 1955.
Huber, Dokumente	Huber, E. R. (Hrsg.): Dokumente zur Deutschen Verfassungsgeschichte. Bd. 2: Deutsche Verfassungsdokumente 1851 bis 1918. Stuttgart 1964.
Hubrich	Hubrich, Erich-Wolfgang: Neutralität und Intervention der Vereinigten Staaten von Nordamerika 1914—1917. Diss. Kiel 1956.
Hutten-Czapski	Hutten-Czapski, Graf Bogdan: 60 Jahre Gesellschaft und Politik. 2 Bde. Berlin 1936.
Interfraktioneller Ausschuß	Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18. Bearbeitet von Erich Matthias und Rudolf Morsey. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Erste Reihe, Bd. 1/I und II) Düsseldorf 1959.
Jäckh	Kinderlen-Waechter, der Staatsmann und Mensch. Briefwechsel und Nachlaß. Hrsg. Ernst Jäckh. 2 Bde. Berlin, Leipzig 1924.
Janßen, Kanzler und General	Janßen, Karl-Heinz: Der Kanzler und der General. Die Führungskrise um Bethmann Hollweg und Falkenhayn (1914—1916). Berlin, Frankfurt, Zürich 1967.
Janßen, Macht und Verblendung	Janßen, Karl-Heinz: Macht und Verblendung. Kriegszielpolitik der deutschen Bundesstaaten 1914—1918. Göttingen 1963.
Janßen, Treutler	Janßen, Karl-Heinz: Die graue Exzellenz. Aus den Papieren Karl Georg von Treutlers. 1971.
Janßen, Wechsel in der OHL	Janßen, Karl-Heinz: Der Wechsel in der Obersten Heeresleitung 1916. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 7 (1959) S. 337 ff.
Katkov	Katkov, George: The Assassination of Count Mirbach. In: Soviet Affairs 3 (1962) S. 53 ff.
Kennan	Kennan, George F.: Soviet-American Relations, 1917—1920. 2 Bde. New York 1956/58.
Kessler, Tagebücher	Kessler, Harry Graf: Tagebücher 1918—1937. Hrsg. Wolfgang Pfeiffer-Belli. Frankfurt 1961.
Klimas	Klimas, Peter: Der Werdegang des litauischen Staates bis zur Bildung der provisorischen Regierung im November 1918. Berlin 1919.

Kolb	Kolb, Eberhard: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918—1919. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien) Düsseldorf 1962.
Koschnitzke	Koschnitzke, Rudolf: Die Innenpolitik des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg im Weltkrieg. Diss. Kiel 1951.
Kruck	Kruck, Alfred: Geschichte des alldeutschen Verbandes 1890—1939. (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Bd. 3) Wiesbaden 1954.
Kuczynski	Kuczynski, Jürgen: Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie. Berlin (Ost) 1957.
Lewerenz	Lewerenz, Lilli: Die deutsche Politik im Baltikum 1914—1918. Diss. Hamburg 1958.
Link, Bd. 3	Link, Arthur S.: Wilson. The Struggle for Neutrality 1914—1915. Princeton 1960.
Link, Bd. 4	Link, Arthur S.: Wilson. Confusions and crises 1915—1916. Princeton 1964.
Lockhart	Lockhart, Robert Bruce: Memoirs of a British Agent. London/New York 1932.
Lorey	Der Krieg zur See. Hrsg. Marine-Archiv: Der Krieg in den türkischen Gewässern, Bd. 1, bearbeitet von Hermann Lorey, Berlin 1928.
Ludendorff, Kriegserinnerungen	Ludendorff, Erich: Meine Kriegserinnerungen. 1914—1918. Berlin 1919.
Ludendorff, OHL	Ludendorff, Erich: Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18. 2. durchgesehene und ergänzte Auflage, Berlin 1921.
Lukinich	Lukinich, Emeryk: Die Stellung der ungarischen Regierung zur polnischen Frage in den ersten Jahren des Weltkrieges. Budapest 1938.
Mammach	Mammach, Klaus: Der Einfluß der russischen Februarrevolution und der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf die deutsche Arbeiterklasse, Februar 1917 — Oktober 1918. Berlin (Ost) 1955.
Martens	Martens, G. Fr. de: Nouveau recueil général de traités, 3^{me} série, tome X. Leipzig 1920.
Max von Baden	Max von Baden, Prinz: Erinnerungen und Dokumente. Neu hrsg. von Golo Mann und Andreas Burckhardt, Stuttgart 1968.
May	May, Earnest R.: The World War and American Isolation 1914—1917. (Havard Historical Publications) New Haven 1959.
Meckling	Meckling, Ingeborg: Die Außenpolitik des Grafen Czernin. (Schriftenreihe des Instituts für Österreichkunde) München 1969.
Meenzen	Meenzen, Johann: Außenpolitik und Weltfriedensordnung der deutschen Sozialdemokratie 1914—1919. Diss. Hamburg 1951.

Militär und Innenpolitik	Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914—1918, bearbeitet von Wilhelm Deist. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 2. Reihe) 2 Bde. Düsseldorf 1970.
Mommsen, Öffentliche Meinung	Mommsen, Wolfgang J.: Die deutsche öffentliche Meinung und der Zusammenbruch des Regierungssystems Bethmann Hollwegs im Juli 1917. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 19 (1968) S. 656 ff.
Mommsen, Regierung Bethmann Hollweg	Mommsen, Wolfgang J.: Die Regierung Bethmann Hollweg und die öffentliche Meinung 1914—1917. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 17 (1969) S. 117 ff.
Morsey	Morsey, Rudolf: Die deutsche Zentrumspartei 1917—1923. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 32) Düsseldorf 1966.
Mühlmann, OHL	Mühlmann, Carl: Oberste Heeresleitung und Balkan im Weltkrieg 1914—1918. Berlin 1942.
Mühlmann, Waffenbündnis	Mühlmann, Carl: Das deutsch-türkische Waffenbündnis im Kriege. Leipzig 1940.
Müller, Der Kaiser	Der Kaiser ... Aufzeichnungen des Chefs des Marinekabinetts Admiral Georg Alexander von Müller über die Ära Wilhelms II. Hrsg. Walter Görlitz. Göttingen 1965.
Müller	Regierte der Kaiser? Kriegstagebücher, Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts Admiral Georg Alexander von Müller 1914—1918. Hrsg. Walter Görlitz. Göttingen 1959.
Müller, Mars und Venus	Müller, Karl Alexander von: Erinnerungen. Bd. 2: 1914—1919. Mars und Venus. Stuttgart 1954.
Nicolai	Nicolai, Oberstleutnant W.: Nachrichtendienst, Presse und Volksstimmung im Weltkrieg. Berlin 1920.
Österreichisch-ungarisches Rotbuch 1915	Österreich-ungarisches Rotbuch 1915. [Nebst] Ergänzungen und Nachträge. 1. Teil: Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914. 2. Teil: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Beziehungen Österreich-Ungarns zu Italien in der Zeit vom 20. Juli 1914 bis 23. März 1915. Berlin 1916. 3. Teil: 29. Juli bis 27. August 1914. Wien 1919.
Paquet	Paquet, Alfons: Im kommunistischen Rußland. Briefe aus Moskau. Jena 1919.
Paquet Tagebuch	Winfried Baumgart: Von Brest-Litowsk zur deutschen Novemberrevolution. Aus den Tagebüchern, Briefen und Aufzeichnungen von Alfons Paquet, Wilhelm Groener und Albert Hopmann März bis November 1918. Göttingen 1971.
Patemann	Patemann, Reinhard: Der Kampf um die preußische Wahlreform im Ersten Weltkrieg. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 26). Düsseldorf 1964.
Pavès	Pavès, Bernard: The Fall of the Russian Monarchy. London 1939.

Payer	Payer, Friedrich: Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder. Frankfurt/M. 1923.
Pirenne, La Belgique	Pirenne, Henri: La Belgique et la guerre mondiale. (Publications de la Dotation Carnegie pour la paix internationale, Histoire économique et sociale de la guerre mondiale, Série Belge) Paris [1928].
Pirenne, Histoire	Pirenne, Henri: Histoire de Belgique. Des origines à nos jours. Bd. 4: De la révolution de 1830 à la fin de la première guerre mondiale. Bruxelles [1952].
Pohl	Pohl, Admiral Hugo von: Aus Aufzeichnungen und Briefen während der Kriegszeit. Berlin 1920.
Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates	Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates der Österreichisch-Ungarischen Monarchie (1914—1918). Eingeleitet und zusammengestellt von Niklós Komjáthy. (Publikationen des Ungarischen Staatsarchivs. 2. Quellenpublikationen. 10). Budapest 1966.
RA	Der Weltkrieg 1914—1918. Bearbeitet im Reichsarchiv (Bd. I-IX), in der Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte (Bd. X) bzw. in der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres (Bd. XI—XIV). Berlin 1925—1944. Bd. XIII und XIV 1956 hrsg. vom Bundesarchiv Koblenz.
Regierung Max von Baden	Die Regierung des Prinzen Max von Baden. Bearbeitet von Erich Matthias und Rudolf Morsey. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Erste Reihe, Bd. 2) Düsseldorf 1962.
Reiß	Reiß, Klaus-Peter: Von Bassermann zu Stresemann. Die Sitzungen des nationalliberalen Zentralvorstandes 1912—1917. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Erste Reihe, Bd. 5) Düsseldorf 1967.
Richter	Richter, Werner: Gewerkschaften, Monopolkapital und Staat im ersten Weltkrieg und in der Novemberrevolution (1914—1919). Berlin (Ost) 1959.
Ritter, E.	Ritter, Emil: Die Katholisch-Soziale Bewegung Deutschlands im neunzehnten Jahrhundert und der Volksverein. Köln 1954.
Ritter, Generalstäbe	Ritter, Gerhard: Die Zusammenarbeit der Generalstäbe Deutschlands und Österreich-Ungarns vor dem Ersten Weltkrieg. In: Zur Geschichte und Problematik der Demokratie. Festgabe für Hans Herzfeld, Berlin 1958, S. 546 ff.
Ritter	Ritter, Gerhard: Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus" in Deutschland. Bd. 2—4. München 1964/1968.
Rosen	Rosen, E. R.: Italiens Kriegseintritt im Jahre 1915 als innenpolitisches Problem der Giolitti-Ära. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Faschismus. In: Historische Zeitschrift 187 (1959) S. 289 ff.
Rosner	Erinnerungen des Kronprinzen Wilhelm. Aus den Aufzeichnungen, Dokumenten, Tagebüchern und Gesprächen. Hrsg. Karl Rosner. Stuttgart und Berlin 1922.
Roth	Roth, Paul: Die politische Entwicklung in Kongreßpolen während der deutschen Okkupation. Leipzig 1919.

Rupprecht von Bayern	Rupprecht von Bayern, Kronprinz: Mein Kriegstagebuch. Hrsg. Eugen von Frauenholz. 3 Bde. Berlin 1929.
Sadoul	Sadoul, Jacques: Notes sur la Révolution Bolchevique. Paris 1919.
Schäfer	Schäfer, Dietrich: Mein Leben. Berlin, Leipzig 1926.
Scharlau-Zeman	Scharlau, Winfried B. und Zeman, Zbynek A.: Freibeuter der Revolution. Parvus Helphand. Eine politische Biographie. Köln 1964.
Scheidemann, Memoiren	Scheidemann, Philipp: Memoiren eines Sozialdemokraten. 2 Bde. Dresden 1928.
Scheidemann, Zusammenbruch	Scheidemann, Philipp: Der Zusammenbruch. Berlin 1921.
Schellenberg	Schellenberg, Johanna: Die Herausbildung der Militärdiktatur in den ersten Jahren des Krieges. In: Politik im Krieg 1914—1918. Berlin (Ost) 1964, S. 22 ff.
Scherer-Grunewald	Scherer, André et Grunewald, Jacques: L'Allemagne et les problèmes de la paix pendant la première guerre mondiale. Documents extraits des archives de l'Office allemand des Affaires étrangères. (Publications de la Faculté des Lettres et Sciences Humaines de Paris. Série „Textes et Documents") 2 Bde. Paris 1962, 1966.
Schieder, Erster Weltkrieg	Erster Weltkrieg. Ursachen, Entstehung und Kriegsziele. Hrsg. Wolfgang Schieder. (Neue Wissenschaftliche Bibliothek 32. Geschichte) Köln, Berlin 1969.
Schiffer	Schiffer, Eugen: Ein Leben für den Liberalismus. Berlin 1951.
Schmidlin	Schmidlin, Josef: Papstgeschichte der neuesten Zeit. 3 Bde.: Papsttum und Päpste im XX. Jahrhundert. Pius X. und Benedikt XV. (1903—1922). München 1936.
Schmidt	Schmidt, Ulrike: Die Beziehungen Österreich-Ungarns zu Rumänien vom 1. September 1914 bis zum Kriegseintritt Rumäniens. Diss. Wien 1961.
Schulthess	Schulthess' Europäischer Geschichtskalender. 1909—1918. München 1917—1923.
Schwabe	Schwabe, Klaus: Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkrieges. Göttingen-Zürich-Frankfurt 1969.
Spindler	Der Krieg zur See 1914—1918. Hrsg. Marine-Archiv: Der Handelskrieg mit U-Booten, bearbeitet von A. Spindler. 4 Bde. Berlin 1932—1934, 1961.
Stegemann	Stegemann, Bernd: Die deutsche Marinepolitik 1916—1918. (Historische Forschungen, Bd. 4) Berlin 1970.
Steglich, Bündnissicherung	Steglich, Wolfgang: Bündnissicherung oder Verständigungsfrieden? Untersuchungen zu dem Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916. (Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft, Bd. 28) Göttingen 1958.
Steglich, Friedenspolitik	Steglich, Wolfgang: Die Friedenspolitik der Mittelmächte 1917/18. Bd. I. Wiesbaden 1964.

Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs.	Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 1911—1918.
Sten. Berichte	Verhandlungen des Reichstages. Stenographische Berichte, Bd. 237—311.
Stern, Bethmann Hollweg	Stern, Fritz: Bethmann Hollweg und der Krieg: Die Grenzen der Verantwortung. Tübingen 1968.
Stern	Stern, Leo: Die Auswirkungen der großen sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland. (Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 4/I—IV) Berlin (Ost) 1959.
Toni Stolper, Ein Leben	Stolper, Toni: Ein Leben in Brennpunkten unserer Zeit. Wien, Berlin, New York. Gustav Stolper 1888—1947. ²1960.
Stürgkh	Stürgkh, Josef: Im Deutschen Großen Hauptquartier. Leipzig 1921.
Sweet	Sweet, P. R.: Germany, Austria-Hungary and Mitteleuropa: August 1915 — April 1916. In: Festschrift für Heinrich Benedikt, hrsg. H. Hantsch und A. Novotny. Wien 1957. S. 180 ff.
Thieme	Thieme, Hartwig: Nationaler Liberalismus in der Krise. Die nationalliberale Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses 1914—1918. (Schriften des Bundesarchivs 11) Boppard 1963.
Thimme, Bülow	Thimme, Friedrich (Hrsg.): Front wider Bülow. Staatsmänner, Diplomaten und Forscher zu seinen Denkwürdigkeiten. München 1931.
Thimme, Kriegsreden	Thimme, Friedrich (Hrsg.): Bethmann Hollwegs Kriegsreden. Stuttgart und Berlin 1919.
Tirpitz, Pol. Dok.	Tirpitz, Alfred von: Politische Dokumente. Bd. 1: Der Aufbau der deutschen Weltmacht. Stuttgart-Berlin 1924. Bd. 2: Deutsche Ohnmachtspolitik im Weltkriege. Hamburg-Berlin 1926.
Tirpitz, Erinnerungen	Tirpitz, Alfred von: Erinnerungen. Leipzig 1919.
Tisza	Tisza, Stefan Graf: Briefe (1914—1918). Hrsg. Oskar von Wertheimer. 1. Bd., Berlin 1928.
Torrey	Torrey, Glenn E.: Rumänien und die kriegführenden Mächte 1914—1916. In: Kriegsausbruch 1914. Deutsche Buchausgabe des Journal of Contemporary History. Hrsg. Walter Laqueur und George L. Mosse. München 1967, S. 224 ff.
Trumpener	Trumpener, Ulrich: Germany and the Ottoman Empire 1914 to 1918. Princeton (New Jersey) 1968.
UA 2	Beilagen zu den Stenographischen Berichten über die öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung. 15. Ausschuß, 2. Unterausschuß: Aktenstücke zur Friedensaktion Wilsons 1916/17. Berlin 1919.
Valentini	Valentini, Rudolf von: Kaiser und Kabinettschef. Nach eigenen Aufzeichnungen und dem Briefwechsel dargestellt von Bernhard Schwertfeger. Oldenburg i. O. 1931.

Valiani	Valiani, Leo: Verhandlungen zwischen Italien und Österreich-Ungarn 1914—1915. In: Schieder, Erster Weltkrieg, S. 317 ff.
Vietsch	Vietsch, Eberhard von: Bethmann Hollweg. Staatsmann zwischen Macht und Ethos. (Schriften des Bundesarchivs 18) Boppard 1969.
Volkmann	Die Annexionsfragen des Weltkrieges. Gutachten des Sachverständigen Volkmann. (WUA, 4. Reihe, Bd. 12/I) Berlin 1929.
WUA	Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919—1928. Dritte Reihe: Völkerrecht im Weltkrieg. Vierte Reihe: Die Ursachen des Deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918.
Waffenstillstand	Der Waffenstillstand. Das Dokumentenmaterial der Waffenstillstandsverhandlungen. Hrsg. E. Marhefka. 3 Bde. Berlin 1928.
Wende	Wende, Frank: Die belgische Frage in der deutschen Politik des Ersten Weltkrieges. (Schriftenreihe zur Auswärtigen Politik, Bd. 7) Hamburg 1969.
Westarp	Westarp, Graf: Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches. 2. Bd. Berlin 1935.
Wippermann	Wippermann, Karl und Purlitz, Friedrich: Deutscher Geschichtskalender. Leipzig 1909—1918.
Zechlin, Friedensbestrebungen	Zechlin, Egmont: Friedensbestrebungen und Revolutionierungsversuche. In: Das Parlament, Beilagen vom 17. 5. 1961, 14. 6. 1961, 21. 6. 1961, 15. 5. 1963, 29. 5. 1963.
Zechlin, Kabinettskrieg	Zechlin, Egmont: Deutschland zwischen Kabinettskrieg und Wirtschaftskrieg. Politik und Kriegführung in den ersten Monaten des Weltkrieges 1914. In: Historische Zeitschrift 199 (1964) S. 347 ff.
Zechlin, Kriegsrisiko	Zechlin, Egmont: Bethmann Hollweg, Kriegsrisiko und SPD 1914. In: Schieder, Erster Weltkrieg, S. 165 ff.
Zechlin, Das schlesische Angebot	Zechlin, Egmont: Das ‚schlesische Angebot' und die italienische Kriegsgefahr 1915. In: Schieder, Erster Weltkrieg, S. 347 ff.
Zeman, Germany and the Revolution	Zeman, Z. A. B. (Hrsg.): Germany and the Revolution in Russia 1915—1918. Documents from the Archives of the German Foreign Ministry. London 1958.
Zeman, Habsburg Empire	Zeman, Z. A. B.: The Break-up of the Habsburg Empire 1917—1918. London 1961.
Zmarzlik	Zmarzlik, Hans-Günter: Bethmann Hollweg als Reichskanzler 1909—1914. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 11) Düsseldorf 1957.

PERSONENREGISTER

(Nur beiläufig erwähnte Namen sind nicht aufgenommen. Ziffern in Kursivschrift weisen auf biographische Angaben hin.)

Abbas II. Hilmi, Khedive v. Ägypten *200*
Adalbert, Prinz v. Preußen *263*
Adler, Victor A 485
Albrecht, Herzog v. Württemberg *226*
Alexejew, Michail Wassiljewitsch A 706, 707
Alfons XIII., König v. Spanien *214*, 243
Andersen, Hans Niels *230*—232, A 241, 246, 257, 259 f., A 286, 405 f.
Andrassy d. Ä., Gyula Graf *641*—643, 646
Andrassy d. J., Gyula Graf *313* f., 367
Andrejew, Nikolai 468, 713 f., 716, 718
Andrian-Werburg, Leopold Ferdinand Frhr. v. *A 294* und *309*, 311
Angell, Norman 50
Angoulème, Herzog v. 557
Annunzio, Gabriele d' *273*
Ariovist 214
Aristoteles 23, 670
Arnim-Criewen, Bernd v. A 167
Asquith, Herbert Henry *336*, A 346, 379, A 397, 448, A 489, 554, 565, 628
Auguste Viktoria 352
Augustinus 552

Bachmann, Gustav *A 263* und *276*, A 253, 278, A 279, A 296, 299
Bacmeister, Wilhelm *369*, A 372
Balfour, Arthur James Earl of *405* f.
Ballin, Albert *236*, A 230, A 231, A 232, 245 f., A 408, 439
Bassermann, Ernst *169*, 77, 138, 193, 247 f., 254, 288, 290, 295, 305, A 331, 345, 349, 354, 388, 402, 453
Bassewitz, Rudolf Graf v. 106
Batocki-Friebe, Adolf Tortilowicz v. *A 355* und *413*, 414
Bauer, Gustav *365*, 126, A 128
Bauer, Max *453*, 439, A 440, A 442, A 443, 444, 445, 457
Bäumler, Alfred A 144
Baur, Ludwig *211*
Bebel, August A 65
Becker, Carl Heinrich 143
Beloch, Karl Julius A 23
Below, Georg v. *635*
Benedikt XV. *231*, 239 f., 251, 264 f., 272, 380
Berchtold, Leopold Graf v. *184*, A 182, A 183, A 185, A 186, 197, A 205, A 206, A 207, A 221, A 242, A 249, A 250, 363
Bergen, Carl Ludwig Diego v. *441*, 83, 106, 108, 476, 479, 685—687, 704—706, 709 bis 712
Bergson, Henri 34
Bernhard, Georg *432*, 441, 453
Bernstein, Eduard *668*
Bernstorff, Johann-Heinrich Graf v. *350*, A 288, A 296, A 331, A 334, A 348, A 361, 393, 406, A 407, 499
Beseler, Hans Hartwig v. *232*, A 215, 310, 314, 320, A 329, 343, 345, A 369, A 375, A 376, A 379, 380, 382, 400, A 404, A 432, 434
Bethmann Hollweg, Martha v. *181*
Bethmann Hollweg, Max v. A 215
Bethmann Hollweg, Theobald v. 29 f., 62, 64 f., 71 f., A 78, 82, 84, 102, 116, 123, 132 f., 136, 204, 215, 224, 237, 242, A 258, 302, A 356, 394, 427, 628, 667, 688
  Beurteilung durch Riezler 31, 55, 73 f., 77, 138, 167, 183 f., 187, 195, 200, 207 f., 216, 246—249, 260, 262 f., 265, 269, 271, 282, 285, 287, 306, 315, 318, 326, 329, 333, 344 f., 353, 355, 357, 425, 430, 435, 449 f.
  Riezler über die Politik Bethmann Hollwegs 416—418
  Reichstagsreden 195, 232, 236, 274 f., 293, 295, 297, 316, 346, 358, 387, 409, 496 f., 570 f., 573, 593, 612
  Außenpolitik vor 1914 47 f.
  – Marokkokrise 1911 177–181
  Julikrise und Kriegsausbruch 51—54, 181 bis 193, 195, 207
  Bethmann Hollweg über den Krieg 210, 236

– über die innere und äußere Kriegslage 261 f., 272, 287, 319, 323, 328, 379
Kriegsziele 57, 59–61, 201 f., 208
– Belgien 56, 58 f., 74, 201 f., 216, 249, A 279, 307, A 340, A 408 f., 653
– Septemberdenkschrift 58–61
– Mitteleuropa 59, A 198 f., A 214, 268–270, 304, 307, 314, 386
– Polen A 197, A 221, 282, 285 f., A 288, 291, A 292, 294, 300, 313 f., 320, 343, A 347, 359, 367, 369, 371, 374 bis 378, A 380, 385, 433 f., 608, 622 bis 625, 656
– polnische Eidfrage A 400, 404, 411
Bethmann Hollwegs „besonnene Machtpolitik" 585 f., 592, 625 f.
Kooperation Rumäniens A 206, A 207
Neutralität Italiens 239, 250–253, 255 f., 267, A 269
Andrassy als Nachfolger Buriáns A 367
Zimmermanns Mexiko-Telegramm A 412
Verhältnis zu Rußland 223, 283; s. auch *Julikrise*
Friedensfrage Winter 1914/15 226–228, 230–233, 243, 246
Separatfrieden mit Rußland Sommer 1915 286
geplantes Friedensangebot Winter 1915 A 316
Friedenssondierung in Serbien 303
Friedensverhandlungen mit Montenegro A 325
amerikanische Friedensvermittlung April bis Mai 1916 A 355
Friedensangebot Dezember 1916 A 381, 387
russische Februarrevolution und Frieden 85, A 426
Friedensfrage Sommer 1917 437 f.
U-Bootfrage 242, 253, 261, 276, 278 bis 280, 288, 296, 298, 322, 324–326, 328 f., 334–338, A 347, 348 f., A 350, 351–354, A 361, 371, A 372, 373, 375, 379, 393, 395 f., 398, 402, 405
Feldzug gegen Serbien A 263, A 279 f., 282–284, A 289
Operationen an der Ostfront 227, 277, 371
Besuch an der Ostfront 233, 255
Innenpolitik 73, 75, 175 f., 219, 236, 238, 245, 256 f.
Antimodernisteneid 1911 172–174
elsaß-lothringische Verfassungsreform 175 f.
Neuorientierung 63, 208 f., 248, 259, 378, 408
Riezler über die Innenpolitik Bethmann Hollwegs 570–576, 578, 585, 593 bis 596, 656, 662
preußische Wahlreform A 259, 286, 321, 402, 421–424, 436; s. auch *Sturz Bethmann Hollwegs*
Freigabe der Kriegszielerörterung A 317, 333, 573
Verhältnis zu den Parteien: Konservative 168—170, 172, 219, 279 f., 357, 404, 411, 657—660; s. auch *Opposition gegen Bethmann Hollweg*
– Nationalliberale 169 f., 290; s. auch *Opposition gegen Bethmann Hollweg*
– Sozialdemokraten 174 f., 189 f., 193, 195, A 243, 248, 254, A 315, A 316, 409 f.
U-Bootdiskussion im Reichstag 341–343, 345, 354, 399, A 400, 402, 525 f., 540
nationalistische Opposition gegen Bethmann Hollweg 219, 264, 269, 279 f., 285, 331 f., 342–344, 346 f., 349, 357 f., 384, 399, 406–408, A 411, A 430, 482, 571, 585–587
Hertlings Brief vom 1. 4. 1915 264
Bundesratssitzung über Elsaß-Lothringen 8. 4. 1915 266
Bethmann Hollweg und Tirpitz 213, 224, 231, 250, 285, 339, 352, 526, 530; s. auch *Opposition gegen Bethmann Hollweg* u. *U-Bootfrage*
Bethmann Hollweg und Bülow 167, 225
Bethmann Hollweg und Falkenhayn 228, 231–233, 237 f., 248, 262, 264, 303 bis 305, 326, 373
Bethmann Hollweg und Hindenburg–Ludendorff 294, 361, 366, 375, 384, 386, 389; s. auch *Sturz Bethmann Hollwegs*
Zivildienstgesetz A 383
Eingabe der Waffen- und Munitionsfabriken vom 1. 3. 1917 A 415, 417
gegen Übertragung der Eisenbahnen an das Kriegsamt A 394
Entlassung Jagows 383, 403
Bethmann Hollweg und Wilhelm II. 190, 283, 288, 361; s. auch *innenpolitische Entwicklung 1917* u. *Sturz Bethmann Hollwegs*
über den gegenwärtigen und zukünftigen Zustand Deutschlands 217, 288, 358 f., 401 f., 429, 460

innenpolitische Entwicklung Januar-Juli 1917 83, 402 f., 431, 433, 436–438
– Differenzen mit den Ministerien 406, 414, 436
– Rede im preußischen Abgeordnetenhaus 14. 3. 1917 418–420
– Rede im Reichstag 29. 3. 1917 420
– Osterbotschaft 421–424
– Verfassungsausschuß 3.–11. 5. 1917 432 f.
– Angriffe der Rechten 420, 430 f.
– Bethmann Hollweg und die Militärs 431, 436–438
– Stellung beim Kaiser 432
– Kritik Max Webers A 438
Sturz 79 f., 439–448, 451 f., 455, 457
nach dem Abschied 449, 453, 458
Kanzlerkandidatur 1918 118, 477 f.
Bismarck, Otto v. 32, 116, 140, 155, 171, 174, 248, 297, 636
Riezler über Bismarck 254, 600 f., 638 bis 644, 647
Bismarcksche Reichsverfassung 47, 364 f., 382, 486, 615, 634
die politische Rechte u. Bismarck 228 f., 247, 342, 344, 448
Bissing, Moritz Ferdinand Frhr. v. *279*, 278, 335, A 340, A 409
Beljajew, Michail Alexejewitsch 728
Bljumkin, Jakow *468*, 110, 713 f., 716, 718
Bothmer, Karl Frhr. v. 100, 102, 105, 107, 110, 118, A 464
Boy-Ed, Karl *374*, 491–494
Brandenburg, Erich *635*
Branting, Hjalmar 91
Bratianu, Jonel *277*, A 203, 336, 370, 372
Braun, Adolf A 484
Braun, Otto A 193, A 195
Brecht, Arnold 128, 130
Brentano, Lujo 22, 30
Breitenbach, Paul v. *366*, A 394, 407, 410, A 413, 449
Briand, Aristide *314*, 363, 381, 419
Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf v. *257*, 85 f., 90, 121, 259, A 407, 453
Bruck, Karl Ludwig Frhr. v. *648*
Brudziński, Josef 376
Bruno, Giordano 26
Brussilow, Alexej Alexejewitsch A 467
Bryan, William Jennings *196*, 278
Buch, Johann Leopold Georg v. *418*
Buchanan, Sir George *455*, 696
Bücher, Karl A 23
Büchsel, Wilhelm *339*
Buchholz, Gustav A 190
Buhl, Franz Ritter v. *290*
Bülow, Bernhard Fürst v. *167*, A 48, 168, A 212, 224, 249 f., 280, 283, 398, 441, 453 f.
Riezlers Tätigkeit unter Bülow A 28, 29 f.
Riezler über Bülow 77, 167, 222, 254, 260, 334, 370, 414, 425, 448
Außenpolitik 47, 528 f., 588, 652
Deutsche Politik 363 f., 366, 528
a. o. Botschafter in Italien 225, 231, 234, 242, 251, 256, 264 f., A 272, 274
Bülow, Bernhard W. v. 130, 132, A 133
Bülow, Detlef W. Th. v. A 199
Burckhardt, Jacob 20, 154
Burián, Stephan Graf v. Rajecz *250*, 362
Neutralität Italiens A 249, 250 f., 255, 260, 268 f., 271
Polen A 314, A 320, 329, 340, 347, 357, 359, 363, 367, A 371, A 374, 375, 380, 384 f.
Bündnis der Mittelmächte mit Persien A 303
Friedensangebot vom 12. 12. 1916 378, 381
Burke, Edmund A 43
Bussche-Haddenhausen, Hilmar Frhr. von dem A 206, A 370, A 383

Cadorna, Luigi 261
Caillaux, Madame 514
Calker, Fritz v. *441*, A 450
Cambon, Jules *179*, A 178, A 181, 193
Canning, George *554* f., 558, 564, 565
Capelle, Eduard v. *344*, A 345, A 348, 391, 394, A 395
Caprivi, Leo Graf v. 527
Caprivi, Major *206*, 64
Carol I., König v. Rumänien *216*
Cassirer, Ernst *234*
Chełmicki, Zygmunt *374*
Chmielewski, Zygmunt 376
Chomutow 728
Chorvat, Dmitrij L. 725, 728, 730
Christian X., König v. Dänemark *230*–232, 241, A 257
Churchill, Sir Winston Leonard *324*, 518
Clausewitz, Karl v. A 43, 593, 634
Cleinow, Georg *311*
Clémenceau, Georges 692
Clinton, General 554
Cohen, Max A 215
Conrad, Franz Graf v. Hötzendorf *185*, 244, 269, A 273, A 367

Czartoryski, Prinz Olgierd *309* f.
Czernin, Ottokar Graf v. und zu Chudenitz *392*, A 408, 426 f., A 432, 455, A 458

Dallwitz, Hans v. *280*, A 167, 335
David, Eduard *442*, A 64, A 215, 445, A 450, 453, 457
de Boor, Hans Otto 144
Delbrück, Clemens v. *213*, 58, 63, A 71, A 193, A 197, A 198, 199, 208, 213—215, A 219, A 315, 327, 355
Delbrück, Hans *626*, A 253, 588
Delbrück, Ludwig *177*
Denikin, Anton Iwanowitsch A 706
Dernburg, Bernhard *169*, A 167
Déroulède, Paul 216
Descartes, René 146
Deutelmoser, Erhard Eduard *291*, 318, 406, 414, A 418
Dickstein, Samuel 376
Dionysios v. Halikarnass 249
Dostojewski, Fjodor A 37, 81, 396 f.
Drews, Wilhelm *195*, 291, A 413, 457, 487
Dubois 695
Duisberg, Carl *411*, 457
Dusch, Alexander Frhr. v. 266
Dzierzbicki, Stanisław 376
Dzierżyński, Feliks *467*, A 109, 110, 468, A 474, 713–716

Ebert, Friedrich *428*, 85, 89, 119, 120, 121, 127–129, A 358, 446 f., 457, 478, 488, 700
Eichhorn, Hermann v. 110, A 467
Einstein, Albert 145
Eisenhart-Rothe, Johann Friedrich Ernst v. *290* f.
Eisner, Kurt 121
Enver Pascha A 206, A 220, A 302
Epp, Franz Xaver Ritter v. 121
Erzberger, Matthias *264*, 120, A 211, 326, A 341, 446 f., 450, A 476, 481, 487, A 592
  Riezler über Erzberger 78, 80, 119, 450, 487
  Mission in Italien 264–266, A 272
  fordert parlamentarische Staatssekretäre 282
  Friedensvermittlung mit Rußland 1917 91, 97, A 434, 454 f., 685–688
  Sturz Bethmann Hollwegs 444 f.
  Enthüllungsrede 25. 7. 1919 126 f.
Esch, General v. der *310*, 319

Eugen, Prinz 639
Eulenburg, August Graf zu *239*

Falkenhayn, Arthur v. *225* f.
Falkenhayn, Erich v. *226*, *77*, A 207, 249, 252, 265, A 269, A 270, A 302, 306, 326, A 369, 386, 390, 660
  Schlacht von Ypern 222, 227
  Drängen auf Waffenstillstand oder Separatfrieden 226–231
  Feldzug gegen Serbien 281, 283 f., 288 f., A 263, A 273
  Konflikt mit Bethmann Hollweg über Friedensverhandlungen mit Serbien 303, 305
  U-Bootfrage A 276, 280, 296, A 298, 321–323, A 334, 335–338, 340, 347, A 349, 350–354, A 372
  Verdun 316, 321 f., 352, 354, A 371
  Mitteleuropa 304 f., 307, 313, 327
  Belgien 285, 307 f.
  Versuche Bethmann Hollwegs, Falkenhayn zu stürzen 232–234, 237 f., 248, 361, 366, 373
  Hindenburg gegen Falkenhayn 235, 244, 277, 290 f., 293 f., 299 f., 361
  Bundesfürsten gegen Falkenhayn 262, 264
Fehrenbach, Konstantin *478*, 480
Ferdinand I., König v. Bulgarien *289*, 294 f.
Ferdinand I., König v. Rumänien *370*, A 216, 372
Ferdinand II., König v. Spanien 557
Fichte, Johann Gottlieb 41, 137, 317
Fischbeck, Otto *476*
Fischer, Antonius *170*, A 172
Flotow, Hans v. *194*, 224 f., 231
Flotow, Marie v. *194*
Foerster, Friedrich Wilhelm *601* f., 635
Foß, Konteradmiral a. D. 549 f.
Frank, Ludwig *206*, 64
Frantz, Konstantin 364, A 602, 635
Franz Ferdinand, Erzherzog v. Österreich 182
Franz Josef I., Kaiser v. Österreich 182, 184, A 240, 251 f., 255, 274, A 294, 634, 636–638, 641 f., 644 f.
Frauendorfer, Heinrich Ritter v. *365*, 65 f., 73
Friedberg, Robert A 290, A 481
Friedenthal 670, 672
Friedrich II., König v. Preußen 263, 286
Friedrich III., Deutscher Kaiser 239
Friedrich, Erzherzog v. Österreich *294*, A 367

Friedrich August, Großherzog v. Oldenburg A 262, A 264
Friedrich August III., König v. Sachsen *220*
Friedrich Wilhelm IV., König v. Preußen 623
Fritz, Kurt v. 153, 159
Frobenius, H. A 190
Fuhrmann, Paul *297*, 342, A 427
Fürstenberg-Hanecki, Jacob *682*, 86

Gagern, Heinrich v. *169*
Gallwitz, Max v. *436*
Gamp-Massaunen, Karl Frhr. v. *176*
Gandorfer, Carl und Ludwig *734*
Ganghofer, Ludwig 241
Gantschew, Peter *294*, A 289
Gebsattel, Konstantin Frhr. v. A 369
Gentz, Friedrich v. 556
Gerard, James Watson *349*, A 330, 351, 394
Geßler, Otto A 126
Giers, Michail Nikolajewitsch *189*, 280
Giolitti, Giovanni *272*
Gneisenau, August Neithardt Graf v. 80, 435
Goethe, Johann Wolfgang v. 40, 272, 288, 358, 360, 362, 368
Goetz, Walter 130
Goldberg, Hermann *685–687*, A 454, 688, 694
Goluchowski, Agenor Graf v. *310*
Goltz, Colmar Frhr. v. der A 203, A 204, A 302
Gontardt, v. A 415
Gothein, Georg *667*
Gradnauer, Georg A 358
Grey, Sir Edward *230*, A 182, A 191, A 192, A 198, 231, 246, 397, 628
Gröber, Adolf *476*, A 341, A 477
Groener, Wilhelm *355*, A 394, 401 f., 409 f., A 464, A 487
Gruber, Max v. *592*
Grünau, Werner Frhr. v. *197*, 78, 204, A 281, 451, 454
Grünert, General *291*
Guesde, Jules *695*
Gustav V. Adolf, König v. Schweden *370*

Haase, Hugo *195*, 89, A 193, 421, 428, A 430, A 541, 692
Haeften, Hans v. A 237, A 439
Hahn, Kurt 119
Haldane, Richard Burdon Viscount of Cloan *200*, A 187
Hamilton, Sir Ian Standish Monteith *324*
Hammann, Otto *168*, 28 f., 58, 60 f., 65, 172, 175 f., 180, 185, A 199, 220, 236, 246 f., 250, 258, 287, 451
Hanssen, Hans Peter A 485
Harbou, Bodo v. *441*, 445
Harden, Maximilian *236*
Harnack, Adolf v. A 71
Hasebroek, Johannes A 23
Hatzfeldt-Trachenberg, Hermann Fürst v. *454*
Haußmann, Conrad *411*, A 30, A 64, 77, A 78, 80, A 89, 126 f., 129–131, A 287, A 407, A 419, 447, 454, 481
Havenstein, Rudolf *191*, 246, 319
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 76, 155, 276, 425
Heidegger, Martin 144, 150, 154
Heidenstam, Carl Gerhard v. *695*
Heilbron *449*
Heine, Wolfgang *277*
Heinemann, Hugo *434*
Heinrichs, Adolf *242*, A 331, 332, 381
Helfferich, Karl *203*, A 100, 139, 225, 246, 261, 269–271, A 315, 328, 355, 383, 412, 443, 447, 451, 453
  Riezler über Helfferich 78, 271, 359, 366, 375, 402, 459, 623 f.
  Steuervorlagen 1915 A 356, 532, 537
  U-Bootfrage 249, 296, 332, A 345, A 348
  Konflikt mit OHL wegen Zivildienstgesetz 383
  russische Revolution und Frieden 423
  Kanzlerkrise 1917 440–442, 444–446
  Kandidatur für das AA Juli 1917 446 f.
  Gesandter in Moskau 114–116, 118, A 466, 470 f.
Helfritz, General *380*
Heller, Hermann 144
Helphand, s. *Parvus-Helphand*
Henning, Wilhelm 103, 105, 113, A 464
Hertling, Georg Graf v. *202*, 66, 95 f., 99, 118, A 232, A 262, 264, 266, A 290, 457, A 458, 460, A 461, 475–479
Heuss, Theodor 29 f., 130–132, 143
Heydebrand und der Lasa, Ernst v. *168*, 138, 169 f., 172, 183, 211, 259, 279, 301, 321, 345, 441 f., A 458
Heynitz, Richard v. *311*
Hindenburg, Paul v. 248, 394, A 459
  Riezler über Hindenburg 77, 235, 290 f., 377, 384, 398, 402, 426, 436 f.
  Bethmann Hollweg und Hindenburg A 227, 231–233, A 237, 291, A 361, 375, 379, 386

Urteil über Ostfront 235, 255
Hindenburg gegen Falkenhayn 228, 244, 253, 290 f., 293 f., 361
Oberbefehl im Osten 366 f.
Übernahme der OHL 373, 375
die politische Rechte und Hindenburg A 407, A 427, A 591, 658—660
russische Revolution 427
gegen Abdankung des Kaisers A 487
Wahl zum Reichspräsidenten 137
s. auch *Oberkommando Ost* u. *Oberste Heeresleitung*
Hintze, Paul v. *471*, 111, 114–118, 470, 476 bis 479, 481, A 711, 712, 722, A 724, A 725, 726–729
Hintzsch 467
Hirsch, Paul 128 f.
Hirsch, Wilhelm *414*, A 372
Hoehn, Ritter v. 261
Hoensbroech, Paul Reichsgraf v. und zu *407*
Hoetzsch, Otto *519*, 82
Hoffmann, Johannes *733*, 119 f., 734 f.
Hoffmann, Max *235*, 94, 243, A 373, 455 bis 457, 701
Hohenlohe-Schillingsfürst, Alexander Prinz v. 482
Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig v. 527
Hohenlohe-Schillingsfürst, Gottfried Prinz zu *207*, A 205, A 441, 446
Holtzendorff, Henning v. *299*, A 321, 322 f., 326, A 334, A 335, A 336, 337 f., A 348, 349, A 350, A 352, A 361, A 372, A 388, 393 f., A 395
Homer 150
Hoover, Herbert A 218
Horkheimer, Max 144
House, Edward Mandell *355*, 403
Hoyos, Alexander Graf Frhr. zu Stüchsenstein *184*, A 182, 347
Hugenberg, Alfred *283*, 139, 342, 414
Hughes, Charles Evans *493*
Humboldt, Wilhelm v. 80, 137, 435
Humnicki 378
Hutten-Czapski, Bogdan Graf v. *309*, A 197, A 288, A 359, 462

Isenburg-Birstein, Franz Joseph Fürst zu *429*
Iswolski, Alexander Petrowitsch *683*

Jaffé, Edgar *66* und *67*, A 434, 549
Jagow, Gottlieb v. *197*, 83, A 196, A 200, 209, 215, 277
Riezler über Jagow 78, 208, 210, 220, 222, 236, 239, 246 f., 285, 412, 415
Belgien 56, 201 f.
gegen mitteleuropäische Zollunion 214
Italien A 186, 252
gegen Bülow A 225, 234
Feldzug gegen Serbien 284
Vertrag mit Bulgarien 295
Polen 298, 300, 313 f., 327, A 332, 369, 374 f., 377, 385
Antisemitismus 197 f., 239, 298, 300, 314
U-Bootkrieg 335, A 348, A 354
Sturz 383, 403
Jagow, Traugott v. *344*
Jansson, Wilhelm *365*, A 429
Jaworski, Władysław *327*
Jaurès, Jean *683*, 514
Joffe, Adolf Abramowitsch *469*, A 94, 470, 702, 709
Joffre, Joseph Jacques Césaire *206*, 258
Jordan, Christian Werner August v. *476*
Junius Alter A 358, A 372

Kaehler, Siegfried A. 49 f.
Kakowski, Aleksander *434*
Kaledin, Alexej Maximowitsch *697*, 700, A 706
Kamkow, Boris Dawydowitsch *467*
Kanitz-Podangen, Hans Graf v. *363*
Kant, Immanuel 25, 33
Kantorowicz, Ernst 144
Kapp, Wolfgang 128, A 358, A 372
Karachan, Lew Michailowitsch *462*, 100, 110, 463, 467 f., 709, 717
Karl I., Kaiser v. Österreich und König v. Ungarn *400*, 477, A 483, A 615
Karl Stephan, Erzherzog v. Österreich 367, A 357
Kemnitz, Hans Arthur W. A. v. *167*, 412
Kerenskij, Alexandr Fjodorowitsch *434*, 684
Kesküla A 85
Kessel, Gustav v. *224*, 245, 344, 409
Kessel, Kurt v. *211*
Keßler, Harry Graf 115 f., 130
Khuen-Hedervary, Karl Graf *645*
Kiderlen-Waechter, Alfred v. *173*, 48, A 167, 174, 177–181, 185, 247
Kierkegaard, SörenAabye 153
Kirdorf, Emil *407*
Kitchener, Sir Horatio Herbert 296
Kjellén, Rudolf *621*
Kleist, Heinrich v. 295
Knorr, Ernst Wilhelm Eduard v. *407*

Koltschak, Alexandr Wassiljewitsch 106, 725, 728, 730
Kolyschko, Josef v. A 434
Kornilow, Lawr Georgijwitsch 99, A 706
Köster, Adolf A 129
Komerell, Max 144
Konstantin I., König v. Griechenland *300*, A 268, A 301, 303, A 372
Kopp, Georg v. *173*, A 170, A 172
Korfanty, Wojciech *403*, 413
Krasnow, Pjotr Nikolajewitsch *473*, 710, 729
Kriege, Johannes *249*, 330, 334, 347, 469 f., 471, 712
Kries, Wolfgang Moritz Ludwig v. *291*, 404
Kriwoscheïn, Alexandr Wassiljewitsch *212*, 106, 711, 727
Krupp v. Bohlen und Halbach, Gustav *283*
Kühlmann, Richard v. *452*, 90, 92–96, 100 bis 102, 108, 111, 117, A 383, A 446, 452, A 454, 455, A 458, A 459, A 461, A 685, A 693
Kuk, Carl 400, A 379
Kun, Béla 120

Lamprecht, Karl 48
Lansing, Robert A 331
Larisch-Moennich, Friedrich Graf v. *207*
Laski, Harold 156
Lea, Homer *517*
Ledebour, Georg *692*, 343
Lednicki, Aleksander A 451
Legien, Karl 139
Leibniz, Gottfried Wilhelm 425
Leipart, Theodor *254*, 72
Lenin, Wladimir Iljitsch 86, 90, 108, 116, 118, 474, 683, 687
- Rückkehr nach Rußland 84 f.
- Machtergreifung 87, 454, 682
- Friedensschluß 91, 93, 96, 101, 686, 691, 704 f.
- Chancen der Herrschaft Lenins 98, 105, 683 f., 689 f., 698
- Ermordung Mirbachs 110, 112, 715 f.

Lentze, August v. A 167, A 215, A 320, A 442, 446
Lempicki, Michał 376
Leopold, Prinz v. Bayern *240*, A 292, 462
Lerchenfeld-Koefering, Hugo Graf v. und zu *440*, A 202, A 232, A 262, A 281, 454
Lerchenfeld-Koefering, Hugo Max Graf v. und zu *404*
Lersner, Kurt Frhr. v. *389*
Levetzow, Magnus v. *393*
Leviné, Ernst 122 f.
Lewald, Theodor *291*
Lichnowsky, Karl Max Fürst v. *182*, 192, 194, 206
Liebknecht, Karl 119, 242 f., 245 f., 487 f., A 695
Liesching, Theodor A 419, A 450
Liman, Paul 40
Lindequist, Friedrich v. *179*, A 167, 181
List, Alfred 104
Liszt, Franz v. *662*, A 253
Lloyd George, David *179*, A 397, 448, A 488, A 489, 495, 692
Loebell, Friedrich Wilhelm v. *195*, A 197, 199, 224, 228 f., 286, A 320, A 321, A 355, 381, 402 f., 413, 435 f., 441, 442, 446, 449
Löhlein, Kapitän z. S. A 339
Löwith, Karl 144, 153
Lubomirski, Zdzisław Fürst *292* f., 312 f., A 432
Lucius v. Stoedten, Hellmuth Frhr. 93, A 94
Luckwald, Erich v. *302*
Ludendorff, Erich 235, 394, 403, 427, 446, 459
- Riezler über Ludendorff 77, 291, 299 f., 377, 380, 383 f., 389 f., 398, 415, 417, 426, 436 f., 461
- Bethmann Hollweg über Ludendorff 386, 402
- möglicher Nachfolger Falkenhayns A 232, 237
- Einfluß auf Kaiser u. politische Leitung 383 f., 389, 433, 450, 455
- Sturz Jagows 383
- Sturz Kühlmanns 111
- Sturz Valentinis 459
- Verbindung zur politischen Rechten 411, 415, 417, 436
- Kanzlerkrise Juli 1917 126, 439–445
- Ostpolitik 113, A 431
- – Denkschrift zur Rußlandpolitik vom 9. 6. 1918 107
- Stellung des polnischen Generalgouverneurs 291
- Werbeaufruf für polnische Rekruten 380
- polnische Eidfrage 400 f., 404, 411, 415
- Annexion polnischer Gebiete A 458, A 461
- Zivildienstgesetz 383 f., A 389, A 390
- Waffenstillstand 119, 479 f., 481
- gegen levée en masse A 483
- gegen Einstellung des U-Bootkrieges 484
- Dolchstoßlegende 139

s. auch *Oberkommando Ost* u. *Oberste Heeresleitung*
Ludwig III., König v. Bayern *202*, 62, 77, A 262, 264, 278, A 279, A 290, 369, 586
Luther, Martin 254
Lunatscharskij, Anatoli Wassiljewitsch A 112
Lüttwitz, Walther Frhr. v. 128, 129
Lwow, Fürst Georgij Jewgenjewitsch *426*
Lyncker, Moritz Frhr. v. *233*, A 227, 238, 319, 337, 373

Mackensen, August v. *231*, 244, A 245
Madelung, Erwin 144
Makowiecki, Zygmunt 378
Maltzahn, Hans Jaspar Frhr. v. *190*, 219, 442, 453
Mann, Thomas 41, 46
Mannheim, Karl 144
Marat, Jean Paul 684
Maria Feodorowna *230*, A 241
Marschall, Ulrich Frhr. v. 238, A 353, 373
Martell, Karl 546
Marterer, Ferdinand Frhr. v. 207
Marx, Karl 545
Max, Prinz v. Baden *477*, 119, 480, 482, 484, 487
Mayer, Gustav 63
Mayer-Kaufbeuren, Wilhelm *481*
Meinecke, Friedrich *435*
Mendelssohn, Robert Franz v. *188* f., 236, 257
Mensdorff, Albert Graf A 424
Metternich, Klemens Fürst v. 556, 637
Meyer, Eduard *481*, A 23
Michaelis, Georg *413*, 79, 126, A 418, 443, 446 f., 449 f., 452, 454
Miguel v. Portugal 558
Miljukow, Pawel Nikolajewitsch *613*, 684, 706, 717
Mirbach-Harff, Wilhelm Graf v. *466*, 100, 105 f., 107–111, A 464, A 465, 466 bis 468, 474, 713–716, 718, 726
Mirbach-Kosmanos, Robert Anselmo Hugo Maria Graf v. *468*, 713 f.
Moltke, Friedrich L. E. v. A 167, A 199
Moltke, Hans Adolf v. 125
Moltke, Helmuth Graf v., d. Ä. 601
Moltke, Helmuth Graf v. *201*, A 52, 56, A 194, A 197, A 200, 201, A 215, 237, 275
Montaigne, Michel de 154
Montenuovo, Alfred Fürst v. *363*
Morgen, Curt Ernst v. *244*
Mühlberg, Otto v. *174*, A 172, A 173
Müller, Georg Alexander v. *242*, 78, 278, A 288, A 299, 337, 388, 394 f., 436
Müller, Karl Alexander v. 53, A 55
Müller, Leonhard *713* f., A 109, 716
Müller-Meiningen, Ernst *422*, 584, 591, 735
Murawjow, Michail Artemjewitsch *468*, 111, 469, 474, A 702, 725
Mutius, Gerhard v. *204*, 78, 212, 216, 309, A 329
Mutius, Maximilian v. *228*, 233, 300

Nabokow, Wladimir Dmitrijewitsch *717*
Nadolny, Rudolf *475*, A 86, 104, 117
Napoleon I. 40, 42, 116, 362, 368, 521, 555–558
Napoleon III. 370, 640, 644
Naumann, Friedrich 19, 29, 73, 131 f., A 450, 635, 662
Neumann, Professor A 144
Newton, Sir Isaac 33
Nietzsche, Friedrich Wilhelm 46, 76, 106, 217
Nikola, König v. Montenegro A 325
Nikolai Nikolajewitsch *221*, 78, A 230, 235, 241, 263, A 301
Nikolaus II., Zar 184, 241, 246, 257, 259 f., A 301, 612, 692, 706
Nolde, Baron Boris *722*
Northcliffe, Alfred Charles William *397*, 414
Noske, Gustav 121, A 128

Oberkommando Ost Hindenburg/Ludendorff
  Ostfront A 207, A 227, 256, 277
  gegen Falkenhayn 237, 243 f., 290 f., 293 f., 366 f., 373
Oberste Heeresleitung Hindenburg/Ludendorff
  Übernahme 373
  Polen 92, 377 f., 380, 382, 400, 404 f., A 432, A 458, A 461
  U-Bootkrieg 375, A 376, 379, 389 f., 393, 395, 405
  Hindenburgprogramm 383 f., 405, 407, 417
  Denkschrift über Kriegsziele 23. 12. 1916 390
  Verbindung zur politischen Rechten 93, A 407, 411, 436 f., 438, 457
  preußische Wahlreform A 424
  Kanzlerkrise Juli 1917 79, 126, 431, 439 bis 445, 447 f., 451 f.
  Einfluß auf die Reichsregierung 436 f., 438, 453, 457, 460 f., 475

Ostpolitik 92 f., 95–97, 100 f., 458, A 459, 474 f., A 477; s. auch *Polen*
Sturz der Bolschewiki 101 f., 107 f., 115
türkisch-bulgarische Verhandlungen 461
Waffenstillstand 481 f.
Oncken, Hermann 49
Oppersdorf, Johannes Georg Graf v. *258*
Orlowski, s. *Worowski*
Oven, Ernst v. 122

Paasche, Hermann *248*
Pacelli, Eugenio *241*, 126
Paquet, Alfons 91, A 98, 104, 109, A 111, A 112, 691
Parvus-Helphand, Alexander *455*, 82, A 83, 86, 89–91, A 241, A 454, 455, 685 bis 687, 693 f.
Pascal, Blaise 154
Payer, Friedrich *439*, A 419, A 440, A 441, A 442, 444–447, 460, 475 f., 479 f.
Petersen, Carl 130 f., A 142
Pfuel, Clara v. *254*
Philolaos 26
Piłsudski, Józef *292*, A 432
Pius X. *170*–173
Planck, Max 145
Planta, Alfred v. 280
Platon 23, 25 f., 159
Plehn, Hans 50
Pleß, Hans Heinrich XV. Fürst v. *284*, A 283
Plessen, Hans Georg v. *207*, A 227, 233, 238, 283, 337, 353, A 443, 451
Podewils, Klemmens Graf A 240
Pöhlmann, Robert 22
Pohl, Hugo v. *222*, 236, A 242, 250, A 252, 263
Poincaré, Raymond *185*
Pokrowskij, Nikolai Nikolajewitsch A 397
Pomorski-Mikułowski, Józef *414* f.
Porsch, Abg. A 173
Posadowsky-Wehner, Arthur Graf v. 533
Potocki, Józef *309*
Pourtalès, Friedrich Graf v. *212*
Preuß, Hugo 124
Prittwitz und Gaffron, Friedrich Wilhelm v. A 133
Putilow, Alexej Iwanowitsch 728

Quarck, Max *358*

Radek, Karl Bernhardowitsch *471*, 86, 89, A 98, 104, 110, A 111, 112, 116, 471, 682 f.
Radowitz, Wilhelm v. *197*, 204, 457, 460, 476, 479
Radziwiłł, Fürst Ferdinand *413*–415
Radziwiłł, Prinz Franz *374*, 376
Radziwiłł, Prinz Janusz *462*, 245
Rathenau, Walter 58, 136, 139, A 199, A 225, A 483
Ratzel, Friedrich 24
Rauscher, Ulrich A 592
Rechenberg, Albrecht Frhr. v. *225*, 228, 231
Reinhardt, Karl 143, A 149, 150, 153
Renner, Karl *621*
Reventlow, Ernst Graf zu *330*, A 306, 368 f., 394, A 427, 432, 435, 528, 588, 591, 610
Rheinbaben, Georg Frhr. v. A 167
Rheinboldt, Josef Nikolaus *355*
Ribot, Alexandre *448*
Richter, Ernst *412*
Richter, Eugen 140
Riezler, Emanuel 21
Riezler, Etha 21
Riezler, Franz Xaver 21
Riezler, Heinrich 21
Riezler, Josef 21
Riezler, Käthe *198*, 79, 85, 103, 159, 199, 211, 452, 456
Riezler, Ritter Sigmund v. 21
Riezler, Walter *360*, 21, 447
Roedern, Siegfried Graf v. *441*, A 355, 443, 446, 451, 479
Roesicke, Gustav *336*, A 372, A 427
Rohrbach, Paul *528*, 610
Ronikier, Adam Graf *374*, 376
Roosevelt, Franklin D. 158
Roosevelt, Theodore *520*
Root, Elihu *520*
Ropp, Baron Friedrich v. der *408*, A 374, 495—500
Roselius, Ludwig *223*
Rosenberg, Frédéric Hans v. *479*
Rossum, Willem van *240* f.
Rostand, Edmond 48
Rostworowski, Graf Michael *414* f., A 451
Rousseau, Jean Jacques 34, 36, 140
Ruedorffer 21
Rupprecht, Kronprinz v. Bayern *232*, 306

Salandra, Antonio A 272
Sandt, Maximilian v. *218*, A 203, 340, 408
San Giuliano, Antonio Marchese di *194*, A 186
Sasonow, Sergej Dmitrijewitsch *188* f., 191, A 192, 252, 257, 336
Saucken, Hans v. *713*—716

Sawinkow, Boris *731*, 109, A 465, A 468
Scavenius, Erik v. *257*
Schacht, Hjalmar 104
Schäfer, Dietrich *342*, 49, 65, A 372, A 399, A 427, A 591
Schaljapin, Fjodor Iwanowitsch *470*
Scheer, Reinhard A 348, A 393
Scheffer, Paul *713*—716
Scheffer-Boyadel, Reinhold Frhr. v. *292*
Scheidemann, Philipp *282*, 89—91, 97, 343, 358, A 378, 409 f., A 413, 421, 430, 434, 441, 454 f., 591, 616, 663, A 700, 701
Scheüch, Heinrich *318*, A 483
Schiemann, Theodor *459*, 82
Schiffer, Eugen *282*, 128 f., 131, A 290, A 356, A 440, 446
Schmidt, Robert *365*
Schmitt, Carl A 144
Schneppenhorst, Ernst *733*, 121
Schoen, Wilhelm Frhr v. A 167
Schoenebeck, v. *225*
Schorlemer-Lieser, Klemens Frhr. v. *413*, A 167, A 215, A 355, 414, 418, A 442
Schratt, Katharina *251*
Schubert, Wilhelm *113*, 726, 731 f.
Sefton-Delmer A 438
Sell, Maximilian Frhr. v. *204*
Sembat, Marcel *302*
Shakespeare, William 40, 555
Shaw, Bernhard A 298
Siebert, Benno v. A 182
Sinowjew, Grigorij Jewsejewitsch *472*, 682
Sixtus, Prinz v. Bourbon-Parma A 424
Skoropadskyj, Pawlo Petrowytsch *466*, 106, A 464, 472, 732
Solf, Wilhelm *234*, 119, 246, 451, 477 f., 482, 484, A 485
Sokolnikow, Grigorij Jakowlewitsch *709*
Sonnino, Sidney Baron *260*, 265, 280
Spahn, Peter *444*, A 331, A 341, 446
Speck, Karl Friedrich *735*
Spiridonowa, Marija Alexandrowna *467*, 110
Stalin, Jossif Wissarionowitsch 94
Steczkowski, Jan *462*
Stegemann, Hermann *258*, A 346
Stein, August *246*, A 287, 443, A 454
Stein, Hans Karl Frhr. v. und zu Nord- u. Ostheim *318*
Stein, Heinrich Friedrich Karl Frhr. vom und zum 80, 435
Stein, Hermann v. *415*, A 442
Stinnes, Hugo 139 f., 288, 342, 414
Stockhammern, Franz v. *202*, 265
Stolper, Gustav 29, 132, 144, 153
Stolypin, Pjotr Arkadjewitsch *471*
Stresemann, Gustav *297*, A 32, 80, 136, A 372, A 399, A 412, 414, 440, 443, 445, 453, 476
v. Stryk zu Tiegnitz A 459
Stürmer, Boris Wladimirowitsch *397*
Studnicki, Władysław 378
Stumm, Wilhelm v. *197*, 56, 78, 202, 204, 207, 209, 212, 238, 246, 256 f., 267, 327, A 348, 378, 383, 412, 479
Styczyński 381
Südekum, Albert *195*, 128 f., A 193, 243, A 441
Swerdlow, Jakow M. *715*, 110

Taaffe, Eduard Graf v. *644*
Taft, William H. *520*
Tappen, Gerhard *300*, 373
Tardieu, André 31
Tereschtschenko, Michail Iwanowitsch *684*
Thurn und Valsássina, Graf Douglas v. *251* f.
Thyssen, Fritz 288
Tillich, Paul 144
Timm, Johann Friedrich Heinrich *365*
Tirpitz, Alfred v. *187*, 588, 660
  Riezler über Tirpitz 47, *77*, 138, 187 f., 200, 211, 219, 222, 234, 345, 370, 398, 403, 425, 526 f.
  Flottennovelle 1912 187
  Schlachtflottenpolitik 188, 212, 250, 526 f., 528–530
  Kriegsausbruch A 52, 220
  Einsatz der Flotte 213, 220, 263
  Hetze gegen den Kanzler 219 f., 224, 236, 352, 530
  Bethmann Hollweg über Tirpitz 231
  Wilhelm II. und Tirpitz 188, 250, 280, 328
  Interview vom 22. 12. 1914 235 f., 526
  U-Bootkrieg 242, 276, 278, 296, 298 f., 322, 326, 338 f., 352, 354, 399, 402, 438
  Rücktritt 338–342, 524, 526, 530, 540
Tisza v. Boros-Jenö u. Szeged, Stephan Graf *184*, A 207, 250, 329
Toller, Ernst 122 f.
Treutler, Carl Georg v. *253*, 216, 283, 302, A 307, 322, 347, A 353
Trimborn, Karl *340*
Trott zu Solz, Adam v. 157
Trott zu Solz, August Frhr. v. *238*, 442, 446

Trotzkij, Lew Dawydowitsch A 84, 91, 93–96, A 111, 118, 458, 465, A 473, 682 f., 686 f., 689 f., 693 f., 697 f., 704, 706
Trubetzkoj, Grigorij *721* f., *727*
Tschcheïdse, Nikolai Semjonowitsch *421* f.
Tschernow, Viktor Michailowitsch *698*
Tschirschky u. Boegendorff, Heinrich v. *363*, A 28, A 367
Tschitscherin, Georgij Wassiljewitsch *462*, 100, A 104, 105, 110, 115, 463, A 473, 714 f.
Tschukin, Iwan Sergejewitsch 466
Tyrrell, Sir William George *246*

Ugron zu Ábránfalva, Stephan Baron *347*
Uritzkij, Moïsej Salomonowitsch *472*
Ushida, S. A 354, A 356
Ustrujew 725, 728, 730

Valentini, Rudolf v. *283*, 78, 383 f., 436, A 352, A 424, A 442, 449, 459
Vanselow, Ernst v. *337*
Venizelos, Eleutherios A 268, A 372
Vico, Giovanni Battista 146
Viktor Emanuel III., König v. Italien *272*
Villa, General A 361
Vergil 269, 555
Viviani, René *237*
Vitzthum v. Eckstädt, Christoph Graf *266*
Vollmar, Georg v. A 65
v. Voß, Leutnant 439

Wagner, Richard 247
Wahnschaffe, Arnold *167*, 60, 65, 168, 172, 213, 215, A 219, 225, 266, 332, A 348, 383 f., 418, 423, 439, 441—443, 445, A 450, A 592
Waldthausen, Julius Baron v. *206*
Wallraf, Max *457*
Wangenheim, Hans Frhr. v. *189*, A 241
Wangenheim, Konrad Frhr. v. *279*
Weber, Max A 23, 438
Wedel, Georg Graf v. *284*
Wedel, Karl Fürst *239* f., A 592
Weil, Hermann *437*
Weinberg 467 f.
Weizsäcker, Carl v. A 266
Wenninger, Franz Ritter v. *204*
Wertheimer, Max 144, 147, 153
Westarp, Kuno Graf v. *279*, 288, 343, 345, 388, A 399, 414, 442, 457 f.
Wiegand, v. A 235, 526
Wiemer, Otto *476*
Wild v. Hohenborn, Adolf *244*, 338, 350
Wilhelm I., Deutscher Kaiser 211, 642
Wilhelm II., Deutscher Kaiser 28, 85, 138, 196, 203, A 205, 207, 216, 219, A 227, 245, 295, 319, 342, 379, A 407, 419, 471, 586, 600, 612, 622
Riezler über Wilhelm II. 78, 80, 202, 217 f., 283 f., 289, 325, 338, 404, 426, 431, 434, 459, 461
Bethmann Hollweg über Wilhelm II. 217, 288
Kaiserrede vom 25. 8. 1910 168
befürwortet Sozialistengesetz 174
gegen Regierung mit Linksparteien 169, 378
Marokkokrise 1911 177–181
Flottennovelle 1912 187
Julikrise und Kriegsausbruch 176, 182, A 194, 287
untersagt Kronprinz Äußerungen zur Politik 190
redet dem Kanzler nicht in die Politik 283
Wilhelm II. und Tirpitz 188, 250, 280, 338–340, 526
deutsche Flotte A 213, 220, 250, 263
gegen Annexionisten und Treiber 283, 344
alldeutsche Agitation gegen Wilhelm II. 226, 369
Kaiserproklamation vom 31. 7. 1915 287 f., A 290
Verhältnis zu Falkenhayn 232 f., 238, 244, 248, 262, 264, 283, A 291, 294, 361, 366, A 367, 373
– zur 3. OHL 383, 433, 436 f., 459, 461
Sturz Jagows 383
Sturz Valentinis 459
Neuorientierung 420, 431 f., A 433, 436
Osterbotschaft 422–424
Kanzlerkrise 1917 79, 438–440, 442, A 443, 444, 446, 448, 451 f.
U-Bootkrieg 242, 253, 276, 278, 288, 296, 324 f., 334 f., 337 f., A 349, A 376, A 350, 351–354, 395, 405
Belgien 201, 215, A 408
Polen A 197, 371, 374, 377, A 461
Frieden mit Rußland 230, 260, 426
Brest-Litowsk 95–97
Baltikum 93, 459, A 460
Rücktritt Hertlings 478 f.
Waffenstillstand und Parlamentarisierung 479
Abdankung 483 f., 486 f.

Wilhelm, Kronprinz des Deutschen Reiches 190, 217, 219, 225, 253, A 441, 442, 446, 453
Wilms, Oberbürgermeister A 292
Wilson, Woodrow *196*, 521 f., 692
Neutralisierung des Pazifik 196
U-Bootfrage A 278, A 296, 330, 348, 350 f., 361, 489 f., 493, 519
Friedensvermittlung 348, 355
Vermittlungsangebot Dezember 1916 387 f., 391, 397, 403, 495 f.
Abbruch der Beziehungen zu Deutschland A 404, 406, 408, 497, 499 f.
Waffenstillstand A 479, 480–485, 487
Winterfeldt, Hans Karl Detlof v. *476*
Wislicenus, Admiralitätsrat A 548, 549
Witte, Graf Sergej Juljewitsch *236*, 257 f.
Wolff, Theodor *431*, 668
Worowski (Orlowski), Waclaw Waclawowitsch *455*, 87, 89–91, A 454, 682, 686, 691–695
Wucherpfennig, Paul *685* f., A 454
Wundt, Wilhelm *595*
Xylander, Rudolf Robert Oskar Ritter v. *306* f.

York v. Wartenburg, Heinrich Graf *418*

Zech-Burckersroda, Julius Graf v. *204*, 125, 256, 282, 302, 324, 336, 449, 476
Zedlitz, Octavio Frhr. v. *596*, A 435
Zimmermann, Arthur *184*, 261, A 348, 389, 414, 447
Riezler über Zimmermann 78, 383, 403, 423, 426, 429, 432, 451
Marokkokrise 1911 A 177
Julikrise 1914 A 52, A 182, A 183, 184
Definition der deutschen Kriegsziele A 61
Polen A 197, 433 f.
ägyptische Revolution A 200
serbischer Feldzug 284
Staatssekretär des Äußeren 383
Mexiko-Affäre 412
Rücktritt A 446

Von Brest-Litovsk zur deutschen Novemberrevolution

Aus den Tagebüchern, Briefen und Aufzeichnungen von Alfons Paquet, Wilhelm Groener, Albert Hopmann. März bis November 1918. Herausgegeben von WINFRIED BAUMGART. Mit einem Vorwort von Hans Herzfeld (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts 47)

1971. 750 Seiten, 3 Abbildungen und 10 Kartenskizzen, Leinen ISBN 3-525-35816-4

Reinhard Wittram · Studien zum Selbstverständnis des 1. und 2. Kabinetts der russischen Provisorischen Regierung (März bis Juli 1917)

(Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen. Phil.-hist. Klasse, 78.)

1971. 158 Seiten, brosch. ISBN 3-525-82348-7

Andreas Hillgruber · Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege

(Die deutsche Frage in der Welt 7)

1967. 138 Seiten, engl. brosch. ISBN 3-525-35807-5

Egmont Zechlin · Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg

1970. 437 Seiten, kart. ISBN 3-525-36141-6

Hans-Ulrich Wehler · Krisenherde des Kaiserreichs 1871–1918

Studien zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte

1969. 600 Seiten, Leinen ISBN 3-525-36142-4

Hans-Ulrich Wehler · Sozialdemokratie und Nationalstaat

Nationalitätenfragen in Deutschland 1840—1914

2., völlig überarbeitete Auflage (Sammlung Vandenhoeck).

1971. 289 Seiten Paperback. ISBN 3-525-01307-8

Gerhard A. Ritter · Parlament und Demokratie in Großbritannien

Studien zur Entwicklung und Struktur des politischen Systems

1971. 380 Seiten, Paperback. ISBN 3-525-36154-8

VANDENHOECK & RUPRECHT IN GÖTTINGEN UND ZÜRICH

Heinz Gollwitzer · Geschichte des weltpolitischen Denkens
Band I: Vom Zeitalter der Entdeckungen bis zum Beginn des Imperialismus
1971. 528 Seiten, Leinen. ISBN 3-525-36147-5

Heinz Gollwitzer · Die Gelbe Gefahr
Geschichte eines Schlagwortes. Studien zum imperialistischen Denken
1962. 269 Seiten, engl. brosch. ISBN 3-525-36110-6

Annelise Thimme · Flucht in den Mythos
Die deutschnationale Volkspartei und die Niederlage von 1918
(Kleine Vandenhoeck-Reihe 292 S)
1969. 195 Seiten, engl. brosch. ISBN 3-525-33277-7

Wolfgang Kreutzberger · Studenten und Politik 1918–1933
Der Fall Freiburg im Breisgau
(Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 2)
1972. Etwa 208 Seiten, Paperback. ISBN 3-525-35952-7

Klaus Vondung · Magie und Manipulation
Ideologischer Kult und politische Religion des Nationalsozialismus
1971. 256 Seiten, Paperback. ISBN 3-525-36150-5

Harald Scholtz · Nationalsozialistische Ausleseschulen
Internatsschulen als Herrschaftsmittel des Führerstaates
1972. Etwa 380 Seiten, Paperback. ISBN 3-525-36156-4

Henry Ashby Turner, jr. · Faschismus und Kapitalismus in Deutschland
Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft
Aus dem Amerikanischen übersetzt von Gabriele Neitzert
1972. Etwa 170 Seiten, Paperback. ISBN 3-525-01310-8

VANDENHOECK & RUPRECHT IN GÖTTINGEN UND ZÜRICH